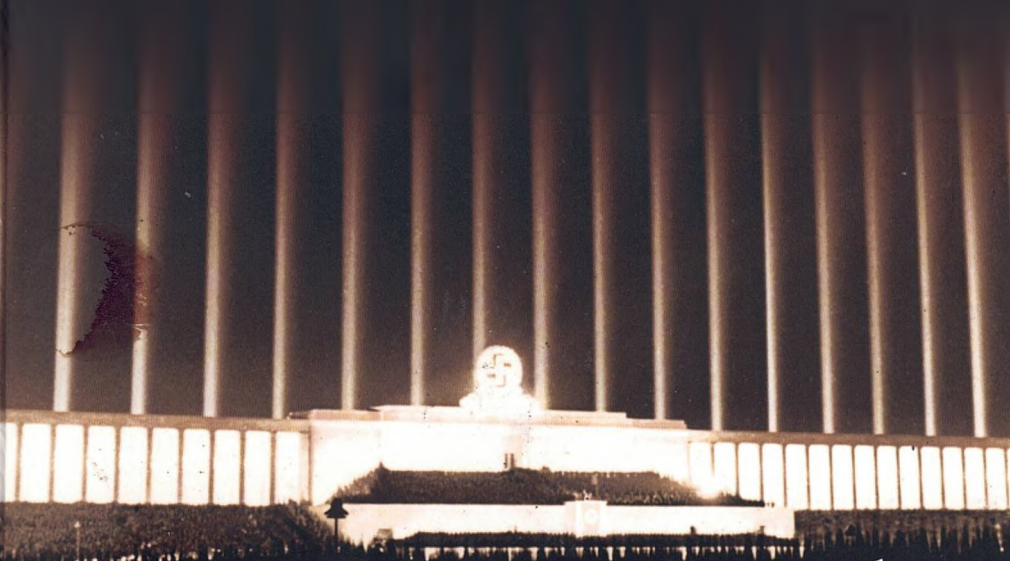


Richard J. Evans
Das Dritte Reich
Diktatur

»Eine überzeugende Darstellung des
nationalsozialistischen Systems, der es
vor allem um Anschaulichkeit geht.«

Süddeutsche Zeitung



dtv

Der zweite Band der großen Gesamtdarstellung
zur Geschichte des Dritten Reiches

»Evans erzählt die Geschichte des Regimes
anschaulich, verständlich, mitreißend. Er mischt die
Fakten mit ungewöhnlichen Zitaten, mit Verweisen
auf den Alltag und eindringlichen Porträts von
Menschen und Orten.«

Deutschlandradio

»Der Historiker sieht sich hier in der Rolle
des Kriminalkommissars, der noch in den unschein-
barsten Gegenständen und Vorkommnissen
wichtige Beweismittel erkennt.«

Süddeutsche Zeitung

Richard Evans setzt hier seine hochgelobte Geschichte des Dritten Reiches fort. Er beschreibt in bewährt fundierter und anschaulicher Weise die Festigung und den Ausbau der nationalsozialistischen Diktatur nach der Machtübernahme im Jahr 1933. Vermeintliche Erfolge der neuen Herrscher wie der Rückgang der Arbeitslosigkeit (erkauft durch ein verhängnisvolles Aufrüstungsprogramm), aussenpolitische Stabilisierung und friedliche Zugewinne sowie eine gigantische Propagandamaschinerie und glanzvolle Grossereignisse wie die Olympischen Spiele 1936 erzeugten einerseits Zustimmung in der Bevölkerung und ein erstarktes nationales Selbstbewusstsein. Andererseits setzte ab 1933 ein gnadenloser Kampf gegen politische Gegner, Randgruppen und Juden ein. Einschüchterung, Ausgrenzung, das System der Konzentrationslager, die Nürnberger Gesetze waren Mittel der Unterdrückung und der November-Pogrom 1938 schliesslich Vorbote des späteren systematischen Völkermords.

Richard J. Evans, geboren 1947, ist Professor für Moderne Geschichte an der Cambridge University. Er hat bahnbrechende Publikationen zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts vorgelegt. Neben diesem Band über die Diktatur sind auch die Taschenbuchausgaben der weiteren Bände seiner Trilogie *Das Dritte Reich* bei dtv erschienen: *Das Dritte Reich. Aufstieg* (34191); *Das Dritte Reich. Krieg* (34607).

Richard J. Evans

Das Dritte Reich

Band II/1 und 2

Diktatur

Aus dem Englischen
von Udo Rennert

Deutscher Taschenbuch Verlag

Richard J. Evans im Deutschen Taschenbuch Verlag:

Das Dritte Reich. Band I: Aufstieg (dtv 34191)

Das Dritte Reich. Band II/1 u. 2: Diktatur (dtv 34606)

Das Dritte Reich. Band III: Krieg (dtv 34607)

**Ausführliche Informationen über
unsere Autoren und Bücher
finden Sie auf unserer Website
www.dtv.de**

2010

Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co.KG,
München

© 2005 Richard J. Evans

Titel der Originalausgabe: *The Third Reich in Power*,
Allen Lane/The Penguin Press, London

© der deutschsprachigen Ausgabe: 2006 Deutsche Verlags-Anstalt,
München, in der Verlagsgruppe Random House GmbH

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Sämtliche,
auch auszugsweise Verwertungen bleiben vorbehalten.

Umschlagkonzept: Balk & Brumshagen

Umschlaggestaltung: Berndt & Fischer, Berlin,

unter Verwendung eines Fotos aus dem Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz

© Karten: András Bereznay, www.historyonmaps.com

Gesamtherstellung Druckerei C.H. Beck, Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in Germany • ISBN 978-3-423-34606-1

Für Matthew und Nicholas

Inhalt

Band II/I

Vorwort	1
Prolog	5
1. Der Polizeistaat	
«Die Nacht der langen Messer»	27
Unterdrückung und Widerstand	54
«Volksfeinde»	84
Instrumente des Terrors	101
2. Geistige Mobilisierung	
Volksaufklärung und Propaganda	149
Schreiben für Deutschland	174
Kunst und Architektur	202
Kampf um die Musik	230
3. Bekehrung der Seele	
Glaubensfragen	271
Katholiken und Heiden	288
Die Eroberung der Jugend	320
«Kampf gegen den Intellekt»	354
4. Wohlstand und Korruption	
Die «Arbeitsschlacht»	393
Wirtschaft, Politik und Krieg	427
Die «Arisierung» der Wirtschaft	460
Die Teilung der Beute	477

5. Aufbau der Volksgemeinschaft	
Blut und Boden	503
Das Schicksal der Mittelschichten	528
Die Zähmung des Proletariats	552
Soziale Verheissung und soziale Wirklichkeit	578
6. Auf der Suche nach der rassischen Utopie	
Im Geist der Wissenschaft	613
Die Nürnberger Gesetze	650
«Die Juden müssen aus ganz Europa heraus»	673
Die «Reichskristallnacht»	702
7. Der Weg in den Krieg	
Von der Schwäche zur Stärke	741
Die Schaffung eines Grossdeutschlands	772
Die Zerschlagung der Tschechoslowakei	805
Einmarsch in den Osten	834
Anmerkungen	864
Literaturverzeichnis	979
Landkartenverzeichnis	1043
Abbildungsverzeichnis	1044
Sachregister	1046
Personenregister	1074

Vorwort

In diesem Buch wird die Geschichte des Dritten Reiches erzählt, des Regimes, das von Hitler und seinen Nationalsozialisten geschaffen wurde, von dem Zeitpunkt an, als es seine Machtübernahme im Sommer 1933 abgeschlossen hatte, bis zu dem Tag, an dem es Anfang September 1939 Europa in den Zweiten Weltkrieg stürzte. Ihm geht ein bereits früher erschienener Band voraus, *Das Dritte Reich. Aufstieg*, in dem die Anfänge des Nationalsozialismus geschildert, die Entwicklung seiner Ideen untersucht und sein Aufstieg zur Macht in den Jahren der glücklosen Weimarer Republik nachgezeichnet wurden. Ein dritter Band, *Das Dritte Reich. Krieg*, wird demnächst folgen und die Periode vom September 1939 bis zum Mai 1945 behandeln und dem Erbe des Nationalsozialismus in Europa und der Welt während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und bis in die Gegenwart nachgehen. Der allgemeine Ansatz aller drei Bände wurde im Vorwort zum ersten Band dargelegt und braucht hier nicht ausführlich wiederholt zu werden. Diejenigen, die dieses Buch bereits gelesen haben, können sofort zum Anfang des ersten Kapitels des vorliegenden Bandes übergehen; doch mag es dem einen oder anderen Leser wünschenswert erscheinen, dass ihm die zentralen Argumente dieses früheren Bandes in Erinnerung gerufen werden, und jene, die ihn noch nicht gelesen haben, können sich dem Prolog zuwenden, der die Hauptlinien der Ereignisse bis Ende Juni 1933 rekapituliert, mit denen die Geschichte auf den folgenden Seiten beginnt. Der in dem vorliegenden Buch gewählte Ansatz ist zwangsläufig thematisch, doch in jedem einzelnen Kapitel habe ich mich wie im ersten Band bemüht, Erzählung, Beschreibung und Analyse miteinander zu verbinden und die sich im Lauf der Zeit ständig ändernde Lage zu verfolgen. Das Dritte Reich war keine statische oder monolithische Diktatur; es war dynamisch und überaus beweglich, von Anfang an besessen von grenzenlosen Hassgefühlen und Ambitionen. Alles andere beherrschend war jedoch der Wille zu einem Krieg, in dem Hitler und die Nationalsozialisten das Mittel zu einer rassistischen Neuordnung Mittel- und

Osteuropas durch die Deutschen sahen und zu einem Wiedererstarken Deutschlands als die vorherrschende Macht auf dem europäischen Kontinent und überhaupt der ganzen Welt. In jedem der folgenden Kapitel, in denen es um Überwachung und Unterdrückung, Kultur und Propaganda, Religion und Bildung, die Wirtschaft, Gesellschaft und das Alltagsleben, Rassenpolitik, Antisemitismus und Aussenpolitik geht, zeigt sich der übertragende Imperativ, Deutschland und seine Bevölkerung auf einen grossen Krieg vorzubereiten, deutlich als der rote Faden. Doch dieser Imperativ war weder als solcher rational, noch wurde er in einer kohärenten Weise verfolgt. In einem Bereich nach dem anderen begegnen uns die Widersprüche und immanenten Irrationalitäten des Regimes; der blindwütige Drang der Nationalsozialisten zu einem Krieg enthielt bereits den Keim der schliesslichen Vernichtung des Dritten Reiches. Auf welche Weise und warum es so kam, ist eine der Hauptfragen, die dieses Buch durchziehen und seine einzelnen Teile miteinander verbinden. Weitere Fragen betreffen das Ausmass, in dem das Regime die Bevölkerung für sich gewinnen konnte; die Art und Weise, wie es funktionierte; das Ausmass, in dem Hitler persönlich und nicht allgemeinere systematische Faktoren, die der Struktur des Dritten Reiches insgesamt eigentümlich waren, die treibende Kraft hinter den politischen Programmen war; die Möglichkeiten einer Opposition, des Widerstands, der Kritik oder gar eines Dissidententums unter einer Diktatur, die von allen ihren Bürgern eine totale Ergebenheit forderte; die Natur der Beziehung zwischen dem Dritten Reich und der Moderne; die Aspekte, unter denen seine Politik in verschiedenen Bereichen in den dreissiger Jahren Ähnlichkeiten oder Unterschiede gegenüber der Politik in anderen Ländern Europas und der übrigen Welt aufwies, und noch manches andere. Der innere Zusammenhang der einzelnen Kapitel ergibt sich aus der zeitlichen Abfolge der behandelten Ereignisse.

Während jedoch die Trennung der vielen Einzelaspekte des Dritten Reiches und ihre Zusammenfassung zu einzelnen Themen ihre kohärente Darstellung ermöglicht, hat sie zwangsläufig einen gewissen Informationsverlust zur Folge, da diese Aspekte sich in vielfältiger Weise gegenseitig beeinflussen haben. So wirkte sich etwa die Aussenpolitik auf die Rassenpolitik und diese wiederum auf die Bildungspolitik aus, oder die Propaganda

ging Hand in Hand mit der Unterdrückung. Deshalb ist die Behandlung eines Themas in einem bestimmten Kapitel notgedrungen unvollständig, und die einzelnen Kapitel sollten nicht als umfassende Darstellungen ihres Themas betrachtet werden. So wird beispielsweise die Verdrängung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben in dem Kapitel über die Wirtschaft und nicht in dem Kapitel über die Rassenpolitik behandelt; Hitlers Formulierung seiner Kriegsziele in dem sogenannten Hossbach-Protokoll von 1937 ist dem Zusammenhang der Aufrüstung und nicht dem Kapitel über Aussenpolitik zugeordnet worden, und die Auswirkung der Einverleibung Österreichs durch das Dritte Reich auf dessen Antisemitismus wird im Schlusskapitel und nicht im Zusammenhang mit dem Antisemitismus 1938 behandelt. Ich hoffe, dass diese Entscheidungen über den Aufbau des Buchs ihren Sinn haben, doch ihre Logik wird sich nur denen erschliessen, die das Buch von Anfang bis Ende lesen. Wer das Buch einfach nur als Nachschlagewerk benutzen möchte, wird auf das Register verwiesen, wo die Stellen der wichtigsten Themen, Personen und Ereignisse angegeben sind.

Während der Arbeit an dem vorliegenden Buch habe ich einmal mehr von den unvergleichlichen Ressourcen der Cambridge University Library, der Wiener Library und des German Historical Institute in London profitiert. Das Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg und die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg ermöglichten mir freundlicherweise den Einblick in die Tagebücher von Luise Solmitz, und Bernhard Fulda besorgte mir grosszügigerweise Kopien wichtiger Artikel aus deutschen Zeitungen. Der Rat und die Unterstützung vieler meiner Freunde und Kollegen waren für mich besonders wertvoll. Mein Agent Andrew Wylie und seine Mitarbeiter, insbesondere Christopher Oram und Michal Shavit, haben das Projekt in unterschiedlicher Weise gefördert und unterstützt. Stephanie Chan, Christopher Clark, Bernhard Fulda, Christian Goeschel, Victoria Harris, Robin Holloway, Max Horster, Valeska Huber, Sir Ian Kershaw, Scott Moyers, Jonathan Petropoulos, David Reynolds, Kristin Semmens, Adam Tooze, Nikolaus Wachsmann und Simon Winder lasen frühe Entwürfe, bewahrten mich vor manchen Irrtümern und gaben mir viele nützliche Anregungen: Ihnen allen bin ich zu Dank verpflichtet.

4 VORWORT

Christian Goeschel übernahm zudem das Korrekturlesen der Anmerkungen und der Bibliographie. Simon Winder und Scott Moyers waren vorbildliche Lektoren, und ihr Rat und ihre Begeisterung trugen wesentlich zum Gelingen des Werks bei. Diskussionen mit Norbert Frei, Gavin Stamp, Riccarda Tomani, David Welch und vielen anderen waren ebenso hilfreich wie ihre Anregungen. David Watson hat seine Aufgabe als Redakteur hervorragend erledigt; Allison Hennessy nahm enorme Mühen auf sich bei der Suche nach geeigneten Bildern, und ich habe viel von der Zusammenarbeit mit András Bereznay bei der Erstellung der Karten gelernt. Christine L. Corton hat das gesamte Manuskript durchgesehen, und über ihr berufliches Fachwissen hinaus war ihre praktische Unterstützung im Lauf der Jahre aus dem gesamten Projekt nicht wegzudenken. Unsere Söhne Matthew und Nicholas, denen dieses Buch wie bereits der erste Band gewidmet ist, waren eine willkommene Erholung von seinem grausamen Thema. Ihnen allen gilt mein Dank.

Cambridge, im Mai 2005

Prolog

Die Nationalsozialisten kamen in der ersten Jahreshälfte 1933 an die Macht, das Dritte Reich entstand auf den Trümmern des ersten Versuchs einer Demokratie in Deutschland, der unglücklichen Weimarer Republik. Bis zum Juli hatten die Nationalsozialisten praktisch alle wesentlichen Bestandteile des Regimes geschaffen, das Deutschland bis zu seinem Zusammenbruch fast zwölf Jahre später, 1945, beherrschen sollte. Sie hatten die offene Opposition auf allen Ebenen ausgeschaltet, einen Einparteiensstaat ins Leben gerufen und alle wichtigen Institutionen der deutschen Gesellschaft mit Ausnahme der Reichswehr und der Kirchen «gleichgeschaltet». Viele haben versucht zu erklären, wie es den Nationalsozialisten gelungen ist, innerhalb so kurzer Zeit eine solche Position der totalen Herrschaft über die deutsche Politik und Gesellschaft zu erringen. Ein Erklärungsmuster verweist auf seit Langem bestehende Schwächen im deutschen Nationalcharakter, die dafür verantwortlich gemacht werden, dass die Deutschen der Demokratie ablehnend gegenüberstanden, bereitwillig rücksichtslosen Führern folgten und für die Parolen der Militaristen und Demagogen empfänglich waren. Doch wenn man auf das 19. Jahrhundert blickt, findet man hierfür kaum Belege. Liberale und demokratische Bewegungen waren nicht schwächer als in vielen anderen Ländern. Bedeutsamer war dagegen vielleicht die relativ spät erfolgte Schaffung eines deutschen Nationalstaats. Deutschland war, vor allem nach dem Zusammenbruch des Heiligen Römischen Reiches 1806, das tausend Jahre zuvor von Karl dem Grossen ins Leben gerufen worden war – das berühmte tausendjährige Reich, das Hitler nachahmen wollte – zersplittert bis zu den von Bismarck provozierten Kriegen zwischen 1864 und 1871, die zur Bildung des später sogenannten Zweiten Reichs führten, an dessen Spitze der Kaiser stand. In vieler Hinsicht war dieses Deutsche Reich ein moderner Staat: Es hatte ein nationales Parlament, das im Unterschied etwa zu sei-

nem Gegenstück in England nach einem allgemeinen Männerwahlrecht gewählt worden war; die Wahlbeteiligung lag bei über 80 Prozent, und die politischen Parteien waren gut organisiert und ein akzeptierter Bestandteil des politischen Systems. Die grösste von ihnen am Vorabend des Krieges, die Sozialdemokratische Partei, zählte über eine Million Mitglieder und hatte sich der Demokratie, der Gleichheit, der Frauenemanzipation sowie der Bekämpfung der Rassendiskriminierung und -vorurteile einschliesslich des Antisemitismus verschrieben. Die deutsche Wirtschaft war die dynamischste Europas und hatte die britische um die Jahrhundertwende eingeholt, und in den fortschrittlichsten Sektoren wie der Elektro- und der Chemieindustrie lag sie sogar fast mit den Amerikanern gleichauf. Um die Jahrhundertwende waren in Deutschland die Werte, die Kultur und der Lebensstil des Bürgertums tonangebend. Moderne Kunst und Kultur machten sich in den Bildern von Expressionisten wie Max Beckmann und Ernst Ludwig Kirchner, den Bühnenstücken von Frank Wedekind und den Romanen Thomas Manns bemerkbar.

Natürlich hatte das Kaiserreich auch seine Schattenseite. In manchen Bereichen blieben die Privilegien des Adels erhalten, die Befugnisse des Reichstags waren eingeschränkt, und die grossen Industriellen standen ebenso wie ihre Pendants in den Vereinigten Staaten den Gewerkschaften der Arbeiter feindselig gegenüber. Bismarcks Verfolgung zunächst der Katholiken in den Jahren nach 1870 und dann der jungen Sozialdemokratischen Partei in den achtziger Jahren gewöhnte die Deutschen an die Vorstellung, dass die Regierung ganze Teile der Bevölkerung zu «Reichsfeinden» erklären und ihre bürgerlichen Freiheiten drastisch beschneiden konnte. Die Katholiken reagierten darauf, indem sie sich bemühten, sich stärker in das soziale und politische System zu integrieren, die Sozialdemokraten, indem sie sich strikt an das Gesetz hielten und die Idee eines gewaltsamen Widerstandes oder einer gewaltsamen Revolution verwarfen, beides Verhaltensweisen, an die 1933 mit katastrophalen Folgen wieder angeknüpft werden sollte. In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts kamen auch extremistische Parteien und Bewegungen auf, die behaupteten, das Reichseinigungswerk Bismarcks sei unvollständig, da Millionen ethnischer Deutscher noch immer ausserhalb des Reiches lebten, vor allem in Österreich, aber auch in vielen anderen Teilen Mittel- und

Osteuropas. Während einige Politiker forderten, Deutschland brauche ein grosses Kolonialreich in Übersee wie die Engländer, begannen andere, aus den Ressentiments des Kleinbürgertums Kapital zu schlagen: die Angst der kleinen Ladenbesitzer vor den Warenhäusern, die Befürchtungen der männlichen Angestellten angesichts der zunehmenden Zahl weiblicher Angestellter oder die Verstörung von Bürgerlichen gegenüber expressionistischer und abstrakter Kunst sowie anderer beunruhigender Wirkungen der stürmischen sozialen, ökonomischen und kulturellen Modernisierung Deutschlands. Solche Gruppen fanden ein leichtes Ziel in der winzigen jüdischen Minderheit Deutschlands. Die deutschen Juden konstituierten nicht mehr als 1 Prozent der Bevölkerung, und viele von ihnen waren in der deutschen Gesellschaft und Kultur seit ihrer Emanzipation von den gesetzlichen Beschränkungen im Lauf des 19. Jahrhunderts erstaunlich erfolgreich. Für die Antisemiten waren die Juden die Ursache aller ihrer Probleme. Sie verlangten, die bürgerlichen Freiheiten für die Juden einzuschränken und ihre wirtschaftlichen Aktivitäten zu beschneiden. Sehr bald verloren bürgerliche Parteien wie das Zentrum und die Konservativen Stimmen an antisemitische Splitterparteien. Sie reagierten darauf, indem sie in ihre Programme das Versprechen aufnahmen, den angeblich zersetzenden Einfluss der Juden in der deutschen Gesellschaft und Kultur einzudämmen. Zur gleichen Zeit verbreiteten in anderen Bereichen der Gesellschaft Sozialdarwinisten und Eugeniker die Behauptung, die deutsche «Rasse» müsse gestärkt werden, indem man die christliche Achtung vor dem Leben aufgebe und die Schwachen, die Behinderten, die Kriminellen und die Geisteskranken sterilisiere oder töte.

Solcherlei Ideen und Denkweisen hegte vor 1914 nur eine kleine Minderheit, und es gab auch noch niemanden, der sie in einem kohärenten System zusammengefasst hätte. Der Antisemitismus war in der deutschen Gesellschaft zwar weitverbreitet, aber offene Gewalt gegen Juden war die Ausnahme. Der Erste Weltkrieg änderte das. Im August 1914 begrüsst jubelnde Menschenmengen den Kriegsausbruch auf den zentralen Plätzen der deutschen Grossstädte, so wie sie es auch in anderen Ländern taten. Der Kaiser erklärte, von nun an kenne er keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche. Das Augusterlebnis wurde zu einem mythischen Symbol

der deutschen Einheit, so wie das Bild Bismarcks eine mythische Sehnsucht nach einem starken und entschlossenen Führer heraufbeschwor. Die militärische Pattsituation, zu der es 1916 gekommen war, hatte zur Folge, dass die weitere Führung des Kriegs in die Hände von zwei Generälen gelegt wurde, die bedeutende Siege an der Ostfront errungen hatten, Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff. Es herrschte von da an quasi eine Militärdiktatur der Obersten Heeresleitung. Doch trotz ihrer straffen Organisation der Kriegsanstrengungen und ihrer Ausübung einer quasi-diktatorischen politischen Macht hatte das Kaiserreich den mächtigen Vereinigten Staaten, die 1917 in den Krieg eingetreten waren, nichts mehr entgegenzusetzen, und Anfang November 1918 war der Krieg verloren.

Die Niederlage im Ersten Weltkrieg hatte für Deutschland verheerende Folgen. Die Friedensbedingungen, die freilich kaum härter waren als die Bedingungen, die Deutschland im Fall seines Sieges seinen Gegnern auferlegen wollte, wurden von fast allen Deutschen mit Erbitterung aufgenommen. Zu den Forderungen gehörten umfangreiche finanzielle Reparationen für die Schäden durch die deutsche Besetzung Belgiens und Nordfrankreichs, die Zerstörung der deutschen Kriegsmarine und Luftwaffe, die Beschränkung des stehenden Heeres auf 100'000 Mann und das Verbot moderner Waffen wie Panzer, die Abtretung von Territorium an Frankreich und vor allem an Polen. Der Krieg hatte auch die internationalen Wirtschaftsbeziehungen zerstört, und die Weltwirtschaft sollte sich in den folgenden 30 Jahren davon nicht mehr erholen. Nicht nur dass enorme Summen bezahlt werden mussten, der Zusammenbruch des Habsburgerreiches und die Schaffung neuer, unabhängiger Staaten in Mittel- und Osteuropa leisteten nationalen Egoismen Vorschub und machten eine internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit unmöglich.

Insbesondere Deutschland hatte den Krieg mit gedruckten Banknoten und Kriegsanleihen bezahlt in der Erwartung, die Schulden durch die Anexion belgischer und französischer Industriegebiete sowie durch Reparationen zurückzahlen zu können. Die geforderten Reparationen konnten ohne Steuererhöhung nicht bezahlt werden, und keine deutsche Regierung war hierzu bereit, weil sie sonst von ihren Gegnern beschuldigt worden wäre, sie wolle mit deutschen Steuergeldern die Franzosen bezahlen. Das Ergebnis war eine Inflation.

1913 stand der Dollar bei 4 Papiermark; Ende 1919 stand er bei 47, im Juli 1922 bei 493 und im Dezember 1922 bei 7'000 Mark. Die Reparationen mussten in Gold und Handelsgütern bezahlt werden, und bei dieser Inflationsrate waren die Deutschen weder willens noch in der Lage, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Im Januar 1923 besetzten belgische und französische Truppen das Ruhrgebiet und begannen mit der Demontage und dem Abtransport von Industrieanlagen. Die deutsche Regierung stellte daraufhin alle Reparationszahlungen ein und forderte die Bevölkerung zu passivem Widerstand auf. Jetzt begann, mit ausgelöst durch die Finanzierung des passiven Widerstands, ein Prozess der Entwertung der Mark gegenüber dem Dollar in einem beispiellosen Ausmass. Im Juli kostete der US-Dollar 353'000 Mark, im August 4,5 Millionen, im Oktober 25 260 Millionen, im Dezember vier Millionen Millionen oder vier Billionen, eine Vier mit zwölf Nullen. Damit stand Deutschland vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch.

Schliesslich wurde die Inflation gestoppt. Eine neue Währung wurde eingeführt, der passive Widerstand gegen die belgisch-französischen Truppen beendet und die Reparationszahlungen wurden wieder aufgenommen. Die Inflation spaltete die Mittelschichten in unterschiedliche Interessengruppen, die von keiner Partei wieder zusammengeführt werden konnten. Die Stabilisierung nach der Inflation, die Gehaltskürzungen und Rationalisierungen bedeuteten massive Arbeitsplatzverluste unter den Industriearbeitern wie den Beamten. Nach 1924 gab es Millionen Arbeitslose. Die kleinen Gewerbetreibenden fühlten sich in dieser Situation von der Regierung im Stich gelassen und sahen sich nach Alternativen um. Für die Mittelschichten insgesamt bedeutete die Inflation eine moralische und kulturelle Desorientierung, die sich für viele nur noch vertiefte angesichts der, wie sie es sahen, Exzesse der modernen Kultur in den zwanziger Jahren, von der Jazzmusik und dem Kabarett in Berlin bis zur abstrakten Kunst, der atonalen Musik und der experimentellen Literatur wie der konkreten Poesie der Dadaisten. Dieses Gefühl einer Orientierungslosigkeit war auch in der Politik gegenwärtig, nachdem auf die Niederlage im Krieg der Zusammenbruch des Reiches, die Flucht des Kaisers ins Exil und die Gründung der Republik in der Revolution vom November 1918 gefolgt war. Diese später so genannte Weimarer Republik hatte eine moderne Verfas-

sung mit einem allgemeinen Wahlrecht ohne Ausschluss der Frauen, doch diese Neuerungen waren es nicht, was zu ihrem späteren Untergang führte. Das eigentliche Problem der Verfassung war der vom Volk gewählte Reichspräsident, der weitreichende Notstandsbefugnisse nach Art. 48 WRV hatte und mit Notverordnungen regieren konnte. Von dieser Möglichkeit machte bereits der erste Reichspräsident der Republik, der Sozialdemokrat Friedrich Ebert, ausgiebig Gebrauch. Als er 1925 starb, war sein gewählter Nachfolger Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, ein strammer Monarchist, der sich der Verfassung nicht besonders verpflichtet fühlte. In seinen Händen sollte sich Artikel 48 für das Schicksal der Republik als verhängnisvoll erweisen.

Das Vermächtnis des Ersten Weltkriegs war ein Kult der Gewalt, nicht nur in den Händen der Veteranen wie den rechtsradikalen Stahlhelmen, sondern vor allem innerhalb der jüngeren Generation der Männer, die nicht im Krieg gewesen waren und jetzt versuchten, den heroischen Taten ihrer Väter nachzueifern, indem sie an der Heimatfront kämpften. Der Krieg hatte die Politik polarisiert, mit kommunistischen Revolutionären auf der Linken und verschiedenen radikalen Gruppen auf der Rechten. Die berüchtigtsten von ihnen waren die Freikorps, bewaffnete Trupps, die von der Regierung eingesetzt wurden, um im Winter 1918/19 kommunistische und linksextreme revolutionäre Aufstände in Berlin und München niederzuschlagen. Im Frühjahr 1920 versuchten die Freikorps in Berlin einen gewaltsamen Putsch, der einen bewaffneten Aufstand der Linken im Ruhrgebiet auslöste, während es 1923 zu weiteren Aufständen von rechts und von links kam. Selbst in den vergleichsweise stabilen Jahren von 1924 bis 1929 wurden mindestens 170 Mitglieder verschiedener politischer paramilitärischer Gruppen bei Strassenkämpfen getötet; in den ersten Jahren nach 1930 ging die Zahl der Getöteten und Verletzten dramatisch in die Höhe, wobei allein zwischen März 1930 und März 1931 bei Zusammenstößen auf der Strasse und in Versammlungsräumen 300 Tote zu beklagen waren. An die Stelle politischer Toleranz war endgültig ein gewalttätiger Extremismus getreten. Die liberalen Parteien und die gemässigte Linke erlitten dramatische Stimmenverluste in der Mitte der zwanziger Jahre, als das Gespenst einer kommunistischen Revolution verblasste und die bür-

gerlichen Schichten zunehmend für rechte Parteien stimmten. Die Parteien, welche die Weimarer Republik aktiv unterstützten, hatten nach 1920 zu keiner Zeit eine parlamentarische Mehrheit hinter sich. Schliesslich wurde die Legitimität der Republik noch weiter ausgehöhlt durch die Einäugigkeit der Justiz zugunsten von Attentätern und Regimegegnern aus den Reihen der Rechten, die für ihre Taten patriotische Motive geltend machten, und durch die neutrale Haltung der Reichswehr, die der Republik mit wachsendem Groll gegenüberstand, weil es dieser nicht gelang, die internationale Gemeinschaft dazu zu bewegen, die Bestimmungen des Versailler Vertrags im Hinblick auf die Höchststärke des deutschen Heeres und das Verbot bestimmter Waffengattungen aufzuheben. Die deutsche Demokratie, nach der militärischen Niederlage in aller Eile improvisiert, war keineswegs von Anfang an zum Scheitern verurteilt, doch die Ereignisse der zwanziger Jahre bedeuteten, dass ihre Chancen nie sehr gross waren, sich auf einem festen Fundament zu entwickeln.

II

1919 gab es eine breite Palette von extremistischen antisemitischen Gruppen auf der äussersten Rechten, vor allem in München, doch 1923 ragte eine aus allen anderen hervor: die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei unter der Führung von Adolf Hitler. Über die Macht und den Einfluss von Hitler und der Nationalsozialisten ist so viel geschrieben worden, dass es wichtig ist festzuhalten, dass seine Partei bis ganz zum Ende der zwanziger Jahre an den äussersten Rändern der Politik operierte. Mit anderen Worten, Hitler war kein politisches Genie, das ganz allein die Unterstützung der Massen für sich und seine Partei mobilisierte. 1889 in Österreich geboren, war er ein gescheiterter Künstler mit einem unbürgerlichen Lebensstil, der ein grosses Talent besass: Die Fähigkeit, ein grosses Publikum mit seiner Rhetorik zu bewegen. Seine 1919 gegründete Partei war dynamischer, rücksichtsloser und gewalttätiger als andere Splittergruppen der extremen Rechten. 1923 fühlte er sich stark genug, um in München einen gewaltsamen Putsch zu versuchen als ein Vorspiel zu einem Marsch auf Berlin nach dem Vorbild von Mussolinis «Marsch auf

Rom» im Jahr zuvor. Doch es gelang ihm nicht, die Reichswehr oder die Kräfte des politischen Konservatismus in Bayern auf seine Seite zu ziehen, und die Putschisten wurden von einem Kugelhagel der Polizei auseinandergejagt. Hitler kam vor Gericht und musste eine Haftstrafe in der Festung Landsberg antreten, wo er seinem Faktotum Rudolf Hess sein autobiographisches politisches Traktat *Mein Kampf diktierte*: es handelte sich allerdings nicht um einen Entwurf für die Zukunft, sondern war ein Kompendium der Ideen Hitlers, vor allem seines Antisemitismus und der Idee eines «rassischen» Krieges für «Lebensraum» in Osteuropa für alle, die sich die Mühe machen würden, es zu lesen.

Als er aus der Haft entlassen wurde, hatte Hitler die Ideologie des Nationalsozialismus aus verschiedenen Versatzstücken des Antisemitismus, des Pangermanismus, der Eugenik und der sogenannten «Rassenhygiene», des geopolitischen Expansionismus, einer Feindschaft gegenüber der Demokratie und eines kulturellen Antimodernismus zusammengebastelt, die allesamt seit einiger Zeit im Schwange, doch bislang noch nicht in einem auch nur halbwegs kohärenten System integriert waren. Er sammelte eine Gruppe von unmittelbaren Untergebenen um sich – den talentierten Propagandisten Joseph Goebbels, den entschlossenen Mann des Handelns Hermann Göring und andere –, die sein Bild als Führer aufbauten und sein Gefühl einer Sendung bekräftigten. Doch trotz alledem und trotz des gewalttätigen Aktivismus seiner Braunhemden auf der Strasse blieb er bis zum Ende der zwanziger Jahre politisch ein Niemand. Im Mai 1928 errangen die Nationalsozialisten nur 2,6 Prozent der abgegebenen Stimmen, und eine «grosse Koalition» aus Parteien der Mitte und der Linken übernahm unter der Führung der Sozialdemokraten die Regierung in Berlin. Im Oktober 1929 jedoch zog der grosse Börsenkrach an der Wall Street die deutsche Wirtschaft mit in den Strudel. Amerikas Banken zogen die Kredite wieder ab, mit denen die deutsche Wirtschaft seit 1924 finanziert worden war. Die deutschen Banken mussten daraufhin ihre Kredite an deutsche Unternehmen zurückfordern, und diesen blieb nichts anderes übrig, als ihre Arbeiter und Angestellten zu entlassen oder ihren Bankrott zu erklären, was viele von ihnen auch taten. Innerhalb von kaum mehr als zwei Jahren war über ein Drittel der deutschen Arbeiter arbeitslos, und Millio-

nen weitere waren auf Kurzarbeit oder mussten Lohnkürzungen hinnehmen. Das System der Arbeitslosenversicherung brach vollkommen zusammen, so dass eine wachsende Zahl von Arbeitslosen keinerlei Unterstützung mehr hatte. Auch die Landwirtschaft, die wegen der sinkenden Nachfrage auf den Weltmärkten schon längst unter Druck geraten war, brach zusammen.

Die politischen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf Deutschland waren verheerend. Die grosse Koalition brach auseinander; die Gegensätze zwischen den Parteien im Hinblick auf die zu treffenden Gegenmassnahmen waren so gross, dass sich für keine entschlossene Aktion eine parlamentarische Mehrheit fand. Reichspräsident Hindenburg ernannte ein Kabinett von Fachleuten unter dem katholischen Politiker Heinrich Brüning, einem konservativen Monarchisten. Sein Rezept bestand aus einer Reihe von deflationären Kürzungen, was die Lage nur noch schlimmer machte. Dabei nahm das Kabinett Zuflucht zum Artikel 48 der Verfassung, so dass die politische Macht unter fast völliger Umgehung des Reichstags zum einen nach oben, zum Reichspräsidenten und dessen Beratern verlagert wurde, und zum anderen nach unten auf die Strasse, wo die Gewalt immer drastischer um sich griff, angeheizt von Hitlers SA, deren Mitglieder inzwischen nach Hunderttausenden zählten. Für die Tausende junger Männer, die den Braunhemden zuströmten, wurde die Gewalt sehr bald eine Lebensform und fast eine Droge, während sie ihre Wut an den Kommunisten und Sozialdemokraten ausliessen, so wie ihre Väter sie 1914-1918 am Feind ausgelassen hatten.

Viele SA-Männer waren zu Beginn der dreissiger Jahre ohne Arbeit. Dennoch war es nicht die Arbeitslosigkeit, die die Menschen bewog, sich den Nationalsozialisten anzuschliessen. Die grosse Mehrheit der Arbeitslosen trieb es zu den Kommunisten, deren Stimmenanteil bei den Wahlen ständig anstieg, bis die KPD im November 1932 17 Prozent der Wählerstimmen und 100 Abgeordnetensitze im Reichstag errang. Ihre gewalttätige revolutionäre Rhetorik, mit der sie die Vernichtung des Kapitalismus und die Schaffung eines Rätedeutschlands androhten, erschreckte die bürgerlichen Schichten Deutschlands, die nur zu gut wussten, wie es dem russischen Bürgertum nach 1918 ergangen war. Entsetzt über die Unfähigkeit ihrer Regierung, die Krise zu bewältigen, und durch den Aufstieg der

Kommunisten verängstigt, kehrten sie zunehmend den zerstrittenen kleinen Fraktionen der Rechten den Rücken und liefen zu den Nationalsozialisten über. Andere Gruppen folgten, darunter viele protestantische Kleinbauern und Arbeiter in Regionen, in denen die Kultur und die Traditionen der Sozialdemokraten bislang kaum Fuss gefasst hatten. Während alle Parteien der bürgerlichen Mitte massive Verluste erlitten, konnten die SPD und das Zentrum ihre Verluste begrenzen. Doch 1932 waren sie die einzigen, die von der gemässigten Mitte übriggeblieben waren, hilflos eingeklemt zwischen 100 kommunistischen und 196 nationalsozialistischen Abgeordneten in Braunhemden im Reichstag. Die Polarisierung der Politik hätte nicht dramatischer sein können.

Wie die Wahlen im September 1930 und im Juli 1932 zeigten, war die NSDAP somit ein Sammelbecken des sozialen Protests mit besonders starkem Wähleranhang in den bürgerlichen Schichten und einer relativ schwachen, wenn auch keineswegs unbedeutenden Anhängerschaft in der Arbeiterklasse. Sie waren nicht länger nur die Partei der protestantischen unteren Mittelschichten und der Bauern. Die verhasste, unselige Weimarer Republik müsse weg, so verkündeten die Nationalsozialisten, und die Menschen müssten sich einmal mehr zu einer nationalen Gemeinschaft zusammenschliessen, die keine Parteien oder Klassen kannte, so wie sie es schon 1914 getan hatten; Deutschland müsse sich wieder auf der internationalen Bühne behaupten und wieder zu einer führenden Macht werden: Mehr oder weniger darauf lief das Programm der Nationalsozialisten hinaus. Sie modifizierten ihr spezifisches Programm je nach dem Publikum, mit dem sie es zu tun hatten, spielten beispielsweise ihren Antisemitismus herunter, wo dieser keine Resonanz fand, nämlich in den meisten Teilen ihrer potentiellen Wählerschaft nach 1928. Neben den Nationalsozialisten und den Kommunisten, die die Sache auf der Strasse ausfochten, und den Intriganten in der Umgebung von Reichspräsident Hindenburg, die um das Ohr des alten Mannes wetteiferten, betrat jetzt ein weiterer bedeutender Mitspieler die politische Bühne: die Reichswehr. Zunehmend beunruhigt über den Aufstieg des Kommunismus und das wachsende Chaos auf den Strassen, sah auch die Reichswehr in der politischen Lage eine Chance, sich der Weimarer Demokratie zu entledigen und eine autoritäre Militärdiktatur zu errichten, die den Vertrag von Versailles verwer-

fen und das Land für eine Rückeroberung der verlorenen Gebiete Deutschlands und eventuell auch eine Ausdehnung darüber hinaus wiederbewaffnen würde.

Die Macht der Reichswehr beruhte auf dem Umstand, dass sie die einzige Kraft war, welche, so schien es zumindest, die Ordnung in dem zerrütteten Land wirksam wiederherstellen konnte. Als Hindenburg im Frühjahr 1932 erneut zum Reichspräsidenten gewählt wurde, und zwar dank der Unterstützung der Sozialdemokraten, die in ihm das geringere Übel sahen als in seinem Gegenkandidaten Adolf Hitler, waren die Tage von Reichskanzler Brüning gezählt. Ihm war fast alles fehlgeschlagen, was er unternommen hatte, von dem Versuch, die wirtschaftliche Krise in den Griff zu bekommen, bis zur Wiederherstellung der Ordnung in deutschen Städten, und jetzt hatte er Hindenburg brüskiert, weil es ihm nicht gelungen war, dessen Wiederwahl ohne Opposition zu sichern, und weil das Kabinett vorgeschlagen hatte, das Reich solle nicht entschuldungsfähige Güter des ostpreussischen Adels etwa durch Zwangsversteigerung erwerben und an mittellose Bauern verteilen. Hindenburg war selbst Gutsbesitzer. Die Reichswehr wollte Brüning stürzen, weil er mit seiner deflationären Politik eine Wiederbewaffnung verhinderte. Wie viele konservative Gruppen hoffte sie, die Nationalsozialisten, nunmehr die grösste Partei, als Legitimation und Unterstützung für die Zerstörung der Weimarer Demokratie einzuspannen zu können. Im Mai 1932 wurde Brüning zum Rücktritt gezwungen und durch den katholischen Landadligen Franz von Papen ersetzt, einen persönlichen Freund Hindenburgs.

Mit der Ernennung Franz von Papens zum Reichskanzler ertönte die Totenglocke der Weimarer Demokratie. Er benutzte die Reichswehr, um die sozialdemokratisch geführte Regierung in Preussen abzusetzen, und traf Vorbereitungen zu einer «Reform» der Weimarer Verfassung mit der Absicht, das Stimmrecht einzuschränken und die gesetzgeberischen Befugnisse des Reichstags drastisch zu beschneiden. Er liess Zeitungen mit kritischen Artikeln verbieten und setzte bestimmte bürgerliche Freiheiten ausser Kraft. Doch die Wahlen, die er im Juli 1932 ansetzte, ergaben nur einen weiteren Anstieg der Stimmen für die NSDAP, auf die jetzt 37,4 Prozent der abgegebenen Stimmen entfielen. Papens Versuch, Hitler und

die Nationalsozialisten für die Unterstützung seiner Regierung zu gewinnen, schlugen fehl, als Hitler darauf bestand, er und nicht Papen müsse an der Spitze der Regierung stehen. Da ihm fast jede Unterstützung im Land fehlte, musste Papen zurücktreten, als die Reichswehr die Geduld mit ihm verlor und ihren eigenen Mann in das Amt des Reichskanzlers bugsierte. Dem neuen Reichskanzler, General Kurt von Schleicher, gelang es ebensowenig, die Ordnung wiederherzustellen oder die Nationalsozialisten an der Regierung zu beteiligen, um seiner Politik der Errichtung eines autoritären Staates den Anschein einer Unterstützung durch das Volk zu geben. Nachdem die NSDAP bei den Reichstagswahlen im November 1932 zwei Millionen Stimmen verloren hatte, führten ihr augenscheinlicher Niedergang und ihr Mangel an finanziellen Mitteln zu einer ersten Spaltung in ihren Reihen. Der Organisator der Partei und praktisch der zweite Mann hinter Hitler, Gregor Strasser, erklärte seinen Rücktritt aus seinen Parteiämtern, da Hitler nicht mit Papen und Hindenburg verhandeln wollte. Der Zeitpunkt schien günstig, um die Schwäche der Nationalsozialisten auszunützen. Am 30. Januar 1933 ernannte Hindenburg mit Zustimmung der Reichswehr Hitler zum Kanzler einer neuen Regierung, in deren Kabinett alle Posten bis auf zwei von Konservativen mit Franz von Papen als Vizekanzler besetzt waren.

III

In Wirklichkeit bezeichnete der 30. Januar 1933 den Anfang der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten und nicht eine konservative Konterrevolution. Hitler hatte die Fehler vermieden, die er zehn Jahre zuvor gemacht hatte: Er war in das Amt gelangt, ohne formal die Verfassung zu brechen, und zudem mit der Unterstützung des konservativen Establishments und der Reichswehr. Die Frage war jetzt, wie er seine Stellung in einem weiteren Koalitionskabinett der Weimarer Republik in eine Diktatur in einem Einparteienstaat überführen konnte. Zunächst fiel ihm nichts anderes ein als die Gewalt auf den Strassen zu verstärken. Er überredete Papen, Göring zum Innenminister Preussens zu ernennen, und in dieser Eigenschaft verpflichtete dieser sogleich die SA als Hilfspolizisten.

Diese wiederum entledigte sich aller Hemmungen, verwüstete die Büros der Gewerkschaften, verprügelte Kommunisten und sprengte Versammlungen der Sozialdemokraten. In der Nacht vom 27. zum 28. Februar kam der Zufall den Nationalsozialisten zu Hilfe: Ein einzelner holländischer Anarchosyndikalist, Marinus van der Lubbe, zündete das Reichstagsgebäude an aus Protest gegen die Ungerechtigkeiten der Arbeitslosigkeit. Hitler und Göring bewogen ein bereitwilliges Kabinett, faktisch die Kommunistische Partei zu unterdrücken. 4'000 Kommunisten, darunter fast die gesamte Parteiführung, wurden unverzüglich verhaftet, misshandelt, gefoltert und in neu geschaffene Konzentrationslager gebracht. In den folgenden Wochen hielt die Welle der Gewalttaten und der Brutalität ungebrochen an. Ende März meldete die preussische Polizei, es befänden sich 20'000 Kommunisten in Haft. Bis zum Sommer waren über 100'000 Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftsfunktionäre und andere inhaftiert worden, und selbst nach amtlichen Schätzungen waren bis dahin rund 600 Personen in der «Schutzhaft» umgekommen. Das alles wurde durch eine Notverordnung gedeckt, die Hindenburg in der Nacht nach dem Reichstagsbrand unterschrieben hatte und mit der bestimmte Bürgerrechte ausser Kraft gesetzt wurden und dem Kabinett erlaubt wurde, alle notwendigen Massnahmen zu treffen, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Die Brandstiftung des Einzeltäters van der Lubbe wurde von Joseph Goebbels, der bald zum Reichspropagandaminister aufsteigen sollte, als das Werk einer kommunistischen Verschwörung dargestellt, als das Signal zu einem bewaffneten Aufstand. Das überzeugte viele bürgerliche Wähler von der Berechtigung der Notverordnung.

Doch die Regierung sprach gegen die Kommunisten kein formelles, rechtsgültiges Verbot aus, da sie befürchtete, die KPD-Wähler würden dann bei den Wahlen, die Hitler für den 5. März angesetzt hatte, alle zu den Sozialdemokraten überlaufen. Trotz einer massiven Wahlpropaganda, die durch Spenden der deutschen Industrie bezahlt wurde, und einer massiven Einschüchterung der Wähler – so wurden Versammlungen der übrigen Parteien verboten oder gewaltsam aufgelöst – erreichte die NSDAP mit einem Stimmenanteil von 44 Prozent keine absolute Mehrheit. Die Regierung konnte sie nur durch eine Koalition mit der DNVP bilden. Die

KPD errang trotz der Repressionsmassnahmen noch 12 und die SPD 18 Prozent der Stimmen, während sich das Zentrum mit 11 Prozent behauptete. Damit waren Hitler und seine Kabinettskollegen noch immer ein ganzes Stück von einer Zweidrittelmehrheit entfernt, die sie für eine Verfassungsänderung benötigten. Mit der feierlichen Eröffnung des neugewählten Reichstags am «Tag von Potsdam» versuchten die Nationalsozialisten eine symbolische Versöhnung mit den konservativen politischen Kräften, die eine Rückkehr des Bismarckschen Kaiserreichs ersehnten. Am 23. März 1933 drohte Hitler im Reichstag mit einem Bürgerkrieg, wenn sein Antrag nicht durchgehen sollte. Ausserdem gelang es den Nationalsozialisten, die Zentrumsabgeordneten mit dem Versprechen auf ihre Seite zu ziehen, mit dem Papst ein Konkordat zu schliessen, mit dem die Rechte der deutschen Katholiken garantiert würden. Das sogenannte Ermächtigungsgesetz, das an diesem Tag von einer Zweidrittelmehrheit im Reichstag verabschiedet wurde, gab dem Kabinett das Recht, mit Verordnungen zu regieren, ohne den Reichstag oder den Reichspräsidenten einzuschalten. Zusammen mit der «Reichstagsbrandverordnung» lieferte dies den legalen Vorwand für die Errichtung einer Diktatur. Nur die 94 anwesenden Abgeordneten der SPD stimmten gegen das Gesetz.

Die Sozialdemokraten und die Kommunisten hatten bei den Reichstagswahlen im November 1932 zusammen 221 Mandate errungen, die NSDAP dagegen 196 und die DNVP 51. Trotzdem waren sie in keiner Weise in der Lage, der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten einen koordinierten Widerstand entgegenzusetzen. Diese beiden Linksparteien waren unter sich tief zerstritten. Die Kommunisten bezeichneten die Sozialdemokraten auf Anweisung Moskaus als «Sozialfaschisten» und behaupteten, sie seien schlimmer als die Nationalsozialisten. Die Sozialdemokraten ihrerseits sträubten sich dagegen, mit einer Partei zusammenzugehen, deren Unaufrichtigkeit und Skrupellosigkeit sie mit Recht fürchteten. Ihre paramilitärischen Organisationen kämpften entschlossen gegen die SA auf der Strasse, doch gegen die Reichswehr, von der Hitler während des ganzen Jahres 1933 unterstützt wurde, hätten sie nichts ausrichten können, und der SA, deren Mitgliederzahl sich im Februar 1933 auf eine Dreiviertel Million belief, waren sie zahlenmässig weit unterlegen. Die SPD wollte in dieser Lage ein Blutbad vermeiden und hielt an ihrem traditionellen Le-

galismus fest. Die Kommunisten glaubten, die Hitlerregierung sei der letzte Atemzug eines zum Tod verurteilten kapitalistischen Systems, das in Bälde zusammenbrechen und damit den Weg zu einer Revolution freimachen werde, so dass sie keine Notwendigkeit sahen, sich auf einen Aufstand vorzubereiten. Schliesslich kam auch ein Generalstreik nicht in Frage, da über ein Drittel der Arbeiter arbeitslos waren; streikende Arbeiter würden mühelos durch arbeitslose Arbeiter ersetzt werden können, die alles tun würden, um sich und ihre Familien aus ihrem Elend zu befreien.

Goebbels erhielt die Zustimmung der Gewerkschaftsführer, die Einführung eines neuen öffentlichen Feiertags am 1. Mai 1933, eine langjährige Forderung der Gewerkschaften, zu unterstützen. Er machte daraus einen «Tag der nationalen Arbeit», an dem die Arbeiter zu Hunderttausenden in ganz Deutschland unter Hakenkreuzfahnen zusammenkamen, um den Reden Hitlers und der übrigen Parteiführer, die über Lautsprecher auf öffentlichen Plätzen übertragen wurden, zuzuhören. Am nächsten Tag überfielen SA-Kommandos überall in Deutschland die Räumlichkeiten der SPD und der Gewerkschaften, plünderten sie, liessen das vorgefundene Bargeld mitgehen und schlossen die Büros. Innerhalb weniger Wochen hatten Massenverhaftungen von Gewerkschafts- und SPD-Funktionären, von denen viele in improvisierten Konzentrationslagern misshandelt und gefoltert wurden, der Arbeiterbewegung das Rückgrat gebrochen. Danach waren die anderen Parteien an der Reihe. Die liberalen und die Splitterparteien wurden gezwungen, sich aufzulösen. Es begann eine Flüsterkampagne gegen Hitlers Koalitionspartner, die DNVP, verbunden mit der Schikanie- und Verhaftung ihrer Funktionäre und Abgeordneten. Hitlers wichtigster Verbündeter, der Vorsitzende der DNVP, Alfred Hugenberg, wurde gezwungen, aus dem Kabinett auszuschcheiden, während der Fraktionsvorsitzende der Partei im Reichstag unter dubiosen Umständen tot in seinem Büro aufgefunden wurde. Proteste Hugenbergs wurden von Hitler mit einem hysterischen Ausbruch beantwortet, in dem er mit einem Blutbad drohte, falls die DNVP noch weiter Widerstand leistete. Bis Ende Juni war auch die DNVP aufgelöst. Die letzte grosse noch unabhängige Partei, das Zentrum, erlitt ein ähnliches Schicksal. Drohungen der Nationalsozialisten, katholische Beamte zu entlassen und katholische Laienorganisationen

zu schliessen, in Verbindung mit Papens panischer Angst vor dem Kommunismus führten zu einer Vereinbarung in Rom. Die Partei erklärte sich bereit, sich aufzulösen, wenn ein Konkordat geschlossen würde, das bereits am Tag des Ermächtigungsgesetzes zugesagt worden war. Das schien die Unantastbarkeit der katholischen Kirche in Deutschland samt ihren Vermögenswerten und Organisationen zu garantieren. Doch die Zeit sollte zeigen, dass die Vereinbarung nicht das Papier wert war, auf das sie geschrieben wurde. In der Zwischenzeit jedoch gehörte das Zentrum wie die übrigen Parteien der Vergangenheit an. Mitte Juli 1933 war Deutschland ein Einparteienstaat, eine Situation, die durch ein Gesetz besiegelt wurde, das alle Parteien ausser der NSDAP verbot.

Es waren jedoch nicht nur die Parteien und Gewerkschaften, die verboten wurden. Der Angriff der Nationalsozialisten auf die Institutionen betraf die Gesellschaft insgesamt. Jede Länderregierung, jedes Länderparlament im föderalen politischen System Deutschlands, jeder Land-, Kreis- und Stadtrat wurde rücksichtslos «gesäubert»; die Reichstagsbrandverordnung und das Ermächtigungsgesetz wurden dazu benutzt, angebliche Staatsfeinde, sprich Gegner des Nationalsozialismus zu entlassen. Jeder Verband auf nationaler Ebene, jeder lokale Verein wurde der Kontrolle durch die Partei unterstellt, von den industriellen und agrarischen Interessengruppen bis hin zu Sportvereinen, Fussballklubs, Männerchören und Frauenorganisationen – kurzum, das gesamte Vereinsleben wurde «gleichgeschaltet». Rivalisierende, politisch ausgerichtete Vereine oder Klubs gingen in einer einzigen NS-Masse auf. Bisherige Vorsitzende von Vereinen wurden entweder formlos entlassen oder sie unterwarfen sich freiwillig. Viele Organisationen schlossen politisch linksstehende oder liberale Mitglieder aus und legten ein Bekenntnis zum neuen Staat und dessen Institutionen ab. Dieser ganze Prozess der «Gleichschaltung» überall in Deutschland dauerte vom März bis zum Juli 1933. Am Ende waren als einzige nicht gleichgeschaltete Organisationen die Reichswehr und die christlichen Kirchen übriggeblieben. Während dieser Zeit erliess die Regierung ein Gesetz, das es erlaubte, den Beamtenapparat zu «säubern». Dies betraf auch Lehrer, Professoren und Dozenten, Richter und andere akademische Berufe. Sozialdemokraten, Liberale und nicht wenige Katho-

liken und Konservative wurden in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Um ihre Arbeitsplätze zu sichern, traten zwischen dem 30. Januar und dem 1. Mai 1933 1,6 Millionen Menschen in die NSDAP ein; danach verfügte die Parteiführung eine Aufnahmesperre. Die Zahl der SA-Männer war bis zum Sommer 1933 auf über 2 Millionen angewachsen.

Der Anteil der Beamten, die tatsächlich aus politischen Gründen aus dem Dienst entfernt wurden, war allerdings sehr gering. Dagegen wurden zahllose Beamte in den Ruhestand versetzt, weil sie «nichtarischer» Abstammung waren. Ein am 7. April 1933 verabschiedetes Gesetz ermöglichte die Versetzung jüdischer Beamter in den Ruhestand, auch wenn Hindenburg eine Ausnahmeklausel durchgesetzt hatte für alle vor dem 1. August 1914 Verbeamtete, Frontkämpfer des Ersten Weltkriegs und die Söhne oder Väter von Kriegsgefallenen. Die Juden, so Hitlers Behauptung, seien ein zersetzendes, parasitäres Element, dessen man sich entledigen müsse. Tatsächlich gehörten die meisten Juden in Deutschland der bürgerlichen Schicht an und waren in ihrer politischen Überzeugung – soweit sie eine hatten – liberal bis konservativ. Dennoch war Hitler überzeugt, dass sie Deutschland während des Ersten Weltkriegs bewusst geschadet und die Revolution ausgelöst hätten, aus der die Weimarer Republik hervorgegangen war. Zweifellos waren einige führende Funktionäre der KPD und der SPD Juden, jedoch längst nicht alle. Aber die Nationalsozialisten hielten sich nicht lange mit Differenzierungen auf. Einen Tag nach den Märzwahlen randalierten SA-Männer auf dem Berliner Kurfürstendamm, machten Jagd auf Juden und misshandelten sie schwer. Sie verwüsteten Synagogen, und überall in Deutschland drangen Horden von Braunhemden in die Gerichte ein, zerrten jüdische Richter und Anwälte ins Freie, verprügelten sie mit Gummiknüppeln und drohten, sie sollten die Gerichte nie wieder betreten. Stellte sich heraus, dass einer der verhafteten Kommunisten oder Sozialdemokraten jüdisch war, wurde dieser besonders brutal behandelt. Bis Ende Juni waren über 40 Juden von SA-Männern ermordet worden.

Über solche Zwischenfälle wurde in der Auslandspresse ausführlich berichtet. Das nahmen Hitler, Goebbels und die anderen Parteiführer zum Vorwand, einen seit Langem erwogenen Plan in die Tat umzusetzen, einen landesweiten Boykott jüdischer Geschäfte, Arztpraxen und Anwaltskanz-

leien durchzuführen. Am 1. April 1933 standen SA-Männer drohend vor den Schaufenstern von Läden und Warenhäusern jüdischer Inhaber und trugen Schilder mit der Aufschrift: «Deutsche, kauft nicht bei Juden!» Die meisten nichtjüdischen Deutschen befolgten die Aufforderung, allerdings ohne besondere Begeisterung. Die grössten jüdischen Firmen blieben von dem Boykott ausgenommen, da sie für die Wirtschaft zu wichtig waren. Als sich zeigte, dass der Boykott bei der Bevölkerung keine enthusiastischen Reaktionen auslöste, blies Goebbels ihn nach wenigen Tagen wieder ab. Doch die Misshandlungen von Juden auf der Strasse, die Schändung von Synagogen und der Boykott zeigten bei der jüdischen Gemeinde in Deutschland Wirkung: Bis zum Jahresende waren 37'000 ihrer Mitglieder ausgewandert. Die Vertreibung der Juden, die von den Nationalsozialisten nicht wegen ihrer Religionszugehörigkeit, sondern aufgrund «rassischer» Kriterien verfolgt wurden, machte sich auf besondere Weise in den Naturwissenschaften, im kulturellen Leben und in den Künsten bemerkbar. Jüdische Dirigenten und Musiker wie Bruno Walter und Otto Klemperer wurden kurzerhand entlassen oder am Auftreten gehindert. Film und Funk wurden innerhalb kurzer Zeit von Juden und Regimegegnern «gesäubert». Tageszeitungen, die nicht auf der Parteilinie lagen, wurden verboten oder unter die Kontrolle der Partei gebracht, während der Reichsverband der deutschen Presse und der Reichsverband der deutschen Zeitungsverleger sich der Parteiführung unterstellten. Linke und liberale Schriftsteller wie Bertolt Brecht, Thomas Mann und zahllose andere durften nicht mehr publizieren; viele verliessen das Land. Hitlers ganz besondere Feindseligkeit galt modernen Malern wie Paul Klee, Max Beckmann, Ernst Ludwig Kirchner und Wassily Kandinsky. Vor 1914 hatten Hitlers peinlich genaue gegenständliche Zeichnungen von Gebäuden ihm nicht die ersehnte Aufnahme an der Wiener Akademie verschafft. Man hatte befunden, dass sein Talent nicht ausreiche. In der Weimarer Republik waren abstrakte und expressionistische Künstler zu Wohlstand und Ruhm gelangt mit Bildern, die in den Augen Hitlers nur hässliche und bedeutungslose Klecksereien waren. Während er in seinen Reden gegen die moderne Kunst vom Leder zog, wurden die Direktoren von Galerien und Kunstmuseen entlassen und

durch Männer ersetzt, die begeistert alle modernistischen Arbeiten aus Ausstellungen entfernten. Die vielen modernistischen Künstler und Komponisten, die wie Klee oder Schönberg eine Stellung in staatlichen Bildungsanstalten bekleideten, mussten allesamt den Hut nehmen.

Insgesamt emigrierten mindestens 2'000 Kunstschaffende in den Jahren nach 1932 aus Deutschland. Unter ihnen befanden sich praktisch alle, die einen internationalen Ruf genossen. Der Antiintellektualismus der Nationalsozialisten manifestierte sich auch an den Universitäten. Auch hier wurden jüdische Professoren aller Fakultäten entlassen. Viele von ihnen wie Albert Einstein, Gustav Hertz, Erwin Schrödinger, Max Born sowie zwanzig gegenwärtige oder zukünftige Nobelpreisträger verliessen das Land. Bis 1934 hatte man rund 1'600 von 5'000 Universitätslehrern davongejagt, ein Drittel, weil sie Juden, die übrigen, weil sie politische Gegner der Nationalsozialisten waren. 16 Prozent der Physikprofessoren und -assistenten wanderten aus. An den Universitäten waren es vor allem die Studenten, unterstützt von einer kleinen Zahl nationalsozialistischer Professoren wie dem Philosophen Martin Heidegger, die die «Säuberungen» fortsetzten. Sie zwangen jüdische und linke Professoren durch gewalttätige Demonstrationen aus den Universitäten, und am 10. Mai 1933 organisierte die Deutsche Studentenschaft Demonstrationen in 19 Universitätsstädten, bei denen zahllose Bücher jüdischer und linksstehender Schriftsteller auf brennende Scheiterhaufen geworfen wurden. Was die Nationalsozialisten erreichen wollten, war eine Kulturrevolution, bei der angeblich fremde kulturelle Einflüsse – insbesondere die von Juden und allgemein die der modernistischen Kultur – eliminiert und der deutsche Geist wiedergeboren werden sollte. Die Deutschen sollten sich nicht einfach nur in das Dritte Reich fügen, sie sollten es aus ganzem Herzen unterstützen, und die Errichtung des Reichspropagandaministeriums unter Joseph Goebbels, das sehr bald die ganze Sphäre der Kultur und der Künste kontrollierte, war das hauptsächliche Instrument zur Verwirklichung dieses Ziels. Dessenungeachtet war der Nationalsozialismus in vieler Hinsicht ein durchaus modernes Phänomen, daran interessiert, die neueste Technik einzusetzen, die neuesten Waffen und die wissenschaftlichsten Mittel zur Umgestaltung der deutschen Gesellschaft nach seinem Willen. «Rasse» war für die Na-

tionalsozialisten eine wissenschaftliche Kategorie, und indem sie diese zur Grundlage ihrer gesamten Politik machten, stützten sie sich auf das, was sie als die Anwendung einer wissenschaftlichen Methode auf die Gesellschaft ansahen. Nichts, weder religiöse Überzeugungen noch moralische Skrupel noch eine altherwürdige Tradition sollte ihre Revolution aufhalten. Doch im Sommer 1933 sah Hitler sich gezwungen, seinen Anhängern zu sagen, dass es Zeit sei für die Revolution, zu einem Ende zu kommen. Deutschland brauche eine Periode der Stabilität. Dieses Buch beginnt mit diesem Augenblick, dem Augenblick, als die Vernichtung der Überreste der Weimarer Republik vollendet worden und das Dritte Reich endgültig an die Macht gelangte.

1. KAPITEL

Der Polizeistaat

«Die Nacht der langen Messer»

Am 6. Juli 1933 lud Hitler die Reichsstatthalter der Länder zu einer Konferenz ein, um eine Bestandsaufnahme der allgemeinen Lage zu machen und Fragen der zukünftigen Politik zu erörtern. Die nationalsozialistische Revolution habe Erfolg gehabt, sagte er, sie hätten die Macht, und sie hätten sie allein. Der Zeitpunkt sei gekommen, das Regime zu stabilisieren. Es müsse jetzt Schluss sein mit dem Gerede, wie man es unter den ranghohen Mitgliedern der SA hören könne, dass nämlich auf die «Machteroberung» nunmehr eine «zweite Revolution» folgen müsse:

«Die Revolution ist kein permanenter Zustand, sie darf sich nicht zu einem Dauerzustand ausbilden; man muss den frei gewordenen Strom der Revolution in das sichere Bett der Evolution hinüberleiten ... Das Schlagwort von der zweiten Revolution war so lange beachtet, als in Deutschland noch Positionen vorhanden waren, die als Kristallisationspunkt für eine Gegenrevolution gelten könnten. Dies ist nicht der Fall. Wir lassen keinen Zweifel darüber, dass wir einen solchen Versuch, wenn nötig, in Blut ertränken würden. Eine zweite Revolution könnte sich also nur gegen die erste richten.»¹

Dieser Erklärung folgten in den Wochen danach noch zahlreiche ähnliche, wenngleich weniger offen drohende Äusserungen anderer nationalsozialistischer Führer. Das Reichsjustiz- und das Reichsinnenministerium drängten zunehmend darauf, dass keine willkürliche Gewalt mehr geduldet werden dürfe, und das Reichswirtschaftsministerium war besorgt, dass eine weitere Unruhe bei der internationalen Finanzgemeinde den Eindruck einer anhaltenden Instabilität in Deutschland erwecken, dass sie vor Investitionen zurückschrecken und dies die wirtschaftliche Erholung gefährden könnte. Das Reichsinnenministerium beklagte sich über die Verhaftung von Beamten, das Reichsjustizministerium über die Verhaftung von

Rechtsanwälten. Die Gewalttaten der SA gingen überall in Deutschland weiter, wobei die «Köpenicker Blutwoche» im Juni 1933 traurige Berühmtheit erlangte. Ein Rollkommando der SA in Berlin-Köpenick war auf den Widerstand eines jungen Sozialdemokraten gestossen. Nachdem der Sozialdemokrat drei SA-Männer erschossen hatte, rotteten sich SA-Männer in grosser Zahl zusammen, verhafteten über 500 Männer des Viertels und folterten sie so brutal, dass 91 von ihnen starben.² Gewalttaten dieser Art wollte man nun unterbinden: Es war nicht mehr nötig, die Gegner des Regimes durch Misshandlungen gefügig zu machen. Ausserdem war Hitler mittlerweile beunruhigt über die zunehmende Machtposition, die dem Führer der SA, Ernst Röhm, aufgrund der wachsenden Mitgliederzahl zufiel. Dieser hatte am 30. Mai 1933 in einer Verfügung im Hinblick auf die SA erklärt, «die Aufgabe, die nationalsozialistische Revolution zu vollenden ..., liegt ... noch vor ihr». «Entscheidend ist nicht», setzte er hinzu, «dass täglich ein ‚gleichgeschalteter‘ Bienenzucht- oder Kegelerverein Treueerklärungen beschliesst oder dass Strassen der Städte zeitgenössische Namen erhalten.» Mochten andere den Sieg des Nationalsozialismus feiern, doch die politischen Soldaten, die ihn erkämpft hatten, müssten jetzt die Sache in die Hand nehmen und voranbringen.³

Am 2. August 1933 hob Hermann Göring, über solche Erklärungen beunruhigt, in seiner Eigenschaft als preussischer Ministerpräsident eine Anordnung vom Februar auf, mit der die Braunhemden als Hilfspolizisten der preussischen Polizei eingestellt worden waren. Die Innenministerien anderer Länder folgten seinem Beispiel. Die reguläre Polizei hatte jetzt einen grösseren Spielraum im Umgang mit den SA-Exzessen. Das preussische Justizministerium richtete eine «Zentralstaatsanwaltschaft» ein, die alle strafwürdigen Ausschreitungen von SA- und SS-Männern in den Konzentrationslagern untersuchen und unter Umständen gerichtlich verfolgen sollte, ordnete jedoch zugleich am 25. Juli die Einstellung von laufenden Verfahren gegen SA- und SS-Männer wegen Gewaltverbrechen und die Amnestierung der wenigen bislang Verurteilten an. Strenge Bestimmungen wurden im Hinblick darauf erlassen, wer berechtigt war, Personen in «Schutzhaft» zu nehmen, und welches Verfahren dabei eingehalten werden musste. Ein Hinweis darauf, was bis dahin gängige Praxis war, wurde durch die Verbote geliefert, die in den im April 1934 gemeinsam erlasse-

nen Vorschriften enthalten waren: Niemand durfte aus persönlichen Gründen wie etwa Verleumdung in «Schutzhaft» genommen werden, weil er Angestellte entlassen hatte, als Rechtsvertreter von Personen aufgetreten war, die anschliessend inhaftiert wurden, oder weil er eine unerwünschte Klage bei Gericht eingereicht hatte. Ihres ursprünglichen Daseinszwecks als der Arm der nationalsozialistischen Bewegung beraubt, der Strassenkämpfe ausfocht und politische Versammlungen sprengte, und ihrer Position als Aufseher über zahlreiche improvisierte Schutzhaftlager und Folterkeller enthoben, sah sich die SA unvermittelt ohne eine echte Aufgabe.⁴

Da es jetzt keine freien Wahlen mehr gab, hatte die SA keine Gelegenheit mehr, auf den Strassen zu marschieren und in die Versammlungen anderer Parteien einzudringen. Enttäuschung machte sich bemerkbar. Die SA hatte im Frühjahr einen enormen Zulauf von Sympathisanten und Trittbrettfahrern verzeichnet. Im März 1933 hatte Röhm verkündet, jeder «patriotisch gesinnte» Deutsche könne eintreten. Nachdem im Mai keine neuen Mitglieder mehr in die NSDAP aufgenommen wurden, da die Parteiführung befürchtete, unter den Bewerbern befänden sich zu viele Opportunisten und ihre Bewegung werde von Menschen überschwemmt, die sich der Sache nicht wirklich verschrieben hatten, sahen viele im Eintritt in die SA eine Alternative und schwächten damit die Verbindungen zwischen der Partei und ihrem paramilitärischen Flügel. Die zwangsweise Eingliederung der Veteranenorganisation «Stahlhelm» in die SA in der zweiten Jahreshälfte 1933 bedeutete eine weitere zahlenmässige Stärkung der Brauhemden. Anfang 1934 gab es sechsmal so viele SA-Männer wie zu Beginn des Vorjahres. Die Gesamtstärke der Sturmabteilung betrug inzwischen knapp drei Millionen Mann; rechnete man noch den Stahlhelm und andere in der SA aufgegangene Wehrverbände hinzu, waren es viereinhalb Millionen. Das musste die Grösse der Reichswehr lächerlich klein erscheinen lassen, deren Höchststärke durch den Versailler Vertrag auf 100'000 Mann begrenzt war. Andererseits war die Reichswehr trotz der Einschränkungen durch Versailles weitaus besser ausgerüstet und ausgebildet als die SA. Das Gespenst eines Bürgerkriegs, das sich Anfang 1933 so drohend gezeigt hatte, schien erneut umzugehen.⁵

Die Unzufriedenheit der SA-Männer rührte nicht nur aus dem Neid auf die Reichswehr und dem Unwillen gegenüber einer Politik der Stabilisierung nach dem Juli 1933. Viele «alte Kämpfer» grollten den Neuzugängen, die im Frühjahr 1933 noch schnell auf das Trittbrett aufgesprungen waren. Besonders stark waren die Ressentiments gegenüber den Stahlhelmern. Sie führten in den ersten Monaten 1934 zunehmend zu Raufereien und Kämpfen. In Pommern verbot die Polizei ehemalige Stahlhelmformationen (die sich in «NS-Frontkämpferbund» umbenannt hatten), nachdem ein SA-Führer von einem ehemaligen Stahlhelmer ermordet worden war.⁶ Doch der Unmut der alten Braunhemden richtete sich auch gegen Personen ausserhalb ihrer Organisation. Viele hatten sich von der Ausschaltung der Gegner der Partei reiche Belohnung versprochen und wurden enttäuscht, als bewährte Lokalpolitiker und konservative Partner der Nationalsozialisten die fettesten Brocken bekamen. Ein SA-Mann, Jahrgang 1897, schrieb 1934:

«Nach der Machtergreifung änderte sich die Lage dramatisch. Menschen, die mich bisher verspottet hatten, waren nunmehr voll des Lobes. In meiner Familie und unter allen Verwandten war ich auf einmal die Nummer Eins, nach Jahren einer erbitterten Fehde. Meine Sturmabteilung wuchs sprunghaft von Monat zu Monat an, so dass ich (vom Januar mit 250) bis zum 1. Oktober 1933 2'200 Mitglieder hatte – so dass ich um Weihnachten zum Obersturmbannführer befördert wurde. Doch je mehr die Spiesser mich über den grünen Klee lobten, desto misstrauischer wurde ich, dass diese Schufte glaubten, sie hätten mich im Sack... Nach der Aufnahme der Stahlhelmer, als die Sache ein Ende hatte, zahlte ich es der reaktionären Clique heim, die hinter meinem Rücken versuchte, mich vor meinen Vorgesetzten lächerlich zu machen. Es gab die unterschiedlichsten Denunziationen gegen mich bei höheren SA-Stellen und den Behörden... Schliesslich schaffte ich es, zum Bürgermeister am Ort ernannt zu werden..., so dass ich allen prominenten Spiessern und den reaktionären Überresten der alten Zeit das Genick brechen konnte...»⁷

Solche Empfindungen waren sogar noch stärker unter den vielen Veteranen in der SA, die es nicht geschafft hatten, in eine solche Machtposition zu gelangen.

Da es für die gewalttätigen Energien der jungen SA-Männer keine klaren politischen Zielgruppen mehr gab, wurden sie zunehmend überall in Deutschland in Händel und Raufereien verwickelt, häufig ohne erkennbares politisches Motiv. Horden von SA-Männern betranken sich, verursachten nächtliche Ruhestörungen, verprügelten grundlos harmlose Passanten und griffen die Polizei an, wenn diese versuchte, ihrer Herr zu werden. Die Sache wurde noch schlimmer durch den Versuch Röhm im Dezember 1933, die Braunhemden der ordentlichen Gerichtsbarkeit zu entziehen. Von da an wurde den SA-Männern gesagt, Disziplinprobleme würden innerhalb der Organisation selbst geregelt. Das war ein Freibrief für Untätigkeit, auch wenn es immer noch zu polizeilichen und juristischen Verfolgungen von Straftaten kam. Noch schwieriger war es für Röhm, eine eigene SA-Justiz einzuführen, die nachträglich mehr als 4'000 Verfahren gegen SA- und SS-Angehörige wegen verschiedener Vergehen aufarbeiten sollte, die in den ersten Monaten des Jahres 1933 verübt worden und im Mai 1934 noch vor einem Gericht anhängig waren. Viele Verfahren wurden eingestellt, und in zahlreichen weiteren Fällen waren die Vergehen gar nicht erst verfolgt worden, aber trotzdem war noch eine beträchtliche Zahl übriggeblieben. Die Reichswehr hatte ausserdem ihre eigene Militärgerichtsbarkeit; indem Röhm ein paralleles Rechtssystem innerhalb der SA errichtete, konnte er die Stellung seiner Organisation ein ganzes Stück der Reichswehr annähern. In einem Runderlass erklärte er im Juli 1933, «dass als Sühne für den Mord an einem SA-Mann durch den zuständigen SA-Führer bis zu 12 Angehörige von der feindlichen Organisation, von der der Mord vorbereitet wurde, gerichtet werden dürfen».⁸ Zweifellos musste eine Möglichkeit gefunden werden, all diese überschüssige Energie in nützliche Kanäle zu leiten. Doch die Führung der SA machte die Sache noch schlimmer, indem sie den gewalttätigen Aktivismus der Bewegung auf «die Fortsetzung der deutschen Revolution» richtete.⁹ Röhm sprach in den ersten Monaten des Jahres 1934 auf zahlreichen Kundgebungen und Aufmärschen, betonte das revolutionäre Wesen des Nationalsozialismus und führte offene Angriffe auf die Parteiführung und vor allem die Reichs-

wehr, deren Führung die SA die Schuld daran gab, dass sie 1932 durch Reichskanzler Brüning vorübergehend verboten worden war. Röhm sorgte für beträchtliche Unruhe in den höheren Rängen der Reichswehr, als er erklärte, er wolle aus der SA die Basis für eine nationale Miliz machen, was praktisch die Umgehung und vielleicht am Ende sogar die Ersetzung der Reichswehr bedeutete. Hitler versuchte, ihn abzuspeisen, indem er ihn im Dezember 1933 zum Minister ohne Geschäftsbereich mit einem Sitz im Kabinett machte, doch angesichts der zunehmenden Entbehrlichkeit des Kabinetts in dieser Phase war dies nur von geringer praktischer Bedeutung und kein Ersatz für Röhm's eigentliche Ambition, nämlich die Übernahme des Reichswehrministeriums, das General Werner von Blomberg unterstand.¹⁰

Ohne wirkliche Macht im Zentrum begann Röhm mit der Schaffung eines Kults seiner eigenen Führung innerhalb der SA und betonte auch weiterhin die Notwendigkeit einer zweiten Revolution.¹¹ Im Januar 1934 bewiesen SA-Männer ihren Radikalismus, als sie in das Hotel Kaiserhof in Berlin eindrangten und die Feier einiger Reichswehroffiziere anlässlich des Geburtstags des ehemaligen Kaisers Wilhelm II. störten.¹² Am nächsten Tag schickte Röhm an Blomberg eine Denkschrift über die künftige Rolle der Reichswehr. Diese forderte, so Blomberg, der möglicherweise absichtlich etwas übertrieb, dass die SA die Rolle der Reichswehr übernehmen müsse, während die Reichswehr nur noch als Ausbildungsheer für die SA fungieren sollte.¹³ Für die Spitzen der Reichswehr stellten die Braunhemden nunmehr eine ernste Bedrohung dar. Seit dem Sommer 1933 hatte Blomberg darauf hingewirkt, dass die Reichswehr ihren Standpunkt einer formalen politischen Neutralität aufgab und das Regime mehr und mehr unterstützte. Blomberg und seine Verbündeten waren durch Hitlers Versprechen einer massiven Erweiterung der deutschen militärischen Stärke durch die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht geködert worden. Des Weiteren versicherte Hitler ihnen, er werde eine aggressive Außenpolitik betreiben mit dem Ziel, die durch den Vertrag von Versailles verlorengegangenen Gebiete zurückzugewinnen, und einen Eroberungskrieg im Osten führen. Blomberg bekundete seinerseits ostentativ seine Loyalität gegenüber dem Dritten Reich durch die Übernahme des «Arier-

paragraphen» (d.h. Juden waren fortan vom Dienst in der Reichswehr ausgeschlossen) und die Aufnahme des Hakenkreuzes in den Insignienbestand der Reichswehr. Auch wenn dies weitgehend symbolische Gesten waren – auf eine Intervention von Reichspräsident Hindenburg hin beispielsweise konnten jüdische Kriegsveteranen nicht aus der Reichswehr entlassen werden, und tatsächlich waren nur rund 70 Soldaten betroffen –, so waren sie doch wichtige Konzessionen an die nationalsozialistische Weltanschauung, die zeigten, wie weit die Reichswehr sich mit der neuen Ordnung arrangiert hatte.¹⁴

Gleichzeitig war das Heer jedoch keineswegs eine gleichgeschaltete Institution. Seine relative Unabhängigkeit wurde untermauert durch das starke Interesse, das der formelle Oberbefehlshaber, Reichspräsident Paul von Hindenburg, für die Armee hegte. Hindenburg hatte sich sogar gewei- gert, Walther von Reichenau, den Hitler und Blomberg als Nachfolger des konservativen und NS-feindlichen Kurt von Hammerstein vorgeschlagen hatten, zum Chef der Heeresleitung zu ernennen, als Hammerstein aus dem aktiven Dienst ausschied. Stattdessen hatte er die Ernennung von General- oberst Werner von Fritsch durchgesetzt, einem beliebten Stabsoffizier mit starken konservativen Überzeugungen, einer Leidenschaft für das Reiten und einer streng protestantischen Weltanschauung. Unverheiratet, ein be- sessener Arbeiter und Militär mit Leib und Seele, besass Fritsch die arro- gante Verachtung des preussischen Offiziers für die Vulgarität der Natio- nalsozialisten. Sein konservativer Einfluss wurde unterstützt vom Chef des Truppenamts, General Ludwig Beck, der Ende 1933 ernannt wurde. Beck war ein zurückhaltender, in sich gekehrter Mann, ein Witwer, der seine Freizeit ebenfalls am liebsten auf dem Pferderücken verbrachte. Mit Män- nern wie Fritsch und Beck auf zwei der höchsten Positionen der Reichs- wehr bestand keine Aussicht, dass das Heer dem Druck der SA nachgeben würde. Am 28. Februar 1934 kam es zu einem Treffen zwischen Hitler und den Spitzen von SA und SS und der Reichswehr, bei dem Röhm gezwun- gen wurde, eine Vereinbarung zu unterzeichnen, dass er jeden Versuch un- terlassen werde, die Reichswehr durch eine Miliz aus Braunhemden zu er- setzen. Deutschlands militärische Macht der Zukunft, erklärte Hitler em- phatisch, würde ein hervorragend ausgebildetes und ausgerüstetes Heer sein, für das die SA lediglich unterstützende Aufgaben

wahrnehmen werde. Nachdem die Vertreter der Reichswehr den anschließenden Empfang verlassen hatten, sagte Röhm vor seinen Männern, er denke nicht daran, dem «lächerlichen Gefreiten» zu gehorchen, und drohte, Hitler «in den Urlaub» zu schicken. Eine derartige Insubordination blieb nicht unbemerkt. Hitler war sich über Röhm's Einstellung durchaus im Klaren und hatte ihn von der Polizei verdeckt überwachen lassen.¹⁵

Die Konkurrenz zur SA bewog Blomberg und die Spitzen der Reichswehr, sich um die Gunst Hitlers zu bemühen. Die Reichswehr sah in der SA eine potentielle Quelle für Rekruten. Das brachte in ihren Augen jedoch die Gefahr einer politischen Infiltration mit sich. Ausserdem wurde voller Verachtung zur Kenntnis genommen, dass es in der Führung der SA Männer gab, die unehrenhaft aus dem Militär entlassen worden waren. Die Reichswehr zog es deshalb vor, sich für die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht einzusetzen, und brachte dies in einen Plan ein, den Beck im Dezember 1933 entwickelte. Hitler hatte bereits im Februar dieses Jahres vor hohen Reichswehroffizieren versprochen, die allgemeine Wehrpflicht wieder einzuführen. Er hatte sogar gegenüber dem britischen Politiker Anthony Eden erklärt, es wäre ein Fehler, die Existenz eines «zweiten Heeres» zuzulassen, und dass er beabsichtige, die SA unter Kontrolle zu bringen und die Meinung im Ausland durch die Demilitarisierung der SA zu beruhigen.¹⁶ Dennoch mehrten sich Geschichten von lokalen und regionalen SA-Führern, die die Schaffung eines «SA-Staates» und eine «Nacht der langen Messer» prophezeiten. Max Heydebreck, SA-Obergruppenführer in Rummelsburg, äusserte in einem Gespräch, ein Teil des Offizierkorps der Reichswehr seien Schufte. Die meisten Offiziere seien zu alt und müssten durch jüngere ersetzt werden. Er sagte, man wolle abwarten, bis «Papa Hindenburg» tot sei, dann marschiere die SA gegen die Reichswehr. Was wollten denn 100'000 Mann Reichswehr gegen eine so grosse Übermacht von SA-Männern ausrichten.¹⁷ SA-Männer begannen, Militärlastwagen auf der Strasse anzuhalten und Waffen und Gerät zu beschlagnahmen. Doch alles in allem waren solche Zwischenfälle lokal beschränkt, sporadisch und unkoordiniert. Röhm hatte zu keiner Zeit einen umfassenden Plan ausgearbeitet. Entgegen späteren Unterstellungen Hitlers hatte er damals nicht die Absicht, einen Putsch zu inszenieren. Anfang

Juni gab er sogar bekannt, auf Anraten der Ärzte werde er auf Kur nach Bad Wiessee bei München gehen, und schickte die SA für den ganzen Juli in Urlaub.¹⁸

II

Die anhaltende Unruhe und die radikale Sprache der SA waren dazu angetan, nicht nur innerhalb der Führung der Reichswehr, sondern auch bei einigen der konservativen Minister im Kabinett Hitlers Besorgnis zu wecken. Bis zur Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes hatte das Kabinett regelmässige Sitzungen abgehalten, um Verordnungsentwürfe zu billigen, die anschliessend dem Reichspräsidenten vorgelegt wurden. Ab Ende März wurde es jedoch zunehmend von der Reichskanzlei und den einzelnen Ministerien umgangen. Hitler schätzte die eingehenden und gelegentlich auch kritischen Diskussionen der Kabinettsitzungen nicht. Er zog Verordnungen vor, die so weit wie möglich schon vor ihrer Beratung im Kabinett ausformuliert waren. Auf diese Weise wurde das Kabinett zunehmend zu einem reinen Organ der Akklamation bereits im Vorfeld beschlossener Gesetze. Bis zur Sommerpause 1933 trat das Kabinett immer noch vier- bis fünfmal im Monat zusammen, auch im September und Oktober 1933 gab es noch relativ häufige Kabinettsitzungen. Ab November 1933 trat jedoch eine wahrnehmbare Änderung ein. In diesem Monat kam das Kabinett nur einmal zusammen, im Dezember dreimal, im Januar 1934 einmal, im Februar und März jeweils zweimal. Im April fand überhaupt keine, im Mai nur eine einzige und im Juni wiederum keine Sitzung statt. Zu diesem Zeitpunkt wurde das Kabinett schon längst nicht einmal mehr zahlenmässig von den Konservativen dominiert, da im März 1933 der Reichspropagandaleiter der NSDAP Joseph Goebbels als Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, am 1. Dezember Rudolf Hess und Ernst Röhm – beide ohne Geschäftsbereich – und am 1. Mai 1934 der Nationalsozialist Bernhard Rust als Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung hinzukamen. Alfred Hugenberg von der DNVP war am 29. Juni 1933 zurückgetreten; seinen Platz als Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft nahm der Nationalsozialist Richard Wal-

ther Darré ein. In dem von Hindenburg am 30. Januar 1933 ernannten Kabinett hatten sich nur drei Nationalsozialisten befunden – Hitler selbst, Wilhelm Frick, der Reichsinnenminister, und Hermann Göring als Reichsminister ohne Geschäftsbereich. Von den 17 im Mai 1934 im Amt befindlichen Reichsministern gehörte dagegen eine klare Mehrheit von neun Ministern seit Jahren der NSDAP an. Selbst für einen Mann, der so sehr zu Selbsttäuschung und politischer Blindheit neigte wie der konservative Vizekanzler Franz von Papen war deutlich geworden, dass von den ursprünglichen Erwartungen, mit denen er und seine konservativen Kollegen am 30. Januar 1933 in das Kabinett eingetreten waren, nichts mehr übriggeblieben war. Nicht sie waren es gewesen, die die Nationalsozialisten am Gängelband geführt hatten, sondern Hitler und seine Parteigenossen hatten sie manipuliert und obendrein gemobbt und eingeschüchtert.¹⁹

Doch erstaunlicherweise hatte Papen seinen Traum keineswegs aufgegeben, den er während seiner Amtszeit als Reichskanzler 1932 offen ausgesprochen hatte: Eine konservative Restauration, die er mit der Massenunterstützung der NSDAP bewerkstelligen wollte. Sein Redenschreiber Edgar Jung formulierte noch im Sommer 1933 als «Ziel deutscher Revolution die Entpolitisierung der Massen» und «ihre Ausschaltung aus der Staatsführung». Der ungezügelter Populismus der SA erschien als ein ernsthaftes Hindernis für das antidemokratische und elitäre Regime, das Papen vorschwebte. In der Umgebung des Vizekanzlers sammelte sich eine Gruppe junger Konservativer, die diese Ansichten teilten. Inzwischen wurde Papen zu einer Anlaufstelle der sich häufenden Beschwerden von allen Seiten über die Gewalttätigkeit und das willkürliche Verhalten der NSDAP. Dies wiederum vermittelte Papen und seiner Umgebung ein zunehmend negatives Bild von den Auswirkungen der nationalen Revolution, die sie bislang unterstützt hatten. Innerhalb kurzer Zeit sammelten sich immer mehr Unzufriedene um den ehemaligen Reichskanzler.²⁰ Im Mai 1934 beklagte sich Goebbels in seinem Tagebuch über Papen, der Gerüchten zufolge den betagten Hindenburg in seinem Amt als Reichspräsident beerben wollte. Aber auch andere Kabinettsmitglieder passten dem Reichspropagandaminister nicht ins Konzept («da muss erst recht ausgeräumt werden», schrieb er).²¹ Es bestand offensichtlich die Gefahr, dass die Papenclique, die von der Polizei bereits überwacht wurde, mit der

Reichswehr gemeinsame Sache machen würde. Papens Leiter der Pressestelle, Herbert von Bose, hatte bereits Kontakte zu kritischen Generälen und hohen Offizieren aufgenommen, die über die Aktivitäten der SA ebenfalls beunruhigt waren. Im April wurde bekannt, dass Hindenburg, lange Zeit ein Puffer zwischen der Reichswehr und den Konservativen auf der einen Seite und den führenden Nationalsozialisten auf der anderen, schwer erkrankt war. Sehr bald stand so gut wie fest, dass er nicht wieder gesund werden würde. Anfang Juni zog er sich auf sein Gut Neudeck in Ostpreussen zurück. Sein Hinscheiden konnte eine Krise heraufbeschwören, und auf diese musste das Regime vorbereitet sein.²²

Der Zeitpunkt war für das Regime umso kritischer, als die Begeisterung über die «nationale Revolution» des Jahres 1933 nun, ein Jahr später, für viele sichtbar abgeflaut war. Die Braunhemden waren nicht die einzigen, die enttäuscht waren über das bislang Erreichte. Sozialdemokratische Beobachter berichteten der Parteiführung im Prager Exil, das Volk sinke in Gleichgültigkeit zurück, die Leute beschwerten sich fortwährend und erzählten sich politische Witze über die Parteiführer. Parteiversammlungen seien durchweg schlecht besucht. Hitler werde zwar allgemein immer noch bewundert, doch zunehmend gehe die Kritik auch in diese Richtung. Viele Versprechen der Nationalsozialisten seien nicht eingelöst worden, und Ängste vor einer neuen Inflation oder einem plötzlichen Krieg hätten an manchen Orten zu Panikkäufen und zum Horten von Lebensmitteln geführt. Die gebildeten Schichten befürchteten, die von der SA ausgehenden Unruhen könnten in Chaos oder schlimmer noch, in Bolschewismus umschlagen.²³ Die Parteiführung war sich bewusst, dass solch unzufriedenes Murren unter der scheinbar glatten Oberfläche des politischen Lebens zu vernehmen war. In einem Interview mit dem amerikanischen Journalisten Louis P. Lochner betonte Hitler wortreich die bedingungslose Loyalität, die er von seinen Untergebenen erwartete.²⁴

Die Lage spitzte sich zu. Der preussische Ministerpräsident Hermann Göring, selbst ein ehemaliger SA-Führer, war jetzt über die Wendung der Ereignisse so besorgt, dass er bereit war, die Politische Polizei Preussens am 20. April 1934 Heinrich Himmler zu unterstellen, womit er dem ehrgeizigen jungen SS-Führer, der bereits Chef der gesamten übrigen Polizei

in Deutschland war, die Möglichkeit gab, den Polizeiapparat unter seiner Aufsicht zu zentralisieren. Die SA jedoch, der zu diesem Zeitpunkt die SS nominell noch unterstellt war, stand der Verwirklichung von Himmlers Zielen im Weg.²⁵ Auf einer viertägigen Kreuzfahrt auf dem Marineschiff *Deutschland* vor der norwegischen Küste Mitte April gab Hitler Blomberg und hohen Reichswehroffizieren offenbar die Zusage, mit Röhm Schluss zu machen, falls dieser noch einmal die Absicht äussern sollte, die SA in die Reichswehr einzugliedern.²⁶ Der Mai verstrich und danach der halbe Juni, ohne dass Hitler etwas Sichtbares unternahm. Nicht zum ersten Mal empfand Goebbels Enttäuschung über die scheinbare Entschlusslosigkeit seines Herrn und Meisters. Ende Juni schrieb er in sein Tagebuch: «Die Lage wird immer ernster. Der Führer muss handeln. Sonst wächst die Reaktion über den Kopf.»²⁷

Hitler musste schliesslich handeln, nachdem Papen am 17. Juni 1934 an der Marburger Universität eine öffentliche Rede gehalten und vor dem «Gerede einer zweiten Welle, welche die Revolutionen vollenden werde» gewarnt und den Persönlichkeitskult um Hitler angeprangert hatte. Der «ewige Aufstand von unten» müsse einmal zum Ende kommen. Die von Edgar Jung verfasste Rede war eine Philippika gegen «all das, was an Eignennutz, Charakterlosigkeit, Unwahrhaftigkeit, Unritterlichkeit und Anmassung sich unter dem Deckmantel der deutschen Revolution ausbreiten möchte».

Die Rede wurde von den Zuhörern mit donnerndem Applaus bedacht. Fünf Tage später war Papen in Hamburg auf dem Deutschen Derby und wurde von der Menge begeistert begrüsst, aus deren Mitte der Ruf «Heil Marburg!» erscholl.²⁸ Zurück von einem enttäuschenden Zusammentreffen mit Mussolini in Venedig, liess Hitler seiner Missstimmung über Papens Aktivitäten freien Lauf, noch bevor er von dessen Rede in Marburg erfahren hatte. Auf dem Parteitag des NSDAP-Gaus Thüringen in Gera schäumte Hitler gegen die «kleinen Zwerge», die versuchten, die nationalsozialistische Idee aufzuhalten. «Lächerlich, wenn solch ein kleiner Wurm gegen eine solch gewaltige Erneuerung eines Volkes ankämpfen will! Lächerlich, wenn solch ein kleiner Zwerg sich einbildet, durch ein paar Redensarten die gigantische Erneuerung eines Volkes hemmen zu können.» Den kleinen Nörglern stehe heute «die Faust des ganzen Volkes» gegen-

über, «die geballt ist und jeden niederschmettern wird, der es wagt, auch nur den leisesten Versuch einer Sabotage zu unternehmen.»²⁹

Goebbels hatte nach Papens Rede deren Veröffentlichung in Funk und Presse verboten, worauf dieser bei Hitler protestierte und seine Demission einreichte. Hitler versicherte ihm, dass es zu keiner «zweiten Revolution» durch die SA kommen werde, er müsse die ganze Sache jedoch mit dem Reichspräsidenten besprechen und bitte ihn, so lange seine Demission zurückzuhalten.³⁰ Papan liess sich einmal mehr von Hitlers Versprechungen täuschen und wiegte sich in einer trügerischen Sicherheit, indem er am Glauben an Hindenburgs Einfluss festhielt.

Am 21. Juni begab Hitler sich nach Neudeck, wo er Blomberg antraf, der mit dem Reichspräsidenten über Papens Rede gesprochen hatte. Der Reichswehrminister erklärte Hitler, wenn die Braunhemden nicht unverzüglich zur Raison gebracht würden, sei Hindenburg bereit, das Kriegsrecht zu verhängen und die Regierung in die Hände der Reichswehr zu legen.³¹ Hitler blieb keine andere Wahl mehr, und er traf Vorbereitungen für einen Schlag gegen Röhm. Die politische Polizei begann in Zusammenarbeit mit Himmler und seinem Stellvertreter Reinhard Heydrich, Chef des Sicherheitsdienstes (SD) in der SS, Beweise dafür zu fabrizieren, dass Röhm und seine SA einen landesweiten Aufstand geplant hätten. SS- und SD-Führer aus dem Reich wurden am 24. Juni nach Berlin bestellt, wo sie mit den vorbereiteten «Abwehrmassnahmen» gegen einen angeblichen Putsch Röhm vertraut gemacht wurden. Listen von «politisch unzuverlässigen» Personen wurden erstellt und lokale SS-Führer informiert, dass sie den Auftrag erhalten würden, einige dieser Personen zu erschiessen, vor allem diejenigen, die Widerstand leisteten, wenn der Tag des Handelns, der 30. Juni gekommen sei. Die Reichswehr hielt für den Fall eines stärkeren Widerstandes umfangreiche Eingreifreserven bereit.³² «Wehe dem», warnte Rudolf Hess in einer Rede über den Sender Köln, «der die Treue bricht im Glauben, durch eine Revolte der Revolution dienen zu können. Armselig, die da glauben, ...durch agitatorisches Handeln von unten dem Führer revolutionär helfen zu müssen.»³³

Am 27. Juni kam Hitler mit Blomberg und Reichenau zusammen, um sich die Mitwirkung der Reichswehr zu sichern; deren Reaktion bestand unter anderem darin, Röhm am 28. Juni aus dem «Verband der Deutschen Offiziere»

auszuschliessen und das Heer in volle Alarmbereitschaft zu versetzen. Blomberg verfasste einen Artikel für den *Völkischen Beobachter*, der am 29. Juni erschien und in dem er die absolute Loyalität der Reichswehr gegenüber dem neuen Regime erklärte. Inzwischen hatte Hitler anscheinend erfahren, dass Hindenburg Papen für den 30. Juni eine Audienz gewährt hatte, der Tag der geplanten Aktion gegen die SA. Das bestärkte die Führer der NSDAP in der Ansicht, dass die Gelegenheit genutzt werden müsse, auch gegen die Konservativen einen Schlag zu führen.³⁴ Nervös und besorgt bemühte sich Hitler, keinen Verdacht aufkommen zu lassen, und fuhr nach Essen, um an der Hochzeitsfeier des dortigen Gauleiters teilzunehmen. Von dort aus rief er Röhm's Adjutanten in Bad Wiessee an und erteilte ihm den Befehl, für Sonntag morgen 10 Uhr eine SA-Führerbesprechung einzuberufen. Danach organisierte Hitler für den Nachmittag des 29. Juni eine eilige Konferenz in Bad Godesberg mit Goebbels und Sepp Dietrich, dem Kommandeur der Leibstandarte-SS «Adolf Hitler». Er werde am nächsten Tag gegen Röhm vorgehen, teilte er dem verduztten Goebbels mit, der lediglich mit einem Schlag gegen die «Reaktionäre» gerechnet hatte und bis zu diesem Augenblick über alles andere im Unklaren gelassen worden war.³⁵ Göring wurde nach Berlin geschickt, um die Aktion dort zu beaufsichtigen. Inzwischen kursierten die unglaublichsten Gerüchte und Falschmeldungen, und die SA selbst wurde unruhig. In der Nacht des 29./30. Juni randalierten rund 3'000 SA-Männer in München und verkündeten lautstark, sie würden jeden Versuch niederschlagen, ihre Organisation zu verraten und den «Führer» und das Heer zu verunglimpfen. Durch das Eingreifen des Gauleiters Adolf Wagner gelang es, die aufgebrachten Männer wieder zu beruhigen. Aber auch in anderen Städten kam es zu Demonstrationen. Als Hitler morgens um 4.30 Uhr in München eintraf, beschloss er, nicht mehr die SA-Führerbesprechung abzuwarten, bei der die SA-Führer verhaftet werden sollten. In seinen Augen war jetzt keine Zeit mehr zu verlieren.³⁶

III

Hitler und seine Begleiter führen zuerst zum bayerischen Innenministerium, wohin die Anführer der nächtlichen Demonstration der SA befohlen wurden. Er warf ihnen Verrat und Beteiligung an einer gegen ihn gerichteten Verschwörung vor und riss ihnen eigenhändig die Schulterstücke herunter. Während die beiden Männer in das Gefängnis Stadelheim verbracht wurden, fuhr er mit einem Kommando besonders zuverlässiger SS-Männer nach Bad Wiessee zum Hotel Hanselbauer. In Begleitung seines ersten Fahrers Julius Schreck und gefolgt von einer Gruppe bewaffneter Kriminalpolizisten begab sich Hitler in den ersten Stock. Die SA-Männer schliefen noch ihren Rausch von einem Trinkgelage am Abend zuvor aus. Erich Kempka, der Chauffeur Hitlers, der den «Führer» nach Bad Wiessee gefahren hatte, schilderte, was nun folgte:

«Ohne mich zu beachten, tritt Hitler in das Zimmer, wo SA-Obergruppenführer Heines wohnt. Ich höre ihn schreien: ‚Heines, wenn Sie nicht in fünf Minuten angezogen sind, lasse ich Sie an Ort und Stelle erschiessen!‘

Ich trete ein paar Schritte zurück, und ein Polizeibeamter flüstert mir zu, dass Heines mit einem achtzehnjährigen SA-Obertruppführer im Bett gelegen habe. Endlich kommt Heines aus dem Zimmer, und vor ihm tänzelt ein achtzehnjähriger blonder Bengel.

‚In die Waschküche mit ihnen!‘ befiehlt Schreck.

Inzwischen kommt Röhm in einem blauen Strassenanzug und mit der Zigarre im Mundwinkel aus seinem Zimmer heraus. Hitler blickt ihn verbissen an, sagt aber kein Wort. Zwei Kriminalbeamte bringen Röhm ins Vestibül des Hotels hinab, wo er sich in einen Lehnstuhl wirft und beim Wirt Kaffee bestellt. Ich stehe im Korridor ein wenig abseits, und ein Kriminalbeamter erzählt mir, wie Röhm verhaftet wurde.

Mit der Peitsche in der Hand betrat Hitler allein das Schlafzimmer Röhm's, hinter sich zwei Kriminalbeamte mit entsicherter Pistole. Er stieß die Worte hervor: ‚Röhm, du bist verhaftet!‘ Verschlafen blickte Röhm aus den Kissen seines Bettes und stammelte: ‚Heil,

mein Führer!' ‚Du bist verhaftet!' brüllte Hitler zum zweiten Male, wandte sich um und ging aus dem Zimmer...

Oben auf dem Korridor geht es inzwischen recht lebhaft zu. Aus den Zimmern treten SA-Führer und werden festgenommen. Jeden von ihnen herrscht Hitler an: ‚Haben Sie etwas mit den Machenschaften Röhm's zu tun?' Natürlich bejaht keiner die Frage, aber das nützt ihnen nichts. Meist weiss Hitler selbst Bescheid, hin und wieder wendet er sich mit einer Frage an Goebbels oder Lutze. Und dann kommt seine Entscheidung: ‚Verhaftet!'»³⁷

Die Braunhemden wurden in der Waschküche im Keller der Pension festgehalten und bald darauf nach Stadelheim gebracht. Hitler und seine Begleiter folgten ihnen zurück nach München. In der Zwischenzeit waren die SA-Führer, die auf dem Weg zu der angeordneten Führerbesprechung am Münchner Hauptbahnhof eingetroffen waren, von der SS verhaftet worden, als sie den Zug verliessen.³⁸

Zurück in München fuhr Hitler in das Braune Haus, die Parteizentrale der NSDAP, das auf seinen Befehl von regulären Truppen abgeriegelt worden war, und wütete vor einer grösseren Zahl von SA- und Parteiführern gegen Röhm und die SA-Führer und erklärte, sie würden entlassen und erschossen. Ein hoher SA-Führer, Viktor Lutze, der eine Zeitlang Röhm bespitzelt und Hitler nach Bad Wiessee begleitet hatte, wurde zum neuen Stabschef der SA ernannt. Röhm, schäumte Hitler, sei von den Franzosen bezahlt worden; er sei ein Verräter und habe ein Komplott gegen den Staat geschmiedet. Die anwesenden Parteiführer forderten daraufhin die Vernichtung der Verräter. Der stets dienstbereite Rudolf Hess erbot sich, Röhm persönlich zu erschiessen. Doch Hitler zögerte, auch Röhm, dem er viel zu verdanken hatte, erschiessen zu lassen. Schliesslich liess er ihm die Nachricht zukommen, er werde ihm einen Revolver schicken lassen, mit dem er sich selbst umbringen könne. Als Röhm von dem Angebot keinen Gebrauch machte, schickte Hitler Theodor Eicke zu ihm, den Kommandanten des Konzentrationslagers Dachau, sowie einen weiteren SS-Führer des Lagers. Die beiden Männer betraten Röhm's Zelle, überreichten ihm eine geladene Browning und forderten ihn auf, sich zu erschiessen; falls er das nicht tue, würden sie in zehn Minuten wiederkommen und die

Sache selbst erledigen. Als sie nach zehn Minuten die Zelle wieder betreten, stand Röhm mit entblösster Brust in dramatischer Pose, die seine Ehre und seine Treue bezeugen sollte, vor ihnen; ohne ein Wort erschossen ihn die beiden Männer aus kürzester Entfernung. Hitler gab ferner den Befehl, den Breslauer SA-Führer Edmund Heines zu erschiessen, der 1932 einen Aufstand gegen die NSDAP in Berlin angeführt hatte, ausserdem die Anführer der nächtlichen Demonstration in München sowie drei weitere SA-Männer. Andere Braunhemden wurden in das Lager Dachau gebracht und dort von SS-Wachen brutal misshandelt. Um sechs Uhr abends flog Hitler nach Berlin, um das Kommando in der Hauptstadt zu übernehmen, wo Hermann Göring seine Befehle mit einer Rücksichtslosigkeit ausgeführt hatte, die seinen verbreiteten Ruf als gemässigter Nazi Lügen strafte.³⁹

Göring hatte sich nicht damit begnügt, die Aktion gegen die SA-Führer durchzuführen. Ein Polizist, der zugegen war, als der preussische Ministerpräsident geheime Gespräche mit Heydrich und Himmler führte, fand die Atmosphäre geprägt von Blutdurst und Rachsucht. Göring habe Anweisungen gegeben, die Personen auf seiner Liste zu erschiessen, und sei zusammen mit den beiden Parteiführern in rauhes Gelächter ausgebrochen, wenn Meldungen von erfolgreich abgeschlossenen Mordaktionen eintrafen. Während er in seinem Büro in einer weissen Uniformjacke, in weissen Stiefeln und graublauen Hosen auf und ab ging, befahl Göring, die Räume des Vizekanzlers zu stürmen.⁴⁰

Nachdem sie mit einem bewaffneten Rollkommando der SS in das Vizekanzleramt eingedrungen waren, erschossen Gestapoleute Papens Sekretär Herbert von Bose auf der Stelle. Papens Redenschreiber Edgar Jung, der bereits am 25. Juni verhaftet worden war, wurde ebenfalls erschossen; seine Leiche fand man später in einem Strassengraben. Papen selbst entging dem Tod; er war zu prominent, als dass man ihn kaltblütig hätte erschiessen können. Die Ermordung zweier seiner engsten Mitarbeiter musste als Warnung genügen. Papen wurde vorläufig unter Hausarrest gestellt, während Hitler sich noch unschlüssig war, wie er weiter mit ihm verfahren sollte.⁴¹ Andere Stützen des konservativen Establishments kamen nicht mit dem Leben davon. General von Schleicher, Hitlers Vorgänger im Amt des Reichskanzlers und ein Mann, der von Hitler einmal gesagt hatte, er sei für dieses Amt ungeeignet, wurde von der SS zusammen mit

seiner Frau in seiner Wohnung erschossen. Er war nicht der einzige Reichswehroffizier, der ermordet wurde. Generalmajor Kurt von Bredow, von dem es hiess, er habe kritische Artikel über das Regime im Ausland publiziert, wurde ebenfalls in seiner Wohnung erschossen, da er sich, wie die Zeitungen berichteten, gegen seine Verhaftung als Mitverschwörer Röhms zur Wehr gesetzt habe. Neben ihrem eigentlichen Zweck dienten diese Morde auch als Warnung an die Spitzen der Reichswehr, welches Schicksal sie erwartete, wenn sie sich nicht der Linie des Regimes unterwarfen. Der ehemalige Leiter der Polizeiabteilung im preussischen Innenministerium und Führer der «Katholischen Aktion», Erich Klausener, inzwischen Ministerialdirektor im Reichsverkehrsministerium, wurde auf Befehl Heydrichs erschossen, als Warnung an den früheren Reichskanzler Heinrich Brüning, der einen Hinweis auf die bevorstehenden «Säuberungen» erhalten und das Land verlassen hatte. Der Mord an Klausener war ein deutliches Signal an die deutschen Katholiken, dass eine Wiederbelebung einer unabhängigen katholischen politischen Aktivität nicht hingenommen werden würde. Nachträgliche Behauptungen der Parteiführung, diese Männer seien an Röhms geplante Putsch beteiligt gewesen, waren reine Erfindung. Die meisten von ihnen waren von Edgar Jung als mögliche Mitglieder einer zukünftigen Regierung auf eine Liste gesetzt worden, ohne dem zugestimmt oder überhaupt davon gewusst zu haben. Allein die Tatsache, dass ihre Namen auf dieser Liste standen, bedeutete für die meisten das Todesurteil.⁴²

Gregor Strasser, der Mann, in dem viele eine mögliche Galionsfigur für die NSDAP in einer wiederhergestellten konservativen Regierung gesehen hatten, war ebenfalls ein Ziel. Im Dezember 1932 war Strasser, der Kopf der Verwaltung der Partei und der geistige Vater vieler ihrer wichtigsten Institutionen, verzweifelt von seinen Parteiämtern zurückgetreten, nachdem Hitler es abgelehnt hatte, in eine Koalitionsregierung einzutreten, in der er nicht an der Spitze stehen würde. Strasser hatte damals mit Schleicher verhandelt, und es gab Gerüchte, dass man ihm Ende 1932 einen Posten in Schleichers Kabinett angeboten habe. Obwohl er seit seinem Rücktritt zurückgezogen lebte, stellte Strasser als akzeptabler Koalitionspartner der Konservativen in der Vorstellung der Parteispitzen eine potentielle Bedrohung dar. Er war zudem seit langer Zeit ein persönlicher Feind von

Himmler und Göring und hatte mit Kritik an ihnen nicht gespart, als er noch der obersten Parteiführung angehörte. Göring liess ihn verhaften und ins Gestapohauptquartier bringen, wo er erschossen wurde. Strassers Freund und Mitarbeiter Paul Schulz, ein ehemaliger hoher SA-Führer, wurde ebenfalls von Görings Schergen aufgespürt und in einen Wald gebracht, wo er erschossen werden sollte; als der Wagen anhielt, rannte Schulz davon, und als auf ihn geschossen wurde, stellte er sich tot, war jedoch nur leicht verletzt. Während die Täter zum Wagen zurückgingen, um eine Decke zu holen, in die sie den vermeintlichen Leichnam einwickeln wollten, gelang ihm die Flucht. Später erreichte er bei Hitler persönlich, dass ihm die Ausreise aus Deutschland erlaubt wurde. Ein anderer, dem die Flucht gelang, war Hauptmann Hermann Ehrhardt, der Freikorpsführer beim Kapp-Putsch 1920, der Hitler 1923 geholfen hatte; er floh, als die Gestapo in sein Haus eindrang, und konnte schliesslich über die Grenze nach Österreich gelangen.⁴³

In Berlin nahm die «Aktion» einen anderen Charakter an als in München, wo die SA-Führer aus allen Landesteilen auf Hitlers Befehl zusammengekommen waren. In München waren die Braunhemden das hauptsächliche Ziel, in Berlin waren es die Konservativen. Jedoch wurden von Berlin aus auch weitere Aktionen gegen die SA im ganzen Land geführt. Diese waren vorher sorgfältig geplant worden. Ernst Müller, der Chef des SD in Breslau, erhielt am 29. Juni in Berlin einen vorausdatierten verschlossenen Brief und wurde in einem von Göring gestellten Privatflugzeug nach Hause zurückgeschickt. Am Morgen des 30. Juni erhielt er von Heydrich die telefonische Anweisung, den Brief zu öffnen; er enthielt eine Liste von SA-Führern, die «eliminiert» werden sollten, ausserdem Instruktionen, das Polizeipräsidium zu besetzen und die SA-Männer zu einer Besprechung einzuberufen. Befohlen wurde des Weiteren die Sicherung der SA-Waffenlager, der Flughäfen und Rundfunksender und die Besetzung von SA-Räumlichkeiten. Müller führte alle Anweisungen gewissenhaft aus. Bis zum frühen Abend waren in Breslau nicht nur die Polizeizellen überfüllt, auch in zahlreichen anderen Räumen wurden fassungslose SA-Leute festgehalten. Heydrich rief Müller mehrmals an und verlangte die Erschiessung aller Männer auf der Liste, soweit diese nicht bereits in Mün-

chen erschossen worden waren. Die Männer wurden zu den SS-Zentralen gebracht, wo man ihnen die Schulterstücke abbrach, und anschliessend in einen nahe gelegenen Wald gefahren und in dunkler Nacht erschossen.⁴⁴

Am nächsten Morgen, dem 1. Juli, gab es weitere Verhaftungen und Erschiessungen. In dem allgemeinen Klima der Gewalt nutzten Hitler und seine Handlanger die Gelegenheit, Rechnungen zu begleichen oder persönliche Rivalen auszuschalten. Einige waren natürlich zu prominent, als dass man gegen sie hätte vorgehen können, vor allem General Erich Ludendorff, der der Gestapo einiges Kopfzerbrechen bereitete mit seinen rechtsextremen, gegen die Freimaurerei gerichteten Kampagnen; der Held des Ersten Weltkriegs wurde in Ruhe gelassen und sollte am 20. Dezember 1937 eines friedlichen Todes sterben und vom Regime ein würdevolles Begräbnis erhalten. In Bayern dagegen wurde der ehemalige Ministerpräsident Gustav Ritter von Kahr, der bei der Niederschlagung des Hitlerputschs 1923 eine Schlüsselrolle gespielt hatte, von der SS ermordet. Auch der Musikkritiker Eduard Schmid wurde getötet, weil man ihn mit Ludwig Schmitt verwechselt hatte. Schmitt war ein ehemaliger Anhänger von Gregor Strassers radikalem Bruder Otto, den man wegen seiner revolutionären Ansichten zum Austritt aus der Partei gezwungen und der aus dem sicheren Exil einen ständigen Kampf gegen Hitler geführt hatte. Der konservative bayerische Politiker Otto Ballerstedt wurde verhaftet und am 1. Juli in Dachau erschossen. Ballerstedt hatte gegen Hitler prozessiert, weil dieser 1921 eine politische Versammlung gestört hatte, auf der Ballerstedt eine Rede gehalten hatte. Hitler hatte damals vor Gericht den Kürzeren gezogen und einen Monat in Stadelheim einsitzen müssen. Ein hoher SS-Führer, Erich von dem Bach-Zelewski, nutzte die Gunst der Stunde, um sich eines verhassten Rivalen zu entledigen, des SS-Reiterführers Anton Baron von Hohberg und Buchwald, der in seinem Haus erschossen wurde. In Schlesien liess der höhere SS- und Polizeiführer Udo von Woysch seinen früheren Rivalen Emil Sembach erschiessen, entgegen einer Vereinbarung mit Himmler, derzufolge Sembach nach Berlin verbracht werden sollte. Die Gewalt entlud sich auch gegen Personen, die nichts mit der SA zu tun hatten. In Hirschberg wurden vier Juden verhaftet und bei einem «Fluchtversuch» erschossen. Der Führer des jüdischen Veteranenvereins in Glogau wurde in einen Wald gefahren und erschossen.⁴⁵

Trotz solcher offensichtlich persönlich motivierter Racheakte verloren die Nationalsozialisten keine Zeit, die Morde propagandistisch zu rechtefertigen. Goebbels gab am nächsten Tag im Rundfunk eine ausführliche Schilderung der «Aktion» und behauptete, Röhm und Schleicher hätten sich verschworen, eine «zweite Revolution» herbeizuführen, die das Reich in ein Chaos gestürzt hätte. «Jede geballte Faust, die gegen den Führer und sein Regime erhoben wird», warnte er, als hätte die «Aktion» jeglicher Opposition gegolten, «soll aufgebrochen werden, wenn nötig mit Gewalt».⁴⁶ Trotzdem war Hitler in grossen Erklärungsnöten, nicht zuletzt gegenüber der Reichswehr – schliesslich waren zwei hohe Offiziere dem Morden zum Opfer gefallen. Vor dem Kabinett behauptete Hitler am 3. Juli, Röhm habe seit über einem Jahr gemeinsam mit Schleicher, Gregor Strasser und der französischen Regierung ein Komplott gegen ihn geschmiedet. Er sei gezwungen gewesen zu handeln, da aus diesem Komplott am 30. Juni ein Putsch zu werden drohte.

«Wenn von gewisser Seite juristische Bedenken gegen die Art der Niederwerfung der Revolte vorgebracht würden, so könne er darauf nur entgegnen, dass es sich um eine militärische Meuterei gehandelt habe, bei der es ein prozessähnliches Verfahren nicht geben könne. Wenn auf einem Schiff eine Meuterei ausbräche, sei der Kapitän nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, die Meuterei sofort niederzuschlagen ... Eine nachträgliche Prozessführung käme nicht in Frage. Das Beispiel, das er gegeben habe, werde eine heilsame Lehre für die ganze Zukunft sein. Er habe die Autorität der Reichsregierung für alle Zeit stabilisiert.»

Anschliessend legte Hitler, dem Kabinett das folgende Gesetz vor: «Die zur Niederschlagung hoch- und landesverräterischer Angriffe am 30. Juni und am 1. und 2. Juli 1934 vollzogenen Massnahmen sind als Staatsnotwehr rechtens.»⁴⁷ Reichsjustizminister Gürtner erklärte, «dass der Gesetzesentwurf kein neues Recht schaffe, sondern lediglich gültiges Recht bestätige.» In der Presse begnügte sich Goebbels damit, die Breite und Tiefe der Unterstützung für die «Aktion» hervorzuheben, um die Öffentlichkeit zu beruhigen, dass die Ordnung wiederhergestellt und nicht zerrüttet sei. Die formellen Dankschreiben Blombergs und Hindenburgs wurden in breiten

Schlagzeilen gebracht, während andere Artikel «Treueerklärungen aus ganz Deutschland» und «Überall Verehrung und Bewunderung für den Führer» meldeten. Die Ereignisse wurden allgemein als eine «Säuberungsaktion» bezeichnet, ein Aufräumen mit gefährlichen und degenerierten Elementen in der NS-Bewegung. Einige der SA-Führer, berichtete die Presse, seien mit «Lustknaben» angetroffen worden, und einer «wurde in der ekelhaftesten Situation aufgeschreckt».⁴⁸

Als der Reichstag am 13. Juli einberufen wurde, verbreitete Hitler sich ausführlich über diese Bemerkungen in einer Rede, die im Rundfunk übertragen wurde und überall im Land in Gaststätten, Kneipen und auf öffentlichen Plätzen über Lautsprecher gehört werden konnte. Eingerahmt von SS-Männern mit Stahlhelm, offerierte er seinen Zuhörern ein komplexes und phantastisches Gewebe aus Behauptungen und Erklärungen über die angebliche Verschwörung zum Umsturz des Reichs. Nach seinen Worten gab es in Deutschland vier Gruppen von Unzufriedenen, die an der Verschwörung gegen Deutschland beteiligt gewesen seien: kommunistische Strassenkämpfer, die die SA infiltriert hätten, politische Führer, die sich nie mit der Unwiderruflichkeit des 30. Januar 1933 abgefunden hätten, entwurzelte destruktive Elemente, die an die permanente Revolution glaubten, und schliesslich eine kleine Gruppe von Nichtstuern aus der Oberschicht, «Drohnen», die ihr belangloses Leben damit füllten, politischen «Tratsch», Gerüchte, Verdächtigungen und Befürchtungen weiterzugeben und auf diese Weise für Unruhe in der Bevölkerung sorgten. Seine Versuche, die SA in ihren Exzessen zu zügeln, seien – wie er jetzt wisse – durch die Tatsache vereitelt worden, dass sie alle Teil des Komplotts zum Umsturz der öffentlichen Ordnung gewesen seien. Er sei gezwungen gewesen zu handeln, ohne Rücksicht auf das Gesetz:

«Wenn mir jemand den Vorwurf entgegenhält, weshalb wir nicht die ordentlichen Gerichte zur Aburteilung herangezogen hätten, dann kann ich nur sagen: In dieser Stunde war ich verantwortlich für das Schicksal der deutschen Nation und damit des deutschen Volkes Oberster Gerichtsherr ... Ich habe den Befehl gegeben, die Hauptschuldigen an diesem Verrat zu erschiessen... Die Nation muss wissen, dass ihre Existenz – und diese wird garantiert durch ihre innere Ordnung und Sicherheit – von niemandem ungestraft

bedroht wird! Und es soll jeder für alle Zukunft wissen, dass, wenn er die Hand zum Schlage gegen den Staat erhebt, der sichere Tod sein Los ist.»⁴⁹

Das offene Bekenntnis der vollkommenen Gesetzwidrigkeit seines Handelns in formellen Begriffen stiess auf keinerlei Kritik bei den Justizbehörden. Im Gegenteil, der Reichstag applaudierte Hitlers Rechtfertigung und verabschiedete eine Resolution, in der er «dem Reichskanzler für seine tatkräftige und entschlossene Rettung des Vaterlandes» dankte. Staatssekretär Meissner schickte ein Telegramm im Namen des kranken Reichspräsidenten, in dem dieser seine Zustimmung erklärte. Nach dem Kabinett billigte auch der Reichstag ohne Umstände ein Gesetz, das der «Aktion» nachträglich ihre Legalität verlieh.⁵⁰

Sozialdemokratische Beobachter berichteten, die Ereignisse hätten anfangs in der Bevölkerung eine beträchtliche Verwirrung ausgelöst. Jeder, der offen die Aktion kritisierte, wurde sogleich verhaftet. Die Presse berichtete, die Polizei habe eine «scharfe Warnung an Wähler und Hetzer» erlassen. «Konzentrationslager wird angedroht für Gerüchtemacherei und verleumderische Beleidigung der Bewegung selbst und ihres Führers.» Diese Welle der Unterdrückung, die bis in die erste Augustwoche anhielt, liess die Menschen vor der Zukunft bangen und schürte die Angst vor einer Verhaftung. Viele argwöhnten, dass hinter den Ereignissen des 30. Juni mehr steckte, als öffentlich bekannt gemacht wurde. Lokale Polizeistellen berichteten von einer Atmosphäre allgemeiner Gerüchte und Spekulationen, der «Meckerei» und «Miesmacherei». Das Reichspropagandaministerium registrierte beunruhigt in einer internen Denkschrift die «Unzahl der im Umlauf befindlichen unsinnigen Gerüchte». Die koordinierte Pressekampagne, die den Ereignissen folgte, konnte gegen solche Empfindungen wenig ausrichten. Die Spaltungen, die durch den Konflikt sichtbar wurden, führten zu optimistischem Gerede unter ehemaligen Sozialdemokraten und DNVP-Anhängern, dass «Hitler bald am Ende sei».⁵¹ Die meisten Menschen waren jedoch zumindest erleichtert, dass Hitler gegen die braunen «Bonzen» vorgegangen war und dass die Strassen, wie es schien, jetzt vor den Exzessen betrunkenener und randalierender SA-Männer sicher sein würden.⁵²

Nicht untypisch war die Reaktion der konservativen Hamburger Lehrerin Luise Solmitz, die vom Koalitionskabinett und dem Tag von Potsdam 1933 zunächst sehr begeistert war («Der grosse, unvergesslich schöne deutsche Tag!»), dann jedoch umso besorgter wurde über die möglichen sozialistischen Tendenzen des Regimes, als dieses begann, das Vermögen jüdischer Emigranten wie Albert Einstein zu konfiszieren («Man dürfte das nicht tun. Nicht den Eigentumsbegriff verwirren; ohne ihn Bolschewismus»). Wie viele andere schilderte sie den 30. Juni als «ein[en] Tag, der uns alle erschüttert hat bis ins innerste Herz». Halb überzeugt von den «sittlichen Verfehlungen» einiger der Ermordeten («eine Schande für ganz Deutschland»), verbrachte sie ihre Zeit damit, Gerüchte mit Freunden auszutauschen und atemlos im Haus eines Freundes den neuesten Rundfunknachrichten zuzuhören. Als Einzelheiten bekannt wurden, fühlte sie sich von Bewunderung für Hitlers Verhalten überwältigt. «Was er in München geleistet hat an persönlichem Mut, an Entschluss- und Schlagkraft, das ist einzigartig.» Sie verglich ihn mit Friedrich dem Grossen oder Napoleon. Die Tatsache, dass es «kein Verfahren, kein Standrecht» gab, schien ihre Bewunderung nur noch mehr zu vergrössern. Sie war fest davon überzeugt, dass Röhm mit Schleicher einen Umsturzversuch geplant hatte.⁵³

Das, so glaubte sie, war das letzte von zahlreichen politischen Abenteuern des ehemaligen Reichskanzlers, die allgemein mit Misstrauen verfolgt worden waren. Wie die Mehrzahl der bürgerlichen Deutschen reagierte auch Luise Solmitz nach der anfänglichen Verwirrung mit Gutgläubigkeit und Erleichterung. Sie hatten Hitler nicht zuletzt aus dem Grund unterstützt, weil er in der Jahresmitte 1933 die Ordnung auf den Strassen und die Stabilität in der Politik wiederhergestellt hatte, und nun war ihm dies ein zweites Mal gelungen. Am Tag nach der «Aktion» versammelte sich eine Menschenmenge vor der Reichskanzlei und dem Reichspropagandaministerium, sang das Horst-Wessel-Lied und bekundete ihre Treue zum Führer, auch wenn wir nichts darüber wissen, ob es Begeisterung, Nervosität oder Erleichterung war, was sie dazu veranlasst hatte. Allgemein war man sich einig, dass Hitler sein Ansehen durch das schnelle und entschlossene Handeln erhöht hatte. Es stand sogar nach Meinung vieler in einem noch schärferen Gegensatz als früher zu der Unordnung und dem Radika-

lismus der Partei.⁵⁴ Einige, wie der ehemalige Sozialdemokrat Jochen Klepper, waren entsetzt über den Mord an Schleichers Frau, gegen die man unmöglich irgendeinen Verdacht hegen konnte.⁵⁵ Nur die Unzufriedeneren kommentierten sarkastisch, der einzige Fehler der «Säuberung» habe darin bestanden, dass man nicht noch mehr Nazis erschossen habe.⁵⁶

Das Ausmass der «Säuberung» war beträchtlich. Hitler selbst sagte dem Reichstag am 13. Juli 1934, es seien 74 Personen erschossen worden, während Göring allein den Befehl zur Verhaftung von über tausend Personen gegeben hatte. Von mindestens 85 Personen ist bekannt, dass sie auf der Stelle und ohne jegliches Gerichtsverfahren erschossen wurden.⁵⁷ Zwölf der Opfer waren Reichstagsabgeordnete. Die SA-Führer und ihre Männer waren weitgehend ahnungslos; viele von ihnen gingen sogar in dem Glauben in den Tod, ihre Verhaftung und Hinrichtung sei von der Reichswehr befohlen worden, und schworen dem «Führer» ewige Treue. In den folgenden Tagen und Wochen hielten die Verhaftungen und Entlassungen an; sie richteten sich in erster Linie gegen die angeblich gewalttätigsten und korruptesten Elemente unter den Braunhemden. Wilden Trinkgelagen, Homosexualität, Unterschlagung, Zügellosigkeit, allem, was in den vorangegangenen Monaten die SA beim Bürgertum so unbeliebt gemacht hatte, wurde jetzt rücksichtslos ein Ende bereitet. Raufereien zwischen betrunkenen SA-Männern kamen danach zwar immer noch vor, aber nicht mehr in dem gefährlichen Ausmass der Monate vor dem 30. Juni 1934. Desillusioniert, ohne eine Aufgabe und unfähig, sich noch zu behaupten, begannen die Braunhemden ihre Organisation in Scharen zu verlassen – 100'000 Austritte allein im August und September. Von einer gesamten Mitgliederzahl von 2,9 Millionen im August 1934 schrumpfte die SA bis zum Oktober 1935 auf 1,6 Millionen und bis zum April 1938 auf 1,2 Millionen Mitglieder. Strenge Aufnahmebestimmungen und Quoten begrenzten die Zahl der Neuzugänge. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit und – ab 1935 – die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht verringerten zudem die Zahl der potentiellen Bewerber.⁵⁸

Doch auch wenn es die Reichswehr, 1935 in Wehrmacht umbenannt, oder den Staat nicht länger bedrohte, das Potential der SA zu Gewalt und Aggression blieb weiterhin bestehen. Der Bericht eines SA-Führers über

die Ereignisse in einem SA-Lager in einer einzigen Nacht während des Nürnberger Parteitags macht dies sehr deutlich. Ein Grossteil war «völlig besoffen», gegen ein Uhr morgens kam es zu einer Schlägerei zwischen zwei Gruppen, wobei es mehrere Verletzte durch Messerstiche gab. Auf dem Heimweg ins Lager hielten SA-Männer jeden Wagen an, um sich mitzunehmen, sie verprügelten die Insassen und warfen die Scheiben mit Steinen und Flaschen ein, wenn der Fahrer sich weigerte, die Männer mitzunehmen. Die gesamte Nürnberger Polizei musste aufgeboten werden, um die Ordnung wiederherzustellen. Ein Betrunkener war in die Lagerlatrine gefallen und starb an einer Chlorgasvergiftung. Erst um vier Uhr morgens kehrte Ruhe im Lager ein, nachdem sechs Männer getötet und 30 durch Gewaltanwendung mehr oder weniger schwer verletzt worden waren; ausserdem gab es «ca. 20 durch Autounfall Verletzte, welche durch Überlastung, Anhängen, Auf- und Abspringen hervorgerufen wurden». Solche Vorfälle wiederholten sich bei anderen Anlässen. Abgestraft, in ihrer Zahl verringert, ihrer Autonomie beraubt und – wie die NS-Führung behauptete – von ihren extremsten, gewalttätigsten und korruptesten Elementen «gesäubert», blieb die SA dennoch eine Quelle der Gewalt, wann immer das Regime es für angebracht hielt, sie für seine Zwecke einzusetzen, und gelegentlich auch ohne einen solchen Auftrag.⁵⁹

Die Armee dagegen konnte vorläufig wieder aufatmen. General Blomberg brachte in einem Erlass an die Reichswehr seine Dankbarkeit zum Ausdruck und rühmte den «Führer», der «mit soldatischer Entschlossenheit und vorbildlichem Mut die Verräter und Meuterer selbst angegriffen und niedergeschmettert» habe. General von Reichenau versuchte beflissen, den kaltblütigen Mord an einem der ranghöchsten und allgemein prominentesten Offiziere der Reichswehr, Kurt von Schleicher, in einem Kommuniké herunterzuspielen. Darin wurde behauptet, Schleicher habe mit Röhm und dem Ausland konspiriert, um einen Umsturz des Staates herbeizuführen, und sei erschossen worden, als er sich seiner Verhaftung mit Waffengewalt widersetzen wollte. Ob Schleichers Frau, die man ebenfalls erschossen hatte, in das angebliche Komplott verwickelt war, sagte Reichenau nicht. Reichswehroffiziere liessen in der Messe die Champagnerkorken knallen, um die Ausschaltung der SA zu feiern. Von jungen

Hitzköpfen wie Leutnant Claus von Stauffenberg, der die «Aktion» als das Aufstechen einer Eiterbeule bezeichnete, bis zu hohen Offizieren wie Generalmajor von Witzleben, der seinen Kameraden sagte, er wünschte sich, bei der Erschiessung Röhms dabeigewesen zu sein, befanden sich alle in einer Hochstimmung, die selbst Blomberg als unpassend empfand. Nur ein einziger Mann, ein Hauptmann a. D. und ehemaliger hoher Beamter in der Reichskanzlei, Erwin Planck, hielt die Jubelfeier der Offiziere für unangebracht. «Wenn Sie tatenlos zusehen», sagte er zu General Fritsch, «werden Sie früher oder später das gleiche Schicksal erleiden.»⁶⁰

Unterdrückung und Widerstand

Während all dieser Ereignisse hatte sich der Gesundheitszustand des Reichspräsidenten ständig verschlechtert. Als Hitler ihn am 1. August in Neudeck besuchte, redete ihn Hindenburg, Staatsoberhaupt und ehemaliger Chef der Obersten Heeresleitung im Ersten Weltkrieg, in seiner Verwirrung, die drastisch die Verschiebung der Macht und Autorität zwischen den beiden Männern in den letzten acht Monaten symbolisierte, mit «Majestät» an, weil er anscheinend glaubte, der Kaiser stehe vor ihm.⁶¹ Die Ärzte wiesen auf den körperlichen und geistigen Verfall Hindenburgs hin und teilten Hitler mit, der Reichspräsident werde nur noch 24 Stunden zu leben haben. Nach Berlin zurückgeflogen, berief Hitler noch am selben Abend eine Kabinettsitzung ein. Ohne den Tod des alten Mannes abzuwarten, beschloss das Kabinett eine Verordnung, die besagte, dass mit dem Ableben Hindenburgs das Amt des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers vereinigt und alle Befugnisse des ersteren auf den letzteren übertragen werden sollten. Hitler brauchte nicht lange zu warten. Am Morgen des 2. August um 9 Uhr verstarb der Reichspräsident. Viele konservative Deutsche empfanden dies als das Ende einer Ära. Wie Luise Solmitz in ihrem Tagebuch notierte, war er «ein rechter Kämpfer u. untadeliger Mensch u. hat seine, unsere Zeit mit ins Grab genommen». Er nahm auch sein Amt mit ins Grab. Der Titel des Reichspräsidenten, sagte Hitler, sei «unzertrennlich verbunden mit dem Namen des grossen Toten». Aus diesem Grund wolle er auch künftig «wie bisher nur als Führer und Reichskanzler angesprochen» werden. Die Verbindung der beiden Funktionen des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers legte ein «Gesetz über das Staatsoberhaupt» fest, über das am 19. August eine Volksabstimmung abgehalten wurde, die eine überwältigende Zustimmung ergab.⁶²

Mit diesem Akt wurde Hitler zum Staatsoberhaupt in jedem Sinne des Wortes. Das wichtigste Attribut dieses Amtes war die Tatsache, dass die

Reichswehr einen Treueid auf das Staatsoberhaupt leistete. Am 2. August 1934 wurden die Soldaten in ganz Deutschland aufgerufen, einen neuen Treueid zu leisten, den General von Reichenau ohne Rücksprache mit Hitler formuliert hatte. Der bisherige Treueid hatte die Soldaten auf das abstrakte Gebilde der Weimarer Verfassung und die ungenannte Person des Reichspräsidenten verpflichtet. Der neue Eid hatte einen anderen Wortlaut: «Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, dass ich dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes Adolf Hitler, dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht, unbedingten Gehorsam leisten und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen.»⁶³ Und dies war keine rein formale Angelegenheit, denn dieser Treueid hatte in der deutschen Armee eine weitaus grössere Bedeutung als in den meisten Armeen anderer Staaten. Er war der Gegenstand spezieller Unterrichts- und Ausbildungsstunden, in denen es um Pflicht und Ehre ging und Beispiele gegeben wurden, welche Konsequenzen ein Bruch dieses Eides hätte. Ganz besonders wichtig war vielleicht die Formel des «unbedingten» Gehorsams gegenüber Hitler, ob man seine Befehle für rechtens hielt oder nicht. Dies war ein Unterschied zum früheren Eid, mit dem die Soldaten auf die Verfassung und die «gesetzlichen Institutionen» der deutschen Nation verpflichtet worden waren.⁶⁴

Einigen Offizieren in der Reichswehr war durchaus bewusst, was der Eid bedeutete. Manche hatten Bedenken. Am Abend des Tages, an dem er den Eid geleistet hatte, schilderte Generalmajor Ludwig Beck, ein konservativer, pflichtbewusster bürgerlicher Artillerieoffizier, der 1933 zum Chef des Truppenamtes (seit 1935 Generalstab des Heeres) befördert worden war, den 2. August als «den schwärzesten Tag meines Lebens». Doch die meisten waren entweder für diese Änderung, da sie daran dachten, in welcher Weise Hitler in den vergangenen 18 Monaten die Wünsche der Reichswehr erfüllt hatte, oder ihnen entgingen die potentiellen Konsequenzen des Eides. Hitler selbst hatte keinen Zweifel über die Bedeutung der neuen Eidesformel. Nachdem er am 20. August ein Gesetz verkündet hatte, das den Eid nachträglich legalisierte, schrieb er einen überschwenglichen Dankesbrief an Reichswehrminister Blomberg, in dem er seine Dankbarkeit ausdrückte und versprach, die Loyalität der Reichswehr

Karte 1: Gebietseinheiten (Gau) der NSDAP 1935



werde erwidert. Und er betonte die Absicht, «die Armee als einzigen Wafenträger der Nation zu verankern». Der dankbare General gab seinerseits die Anordnung, die Truppen sollten ab jetzt Hitler als «mein Führer» und nicht mehr wie bisher mit «Herr Hitler» anreden.⁶⁵ Dieser Treueid des Heeres stand Modell für einen ähnlichen Eid, der aufgrund eines Gesetzes vom 20. August von deutschen Beamten geleistet werden musste. Auch hier war es der «Führer des Deutschen Reiches und Volkes», dem die Treue gelobt werden musste, ein Amt, das aus keiner Verfassung bekannt ist, eine Form der Autorität, die nicht aus dem deutschen Staat, sondern aus Hitlers Person abgeleitet war.⁶⁶

Diese Ereignisse zementierten Hitlers Macht als «der Führer». Wie der junge Verfassungsrechtler Ernst Rudolf Huber 1939 erklärte, war dies kein staatliches Amt, sondern leitete seine Legitimität vom «vereinten Volkswillen» ab:

«Die Führergewalt ist umfassend und total; sie vereinigt in sich alle Mittel der politischen Gestaltung; sie erstreckt sich auf alle Sachgebiete des völkischen Lebens; sie erfasst alle Volksgenossen, die dem Führer zu Treue und Gehorsam verpflichtet sind. Die Führergewalt ist nicht durch Sicherungen und Kontrollen, durch autonome Schutzbereiche und wohlerworbene Einzelrechte gehemmt, sondern ist frei und unabhängig, ausschliesslich und unbeschränkt.»

Hitlers Meinung, erklärte Huber in seiner Abhandlung *Verfassungsrecht des Grossdeutschen Reiches*, das sich schnell zu einem Standardwerk entwickelte, stelle den «objektiven» Willen des Volkes dar und verfechte «die objektive Idee der Nation gegen die subjektive Willkür einer irreführten Volksstimmung». «Der Wille des Führers», schrieb der Jurist Werner Best, Verfasser der berühmten *Boxheimer Dokumente*, «schafft Recht und ändert bisher geltendes Recht ab.» Falls der Führer dieses «Rechtsetzungs-Recht» möglicherweise missbräuchlich anwendet, wird dieser «sicherer als von einem Staatsgerichtshof vom Schicksal selbst... bestraft». Letztlich habe Hitler seine Macht nicht vom Staat, sondern von der Geschichte erhalten. In den späteren Jahren seiner Herrschaft liess Hitler schliesslich in seiner Amtsbezeichnung den Zusatz «und Reichskanzler» wegfällen.⁶⁷ Nicht nur Hitler persönlich, sondern auch die NS-Bewegung allgemein hatten für den Buchstaben des Gesetzes und die Institutionen des Staates nur Verachtung übrig. Von Anfang an standen sie mit ihren politischen

Aktivitäten ausserhalb des Gesetzes, und daran änderte sich auch dann nichts, als Hitler die Idee eines direkten Putschs als Weg zur Macht aufgegeben hatte. Für die Nationalsozialisten waren Gewalt und Wahlen komplementäre Werkzeuge der Macht, keine Alternativen. Wählerstimmen und Wahlen wurden zynisch als Instrumente einer formalen politischen Legitimation angesehen; der Wille des Volkes wurde nicht durch die freie Artikulierung der öffentlichen Meinung, sondern durch die Person Hitlers und die Usurpation des historischen Schicksals der Deutschen durch die NS-Bewegung zum Ausdruck gebracht, selbst wenn die Deutschen darin anderer Meinung waren. Ausserdem wurden allgemein anerkannte Rechtsnormen wie die Ächtung von Mord, Gewalttaten, Zerstörung oder Diebstahl von den Nationalsozialisten von Anfang an ignoriert, da sie überzeugt waren, dass die Geschichte und die Interessen der deutschen («arischen») Rasse extreme Massnahmen in der Krise rechtfertigten, die auf die Niederlage Deutschlands im Krieg folgte.⁶⁸

Gleichzeitig konnte, zumindest in den ersten Jahren des Dritten Reiches, der massive Apparat der staatlichen Bürokratie, Justiz, Polizei, Strafvollzug und Wohlfahrtspflege, den die Weimarer Republik und das Kaiserreich hervorgebracht hatten, nicht einfach so beseitigt oder zunichte gemacht werden. Es bestand ein «Doppelstaat», um den Titel eines berühmten Buchs zu zitieren, das der emigrierte Rechtsanwalt und Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel 1941 in den Vereinigten Staaten veröffentlicht hat. Auf der einen Seite stand der «Normenstaat», gebunden an Regeln, Verfahren, Gesetze und Konventionen, der aus formellen Institutionen wie der Reichskanzlei, den Ministerien, lokalen Behörden und Ähnlichem bestand; ihm gegenüber stand der «Massnahmenstaat», ein im wesentlichen aussergesetzliches System, das seine Legitimität ausschliesslich aus der das Gesetz transzendierenden Autorität des Führers bezog.⁶⁹ Theoretiker wie Huber unterschieden sorgfältig zwischen «Staatsgewalt» und «Führergewalt» und betonten, dass die letztere stets den Vorrang vor der ersteren habe. Auf diese Weise wurden formell gesetzwidrige Taten wie die Morde in der «Nacht der langen Messer» durch

die Führungsgewalt sanktioniert und waren somit überhaupt nicht gesetzwidrig. Die Festnahmen, Verhaftungen und Erschiessungen waren nicht von der regulären Polizei oder den Strafverfolgungsbehörden vorgenommen worden, sondern von der SS, und der formale Apparat des Rechtswesens und des Staates wäre fast über die eigenen Füße gestolpert in seiner eiligen Beflissenheit, diesen Gewalttaten den Segen des Gesetzes zu geben. Das bewies auf drastische Weise, dass es zwischen dem «Normenstaat» und dem «Massnahmenstaat» im Dritten Reich immer seltener zu ernsthaften Konflikten kam. Der erstere musste sich dem letzteren mehr und mehr unterwerfen, und im Lauf der Zeit wurde der «Normenstaat» zunehmend vom Geist des «Massnahmenstaats» durchdrungen; Vorschriften wurden gelockert, Gesetze nicht angewandt, Skrupel ignoriert. Bereits ab Anfang Juli 1933 unterzeichnete Hans Heinrich Lammers, Chef der Reichskanzlei, seine Briefe mit «Heil Hitler». ⁷⁰ Gegen Ende des Monats wurden alle Beamten einschliesslich der Universitätslehrer, Juristen und anderer Staatsbediensteter angewiesen, im Dienst diesen «Deutschen Gruss» zu benutzen. Wer es unterliess, auf diese Weise zu grüssen, wenn die Umstände es erforderten, musste damit rechnen, dass ihm dies als ein Zeichen der Ablehnung des neuen Systems ausgelegt wurde. ⁷¹ Das waren nur die äusseren Zeichen eines Einverständnisses, dessen Intensität sehr schnell zunahm, während das Regime sich in der Macht einrichtete.

Minister wie Franz Gürtner, der in den beiden letzten Kabinetten vor dem 30. Januar 1933 Reichsjustizminister gewesen war und dieses Amt im Dritten Reich weiterführte, unternahmen immer noch grosse Anstrengungen, die willkürliche Führungsgewalt durch formale Rechtsakte zu vermitteln. Das erforderte die wiederholte Erfindung von Wendungen und Begriffen in der Absicht, es nachträglich so aussehen zu lassen, als befänden sich die Befehle Hitlers im Einklang mit den geltenden gesetzlichen Vorschriften und Bestimmungen. In einigen Fällen wie dem der «Nacht der langen Messer» bedeutete es auch die Verabschiedung von Gesetzen, die rückwirkend selbst die offen gesetzwidrigen Taten des Regimes für rechtmässig erklärten. Am 1. Dezember 1933 wurde der Primat des Massnahmenstaats vor dem Normenstaat formal in einem «Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat» verkündet, auch wenn die unbestimmten

Begriffe, der Ämterbesetzung in Kreis und Gemeinden, das ihnen gesetzlich zustand, dazu benutzten, ihre Kumpane und Klienten in Ämter zu hieven, für die sie häufig völlig ungeeignet waren.⁷⁴

Diese innerparteilichen Zwistigkeiten hatten allerdings – dies muss wohl kaum betont werden – nichts mit einer wirklichen Opposition gegen das nationalsozialistische Regime oder dessen Politik zu tun. Nach den «Säuberungen» von 1933 waren Beamte in ihrer grossen Mehrheit entweder selbst Parteigenossen oder sie standen der Bewegung mehr oder weniger positiv gegenüber, und dasselbe galt auch für die meisten Minister in Berlin. Ihre Position wurde von führenden Persönlichkeiten der Bewegung wie Hermann Göring gestärkt, der bezeichnenderweise in den meisten Fällen verhindern konnte, dass die Vorschläge zu einer Änderung der Verwaltung in Preussen verwirklicht wurden. Die Opposition unter anderem der Gauleiter bewirkte sogar, dass die gesamte Reform nie so weit gedieh, wie das Reichsinnenministerium beabsichtigt hatte, so dass die Verwaltungsstrukturen der einzelnen Länder weitgehend intakt blieben, auch wenn ihnen ihre Autonomie zum grössten Teil und ihre repräsentativen Institutionen vollständig genommen worden waren.⁷⁵ Nichts war sorgfältig geordnet bei der Verwaltung des Dritten Reiches, und die Vorstellung, es habe sich um einen reibungslos funktionierenden, vollkommen zentralisierten Staat gehandelt, ist von den Historikern seit Langem aufgegeben worden. Stattdessen verhinderten das Durcheinander konkurrierender Institutionen und der Kompetenzwirrwarr praktisch, dass sich der «normative» Staatsapparat gegen die willkürlichen Eingriffe des «Massnahmenstaats» behaupten konnte, und verurteilten ihn zu einem zunehmenden Verfall seiner Macht und Autonomie.

Nach den unruhigen Ereignissen im Sommer und Frühherbst 1934 traf Hitler erste Vorkehrungen für den Fall, dass er unerwartet erkranken, verunglücken oder gar sterben könnte. Es waren weder Hess noch Himmler, die in der «Nacht der langen Messer» die entscheidende Rolle gespielt hatten, es war der respekteinflössende, skrupellose und entschlossene Hermann Göring. Am 7. Dezember 1934 bestellte Hitler in einem Erlass Göring «in allen Angelegenheiten der Staatsführung» zu seinem Stellvertreter für den Fall, dass er selbst in der Ausübung seiner Ämter verhindert sei.

Görings Stellung als der zweite Mann im Dritten Reich wurde einige Tage später, am 13. Dezember, durch ein weiteres Gesetz festgeschrieben, in dem Hitler Göring zu seinem Nachfolger erklärte und die Bürokratie, die Reichswehr, die SA und die SS anwies, unmittelbar nach seinem Tod Göring einen persönlichen Treueid zu schwören. Göring sollte diese Stellung in den nächsten Jahren dazu nutzen, eine Position aufzubauen, die mit einer solchen Machtfülle ausgestattet war, dass sie in den Augen mancher Beobachter einem Staat im Staate gleichkam. Was seine Ernennung zu Hitlers Stellvertreter und Nachfolger jedoch auch zeigte, war, wie schnell nach Hindenburgs Tod die reale und formelle Machtverteilung innerhalb des Dritten Reiches nicht mehr eine Sache von Verfassungsbestimmungen und Vorschriften war, sondern eine der Persönlichkeiten. Dieses Regime war jetzt eine vollentwickelte Diktatur, in der der «Führer» nach Belieben verfahren und sogar seinen Nachfolger bestimmen konnte, ohne irgendjemanden zu fragen.⁷⁶

II

Nirgends zeigte sich die persönliche Natur von Hitlers Autorität deutlicher als im Aufstieg der SS. Ursprünglich als Hitlers private Leibwache und «Schutzstaffel» ins Leben gerufen, schuldete sie ihm allein Treue und gehorchte keinen anderen Gesetzen als den seinigen. Heinrich Himmler, seit 1929 ihr Führer, hatte sie schnell aufgebaut, bis sie im Frühjahr 1933 eine Stärke von über 50'000 Mann aufwies. Aus diesen wählte Hitler eine 120 Mann starke «Stabswache» aus, die im September 1933 in «Leibstandarte-SS Adolf Hitler» umbenannt wurde. Auch in anderen Städten wurden ausgewählte SS-Männer zu «SS-Sonderkommandos» zusammengefasst und für polizeiliche und terroristische Aufgaben wie die «Nacht der langen Messer» eingesetzt.⁷⁷ Bereits 1934 hatte Himmler mit der SS ehrgeizigere Pläne als sie lediglich als Sonderabteilung zuverlässiger Parteipolizisten einzusetzen, wann immer Hitler sie brauchte. Er wollte die SS zur Kernelite der neuen nationalsozialistischen «Rassenordnung» machen. In bewusstem Gegensatz zur plebejischen Unordnung der Brauhemden wollte Himmler, dass «seine» SS streng diszipliniert, puritanisch,

«rassisch» rein und unbedingt gehorsam war, eine Verkörperung dessen, was in seinen Augen die besten Elemente der germanischen «Rasse» waren. Nach und nach wurde die ältere Generation der SS-Männer, deren Gewalterfahrungen häufig bis in die Zeit der Freikorps in den ersten Jahren der Weimarer Republik zurückreichte, in den Ruhestand geschickt, um einer jüngeren, gebildeteren Generation Platz zu machen.⁷⁸ Himmler schuf eine differenzierte Hierarchie von SS-Führern, jede Ebene mit ihrem eigenen pompös klingenden Titel – Oberstgruppenführer, Obersturmbannführer, Hauptsturmführer etc. – und ihren eigenen subtilen Ranghinweisen in den Abzeichen, die auf den schicken Uniformen in militärischem Stil angebracht waren, die von allen SS-Führern getragen wurden. Diese neuentworfenen Uniformen wiesen jetzt nicht mehr nur das silberne Totenkopf- abzeichen der gesamten Organisation auf, sondern auch eine an Runen erinnernde Stilisierung der Buchstaben SS in Form zweier Blitze. Die Schreibkräfte der SS wurden bald mit Schreibmaschinen ausgerüstet, deren Typen auch dieses Emblem enthielten, das für offizielle Schreiben und Denkschriften verwendet werden musste. Weitere Grade und Rangabzeichen folgten. Himmler beschaffte sogar Geld für seine Organisation, indem er Ehrenränge und Ehrentitel verlieh wie «förderndes Mitglied», und sehr bald floss Geld von Industriellen, Bankiers und Geschäftsleuten. Zu den «Freunden des Reichsführers SS», eine weitere Finanzquelle, zählten Männer wie der Unternehmer Friedrich Flick, der Direktor der I.G. Farben, Heinrich Bütefisch, und Vertreter von Firmen wie Siemens-Schuckert, der Deutschen Bank, Rheinmetall-Borsig und der Hamburg-Amerika-Linie. Viele dieser Männer erhielten zur Belohnung SS-Ehrentitel. Ihnen musste klar gewesen sein, dass dies mehr als eine leere Geste war, da ihre Verbindung zur SS sie vor Eingriffen übereifriger Parteimitglieder in ihre Unternehmen schützen konnte. Demnach verwundert es nicht, dass die Zeitschrift, die Himmler für seine «Freunde» herausgab, im September 1939 eine Auflage von 365'000 Exemplaren hatte und dass die Summe der finanziellen Beiträge der Freunde jährlich einen Betrag zwischen einer halben und einer Million Reichsmark erreichte.⁷⁹

All dies drohte den elitären Charakter der SS als einer verschworenen Gemeinschaft zu verwässern, so dass Himmler zwischen 1933 und 1935

nicht weniger als 60'000 Mitglieder wieder ausschloss. Insbesondere entliess er Homosexuelle, Alkoholiker und Männer, die offensichtlich aus Opportunismus eingetreten waren und keine hundertprozentigen Nationalsozialisten waren. Vor allem verlangte er ab 1935 einen «grossen Abstammungsnachweis», einen Nachweis der «deutschen oder artverwandten Abstammung bzw. des Grades eines fremden Bluteinschlags» durch Vorlage einer beglaubigten Ahnentafel. Dieser Nachweis musste bei einfachen SS-Männern bis ins Jahr 1800, bei den Führern bis 1750 zurückgehen. Aktive SS-Männer und Bewerber um eine Mitgliedschaft kämten die Kirchenregister durch, um ihre «rassische» Reinheit zu beweisen, oder beauftragten Ahnenforscher mit der Aufgabe. Neu Angeworbene mussten sich jetzt einer physischen Begutachtung unterziehen, um sich ihre «arischen» Eigenschaften bestätigen zu lassen; Himmler erwog die Möglichkeit, im Lauf der Zeit mit einer zweckmässig gelenkten Evolution nur noch blonde Männer aufzunehmen. Bereits seit 1931 musste jeder SS-Mann vor einer geplanten Heirat eine besondere Erlaubnis Himmlers oder seines Vorgesetzten einholen; sie wurde nur erteilt, wenn seine Verlobte ebenfalls «rassisch» einwandfrei war.⁸⁰ Doch die Wirklichkeit sah anders aus. Von 106 304 Anträgen auf eine Heiratserlaubnis, die zwischen 1932 und 1940 von SS-Männern gestellt worden waren, wurden nur 958 abgelehnt, obwohl die erforderlichen Qualifikationen nur in 7'518 Fällen erfüllt waren. Einige Hundert SS-Männer, die entlassen wurden, weil sie gegen diese Heiratsbestimmungen verstossen hatten, wurden später wieder aufgenommen. Mit der neuen «rassischen» Elite würde man wohl noch etwas Geduld haben müssen.⁸¹

Die durch die SS gebildete Elite nahm mit der Zeit einen anderen Charakter an als die von Himmler ursprünglich angestrebte «rassische» Überlegenheit. Vor allem war sie in deutlichem Gegensatz zur SA hervorragend ausgebildet.⁸² Hohe SS-Führer wie Werner Best, Otto Ohlendorf, Walter Schellenberg und Franz Six hatten Universitäts- und zum Teil sogar Doktorexamina absolviert; geboren in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg, waren sie zu jung, um an der Front gekämpft zu haben, und waren stattdessen durchdrungen von dem kompensatorischen nationalistischen Fanatismus, der in den zwanziger Jahren an den Universitäten so vorherrschend

gewesen war. Diese Männer waren in ihr Erwachsenenalter in einer Zeit der Unsicherheit eingetreten, in der das politische System in ständigem Wandel war, das Geld zumindest für einige Zeit seinen Wert verloren hatte und ein fester Arbeitsplatz oder eine berufliche Karriere nicht zur Debatte standen. Sie hatten ihren moralischen Kompass verloren oder ihn gar nicht erst erworben. Solchen jungen Männern schien allein die nationalsozialistische Bewegung eine feste Identität, moralische Gewissheiten und eine Zukunftsperspektive geben zu können. Typisch für diese Generation war Otto Ohlendorf, der 1907 in eine mittelständische protestantische Landwirtfamilie geboren wurde, deren politische Sympathien der DNVP galten. Ohlendorf schloss sich 1925, noch während er das Gymnasium besuchte, den Braunhemden an und wurde 1927 zur SS überstellt; in diesem Jahr trat er auch in die NSDAP ein. Von 1928 bis 1931 studierte er Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten Leipzig und Göttingen und verbrachte anschliessend ein Jahr in Pavia, um dort neben Staatswissenschaften den faschistischen Korporatismus zu studieren. Die Rigidität und Komplexität des italienischen Korporatismus lehnte er schliesslich ab. Zurück in Deutschland setzte er zunächst sein juristisches Studium fort, doch seine Pläne einer wissenschaftlichen Karriere zerschlugen sich. Auf Vermittlung seines Professors trat er 1936 als Leiter der Abteilung 11/23 (Wirtschaft) in den SD ein, wo seine Kritik an der NS-Wirtschaft, die schade den Mittelschichten, ihn zwar in Schwierigkeiten brachte, ihm aber zugleich einen Ruf wegen seiner Intelligenz und seines Selbstbewusstseins eintrug. Nach einer einjährigen erfolgreichen Tätigkeit als Geschäftsführer in der Reichsgruppe Handel kam er wieder zum SD, wo Heydrich ihn im September 1939 zum Leiter des Amtes III (deutsche Lebensgebiete) ernannte.⁸³

Der SD verdankte seine Entstehung Gerüchten im Frühjahr 1931, die darauf hinwiesen, dass die NSDAP von ihren Feinden unterwandert sei. Himmler richtete den Sicherheitsdienst ein, um diesen Behauptungen nachzugehen, und legte ihn in die Hände eines Mannes, der in den folgenden Jahren so allgemein und aufrichtig gefürchtet und verabscheut wurde wie wohl keine andere Führungspersönlichkeit im NS-Regime – Reinhard Heydrich. Geboren 1904 in eine äusserst kultivierte bürgerliche Familie – sein Vater war Opernsänger, seine Mutter Schauspielerin –, war Heydrich ein talentierter Geiger, der nach Augenzeugenberichten seine Zuhörer zu

Tränen rührte. Grossgewachsen, schlank, blond – sein auffallend gutes Aussehen wurde höchstens durch sein schmales Gesicht und kleine, eng beieinanderstehende Augen beeinträchtigt –, war er ein herausragender Leistungssportler, Leichtathlet und Fechter. Mit 16 Jahren trat er den Freikorps bei und wurde 1922 Seekadett bei der Marine. 1928 wurde er zum Leutnant befördert und arbeitete bei den Funkern. Seine Zukunft bei den Streitkräften schien gesichert.⁸⁴ Doch Heydrich machte sich auch leicht Feinde. Die Marinesoldaten mochten seine abrupte, anmassende Art nicht und spotteten über seine hohe Stimme. Seine zahlreichen Affären mit Frauen brachten ihn in Schwierigkeiten bei seinen Vorgesetzten, als der Vater einer seiner Freundinnen, ein Direktor von I.G. Farben und Bekannter Admiral Raeders, des Oberbefehlshabers der Marine, sich über ihn beschwerte. Als der Fall vor dem Ehrengericht der Marine verhandelt wurde – Heydrich hatte die Tochter des Direktors geschwängert und die Verlobung mit ihr gelöst –, versuchte Heydrich, die «Schuld» an der Schwangerschaft auf die Frau zu schieben, womit er die allgemeine Empörung der Offiziere auf sich zog und im April 1931 «wegen Unwürdigkeit» aus der Marine entlassen wurde. Nachdem er seine neue Freundin Lina von Osten geheiratet hatte, eine überzeugte «Nazisse» mit Familienbeziehungen zum SS-Chef in München, Karl Baron von Eberstein, fand Heydrich eine neue Anstellung bei der SS und wurde mit der Aufgabe betraut, «Maulwürfe» in der Partei aufzuspüren. Diese Aufgabe nahm er so ernst, dass er Himmeler überzeugen konnte, der SD müsse seinen Tätigkeitsbereich erweitern, um zum Kern einer neuen deutschen Polizei und zu einer Überwachungsorganisation zu werden. Mit seinen aggressiven Nachforschungen machte er sich bei etlichen NS-Grössen unbeliebt, darunter der Gauleiter von Halle-Merseburg, der wiederum behauptete, Heydrich habe jüdische Verfahren. Eine von Gregor Strasser, dem damaligen Organisationsleiter der Partei, angeordnete Untersuchung gelangte zu dem abschliessenden Urteil, die Unterstellungen seien unwahr, auch wenn entsprechende Gerüchte bis zu Heydrichs Tod und auch noch danach nicht verstummen wollten.⁸⁵

Das alles konnte jedoch den kometenhaften Aufstieg Heydrichs zur Macht innerhalb der SS nicht aufhalten. Unsentimental, kalt, effizient,

machthungrig und zutiefst davon überzeugt, dass der Zweck die Mittel heilige, gewann er sehr bald Himmler für seine ehrgeizige Vision von der SS und ihrem Sicherheitsdienst als Kern eines umfassenden neuen Systems polizeilicher Überwachung und Kontrolle. Bereits am 9. März 1933 übernahmen die beiden Männer den bayerischen Polizeidienst, machten die politische Abteilung unabhängig und besetzten Schlüsselstellungen mit SS/SD-Personal. In einem Land nach dem anderen übernahmen sie die politische Polizei, unterstützt von Reichsinnenminister Wilhelm Frick. An diesem Punkt stiessen sie allerdings mit ihrem Plan, ein einheitliches nationales politisches System zu errichten, auf ein grösseres Hindernis in Gestalt Hermann Görings, des preussischen Ministerpräsidenten, der am 30. November 1933 für Preussen eine eigene politische Polizei errichtete. Diese basierte auf der Abteilung I A (politische Polizei) im Berliner Polizeipräsidium, die während der Weimarer Republik Informationen über Kommunisten gesammelt hatte und mit Berufspolizisten besetzt war und an deren Spitze Ministerialdirektor Rudolf Diels stand. Görings neue, selbständige Polizeitruppe nannte sich Geheime Staatspolizei oder abgekürzt Gestapo.⁸⁶

Die Konflikte in den frühen Monaten des Jahres 1934 wurden schliesslich gelöst, als Göring zu der Ansicht gelangte, dass der SA Röhms, die er als wachsende Bedrohung wahrnahm, etwas entgegengesetzt werden musste. Diels hatte im Verlauf des vergangenen Jahres bereitwillig die NS-Politik ausgeführt, doch seine Polizeibeamten waren für die Aufgabe ungeeignet, die Braunhemden auch mit unlauteren Mitteln zu bekämpfen. Am 20. April 1934 ersetzte Göring Diels durch Himmler an der Spitze der Gestapo.⁸⁷ Jetzt spielten Himmler und Heydrich Göring und Frick gegeneinander aus. Durch die Trennung von SS und SA nach der «Nacht der langen Messer» gewannen sie weiteren Spielraum. Göring und Frick mussten einsehen, dass sie keine Mittel hatten, die Gestapo zu kontrollieren, ungeachtet der formalen Zuständigkeiten, auf die sie sich berufen mochten. Während Göring seine Bemühungen im November 1934 praktisch einstellte, setzten Frick und das Reichsinnenministerium das bürokratische Gerangel fort. Die Angelegenheit wurde endgültig 1936 im Sinne Himmlers entschieden. Ein neues Gesetz, das am 10. Februar verabschiedet wurde, entzog die Gestapo der Gerichtsbarkeit der ordentlichen

Gerichte, so dass gegen ihre Massnahmen bei keiner äusseren Institution Beschwerde eingelegt werden konnte. Ein Erlass Hitlers vom 17. Juni 1936 machte sodann Himmler zum Chef der Deutschen Polizei. In dieser Eigenschaft ernannte Himmler Heydrich zum Chef der Gestapo und der Kriminalpolizei sowie des SD, während die Ordnungspolizei von SS-Führer Kurt Daluege geleitet wurde. Polizei und SS gingen faktisch ineinander auf, wobei Polizeibeamte in wachsender Zahl in die SS eintraten und SS-Führer zunehmend Ämter innerhalb der Polizei übernahmen. Damit wurde eine wichtige Strafverfolgungsbehörde endgültig dem «Normenstaat» entzogen und dem «Massnahmenstaat» eingegliedert, ein Übergang, der 1939 mit der Unterstellung von SD und Gestapo unter das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) seinen sichtbaren Ausdruck fand, an dessen Spitze Himmler und Heydrich standen.⁸⁸

III

Der ausgedehnte Überwachungs- und Unterdrückungsapparat des Dritten Reiches diente in erster Linie dazu, die Feinde des Nationalsozialismus innerhalb Deutschlands aufzuspüren und festzunehmen. Eine organisierte Opposition gegen das Regime gab es fast ausschliesslich von Seiten der Kommunisten und Sozialdemokraten in der Anfangszeit des Dritten Reiches. Die Linksparteien hatten bei den letzten wirklich freien Wahlen in Deutschland im November 1932 13,1 Millionen Wählerstimmen erhalten gegenüber 11,7 Millionen für die NSDAP. Damit repräsentierten sie zwar einen hohen Anteil der Wähler, verfügten jedoch nicht über die Mittel, um sich gegen die von den Nationalsozialisten ausgehende Gewalt wirksam zur Wehr zu setzen. Ihre gesamten Apparate einschliesslich der Organisationen ihrer paramilitärischen Wehrverbände, des Rotfrontkämpferbundes und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold sowie der ihnen angeschlossenen Gewerkschaften wurden in den ersten Monaten des Jahres 1933 unbarmherzig zerschlagen, ihre Führer befanden sich im Exil oder in Gefängnis- oder Lagerhaft, ihre Millionen Mitglieder und Anhänger, von denen viele ein Leben lang ihrer Sache verbunden waren, sahen sich isoliert und orientierungslos. Ehemalige Aktivisten standen unter einer mehr

oder weniger dauerhaften Aufsicht; sie wurden beschattet, ihre Korrespondenz und ihre Kontakte wurden überwacht. Völlig zerstritten, in gegenseitigem feindseligem Misstrauen und von der Schnelligkeit und Brutalität der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten überrumpelt, waren sie anfangs hilflos und handlungsunfähig. An eine Reorganisation, um eine wirksame Widerstandsbewegung aufzubauen, war überhaupt nicht zu denken.⁸⁹

Doch in mancher Hinsicht waren die Sozialdemokraten und Kommunisten auf einen Widerstand besser vorbereitet als andere Gruppen im Dritten Reich. Revolutionäre Bewegungen waren in der Vergangenheit mehrfach verboten oder unterdrückt worden, unter Metternich im frühen 19. Jahrhundert, während der Reaktion der beiden Jahrzehnte nach 1848 und vor allem durch das Sozialistengesetz Bismarcks 1878-1890. Sich in die Illegalität zu begeben, war für die Sozialdemokraten nichts Neues. Einige Veteranen aus der Zeit des Sozialistengesetzes, als die SPD ein ganzes Netz geheimer Verbindungen und Kontakte geknüpft hatte, waren sogar über 40 Jahre später unter den Nationalsozialisten noch aktiv. Begeistert durch ihre Geschichten von heroischen und wagemutigen Taten in den Jahren nach 1880 und enttäuscht über die Kompromisse, die ihre Partei in den letzten Jahren der Weimarer Republik eingegangen war, waren viele jüngere Sozialdemokraten bereit, die revolutionären Traditionen wiederaufzugreifen. Nachdem es dem grossen Staatsmann Bismarck nicht gelungen war, sie zu vernichten, würde der Bierkellerdemagoge Hitler wohl kaum erfolgreicher sein. Sozialdemokratische Aktivisten machten sich alsbald daran, auf Matrizendruckern illegale Flugschriften, Flugblätter und Zeitungen zu drucken und heimlich unter Sympathisanten zu verteilen, um diese nach Möglichkeit in ihrer Entschlossenheit zu bestärken, den Bemühungen des Regimes, sie auf seine Seite zu ziehen, zu widerstehen. Viele hielten unbeirrt an dem in der marxistischen Theorie verankerten Glauben fest, dass das Regime sich auf Dauer nicht halten könne: Der Nationalsozialismus sei der letzte verzweifelte Versuch der Selbsterhaltung eines kapitalistischen Systems, das durch die Weltwirtschaftskrise von 1929 in seine bisher tiefste Krise gestürzt sei. Jetzt komme es nur noch darauf an, zusammenzuhalten und darauf zu warten, dass das Dritte Reich sich selbst

zerstöre. Durch die Verbreitung klarer und genauer Informationen über den wahren Zustand der Verhältnisse in Deutschland werde es möglich sein, die ideologischen Fundamente des Regimes zu zerstören und die Massen dazu zu bringen, es zu beseitigen.⁹⁰

In vielen Teilen Deutschlands, vor allem in den Industriegebieten mit ihren jahrzehntealten Traditionen der Arbeitersolidarität, organisierten sich bald illegale Gruppen und begannen mit der Untergrundarbeit. Selbst in weniger sicheren kulturellen Umgebungen gelang es Sozialdemokraten, sich neu zu gruppieren und ihre Aktivitäten heimlich fortzusetzen. In Hannover gründete der junge Werner Blumenberg, der sich später als Marxismusforscher einen Namen machen sollte, eine «sozialistische Front», die rund 250 Mitglieder zählte und eine Reihe von vervielfältigten Informationsblättern («Sozialistische Blätter») in einer Auflage von 1'500 Exemplaren druckte und sie an Verbindungsleute in der gesamten Region verteilte.⁹¹ Kleinere derartige Gruppen gab es in Augsburg und Regensburg und selbst in München, der «Hauptstadt der Bewegung». Zu ihren Aktivitäten gehörte das nächtliche Anschlägen von Plakaten in den Strassen, mit denen sie die Menschen aufforderten, beim Plebiszit am 19. August 1934 mit «nein» zu stimmen. Flugblätter wurden am Arbeitsplatz zurückgelassen mit Parolen oder kurzen Artikeln, in denen die entstellte Wiedergabe von Ereignissen durch den Propagandaapparat des Regimes kritisiert wurde. Überall in Deutschland waren Tausende von ehemaligen Aktivisten in der SPD auf diese Weise im politischen Untergrund engagiert. Sie konzentrierten sich vor allem darauf, die Verbindung zur Parteiführung im Prager Exil aufrechtzuerhalten. Das Ziel war nicht, die Massen zu überzeugen, sondern bewährte Parteimitglieder und Gewerkschafter zusammenzuhalten und im übrigen auf bessere Zeiten zu warten. Die meisten von ihnen lebten ein Doppelleben und zeigten nach aussen Konformität mit dem Regime, während sie in ihrer Freizeit gegen das Regime agitierten. Einige schmuggelten aus dem Ausland die Flugblätter und Zeitungen, die von der Parteioorganisation im Exil gedruckt wurden, wie den *Neue(n) Vorwärts* über die Grenze, und verteilten sie an die übriggebliebenen Parteigenossen. Und sie versorgten die Exilregierung Monat für Monat mit Berichten über die Lage in Deutschland, die auch bemerkenswert nüchter-

ne und zunehmend realistische Einschätzungen der Erfolgchancen eines Aufstandes enthielten.⁹²

Doch diese Aktivitäten hatten kaum eine Chance, auch nur das elementarste ihrer Ziele zu erreichen, die Aufrechterhaltung der Solidarität unter den früheren Sozialdemokraten, von einer Verbreitung ihrer Botschaft unter den Massen ganz zu schweigen. Hierfür gab es viele Gründe. Der Widerstandsbewegung fehlte eine Führung. Die prominentesten Sozialdemokraten waren überwiegend ins Exil gegangen. Selbst diejenigen, die bleiben wollten, waren zu bekannt, um sich auf Dauer den Nachstellungen der Polizei entziehen zu können: Der schlesische Reichstagsabgeordnete Otto Buchwitz zum Beispiel entging mehrfach nur um Haaresbreite einer Verhaftung, während er durch Deutschland reiste und illegales Parteischrifttum verbreitete, bevor er sich schliesslich in das Unvermeidliche fügte und sich Anfang August 1933 von Gesinnungsgenossen nach Dänemark schleusen liess.⁹³ Zu diesem Zeitpunkt waren fast alle anderen führenden in Deutschland verbliebenen Sozialdemokraten im Gefängnis, im Konzentrationslager, sie waren zum Schweigen gebracht worden oder tot. Die SPD-Führung im Exil erwies sich als ein wenig befriedigender Ersatz. Ihre kompromisslose Haltung hatte bereits viele jener Genossen verprellt, die sich entschlossen hatten, in Deutschland zu bleiben, und sie machte die Sache noch schlimmer, als sie im Januar 1934 das «Prager Manifest» erliess, das eine radikale Enteignungspolitik forderte, um die Konzerne und den Grossgrundbesitz zu zerschlagen, sobald Hitler gestürzt sei.⁹⁴ Das wurde von vielen lokalen Oppositionsgruppen als unerträglich empfunden und konnte andere nicht davon überzeugen, dass die Parteiführung wirklich die Passivität und den Fatalismus abgeschüttelt hatte, die ihren Widerstandswillen 1932/33 gelähmt hatten.⁹⁵ Unzufrieden mit dem, was in ihren Augen eine Schwäche der Partei war, handelten kleine, radikale Gruppen auf eigene Faust und gaben sich die unterschiedlichsten Namen wie Internationaler Sozialistischer Kampfbund, Revolutionäre Sozialisten Deutschlands oder Roter Stosstrupp (eine auf Berlin beschränkte Organisation). Diese stritten sich wieder mit anderen Untergrundgruppen, die loyal zur Prager Exilführung standen, und waren nicht nur uneinig über die politische Strategie, sondern auch über die Taktik.⁹⁶

Unter solchen Bedingungen war jeder Gedanke an ein Anstacheln der Massen zu offener Opposition gegen das Regime, das traditionelle Ziel, das in der europäischen Geschichte von Untergrundorganisationen verfolgt wurde, von Anfang an zum Scheitern verurteilt. In den Massen eine Basis zu finden war fast unmöglich. Die letzten Reste einer Kultur der Arbeiterbewegung, die sich im Dritten Reich noch erhalten hatten, waren in der Regel unbedeutend. Die «Gleichschaltung» des lokalen Vereinslebens durch die Nationalsozialisten war einfach zu gründlich erfolgt. Kaninchenzüchter-, Sport- oder sonstige Vereine, die ihren Namen änderten, so dass ihr sozialdemokratischer Charakter nicht mehr erkenntlich war, wurden bald enttarnt und von der Polizei oder den Kommunalbehörden verboten. Der sozialdemokratische Widerstand war somit zu keiner Zeit in der Lage, sich jenseits kleiner, lokal organisierter Elitegruppen von Aktivisten auszubreiten. Ausserdem war es nicht möglich, das NS-Regime wie die Reichsleitung unter Bismarck als die Vertretung einer kleinen autoritären Elite hinzustellen; in seiner Rhetorik hatte es ja von Anfang an erklärt, die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit zu vertreten, und sie dazu aufgerufen, einen Staat neuer Art zu unterstützen, der die inneren Spaltungen überwinden und eine neue Volksgemeinschaft für die gesamte «arische Rasse» schaffen würde. Das war eine entmutigende Tatsache, der die sozialdemokratischen Aktivisten sehr schnell Rechnung trugen.⁹⁷

Es war vermutlich die treue Erinnerung an die sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften, die hinter den massenhaften Enthaltungen bei den Wahlen der Betriebsräte, die jetzt «Vertrauensräte» hiessen, 1934 und 1935 steckte. Es gab so viele nicht ausgefüllte oder ungültige Stimmzettel, dass die Ergebnisse 1934 und 1935 nicht bekanntgegeben und später keine weiteren Wahlen abgehalten wurden.⁹⁸ Die Gestapo verhaftete viele der «Marxisten», die Flugblätter verteilt hatten, in denen sie dazu aufriefen, beim Plebiszit vom 19. August 1934 mit «nein» zu stimmen; allein im Ruhrgebiet wurden rund 1'200 Personen festgenommen. Massive Verhaftungswellen gegen Sozialdemokraten gab es auch in anderen Teilen Deutschlands, so etwa in Hamburg. Die Verteilung eines speziellen Flugblatts zum 1. Mai 1935 durch den sozialdemokratischen Widerstand löste eine weitere Serie von Verhaftungen aus. Bis zum Jahresende 1935 war

die formale Untergrundorganisation der SPD praktisch zerstört. Doch allein schon die Grösse der früheren Partei, ihre hohe Mitgliederzahl und die fortdauernde Wirkung ihres ehemaligen kulturellen Milieus und ihrer Traditionen sorgten dafür, dass Hunderttausende alte Sozialdemokraten in ihrem Innersten den Grundwerten ihrer Partei treu blieben. Lose organisierte, informelle, dezentralisierte Gruppen von Parteigenossen hielten diese Werte und Ideale in den kommenden Jahren am Leben, auch wenn sie nichts tun konnten, um sie in die Praxis umzusetzen.⁹⁹

Eine kleine Zahl radikaler Sozialdemokraten, die 1929 eine Gruppe unter der Bezeichnung «Neu Beginnen» gebildet hatten, war der Meinung, die wesentlichste Voraussetzung für einen erfolgreichen Arbeiterwiderstand sei die Wiedervereinigung der deutschen Arbeiterbewegung, da es deren bittere Spaltung in Sozialdemokraten und Kommunisten gewesen sei, die den Aufstieg des Faschismus in Deutschland herbeigeführt habe. Ihre rund hundert Mitglieder, hinter denen eine wesentlich grössere Zahl von Sympathisanten stand, verwendeten grosse Mühen auf den Versuch, die beiden Parteien zusammenzubringen, und bedienten sich unter anderem der Taktik einer Infiltration kommunistischer Zellen, um deren Parteilinie von innen heraus zu ändern. Das Manifest der Gruppe, das von ihrem Führer Walter Loewenheim verfasst und im August 1933 in Karlsbad in 12'000 Exemplaren veröffentlicht wurde, löste nach seiner heimlichen Verbreitung in deutschen Widerstandskreisen eine gewisse Debatte aus. Doch Loewenheim gelangte 1935 zu dem Schluss, die Aussichten auf einen Erfolg seien so gering, dass es sinnlos sei, mit der Arbeit weiterzumachen. Obwohl einige Mitglieder wie der spätere Historiker Francis Carsten ihre Bemühungen dennoch fortsetzten, wurde die Gruppe sehr schnell durch eine neue Verhaftungswelle der Gestapo dezimiert. Carsten ging in die Emigration und arbeitete an einer Dissertation über die Frühgeschichte Preussens. Andere kleine Gruppen im Exil und in Deutschland blieben in ähnlicher Weise aktiv, darunter der Internationale Sozialistische Kampfbund und die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. Eine ihrer führenden Persönlichkeiten war der junge Willy Brandt, der nach Skandinavien ins Exil ging. Alle diese Gruppen lehnten jedoch die Politik der beiden grossen deutschen Arbeiterparteien als spalterisch und überholt ab,

ohne wirklich ein kohärentes politisches Programm als Alternative zu entwickeln.¹⁰⁰

Die unnachgiebige Haltung der Kommunisten machte jeden Versuch, eine gemeinsame Front zu errichten, von vornherein aussichtslos. Seit dem Ende der zwanziger Jahre folgte die KPD der «ultralinken» Parteilinie aus Moskau, die die Sozialdemokraten als «Sozialfaschisten» schmähte und sie sogar zum Haupthindernis einer proletarischen Revolution erklärte. Daran konnten auch die Ereignisse von 1933 und 1934 nicht das Geringste ändern. Im Mai 1933 bestätigte das Zentralkomitee der KPD die «vollständig richtige» politische Linie gegen den «Sozialfaschismus». Im Mai 1933 erklärte das ZK der KPD: «Die völlige Ausschaltung der Sozialfaschisten aus dem Staatsapparat, die brutale Unterdrückung auch der sozialdemokratischen Parteiorganisation und ihrer Presse ändern nichts an der Tatsache, dass sie nach wie vor die soziale Hauptstütze der Kapitalsdiktatur darstellen.» Kritiker der ultralinken Linie und Befürworter einer Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten wie Hermann Remmele und Heinz Neumann waren bereits 1932 aus der Parteiführung entfernt worden, nur der getreue Ernst Thälmann blieb zumindest nominell noch in der Führung, obwohl er seit seiner Verhaftung unmittelbar nach dem Reichstagsbrand im Februar 1933 praktisch handlungsunfähig war. «Für die Arbeiterklasse», dröhnte der führende deutsche Kommunist Fritz Heckert Ende 1933 entgegen allem Augenschein, «gibt es wirklich einen Feind – das ist die faschistische Bourgeoisie und die Sozialdemokratie, ihre soziale Hauptstütze.»¹⁰¹

Derart grotesk wirklichkeitsfremde Ansichten waren nicht einfach das Ergebnis eines bedingungslosen Gehorsams gegenüber Moskau. In ihnen kam auch das lange Erbe der Bitterkeit zwischen den beiden grossen Arbeiterparteien seit der Revolution von 1918 und der Ermordung der kommunistischen Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht durch Angehörige der Freikorps zum Ausdruck, die auf Befehl des Sozialdemokraten Noske gegen aufständische Arbeiter in Berlin eingesetzt worden waren. Die Sozialdemokraten ihrerseits hatten nicht vergessen, dass das bolschewistische Regime in Russland Tausende Gegner ermordet hatte und dass die Mitglieder ihres dortigen Gegenstücks, die Partei der Menschewiki, zu

den ersten Opfern gehört hatten. Die Arbeitslosigkeit, von der kommunistische Arbeiter stärker betroffen waren als SPD-Mitglieder, hatte einen weiteren Keil zwischen beide Parteien getrieben. Ein gemeinsames Vorgehen mit der SPD war für die KPD eine unmögliche Vorstellung.

Die SPD konnte auf eine wesentlich grössere Mitgliederzahl verweisen als die KPD – Anfang 1933 über eine Million gegenüber 180'000 KPD-Mitgliedern –, auch konnten die Sozialdemokraten auf eine längere Parteitradition zurückblicken als die Kommunisten. Doch regelmässige «Säuberungen» und die wiederholte Disziplinierung innerer Dissidenten hatten aus der KPD eine gut geordnete und geeinte Partei gemacht. Die Art der Untergrundarbeit und Geheimorganisation der KPD war jünger und effektiver als die der SPD und sorgte dafür, dass in ganz Deutschland innerhalb kurzer Zeit kommunistische Zellen entstanden, nachdem der Schock der ersten Monate 1933 überstanden war. Die fehlende realistische Vorstellung der Partei von den herrschenden Verhältnissen war paradoxerweise ein weiterer Faktor, der ihr in dieser Situation zugute kam. Da die deutschen Kommunisten zutiefst davon überzeugt waren, dass der endgültige Zusammenbruch nicht nur des Nationalsozialismus, sondern auch des Kapitalismus insgesamt innerhalb weniger Monate kommen musste, sahen sie allen Grund, ihre Freiheit und ihr Leben für einen Kampf in die Waagschale zu werfen, der zwangsläufig in Bälde zum vollständigen Sieg der proletarischen Revolution führen würde.¹⁰²

Doch worin bestand dieser Kampf? Die ganze überzogene Propaganda des neuen Regimes 1933 über das Bevorstehen einer kommunistischen Revolution änderte nichts an der Tatsache, dass die im Untergrund wieder aufgebaute KPD kaum mehr tun konnte als ihr sozialdemokratisches Gegenstück. Es gab einige Sabotageakte, und eine Handvoll Kommunisten versuchte an Militärintformationen zu gelangen, um sie nach Moskau weiterzuleiten. Aber die grosse Mehrheit der einige Tausende zählenden Mitglieder der KPD im Widerstand musste sich damit begnügen, die Bewegung im Untergrund am Leben zu erhalten, um bereit zu sein für den Tag, an dem der Nationalsozialismus zugrunde ging, gemeinsam mit dem kapitalistischen System, von dem er in ihren Augen erhalten wurde. Sie hielten heimliche Treffen ab, verteilten illegal eingeführte politische Propaganda, sammelten Mitgliedsbeiträge ein, produzierten und vertrieben ein-

fache vervielfältigte Flug- und Informationsblätter, manchmal in ziemlich grossen Mengen, um möglichst viele Mitglieder zu erreichen und sie zum Widerstand gegen das Regime aufzurufen. Sie richteten illegale Vertriebsnetze für Zeitschriften und Flugblätter ein, die vom kommunistischen Apparat ausserhalb Deutschlands produziert und von Kurieren ins Land geschmuggelt wurden. Es gab auch eine weitreichende Zusammenarbeit zwischen dem Widerstand in Deutschland und der Führung im Ausland: Die *Rote Fahne* zum Beispiel wurde im Exil herausgegeben, aber an verschiedenen Orten im Inland gedruckt. So gab es etwa eine illegale Druckerei in Solingen-Ohligs, die ein- bis zweimal im Monat von jeder Ausgabe 10'000 Exemplare druckte. An einigen Orten veranstalteten die Kommunisten heimliche Demonstrationen zum 1. Mai, hissten rote Fahnen oder die Fahne mit Hammer und Sichel an hohen Gebäuden und pinselten Slogans auf die Wände von Bahnhöfen. Ebenso wie die illegale SPD verbreitete auch die KPD im Untergrund Flugblätter, mit denen sie die wahlberechtigte Bevölkerung aufrief, am 19. August 1934 mit «nein» zu stimmen.¹⁰³

Es steht ausser Frage, dass die Kommunisten in den ersten Jahren des Dritten Reiches aktiver und ausdauernder waren als die Sozialdemokraten beim Organisieren des Widerstandes. Abgesehen vom grösseren Engagement – manche würden es Fanatismus nennen – ihrer Mitglieder hatte die KPD von ihrer Führung im Exil auch Anweisungen erhalten, in Deutschland so sichtbar wie möglich zu bleiben. Kuriere und Agenten kamen und gingen von und nach Paris, Brüssel, Prag und anderen grossen Städten im Ausland, häufig unter falscher Identität, ständig darum bemüht, die Bewegung am Leben zu erhalten oder sie wiederaufzubauen, wo sie zerstört worden war. Auf Razzien und Verhaftungen folgte häufig die unbekümmert selbstbewusste Verteilung von Flugblättern in grosser Zahl, um die Brutalität der Polizei anzuprangern und das Unvermögen des Regimes zu demonstrieren, den Widerstand auszurotten. Doch diese Taktik bewirkte auch die Ausschaltung der Partei, da die KPD auf diese Weise nicht nur für ihre Mitglieder, sondern auch für die Gestapo sichtbar wurde.¹⁰⁴ Die bürokratische Struktur und die Gewohnheiten der Partei machten es der Polizei ebenfalls relativ leicht, ihre Mitglieder ausfindig zu machen und zu verhaften, da lokale Kassenwarte und Sekretäre wie Hans Pfeiffer in Düs-

seldorf gewissenhaft Kopien von Briefen, Protokolle von Zusammenkünften, Aufstellungen von Mitgliedsbeiträgen und Namenslisten der Mitglieder aufbewahrten, unschätzbar wertvolle Informationen, wenn sie erst einmal der Polizei in die Hände gefallen waren.¹⁰⁵ Dieselben Probleme, mit denen die Sozialdemokraten zu kämpfen hatten, plagten auch die Kommunisten – die schwierige Nachrichtenverbindung mit der Führung im Exil, die Zerstörung der sozialen und kulturellen Infrastruktur der Arbeiterbewegung, Exil, Gefängnis- oder Lagerhaft oder Tod der erfahrensten und begabtesten Führer.¹⁰⁶

Und trotz der legendären Disziplin der Partei kam es sehr bald zu Spaltungen innerhalb der Führung im Exil, zwischen einer ultralinken Mehrheit, die auch weiterhin ihr Gift gegen die Sozialdemokraten verspritzte, und der Kommunistischen Internationale, die sich über das Ausmass der von der Partei erlittenen Niederlage keine Illusionen machte und für eine echte Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten in einer «Volksfront» gegen den «Faschismus» eintrat. Im Januar 1935 verurteilte die Kommunistische Internationale offen die bisherige Politik der KPD als «sektierisch» und begann, ihre revolutionäre Rhetorik zu mässigen. Als sie merkte, woher der Wind wehte, schwenkte eine wachsende Minderheit innerhalb der KPD auf die neue Linie Moskaus um. Angeführt wurde sie von Walter Ulbricht, dem früheren Berliner KPD-Führer, und Wilhelm Pieck, einem langjährigen Reichstagsabgeordneten und Gefährten von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in den letzten Tagen vor ihrer Ermordung während des «Spartakusaufstands». Parallel zu dieser ideologischen Neuorientierung wurde die zentralisierte Struktur der Partei in Deutschland, die der Gestapo die Arbeit leicht gemacht hatte, aufgegeben und durch eine weniger straffe Organisation ersetzt, in der die verschiedenen Teile weitgehend unabhängig voneinander waren. Endlich schien der Weg frei für einen gemeinsamen und wirksamen Arbeiterwiderstand gegen den Nationalsozialismus.¹⁰⁷

Doch es war längst zu spät. Die lokalen Organisatoren und viele der einfachen Parteimitglieder des kommunistischen Widerstands hatten die Sozialdemokraten zu lange bekämpft, um ihren Hass jetzt einfach aufzugeben. Als Mitte 1934 in Essen 7'000 Arbeiter am Grab eines Kommunisten aufmarschierten, der in der Haft umgekommen war, machte die lokale

kommunistische Führung deutlich, dass Sozialdemokraten, gegen die der Verstorbene zeit seines Lebens gekämpft hatte, nicht willkommen seien. Zudem verfügte Ulbricht, der den Auftrag hatte, von seinem Exil in Paris aus eine Volksfront zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten zu bewerkstelligen, über ein besonderes Talent zu polarisieren. Manche glaubten, er sei bewusst so schroff, um später den Sozialdemokraten die Schuld am Scheitern einer Politik geben zu können, von der er innerlich ohnehin nicht überzeugt war. Überdies erwies es sich vielfach als unmöglich, den Aktivisten der Partei in Deutschland die neue Parteilinie zu übermitteln, da die Gestapo ein scharfes Auge auf die Kuriers hatte. Die SPD blieb ihrerseits ebenfalls der Volksfront gegenüber misstrauisch, die in Frankreich und Spanien tatsächlich zu einer echten, wenngleich lustlosen Zusammenarbeit geführt hatte. Dieses Misstrauen resultierte unter anderem aus den Erfahrungen der Sozialdemokraten mit der «Einheitsfront», einer beliebten Taktik der KPD in der Weimarer Zeit zur Zersetzung der SPD. Die in den Jahren 1919-1923 zwischen beiden Parteien gewachsene Bitterkeit erwies sich als übermächtig, als dass eine wirkliche Zusammenarbeit zwischen ihnen möglich gewesen wäre.¹⁰⁸

Zu dem Zeitpunkt jedenfalls, als die Politik einer Volksfront in vollem Gange war, hatten die Widerstandsorganisationen beider Parteien bereits schwere Schläge durch die Gestapo hinnehmen müssen. Die Massenverhaftungen im Juni und Juli 1933 zwangen die Widerstandsbewegungen, sich umzugruppieren. Doch die Gestapo war bald auch den neuen Organisationen auf der Spur und verhaftete nach und nach auch deren Mitglieder. Die Erfahrung des kommunistischen Widerstands in Düsseldorf dürfte für viele andere charakteristisch gewesen sein. Ein grosses Industriezentrum mit einer radikalen Tradition, war Düsseldorf eine Hochburg der KPD, die bei den Reichstagswahlen im November 1932 78'000 Stimmen errungen hatte, 8'000 mehr als die NSDAP und mehr als doppelt soviel wie die SPD. Die Massenverhaftungen nach dem Reichstagsbrand am 28. Februar 1933 trafen die Düsseldorfer KPD schwer, doch unter der Führung des 27-jährigen Hugo Paul formierte sie sich neu und verbreitete Flugblätter und Propaganda. Im Juni stellte die Gestapo jedoch die Unterlagen der Partei sicher und verhaftete Paul in der Wohnung des Mannes, der die Flugblätter

gedruckt hatte. Mit brutalen Verhörmethoden erhielt sie die Namen weiterer Aktivisten, und bis Ende Juli waren über 90 von ihnen verhaftet worden. Die illegale Führung der Partei in Berlin schickte eine Reihe von Ersatzleuten für Paul und wechselte sie mehrmals aus, um eine Entdeckung zu vermeiden, und im Frühjahr 1934 verfügte die lokale Widerstandsorganisation über 700 Mitglieder, die eine interne Informationsbroschüre in Auflagen zwischen 4'000 und 5'000 Exemplaren druckten und des Nachts Flugblätter in Briefkästen steckten oder von hohen Gebäuden – dem Hauptbahnhof, Banken, Kinos und Hotels – auf die Strasse warfen, wobei sie eine Vorrichtung benutzten, die bei ihnen «Knallfrosch» hiess. Die Verteilung eines ätzend sarkastischen Kommentars zur «Nacht der langen Messer» wertete die Partei als einen besonderen Erfolg.

Der Gestapo gelang es jedoch, einen illegalen KPD-Funktionär namens Wilhelm Gather zum Doppelagenten zu machen. Nachdem dieser nach Verbüßung einer Haftstrafe in die Partei zurückgekehrt war, folgten sehr bald neue Verhaftungen – 60 in der Innenstadt und anschliessend 50 im Arbeiterviertel Friedrichstadt. Andere Kommunisten, die verhaftet und gefoltert wurden, begingen eher Selbstmord als ihre Genossen zu verraten. Doch trotz der Repressionen führte die Ermordung Röhm's zu einem erneuten Optimismus im Hinblick auf den bevorstehenden Zusammenbruch des Regimes, und die Mitgliederzahl nahm zu und erreichte am Niederrhein und im Ruhrgebiet insgesamt 4'000. Das war allerdings nicht von langer Dauer. Die zunehmende Zentralisierung und Effizienz der Gestapo unter Himmler und Heydrich hatten bald erneute Verhaftungen zur Folge; der schwerste Schlag war jedoch die Verhaftung der gesamten illegalen Führung der KPD in Berlin am 27. März 1935. Damit waren die regionalen und lokalen Gruppen der Partei richtungs- und führungslos, und ihre Moral wurde aufgrund einer wachsenden Desillusionierung über die von der Partei seit den späten zwanziger Jahren verfolgte ultralinke Politik noch weiter geschwächt. Austritte und weitere Verhaftungen führten zur völligen Zerschlagung der illegalen Parteiorganisation am Niederrhein und im Ruhrgebiet. Als der neue Kreisführer Waldemar Schmidt im Juni 1935 eintraf, bestand sie aus nicht mehr als einigen isolierten Gruppen. Ihm

blieb allerdings wenig Zeit, seinen Bericht an die Parteiführung im Exil zu übermitteln, da auch er nach kurzer Zeit verhaftet wurde.¹⁰⁹

Solche und ähnliche Geschichten könnte man aus allen anderen Teilen Deutschlands erzählen. In Halle-Merseburg zum Beispiel führte ein Polizeispitzel die Gestapo im Frühjahr 1935 zu einem Treffen der Kreisführung; die Verhafteten wurden gefoltert, um von ihnen die Namen weiterer Mitglieder zu erfahren; schliesslich wurden über 700 Personen verhaftet, womit die regionale Organisation der KPD endgültig vernichtet war und nur noch wenige, völlig demoralisierte Mitglieder übrigblieben. Die Parteikader waren jetzt durch – zum Teil durchaus berechtigtes – gegenseitiges Misstrauen politisch gelähmt.¹¹⁰ Durch sorgfältiges Sammeln von Informationen, Haussuchungen, brutale Vernehmungen, Folterung von Verdächtigen und den Einsatz von Spitzeln und Informanten war es der Gestapo gelungen, bis Ende 1934 den organisierten Widerstand der KPD zu zerschlagen einschliesslich ihrer sozialen Organisation Rote Hilfe, von der die Familien von Häftlingen und notleidende Mitglieder unterstützt wurden. Danach gab es nur noch kleine, informelle Gruppen von Kommunisten, und in vielen Fällen existierten auch diese nicht mehr.¹¹¹ Sie gaben mehr oder weniger ihr früheres Vorhaben auf, die Massen aufzustacheln, und begnügten sich stattdessen damit, sich auf die Zeit nach dem unausweichlichen Untergang des NS-Regimes vorzubereiten. Von allen Gruppen, die sich in den ersten Jahren des Dritten Reiches noch behaupten konnten, waren die Kommunisten die ausdauerndsten und wagemutigsten. Sie mussten dafür am teuersten bezahlen.¹¹²

Den Kommunisten, die vor der Verfolgung Zuflucht in der Sowjetunion gesucht hatten, erging es kaum besser als ihren Genossen, die in Deutschland geblieben waren. Die sich in ganz Europa zusammenbrauende Drohung des Faschismus, der Fehlschlag der Kollektivierung der Landwirtschaft in Russland und der Ukraine und die Mühen und Beschwerden der erzwungenen Industrialisierung, all das erzeugte innerhalb der KPdSU eine zunehmende Paranoia. Als einer der prominentesten und beliebtesten der jüngeren bolschewistischen Führer, Sergej Kirow, unter der offensichtlichen Komplizenschaft von Parteifunktionären 1934 ermordet wurde, begann der sowjetische Führer Josef Stalin die Massenverhaftung von Funk-

tionären der KPdSU zu organisieren, und löste eine umfangreiche «Säuberung» aus, die schnell eine ganz eigene Dynamik annahm. Es dauerte nicht lange, und führende Kommunisten wurden zu Tausenden verhaftet und erschossen und dazu gebracht, in Schauprozessen, über die ausführlich berichtet wurde, aberwitzige Verbrechen der Vorbereitung eines Umsturzes und der Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Staaten zu «gestehen». Die «Säuberungen» erfassten bald auch die unteren Ränge der Parteiorganisation, wo kleine Funktionäre und gewöhnliche Mitglieder sich gegenseitig darin überboten, angebliche Verräter und subversive Elemente aus den eigenen Reihen zu denunzieren. Der «Archipel Gulag» aus Arbeitslagern erstreckte sich über die weniger wirtlichen Regionen der Sowjetunion, vor allem in Sibirien, und die Zahl seiner Häftlinge war bis zum Ende der dreissiger Jahre auf mehrere Millionen angeschwollen. Vom Ende der zwanziger Jahre, dem Zeitpunkt, als Stalin die volle Macht in Händen hielt, bis zu seinem Tod 1953 wurden Schätzungen zufolge in der Sowjetunion eine Dreiviertelmillion Menschen erschossen, während mindestens 2,75 Millionen in den Lagern umkamen.¹¹³

In dieser Atmosphäre von Terror, Furcht und gegenseitigen Beschuldigungen konnte alles Ungewöhnliche zum Vorwand für Festnahme, Inhaftierung, Folter und Hinrichtung werden. Kontakt zu Regierungen im Ausland, selbst ein früherer Wohnsitz im Ausland machte den Betreffenden verdächtig. Bald zogen die «Säuberungen» auch die deutschen Kommunisten, die in der Sowjetunion Zuflucht genommen hatten, in ihren Strudel der Vernichtung. Tausende von ihnen wurden verhaftet, in Arbeitslager oder ins sibirische Exil geschickt. Über 1'100 dieser Flüchtlinge wurden wegen verschiedener angeblicher Verbrechen verurteilt, von Stalins Geheimpolizei gefoltert und mussten für längere Zeit unter härtesten Bedingungen in den Arbeitslagern dahinvegetieren. Viele wurden erschossen. Zu den Getöteten gehörten mehrere aktuelle oder frühere Mitglieder des Politbüros der Partei: Heinz Neumann, der ehemalige Propagandachef, dessen Eintreten für Gewalt 1932/33 vom Politbüro vehement abgelehnt worden war; Hugo Eberlein, ein früherer Freund von Rosa Luxemburg, dessen Kritik an Lenin in der Sowjetunion nicht gut aufgenommen worden war; und schliesslich Hermann Remmele, der unvorsichtigerweise 1933 gesagt hatte, die Machtergreifung durch die Nationalsozialisten bezeichne

eine Niederlage für die Arbeiterklasse. Von den 44 Kommunisten, die zwischen 1920 und 1933 dem Politbüro der KPD angehört hatten, kam im Zuge der Stalinschen «Säuberungen» in Russland eine grössere Zahl ums Leben als in Deutschland durch die Gestapo und die Gerichtsbarkeit des Nationalsozialismus.¹¹⁴

«Volksfeinde»

I

In der «Schutzhaft» nach seiner Verhaftung wegen Brandstiftung im Reichstag am 27./28. Februar 1933 muss der junge holländische Anarchosyndikalist Marinus van der Lubbe gewusst haben, dass er das Gefängnis nicht mehr lebend verlassen würde. Hitler hatte tatsächlich etwas Derartiges angedroht. Die Schuldigen, erklärte er, würden gehängt. Das wiederum war mit den bestehenden Gesetzen nicht vereinbar. Hängen war die bevorzugte Methode zur Vollstreckung von Todesurteilen in Österreich, aber nicht in Deutschland, wo seit fast hundert Jahren nur noch die Enthauptung angewandt worden war. Ausserdem stand nach dem deutschen Strafgesetzbuch auf Brandstiftung nicht die Todesstrafe, sofern dabei, wie in diesem Fall, niemand zu Tode gekommen war. Ohne auf die Bedenken von juristischen Beratern und Beamten im Reichsjustizministerium einzugehen, bewog das Kabinett Reichspräsident Hindenburg, am 29. März einen Erlass zu unterschreiben, der besagte, dass § 5 der Reichstagsbrandverordnung, der unter anderem für Brandstiftung die Todesstrafe vorsah, rückwirkend auch für bestimmte Taten wie Hochverrat und Brandstiftung gelte, die nach dem 31. Januar 1933 begangen worden waren. Einige Zeitungskommentatoren hatten noch die Zivilcourage festzustellen, dass dieser Erlass gegen ein fundamentales Rechtsprinzip versties, nämlich, dass eine Tat, die zum Zeitpunkt ihrer Begehung nicht mit Strafe bedroht war, nicht nachträglich unter Strafe gestellt werden konnte. Hätte zum Zeitpunkt der Tat van der Lubbes auf Brandstiftung die Todesstrafe gestanden, so der Einwand, dann hätte er die Tat möglicherweise gar nicht erst begangen. Jetzt könne niemand mehr sicher sein, wie ein potientielles Verbrechen oder Vergehen bestraft würde.¹¹⁵

Hitler und Göring ging es nicht einfach nur um eine Hinrichtung van der Lubbes; sie wollten diesen Brandanschlag auch der KPD in die Schuhe schieben, um einen Vorwand zu haben, gegen die Partei und ihre Führung

vorzugehen. Deshalb standen am 21. September 1933 nicht nur van der Lubbe, sondern auch der Bulgare Georgi Dimitroff, der Leiter des westeuropäischen Sekretariats der Komintern in Berlin, zwei seiner Mitarbeiter und der Vorsitzende der KPD-Reichstagsfraktion, Ernst Torgler, unter der Anklage der Brandstiftung und des Hochverrats vor dem Reichsgericht in Leipzig. Den Vorsitz hatte der konservative Richter und frühere DVP-Politiker Wilhelm Bünker. Doch trotz seiner politischen Orientierung war Bünker ganz Jurist der alten Schule und hielt sich an die Prozessordnung. Dimitroff verteidigte sich geschickt und blamierte Göring bis auf die Knochen, als dieser in den Zeugenstand gerufen wurde. Dank seiner forensischen Fähigkeiten und einer leidenschaftlichen kommunistischen Rhetorik erreichte Dimitroff, dass alle Angeklagten ausser van der Lubbe freigesprochen wurden, der kurz darauf mit der Guillotine hingerichtet wurde. Die drei Bulgaren wurden unmittelbar nach Verlassen des Gerichtssaals erneut verhaftet und schliesslich in die Sowjetunion abgeschoben; Torgler überlebte den Krieg und wechselte später zu den Sozialdemokraten.¹¹⁶ Das Gericht stellte in seiner Urteilsbegründung zwar fest, dass die KPD den Brand geplant habe, um eine Revolution auszulösen, und dass deshalb die Reichstagsbrandverordnung gerechtfertigt gewesen sei. Doch die Beweise gegen Dimitroff und die übrigen Kommunisten reichten für eine Verurteilung nicht aus.¹¹⁷ Die Führung der NSDAP war gedemütigt. Der *Völkische Beobachter* bezeichnete das Urteil als ein Fehlurteil, «das die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform unseres Rechtslebens, das sich vielfach noch in den Gleisen überwundenen volksfremden liberalistischen Denkens bewegt, erweist».¹¹⁸ Innerhalb weniger Monate hatte Hitler alle Fälle von Hoch- und Landesverrat der Zuständigkeit des Reichsgerichts entzogen und einem Sondergericht, dem Volksgerichtshof übertragen, der am 24. April 1934 in Berlin eingerichtet wurde. Hier sollten politische Verbrechen schnell und im Sinne nationalsozialistischer Grundsätze abgeurteilt werden. Nur der Vorsitzende und ein Beisitzer mussten Berufsrichter sein, drei weitere Beisitzer waren Laien aus Polizei, Wehrmacht und NSDAP. Nach einer Periode wechselnder Präsidenten übernahm ab Juni 1936 Otto Georg Thierack dieses Amt, ein langjähriger Nationalsozialist Jahrgang 1889, 1933 sächsischer Justizminister, 1935 Vizepräsident des Volksge-

richtshofes.¹¹⁹ Thierack sollte eine wesentliche Rolle bei der Aushöhlung des Rechtswesens in den Kriegsjahren spielen. In die ohnehin stark politisierten Verhandlungen des Volksgerichtshofs führte er eine neue, scharf weltanschauliche Note ein.

In der Zwischenzeit wurde der Prozess gegen den Führer der KPD, Ernst Thälmann vorbereitet. Dieser Prozess sollte den Höhepunkt darstellen im Feldzug gegen die Kommunisten. Man warf ihnen vor, einen revolutionären Aufstand zu planen. In der Anklageschrift wurde behauptet, Thälmann habe eine Kampagne des Terrors, der Bombenlegung, Massenvergiftung und Geiselnahme geplant. Der Prozess musste jedoch verschoben werden, da für diese Anklage hieb- und stichfeste Beweise fehlten. Thälmanns Prominenz als ehemaliger Führer einer der grossen deutschen Parteien brachte es mit sich, dass über tausend Journalisten aus dem Ausland eine Zulassung zu dem Prozess beantragten. Schon dieser Umstand stimmte das Regime nachdenklich. Es bestand durchaus die Möglichkeit, dass Thälmann versuchen würde, den Prozess zu seinem Vorteil auszunutzen. Schon vor dem Prozess stand ein Todesurteil fest. Doch die Erfahrung mit dem Reichstagsbrandprozess liess die Parteiführung und vor allem Goebbels vor einem zweiten grossen Schauprozess zurückschrecken. Schliesslich hielt es die Parteiführung für sicherer, Thälmann weiterhin in «Schutzhaft» zu halten, gefesselt und isoliert, in der Dunkelheit einer Zelle im Staatsgefängnis in Moabit in Berlin, später in Hannover und schliesslich in Bautzen, ohne ihn je formal anzuklagen. Die KPD machte das Beste aus Thälmanns Haft und belies ihm auf unbestimmte Zeit auf seinem Posten als Parteivorsitzender. Ein Versuch von Parteigenossen in SS-Uniform, ihn 1934 aus dem Gefängnis herauszuholen, scheiterte in letzter Minute durch das Eingreifen eines Gestapospitzels, der sich in die Befreiergruppe eingeschlichen hatte. Unter strenger Beobachtung und einer Zensur des Briefwechsels mit seinen Angehörigen, hatte Thälmann keine Chance zu entkommen. Vergeblich versuchten Kommunisten und ihre Sympathisanten in der ganzen Welt immer wieder, seine Freilassung zu erwirken.¹²⁰

Zumindest vorerst zog es der Volksgerichtshof nun vor, weniger prominente Täter abzuurteilen. Es war seine Aufgabe, Schnellurteile zu fällen und nur ein Mindestmass an Verfahrensregeln zu beachten, was in diesem

Fall ein Minimum an Garantien der Rechte der Angeklagten bedeutete. 1934 erliess der Volksgerichtshof vier Todesurteile, 1935 waren es neun, 1936 zehn. Mit einer einzigen Ausnahme wurden alle diese Urteile vollstreckt. Nachdem jedoch Thierack die Präsidentschaft übernommen hatte, wurden die Urteile wesentlich schärfer: 1937 lag die Zahl der Todesurteile bei 37, von denen 28 vollstreckt wurden, und ein Jahr später bei 17, von denen mit einer Ausnahme alle vollstreckt wurden.¹²¹ Von 1934 bis 1939 kamen rund 3'400 Angeklagte vor den Volksgerichtshof; fast alle waren Kommunisten oder Sozialdemokraten, und diejenigen, die nicht zum Tod verurteilt wurden, erhielten Zuchthausstrafen von durchschnittlich sechs Jahren.¹²²

Der Volksgerichtshof stand an der Spitze eines völlig neuen Systems von «Sondergerichten», das eingerichtet wurde, um politische Vergehen abzuurteilen, die häufig reichlich banal waren, etwa das Erzählen von Witzen über den «Führer». Auf diesem wie auf so vielen anderen Gebieten waren die Nationalsozialisten nicht einmal besonders originell, da sie auf Vorläufer zurückgriffen, vor allem auf die «Volksgerichte», die während des Weissen Terrors nach der niedergeschlagenen Revolution von 1919 in Bayern eingerichtet worden waren. Rechtsmittel gegen die Urteile waren nicht zugelassen.¹²³ Doch der Volksgerichtshof und die Sondergerichte hatten kein Monopol auf politische Fälle. Zwischen dem 18. März 1933 und dem 2. Januar 1934 wurden an die 2'000 Personen von den regulären Gerichten wegen Hoch- oder Landesverrat verurteilt; doppelt so viele befanden sich zu diesem Zeitpunkt noch in Untersuchungshaft. Unter ihnen waren viele prominente und weniger prominente Kommunisten und Sozialdemokraten. Somit bestanden die neuen Gerichte, die alle einen formellen Rechtsstatus hatten, neben den Gerichten des überkommenen Rechtssystems, die ebenfalls über politische Verbrechen und Vergehen aller Art urteilten. Es wäre freilich ein Irrtum zu glauben, die regulären Gerichte hätten unter der NS-Diktatur ihre Tätigkeit wie bisher weitergeführt – das taten sie keineswegs. Bereits im ersten vollen Jahr von Hitlers Kanzlerschaft wurden von allen bestehenden Gerichten insgesamt 67 Todesurteile verhängt. Die Todesstrafe, 1928 praktisch abgeschafft, 1930 wenngleich in geringem Umfang wiedereingeführt, wurde jetzt nicht nur in Mordfäll-

len, sondern häufiger noch wegen politischer Rechtsverletzungen verhängt. 1933 betrug die Zahl der Hinrichtungen 64, 1934 79, 1935 94, 1936 68, 1937 106 und 1938 117, die zumeist allgemein öffentlich bekanntgemacht wurden, auf knallroten Plakaten, die auf Anweisung Goebbels' in den Strassen der Städte angeschlagen wurden, in denen die Hinrichtungen stattfanden. Frühere zeremonielle Begleitungen von Hinrichtungen, die im Innern der Staatsgefängnisse stattfanden, wurden abgeschafft, und 1936 verfügte Hitler persönlich, das mit der Hand geführte Richtbeil, in den alt-preussischen Provinzen seit Langem üblich, von Juristen jedoch immer wieder kritisiert, überall durch die Guillotine zu ersetzen.¹²⁴

Die Todesstrafe blieb hauptsächlich für Kommunisten vorbehalten und wurde sowohl bei Aktivisten im Rotfrontkämpferbund angewandt, die bei den Strassenkämpfen der frühen dreissiger Jahre die Feindschaft der Nationalsozialisten auf sich gezogen hatten, wie bei kommunistischen Kadern, die das Regime vom Untergrund aus bekämpften, wobei sie nicht mehr taten als regimekritische Flugblätter zu drucken und zu verbreiten und angeblich illegale Treffen abzuhalten, um den Sturz des Regimes zu planen. Die erste Gruppe von Kommunisten, die enthauptet werden sollten, bestand aus vier jungen Männern, die man unter der Beschuldigung verhaftet hatte, sie seien an den Ereignissen des «Altonaer Blutsonntags» im Juni 1932 beteiligt gewesen. Damals waren zwei SA-Leute und sechzehn Zivilisten bei einem Marsch durch ein mehrheitlich von Kommunisten bewohntes Stadtviertel erschossen worden – angeblich von Kommunisten, tatsächlich jedoch von in Panik geratenen Einheiten der preussischen Polizei. Von einem Sondergericht in Altona auf der Grundlage fabrizierter Beweise für die Planung eines bewaffneten Aufstands zum Tod verurteilt, reichten die vier Verurteilten bei Göring ein Gnadengesuch ein. Der zuständige Staatsanwalt gab ihm den Rat, das Gnadengesuch abzulehnen: «Die Vollstreckung der Strafen wird den kommunistisch eingestellten Kreisen den ganzen Ernst der Lage einprägsam vor Augen führen; sie wird ihnen eine nachhaltige Warnung sein und abschreckend wirken.»¹²⁵ Die Urteile wurden entsprechend vollstreckt, und die Presse berichtete ausführlich über die Hinrichtungen.¹²⁶ Reine Rachsucht stand hinter der Entscheidung, 40 Kommunisten, die in einem anderen Massenprozess verur-

teilt worden waren, zu zwingen, bei der Enthauptung ihrer vier Genossen im Hof eines Hamburger Gefängnisses 1934 zuzusehen. Anwesend bei der «Zeremonie» waren ausserdem Mitglieder von SA und SS und die männlichen Verwandten von SA-Leuten, die 1932 bei Strassenkämpfen umgekommen waren. Die trotzigke Reaktion des Kommunisten Johnny Dettmer, der politische Slogans aus dem Fenster seiner Zelle rief und sich gegen die Henker zu Wehr setzte, hatte immerhin die Folge, dass es keine weitere derartige Veranstaltung mehr gab.¹²⁷

II

Die grosse Mehrheit der Richter und Staatsanwälte äusserte kaum Bedenken gegenüber solchen Urteilen, auch wenn einer der konservativen Beamten im Reichsjustizministerium in einer besonderen Randnotiz zu einem Statistikenwurf über die Todesstrafe vermerkte, dass ein am 28. September 1933 enthaupteter Mann erst 19 Jahre alt war. Die besorgte Reaktion des Auslands bestand in einer Reihe von Aufrufen, gegenüber zum Tod verurteilten Kommunisten wie dem ehemaligen Reichstagsabgeordneten Albert Kayser Gnade walten zu lassen, der dessenungeachtet am 17. Dezember 1935 hingerichtet wurde. Auch Frauen kamen jetzt unter das Richtbeil. Dies hatte es in der Weimarer Republik nicht gegeben. Die Kommunistin Emma Thieme wurde bereits am 26. August 1933 hingerichtet. Sie und andere gerieten mit einer Reihe von völlig neuen Gesetzen in Konflikt, die für folgende neue Gesetzesverletzungen die Todesstrafe androhten: die Zerstörung von Eigentum in der Absicht, eine Panik auszulösen (Gesetz vom 21. März 1933); Sabotageakte (Gesetz vom 4. April 1933); die Planung der Ermordung eines Staatsdieners oder Parteifunktionsnars (Gesetz vom 13. Oktober 1933); die Planung einer Änderung der Verfassung oder der Abtrennung eines Gebiets vom Deutschen Reich durch Androhung von Gewalt oder die Beteiligung an einer Verschwörung zu diesem Plan (Gesetz vom 24. April 1933). Das zuletzt genannte war vermutlich das Gesetz mit den weitreichendsten Folgen. Seitdem konnte jeder, der Flugblätter verteilte («plante»), die sich kritisch über das Regime

äusserten (die «Verfassung»), hingerichtet werden, ebenso unter bestimmten Umständen jeder, der «gehässige» Bemerkungen einschliesslich Witzen über führende Personen in Partei und Staat gemacht hatte.¹²⁸

Vorangetrieben und geleitet wurde dieser Prozess der Wiedereinführung und Erweiterung der Anwendung der Todesstrafe von Reichsjustizminister Franz Gürtner, kein Nationalsozialist, sondern ein Konservativer, der in den zwanziger Jahren bayerischer Justizminister gewesen war und bereits den Kabinetten Papens und Schleichers angehört hatte. Wie die meisten Konservativen hatte auch Gürtner das Durchgreifen gegen die Ausschreitungen 1933 und 1934 begrüsst. Nach der «Nacht der langen Messer» stimmte er einem Gesetz zu, das die Morde nachträglich für rechters erklärte, und erstickte alle Versuche einzelner Staatsanwälte im Keim, die Mörder vor Gericht zu bringen. Gürtner war vom Nutzen geschriebener Gesetze und Verfahren überzeugt, mochten sie auch noch so drakonisch sein, und er ernannte alsbald eine Expertenkommission mit der Aufgabe, das alte Strafgesetzbuch von 1871 entsprechend dem neuen Ethos des Dritten Reiches zu revidieren. Wie ein Kommissionsmitglied, der Kriminologe Edmund Mezger, es formulierte, bestand das Ziel darin, eine neue Synthese aus zwei Grundgedanken zu schaffen: «der Gedanke der Verantwortung des Einzelnen vor seinem Volk und der Gedanke der rassenmässigen Aufartung des Volkes als eines Ganzen».¹²⁹ Die Kommission hielt zahlreiche Sitzungen ab und produzierte voluminöse Entwürfe, war jedoch nicht imstande, Schritt zu halten. Zu schnell wurden immer neue Taten unter Strafe gestellt. Die legalistische Pedanterie der Kommissionsempfehlungen passte den Nationalsozialisten darüber hinaus überhaupt nicht ins Konzept, weshalb die Entwürfe nie in die Praxis umgesetzt wurden.¹³⁰

Nach und nach wurde das Rechtswesen einem wachsenden Druck führender Nationalsozialisten ausgesetzt, die sich über die «völlig unnationalsozialistische Tendenz» mancher Gerichtsentscheidungen beschwerten. Vor allem verhängten die regulären Gerichte, wie Heydrich sich beklagte, nach wie vor Urteile gegen «Staatsfeinde», die nach dem «gesunden Volksempfinden» zu milde seien. In den Augen der Nationalsozialisten war es nicht der Sinn von Gesetzen, überlieferte Prinzipien der Fairness und Gerechtigkeit anzuwenden, sondern die Staatsfeinde auszumerzen und das wahre völkische Empfinden der Menschen zum Ausdruck zu brin-

gen. In einem Dokument, das 1936 unter dem Namen von Hans Frank veröffentlicht wurde, inzwischen «Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz in den Ländern und für die Erneuerung der Rechtsordnung» und Reichsrechtsführer des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes, hiess es:

«Der Richter ist nicht als Hoheitsträger des Staates für den Staatsbürger gesetzt, sondern er steht als Glied in der lebendigen Gemeinschaft des deutschen Volkes. Es ist nicht seine Aufgabe, einer über der Volksgemeinschaft stehenden Rechtsordnung zur Anwendung zu verhelfen oder allgemeine Wertvorstellungen durchzusetzen, vielmehr hat er die konkrete völkische Gemeinschaftsordnung zu wahren, Schädlinge auszumerzen, gemeinschaftswidriges Verhalten zu ahnden und Streit unter Gemeinschaftsgliedern zu schlichten.»¹³¹

Auch wenn sie über Kommunisten und andere politische Delinquenten noch so harte Urteile verhängten, die regulären Gerichte, Richter und Staatsanwälte wären nie in der Lage gewesen, diesem Ideal zu entsprechen, das praktisch bedeutet hätte, alle Rechtsvorschriften aufzuheben und die Strassengewalt der Nationalsozialisten vor 1933 in ein Staatsprinzip umzumünzen.

Weit davon entfernt, Einwände dagegen zu erheben, dass Gestapo und SS Delinquenten der ordentlichen Gerichtsbarkeit entzogen, oder darüber Beschwerde zu führen, dass die Gestapo regelmässig Häftlinge nach ihrer Entlassung aus der Haft erneut festnahm und in Konzentrationslager brachte, wirkten Gerichts- und Strafvollzugsbehörden bereitwillig am gesamten Prozess der Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit mit. Staatsanwälte übergaben mutmassliche oder vermeintliche Delinquenten, die sie aus Mangel an Beweisen oder wegen ihres jugendlichen Alters nicht verfolgen konnten, der Gestapo und sorgten auf diese Weise dafür, dass sie in Konzentrationslager überführt wurden. Justizbehörden wiesen in neuen Richtlinien die Gefängnisdirektoren an, bei der Entlassung von «gefährlichen» Insassen (vor allem Kommunisten) eine anschliessende Verbringung in «Schutzhaft» zu empfehlen, was diese in Tausenden von Fällen auch taten. So wurden im Zuchthaus Luckau 134 aus einer Stichprobe von 364 Häftlingen nach Verbüsung ihrer Haftstrafe aufgrund einer ausdrücklichen

Empfehlung der Gefängnisleitung der Gestapo übergeben.¹³² Wie diese Praxis funktionierte, zeigt das Beispiel des Direktors des Gefängnisses in Untermassfeld, der am 5. Mai 1936 an die Gestapo über den Häftling Max K. schrieb. Der Drucker war im Juni 1934 wegen seiner Tätigkeit im kommunistischen Untergrund zu 27 Monaten Gefängnis verurteilt worden. K. hatte sich in der Haft gut geführt, doch der Direktor und seine Mitarbeiter hatten sich mit seiner Familie und seinen persönlichen Beziehungen beschäftigt und glaubten nicht, dass er einen Sinneswandel durchgemacht hatte:

«In der Anstalt ist K. nicht weiter aufgefallen. Ich kann aber nach seinem Vorleben nicht glauben, dass K. anderen Sinnes geworden ist, und glaube, dass er sich – wie die meisten führenden Kommunisten – nur aus kluger Berechnung jetzt nichts zu schulden kommen lässt. Ich halte es für unbedingt erforderlich, dass dieser aktive, führende Kommunist nach der Entlassung in Schutzhaft genommen wird».¹³³

K. war tatsächlich nur ein Fusssoldat der kommunistischen Bewegung und keiner ihrer Anführer. Doch der Brief, der zwölf Wochen vor seiner anstehenden Entlassung abgeschickt worden war, tat seine Wirkung, und als er am 24. Juni 1936 entlassen wurde, wartete bereits die Gestapo vor den Gefängnistoren, die ihn nur einen Tag später in ein Konzentrationslager einlieferte. Einige Gefängnisbeamte versuchten gelegentlich, die gute Führung und den gebesserten Charakter der Häftlinge hervorzuheben, doch das nützte wenig, wenn die Polizei der Überzeugung war, dass diese Personen auch weiterhin eine Bedrohung darstellten. Es dauerte nicht lange, bis dieses System von Gefängnisdenunziationen sich auch auf andere Bereiche erstreckte. Erst 1939 erging eine Anweisung des Reichsjustizministeriums an die Gefängnisdirektoren, keine Aufforderungen mehr an die Gestapo zu richten, bestimmte Häftlinge nach der Entlassung in «Schutzhaft» zu nehmen, da diese Praxis offensichtlich das Fundament der Unabhängigkeit der Judikative untergrub. Die Anweisung blieb unbeachtet. Nach wie vor informierten die Gefängnisse die Gestapo über die anstehenden Termine von Haftentlassungen und stellten der Polizei sogar Einzelzellen oder ganze Zellentrakte der staatlichen Gefängnisse zur Verfügung,

in denen diese Tausende von Häftlingen in «Schutzhaft» hielt, ohne Strafverfolgung oder Gerichtsverfahren, und dies sechs Jahre nach der chaotischen Periode der Massenverhaftungen von März bis Juni 1933.¹³⁴

Die Bemühungen des Justizapparats, noch ein Mindestmass an Autonomie für sich zu bewahren, hatten kaum grössere Auswirkungen auf das Schicksal dieser Delinquenten. Gürtner gelang es, Versuche der Polizei und SS zu durchkreuzen, die Überstellung von Häftlingen in ein Lager noch *vor* Ablauf ihrer Haftzeit zu erreichen, aber er hatte keine grundsätzlichen Einwände gegen ihre Überstellung nach Ablauf der verbüsst Strafe, nur gegen die formelle Einbeziehung der Strafvollzugsbehörden in den Vorgang. Das anhaltende Trommelfeuer der SS-Kritik an der angeblichen Milde der Justiz führte nicht zur Entlassung oder zur Versetzung in den Ruhestand auch nur eines einzigen Richters. Die völlige Sinnlosigkeit der legalistischen Einstellung Gürtners und der halbherzige Widerstand des Justizapparats gegen die Einmischung der SS kamen besonders deutlich in der Kampagne des Reichsjustizministeriums gegen die Brutalität der polizeilichen Vernehmungen zum Ausdruck. Von den ersten Tagen des Dritten Reiches an endeten Vernehmungen durch die Polizei und Gestapo häufig damit, dass die Häftlinge mit so deutlichen Anzeichen schwerer Misshandlungen in die Gefängnisse zurückgebracht wurden, dass diese weder vom Gefängnispersonal noch von den Verteidigern oder Verwandten und Freunden übersehen werden konnten. Für das Reichsjustizministerium war diese Praxis sogenannter «verschärfter» Vernehmungen nicht hinnehmbar. Sie warf kein gutes Licht auf den Ruf der Strafvollzugsbehörden in Deutschland. Nach längeren Verhandlungen wurde auf einer Sitzung am 4. Juni 1937 ein Kompromiss geschlossen. Vertreter der Polizei und des Reichsjustizministerium einigten sich darauf, dass diese willkürlichen Misshandlungen aufhören müssten. Von nun an, so wurde beschlossen, durften die Vernehmungsbeamten der Polizei bei einer «verschärften Vernehmung» dem Delinquenten maximal 25 Stockhiebe auf das Gesäss verabreichen und zwar mit einem «Einheitsstock». Bei mehr als 10 Stockhieben musste ein Arzt zugegen sein.¹³⁵

III

Das staatliche Justiz- und Strafvollzugssystem befasste sich unter dem NS-Regime auch weiterhin mit gewöhnlichen, nichtpolitischen Vergehen – Diebstahl, Tötlichkeiten, Mord und dergleichen – und setzte die Unterdrückungsmassnahmen des Polizeistaats durch. Auch hier erfolgte eine rasche Zunahme der Todesurteile, nachdem das neue System dazu übergegangen war, Todesurteile zu vollstrecken, die in der Weimarer Republik zwar verhängt, aber nicht ausgeführt worden waren, da zu Beginn der dreissiger Jahre Unsicherheit über die politische Lage herrschte. Die NSDAP versprach, es werde keine langen Aufschubzeiten für die Vollstreckung von Todesurteilen durch Beratungen über Gnadengesuche mehr geben. «Vorbei sind ... die Tage der Weichlichkeit, der falschen Gefühlsduselei», schrieb eine rechtsstehende Zeitung im Mai 1933 mit spürbarer Genugtuung. 1936 wurden neun von zehn verhängten Todesurteilen auch vollstreckt. Staatsanwälte und Gerichte wurden jetzt angehalten, entgegen der bisherigen Praxis auch Totschlag wie Mord zu behandeln und entsprechend ein Todesurteil auszusprechen, so dass die Zahl der Verurteilungen wegen Mordes pro 1'000 Erwachsene von 36 (1928-1932) auf 76 (1933-1937) anstieg.¹³⁶ Verbrecher, behaupteten die Nationalsozialisten unter Berufung auf Arbeiten von Kriminologen der letzten Jahrzehnte, wobei sie alle deren Vorbehalte, Differenzierungen und Einschränkungen vom Tisch wischten, seien im wesentlichen erblich entartet, deshalb unverbesserlich und müssten als aus der «Rasse» Ausgestossene behandelt werden.¹³⁷

Die Folgen dieser neuen Auffassungen waren für gewöhnliche Gesetzesbrecher überaus gravierend. Bereits während der Weimarer Republik hatten Kriminologen, Strafrechtsexperten und hohe Polizeibeamte einen weitgehenden Konsens über Vorschläge erzielt, «Gewohnheitsverbrecher» zum Schutz der Gesellschaft für immer wegzusperren. Am 24. November 1933 wurden diese Wünsche mit der Verabschiedung eines «Gesetzes gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher» erfüllt, das es den Gerichten erlaubte, Delinquenten, die mindestens dreimal wegen Straftaten verurteilt worden waren, nach Verbüßung ihrer letzten Strafe in einem Staatsgefängnis in «Sicherungsverwahrung» zu nehmen.¹³⁸ Bis zum Okto-

ber 1942 wurde bei über 14'000 Straftätern dieses Urteil verhängt. Zu ihnen gehörten auch die Insassen von Gefängnissen, deren Direktoren empfohlen hatten, sie rückwirkend zu verurteilen – in manchen Gefängnissen wie im Zuchthaus Brandenburg wurde diese Behandlung bei über einem Drittel der Häftlinge vorgeschlagen. Dabei handelte es sich nicht einmal um Schwerverbrecher oder allgemein um Gewalttäter, sondern überwiegend um Kleinkriminelle, die Bagatelldelikte begangen hatten – Fahrrad- oder Ladendiebstahl und ähnliches. Die meisten von ihnen waren mittellose Menschen ohne feste Arbeit, die während der Inflation erstmals gestohlen hatten und sich während der Weltwirtschaftskrise wieder dazu gezwungen sahen. Typisch war etwa der Fall eines Fuhrmanns, 1899 geboren, der in den zwanziger und frühen dreissiger Jahren mehrere kurze Haftstrafen wegen Bagatelldelikten verbüsst hatte, darunter elf Monate wegen Fahrraddiebstahls und sieben Monate für den Diebstahl eines Mantels. Jedesmal, wenn er wieder entlassen wurde, hatte er ein paar Mark für seine Arbeit im Gefängnis mitbekommen, aber mit seinem Vorstrafenregister fand er während der Depression weder eine Anstellung, noch erhielt er Fürsorgeunterstützung. Im Juni 1933 wurde er verurteilt, weil er eine Klingel, etwas Leim und andere Kleinigkeiten während eines Trinkgelages gestohlen hatte. Nach Verbüßung dieser Strafe wurde er rückwirkend zu Sicherungsverwahrung im Zuchthaus Brandenburg verurteilt, aus dem er nicht mehr freikam. Viele andere teilten dasselbe Schicksal.¹³⁹

Im Dritten Reich verschlechterten sich die Bedingungen in den Gefängnissen zusehends. Die Nationalsozialisten erhoben während der Weimarer Republik regelmässig den Vorwurf, die Häftlinge in den Gefängnissen würden zu milde behandelt, und sie seien dort weitaus besser versorgt, als wenn sie sich in Freiheit befänden. Man sprach aus Erfahrung, hatten doch so viele führende Nationalsozialisten, von Hitler und Hess über Bormann und Rosenberg, einst selbst im Gefängnis gesessen und waren aufgrund ihrer nationalistischen Einstellung mehr als milde behandelt worden. Im Allgemeinen dagegen waren die Bedingungen in den Gefängnissen während der Weimarer Republik sehr streng, und in vielen dieser Institutionen herrschte eine militärische Disziplin.¹⁴⁰ Andererseits wurden in manchen Einrichtungen Versuche unternommen, ein flexibleres System der Verwal-

tung einzuführen und ein grösseres Gewicht auf Weiterbildung, Resozialisierung und Belohnungen für gute Führung zu legen. Diese Massnahmen wurden jetzt abrupt abgebrochen, sehr zur Erleichterung der Mehrzahl der Gefängnisaufseher und -Verwalter, die von Anfang an nichts davon gehalten hatten. Reformistische Gefängnisleiter und ihre Mitarbeiter wurden kurzerhand entlassen und ein neues, härteres Reglement eingeführt. Die schnelle Zunahme der Häftlingszahlen schuf Probleme hinsichtlich Hygiene, Ernährung und des allgemeinen Wohls der Häftlinge. Das Gefängnisessen wurde schlechter und die Portionen immer kleiner, bis die Häftlinge über Gewichtsabnahme und nagenden Hunger klagten. Parasitenbefall und Hautkrankheiten breiteten sich in einem Ausmass aus, wie es trotz der keineswegs vorbildlichen Bedingungen während der Weimarer Republik undenkbar gewesen wäre. In den Jahren vor 1933 war man weniger darauf bedacht, die Häftlinge zu harter Arbeit anzuhalten, da dies womöglich die Arbeitsbeschaffungsmassnahmen ausserhalb der Haftanstalten gefährdet hätte. Das änderte sich nun rasch. So mussten 1938 bis zu 95 Prozent der Inhaftierten Zwangsarbeit leisten. Viele Häftlinge wurden in eigens errichteten Arbeitslagern untergebracht, von denen besonders die Lager im Emsland berüchtigt waren, wo an die zehntausend Häftlinge zur Moorkultivierung eingesetzt wurden. Die hier herrschenden Bedingungen waren noch schlimmer als jene in den regulären Staatsgefängnissen, da die Wärter die Häftlinge regelmässig verprügelten, auspeitschten oder ihre Hunde auf sie hetzten. Einzelne Häftlinge wurden sogar ermordet. Viele Lagerwärter kamen aus der SA und hatten das Hauptlager im Moor geführt, bis es 1934 vom Reichsjustizministerium übernommen wurde. Ihre Einstellung übertrug sich auf das reguläre Gefängnispersonal, das in den folgenden Jahren dorthin versetzt wurde. Im Unterschied zu anderen Arbeitslagern blieben hier die brutalen und willkürlichen Verhaltensweisen des Lagerpersonals, wie sie für die frühen Konzentrationslager kennzeichnend waren, bis in die späten dreissiger Jahre bestehen, ohne dass höhere Stellen wirksam eingegriffen hätten.¹⁴¹

In den Gefängnissen und Zuchthäusern der einzelnen Länder legten neue Bestimmungen, die am 14. Mai 1934 erlassen wurden, lokale und regionale Änderungen fest, beseitigten Privilegien und führten neue Strafen für renitente Häftlinge ein. Sühne, Abschreckung und Vergeltung waren jetzt

die erklärten Ziele der Gefängnis- und Zuchthaushaft. Fortbildungsprogramme wurden zusammengestrichen und an der NS-Ideologie ausgerichtet. An die Stelle von Sport und Spielen trat militärischer Drill. Beschwerden von Häftlingen wurden kaum gehört. Der zu einer langen Haftstrafe verurteilte Verbrecher, mit dem der politische Häftling und Kommunist Friedrich Schlotterbeck die Zelle teilte, konnte ihm genau erklären, auf welche Weise sich die Bedingungen verschlechtert hatten:

«Als erstes haben sie in den Speisesälen die Lehnen von den Stühlen und Bänken abgesägt, weil das zu bequem sei. Später haben sie die Speisesäle ganz abgeschafft. Früher war sonntags mal Konzert oder ein Lichtbildervortrag. Das ist natürlich auch weggefallen. In der Bibliothek gibt's jetzt nicht mehr alle Bücher, die im Verzeichnis stehen... [Nach einer Rede Görings] wurde gleich das Essen schlechter. Nur noch Eintopf. Dafür haben sie ein paar neue Strafen eingeführt: sieben Tage strengen Arrest bei Wasser und Brot. Wenn du das hinter dir hast, fällst du um. Dann gibt's Arrest mit Fesseln an Händen und Füßen. Aber am schlimmsten ist, die Hände und Füße auf dem Rücken zusammengefesselt, weil du dann die ganze Zeit auf dem Bauch liegen musst ... die Vorschriften sind immer noch die alten. Da hat sich nichts geändert, nur legen sie alles strenger aus.»¹⁴²

Wie Schlotterbeck in den wenigen Jahren seiner Gefängnishaft selbst beobachten konnte, wurden Strafen immer häufiger und härter, trotz der Tatsache, dass die meisten Gefängniswärter ihren Beruf schon in der Weimarer Republik ausgeübt hatten und keine frisch ernannten Nationalsozialisten waren.¹⁴³ Vielen Gefängnisbeamten war die bloße Einstellung der Reformmassnahmen aus der Weimarer Republik nicht genug, ihnen schwebten eher Zustände wie zu Zeiten des Kaiserreichs vor, als körperliche Züchtigungen in den Gefängnissen gang und gäbe waren. Doch ihrem Wunsch nach einer Wiedereinführung von Zucht und Ordnung in den Gefängnissen stand in vielen Einrichtungen eine hoffnungslose Überbelegung entgegen. Auch die Neueinstellung von alten kampferprobten SA-Männern als Hilfswärter konnte daran wenig ändern. Diese Männer waren dankbar für die Anstellung, gewöhnten sich jedoch an keinerlei Disziplin. Für jegliche

staatliche Autorität hatten sie nur Verachtung übrig und waren nur allzu bereit, ihre Brutalität an den Häftlingen sogar mit Gummiknüppeln auszulassen, die bislang in den Gefängnissen nicht zulässig waren.¹⁴⁴

Die Häftlinge in «Sicherungsverwahrung» hatten eine besonders schwere Zeit. Sie wurden zu täglich neun Stunden Schwerarbeit verurteilt und einer strikten militärischen Disziplin unterworfen. Sie befanden sich in Dauerhaft, und mit zunehmendem Alter wurden diese Bedingungen immer unerträglicher. 1939 war mehr als ein Viertel von ihnen älter als 50 Jahre. Die Fälle von Selbstverstümmelung und Selbstmordversuchen mehrten sich. «Ich mache hier im Zuchthaus keine 3 Jahre mehr ab ... Ich habe gestohlen, mich dafür lebenslänglich hier begraben, meine Schwester, dann lieber ein Ende machen.»¹⁴⁵ Neue Gesetze und eine Erweiterung der Befugnisse der Polizei trieben die Zahlen sämtlicher Häftlinge in den Strafvollzugsanstalten 1933 um durchschnittlich 50 Prozent nach oben, bis im Februar 1937 mit 122'000 Häftlingen ein Maximum erreicht war gegenüber 69'000 Häftlingen zehn Jahre früher.¹⁴⁶ Die Politik des NS-Regimes auf dem Gebiet der Verbrechensbekämpfung folgte keinem rationalen Versuch, gewöhnliche Vergehen wie Diebstahl und Gewaltdelikte zu verringern, auch wenn man in den Jahren nach dem Krieg immer wieder von älteren Menschen hören konnte, man könne gegen Hitler sagen, was man wolle, er habe wenigstens die Strassen für ehrliche Bürger sicherer gemacht. Tatsächlich wurden für kleinere nichtpolitische Straftaten im August 1934 und im April 1936 Amnestien ausgesprochen, wodurch nicht weniger als 720'000 Strafverfahren eingestellt wurden, die zu kürzeren Haftstrafen oder zu Geldbussen geführt hätten. Das war nicht die Art von Straftätern, an deren Verfolgung die Nationalsozialisten interessiert waren. Sogenannte Gewohnheitsverbrecher fielen jedoch nicht unter eine Amnestie, ein weiteres Anzeichen für die Willkürlichkeit des Strafvollzugs im Dritten Reich.¹⁴⁷

Mit immer neuen, zum Teil rückwirkenden Gesetzen und Verordnungen wurde bislang nicht von Strafen bedrohtes Verhalten kriminalisiert, und weit härtere Strafen wurden eingeführt. Sie dienten nicht zuletzt den weltanschaulichen und propagandistischen Interessen des Regimes. So wollte Hitler 1938 ein neues Gesetz einführen, das rückwirkend für Wegelagererei

an der Autobahn die Todesstrafe vorsah, nachdem zwei Brüder sich dieses Vergehens 1938 schuldig gemacht hatten und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden waren. Nach dem neuen Gesetz wurden sie dementsprechend guillotiniert.¹⁴⁸ In Verbrechen und Vergehen unterschiedlichster Art wurden politische oder weltanschauliche Motive hineininterpretiert, so dass selbst Bagatelldiebstähle zu einem Beweis für erbliche Entartung wurden. «Murren» oder «Müssiggang» und dergleichen vage definiertes Verhalten wurde zu einem Grund für Haftstrafen von unbestimmter Dauer. Die verhängten Strafen standen immer weniger in einem vertretbaren Verhältnis zur begangenen Tat, sondern sollten dem angeblichen «gesunden Volksempfinden» gerecht werden. Darüber, was «gesund» und was «krank» war, entschieden ausschliesslich die Nationalsozialisten. Ganze Bevölkerungsgruppen wurden zunehmend von der Polizei, den Staatsanwälten und Gerichten als erblich Kriminelle eingestuft und fielen zu Tausenden willkürlicher Verhaftung und Inhaftierung zum Opfer.

Berufe, die bislang zwar marginalisiert, aber doch geduldet waren, wie die Prostitution, wurden jetzt ebenfalls als «asozial» gebrandmarkt und unterlagen denselben Sanktionen. Vage formulierte Gesetze und Verordnungen, von denen viele Personengruppen betroffen waren, gaben der Polizei die Befugnis, praktisch nach Belieben Festnahmen und Inhaftierungen vorzunehmen, während die Gerichte ihrerseits kaum zögerten, der politischen Linie der Unterdrückung und Kontrolle zu folgen, gleichwohl waren sie noch immer systematischen Angriffen des Regimes wegen ihrer angeblichen Milde ausgesetzt. Das alles wurde mit nur geringfügigen und häufig rein formalen Vorbehalten begrüsst von einer beträchtlichen Zahl von Kriminologen, Strafrechtlern, Rechtsanwälten, Richtern und Experten auf den unterschiedlichsten Gebieten – Männer wie der bereits erwähnte Kriminologe Edmund Mezger, der in einem 1933 veröffentlichten Lehrbuch geschrieben hatte, das Ziel der Kriminalpolitik sei «die Ausscheidung volks- und rasseschädlicher Bestandteile» aus der «Volksgemeinschaft».¹⁴⁹ Wie man dieser Formulierung entnehmen kann, waren Verbrechen, Devianz und politische Opposition für die Nationalsozialisten lediglich unterschiedliche Aspekte ein und desselben Phänomens,

nämlich, in ihrer Terminologie, des Problems der «Gemeinschaftsfremden», die aus den verschiedensten Gründen keine «Volksgenossen» waren und deshalb auf diese oder jene Weise mit Gewalt aus der Gesellschaft entfernt werden mussten. Ein führender Polizeiexperte jener Zeit, Paul Werner, fasste dies 1939 in wenigen Worten zusammen, als er erklärte, dass nur denjenigen, die sich vollkommen in die Volksgemeinschaft einfügten, die vollen Rechte von Mitgliedern zugestanden werden könnten; wer ihr jedoch «gleichgültig» gegenüberstehe, handle «aus verbrecherischer oder asozialer Gesinnung» und sei deshalb ein «kriminelle [r] Staatsfeind», der von der Polizei «bekämpft und niedergerungen» werden müsse.¹⁵⁰

Instrumente des Terrors

I

Die Systematisierung des nationalsozialistischen Unterdrückungs- und Kontrollsystems unter der Ägide von Heinrich Himmler hatte deutlich sichtbare Auswirkungen auf die Konzentrationslager.¹⁵¹ Im Zuge der Machtergreifung in den ersten Monaten des Jahres 1933 waren in aller Eile mindestens 70 Lager errichtet worden, neben einer unbekannt, aber vermutlich noch größeren Zahl «wilder» Lager, Bunker und Folterkeller der SA in ihren verschiedenen «Sturmlokalen». Rund 45'000 Personen waren hier inhaftiert, wurden geschlagen, gefoltert und gedemütigt. Mehrere hundert starben an den schweren Misshandlungen. Die grosse Mehrheit der Häftlinge waren Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Doch die meisten dieser frühen Konzentrationslager, «wilden» Lager und inoffiziellen Folterkeller wurden in der zweiten Jahreshälfte 1933 und den ersten zwei bis drei Monaten 1934 geschlossen. Eines der besonders berüchtigten illegalen Lager in der Vulkanwerft in Stettin wurde im Februar 1934 auf Anweisung des Staatsanwalts geschlossen. Einige SA- und SS-Führer, die sich bei der Folterung von Häftlingen besonders hervorgetan hatten, kamen vor Gericht und wurden zu langen Haftstrafen verurteilt. Aber schon eine ganze Zeit vorher hatten eine Reihe von offiziellen und inoffiziellen Amnestien zur Entlassung einer grossen Zahl von eingeschüchternen und gedemütigten Lagerinsassen geführt. Ein Drittel der Lagerhäftlinge wurde allein am 31. Juli 1933 in die Freiheit entlassen. Im Mai 1934 befand sich in den KZ nur noch ein Viertel der Häftlinge des Vorjahres und das Regime hatte begonnen, die Haftbedingungen zu vereinheitlichen und festen Regeln zu unterwerfen.¹⁵²

Im Juni 1933, hatte die Staatsanwaltschaft des Landgerichts München II gegen den Kommandanten des Konzentrationslagers Dachau, Hilmar Wäckerle, sowie den Lagerarzt und den Kanzleiobersekretär der Lagerkommandantur Anklage wegen Begünstigung bei der Ermordung von vier Häftlingen erho-

ben.¹⁵³ Der Kommandant hatte für die Gefangenen einen Kanon drakonischer «SonderBestimmungen» verfasst, die anscheinend auf Anregungen Himmlers zurückgingen. Nach dieser Anklage war Wackerle nicht mehr zu halten, und Himmler musste einen neuen Kommandanten ernennen. Seine Wahl fiel auf Theodor Eicke, einen ehemaligen Polizisten mit einer bewegten Vergangenheit. 1892 geboren war Eicke im Weltkrieg Zahlmeister, nach 1919 für kurze Zeit Polizist und danach bis 1932 Sicherheitskommissar des Spionageabwehrdienstes der I.G. Farben in Ludwigshafen. 1930 trat er in die SS ein, machte schnell Karriere und wurde Ende 1931 SS-Standartenführer (eine Standarte umfasste etwa 1'000 Mann). Im März 1932 musste er nach Italien fliehen, weil er wegen der Vorbereitung politischer Bombenattentate zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Dort übernahm er die Leitung eines von den faschistischen Behörden eingerichteten SS-Flüchtlingslagers. Mitte Februar kehrte Eicke nach Deutschland zurück. Im Zuge einer bitteren Fehde mit dem Gauleiter der pfälzischen NSDAP Josef Bürckel, wurde er auf Weisung Bürckels in die psychiatrische Universitätsklinik nach Würzburg eingewiesen. Himmler liess ihn psychiatrisch untersuchen, und er wurde für gesund befunden.¹⁵⁴ Einer seiner Untergebenen in Dachau, Rudolf Höss, schilderte ihn als einen überzeugten Nazi alten Stils, der die kommunistischen Gefangenen in den frühen Konzentrationslagern als Feinde des Staates betrachtete, die man mit aller Härte behandeln müsse und die beseitigt werden sollten, wenn sie Widerstand leisteten.¹⁵⁵

Im Juni 1933 erinnerte Himmler sich daran, dass Eicke in Italien ein Lager mit einigem Erfolg organisiert hatte, und ernannte ihn zum neuen Kommandanten des Lagers Dachau. Theodor Eicke berichtete später, er habe bei den Wachmannschaften Korruption und in der Lagerverwaltung eine unzureichende Ausrüstung und eine schlechte Moral festgestellt. Es habe kaum Gewehre und Patronen gegeben, von Maschinengewehren – mit denen sowieso nur drei der Männer umgehen konnten – einmal ganz abgesehen. Überall habe Armut und Leid geherrscht. Überall, das hiess unter den Lagerwärtern; er sagte nichts über Armut und Leid unter den Häftlingen. Eicke entliess die Hälfte der 120 Mann starken Lagerbesatzung

und ernannte neue Mitarbeiter. Im Oktober 1933 erliess er eine «Disziplinar- und Strafordnung für das Gefangenenlager» und ausserdem, und dies war eine Neuerung, besondere «Dienstvorschriften für die Begleitposten und die Gefangenenbewachung». Diese erweckten den Anschein von Ordnung und Gleichbehandlung der Häftlinge gegenüber der bisher herrschenden Willkür und Brutalität. Die Strafen waren mehr als drakonisch. Häftlinge, die «zum Zwecke der Aufwiegelung» politisierten oder «Greuelpropaganda» verbreiteten, wurden gehängt. Wer einen Posten tätlich angriff, den Gehorsam verweigerte oder Meuterei betrieb, sollte sofort oder «nachträglich» gehängt werden. Auch auf vorsätzliche Sabotage stand die Todesstrafe. Für geringere Vergehen gab es mildere Strafen. Hierzu gehörten abgestufte Arreststrafen und, besonders hart, Einzelhaft bei Wasser und Brot; Prügelstrafen (25 Stockhiebe); Strafexerzieren; Pfahlbinden für mehrere Stunden; harte körperliche oder besonders schmutzige Arbeit und Postsperrung. Bestrafungen dieser Art waren zudem verbunden mit einer Verlängerung der Haftzeit.¹⁵⁶

Eicke hatte sein System darauf angelegt, persönliche und individuelle Bestrafungen auszuschliessen und die Führer und Posten vor strafrechtlicher Verfolgung zu schützen, indem er einen bürokratischen Apparat aufbaute, der über die verhängten Strafen Akten führte. Auf diese Weise erweckte er den Anschein, willkürliche Gewalt durch eine Art regulären Strafvollzug zu ersetzen. So musste beispielsweise die Prügelstrafe von mehreren SS-Männern in Gegenwart aller SS-Wachmannschaften und Gefangenen vollzogen werden, und zu jeder Bestrafung gab es einen Aktenvermerk. Auch das Verhalten der SS-Posten war strengen Vorschriften unterworfen. Sie mussten militärische Disziplin an den Tag legen und durften mit den Häftlingen keine Privatgespräche führen. Sie mussten sich an eine bis ins Detail vorgeschriebene Routine halten – beim täglichen Zählappell der Häftlinge ebenso wie bei deren Abmarsch zu den einzelnen Arbeitsplätzen ausserhalb des Lagers, der Erteilung von Befehlen und beim Vollzug der Strafen. Die Häftlinge erhielten Häftlingskleidung und mussten ihre Baracken nach strengen Massgaben in Ordnung halten. Der Kommandant sorgte für elementare sanitäre und medizinische Einrichtungen, an denen es in manchen Lagern vor allem in den ersten Monaten des Jahres 1933

gefehlt hatte. Eicke führte ausserdem Arbeitskommandos ausserhalb des Lagers ein, die in der Hauptsache schwere körperliche Arbeit zu verrichten hatten. Die einzelnen Aufgaben der Lagerbesatzung waren systematisch und hierarchisch festgelegt, und die Begleit- und Wachposten erhielten ein spezielles Abzeichen, das auf dem Kragenspiegel getragen werden musste: den Totenkopf, nach dem die für die Konzentrationslager zuständigen Verbände der SS ab 1936 benannt wurden und eine eigene Identität erhielten. In diesem Symbol kam die von Eicke geforderte äusserste Härte gegenüber den Häftlingen zum Ausdruck. Nach Kriegsende erinnerte sich Rudolf Höss:

«Eickes Absicht war, seine SS-Männer durch seine dauernden Belehren und entsprechenden Befehle über die verbrecherische Gefährlichkeit der Häftlinge von Grund auf gegen die Häftlinge einzustellen, sie auf die Häftlinge ‚scharf zu machen‘, jegliche Mitleidsregung von vornherein zu unterdrücken. Er erzeugte damit, durch seine Dauereinwirkung in diese Richtung, gerade bei den primitiveren Naturen, einen Hass, eine Antipathie gegen die Häftlinge, die für Aussenstehende unvorstellbar ist.»¹⁵⁷

Höss selbst wurde nach seinem Eintritt in die SS im September 1933 von Himmler, den er über den Bund der Artamanen kannte, veranlasst, «zur Verwaltung eines KL überzugehen». Hier machte er aufgrund seiner Disziplin und seines Fleisses rasch Karriere. 1936 wurde er zum SS-Haupt­scharführer befördert und wurde Block- und Rapportführer in Dachau.¹⁵⁸

Als ein Mann, der das Zuchthausleben aus eigener Anschauung kannte, schrieb Höss später, die meisten Insassen des Konzentrationslagers hätten die Ungewissheit ihrer Haftdauer als die schwerste seelische Belastung empfunden. Während die meisten Insassen der staatlichen Gefängnisse und Zuchthäuser wussten, wann ihre Haftzeit abgelaufen war, galt dies nicht für die Häftlinge der Konzentrationslager. Die Dauer ihrer Haft hing vom Ergebnis einer vierteljährlichen Haftüberprüfung durch die einweisende Dienststelle ab, die meist keinen Anlass sah, den Grund für die Einweisung zu revidieren, und konnte zudem durch die Böswilligkeit der SS-Posten verlängert werden. In der von Eicke geschaffenen Welt der Lager räumte die Lagerordnung den Wachmannschaften eine schrankenlose Macht ein.

Sie bot ihnen vielfältige Möglichkeiten, den Häftlingen wegen tatsächlicher oder vorgeblicher Verstösse auf allen Ebenen schwere Gewalt zuzufügen. Die Vorschriften dienten nicht zuletzt dem Zweck, für den von den Lagermannschaften ausgeübten Terror gegen die Häftlinge juristische Scheinrechtfertigungen zu liefern. Höss selbst protestierte, er könne die brutalen Strafen, das Auspeitschen und Prügeln der Häftlinge nicht mit ansehen. Verzweifelt schrieb er von den «böswilligen, bösartigen, grundschlechten, rohen, niederträchtigen, gemeinen Naturen» unter den Bewachern und Aufsichtskräften, die an den Häftlingen hemmungslos ihre Minderwertigkeitskomplexe ausliessen. Die Atmosphäre des Hasses war allgegenwärtig. Hier standen sich in den Augen von Höss und vieler anderer SS-Männer zwei Welten feindlich gegenüber, auf der einen Seite Kommunisten und Sozialdemokraten, auf der anderen die SS. Die von Eicke erlassene Lagerordnung stellte sicher, dass die letzteren gewinnen würden.¹⁵⁹ Es überrascht nicht, dass Eickes Reorganisation des Lagers Dachau die Anerkennung Himmlers fand, der ihn am 4. Juli 1934 zum Inspekteur der Konzentrationslager und Führer der SS-Wachverbände im ganzen Reich ernannte. Eine Woche später wurde Eicke in den Rang eines SS-Gruppenführers befördert, auf dieselbe Stufe wie Heydrich, der Chef des Sicherheitsdienstes.¹⁶⁰ Eickes Systematisierung des KZ-Regimes wurde zum Modell für alle Konzentrationslager in Deutschland. Angesichts der wiederholten Anklageerhebungen durch die Staatsanwaltschaft bei mutmasslichen Mordfällen im Lager erliess Eicke eine «geheime Gegenorder», dass Todesstrafen nicht verhängt werden dürften, sondern lediglich der «Einschüchterung» der Häftlinge dienen sollten. Danach ging die Zahl der willkürlichen Tötungen deutlich zurück, auch wenn der Hauptgrund hierfür in der rückläufigen Zahl der Häftlinge lag. Betrug die Zahl der willkürlichen Tötungen in Dachau 1933 noch 24, so fiel sie 1934 auf 14 (ohne Einrechnung der Opfer der «Nacht der langen Messer») und lag 1936 nur noch bei 10.¹⁶¹

Ebenso wie Himmler die Polizeikräfte in ganz Deutschland an sich zog, unterstellte er in den Jahren 1934/35 auch die Konzentrationslager der Kontrolle der SS, die nach den «Säuberungen» im Zug der Röhmaffäre an Macht und Einfluss gewonnen hatte. Ende 1935 befanden sich in den Konzentrationslagern insgesamt nur noch rund 3'000 Häftlinge, ein Zeichen,

Karte 2: Konzentrationslager im August 1939



dass die Diktatur inzwischen auf einem mehr oder weniger stabilen Fundament ruhte. Parallel zur Systematisierung erfolgte ein Prozess der Zentralisierung der Lager. Die KZs Oranienburg und Fuhlsbüttel wurden 1935 geschlossen, es folgten Esterwegen 1936 und Sachsenburg 1937. Dafür wurden zwei neue Lager eingerichtet: Sachsenhausen und Buchenwald. Im August 1937 gab es in Deutschland nur noch vier Konzentrationslager: Dachau, Sachsenhausen (wohin Höss im folgenden Jahr versetzt wurde), Buchenwald und das Frauenlager Lichtenburg im Kreis Torgau. Dies war teilweise ein Ausdruck der Tatsache, dass es dem Regime gelungen war, die Opposition von links zu zerschlagen, und dass es sich zunehmend sicher fühlen konnte. Sozialdemokratische und kommunistische Häftlinge, von denen man annahm, sie hätten ihre Lektion gelernt, wurden in den Jahren 1933 bis 1936 wieder entlassen. Die weiterhin Inhaftierten waren entweder zu prominent, um entlassen zu werden, wie der ehemalige Führer der KPD Ernst Thälmann, oder wurden dem harten Kern zugerechnet, der nach seiner Freilassung das Regime auch weiterhin bekämpfen würde. Die relativ geringe Zahl der verbliebenen KZ-Häftlinge war zudem ein Indikator dafür, dass sich das Regime das staatliche Justiz- und Strafvollzugswesen gefügig gemacht hatte, so dass die Zuchthäuser und Gefängnisse nach der Schliessung der «wilden» Lager und Folterkeller, die von der SA eingerichtet worden waren, nunmehr den grössten Teil der tatsächlichen oder vermeintlichen Feinde des Dritten Reiches beherbergten. Im Sommer 1937 sank die Gesamtzahl der politischen Häftlinge in den Lagern verglichen mit den 14'000 offiziell als politische Delinquenten ausgewiesenen Insassen der staatlichen Haftanstalten in die Bedeutungslosigkeit. Nach der Periode der Gewalt und Unterdrückung 1933 übernahm der Staat anstelle von SA und SS die Aufgabe, die Gegner des NS-Regimes unschädlich zu machen.¹⁶² Auch die Anzahl dieser Häftlinge war rückläufig, da ein Grossteil von ihnen nach und nach entlassen wurde. Die erfolgreiche Zerschlagung des kommunistischen Widerstands bis zur Mitte der dreissiger Jahre zeigte sich auch in der abnehmenden Zahl der Verurteilungen wegen Hoch- und Landesverrats, die zwischen 1937 und 1939 von 5255 auf 1126 sank, und in der Zahl der politischen Häftlinge in Zuchthäusern und Gefängnissen,

die zwischen Juni 1935 und Dezember 1938 von 23'000 auf 11'265 zurückging.¹⁶³ Doch das waren immer noch mehr politische Häftlinge als diejenigen, die in Konzentrationslagern einsassen, und die Polizei, die Gerichte und die Haftanstalten spielten im Dritten Reich bei der Unterdrückung der politischen Opposition zumindest bis zum Beginn des Krieges eine grössere Rolle als die SS und die Konzentrationslager.

Im Februar 1936 hatte Hitler einer Neuorientierung des gesamten Systems zugestimmt, in dem Himmlers SS und Gestapo nicht nur die Aufgabe hatten, jegliches Wiederaufflammen eines Widerstands von früheren Kommunisten und Sozialdemokraten zu verhindern, sondern auch – nachdem der Arbeiterwiderstand endgültig zerschlagen war – die «arische Rasse» von allen unerwünschten Elementen zu «säubern». Diese unerwünschten Elemente bestanden hauptsächlich aus Gewohnheitsverbrechern, «Asozialen» und überhaupt aus allen, die von der Idee und dem Benehmen eines normalen, gesunden Mitglieds der deutschen «Rassengemeinschaft» abwichen. Juden bildeten bislang keine eigene Kategorie: Ziel war es, die «arische Rasse», wie Hitler und Himmler sie verstanden, von allen unerwünschten und entarteten Elementen reinzuhalten. Damit begann sich die Zusammensetzung der Lagerhäftlinge zu ändern, und ihre Zahl stieg allmählich wieder an. Im Juli 1937 waren beispielsweise 330 der 1146 Häftlinge in Dachau Gewohnheitsverbrecher, 230 waren im Rahmen der Sozialgesetzgebung zu Arbeitsdienst verurteilt, und 93 hatte man im Verlauf einer bayerischen Polizeiaktion gegen Landstreicher und Bettler verhaftet. 57 Prozent der Lagerinsassen waren zu diesem Zeitpunkt demnach gar nicht als «Politische» eingestuft, in deutlichem Gegensatz zur Situation in den Jahren 1933/34.¹⁶⁴ Nunmehr vollzog sich eine dramatische Änderung im Wesen und der Funktion der Lager. Waren die Konzentrationslager zunächst Bestandteil eines koordinierten Bemühens, an dem auch das Volksgericht und die Sondergerichte mitwirkten, gegen jede politische Opposition und vor allem den Widerstand von KPD-Mitgliedern entschlossen vorzugehen, so waren sie jetzt zu einem Instrument der «rassischen» und sozialen «Säuberung» geworden.¹⁶⁵ Und die Veränderung der Funktion in Verbindung mit Himmlers gelungenem Versuch, die Wach- und Begleitmannschaften des Lagers in allem, was sie innerhalb dessen Grenzen taten, vor dem Zugriff der Strafverfolgungsbehörden zu

schützen, hatte sehr bald einen erneuten deutlichen Anstieg der Zahl der getöteten Häftlinge nach ihrem relativen Rückgang Mitte der dreissiger Jahre zur Folge.¹⁶⁶ 1937 gab es in Dachau 69 Todesfälle, siebenmal so viele wie im Vorjahr, bei einer Häftlingszahl von rund 2'200, die während dieser Zeit weitgehend unverändert geblieben war. 1938 ging die Zahl der Toten im Lager erneut steil in die Höhe: 370 Tote bei insgesamt knapp über 8'000 Häftlingen. In Buchenwald, wo die Zustände wesentlich schlimmer waren, zählte man 1937 48 Todesfälle bei 2'200 Häftlingen, 1938 dagegen 771 Tote bei 7'420 Häftlingen und 1939 nicht weniger als 1'235 Tote bei 8'390 Lagerinsassen. Die steigende Zahl der Toten während der beiden letzten Jahre ging zu einem nicht geringen Teil auf eine Typhusepidemie im Winter 1938/39 zurück.¹⁶⁷

Die Verfolgung der «Gemeinschaftsfremden» hatte tatsächlich bereits 1933 begonnen, als mehrere hundert «Berufs- und Gewohnheitsverbrecher» in der ersten von mehreren koordinierten Polizeiaktionen verhaftet worden waren, die unter anderem dem organisierten Verbrechen in Berlin galten.¹⁶⁸ Im September 1933 wurden an die 100'000 Landstreicher und Bettler während einer einwöchigen Razzia (im Volksmund später «Bettlerwoche» genannt) verhaftet, die bewusst mit dem Beginn des ersten Winterhilfswerks zusammenfiel, bei dem freiwillige Spenden für die Armen und Arbeitslosen gesammelt wurden – ein gutes Beispiel für die gegenseitige Abhängigkeit von Sozialfürsorge und Zwang im Dritten Reich.¹⁶⁹ Delinquenten wie diese landeten nicht ausnahmslos in den Lagern, doch am 13. November 1933 hatte man Verbrecher, unter ihnen auch zahlreiche Sexualstraftäter, in Preussen zum Zweck einer präventiven Polizeiaufsicht in Konzentrationslager verbracht, wo knapp 500 von ihnen noch 1935 inhaftiert waren. Nach der Zentralisierung der Polizei und deren Übernahme durch die SS wurden derartige Massnahmen umfassender und stärker systematisiert. Im März 1937 befahl Himmler die Verhaftung von 2'000 «Gewohnheitsverbrechern», das hiess Personen mit einem Vorstrafenregister, selbst wenn es sich dabei um Bagatelldelikte handelte. Im Unterschied zu den Personen in «Sicherungsverwahrung», über deren Schicksal die Gerichte entscheiden mussten, wurden diese Personengruppen ohne jedes Gerichtsverfahren einfach in die Konzentrationslager ver-

bracht. Nach einer Verordnung vom 14. Dezember 1937 konnte jeder verhaftet und in ein Konzentrationslager eingewiesen werden, der vom Regime und seinen Organen, die jetzt enger als je zuvor mit der Polizei zusammenarbeiteten, der Gruppe der «Asozialen» zugerechnet wurde. Bald darauf erweiterten das Reichsinnen- und das preussische Innenministerium die Definition dessen, was als «asozial» zu gelten hatte, so dass nunmehr unter diese Kategorie auch Zigeuner, Prostituierte, Zuhälter, Vagabunden, Wanderarbeiter, Bettler und Rowdys fielen. Selbst Verkehrssünder konnten unter bestimmten Umständen dazugehören, ebenso die Langzeitarbeitslosen, deren Namen die Polizei von den Arbeitsämtern erhielt. Zu diesem Zeitpunkt, so die Begründung, bestehe kein Grund mehr, sich arbeitslos zu melden, so dass diese Personen geborene Arbeitsscheue seien und gebessert werden müssten.¹⁷⁰

Im April 1938 führte die Gestapo mehrere landesweite Razzien durch. Betroffen waren davon auch Obdachlosenasylo wie die, in denen Hitler in seinen Jahren der Armut und Arbeitslosigkeit in Wien vor dem Ersten Weltkrieg Unterkunft gefunden hatte. Im Juni 1938 gab es allein im Lager Buchenwald rund 2'000 Obdachlose. In diesem Monat veranstaltete die Kriminalpolizei auf Anweisung Heydrichs weitere Razzien auf der Suche nach Bettlern, Landstreichern und Wanderarbeitern. Sie verhaftete ausserdem arbeitslose Männer, selbst wenn diese einen festen Wohnsitz hatten. Vielerorts ging die Polizei weit über die Instruktionen Heydrichs hinaus und nahm sämtliche Arbeitslose in «Schutzhaft». Heydrich hatte in jedem Polizeibezirk 200 Verhaftungen gefordert, doch in Frankfurt nahm die Polizei 400 und in Hamburg 700 Personen fest. Die Gesamtzahl der Verhafteten im Reich lag weit über 10'000.¹⁷¹ Die wirtschaftlichen Erwägungen, die bei diesen Aktionen eine wesentliche Rolle spielten, gehen aus den Dokumenten hervor, in denen diese präventiven Festnahmen gerechtfertigt wurden. So heisst es beispielsweise in den Akten über einen 54jährigen Mann, der im Juni 1938 in Duisburg im Rahmen der umfassenden Aktion gegen «Asoziale» verhaftet wurde:

«C. ist nach Mitteilung des hiesigen Wohlfahrtsamtes als arbeitsscheuer Mensch zu bezeichnen. Für seine Frau und seine 2 Kinder sorgt er nicht, so dass diese aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden müssen. Die ihm zugewiesene Pflichtarbeit hat er nie aufge-

nommen. Er ist dem Trunke ergeben. Die Unterstützungsgelder werden restlos durchgebracht. Er ist mehrmals vom Wohlfahrtsamt verwarnet worden und wird als der Typ des asozialen verantwortungslosen arbeitsscheuen Menschen geschildert.»¹⁷²

Nachdem man den Mann in das Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht hatte, dauerte es kaum mehr als 18 Monate, bis er nach Angaben in den Akten an allgemeiner körperlicher Entkräftung starb.¹⁷³

Menschen, die als «asozial» eingestuft wurden, füllten jetzt von Neuem überall in Deutschland die Konzentrationslager, was deren massive Überbelegung zur Folge hatte. Im Sommer 1938 gab es beispielsweise in Sachsenhausen 6'000 Neuzugänge; die Auswirkungen auf ein Lager, das zu Jahresbeginn höchstens 2'500 Häftlinge zählte, waren alarmierend. In Buchenwald fielen im August 1938 4'600 von insgesamt 8'000 Lagerinsassen in die Kategorie «arbeitsscheu». Der Zustrom neuer Häftlinge führte zur Errichtung von zwei neuen Lagern für Verbrecher und «Asoziale» in Flossenbürg und Mauthausen, die von der SS geführt wurden, jedoch an ein am 29. April gegründetes SS-Wirtschaftsunternehmen angeschlossen waren, die Deutsche Erd- und Stein-Werke GmbH. Unter der Schirmherrschaft dieser neuen Gesellschaft wurden die Häftlinge gezwungen, in Steinbrüchen zu arbeiten, wo sie Granitblöcke für die grandiosen Baupläne Hitlers und seines Architekten Albert Speer brachen.¹⁷⁴ Die «Asozialen» waren die Deklassierten des Lagerlebens, so wie sie die Deklassierten in der Gesellschaft draussen waren. Sie wurden von den Wachposten übel behandelt und waren überwiegend unfähig, Massnahmen der Selbsthilfe zu organisieren wie die politischen Häftlinge, die sich auf diese Weise über Wasser hielten. Die übrigen Häftlinge blickten auf sie herab, und sie spielten im Lagerleben kaum eine Rolle. Der Anteil der Krankheits- und Todesfälle war bei ihnen besonders hoch. Eine Amnestie anlässlich Hitlers Geburtstag am 20. April 1939 bescherte nur wenigen von ihnen die Freiheit. Die übrigen hatten keinerlei Aussicht auf eine Entlassung. Auch wenn ihre absolute Zahl zurückging, stellten sie am Vorabend des Krieges noch immer einen beträchtlichen Anteil der Lagerhäftlinge. So wurden etwa in Buchenwald 8'892 der insgesamt 12'921 am 31. Dezember 1938 gezählten Häftlinge in

Präventivhaft als «Asoziale» eingestuft; ein Jahr später betrug das Verhältnis 8'212 zu 12'221. Die Razzien hatten eine tiefgreifende Veränderung in der Zusammensetzung der Lagerhäftlinge zur Folge.¹⁷⁵

II

Bis zum Vorabend des Krieges hatte die Zahl der Insassen der Konzentrationslager wieder zugenommen – von 7'500 auf 21'000, und jetzt waren sie wesentlich heterogener in ihrer Zusammensetzung als in den Anfangsjahren des Regimes, als der Löwenanteil von ihnen politische Häftlinge waren.¹⁷⁶ Die Gesamtheit der KZ-Häftlinge konzentrierte sich in einer kleinen Zahl relativ grosser Lager – Buchenwald, Dachau, Flossenbürg, das Frauenlager Lichtenburg (1939 von Ravensbrück abgelöst), Mauthausen und Sachsenhausen. Der Bedarf der SS an Baumaterialien hatte zur Einrichtung eines Aussenlagers von Sachsenhausen im Hamburger Vorort Neuengamme geführt, wo Mauerziegel für Hitlers geplanten Umbau des Hamburger Elbhafens hergestellt wurden. Im Lauf der Zeit sollten weitere solche Lager folgen. Die Lager wurden als Lieferanten von billigen Arbeitskräften immer wichtiger.¹⁷⁷ Doch billige Arbeitskräfte waren leicht ersetzbar, und die Verhältnisse in den neuen Lagern waren noch härter als in den alten Lagern Mitte der dreissiger Jahre. Ab Winter 1935/36 führten einige Lagerleitungen für die einzelnen Häftlingskategorien bestimmte Abzeichen ein, die auf der Häftlingskleidung getragen werden mussten, und ab Winter 1937/38 wurden die Abzeichen innerhalb des gesamten Lagersystems vereinheitlicht. Von da an musste jeder Häftling ein auf der Spitze stehendes Dreieck (einen sogenannten «Winkel») in einer bestimmten Farbe auf der linken Brust seiner gestreiften Häftlingsuniform tragen: «Asoziale» schwarz, «Kriminelle» grün, emigrierte und später zurückgekehrte Juden blau (ein ziemlich seltener Fall), politische Häftlinge rot, Zeugen Jehovas violett, Homosexuelle rosa. Jüdische Häftlinge wurden jeweils einer dieser Kategorien zugeordnet (in der Regel den politischen Häftlingen), mussten jedoch unter deren Abzeichen ein gelbes Dreieck mit der Spitze nach oben tragen, das so aufgenäht wurde, dass beide

Dreiecke zusammen einen Davidstern bildeten. Die Kategorien waren natürlich sehr grob und wurden eher oberflächlich oder sogar ganz willkürlich angewandt, doch das war für die Lagerleitung unwesentlich. Indem sie den politischen Häftlingen begrenzte Privilegien einräumte, konnte sie bei den übrigen Ressentiments schüren; indem sie Verbrecher zu Aufsehern über andere Häftlinge machte, konnte sie die zwischen den einzelnen Häftlingskategorien bestehenden Spaltungen noch vertiefen.¹⁷⁸

Von der Brutalität des Lagerlebens in den späten dreissiger Jahren vermitteln die Erinnerungen einiger Überlebender ein anschauliches Bild. Einer von ihnen war Walter Poller, geboren 1900, während der Weimarer Republik sozialdemokratischer Zeitungsredakteur. Nachdem er 1933 seine Arbeit verloren hatte, schloss Poller sich dem aktiven Widerstand der SPD an. Anfang November 1934 wurde er unter der Anschuldigung der Vorbereitung zum Hochverrat festgenommen, nachdem die Gestapo ihn als den Autor oppositioneller Flugblätter identifiziert hatte, seine dritte Verhaftung seit dem Frühjahr 1933. Nach Ablauf einer vierjährigen Zuchthausstrafe wurde er von der Gestapo erneut verhaftet und nach Buchenwald gebracht. Die Schilderung seiner Erlebnisse bezeugt die extreme Brutalität, die in den Lagern inzwischen zur Normalität geworden war. Gleich nach ihrer Ankunft wurden Poller und seine Mithäftlinge ohne jeden Grund von den SS-Posten misshandelt, die sie im Lager vor sich her trieben und im Laufen mit Gewehrkolben und Gummiknüppeln schlugen. Nachdem sie schmutzig, blutend und mit Blutergüssen am ganzen Körper in den Hauptbaracken für politische Häftlinge angekommen waren, hielt ein SS-Führer eine Ansprache:

«Ihr befindet euch hier nicht in einem Sanatorium. Das werdet ihr wohl eben schon begriffen haben. Wer es noch nicht begriffen hat, dem wird es schon noch beigebracht. Darauf könnt ihr euch verlassen ... Ihr seid hier keine Strafgefangenen, ihr seid hier nur ‚Häftlinge‘, und was das bedeutet, werdet ihr, wenn ihr es noch nicht wisst, bald erfahren. Ihr seid ehrlos und wehrlos! Ihr seid rechtlos! Euer Los ist ein Knechtlos! Amen.»¹⁷⁹ Poller stellte bald fest, dass die politischen Häftlinge zwar eine Häftlingskleidung von besserer Qualität erhielten und von den übrigen Häftlingen getrennt untergebracht waren, dass jedoch die Arbeit, die er

täglich mit einem Aussenkommando verrichten musste, zu schwer für ihn war. Die Sozialdemokraten und Kommunisten unter den Lagerinsassen, die gut organisiert waren und über ein effizientes System informeller gegenseitiger Hilfe verfügten, sorgten dafür, dass er eine Stelle als Arzt-schreiber im Lager erhielt. Dank dieser Position überlebte Poller nicht nur bis zu seiner Entlassung im Mai 1940, sondern war auch in der Lage, den täglichen Ablauf des Lagerlebens zu beobachten. Zu diesem gehörte ein notwendiges Mass an Selbstverwaltung durch die Gefangenen, wobei ältere Häftlinge für die einzelnen Baracken verantwortlich waren und Kapos die Häftlinge zum Morgenappell und bei anderen Gelegenheiten antreten lassen und deren Anwesenheit überprüfen mussten – eine Aufgabe, die viele von ihnen mit derselben Brutalität ausführten wie die SS-Posten. Doch alle Häftlinge waren ungeachtet ihrer jeweiligen Position auf Gnade und Ungnade der SS ausgeliefert, die von ihrer absoluten Macht über Leben und Tod hemmungslos Gebrauch machte, wann immer es ihr gefiel.¹⁸⁰

Jeden Tag wurden die Häftlinge nach Pollers Schilderung je nach Jahreszeit um vier oder um fünf Uhr geweckt und mussten sich waschen, anziehen, ihre Betten machen wie beim Militär, frühstücken und zum Morgenappell antreten, alles im Eiltempo. Jeder Verstoss gegen die Lagerordnung, etwa ein nicht ordentlich gemachtes Bett oder eine Verspätung beim Appell wurde von den Kapos oder den Wachposten mit Beschimpfungen und Schlägen oder der Zuweisung zu einem Strafkommando geahndet, wo die Arbeitsbedingungen besonders hart waren. Der Appell bot eine weitere Gelegenheit für die SS-Männer, die Häftlinge zu beschimpfen und zu misshandeln. An einem Tag im Jahr 1937 sah Poller mit an, wie zwei politische Gefangene brutal aus dem Glied gezerrt, aus dem Lager herausgeführt und draussen vor den Lagertoren erschossen wurden, ohne dass es dafür irgendeinen Grund gab. Die SS machte sich anscheinend ein Vergnügen daraus, die sehr detaillierten Lagervorschriften dazu zu benutzen, missliebigen Häftlingen Verstösse gegen die Vorschriften anzulasten – beispielsweise so unbestimmte Vergehen wie Faulheit bei der Arbeit –, und befahlen, den Delinquenten auszupeitschen, eine Körperstrafe, die offiziell in einem zweiseitigen gelben Formblatt festgehalten werden musste.

Häufig wurden die Häftlinge gezwungen zuzusehen, wenn ein Mithäftling mit Händen und Füßen und dem Gesicht nach unten auf eine Bank gefesselt und von einem SS-Mann mit einem Rohrstock geschlagen wurde. Wie Poller sich erinnerte, hielten sich die SS-Männer bei dieser Prozedur nicht ein einziges Mal an die hierfür geltenden Vorschriften. Häftlinge, die für ihre Verstöße mit fünf, zehn oder 25 Schlägen bestraft wurden, mussten die einzelnen Schläge laut mitzählen, und wenn sie sich verzählten, fing die Prozedur wieder von vorn an. Statt des vorgeschriebenen Rohrstocks verwendeten die SS-Männer auch eine Hundepeitsche, einen Ledergürtel oder sogar eine Stahlrute. Häufig wurden die Delinquenten so lange geschlagen, bis sie das Bewusstsein verloren. Es kam auch immer wieder vor, dass die Lagerleitung einer Lagerkapelle, die aus musikalisch ausgebildeten Häftlingen bestand, einen Marsch oder ein Lied zu spielen befahl, um die Schreie der Opfer während der Prügelstrafe zu übertönen.¹⁸¹

Bei schwereren Verstößen gegen die Lagerordnung konnten die Häftlinge tage- oder wochenlang in den «Bunker» gesteckt werden, eine winzige, finstere und ungeheizte Zelle, in der sie nur von Wasser und Brot lebten. Im Winter konnte dies einem Todesurteil gleichkommen. Gebräuchlicher war eine Strafe, bei der das Opfer stundenlang mit den Handgelenken an einem Pfahl aufgehängt wurde, was lang anhaltende Muskelschmerzen und -Verletzungen zur Folge hatte und bei längerer Dauer zu Bewusstlosigkeit und Tod führen konnte. Fluchtversuche erregten die besondere Wut der SS-Wachen, denen klar war, dass angesichts ihrer geringen Zahl im Vergleich zur Zahl der Häftlinge ein entschlossener Versuch einer Massenflucht höchstwahrscheinlich gelingen würde. Diejenigen, die bei der Flucht erwischt worden waren, wurden vor den Augen der übrigen entsetzlich geschlagen, manchmal bis zum Tod, oder öffentlich auf dem Appellplatz des Lagers gehängt, während der Kommandant das ganze Lager warnte, dasselbe Schicksal erwarte jeden, der versuchen sollte, aus dem Lager zu fliehen. In Sachsenhausen wurde einmal ein Häftling, der bei einem Fluchtversuch ertappt worden war, auf den Appellplatz des Lagers geschleift, schwer misshandelt und in eine enge Holzkiste gesperrt. Danach wurde die Kiste zugenagelt und blieb eine ganze Woche lang auf dem Platz für alle sichtbar stehen, bis der Häftling tot war.¹⁸² Angesichts solcher

Drohungen beschränkte sich die übergrosse Mehrheit der Häftlinge auf das Bemühen, am Leben zu bleiben. Während des Tages arbeiteten sie im Lager in kleinen Werkstätten, sofern sie über gewisse handwerkliche Fähigkeiten verfügten; die meisten wurden jedoch zu einem Aussenkommando geführt, wo sie Schwerarbeit verrichteten, indem sie etwa Trümmersteine für den Bau der Lagerstrasse herbeischleppten, Kies ausgruben, Ausschachtungsarbeit verrichteten oder Abfall beseitigten. Auch hier schlugen die Begleitposten Häftlinge, die ihrer Meinung nach nicht hart oder schnell genug arbeiteten, und erschossen jeden ohne Vorwarnung, der sich zu weit von der Hauptgruppe entfernte. Am späten Nachmittag wurden die Häftlinge ins Lager zurückgeführt, wo sie zu einem erneuten langwierigen Appell antreten und manchmal stundenlang stehend ausharren mussten, durchnässt, schmutzig und erschöpft. Manchmal, im Winter, fielen die Männer in der Kälte einfach tot um, weil sie unterkühlt waren. Sobald das Licht in den Baracken gelöscht war, warnten die Lagerwachen, werde jeder erschossen, der noch im Freien angetroffen würde.¹⁸³

Die willkürliche und zum Teil sadistische Grausamkeit der Wachposten erklärte sich nicht zuletzt aus der Brutalität und dem Sadismus ihrer Ausbildung als SS-Männer. Ende der dreissiger Jahre waren in Dachau rund 6'000 und in Buchenwald rund 3'000 Männer der SS-Verfügungstruppe stationiert. Die (wesentlich kleineren) täglichen Kommandos der Lagerwachen wurden aus diesen Einheiten rekrutiert, zumeist junge Männer aus den unteren Bevölkerungsschichten – in Dachau z.B. Bauernsöhne, in Buchenwald Söhne aus kleinbürgerlichen und Arbeiterfamilien. In der Regel wenig gebildet und bereits an körperliche Entbehrungen gewöhnt, waren sie darin geschult, hart zu sein, wurden von ihren Vorgesetzten während der Ausbildung unter Gebrüll beschimpft und gedemütigt und mussten sich erniedrigende Strafen gefallen lassen, wenn sie ihre Sache schlecht machten. Ein SS-Anwärter erinnerte sich später, dass alle, die bei der Ausbildung an der Waffe eine Patrone zu Boden fallen liessen, diese mit den Zähnen wieder aufheben mussten. Soweit sie weltanschaulich indoktriniert wurden, blaute man ihnen in der Regel ein, Härte sei notwendig angesichts der Feinde des deutschen Volkes, mit denen sie es im Lager zu tun hätten. Nach ihrer Ankunft im Lager wohnten sie in ihren Baracken

fast ohne Berührung mit der Aussenwelt, mit wenig Vergnügungen, kaum Möglichkeiten, Mädchen kennenzulernen oder am alltäglichen Leben des Ortes teilzuhaben, verurteilt zur täglichen Langeweile des Wachdienstes. Unter solchen Bedingungen konnte es nicht wundernehmen, dass sie mit den Häftlingen sehr grob umgingen, sie anbrüllten und beschimpften und unter den fadenscheinigsten Vorwänden hart bestrafen, um sich wichtig zu fühlen und auf diese Weise ihre eigene Erniedrigung während der Ausbildung weiterzugeben; es war schliesslich die einzige Form des Drills und der Disziplinierung, die sie kennengelernt hatten. Zumindest diejenigen, die nach 1934 in die SS eingetreten waren, wussten natürlich im Allgemeinen, auf was sie sich eingelassen hatten, und waren bereits weltanschaulich indoktriniert. Trotzdem hatte jeder, der sich an den täglichen Demütigungen, Misshandlungen und der Terrorisierung der Häftlinge nicht beteiligen wollte, jederzeit die Möglichkeit zu gehen, und manche taten dies auch, vor allem in den Jahren 1937 und 1938, als die Behandlung der Häftlinge in den Lagern deutlich härter wurde: 1937 wurden knapp 8'000 Männer aus der SS entlassen, unter ihnen 146 aus den für die Lager zuständigen Totenkopfverbänden, darunter waren wiederum 81, die auf eigenes Ersuchen gegangen waren. Am 1. April 1937 befahl Eicke, dass jeder SS-Mann in diesen Verbänden, der sich nicht in der Lage sehe, die Befehle seiner Vorgesetzten zu befolgen, und einen Ausweg suche, die SS wieder verlassen müsse. Ein Wachposten, seit Ostern 1937 im Dienst, bat seinen Kommandanten um Entlassung aus dem Dienst, nachdem er mit angesehen hatte, wie Häftlinge geschlagen wurden, und Schreie aus den Zellen gehört hatte. Er wolle ein Soldat sein und kein Gefängniswärter. Er musste daraufhin Strafübungen leisten und hatte sogar bei Eicke persönlich vorzusprechen. Dieser versuchte, ihn umzustimmen, doch er blieb standhaft und wurde am 30. Juli 1937 entlassen. Wir dürfen somit annehmen, dass all diejenigen, die geblieben sind, mit ihrem Dienst einverstanden waren und keine Gewissensbisse wegen der Leiden hatten, denen sie die Häftlinge aussetzten.¹⁸⁴

Tausende von Häftlingen wurden nach einiger Zeit wieder aus den Lagern entlassen, vor allem in den Jahren 1933 und 1934. «Ich weiss», sagte der Leiter der Politischen Abteilung in Buchenwald zu Walter Poller bei dessen Entlassung, «Sie haben hier Dinge gesehen, die die Öffentlichkeit

vielleicht heute noch nicht ganz versteht. Sie haben darüber absolutes Schweigen zu bewahren. Sie wissen das, ja? Und wenn Sie es nicht tun, dann sind Sie bald wieder hier, und was Ihnen dann passiert, das wissen Sie auch.»¹⁸⁵ Die Kommunikation zwischen den Häftlingen und ihren Verwandten oder Freunden war eingeschränkt; den SS-Führern und den Wachmannschaften war es verboten, mit Aussenstehenden über ihre Arbeit zu sprechen. Was in den Lagern vorging, sollte ein Geheimnis bleiben. Versuche der Strafverfolgungsbehörden, in Mordfällen zu ermitteln, zu denen es in den ersten Jahren des Regimes gekommen war, wurden regelmässig abgeschmettert.¹⁸⁶ Spätestens ab 1936 waren die Konzentrationslager Institutionen ausserhalb des Gesetzes. Andererseits machte das Regime absolut kein Geheimnis aus ihrer Existenz. Die Eröffnung des Lagers Dachau 1933 fand ein starkes Echo in der Presse, und es folgten zahlreiche Artikel darüber, dass Funktionäre der KPD, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und überhaupt der «Marxisten», die eine Gefahr für die Sicherheit des Reiches darstellten, dorthin geschickt wurden; dass die Zahl der Insassen schnell in die Hunderte ging; dass man die Häftlinge arbeiten liess; und dass die finsternen Greuelgeschichten über das, was in den Lagern vor sich ging, unzutreffend seien. Die Tatsache, dass Menschen öffentlich in der Presse gewarnt wurden, gar nicht erst den Versuch zu unternehmen, einen Blick in das Innere der Lager zu erhaschen, und dass jeder erschossen werde, der die Lagerzäune und -mauern zu überklettern versuchte, verstärkte nur die allgemeine Angst und Furcht, die diese Greuelgeschichten auslösten.¹⁸⁷ Was in den Lagern geschah, war namenloser Schrecken, der umso wirksamer war, da seine Realität sich nur aus den an Leib und Seele gebrochenen Häftlingen nach ihrer Entlassung erahnen liess. Es gab kaum einen furchterregenderen Hinweis auf das, was mit Menschen geschehen würde, die sich dem politischen Widerstand anschliessen, eine abweichende politische Meinung bekunden oder – seit den Jahren 1938/39 – von den Verhaltensnormen abweichen sollten, deren Einhaltung von den Bürgern des Dritten Reiches erwartet wurde.¹⁸⁸

III

Nirgendwo trat der nationalsozialistische Terror deutlicher in Erscheinung als in der schnell zunehmenden Macht und dem furchteinflößenden Ruf der Gestapo. Die Rolle der Polizei bei der Verfolgung und Festnahme politischer und anderer «Straftäter» war für den Unterdrückungsapparat des Regimes bedeutsamer geworden, nachdem die erste Welle der Massengewalt durch die SA abgeebbt war. Insbesondere die Gestapo erwarb sich innerhalb kurzer Zeit einen fast mythischen Ruf als ein allsehender, allwissender Arm der Staatssicherheit und der Strafverfolgung. Die Bevölkerung mutmasste mit der Zeit, dass sie in jedem Lokal und jedem Verein ihre Agenten, in allen Fabriken und Büros ihre Spitzel hatte und dass ihre Informanten in jedem Bus und jeder Strassenbahn und an allen Strassenecken lauerten.¹⁸⁹ Die Realität sah anders aus. Die Gestapo war eine sehr kleine Organisation mit einer winzigen Zahl von bezahlten Agenten und Spitzeln. In Stettin beispielsweise gab es 1934 nur 41 Gestapobeamte, ebenso viele wie in Frankfurt a.M.; 1935 zählte die Gestapo in Bremen nur 44 und in Hannover 42 Beamte. Die Stapo-Stelle Düsseldorf, zuständig für den Niederrhein, das Bergische Land und das westliche Ruhrgebiet mit insgesamt 4 Millionen Einwohnern, verfügte im März 1937 lediglich über 281 Mitarbeiter in ihrem Präsidium in Düsseldorf und in sämtlichen Aussenstellen in der Region. Diese Männer waren der allgemeinen Vorstellung zum Trotz alles andere als fanatische Nazis, sondern in der Regel Beamte, die bereits während der Weimarer Republik oder sogar noch früher in den Polizeidienst eingetreten waren. Viele von ihnen verstanden sich in erster Linie als ausgebildete Fachleute. In Würzburg zum Beispiel waren lediglich der Dienststellenleiter und sein späterer Nachfolger bereits vor dem 31. Januar 1933 in die NSDAP eingetreten; die übrigen hatten zunächst ihre politische Neutralität gewahrt und traten der Partei erst 1937 bzw. 1939 bei. Alles in allem waren von den rund 20'000 Gestapobeamten, die im Jahr 1939 in Deutschland Dienst taten, nur 3'000 zugleich Angehörige der SS und dies trotz der Tatsache, dass ihre Institution seit den Anfängen des Dritten Reiches vom Chef der SS, Heinrich Himmler geführt wurde.¹⁹⁰

Über den Chef der Gestapo, Heinrich Müller, schrieb ein Ortsgruppenleiter der NSDAP 1937: «Wir können ihn uns nicht gut als Parteigenossen vorstellen». Der Gauamtsleiter in München schrieb in einer internen Parteidenkschrift aus demselben Jahr, es sei ihm unverständlich, wie ein derartig «gehässiger Gegner der Bewegung» Chef der Gestapo werden konnte, zumal er einmal Adolf Hitler einen «dahergelaufenen arbeitslosen Anstreicher» und einen «fahnenflüchtigen Österreicher» genannt habe. Andere NS-Funktionäre stellten dagegen fest, Müller habe sich «bei seinem ungeheuren Ehrgeiz ... auch in einem eventuellen Kampf gegen Rechts die Anerkennung seines jeweiligen System-Vorgesetzten errungen». Der Schlüssel zu seinem Erfolg unter dem NS-Regime war sein fanatischer Antikommunismus, von dem er erfüllt war, seit er als junger Polizist von 19 Jahren mit seinem ersten Fall betraut worden war – der Ermordung von Geiseln durch die «Rote Armee» im revolutionären München nach dem Ende des Ersten Weltkriegs. Während der Weimarer Republik hatte er die politische Abteilung der Münchener Polizeidirektion geleitet und die Zerschlagung des Kommunismus als seine höchste Aufgabe betrachtet, ohne dabei auf «juristische Feinheiten», wie die Nationalsozialisten es nannten, zu achten. Ausserdem verstand Müller, der sich mit 17 Jahren freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet hatte und anschliessend mehrfach wegen Tapferkeit ausgezeichnet worden war, in puncto Ordnung und Disziplin keinen Spass und betrachtete dienstliche Aufträge als militärische Befehle. Als besessener Arbeiter, der nie Urlaub nahm und kaum jemals krank war, war Müller entschlossen, dem deutschen Staat zu dienen, ungeachtet des jeweiligen politischen Regimes, und er hielt es für die Pflicht eines jeden einzelnen, den Befehlen dieses Staates bedingungslos zu gehorchen. Beeindruckt von seiner beispiellosen Tüchtigkeit und Hingabe, hielt Heydrich an ihm fest und übernahm ihn sogar mit seinem ganzen Mitarbeiterstab in den Sicherheitsdienst.¹⁹¹

Die meisten der hohen Gestapobeamtinnen verrichteten ihre Arbeit am Schreibtisch und nicht im Aussendienst. Einen Grossteil ihrer Zeit verbrachten sie damit, detaillierte Karteien zu erstellen oder zu aktualisieren, eine Flut von eingehenden Anweisungen und Vorschriften zu bearbeiten, Berge von Schriftstücken und Dokumenten in Akten abzulegen und sich mit anderen Behörden und Institutionen um amtliche Kompetenzen zu

streiten. Auf der Grundlage der sehr ausführlichen Karteien über Kommunisten und ihre Sympathisanten, die schon während der Weimarer Republik von der Politischen Polizei der Länder erstellt worden waren, verfolgte die Gestapo das Ziel, ein umfassendes Register der «Staatsfeinde» zu führen, differenziert nach einer Fülle von verschiedenen Kategorien, die unterschiedlich behandelt wurden. Ein farbiger Reiter auf jeder Karte signalisierte die Kategorie, der der Betreffende zugerechnet wurde – dunkelrot für einen Kommunisten, hellrot für einen Sozialdemokraten, violett für «Meckerer» und so fort. Eine bürokratisierte Überwachung hatte in Deutschland eine lange Tradition. Es waren überwiegend dieses System des Sammelns und der Aufbereitung von Informationen sowie die hierfür benötigten Beamten, die das Budget für das Gestapoamt in Berlin von einer Million Reichsmark 1933 auf nicht weniger als 40 Millionen Reichsmark 1937 anwachsen liess.¹⁹²

Weniger als zehn Prozent der Fälle, mit denen die Gestapo sich befasste, gingen auf ihre eigenen Ermittlungen zurück. Einige verdankten sich Hinweisen von bezahlten Spitzeln und Informanten, zumeist von Fall zu Fall eingesetzte Amateure. Andere Behörden, die die Identität von Personen überprüften, die Einwohnermeldeämter und die örtliche Kriminalpolizei, die Eisenbahnen und die Postämter, trugen ebenfalls ihren Teil bei. Gelegentlich ersuchte die Gestapo bekannte NS-Funktionäre um ihre Mitwirkung bei der Jagd auf oppositionelle «Elemente». In der Regel hatte es für diese Personen keine nennenswerten Nachteile, wenn sie eine Mitarbeit ablehnten. Die BDM-Führerin Melita Maschmann wurde von der Gestapo angesprochen und aufgefordert, die Familie einer früheren Freundin zu bespitzeln, deren Brüder die Neugründung einer Widerstandsgruppe von Jungkommunisten planten. Als sie sich weigerte, schrieb sie später, wurde sie «mehrere Wochen lang täglich von Neuem bedrängt, schliesslich wurde meine nationalsozialistische Gesinnung in Frage gestellt». Am Ende wurde sie zur höchsten BDM-Führerin in der Stadt bestellt, von der Melita eine hohe Meinung hatte, und diese überzeugte sie schliesslich, dass sie den Auftrag erfüllen müsse, weil die geplante Widerstandsgruppe «die Zukunft Deutschlands gefährde». Das Mädchen willigte also ein, erschien der zu bespitzelnden Familie aber nicht glaubwürdig, und an dem Tag, an dem

Karte 3: Das Plebiszit vom 12. November 1933



die Neugründung der Gruppe erfolgen sollte, war die Wohnung leer. «Vor dem Haus wartete der Gestapobeamte auf mich und schickte mich schimpfend fort. « Wie Melita später erfuhr, wäre sie fast aus der Hitlerjugend ausgeschlossen worden. Dazu kam es allerdings nicht – offenbar war man auf ihre Qualifikation als Pressefachkraft innerhalb der HJ zu sehr angewiesen.¹⁹³

In den meisten Fällen stammten Informationen über Aktivitäten von Widerstandsgruppen der Arbeiterbewegung von Kommunisten oder Sozialdemokraten, die unter der Folter zusammengebrochen waren und sich daraufhin bereit erklärt hatten, ihre früheren Genossen zu bespitzeln. Auch wenn die Gestapobeamten den grössten Teil ihrer Dienstzeit in ihren Amtszimmern verbrachten, gehörten doch zu ihren Aufgaben auch «verschärfte» Vernehmungen, bei denen die schmutzige Arbeit von SS-Schlägern verrichtet wurde, die man eigens dafür abgestellt hatte. Eine anschauliche Schilderung eines Verhörs durch die Gestapo verdanken wir dem kommunistischen Seemann Richard Krebs, der nach dem Reichstagsbrand als Geheimkurier für die Komintern in Deutschland fungiert hatte. Krebs wurde 1933 in Hamburg verhaftet und wochenlang unbarmherzig geschlagen und ausgepeitscht und war völlig von der Aussenwelt abgeschnitten, ohne einen Anwalt, einen Freund oder einen Familienangehörigen sprechen zu können. Zwischen den Verhören blieb er in einer winzigen Zelle mit Ketten an ein Feldbett gefesselt, durfte sich nicht waschen, und sein Daumen, den man ihm während eines der Verhöre gebrochen hatte, blieb bis auf einen notdürftigen Verband unbehandelt. Ein Gestapobeamter stellte ihm ununterbrochen präzise Fragen, die offenbar auf Informationen beruhten, die diesem zugespielt worden waren, sowie auf einer umfangreichen Akte über Krebs, die seit den frühen zwanziger Jahren von der Polizei geführt worden war. Während der meisten Zeit im Gefängnis Fuhlsbüttel inhaftiert, wurde Krebs zwischendurch in das Polizeipräsidium in Hamburg gefahren, wo er von Polizeibeamten verhört wurde, die zusahen, wie er von SS-Männern zusammengeschlagen wurde. Nach einigen Wochen war der Rücken von Krebs eine einzige blutige Masse, seine Nieren waren durch gezielte Schläge schwer geschädigt, und auf einem Ohr hatte er das Gehör verloren. Trotz dieser Behandlung gab er keine Informationen über die Organisation preis, für die er arbeitete.¹⁹⁴

Nachdem man ihn in die Gestapozentrale in Berlin gebracht hatte, war Krebs zunächst beeindruckt von den raffinierteren und weniger brutalen Methoden, die hier angewandt wurden. Diese beruhten eher darauf, die Häftlinge zu erschöpfen, indem man sie längere Zeit in unbequemen Stellungen stehen oder knien liess, als auf unmittelbarer Brutalität und körperlichen Misshandlungen. Doch die Atmosphäre war dieselbe wie in Hamburg:

«...schmutzige Korridore, spartanisch einfach möblierte Büros, Drohungen, Fusstritte, Wachen, die gefesselte Gefangene durch das ganze Gebäude treppauf und treppab hetzten, Rufen, Reihen von Mädchen und Frauen, die mit Nase und Zehen gegen die Wand standen, überquellende Aschenbecher, Bilder von Hitler und seinen Helfern, der Geruch von Kaffee, elegant angezogene Mädchen, die mit höchster Geschwindigkeit hinter Schreibmaschinen arbeiteten – Mädchen, die gegen all den Schmutz und die Seelenqualen um sie herum unempfindlich zu sein schienen –, Haufen von konfiszierten Publikationen, Druckmaschinen, Büchern und Bildern».¹⁹⁵

Es dauerte freilich nicht lange, bis die Gestapo gegenüber dem widerpenstigen kommunistischen Seemann zur alten Brutalität zurückkehrte. Krebs schilderte später, man habe ihn erneut stundenlang mit Gummiknüppeln geschlagen und mit mehreren ehemaligen Genossen konfrontiert, deren Schweigen mit denselben Methoden gebrochen worden war. Seine Haltung wurde jedoch erst erschüttert, als die Gestapo ihn darüber aufklärte, dass man seine Frau verhaftet habe, die aus dem Exil nach Deutschland zurückgekehrt war. Sie hatte nach ihrem Sohn suchen wollen, der ihr weggenommen und anscheinend zur Adoption freigegeben worden war. In dem verzweifelten Bemühen, die Gestapo davon abzuhalten, seiner Frau Schlimmeres zuzufügen, sprach er mit seinen kommunistischen Genossen im Gefängnis und schlug vor, der Gestapo seine Mitarbeit anzubieten, tatsächlich jedoch als Doppelagent weiter für die KPD zu arbeiten. Er verschwieg ihnen die Tatsache, dass seine Frau kurz nach seiner Verhaftung aus der Partei ausgetreten war, und stellte ihnen seinen Plan als ein Mittel dar, eine verdiente Genossin aus den Klauen des Regimes zu befreien. Die Genossen stimmten zu, und die List funktionierte. Im März 1934 zeigte sich Krebs der Gestapo gefügig, die zumindest anfänglich sei-

ne gespielte Bekehrung für bare Münze nahm.¹⁹⁶ Jetzt wurde der Spiess umgedreht. Krebs wurde alsbald amnestiert und entlassen und nahm wieder Kontakt zur Komintern auf. Ein Grossteil der Informationen, die er der Gestapo gab, war anscheinend entweder falsch oder – soweit er das beurteilen konnte – bereits aus anderen Quellen bekannt. Das weckte den Argwohn der Beamten, und Krebs' Frau blieb weiterhin in Haft, in der sie 1938 starb. Nachdem Krebs die Gestapo davon überzeugt hatte, dass er für sie auf der internationalen Bühne von grösserem Nutzen sei, erhielt er die Erlaubnis, in die USA zu reisen. Von dieser Reise kehrte er nicht zurück.¹⁹⁷ Die Geschichte Richard Krebs' illustriert die enge Zusammenarbeit, die sich rasch zwischen der Gestapo, der SS, den Gerichten und den Konzentrationslagern entwickelte. Sie zeigt auch den unermüdlichen Eifer, mit dem das NS-Regime aus kommunistischen Agenten Informationen über den Widerstand herausholte, und die Rücksichtslosigkeit, mit der seine Schergen das Ziel verfolgten, diese Agenten «umzudrehen», so dass sie statt für die Komintern für das Dritte Reich arbeiteten.¹⁹⁸

IV

Die Informationen, die von den verhafteten Kommunisten und Sozialdemokraten unter der Folter preisgegeben wurden, waren für die Gestapo vor allem zur Zerschlagung der organisierten politischen Opposition von Bedeutung. Wo es dagegen um beiläufige abfällige Bemerkungen und politische Witze über das Regime und individuelle Verstösse gegen verschiedene NS-Gesetze ging, bezog die Gestapo ihre Informationen überwiegend aus den Denunziationen durch Parteimitglieder in den verschiedensten Funktionen sowie durch Personen aus der Bevölkerung. In Saarbrücken beispielsweise gingen nicht weniger als 87,5 Prozent der Fälle von «Heimtücke» gegen Staat und Partei, die von der dortigen Gestapo bearbeitet wurden, auf Anzeigen zurück, die von Kneipenwirten oder deren Gästen, von Arbeitskollegen der Beschuldigten, von Personen, die auf der Strasse verdächtige Äusserungen mitangehört hatten, oder von Familienangehörigen der Beschuldigten eingegangen waren.¹⁹⁹ Der Gestapo

wurden so viele Denunziationen zugeschickt, dass selbst fanatische hohe NS-Funktionäre wie Reinhard Heydrich sich darüber beklagten, und die Gestapo in Saarbrücken vermerkte ihre Beunruhigung über das stetige Anwachsen eines entsetzlichen Denunziantentums. Was sie vor allem alarmierte, war der Umstand, dass viele Denunziationen offenbar aus persönlichen und nicht aus weltanschaulichen Motiven erfolgt waren. Führende NS-Funktionäre hatten vielleicht die Bevölkerung ermutigt, Fälle von Illoyalität, verächtliche Äusserungen über NS-Grössen oder Kritik am Regime anzuzeigen, doch sollten diese Anzeigen ein Zeichen der Treue zu Hitler sein und kein Mittel, Dampf abzulassen oder private Fehden auszutragen. 37 Prozent von 213 Fällen, die später von einem Historiker untersucht wurden, hatten ihren Grund in privaten Konflikten; bei weiteren 39 Prozent waren überhaupt keine Motive auszumachen; nur 24 kamen von Personen, die primär aus echter Loyalität gegenüber dem Regime gehandelt hatten. Nachbarn denunzierten missliebige Mitbewohner in einem Mietshaus, Büroangestellte denunzierten Kollegen, die ihrer Beförderung im Weg standen, kleine Geschäftsleute zeigten unbequeme Konkurrenten an, Freunden oder Kollegen, die hin und wieder miteinander in Streit gerieten, platzte eines Tages der Kragen, und sie schwärzten sich bei der Gestapo an. Selbst Schüler und Studenten denunzierten gelegentlich ihre Lehrer und Professoren. Was immer die Motive sein mochten, die Gestapo ging jeder Anzeige nach. War die Denunzierung grundlos, legten sie diese in der Regel in den Akten ab und schlossen den Vorgang. Doch in vielen Fällen konnte eine solche Anzeige bei der Gestapo die Verhaftung, Folter, Inhaftierung und selbst den Tod des Denunzierten bedeuten.²⁰⁰

Bei der Verfolgung von «Heimtücke» zeigten sich Polizei, Gestapo und die Sondergerichte verhältnismässig milde, wenn die Beschuldigten aus der bürgerlichen Schicht kamen, während sie gegen Arbeiter wesentlich härter voringen, auch wenn die grösste Gruppe der Delinquenten der unteren Mittelschicht angehörte, was unter anderem damit zusammenhing, dass aus dieser Gesellschaftsschicht überhaupt die meisten Denunziationen kamen. Gestützt auf das Heimtücke-Gesetz gingen die Sondergerichte hart gegen eher beiläufig geäusserte Kritik am Regime und seinen Vertre-

tern vor, die in einem demokratischen System nicht besonders zur Kenntnis genommen wird, und verurteilten 1933 über 3'700 Personen, von denen die meisten eine Gefängnisstrafe von durchschnittlich sechs Monaten verbüßen mussten. Zwei Drittel der Beschuldigten, die nach diesem Gesetz vor dem Sondergericht in Frankfurt a.M. verurteilt wurden, waren wegen ihrer Äusserungen in Lokalen und Kneipen von ihren Tischgenossen angezeigt worden. Es waren zumeist Arbeiter, die von den Gerichten verächtigt wurden, Sozialdemokraten oder Kommunisten zu sein, und vermutlich aus diesem Grund wesentlich schwerer bestraft wurden als NSDAP-Mitglieder oder Beschuldigte aus bürgerlichen Kreisen.²⁰¹ Eine Untersuchung von mehreren Tausend «Heimtücke»-Verfahren vor dem Sondergericht München hat jedoch ergeben, dass der Anteil der Fälle, in denen die Beschuldigten aus parteipolitischen Motiven gehandelt hatten, von 50 Prozent im Jahr 1933 auf durchschnittlich nur noch 12 Prozent in den Jahren 1936-1939 zurückgegangen war. Während das Sondergericht 1933/34 seine Hauptaufgabe darin gesehen hatte, den Willen der Kommunisten und Sozialdemokraten zu brechen, betrachtete es nunmehr als seine Pflicht, *jede* Form einer offenen Kritik am Regime zu unterbinden, und tatsächlich gab es in den späten dreissiger Jahren einen leichten Anstieg im Anteil der ehemaligen Parteigenossen und Konservativen und einen deutlichen Anstieg der Katholiken unter den Beschuldigten.²⁰²

In den Bemerkungen, die den Beschuldigten eine Haftstrafe nach dem Heimtücke-Gesetz einbrachten, hatten diese unter anderem geäussert, die Nationalsozialisten unterdrückten die Freiheit des Volkes, die Beamten seien überbezahlt, Julius Streichers antisemitisches Hetzblatt *Der Stürmer* sei eine Schande für die deutsche Kultur, in Dachau würden Häftlinge zusammengeschlagen, Hitler sei ein österreichischer Fahnenflüchtiger, die SA-Männer seien alle ehemalige Kommunisten (diese Behauptung stammte besonders häufig von konservativen Katholiken) oder Hermann Göring und andere NS-Bonzen seien korrupt. Die Angeklagten waren somit nicht gerade radikale, prinzipienfeste oder besonders intellektuelle Kritiker des Regimes, und ihre «strafwürdigen» Bemerkungen waren häufig kaum mehr als unbestimmte und uninformierte Äusserungen der Unzufriedenheit, als persönliche Meinung vorgebracht.²⁰³ Einige Beamte fühlten sich unbehaglich, da – wie einer von ihnen kommentierte – «bei

der Tätigkeit der Sondergerichte die Aburteilung von Schwätzern einen sehr grossen Raum» einnahm. Die meisten Personen, die nach dem Heimtücke-Gesetz verhaftet und verurteilt wurden, waren in seinen Augen nur Nörgler, die sich dem Regime in keiner Weise widersetzten. «So notwendig eine scharfe Bekämpfung hochverräterischer Mundpropaganda ist», schrieb er, «so gross ist die Gefahr, dass durch allzu harte Bestrafung im Grunde genommen harmloser Schwätzereien Verbitterung und Unverständnis in der Umgebung der Verurteilten hervorgerufen werden.» Doch das ging am eigentlichen Punkt vorbei. Witze und abschätzige Bemerkungen über die NS-Bonzen bedeuteten nie eine prinzipielle Haltung der Opposition oder des Widerstands gegen das Regime; in den meisten Fällen wurde damit lediglich Dampf abgelassen. Doch dem Regime ging es nicht nur darum, jede aktive Opposition zu unterdrücken; es wollte selbst die geringsten Anzeichen einer Unzufriedenheit bekämpfen und alles unterdrücken, was darauf hindeuten könnte, dass die Bevölkerung nicht geschlossen und rückhaltlos hinter allen Regierungsmassnahmen stand. Unter dieser Perspektive musste die Polizei gegen abfällige Äusserungen und politische Witze ebenso rigoros vorgehen wie gegen offene Kritik und Widerstand.²⁰⁴

Manche Menschen kamen durch schieren Zufall vor Gericht. Ein Schauspieler setzte sich an einem Frühlingstag 1938 in einem Restaurant in der Nähe des Münchener Hauptbahnhofs an einen Tisch, an dem bereits ein ihm unbekanntes Ehepaar sass, und kam mit diesem ins Gespräch. Als er einige kritische Bemerkungen über die Aussenpolitik des Regimes gemacht hatte, merkte er an der Reaktion seiner Gesprächspartner, dass er zu weit gegangen war; er verabschiedete sich schnell, um angeblich seinen Zug nicht zu verpassen. Das Paar folgte ihm, fand ihn jedoch nicht mehr und gab eine Personenbeschreibung an die Polizei weiter, die nach ihm fahndete und ihn zwei Tage später verhaftete. Andere wurden angezeigt, nachdem ein persönlicher Streit eskaliert war wie im Fall eines betrunkenen Postbeamten, der in Gegenwart von zwei niedrigen NS-Funktionären, mit denen er bekannt war, Schmähungen gegen Hitler aussties. Als sie versuchten, ihn zum Schweigen zu bringen, machte er die Sache noch schlimmer, indem er einen der beiden in seiner Eigenschaft als Amtsträger der NSDAP beschimpfte. Dieser sah keine andere Möglichkeit, seine Au-

torität unter den Stammgästen des Lokals zurückzugewinnen, als den Postbeamten bei der Polizei anzuzeigen. Ungeachtet der je besonderen Umstände, unter denen es zu einer Denunziation kam, war es offenbar gefährlich, in der Öffentlichkeit frei zu reden; man konnte nie sicher sein, wer zuhörte. Entscheidend war die Unberechenbarkeit der Denunziationen und nicht so sehr ihre Häufigkeit. Die Menschen sollten glauben, dass überall bezahlte oder unbezahlte Gestapospitzen lauerten und dass die Polizei über alles, was vorging, im Bilde war.²⁰⁵

Denunziationen durch ganz normale Bürger spielten eine wichtige Rolle. Der bei Weitem grösste Anteil stammte von Männern; die Orte, an denen die Denunzianten verdächtige Äusserungen hörten, beispielsweise Gaststätten und Kneipen, wurden in der Regel von Männern besucht, und selbst wenn einmal eine Frau abfällige Äusserungen über die Regierung hörte, vielleicht im Treppenflur eines Mietshauses, überliess sie es oftmals ihrem Ehemann oder ihrem Vater, bei der Polizei eine Anzeige zu machen. Der Anteil schwankte, doch im Durchschnitt waren vier von fünf Denunzianten Männer. Auch bei den Denunzierten überwog der Anteil der Männer. Politik im Dritten Reich war selbst auf dieser elementaren Ebene in der Hauptsache Männersache.²⁰⁶ Bespitzelung und Denunziation waren natürlich nur eine von vielen Möglichkeiten der Unterdrückung und Kontrolle, die der Gestapo zur Verfügung standen, und der Anteil der gewöhnlichen Deutschen, die tatsächlich bei der Gestapo eine Anzeige machten, war extrem gering gemessen an der Gesamtbevölkerung. Eine Untersuchung der Gestapostelle Düsseldorf hat ergeben, dass von 825 Ermittlungen der Gestapo in der untersuchten Stichprobe aus der Zeit von 1933 bis 1944 26 Prozent durch Denunziationen aus der Bevölkerung eingeleitet worden waren, 17 Prozent durch die Kriminalpolizei und andere Strafverfolgungsbehörden wie der SS, 15 Prozent von den eigenen Beamten und Spitzeln der Gestapo, 13 Prozent von Personen, die von der Gestapo verhört wurden, und 6 Prozent von den verschiedensten NS-Organisationen.²⁰⁷ Einige davon wurden vielleicht ursprünglich ebenfalls durch Personen aus der allgemeinen Bevölkerung ausgelöst, wenn diese sich nicht direkt an die Gestapo, sondern eine andere Polizeidienststelle oder eine NS-Organisation gewandt hatten. Doch die Parteistellen spielten Zweifel-

los eine wichtige Rolle dabei, Personen nach dem Heimtücke-Gesetz vor Gericht zu bringen. In Augsburg wurde festgestellt, dass in Gebieten mit einer starken Tradition der Solidarität der Arbeiterbewegung und der Existenz einer organisierten Opposition gegen das Regime die Zahl der Denunziationen niedriger lag als in Gebieten mit starker Unterstützung des NS-Regimes durch die Bevölkerung. 42 Prozent der Denunzianten waren Mitglieder der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen, und bei 30 Prozent von diesen reichte die Mitgliedschaft bis in eine Zeit vor 1933 zurück.²⁰⁸

Der Anteil der aktiven Nationalsozialisten, die ihre Mitbürger wegen kritischer oder nonkonformistischer Äusserungen anzeigten, war besonders hoch in den Jahren 1933 bis 1935. Bezeichnenderweise waren etwa in Augsburg 54 Prozent der Denunzierten ehemalige Kommunisten oder Sozialdemokraten, während andererseits 22 Prozent der NSDAP angehörten, was darauf schliessen lässt, dass das Regime zu jener Zeit von Kritik aus den eigenen Reihen nicht verschont blieb. Wie in anderen Teilen Deutschlands waren viele Äusserungen, die von den Denunzianten weitergegeben wurden, in Gaststätten und Kneipen gefallen, ein Ausdruck für die lange Tradition des politischen Debattierens an solchen Orten. Besonders auffällig ist jedoch, dass der Anteil der vor dem Sondergericht verhandelten Äusserungen, die in Lokalen mitgehört wurden, von 75 Prozent 1933, im Folgejahr auf 66 und 1935 auf knapp über 50 Prozent zurückging. Einige Jahre später lag er bei nur noch zehn Prozent. Offensichtlich verhinderte die Angst vor Denunziationen sehr bald die gewohnten offenen Gespräche am Biertisch und zerstörte einen weiteren Aspekt des sozialen Lebens, der bislang der Kontrolle durch das Regime entzogen war.²⁰⁹ Die ständig lauende Gefahr, wegen einer unbedachten Äusserung an einem öffentlichen Ort denunziert zu werden, verbreitete ein allgemeines Klima der Angst und Furcht in der Bevölkerung. «Kein Brief mehr, kein Telefongespräch, kein Wort auf der Strasse ist sicher», schrieb Victor Klemperer am 19. August 1933 in sein Tagebuch. «Jeder fürchtet im andern Verräter und Spitzel.»²¹⁰ Es kam nicht darauf an, ob tatsächlich überall Spitzel waren, sondern darauf, dass die Menschen dies glaubten. Der desillusionierte Schriftsteller und Journalist Friedrich Reck-Malleczewen hielt seinen Hass und den seiner Freunde auf Hitler in seinem Tagebuch

fest und fragte sich am 9. September 1937, ob irgendjemand ausserhalb Deutschlands sich wohl einen Begriff mache «von unserer Illegalität und der ständigen Bedrohung unseres Lebens, das morgen der Denunziationsfreudigkeit des ersten besten Hysterikers zum Opfer fallen könnte?» «Werdet Ihr es begreifen», so fragt er sich, «was es bedeutet, durch so lange Jahre zu leben mit Hass im Herzen, mit Hass zur Ruhe sich zu legen ... und morgens mit Hass zu erwachen – dies alles in jahrelanger Rechtsunsicherheit ... und durchaus mit dem Stigma der Illegalität auf der Stirn?»²¹¹

Die Menschen konnten natürlich versuchen, ihre Angst zu bewältigen, indem sie vor allem im privaten Kreis Witze über die Lage machten. «Die Zähne», so ging ein «Flüsterwitz», «werden in Deutschland zukünftig durch die Nase gezogen, weil niemand mehr den Mund aufmachen darf.» Die Menschen begannen vom «deutschen Blick» zu sprechen als Gegenstück zum «deutschen Gruss», wenn zwei Freunde sich zufällig in der Öffentlichkeit trafen; er bedeutete, dass man sich vorsichtig umsah, ob jemand in der Nähe war und mithören konnte. Am Ende einer potentiell subversiven Unterhaltung konnte man zum Abschied statt «Heil Hitler» sagen: «Sie haben aber auch etwas gesagt!»²¹² Statt Witzen konnte man sich auch Anekdoten wie diese erzählen:

In der Schweiz erkundigt sich ein Nazibonze nach dem Zweck eines öffentlichen Gebäudes: «Das ist unser Marineministerium», erklärt der Schweizer. Der Nazi lacht und höhnt. «Ihr mit euren zwei, drei Schiffen, wozu braucht ihr ein Marineministerium?» Der Schweizer: «Ja, und wozu braucht ihr in Deutschland noch ein Justizministerium?»²¹³

Politische Witze mochten ein gutes Ventil sein, um Dampf abzulassen, doch jeder wusste, dass sie auch gefährlich sein konnten: In der Strassenbahn stehen zur Winterzeit zwei Männer und machen unter ihren Mänteln verborgen mit den Händen seltsame Bewegungen. «Du, schau mal die zwei an», meint ein Fahrgast zu seinem Nachbarn, «was treiben denn die da?» «Ach, die zwei kenne ich, das sind Taubstumme, die erzählen sich politische Witze!»²¹⁴ Natürlich erzählten die Menschen häufig politische Witze ausserhalb der eigenen vier Wände, in Kneipen, in der Strassenbahn oder auf der Strasse, wie aus den Aussagen der Gestapoinformanten in den Akten hervorgeht.

Die Behörden selbst wussten genau, dass Humor häufig eine Möglichkeit für die Bevölkerung darstellte, mit dem Regime zu leben, und nur in seltenen Fällen das Anzeichen einer oppositionellen Haltung war. So schrieb ein Polizeibeamter im März 1937:

«Die Erdichtung und Verbreitung von politischen Witzen ist seit geraumer Zeit fast zur Plage geworden. So lange dieselben einem gesunden Geist entspringen und harmloser Natur sind, ist, wie selbst wiederholt von den höchsten Regierungsstellen betont wurde, gegen eine Verbreitung nichts einzuwenden. Handelt es sich aber um solche beleidigenden Inhalts, so kann und darf aus Gründen der öffentlichen Sicherheit eine Verbreitung keineswegs geduldet werden.»²¹⁵

Der Journalist Jochen Klepper teilte diese Einschätzung: «Noch lebt das Volk trotz aller politischen Witze und privaten Enttäuschungen in der Illusion vom ‚Dritten Reich‘», konstatierte er resigniert im Sommer 1934.²¹⁶ Personen, die wegen politischer Witze verhaftet worden waren, kamen häufig ohne Gerichtsverfahren davon, wenn sie keine Vorstrafen hatten. Nur wenn es über ihre Opposition zum Regime eine Akte gab, wurde die Sache weiterverfolgt, und am Ende wurde eine kurze Haftstrafe gegen sie verhängt. Letztlich entscheidend war eher die Identität desjenigen, der den Witz erzählt hatte, als der Inhalt des Witzes, und es kann kaum überraschen, dass die nach dem Heimtücke-Gesetz zu einer Haftstrafe Verurteilten in der überwiegenden Mehrzahl der Arbeiterklasse angehörten und früher KPD- oder SPD-Mitglieder waren.²¹⁷ Es war jedoch die Willkür der Polizei und die Wehrlosigkeit derjenigen, die von ihr verhaftet wurden, die den Menschen am meisten zu schaffen machte. Hierzu ein weiterer Witz: An der belgischen Grenze erscheinen eines Tages zahllose Kaninchen und erklären, sie seien politische Flüchtlinge: «Die Gestapo will alle Giraffen als staatsfeindlich verhaften.» – «Ihr seid aber doch keine Giraffen.» – «Das wissen wir, aber das mach mal einer der Gestapo klar.»²¹⁸

Die Angst, denunziert, abgehört oder verhaftet zu werden, erstreckte sich bis in den Bereich der privaten Unterhaltungen, Briefe und Telefonate. Bereits im März und April 1933 klagte Victor Klemperer in seinem Tagebuch: «Niemand wagt mehr, etwas zu sagen, alles ist in Angst.»²¹⁹ Die Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933 erlaubte der Ge-

stapo, Briefe zu öffnen und Telefone anzuzapfen, was Klemperer in seinem Tagebuch mit folgenden Worten kommentierte: «Man wagt keinen Brief zu schreiben, man wagt nicht zu telefonieren, man besucht sich und erwägt seine Chancen.»²²⁰ In Berlin hörte die Journalistin Charlotte Beradt einem sozialdemokratischen Freund zu, der ihr Anfang Februar 1933 einen Traum erzählte. Er hatte geträumt, Goebbels besuche ihn an seinem Arbeitsplatz, und es war ihm fast unmöglich, seinen Arm zum Hitlergruss zu erheben. Als es ihm nach geraumer Zeit doch noch gelang, sagte Goebbels kalt: «Ihren Gruss will ich nicht.» Entfremdung vom eigenen Ich, Verlust der Identität, Isolation, Angst, Zweifel, alle Gefühle, die hier ausgedrückt wurden, waren so auffallend, dass die Journalistin beschloss, die Träume einzelner Menschen zu sammeln. Als sie schliesslich 1939 nach England emigrierte, hatte sie durch diskretes Befragen von Freunden und Bekannten – vor allem Ärzten, die ihre Patienten nach ihren Träumen befragen konnten, ohne Argwohn zu erregen – eine genügend grosse Anzahl von Träumen gesammelt, dass sie ein ganzes Buch damit füllen konnte, selbst nachdem sie alle Träume ohne erkennbaren politischen Gehalt aussortiert hatte.²²¹

Viele der von Charlotte Beradt gesammelten Träume belegten die Angst der Menschen vor einer Überwachung. Ein Arzt träumte 1934, die Wände seines Behandlungszimmers und aller Häuser und Wohnungen in seinem Wohnviertel seien plötzlich verschwunden, während aus einem Lautsprecher die Durchsage dröhnte, dies geschehe «laut Erlass zur Abschaffung von Wänden vom 17. des Monats». Eine Frau träumte, sie sitze in der Oper, wo Mozarts «Zauberflöte» gegeben wurde, als unmittelbar nach der Stelle «Das ist der Teufel sicherlich» ein Trupp Polizisten in ihre Loge marschierte, weil sie bemerkt hätten, dass sie bei dem Wort «Teufel» an Hitler gedacht habe. Als sie sich nach Hilfe umsah, habe ein älterer Herr in der Nachbarloge sie angespuckt. Ein Mädchen erzählte, sie habe in einem Traum gesehen, dass die Engel auf zwei Bildern über ihrem Bett nicht mehr zum Himmel, sondern auf sie heruntergeblickt hätten, um sie besser beobachten zu können. Mehrere Personen träumten, sie seien hinter Stacheldraht gefangen oder ihr Telefongespräch sei unterbrochen worden. So hatte ein Mann, der am Telefon zu seinem Bruder gesagt hatte, «Ich finde an nichts mehr Freude», in derselben Nacht geträumt, sein Telefon habe

geklingelt und eine ausdruckslose Stimme habe sich mit «Dienststelle zur Überwachung von Telefongesprächen» gemeldet; dem Träumer sei sofort klar geworden, dass es im Dritten Reich ein Verbrechen sei, deprimiert zu sein, und er habe um Vergebung gebeten, ohne jedoch eine Antwort zu erhalten. Einige träumten, sie hätten kleinere Widerstandshandlungen begangen, die jedoch völlig nutzlos gewesen seien. Eine Frau träumte, sie habe jeden Abend das Hakenkreuz aus einer Fahne entfernt, das sich am nächsten Morgen jedoch wieder an Ort und Stelle befand.²²² Während sie alle diese Träume schilderte und analysierte, erinnerte Charlotte Beradt sich an die Worte von Reichsarbeitsführer Robert Ley: «Der einzige Mensch, der in Deutschland noch ein Privatleben führt, ist jemand, der schläft.» Die Träume, die sie gesammelt hatte, zeigten jedoch, so ihr düsteres Fazit, dass selbst das nicht mehr zutraf.²²³

V

Die Gestapo, die NSDAP und die SA richteten ihr Augenmerk nicht nur auf Gegner, Regimekritiker und Unzufriedene, sondern auch auf diejenigen, die keine besondere Begeisterung für das Dritte Reich und seine Politik zeigten. Die kleinste Organisationseinheit innerhalb von Wohngebieten war der Block. Jeder Block hatte einen «Blockwart», der Sammelbegriff für alle Parteifunktionäre der untersten Ebene. Seine Aufgabe war es, dafür zu sorgen, dass alle Familien zu bestimmten Anlässen Flaggen und Hakenkreuzfahnen hissten und die Kundgebungen und Aufmärsche der Partei besuchten. Jede lokale Gliederung der Partei bestand aus durchschnittlich acht Zellen, die sich wiederum in 50 Blöcke zu je etwa 50 Haushalten unterteilten. Die Politischen Leiter der NSDAP, wie diese Funktionäre der untersten Ebene allgemein bezeichnet wurden, kümmerten sich jeweils um einen Block und ernannten zu ihrer Unterstützung Helfer. Bereits 1935 betrug die Zahl der Politischen Leiter an die 200'000; einschliesslich der Helfer gab es bei Kriegsbeginn fast zwei Millionen Blockwarte. Über zwei Drittel der Politischen Leiter/Blockwarte kamen nach der Parteistatistik von 1935 aus den bürgerlichen Schichten, und sie waren besonders verhasst in Arbeitervierteln mit einer starken kommunistischen

tischen oder sozialdemokratischen Vergangenheit. Sie waren häufig die erste Anlaufstelle für Denunzianten und überwachten streng ihnen bekannte Regimekritiker, Juden und alle Personen, die zu diesen Kontakt hielten, sowie «politisch unzuverlässige» Personen, in der Regel ehemalige Nazigegner. Spöttisch «Goldfasanen» genannt, nach ihrer braun-goldenen Uniform mit roten Epauletten, waren sie verpflichtet, «Gerüchtemacher» ebenso zu melden wie jeden, der der Ortsgruppenleitung der Partei nicht ins Konzept passte. Diese wiederum gab die Namen und das jeweilige Fehlverhalten an die Gestapo weiter. Wer mit einem Blockwart in Konflikt geriet, musste damit rechnen, dass ihm staatliche Zuschüsse und Fürsorgeleistungen gestrichen wurden. Andere Gliederungen des riesigen Parteiapparats, von der NS-Volkswohlfahrt über die Deutsche Arbeitsfront bis zur NS-Frauenschaft, hatten ähnliche Funktionäre, die ebenfalls Aufgaben der Überwachung und Kontrolle wahrnahmen.²²⁴ In Fabriken und an den Arbeitsplätzen erfüllten Funktionäre der DAF, die Arbeitgeber, die Vorarbeiter und der SD die Aufgaben der Blockwarte. Arbeiter und Angestellte, die nicht spurten, wurden gezielt benachteiligt, nicht befördert, auf unangenehmere Stellen versetzt oder sogar entlassen.²²⁵ «Man hatte nichts zu sagen», erinnerte sich später ein Arbeiter in den Krupp-Werken, «dahinter stand immer der Obmann ... da konnte keiner was riskieren.»²²⁶ Der Terrorapparat des NS-Regimes reichte bis in die kleinsten Einheiten des Alltagslebens und der täglichen Berufsarbeit.

Die Einschüchterung zeigte sich besonders deutlich während der Vorbereitungen zu den Volksentscheiden und Reichstagswahlen, die Hitler von Zeit zu Zeit abhielt, um seinen Massnahmen den Anschein der Legitimität zu verleihen, vor allem auf dem Gebiet der Aussenpolitik. Die zunehmende Kontrolle des Regimes über die Bevölkerung lässt sich aus dem wachsenden Anteil der Stimmen ablesen, die es bei diesen propagandistischen Veranstaltungen erhielt. Diese wurden durch ein Gesetz vom 14. Juli 1933 legitimiert, das gleichzeitig mit dem Gesetz verabschiedet wurde, das Deutschland zu einem Einparteienstaat machte. Das neue Gesetz befugte die Regierung, das Volk auf eigene Initiative zu bestimmten politischen Massnahmen zu befragen, ein krasser Unterschied gegenüber den Verhältnissen in der Weimarer Republik, als die Befugnis, eine Volksabstimmung

abzuhalten, allein beim Volk selbst gelegen hatte. Im Dritten Reich gerieten Plebiszite und Wahlen zu Propagandaveranstaltungen, bei denen das Regime das Wählervolk mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln mobilisierte, um den Anschein einer Legitimierung umstrittener Massnahmen durch das Volk zu erwecken.²²⁷ Die erste Gelegenheit, von diesem neuen Gesetz Gebrauch zu machen, kam mit den Reichstagswahlen am 12. November 1933. Mit der Verordnung zur Auflösung des Reichstags waren auch die Länderparlamente abgeschafft worden, deren Kollektivorgan, der Reichsrat, das Oberhaus der Reichslegislative, in den ersten Monaten 1934 aufgelöst wurde. Bei den Reichstagswahlen wurden den Wählern Einheitslisten vorgelegt, über die sie mit «ja» oder «nein» abstimmen konnten. Zur Beschwichtigung der bürgerlichen Schichten wurden auch etliche konservative Nichtparteigenossen als Hospitanten aufgenommen wie Papen und Hugenberg sowie einige wenige frühere Vertreter des Zentrums und der Deutschen Volkspartei. Eine massive Propagandakampagne einschliesslich einer Rundfunkansprache Hindenburgs wurde unterstützt durch ein vertrauliches Schreiben des Reichsinnenministers an die Landesregierungen und Gauleiter, «nach dem der Ermessensspielraum für die Gültigerklärung von Stimmzetteln besonders dann fast unbeschränkt war, wann immer eine Möglichkeit bestand, sie als Ja-Stimmen zu verbuchen». Einige kritische Geister rechneten ohnedies mit solchen Manipulationen. Victor Klemperer beispielsweise notierte am 23. Oktober in seinem Tagebuch: «Niemand wird wagen, *nicht* abzustimmen, und niemand wird die Vertrauensfrage mit nein beantworten. Denn 1. traut niemand dem Wahlgeheimnis und 2. wird ja das Neinkreuz doch als Jakreuz gelesen.»²²⁸ Die wenigsten Wähler hatten den Mut, sich offen über Manipulationen zu beschweren; dennoch wurden Verstösse gegen die Wahlbestimmungen moniert: Es kam vor, dass die Wahlumschläge innen numeriert waren, Wahlleiter füllten Stimmzettel selbst aus, bekannte Regimegegner wurden nicht in die Wahllisten eingetragen und so weiter. Personen, die im Wahllokal demonstrativ keinen Stimmzettel ausfüllten, wurden verhaftet; und die Anwesenheit von SA-Männern und NS-Funktionären in den Wahllokalen übte auf die Wähler Druck aus, ihre Loyalität zum Regime dadurch zum Ausdruck zu bringen, dass sie ihr Kreuz vor aller Augen machten statt in

der Wahlkabine. Mit Hilfe solcher und anderer Methoden erreichte das Regime eine Quote von 88 Prozent der Ja-Stimmen, obwohl fast dreieinhalb Millionen ungültige Stimmzettel abgegeben wurden. Knapp 5 Prozent der Wähler machten bei dem mit der Reichstagswahl verbundenen Plebiszit ihr Kreuz bei «nein».²²⁹

Die Methoden, die angewandt wurden, um solche Ergebnisse zu erzielen, wurden deutlich sichtbar bei der Volksbefragung, die am 19. August 1934 abgehalten wurde, um die Selbsternennung Hitlers zum Staatsoberhaupt nach dem Tod Hindenburgs abzusegnen. Wie es in den Berichten von SPD-Genossen an die Parteiführung im Prager Exil hiess, befanden sich in den Wahllokalen uniformierte SA-Leute, die «im Abstimmungsraum eine Terror-Atmosphäre schufen, die auch da ihre Wirkung nicht verfehlte, wo der Terror nicht unmittelbar zur Anwendung kam». Vielerorts hatte man die Wahlkabinen entfernt oder der Zugang zu ihnen wurde von SA-Leuten versperrt oder man hatte darüber Plakate mit abschreckenden Inschriften angebracht, z.B. «Hier hinein gehen nur Landesverräter». «Kriegsopfer und andere Vereine wurden geschlossen zur Wahl geführt und mussten offen wählen.» In vielen Wahllokalen war auf den Wahlzetteln schon das «Ja» angekreuzt. Manchmal wurden die Nein-Stimmen in einem Wahlbezirk durch dieselbe oder sogar eine höhere Zahl von Ja-Stimmen ersetzt, «so dass schliesslich mehr Stimmen gezählt wurden, als Abstimmungsberechtigte ... vorhanden waren». Der Terror wirkte je nach Region verschieden, so dass etwa in der Pfalz, wo der Terror und die Fälschungen unter Gauleiter Bürckel ein extremes Ausmass erreicht hatten, 94,8 Prozent aller Stimmberechtigten mit «Ja» stimmten, während in einigen Orten im Rheinland der Anteil der Nein- und der ungültigen Stimmen bei 40 bis 50 Prozent lag. In Hamburg betrug der Anteil der Ja-Stimmen lediglich 73 Prozent, in Berlin 74 Prozent und in manchen ehemaligen KPD-Hochburgen wie Wilmersdorf und Charlottenburg lag der Anteil der Ja-Stimmen unter 70 Prozent. Bezeichnenderweise gelang es dem Regime unter diesen Bedingungen nur, sich 85 Prozent aller Stimmen zu sichern. Fünf Millionen Wähler weigerten sich, für das Gesetz zu stimmen, indem sie entweder «nein» ankreuzten oder einen ungültigen Stimmzettel abgaben.²³⁰ Trotz des massiven Drucks auf die Wähler, für das Gesetz zu stim-

men, glaubten viele Deutsche offenbar, dass es sich um eine freie Wahl handelte. Für Luise Solmitz war es «ein Volksentscheid, von dem man gar nichts voraussagen konnte, wenigstens ich konnte es nicht».²³¹ Victor Klemperer war weniger zuversichtlich. Am 21. August schrieb er in sein Tagebuch: «Ein Drittel hat aus Angst, eines aus Betrunkenheit, eines aus Angst und Betrunkenheit ja gesagt.»²³²

Vier Jahre später hatte das Regime seine Methoden der Terrorisierung und Manipulation der Wähler so weit vervollkommen, dass bei dem Plebiszit am 10. April 1938 über den Anschluss Österreichs 99 Prozent der Wähler mit «ja» stimmten. Der Text auf dem Abstimmungszettel lautete: «Bist du mit der am 13. März vollzogenen Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich einverstanden und stimmst du für die Liste unseres Führers Adolf Hitler?»²³³ Allein schon das Junktim zwischen den beiden Fragen war eine Manipulation, da jeder, der gegen den Anschluss stimmte, damit zwangsläufig auch gegen Hitler stimmte und damit gegen die Hochverratsbestimmungen der Reichstagsbrandverordnung verstieß. Rudel von SA-Leuten durchkämmten regelmässig die Strassen, holten Menschen aus ihren Wohnungen und fuhren sie in die Wahllokale. Kranke und Gebrechliche mussten ihren Stimmzettel einem fliegenden Wahlbüro übergeben. Menschen, die sich weigerten, zur Wahl zu gehen, oder ankündigten, mit «nein» zu stimmen, wurden verprügelt oder durch die Strassen geführt, ein Plakat um den Hals, auf dem stand: «Ich bin ein Volksverräter», sie wurden durch Wirtshäuser geführt, wo man sie beschimpfte und anspuckte, oder sie wurden kurzerhand in ein Irrenhaus eingeliefert. In vielen Städten wurden bekannte Regimegegner von vornherein verhaftet und so lange in «Schutzhaft» genommen, bis die Wahllokale geschlossen wurden. In anderen Fällen wurden ihre Stimmzettel mit einer Zahl markiert, die man ohne Farbband darauf getippt hatte; dieselbe Zahl wurde ihnen in der Wahlliste zugeordnet. Am 7. Mai 1938 berichtete der Unterabschnitt Koblenz dem SD, man habe durch diese Markierung der Stimmzettel die Personen identifiziert, «die eine ungültige oder Nein-Stimme abgegeben hatten ... Die Kenntlichmachung erfolgte mit Hilfe von entrahmter Milch.» In vielen Städten wurde die überwältigende Mehrheit der Wähler gezwungen, ihre Stimme öffentlich abzugeben, an langen Tischen, an denen SA-Leute sassen; in einigen händigte man ihnen einfach Stimmzet-

tel aus, auf denen das «Ja» von den «Wahlhelfern» bereits angekreuzt war. Selbst dort, wo die Fiktion einer geheimen Wahl aufrechterhalten wurde, streute man von vornherein das Gerücht, die Stimmzettel würden markiert, so dass nötigenfalls alle Wähler während der Auszählung identifiziert werden könnten, und mancherorts traf dies auch zu. Wo sich trotz all dieser Vorkehrungen bei der Auszählung eine beträchtliche Anzahl von Stimmzetteln ergab, bei denen das «Nein» angekreuzt oder die ungültig waren, wurden diese einfach nicht mitgezählt. Erst wenn ein Wähler den ungewöhnlichen Schritt tat, seine Wahlenthaltung öffentlich zu verkünden, wie der katholische Bischof Johannes Sproll, der dies aus Protest gegen die Aufnahme von Alfred Rosenberg und Robert Ley in die Liste der NSDAP getan hatte, wurde die Stimme mitgezählt; zwar löste dieser Protest lärmende Demonstrationen von Braunhemden vor Sprolls Kirche aus und führte zu seiner Vertreibung aus der Diözese, doch das Regime hielt ihn für zu prominent, um ihn zu verhaften.²³⁴ Trotz solcher Zwischenfälle brannten viele Deutsche, welche das NS-Regime bei diesen Wahlen unterstützt hatten, vor Stolz über die Ergebnisse. «99 v. H. für den Führer», notierte Luise Solmitz triumphierend, «das muss auf das Ausland einen überwältigenden Eindruck machen.»²³⁵

VI

Wie tief sind Terror und Einschüchterung in die deutsche Gesellschaft während des Dritten Reiches eingedrungen? Eine eklatante Einschüchterung und Manipulation bei Wahlen hat möglicherweise Resultate hervorgebracht, aus denen sich nur höchst unzuverlässige Rückschlüsse auf die Einstellung der Bevölkerung ziehen lassen. Dennoch kamen darin zweifellos eine echte Zustimmung eines Gutteils der Bevölkerung zum Regime ebenso zum Ausdruck wie eine Unterdrückung jeglicher Kritik und Opposition. Zumindest bei manchen Anlässen allerdings – zum Beispiel bei der Frage der Remilitarisierung des Rheinlandes und des «Anschlusses» Österreichs – hätte vermutlich auch dann eine Mehrheit dafür gestimmt, wenn die Wahlen völlig frei gewesen wären. Ausserdem entwi-

ckelte sich der nationalsozialistische Terror, wie wir gesehen haben, sehr bald von der Realität einer fast universellen Gewalt in der ersten Jahreshälfte 1933 zu einer Drohung, der nur selten konkrete Taten folgten. 1933 wurde innerhalb kurzer Zeit ein riesiger Apparat der Überwachung und Kontrolle errichtet, um alle zu verfolgen, zu verhaften und zu bestrafen, die sich dem NS-Regime widersetzen, einschliesslich eines guten Drittels der wahlberechtigten Bevölkerung, das bei den letzten freien Wahlen in Deutschland für die Parteien der Linken gestimmt hatte. Bis Ende 1935 war die organisierte Opposition vollkommen zerschlagen. Die «Nacht der langen Messer» war auch eine Warnung an die Kritiker innerhalb der NS-Bewegung und vor allem natürlich an die Millionen Männer, die der unruhigen paramilitärischen SA angehörten. Politiker vieler anderer Parteien, von den Demokraten bis zu den Nationalisten, waren verhaftet, bedroht, sogar ermordet worden, auch dies den übrigen zur Warnung. Doch von 1936 an richtete sich der unverhüllte Terror zunehmend gegen relativ kleine Minderheiten wie hartnäckige oder überzeugte Kommunisten und Sozialdemokraten, «Asoziale» und «Arbeitsscheue», Kleinkriminelle und, wie wir später noch sehen werden, gegen Juden und Homosexuelle. Für die weitaus überwiegende Mehrzahl der Deutschen, darunter Millionen ehemaliger Kommunisten und Sozialdemokraten, die sich bedeckt hielten, trat die Drohung einer Verhaftung und Internierung in einem Konzentrationslager in den Hintergrund.²³⁶

In jüngster Zeit sind einige Historiker sogar noch weiter gegangen und haben behauptet, das NS-Regime habe überhaupt nicht mit Terror regiert. Gewalt und Einschüchterung hätten das Leben der meisten gewöhnlichen Deutschen kaum berührt. Zumindest ab 1934 sei der Terror höchst selektiv gewesen und habe sich auf kleine und marginale Gruppen beschränkt, deren Verfolgung nicht nur bei der grossen Mehrheit der Deutschen Zustimmung fand, sondern sogar in Zusammenarbeit und unter der häufig freiwilligen Mitwirkung der breiten Masse auf lokaler Ebene betrieben wurde. Die deutsche Gesellschaft während der NS-Zeit war unter diesem Blickwinkel eine «selbstüberwachende Gesellschaft».²³⁷ Das bedeutete, dass die Denunziationen nicht nur persönlich motiviert waren, sondern zu einem Gutteil weltanschauliche Gründe hatten, wie beispielsweise aus den Gestapoakten von Augsburg hervorgeht. Statistiken über Denunziationen,

in denen unter anderem Anzeigen bei der Gestapo durch Gäste in Restaurants und Kneipen oder durch Arbeitskollegen enthalten sind, sagen nichts darüber aus, wie viele der Denunzianten loyale Parteigenossen oder Mitglieder von NS-Gliederungen wie etwa der DAF waren; für etliche von ihnen dürfte dies zutreffen, bedenkt man die riesige Zahl der Personen, die bis Mitte der dreissiger Jahre in die NSDAP oder eine ihrer Gliederungen eingetreten waren. Wenn wir uns die Zusammensetzung der Insassen der Konzentrationslager in Deutschland zu einem beliebigen Zeitpunkt während des Dritten Reiches ansehen, finden wir dort tatsächlich in überwiegender Zahl Angehörige von Minderheiten, die im Allgemeinen von einem Grossteil der deutschen Bevölkerung mit Misstrauen betrachtet wurden.

Doch die These von der sich selbst überwachenden Gesellschaft schwächt die Bedeutung des Terrors und der Einschüchterung von oben nach unten für das Funktionieren des Dritten Reiches.²³⁸ Die Anzeigen und Denunziationen, die bei der Gestapo eingingen, machten nur einen extrem geringen Bruchteil sämtlicher «strafbarer» Äusserungen eines Jahres aus. Der weitaus grösste Teil wurde nie zur Anzeige gebracht. Denunziationen waren die Ausnahme, nicht die Regel, soweit es das Verhalten der grossen Mehrheit der Deutschen betraf. In Lippe beispielsweise, einem Landkreis mit 176'000 Einwohnern, gingen während des gesamten Zeitraums von 1933 bis 1945 nicht mehr als 292 Denunziationen bei der Polizei ein; das Maximum in einem einzelnen Jahr waren 51, das Minimum gerade einmal 3 Denunziationen.²³⁹ Ausserdem gingen im Jahr 1937 im gesamten Deutschen Reich nur 17'168 Anzeigen wegen Verstösse gegen das Heimtücke-Gesetz bei der Gestapo ein. Die Zahl der tatsächlichen Verstösse dürfte um das mehrere Hundertfache grösser gewesen sein. Was immer der Grund gewesen sein mag, die überwiegende Mehrzahl der Zeugen solcher strafbaren Äusserungen verzichteten auf Denunziation. Insbesondere in Arbeitervierteln muss die Furcht vor einer Ächtung, Gegendenunziation oder gar Racheakten beträchtlich gewesen sein. Ausserdem waren es keine gewöhnlichen Deutschen, von denen die Überwachung übernommen wurde, sondern es war die Gestapo; nichts geschah, solange bei ihr keine Anzeige einging, und es war allein die aktive Verfolgung von Devianz und Regime-

kritik durch die Gestapo, die Denunziationen so gefährlich machte. Nachdem sie den Widerstand der Arbeiterbewegung gebrochen hatte, widmete sich die Gestapo der Unterdrückung eines wesentlich breiteren Spektrums weniger ideologischer Formen der Kritik am NS-System, und die Folgen für jene, die von ihr vernommen und den Sondergerichten zugeführt wurden, konnten gravierend sein, von der Anwendung brutaler Gewalt und Folter durch Gestapobeamte selbst oder unter ihrer Aufsicht bei sogenannten «verschärften» Vernehmungen bis hin zu Zuchthaus- oder Lagerhaft aufgrund der Sondergerichtsurteile.²⁴⁰ Dabei verliess sich die Gestapo auf eine Vielfalt lokaler Parteifunktionäre unterschiedlicher Ränge, vom Blockwart an aufwärts. Die blossе Existenz eines solchen Netzes mit der Gestapo im Zentrum war bereits Ansporn zur Denunziation. Diese unteren Chargen wussten, dass sie selbst durch eine unterlassene Verfolgung von Verstössen gegen das Heimtücke-Gesetz in Schwierigkeiten kommen konnten; sie wussten auch, dass eine Anzeige bei der Gestapo ihnen eine Anerkennung als wahre Diener des Dritten Reiches beschereu würde. Letzten Endes waren es die Gestapo und die Gliederungen der NSDAP, die von ihr benutzt wurden oder Hand in Hand mit ihr arbeiteten, von denen die Deutschen überwacht wurden, und nicht diese selbst.²⁴¹

Zur Begründung der Behauptung, die übergrosse Mehrheit der Deutschen habe die repressive Politik des Regimes gebilligt, hat man mit Recht darauf hingewiesen, dass die Nationalsozialisten die Existenz repressiver Institutionen und Praktiken keineswegs verschwiegen, sondern regelmässig Hinrichtungen, Zuchthausstrafen, Gerichtsurteile wegen Verstössen gegen das Heimtücke-Gesetz, Regimekritik und dergleichen in den Zeitungen und anderen Propagandaorganen des Regimes bekanntmachten. Diese Tatsache beweise, dass die grosse Mehrheit der gewöhnlichen Deutschen, von der die Zeitungen gelesen wurden, gegen diese Massnahmen keine Einwände gehabt habe. Doch eine solche Publizierung von Terror gegen Abweichler und Kritiker diene in hohem Masse auch dem Zweck, Millionen gewöhnlicher Deutschen davon abzuhalten, aus der Reihe zu tanzen. Die offene Drohung mit dem Konzentrationslager gegenüber Personen, die Gerüchte über die näheren Umstände der Röhmaffäre verbreiteten, machte nur explizit, was in jedem Bericht dieser Art unausgespro-

chen enthalten war. Desgleichen darf man die Tatsache, dass hohe Polizeibeamte und SS-Führer wie Reinhard Heydrich und Werner Best in der Gestapo ein Organ sahen, das im Interesse des deutschen Volkes tätig und in seiner Mitwirkung an einer Art ethnischer und politischer «Säuberung» die gesamte Gesellschaft erfasste, nicht für bare Münze nehmen: Die NS-Ideologie wiederholte immer wieder das Selbstverständnis ihrer Träger, dass das Regime in jeder Hinsicht die Unterstützung der gesamten Bevölkerung genoss. Tatsächlich aber war die offen erklärte Totalität der Ambitionen der Gestapo nur ein weiteres Terrorinstrument mit der Absicht, in der breiten Masse der deutschen Bevölkerung die Überzeugung zu nähren, dass ihre Agenten allgegenwärtig und über alles und jeden informiert waren.²⁴²

Ausserdem darf man über den Insassen der Konzentrationslager nicht die weitaus höhere Zahl von politischen und anderen Delinquenten vergessen, die von den Gerichten verurteilt worden waren und in Gefängnissen und Zuchthäusern einsassen. Je weiter das Dritte Reich vor uns in die Vergangenheit zurückweicht, desto schwieriger wird es für die Historiker, die in demokratischen politischen Systemen und Kulturen leben, in denen die individuellen Menschen- und Bürgerrechte geachtet werden, die notwendige Vorstellungskraft aufzubringen, um das Verhalten von Menschen in Staaten wie dem Dritten Reich zu verstehen, wo jedem Folter, Zuchthaus, Lager oder gar Tod drohte, der es wagen sollte, auch nur die leiseste Kritik am Regime und seinen Führern zu äussern. Die Menschen, die eine solche Repression billigten, waren aller Wahrscheinlichkeit nach eine Minderheit, aktive Anhänger und Funktionäre der NSDAP wie die Blockwarte und eine beträchtliche Zahl bürgerlicher, konservativer Deutscher, in deren Augen die Marxisten ohnedies ins Gefängnis gehörten. Doch selbst sie wussten nur zu gut, dass sie aufpassen mussten, was sie sagten und taten, und wenn sie es noch nicht gewusst hatten, so wurde es ihnen sehr schnell klar, sobald sich auch in ihren eigenen Reihen Widerspruch regte. Die Schüsse, die Anfang Juli 1934 Kurt von Schleicher, Herbert von Bose, Edgar Jung, Gustav von Kahr, Erich Klausener und Kurt von Bredow töteten, waren eine deutliche Warnung an die Konservativen, sich zurückzuhalten, wenn sie nicht dasselbe Schicksal erleiden wollten.²⁴³

Gewöhnliche konservative Bürger wie Luise Solmitz, ohne Interesse an einem politischen Aktivismus, mögen die Augen davor verschlossen haben, dass das Regime bei der Bekämpfung seiner Gegner über Leichen ging wie im Juni 1934, da sie erleichtert waren, dass die von ihnen ersehnte Ordnung wiederhergestellt war; solchen Leuten erschienen Röhm's SA-Banden nicht weniger bedrohlich als das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold oder der Rotfrontkämpferbund aus der Zeit der Weimarer Republik. Doch in den eigenen vier Wänden können sie das Schicksal der konservativen Clique in der Umgebung von Vizekanzler Papen nicht vergessen haben. Ausserdem richtete sich die massive Einschüchterung ja nicht allein gegen jenes Drittel der Bevölkerung, das vor 1933 zur marxistischen Linken gehört hatte. Denn kaum war die Welle der Gewalt in der «Nacht der langen Messer» abgeebbt, begann die Verfolgung einer noch grösseren Minderheit als die der Marxisten. Nun rückten die deutschen Katholiken, die mit ihrer wachsenden Kritik am Regime an die Öffentlichkeit gingen, ins Visier der Nationalsozialisten. Noch umfassender waren Massnahmen wie der Erlass des Heimtücke-Gesetzes, mit dem selbst die banalsten Äusserungen der Unzufriedenheit mit der Regierung bestraft wurden, so dass gewöhnliche Bürger, die Witze über Hitler oder Göring erzählten, dafür ins Gefängnis kommen konnten. Es waren zwar hauptsächlich Männer und Frauen aus der Arbeiterschicht, doch diese stellte immerhin die Hälfte der Bevölkerung, und auch Angehörige des mittleren und höheren Bürgertums konnten wegen solcher Delikte vor ein Sondergericht kommen. Die strafrechtlichen Verfolgungen unter diesem Gesetz waren ein weiteres Mittel der Masseneinschüchterung; sie verstärkten «jenes Klima der Angst, welches die vom NS-Regime ... benötigte Spirale des Schweigens gedeihen liess». In diesem Klima konnte das Regime immer grössere Verbrechen begehen, ohne eine öffentliche Zensur oder Opposition fürchten zu müssen.²⁴⁴

Es war keineswegs so, dass der nationalsozialistische Terror sich ausschliesslich gegen kleine und verachtete Minderheiten gerichtet hätte; die Drohung einer Verhaftung, eines Gerichtsverfahrens und einer Haftstrafe unter zunehmend brutalen und gewalttätigen Umständen schwebte im Dritten Reich über jedem, sogar – wie wir an den Fällen gesehen haben, die vor ein Sondergericht kamen – über den Mitgliedern der NSDAP

selbst. Das Regime zwang die Deutschen zum Stillhalten und verhängte die vielfältigsten Sanktionen gegen alle, die es wagen sollten, sich ihm zu widersetzen; es verwirrte die Menschen systematisch und beraubte sie ihrer traditionellen sozialen und kulturellen Milieus, etwa ihrer Stammkneipen oder ihres Vereins, zumal wenn diese als potentielle Widerstandsherde galten wie im Fall der Arbeiterbewegung. Angst und Terror gehörten von Anfang an zum festen Bestand des politischen Waffenarsenals des Nationalsozialismus.²⁴⁵ Staat und Partei konnten sie einsetzen, da sie innerhalb weniger Monate nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler systematisch alle Deutschen praktisch aller Menschen- und Bürgerrechte beraubt hatten, die sie unter der Weimarer Republik genossen hatten. Das Gesetz war kein Schutz vor dem Staat, wenn das Regime oder seine Organe den Argwohn hegten, ein Bürger sei nicht bereit, seine Zustimmung zu dessen politischen Absichten und Massnahmen sichtbar zu bekunden. Im Gegenteil, es wurden unzählige neue, häufig drakonische Gesetze erlassen, die der Polizei, der Gestapo und der SS praktisch Freibriefe ausstellten, jeden festzunehmen, den sie im Verdacht hatten, von den Verhaltensnormen abzuweichen, die das Dritte Reich für seine Bürger erlassen hatte. Unter diesen Umständen war es nicht verwunderlich, dass gewöhnliche Menschen und die unteren Ränge der politischen Leiter der Partei begannen, zur Atmosphäre eines allgegenwärtigen Terrors und der Einschüchterung beizutragen, indem sie aus eigenem Antrieb ihre Mitmenschen bei der Gestapo denunzierten.

Andererseits war die Gestapo nur ein Teil eines umfassenderen Netzes der Überwachung, des Terrors und der Strafverfolgung, das in den dreissiger Jahren von den Nationalsozialisten über die deutsche Gesellschaft geworfen wurde; hinzukamen SA und SS, die Kriminalpolizei, der Strafvollzug in Zuchthäusern und Gefängnissen, die Fürsorge- und Arbeitsämter, die medizinischen Berufe, Ärzte- und Krankenhäuser, die Hitlerjugend und die Blockwarte und selbst scheinbar politisch neutrale Institutionen wie die Finanzämter, die Reichsbahn und die Reichspost. Sie alle lieferten der Gestapo, den Gerichten und den Strafverfolgungsbehörden Informationen über Nonkonformisten und Regimekritiker und bildeten ein polymorphes, unkoordiniertes, aber alles erfassendes System der Kontrolle, inner-

halb dessen die Gestapo nur eine Einrichtung unter vielen war.²⁴⁶ Was immer im Dritten Reich passierte, fand in dieser alles beherrschenden Atmosphäre von Angst und Terror statt, die nie nachliess und zum Ende hin ihre Intensität sogar noch verstärkte. «Wissen Sie, was Angst ist?» fragte ein alter Arbeiter einen Interviewer etliche Jahre, nachdem alles vorbei war. «Nein. Das Dritte Reich war Angst.»²⁴⁷ Doch der Terrorismus war nur eine unter mehreren Herrschaftstechniken. Denn den Nationalsozialisten genügte es nicht, die Bevölkerung zu einer passiven, widerwilligen Fügsamkeit zu nötigen. Sie verlangten von ihr vielmehr eine aktive, begeisterte Unterstützung ihrer Ideale und Massnahmen, sie wollten das Denken und Fühlen der Menschen verändern und eine neue deutsche Kultur schaffen, in der allein ihre Wertvorstellungen zur Geltung kämen. Das bedeutete Propaganda, und wie wir im folgenden Kapitel sehen werden, scheuten sie auch hier keine Anstrengungen, um ihre Ziele zu erreichen.

2. KAPITEL

Geistige Mobilisierung

Volksaufklärung und Propaganda

I

«Die Revolution, die wir gemacht haben», erklärte Joseph Goebbels am 15. November 1933, «ist eine totale. Sie hat alle Gebiete des öffentlichen Lebens erfasst und von Grund auf umgestaltet. Sie hat die Beziehungen der Menschen untereinander, die Beziehungen der Menschen zum Staat und zu den Fragen des Daseins vollkommen geändert und neu geformt.» Dies sei eine «Revolution von unten», vorangetrieben vom Volk: «Der Sinn der Revolution, die wir gemacht haben, ist die Volkwerdung der deutschen Nation.» Volkwerdung bedeutete die Verwirklichung einer Einheit des Geistes in der gesamten Nation; so hatte Goebbels bereits im März verkündet: «Am 30. Januar ist endgültig die Zeit des Individualismus gestorben... Das Einzelindividuum wird ersetzt durch die Gemeinschaft des Volkes... Revolutionen beschränken sich niemals auf das rein politische Gebiet. Sie greifen von da über auf alle anderen Bezirke menschlichen Zusammenlebens. Wirtschaft und Kultur, Wissenschaft und Kunst bleiben davon nicht verschont.» Hierbei konnte es keine Unparteiischen geben – niemand konnte abseits stehen und sich auf eine Objektivität oder auf ein Eigenrecht der Kunst berufen: «Die Kunst ist kein absoluter Begriff, sie gewinnt erst Leben im Leben des Volkes... Es gibt auch keine Kunst ohne Tendenz.»¹

Die Revolution, von der Goebbels sprach, war keine soziale oder wirtschaftliche Revolution wie die Französische Revolution von 1789 oder die Russische Revolution von 1917. Und sie war auch keine permanente Revolution wie sie anscheinend Röhm und seinen SA-Männern vor der «Nacht der langen Messer» vorgeschwebt hatte. Es war vor allem eine kulturelle Revolution. Den nationalsozialistischen Führern ging es um die Verankerung und Verstärkung der gerade erst eroberten politischen Macht durch eine Bekehrung des ganzen deutschen Volkes zu ihrer eigenen

Denkart. Nicht 37 Prozent der Bevölkerung, der höchste Stimmenanteil, den die NSDAP je bei freien Wahlen in Deutschland errungen hatte, sondern 100 Prozent sollten hinter ihnen stehen.² Das war die eigentliche Absicht hinter der Einrichtung des neuen Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda am 13. März 1933, dessen Leitung Hitler Goebbels übertrug, den er gleichzeitig als Reichsminister in sein Kabinett aufnahm.³ Am 25. März erklärte Goebbels, die Aufgabe seines Ministeriums sei eine «geistige Mobilisierung» des deutschen Volkes im Sinne einer permanenten Neubelebung des Geistes einer Volksmobilisierung, der in seinen Augen im August 1914 die Menschen ergriffen hatte. Der Glaube der Nationalsozialisten an die positive Wirkung der Propaganda ging ebenfalls zu einem grossen Teil auf den Ersten Weltkrieg zurück, in dem es, so glaubten die Nationalsozialisten, den Engländern gelungen war, verheerende Legenden über die Deutschen in die Welt zu setzen. Das Reichspropagandaministerium, in dem junge, überzeugte Anhänger der nationalsozialistischen Weltanschauung arbeiteten, war nicht nur bestrebt, das Regime und seine Politik in einem vorteilhaften Licht darzustellen, sondern darüber hinaus den Eindruck zu erwecken, das ganze deutsche Volk unterstütze begeistert alles, was das Regime unternahm. Von allen Elementen, die das Dritte Reich zu einer modernen Diktatur machten, war sein unablässiges Verlangen nach einer Legitimierung durch die Bevölkerung eines der auffälligsten. Fast von Anfang an versetzte sich das Regime in einen Zustand der fortwährenden plebiszitären Konsultation der Massen. Es unternahm enorme Anstrengungen, um zu gewährleisten, dass jeder Aspekt dieser Rückversicherung eine überwältigende und praktisch einstimmige Unterstützung seiner Massnahmen, seiner Politik und vor allem seines Führers ergab. Selbst wenn es sich zweifellos darüber im Klaren war, dass diese Unterstützung in Wirklichkeit alles andere als rückhaltlos war, hatte doch der blosse Anschein einer ständig neu entflammten Massenbegeisterung für das Dritte Reich und die hysterische Verherrlichung seines Führers zweifellos einen Anteil daran, dass viele ansonsten skeptische oder indifferente Deutsche dazu bewogen wurden, im Strom der öffentlichen Meinung mitzuschwimmen. Zugleich wurden auf diese Weise Gegner des Regimes so weit eingeschüchtert, dass sie schwiegen und un-

tätig blieben, überzeugt davon, dass sie ihr Ziel, die Unterstützung ihrer Mitbürger zu gewinnen, ohnehin nicht erreichen würden.⁴

Goebbels machte keinen Hehl aus der Tatsache, dass diese Legitimation des Dritten Reiches durch das Volk vom Regime manipuliert wurde. Es war die Aufgabe des Reichspropagandaministeriums, die gesamte öffentliche Darstellung des Regimes und seiner Massnahmen zu koordinieren und zu leiten. «Zur Regie gehört alles, was sich hinter den Kulissen abspielt», sagte er.⁵ Hierzu zählten Zeremonien und Rituale wie die Fackelzüge, mit denen die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 gefeiert wurde, der Staatsakt, mit dem der Reichstag am 21. März 1933 in Potsdam eröffnet wurde, der jährlich im Herbst abgehaltene Reichsparteitag in Nürnberg, der «Tag der nationalen Arbeit» am 1. Mai und vieles andere. Neue Feier- und Festtage wurden dem traditionellen Kalender hinzugefügt, wie der Geburtstag des «Führers» am 20. April und das Gedenken an den Putsch vom 9. November 1923. Überall in Deutschland wurden Strassennamen geändert, um unerwünschte oder unbequeme Erinnerungen an eine demokratische Vergangenheit zu entfernen und Hitler, einen der höchsten Parteiführer oder einen gefallenen Helden der Bewegung zu feiern. So wurde der Stadtteil Friedrichshain in Berlin 1933 in Horst-Wessel-Stadt umbenannt. In Hamburg wurde eine Strasse nach dem siebzehnjährigen Otto Blöcker benannt, einem Hitlerjungen, der bei einem bewaffneten kommunistischen Überfall auf ein «Verkehrslokal» der NSDAP am 26. Februar 1933 erschossen worden war.⁶

Doch vor allen anderen war es Hitler, der gefeiert wurde. Der Hitlerkult hatte bereits zu Beginn der dreissiger Jahre innerhalb der Partei grössere Ausmasse angenommen, doch jetzt wurde er im ganzen Land mit allen zur Verfügung stehenden staatlichen Mitteln verbreitet, und dies nicht nur in Wort und Bild, sondern auch durch unzählige, kleinere symbolische Gesten.⁷ Ab März 1933 beeilten sich deutsche Städte, Hitler die Ehrenbürgerschaft anzutragen. In fast jeder Stadt in ganz Deutschland wurde der zentrale Platz bis Ende 1933 in Adolf-Hitler-Platz umbenannt. Bereits am 20. April 1933, dem 44. Geburtstag des «Führers», sah man in allen deutschen Städten Fahnen und Spruchbänder, in den Dörfern schmückte man die Häuser mit Girlanden, in Münchens Schaufenstern prangten Hitlerbilder

und -büsten, und selbst Strassenbahnen waren mit Fähnchen verziert. Aufmärsche und Fackelzüge wurden veranstaltet, während in den Kirchen besondere Gottesdienste abgehalten wurden, um Gottes Segen für den Führer zu erbitten. Goebbels proklamierte lautstark die Parallele zwischen Hitler und Bismarck, während der bayerische Kultusminister Hans Schemm den «Führer» als einen «Künstler und Meister» rühmte, der «ein neues Gesicht Deutschlands geschaffen» und den «uns der Herrgott geschenkt» habe. Die *Münchner Neuesten Nachrichten* zitierten aus der Rede weiter: «Umspanne man die Geschehnisse von zweitausend Jahren, so müsse man feststellen, dass erst jetzt die letzte Gestaltung gefunden sei... In der Persönlichkeit Hitlers sei eine millionenfällige Sehnsucht des deutschen Volkes Wirklichkeit geworden.»⁸ Auf Plakaten und in Illustrierten, in den Wochenschauen und in Filmen wurde Hitler als der Mann aus den Schützengräben porträtiert, als der kleine Mann aus dem Volk, nicht nur als das vielseitige Genie mit Sendungsbewusstsein, sondern auch als ein bescheidener, fast einfacher Mensch, der nur wenige Bedürfnisse hatte, Reichtum und protziges Auftreten verschmähte, kinder- und tierlieb war und mitfühlend mit alten Kameraden, die in Not geraten waren, Umgang pflegte. Ob als Soldat, Künstler, Arbeiter, Herrscher oder Staatsmann, stets wurde er als ein Mann dargestellt, mit dem sich alle Schichten der deutschen Gesellschaft identifizieren konnten. Viele gewöhnliche Deutsche waren überwältigt vom Ausmass und der Intensität dieser Propaganda. Typisch hierfür waren die Gefühle, die Luise Solmitz überkam, als sie in Hamburg an einer Strasse stand und das Eintreffen Hitlers erwartete: «Nie vergesse ich den Augenblick, da er in seiner braunen Uniform langsam an uns vorüberfuhr, seinen Hitlergruss in der ihm eigenen Weise machend ... Himmelhoch brandete die Begeisterung...» Auf dem Heimweg war sie ganz mit der «Verarbeitung der grossen, eben erlebten Augenblicke» beschäftigt.⁹

Die Verankerung des Hitlerkults im Alltagsleben war nirgends so offensichtlich wie in der Einführung des «Hitlergrusses» – «Heil Hitler» – (später «Deutscher Gruss»), der in einer Verordnung vom 13. Juli 1933 im Behördenschriftverkehr zur Vorschrift gemacht wurde. Verstärkt wurde er durch den «Hitlergruss», den aufgehobenen rechten Arm, gelegentlich be-

gleitet vom deutschen Gruss, wie er für alle Bürger vorgeschrieben war, wenn die Nationalhymne oder das Horst-Wessel-Lied gesungen wurde. «Wer nicht in den Verdacht kommen will, sich bewusst ablehnend zu verhalten», hiess es in der Verordnung, «wird daher den Hitlergruss erweisen»¹⁰ Solche Rituale festigten nicht nur die formelle Solidarität der Anhänger des Regimes, sondern isolierten auch jene, die auf Distanz zum Regime gingen. Ausserdem erhöhten sie Hitlers Ansehen.¹¹ Nach dem Tod Burks und dem anschliessenden Plebiszit über das Staatsoberhaupt vom 19. August 1934, begleitet von der Parole «Hitler für Deutschland – ganz Deutschland für Hitler», kannte der Hitlerkult keine Grenzen mehr. Goebbels' schneller Propagandacoup nach der «Nacht der langen Messer» trug dem «Führer» als dem Mann, der Deutschland einmal mehr vor dem Chaos gerettet, die anmassenden Parteibonzen in ihre Schranken verwiesen und innerhalb der «Bewegung» Zucht und Anstand wiederhergestellt hatte, eine noch grössere Unterstützung ein.¹² Von nun an richtete sich jegliche Kritik am Regime aus der Bevölkerung gegen die Statthalter des «Führers». Er selbst war von jeder Kritik weitgehend ausgenommen.¹³

Seine bis dahin grandioseste Inszenierung fand der Hitlerkult auf dem Reichsparteitag in Nürnberg 1934, der zweite, der unter dem neuen Regime abgehalten wurde. Fünfhundert Züge beförderten eine Viertelmillion Menschen zu einem eigens hierfür gebauten Bahnhof. Ein riesiges Zeltlager wurde errichtet, und gewaltige Mengen an Lebensmitteln und Getränken wurden bereitgestellt, um die Massen zu versorgen. Der Parteitag selbst bestand aus einer sorgfältig einstudierten Abfolge von Ritualen. Eine ganze Woche lang feierte man die Einheit der Bewegung nach der Krise des vorangegangenen Sommers. Vor den Toren der Stadt, auf dem riesigen Zeppelinfeld, standen dichtgedrängte Reihen Hunderttausender uniformierter SA- und SS-Männer und Parteifunktionäre, die mit ihrem «Führer» eine rituelle Zwiesprache hielten. «Heil meine Männer», rief er, und hunderttausend Stimmen antworteten unisono: «Heil mein Führer.» Auf Reden, Sprechchöre und Paraden folgten nach Einbruch der Dämmerung Fackelzüge und dramatisch choreographierte Zeremonien. 130 Flakscheinwerfer, die ihr Licht senkrecht in den Himmel ausstrahlten, bildeten um die Anwesenden eine rechteckige «Kathedrale aus Eis», wie der britische Botschafter später schrieb. Scheinwerfer in der Arena richteten sich

auf dreissigtausend Hakenkreuzfahnen, während deren Träger sich durch die Reihen der SA-Männer bewegten. In einem besonders andächtigen Augenblick des Rituals wurde die «Blutfahne», die während des Münchner Putschs 1923 getragen worden war, neu geweiht; mit ihr berührte man die neuen Fahnen, um auf sie den Nimbus eines heftigen Kampfes und eines Blutopfers für die Sache zu übertragen.¹⁴

Der amerikanische Korrespondent William L. Shirer, der zum ersten Mal einem Parteitag der NSDAP beiwohnte, war entsprechend beeindruckt. «Ich glaube, dass ich einige der Gründe für Hitlers erstaunlichen Erfolg zu verstehen beginne», vertraute er am 5. September 1934 seinem Tagebuch an:

«Indem er Riten der katholischen Kirche transformiert, bringt er Prunk, Farbe und Mystizismus in das monotone Leben der Deutschen des 20. Jahrhunderts zurück. Die Eröffnungssitzung heute morgen in der Luitpoldhalle am Stadtrand von Nürnberg war mehr als eine glänzende Schauveranstaltung; sie atmete auch etwas von dem Mystizismus und der religiösen Inbrunst einer Oster- oder Weihnachtsmesse in einer grossen gotischen Kathedrale.»

Als Hitler seinen Auftritt hatte, «schritt er langsam den breiten Mittelgang nach vorn, während sich dreissigtausend Hände zum Gruss erhoben». Es folgten ihm hohe NS-Funktionäre. Hitler und seine Entourage nahmen auf einer Bühne Platz, und nachdem die Egmont-Ouvertüre gespielt war, «erhob sich Rudolf Hess ... und verlas langsam die Namen der Nazi-,Märtyrer'... Und die Dreissigtausend schienen sehr bewegt zu sein. In einer solchen Atmosphäre verwundert es dann auch nicht, dass jedes Wort Hitlers wie ein erleuchtetes Wort von oben wahrgenommen wird.» Am Tag zuvor hatte Shirer selbst erlebt, welche Wirkung die Anwesenheit Hitlers auf die Gemüter seiner Anhänger haben konnte, als der «Führer» vom nahegelegenen Flugplatz mit einem Kabriolett in die Stadt einfuhr und die rufende Menge entlang der Strassen der Altstadt grüsste. Shirer schrieb darüber:

«Gegen zehn Uhr heute abend geriet ich in eine zehntausendköpfige hysterische Menge vor Hitlers Hotel, die immer wieder schrie: ‚Wir wollen unseren Führer sehen.‘ Als Hitler schliesslich

für einen Moment auf dem Balkon erschien, war ich ein wenig geschockt von den Gesichtern um mich herum, besonders von denen der Frauen. Sie erinnerten mich an jenen wahnsinnigen Ausdruck, den ich einst im tiefsten Louisiana auf den Gesichtern einiger Holy Rollers gesehen hatte, die gerade dabei waren, in Ekstase zu geraten. Sie blickten zu ihm auf, als ob er der Messias wäre, ihre Gesichter verwandelten sich in etwas absolut Unmenschliches. Wäre er länger als diesen kurzen Moment sichtbar geblieben, so denke ich, dass viele der Frauen vor Aufregung in Ohnmacht gefallen wären.»¹⁵

Ein grosser Aufmarsch folgte nach dem anderen. Am 10. September veranstaltete die Wehrmacht auf dem Zeppelfeld ein äusserst realistisch wirkendes Manöver. Die ganze Veranstaltung schloss mit einer scheinbar endlosen Parade militärischer und paramilitärischer Einheiten durch die Strassen Nürnbergs. Das Erlebnis des Nürnberger Parteitages vermittelte Shirer einen Eindruck von der «direkten, disziplinierten Stärke» der Deutschen unter dem nationalsozialistischen Regime. Die Vermittlung des Bildes von einer neugewonnenen spirituellen Einheit durch den Aufmarsch gewaltiger Massen von Männern, die sich im Stechschritt vorbeibewegten oder in unbeweglichen Blöcken auf dem Feld standen, war der eigentliche Zweck des Parteitags; und es war die Absicht von Hitler und Goebbels, dies nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt spüren zu lassen.¹⁶

Zur Verwirklichung dieses Ziels hatte Hitler sogar dafür gesorgt, dass der gesamte Reichsparteitag 1934 gefilmt wurde. Den Auftrag hierzu hatte er der jungen Schauspielerin und Filmregisseurin Leni Riefenstahl erteilt und angeordnet, dass für sie sämtliche hierfür benötigten Mittel bereitgestellt wurden. Mit 30 Kameras, bedient von 16 Kameraleuten mit je einem Assistenten und vier Lastwagen mit Ausrüstung für die Tonaufnahmen, produzierte Leni Riefenstahl einen Dokumentarfilm, wie es ihn bis dahin noch nie gegeben hatte. 120 Mitarbeiter setzten neuartige Techniken ein wie Tele- und Weitwinkelobjektive, um eine Wirkung zu erzielen, die von vielen als hypnotisierend empfunden wurde, als der Film 1935 unter dem von Hitler selbst gewählten Titel *Triumph des Willens* freigegeben wurde. Mit dem Wort «Willen» im Titel war, wie die Regisseurin später erklärte, nicht nur der Willen des deutschen Volkes gemeint, sondern auch und vor

allem der Willen Hitlers, den Riefenstahls Aufnahmen fast ausnahmslos zeigten: wie er in einem Flugzeug durch die Wolken stiess, kurz bevor er in Nürnberg landete; wie er in seinem offenen Wagen stand, während er vom Flugplatz in die Stadt fuhr, am Strassenrand von einer begeisterten Menge begrüsst; wie er den Wagen anhalten liess, um von einem kleinen Mädchen einen Blumenstrauss entgegenzunehmen; wie er vor einem wolkenlosen Himmel zu seinen Anhängern sprach; wie er feierlich die neuen Parteifahren mit der Blutfahne berührte; und wie er sich schliesslich in der Luitpoldhalle in einen Rausch redete. Am Ende dieser Rede brach die Menge in begeisterte «Sieg Heil»-Rufe aus wie Gläubige einer Erweckungsgemeinde; schliesslich sah man, wie Rudolf Hess, das Gesicht gerötet von fanatischer Hingabe, in die Menge rief: «Die Partei ist Hitler! Aber Hitler ist Deutschland, so wie Deutschland Hitler ist! Hitler! Sieg Heil!»¹⁷

Triumph des Willens war so wirkungsvoll wegen seiner Monumentalität und seiner Darstellung gewaltiger disziplinierter Massen, die sich in vollkommener Abstimmung bewegten, als seien sie ein einziger Körper. Die leichte Auflockerung, die der Film durch Einblendungen junger SA-Männer bot, die übermütig miteinander herumbalgt, ging in die Glorifizierung des männlichen Körpers über, als gezeigt wurde, wie sie sich ihrer Kleider entledigten und in einen nahegelegenen See sprangen – ebenso ein Ausdruck der eigenen ästhetischen Vorlieben Riefenstahls wie der NS-Ideologie. Das alles überdeckte eine weniger herrliche Realität von Saufgelagen und Schlägereien zwischen SA-Leuten bis hin zum Totschlag hinter den Kulissen.¹⁸ Doch Riefenstahls Film manipulierte die Wirklichkeit auch auf subtilere Weise, indem er nicht nur die zeitliche Abfolge der Ereignisse der Veranstaltung veränderte, sondern auch, da Hitler ihr darin völlig freie Hand gelassen hatte, indem sie manche Passagen nachträglich nachspielen liess und bewusst inszenierte. Einige Szenen ergaben überhaupt erst einen Sinn, wenn sie durch den Sucher der Kamera gesehen wurden. Einer der stärksten Augenblicke des Films, als Hitler langsam das breite Spalier zwischen den schweigenden Reihen von über hunderttausend uniformierten SA- und SS-Leuten entlang schritt, hinter ihm Himmeler und der neue SA-Führer Lutze, um einen Kranz zum Gedenken an die

«Gefallenen» der Bewegung niederzulegen, kann nur auf ganz wenige von jenen, die an der Szene beteiligt waren, einen sichtbaren Eindruck gemacht haben. Die letzten Einstellungen des Films zeigten Kolonnen marschierender SA- und schwarz uniformierter SS-Männer mit Stahlhelm, so dass bei den Zuschauern kein Zweifel an der disziplinierten Gleichschaltung der deutschen Massen aufkommen konnte. Noch unheilvoller war allerdings der Primat militärischer Vorbilder in der Organisation dieser Männer, der in diesen Bildern zum Ausdruck kam. Dieser angebliche Dokumentarfilm war tatsächlich ein Propagandafilm mit der Absicht, Deutschland und die Welt von der Macht, Stärke und Entschlossenheit des deutschen Volkes unter der Führung Hitlers zu überzeugen.¹⁹ *Triumph des Willens* war der einzige Film über Hitler, der während des Dritten Reiches gedreht wurde; er sagte alles, was gesagt werden musste, und brauchte keinen Nachfolger. Er fand allgemein Beifall, nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland. Riefenstahl erhielt dafür den Nationalen Filmpreis, persönlich überreicht von Joseph Goebbels, ausserdem die Goldmedaille auf dem Filmfestival in Venedig 1935 und den Grand Prix auf dem Filmfestival in Paris 1937. Er wurde weiterhin in Kinos gezeigt und bleibt trotz seines Verbots in Deutschland nach dem Krieg einer der grossen Klassiker der Dokumentarfilmpropaganda des 20. Jahrhunderts.²⁰

Paradoxerweise war *Triumph des Willens* ursprünglich gegen den erbiterten Widerstand des Reichspropagandaministers in Auftrag gegeben und gedreht worden, nachdem ein erster Film Riefenstahls mit dem Titel *Sieg des Glaubens* im Jahr zuvor missglückt war. Riefenstahl war kein Parteimitglied und trat auch später nicht in die Partei ein, und Goebbels war verärgert über die Tatsache, dass sie den Auftrag zu dem Film von Hitler persönlich erhalten hatte. Als der Alleinverantwortliche für die gesamte Propaganda fühlte er sich übergangen.²¹ Ausserdem lief *Triumph des Willens* allen Richtlinien zuwider, die Goebbels für die Filmindustrie ausgegeben hatte. In einer Rede vor deren Vertretern am 28. März 1933 verurteilte Goebbels grobe Propagandafilme, die «so wenig mit dem Geist verwachsen [seien], dass man einen innerlichen Schauer empfinden muss»: «Die neue Bewegung erschöpft sich nicht in Parademarsch und Trompetengeschmetter.» Dagegen lobte er den Film des sowjetischen Regisseurs Sergej

Eisenstein, *Panzerkreuzer Potemkin*. An solchen Filmen könne man erkennen, «dass eben allein die Gesinnung den Film nicht macht, sondern das grosse Können». ²² Propaganda sei besonders wirksam, sagte Goebbels bei einer anderen Gelegenheit, wenn sie indirekt sei:

«Das ist das Geheimnis der Propaganda: Den, den die Propaganda fassen will, ganz mit den Ideen der Propaganda zu durchtränken, ohne dass er überhaupt merkt, dass er durchtränkt wird. Selbstverständlich hat die Propaganda eine Absicht, aber die Absicht muss so klug und virtuos kaschiert sein, dass der, der von dieser Absicht erfüllt werden soll, das überhaupt nicht bemerkt.» ²³

Ganz auf dieser Linie billigte Goebbels – möglicherweise verfasste er sie sogar selbst – eine vernichtende Kritik eines frühen NS-Films, der Anfang der dreissiger Jahren spielte. *SA-Mann Brand* erzählte holzschnittartig die fiktive und offensichtlich propagandistische Geschichte eines sechzehnjährigen Schülers aus der Arbeiter Schicht, der gegen seinen sozialdemokratischen Vater aufbegehrt und zur SA geht, an seinem Arbeitsplatz unter Mitwirkung der von Juden dominierten Gewerkschaft schikaniert und schliesslich von Kommunisten erschossen wird, ein Märtyrer für die Sache des Nationalsozialismus. In Goebbels' Augen konnte der Film der nationalsozialistischen Bewegung keine neuen Anhänger gewinnen, da er sich lediglich an jene wandte, die bereits bekehrt waren. Im Oktober kritisierte er scharf einen Film, der das Leben und Sterben des SA-Mannes Horst Wessel glorifizierte, der 1930 von einem Kommunisten erschossen worden war. Der Film hatte deutliche Parallelen zu *SA-Mann Brand*, doch mit wesentlich stärkerer antisemitischer Stossrichtung. Er porträtierte die Kommunisten, die am Ende den Helden töteten, als nützliche Idioten jüdischer Krimineller und Intellektueller. Goebbels erklärte, der Film werde dem Andenken Horst Wessels nicht gerecht. Er betonte weiterhin, dass die SA nicht auf die Bühne oder die Leinwand, sondern auf die Strasse gehöre. Eine derartige Demonstration von nationalsozialistischer Ideologie sei kein Ersatz für wahre Kunst. ²⁴

Am Morgen der Premiere des Horst-Wessel-Films, der zahlreiche prominente Persönlichkeiten in Berlin beiwohnen sollten, darunter Kronprinz Friedrich Wilhelm, ein bekannter Anhänger des Nationalsozialismus, erliess Goebbels ein formelles Vorführungsverbot.

Goebbels eigenmächtiges Vorgehen löste wütende Reaktionen bei den Befürwortern des Films aus. Zu ihnen gehörte «Putzi» Hanfstaengl, einer der alten Freunde Hitlers, der die Musik für den Film komponiert und persönlich zu einem Grossteil die Produktion finanziert hatte. Hanfstaengl beschwerte sich persönlich bei Hitler und Goebbels und fand schliesslich genügend Unterstützung in der Parteihierarchie, um eine Aufhebung des Verbots zu erreichen, wenngleich nur unter der Bedingung, dass der Titel geändert wurde in *Hans Westmar: einer von vielen*. Der Film fand grossen Beifall in der Presse und beim Publikum, das sich vielfach in den Kinos von seinen Sitzen erhob, als in der Schlusszene das Horst-Wessel-Lied erklang.²⁵ Doch Goebbels hatte sein Ziel erreicht. Der Streit hatte Hitler überzeugt, dass der Reichspropagandaminister künftig eine wirksamere Kontrolle über die Filmproduktion haben müsse. Und Goebbels nutzte sie, um sicherzustellen, dass eindeutige Propagandafilme dieser Art, die bei den «alten Kämpfern» beliebt sein mochten, aber nicht mehr zeitgemäss waren, da die Partei inzwischen fest im Sattel sass, nicht mehr produziert wurden.²⁶

II

Die dreissiger Jahre waren weltweit mit der Erfindung des Tonfilms und den ersten Farbfilmen ein goldenes Zeitalter des Kinos. Die durchschnittliche Zahl der Kinobesuche in Deutschland pro Besucher erhöhte sich zwischen 1932/33 und 1937/38 von vier auf knapp acht, und im selben Zeitraum stieg der Wert der verkauften Eintrittskarten von 240 auf fast 400 Millionen RM jährlich.²⁷ Viele berühmte Schauspieler und Regisseure waren während der ersten Hälfte der dreissiger Jahre aus Deutschland emigriert; einige von ihnen, wie Marlene Dietrich, folgten den Verlockungen Hollywoods, andere, wie Fritz Lang, gingen aus politischen Gründen. Doch die meisten von ihnen blieben. Einer der berühmtesten war Emil Jannings, der in seiner Zeit in Hollywood Ende der zwanziger Jahre für seine Darstellung in *The Last Command (Sein letzter Befehl)* den ersten Oskar überhaupt erhielt. Wieder zurück in Deutschland, spielte er die Hauptrollen in unverhohlenen politischen Filmen wie *Der Herrscher*, eine

Feier der starken Führung in Anlehnung an ein bekanntes Stück von Gerhart Hauptmann, angesiedelt in einer reichen bürgerlichen Industriefamilie nach dem Vorbild der Krupps. Die Drehbuchschreiberin Thea von Harbou, die bereits Drehbücher zu Stummfilmen wie Fritz Langs *Metropolis* und *Dr. Mabuse* geschrieben hatte, machte jetzt in den dreissiger Jahren eine zweite Karriere als Drehbuchautorin für den Tonfilm. Neue Stars wie die in Schweden geborene Zarah Leander erreichten eine enorme Popularität beim Kinopublikum. Andere, wie der deutsche Schauspieler Theodor Loos, waren fast ständig auf der Leinwand zu sehen. Eine neue Generation von Regisseuren, unter denen Veit Harlan wohl der prominenteste war, trat auf den Plan, um die Botschaft des Nationalsozialismus in Filmen zu verbreiten.²⁸ Nicht alle, die in der Filmindustrie des Dritten Reiches eine Rolle spielten, entgingen jedoch einer feindseligen Überprüfung. 1935 und 1936 forderte die Partei die Kinogänger auf, ihr Informationen über die «rassischen» und politischen Verbindungen prominenter Schauspielerinnen und Schauspieler zuzuleiten. Wiederholte Nachforschungen gab es beispielsweise bei einem der beliebtesten deutschen Stars, Hans Albers, von dem es hiess, er sei mit einer Jüdin verheiratet. Das Gerücht traf zu: Albers' Frau Hansi Burg war tatsächlich Jüdin, doch Albers hatte dafür gesorgt, dass sie während des Dritten Reiches in der Schweiz Zuflucht fand. Goebbels, dem dies bekannt war, sah keine Möglichkeit, etwas dagegen zu unternehmen, da Albers ein überaus populärer Schauspieler war, und die Vertreter des Reichspropagandaministeriums leugneten einfach die Existenz von Hansi Burg.²⁹

Filmschauspieler wie Hans Albers und Emil Jannings hatten einen wesentlichen Anteil an der aussergewöhnlichen Popularität des deutschen Films in den dreissiger Jahren. Doch solchen Erfolgen stand die schnell zunehmende Isolation der deutschen Filmindustrie gegenüber. Die Zahl der ins Ausland verkauften deutschen Filme ging rapide zurück. Das lag zu einem Teil an ihrem zunehmend politischen Inhalt und ihrem Verlust an Qualität, doch vor allem an der ablehnenden Haltung ausländischer Filmverleiher, zumal wenn sie Juden waren oder politische Einwände gegen die Überwachung hatten, der ihre deutschen Kollegen jetzt ausgesetzt waren. Noch stärker ins Gewicht fiel allerdings – zumindest aus der Sicht der Filmindustrie – das praktische Importverbot von ausländischen Filmen in Deutschland. Dieses Problem lässt sich ausgerechnet am Beispiel der Comicfigur Micky Maus verdeutlichen, die in den frühen dreissiger Jahren

in Deutschland eine breite Popularität erlangte und für einen enormen Absatz verschiedenster Produkte von Holzfigürchen bis zu Comic Strips in Zeitungen und Micky-Maus-Heftchen sorgte. Das in Pommern erscheinende Gauorgan der NSDAP, *Die Diktatur*, dekretierte 1931: «Die Micky Maus ist das schäbigste, elendste Ideal, das je erfunden wurde.» Doch das war eine seltene Ausnahme. Die Micky-Maus-Filme waren bei den deutschen Kinogängern so beliebt, dass die Zensoren der Filmprüfstelle gar nicht anders konnten, als alle *Silly Symphonies* von Disney zur Aufführung freizugeben. Disneys Cartoon *Three Little Pigs* – der amerikanische Titel wurde beibehalten – gefiel den Zensoren besonders gut, da er eine später von Disney herausgeschnittene Sequenz enthielt, in der der grosse böse Wolf an der Tür des Hauses eines der drei kleinen Schweinchen in der Verkleidung eines Bürstenverkäufers erscheint, dessen falsche Nase die Zensoren sofort als «jüdisch» interpretierten. Der Film *Der verrückte Professor*, in dem ein verrückter Wissenschaftler versucht, den Hund Pluto mit einem Huhn zu kreuzen, blieb eine seltene Ausnahme und wurde möglicherweise deshalb verboten, weil man ihn als eine Parodie auf die «rassehygienischen» Vorstellungen des Nationalsozialismus auffassen konnte, wahrscheinlicher jedoch, weil man ihn als für Kinder nicht geeignet befand.³⁰

Doch Disneys Cartoons stiessen trotz ihrer grossen Beliebtheit in Deutschland bald auf Schwierigkeiten. Der Hauptgrund war finanzieller Natur. Roy Disney, der für die finanzielle Seite des Unternehmens seines Bruders verantwortlich war, schloss am 20. Dezember 1933 einen neuen Vertrag mit der Ufa über den Verleih von Walt Disneys Filmen in Deutschland ab, doch am 12. November 1934 erhöhte die deutsche Regierung die Importzölle auf Filme um 400 Prozent, so dass die deutschen Verleiher für jeden aus dem Ausland eingekauften Film 20'000 RM zahlen mussten. Ausserdem führte sie strenge Devisenbeschränkungen ein, so dass amerikanische Unternehmen praktisch keine Möglichkeit mehr hatten, das in Deutschland verdiente Geld in Dollar umzutauschen. Infolgedessen brachen Universal und Warner Brothers ihre Geschäftsbeziehungen zu den

deutschen Verleihfirmen ab, und Disney hatte finanziell überhaupt nichts vom Erfolg seiner Filme in Deutschland. Die Situation wurde durch eine erneute Änderung der Bestimmungen am 19. Februar 1935, die vorsah, dass nach Deutschland importierte Filme gegen den Export deutscher Filme verrechnet werden mussten, noch kritischer, denn Deutschland produzierte keine Filme mehr, an denen ausländische Verleiher ein Interesse hatten. Die Haltung der US-Filmverleiher und des amerikanischen Publikums gegenüber dem Antisemitismus der Nationalsozialisten hätte den Verleih auch ohne diese Beschränkungen schwierig gemacht. Im Herbst 1937 lief der Vertrag zwischen dem Disney-Unternehmen und der Ufa aus, und obendrein musste das in Deutschland angesammelte Guthaben Disneys abgeschrieben werden, was zum Teil auf den Bankrott eines grossen Verleihs zurückging. Ein Geschäftsbesuch Roy Disneys in Berlin brachte keine Lösung, und spätestens 1939 wurden in Deutschland praktisch keine Zeichentrickfilme Disneys mehr gezeigt. Für Adolf Hitler, dem sein Propagandaminister Goebbels zu Weihnachten 1937 18 Kopien von Micky-Maus-Filmen schenkte, wurde natürlich eine Ausnahme gemacht.³¹

In der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre hatte sich die staatliche Kontrolle der deutschen Filmproduktion noch verschärft, nachdem im Juni 1933 vom Regime die Filmkreditbank gegründet worden war, um den Filmproduzenten unter den schwierigen Bedingungen der Weltwirtschaftskrise die Finanzierung ihrer Projekte zu erleichtern. 1936 finanzierte diese Bank fast drei Viertel aller deutschen Spielfilme, wobei nur diejenigen Produzenten berücksichtigt wurden, deren Projekte zuvor gebilligt worden waren. Etwa zur selben Zeit, als die Bank gegründet wurde, hatte das Reichspropagandaministerium die Reichsfilmkammer eingerichtet (14. Juli 1933), an deren Spitze ein Finanzexperte stand, der unmittelbar Goebbels unterstellt war. Damit war endgültig festgeschrieben, dass das Reichspropagandaministerium über die Anstellung und Entlassung aller in der Filmproduktion Beschäftigten zu entscheiden hatte. Alle diese Beschäftigten sowie sämtliche Lichtspielhäuser in Deutschland mussten Mitglieder der Reichsfilmkammer sein, die in zehn Abteilungen gegliedert war und sämtliche Bereiche der Filmindustrie erfasste.³² Die Einrichtung der Reichsfilmkammer ermöglichte jedoch immer noch keine vollständige

Kontrolle über die deutsche Filmwirtschaft. Im Jahre 1937 konnte Goebbels seine Position dank einer Finanzkrise der beiden grössten Filmgesellschaften, Ufa und Tobis, ausbauen, indem die beiden Unternehmen praktisch verstaatlicht wurden. 1939 produzierten die staatlich finanzierten Filmgesellschaften fast zwei Drittel aller deutschen Spielfilme.³³ Eine 1938 in Babelsberg geschaffene Deutsche Film-Akademie mit einer filmkünstlerischen, -technischen und -wirtschaftlichen Fakultät sollte die kommende Generation aller Filmschaffenden praktisch und im Geist des Nationalsozialismus ausbilden. Die finanzielle Kontrolle des deutschen Films wurde rechtlich vor allem durch das am 16. Februar 1934 erlassene Reichlichtspielgesetz unterstützt, dem zufolge alle Drehbücher vor der Verfilmung von einem Reichsfilm dramaturgen genehmigt werden mussten. Ausserdem wurde die bereits seit 1920 bestehende Filmprüfstelle, die bislang dem Innenministerium unterstand, zu einem einzigen Amt innerhalb des Reichspropagandaministeriums zusammengefasst. Und ein Zusatz zu dem Gesetz 1935 gab Goebbels die Befugnis, alle Filme zu verbieten, ohne auf diese Institutionen zurückzugreifen. Als Ansporn für die Regisseure und zur Orientierung für die Kinogänger erhielten die Filme bestimmte Prädikate wie «politisch wertvoll», «künstlerisch wertvoll» und ähnliches.³⁴

Ganz im Sinne Goebbels' wurden im Dritten Reich zahlreiche Unterhaltungsfilme produziert. Nach den vom Reichspropagandaministerium vorgeschriebenen Kategorien waren 1934 55 Prozent der in Deutschland gezeigten Filme Komödien, 21 Prozent Schauspiele und 24 Prozent politische Filme. Die Anteile verschoben sich von Jahr zu Jahr, und es gab Filme, die in mehr als eine Kategorie fielen. 1938 wurden nur noch 10 Prozent der Filme als politisch eingestuft, 41 Prozent galten als Schauspiele und 49 Prozent als Komödien. Der Anteil der politischen Filme war demnach zurückgegangen, während der der Schauspiele deutlich gestiegen war. Revuefilme, Kostümfilme, Liebeskomödien und andere Genres ermöglichten eine Flucht aus der Realität und betäubten die Sensibilität der Besucher; aber sie konnten auch in vielfältiger Weise politisch sein.³⁵ Alle diese Filme gleich welcher Kategorie mussten den allgemeinen Grundsätzen entsprechen, die von der Reichsfilmkammer festgelegt worden waren. Viele von ihnen verherrlichten «Führer» und Gefolgschaft, rühmten die

bäuerliche Verbundenheit von Blut und Boden, diffamierten Bolschewisten und Juden oder zeigten sie als Schurken in ansonsten unpolitischen Schauspielen. Pazifistische Filme waren verboten, und das Reichspropagandaministerium sorgte dafür, dass die korrekte Linie in Genrefilmen aller Art eingehalten wurde. So verwarf beispielsweise im September 1933 der *Film-Kurier* Kriminalfilme wie sie in der Weimarer Republik produziert worden waren: «Die ‚Grösse‘ liegt nicht in einer mit Metropolisphantastik hochgezüchteten Zerstörungsgigantik zersetzenden, zerstörenden Verbrechertums» – ein klarer Hinweis auf Fritz Langs *Metropolis* und *M* –, «sondern in dem grandiosen Dienst am Volk ... [durch] die Helden in Uniform und Zivil, denen dieser Kampf Pflicht und Berufsehre ist.»³⁶ Selbst Unterhaltung konnte somit politisch sein.³⁷

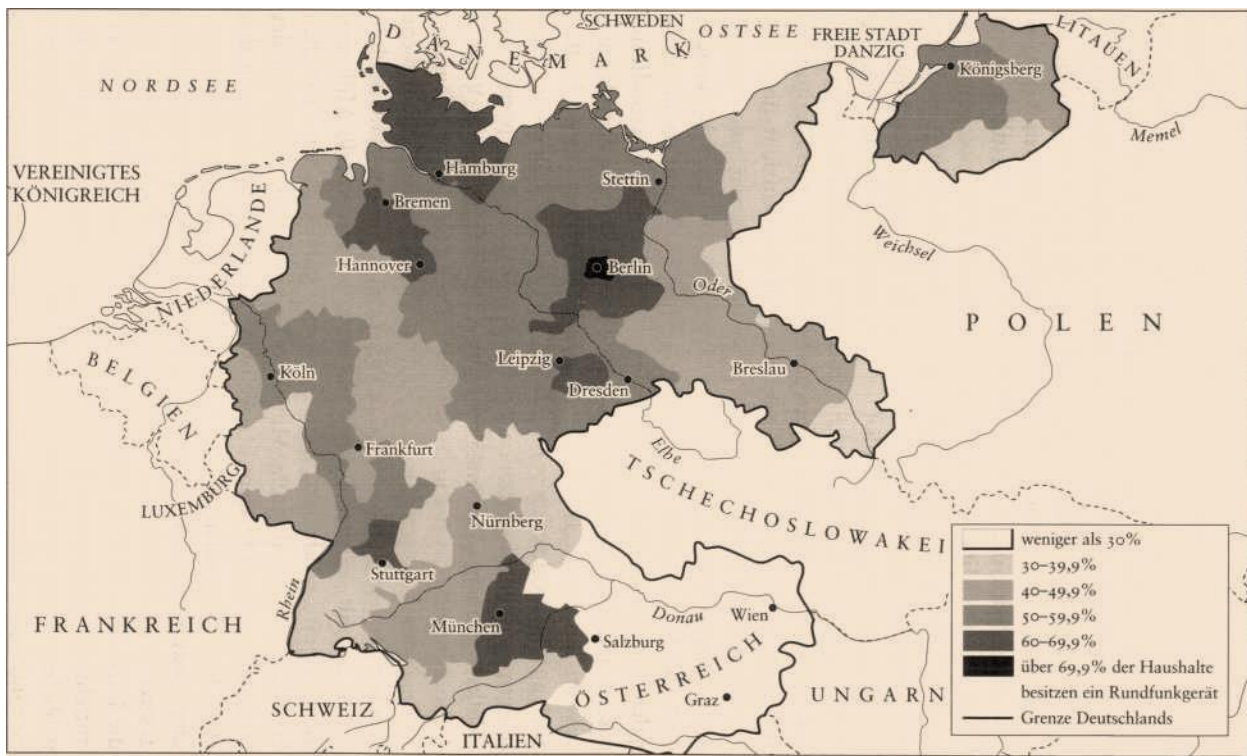
Eine direkte politische Propaganda erfolgte durch die Wochenschauen, die ab Oktober 1938 vor dem Hauptfilm gezeigt werden mussten und zur Hälfte über politische Themen berichteten neben den üblichen Sportreportagen, Sensationsmeldungen und anderem. Stilisiert, voller Klischees, in einer für den Nationalsozialismus typischen Diktion des Angriffs und des Kampfes, vom Sprecher des Begleitkommentars in einem anhaltend aggressiven Ton gesprochen und häufig Ereignisse zeigend, die eigens für den Film inszeniert worden waren, hatten diese Wochenschauen zur Wirklichkeit einen bestenfalls indirekten Bezug. Spätestens 1939 sprachen alle Wochenschauen, ursprünglich von mehreren Unternehmen angeboten, darunter die amerikanische «Fox tönende Wochenschau», mit ein und derselben Stimme, koordiniert durch ein eigenes Büro im Reichspropagandaministerium und abgesichert durch ein 1936 verabschiedetes Wochenschaugesetz. Gleich vielen anderen visuellen Quellen zur Geschichte des Nationalsozialismus muss der Historiker bei der Auswertung von Wochenschauaufnahmen ein grosses Mass an Vorsicht an den Tag legen.³⁸ Was die Zeitgenossen betrifft, so dürfte nur dem stumpfsinnigsten Kinobesucher die propagandistische Absicht der Wochenschau entgangen sein.

III

Die Wochenschauen in den Kinos waren nicht das einzige Medium, von dem die Deutschen erfuhren, was in ihrem Land und der übrigen Welt vorging; wesentlich wichtiger war der Rundfunk, der während der Weimarer Republik schnell an Popularität gewonnen hatte. Jeder, der irgendwie

mit dem Rundfunk beruflich zu tun hatte, von den Mitarbeitern der Sender über die Techniker bis zu den Radiohändlern, war Zwangsmitglied der im Herbst 1933 ins Leben gerufenen Reichsrundfunkkammer. Damit hatte das Reichspropagandaministerium die ausschliessliche Zuständigkeit für die Personalpolitik. Seit 1925 hielt das Reichsministerium für das Postwesen 51% des Kapitals der Reichsrundfunkgesellschaft. Das Ministerium beauftragte einen Reichsfunkkommissar mit der Aufsicht über den Rundfunk im Allgemeinen. Der Programminhalt war jedoch Sache der neuen regionalen Sender, die zusammen die noch bleibenden 49% des Kapitals hielten. Ab dem 1. April 1934 wurden die regionalen Sendegesellschaften zu blossen Filialen der Reichsrundfunkgesellschaft degradiert und unmittelbar dem Reichspropagandaministerium unterstellt. Die Nationalsozialisten dehnten ihren Einfluss auch auf die Produktion von Radiogeräten aus und zahlten den Herstellern enorme Subventionen, um den Kunden den Kauf preiswerter «Volksempfänger» zu ermöglichen, deren Standardversion (VE 301) 75 und deren Sparversion (DKE – der «Deutsche Kleinempfänger») 35 Reichsmark kostete. Das war nicht mehr als der durchschnittliche Wochenlohn eines Arbeiters, und der Betrag konnte notfalls auch in Raten bezahlt werden. Bereits 1933 wurden anderthalb Millionen dieser Geräte produziert. Ein Jahr später gab es in den deutschen Haushalten mehr als sechs Millionen Volksempfänger. Das war der höchste Pro-Kopf-Prozentsatz weltweit, höher noch als der in den USA. Viele Menschen auf dem Land wurden durch den «Volksempfänger» zum ersten Mal regelmässig der Regierungspropaganda ausgesetzt. Die Verbreitung der Rundfunkgeräte versetzte das Regime in die Lage, seine Botschaften auch jenen Teilen der Nation zu übermitteln, die bislang von der Welt der Politik weitgehend unberührt geblieben waren. Ein besonderes Merkmal des «Volksempfängers» bestand darin, dass er nur einen begrenzten Empfangsbereich hatte, sodass nur die Bewoh-

Karte 4: Besitz eines Rundfunkgeräts im Juli 1938



ner von Grenzregionen ausländische Sender hören konnten. Bei besonderen Anlässen sorgten die «Rundfunkwarte» dafür, dass eine Rede Hitlers oder eines anderen hohen Parteifunktionärs über Lautsprecher auf öffentlichen Plätzen, in Fabriken, Büros, Schulen und Gaststätten übertragen wurde. Auf das Ertönen einer Sirene hin sollten die Menschen alles stehen und liegen lassen und sich um das nächste Radio scharen oder sich in Hörweite eines öffentlichen Lautsprechers begeben, um gemeinsam die Sendung «Stunde der Nation» anzuhören, die jeden Abend von sieben bis acht Uhr von allen Stationen gesendet wurde. Es gab sogar Pläne für ein landesweites Netz von 6'000 Lautsprechermasten, um möglichst viele Hörer zu erreichen; nach Kriegsbeginn 1939 wurden diese jedoch nicht weiterverfolgt.³⁹

Bereits am 25. März 1933 hatte Goebbels vor Rundfunkvertretern gesagt, der Rundfunk müsse von Nonkonformisten und Linken gereinigt werden, und sie aufgefordert, entsprechend vorzugehen, andernfalls werde er das selbst übernehmen. Bis zum Sommer war dieser Auftrag gründlich erfüllt worden. Für die Entlassenen konnte das schlimme Folgen haben. Einer von vielen Betroffenen war der Romanautor, Dichter und Journalist Jochen Klepper. 1903 geboren, war er selbst zwar «Arier», doch seine Frau war Jüdin, ein Umstand, der ihn allein schon verdächtig machte. Und obwohl tiefgläubiger Protestant, hatte er eine sozialdemokratische Vergangenheit. Eine anonyme Denunziation führte im Juni 1933 zu seiner Entlassung aus dem staatlichen Rundfunk. Wie viele seiner Leidensgenossen bangte er jetzt um seine wirtschaftliche Zukunft. Die Veröffentlichung von Romanen und Gedichten war kein Ersatz für seine verlorene Stelle beim Rundfunk, und zudem hielt er es für sehr wahrscheinlich, dass man ihn auch mit einem Publikationsverbot belegen würde. «An den Beistand der Deutschen Verlags-Anstalt kann ich nicht recht glauben», schrieb er verzweifelt. «Wie soll ein Verlag heute einen Autor durchhalten, der nicht ausgesprochen ‚Hoffnung der Nation‘ ist?» Schliesslich rettete ihn ein Angebot, am Rundfunkmagazin des Ullstein Verlags mitzuarbeiten.⁴⁰ Viele andere waren gezwungen zu emigrieren oder in einen unbezahlten Vorruchstand zu treten. Doch Goebbels begnügte sich nicht mit personellen Änderungen. In der bereits zitierten Rede erklärte er auch mit bemerkenswer-

ter Offenheit: Kampfbund für deutsche Kultur war klein, aber sehr aktiv. Seine Mitgliederzahl stieg von 2'100 im Januar 1932 auf 6'000 ein Jahr später, 10'000 im April 1933 und 38'000 im folgenden Oktober. Viele der Angriffe gegen jüdische und der Linken zugehörige Musiker, zu denen es im Frühjahr und Frühsommer 1933 kam, wurden vom Kampfbund für deutsche Kultur organisiert oder angeregt, dem auch eine beträchtliche Zahl rechtsextremer Musikkritiker und Autoren angehörte. Darüber hinaus verfügte Rosenberg über eine mächtige Propagandawaffe in Gestalt des *Völkischen Beobachters*, die Tageszeitung der Nationalsozialisten, deren «Hauptschriftleiter» er war. Für Goebbels noch schlimmer war die Tatsache, dass sich Rosenbergs Auffassungen von Kunst und Musik weit mehr mit denen Hitlers deckten als mit seinen eigenen. Bei etlichen Gelegenheiten drohte Goebbels' Neigung zu kulturellen Neuerungen Rosenberg ungewollt in die Hände zu spielen.⁴⁸

Goebbels verwendete nicht viel Zeit auf Rosenberg, dessen Hauptwerk *Der Mythos des 20. Jahrhunderts* von ihm angeblich als ein «philosophischer Rülpsler» bezeichnet worden war.⁴⁹ Während das «Amt Rosenberg» eine reine Parteiinstitution war, konnte Goebbels seine starke Stellung in der Partei als Reichspropagandaleiter mit der Macht eines vollwertigen Staatsministeriums verbinden, das gleichzeitig politisch unangreifbar war, weil sein Führungspersonal aus überzeugten Parteigenossen bestand. Hitler hielt nicht sehr viel von Rosenbergs politischen Fähigkeiten, möglicherweise wegen des Durcheinanders, das dieser in der Partei angerichtet hatte, als er sie nach dem gescheiterten Putsch im November 1923 führen sollte. Deshalb lehnte er es ab, ihm ein Regierungsamt zu übertragen. Ausserdem teilte er zwar viele der schlichteren Vorurteile Rosenbergs, hatte jedoch von Rosenbergs präntiösem, pseudophilosophischen Theoretisieren eine fast ebenso geringe Meinung wie Goebbels. Er gewährte ihm zu keiner Zeit Zutritt zum inneren Kreis seiner Freunde und Weggefährten. Bereits im Sommer 1933 wurden die Aktivitäten des Kampfbunds für deutsche Kultur politisch lästig.⁵⁰ Am 22. September 1933 wurde auf Betreiben Goebbels' ein Gesetz verabschiedet, demzufolge eine Reichskulturkammer unter seiner Leitung geschaffen wurde. Sie setzte sich aus sieben Abteilungen (ebenfalls «Kammern») für die bildenden Künste, das

Theater, Schrifttum, Presse, Rundfunk, Film und Musik zusammen, die den bereits bestehenden Ministeriumsabteilungen entsprachen. Einige dieser spezialisierten Kammern existierten bereits, etwa die Reichsfilmkammer, oder befanden sich in der Gründungsphase; jetzt wurden sie staatliche Monopolinstitutionen. Auf diese Weise konnte Goebbels auch das Theater der Zuständigkeit Rosenbergs entreissen. Die gesetzliche Vorschrift, dass jeder, der in einem dieser Bereiche beruflich tätig war, Mitglied der zugehörigen Kammer sein musste, ermöglichte es Goebbels, jeden auszuschliessen, dessen Ansichten für das Regime inakzeptabel waren, und drängte Rosenberg an den Rand der kulturellen Sphäre. Goebbels benutzte die Reichskulturkammer zudem, um eine bessere Altersversorgung für die freiberuflichen «Kulturschaffenden» zu erreichen und gegen unausgebildete und unqualifizierte Mitarbeiter vorzugehen, auch wenn diese Politik ab 1935 wieder etwas abgeschwächt wurde. Gleichzeitig bemühte er sich, die Reichskulturkammer und ihre einzelnen Kammern als eine Form der kulturellen Selbstverwaltung darzustellen. Das Reichspropagandaministerium sollte sie mit leichter Hand führen, während die eigentliche Macht bei den etablierten Künstlern, Musikern und Schriftstellern lag, die sie beherrschten und den laufenden Betrieb aufrechterhielten. Auf diese Weise gewann der Reichspropagandaminister die Unterstützung der überwältigenden Mehrheit jener Deutschen, die in der einen oder anderen Form ihren Lebensunterhalt im Kulturbereich verdienten – und ihre Zahl war beträchtlich: Im Jahr 1937 waren es 35'000 in der Reichskammer der bildenden Künste, 95'600 in der Reichsmusikkammer und 41'000 in der Reichstheaterkammer.⁵¹

Die Reichskulturkammer wurde am 15. November 1933 mit einer grandiosen Zeremonie unter der Leitung von Hitler persönlich in der Berliner Philharmonie ins Leben gerufen, bei der die Berliner Philharmoniker unter der Leitung von Wilhelm Furtwängler und anschliessend unter Richard Strauss spielten, gefolgt von einer Rede Goebbels' und einem Chor aus Richard Wagners *Meistersingern* («Wacht auf! Es nahet gen den Tag!»). Rosenberg wurde am 24. Januar 1934 mit dem bombastischen, aber letztlich rein nominellen Titel «Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP» abgesteigt. Sein «Kampfbund», der 1934 in die neutralere

klingende «NS-Kulturgemeinde» umbenannt wurde, schlug sich als eine Art kulturelles Pendant zur SA weiter durch, ohne besondere Aufgabe, nachdem der Kampf gegen die Gegner des Nationalsozialismus gewonnen war. 1937 schliesslich wurde die «NS-Kulturgemeinde» in die Freizeitor- ganisation der Deutschen Arbeiterfront «Kraft durch Freude» aufgenom- men.⁵² Rosenberg kam Goebbels von Zeit zu Zeit immer wieder in die Quere, doch am Ende reichten seine Fähigkeiten doch nicht aus, um die dominierende Stellung des Reichspropagandaministers auf dem Gebiet der Kultur ernsthaft zu erschüttern, vor allem nachdem Goebbels seine tole- rante Haltung gegenüber der kulturellen Moderne aufgegeben hatte, da Hitler unbeirrbar an seiner Ablehnung dieser Strömung festhielt.⁵³

Rosenberg war nicht die einzige NS-Grösse, mit der Goebbels sich aus- einandersetzen musste. Hitler, der früher seinen Lebensunterhalt mit dem Zeichnen von Postkarten verdient hatte, pflegte ein starkes persönliches Interesse an den bildenden Künsten. Er war ein begeisterter Anhänger der Musik Richard Wagners, entwickelte eine Obsession für Architektur und verbrachte viel Zeit damit, sich in seinem Privatkino Filme anzusehen. Hermann Göring war als preussischer Ministerpräsident Herr über viele bedeutende kulturelle Institutionen, die vom Land Preussen betrieben und finanziert wurden, auch wenn er keinen Versuch unternahm, auf die Kul- turpolitik allgemein Einfluss zu nehmen. Der Reichsminister für Wissen- schaft, Erziehung und Volksbildung Bernhard Rust war ebenfalls stark in der Kulturpolitik engagiert, zumal dort, wo die Jugend davon betroffen war. Er rief ein Gremium aus namhaften Musikern ins Leben, dem unter anderem Wilhelm Furtwängler und der Pianist Wilhelm Backhaus ange- hörten und das die Programme aller Konzert- und sonstigen Veranstaltun- gen in Berlin überprüfen und faktisch zensieren sowie Institutionen wie Konservatorien und Kunstakademien beaufsichtigen sollte. Rust war vor allem damit beschäftigt, das Reichspropagandaministerium daran zu hin- dern, sich in seine Einflussphäre einzumischen, eine ständige Bedrohung angesichts der ursprünglichen Absicht dieses Ministeriums, sich auch den Bildungssektor einzuverleiben. Schliesslich gab es noch die Deutsche Ar- beitsfront DAF unter Robert Ley, der nach der Übernahme der Gewerk- schaften 1933 eine grosse Zahl von Künstlern und Musikern und deren Organisationen angehörten und die entschlossen schien, die Position, die sie dadurch im Musikleben errungen hatte, nach allen Seiten zu verteidigen.

gen. Die Kompetenzstreitigkeiten zwischen diesen verschiedenen Organisationen und ihren Führern wurden so heftig, dass das Bildungsministerium am 15. Juli 1933 sogar versuchte, jede öffentliche Diskussion über künstlerische Fragen zu verbieten, was jedoch nicht gelang.⁵⁴

Was immer sie auch unterschied und wie sehr sie in Einzelfragen verschiedene Ansichten vertreten mochten, alle Kulturorganisationen der Nationalsozialisten und ihre Führer waren sich darin einig, dass alle Juden und politischen Gegner des NS-Regimes so schnell wie möglich aus dem Kulturleben zu entfernen seien und dass der «Kultur bolschewismus» ausgemerzt werden müsse, auch wenn ihre Meinungen häufig darüber auseinandergingen, auf welche Individuen und Kunstwerke dieser Begriff anzuwenden war. In den ersten Jahren des neuen Regimes verliessen rund 2000 Künstler, Schriftsteller, Musiker, Filmschauspieler und Filmregisseure, Journalisten, Architekten und andere, die in der Kultursphäre tätig waren, ihre Heimat, einige aus politischen Gründen, die meisten aber, weil sie Juden und deshalb einem Berufsverbot ausgesetzt waren, so dass ihnen die Existenzgrundlage entzogen wurde. Der Ausschluss aller Juden aus der Reichskulturkammer nahm einige Zeit in Anspruch, unter anderem aufgrund von Einwänden des Reichswirtschaftsministeriums, das wirtschaftliche Nachteile befürchtete. Dennoch war dieser Prozess Mitte 1935 abgeschlossen.⁵⁵ Nachdem sie von Regimekritikern und Nonkonformisten sowie von allen aus «rassischen» Gründen unerwünschten Personen «gesäubert» waren, wurden die deutsche Kultur und die deutschen Massenmedien in den kommenden Jahren einer zunehmenden Reglementierung und Kontrolle unterworfen. Die vielen Auseinandersetzungen zwischen den führenden nationalsozialistischen Rivalen um eine Oberhoheit in ihren jeweiligen kulturellen Domänen konnten daran nichts ändern.

Schreiben für Deutschland

In den zwanziger und frühen dreissiger Jahren stand ausser Frage, welche Zeitung in Deutschland das höchste Ansehen im In- und Ausland hatte. Die *Frankfurter Zeitung* war auf der ganzen Welt berühmt für ihre sorgfältige und objektive Berichterstattung, ihre unparteiischen Kolumnen und ihre hohen intellektuellen Massstäbe. Wenn es eine deutsche Zeitung gab, nach der Ausländer griffen, wenn sie wissen wollten, was in Deutschland vorging, dann war sie es. Die Zahl ihrer Leser war zwar nicht sehr hoch, doch waren diese hochgebildet, und unter ihnen befanden sich viele wichtige Meinungsführer. Politisch liberal, hatte das Blatt lange Zeit seine Unabhängigkeit von den grossen Presseimperien bewahrt, die sich um Figuren wie Alfred Hugenberg oder die Familien Mosse und Ullstein gebildet hatten. Ihre editorischen Richtlinien und ihre Personalpolitik wurden nicht von einem Chefredakteur bestimmt, sondern von der kollektiven Entscheidung einer Redaktionskonferenz. Gegen Ende der Weimarer Republik geriet die Zeitung jedoch in finanzielle Schwierigkeiten und musste den I.G. Farben eine Mehrheitsbeteiligung übertragen, was sehr bald ihre redaktionelle Unabhängigkeit gefährdete, zumal wenn es um Fragen der Wirtschaftspolitik ging. 1932 vertraten die Redakteure in Leitartikeln die Meinung, es sei an der Zeit, Hitler und die NSDAP in eine Koalitionsregierung aufzunehmen und Deutschland durch eine Reform der Weimarer Verfassung im Sinn eines Präsidialkabinetts aus der Krise zu retten.⁵⁶

Die Redakteure der Zeitung hängten in den ersten Monaten des Jahres 1933 ihr Fähnchen nach dem Wind, sprachen sich in Leitartikeln für die Unterdrückung der KPD nach dem Reichstagsbrand aus und gaben ihre frühere Kritik an den Nationalsozialisten auf. Doch der liberale Ruf der *Frankfurter Zeitung* hatte zur Folge, dass am 11. März 1933 bewaffnete SA-Männer die Redaktionsräume besetzten und den Redakteuren drohten,

ihre Zeitung werde verboten, wenn sie sich nicht in jeder Hinsicht der Parteilinie unterwerfen. Sehr bald schieden die Mitarbeiter einer nach dem anderen aus, und die Redaktionskonferenz beugte sich dem Druck des Reichspropagandaministeriums, alle Juden zu entlassen; Ende 1936 gab es bei der Zeitung keinen Juden mehr; geblieben waren nur noch zwei «Halbjuden» und zwei Angestellte, die mit einer Jüdin verheiratet waren. Nachdem sie erkannt hatte, in welche Richtung die Dinge sich weiter entwickeln würden, verkaufte die Familie des Gründers der Zeitung, Leopold Sonnemann, am 1. Juni 1934 ihre Anteile an die I.G. Farben, die nunmehr 98 Prozent der Anteile am Stammunternehmen der Zeitung hielt. Zu diesem Zeitpunkt konnte das Regime es sich noch nicht leisten, den gigantischen Chemiekonzern herauszufordern, da es wegen der geplanten Aufrüstung und der Beschaffung von Arbeitsplätzen auf dessen Unterstützung angewiesen war. Die I.G. Farben hatten sich ursprünglich an der Zeitung beteiligt, um auf diese Weise eine vorteilhaftere Berichterstattung über das Unternehmen im In- und Ausland unter den Meinungsführern zu erreichen, doch die Männer im Vorstand des Konzerns wie Carl Bosch waren auch politische und kulturelle Konservative, die ein Interesse daran hatten, dass die wesentlichen Qualitätsmerkmale der Zeitung erhalten blieben. Davon abgesehen waren Hitler und Goebbels daran interessiert, den guten Ruf des Blattes im Ausland nicht zu beeinträchtigen, und wollten keinen Staub aufwirbeln, indem sie die Zeitung zwangen, ihre Linie zu radikal zu ändern. Das alles bedeutete, dass die *Frankfurter Zeitung* im Dritten Reich wesentlich mehr Freiheiten hatte als die gesamte übrige Presse.⁵⁷

So schrieben die Ausländskorrespondenten der *Frankfurter Zeitung* auch weiterhin bis Mitte der dreissiger Jahre Artikel über Kritik an den Nationalsozialisten im Ausland. Und ihre Redakteure unterliessen es vor allem im Feuilleton des öfteren, Artikel zu veröffentlichen, die aus dem Reichspropagandaministerium kamen, selbst wenn Goebbels persönlich sie dazu angewiesen hatte. Sie versuchten, manchmal mit Erfolg, Artikel zu lancieren, welche die menschlichen Werte hervorhoben, die in ihren Augen von den Nazis mit Füßen getreten wurden. Viele der 40 neuen Redaktionsmitglieder, die zwischen 1933 und 1939 eingestellt wurden, kamen aus Presseverlagen, denen es unter dem NS-Regime schlecht ergan-

gen war, unter ihnen Sozialdemokraten, Anhänger der DNVP und Katholiken. Viele von ihnen wie Walter Dirks oder Paul Sethe wurden in den Nachkriegsjahren berühmte Journalisten in Westdeutschland. Zwei andere berühmte Autoren, Dolf Sternberger und Otto Suhr, die mit Jüdinnen verheiratet waren, konnten ebenfalls ihre Stelle behalten.⁵⁸ Die Zeitung brachte vordergründig historische Artikel über Dschingis Khan und Robespierre, deren Parallelen zu Hitler für den durchschnittlich intelligenten Leser offensichtlich waren. Die Journalisten entwickelten ein Geschick, Meldungen, die nicht im «Staatsinteresse» lagen, mit Formeln einzuleiten wie «unzutreffend ist das Gerücht, demzufolge...» und in Überschriften den Inhalt einer Meldung als Lüge zu bezeichnen, die sie anschliessend in aller Ausführlichkeit wiedergaben. Die Zeitung erwarb sich schnell einen Ruf als das praktisch einzige Organ, in dem man solche Berichte finden konnte, und ihre Auflage begann wieder zu steigen.⁵⁹

Der Gestapo war klar, dass insbesondere die *Frankfurter Zeitung* Artikel enthielt, die «als Hetzschriften bezeichnet werden müssten», und war der Meinung, dass «sich die *Frankfurter Zeitung* nach wie vor zur Wahrung jüdischer Interessen verpflichtet» fühlte.⁶⁰ Bis 1938 führte die Zeitung sogar noch den Namen Leopold Sonnemanns in ihrem Titel und liess ihn erst tilgen, als sie vom Reichspropagandaministerium ausdrücklich dazu aufgefordert wurde.⁶¹ «Es ist manchmal erstaunlich», beklagte die Gestapo bei einer anderen Gelegenheit, «mit welcher Virtuosität versucht wird, nationalsozialistische Grundsätze und Gedankengänge umzudeuten und zu verbessern.»⁶² Doch mit der Zeit und vor allem nach 1936 drängte das Regime die Zeitung zunehmend in die Defensive. Unzählige Kompromisse mit den Instruktionen des Reichspropagandaministeriums waren unvermeidlich. Ein direkter Widerstand war unmöglich. Bereits im August 1933 stellte der englische Journalist Henry Wickham Steed fest, dass die einst so stolze liberale Zeitung unter dem neuen Regime zu einem «Werkzeug der Unfreiheit» geworden war.⁶³ Die Auslandspresse hörte sofort auf, Meldungen aus der *Frankfurter Zeitung* zu übernehmen, da sie der Ansicht war, sie sei ein Blatt wie jede andere deutsche Zeitung und marschiere im Gleichschritt mit der Regierung.⁶⁴ Nachdem die I.G. Farben erkannt hatte, dass es nicht mehr nötig war, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, da

es in Deutschland praktisch keine öffentliche Meinung mehr gab, verkaufte sie die Zeitung heimlich an ein Tochterunternehmen des nationalsozialistischen Eher-Konzerns in München, ohne sich gross die Mühe zu machen, die Redakteure oder die übrigen Mitarbeiter der Zeitung darüber zu informieren. Am 20. April 1939 erhielt Hitler den Verlag der *Frankfurter Zeitung* als Geburtstagsgeschenk. Ihre Funktion als ein Vehikel für freie, wenn auch verschleierte Kommentare war beendet; die Zahl ihrer Leser war rückläufig, und schliesslich stellte sie 1943 ihr Erscheinen ganz ein.⁶⁵

Dass es der *Frankfurter Zeitung* gelungen war, so lange zumindest einen Rest von Unabhängigkeit zu bewahren, war erstaunlich. Ebenso wie in den übrigen Bereichen der Propaganda und Kultur wurde die zentrale Kontrolle über die Mitarbeiter der Zeitungen mit der Schaffung der Reichspressekammer im Herbst 1933 Max Amann unterstellt. Von da an konnte niemand mehr im Pressewesen tätig sein, der nicht dieser Kammer angehörte. Amann kaufte als Chef des Eher-Verlags nach und nach immer weitere Tageszeitungen auf, indem er die schlechte finanzielle Lage der Presseverlage während der Weltwirtschaftskrise ausnutzte und konkurrierenden Blättern den Geldhahn zudrehte, indem er nur noch die NS-Presse mit staatlichen Inseratenaufträgen versorgte. Viele Leser, die nicht durch den Bezug einer liberalen Zeitung auffallen wollten, wechselten zu anderen Tageszeitungen. Anfang 1934 war die Auflage des liberalen *Berliner Tageblatts* von 130'000 auf unter 75'000 und die der angesehenen *Vossischen Zeitung* von 80'000 auf knapp unter 50'000 gesunken. Die Nationalsozialisten dehnten ihr Presseimperium von 59 Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von 782'121 Exemplaren Anfang 1933 bis zum Jahresende auf 86 Zeitungen mit einer Gesamtauflage von über drei Millionen Exemplaren aus. 1934 kauften sie das grosse jüdische Verlagshaus Ullstein, in dem einige der angesehensten deutschen Zeitungen erschienen. Dank neuer Bestimmungen der Reichspressekammer vom April 1935, mit denen konfessionelle Zeitungen und all jene Blätter, die «Sonderinteressen» verfolgten, verboten wurden, und die Geschäftsunternehmen, Stiftungen, Gesellschaften und andere Organisationen vom Besitz von Presseunternehmen ausschlossen sowie Amann die Möglichkeit boten, Zeitungsverlage zu schliessen, die finanzielle Probleme hatten oder «Nichtariern»

gehörten, war dieser in der Lage, in den Jahren 1935/36 zwischen 500 und 600 Zeitungsverlage stillzulegen oder aufzukaufen. 1939 besass oder kontrollierte der Eher-Konzern mehr als zwei Drittel der deutschen Zeitungen und Illustrierten.⁶⁶

Während Amann damit beschäftigt war, die deutsche Presse aufzukaufen, erweiterten Goebbels und sein Verbündeter Otto Dietrich, Pressechef der NSDAP, ihre Kontrollen der in der Presse verbreiteten Inhalte. Dietrich sorgte für die Bekanntmachung eines neuen «Schriftleiter»-Gesetzes am 4. Oktober 1933, das die Chefredakteure persönlich für den Inhalt ihrer Zeitungen verantwortlich machte, nahm den Eigentümern der Presseverlage das Recht, ihre Mitarbeiter selbst einzustellen und zu entlassen, und verpflichtete die Redakteure «aus den Zeitungen alles fernzuhalten... was geeignet ist, die Kraft des Deutschen Reichs nach aussen oder im Innern, den Gemeinschaftswillen des deutschen Volkes, die deutsche Wehrhaftigkeit, Kultur oder Wirtschaft zu schwächen». Die Mitgliedschaft im Reichsverband der deutschen Presse war jetzt vom Gesetz zwingend vorgeschrieben und konnte aberkannt werden, wenn ein Journalist gegen einen Verhaltenskodex verstieß, der von Landesgerichten erlassen wurde. Infolgedessen wurde innerhalb von zwei Jahren nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler gegen 1'300 jüdische, sozialdemokratische und linksliberale Journalisten ein faktisches Berufsverbot verhängt. Auf diese Weise sicherte sich Goebbels die Kontrolle der Presse durch Redakteure und Journalisten, während Amann diese durch die Reichspressekammer und die Verlageigentümer sicherstellte.⁶⁷ Auf der regionalen und lokalen Ebene dagegen, wo NS-Funktionäre der mittleren Ränge von sich aus eine Kontrolle der Presse aufbauten, wurden häufig beide Methoden gleichzeitig angewandt, zumal wenn ein regionaler Zeitungsverlag gegründet wurde. Die Erzwingung der Schliessung konkurrierender Blätter durch welche Methode auch immer beseitigte nicht nur weltanschauliche Alternativen zu den lokalen NS-Zeitungen, sondern verwandelte diese häufig vor sich hin krebssenden Kleinverlage in blühende und profitable Unternehmen.⁶⁸

Unangefochten an der Spitze stand jedoch die Zeitung der NSDAP, der *Völkische Beobachter*. Dieser war die einzige überregionale deutsche Tageszeitung und erschien gleichzeitig in Berlin und München.

Als Sprachrohr der Parteiführung wurde sie zur Pflichtlektüre für die treuen Anhänger der Partei und überhaupt für jeden, der erfahren wollte, was er denken und glauben sollte. Vor allem Lehrer abonnierten sie, um sie in der Schule einzusetzen und gelegentlich auch – bevor sie Kritik an Stil und Inhalt der Schüleraufsätze übten – um zu überprüfen, ob eventuell aus dem Parteiorgan abgeschrieben worden war. Die Auflagenzahl des *Völkischen Beobachters* stieg zwischen 1932 und 1941 von 116'000 auf 1,1925 Millionen; damit war dies die erste deutsche Zeitung, von der täglich über eine Million Exemplare gekauft wurden. Ihr Hauptschriftleiter Hauptmann Wilhelm Weiss bemühte sich zwar, die Artikel der Zeitung sachlich und informativ zu gestalten, ermutigte jedoch gleichzeitig die Journalisten, einen einschüchternden, drohenden, triumphierenden Ton anzuschlagen und so tagtäglich das Selbstbewusstsein der nationalsozialistischen Macht und die Entschlossenheit der Partei zu signalisieren, jeden zu vernichten, der für sie eine Bedrohung darstellte. Er konnte jedoch Max Amann nicht dazu bewegen, hauptberufliche Ausländskorrespondenten einzustellen. So war die Zeitung in ihrer Auslandsberichterstattung auf Meldungen von Presseagenturen angewiesen. Neben dem *Völkischen Beobachter* gab es ein breites Spektrum anderer Zeitungen und Zeitschriften, vor allem Julius Streichers antisemitisches Hetzblatt *Der Stürmer*, dessen Auflage 1937 500'000 Exemplare betrug gegenüber 65'000 drei Jahre zuvor, was weitgehend auf Sammelbestellungen der verschiedenen Parteigliederungen zurückzuführen war. *Der Stürmer* wurde überall auf der Strasse verkauft, und an vielen Strassenecken hingen «Stürmerkästen» mit der aktuellen Titelseite als Aushang. Viele seiner Berichte waren so offensichtlich erfunden, etwa über einen angeblichen Ritualmord in Breslau, dass immer wieder einzelne Ausgaben von der Polizei beschlagnahmt wurden. Wegen seines sadistischen und pornographischen Inhalts lehnten es selbst Anhänger des Regimes ab, diese Zeitschrift zu beziehen; sogar die Parteiführung sah sich gelegentlich gezwungen, den Verkauf einzelner Nummern zu verbieten. Andererseits wurden unzählige Leserbriefe abgedruckt, in denen die Schreiber ihre Nachbarn und Bekannten denunzierten, die angeblich den Hitlergruss unterlassen hatten, Umgang mit Juden pflegten oder abfällige Äusserungen über das Regime getan hatten, und es ge-

hörte als unerträglich empfunden.» Ausserdem, so hiess es in dem Bericht weiter, sehe der nationalsozialistische Leser nicht ein, «warum von der nationalsozialistischen Presse Dinge verschwiegen werden, die man sonst überall lesen und hören kann». Der Verfasser des Berichts vertrat die Meinung, «es müsste von Zeit zu Zeit eine amtliche Erklärung veröffentlicht werden, damit die Bevölkerung sich nicht nur durch Gerüchte und ausländische Zeitungen unterrichtet». ⁷⁴ Zu diesen ausländischen Zeitungen gehörten vor allem die deutschsprachigen Presseerzeugnisse aus der Schweiz, von denen eine wachsende Zahl selbst in kleineren Ortschaften abseits der grossen Städte verkauft wurde.

Doch das Regime fand Mittel und Wege, auch dieses Problem in den Griff zu bekommen, und nicht nur indem es von der Möglichkeit Gebrauch machte, einfach die Einfuhr ausländischer Presseerzeugnisse zu unterbinden. Die Reichspressekammer kontrollierte den Reichsverband der deutschen Bahnhofsbuchhändler, und vor diesem Hintergrund ist die folgende Meldung zu verstehen, die am 11. August 1934 im *Berliner Lokal-Anzeiger* erschien: «Die Reichsbahnhauptverwaltung ist darauf hingewiesen worden, dass Bahnhofsbuchhandlungen den Reisenden ausländische Zeitungen, auch wenn nicht nach solchen gefragt war, in erster Linie angeboten hätten. Eine derartige Förderung der Verbreitung ausländischer Zeitungen wird, wie es in einem Erlass der Reichsbahn heisst, von dieser nicht gebilligt, da es erste Pflicht der Bahnhofsbuchhändler sein muss, deutsches Gedankengut zu verbreiten. Die Pächter der Bahnhofsbuchhandlungen sollen angewiesen werden, alles zu unterlassen, wodurch die Verbreitung ausländischer Zeitungen gefördert werden kann.» Was für die Bahnhofsbuchhandlungen galt, das galt auch für die grossen Nachrichtenagenten. ⁷⁵ Angesichts solcher Restriktionen war es nicht verwunderlich, dass die Leser gegenüber dem, was die deutschen Zeitungen schrieben, immer misstrauischer wurden, wie aus den Lageberichten der Gestapo der Jahre 1934/35 hervorgeht. Sie wandten sich deshalb anderen Informationsquellen zu. Allein im Jahr 1934 ging die Auflage der Parteizeitungen um eine Million Exemplare zurück, und sie wäre in diesem und den folgenden Jahren noch stärker zurückgegangen, hätte es nicht die Sammelbestellungen der NS-Organisationen gegeben. In Köln ging die Auflage der NS-Zeitungen von 203'000 im Januar 1934 auf 186'000 im Januar 1935 zurück,

während die der katholischen Lokalzeitung im selben Zeitraum von 81'000 auf 88'000 anstieg. Ähnliche Entwicklungen waren auch in anderen Teilen Deutschlands zu beobachten. Es war deshalb alles andere als überraschend, dass am 24. April 1935 die «Amann-Anordnungen» eingeführt wurden, die es ermöglichten, einer Zeitung die Lizenz zu entziehen, wenn diese Skandalnachrichten brachte oder über Geschehnisse in einer Form berichtete, «die der Bedeutung für die Öffentlichkeit nicht entspricht und die geeignet ist, Anstoss zu erregen oder der Würde der Presse zu schaden». Des Weiteren sollten Zeitungsverlage «zwecks Beseitigung ungesunder Wettbewerbsverhältnisse» geschlossen werden können. Der Parteipresse ging es danach etwas besser, aber nur, weil der Wettbewerb ausgeschaltet war und die Menschen durch Drohungen und Einschüchterung gezwungen wurden, nunmehr Zeitungen aus dem Amann-Verlag zu beziehen.⁷⁶

Die Kontrolle über die Presse wurde somit nach und nach verschärft, da das Regime eine ganze Reihe von Möglichkeiten entdeckte, die Regimekritik zum Schweigen zu bringen. Journalisten, Redakteure und andere Zeitungsmitarbeiter mussten beständig schwierige Entscheidungen treffen, wie weit sie den Befehlen von oben folgen konnten, ohne ihre berufliche Integrität ganz aufzugeben. Im Lauf der Zeit blieb ihnen jedoch kaum eine andere Wahl als fast vollständig zu kapitulieren. Wer dies nicht tat, wurde von seinem Posten entfernt. Entgegen seiner lautstark verkündeten Ermahnung an Programmdirektoren der Rundfunksender und Presseleute, ihr Publikum bzw. ihre Leser nicht zu langweilen, hatte schliesslich Goebbels selbst Funk und Presse in eine Zwangsjacke gesteckt. Dies führte zu weitverbreiteten Beschwerden über die monotone Berichterstattung der beiden meinungsbildenden Medien und die Gefügigkeit ihrer Mitarbeiter. Schon 1934 hatte Goebbels auf dem Reichspresstetage des Reichsverbandes der Deutschen Presse seine Zufriedenheit darüber geäußert, dass die Presse inzwischen auf die laufenden Ereignisse in der richtigen Weise reagiere, ohne dass man ihr sagen müsse, was zu tun sei.⁷⁷ Mit seinem üblichen Zynismus kommentierte er allerdings einige Jahre später: «Ein anständiger Journalist, der noch ein Ehrgefühl im Leibe hat, kann sich unmöglich mit den Praktiken der Presseabteilung der Reichsregierung einverstanden erklären.»⁷⁸

II

In seinem Roman *Kleiner Mann – was nun?*, der im Juni 1932 erschien, schuf Hans Fallada den letzten ernsthaften Roman der Weimarer Republik, der ein Bestseller wurde. Innerhalb der ersten zehn Monate nach Erscheinen erreichte er einen Absatz von 40'000 Exemplaren, wurde in nicht weniger als zehn Tageszeitungen in Fortsetzungen abgedruckt, wurde verfilmt und rettete den Verleger Ernst Rowohlt vor dem fast sicheren Bankrott. Der Titel selbst schien das Dilemma vieler Deutscher in den bedrückenden letzten Monaten 1932 zusammenzufassen, als es keinen Ausweg mehr aus der Wirtschaftskrise und der politischen Sackgasse zu geben schien. Viele Leser konnten sich mit dem Protagonisten des Buchs identifizieren, dem kleinbürgerlichen Buchhalter Johannes Pinneberg, der eine Demütigung nach der anderen hinnehmen muss. Die Schwangerschaft seiner Freundin ändert seinen Alltag von Grund auf, und er muss sie trotz der Feindseligkeit ihres Vaters heiraten. Er tut alles, um eine Wohnung für sich und seine Frau zu finden. Als das Kind geboren ist, muss er sich an das Familienleben gewöhnen. Schliesslich verliert Pinneberg seine Arbeitsstelle und reiht sich in die Masse der Arbeitslosen ein. Doch im Unterschied zu den übrigen Personen des Buchs verlegt er sich nicht auf das Verbrechen, um zu überleben. Er bleibt aufrecht und anständig trotz aller Widrigkeiten. Daran hat seine Frau einen wesentlichen Anteil, die nach Überwindung ihrer anfänglichen Unerfahrenheit ein Familienleben schafft, das zu einer Zuflucht vor der Grausamkeit und Härte der Aussenwelt wird. Am Ende ist es die Frau, «Lämmchen», die zur Hauptfigur des Romans wird und deren Porträt wesentlich zur Popularität des Buchs beitrug.⁷⁹

Hans Fallada, so das Pseudonym des 1893 in Greifswald geborenen Rudolf Ditzen, war kein grosser Schriftsteller, keine bedeutende Figur in der literarischen Welt. Seine Romane und Erzählungen wurden vor allem populär wegen ihres unsentimentalen Realismus und ihres genauen Blicks auf die Dinge des täglichen Lebens. Seinem Charakter nach war er sehr deutsch und hätte in jedem anderen Land kaum von seiner Schriftstellerei leben können. Eine Auswanderung kam deshalb nicht für ihn in Frage, und Autor und Nichtjude sah Rudolf Ditzen sowieso nicht ein, warum er Deutschland verlassen sollte.⁸⁰ Als ein Mann, der keiner Partei angehörte

und zu sehr als weitgehend unpolitischer der Unterhaltungsliteratur verpflichtet war, als dass ihn etwa die Preussische Akademie der Künste in ihre Reihen aufgenommen hätte, war er für das Regime nicht besonders bedenklich. Seine Bücher gehörten nicht zu denen, die am 10. Mai 1933 in den deutschen Universitätsstädten auf dem Scheiterhaufen der literarischen Freiheit verbrannt wurden. Aber ausser dem Schreiben hatte er keine Möglichkeit, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Ausserdem war er Alkoholiker. Während der Weimarer Republik kam er wegen Drogensucht, Alkoholismus und krimineller Delikte mehrfach ins Gefängnis und in Heilanstalten. Die Erfahrungen, die er dort gemacht hatte, verarbeitete er in seinem Roman *Wer einmal aus dem Blechnapf frisst*, der im November 1933 fertiggestellt wurde.⁸¹

Damit das Buch erscheinen konnte, hielt Ditzen es für notwendig, ein Vorwort zu schreiben, in dem er behauptete, dass die in dem Buch geschilderten entsetzlichen Verhältnisse in deutschen Gefängnissen der Vergangenheit angehörten, eine Behauptung, von der er gewusst haben musste, dass sie nicht der Wahrheit entsprach. Selbst sein Verleger Ernst Rowohlt hielt dies für «zu schmeichlerisch». Doch Rowohlt war selbst gezwungen, Kompromisse zu machen. Die Hälfte der Bücher, die er bisher verlegt hatte, war inzwischen verboten, und um den Verlag am Leben zu halten, brachte er jetzt genehmere Titel heraus und verlegte bekannte Rechtskonservative, wengleich keine Nationalsozialisten, wie Ernst von Salomon, einen nationalistischen Autor, der in den Mord an Walther Rathenau verwickelt war. Hinter den Kulissen hatte Rowohlt sich auch um amerikanische Visa bemüht, um seinen jüdischen Autoren die Auswanderung zu ermöglichen, obwohl er als Privatunternehmer bis 1936 nicht verpflichtet war, jüdische Mitarbeiter seines Verlags zu entlassen, und an wichtigen Personen festhielt wie dem jüdischen Lektor Falladas, Paul Mayer. Als Folge der erzwungenen Streichung zahlreicher Autoren aus seinem Programm gingen die Einnahmen aus dem Verkauf von Rechten an das Ausland stark zurück. Rowohlt trat in die NSDAP ein, um seine Lage soweit es ging zu erleichtern, und beschäftigte heimlich jüdische Schreibkräfte

und Korrektoren sowie kommunistische Illustratoren auf Honorarbasis. Das alles konnte ihn jedoch nicht retten; der Verlag wurde vom Ullstein Verlag übernommen, der jetzt zum nationalsozialistischen Eher Verlag gehörte. Im Juli 1938 wurde er aus der Reichskulturkammer ausgeschlossen und durfte keine Bücher mehr verlegen. Sein Unternehmen ging an die Deutsche Verlags-Anstalt, die es schliesslich abwickelte. Rowohlts wanderte nach Brasilien aus, kehrte jedoch überraschend 1940 zurück, weil er glaubte, dass das Hitlerregime kurz vor dem Ende stehe.⁸²

Das alles machte das Leben für Ditzen zunehmend schwierig, da er in starkem Masse auf die persönliche Unterstützung seines Verlegers angewiesen war. Nachdem er sich auf sein bescheidenes und abgelegenes Landgut in Mecklenburg zurückgezogen hatte, hoffte er seinen Lebensunterhalt als Verfasser von Märchen- und Kinderbüchern bestreiten zu können. In seinen ernsthaften Sozialromanen bemühte er sich, dem Regime die nötigen Zugeständnisse zu machen und gleichzeitig den innersten Gehalt seiner Arbeiten zu bewahren und sich nicht für den Antisemitismus des Regimes einspannen zu lassen. Das war nicht einfach für einen Schriftsteller, der in seinen Romanen ausschliesslich das deutsche Alltagsleben thematisierte. 1934 versuchte Ditzen einen Mittelweg zu finden, indem er in einer Neuauflage des Romans *Kleiner Mann – was nun?* alle Hinweise auf die SA tilgte. Aus einem gewalttätigen SA-Mann machte er einen aggressiven Torwart, während er die positive Darstellung der jüdischen Romanfiguren beibehielt und es ablehnte, die Schilderung der Sympathien seiner Heldin «Lämmchen» für den Kommunismus zu streichen. Dagegen wurde sein Roman *Wer einmal aus dem Blechnapf frisst* in der nationalsozialistischen Presse wegen seiner angeblich mitfühlenden Haltung gegenüber den «verkommenen Verbrechern» angegriffen. Ditzen reagierte darauf mit einem neuen Roman *Wir hatten mal ein Kind* (1934), dessen Handlung in ländlicher Umgebung in Norddeutschland angesiedelt ist und der die Nationalsozialisten aufgrund ihrer Ideen von «Blut und Boden» ansprechen mochte, auch wenn ihm die meisten wesentlichen Merkmale des Genres fehlten wie erdverbundene Mütter, Rassismus, Antiintellektualismus und vor allem die Vorstellung eines Kontakts mit dem Land als einer Quelle der nationalen Erneuerung (tatsächlich ist die Hauptperson im Leben ein Versager und bleibt es bis zum Schluss).⁸³

Unter dem wachsenden Druck des Regimes geriet Ditzen bei seinem Balanceakt zunehmend ins Taumeln. Sein nächster Roman *Altes Herz geht auf die Reise*, nicht gerade eine seiner stärksten Arbeiten, brachte ihn in Schwierigkeiten, da er das Christentum und nicht den Nationalsozialismus als Grundlage für die Einigung des Volkes darstellte. Nach Erscheinen stufte die Reichsschrifttumskammer Ditzen als «unerwünschten Autor» ein. Obwohl diese Kategorisierung bald darauf zurückgenommen wurde, begann Ditzen unter erneuten Anfällen von Depression zu leiden, die so ernst waren, dass er sich in ein Krankenhaus begeben musste. Dagegen fand ein weiterer Roman, *Wolf unter Wölfen*, der die Inflation von 1923 thematisierte, eine positivere Aufnahme bei den Nationalsozialisten («ein phantastisches Buch» notierte Goebbels am 31. Januar 1938 in seinem Tagebuch). Sie billigten sein ätzend kritisches Bild der Weimarer Republik, und als das Buch 1937 erschien, fand es zahlreiche Käufer. Nach diesem Erfolg schrieb Ditzen den Roman *Der eiserne Gustav*, eine Familiensaga, in deren Mittelpunkt ein konservativer Fuhrunternehmer steht, der sich weigert, seinen Betrieb auf Kraftfahrzeuge umzustellen. Ursprünglich als ein Filmdrehbuch für Emil Jannings gedacht, zog das Manuskript Goebbels' Aufmerksamkeit auf sich, der entgegen den Absichten des Schriftstellers von Ditzen verlangte, die Geschichte bis zur Machtergreifung weiter zu schreiben und zu zeigen, wie der Held ein Nationalsozialist und der Bösewicht Kommunist wurde. Obwohl Ditzen sich den Wünschen Goebbels' fügte, wurde der Film nie gedreht, weil Alfred Rosenberg schwere Einwände dagegen erhob, auch nur einen einzigen Roman von Hans Fallada zu verfilmen. Das Buch wurde schnell aus den Buchläden entfernt, nachdem es als zersetzend und subversiv kritisiert worden war. *Der eiserne Gustav* sollte Ditzens letzter ernster Roman sein, der im Dritten Reich erschien. Der nächste, *Der Trinker*, eine realistische Schilderung des Abstiegs eines Mannes in den Alkoholismus, geschrieben in der ersten Person, lief allem zuwider, was in den Augen der Reichsschrifttumskammer in einem literarischen Werk thematisiert werden sollte. In den Roman eingegangen – auf den Seiten eines Manuskripts, das der Autor, nachdem er die Seiten vollgeschrieben hatte, auf den Kopf gestellt, zwischen den Zeilen mit winzigen Buchstaben erneut beschrieben und diesen Vorgang

noch einmal wiederholt hatte, so dass das Werk äusserst mühselig zu entziffern war –, war eine ausführliche Schilderung von Ditzens Leben unter dem Nationalsozialismus, durchsetzt mit einer scharfen Kritik am Dritten Reich und von Schuldgefühlen wegen der Kompromisse, die er geschlossen hatte. Das Manuskript wurde erst nach Ditzens Tod 1947 in seinem Nachlass entdeckt. Während der Niederschrift sass er in einer geschlossenen Anstalt für unzurechnungsfähige Verbrecher. In einem Brief an seine Mutter nach dem Krieg bezeichnete er sich als einen schwachen, aber niemals schlechten Menschen.⁸⁴

III

Die Seelenqualen Rudolf Ditzens zeigen, wie begrenzt die Möglichkeiten für Autoren waren, die in Deutschland zurückblieben. Fast alle international berühmten Schriftsteller befanden sich im Exil, darunter Thomas und Heinrich Mann, Lion Feuchtwanger, Bertolt Brecht, Arnold Zweig, Erich Maria Remarque und viele andere. Hier organisierten sie bald gemeinsame Verlage, gründeten verbotene Zeitschriften neu, organisierten Vortrags- und Lesereisen und versuchten, die übrige Welt vor der Bedrohung durch den Nationalsozialismus zu warnen. Viele der inzwischen zu Klassikern gewordenen Darstellungen des Aufstiegs Hitlers und seiner Partei und der ersten Jahre nach der Machtergreifung in Romanform entstanden in diesem Exilmilieu in der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre, von Feuchtwangers *Die Geschwister Oppermann* bis zu Arnold Zweigs *Das Beil von Wandsbek*. In einigen dieser Werke wie auch in Brechts Drama *Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui* wurde die Frage gestellt, warum niemand Hitlers Aufstieg zur Macht verhindert hatte; andere, wie Klaus Mann in dem Roman *Mephisto*, gingen den persönlichen und moralischen Motiven derjenigen «exponierten Persönlichkeiten aus Kultur und Wissenschaft» nach, die in Deutschland geblieben waren, um mit dem Regime zusammenzuarbeiten. Natürlich konnte keine einzige dieser Veröffentlichungen im Deutschen Reich selbst vertrieben werden. Jeder Autor, der während der Weimarer Republik mit der antifaschistischen Bewegung in Verbindung gestanden hatte und in Deutschland geblieben war, wurde

entweder von der Gestapo überwacht oder befand sich in einem Gefängnis oder Lager.⁸⁵

Der wohl Prominenteste von ihnen war der pazifistische Journalist und Essayist Carl von Ossietzky, der Herausgeber der berühmten linken Zeitschrift *Die Weltbühne*, der bis zum 30. Januar 1933 nicht aufgehört hatte, Hitler zu verspotten. Seit den ersten Tagen des Dritten Reiches in einem Konzentrationslager festgehalten und von den Wärtern schwer misshandelt, wurde Ossietzky zum Gegenstand einer internationalen Kampagne mit dem Ziel, ihm den Friedensnobelpreis zuzuerkennen, unter anderem für seine Enthüllung der geheimen deutschen Wiederbewaffnung Ende der zwanziger Jahre. Mit der Kampagne gelang es, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf Ossietzkys schlechten Gesundheitszustand zu lenken und das Internationale Rote Kreuz zu bewegen, auf das Hitlerregime Druck auszuüben, Ossietzky freizulassen. Eine kontinuierliche Berichterstattung in der Auslandspresse über die Misshandlungen und Beschimpfungen, denen Ossietzky ausgesetzt war, hatte die gewünschte Wirkung, und im Mai 1936 wurde der Journalist in ein Berliner Krankenhaus überführt, weil Reichspropagandaminister Joseph Goebbels, wie er am 18. September mitteilte, «dem Ausland nicht die Möglichkeit geben [wollte], der deutschen Regierung den Tod Ossietzkys in einem Gefängnis vorzuwerfen». Trotz aller Bemühungen der deutschen Regierung, dies zu verhindern, wurde Ossietzky am 23.11.1936 der Friedensnobelpreis zuerkannt. Der Publizist wurde daran gehindert, nach Oslo zu reisen und den Preis persönlich entgegenzunehmen. Sein Beauftragter veruntreute das Preisgeld, so dass Ossietzky keinen Pfennig davon sah. Bald danach verbot Hitler allen deutschen Bürgern, einen Nobelpreis anzunehmen, und stiftete dafür einen Deutschen Nationalpreis für Kunst und Wissenschaft. Ossietzky sollte sich von den schweren Misshandlungen im Konzentrationslager Sachsenhausen nicht mehr erholen und starb nach zwei Jahren in einer Klinik in Berlin am 4. Mai 1938. Nur seine Witwe und sein Arzt durften der Kremation seiner Leiche beiwohnen, und das Regime sorgte dafür, dass seine Asche in einem namenlosen Grab beigesetzt wurde.⁸⁶

Ossietzky war zu einem Symbol der Opposition geworden, obwohl er seit dem Ende der Weimarer Republik kein einziges Wort mehr publiziert

hatte. In Deutschland zu bleiben und offen Kritik am Regime zu äussern, wurde bald unmöglich; die aktivste literarische Opposition kam von kommunistischen Schriftstellern im Exil wie Bertolt Brecht, Jan Petersen oder Willi Bredel, deren Texte in illegalen Flugblättern und Zeitschriften aus dem Ausland nach Deutschland geschmuggelt wurden. Solche Aktivitäten hörten ab 1935 auf, nachdem die Gestapo den kommunistischen Widerstand im Untergrund zerschlagen hatte.⁸⁷ Weniger politisch aktive Autoren, die in Deutschland blieben, standen vor denselben Alternativen, die auch Rudolf Ditzen so gequält hatten. Viele wählten die «innere Emigration», thematisierten nicht mehr den Menschen oder das menschliche Zusammenleben, sondern beschäftigten sich mit der Natur, ersetzten die Beschreibung äusserer Ereignisse durch Innerlichkeit oder distanzieren sich von den Realitäten der Gegenwart, indem sie über weit zurückliegende Zeiten oder über zeitlose Fragen schrieben. In dieser Camouflage konnten sie gelegentlich eine verschleierte Kritik am Regime üben oder zumindest Romane schreiben, die als solche verstanden werden konnten. Werner Berggruens Roman *Der Grosstyrann und das Gericht* beispielsweise, der 1935 erschien, wurde von nationalsozialistischen Kritikern gepriesen, und sein Autor erhielt eine Sondererlaubnis der Reichsschrifttumskammer, auch weiterhin zu veröffentlichen, obwohl seine Frau als «Dreivierteljüdin» eingestuft worden war. Das Buch wurde jedoch von vielen wegen seiner kritischen Darstellung von Tyrannei, Terror, Machtmissbrauch und der schliesslichen Gewissensbisse des schuldigen Tyrannen gelesen. Als der Roman in Fortsetzungen erschien, änderten die Zensoren im Reichspropagandaministerium seinen Titel in *Die Versuchung*, strichen offensichtliche Parallelen zu Hitler wie die Liebe des Tyrannen zur Architektur und tilgten alle Anspielungen auf das politische Leben. Der Autor bestritt jede kritische oder satirische Absicht, und tatsächlich hatte er mit der Arbeit an dem Roman bereits vor 1933 begonnen und wollte damit eine breite Betrachtung über das Problem der Macht vorlegen und keinen unmittelbaren Angriff auf die NS-Diktatur. Dennoch wurde das Buch in seiner ungekürzten Fassung und mit dem ursprünglichen Titel ein Bestseller. Die politischen Umstände des Dritten Reiches verliehen seiner Botschaft eine Schärfe, die der Autor offenbar nie beabsichtigt hatte.⁸⁸

Solche verschleierte Kritiken am Regime kamen vom konservativen Ende des politischen Spektrums und waren möglicherweise leichter durch die Zensur zu schmuggeln, weil sie von Autoren stammten, die im Gegensatz zu linken Autoren nie einen Verdacht erregt hatten. Der desillusionierte Journalist und Theaterkritiker Friedrich Reck-Malleczewen konnte eine historische Studie über die Terrorherrschaft des Wiedertäufers Jan Bockelson im Münster des 16. Jahrhunderts veröffentlichen, die den Titel trug *Bockelson. Geschichte eines Massenwahns* (Berlin 1937). Die Parallelen zu Hitler und der Massenbegeisterung, die er auslösen konnte, waren offensichtlich. Reck-Malleczewen war ein weitgehend unbekannter Autor, der sich mit seiner pseudoaristokratischen Verachtung für den Plebs nur wenige Freunde machte; Ernst Jünger, einer der prominentesten deutschen Schriftsteller der Rechten, war ein völlig anderer Fall. Er hatte sich bereits mit seinem Roman *In Stahlgewittern*, eine anschauliche und heroische Schilderung der Erfahrung der Frontsoldaten im Ersten Weltkrieg, einen Namen gemacht, stand in den zwanziger Jahren den Nationalsozialisten nahe, konnte sich mit dem Dritten Reich jedoch nicht anfreunden. In seinem Roman *Auf den Marmorclippen* schilderte Jünger eine unbestimmte, symbolische Welt, manchmal in der Vergangenheit, dann wieder in der Gegenwart angesiedelt, in deren Zentrum ein Tyrann steht, der durch die Zerrüttung einer verfallenden Demokratie an die Macht gelangt ist und jetzt mit Gewalt und Terror regiert. Jünger hat auch nach 1945 hartnäckig bestritten, mit dem Roman politische Intentionen verbunden zu haben, und der unbestimmte, vorindustrielle Schauplatz seiner Geschichte hatte zweifellos wenig Ähnlichkeit mit Hitlerdeutschland. Von dem 1939 erschienenen Buch wurden innerhalb eines Jahres 12'000 Exemplare verkauft, und es erlebte mehrere Auflagen. Dennoch verstanden viele Leser es als eine massive Anklage gegen das NS-Regime, als einen eindeutigen Akt des literarischen Widerstands. Im Dritten Reich konnte sich unter Umständen der Kontext auf die Rezeption eines Buchs stärker auswirken als die Intentionen des Autors selbst.⁸⁹

Jünger wurde vor Eingriffen geschützt, vielleicht weil er ein Kriegsheld war und von Hitler und Goebbels sehr bewundert wurde. Andere benötigten überhaupt keine Protektion. Es gab zahlreiche handwerklich solide ar-

beitende Autoren, die bereit waren, Blut- und Boden-Romane zu schreiben, die in einer idyllischen und mythischen Welt des deutschen bäuerlichen Lebens spielten, Helden des NS-Pantheons zu feiern wie den ermordeten SA-Mann Horst Wessel oder liebedienerische Verse auf die Grösse des deutschen Führers zu schmieden.⁹⁰ In einer Rede vor der Reichskulturkammer am 15. November 1933 empfahl Goebbels – der selbst einen Roman geschrieben hatte – Autoren, den Wiederaufbau Deutschlands in einem positiven Licht zu schildern. Die neue Gesinnung müsse eine «stäherne Romantik» sein, «die den Mut hat, den Problemen gegenüberzutreten und ihnen fest und ohne Zucken in die mitleidlosen Augen hineinzuschauen».⁹¹ Dichterlinge feierten nationalsozialistische Werte und die Wiederbelebung des deutschen Geistes: «Nicht in Parlamenten und Regierungspalästen wird Deutschland», schrieb Kurt Eggers 1934, sondern:

«... Wo die braune Erde die Frucht gebiert,
 Wo die Hand des Herrn die Zügel führt, wird Deutschland.
 Wo Hämmer Eisen schmieden, wo Maschinen dröhnen,
 wird Deutschland.
 Wo Kolonnen marschieren und Schlachtrufe tönen,
 wird Deutschland.
 Wo Armut und Opfer sich Stätten bauen
 Und wo trotzig Augen feindwärts schauen,
 Wo Herzen hassen und Fäuste beben:
 Dort keimt, dort reift das neue Leben für Deutschland!»⁹²

In der Weimarer Republik hatten sich die nationalsozialistischen Gedichte und Lieder darauf konzentriert, die Zuversicht der Parteigenossen in ihrem Kampf gegen alles, was sie hassten – die Republik, die Juden, die «Reaktion» oder den Parlamentarismus –, zu stärken. Ab 1933 trat jedoch an die Stelle dieser Gesinnungen ein allgemeinerer Appell an die gesamte deutsche Nation, gegen die Feinde des Landes daheim und im Ausland Front zu machen. Noch immer gab es wütenden Hass, er wurde jedoch überlagert von peinlichen Lobhudeleien auf das neue Deutschland, das neue Reich und vor allem den neuen Führer. Sich zum Wortführer des deutschen Volkes machend, schrieb der Lyriker Fritz Sotke 1934:

«Führ uns hinein.
 Und ist dein Weg nicht eben,
 und führt er über Abgrund,
 Fels und Eisenwüste,
 wir folgen dir.

Verlangst du alles, was wir nur besitzen,
 Wir geben es, denn wir glauben an dich.

Wir schwören dir Gefolgschaft.
 Diesen Eid kann keiner lösen –
 Selbst du nicht – nur der Tod!
 Und der ist unseres Seins Erfüllung.»⁹³

Der Tod stand häufig im Vordergrund in solcherlei Gedichten, in denen der NS-Mythos von Selbstopfer und Martyrium zu einem allgemeinen Prinzip für das ganze deutsche Volk erklärt wurde.⁹⁴

Die «Dichter» solcher Verse waren in der Regel wenig bekannte Schriftsteller. Eine der führenden deutschen literarischen und künstlerischen Bewegungen der zwanziger und frühen dreissiger Jahre war der Expressionismus, dessen prominente Vertreter zumeist der Linken angehörten, auch wenn einige wenige wie der Bühnenautor Hanns Johst ab 1933 ihre Fähigkeiten in den Dienst der Nationalsozialisten stellten; Johst wurde sogar Präsident der Reichsschrifttumskammer und war nun ausgestattet mit beträchtlicher Macht.⁹⁵ Die Werte des Expressionismus wiesen tatsächlich eine oberflächliche Ähnlichkeit mit denen des Nationalsozialismus auf, da dieser den subjektiven Gefühlsausdruck, die Vorzüge der Jugend, die Übel der industriellen Welt, die Banalitäten des Bürgertums und die Umformung des menschlichen Geistes in einer Revolte gegen den Intellekt betonte. Andererseits verdankte der Expressionismus ein Gutteil seiner Originalität einer Ablehnung des Naturalismus – die den Nationalsozialisten unmöglich gefallen konnte – zu Gunsten der direkten Äusserung innerster Gefühle, wobei häufig die realistische Darstellung äusserer Erscheinungen vermieden wurde. Der radikale und oftmals unkonventionelle Stil der Expressionisten machte sie alles in allem für den Kulturapparat des Nationalsozialismus inakzeptabel. Der berühmteste literarische Konvertit vom Ex-

pressionismus zum Nationalsozialismus, der Schriftsteller Gottfried Benn, war hierfür ein Beispiel. Bereits in den zwanziger Jahren ein anerkannter Dichter, führte Benn ein zweites Leben als Facharzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten, das ihn mit «Rassenhygienikern» in Kontakt brachte. Er sah im Aufstieg der Nationalsozialisten eine Gelegenheit für seinen Berufsstand, endlich Grundsätze der Eugenik in die Praxis umzusetzen. Bislang unpolitisch, verkündete er jetzt seine Ergebenheit gegenüber dem neuen Reich. Mit Verve machte er sich daran, die Akademie für Deutsche Dichtung von regimekritischen Schriftstellern zu «säubern».⁹⁶

Während seine Dichtung klar, gehoben und von den Mühen des Alltags weit entfernt war, pries Benn dessenungeachtet die vom Regime propagierte Wiederbelebung des Glaubens an die deutsche Natur und das Leben auf dem Land. Er sah in Hitler den grossen Mann, der den Deutschen ihre Würde und Ehre zurückgegeben hatte. Doch nach den ersten «Säuberungen» in der Deutschen Akademie fiel Benn sehr bald beim Regime in Ungnade. Als das Kulturestablishment der Partei die expressionistische Musik, Kunst und Literatur attackierte, beging Benn den Fehler, den Expressionismus zu verteidigen. Die Tatsache, dass er das in Kategorien tat, von denen er annahm, dass sie den Nationalsozialisten zusagen würden – er sei antiliberal, elementar, aus dem Geist von 1914 geboren, und seine Vertreter seien ausnahmslos «Arier» –, konnte jene nicht beeindrucken, die diese Kunstrichtung als unpatriotisch, überintellektuell, pervers und unmoralisch denunzierten. «Wenn jemand genannt werden muss als Spiritus rector der bolschewistischen Wollust am Ekelhaften, die in der entarteten Kunst ihre Orgien feierte», schrieb ihm einer seiner Kritiker, «dann haben Sie ein Anrecht darauf, an erster Stelle angeprangert zu werden.» Gedichtüberschriften wie «Fleisch», «Hurenkreuzzug», «Syphilisquadrille» und ähnliche «Pornopoesie» seien der Beweis.⁹⁷ Im März 1938 wurde Benn aus der Reichsschrifttumskammer ausgeschlossen. Nach einem Verbot, weitere Gedichte zu publizieren, hatte Benn im Juli 1937 eine Stelle im Reichskriegsministerium angenommen. Im Januar 1934 hatte er geschrieben: «Was die Zukunft angeht, so erscheint es mir selbstverständlich, dass kein Buch in Deutschland erscheinen darf, das den neuen Staat verächtlich macht.» Als seine eigenen Bücher dieser Kategorie zugerechnet wurden,

da man ihren ästhetischen Geist als etwas der neuen staatlichen Kultur Fremdes betrachtete, fand er darauf keine Antwort.⁹⁸ Wie die Probleme von Autoren wie Rudolf Ditzen und Gottfried Benn zeigen, verfügte das NS-Regime über vielfältige Möglichkeiten, die literarische Produktion seiner Bürger zu kontrollieren. Die Mitgliedschaft in der Reichsschrifttumskammer war nicht nur für alle Schriftsteller, Dichter, Bühnen- und Drehbuchautoren, Kritiker und Übersetzer obligatorisch, sondern auch für alle Verlage, Buchläden, Antiquariate, Leihbüchereien und alles, was mit dem Buchhandel zu tun hatte, auch wenn es um wissenschaftliche, akademische und technische Publikationen ging. Juden waren ausgeschlossen, ebenso alle Regimekritiker oder Personen mit einer politisch fragwürdigen Vergangenheit. Hinzu kamen die unterschiedlichsten Zensurinstitutionen. Sie stützten sich in ihren Aktivitäten auf eine Verordnung, die fast unmittelbar nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler, am 4. Februar 1933, erlassen wurde und der Polizei die Beschlagnahme aller Bücher erlaubte, die «geeignet [waren], die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden». Dank dieser Verordnung brauchten die Zensoren kaum noch eine der weiteren Befugnisse, die in der Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933 enthalten waren. Ausserdem enthielt das Strafgesetzbuch seit Langem Bestimmungen über die Konfiszierung und das Verbot angeblich gefährlicher Bücher, und es existierte schon länger eine etablierte rechtliche Tradition, «Schund- und Schmutzliteratur» zu verbieten.⁹⁹

Es dauerte nicht lange, bis in Bibliotheken und Buchläden teilweise mehrere Razzien nacheinander veranstaltet wurden, und zwar von Agenten der Kriminalpolizei, der Gestapo, des Reichsinnenministeriums, der Strafgerichte, lokaler Behörden und der Oberprüfstelle für Schund- und Schmutzliteratur, die ihren Sitz in Leipzig hatte. Auch die Hitlerjugend, die SA und der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund waren daran beteiligt, Bücher von Juden, Pazifisten, Marxisten und anderen verbotenen Autoren auszusondern. Rosenbergs Kampfbund für deutsche Kultur war ebenso mit von der Partie wie die Parteiamtliche Prüfungskommission, die Veröffentlichungen aus der Partei selbst überprüfen musste. Bis zum Dezember 1933 waren von diesen verschiedenen Instanzen über 1'000 Titel verboten worden. Nach der Bücherverbrennung in deutschen

Universitätsstädten am 10. Mai 1933 veröffentlichte das *Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel* eine schwarze Liste mit über 300 Titeln von 139 Autoren auf dem Gebiet der schöngeistigen Literatur, gefolgt von einer Liste mit den Namen von 68 Autoren und 120 Titeln auf dem Gebiet der Politik und weiteren Listen zu anderen Gebieten. Nicht nur deutsche Bücher waren davon betroffen. Das Spektrum der verbotenen Bücher von Autoren aus dem Ausland reichte von Dickens' *Oliver Twist* über Sir Walter Scotts *Ivanhoe* bis zu praktisch allem anderen, was von Juden verfasst war, jüdische Themen behandelte oder einen Juden zum Protagonisten hatte. Ansonsten gab es in Deutschland auch weiterhin Bücher ausländischer Autoren in Buchhandlungen und Bibliotheken. Zu den besonders beliebten Schriftstellern gehörten der Prophet des ländlichen Lebens Knut Hamsun ebenso wie der Sozialkritiker John Steinbeck und der Verfasser von Abenteuergeschichten C.S. Forester, deren Held der fiktive Kapitän Horatio Hornblower war. Das Kompetenzwirrwarr der verschiedenen Zensurinstanzen mag allen Ordnungsliebenden ein Ärgernis gewesen sein, doch auf diese Weise wurde die anstößige Literatur gleich mehrmals verboten.¹⁰⁰ Allein im Jahr 1934 wurden 4'100 Druckschriften von insgesamt 40 verschiedenen Zensurorganen einbehalten.¹⁰¹ In den ersten zwei bis drei Jahren des Dritten Reiches verschwanden die Werke jüdischer Autoren aus den Regalen der Buchhandlungen, jüdische Dichter wie Heinrich Heine wurden jetzt als oberflächliche Nachahmer wahrer deutscher Literatur geschmäht. Die Werke nichtjüdischer «Klassiker» wie Goethe und Schiller wurden so umgedeutet, dass sie sich in die nationalsozialistische Weltanschauung einfügten. Unbequem philosemitische Theaterstücke wie Lessings *Nathan der Weise* wurden von den Spielplänen der Theater abgesetzt.¹⁰²

Die Kontrolle über das Theater war in mancher Hinsicht einfacher zu bewerkstelligen als die Kontrolle über Bücher, da alle Aufführungen letztlich öffentliche Veranstaltungen waren. Übertragen wurde sie dem Reichspropagandaministerium mit einem am 15. Mai 1934 erlassenen «Reichstheatergesetz», das Goebbels die Möglichkeit bot, Einfluss auf die Programmgestaltung sämtlicher Schauspielhäuser und privaten Theatergesellschaften zu nehmen, und die Vorrechte anderer Institutionen wie der Polizei in dieser Hinsicht einschränkte.

Die Reichstheaterkammer war ihrerseits verantwortlich für die Zulassung der Schauspieler, der Direktoren und des Bühnenpersonals, wobei Juden und politisch Unzuverlässige nach dem üblichen Schema ausgeschlossen wurden. Der Präsident der Kammer, Reichsdramaturg Dr. Rainer Schlösser, erteilte die Anweisung, in den Programmen sämtlicher Theater solle das Verhältnis der deutschen zu den ausländischen Stücken vier zu eins betragen, und verlangte, dass ihm sämtliche neuen Stücke zu einer Vorzensur vorgelegt würden. Umstrittener war das Vorgehen der Reichstheaterkammer gegen die Laienbühnen, die Schlösser im Interesse der professionellen Bühnen und ihrer Schauspieler, die als Folge der Wirtschaftskrise noch immer unterbeschäftigt waren, schikanierte und in einigen Fällen schloss. Die Beschwerden erzürnter Laienbühnen häuften sich im Reichspropagandaministerium, bis Goebbels im März 1935 ein Machtwort sprach.¹⁰³ Wie in anderen Bereichen achtete Goebbels darauf, seine Kulturrevolution nicht so weit zu treiben, dass das Bedürfnis der breiten Bevölkerung nach Unterhaltung durch weltanschauliche Korrektheit unterdrückt wurde. Die Theater überall in Deutschland behielten auch weiterhin Aufführungen der Klassiker im Spielplan, die höchsten Ansprüchen genügten, und Menschen, die das Regime befremdete, konnten Trost bei dem Gedanken finden, dass zumindest hier deutsche Kultur lebendig war und in Blüte stand. Ein grosser Schauspieler wie Gustaf Gründgens behauptete nach 1945, sein Theater sei ebenso wie andere eine Insel der kulturellen Höchstleistungen inmitten des Barbarismus des Dritten Reiches gewesen. Er wohnte allerdings in einer Villa, die einem Juden gehört hatte und «arisiert» worden war, und unterhielt enge Beziehungen zu Hermann Göring und dessen Frau.¹⁰⁴

Institutionen wie zum Beispiel die Münchner Kammerspiele wurden nicht zu reinen Werkzeugen der NS-Propaganda, und die Zahl der Parteimitglieder unter den Angestellten blieb extrem niedrig. Nicht alle Theater waren in der Lage, sich gegenüber dem Druck des Reichspropagandaministeriums zu behaupten. Während nicht mehr als höchstens fünf Prozent der von den Münchner Kammerspielen im Dritten Reich aufgeführten Stücke ausgesprochen oder unausgesprochen der NS-Ideologie entsprachen, war der Anteil am Theater in Düsseldorf mit 29 Prozent wesentlich höher.

Eine Untersuchung an vier Theatern in Berlin, Lübeck und Bochum hat ergeben, dass nur acht Prozent der 309 Stücke, die zwischen 1933 und 1945 auf dem Spielplan standen, NS-Ideologie in einer erkennbaren Form transportierten. Doch selbst die am wenigsten konformistischen Theater konnten keine neuen, kritischen oder radikalen Stücke aufführen, die vom Regime verboten worden waren. Sie mussten sich zumindest dem äusseren Anschein nach den Diktaten des Regimes unterwerfen, in der Sprache und Präsentation ihrer Programme beispielsweise oder in ihrem Verhältnis zu den Parteiführern in München. Ihre Flucht in die Klassiker war eine Form des Eskapismus, gegen den Goebbels, dem stets bewusst war, dass man die Menschen nicht ungestraft ununterbrochen den Forderungen der politischen Mobilisierung und Propaganda aussetzen durfte, keine Einwände hatte.¹⁰⁵

Goebbels tolerierte die Aufführung klassischer Bühnenwerke in den grossen Theatern selbst dort, wo es, wie in manchen Stücken Shakespeares, um Themen wie Tyrannei und Rebellion ging (*Der Kaufmann von Venedig* entsprach dem Denken der NS-Kulturwalter dagegen weit mehr). Aber er zögerte nicht, in einen anderen Bereich einzugreifen. In der Anfangszeit des Dritten Reiches erlebte eine radikale Bewegung zur Schaffung einer wahrhaft nationalsozialistischen Form des Theaters, die sogenannten «Thingspiele» (nach dem Wort «Thing» für germanische Volks- oder Gerichtsversammlungen), eine kurze Blüte. Es handelte sich um eigens für diese Spiele geschriebene Sprechchordramen ohne Handlung, die auf Freilichtbühnen aufgeführt wurden und dem NS-Kult der Heldenverehrung und der Feier der ruhmreichen Toten einen grandiosen Rahmen gaben. Zu diesen Veranstaltungen gehörten Sprechchöre von Laiendarstellern und andere Elemente der kommunistisch inspirierten Arbeiterbühnenbewegung der Weimarer Republik. Einige ihrer Techniken erinnerten allzusehr an die revolutionären Aspekte des expressionistischen Dramas, als dass Goebbels sie auf die Dauer hätte goutieren können. Es kam noch hinzu, dass diese Spiele trotz der Errichtung von über vierzig beeindruckenden «Thingstätten» und mehrerer hundert Aufführungen weder grossen Anklang beim Publikum fanden noch finanziell erfolgreich waren. Im Oktober 1935 verbot Goebbels die Verwendung des Begriffs «Thing» in Verbindung mit der NSDAP, und im Mai des folgenden Jahres wurden überhaupt alle Veranstaltungen mit Sprechchören verboten. Das nahm der

Bewegung jede weitere Dynamik, und sie versank in Bedeutungslosigkeit.¹⁰⁶

Wie die Reaktion Goebbels' auf diese Bewegung zeigt, wollte er von den Schriftstellern keine reine Propaganda. Sie sollten vielmehr den Geist der neuen Zeit erfassen und nicht dessen äussere Manifestationen beschreiben.¹⁰⁷ Das liess zumindest einen kleinen Spielraum zum Lavieren. Diejenigen, die darauf achteten, keinen Anstoss zu erregen, konnten unter solchen Umständen relativ erfolgreich durchkommen inmitten eines Bücher kaufenden und Bücher lesenden Publikums, das auch weiterhin an Neuerscheinungen interessiert war. Die Bücher, die im Deutschland der dreissiger Jahre einen hohen Absatz erzielten, behandelten häufig Themen, die dem nationalsozialistischen Empfinden entsprachen. Von Kuni Tremel-Eggerts Roman *Barb*, der 1933 erschien und der lediglich die wesentlichen Ansichten der Nationalsozialisten über den Platz der Frau in der Gesellschaft in fiktiver Form bekräftigte, wurden innerhalb von zehn Jahren 750'000 Exemplare verkauft. Der vielleicht erfolgreichste Autor jener Zeit, Paul Coelestin Ettighofer, erzielte zwischen 1936 und 1940 mit seinem Roman *Verdun, das grosse Gericht* einen Absatz von 330'000 Exemplaren. Die Romane Ettighofers waren die selbstbewusste Antwort auf Erich Maria Remarques erschütternd realistische Darstellung des Ersten Weltkriegs in seinem Buch *Im Westen nichts Neues*: Sie verherrlichten den Kampf und waren voll von ideologisch durchtränkten Schilderungen von Heroismus und Selbstopfer. Noch deutlicher im Sinn des Nationalsozialismus war Karl Aloys Schenzingers Roman *Hitler junge Quex*, der 1932 erschien und von dem bis 1940 244'000 Exemplare verkauft wurden, wahrscheinlich unterstützt durch den Umstand, dass das Buch verfilmt und der Film in ganz Deutschland gezeigt wurde. Von den Blut-und-Boden-Romanen verkaufte sich Theodor Krögers *Das vergessene Dorf zwischen* 1934 und 1939 32'000mal, und Gottfried Rothackers *Das Dorf an der Grenze* zwischen 1936 und 1940 200'000mal. Einige extrem populäre Bücher wie Hans Zöberleins *Der Befehl des Gewissens*, von dem zwischen 1936, dem Jahr seines Erscheinens, und 1943 480'000 Exemplare verkauft wurden, vermittelten einen Geist des Antisemitismus, der kaum weniger virulent war als der von Hitler persönlich. Immer wieder war vom «Judengeschmeiss» die Rede, Zöberleins Sprache war durchsetzt mit biologischen

Begriffen, die beim Leser den Eindruck erwecken sollten, Juden müssten wie Ungeziefer vernichtet werden. Nachdem andere, früher populäre Autoren vielfach verboten waren, hatten solche Machwerke kaum noch Konkurrenz, gegen die sie sich hätten behaupten müssen.¹⁰⁸ Zudem profitierten ebenso wie im Fall der Zeitungen und Zeitschriften offen politische Romane und historische Darstellungen von Grossbestellungen von NS-Organisationen. Angesichts der massiven Werbekampagnen, die den Absatz solcher Produkte steigerten, wäre es verwunderlich gewesen, wenn sie sich nicht gut verkauft hätten. Was die Nationalsozialisten von Büchern erwarteten, zeigte sich bei Werbeveranstaltungen wie der «Woche des deutschen Buches», die seit 1934 jährlich veranstaltet wurde. «60 Millionen Menschen werden Ende Oktober von der Trommel der Buchwerbung aufgerüttelt», erklärte einer der leitenden Organisatoren der Veranstaltung 1935. Diese «Mobilmachungstage» sollten «von der geistigen Front her die innere Wehrhaftigkeit im Interesse des Aufbaues unseres Volkes durchführen».¹⁰⁹ Unter einem riesigen Transparent mit der Aufschrift «Das Buch: ein Schwert des Geistes» erklärte der Vizepräsident der Reichsschrifttumskammer: «Das Buch ist eine Waffe. Waffen gehören in die Hände von Kämpfern, Kämpfer für Deutschland zu sein, heisst Nationalsozialist sein.»¹¹⁰

Doch Goebbels war sich ebenso wie in anderen Bereichen der Kultur darüber im Klaren, dass Unterhaltung wichtig war, um die Menschen bei Laune halten und sie von den Problemen der Gegenwart abzulenken. Es gelang ihm, Rosenbergs Versuch abzuwehren, eine offen ideologische Literatur in den Vordergrund zu stellen, und ab 1936 wurden die Bestsellerlisten von Unterhaltungsliteratur dominiert, die nur eine mittelbare politische Relevanz hatte. Die humorvollen Romane von Heinrich Spoerl wie *Die Feuerzangenbowle*, ein Buch, das zwischen 1933 und 1944 einen Absatz von 565'000 Exemplaren erreichte, waren überaus populär; sie schilderten satirisch den «kleinen Mann» der Weimarer Jahre, der unfähig war, sich dem neuen Klima des Dritten Reiches anzupassen.

Eine noch grössere Verbreitung fanden die naturwissenschaftlichen Romane von Karl Aloys Schenzinger, die ein Gegengewicht zur Nostalgie in den Heimatromanen bildeten, indem sie moderne Erfindungen wissen-

schaftliche Entdeckungen und industrielles Wachstum verherrlichten: Sein *Anilin* war der populärste Roman der NS-Zeit und erreichte eine Auflage von 920'000 Exemplaren; gefolgt vom Roman *Metall*, von dem zwischen 1939 und 1943 540'000 Exemplare verkauft wurden. Ausländische Autoren wurden unter Hitler auch weiterhin verlegt, solange sie nicht offen die Weltanschauung des Nationalsozialismus in Frage stellten. Trygve Gulbrandsens Heimatromane mit Titeln wie *Und ewig singen die Wälder* und *Das Erbe von Björndal*, die 1934 und 1936 auf deutsch erschienen, erreichten bis 1945 eine Auflage von über einer halben Million. Margaret Mitchells *Vom Winde verweht* fand innerhalb von vier Jahren nach dem Erscheinen 1937 300'000 deutsche Käufer und war nur der populärste Roman in einer bunten Vielfalt amerikanischer Kulturangebote, die in den dreissiger Jahren nach Deutschland importiert wurden.¹¹¹ Viele Bücher, die schon vor 1914 erschienen waren und vom Regime als mehr oder weniger annehmbar erachtet wurden, fanden ebenfalls hunderttausende Käufer. Diese Romane boten ihren Lesern – zumindest in der Phantasie – eine Rückkehr zu einer heilen und stabilen Welt. Vertrautes und beständiges Lesevergnügen fand man bei bekannten Autoren wie Karl May, in dessen Wildwestgeschichten aus der Zeit der Jahrhundertwende manche eine Vorwegnahme nationalsozialistischer Werte sahen; natürlich wurden sie von vielen überzeugten Nationalsozialisten, auch von Hitler selbst, gelesen.¹¹² Gewöhnliche Deutsche verschlangen keine NS-Literatur; sie wählten im Gegenteil selbst aus, was sie lesen wollten, und ab Mitte der dreissiger Jahre hatte vieles davon überhaupt nichts mit NS-Ideologie zu tun. Der Ambition des Nationalsozialismus, einen neuen Menschen zu schaffen, der von nationalsozialistischen Werten erfüllt sein würde, war auf diesem Gebiet ebenso ein nur eingeschränkter Erfolg beschieden wie in anderen Bereichen der deutschen Kultur.¹¹³

Kunst und Architektur

Neben der «neuen Sachlichkeit» war der Expressionismus in vielerlei Hinsicht während der Weimarer Republik die vorherrschende Bewegung nicht nur in der deutschen Literatur, sondern auch in der deutschen Kunst.¹¹⁴ Das Gesicht des Expressionismus, das in den weitesten Kreisen Akzeptanz fand, wurde von dem Bildhauer Ernst Barlach repräsentiert, dessen Arbeiten stark von der primitiven bäuerlichen Kunst beeinflusst waren, die er vor dem Ersten Weltkrieg während einer Reise in Russland kennengelernt hatte. Barlach schuf derbe, untersetzte, stilisierte, bewusst volkstümliche Skulpturen menschlicher Figuren, vor allem aus Holz, später auch aus Gipsmörtel und Bronze. Die Figuren hatten zumeist eine monumentale, bewegungslose Qualität, da sie in stilisierten Gewändern oder Umhängen dargestellt wurden. Sie waren populär, und Barlach erhielt nach 1918 zahlreiche Aufträge aus allen Teilen Deutschlands zur Gestaltung von Kriegsdenkmälern. 1919 wurde er in die Preussische Akademie der Künste aufgenommen, und um die Mitte der zwanziger Jahre war sein Name in der Welt der Kunst ein Begriff. Er war bekannt für seine Ablehnung jeglicher Abstraktion, seine kritische Distanz gegenüber der übrigen expressionistischen Bewegung und seine standhafte Weigerung, sich für irgendeine Partei zu engagieren. Man hätte erwarten können, dass seine Kunst den Nationalsozialisten zusagte, und Mitte der zwanziger Jahre vermerkte sogar Goebbels in seinem Tagebuch seine Bewunderung für eine der Skulpturen Barlachs. Angeblich stellte er später sogar zwei kleine Figuren des Künstlers in seinem Haus auf.¹¹⁵ Der Reichspropagandaminister lud Barlach gemeinsam mit einigen weiteren expressionistischen Künstlern, darunter Karl Schmidt-Rotluff, zur Eröffnungsfeier der Reichskulturkammer ein, und seine Absicht, sie zu unterstützen, wurde verstärkt durch eine Kampagne des NS-Studentenbunds in Berlin für eine neue Art nordi-

sche Moderne auf der Grundlage eines Expressionismus ohne jüdische Künstler und abstrakte Bilder.¹¹⁶

Doch diese Bemühungen scheiterten an der Ablehnung Alfred Rosenbergs auf der einen Seite und der Weigerung Barlachs, dem Regime gegenüber Kompromisse einzugehen, auf der anderen. Rosenberg schmähte Barlach und die Expressionisten im *Völkischen Beobachter* und brandmarkte die Berliner Studenten als altmodische Revolutionäre auf der Linie des in Ungnade gefallenen linken Nationalsozialisten Otto Strasser. Barlach seinerseits schlug die Einladung zur Eröffnung der Reichskulturkammer aus. Er hatte die feindselige Haltung einiger Nationalsozialisten inzwischen an seinem Heimatort zu spüren bekommen, und bald nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler waren die Aufträge für Kriegsdenkmäler, Pläne für Ausstellungen und die Veröffentlichung seiner Schriften zurückgezogen worden. Seine Denkmäler zur Ehrung der Kriegstoten waren bereits in den frühen dreissiger Jahren von konservativen Veteranenverbänden wie dem Stahlhelm kritisiert worden, weil sie die Soldaten des Ersten Weltkriegs nicht als heroische Figuren zeigten, die für eine ehrenvolle Sache gestorben waren. Deutsche Rassisten warfen Barlach vor, die von ihm dargestellten Soldaten trügen die Züge slawischer Untermenschen. Barlach, der in Mecklenburg lebte, wo die NSDAP besonders viele Anhänger hatte, erhielt zunehmend anonyme Briefe und Schmähungen, die an die Eingangstür seines Hauses geheftet wurden. Er sah sich unter diesem Druck genötigt, einen Auftrag für ein neues Kriegsdenkmal in Stralsund abzusagen.¹¹⁷ Er war in Deutschland geblieben, unter anderem, weil er hoffte, dass das Dritte Reich die schöpferische Freiheit eines Künstlers achten würde, aber auch weil es bei seinem Beruf nicht leicht gewesen wäre, in einem anderen Land zu leben.¹¹⁸ Anfang Mai 1933 war er bereits desillusioniert. «Die hündische Feigheit dieser Zeit und Herrlichkeit», schrieb er voll Bitterkeit an seinen Bruder, «bringt es dazu, dass man bis über die Ohren rot wird bei dem Gedanken, dass man ein Deutscher ist.»¹¹⁹

Dass Barlachs Werke für das Regime unannehmbar waren, zeigte sich in den Jahren 1933/34 immer deutlicher. Das umstrittenste seiner Gefallendenkmäler war eine grosse Skulptur aus Holz im Magdeburger Dom. Sie zeigte drei Figuren – ein Skelett mit einem Helm, eine verschleierte

Frau, die in tiefem Schmerz die Hände ringt, und einen barhäuptigen Mann mit einer Gasmasken zwischen seinen Armen, der sich voll Verzweiflung die Haare rauft –, die sich vom Boden erheben und hinter denen drei stilisierte Soldaten in Militärmänteln stehen. Der Soldat in der Mitte hat den Kopf bandagiert und stützt sich mit den Händen auf ein grosses Kreuz, das die Daten des Kriegs trägt und das Mittelstück des gesamten Ensembles bildet. Bald nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler brachte die Presse Artikel, in denen die Entfernung der Skulptur gefordert wurde, ermutigt von Alfred Rosenberg, der ihre Figuren als «kleine, halbidiotisch dreinschauende Mixvariationen undefinierbarer Menschensorten mit Sowjethelmen» beschrieb (*Völkischer Beobachter* vom 6. Juli 1933).¹²⁰ Während sich die Verhandlungen über die Entfernung des Denkmals zwischen dem Reichspropagandaministerium, der Kirche und der Partei hingen, eskalierte die Pressekampagne gegen Barlach. Behauptungen, er sei jüdischer Abstammung, veranlassten Barlach zu der Erwiderung, er werde keine Gegendarstellung veröffentlichen, da er sich durch die Behauptung nicht beleidigt fühle. Seine Freunde durchforschten seinen Stammbaum und liessen Beweise dafür drucken, dass er kein Jude war. Es erfülle sein Herz mit Traurigkeit, schrieb er, wenn er daran denke, dass ein solcher Schritt notwendig sei.¹²¹ Das Gefallenendenkmal wurde schliesslich Ende 1934 abgebaut und in ein Speditionslager gebracht.¹²² Barlach verteidigte sich gegenüber zahlreichen Angriffen auf seine Kunst als «undeutsch» mit dem Hinweis auf die Tatsache, dass ihre Wurzeln inmitten der deutschen Bauern lägen, unter denen er lebe. Inzwischen Mitte Sechzig, fand er es schwer zu begreifen, warum seine Skulpturen eine so hasserfüllte Ablehnung auslösten. In einem Versuch, sie von sich abzulenken, unterschrieb er eine Erklärung, mit der Hitlers Übernahme des Amtes eines Staatsoberhauptes nach dem Tod Hindenburgs im August 1934 unterstützt wurde. Doch das vermochte die NSDAP-Führung in Mecklenburg nicht zu beschwichtigen, die dafür sorgte, dass seine Werke aus dem Landesmuseum verschwanden.

Manche Bewunderer Barlachs, darunter auch begeisterte Anhänger des Nationalsozialismus, waren mit dieser Behandlung des Künstlers nicht einverstanden. Die BDM-Führerin Melita Maschmann beispielsweise schätzte seine Arbeiten und konnte nicht verstehen, warum Künstler wie

«Barlach, Lehbruck und mancher andere [von den Nationalsozialisten] unter die ‚Entarteten‘ eingereiht worden seien».¹²³ Letztlich geriet Barlach jedoch mit dem Regime in Konflikt, weil sein Werk der Glorifizierung des Kriegs durch die Nationalsozialisten zuwiderlief, weil er es ablehnte, in seiner Kunst Kompromisse zu machen, weil er selbstbewusst auf die an ihm geübte Kritik antwortete und weil er keinen Hehl aus seiner Ablehnung der nationalsozialistischen Kulturpolitik machte. 1936 beschlagnahmte die bayerische Polizei alle Exemplare eines neuen Buchs mit Zeichnungen Barlachs aus dem Lager seines Verlegers in München. Sie handelte auf Anweisung von Goebbels: «Ein tolles Buch von Barlach verboten. Das ist keine Kunst mehr. Das ist Destruktion, ungekonnte Mache. Scheusslich! Dieses Gift darf nicht ins Volk hinein.»¹²⁴ Die Gestapo brandmarkte die Zeichnungen als «Kunstbolschewismus ..., eine Bezeichnung, unter die alles fallen kann, was nicht ganz offensichtlich als der Zeit beflissentlich angepasst erscheint». Das Buch wurde auf den Index der verbotenen Literatur gesetzt. Trotz seiner anhaltenden Proteste gegen die Ungerechtigkeiten, denen er ausgesetzt war, wurde Barlach mehr und mehr isoliert. 1937 wurde er zum Austritt aus der Preussischen Akademie der Künste gezwungen. «Wenn man Tag für Tag den angedrohten vernichtenden Schlag erwarten muss, hört die Arbeit von selbst auf», schrieb er im Herbst desselben Jahres. «Ich gleiche einem in die Enge Getriebenen, dem die Meute auf den Fersen ist...»¹²⁵ Mit seiner Gesundheit ging es rapide bergab, und am 24. Oktober 1938 starb Ernst Barlach an einem Herzanfall.¹²⁶

Ein Bildhauer, für den die Nationalsozialisten echte Begeisterung aufbringen konnten, war dagegen Arno Breker. 1900 geboren, gehörte Breker einer jüngeren Generation an als Barlach. Während seiner Studienzeit hatte er eine Reihe von Skulpturen geschaffen, die deutlich den Einfluss des Älteren zeigten. Während eines längeren Aufenthalts in Paris von 1927 bis 1932 wurde Breker massgeblich von Aristide Maillol beeinflusst, dessen figurativer Stil seinen eigenen formte. Während eines kurzen Aufenthalts in Rom Anfang 1933, wo er an der Restaurierung einer Skulptur von Michelangelo arbeitete, lernte er Goebbels kennen, der sein Talent erkannte und ihn ermutigte, nach Deutschland zurückzukehren. Nachdem er

seine Angelegenheiten in Paris geregelt hatte, folgte Breker Goebbels' Wunsch. Bislang unpolitisch und überhaupt als Deutscher im Ausland über die deutsche Politik so gut wie nicht informiert, erlag er bald der Faszination des Nationalsozialismus. Brekers Stil war hauptsächlich durch ausserdeutsche Einflüsse geprägt worden – die klassische griechische Skulptur, Michelangelo, Maillol. Einige seiner Büsten wie die des impressionistischen Malers Max Liebermann, die er 1934 vollendete, waren tiefgründig, subtil und wiesen eine Fülle erhellender Details auf. Doch schon nach kurzer Zeit glättete er die rauen Kanten seiner Arbeit, was diese weniger persönlich machte und ihr eine stärker monumentale Qualität verlieh, und projizierte in seine Figuren Entschlossenheit, Härte und Kampfgeist statt der sanfteren menschlichen Eigenschaften, mit denen er sie in den zwanziger Jahren ausgestattet hatte. Um die Mitte der dreissiger Jahre schuf Breker wuchtige, starre, überlebensgrosse männliche Akte, den «arischen» Übermenschen in Stein.¹²⁷

Das sollte sich bald auszahlen. Preisgekrönte Beiträge zu einem Wettbewerb im Jahr 1936 zum Thema sportliche Leistungen trugen ihm eine wachsende Zahl von öffentlichen Aufträgen ein. 1937 trat er in die Partei ein, um den Weg zu einer weiteren öffentlichen Patronage zu ebnen: Die persönliche Bekanntschaft mit Hitler. Dieser stellte Brekers Wagnerbüste im Berghof auf, und 1937, an Hitlers Geburtstag, erhielt Breker ein riesiges Atelier mit 43 Angestellten, die ihm bei seinem Schaffen zur Hand gehen sollten. Er wurde eine einflussreiche Persönlichkeit, von Göring und anderen hohen NS-Führern berühmt gemacht und von ihnen vor jeder Kritik geschützt. 1937 erhielt sein Werk einen besonderen Platz im deutschen Pavillon der Pariser Weltausstellung. 1938 entwarf Breker zwei massive männliche Akte, die beiderseits des Eingangs zur neu erbauten Reichskanzlei aufgestellt werden sollten – «Fackelträger» und «Schwertträger». Weitere folgten, vor allem die Skulptur «Bereitschaft» 1939, eine athletische männliche Figur, die mit gefurchter Stirn hasserfüllt auf einen unsichtbaren Feind blickt, die rechte Hand bereit, ein Schwert aus der Scheide zu ziehen und den Kampf zu beginnen. Breker wurde ein wohlhabender Mann, erfreute sich zahlreicher Begünstigungen und Auszeichnungen, darunter mehrere Häuser, massive Subventionen und natürlich hohe

Honorare für seine Arbeiten in staatlichem Auftrag. Blutleere, unmenschliche, auffallend konstruierte Posen unverhüllter Drohung und Verkörperungen der leeren, deklamatorischen Bekundung eines imaginären kollektiven Willens, wurden Brekers Skulpturen zum Kennzeichen des öffentlichen künstlerischen Geschmacks des Dritten Reiches. Ihre fast maschinenartige Qualität ordnete sie unmissverständlich dem 20. Jahrhundert zu; sie blickten nach vorn zum neuen Menschentyp, dessen Schaffung eines der vordringlichsten Ziele der nationalsozialistischen Kulturpolitik war, gedankenlos körperlich, aggressiv, bereit zum Krieg.¹²⁸

II

Zu der Zeit, als Breker zu öffentlichem Ruhm gelangte, hatten die Kulturverwalter des Dritten Reiches jene abstrakte moderne Kunst, die sie als «entartet» bezeichneten, praktisch beseitigt. Hitlers eigener Geschmack spielte hier vielleicht eine grössere Rolle als in allen anderen Bereichen der Kulturpolitik mit Ausnahme der Architektur. Er selbst hatte einmal versucht, die Laufbahn eines Künstlers einzuschlagen, doch von Anfang an hatte er die Moderne in allen ihren Spielarten abgelehnt.¹²⁹ Einmal an der Macht, machte er aus seinen Vorurteilen Politik. Am 1. September 1933 sagte Hitler vor dem Nürnberger Reichsparteitag, es sei Zeit für eine neue, deutsche Kunst. Das Dritte Reich führte in seinen Worten «zwangsläufig zu einer Neuorientierung auf fast sämtlichen Gebieten des völkischen Lebens». Die Auswirkungen «dieser geistigen Revolution» müssten sich auch in der Kunst bemerkbar machen. Die Kunst müsse die «Volksseele» zum Ausdruck bringen. Die Vorstellung, dass Kunst international sei, müsse als dekadent und jüdisch abgelehnt werden. Er verurteilte ihren Ausdruck «in dem kubistisch-dadaistischen Primitivitätskult» und im Kulturbolschewismus und verkündete an ihrer Stelle «eine neue künstlerische Renaissance des arischen Menschen». Ausserdem warnte er, dass den modernen Künstlern ihre Sünden in der Vergangenheit nicht vergeben würden:

«Die nationalsozialistische Bewegung und Staatsführung darf auch auf kulturellem Gebiet nicht dulden, dass Nichtsköner oder Gaukler plötzlich ihre Fahne wechseln und so, als ob nichts gewesen wä-

re, in den neuen Staat einziehen, um dort auf dem Gebiete der Kunst und Kulturpolitik abermals das grosse Wort zu führen... Entweder waren die Ausgeburten ihrer damaligen Produktion ein wirklich inneres Erleben, dann gehören sie als Gefahr für den gesunden Sinn unseres Volkes in ärztliche Verwahrung, oder es war dies nur eine Spekulation, dann gehören sie wegen Betruges in eine dafür geeignete Anstalt. Auf keinen Fall wollen wir den kulturellen Ausdruck unseres Reichs von diesen Elementen verfälschen lassen; denn das ist unser Staat und nicht der ihre.»¹³⁰

Das Jahr 1933 hatte dementsprechend eine massive «Säuberung» von jüdischen und politisch links stehenden Künstlern sowie all jenen erlebt, die sich der abstrakten und semiabstrakten Kunst verschrieben hatten. Nahezu alle Künstler von internationalem Ruf waren betroffen. Loyalitätserklärungen gegenüber dem neuen Regime, selbst ein früher Parteieintritt wie im Fall des expressionistischen Malers Emil Nolde, konnten diejenigen nicht retten, deren frühere Werke keine Gnade vor Hitlers Augen fanden. Die wenigen namhaften Künstler, die in der Hoffnung auf bessere Zeiten geblieben waren wie Ernst Barlach, wurden sehr schnell eines Besseren belehrt.¹³¹

1933 wurden jüdische, sozialdemokratische, liberale und links stehende Museumsdirektoren kurzerhand ihres Postens enthoben und durch Leute ersetzt, die in den Augen der Nationalsozialisten zuverlässiger waren. Das Folkwangmuseum in Essen wurde sogar einem SS-Führer übergeben, Klaus Graf Baudissin, der die dortigen berühmten Wandmalereien von Oskar Schlemmer, einem eng mit dem Bauhaus verbundenen Künstler, übermalen liess. Trotzdem stellten Museumsdirektoren auch weiterhin Bilder und Skulpturen aus, die vom extremeren Flügel der NSDAP abgelehnt wurden. Selbst Baudissin, der Kunstgeschichte studiert hatte, zeigte noch bis 1935 Gemälde von Oskar Kokoschka, Franz Marc und Emil Nolde. Der Direktor der Bayerischen Staatsgemäldesammlung, Ernst Buchner, seit dem 1. Mai 1933 Parteimitglied, kämpfte für das Recht, die Arbeiten eines deutschjüdischen Künstlers, des Impressionisten Max Liebermann auszustellen, und widersetzte sich 1935 erfolgreich dem Drängen des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Bernhard Rust, Werke von van Gogh und den französischen Impressionisten zu ver-

kaufen. Die Nationalsozialisten lehnte diese Künstler nicht zuletzt deshalb ab, weil sie keine Deutschen waren. Als Hitler im Jahr 1933 persönlich den langjährigen und der künstlerischen Moderne zugeneigten Direktor der Nationalgalerie, Ludwig Justi, seines Amtes enthob, organisierte dessen Nachfolger Alois Schardt eine spektakuläre neue Ausstellung deutscher Kunst, in der auch Werke von Nolde und einer ganzen Reihe deutscher Expressionisten zu sehen waren. Als Reichsminister Rust die Ausstellung vor der Eröffnung besuchte, war er empört. Er entliess den Direktor auf der Stelle und ordnete an, die Ausstellung abzubrechen; Schardt emigrierte in die Vereinigten Staaten, nachdem er eine Ausstellung von Werken Franz Marcs in einer kleinen Berliner Galerie veranstaltet hatte, die von der Gestapo am Tag ihrer Eröffnung im Mai 1936 geschlossen wurde. Schardts Nachfolger Eberhard Hanfstaengl, früher der Leiter einer Galerie in München, erging es nicht besser. Er fiel bei Hitler in Ungnade, als der «Führer» ihm einen Überraschungsbesuch abstattete und an den Wänden einige expressionistische Bilder sah. Am 30. Oktober 1936 wurde der neue Flügel der Nationalgalerie geschlossen, nachdem er eine Ausstellung beherbergt hatte, in der unter anderem auch Werke von Paul Klee gezeigt worden waren.¹³² Ähnliche Schliessungen folgten in anderen Museen. Seit Mitte 1933 hatten die Direktoren von Galerien und Museen, auch solche, die von den Nationalsozialisten selbst ernannt worden waren, einen kulturellen Kleinkrieg gegen die Forderungen lokaler NS-Funktionäre geführt, bestimmte Gemälde aus Ausstellungen zu entfernen. Einige wenige wie Hanfstaengl hatten auch weiterhin moderne Kunst gekauft, auch wenn sie diese nicht in den veröffentlichten Museumskatalogen aufführten. Doch die Zeit für solche Kompromisse und Umgehungen von Anweisungen war spätestens 1936 zu Ende.¹³³

Von Anfang an organisierten einige der fanatischsten nationalsozialistischen Kunstgalerie- und Museumsdirektoren Ausstellungen moderner Werke, die sie aus den ständigen Ausstellungen herausgenommen hatten, unter Titeln wie «Kulturbolschewistische Bilder», «Kunst, die nicht aus unserer Seele kam», «Novembergeist – Kunst im Dienste der Zersetzung», «Entartete Kunst», «Schreckenskammer». Von den modernen deutschen Malern wurden unter anderem Max Beckmann, Otto Dix und George

Grosz, Ernst Ludwig Kirchner, Franz Marc, August Macke, Karl Schmidt-Rotluff und Emil Nolde ausgestellt. Ausländische Künstler, die ihren Wohnsitz in Deutschland hatten, wie Alexej von Jawlensky und Wassily Kandinsky, wurden ebenfalls gezeigt, zusammen mit den unvermeidlichen Kubisten und sonstigen Avantgardekünstlern aus anderen Ländern.¹³⁴ Die Tatsache, dass Macke und Marc in solcherlei Ausstellungen gezeigt wurden, war besonders umstritten, da beide im Ersten Weltkrieg gefallen waren. Die Veteranenverbände protestierten gegen die Beleidigung, die dem Gedächtnis der beiden Künstler durch die Verbote zugefügt wurde.¹³⁵ Einige der ersten dieser Ausstellungen, die bereits 1933 stattfanden, lösten lautstarke Proteste auf Seiten der kunstsinnigen Besucher aus, was in manchen Fällen deren Festnahme zur Folge hatte. Doch innerhalb kürzester Zeit wurde eine solche Opposition unmöglich. Bis zur Mitte der dreissiger Jahre waren Ausstellungen dieser Art in 16 verschiedenen Städten veranstaltet worden. Hitler besuchte die wichtigste von ihnen in Dresden im August 1935. Eine genauere Prüfung der anstössigen Werke bewog ihn zu einer erneuten längeren Tirade gegen moderne Kunst auf dem Nürnberger Reichsparteitag kurz darauf. Es war das dritte Mal, dass er die Gelegenheit nutzte, seinen Anhängern einen Vortrag zu diesem Thema zu halten. Goebbels musste also durchgreifen, wenn er Rosenberg, Rust und die übrigen Antimodernisten daran hindern wollte, die Führung in der Kulturpolitik zu übernehmen. Im Juni 1937 schrieb er: «Trostlose Beispiele von Kunstbolshewismus werden mir vorgelegt. [...] Und ich will in Berlin eine Ausstellung der Kunst der Verfallszeit veranstalten. Damit das Volk sehen und erkennen lernt.» Schon am 30. Juni, nachdem er von Hitler die Erlaubnis erhalten hatte, befahl er, «deutsche entartete Kunst seit 1910» (das Jahr des ersten abstrakten Gemäldes von dem in München ansässigen russischen Maler Wassily Kandinsky) aus öffentlichen Sammlungen für die geplante Ausstellung zu konfiszieren. Viele Mitarbeiter im Reichspropagandaministerium standen dem Vorhaben ablehnend gegenüber. Der politische Opportunismus, der in diesem Projekt zum Ausdruck kam, war selbst für einen Mann wie Goebbels zynisch. Er wusste, dass Hitlers Hass auf die künstlerische Moderne unstillbar war, und so beschloss er, sich bei ihm beliebt zu machen, indem er diesen Hass schürte, auch wenn er ihn selbst nicht teilte.¹³⁶

Die Organisation der Ausstellung lag in den Händen von Adolf Ziegler, Präsident der Reichskammer der Bildenden Künste und ein Maler klassischer Akte, dessen pedantischer Realismus ihm den Spitznamen «Meister des gekräuselten Schamhaars» eintrug.¹³⁷ Ausgerüstet mit Aufträgen von Goebbels und Hitler, bereiste Ziegler mit seiner Entourage deutsche Kunstgalerien und Museen und suchte Werke aus, die in der neuen Ausstellung gezeigt werden sollten. Die Museumsdirektoren, darunter auch Buchner und Hanfstaengl, waren wütend, wollten keine Bilder herausgeben und wurden bei Hitler vorstellig, um eine Entschädigung zu erhalten, falls die konfiszierten Bilder ins Ausland verkauft würden. Dieser Widerstand wurde nicht hingegenommen, und Hanfstaengl verlor seine Stelle in der Berliner Nationalgalerie. Aus den Münchner Sammlungen wurden 108 Bilder beschlagnahmt, und in derselben Grössenordnung bewegte sich die Zahl der Werke, die aus anderen Museen abtransportiert wurden.¹³⁸ Als die Ausstellung «Entartete Kunst» am 19. Juli 1937 in München eröffnet wurde, einer Stadt, die lange als Kunstmetropole Deutschlands galt, stellten die Besucher fest, dass die rund 650 ausgestellten Werke bewusst lieblos platziert waren, schief hingen, kaum beleuchtet waren und wie Kraut und Rüben dicht an dicht an den Wänden hingen unter so allgemeinen Überschriften wie «Verhöhnung der deutschen Frau», «Offenbarung der jüdischen Rassenseele» oder «Freche Verhöhnung des Gotteslebens».¹³⁹ Ironischerweise wirkten die schrägen Linien und die an Graffiti erinnernden Parolen an den Wänden wie ein Anklang an die Designtechniken der Dababewegung, eines der Hauptangriffsziele der Ausstellung. Hier wurde damit jedoch die Absicht verfolgt, Parallelen zu ziehen zwischen Bildern, die von Patienten in Nervenheilstätten angefertigt wurden, ein Thema, das in der Weimarer Republik von liberalen Psychiatern eingehend erörtert wurde, und den verzerrten Perspektiven der Kubisten und der Maler ähnlicher Stilrichtungen, ein Punkt, der in der Propaganda zu diesem Angriff auf die «entartete Kunst» als Produkt «entarteter» Menschen ein grosse Rolle spielte.¹⁴⁰

Hitler besuchte die Ausstellung vor ihrer offiziellen Eröffnung und widmete den Grossteil einer Rede am Vorabend der Eröffnung einer wilden Schmähung der ausgestellten Bilder:

«Niemals war die Menschheit im Aussehen und ihrer Empfindung der Antike näher als heute. Sport-, Wett- und Kampfspiele stählen Millionen jugendlicher Körper und zeigen sie uns nun steigend in einer Form und Verfassung, wie sie vielleicht tausend Jahre lang nicht gesehen, ja kaum geahnt worden sind ... Dieser Menschentyp, ... meine Herren Kunststotterer, ist der Typ der neuen Zeit. Und was fabrizieren Sie? Missgestaltete Krüppel und Kretins, Frauen, die nur abscheuerregend wirken können, Männer, die Tieren näher sind als Menschen, Kinder, die, wenn sie so leben würden, geradezu als Fluch Gottes empfunden werden müssten!»¹⁴¹

Hitler gab dem Reichsinnenministerium sogar Anweisung, die «Sehstörungen» und «Augenfehler» untersuchen zu lassen, die seiner Meinung nach teilweise für solche Entstellungen verantwortlich waren. Möglicherweise seien sie ererbt. Kubisten und andere Künstler, die sich nicht sklavisch an eine naturalistische Darstellung des Menschen hielten, sollten sterilisiert werden.¹⁴² Tatsächlich waren die wichtigsten Kriterien für die Auswahl der Werke für die Ausstellung nicht ästhetische, sondern «rassische» und politische Gesichtspunkte. Von den neun Gruppen, in die sie eingeteilt wurde, beruhten nur die erste und die letzte auf ästhetischen Kategorien. In den übrigen wurden eher die gewählten Themen angeprangert als die Art und Weise, wie sie dargestellt wurden. Die erste Gruppe präsentierte angebliche Beispiele für eine «Barbarei der Darstellung», eine «Zersetzung des Form- und Farbempfindens» und «eine bewusste Verachtung aller handwerklichen Grundlagen». Die zweite umfasste Bilder, die «ein Hohn auf jede religiöse Vorstellung» seien, die dritte zeigte Bilder, in denen die «politische Anarchie als Forderung» proklamiert werde: «Jedes einzelne Bild dieser Gruppe ruft zum Klassenkampf... auf.» Im vierten Abschnitt wurden Bilder ausgestellt, die Soldaten als Mörder oder als Kriegskrüppel darstellten. Eine Begleitbroschüre zur Ausstellung formulierte die angebliche Absicht dieser Bilder: «Vor allem aber soll dem Volk die tief eingewurzelte Achtung vor jeder soldatischen Tugend, vor Mut, Tapferkeit und Einsatzbereitschaft ausgetrieben werden.» Eine fünfte Gruppe sollte «einen Einblick in die moralische Seite der Kunstentartung» bieten, eine amoralische und pornographische Kunst zeigen (deren Bilder

zum Teil so übel seien, dass sie den weiblichen Besuchern der Ausstellung nicht zugemutet werden könnten). Der sechste Abschnitt zeigte «die planmässige Abtötung der letzten Reste jedes Rassebewusstseins» auf Bildern «mit dem Neger und Südseesulaner als dem offensichtlichen ‚rassischen‘ Ideal der ‚modernen Kunst‘». Die Bilder der siebten Gruppe sollten beweisen, dass der modernen Kunst «ein ganz besonderes geistiges Ideal vorschwebte, ... der Idiot, der Kretin und der Paralytiker». Die achte Gruppe zeigte ausschliesslich Werke jüdischer Künstler, die im Unterschied zu den Bildern der übrigen Gruppen in der Begleitbroschüre unkommentiert blieben. Die letzte und grösste Abteilung enthielt «einen Querschnitt durch die Ausgeburten sämtlicher ‚Ismen‘, die Flechheim, Wollheim und Cohnsorten im Laufe der Jahre ausgeheckt, gefördert und verramscht haben», vom Dadaismus bis zum Kubismus und darüber hinaus. Als Einleitung im Begleitheft wurden die Absichten der Ausstellung erläutert. Dort heisst es unter anderem: «[Die Ausstellung] will zeigen, dass es sich hier ... um einen planmässigen Anschlag auf das Wesen und den Fortbestand der Kunst überhaupt» handelte. Und weiter: «Sie will die gemeinsame Wurzel der politischen Anarchie und der kulturellen Anarchie aufzeigen, die Kunstentartung als Kulturbolschewismus im ganzen Sinne des Wortes entlarven.» Die 32seitige Broschüre bestand aus 16 Textseiten, denen jeweils eine Bildseite gegenübergestellt war. Auf mehreren Bildseiten wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich bei den einzelnen Künstlern um Juden handelte, um die Verschwörungstheorie glaubhafter zu machen.¹⁴³ Nach den Kampfschriften und polemischen Zeitungsartikeln jener Zeit zu urteilen, war die moderne Kunst für viele Nationalsozialisten vor allem das Produkt internationaler ausländischer Einflüsse. Die Kunst sollte wieder zur deutschen Seele zurückkehren. Was die moderne Kunst anging, so lautete das Fazit eines Autors: «Möge das Entartete mitleidlos im eigenen Schmutz erstickt werden, damit das Gesunde und Edle gedeihe und herrsche.»¹⁴⁴

Die Ausstellung war ein Publikumsmagnet und zog bis Ende November 1937 über zwei Millionen Besucher an. Der Eintritt war frei, und gezielt lancierte Presseberichte lenkten die Aufmerksamkeit auf die Scheusslichkeiten, die dort angeblich ausgestellt wurden.¹⁴⁵ Die gezeigten Bilder, konnte man in der Presse lesen, seien «Machwerke aus trauriger Zeit», ein

«Spuk der Vergangenheit», aus Tagen, in denen «Bolschewismus und Dilettantismus Triumphe (feierten)». Schlüpfrige Schilderungen und Abbildungen zeigten den Lesern, was sie in der Ausstellung erwartete.¹⁴⁶ Zumindest in den ersten Wochen wurde die Ausstellung hauptsächlich von Angehörigen der Münchner unteren Mittelschicht besucht, von denen viele noch nie eine Kunstausstellung gesehen hatten, und von ergebenen Parteianhängern, die eine neue Form des antisemitischen Ressentiments in sich aufnehmen wollten. Die Behauptung, Kinder und Jugendliche würden zu der Ausstellung nicht zugelassen, weil die ausgestellten Bilder zu schockierend seien, sollte die Neugier des Publikums noch weiter schüren. Trotzdem gingen auch einige Jugendliche in die Ausstellung, unter ihnen der siebzehnjährige Peter Günther. Der Sohn eines liberalen Kunstkritikers, der 1935 aus der Reichsschrifttumskammer ausgeschlossen worden war, verstand bereits einiges von Malerei. Er empfand die Atmosphäre in der Ausstellung als einschüchternd und bedrohlich. Wie er sich später erinnerte, gaben die Besucher lautstark Kommentare darüber ab, wie dilettantisch die gezeigten Bilder gemalt seien, und dass es eine Verschwörung von Kunstkritikern, Händlern und Museumsdirektoren gegeben haben müsse, das Publikum zum Narren zu halten, ein Eindruck, der durch den Umstand verstärkt wurde, dass mehrere Bilder mit Preisschildchen versehen waren, so dass man sehen konnte, was sie gekostet hatten («bezahlt von den Steuergroschen des arbeitenden deutschen Volkes»). Ein Bild von Erich Heckel trug ein Preisschild mit der Zahl 1 Million Reichsmark, ohne dass darauf aufmerksam gemacht wurde, dass das Bild 1923 gekauft worden war, auf dem Gipfel der Inflation, und der Preis damals tatsächlich sehr niedrig gewesen war. Lokale Gruppen, Organisationen und Verbände der NSDAP, die die Ausstellung gemeinsam besucht hatten, schickten dem Reichspropagandaministerium Telegramme mit Botschaften wie «Die Künstler sollten neben ihren Bildern aufgehängt werden, so dass jeder Deutsche ihnen ins Gesicht spucken kann». Carola Roth, eine Freundin von Max Beckmann, bemerkte, dass ältere Besucher in der Ausstellung umhergingen und die Köpfe schüttelten, während jüngere Parteimitglieder und SA-Männer über die ausgestellten Bilder laut lachten und höhnische Bemerkungen machten. Die Atmosphäre von Hass und lautstarker Hämie

liess keine abweichenden Meinungsäusserungen zu; sie war sogar ein wesentlicher Bestandteil der Ausstellung und machte sie zu einer weiteren Veranstaltung der Massenpropaganda für das Regime. Später, als Peter Günther die Ausstellung ein zweites Mal besuchte, war die Atmosphäre wesentlich ruhiger, und einige Besucher verweilten länger vor einzelnen Bildern und Skulpturen und hatten ihre Freude daran; sie waren gekommen, um die Kunstwerke möglicherweise ein letztes Mal zu sehen. Doch alles in allem war die Ausstellung in den Augen der Veranstalter zweifellos ein Erfolg. Wie vieles andere in der NS-Kultur bot sie gewöhnlichen konservativen Bürgern die Möglichkeit, Vorurteile vernehmlich zu äussern, die sie seit Langem gehegt, aber bislang für sich behalten hatten.¹⁴⁷

Viele Künstler, deren Arbeiten in der Ausstellung gezeigt wurden, waren entweder Ausländer wie Pablo Picasso, Henri Matisse oder Paul Cézanne oder waren emigriert wie Paul Klee, Wassily Kandinsky oder Oskar Kokoschka. Doch einige der Künstler lebten noch in Deutschland, in der Hoffnung, dass auch wieder andere Zeiten kommen und sie rehabilitiert würden. Max Beckmann, dessen letzte Ausstellung, in der allein seine Bilder gezeigt worden waren, gerade erst im Jahr zuvor in Hamburg veranstaltet worden war, ging einen Tag nach der Eröffnung der Ausstellung «Entartete Kunst» ins Exil nach Amsterdam. Alles andere als wohlhabend widmete sich Beckmann weiterhin der Malerei. Unterstützt wurde er in den folgenden Jahren von mitfühlenden Händlern und ausländischen Bewunderern.¹⁴⁸ Andere hatten weniger Glück.¹⁴⁹ Der expressionistische Maler Ernst Ludwig Kirchner, der damals ebenso wie Beckmann über fünfzig war, hatte bereits seit den zwanziger Jahren hauptsächlich in der Schweiz gelebt, doch war er weit mehr als Beckmann auf den deutschen Markt angewiesen. Bis 1937 hatte er nicht aufgegeben, doch im Juli dieses Jahres wurde er schliesslich aus der Preussischen Akademie der Künste ausgeschlossen. Viele seiner Werke wurden aus deutschen Sammlungen von der Zieglerkommission konfisziert, die nicht weniger als 32 seiner Gemälde in der Ausstellung «Entartete Kunst» zeigte. Kirchner war ein kranker Mann. Bereits seit einigen Jahren suchte er als Künstler vergeblich nach Orientierung und konnte nie wieder an die Grösse anknüpfen, die er in seiner Berliner Zeit von 1910 bis in die Mitte der zwanziger Jahre erlangt

hatte. Für ihn war damit alle Hoffnung dahin. «Ich hoffte immer, Hitler wäre für alle Deutschen, und nun hat er so viele und wirklich ernsthafte Künstler deutschen Blutes diffamiert. Das ist sehr traurig für die Betroffenen, denn sie haben geschaffen für Deutschlands Ruhm und Ehre.» Nachdem weitere Werke von ihm konfisziert worden waren, verfiel Kirchner in eine schwere Depression. Am 15. Juni 1938 vernichtete er zahlreiche seiner Werke, die er in seiner ländlichen Zuflucht in der Schweiz aufbewahrte, trat vor sein Haus und erschoss sich.¹⁵⁰

III

In der Zwischenzeit hatte das Regime in einer Art und Weise, die für seine Entscheidungsfindung auch in anderen Bereichen typisch war, die Gelegenheit ergriffen, um ein Gesetz zu erlassen, das die Politik, die in der Ausstellung zum Ausdruck kam, verallgemeinerte. Einen Tag vor der Eröffnung der Ausstellung «Entartete Kunst» erklärte Hitler, die Zeit der Toleranz sei jetzt beendet:

«Wir werden von jetzt ab einen unerbittlichen Säuberkrieg führen gegen die letzten Elemente unserer Kulturzersetzung ... Nun aber werden – das will ich Ihnen hier versichern – alle die sich gegenseitig unterstützenden und damit haltenden Cliques von Schwätzern, Dilettanten und Kunstbetrügnern ausgehoben und beseitigt. Diese vorgeschichtlichen prähistorischen Kultur-Steinzeiter und Kunststotterer mögen unseretwegen in die Höhlen ihrer Ahnen zurückkehren, um dort ihre primitiven internationalen Kritzeleien anzubringen.»¹⁵¹

Die «Schwätzer» waren bereits in einer Anordnung Goebbels' vom 27. November 1936 zum Schweigen gebracht worden, mit der jegliche «Kunstkritik in der bisherigen Form» untersagt wurde, die in seinen Worten «in der Zeit jüdischer Kunstüberfremdung zum Kunstrichtertum gemacht worden war». An ihre Stelle sollte ein «Kunstbericht» treten, der sich auf eine schlichte Beschreibung beschränken sollte. In einer Kunstwelt, in der alles, was in öffentlichen Museen und Kunstgalerien ausgestellt wurde, die Zustimmung des Reichspropagandaministeriums und der

Reichskammer der Bildenden Künste hatte, konnte Kunstkritik leicht in eine Regimekritik umschlagen.¹⁵² Um zu gewährleisten, dass die Werke moderner Maler und Bildhauer nicht mehr öffentlich gezeigt wurden, erklärte Ziegler in seiner Eröffnungsrede, dass dieser «Schund» bald aus den Galerien des Landes entfernt würde.¹⁵³ Goebbels sagte der Reichskulturkammer wenig später, dass die Ausstellung «Entartete Kunst» in München beängstigende und schreckliche Werke gezeigt habe, die aus einer Zeit stammen, die nun überwunden sei. Am 31. Mai wurde ein «Gesetz über die Einziehung von Erzeugnissen entarteter Kunst» erlassen. Es legalisierte rückwirkend die Konfiszierung «entarteter» Kunstwerke nicht nur aus Galerien und Museen, sondern auch aus Privatsammlungen ohne Entschädigung, wobei in «besonderen Fällen... Massnahmen zum Ausgleich von Härten getroffen» werden konnten.¹⁵⁴ Die Konfiszierung lag in den Händen einer Kommission unter der Leitung von Adolf Ziegler; ihr gehörten unter anderen der Kunsthändler Karl Haberstock und Hitlers Leibfotograf Heinrich Hoffmann an.¹⁵⁵

Die Kommission erhöhte die Zahl der beschlagnahmten Kunstwerke auf etwa 5'000 Gemälde und 12'000 graphische Arbeiten, Zeichnungen, Holzschnitte und Aquarelle aus insgesamt 101 Kunstgalerien und Museen in ganz Deutschland.¹⁵⁶ Einige Werke ausländischer Künstler wurden an die entsprechenden Einrichtungen und Personen zurückgegeben, die diese an deutsche Museen verliehen hatten, insgesamt etwa 40 Stück. Andere wurden eingetauscht. Ausserdem reklamierte Hermann Göring vierzehn der wertvollsten Stücke für sich persönlich: vier Bilder von Vincent van Gogh, vier von Edvard Munch, drei von Franz Marc und jeweils eines von Paul Cézanne, Paul Gauguin und Paul Signac. Göring verkaufte die Bilder allerdings wieder. Er benötigte Geld für den Kauf von Gobelins, um Carinhall damit auszuschnücken, die Luxusjagdhütte, die er zur Erinnerung an seine erste Frau hatte bauen lassen. Dies war ein gesetzwidriger Akt der Bereicherung, der ahnen liess, wie er vorgehen würde, wenn er Zugriff auf die Kunst anderer europäischer Länder haben würde.¹⁵⁷ Einige Künstler im Exil und ihre ausländischen Anhänger veranstalteten alsbald Gegenausstellungen «deutscher Kunst des 20. Jahrhunderts», vor allem in London, Paris und Boston, und lenkten so die Aufmerksamkeit auf den Ruf,

den viele der verbotenen Künstler im Ausland hatten. Das NS-Regime konnte die Nachfrage nach moderner deutscher Kunst in anderen Ländern nicht einfach ignorieren, da es dringend harte Währung benötigte. Goebbels nahm Verhandlungen mit Wildenstein und anderen Kunsthändlern ausserhalb Deutschlands auf und änderte die Zusammensetzung von Ziegler's Kommission, so dass diese stärker seiner Aufsicht unterstand. Die «Kommission zur Verwertung der beschlagnahmten Werke entarteter Kunst», der drei Kunsthändler angehörten, wurde im Mai 1938 innerhalb des Reichspropagandaministeriums gebildet. Bis 1942 wurden über eine Million Reichsmark aus dem Verkauf von bis zu 3'000 Kunstwerken Erlöst und auf ein Sonderkonto der Reichsbank eingezahlt. Bei der grössten Auktion dieser Bilder am 30. Juni 1939 in der Galerie Fischer in Luzern wurden 125 Bilder von Ernst Barlach, Marc Chagall, Otto Dix, Paul Gauguin, Vincent van Gogh, George Grosz, Ernst Ludwig Kirchner, Paul Klee, Max Liebermann, Henri Matisse, Amadeo Modigliani, Pablo Picasso, Maurice Vlaminck und anderen versteigert. Nur 31 Bilder fanden keinen Käufer. Ein Teil des Erlöses ging an die Museen und Galerien, aus denen die Bilder beschlagnahmt worden waren, der Löwenanteil wanderte jedoch auf ein Konto in London, damit Hitler Bilder für seine Privatsammlung kaufen konnte. Durch Auktionen «überlebte» ein beträchtlicher Teil der beschlagnahmten Kunstwerke.¹⁵⁸

Für die grosse Mehrzahl der konfiszierten Kunstwerke galt das jedoch nicht. Der Gesamterlös der Auktion in Luzern von knapp über einer halben Million Schweizer Franken war selbst nach damaligen Massstäben enttäuschend. Da allgemein bekannt war, dass das NS-Regime grosse Mengen moderner Kunst konfiszierte und abstossen wollte, gingen die Preise auch bei nichtöffentlichen Verkäufen in den Keller. Ein Bild von Max Beckmann, «Südküste», erzielte nicht mehr als 20 Dollar. Es hatte den Anschein, als wären damit doch keine grossen Profite zu machen. Schliesslich waren eine Million Reichsmark doch vergleichsweise wenig. Obwohl zwei weitere Auktionen geplant wurden, ein weiterer Verkauf im August 1939 in Zürich stattfand und bis 1942 Verkäufe an Privatleute getätigt wurden, war angesichts der Drohung eines bevorstehenden Krieges der Transport grosser Mengen von Kunstwerken ins Ausland nicht ratsam.¹⁵⁹ Ihr Absatz wurde noch durch den Umstand erschwert, dass Hitler persön-

lich die Sammlung von 12'167 verbliebenen Werken inspizierte, die in einem Berliner Lagerhaus untergebracht waren, und eine Anordnung erliess, mit der ihre Rückgabe an die Sammlungen, aus denen man sie entfernt hatte, verboten wurde. Es schien kaum eine andere Möglichkeit zu geben, als sie zu vernichten. Schliesslich waren sie in den Augen Zieglers und seiner Kommission ohnedies künstlerisch wertlos. Deshalb wurden am 20. März 1939 rund tausend Ölbilder und 3'825 Aquarelle, Zeichnungen und graphische Werke im Innenhof der zentralen Feuerwache in Berlin auf einen Haufen geworfen und angezündet. Die – vorher nicht angekündigte – Verbrennung erfolgte unter Ausschluss der Öffentlichkeit ohne jede Zeremonie. Trotzdem erinnerte sie deutlich an die Bücherverbrennungen vom 10. Mai 1933, denen die Bücher von jüdischen, linksstehenden und modernen Autoren auf den öffentlichen Plätzen der deutschen Universitätsstädte zum Opfer gefallen waren.¹⁶⁰

Die moderne Kunst in Deutschland war also schliesslich buchstäblich materiell vernichtet worden. Moderne Kunstwerke waren aus deutschen Sammlungen entfernt und auf den Scheiterhaufen geworfen worden. Das einzige, was man an moderner Kunst noch zu sehen bekam, wurde in der Ausstellung «Entartete Kunst» gezeigt, die in verkleinertem Umfang in den beiden Folgejahren in verschiedenen deutschen Grossstädten wie Berlin, Düsseldorf und Frankfurt auf Tournee ging.¹⁶¹ Moderne Künstler waren ins Exil gezwungen oder daran gehindert worden, ihre Arbeiten öffentlich zum Kauf anzubieten oder in Galerien auszustellen. Aber sie waren nicht völlig verschwunden. Im Gegenteil, wie der SD der SS 1938 berichtete: «Kulturbolschewistische» und «expressionistische» Werke wurden noch immer in Privatgalerien und -ausstellungen gezeigt, vor allem in Berlin. Auf einer solchen Veranstaltung 1938 in Berlin, beanstandete die SS, «(bot) die Ausstellung der jungen Künstlerschaft zu einem grossen Teil ein Bild der Entartung und der Unfähigkeit, so dass dieser Teil des Künstlernachwuchses sich einer nationalsozialistischen Kunstauffassung entgegenstellt».¹⁶² Es sah demnach so aus, als habe die Kunstauffassung der Nationalsozialisten doch nicht auf ganzer Linie gesiegt. Das war aber noch nicht alles. Die SS beklagte 1938 auch, dass «in weiteren Kreisen der deutschen Künstlerschaft selbst, soweit sie nicht als ausgesprochen nationalso-

zialistisch eingestellt anzusprechen ist, ...eine Opposition gegen die nationalsozialistische Kunstanschauung vorhanden (war).» Besonders unbeliebt sei die Reichskammer für Bildende Künste, die dem SD-Bericht zufolge von fast allen deutschen Künstlern abgelehnt wurde.¹⁶³ Sie hatte weitreichende Befugnisse gegenüber ihren 42'000 Zwangsmitgliedern, zu denen Architekten, Gartenarchitekten, Innendekorateure, Kopisten, Antiquitätenhändler, Töpfer und überhaupt fast alle gehörten, die in irgendeiner Verbindung zu den bildenden Künsten standen. Um als Mitglied zugelassen zu werden, musste man einen ausführlichen Fragebogen ausfüllen, in dem nach den früheren politischen Orientierungen und der «rassischen» Abstammung der Familienangehörigen gefragt wurde.¹⁶⁴ Wer nicht zugelassen wurde, durfte in seinem Beruf nicht arbeiten. Einige konnten vom Verkauf ihrer Werke nicht mehr leben und mussten niedrigere Arbeiten verrichten. Oskar Schlemmer beispielsweise bemalte Militärbauwerke mit Tarnmustern.¹⁶⁵

Auf der anderen Seite standen dagegen «deutsche» Künstler wie Arno Breker, denen es noch nie so gut gegangen war wie jetzt. Sie wurden vom Reichspropagandaministerium gefördert, das eine ganze Reihe von Preisen, Auszeichnungen und Titel für Künstler einführte, deren Werk dem nationalsozialistischen Ideal entsprach.¹⁶⁶ Kunstausstellungen überall in Deutschland trugen jetzt Titel wie «Blut und Boden» oder «Grundkräfte des deutschen Formwillens» und widmeten sich Themen wie Porträts der nationalsozialistischen Bewegung, vor allem natürlich solchen von Hitler selbst.¹⁶⁷ Ausserdem war die Ausstellung «Entartete Kunst» keine isolierte Veranstaltung, sondern eigentlich das Gegenstück zu einer «Grossen Deutschen Kunstausstellung», die einen Tag vor der Ausstellung «Entartete Kunst» im neubauten «Haus der Deutschen Kunst» eröffnet worden war.¹⁶⁸ Die riesige Ausstellung, die danach jedes Jahr erneuert wurde und bei deren Einweihung ein langer Festzug unter dem Motto «Zweitausend Jahre Deutsche Kultur» durch die Strassen Münchens zog, enthielt Landschaftsbilder, Stilleben, Porträts, allegorische Statuen und manches andere. Zu ihren Themen zählten Tiere und Natur, Mutterschaft, Industrie, Sport und bäuerliches Leben und ländliche Gewerbe, während die Verherrlichung des Krieges und soldatischer Tugenden in dieser Ausstellung noch fast völlig fehlte. Ausgestellt wurden zahlreiche akademische Akte,

unberührbare, übermenschliche Bilder von Dauerhaftigkeit und Zeitlosigkeit als Kontrast zur menschlichen Dimension der Kunst, die jetzt als «entartet» gebrandmarkt wurde.¹⁶⁹ Hitler selbst inspizierte die Ausstellung vor der Eröffnung und strich persönlich jedes zehnte Kunstwerk, das für die Ausstellung vorgesehen war, wegen «mangelnder deutscher Klarheit». Enttäuscht von der unsicheren Jury unter Ziegler, beauftragte Hitler seinen Leibfotografen Heinrich Hoffmann mit der Auswahl der Bilder für künftige Ausstellungen dieser Art.¹⁷⁰ Die relativ geringe Besucherzahl der Ausstellung – etwas über 400'000 gegenüber fast drei Millionen, von denen die Ausstellung «Entartete Kunst» in München und später in weiteren deutschen Städten besucht wurde – hatte vermutlich seinen wesentlichen Grund darin, dass für diese Ausstellung Eintritt bezahlt werden musste.¹⁷¹ Doch auch sie war ein Erfolg. Nach Peter Günther lobten die Besucher die handwerkliche Kunst und die realistische, lebensechte Qualität der Statuen und Bilder (selbst derjenigen, die als Allegorien gemeint waren) und waren allgemein von den Exponaten beeindruckt. Auch hier waren viele Besucher nach Ansicht des jungen Günther¹⁷² zuvor noch nie in einer Kunstausstellung gewesen. Die Kunstpolitik der Nationalsozialisten war vor allem für solche Menschen gedacht.¹⁷³

IV

Die Grosse Deutsche Kunstausstellung war in einem eigens dafür gebauten Museum untergebracht, das von dem Architekten Paul Ludwig Troost im Stil eines antiken Tempels entworfen worden war. Die schweren, quadratischen Säulen vor einem kompakten rechteckigen Gebäudeblock waren weit entfernt von der fein gegliederten neoklassischen Architektur, an die Troost sich anlehnte. Wie andere nationalsozialistische Gebäude war das Museum zuerst und vor allem ein Bauwerk der Macht.¹⁷⁴ Dieses «Haus der Deutschen Kunst» war nur eines aus einer grossen Zahl von Prestigeobjekten, die Hitler in Angriff genommen hatte, kaum dass er an die Macht gekommen war. Tatsächlich hatte er bereits seit den frühen zwanziger Jahren über ein solches Projekt nachgedacht. Hitler sah sich sogar mehr als Architekten denn als Maler und widmete der Architektur

mehr Aufmerksamkeit als jeder anderen Kunstform. «Jede grosse Zeit findet ihren abschliessenden Wertausdruck in ihren Bauwerken», erklärte er 1938: «Wenn Völker grosse Zeiten innerlich erleben, so gestalten sie diese Zeiten auch äusserlich. Ihr Wort ist dann überzeugender als das gesprochene: Es ist das Wort aus Stein!»¹⁷⁵

Die neuen öffentlichen Gebäude des Dritten Reiches waren allesamt in diesem massiven, pseudoklassischen Monumentalstil entworfen. Ebenso wie die Gebäude an der Ringstrasse in Wien, die Hitler in seinen jungen Jahren betrachtet und gezeichnet hatte, sollten sie Haltbarkeit und Dauer ausstrahlen. Sie alle waren beeinflusst von Hitlers persönlichen Entwürfen und Bauplänen. Hitler arbeitete stundenlang mit Architekten an der Ausarbeitung ihrer Ideen, brütete über Modellen und erörterte mit ihnen die detaillierteren Aspekte des Stils und der Ausschmückung. Bereits 1931/32 hatte er mit Troost bei der Planung der Neugestaltung des Königsplatzes in München zusammengearbeitet, und als er Reichskanzler war, wurden diese Pläne in die Tat umgesetzt. Neue Gebäude wurden um den Platz errichtet: Der «Führerbau», ein neues Verwaltungsgebäude für die Partei, und zwei monumentale Bauwerke mit ausgedehnten Empfangshallen im Inneren, Hakenkreuzen und Adlern an der Fassade. An jeder Front befand sich ein Balkon, von dem aus Hitler zu den Massen sprechen konnte, die sich unten versammeln würden. Entgegen ihrem äusseren Erscheinungsbild waren dies moderne Gebäude, in deren Innerem sich eine Klimaanlage und Aufzüge verbargen. Angebaut waren charakteristische Ausprägungen des NS-Totenkults: Zwei Ehrentempel für jene Nationalsozialisten, die beim Novemberputsch 1923 ihr Leben verloren hatten. Hier herrschte eine Atmosphäre ehrwürdiger Sakralität. Die sterblichen Überreste der vor Kurzem exhumierten «Märtyrer» waren in Sarkophagen auf einem Podium stehend ausgestellt, flankiert von 20 Kalksteinsäulen, auf deren Oberseite Feuerbecken brannten. Die ausgedehnte Rasenfläche des Königsplatzes wurde auf einer Fläche von 2'200 Quadratmetern mit Granitplatten gepflastert. «Hier ist etwas Neues entstanden», kommentierte ein deutscher Kunsthistoriker den Platz und seine neuen Gebäude, «dessen tiefster Sinn ein politisches Bekenntnis ist». Hier würden sich die organisierten und disziplinierten Massen versammeln, um der neuen Ordnung

Treue zu geloben. Diese Architektur sei «steingewordene Weltanschauung» und nur vor diesem Hintergrund zu verstehen.¹⁷⁶

In anderen Bereichen benötigten die nationalsozialistischen «Kulturwalter» einige Zeit, bis sie ihre Auffassungen durchsetzen konnten. Die Reichsarchitektenkammer schloss bald jüdische Kollegen aus. Trotz der Gegnerschaft der Nationalsozialisten zur ultramodernen Architektur allerdings gingen sie nicht sofort gegen Anhänger der Moderne vor, von denen einige, wie Mies van der Rohe, noch eine Zeitlang in Deutschland blieben, auch wenn es für sie immer schwieriger wurde, Aufträge zu erhalten. Ab 1935 waren jedoch experimentellere Formen der Moderne praktisch verboten; Mies van der Rohe emigrierte nach New York.¹⁷⁷ Mitte der dreissiger Jahre waren Bauten aus der Zeit der Weimarer Republik wie moderne Wohnblöcke nicht mehr in Mode. Das nationalsozialistische Ideal des Haus- und Wohnungsbaus begünstigte einen volkstümlichen, pseudobäuerlichen Stil, wie er vom führenden Exponenten der Rassentheorien der modernen Kunst, Paul Schultze-Naumburg, vertreten wurde. Aber diese Art zu bauen war nur für Vororte geeignet; in den Innenstädten brauchte man nach wie vor Mietshäuser, die jetzt allerdings bevorzugt wieder Giebel- statt Flachdächern aufwiesen, weil das «deutscher» war.¹⁷⁸ Doch die eigentliche Leidenschaft Hitlers gehörte den öffentlichen Gebäuden. In München wurde der Grundstein für einen riesigen Hauptbahnhof gelegt, der die grösste Stahlkonstruktion der Welt werden sollte, mit einer Kuppel höher als die beiden Türme der Frauenkirche, des Wahrzeichens der Stadt. Nicht nur München, auch andere Grossstädte sollten zu massiven steinernen Zeugen der Macht und Dauerhaftigkeit des Dritten Reiches werden. In Hamburg war ein neuer Wolkenkratzer für das Gauhaus der NSDAP geplant, höher als das Empire State Building in New York, gekrönt mit einem riesigen Hakenkreuz aus Neonröhren, das den einfahrenden Schiffen als Leuchtturm dienen sollte. Der Altonaer Stadtteil Othmarschen sollte abgerissen werden, um Platz zu gewinnen für die Rampen und Pfeiler einer gewaltigen Hochbrücke über die Elbe. Die Brücke sollte die längste der Welt sein, bei Weitem grösser als die Golden Gate Bridge in San Francisco, die ihr als Vorbild diente.¹⁷⁹

In Berlin-Tempelhof wurde ein riesiger Flughafen mit über 2'000 Räumen gebaut. Im Inneren des grandiosen neuen Reichsluftfahrtministeriums

Karte 5: Ausstellung «Entartete Kunst»



– die Böden ausgelegt mit Marmor, die Wände mit Hakenkreuzen verziert
 – konnte man in weitläufigen Hallen Büsten berühmter deutscher Flieger bewundern. Ein beeindruckendes Olympiastadion mit Platz für 100'000 Zuschauer, dessen Bau 77 Millionen Reichsmark gekostet hatte, diente nicht nur sportlichen Veranstaltungen, sondern auch Massenkundgebungen der Partei. Auch hier befanden sich in benachbarten Türmen Gedenkstätten für die toten Kämpfer, diesmal für die Soldaten des Ersten Weltkriegs. 1938 hatte Hitler auch den Bau einer neuen Reichskanzlei in Auftrag gegeben, da ihm die bisherige Kanzlei jetzt zu bescheiden erschien. Das neue Gebäude war noch grösser und imposanter als die Gebäude in München. Die Haupthalle war etwa 150 Meter lang, doppelt so lang wie der Spiegelsaal in Versailles, wie Hitler vermerkte.¹⁸⁰ 1939 eingeweiht, vermittelte die neue Reichskanzlei den hohen Rang und den Reichtum eines Reichs, das zu einer Grossmacht geworden sei, kommentierte damals ein Beobachter.¹⁸¹ Tatsächlich sollte das Gigantische an all diesen Projekten, deren Fertigstellung für den Beginn der fünfziger Jahre geplant war – ein erstaunlich kurzer Zeitraum – deutlich machen, dass Deutschland zu diesem Zeitpunkt nicht nur eine Grossmacht, sondern die beherrschende Macht der Welt sein würde.¹⁸²

Die neue Reichskanzlei war nicht von Hitlers Lieblingsarchitekt Paul Troost entworfen worden, der im Januar 1934 gestorben war, sondern von einem Neuling, der in den späteren Jahren des Dritten Reiches eine besonders wichtige Rolle spielen sollte, Troosts jungem Mitarbeiter Albert Speer. 1905 in Mannheim geboren, gehörte Speer zu einer Generation von Technokraten, deren Ambitionen durch die bittere und chaotische Erfahrung des Ersten Weltkriegs, die Revolution und die Hyperinflation 1923 geformt worden waren. Sohn eines Architekten und somit Angehöriger des gebildeten höheren Bürgertums in Deutschland, studierte Speer bei Heinrich Tessenow in Berlin und schloss enge Freundschaften mit mehreren anderen Schülern Tessenows. Ihr Lehrer brachte ihnen eine offene Haltung gegenüber der Architektur nahe und war weder ein Anhänger der Moderne noch des Klassizismus, betonte jedoch die Einfachheit der Form und die Verankerung des Stils in der Erfahrung des deutschen Volkes. Wie auf jeder deutschen Universität in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre dominierte auch hier die Rechte, prägte die allgemeine Atmosphäre, und

trotz seiner liberalen Herkunft fügte sich Speer dieser Strömung. 1931 hielt Hitler in der «Hasenheide» vor Berliner Studenten eine Rede. Später erinnerte sich Speer, der sich unter den Studenten befand, «ich [wurde] von der Begeisterung mitgerissen, die den Redner von Satz zu Satz geradezu physisch spürbar trug».¹⁸³ Überwältigt trat Speer der NSDAP bei und stürzte sich in seine Arbeit, wurde Mitglied im NS-Kraftfahrerkorps und erkundete die Möglichkeiten, in die SS einzutreten, ohne die Sache dann jedoch weiterzuverfolgen. 1932 arbeitete er als freier Architekt und begann seine Parteikontakte zu nutzen, um an Aufträge zu kommen. Goebbels beauftragte ihn gemeinsam mit anderen Architekten mit dem Umbau und der Modernisierung des Reichspropagandaministeriums, einem Gebäude des grossen Architekten Friedrich Schinkel aus dem frühen 19. Jahrhundert, dessen Inneres Goebbels vor seinem Einzug mit Unterstützung einer Bande von SA-Männern verwüstet hatte, so dass er es nach seinen eigenen Vorstellungen ausstatten konnte. Es war nicht überraschend, dass Goebbels Speers Ansicht, wonach möglichst viel von dem klassischen Interieur des Schinkelbaus zu erhalten sei, nicht teilte. Goebbels fand die Einrichtung zu wenig repräsentativ und liess einige Monate später die Räume des Hauses völlig neu möblieren. Das nächste Projekt des jungen Architekten war jedoch erfolgreicher. Als er die Pläne des Reichspropagandaministeriums für die nächtliche Massenkundgebung zum Tag der nationalen Arbeit auf dem Tempelhofer Feld in Berlin sah, fand er sie hausbacken und wurde aufgefordert, seine eigenen Vorstellungen zu verwirklichen. Seine erfolgreichen Neuerungen, zu denen eine grosse Tribüne vor drei riesigen Fahnen gehörte, zwei davon schwarz-weiss-rot, in der Mitte eine Hakenkreuzfahne, die von Scheinwerfern angestrahlt wurden, hatten zur Folge, dass Goebbels ihn beauftragte, die Architektur zur Kulisse des Reichsparteitags in Nürnberg zu entwerfen. Es war Speer, der 1934 den «Lichtdom» auf dem zweiten Reichsparteitag erfand, ein Effekt, der durch eine Anordnung starker Scheinwerfer, die senkrecht in den Himmel strahlten, erzeugt wurde. Bald durfte Speer die Ämter der NSDAP modernisieren und das Innere von Goebbels' neuem Haus am Wannsee vor den Toren Berlins neu gestalten. Er fühlte sich voller Tatendrang durch die Atmosphäre, die diese Nazi-Grössen umgab, und durch

die Energie, die von ihnen ausging. Speer arbeitete besessen und erledigte seine Aufträge besonders schnell. Innerhalb kürzester Zeit – er war noch keine dreissig Jahre alt – hatte er sich innerhalb der Parteiführung einen Namen gemacht.¹⁸⁴

Der Tod von Troost, den Hitler verehrt hatte, katapultierte Speer in die persönliche Umgebung des Führers, da Hitler den jungen Mann nun als seinen persönlichen Berater auf dem Gebiet der Architektur mit Beschlag belegte. In ihm hatte er jemanden gefunden, mit dem er über seine grösste Liebhaberei reden konnte, ohne ihm die Ehrerbietung zu schulden, die er Troost entgegengebracht hatte. Speer war überwältigt von dieser Aufmerksamkeit und zog gemeinsam mit seiner Familie in die Nähe von Hitlers Berghof bei Berchtesgaden, um dem «Führer» nahe zu sein. Ein häufiger Gast in Hitlers Privatwohnung, wurde Speer vom Wunsch des «Führers» mitgerissen, riesige, monumentale Bauwerke in einem Stil zu errichten, der letztlich auf das klassische Altertum zurückging, und wurde bald mit immer ehrgeizigeren Plänen betraut, die vielfach auf Skizzen beruhten, die Hitler in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre angefertigt hatte.

Speer erhielt den Auftrag, das Gelände bei Nürnberg, auf dem die Reichsparteitage abgehalten wurden, neu zu gestalten und zu erweitern. Hierzu gehörten eine Reihe imposanter neuer Gebäude, die ab Ende der dreissiger Jahre unter enormen Kosten errichtet wurden, darunter ein Stadion mit 405'000 Plätzen, eine Kongresshalle für 60'000 Personen und zwei riesige, von Säulenreihen flankierte Aufmarschplätze, das Zeppelfeld und das Marsfeld, auf denen 250'000 bzw. 500'000 Menschen stehend Platz fanden.¹⁸⁵ Inzwischen hatte er den deutschen Pavillon auf der Weltausstellung 1937 in Paris entworfen und gebaut, ein weiteres bombastisches Gebäude, das grösste der ganzen Ausstellung. Dominiert wurde es von einem massiven klassizistischen Turm aus zehn kannelierten Säulen, die oben mit einem Sims verbunden waren, der alle Gebäude in seiner Nähe überragte, auch den sowjetischen Pavillon. Höher war lediglich der Eiffelturm, der am Ende der Avenue stand, an der die Pavillons errichtet waren. Nachts leuchtete das Rot der Hakenkreuzfahnen, die zwischen den Säulen aufgespannt waren. Neben dem Turm vermittelte die lange, rechteckige, fensterlose Halle der Aussenwelt ein Gefühl monolithischer Ein-

heit. Ihr Inneres wurde von einem exilierten deutschen Kunstkritiker, Paul Westheim, in einem makabren – fast prophetischen – Bild mit einem Krematorium verglichen, wobei der Turm den Schornstein symbolisierte.¹⁸⁶

Speers Erfolg als Architekt von Propagandabauten wie diesen führte schliesslich dazu, dass Hitler ihn am 30. Januar 1937 zum Generalbauinspektor der nationalen Hauptstadt ernannte. Er wurde darüber hinaus damit beauftragt, die grandiosen Pläne des «Führers» zur Umgestaltung Berlins bis 1950 in eine Welthauptstadt Germania in die Tat umzusetzen. Zwei riesige Achsen aus 100 Meter breiten Boulevards, die für Militärparaden entworfen wurden, sollten Berlin durchschneiden. In ihrer Mitte sollte ein 117 Meter hoher Triumphbogen stehen, doppelt so hoch wie sein Gegenstück, der Arc de Triomphe in Paris. Die Hauptstrasse sollte zu einer Grossen Halle führen, deren Kuppel einen Durchmesser von 250 Metern haben würde, die grösste der Welt. An den Enden der vier Halbachsen sollte je ein Flugplatz gebaut werden. Hitler selbst hatte die Pläne viele Jahre zuvor gezeichnet und immer wieder mit Speer diskutiert. Jetzt, beschloss er, sei die Zeit gekommen, sie umzusetzen.¹⁸⁷ Die Gebäude, Strassen und Plätze waren für die Ewigkeit gedacht, ein Monument des Dritten Reiches, wenn Hitler längst die Bühne verlassen haben würde. Wohnungen wurden zwangsgeräumt, Wohnblöcke abgerissen und Bulldozer ebneten den Grund für den Bau der neuen Boulevards. Ein Teil des Projekts wurde schliesslich sogar für den Verkehr frei gegeben. In der Zwischenzeit kamen neue Gebäude hinzu wie die neue Reichskanzlei. Speer fertigte ein massstabgerechtes Modell des neuen Berlin an, vor dem Hitler in den kommenden Jahren viele Stunden verbrachte, nachdachte, Verbesserungen vorschlug und die Tatsache beklagte, dass er selbst kein Architekt geworden war.¹⁸⁸

Mitte der dreissiger Jahre leitete Speer ein grosses Architekturbüro und erwarb Erfahrung als Unternehmensleiter, die ihm zugute kommen sollte, als er während des Kriegs eine wesentlich grössere und wichtigere Rolle übernahm. Viele seiner auffallendsten Entwürfe waren nicht allein sein Werk, sondern wurden von Teams erarbeitet, deren Mitglieder, insbesondere Hans Peter Klinke, ebenfalls ein Tessenowschüler, mindestens ebensoviel zu den Projekten beitrugen wie Speer selbst. Ausserdem waren die Entwürfe dieses Büros alles andere als originell oder besonders typisch für

eine nationalsozialistische Architektur: Der Städtebau jener Zeit stützte sich auch in anderen Ländern auf klassische Vorbilder, und die Idee, Städte auf der Grundlage geometrischer Linien umzubauen, mit breiten Boulevards und grossen öffentlichen Gebäuden, war ebenfalls nicht besonders neu; in vieler Hinsicht wiesen beispielsweise die Pläne Speers für Berlin eine auffallende Ähnlichkeit mit dem Zentrum Washingtons, der Bundeshauptstadt der Vereinigten Staaten auf, mit ihrem zentralen breiten Boulevard, gesäumt von grossen neoklassizistischen Gebäuden mit Säulengängen, die in weissem Kalkstein leuchteten. Das Besondere der nationalsozialistischen Stadtarchitektur und Stadtplanung war nicht der Rückgriff auf klassische oder klassizistische Vorbilder, sondern die Gigantomanie, die in den Entwürfen zum Ausdruck kam. Der Unterschied zum Umbau und Ausbau von Städten in anderen Ländern mochte gar nicht besonders gross sein, aber die Breite der Strassen und die Dimensionen der Bauwerke übertrafen alles, was die Welt bisher gesehen hatte. Das war bereits an den Modellen von Berlin erkennbar, vor denen Speer so viel Zeit mit seinem Meister verbrachte. Einmal zeigte er diese Modelle in einem privaten Gespräch seinem 75jährigen Vater, der selbst Architekt war. «Ihr seid komplett verrückt geworden», sagte der alte Mann.¹⁸⁹

Kampf um die Musik

Als Reichspropagandaminister Joseph Goebbels im November 1933 die Reichsmusikkammer ins Leben rief, landete er einen besonderen Coup, als er Richard Strauss dazu bewegen konnte, die Präsidentschaft über die Kammer zu übernehmen. Schon einige Zeit zuvor hatte Strauss Beifall beim Regime gefunden, als er kurzfristig ein Engagement als Dirigent übernahm, für das eigentlich der jüdische Dirigent Bruno Walter vorgesehen war. Strauss mochte Walter nicht und wurde ausserdem mit dem Argument zur Annahme überredet, das Orchester – die Berliner Philharmoniker – würde dringend notwendige Einnahmen verlieren, weil das Publikum fernbleiben würde. Wie man sich denken kann, benutzte das Regime die Veranstaltung für seine eigenen Zwecke.¹⁹⁰ Kurze Zeit später sprang Strauss erneut für den verbotenen Dirigenten Fritz Busch ein sowie für den antifaschistischen italienischen Dirigenten Arturo Toscanini, der es aus politischen Gründen abgelehnt hatte, bei den Bayreuther Festspielen zu dirigieren.¹⁹¹ An Strauss' Loyalität gegenüber dem neuen Regime konnte somit kaum ein Zweifel bestehen. Strauss war zu dieser Zeit knapp siebzig Jahre alt. In den vergangenen Jahrzehnten hatte er einen internationalen Ruf als führender deutscher Komponist erworben, der alle anderen an Rang und Beliebtheit bei Weitem übertraf. Er war sich seiner herausragenden Stellung und seiner historischen Rolle durchaus bewusst. Seine Kompositionen schrieb Strauss in einem üppigen, spätromantischen Stil und war kein Bewunderer der modernen und atonalen Musik. Als man ihn einmal fragte, was er von der atonalen Musik des seriellen Komponisten Arnold Schönberg halte, erwiderte Strauss, es wäre besser für ihn, Schnee zu schaufeln.¹⁹²

Trotz seiner enormen Reputation war sich Strauss schmerzhaft bewusst, dass es ihm letztlich versagt geblieben war, den Rang seiner grossen Vorgänger wie Bach, Beethoven, Brahms oder Wagner zu erreichen. Sein Va-

ter, der uneheliche Sohn eines bayerischen Gerichtsdieners, hatte es dank seiner musikalischen Talente zu einem berühmten Hornisten gebracht, doch das Wissen um seine Herkunft gab Strauss ein Gefühl der sozialen Unsicherheit, das er nie ganz loswerden konnte. 1864 geboren, war dem Komponisten im wilhelminischen Reich spektakulärer sozialer und finanzieller Erfolg vergönnt. In der Weimarer Republik gehörte er politisch dem konservativen Lager an. Bei einem privaten Frühstück 1928 bei der Familie Hofmannsthal äusserte er Harry Graf Kessler zufolge «seine drolligen politischen Ansichten, Notwendigkeit einer Diktatur usw., die aber niemand ernst nimmt».¹⁹³ Im Dritten Reich ergriff Strauss die Chance, Führer der Musikerzunft in Deutschland zu werden. Er sah die Präsidentschaft der Reichsmusikkammer als sein Erstgeburtsrecht. Seit Jahren hatte er im Namen der Musiker gekämpft und organisiert, um für sie Dinge wie das Copyright zu erstreiten, das im Zeitalter des Grammophons und des Rundfunks wichtiger denn je geworden war. Enttäuscht über die scheinbare Unfähigkeit der Weimarer Republik, die deutsche Musiktradition gegen die Flut von Unterhaltungsmusik, Operetten, Revuefilmen und Jazzmusik auf der einen und das Aufkommen der atonalen und modernen Musik auf der anderen Seite zu verteidigen, glaubte Strauss, das Dritte Reich werde den Verzögerungen und Verworrenheiten der Gesetzgebung ein Ende machen und ihm und seinem Berufsstand zu dem verhelfen, was sie brauchten.¹⁹⁴

Strauss war also ein erfahrener Kulturpolitiker und erwartete von Goebbels eine Gegenleistung für seine Loyalität. Der Reichspropagandaminister entsprach dieser Erwartung und schuf 1934 eine zentrale staatliche Behörde zum Schutz des musikalischen Urheberrechts und trat der Berner Übereinkunft bei, das den Schutz von Kompositionen von dreissig auf fünfzig Jahre nach dem Tod des Komponisten erweiterte. Weniger begeistert war Goebbels dagegen von Strauss' Versuch, die Reichsmusikkammer dazu zu benutzen, seine Abneigung gegen billige Operetten, Jazz und seichte Unterhaltungsmusik in konkrete Massnahmen umzusetzen. Die Männer, die von Strauss in die Kammer berufen wurden, waren keine ernsthaften Gegner für Goebbels' Mitarbeiter mit ihrer Erfahrung in internen Machtkämpfen und politischen Intrigen. Es dauerte nicht lange, bis

die Vertreter des Reichspropagandaministeriums sich beschwerten, die Reichsmusikkammer werde nicht richtig geführt. Strauss konnte sich nicht verteidigen, da er häufig abwesend war, um zu komponieren. Darüber hinaus hatte er kein sehr gutes Verhältnis zu seinem Vizepräsidenten, dem Dirigenten Wilhelm Furtwängler. Entscheidend war jedoch, dass Furtwängler und Strauss bald wegen der Beschäftigung jüdischer Musiker mit dem Regime in Streit gerieten. In seinen jungen Jahren hatte Strauss viele abfällige Bemerkungen über Juden gemacht, und auch Furtwängler hatte nichts gegen gängige antisemitische Schlagworte der Rechten wie «jüdischer Bolschewismus» und «jüdische Wurzellosigkeit». Doch ebenso wie viele andere, die ein gewisses Mass an Antisemitismus hegten, aber nicht fanatisch waren, hinderte sie dies nicht daran, mit Juden zusammenzuarbeiten, wenn es zweckmässig war.¹⁹⁵

In Strauss' Fall waren dies der Librettist Hugo von Hofmannsthal, der 1929 starb, und der Schriftsteller Stefan Zweig, mit dem er 1933/34 engagiert an einer neuen Oper arbeitete, *Die schweigsame Frau*. Alfred Rosenberg witterte nun eine Gelegenheit, Goebbels' Kontrolle über das musikalische Establishment zu untergraben, und verwies darauf, dass nicht nur der Librettist von *Die schweigsame Frau* Jude war, sondern dass der Direktor des Opernhauses, in dem die Premiere stattfinden sollte, mit einer Jüdin verheiratet war. Als Strauss darauf bestand, dass der Name Zweigs in das Programm mit aufgenommen werden müsse, wurde der Direktor, den man dafür verantwortlich machte, zum Rücktritt von seinem Posten gezwungen. Zweig selbst, der in Österreich lebte, hatte bereits ein Protestschreiben gegen die politischen Massnahmen des Regimes unterzeichnet, zusammen mit dem Schriftsteller Thomas Mann, einem der lautstärksten Kritiker des Dritten Reiches. Jetzt erklärte Zweig, er sei nicht mehr bereit, die Zusammenarbeit mit Strauss fortzusetzen, da er nicht damit einverstanden sei, dass sein Werk in einem Deutschland produziert würde, das die Juden, zu denen auch er gehörte, einer solchen Verfolgung aussetze. Mit der Absicht, ihn umzustimmen, schrieb Strauss am 17. Juni 1935 einen Brief, in dem er erklärte, er sei nicht Präsident der Reichsmusikkammer geworden, weil er das Regime unterstütze, sondern «einfach aus künstlerischem Pflichtbewusstsein» und «um grösseres Unglück zu verhüten». Zu

dieser Zeit stand Zweig unter Beobachtung der Gestapo, die auch seine Post öffnete. Sie fing den Brief ab, machte eine Abschrift davon und schickte diese an die Reichskanzlei. Strauss war zu diesem Zeitpunkt bereits Angriffen von verschiedenen Seiten des Regimes ausgesetzt, nicht nur wegen seiner Zusammenarbeit mit Zweig, sondern auch weil er seine Werke von einem jüdischen Musikverlag veröffentlichen liess und einen jüdischen Musiker beauftragt hatte, einen Klavierauszug der Oper anzufertigen. Unter dem zunehmenden Druck und enttäuscht über die ineffiziente Führung der Reichsmusikkammer durch den Komponisten, gelangte Goebbels schliesslich zu dem Schluss, dass Strauss gehen müsse. Am 6. Juli 1935 wurde der Komponist überredet, seinen Rücktritt als Präsident der Reichsmusikkammer «wegen angegriffener Gesundheit» einzureichen. Inzwischen war *Die schweigsame Frau* nach der zweiten Aufführung vom Spielplan abgesetzt worden und blieb bis zum Ende des Dritten Reiches verboten.¹⁹⁶

Um nicht alles verloren zu geben, schrieb Strauss am 13. Juli 1935 einen persönlichen Brief an Hitler und ersuchte um eine Audienz. Den abgefangenen Brief, der zu einer Entlassung geführt hatte, habe man «missdeutet... als ob ich wenig Verständnis für den Antisemitismus sowie für den Begriff der Volksgemeinschaft... hätte». Hitler machte sich nicht einmal die Mühe einer Antwort. Versuche Strauss', von Goebbels empfangen zu werden, wurden brüsk abgewiesen. Privat äusserte Strauss verbittert: «Aber es ist eine traurige Zeit, in der ein Künstler meines Ranges ein Bübchen von Minister fragen muss, was er komponieren und aufführen darf. Ich gehöre halt auch zur Nation der ‚Bedienten und Kellner‘ und beneide beinahe meinen rasseverfolgten Stefan Zweig.»¹⁹⁷ Das hinderte ihn allerdings nicht daran, ein Comeback zu versuchen. Er komponierte die offizielle Hymne für die Olympischen Spiele 1936 in Berlin, den Auftrag dazu hatte er jedoch vom Internationalen Olympischen Komitee erhalten und nicht von der deutschen Regierung. Dieser Auftrag und der Erfolg der Hymne brachten Goebbels auf die Idee, dass Strauss' internationales Prestige dem Regime von Nutzen sein könnte, und so erlaubte man ihm, als Kulturbotschafter für Deutschland ins Ausland zu reisen und erneut den Beifall des internationalen musikliebenden Publikums entgegenzunehmen. Goebbels sorgte

dafür, dass Strauss 1938 auf dem Reichsmusikfest in Düsseldorf sein Werk dirigieren durfte. Mit Goebbels' Billigung wirkte Strauss ausserdem in Preisverleihungsjurys mit und nahm Auszeichnungen und Geburtstagsgratulationen des Regimes entgegen. Der Komponist schrieb weitere Opern, darunter 1938 *Der Friedenstag*, die so abgefasst waren, dass das Regime sie akzeptieren würde. Strauss war damit einverstanden, dass ein «reinras-siger Arier» namens Joseph Gregor die Libretti schrieb, obwohl er ihn für weitaus weniger qualifiziert hielt als seine früheren Mitarbeiter. Aber all das waren jämmerliche Entschädigungen für seine Entfernung aus dem Zentrum der Macht, wo andere, dem Zeitgeist näherstehende Komponisten nunmehr die Gunst des Regimes gefunden hatten.¹⁹⁸

II

Wer diese Komponisten waren, stand 1933 freilich noch längst nicht fest. Das blosse politische Einverständnis mit der NSDAP war nur von untergeordneter Bedeutung. Was wirklich zählte, war zunächst und vor allem die «rassische» Zugehörigkeit eines bestimmten lebenden oder toten Komponisten. Juden waren der nationalsozialistischen Lehre zufolge oberflächlich, imitierend, zu einer wirklichen Schöpfung nicht fähig; doch damit nicht genug, waren sie auch noch subversiv, entartet und vernichteten die wahre Musik deutscher Tradition. Der Komponist Felix Mendelssohn-Bartholdy beispielsweise war in dieser Version ein erfolgreicher Nachahmer deutscher Musik und hatte nichts Echtes komponiert; Gustav Mahler war für die Nationalsozialisten der Komponist der «Entartung» und des Verfalls; Arnold Schönbergs atonale Musik «zersetzte» die Idee einer einträchtigen deutschen «Rassengemeinschaft» mit ihren Dissonanzen. Das Reichspropagandaministerium ermutigte die Veröffentlichung von allem, was dazu beitrug, solche Komponisten beim Konzertpublikum in Verruf zu bringen, von pseudowissenschaftlichen Büchern wie Richard Eichenauers *Musik und Rasse*, das 1932 erschien, bis zu Lexika wie *Jüdisches Musik-ABC* aus dem Jahr 1935. Regelmässige Artikel in den Musikzeitschriften und den Zeitungsfuilletons verstärkten die Botschaft in die-

sen Büchern.¹⁹⁹ Und die Musikwissenschaftler im Dritten Reich beliessen es nicht allein bei Worten.

Angeregt durch die Ausstellung «Entartete Kunst» in München, organisierte Hans Severus Ziegler, der Direktor des Nationaltheaters in Weimar, im Rahmen der ersten Reichsmusiktage im Mai 1938 eine Ausstellung «Entartete Musik» in Düsseldorf. Unter der Mitwirkung von Mitarbeitern aus dem Amt Rosenberg brachte Ziegler in aller Eile eine Truppe von Ausstellungsfachleuten, Dekorateurs, Karikaturisten sowie technisches Personal zusammen und richtete eine grosse Ausstellung ein, mit Abteilungen über jüdische Komponisten und Dirigenten, Musikkritiker und Lehrer, moderne und atonale Musik und manches andere. «Was in der Ausstellung ‚Entartete Musik‘ zusammengetragen ist», dröhnte er bei der Eröffnungszeremonie, «stellt das Abbild eines wahren Hexensabbaths und des frivolssten, geistig-künstlerischen Kulturbolschewismus dar und ein Abbild des Triumphes von Untermenschentum, arroganter jüdischer Frechheit und völliger geistiger Vertrottung.» Um den Besuchern der Ausstellung einen Eindruck zu vermitteln, wurden sechs Hörkabinen installiert, in denen die Besucher bestimmte, eigens für diesen Zweck zusammengeschnittene Grammophonaufnahmen hören konnten, mit Auszügen aus der Musik von Schönberg, Krenek und anderen. Besonders beliebt waren Ausschnitte aus der *Dreigroschenoper* Brechts mit der Musik von Kurt Weill. Vor dieser Kabine bildeten sich stets lange Schlangen, was von der ungebrochenen Popularität dieser Musik bei den Besuchern zeugte, die seit einem halben Jahrzehnt keine Möglichkeit mehr gehabt hatten, diese Stücke zu hören. Es gibt dennoch gute Gründe für die Annahme, dass viele der übrigen Ausstellungsstücke und Hörbeispiele die Vorurteile eines konservativen Musikpublikums bestätigten, das die Vertreter der Moderne ohnedies nie gemocht hatte.²⁰⁰ Diese Aktion und die radikale Absicht, die sich dahinter verbarg, waren nicht ganz nach Goebbels Geschmack, der es bevorzugte, stattdessen die Reichsmusikkammer als ein Mittel zur Reglementierung der Musikveranstaltungen zu benutzen. «Die Ausstellung ‚Entartete Musik‘ von Dr. Ziegler», notierte er in seinem Tagebuch, «wird viel kritisiert. Ich lasse das Anstössige herausnehmen.»²⁰¹ Die Ausstellung wurde bereits nach drei Wochen geschlossen.²⁰²

Inzwischen war innerhalb der Reichsmusikkammer eine Reichsmusikprüfstelle errichtet worden, die Listen mit den Namen verbotener Komponisten und Werke herausgab, darunter Stücke von Irving Berlin, der Jude war. Nicht nur Aufführungen, sondern auch Aufnahmen und Rundfunksendungen von Werken oder Urhebern, die auf dieser Liste standen, waren verboten. Mendelssohn stellte ein besonderes Problem dar, weil viele seiner Kompositionen in Deutschland sehr beliebt waren. Einzelne Dirigenten konnten gelegentlich seine Werke aufführen – so dirigierte Furtwängler die Berliner Philharmoniker bei drei Sätzen aus Mendelssohns *Ein Sommernachtstraum* im Februar 1934 zur Feier des 125. Geburtstags des Komponisten – allerdings berichteten die Zeitungen im Anschluss einfach nicht über das Konzert, so dass die Öffentlichkeit von dem Ereignis nichts erfuhr. Im November 1936, als der englische Dirigent Sir Thomas Beecham mit dem London Philharmonic Orchestra zu einer Gastaufführung im Leipziger Gewandhaus auftrat, erhielt er vom konservativen Oberbürgermeister der Stadt, Carl Goerdeler, die Erlaubnis, einen Kranz am Denkmal Mendelssohns niederzulegen, der im 19. Jahrhundert so viel für die deutsch-englischen musikalischen Beziehungen getan hatte. Doch am nächsten Morgen war der Blumenschmuck verschwunden; der Kreisleiter der NSDAP hatte die Abwesenheit Goerdelers, der in den Urlaub gefahren war, dazu genutzt, den Kranz zu entfernen. Bald nach seiner Rückkehr trat Goerdeler empört von seinem Amt zurück und verhielt sich gegenüber dem NS-Regime zunehmend feindselig. Was Mendelssohn anging, so erwies sich auch dies als ein Wendepunkt. Soweit Mendelssohns Musik von da an noch aufgeführt wurde, so wurde der Komponist nicht mehr genannt. Bis 1938 war Mendelssohns Name endgültig aus den Katalogen von Musikverlagen und Plattenherstellern getilgt, und es gab praktisch keine öffentlichen Aufführungen seiner Musik mehr. Zwischen 1933 und 1944 wurden von regimetreuen Komponisten nicht weniger als 44 verschiedene Versuche unternommen, um eine Alternative zu Mendelssohns Begleitmusik zu *Ein Sommernachtstraum* zu komponieren; allesamt kamen sie nicht an das Original heran, wie die Kritiker immer wieder zugeben mussten.²⁰³

Bekannte Werke nichtjüdischer Komponisten stiessen ebenfalls auf Missbilligung, wenn es Vertonungen von Texten jüdischer Dichter wie

Heinrich Heine waren, dessen Gedicht *Lorelei* so allgemein bekannt war, dass das Regime beschloss, dem breiten Publikum einzureden, es handle sich um ein Volkslied und nicht um das Werk eines jüdischen Dichters. Probleme anderer Art stellten sich bei den Opern von Wolfgang Amadeus Mozart. Drei der beliebtesten, *Cost fan tutte*, *Die Hochzeit des Figaro* und *Don Giovanni*, beruhten nicht nur auf Libretti, die von Mozarts jüdischem Mitarbeiter Lorenzo da Ponte verfasst worden waren, sie wurden gewöhnlich auch in der deutschen Übersetzung des jüdischen Dirigenten Hermann Levi aufgeführt. Indem das Amt Rosenberg den «arischen» Autor Siegfried Anheisser mit Neuübersetzungen dieser Libretti beauftragte, die bald darauf in ganz Deutschland vorgetragen wurden, gelang es ihm, die Aufmerksamkeit von der nicht zu leugnenden Tatsache abzulenken, dass die ursprüngliche Version von einem Juden stammte. Rosenbergs Anregung zur «Arisierung» von Händels Oratorien, deren Themen zu einem Gutteil aus dem Alten Testament stammten, löste den Widerstand von Goebbels' Reichsmusikkammer aus, die am 19. September 1934 jegliche Änderung an den Texten verbot. Damit konnte sie jedoch nicht verhindern, dass bei Aufführungen von Händels *Judas Makkabäus* die jüdischen Namen und Bezüge gestrichen wurden und das Oratorium selbst unter dem Titel *Der Feldherr* angekündigt wurde.²⁰⁴

Nichtjüdische Komponisten konnten leicht den Zorn von Rosenbergs Amt auf sich ziehen, wenn sie in irgendeiner Weise modern oder atonal komponierten oder sonst eine Kontroverse ausgelöst hatten. Wenn sie keine Deutschen waren, dann war es für die Reichsmusikkammer von untergeordneter Bedeutung, ob ihre Musik aufgeführt wurde oder nicht. So konnten beispielsweise Angriffe auf die Musik Igor Strawinskys, gegen die sich der besondere Spott in der Ausstellung «Entartete Musik» richtete, nicht verhindern, dass sie in den dreissiger Jahren immer wieder aufgeführt wurde. Das ging nicht zuletzt auf die Initiative des Komponisten selbst zurück, der aufgrund seiner legendären Geschäftstüchtigkeit sogar eine Sondergenehmigung erhielt, sich seine Tantiemen nach Paris überweisen zu lassen, wo er seit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg lebte. Diplomatische Erwägungen spielten im Reichspropagandaministerium stets eine Rolle, wenn es um Komponisten aus dem Ausland ging, weshalb auch die moder-

nen Kompositionen von Béla Bartók nicht verboten wurden – schliesslich war er Ungar, und Ungarn war ein Verbündeter Deutschlands. Bartók selbst, ein glühender Antifaschist, wechselte seinen deutschen Verlag, nachdem dieser «arisiert» worden war, erklärte seine Solidarität mit den verbotenen Komponisten und protestierte beim Reichspropagandaministerium, als er entdeckte, dass seine Werke nicht in die Ausstellung «Entartete Musik» aufgenommen worden waren. Das alles nützte nichts, und seine Musik wurde ebenso wie die Strawinskys auch weiterhin in Deutschland gespielt.²⁰⁵

War der betreffende Komponist Deutscher oder auch Österreicher (was in den Augen der Nationalsozialisten dasselbe war), lagen die Dinge freilich anders. Die Schüler Arnold Schönbergs wurden vom Regime ausgenommen, weil sie der Zwölftonmusik anhingen. Anton von Weberns Musik wurde von Anfang an verboten, während eine Aufführung einer Konzertsuite für Orchester aus Alban Bergs noch unvollendeter Oper *Lulu* unter dem Dirigenten Erich Kleiber in Berlin im November 1934 einen grossen Tumult erregte, bei dem aus dem entrüsteten Publikum «Heil Mozart!» gerufen wurde. Der führende Musikkritiker Hans Heinz Stuckenschmidt, der das Werk in einer Berliner Zeitung positiv besprochen hatte, wurde aus der Berufsliste der Schriftleiter im Reichsverband der deutschen Presse ausgeschlossen (eine Abteilung der Reichsschrifttumskammer), was einem Berufsverbot gleichkam. Der Kritiker hatte sich bereits Feinde gemacht, weil er hartnäckig auf den Meriten von modernen Komponisten beharrt hatte. Man vereitelte auch seine anschliessenden Versuche, in Deutschland eine andere Arbeit zu finden, und Stuckenschmidt war gezwungen, nach Prag zu emigrieren. Erich Kleiber sah nach der Feindseligkeit, die seiner Aufführung entgegengeschlagen war, für sich keine Zukunft mehr in Deutschland und emigrierte zwei Monate später. Alban Bergs Musik wurde danach im Dritten Reich nicht mehr öffentlich aufgeführt.²⁰⁶ Zweifellos spielte bei dem Eklat auch der skandalträchtige Inhalt der Oper *Lulu* eine Rolle, in der es um Prostitution ging und unter anderen Jack the Ripper auftrat. Ein anderer nicht jüdischer Schüler Schönbergs, Winfried Zillig, hielt in seinen Kompositionen ebenfalls an der Zwölftontechnik fest, wenn er auch relativ tonal komponierte, entging jedoch der Zensur und fand auch weiterhin Beschäftigung als Dirigent und Kompo-

nist. Er thematisierte bäuerliches Leben, heldenhaftes Selbstopfer und weitere Motive, aus dem Umfeld der NS-Ideologie. Hier wie in den Werken einzelner weiterer Komponisten zählte die Botschaft und nicht das Medium.²⁰⁷

In einem berüchtigten Fall akzeptierten die NS-Behörden allerdings weder das Medium noch die Botschaft, obwohl beides bei oberflächlicher Betrachtung durchaus vereinbar schien mit nationalsozialistischen Vorstellungen. Paul Hindemith, vielleicht der führende deutsche moderne Komponist in der Weimarer Zeit, hatte sich in den zwanziger Jahren den Ruf eines *enfant terrible* erworben, änderte jedoch um 1930 seinen Stil in Richtung eines für das Publikum annehmbareren Neoklassizismus. Dieser Übergang wurde 1933 von einigen einflussreichen Persönlichkeiten auf der nationalsozialistischen Kulturbühne erkannt, darunter Goebbels, dem daran gelegen war, Hindemith in Deutschland zu halten, da er allgemein als der wichtigste Komponist des Landes nach Richard Strauss betrachtet wurde. Zu Beginn des Dritten Reiches arbeitete Hindemith an einer Oper zu seinem eigenen Libretto, *Mathis der Maler*, in deren Mittelpunkt der spätmittelalterliche deutsche Maler Mathias Grünewald stand, eine bei den nationalsozialistischen Kunsthistorikern sehr beliebte Figur. Die Oper erzählte vom rebellischen Kampf des Malers, als deutscher Künstler anerkannt zu werden, und erreichte ihren Höhepunkt, als der Protagonist sich unter den Schutz eines Staates stellte, der seine Talente zu würdigen wusste. Ein neues romantisches Element in der Partitur war ein Zeichen für die ständigen Bemühungen des Komponisten, seinen eher akademischen Stil für ein breiteres Publikum verständlich zu machen. Obwohl seine Gegnerschaft zum Nationalsozialismus vor dessen Machtübernahme bekannt war, hatte Hindemith anscheinend beschlossen, im Land zu bleiben und seine Chancen zu nutzen. Im November 1933 wurde er dementprechend in den Führerrat des Berufsstandes der deutschen Komponisten in der Reichsmusikkammer berufen. Auszüge aus der noch unvollendeten Oper wurden in drei Sätzen, der sogenannten *Mathis-Sinfonie*, am 12. März 1934 unter Wilhelm Furtwängler an der Berliner Philharmonie uraufgeführt, und weitere Aufführungen sowie eine Schallplattenaufnahme wurden geplant. Alles schien bereit für eine Karriere Hindemiths als führender moderner Komponist im Dritten Reich.²⁰⁸

Doch Goebbels hatte nicht mit den anhaltenden Machenschaften seines Rivalen auf der kulturpolitischen Szene gerechnet. Weitgehend von Rosenberg inspiriert, erschienen im Jahr 1934 in der Musikpresse eine Reihe bössartiger Angriffe auf Hindemiths vormaligen musikalischen Stil und seine früheren politischen Neigungen. Auf die Rundfunksender und Konzertagenturen wurde Druck ausgeübt, seine Werke nicht mehr aufzuführen. In einer Reaktion auf diese Kampagne veröffentlichte Wilhelm Furtwängler am 25. November eine mutige Verteidigung des Komponisten in einer Tageszeitung. Unglücklicherweise beschränkte er sich nicht auf die Schmähungen der Arbeit Hindemiths in den nationalsozialistischen Musikzeitschriften, sondern wurde allgemein. «Wo kämen wir überhaupt hin», fragte er rhetorisch, «wenn politisches Denunziantentum in weitem Masse auf die Kunst angewendet werden sollte?» Die Affäre eskalierte, als Furtwängler bei einer Aufführung von Richard Wagners *Tristan und Isolde* in der Berliner Staatsoper am Tag der Veröffentlichung des Artikels mit lauten zustimmenden Rufen aus dem Publikum begrüsst wurde, das offensichtlich den Eindruck gewonnen hatte, dass der Dirigent die Freiheit der Kunst gegen Einmischungen des Regimes verteidigen wollte. Goebbels und Göring waren beide an diesem Abend in der Staatsoper und erlebten die Demonstration mit. Das hob die ganze Angelegenheit auf eine höhere Ebene. Angesichts dieser offenen Opposition gegen die Kulturpolitik des Regimes schlossen Goebbels und Rosenberg sich zusammen. Am 4. Dezember zwang Goebbels Furtwängler, von allen Ämtern in der Berliner Staatsoper, der Berliner Philharmonie und der Reichsmusikkammer zurückzutreten. Von nun an musste er seinen Lebensunterhalt als Freischaffender verdienen. In einer Rede vor Vertretern der schöpferischen Künste bemerkte der Reichspropagandaminister, die Tage Hindemiths als musikalischer Provokateur seien beendet. Aber: «Weltanschauliche Entgleisungen könne man nicht damit entschuldigen, dass man sie als Jugendwerke abtut.» Dass Hindemith «reingermanischen Ursprungs» sei, zeige lediglich, «wie tief sich die jüdisch-intellektualistische Infizierung bereits in unserem eigenen Volkskörper festgefressen hatte».²⁰⁹

Konsterniert über die Plötzlichkeit seines Sturzes, traf Furtwängler am 28. Februar 1935 mit Goebbels zusammen und sagte dem Minister, er be-

daure die politischen Schlussfolgerungen, die einige aus seinem Artikel gezogen hätten. Er habe keineswegs die Absicht gehabt, die Kulturpolitik des Regimes zu kritisieren.²¹⁰ Am 27. Juli 1936 schrieb Goebbels in sein Tagebuch: «Lange Besprechung mit Furtwängler im Garten von Wahnfried. Er trägt mir alle seine Sorgen vor, vernünftig und klug. Er hat viel gelernt und ist ganz bei uns.»²¹¹ Bereits im April 1935 hatte Furtwängler einen Auftritt in seiner neuen Eigenschaft als Gastdirigent der Berliner Philharmoniker. In seiner Abwesenheit waren die letzten verbliebenen jüdischen Musiker des Orchesters, auf deren Weiterbeschäftigung Furtwängler bestanden hatte, als er noch Leiter des Orchesters gewesen war, entlassen worden. Furtwängler ging es jetzt sehr gut. 1939 verdiente er über 200'000 Reichsmark aus seiner neuen Stellung und anderen Quellen, etwa hundertmal soviel wie das Durchschnittseinkommen eines gelernten Arbeiters. Dennoch trug er sich mit dem Gedanken, Deutschland zu verlassen, im Frühjahr 1936 hatte man ihm die Stelle des Chefdirigenten des New York Philharmonie Orchestra angeboten. Doch Göring machte ihm klar, dass er im Fall der Annahme dieses Angebots zwar aus Deutschland ausreisen, aber später nicht wieder einreisen dürfe. Und Furtwänglers Kapitulation vor Goebbels im Jahr zuvor hatte in den Vereinigten Staaten heftige Kritik ausgelöst. Es kam noch hinzu, dass er auf dem Reichsparteitag der NSDAP 1935, auf dem das berüchtigte «Blutschutzgesetz» gegen die deutschen Juden verkündet worden war, Wagners *Die Meistersinger von Nürnberg* dirigiert hatte. Nicht nur die jüdischen Freunde des New York Philharmonie Orchestra, auch viele andere äusserten ihre Besorgnis und drohten mit dem Boykott des Orchesters, falls Furtwängler berufen würde. Wenn er den Wunsch gehabt haben sollte, Deutschland für eine Spitzenposition in den USA zu verlassen, dann hatte er sich einfach zu spät entschlossen. Er blieb in Deutschland, sehr zur Genugtuung des Regimes.²¹²

Hindemith selbst nahm auf unbestimmte Zeit Urlaub von seiner Professur in Berlin, blieb jedoch noch eine Zeitlang in Deutschland und versuchte die Situation zu retten, indem er sich von der atonalen Musik distanzierte und Hitler einen Treueid leistete. Seine Bemühungen um die musikalische Bildungsarbeit mochte ihn dem Regime ebenfalls empfohlen haben. Seine

Arbeiten wurden weiterhin in kleinen Konzerten an den Rändern des nationalen Musiklebens aufgeführt, und von Görings Luftwaffe erhielt er einen Auftrag für ein neues Stück. Doch die in der Presse gegen ihn geführten Angriffe gingen weiter, und Operndirektoren und Konzertorganisatoren waren allgemein zu ängstlich nach dem Debakel der *Mathis-Sinfonie*, um seine Werke in ihr Repertoire aufzunehmen. Vor allem aber hatte Hitler nie den Skandal um Hindemiths Oper *Neues vom Tage* in den zwanziger Jahren vergessen, der den Komponisten auf einen Schlag berühmt gemacht hatte. 1936 nutzte Hitler eine Rede auf dem jährlichen Reichsparteitag, die Partei nachdrücklich aufzufordern, die Künste zu «säubern». Das Reichspropagandaministerium verbot unverzüglich alle weiteren Ausführungen von Hindemiths Musik. Eine Abhandlung des Komponisten mit dem Titel «Unterweisung im Tonsatz» wurde 1938 in der Schau «Entartete Musik» ausgestellt, und Hindemith emigrierte in die Schweiz, wo seine Oper *Mathis der Maler* 1938 in Zürich uraufgeführt wurde. Von dort emigrierte er schliesslich in die Vereinigten Staaten. Am Ende wogen die durch seine radikalen Kompositionen in den zwanziger Jahren ausgelösten Kontroversen, die bei einigen führenden Nationalsozialisten noch immer nicht vergessen waren, schwerer als sein Versuch, sich beim Regime künstlerisch einzuschmeicheln. Dass seine Frau «Halbjüdin» war, machte die Sache für ihn nicht einfacher. Eine frühere Zusammenarbeit mit Bert Brecht wurde ihm ebenso vorgehalten wie seine Arbeit mit etlichen jüdischen Künstlern im Lauf der Jahre. Das alles war für Rosenberg und seine Anhänger eine Einladung, Hindemith als Hebel zu benutzen, um die Kontrolle des Reichspropagandaministeriums über die Musik und die Künste zu lockern. In diesem speziellen Fall hatten sie Erfolg, doch an der breiteren Front der Kulturpolitik blieb ihnen dieser versagt. 1939 hatte Rosenberg fast jedes Interesse an der Kulturszene verloren und sich stattdessen der Aussenpolitik zugewandt.²¹³

III

Es war keineswegs einfach für die Nationalsozialisten zu entscheiden, welche Art Musik sie nicht mochten und welche Dirigenten und Komponisten sie nicht wünschten; noch schwieriger war es, zu einer in sich stimmigen Politik zu finden, welche Art Musik sie fördern wollten. Trotz aller theoretischen Bemühungen nationalsozialistischer Musikwissenschaftler entstand im Dritten Reich kein wirklicher Fundus genuin nationalsozialistischer Musik.²¹⁴ Diejenigen Komponisten, die im Dritten Reich Erfolge feierten, waren zunächst einmal «arischer Abstammung», viele komponierten in einem zugänglicheren Stil, als sie es unter anderen Umständen getan hätten und/oder wandten sich Themen und Gegenständen zu, die für das Regime akzeptabel waren, beispielsweise dem einfachen Leben auf dem Land oder einem nationalen Heldentum. Aber es ist unmöglich, die damals geschriebene Musik auf einen plausiblen gemeinsamen Nenner zu bringen. Ausserdem blieben die wenigsten der Musiker vollständig immun gegen den Einfluss des modernen Stils, den die Nationalsozialisten so verabscheuten. Werner Egk beispielsweise lehnte sich erkennbar an Strawinsky an und versetzte die bayerischen Volksmelodien, die er gern benutzte, mit einigen schrägen Dissonanzen. Egks Oper *Die Zaubergeige*, erstmals 1935 aufgeführt, fand jedoch die Zustimmung des Regimes wegen ihrer Darstellung der Ruhe des Landlebens. Im Zentrum der Geschichte stand ein Bösewicht namens Guldensack, der das nationalsozialistische Klischee des habgierigen Juden verkörperte. Das Murren einiger Kritiker aus dem Lager Rosenbergs wurde bald unterdrückt, und Egk machte seinen Triumph vollständig, als er erklärte, kein deutsches Musikstück dürfe so kompliziert sein, dass es nicht auch auf einer Kundgebung der NSDAP aufgeführt werden könne. In Egks nächster Oper, *Peer Gynt*, gab es wieder eine Art jüdischen Bösewicht, genauer gesagt, mehrere in Gestalt von unförmigen und degenerierten Trollen, eine etwas freizügige Interpretation von Ibsens Stück; Hitler selbst, der einer Aufführung beiwohnte, bei der nicht nur die bei Egk gewohnten «Strawinskysehen» Dissonanzen zu hören waren, sondern auch Tangomusik und Elemente der Jazzmusik, war dessenungeachtet so angetan von der Musik, dass er Egk

in der Pause in die Führerloge holen liess und als einen «würdigen Nachfolger Richard Wagners» lobte.²¹⁵

Der Einfluss Strawinskys machte sich auch in der Musik von Carl Orff bemerkbar, der Dissonanzen verabscheute und in der Weimarer Republik moderne Komponisten wie Hindemith heftig attackiert hatte. Orff gewann die Unterstützung des Regimes zunächst durch die Entwicklung eines umfangreichen Projekts der Musikerziehung an den Schulen und verteidigte es erfolgreich gegen eine obskurantistische Kritik einiger Anhänger Rosenbergs, die eine Abneigung gegen seinen Gebrauch unkonventioneller Musikinstrumente hatten. Obwohl das Projekt sich weitgehend auf die Volksmusik stützte, war es doch zu komplex und zu ambitioniert, um einen besonderen Einfluss in den Institutionen auszuüben, für die es eigentlich gedacht war, beispielsweise die Hitlerjugend. Wirkliche Prominenz erlangte Orff jedoch mit der Uraufführung seiner szenischen Kantate *Carmina Burana* im Juni 1937. Auf der Grundlage einiger Texte aus einer Sammlung vorwiegend weltlicher Lieder des Mittelalters wies die Kantate starke, einfache Rhythmen und einstimmige Gesänge auf, die weitgehend von Schlaginstrumenten begleitet wurden. Ihr Primitivismus, ihre häufig obszönen Verse, zudem vielfach in lateinischer Sprache, weckten den Argwohn konservativer Kritiker aus dem Rosenberglager, doch Orff hatte einflussreiche Anhänger durch seine Aktivitäten im Bereich der Musikerziehung gewonnen. Rosenbergs Stern war im Sinken begriffen. Die *Carmina Burana*, kraftvoll und originell und zugleich schlicht und verständlich, war auf Anhieb ein Erfolg und wurde überall in Deutschland aufgeführt. Seine späteren Kompositionen reichten vielleicht nicht mehr ganz an diese heran, doch Orffs Einkommen und sein Ruf waren jetzt gesichert. Wenn ein musikalisches Werk von einer gewissen Bedeutung im Dritten Reich komponiert wurde und der nationalsozialistischen Vorstellung von Kultur entsprach, dann war es die *Carmina Burana*; ihre derbe Tonalität, ihre harten, ostinaten Rhythmen, ihre mittelalterlichen Texte und eingängigen Melodien, ihr betäubendes, drängendes Pulsieren, das Fehlen jeglicher Elemente, die eine gedankliche Anstrengung erfordert hätten, das alles schien potentielle Auswüchse der Moderne und des Intellektualismus, die von den Nationalsozialisten so verabscheut wurden, beiseite zu fegen und die Kul-

tur zu den angeblich ursprünglichen elementaren Dingen einer weit zurückliegenden Vergangenheit zurückzuführen.²¹⁶

Letzten Endes nahmen jedoch Kompositionen wie die *Carmina Burana* trotz all ihrer Popularität den zweiten Rang ein im musikalischen Pantheon für die Werke der grossen Komponisten früherer Zeiten, die von Hitler bewundert wurden. Den Spitzenplatz unter ihnen behauptete Richard Wagner. Hitler war ein glühender Anhänger seiner Opern seit seinen Jugendtagen in Linz und Wien vor dem Ersten Weltkrieg. Sie erfüllten ihn mit mythischen Bildern einer heroischen deutschen Vergangenheit. Wagner war auch der Autor eines berüchtigten antisemitischen Pamphlets, *Das Judenthum in der Musik* (1850). Doch der Einfluss des Komponisten auf Hitler wurde oft überschätzt. Hitler bezog sich nie auf Wagner als Quelle seines eigenen Antisemitismus, und es gibt keine Hinweise darauf, dass er tatsächlich eine der Schriften Wagners gelesen hätte. Er bewunderte Wagners mutige Haltung in widrigen Lebensumständen, nannte ihn jedoch an keiner Stelle als einen Autor, dem er geistig etwas zu verdanken habe. Wenn der Komponist einen Einfluss auf die Nationalsozialisten hatte, dann durch die antisemitischen Lehren innerhalb des Kreises, den seine Witwe Cosima nach seinem Tod um sich versammelt hatte, und durch die mythische Welt, die in Wagners Opern dargestellt wurde. Zumindest hier teilten sie denselben kulturellen Raum, angefüllt mit mythischem germanischem Nationalismus. Hitlers Verehrung für Wagner und seine Musik war offensichtlich. Bereits in den zwanziger Jahren hatte er sich mit Wagners englischer Schwiegertochter Winifred und ihrem Ehemann Siegfried Wagner angefreundet, die Hüter des Schreins des Komponisten im grossen Opernhaus, das dieser in Bayreuth hatte errichten lassen. Sie waren stramme Anhänger der äussersten Rechten. Im kulturellen Leben des Dritten Reiches avancierten die beiden fast zu so etwas wie einem königlichen Paar.²¹⁷

Von 1933 an besuchte Hitler jedes Jahr die Bayreuther Festspiele, bei denen zehn Tage lang die Musikdramen Richard Wagners aufgeführt wurden. Er steckte Geld in das Opernhaus, das er unmittelbar sich selbst statt dem Reichspropagandaministerium unterstellt hatte. Er weihte Wagnerdenkmäler ein und sorgte dafür, dass bei jeder Aufführung von Wagneropern das Haus voll war, indem er seine Parteiführer anwies, Sammelbestellungen für ihre Leute aufzugeben. Er machte sogar den Vorschlag,

das Opernhaus in grandioserem Stil umzubauen, und erst Winifred Wagner gelang es, ihn davon abzubringen, indem sie ihm erklärte, die einmalige Akustik des Gebäudes, das vom Komponisten eigens für die Aufführung seiner Werke gebaut worden war, könne bei grösseren Dimensionen nicht erhalten bleiben. Immer wieder griff Hitler in die Inszenierungen ein, doch diese Eingriffe waren planlos. Hitlers persönliche Schirmherrschaft bedeutete, dass weder Goebbels noch Rosenberg noch irgendein anderer Kulturpolitiker des Dritten Reiches Bayreuth unter ihre Aufsicht bringen konnten. Paradoxerweise erhielten Winifred Wagner und die Verantwortlichen für die Festspiele dadurch ein im Dritten Reich aussergewöhnliches Mass an künstlerischer Freiheit. Sie waren nicht einmal Mitglieder der Reichstheaterkammer. Sie nutzten ihre Freiheit jedoch in einer Weise, die völlig dem Geist des Dritten Reiches entsprach. Die jährlichen Bayreuther Festspiele wurden Hitlerfestspiele, bei denen Hitler das Publikum vom Logenbalkon aus grüsste, sein Kopf zierte die Vorderseite des Programms, in allen Hotelzimmern lag NS-Propaganda aus, und in der näheren Umgebung des Opernhauses hingen überall Hakenkreuzfahnen.²¹⁸

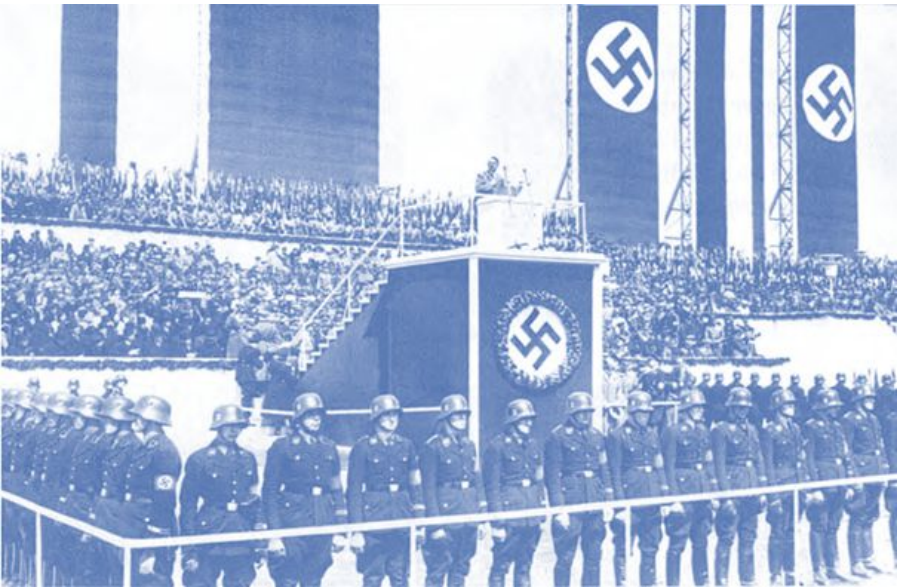
Goebbels und andere Parteiführer murrten über Hitlers Leidenschaft für Wagner, die sie für ziemlich exzentrisch hielten. Hitler hatte durchgesetzt, dass der Nürnberger Reichsparteitag regelmässig mit einer Galaaufführung der *Meistersinger von Nürnberg* eröffnet wurde. 1933 gab er tausend Freikarten an die «Spitzen der Partei» aus, doch als er seine Loge betrat, fand er das Theater gähnend leer; die SA-Männer hatten es fast alle vorgezogen, sich in den zahlreichen Kneipen und Weinstuben der Stadt zu amüsieren, statt fünf Stunden lang eine Oper über sich ergehen zu lassen. Aufgebracht schickte Hitler Streifen aus, die die Ausreisser in die Oper zurückholen sollten, aber das konnte die leeren Reihen nicht mehr füllen. Im Jahr darauf war es nicht besser. Unter striktem Befehl, an der Veranstaltung teilzunehmen, nickten viele SA-Rauhbeine auf ihren Sitzen ein, während die Vorführung einfach nicht enden wollte, und wachten erst am Schluss auf, um einer Oper halbherzigen Applaus zu spenden, die sie weder genossen noch verstanden hatten. Danach gab Hitler auf, und die Plätze wurden stattdessen für das Publikum freigegeben.²¹⁹ Doch trotz dieses Mangels an Interesse auf Seiten fast der gesamten Spitze der Partei mit

Ausnahme von Hitler selbst machte sich der Einfluss der Musik Wagners überall in der Kulturszene bemerkbar. Gelegenheitskomponisten produzierten am laufenden Band einen wagnerianischen Brei auf Bestellung, gleichgültig zu welchem Anlass. Filme, Rundfunksendungen und Wochenschauen wurden mit dieser Musik untermalt. Die Reizüberflutung mit dieser Musik mochte ein Grund gewesen sein, warum Wagner bei den Opernhäusern und den Opernbesuchern im Dritten Reich an Beliebtheit verlor. Die Zahl der Aufführungen seiner Werke ging von 1'837 in der Spielzeit 1932/33 bis zur Spielzeit 1938/39 auf 1'327 zurück, während die Zahl der Verdiopern von 1265 bis 1937/38 auf 1405 anstieg und Opern von Puccini bis 1938/39 von 762 auf 1'013. Und während die Liste der 15 beliebtesten Opern 1932/33 mit Bizets *Carmen* an der Spitze noch vier Werke von Wagner enthielt, und zwar an dritter, vierter, fünfter und sechster Stelle, enthielt dieselbe Liste 1938/39, diesmal angeführt von Leoncavallos *I Pagliacci*, nur noch eine Wagneroper – auf Platz zwölf.²²⁰ Auch im Repertoire der Orchestermusik trat die konventionelle spätromantische Musik des mürrischen, konservativen und extrem antisemitischen Hans Pfitzner an die Stelle der Werke des nach Richard Strauss am häufigsten aufgeführten Komponisten des 20. Jahrhunderts, des seit 1933 verbotenen Gustav Mahler. Gleichzeitig wurden nach wie vor die Werke ausländischer Komponisten wie Sibelius, Debussy und Respighi neben denen einer wachsenden Zahl heute vergessener Leuchten des nationalsozialistischen musikalischen Pantheons wie Paul Gräner und Max Trapp aufgeführt. In alledem gab es eine offensichtliche Reihe von Kompromissen zwischen den politischen und den «rassischen» Imperativen des Regimes, dem anhaltenden, grundsätzlich konservativen Geschmack des musikliebenden Publikums und der kommerziellen Notwendigkeit, die Konzerthallen und Opernhäuser zu unterhalten.²²¹

Die Kontrolle über klassische Konzert- und Operaufführungen war verhältnismässig leicht. Was dagegen in den eigenen vier Wänden vor sich ging, war schwieriger zu überwachen. Die musikalische Kultur wurzelte tief in Deutschland, und es gab eine lange Tradition der Hausmusik im Kreise der Familie oder der Freunde. Wo es keine argwöhnisch lauschenden Nachbarn oder Blockwarte gab, spielte man nach wie vor Mendels-

sohns so beliebte *Lieder ohne Worte* daheim auf dem Klavier, auch wenn die NS-Zeitungen sie als «geschwätzige Auslassungen» bezeichneten.²²² Musikalische Vereine, Chöre, Kammermusikgruppen aus Amateuren und die vielen anderen kleinen Institutionen der reichen deutschen Musiktradition waren 1933 gleichgeschaltet worden, und dennoch konnten kleine Gruppen in privatem Kreis zusammenkommen und die Musik spielen und hören, die ihnen gefiel, sofern sie nur darauf achteten, wen sie dazu einladen. Die Vorzensur von Musik in Notenblättern durch die Reichsmusikkammer erstreckte sich letztlich nur auf neue Arbeiten. Mendelssohn bei sich zu Hause zu spielen war wohl kaum eine Widerstandshandlung gegen das Regime und stellte auf keinen Fall einen Rechtsverstoss dar.²²³ Und selbst in der Öffentlichkeit gab es gewisse Spielräume. Die Liste der Zensurbehörde mit den verbotenen Werken bezog sich in der Hauptsache auf Jazzmusik und enthielt selbst in der zweiten, 1939 erschienen Auflage nur 54 Einträge.²²⁴

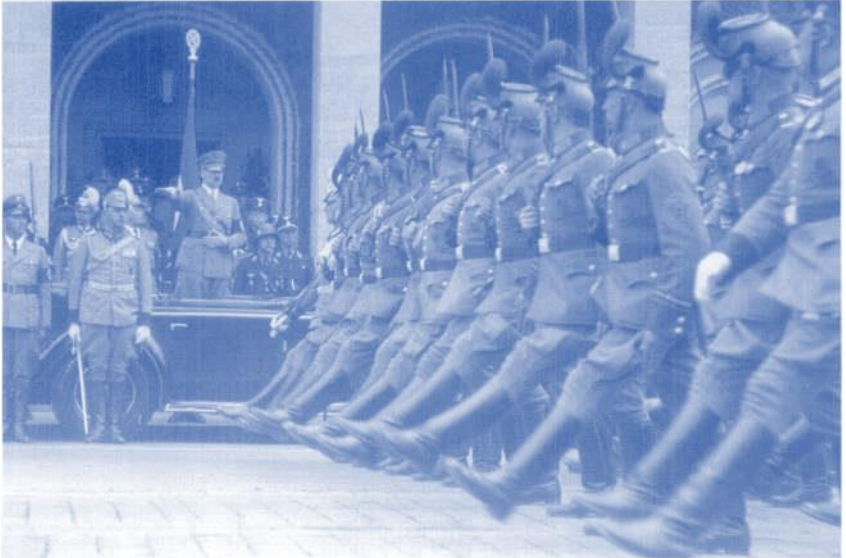
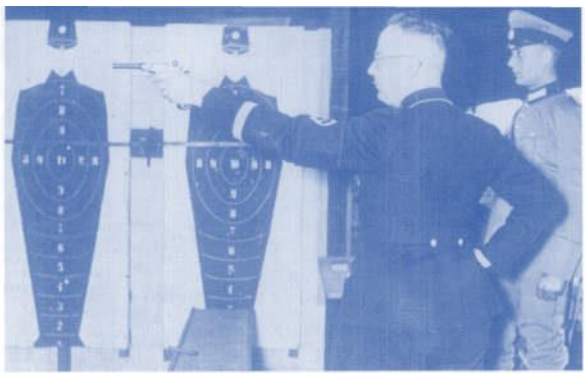
Musik ist die abstrakteste der Künste und deshalb am schwierigsten unter einer Diktatur zu beaufsichtigen und zu kontrollieren. Die Herren über die Kultur im Dritten Reich glaubten, sie wüssten, was sie wollten: weltanschauliche Konformität in der Oper und im Lied, tonale Einfachheit und das Fehlen von Dissonanzen in der Musik, wo es keine Worte gab, aus denen man die weltanschaulichen Neigungen des Autors hätte erraten können. Ihrer kulturellen Anschauung zufolge war der Geist der Tonalität und Einfachheit «arisch», der der Atonalität und Komplexität dagegen jüdisch. Doch die Entlassung jüdischer Musiker und Komponisten und die Verhängung von Berufsverboten über sie hatten keine Auswirkung auf das Musikleben, wenn man davon absieht, dass man es zahlreicher seiner hervorragendsten und anregendsten Persönlichkeiten beraubte. Denn was war letzten Endes tonale Musik und was war Dissonanz? Formale Definitionen führten zu nichts, da alle Komponisten seit der Zeit vor Bach und Mozart freizügigen Gebrauch von Dissonanzen im formalen Sinn gemacht haben. Natürlich waren die Extreme der Atonalität, vor allem die Zwölftonmusik, die von Arnold Schönberg und seinen Schülern entwickelt wurde, für die Nationalsozialisten ein Greuel. Tonale Romantik wie sie von Hans Pfitzner oder Richard Strauss geboten wurde, konnte dagegen kaum Widerspruch auslösen. Doch die meisten Komponisten arbeiteten in dem Be-



1. Hitler hält zu den Arbeitern eine sichere Distanz: Während einer Rede zum 1. Mai auf dem Tempelhofer Feld in Berlin 1935 wird der «Führer» durch einen Kordon seiner SS-Leibwache geschützt.
2. SA-Führer Ernst Röhm, der 1933 als Kopfarbeiter am Schreibtisch in seiner Privatwohnung posiert. Der Gobelin hinter ihm vermittelt einen guten Eindruck von seinem künstlerischen Geschmack.



3. Heinrich Himmler, Reichsführer SS, versucht sich 1934 mit einer Pistole am Schiessstand der Polizei in Berlin-Wannsee.



4. Hitler nimmt während des Reichsparteitags im September 1937 in Nürnberg die Parade der Ordnungspolizei ab.

5. Reinhard Heydrich, Chef des Sicherheitsdienstes der SS, posiert für eine Porträtaufnahme.





6. Häftlinge des Konzentrationslagers Flossenbürg, in das vor allem «Asoziale» und «Verbrecher» eingeliefert wurden, arbeiten in dem Steinbruch, aus dem die Steine für die öffentlichen Bauten Albert Speers kamen.



7. Leni Riefenstahl experimentiert mit einer Kameraeinstellung für ihren Film *Triumph des Willens* auf dem Reichsparteitag 1934.



8. «Ganz Deutschland hört den Führer» – Werbung für billige Volksempfänger, mit denen nur Lokalsender gehört werden konnten.



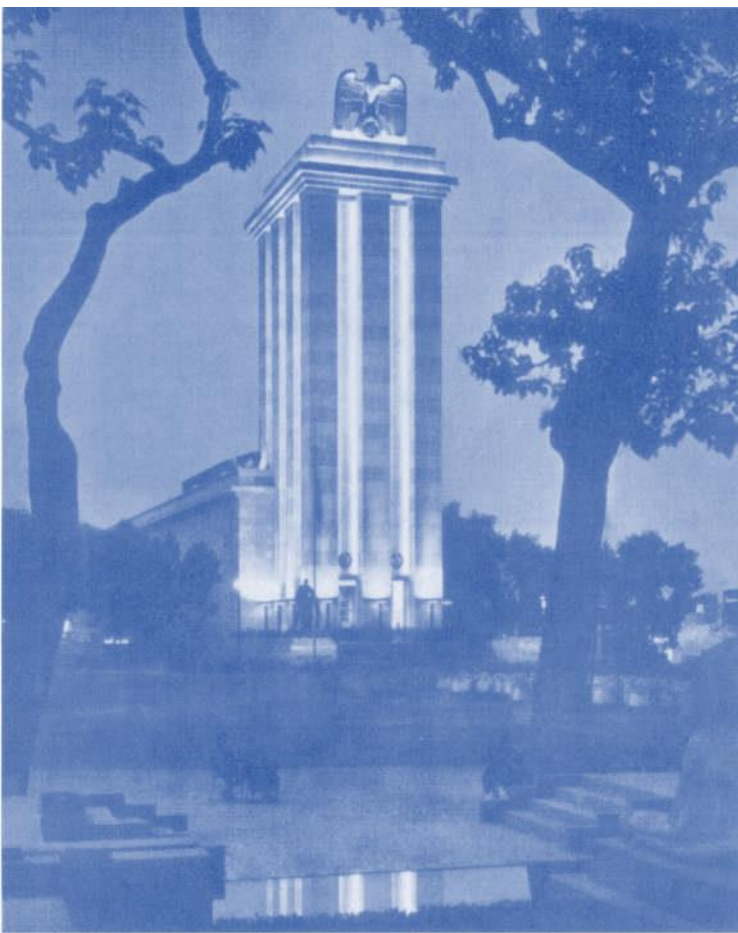
9. Der Schauspieler Emil Jannings (rechts) im Gespräch mit dem «kleinen Doktor», Reichspropagandaminister Joseph Goebbels (links), während einer Pause bei den Salzburger Festspielen 1938.



10. Ernst Barlachs Magdeburger Mahnmahl 1929; es wurde von den Nationalsozialisten als unpatriotisch aus der Kirche entfernt.

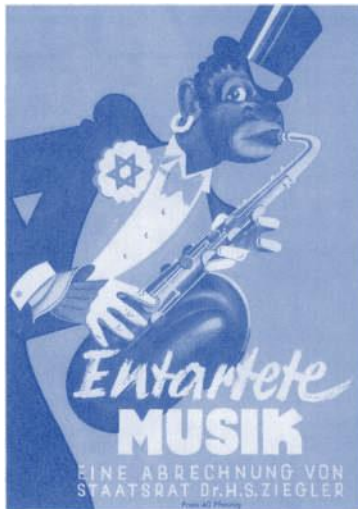


11. Der bevorzugte Stil der nationalsozialistischen Kunst: Arno Brekers „Bereitschaft“, ausgestellt an der Grossen Deutschen Kunstausstellung 1938.



12. Albert Speers deutscher Pavillon auf der Pariser Weltausstellung 1937; er wurde von einem Kritiker mit einem Krematorium samt seinem Schornstein verglichen.

- 13: «Entartete Musik»: Vordere Umschlagseite der Begleitbroschüre zu dieser Ausstellung, in der versucht wird, den Jazz als jüdisch und zugleich schwarz und somit als «rassisch entartet» darzustellen. Die Ausstellung war kein Erfolg.





14. Monsignore [Camillo] Caccia Dominioni, päpstlicher «maestro di camera», eingerahmt von Staatsvertretern Deutschlands und des Vatikans, kurz vor einer Audienz Hermann Görings bei Papst Pius XI. am 12. April 1933 im Rahmen der Verhandlungen über ein Konkordat.

15. «Adolf Hitlers Jugend geht in die Gemeinschaftsschule.» Plakat, mit dem die Eltern schulpflichtiger Kinder aufgefordert werden, ihre Kinder aus Konfessionsschulen herauszunehmen.



16. «Wenn alle jungen Deutschen so aussähen, bräuchten wir für die Zukunft nichts zu befürchten.» Kinder in einer Volksschulklasse 1939.





17. Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Bernhard Rust, der sich vergeblich bemüht, einen entschlossenen Eindruck zu machen, aufgenommen am 3. August 1935.

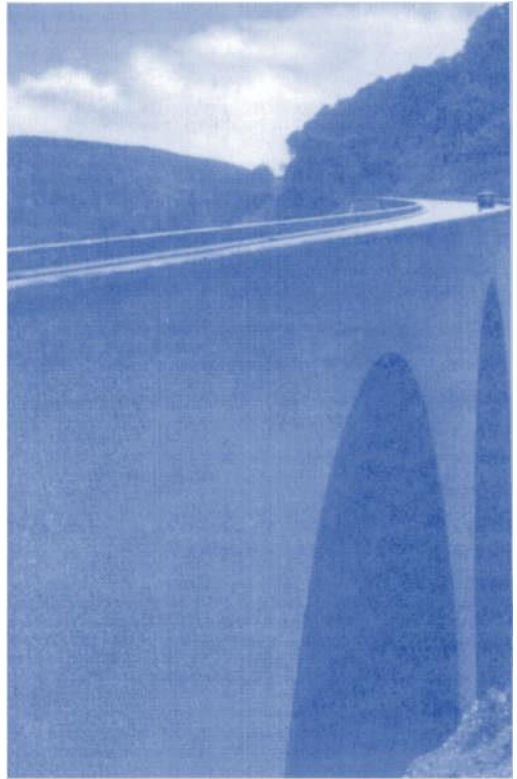


18. «Jugend dient dem Führer – Alle Zehnjährigen in die HJ.» Plakat von 1936, mit dem die Partei ihre Kampagne verstärkte, alle Jugendlichen in ihrer Jugendorganisation zu erfassen.

19. Lager der Hitler-Jugend in Nürnberg, 8. August 1934: Die enorme Ausdehnung und die militärische Organisation solcher Lager konnten junge Menschen nicht befriedigen, die Freiheit, Abenteuer, Naturerlebnisse oder andere traditionelle Ziele der Jugendbewegung suchten.



20. Die Modernität der Autobahnen: Eine Autobahnbrücke in den dreissiger Jahren.



21. Fritz Todt, der Chefsingenieur der Nationalsozialisten, belohnt Arbeiter auf den Befestigungsanlagen des Westwalls. Viele Arbeiter wurden für diese Arbeiten zwangsverpflichtet.



reich zwischen diesen beiden Extremen. Sie mussten ein prekäres Gleichgewicht halten zwischen Akzeptanz und Ablehnung, waren häufig angewiesen auf die Protektion mächtiger Figuren in der Partei auf nationaler oder lokaler Ebene, um Kritik von dritter Seite abwehren zu können. Auf diese Weise wurden Persönlichkeiten wie Paul Hindemith oder Werner Egk bis zu einem gewissen Grad zu Bauern in den Machtspielen zwischen Goebbels, Rosenberg und den anderen nationalsozialistischen Satrapen. Und wo ein Komponist oder ein Musiker die Grenze überschritt und sich auf politisches Terrain begab, konnte selbst Goebbels' Sympathie für die Moderne ihn nicht retten.²²⁵

Wie in anderen Bereichen der deutschen Kultur war Goebbels sich sehr wohl bewusst, dass auch die Musik Menschen ein Refugium in der Unruhe des Alltagslebens bieten konnte. Ebenso wie er die für das Regime willkommene Funktion von Unterhaltungsfilmen und leichter Musik im Rundfunk erkannte, so begrüßte er auch beliebte klassische Musikstücke, weil diese der Beruhigung und Zerstreung dienen und dazu beitragen konnten, dass die Menschen sich mit dem Leben im Dritten Reich aussöhnten. Das Konzertpublikum seinerseits mochte, wie viele behaupteten, in Furtwänglers Konzerten eine Quelle alternativer Werte gegenüber denen gefunden haben, die von den Nationalsozialisten propagiert wurden, doch wenn das tatsächlich der Fall gewesen sein sollte, dann blieben diese Werte in ihren privaten Seelen verschlossen, und wie hätte es angesichts der Abstraktion der Musik von der realen Welt auch anders sein können? Jedenfalls sollte die Musik wie die anderen Künste in den Augen von Goebbels eine Sphäre relativer Autonomie für den schöpferischen Künstler sein. Sie konnte «gesäubert» und zensiert werden, aber man musste sie auch fördern und unterstützen, und in der Hauptsache mussten die Musiker ihr Geschäft selbst betreiben; der Staat hatte sicherlich nicht die Kompetenz, ihnen das abzunehmen. Das Reichspropagandaministerium sorgte dafür, dass die Musiker von ihrer Musik leben konnten, durch Wettbewerbe, Subventionen und verbesserte Bedingungen bei der Nutzung ihrer Urheberrechte. Im März 1938 trug eine gründliche Neuordnung der Gehälter und Pensionen dazu bei, neue Musiker einem Berufsstand zuzuführen, der während der Weltwirtschaftskrise finanziell sehr gelitten hatte. So viele Musiker waren ausser Landes gegangen, standen unter Berufsverbot oder hatten sich eine an-

dere Tätigkeit gesucht, dass jetzt ein Mangel drohte, verschärft durch den Ausbau grosser Organisationen wie der Wehrmacht, der SS und der Deutschen Arbeitsfront mit ihrer zunehmenden Beschäftigung von Militärkapellen und Orchestern. Das alles gewährleistete auch weiterhin die Lebendigkeit des Musiklebens in Deutschland, und grosse Orchester führten auch weiterhin grosse Musik auf unter dem Taktstock grosser Dirigenten, auch wenn das Spektrum der gespielten Werke und die Zahl der prominenten Dirigenten schmaler und geringer waren als vor 1933. Trotzdem waren viele der Meinung, dass es keine neuen grossen Komponisten gebe. Strauss selbst teilte diese Ansicht. Wenn es dessen noch bedurft hätte, verstärkte dies nur seine bereits unerschütterliche Überzeugung von der eigenen Bedeutung als der Erbe der grossen Tradition deutscher Komponisten. «Ich bin der letzte Berg eines grossen Gebirges. Dann kommt die Ebene», waren seine Worte.²²⁶

IV

Auch das Schwinden von Alfred Rosenbergs Einfluss in der Kultursphäre ab der Mitte der dreissiger Jahre konnte nichts daran ändern, dass die am meisten angefeindete und diffamierte Musikform im Dritten Reich der Jazz war und blieb. Von den Nationalsozialisten als degeneriert und als dem Deutschen «artfremd» geschmäht, mit den verschiedensten Formen der Dekadenz in Verbindung gebracht und angeblich von «rassisch» minderwertigen amerikanischen Negern und Juden produziert, wurden Jazzmusik, Swing und andere Formen der populären Musik bekämpft, sobald die Nationalsozialisten an der Macht waren. Ausländische Jazzmusiker verliessen das Land oder wurden ausgewiesen. 1935 wurde deutschen Unterhaltungsmusikern verboten, sich ausländische Pseudonyme zuzulegen, die während der Weimarer Republik stark in Mode waren. Jazzklubs, die während des ersten Jahrs des neuen Regimes bis zu einem gewissen Grad noch geduldet waren, wurden nun häufiger das Ziel von Razzien, an denen eine immer grössere Zahl von Agenten der Gestapo und der Reichsmusikkammer beteiligt waren. Diese schüchterten die Musiker ein, indem sie sie aufforderten, die Ausweise vorzulegen, aus denen ihre Mitglied-

schaft in der Reichsmusikkammer hervorging. Ihre Noten wurden konfisziert, wenn sie Musik von jüdischen Komponisten wie Irving Berlin spielten, deren Namen auf der schwarzen Liste standen. Eine scharfe Kontrolle der Rundfunksendungen sorgte dafür, dass die leichte Unterhaltungsmusik nicht zu sehr swingte, und die Tageszeitungen kündigten in fetten Schlagzeilen an, dass «Niggermusik» ganz aus den Rundfunkprogrammen gestrichen worden sei. SA-Männer patrouillierten im Sommer an Badeseen, die von jungen Menschen mit tragbaren Grammophonen zum Aufziehen besucht wurden, und stampften deren Schellack-Jazzplatten zu Scherben. Traditionelle Komponisten, deren Musik Jazzrhythmen enthielt, wie der junge Karl Amadeus Hartmann, durften ihre Musik nirgends öffentlich aufführen. Da er in Deutschland keine Existenzmöglichkeit fand, aber das Land nicht verlassen wollte, war Hartmann gezwungen, ausschliesslich von Konzerten, Rundfunk- und Plattenaufnahmen im Ausland zu leben, wo seine Identifizierung mit Kritikern des Dritten Reiches ihn in eine potentiell gefährliche Lage brachte. Seine wohlhabenden und einflussreichen Freunde und Verwandten, die meisten vom Regime abgestossen, halfen ihm über die Runden. In seiner Musik machte er keine Zugeständnisse an die Forderungen des Dritten Reiches nach Einfachheit und Geradlinigkeit, und um den Abstand zum Regime noch grösser zu machen, nahm er Kompositionsunterricht bei dem extremsten von Schönbergs modernen Schülern, Anton von Webern. Hartmann entzog sich nach Möglichkeit jeder Publizität, und dank seiner äusseren Konformität mit dem Regime – so grüsste er zum Beispiel anstandslos mit dem Hitlergruss – kam er jedem Verdacht zuvor. Als er eine sinfonische Dichtung seinen toten und noch lebenden Freunden widmete, die im Konzentrationslager Dachau inhaftiert waren, achtete er darauf, dass die Widmung nur auf der Originalpartitur zu lesen war und nur von dem Dirigenten, einem engen Freund, 1935 in Prag bei der Uraufführung gesehen wurde; die Nationalsozialisten erfuhren nie davon.²²⁷

Jazzrhythmen in der «klassischen» Musik konnten leicht erkannt und als unangemessen verurteilt werden. Aber ein Grossteil der populären Musik war weder klassische noch Jazzmusik, sondern irgendwo dazwischen ange-

siedelt, ob in Form von Operetten – von Hitler selbst besonders geschätzt –, der Musik von Schulzengesängern in Cafés oder von Kaffeehaus- oder Tanzorchestern. Die populäre Musik, wie sie in Tanzsälen, Nachtclubs, Hotelbars und ähnlichen Treffpunkten vor allem in Berlin gespielt wurde, war wesentlich schwieriger zu kontrollieren, nicht zuletzt, weil es kaum möglich war, eine klare Trennlinie zu ziehen zwischen dem, was Jazz oder Swing war, und der übrigen Musik. Die häufig gutbetuchten und dem gehobenen Bürgertum angehörenden jungen Menschen, die viele solcher Lokalitäten regelmässig besuchten, waren gewöhnlich in der Lage, das übelwollende Interesse von Agenten der Gestapo oder der Reichsmusikkammer abzuwehren. Importierte Jazzplatten konnten stets diskret in kleinen Läden in den Seitenstrassen gekauft werden, und selbst Goebbels war klug genug, in den Spätsendungen des Rundfunks gelegentliche Jazz- oder Swingstücke zuzulassen. Und wenn man ihn nicht auf deutschen Sendern hören konnte, dann fand man Jazz immer im Radio Luxemburg, wo Hörer, wie Goebbels befürchtete, auch politisch unerwünschte Berichterstattung mitbekommen konnten. Goebbels selbst war ein langjähriger Besucher der Varietévorführungen in der Berliner Scala, wo bis zu 3'000 Besucher nicht nur die berühmten Tänzerinnen sah, die die Beine hochwarfen, sondern auch die Musik verbotener Komponisten wie George Gershwin hörte. Goebbels war verblüfft, als im Mai 1937 im *Stürmer* von Julius Streicher eine Kritik dieses Programms erschien, und dies aus gutem Grund. Die Geschäftsführer hatten jedesmal kurzfristig das Programm geändert, nachdem die Mitarbeiter des Ministers dessen bevorstehenden Besuch angekündigt hatten, so dass nichts Goebbels Geschmack verletzen konnte. Der Minister machte Ernst, sorgte dafür, dass die Geschäftsführung entlassen wurde, und nötigte den Nachfolgern ein Programm auf, das er bald als «zahm» bezeichnete.²²⁸

Jazz und Swing waren dem Regime nicht zuletzt deshalb suspekt, weil es glaubte, diese Musik ermutige die jungen Menschen zu sexueller Freizügigkeit. Auch die Tanzlehrer der Tanzschulen wollten den Swing, eine neue Mode, die im Sommer 1937 aufkam, schon im Ansatz unterdrücken. Auch die Hitlerjugend hielt nichts vom Swing und propagierte dafür deutsche Volkstänze. Die Lokalbehörden erliessen bald nach dem Aufkommen

des neuen Tanzes Verbote. Voller Verachtung für diese Spiessigkeit zeigte die Jeunesse dorée des Hamburger Grossbürgertums bald ihre Geringschätzung in der Öffentlichkeit, kleidete sich in der neuesten und elegantesten englischen Mode, zeigte den Union Jack und grüsste sich mit englischen Floskeln wie: «Hallo, old swing boy!» In Klubs und Lokalen sowie auf privaten Partys tanzten diese Jugendlichen auf Swingmusik und spielten Jazzplatten ab, die vom Regime verboten worden waren. Ein politischer Protest kam ihnen nicht in den Sinn. Doch im Dritten Reich war alles politisch. Die jungen Swinger überschritten eine Grenze, als sie 1937 beschlossen, den Erlass des Führers der Hitlerjugend Baldur von Schirach vom 1. Dezember 1936 zu ignorieren, dem zufolge alle deutschen Jugendlichen in diese Organisation eintreten sollten. Schwerer fiel ins Gewicht, dass das ungezwungene gesellige Miteinander von Juden, «Halbjuden» und Nichtjuden in der gesellschaftlichen Szene der Swingjugend in krassem Widerspruch zu den Geboten der «Rassenpolitik» des Regimes stand. Was als ein Akt kulturellen Eigensinns begonnen hatte, wurde sehr schnell zu einer Manifestation des politischen Protests, der während des Krieges noch ernstere Dimensionen annehmen sollte.²²⁹

Die Verworrenheit und Irrationalität der NS-Politik gegenüber der Musik, wo Definitionen häufig willkürlich waren und die Akzeptanz oder Ablehnung einer bestimmten Musik nicht selten von einer Laune abhing, lässt sich an einem Beispiel illustrieren, nämlich der Geschichte der schlichten Mundharmonika, eines Instruments mit dessen Produktion Deutschland in den zwanziger Jahren weltweit mit Abstand an der Spitze stand. 1929 produzierten deutsche Firmen 88 Prozent des Weltexports solcher Instrumente. Der Löwenanteil entfiel auf die Firma Höhner in der schwäbischen Kleinstadt Trossingen mit einem Export von 20 bis 22 Millionen Mundharmonikas pro Jahr gegen Ende der zwanziger Jahre, mehr als die Hälfte aller weltweit exportierten Instrumente. Fast alle gingen in die USA. Zu dieser Zeit waren aber viele Märkte praktisch gesättigt, und die Weltwirtschaftskrise drückte auf die Nachfrage. So musste das Unternehmen versuchen, als Ersatz die Nachfrage in Deutschland zu steigern. Leider hielt das konservative Musikestablishment wenig von diesem Instrument und betrachtete es als vulgär und für ernsthafte Musiker nicht geeignet. Dank

der Lobbyarbeit der Wortführer dieser Gruppe wurde das Instrument 1931 an preussischen Schulen verboten. Das Familienunternehmen reagierte mit einer Anzeigenkampagne nach amerikanischem Vorbild, mit Bildern des Boxers Max Schmeling, der auf einer Mundharmonika blies, und verband dies mit einem Gegenangriff, indem es darauf hinwies, dass die mit einer Mundharmonika gespielte Musik nicht subversiv sei. Nachdem Hitler und die NSDAP an die Macht gekommen waren, trat Ernst Höhner, obwohl alles andere als ein überzeugter Nationalsozialist, in die Partei ein, um Einfluss zu gewinnen, und warb für die Mundharmonika mit den Argumenten, sie sei ein wichtiger Bestandteil der Volksmusik, werde von einfachen Menschen gespielt und sei ideal für die Angehörigen der SA und der Hitlerjugend, wenn diese um das Lagerfeuer säßen und patriotische Erinnerungen austauschten.²³⁰

Doch diese Rechnung ging nicht auf. Zum einen entfielen auf die Volksmusik in den Musiksendungen des Rundfunks ohnehin nicht mehr als 2,5 Prozent. Ferner stellte sich die Reichsmusikkammer, in der noch immer die Traditionalisten den Ton angaben, auf den Standpunkt, die Mundharmonika sei ein modernes Instrument und keineswegs traditionell deutsch, und verwiesen auf einige Jazzgruppen, in denen auch Mundharmonika gespielt wurde, zweifellos ein klarer Beweis für ihre fehlende Eignung. Langfristig schien ein totales Verbot unvermeidlich. Doch am Ende wusste niemand so recht, wie man das Instrument einordnen und ob man es überhaupt so wichtig nehmen sollte. Höhner und seine Firma konnten den Betrieb weiterführen und in Trossingen sogar eine Schule für Mundharmonikaspieler einrichten in der letztlich vergeblichen Hoffnung, dass die Mundharmonika eines Tages den Rang anderer, konventionellerer Instrumente erlangen würde. Auch hier endeten somit die Reglementierung, Kontrolle und die Intrigen innerhalb der Welt der Musik in einer Sackgasse. Am Schluss trotzte selbst die schlichte Mundorgel einer einfachen Kategorisierung in der Welt der NS-Ideologie.²³¹

V

Von allen modernen Regimen definierte sich das des Dritten Reiches am klarsten durch seine Künste und seine Massenkultur. Hitler widmete diesen Gegenständen in seinen Reden mehr Raum als jeder andere Diktator des 20. Jahrhunderts.²³² Natürlich übernahmen die Nationalsozialisten vieles von den Ritualen und Symbolen des faschistischen Italiens; und die Disziplinierung individueller menschlicher Körper in der Weise, dass sie eine einzige monolithische Masse bildeten, war ein Merkmal, das auch für das Russland Stalins wie das Spanien Francos charakteristisch war. Alle diese Regime reduzierten die Künste auf Instrumente der Propaganda und eliminierten jegliches Anzeichen für einen kreativen Dissens oder versuchten es jedenfalls. Sie gingen gegen komplexe und elitäre Aspekte der modernen Kulturproduktionen vor und versuchten, Künstlern, Schriftstellern und Musikern einen einfachen Stil aufzuzwingen, der sich den Massen leicht mitteilte. Der sozialistische Realismus in der Sowjetunion war in vielerlei Hinsicht eine Parallele zu dem, was man als rassistischen und nationalistischen Realismus im Dritten Reich bezeichnen könnte. Wie die Propagandakampagnen der frühen dreissiger Jahre gezeigt hatten, noch bevor Hitler an die Macht kam, war der Appell an die Emotionen in Bild und Ton eine wirkungsvolle politische Waffe, und alle politischen Gruppierungen, selbst die Sozialdemokratie, hatten versucht, diese Tatsache auszunutzen, da sie der Meinung waren, im Zeitalter der Massen sei der rationale, verbale, intellektuelle Appell früherer Zeiten nicht mehr ausreichend. Im Dritten Reich wurde die Waffe der kulturellen Propaganda zu einem Instrument staatlicher Macht, nicht anders als in der Sowjetunion unter Stalin. Künstler und Schriftsteller sind ihrer Natur nach Individualisten, und sowohl die Sowjetunion als auch Deutschland führten einen unermüdlichen Krieg gegen den Individualismus und verkündeten, die einzige akzeptable Funktion der Kunst sei der Ausdruck der Massenseele. Wie sich zeigen sollte, war von allen Künsten die Musik in beiden Regimen am schwersten zu kontrollieren. Komponisten wie Prokofjew und Schostakowitsch produzierten weiterhin Werke in einem ganz persönlichen Idiom trotz gelegentlicher Versuche der Machthaber, die Künstler zu disziplinie-

ren, und trotz gelegentlicher Gesten eines Zugeständnisses ihrerseits gegenüber den kulturellen Diktaten ihrer politischen Herren. In der Baukunst begnügten sich Troost, Speer und andere Architekten ihrer Schule damit, die gängigen Merkmale der Architektur öffentlicher Gebäude ihrer Zeit in ganz Europa und den Vereinigten Staaten zu wiederholen, nur in grösserem Massstab. Hitlers Ablehnung der kulturellen Moderne war extrem und stand in einem Gegensatz zu der weniger dogmatischen Haltung der italienischen Faschisten, zu deren hauptsächlich ideologischen Quellen die Kunstpolitik der Futuristen gehörte. Eine 1934 in Berlin veranstaltete Ausstellung italienischer Futuristen löste bei den nationalsozialistischen Kunstkritikern Missbilligung aus. Sie waren sogar so kühn zu erklären, einen solchen «Kunstbolschewismus» wollten sie nicht noch einmal sehen, obwohl die Künstler sich für den Faschismus ausgesprochen hatten. Doch im Rückblick auf die Gebäude Speers, die Skulpturen Brekers, die Musik Egks oder die Filme Leni Riefenstahls war die nationalsozialistische Kultur erkennbar Teil der Kultur ihrer Zeit. Sie gehörte unmissverständlich zur Kultur der dreissiger Jahre und war keine Rückkehr in eine frühere Epoche.²³³ In allen diesen Bereichen war der Zugang des Dritten Reiches zur Kultur und den Künsten alles andere als einzigartig.²³⁴

Und dennoch hatte sie etwas Besonderes an sich. Natürlich war es angesichts seiner Vergangenheit und seiner Ambitionen nicht verwunderlich, dass Hitler ein persönliches Interesse an den bildenden Künsten hatte. Seine ständig wiederholten Tiraden gegen die Moderne waren sicherlich der entscheidende Faktor bei Goebbels' Wende von relativer Toleranz zu einer praktischen Unterdrückung der Moderne in allen ihren Spielarten ab 1937. Doch es wäre falsch, daraus den Schluss zu ziehen, Hitler habe auch in jedem anderen Bereich die Kulturpolitik diktiert.²³⁵ Abgesehen von einer Leidenschaft für Wagner hatte er nur ein geringes Interesse an und nur wenig Verständnis für Musik, deren prinzipielle Abstraktheit ohnehin einer einfachen Aufteilung in eine für die Nationalsozialisten akzeptable und eine inakzeptable Musik im Wege stand; selbst die Begeisterung, die er gegen Ende der dreissiger Jahre für die Musik Anton Bruckners entwickelte, war letztlich doch ziemlich halbherzig. Trotz seiner Vorliebe für alte Filme, die er sich spätnachts noch ansah, und seines Auftrags an Leni

Riefenstahl, den Reichsparteitag in Nürnberg filmisch in Szene zu setzen (*Triumph des Willens*), griff er nicht besonders stark in die Produktion und den Verleih von Filmen ein, sondern überliess dies ebenso wie die Musik und Literatur weitgehend Goebbels.

Es wäre ein leichtes, die Heterogenität und die Widersprüche des kulturellen Lebens im Dritten Reich hervorzuheben, und es gab tatsächlich immer Einzelfälle, mit denen die Nationalsozialisten ihre Probleme hatten, und andere, in denen ihre Entscheidungen als reine Willkür erschienen und ebensogut hätten anders ausfallen können. Künstler, Schriftsteller, Musiker und andere entwickelten die verschiedensten Strategien, um sich unter der NS-Diktatur zu behaupten, von einer völligen Willfährigkeit gegenüber dem, was sie als notwendig ansahen, über kleine Kompromisse im Interesse ihrer Kunst, bis zur inneren Emigration und sogar einem völligen Schweigen, das nicht immer durch das Regime erzwungen wurde. Das normale Kulturleben im Dritten Reich war trotz der Befürchtungen vieler nicht vollkommen abgetötet. Die Menschen konnten immer noch Sinfonien von Beethoven hören, in staatlichen Museen und Galerien die Bilder alter Meister betrachten, die Werke der Klassiker lesen und in manchen Städten Jazzklubs und Tanzsäle besuchen, wo die neuesten Swingstücke gespielt wurden. Goebbels wusste, dass die Menschen solche Fluchten aus dem Alltagsleben brauchten, und liess ihnen den entsprechenden Spielraum.²³⁶

Trotz alledem wurde die Lage der Künste im Dritten Reich immer noch von einer kulturellen Diktatur von oben bestimmt. Wie die Ausstellung «Entartete Kunst» gezeigt hatte, waren ästhetische und stilistische Gesichtspunkte nur von untergeordneter Bedeutung für die nationalsozialistische Kulturpolitik. Wichtiger waren die politischen und ideologischen Aspekte. Was immer die Künste in der Vergangenheit hervorgebracht hatten, die Nationalsozialisten wollten sicherstellen, dass das, was gegenwärtig in der Kultur produziert wurde, nicht nur nicht ihren fundamentalen Werten entgegenstand, sondern sogar überall dort, wo es möglich war, unterstützend für sie arbeitete. Der Antisemitismus, die Entfernung der Juden aus dem öffentlichen Leben, die Förderung des Militarismus und die Verfolgung des Pazifismus und der Gesellschaftskritik waren wesentliche Zie-

le der nationalsozialistischen Kulturpolitik. Hierzu gehörten auch die Verbesserung der «arischen Rasse» und die Unterdrückung der Untauglichen und Schwachen, die Wiedererschaffung einer mythischen Welt des bäuerlichen Lebens («Blut und Boden»), die Bekämpfung einer Kreativität, die persönlich und unabhängig war, und die Förderung einer unpersönlichen kulturellen Produktion, die den kollektiven Bedürfnissen der Nation und der «Rasse» diene. Vor allem verherrlichte die nationalsozialistische Kultur die Macht, am sichtbarsten in der Architektur. Die «rassische» und politische Diskriminierung, die von Anfang an betrieben wurde, hatte die Emigration der besten und international am meisten bewunderten Schriftsteller, Maler und Musiker aus Deutschland zur Folge. Diejenigen, die übriggeblieben waren, wurden zum Schweigen gebracht, zur Bedeutungslosigkeit verurteilt, zu Kompromissen gezwungen oder in den Dienst des höchsten Ziels des Nationalsozialismus gestellt: die Nation und das Land materiell und geistig auf den Krieg vorzubereiten.²³⁷ Zu diesem Zweck unternahmen die Nationalsozialisten den beispiellosen Versuch, das, was sie unter Kultur verstanden, unter das Volk zu bringen, indem sie Rundfunkempfänger auch für den kleinen Mann erschwinglich machten, Konzerte in Fabriken veranstalteten, Filme mit mobilen Kinos in die abgelegensten Regionen brachten, die Menschen in Bussen zu den vermeintlichen Schrecken der Ausstellung «Entartete Kunst» beförderten und darüber hinaus noch manches andere. Kultur im Dritten Reich war nicht mehr das Privileg einer Elite; sie zielte darauf ab, jeden Bereich der deutschen Gesellschaft und des deutschen Lebens zu durchdringen.²³⁸

Die nationalsozialistische Kulturpolitik passte letztlich zur NS-Politik in anderen Bereichen und enthielt dieselben Widersprüche. Hitlers eigenes Kunstverständnis war ein zutiefst politisches. Die Kunst sollte letztlich auf kaum mehr reduziert werden als auf eine Feier der Macht und ein Instrument der Propaganda. Stets wachsam gegenüber Vorwürfen dieser Art erklärte Goebbels am 17. Juni 1935:

«Die nationalsozialistische Bewegung... meinte, dass die Politik eigentlich die edelste und grösste aller Künste sei. Denn so, wie der Bildhauer aus dem toten Stein eine Leben atmende Gestalt meisselt, und so, wie der Maler Farbe in Leben verwandelt, und so, wie der Komponist die toten Töne in himmelentrückende Melodien um-

setzt, so hat der Politiker und Staatsmann eigentlich keine andere Aufgabe, als eine amorphe Masse in ein lebendiges Volk zu verwandeln. Deshalb gehören auch Kunst und Politik zusammen.»²³⁹

Der Nationalsozialismus ästhetisierte die Politik, während er gleichzeitig die Künste politisierte.²⁴⁰ «Es ist uns vielfach der Vorwurf gemacht worden,» sagte Goebbels am 17. Juni 1935, «dass wir die deutsche Kunst zu einer blossen Propagandaangelegenheit herabwürdigten – wieso? Ist die Propaganda etwas, zu dem man etwas anderes herabwürdigen könnte? Ist die Propaganda, wie wir sie verstehen, nicht auch eine Art von Kunst?» Kunst und Propaganda seien eines, fuhr er fort, und ihr Zweck bestehe darin, eine geistige Mobilisierung des ganzen deutschen Volkes zu bewerkstelligen:

«Der Nationalsozialismus ist nicht nur eine *politische* Lehre, er ist eine *totale* und *umfassende* Gesamtschau aller öffentlichen Dinge. Er muss deshalb die selbstverständliche Grundlage unseres ganzen Lebens werden. Wir hoffen, dass einmal die Zeit kommt, dass man über Nationalsozialismus nicht mehr zu *sprechen* braucht, sondern dass er die Luft ist, in der wir atmen! Der Nationalsozialismus kann deshalb sein Genüge nicht daran finden, nur mit den Lippen bekannt zu werden, – man muss ihn mit den Händen und mit den Herzen tun. Man muss sich dieser Haltung *innerlich* angleichen, man muss sie zur *eigenen* Haltung machen – dann erst wird man auch erkennen, dass aus dem Nationalsozialismus ein neuer Kulturwille entspringt und dass dieser Kulturwille organisch unser ganzes nationales Dasein bestimmt. Von diesem Kulturwillen wird einmal der geistige Aufbruch unserer Zeit ausgehen.»²⁴¹ Nationalsozialistische Embleme, Abzeichen, Wörter und Begriffe durchdrangen das Alltagsleben als Teil dieser Kampagne. Nicht nur Film, Rundfunk, Zeitungen, Zeitschriften, Skulpturen, Gemälde, Literatur, Dichtung, Architektur, Musik und bürgerliche Kultur waren zunehmend erfüllt von nationalsozialistischen Idealen oder wirkten innerhalb der von ihnen gesteckten Grenzen, sondern auch die Alltagskultur. Zwischen den Tagen der ideologischen Massenmobilisierung wie Hitlers Geburtstag oder dem Jahrestag seiner Ernennung zum Reichskanzler mit ihren unzähligen Hakenkreuzfahrten war auch das normale All-

tagsleben durchsetzt von den Prinzipien und Vorschriften des Nationalsozialismus. Ab 1935, notierte Victor Klemperer, forderte das Regime seine Bürger auf, statt der gewohnten lateinischen Monatsnamen pseudogermanische Namen zu benutzen. Mit ungebrochener Begeisterung benutzte Luise Solmitz die neuen Namen sofort in ihrem Tagebuch: Julmond, Brechmond, Hornung und andere.²⁴²

Die Zeitungswerbung und das Design begannen, NS-Symbole und NS-Stil zu übernehmen.²⁴³ Ausländische Werbeagenturen wurden verboten, und die üblichen Mechanismen wurden eingesetzt, um zu gewährleisten, dass Plakate und Werbeanzeigen in Ursprung und Stil «deutsch» waren. Für Konsumgüter wurde jetzt in einer Weise Reklame gemacht, die den Forderungen des Regimes ebenso Rechnung trug wie es die hohe Kunst tat.²⁴⁴ Sogar Alltagsgegenstände bekamen innerhalb kurzer Zeit einen politischen Anstrich. Bereits im März 1933 fiel dem scharfen Beobachter Victor Klemperer auf, dass die Zahnpastatube, die er in der Apotheke gekauft hatte, ein Hakenkreuz trug.²⁴⁵ Es dauerte nicht lange, bis es Eierbecher, Haarnadeln, Bleistifte oder Teegeschirr mit Hakenkreuz zu kaufen gab. Für Kinder wurden Spielzeugmodelle von SA-Leuten, Musikboxen mit dem Horst-Wessel-Lied oder ein Buchstabenrätsel mit den Buchstaben L-I-T-R-E-H, die man so anordnen sollte, dass sich der Name «eines grossen Führers» ergab, angeboten.²⁴⁶ Die so beliebten Stahlrohrmöbel des Bauhauses aus den zwanziger Jahren verbrauchten Metall, das dringend für die Rüstung benötigt wurde, und sie mussten Möbeln aus lackiertem Holz in einem pseudonaturlichen Stil weichen: Diese erweckten den Anschein, handgefertigt zu sein, während sie tatsächlich zunehmend industriell gefertigte Massenware waren.²⁴⁷ Selbst ein scheinbar neutraler Bereich wie der Garten- und Landschaftsbau blieb nicht verschont: An die Stelle formaler Gestaltung und exotischer Pflanzen trat ein natürliches Aussehen auf der Grundlage einheimischer Gewächse.²⁴⁸ Die Sammler von Zigarettenbildern konnten diese jetzt in ein Album zum Thema «Der Kampf um das Dritte Reich» kleben. Unter diesen Bildern waren Porträts des «Führers» mit einem blonden Kind («Führeraugen – Vateraugen»), Hitler und Technik, Hitler und Hindenburg und natürlich Hitler und die Arbeiter.²⁴⁹ Eine massgebliche Kunstzeitschrift jener Zeit kommentierte:

«Die Dinge des Alltags, nicht die grossen Einzelwerke, geben einer Zeit die kulturelle Atmosphäre.»²⁵⁰

Die Ästhetisierung der Politik erzeugte die trügerische Vorstellung, dass soziale, wirtschaftliche und nationale Probleme sich unmittelbar durch Willensakte lösen liessen. Sie lenkte die Aufmerksamkeit der Menschen von vielen realen Härten des Lebens in einem Deutschland ab, das in der ersten Hälfte der dreissiger Jahre noch immer unter den Folgen einer schweren Wirtschaftskrise litt, und richtete sie auf Phantasiewelten und Mythen, eine inszenierte Begeisterung für die Regierung und ihre Politik, ein Lebensgefühl in einer neuen Welt, von der vieles eine inszenierte Illusion war. In einer fortgeschrittenen Industriekultur wie der deutschen in den dreissiger Jahren beruhten diese Täuschungen bis zu einem gewissen Grad auf der Wiederkehr pseudoarchaischer Gewissheiten wie «Blut und Boden», klassischen künstlerischen Vorbildern, einer traditionellen tonalen Musik und monumentalen öffentlichen Gebäuden; doch die hierfür benutzten Mittel waren die modernsten, die es damals gab, vom Rundfunk und Film über innovative Drucktechniken bis zu den neuesten Verfahren der Bautechnik. Vieles davon muss den Durchschnittsmenschen in den Kleinstädten und auf dem Land als etwas aufregend Neues erschienen sein. Vor allem zielte die NS-Kultur, angetrieben vom Reichspropagandaministerium, auf die Unterdrückung allen individuellen Denkens und Fühlens und auf die Formung der Deutschen zu einer einzigen, willfährigen, disziplinierten Masse, weitgehend so, wie sie in Leni Riefenstahls Film *Triumph des Willens* auf der Leinwand gezeigt wurde.²⁵¹ Sie setzte dieses Ziel nur nach und nach in die Praxis um, zum Teil wegen der anfänglichen Unsicherheit über die Ausrichtung der Kulturpolitik, zum Teil wegen innerparteilicher Rivalitäten; doch im Lauf der beträchtlichen Radikalisierung in den Jahren 1937/38 traten die Konturen der nationalsozialistischen Kulturpolitik für alle deutlich sichtbar hervor. Zu dieser Zeit hatten Goebbels und sein Reichspropagandaministerium praktisch alle Organe der Meinungsbildung in der deutschen Gesellschaft übernommen, gleichgeschaltet, von realen oder potentiellen Regimekritikern «gesäubert», «arisiert» und unter ihre ideologische, finanzielle und administrative Kontrolle gebracht. Die «öffentliche Meinung» als solche hatte praktisch aufgehört zu

existieren; die Meinungen, die auf der Leinwand vermittelt, im Rundfunk gesendet oder in Presseorganen und Büchern gedruckt wurden, waren mit ganz wenigen Ausnahmen die Meinungen des Regimes. Regelmässige Lageberichte der Gestapo und der regionalen und lokalen Behörden hielten Goebbels, Himmler und die übrigen Parteiführer auf dem Laufenden über die Ansichten in der Bevölkerung und verschafften damit dem Reichspropagandaministerium die Möglichkeit, nötigenfalls durch gezielte Propagandakampagnen korrigierend einzugreifen. Die nationalsozialistische Propaganda war die unverzichtbare Begleitung zum nationalsozialistischen Terror und zur Einschüchterung bei der Unterdrückung offener Kritik und der Erzeugung einer Unterstützung des Regimes durch die Massen. In dieser Hinsicht war das Reichspropagandaministerium einer der sichtbarsten Erfolge des Regimes.²⁵²

So tief drang die NS-Propaganda in das allgemeine Bewusstsein ein, so umfassend hatte sie von den deutschen Medien Besitz ergriffen, dass sie selbst die Sprache beeinflusste, die von den Deutschen gesprochen und geschrieben wurde. In seiner Dresdner Wohnung begann Victor Klemperer ein Dossier der Sprache des Nationalsozialismus zu erstellen, die «LTI» – *Lingua Tertii Imperii*, die Sprache des Dritten Reiches. Wörter, die in einer zivilisierten Gesellschaft eine negative Konnotation hatten, nahmen unter dem Nationalsozialismus den entgegengesetzten Sinn an, wie er feststellte, so dass «fanatisch», «brutal», «erbarmungslos», «unachtsam» oder «hart» alles Worte des Lobes statt der Missbilligung waren. Die deutsche Sprache wurde eine Sprache der Superlative, so dass alles, was das Regime tat, das Beste und das Grösste war, seine Errungenschaften waren beispiellos, einzigartig, historisch und unvergleichlich. Die amtlichen statistischen Zahlen erlebten eine solche Aufblähung, dass sie immer unglaubhafter wurden. Entscheidungen waren stets endgültig, Änderungen sollten auf ewig Bestand haben. Die Sprache, in der über Hitler gesprochen wurde, war gespickt mit religiösen Metaphern; die Menschen «glaubten an ihn», er war der Erlöser, der Retter, das Werkzeug der Vorsehung, sein Geist lebte in der deutschen Nation und durch diese, das Dritte Reich war das ewige und immerwährende Reich des deutschen Volkes, und diejenigen, die für seine Sache ihr Leben gegeben hatten, waren Märtyrer. NS-Institutionen nisteten sich durch Abkürzungen und Akronyme in

der deutschen Sprache ein, bis das Reden über sie den Menschen in Fleisch und Blut übergegangen war. Vor allem führte der Nationalsozialismus Metaphern des Kampfes in die deutsche Sprache ein, den Kampf um Arbeitsplätze, den Kampf ums Dasein, den Kulturkampf. In den Händen des Propagandaapparats der Partei wurde die deutsche Sprache scharf, aggressiv und militaristisch. Alltägliche Dinge wurden in Begriffe gekleidet, die zur Sphäre des Krieges gehörten. Die Sprache selbst wurde zunehmend für den Krieg mobilisiert.²⁵³

Wenn Sprache das Empfinden strukturiert und wenn die Wörter, die einer Gesellschaft zur Verfügung stehen, die Grenzen dessen bestimmen, was gedacht werden kann, dann war das Dritte Reich auf dem besten Weg, auch nur die Möglichkeit des Nachdenkens über Regimekritik und Widerstand abzuschaffen, ganz zu schweigen von dessen praktischen Konsequenzen. Doch das Bewusstsein und Denken der meisten Deutschen war natürlich bereits lange bevor Hitler an die Macht kam geprägt worden, und starke kulturelle Traditionen wie jene, die von Millionen Katholiken, Sozialdemokraten und Kommunisten geteilt wurden, konnten nicht einfach über Nacht ausgeradiert werden. Selbst unter den Millionen, die 1932 und 1933 für Hitler gestimmt hatten, waren viele, wenn nicht eine Mehrheit, die nicht pauschal für die nationalsozialistische Weltanschauung gestimmt hatten. Viele Wähler der bürgerlichen Schicht hatten der NSDAP nicht zuletzt deshalb ihre Stimme gegeben, weil die NSDAP in den Wahlkämpfen der frühen dreissiger Jahre bewusst allgemein geblieben war und sich nicht konkret dazu geäußert hatte, was ihre Führer tun würden, wenn sie erst einmal an der Macht waren. Viele Stimmen für die NSDAP 1932 waren vor allem Stimmen von Protestwählern, die eher gegen die anderen Parteien, aber nicht unbedingt für die NSDAP waren. Bei all seiner Dynamik, Professionalität und seinem totalitären Anspruch konnte Goebbels' Propagandaapparat die Menschen nicht dazu bringen, ihre ihnen lieb und wichtig gewordenen Werte und Überzeugungen in der schönen neuen Welt von Hitlers Drittem Reich aufzugeben. Ausserdem fanden viele Menschen sehr bald die ständigen Forderungen des Regimes nach einer Zustimmung der Bevölkerung zu seiner Politik und seinen Führern ermüdend. «Die grosse Betriebsamkeit auf kulturpolitischem Gebiete», meldete die Gestapo im

Regierungsbezirk Potsdam bereits im August 1934, «wird teilweise als lästiger Zwang empfunden und daher abgelehnt oder sabotiert.» Kulturelle Initiativen der ansässigen Bevölkerung seien durch die Schaffung riesiger Massenorganisationen im Zuge der «Gleichschaltung» erstickt worden. Die Einführung des Führerprinzips in allen Bereichen mache die Sache nur schlimmer. «Es wird schematisiert, und daher geschieht nichts zum Erfolg, der stets ein individueller ist.»²⁵⁴

Die massenhafte Zustimmung, die das Regime bei solchen Anlässen wie «Führers» Geburtstag, Volksabstimmungen und Wahlen, den Feiern zum 1. Mai und anderen Festen forderte, wurde ebenso sehr aus Furcht wie aus Begeisterung erteilt, und die Menschen wurden mit der Zeit der ständigen Versammlungen und Kundgebungen, zu denen sie gehen sollten, müde, berichtete die Gestapo im Regierungsbezirk Potsdam zwei Monate später, im Oktober 1934.²⁵⁵ Im Rundfunk und im Film, in der Literatur und in den Künsten erreichte Goebbels mit all seinen Bemühungen, die Propaganda interessant zu machen, am Ende nur, dass die Menschen der Propaganda überdrüssig wurden, weil individuelle Kreativität unterdrückt, die Vielfalt des kulturellen Lebens drastisch durch die Zensur eingeschränkt und die Monotonie des nationalsozialistischen Kulturangebots sehr bald langweilig wurde. Selbst die Nürnberger Reichsparteitage verloren viel von ihrer Kraft, die Menschen zu begeistern, trotz der Tatsache, dass diejenigen, die daran teilnahmen, per se die fanatischsten und enthusiastischsten Anhänger Hitlers waren. 1937 schickten deutsche Sozialdemokraten der in Prag im Exil leben Parteiführung den folgenden Bericht, der nur ein bisschen übertrieben optimistisch gefärbt war:

«In den ersten zwei, drei Jahren sah man die Nazi in Hochstimmung, die Bevölkerung horchte noch auf die Botschaften des Führers, die ja gewöhnlich Überraschungen brachten. Wenn die Gliederungen der Partei zu den Bahnhöfen marschierten, sah man in den Strassen nicht selten Gruppen von Frauen und Männern, hauptsächlich aber Jugendliche, die den Soldaten der Partei begeistert zujubelten. Alles das ist vorbei. Die grösste Machtentfaltung wird auf die Dauer langweilig, die abgedroschenen Reden sind zum Überdruß bekannt. Die ehemaligen Wähler Hitlers sehen in der

Partei nicht mehr die erlösende Kraft, sondern den alles bedrückenden Machtapparat einer rücksichtslosen, zu allem fähigen Organisation. Früher brüllten aus allen Fenstern die Lautsprecher, diesmal hörte man selten einen die Reden der Parteiführer wiedergeben. Die nach Nürnberg kommandierten Abteilungen der Nazi liess man schweigend vorübermarschieren. Hier und da ein Heilruf eines Untertanen, der schüchtern abklang, weil niemand mit einstimmte. Für die Bevölkerung ist dieser Propagandarummel so wie alle anderen nur eine Geldschneiderei, für die sie aufzukommen hat, aber ja nicht mehr. Immer dasselbe Bild. Militär, marschierende Kolonnen und Fahnengruppen. Mal weniger, mal mehr, man schaut und geht seiner Wege.»²⁵⁶

Goebbels war somit anscheinend weitgehend gescheitert in seinem Ziel, eine echte, langfristige geistige Mobilisierung des deutschen Volkes zu bewerkstelligen. Erreicht hatte er – eine Minderheit fanatischer Parteiaktivisten ausgenommen – jene Art eines dumpfen Konformismus, den er 1933 so unbefriedigend gefunden hatte.²⁵⁷

Die nationalsozialistische Propaganda war an den Stellen besonders wirksam, wo sie die Schnittmenge zwischen der NS-Ideologie und anderen Ideologien traf. Diese war bei den einzelnen Gruppen und Bereichen unterschiedlich gross. In den konservativen, nationalistischen Oberschichten war sie so beträchtlich, dass Männer wie Vizekanzler Franz von Papen, Reichswehrminister Werner von Blomberg, Reichsjustizminister Franz Gürtner oder Reichsfinanzminister Lutz Schwerin von Krosigk 1933 bereitwillig eine Koalition mit der NSDAP eingingen, in der sie während der Wechselfälle der folgenden Jahre blieben. Einige von ihnen wie Papen erkannten mit der Zeit, dass die Unterschiede zwischen ihren eigenen Überzeugungen und denen der Nationalsozialisten grösser waren, als sie zunächst geglaubt hatten; andere, wie Gürtner, modifizierten ihre Ansichten im Lauf der Zeit unter der Einwirkung der Propaganda und dem Druck der Ereignisse, so dass die Übereinstimmungen grösser wurden. Im deutschen Bürgertum traf die propagandistische Offensive der NSDAP gegen «Marxismus» und Kommunismus verbreitet auf Zustimmung, da hier auch eine starke Ablehnung der revolutionären Rhetorik der kommunistischen Wortführer von einem «Räted Deutschland» und dem Festhalten der Sozialdemo-

kraten an marxistischen Theorien eines unvermeidlichen Sturzes der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durch den Sozialismus bestand. Weitaus verbreiteter waren die nationalistischen Ressentiments wegen des Versailler Friedensvertrags, ein Glaube an die Notwendigkeit, Deutschland nach den tiefen und zerstörerischen Spaltungen der Weimarer Jahre durch die Wiederbelebung des «Geistes von 1914» zu einigen, und eine Sehnsucht nach einem starken Führer in der Tradition Bismarcks. Desgleichen hatte sich der Antisemitismus in der Weimarer Kultur ausgebreitet, wenn er auch bei der organisierten Arbeiterschicht kaum Resonanz fand; der Glaube an die Rückständigkeit der Slawen wurde von fast allen, die politisch rechts der Kommunisten standen, geteilt, und praktisch alle teilten die Meinung von der Minderwertigkeit der schwarzafrikanischen Völker.

In allen diesen Bereichen konnte die Propaganda der NSDAP auf bereits bestehenden Überzeugungen und Wertvorstellungen aufbauen und einen neuen Konsens schaffen, dem vermutlich eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung anhing, auch wenn seine einzelnen Elemente wohl in keinem Fall allgemein akzeptiert wurden. Ausserdem konnte die nationalsozialistische Interpretation bestimmter Ereignisse die Menschen zumeist dann überzeugen, wenn sie sich deren Ängste und Vorurteile zunutze machte. Oberflächlich betrachtet war beispielsweise die Erklärung des Regimes für den Reichstagsbrand 1933 nicht sehr plausibel und wurde durch den anschliessenden Prozess sogar öffentlich in Zweifel gezogen. Doch Menschen, die bereits von Kommunistenfurcht erfüllt waren, konnten leicht davon überzeugt werden, dass van der Lubbe, den man auf frischer Tat ertappt hatte, als Werkzeug einer revolutionären Verschwörung gehandelt hatte. Desgleichen waren die von Hitler und Göring befohlenen Morde in der «Nacht der langen Messer» eklatante Gesetzesbrüche; doch die deutsche Tradition, das Gesetz als eine Schöpfung des Staates zu sehen, und die verbreitete Furcht vor einer weiteren revolutionären Gewalt von der Art, wie man sie von der SA bereits gewöhnt war, überzeugten die meisten Deutschen von der Legitimität der Handlungen Hitlers. Überhaupt gelang es dem Regime in erstaunlich kurzer Zeit, Hitler in den Rang einer fast mythischen Unangreifbarkeit zu erheben, jede Kritik und Unzufriedenheit auf seine Untergebenen abzulenken und auf ihn unrealistische Hoffnungen

und Wünsche der verschiedensten Art zu projizieren. Hitler wurde der «Führer», der über der Partei und fast über der Politik stand. Für die grosse Mehrheit der Deutschen einschliesslich Millionen der im Übrigen widerstrebendsten Gemeinschaften der Katholiken und der Arbeiter war Hitler der «Führer», der kein Unrecht begehen konnte.²⁵⁸

Wo die NS-Propaganda jedoch gegen tief eingewurzelte Haltungen ankämpfte, war es weitaus schwieriger, eine Wirkung zu erzielen. Dementsprechend war sie besonders erfolgreich bei Menschen, deren Meinungen nicht sehr gefestigt waren, also vor allem den Angehörigen der jüngeren Altersklassen. Ansonsten mochten die Propagandisten behaupten was sie wollten, die Menschen hatten eine klare Vorstellung von den wirtschaftlichen und sozialen Realitäten, in denen sie lebten. Sie mussten nicht lange überlegen, um die Behauptungen des Reichspropagandaministeriums unglaubwürdig zu finden. Die Verkündung der Abschaffung der Klassenunterschiede, die Schaffung einer einigen Volksgemeinschaft oder die an ein Wunder grenzende Erholung der Wirtschaft bedeutete ihnen wenig, wenn ihre persönliche Lage sich gegenüber den katastrophalen Verhältnissen zu Beginn der dreissiger Jahre kaum verbessert hatte. Wie weit die Propaganda eine Wirkung erzielen konnte, hing mit anderen Worten davon ab, ob ihre Behauptungen wenigstens einen gewissen Bezug zur Wahrheit hatten, wenn es um spezielle Fragen ging wie die Wirtschaft oder den Platz Deutschlands in der Welt. Erfolge bedeuteten eine Unterstützung für das Regime und einen Glauben an seine Ziele, Misserfolge hatten Zweifel am Wahrheitsgehalt seiner Behauptungen und Misstrauen gegenüber seinen politischen Massnahmen zur Folge.²⁵⁹ Doch die Nationalsozialisten erklärten, die Zeit arbeite für sie. Die Durchdringung des Denkens und Handelns aller Deutschen beruhte nicht einfach auf der Dynamik und der gekonnten Machart der Propaganda in der Gegenwart. Auf längere Sicht würde die Umgestaltung des Bildungswesens eine neue Generation von jungen Deutschen hervorbringen, die keine anderen Werte als die des Nationalsozialismus kennen würde. Aber es gab natürlich einen Bereich, in dem solche Werte selbst dann noch überdauerten, als der Marxismus, Sozialismus und alle anderen politischen und sozialen Glaubensbekenntnisse hinweggefegt worden waren: die Religion. Aus Gründen der politischen Zweckmässig-

keit und der Vorsicht hatte das Regime es 1933 noch unterlassen, die Kirchen und ihre säkularen Institutionen anzugreifen. Mit wachsendem Selbstbewusstsein richtete es jedoch seine Aufmerksamkeit auch auf die christlichen Religionen und suchte nach Mitteln und Wegen, sie entweder so umzuformen, dass sie dem neuen Deutschland gemässer sein würden, oder sie andernfalls ganz zu beseitigen.

3. KAPITEL

Bekehrung der Seele

Glaubensfragen

Den Nationalsozialisten war die konfessionelle Spaltung in Deutschland ein Greuel, und in einer offensichtlichen Parallele zu ihrer Politik der Gleichschaltung in weltlichen Bereichen der Politik, Kultur und Gesellschaft wollten viele von ihnen eine einzige nationale Religion mit einer einzigen nationalen Kirche. Die Spaltung hatte sich nach ihrer Vorstellung im Verlauf der erbitterten Konflikte während der Weimarer Republik um Fragen wie Bildung, Sozialhilfe, Mischehen und lokale Prozessionen vertieft und dadurch den nationalen Willen untergraben.¹ Die deutsche evangelische Kirche erschien den Nationalsozialisten als ein nahezu ideales Vehikel für eine religiöse Einigung des deutschen Volkes. Nachdem sich Lutheraner und Calvinisten zu Beginn des 19. Jahrhunderts vereinigt hatten, schuldete die evangelische Kirche im Unterschied zu ihrer katholischen Schwester keiner weltweiten Instanz oder Institution wie dem Papsttum ausserhalb Deutschlands Loyalität. Sie war seit Langem politisch extrem konservativ. In den Tagen des Kaiserreichs war sie praktisch ein verlängerter Arm des Staates; der König von Preussen, zugleich deutscher Kaiser, war das Oberhaupt der evangelischen Kirche in Preussen und machte kein Geheimnis daraus, dass er von ihr Loyalität gegenüber den bestehenden Institutionen erwartete. Deutsche Nationalisten sahen im Deutschen Reich einen protestantischen Staat, eine Überzeugung, die im Lauf der Jahrzehnte in verschiedener Weise ihren Ausdruck fand, von der Verfolgung der Katholiken durch Bismarck in den Jahren nach 1870 bis zur verbreiteten und gelegentlich mörderischen Feindseligkeit deutscher Soldaten gegenüber katholischen Priestern während der Invasion Belgiens und Frankreichs 1914. Die protestantische Geistlichkeit in Deutschland hatte den Ersten Weltkrieg als einen religiösen Kreuzzug gegen die katholischen Franzosen und Belgier und die orthodoxen Russen dargestellt, und es stand ausser Frage, dass Nationalismus und Protestantismus für viele in-

zwischen zwei Seiten derselben ideologischen Medaille geworden waren.²

Ein bezeichnendes persönliches Beispiel für die Vermischung von Patriotismus, Militarismus und Religiosität in der historischen Hauptströmung des deutschen Protestantismus lieferte der Berliner Pastor Martin Niemöller, 1892 geboren und seinerseits Sohn eines lutherischen Pfarrers, der allerdings als Calvinist getauft worden war. Niemöller wurde Kadett in der deutschen Marine, diente während des Ersten Weltkriegs als Offizier und übernahm im Juni 1918 das selbständige Kommando über ein U-Boot. Seine Kriegserinnerungen waren kein literarisches Meisterwerk, aber aus ihnen sprach ein draufgängerischer Geist ähnlich dem in Ernst Jüngers Roman *In Stahlgewittern*, der sich in der Freude über jedes versenkte feindliche Handelsschiff äusserte. Während sein Boot Ende November 1918 in Kiel im Dock lag und die Mannschaften für immer nach Hause geschickt worden waren, kam er sich, wie er schrieb, «gleich in den ersten Tagen wie ein Fremder vor». «Und nirgends sah man damals einen Kristallisationspunkt, wo sich national denkende Männer fanden... Nur eins war mir damals im ersten Augenblick deutlich, dass mich von dieser ‚Revolution‘ und ihren offenen und versteckten Drahtziehern eine Welt schied und in alle Zukunft scheiden würde.»³ Einige Wochen Arbeit auf einem Bauernhof überzeugten ihn, dass er etwas unternehmen müsse, um sein Volk vor der geistigen Katastrophe zu retten, der es in seinen Augen hilflos ausgeliefert war, und er begann eine Ausbildung zum Pfarrer in Westfalen. Er beteiligte sich an der Gründung einer deutschnationalen Studentengruppe, nahm am fruchtlosen Kapp-Putsch im März 1920 teil, mit dem versucht wurde, die Republik zu Fall zu bringen, und stellte mit Gesinnungsgenossen ein Freikorpsregiment aus rund 750 Studenten auf, um gegen die Rote Armee zu kämpfen, die in der Gegend um Münster von linken Gruppen gebildet worden war. Später gehörte er einer weiteren rechtsextremen paramilitärischen Gruppe, der Organisation Escherich an. 1923 trugen Niemöller und seine Brüder den Sarg des nationalistischen Saboteurs Leo Schlageter, der während der Besetzung des Ruhrgebiets in Düsseldorf von französischen Truppen erschossen worden war.⁴

An Niemöllers Gegnerschaft zur Weimarer Republik sowie seiner Ablehnung des Versailler Friedensvertrages konnte kein Zweifel bestehen.

Doch seine Vorstellung von einer nationalen Erneuerung war spirituell und nicht politisch. Nachdem er bei der vom Staat bezahlten Technischen Not- hilfe für sechs Wochen eine Stelle als Rottenarbeiter gefunden hatte, um seine Familie während der Inflation am Leben halten zu können, ging er zur Inneren Mission, wo er viel über die sozialen Probleme Deutschlands erfuhr, wertvolle Erfahrungen in der Verwaltung sammelte und ein Netz von Kontakten innerhalb der protestantischen Gemeinde in Deutschland aufbaute. 1931 wurde er dritter Pfarrer des Berliner Nobelvororts Dahlem. Bezeichnenderweise engagierte er sich ebenso für Bedienstete wie für begüterte und kultivierte Familien, die in den grossen und eleganten Häusern wohnten. Überzeugte nationalistische, aber volksnahe Pfarrer wie Niemöl- ler waren besonders empfänglich für die Faszination der Nationalsozialis- ten, und im März 1933 stimmte Niemöller für Hitler. 1931 hatte er bereits eine Rundfunksendung gemacht, in der er die Notwendigkeit eines neuen nationalen Führers hervorhob, und 1933 glaubte er, endlich sei dieser auf- getreten, in der Gestalt Adolf Hitlers. Seine Predigten in jener Zeit griffen die Forderung der Nationalsozialisten nach einem einheitlichen, positiven Christentum auf, das die religiösen Spaltungen überwinden würde, von denen Deutschland so viele Jahre heimgesucht worden war. Und er stiess in dasselbe Horn wie die Nationalsozialisten, als er behauptete, die Juden in der Weimarer Republik hätten einen zu grossen Einfluss. 1935 predigte er über die verderbliche Macht der Juden in der Weltgeschichte, die Folge des Fluchs, wie er glaubte, der seit der Kreuzigung Christi auf ihnen las- tete.⁵

Für nationalistische Protestanten wie Niemöller war der Feind der Mar- xismus in seiner kommunistischen wie in seiner sozialdemokratischen Spielart. Seine atheistischen Lehren hätten die Arbeiterklasse schon in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts von ihrem christlichen Glauben abgebracht.⁶ Viele Protestanten, auch ranghohe Persönlichkeiten wie der lutherische Bischof Theophil Wurm, sahen in der Ankunft des Dritten Rei- ches eine Chance, diese Entwicklung endlich rückgängig zu machen, zu- mal Punkt 24 im NSDAP-Programm erklärte, die Partei nehme «den Standpunkt eines positives Christentums» ein und bekämpfe «den jüdisch- materialistischen Geist». In den ersten Monaten des Dritten Reiches ver-

anstellten begeisterte protestantische Pastoren sogar eine Reihe spektakulärer Massentaufen von Kindern, die während der Weimarer Jahre ungetauft geblieben waren, und nahmen massenhafte Trauungen von SA-Männern mit ihren Bräuten vor, die unter der Republik nur eine standesamtliche Ehe geschlossen hatten.⁷ Die protestantische Kirche, die etwa 40 Millionen Gläubige zählte, was rund zwei Dritteln der gesamten deutschen Bevölkerung entsprach, stellte auch in allen sozialen Gruppen das breiteste und tiefste Unterstützungsreservoir für die NSDAP bei deren Wahltriumphen zu Beginn der dreissiger Jahre. Eine beträchtliche Zahl von NSDAP-Wählern waren ehemalige Anhänger der typischen protestantischen Partei, der Deutschnationalen Volkspartei. Das machten die Nationalsozialisten sich zunutze. 1933 organisierten sie umfangreiche Feiern zum 450. Geburtstag Martin Luthers und steuerten die Erinnerung an ihn so, dass er schliesslich geradezu als Vorläufer der Nationalsozialisten gesehen werden musste.⁸ Veranstaltungen, die eine Restauration vorspiegeln sollten, wie «der Tag von Potsdam» im März 1933, der bewusst in der Garnisonkirche begangen wurde, um die Symbiose der protestantischen Religion und der preussischen Tradition zu unterstreichen, übten auf viele Protestanten eine starke Wirkung aus.⁹

Vor diesem Hintergrund und zumal angesichts der langen Geschichte staatlicher Kontrolle über die Kirchen war es nicht überraschend, dass es ernsthafte Versuche gab, die deutsche evangelische Kirche 1933 in das nationalsozialistische System zu integrieren. Hitler hatte anscheinend die Ambition, sie zu einer neuen Art Nationalkirche zu machen, welche die neue «Rassenlehre» sowie die nationalistischen Anschauungen des Regimes verkünden und schliesslich auch die Masse der Katholiken für die nationalsozialistische Sache gewinnen würde.¹⁰ Die Schlüsselrolle sollte dabei den «Deutschen Christen» zufallen, einer Interessengruppe, die von NSDAP-Anhängern im Mai 1932 innerhalb der Geistlichkeit gegründet worden war. Sie waren alles andere als eine unbedeutende Minderheit. Um die Mitte der dreissiger Jahre zählte diese Gruppe 600'000 Mitglieder der evangelischen Kirche. Schon im November 1932 errangen sie bei den preussischen Kirchenwahlen ein Drittel der Sitze. Damit hatten sie gute Aussichten, die ganze Kirche zu übernehmen, eine Absicht, die sie Anfang April auf einer Massenveranstaltung in Berlin bekanntgaben. So wie die

Regierung den föderalen Aufbau Deutschlands zentralisierte, indem sie die einzelnen Bundesstaaten «gleichschaltete», so drängten die Deutschen Christen jetzt auf die Abschaffung der 28 autonomen Landeskirchen und ihre Ersetzung durch eine zentralisierte «Reichskirche» unter der Kontrolle der NSDAP. Mit Hitlers öffentlicher Unterstützung wurde diese Kirche entsprechend ins Leben gerufen, der Mehrheitskandidat für das Amt des Reichsbischofs, Fritz von Bodelschwingh, wurde nach wenigen Wochen gestürzt, und Ludwig Müller, ein Kandidat der NSDAP, folgte ihm ins Amt. Unterstützt von einer massiven Propagandakampagne von Goebbels' Reichspropagandaministerium und der Presse, errangen die Deutschen Christen bei den Kirchenwahlen vom 23. Juli 1933 einen Erdrutschsieg.¹¹

Diese Schritte brachten Protestanten in eine vorherrschende Position, die sich bereits deutlich vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten gegen die «Judenmission in Deutschland» gestellt, «den Geist eines christlichen Weltbürgertum» abgelehnt und gefordert hatten, «der Rassenmischung entgegenzutreten». Sie sahen ihre Aufgabe darin, «sich zu einem bejahenden, artgemässen Christus-Glauben» zu bekennen.¹² Solche Ansichten fanden bei den evangelischen Geistlichen und Theologen weithin Zustimmung. Bereits im April 1933 gab die bayerische protestantische Kirche Anweisung, am «Geburtstag des Führers» an allen Häusern die Hakenkreuzfahne auszuhängen. Bis zum Sommer hatten sich die evangelischen Kirchengemeinden daran gewöhnt, ihre Pastoren von den Deutschen Christen auf der Kanzel in SA- oder SS-Uniform statt in ihren Talaren zu sehen oder zu erleben, dass spezielle Andachten abgehalten wurden, um Fahnen und andere Embleme der SA zu weihen, deren uniformierte Anwesenheit bei Gottesdiensten jetzt den Beratungen der evangelischen Kirche auf allen Ebenen ein nicht zu übersehendes Element der Einschüchterung hinzufügten. Trotz alledem waren die Deutschen Christen keineswegs Opportunisten, die von Furcht geleitet waren; sie repräsentierten im Gegenteil in extremer Form den Höhepunkt einer langjährigen Identifikation des deutschen Protestantismus mit dem deutschen Nationalismus. Sie machten sich mit Begeisterung daran, Hakenkreuzfahnen in ihren Kirchen aufzuhängen, neue Kirchenglocken mit dem Hakenkreuz zu versehen und

Rituale und Zeremonien zu entwerfen, um die Symbiose des protestantischen Glaubens und des Dritten Reiches zu feiern.¹³

Die Gleichschaltung der protestantischen Kirche wurde unter anderem durch die Ernennung des Landgerichtsrats August Jäger zum Staatskommissar für die evangelischen Kirchen in Preussen vorangetrieben. Jäger erklärte, Hitler habe das Werk Luthers «in Blut und Boden zu vollenden angefangen», und Luther und Hitler seien «Zusammenspieler für das Heil des deutschen Volkes». Das Erscheinen Jesu sei «in seiner letzten Gestalt ein Aufflammen nordischer Art inmitten einer von Zersetzungsercheinungen gequälten Welt». ¹⁴ In Übereinstimmung mit dem «Führerprinzip» löste Jäger alle gewählten kirchlichen Vertretungen in den preussischen Kirchen auf und ersetzte viele Funktionsträger durch eigene Bevollmächtigte, die alle Deutsche Christen waren. Inzwischen hatte Reichsbischof Ludwig Müller das Gebäude des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes von SA-Männern besetzen lassen und die Führung sich selbst übertragen. Bis zum September wurde innerhalb der Reichskirche zunehmend Druck ausgeübt, alle Juden aus Kirchenämtern zu entlassen.¹⁵ Dieser Druck kam zu einem Grossteil von einfachen Pastoren. In vorderster Front standen hier junge Pastoren aus der unteren Mittelschicht oder aus nichtakademischen Familien, Männer, die durch den Krieg häufig für ihr ganzes Leben gezeichnet waren, sowie «rassebewusste» Pastoren aus den deutschen Ostgebieten, für die der Protestantismus die deutsche Kultur repräsentierte gegenüber dem Katholizismus der Polen oder dem orthodoxen Bekenntnis der Russen. Solche Männer wollten eine militante Kirche auf der Grundlage einer heroischen Verbreitung des Evangeliums, eine kämpferische Kirche, deren Mitglieder Soldaten für Christus und das Vaterland waren, zäh, hart und unversöhnlich. Eine solche Art des «Muskelchristentums» sprach vor allem junge Männer an, die eine «Verweiblichung» der Kirche durch ihre Arbeit in der Wohlfahrtspflege, der Fürsorge und durch Akte christlicher Nächstenliebe befürchteten. Der traditionellen pietistischen Betonung der Sünde und Reue, die mit Bildern des Leidens Christi und seiner Verklärung verbunden waren, standen solche Männer ablehnend gegenüber. Sie wollten stattdessen ein Bild Christi, das ein heroisches Beispiel für deutsche Männer in der Welt des Hier und Jetzt geben würde. Für

sie hielt Hitler die Fahne eines nationalen Erlösers in Händen, der die Rechristianisierung der Gesellschaft im Verein mit ihrer nationalen Wiedergeburt bewerkstelligen würde.¹⁶

II

Am 13. November 1933 versammelten sich 20'000 Deutsche Christen zum Zeichen ihres Triumphs innerhalb der protestantischen Kirche im Berliner Sportpalast und forderten die Absetzung aller Pastoren, die sich noch nicht für das neue Regime ausgesprochen hätten. Auf derselben Versammlung forderte der neue Leiter des Gaus Berlin, Reinhold Krause, die «Befreiung vom Alten Testament mit seiner jüdischen Lohnmoral», die «Säuberung» des Neuen Testaments mit dem «grundsätzlichen Verzicht auf die ganze Sündenbock- und Minderwertigkeitstheologie des Rabbiners Paulus» und erklärte, der Geist Christi sei eng mit dem nordischen Geist verwandt. Auch das Kreuz sei ein jüdisches Symbol und im neuen Reich nicht akzeptabel.¹⁷ Doch seine Rede weckte Widerspruch. Trotz ihrer politisch konservativen Einstellung war eine beträchtliche Zahl der protestantischen Geistlichen überzeugt, dass Religion und nicht «Rasse» das entscheidende Kriterium für eine Mitgliedschaft in der Kirche sein sollte. Sie waren nicht einverstanden mit der staatsstreichartigen Gleichschaltung der Kirche und ihrem damit verbundenen Verlust an Autonomie. Der 27jährige Berliner Theologe Dietrich Bonhoeffer sprach sich im April 1933 für die Gleichberechtigung der «Judenchristen» aus und war daran beteiligt, die erfolglose Opposition gegen die Deutschen Christen bei den Kirchenwahlen zu organisieren. Oppositionelle Pastoren begannen sich bald in Gruppen und dann in regionalen Synoden zusammenzuschliessen. Zu ihnen gehörte auch Martin Niemöller, der bei all seiner Sympathie für das Regime inzwischen zu der Meinung gelangt war, dass die Politisierung der Kirche eine Bedrohung seiner traditionalistischen Vorstellung von einem protestantischen Christentum darstellte. Im September 1933 gründete er den Pfarrernotbund. Unter der Führung von Niemöller und Bonhoeffer gewann der Pfarrernotbund bis Ende 1933 6'000 Anhänger unter den protestanti-

schen Pastoren. Autonome Landeskirchen bildeten sich im Zug der Proteste neu in einer Reaktion auf die Zentralisierung der Kirche durch die Deutschen Christen.¹⁸

Der Oppositionsbewegung gehörten vor allem Pastoren aus dem Bildungsbürgertum an. Ein Viertel der Kerngruppe aus Berliner Gemeindepfarrern, die sich der Bewegung anschlossen, waren die Söhne von protestantischen Theologen oder Pastoren; für sie hatte die Erfahrung des Kriegs in der Mehrzahl keine tiefgreifende Veränderung des Weltbilds bewirkt, und obwohl sie auch Nationalisten waren, stand die Religion bei ihnen doch an erster Stelle. Nur 5 Prozent von ihnen waren Mitglieder in der Partei gegenüber 40 Prozent unter den Pastoren der Deutschen Christen in Berlin. Viele der Rebellen kamen aus den mitteldeutschen preussischen Ländern, weit entfernt von Deutschlands umstrittenen Ostgebieten. Sie lehnten die unbiblischen theologischen Neuerungen der Deutschen Christen ab und gründeten ihre Bewegung vor allem auf jene, die sich mit dem intensiven Studium der Bibel befassten. In diesen Kreisen waren die Frauen in der Mehrheit, im Gegensatz zu der von Männern beherrschten Bewegung der Deutschen Christen. Die Grundüberzeugungen der Rebellen waren geprägt von einer Frömmigkeit, die sich zunehmend in Richtung auf einen biblischen Fundamentalismus zubewegte, ein Aspekt, der die wenigen Pastoren abschreckte, die früher Liberale oder Sozialdemokraten gewesen waren und sich deshalb von den Bewegungen fernhielten.¹⁹

Reichsbischof Müller versuchte, den Rebellen mit einem Maulkorbberlass das Wasser abzugraben, mit dem er jede Stellungnahme für oder gegen die Deutschen Christen verbot, einige der Dissidenten mit Disziplinarstrafen belegte und gemeinsam mit Baldur von Schirach die evangelischen Jugendbünde mit 1,2 Millionen Mitgliedern in der Hitlerjugend aufgehen liess. Gleichzeitig trat er demonstrativ aus der Bewegung der Deutschen Christen aus, um seine Unparteilichkeit unter Beweis zu stellen, doch das alles nützte nichts mehr. Die oppositionellen Pastoren ignorierten seine Weisungen und predigten von der Kanzel gegen ein «gleichgeschaltetes Christentum». Sie lehnten jetzt die Reichskirche überhaupt ab und gründeten eine Konkurrenzvereinigung, die «Bekennende Kirche», die auf einer Reichsbekennnissynode in Barmen im Mai 1934 eine hauptsächlich von dem Theologen Karl Barth entworfene Entschliessung («Barmer The-

ologische Erklärung») annahm, in der sie den «Arierparagrafen» ablehnte und ihren Glauben an die Bibel zum Ausdruck brachte. Barth, ein Schweizer Theologe, der in Bonn lehrte, wurde bald darauf gezwungen, Deutschland zu verlassen und in seine Heimat zurückzukehren, von wo aus seine Schriften, in denen er die Protestanten in Deutschland dazu aufrief, sich dem Totalitätsanspruch des Regimes zu widersetzen und zu einer reinen Religion auf der Grundlage der Bibel zurückzukehren, auch weiterhin einen starken Einfluss auf seine Anhänger ausübten.²⁰

Infolge dieser Ereignisse sah sich Reichsbischof Müller genötigt, Krause kurz nach der Sportpalast-Kundgebung zu entlassen und die Disziplinarverfahren einzustellen, mit denen er die Rebellen zur Raison bringen wollte, womit er die Bewegung der Deutschen Christen in ein Chaos stürzte und eine Periode innerer Auseinandersetzungen einleitete, die über ein Jahr lang anhielten. Nach wenigen Monaten war Müllers Position als Reichsbischof bedeutungslos geworden, da die oppositionellen Kirchenführer am 22. November 1934 eine Gegenregierung bildeten, die «Vorläufige Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche».²¹ Ein Prediger, der sich der Bekennenden Kirche angeschlossen hatte, verkündete laut einem Gestapobericht: «Die jetzt regierenden Männer reden nur von ihren eigenen Taten und ihrem eigenen Ich; von Gottesfurcht ist nie die Rede, daher werde das Dritte Reich auch nicht lange bestehen können.» Nach einem anderen Bericht hatte ein fränkischer Pastor in seiner Sonntagspredigt gesagt, «dass ein rechter Christ nicht gleichzeitig Nationalsozialist und ein rechter Nationalsozialist nicht gleichzeitig Christ sein kann». Insbesondere Martin Niemöller hielt eine Reihe von Predigten, in denen seine Ablehnung des Regimes unmissverständlich zum Ausdruck kam. Vor einer dichtgedrängten Gemeinde in Berlin-Dahlem, die an einem Sonntag mindestens 1'500 Gläubige zählte, nannte Niemöller öffentlich Goebbels, Rosenberg und Reichsjustizminister Gürtner als die Männer, die für die Inhaftierung widerspenstiger Pastoren verantwortlich seien; er verlas Listen mit den Namen von Pastoren, die man verhaftet oder am Reden gehindert hatte; am 30. Januar 1937, dem vierten Jahrestag der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, predigte er über einen Text, in dem die Kerkerhaft des Apostels Paulus geschildert wird, und er betete für die «Nichtarier», denen

man ihre Arbeitsstelle genommen hatte. Die Gestapo meldete in einem ihrer Berichte, dass 242 Kirchen im Regierungsbezirk Potsdam am 9. November, dem Jahrestag des Hitler-Putschs von 1923, nicht beflaggt gewesen seien.²² Politische Regime würden kommen und gehen, sagte ein Pastor, Gott aber bleibe ewig. Die Gestapo vermerkte, dass man im Publikum bei solchen Predigten häufig die verschiedensten Gegner des Nationalsozialismus beobachten könne, nicht nur «alte Offiziere, die sich nicht umstellen können», Grossgrundbesitzer und andere, sondern auch Freimaurer, «und sogar etliche frühere Kommunisten entdecken plötzlich ihr kirchliches Herz».²³ In Marburg machte damals das folgende kleine Lied die Runde:

«Einst waren wir Kommunisten
Stahlhelm und SPD
Heute sind wir Bekenntnischristen
Kämpfer gegen die NSDAP.»²⁴

Oppositionelle evangelische Christen sammelten sich zunehmend in der Bekennenden Kirche. Manche sahen darin eine echte Bedrohung des Regimes.²⁵

Doch die Bekennende Kirche war zu keiner Zeit ein allgemeines Sammelbecken der Opposition von der Art, wie die protestantische Kirche dies etwa in der DDR der späten achtziger Jahre darstellte. Hitler und die Führer der Partei hielten die Religion für zu brisant, um die Politik Müllers entschlossen zu unterstützen. Der Versuch Jägers beispielsweise, die lutherischen Bischöfe Wurm und Meiser aus ihren Ämtern zu entfernen, hatte zu öffentlichen Protestdemonstrationen geführt, an denen viele NSDAP-Mitglieder teilnahmen, und verprellte viele bisherige Anhänger der Partei unter der bäuerlichen Bevölkerung in Franken und Württemberg. Die Bischöfe wurden wieder in ihre Ämter eingesetzt.²⁶ Der NSDAP-Führung blieb somit nichts anderes übrig, als den Versuch der Deutschen Christen, die evangelische Kirche von innen heraus gleichzuschalten, als gescheitert anzusehen. Trotzdem erklärten noch immer viele Führer der Bekennenden Kirche ihre Loyalität gegenüber dem Dritten Reich und bestritten, sich in irgendeiner Weise politisch zu betätigen. Noch 1934, auf dem Höhepunkt des Konflikts, erklärte Dietrich Bonhoeffer, einer der radikaleren Denker der Bekennenden Kirche, «und Naive wie

Niemöller glauben immer noch, die wahren Nationalsozialisten zu sein». Seiner Einschätzung nach würden sich nur wenige Mitglieder der Kirche an einem breiteren Widerstand gegen den Nationalsozialismus beteiligen, der eines Tages notwendig werden würde.²⁷ Jedenfalls war die protestantische Kirche 1937 entweder tief gespalten zwischen den Deutschen Christen und der Bekennenden Kirche wie in Westfalen und im Rheinland oder wurde immer noch von den Deutschen Christen beherrscht wie in den meisten Teilen Norddeutschlands. Viele gewöhnliche Protestanten waren der bitteren inneren Zwistigkeiten überdrüssig und gaben ihr Engagement in der Kirche ganz auf; diese schweigende Mehrheit war gleichermassen gegen einen biblischen Fundamentalismus wie gegen ein gleichgeschaltetes Christentum.²⁸

Ausserdem bewirkte der wichtigste Grund für den Streit, die Forderung der Deutschen Christen, «rassisch» definierte «Nichtarier» aus der Kirche auszuschliessen, bei einigen Pastoren der Bekenntniskirche keine grundsätzliche Ablehnung des Antisemitismus, sondern brachte lediglich eine andere Variante davon zum Vorschein. Viele von ihnen glaubten, getaufte Juden seien per definitionem keine Juden mehr, kümmerten sich jedoch wenig um die nicht getauften Juden. Niemöller selbst erklärte 1935 öffentlich, die Juden seien auf ewig verflucht, weil sie die Kreuzigung Christi gefordert hätten. Doch auf der Basis dieses Arguments forderte er ein Ende ihrer Verfolgung im Dritten Reich: Wenn Gott sie verurteilt hatte, war es nicht Sache der Menschen, an ihnen ihren Hass auszulassen, und hatte im Übrigen nicht Jesus gesagt «Liebet eure Feinde»? Auf diese Weise bemühte sich Niemöller, die Argumente der Nationalsozialisten gegen sie selbst zu richten. Die Juden, erklärte er, seien zu stolz auf ihre «rassische» Identität als «der Same Abrahams», um das Evangelium Jesu anzunehmen; jetzt veranlasse der «Rassenstolz» die Deutschen, denselben Weg einzuschlagen, womit sich die Möglichkeit eröffne, dass auch sie auf alle Ewigkeit verflucht würden. Solche Argumente mögen für sich allein genommen in der Rückschau antisemitisch klingen, doch im Kontext jener Zeit hatten sie ganz andere praktische Konsequenzen.²⁹ Pastoren, die jüdische Kinder taufte oder über die Vorzüge des Alten Testaments predigten, wurden von Deutschen Christen als «Judenpastoren» geschmäht und waren das Hauptziel wiederholter Beschimpfungen und Beleidigungen ihrer Gegner. Der

Unterschied zwischen den Deutschen Christen und der Bekennenden Kirche war in den dreissiger Jahren mehr als deutlich.³⁰

Die Evangelische Kirche war als staatliche Institution verpflichtet, 1933 den «Arierparagraphen» zu übernehmen und die 18 Pastoren zu entlassen, die von ihm betroffen waren (elf weitere wurden davon befreit, weil sie Frontkämpfer des Weltkriegs waren). Seit Jahrzehnten hatte sie sich unter anderem der Aufgabe gewidmet, Juden zum Christentum zu bekehren, doch diese Bemühungen stiessen jetzt auf eine zunehmende Missbilligung in der Kirche. Die Bekennende Kirche war sogar zum Teil aus Protest gegen diese Massnahme entstanden, die bei manchen lokalen Pastoren auf scharfe Ablehnung stiess. Viele protestantische Laien waren auch bestürzt über den offenen «rassisch» begründeten Antisemitismus der Deutschen Christen. Der Schriftsteller, Dichter und Rundfunkjournalist Jochen Klepper, der mit einer Jüdin verheiratet war, beklagte bereits im März 1933 den Antisemitismus des Regimes. Die «nationale Revolution» erzeuge nichts weniger als eine «Pogromstimmung», notierte er in seinem Tagebuch. Für Klepper, einen gläubigen Protestanten, war der Antisemitismus alles andere als eine natürliche Begleiterscheinung des Christentums, sondern eine Leugnung seines biblischen Erbes: «Ich bin kein Antisemit», schrieb er, «weil kein Gläubiger es sein kann. Ich bin kein Philosemit, weil kein Gläubiger es kann – aber ich glaube an das Geheimnis Gottes, das er im Judentum beschlossen hat; und deshalb kann ich nur darunter leiden, dass die Kirche die gegenwärtigen Vorgänge duldet.»³¹

Doch politische Erwägungen bei denen, die die Verantwortung dafür trugen, sich den Deutschen Christen auf einer institutionellen Ebene zu widersetzen, rieten zur Vorsicht. Selbst Niemöller verlangte «Zurückhaltung» gegenüber «nichtarischen» Pastoren.³² Entsprechend einer allgemeinen Tendenz, jedem die Schuld zuzuschreiben ausser Hitler, verband ein anderer Pastor seine Kritik am Führerprinzip in der Kirche mit einer Erinnerung daran, dass Gott ihnen den «Führer» gegeben habe; nicht Hitler, sondern der Reichsbischof war für die Probleme verantwortlich.³³ Wenn ausserdem eine ländliche Kirchengemeinde in Scharen zur Bekennenden Kirche überlief, lag dies in der Regel daran, wie es in einem Lagebericht der Gestapo im Regierungsbezirk Potsdam hiess, dass «das Bauernvolk

scheinbar seine kirchlichen Feste in althergebrachter Form feiern [will]; sie sind ihm ein nicht wegzudenkender Bestandteil des ländlichen Brauchtums». Was für die ländlichen Regionen galt, konnte ebensogut für die schrumpfenden Gemeinden in den kleineren und grösseren Städten gelten, die seit Langem von den Angehörigen der Arbeiterschicht verlassen worden waren, in konservativen Handwerker-, bürgerlichen und adeligen Kreisen jedoch immer noch beliebt waren. In dem Gestapobericht folgte noch ein Kommentar, das Regime habe nicht genug getan, um einen solchen tief eingewurzelt Traditionalismus zu überwinden.³⁴ Die Frage war allerdings, was es tatsächlich noch hätte tun können. Der Versuch der Deutschen Christen, eine Synthese zwischen dem deutschen Protestantismus und dem NS-Regime zustande zu bringen, war praktisch gescheitert.³⁵

III

Inzwischen wurden führende Persönlichkeiten der Bekennenden Kirche wie Niemöller überwacht, und die amtlichen Schikanen gegen Pastoren der Bekennenden Kirche nahmen zu, vermehrt durch zum Teil gewaltsame Versuche Deutscher Christen, die bis 1945 ununterbrochen eine starke Anhängerschaft hatten, die Kontrolle über einzelne Kirchen zurückzugewinnen.³⁶ Der fehlgeschlagene Versuch des Regimes, die Deutsche Evangelische Kirche in die Knie zu zwingen, sollte nicht einfach so hingenommen werden. Hitler gab seinen Versuch, diese Kirche zur offiziellen Staatskirche des Dritten Reiches zu machen, widerstrebend auf. Stattdessen rief er ein neues Ministerium für die kirchlichen Angelegenheiten ins Leben, das im Juli 1935 unter dem 48jährigen Hanns Kerri seine Tätigkeit aufnahm. Kerri war seit 1925 NSDAP-Mitglied und preussischer Justizminister von 1933 bis zur Auflösung dieser Institution ein Jahr später. Das neue Reichsministerium erhielt weitreichende Befugnisse, von denen Kerri hemmungslos Gebrauch machte, um die widerspenstigen Pastoren Mores zu lehren.³⁷ Kerri ergriff massive repressive Massnahmen gegen die Bekennende Kirche, vor allem in Berlin-Brandenburg, wo die Regimekritiker besonders stark vertreten waren. Den Pastoren wurde das Predigen verboten, oder sie erhielten kein Gehalt mehr. Sie durften keinen Religi-

onsunterricht an Schulen mehr erteilen. Jeder Theologiestudent musste Mitglied in einer NS-Organisation sein. Eines der grössten evangelischen Verlagshäuser wurde beschlagnahmt und sein Vermögen eingezogen. In München musste wegen der städtischen Neugestaltung eine der grössten protestantischen Kirchen abgerissen werden. Niemöller wurde verhaftet, und Ende 1937 befanden sich über 700 protestantische Pastoren überall in Deutschland in Haft. Ihr Vergehen bestand darin, dass sie sich in ihren Predigten nicht an die Maulkorberlasse gehalten und trotz Verbot Spenden für die Bekennende Kirche gesammelt oder in sonst einer Weise gegen amtliche Verordnungen verstossen hatten. 1935 wurden im Regierungsbezirk Potsdam 102 Pastoren verhaftet, weil sie die Erklärungen der Synode der Bekennenden Kirche verlesen hatten, anschliessend jedoch wieder freigelassen. An manchen Orten wurden sie von triumphierenden Demonstrationen von Mitgliedern des ehemaligen Stahlhelms begrüsst, die sich für den Augenblick aus ihrer Zwangseingliederung in die SA gelöst hatten. «Alle Massnahmen gegen die Bekenntniskirche», musste die Gestapo eingestehen, «haben sich bisher als unzulänglich erwiesen und die Pfarrer nur noch unbotmässiger gemacht.»³⁸

Der Prozess gegen Niemöller war für das Regime ein Fiasko. Er wurde in allen Anklagepunkten freigesprochen. Eine Reihe von Zeugen trat auf, um seinen Patriotismus zu bezeugen, und Niemöller selbst sagte, er sei keineswegs ein politischer Gegner der Nationalsozialisten. Er sollte sofort aus der Haft entlassen werden. Als Niemöller jedoch am 2. März 1938 das Gefängnis als freier Mann verliess, wartete draussen schon die Gestapo auf ihn. Hitler hatte persönlich angeordnet, ihn erneut zu verhaften. Niemöller wurde in das Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht und dort in Einzelhaft genommen. Sein Angebot bei Kriegsbeginn im September 1939, wieder in die Marine einzutreten, wurde abgelehnt. Seine Rebellion, beteuerte er, sei rein religiös motiviert. Seine erneute Festnahme mit anschliessender Lagerhaft wurde jedoch in weiten Kreisen verurteilt. Man gedachte seiner täglich in Gebeten nicht nur innerhalb der Bekennenden Kirche, sondern auch in protestantischen Gemeinden in anderen Ländern, wo man in ihm einen Märtyrer für christliche Glaubenssätze sah. Dass Niemöller nach einem Freispruch des Gerichts sofort in ein Lager verschleppt

wurde, brachte das Regime aussenpolitisch in Schwierigkeiten. Um der weltweiten Kritik die Spitze zu nehmen, gab Hitler seinem Gefangenen einen Tag Urlaub, damit er seinen Vater, der im Sterben lag, besuchen konnte. Die Tatsache, dass Niemöller Hitlers persönlicher Gefangener war, schützte ihn zumindest vor den schlimmsten Brutalitäten des Lagerlebens. Er durfte gelegentliche Besuche seiner Frau empfangen, und als nach einem solchen Besuch sein schlechter Gesundheitszustand bekannt wurde, führten die anschliessenden öffentlichen Proteste zu einer Erhöhung der Lebensmittelrationen. Doch als Niemöllers Frau Hitler 1939 direkt um seine Freilassung bat, erwiderte dieser, im Fall einer Entlassung würde Niemöller nichts anderes tun, als eine Oppositionsgruppe um sich zu sammeln, die den Staat gefährden würde.³⁹

Niemöller war allerdings nicht geschützt vor den ganz gewöhnlichen Roheiten und Demütigungen durch die Lagerwachen der SS. Durch sein geduldiges Erleiden dieser Misshandlungen und seinen unerschütterlichen Glauben an Gott gewann er ein beträchtliches Mass an moralischer Autorität bei den übrigen Lagerhäftlingen, die er alle ohne Unterschied als Opfer eines bösen Regimes ansah. Während seiner Zeit im Lager, wo er Zeuge der Leiden der jüdischen Mithäftlinge wurde, revidierte er seine früheren antisemitischen Ansichten. Die Juden, sagte er gegenüber einem Mithäftling, sollten genau wie andere Deutsche behandelt werden, sein früheres Eintreten für eine Einschränkung ihrer bürgerlichen Rechte sei falsch gewesen. Obwohl die Lagerleitung Niemöller vergleichsweise leichte Arbeiten wie Holzhacken zuteilte, wurde er häufig unter den wichtigsten Vorwänden geschlagen. Als er einmal Ende der dreissiger Jahre aufgefordert wurde, seinen Namen zu nennen, erwiderte er, er sei Pastor Niemöller. Daraufhin wurde er von den Lagerwachen schwer misshandelt und musste sagen: «Ich bin das Schwein Niemöller.» Ein Mithäftling Niemöllers schilderte wenige Jahre später, wie zwei Lagerwachen Niemöller bei zahlreichen Gelegenheiten

«in ihre Mitte nahmen und ihm befahlen, auf einem Bein zu hüpfen, manchmal auch im Kriechen. Dabei schlugen sie auf ihn ein, damit er sich schneller bewegte. Eines Tages gebrauchte er anscheinend den Namen Gottes (obwohl ich es nicht genau hören konnte), denn eine der beiden Wachen brüllte, ,der Schweinehund ruft seinen

Drecks Gott an. Ich möchte mal sehen, ob der ihm hier heraushilft. Manchmal blieben der Kommandant oder andere SS-Führer stehen, um dem Spiel zuzusehen. Dann übertrafen die Wachen sich selber, da sie ein zustimmendes Lachen bekamen.»⁴⁰

1941, als es eine Zeitlang möglich schien, dass Niemöller sich zum Katholizismus bekehrte, liess Hitler ihn zusammen mit drei katholischen Priestern nach Dachau verlegen, wo er fast bis zum Kriegsende unter wesentlich besseren Bedingungen untergebracht war. Allerdings bestand keinerlei Aussicht auf Freilassung, zumal Niemöller schliesslich den Beschluss fasste, doch nicht zum Katholizismus überzutreten.⁴¹ In der Zwischenzeit hatten die Deutschen Christen in seiner Gemeinde in Berlin-Dahlem wieder die Oberhand gewonnen, da sein Rivale, Pastor Eberhard Röhrich, der früher im Schatten des charismatischen Niemöller gestanden hatte, nach dessen Inhaftierung seine Chance sah und die innerste Gruppe der Anhänger der Bekenntniskirche aus der Gemeinde vertrieb.⁴²

In einem späteren Rückblick auf seine Zeit als Lagerhäftling bedauerte Niemöller seine Zugeständnisse an das Regime und machte sich Vorwürfe, weil er nur rein religiöse Interessen verfolgt hatte. In einem Gedicht, das mehr als alles andere die Erinnerung an ihn in der Welt wachhalten sollte, schrieb er:

«Als die Nazis die Kommunisten holten,
habe ich geschwiegen;
Ich war ja kein Kommunist.
Als sie die Sozialdemokraten einsperrten,
habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Sozialdemokrat.
Als sie die Gewerkschafter holten,
habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Gewerkschafter.
Als sie die Juden holten,
habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Jude.
Als sie mich holten,
gab es keinen mehr,
der protestieren konnte.»⁴³

Trotz seiner überzeugenden Kraft, mit der dieses berühmte Gedicht einen Eindruck von Niemöllers nachträglichen Gewissensbissen vermittelt, verdeutlicht es gleichzeitig die fortbestehende Enge seiner konfessionellen Anschauungen und die ungebrochene Tiefe der damaligen konfessionellen Spaltung in Deutschland; denn es gab eine verfolgte Gruppe, über die er überhaupt nichts sagte: die Katholiken.⁴⁴

Katholiken und Heiden

Hitler bewunderte und fürchtete zugleich die katholische Kirche, die zum Zeitpunkt seiner Ernennung als Reichskanzler etwa 20 Millionen Mitglieder zählte, rund ein Drittel der Bevölkerung, die überwiegend in Süd- und Westdeutschland wohnten. Ebenso wie Bismarck vor ihm hielt er die Katholiken im Hinblick auf die nationale Sache für nicht besonders zuverlässig, da ihre Kirche als Organisation nicht dem deutschen Staat, sondern Rom verbunden war. Andere führende Nationalsozialisten, die aus einer katholischen Familie stammten wie Joseph Goebbels, hatten ebenfalls einen gewissen Respekt vor der mächtigen und komplexen Organisation der katholischen Kirche und ihrer Fähigkeit, die Gläubigen von der Richtigkeit ihres Glaubens zu überzeugen. Hitler bewunderte das Engagement, zu dem die Priester aufgrund des Zölibats befähigt waren, und die engen Verbindungen der Kirche zu den einfachen Menschen.⁴⁵ Himmels Stellvertreter Reinhard Heydrich reagierte auf seine streng katholische Erziehung mit einem Hass auf die Kirche, den man nur fanatisch nennen konnte. 1936 identifizierte Heydrich die Juden und die katholische Kirche, die vor allem durch politische Institutionen wie die Zentrumspartei ihren Einfluss geltend machte, als die beiden Hauptfeinde des Nationalsozialismus. Als ein internationales Organ wirke die katholische Kirche zwangsläufig zersetzend auf die «rassische» und geistige Integrität des deutschen Volkes.⁴⁶ Ausserdem wurden die Katholiken im Unterschied zu den Protestanten im Reichstag überwiegend von einer einzigen Partei repräsentiert, dem Zentrum, dessen Wähler im Gegensatz zu denen der meisten übrigen Parteien zu Beginn der dreissiger Jahre in der grossen Mehrzahl ihrer Partei treu geblieben und der Faszination des Nationalsozialismus nicht erlegen waren. Schuld daran waren in den Augen der Nationalsozialisten zum grössten Teil die Geistlichen, die vehement gegen die NSDAP gepredigt hatten, in vielen Fällen erklärten, dass Katholiken dieser Partei

nicht beitreten könnten, und die ihren Gemeindemitgliedern dringend empfohlen, auch weiterhin das Zentrum oder dessen bayerisches Pendant, die Bayerische Volkspartei, zu wählen.⁴⁷ Für viele, wenn nicht die meisten führenden Nationalsozialisten war es deshalb besonders wichtig, die katholische Kirche in Deutschland so schnell wie möglich unter die totale Kontrolle des Regimes zu bringen.

Die katholische Kirche hatte bereits im Frühjahr 1933 zugestimmt, die Zentrumsparterie aufzugeben, die sich zusammen mit anderen offensichtlich politischen Organisationen wie die katholischen Gewerkschaften selbst aufgelöst hatte, erwartete jedoch, dass die grosse Mehrzahl der übrigen katholischen Laienorganisationen ihre Unabhängigkeit auch zukünftig wahren durften. Diese Erwartung erschien vielen Katholiken durchaus berechtigt angesichts des formellen Reichskonkordats, das im Juli 1933 zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl geschlossen wurde. Es garantierte den Schutz der katholischen Laienorganisationen als Gegenleistung für die Verpflichtung der katholischen Kirche, sich jeder politischen Betätigung zu enthalten.⁴⁸ Die Bestimmungen des Konkordats über diesen Punkt waren allerdings äusserst vage, und im Sommer 1933 begann das Regime, das Vermögen von katholischen Laienorganisationen einzuziehen, und zwang sie zur Selbstauflösung, sofern sie es nicht freiwillig taten. Am 20. Juli wurde Zeitungen verboten, sich als «katholisch» zu bezeichnen (alle Zeitungen mussten «deutsch» sein), und am 19. September 1933 verbot die bayerische politische Polizei unter Heinrich Himmler «jedwede Betätigung katholischer Organisationen»; erlaubt waren nur noch «die unbedingt notwendigen Proben von Kirchenchören, sowie im mässigsten Umfange die Vorstandsitzungen von Vinzenziusvereinen zur Erledigung von Unterstützungsgesuchen». In tiefer Sorge trug Kardinal Bertram Papst Pius XI. am 4. Oktober die Probleme vor, die er angesichts der von den Nationalsozialisten angestrebten totalen Kontrolle über die Gesellschaft vorhersah: das Verbot katholischer Zeitschriften, die Eingriffe des Staats in die Hilfsorganisationen der Kirche und das Verbot oder die Gleichschaltung der katholischen Vereine. Eine weitere führende Persönlichkeit der Kirche, Kardinal Michael Faulhaber, wandte sich öffentlich gegen Angriffe auf «nichtarische» Katholiken, sagte jedoch nichts über die Massnahmen des Regimes gegen ungetaufte Juden. Im Vatikan beschwerte sich

Karte 6: Religionszugehörigkeit 1936 in den deutschen Ländern



Kardinal Pacelli, der ehemalige päpstliche Nuntius in Deutschland und jetzt Staatssekretär unter Papst Pius XI., beim Auswärtigen Amt und drohte einen Protestbrief zu veröffentlichen. Doch in der Praxis geschah nichts. Die katholische Hierarchie in Deutschland hielt es für effektiver, allgemeine Loyalitätserklärungen gegenüber dem Regime abzugeben in der Hoffnung, dadurch die antikatholischen Massnahmen aufhalten zu können. So erklärte Erzbischof Gröber in Freiburg öffentlich am 10. Oktober 1933, «dass ich mich restlos hinter die neue Regierung und das neue Reich stelle», und versuchte anschliessend unter Berufung auf seine öffentlich bekundete Loyalität die NS-Behörden in Baden dazu zu bewegen, ihre Angriffe gegen die Kirche einzustellen. Doch die Hierarchie konnte nicht allzu laut gegen die kirchenfeindlichen Aktionen protestieren, da sie damit auf das Feld der Politik geriet, von dem sie sich mit der Zustimmung zum Reichskonkordat selbst ausgeschlossen hatte.⁴⁹

Die Führung der NSDAP war sich durchaus im Klaren über das Risiko, das sie mit den Angriffen gegen althergebrachte Institutionen und Traditionen der katholischen Gemeinde in Deutschland einging, und beschloss, bedächtig vorzugehen. Selbst Himmler bestand in einer Anordnung vom 2. November 1933 darauf, dass keine Massnahmen gegen die Katholiken ohne seine Instruktionen durchgeführt werden dürften. Die Gestapo begann, katholische Aktivitäten bis hin zu Gottesdiensten zu überwachen, widmete ihre besondere Aufmerksamkeit Personen, die früher im Zentrum und der Bayerischen Volkspartei eine massgebliche Rolle gespielt hatten, und erstellten ausführliche Listen mit den Namen von Katholiken, von denen sie annahm, dass sie in Opposition zum Regime standen.⁵⁰ Führende Nationalsozialisten waren besonders besorgt über die anhaltende Weigerung katholischer Jugendorganisationen, sich freiwillig aufzulösen, was bedeutete, dass es der Hitlerjugend nicht gelang, in überwiegend katholischen Regionen Fuss zu fassen. Die Herrschaft über die jüngere Generation war von wesentlicher Bedeutung für den Aufbau der Zukunft. Am 15. März 1934 geisselte Baldur von Schirach, Jugendführer des Deutschen Reiches den spalterischen Einfluss der katholischen Jugendgruppen und forderte die Eltern mit Nachdruck auf, ihre Kinder zur Hitlerjugend zu bringen. Darüber hinaus spornte er Gruppen der HJ an, sich Kämpfe mit rivalisierenden katholischen Jugendgruppen zu liefern, womit er auf die

Taktik der Strassengewalt zurückgriff, die sich in der ersten Jahreshälfte 1933 in einem grösseren Massstab als so erfolgreich erwiesen hatte.⁵¹ Die Ermordung Erich Klauseners, des Generalsekretärs der «Katholischen Aktion», einer wichtigen Laienorganisation, durch die SS in der «Nacht der langen Messer» im Juni 1934 in seinem Berliner Büro sowie der Mordanschlag auf Adalbert Probst, den Leiter des katholisch geprägten Sportverbands «Deutsche Jugendkraft» (DJK), waren eine unmissverständliche Warnung. In München zählten zu den Erschossenen Fritz Gerlich, Herausgeber der katholischen Wochenschrift *Der gerade Weg* und allgemein bekannter Kritiker des Regimes. Es ging auch das Gerücht, der Name des ehemaligen Zentrumsführers und Reichskanzlers Heinrich Brüning habe auf der Todesliste gestanden, doch da er sich zufällig gerade in London befand, sei er den Mördern entkommen. Die Bedeutung dieser Vorgänge, die sich während persönlicher Verhandlungen zwischen Hitler und der katholischen Hierarchie über die Zukunft der katholischen Laienorganisationen ereigneten, konnte kaum klarer sein. Doch dieselbe Hierarchie legte gegen diese Morde keinen Protest ein. Stattdessen schloss sie sich mit der evangelischen Kirche in einem gemeinsamen Gefühl der Erleichterung über die Niederlage der angeblich unsittlichen Radikalen in der SA wie Röhm zusammen und gaben sich scheinbar mit der Erklärung zufrieden, die Ermordeten hätten Selbstmord begangen oder seien auf der Flucht erschossen worden.⁵²

II

Auf diese Ereignisse folgten innerhalb weniger Wochen der Tod Hindenburgs, der stark mit einem konservativen, protestantischen christlichen Glauben identifiziert wurde, und die Beendigung des nationalsozialistischen Projekts, eine nationale Kirche auf der Basis der Anschauungen der Deutschen Christen zu schaffen. All das hatte eine deutliche Eskalation der antikatholischen Massnahmen zur Folge. Es begann eine hitzige Debatte um die antichristlichen Schriften des NS-Ideologen Alfred Rosenberg, der öffentlich so zentrale christliche Lehren wie die Unsterblichkeit

der Seele und die Erlösung der Menschheit von der Erbsünde durch den Kreuzestod Christi verwarf. In seinem Buch *Der Mythos des 20. Jahrhunderts* griff Rosenberg den Katholizismus als die Schöpfung eines jüdischen Klerikalismus an und entwickelte seine Kritik weiter in einer Reihe von Büchern, die um die Mitte der dreissiger Jahre erschienen.⁵³ Selbst die Deutschen Christen waren entsetzt. Sie forderten Hitler auf, diese Ideen zurückzuweisen, allerdings erfolglos. Rosenbergs Veröffentlichungen wurden sogleich auf den Index der katholischen Kirche gesetzt und lösten bei ihrer Geistlichkeit heftige Reaktionen aus. In zahlreichen Broschüren und Büchern, in Predigten und auf Versammlungen wurden Rosenbergs Ideen verurteilt und seine Anhänger in der NSDAP angegriffen. Rosenbergs Schriften wurden vom Regime offiziell als seine reine Privatmeinung hingestellt. Es sah keinen Anlass, sie abzulehnen. Gleichzeitig erkannte die Parteiführung jedoch, dass der Streit den Widerstand der katholischen Gläubigen gegen ein weiteres Vordringen der Weltanschauung und der Institutionen des Nationalsozialismus verstärkte. Im Mai 1935 hiess es in einem Lagebericht der Gestapo: «Von der Kanzel nehmen zahlreiche Geistliche jetzt wieder scharf gegen Rosenbergs Mythos und die neue Rosenbergsche Schrift *An die Dunkelmänner unserer Zeit* Stellung. Man schimpft über den neuen Zeitgeist, über Gottlose und Neuheidentum und meint den Nationalsozialismus.»⁵⁴

Die Kontroverse um die Vorstellungen Rosenbergs nahm für die NSDAP-Führung gefährlichere Formen an, da die deutschen Bischöfe öffentliche scharfe Erwidern auf Rosenberg herausgaben und die Gläubigen aufforderten, seine Ideen abzulehnen.⁵⁵ In seiner Osterbotschaft vom 19. März 1935 führte Clemens Graf von Galen, Bischof von Münster, einen heftigen Angriff auf Rosenbergs Buch. «Es gibt wieder Heiden in Deutschland», schrieb er erregt und kritisierte Rosenbergs Idee einer «Rassenseele». «Die sogenannte ewige Rassenseele», erklärte Galen, «ist in Wirklichkeit ein Nichts.» Anfang Juli 1935 nahm Rosenberg die Gelegenheit wahr, Galen auf einer Kundgebung in Münster zu kritisieren, worauf die katholischen Gläubigen in einer beispiellosen grossen Zahl in den Strassen Münsters zur jährlichen Juliprozession erschienen, die zur Erinnerung daran, dass die katholische Gemeinde der Stadt sich gegen die Verfolgungen Bismarcks ein halbes Jahrhundert zuvor erfolgreich behauptet

hatte, abgehalten wurde. Gleichzeitig jährte sich zum 400. Mal der Sieg über die Wiedertäufer, die während der Reformation in der Stadt eine Schreckensherrschaft errichtet hatten. 19'000 Katholiken, doppelt so viele wie sonst an diesem Tag, waren gekommen, um ihrem Bischof zuzujubeln, der eine begeisterte Erklärung abgab, er werde niemals den Feinden der Kirche weichen. Danach machte die Kreisleitung der NSDAP überall bekannt, niemand habe die Absicht, den Versuch Bismarcks zu wiederholen, die Unabhängigkeit der Kirche zu unterdrücken, während sie gleichzeitig nach Berlin meldete, Galen schüre Unzufriedenheit und mische sich in die Politik ein.⁵⁶ Galen schrieb persönlich an Hitler und beschwerte sich über die Angriffe auf die Kirche von hohen NS-Amtsträgern wie Baldur von Schirach.⁵⁷ Zu Kompromissen war offenbar keine Seite bereit. Himmler und die Gestapo setzten der Kirche nunmehr Daumenschrauben an und ergriffen härtere Massnahmen gegen katholische Laienorganisationen und -Institutionen, schränkten öffentliche Versammlungen ein, zensurierten die noch verbliebenen katholischen Zeitungen und Zeitschriften, verboten einzelne Ausgaben und setzten in der katholischen Presse bewährte Parteigenossen als Schriftleiter ein. Göring und Reichsinnenminister Wilhelm Frick sprachen sich gegen einen «politisierenden Katholizismus» aus und erklärten, ein weiteres Bestehen katholischer Laienorganisationen sei mit dem Geist der Zeit nicht vereinbar.⁵⁸ Gegen Ende 1935 gingen auch Goebbels und das Reichspropagandaministerium zum Angriff über und erhoben eine Flut von Anschuldigungen gegen katholische Organisationen wegen angeblicher Veruntreuungen, wie sie es bereits 1933 mit den Gewerkschaften gemacht hatten.⁵⁹

Diese neue Taktik verfehlte vollkommen ihren Zweck, die katholische Gemeinschaft von ihrem Glauben abzubringen. Die Gestapo berichtete, dass die Kapläne und Pfarrer durch die Beichte und systematische Hausbesuche in der Widerlegung der Anschuldigungen so erfolgreich waren, dass die Laienschaft zumal in ländlichen Regionen «das, was in den Zeitungen geschrieben steht, als Fälschung, zum mindesten aber als starke Übertreibung ansieht».⁶⁰ Die Offensive, möglichst viele Jugendliche für die Hitlerjugend und den Bund Deutscher Mädel anzuwerben, traf auf die

entschlossene Opposition katholischer Priester, von denen es hiess, sie verweigerten in manchen Regionen den Mädchen die Absolution, wenn diese in den BDM statt in eine katholische Gruppe eingetreten waren.⁶¹ Die Zwischenfälle häuften sich. Während katholische Gemeinden mit heller Empörung auf die Versuche lokaler Parteiführer reagierten, religiöse Skulpturen von öffentlichen Gebäuden wie Leichenhallen zu entfernen, und demonstrativ statt Hakenkreuzfahnen Kirchenfahnen flaggten, wenn katholische Würdenträger zu Besuch kamen, veranstaltete die SA öffentliche Demonstrationen wie in Rosenheim, wo ihre Männer die Entlassung eines Lehrers forderten, der seine Schüler bestrafte, wenn sie nicht zur Kirche gegangen waren («Nach Dachau mit ihm!» skandierten sie).⁶² Die Kirche, beklagte die Regionalregierung in Oberbayern im Juli 1937, werde zu einem «Staat im Staate», und die Parteiführer am Ort waren erbost darüber, «dass die Kirche eine ständige Gegnerschaft in aller Öffentlichkeit von den Kanzeln aus bekundet». ⁶³ Diese Auseinandersetzungen hatten sogar Rückwirkungen im Zentrum der Macht: Als Hitler eine Zeremonie abhielt, um den letzten im Kabinett verbliebenen Reichsministern, die nicht in der Partei waren, am 30. Januar 1937 das Goldene Parteiabzeichen anzuheften, weigerte sich der Reichsverkehrs- und Postminister Paul Freiherr von Eltz-Rübenach, ein strammer Katholik, es anzunehmen, und forderte Hitler unverblümt auf, er solle aufhören, die Kirche zu verfolgen. Wütend über diese peinliche Situation stürmte Hitler ohne ein Wort aus dem Zimmer, während Goebbels als erster reagierte und dafür sorgte, dass der unbotmässige Reichsminister sein Entlassungsgesuch einreichte.⁶⁴

In einer Region entlud sich der Konflikt in einem offenen Protest. Die Dorfbewohner einer erzkatholischen Gegend in Südoldenburg waren bereits aufgebracht über eine Kürzung des Religionsunterrichts in den Schulen und über die Verteidigung Rosenbergs antikatholischer Tiraden durch den Reichserziehungsminister. Am 4. November 1936 machte der Minister die Sache noch weitaus schlimmer, als er die religiöse Einweihung neuer Schulgebäude verbot und die Entfernung religiöser Symbole wie Kruzifixe (und übrigens auch Lutherbilder) aus allen staatlichen, kommunalen und Pfarrgebäuden einschliesslich der Schulen anordnete. Die Pfarrer am Ort protestierten von der Kanzel aus. Am 10. November versam-

melten sich 3'000 Weltkriegsveteranen, um den Volkstrauertag zu begehen, und hörten einem Priester zu, der gelobte, niemals die Entfernung von Kruzifixen aus den Schulen zu dulden. Er werde, sagte er der Menge, die Verordnung bekämpfen und, wenn es sein müsse, für die Sache sterben, so wie die Veteranen es im Weltkrieg getan hätten. An dem Morgen und am Abend wurden als weiteres Zeichen des Protests alle Kirchenglocken geläutet. Dem Reichserziehungsminister wurden feierlich Stapel von Petitionen überreicht. Kreuze auf den Häusern der Dorfbewohner und in den Schulen wurden geschmückt, und auf den Kirchtürmen wurden grosse Kreuze montiert und des nachts mit Glühbirnen erleuchtet. Wer der NSDAP angehörte, trat aus der Partei aus, und eine Abteilung SA-Männer löste sich aus Protest selbst auf. Auf einer Versammlung von 7'000 gewöhnlichen Bürgern wurde der Kreisleiter der Partei gezwungen, die Rücknahme der Verordnung bekanntzugeben. Erneut läuteten die Kirchenglocken überall im Kreis, es folgten Dankgottesdienste und in der gesamten Diözese die Veröffentlichung eines Hirtenbriefs des Bischofs von Galen, in dem die Angelegenheit noch einmal ausführlich zur Sprache gebracht, der Sieg gefeiert und gelobt wurde, mit den Feinden Christi wolle man nichts zu schaffen haben. Der Vorfall fügte dem Ansehen der NSDAP in Süddoldenburg bleibenden Schaden zu, wo sie trotz massiver Manipulationen und Einschüchterungen bei den Reichstagswahlen 1938 nur 92 Prozent der Stimmen erhielt gegenüber 99 Prozent bei den Wahlen im März 1936.⁶⁵

Noch bevor das Reichskonkordat unterzeichnet worden war, hatte Kardinal Eugenio Pacelli, der Staatssekretär des Vatikans in Rom, der deutschen Regierung eine lange Reihe überaus detaillierter Beschwerden über Verstöße von NS-Organisationen gegenüber der Kirche geschickt und Hunderte von Fällen aufgezählt, in denen die SA unter vielem anderen katholische Laienorganisationen aufgelöst, ihr Geld- und Sachvermögen konfisziert, antichristliche Propaganda getrieben und katholische Schriften verboten hatte. Daraufhin wies die deutsche Regierung gegenüber dem Vatikan wiederholt darauf hin, dass ihr Kampf gegen den Marxismus und Kommunismus die Einigkeit des deutschen Volkes durch die Beendigung der Glaubensspaltungen erfordere. Die katholischen Priester behinderten diese Bemühungen, schmähten öffentlich das Hakenkreuz als «Teufels-

kreuz», weigerten sich, den Hitlergruss zu zeigen, verwiesen SA-Leute aus dem Gottesdienst und verletzten ständig das Konkordat, indem sie in ihren Predigten das Regime politisch angriffen. Deshalb setzte die Regierung den Krieg gegen die kulturelle Infrastruktur der katholischen Gemeinschaft an vielen Fronten fort. Katholische Jugendorganisationen, die im Mai 1934 1,5 Millionen Mitglieder zählten und von den katholischen Pfadfindern bis zu katholischen Sportvereinen aller Art reichten, waren ein offensichtliches Ziel, zumal es immer wieder Zusammenstöße mit der Hitlerjugend gab, auch wenn diese sich zumeist auf gegenseitige Beschimpfungen beschränkten. Katholische Jugendorganisationen waren in den Augen des Regimes «antinationalistisch und antinationalsozialistisch» und mussten unterdrückt werden. Mitglieder dieser Organisationen gerieten unter wachsenden Druck, auszutreten und zur HJ zu gehen.⁶⁶ Die Reichstheaterkammer verbot ab 1935 von der Kirche geplante musikalische und Bühnenveranstaltungen mit dem Argument, sie ständen in finanzieller und weltanschaulicher Konkurrenz zu den Konzerten und Theateraufführungen der NSDAP. Ab 1937 waren auch Krippenspiele verboten, da diese angeblich eine Form der katholischen politischen Propaganda darstellten und somit gegen die Bestimmungen des Konkordats verstießen.⁶⁷

In diesen wie in vielen anderen Bereichen deckte Pacelli die deutsche Regierung mit immer neuen, in deutlichen Worten gefassten Denkschriften ein. Als Goebbels anfang, gegen die angeblichen Veruntreuungen in der Kirche vorzugehen, wurde der Ton des Notenaustauschs wesentlich schärfer. Die Beziehungen zwischen dem Vatikan und Berlin schienen in offene Feindseligkeiten auszuarten.⁶⁸ Gottesdienste und Predigten in Deutschland würden jetzt einer ständigen Überwachung durch die Behörden unterworfen: «Ein widriges Spitzeltum umlauert vielfach jeden Schritt und Tritt, jedes Wort und jede Amtshandlung.»⁶⁹ In vielen Teilen des Landes führten die katholischen Priester einen weitgehend spontanen Krieg der Worte mit den lokalen Parteiführern und Beamten wegen der anhaltenden Versuche der NSDAP, Konfessionsschulen und katholische Jugendorganisationen gleichzuschalten. Diese Kämpfe waren überhaupt, den Berichten der Lokalbehörden zufolge, um die Mitte der dreissiger Jahre der einzige Grund für eine offene Kritik am Regime.⁷⁰ Die Dinge

spitzten sich zu, als eine Delegation älterer Bischöfe und Kardinäle, darunter Bertram, Faulhaber und Galen, beunruhigt über die Eskalierung des Konflikts, im Januar 1937 nach Rom reiste, um dem Papst gegenüber zu erklären, dass das nationalsozialistische Regime das Reichskonkordat verletze. Nach einer positiven Reaktion des Papstes entwarf Faulhaber den Text einer Päpstlichen Enzyklika, der von Pacelli beträchtlich erweitert wurde, sich auf die ausführliche Korrespondenz mit der deutschen Regierung stützte und die Beschwerden, die der Papst in den vergangenen Jahren vorgebracht hatte, zusammenfasste. Das Dokument wurde vom Papst gebilligt, nach Deutschland geschmuggelt, heimlich in zwölf verschiedenen Druckereien gedruckt, von Jungen mit dem Fahrrad oder zu Fuss an die Gemeindepfarrer verteilt und am 21. März 1937 praktisch von sämtlichen katholischen Kanzeln verlesen.

In deutscher Sprache abgefasst trug die Enzyklika den Titel *Mit brennender Sorge* und verurteilte «Hass» und «Verleumdung», die von den Nationalsozialisten über der Kirche ausgegossen wurden.⁷¹ Obwohl zu einem Grossteil in theologischer Sprache abgefasst, die für Laien nicht ohne weiteres verständlich war, liess die Enzyklika über manche Strecken an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Als die Rede auf die politischen Massnahmen des Regimes gegenüber der Kirche kam, nahm der Papst, aus dem die Stimme Eugenio Pacellis sprach, kein Blatt vor den Mund:

«Wer die Rasse, oder das Volk, oder den Staat, oder die Staatsform, die Träger der Staatsgewalt oder andere Grundwerte menschlicher Gesellschaftsgestaltung – die innerhalb der irdischen Ordnung einen wesentlichen und ehregebietenden Platz behaupten – aus dieser ihrer irdischen Wertskala herauslöst, sie zur höchsten Norm auch der religiösen Werte macht und sie mit Götzenkult vergöttert, der verkehrt und fälscht die gottgeschaffene und gottbefohlene Ordnung der Dinge.»⁷²

Für die Gläubigen müssten die ewigen Werte der Religion an erster Stelle stehen. Um sie zu untergraben, führe die deutsche Regierung jedoch einen «Vernichtungskampf» gegen die Kirche:

«Mit verhüllten und sichtbaren Zwangsmassnahmen, Einschüchterungen, Inaussichtstellung wirtschaftlicher, beruflicher, bürgerlicher und sonstiger Nachteile wird die Glaubensstreue der Katholi-

ken und insbesondere gewisser Klassen katholischer Beamten unter einen Druck gesetzt, der ebenso rechtswidrig wie menschlich unwürdig ist.»⁷³

Erbost über diese Anklage und alarmiert darüber, dass die katholische Kirche offenbar in der Lage war, einen landesweiten Protest zu organisieren, ohne vorher bei der Gestapo auch nur den leisesten Verdacht zu wecken, befahl Hitler, alle Exemplare der Enzyklika zu konfiszieren, jeden zu verhaften, bei dem ein Exemplar gefunden würde, jede weitere Veröffentlichung zu verbieten und alle Druckereien, in denen sie gedruckt worden war, zu schliessen.⁷⁴

Seit 1936 als Chef der Deutschen Polizei mit neuen Befugnissen ausgestattet, verschärfte Himmler jetzt die Kampagne gegen die katholische Kirche. Mit seinem Stellvertreter Reinhard Heydrich schleuste er Geheimagenten in Kirchenorganisationen ein und liess die Schikanierung von Geistlichen durch die Polizei verstärken. Ausserdem ging die Polizei jetzt härter gegen die Diözesanpresse vor, Wallfahrten und Prozessionen wurden eingeschränkt, selbst die katholische Eheberatung und Elternkurse wurden verboten, da sie nicht im nationalsozialistischen Sinne durchgeführt wurden. Bis 1938 war die Mehrzahl der katholischen Jugendgruppen mit der Begründung aufgelöst worden, sie leisteten Beihilfe zur Verbreitung «staatsfeindlicher Schriften». Auch die Katholische Aktion, deren Leiter in Deutschland angeblich Verbindungen zu Prälat Kaas unterhielten, dem früheren Führer des Zentrums, wurde im Januar 1938 verboten.⁷⁵ Staatliche Zuwendungen für die Kirche wurden in Bayern und Sachsen gekürzt, Klöster wurden aufgelöst und ihr Vermögen eingezogen. Hausdurchsuchungen und Verhaftungen von «politischen» Priestern nahmen deutlich zu, und immer neue Fälle von «Kanzelmissbrauch» kamen vor Gericht und wurden in der Presse gross herausgestellt. Die Verhaftung des Jesuitenpaters Rupert Mayer und der anschliessende Prozess gegen ihn lösten empörte Demonstrationen seiner Anhänger im Gericht aus, und in der Münchener Michaeliskirche wurden besondere Bittgebete für ihn abgehalten. Manche Priester weigerten sich beharrlich, klein beizugeben. Es gab Berichte über Priester, die sich weigerten, den Hitlergruss zu zeigen, und die den Kindern sagten, man müsse mit «Gelobt sei Jesus Christus» grüssen und nicht mit «Heil Hitler».⁷⁶ Im Lauf dieses Kampfes wurden

während des ganzen Dritten Reiches mehr als ein Drittel aller katholischen Priester in Deutschland von der Polizei und den Behörden disziplinarisch belangt.⁷⁷ Die Enzyklika hatte es offensichtlich nicht vermocht, eine unmittelbare Wirkung zu erzielen, abgesehen von der weiteren Verschlechterung der Beziehungen zwischen der Kirche und dem Regime.

An der Kampagne waren nicht nur die Polizei und die Justizbehörden beteiligt, auch Reichspropagandaminister Joseph Goebbels spielte seine Rolle. Nach der Veröffentlichung der Enzyklika verstärkte er die Pressekampagne gegen angebliche Sittlichkeitsskandale, an denen katholische Priester beteiligt waren, die er bereits Mitte 1935 angekurbelt hatte. 15 Ordensgeistliche wurden im November vor Gericht gestellt, weil sie in einem Heim für Geistesschwache in Westdeutschland gegen den Homosexuellenparagrafen 175 verstossen hatten, wobei sich dem *Völkischen Beobachter* zufolge ein Sündenpfehl auftat, der «schlimmer [war] als Sodom und Gomorra».⁷⁸ Die Angeklagten wurden zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt und mussten sich von der NS-Presse in endlosen Berichten an den Pranger stellen lassen. Auch andere Priester wurden bald darauf wegen angeblichen sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen in katholischen Kinderheimen und ähnlichen Institutionen angeklagt. Im Mai 1936 berichteten die Zeitungen über einen Prozess in Koblenz gegen über 200 Franziskanermönche wegen ähnlicher Delikte.⁷⁹ In solche Berichte eingeflochten war die Missbilligung der Homosexualität durch die Nationalsozialisten. Sie nahmen oft die gesamte Titelseite des Blattes ein. Über Prozesse gegen Priester und Mönche, die wegen sexuellen Missbrauchs von minderjährigen Mädchen vor Gericht standen, wurde seltener und weniger ausführlich berichtet. Indem die NS-Presse Anklagen wegen angeblicher Päderastie in den Vordergrund stellte, konnte sie scheinbar berechtigt behaupten, die Klöster seien «Brutstätten einer abscheulichen Seuche», die ausgerottet werden müsse. Im April 1937 erwarteten angeblich über tausend Priester und Ordensbrüder einen Prozess unter derartigen Anklagen.⁸⁰ Die Sensationspresse hatte keine Hemmungen, solche Berichte mit Schlagzeilen zu versehen wie «Gotteshäuser zu Bordellen und Lasterhöhlen herabgewürdigt» und forderte gegenüber der katholischen Kirche «Herunter mit der Maske!», womit sie mehr als nur andeutete, Homosexualität und Pädophilie seien in der Kirche insgesamt endemisch und nicht

nur vereinzelte Ausnahmen.⁸¹ Diese Prozesse wurden vor allem vom Reichspropagandaministerium vorbereitet, das dem Reichsjustizministerium detaillierte Berichte übermittelte und auf dieses Druck ausübte, die angeblichen Schuldigen in einer Art und Weise vor Gericht zu bringen, dass die Prozesse möglichst pressewirksam sein würden.

Besonders skandalös, erklärte die Presse, sei die Tatsache, dass die Kirche hinter den Angeklagten stehe und sie als Märtyrer behandle.⁸² Als weitere Prozesse folgten, inszenierte das Reichspropagandaministerium eine Dauerkampagne, mit der die Kirche als sittlich verdorben und unwürdig hingestellt wurde, junge Menschen zu erziehen. Presseberichte über andere Sittlichkeitsvergehen wurden weitgehend unterdrückt, um den Eindruck zu erwecken, solche Vorkommnisse ereigneten sich nur in der katholischen Kirche, wo sie – so wurde suggeriert – eine zwangsläufige Begleiterscheinung des Zölibats seien, das die Kirche von den Priestern forderte. Die katholische Kirche sei «ein Geschwür am gesunden Volkskörper», das entfernt werden müsse, das man in einer Nummer des *Völkischen Beobachters*.⁸³ Die Kampagne erreichte ihren Höhepunkt mit einer wilden Rede des Reichspropagandaministers persönlich, die er vor 20'000 treuen Parteianhängern hielt und die am 28. Mai 1937 im Rundfunk gesendet wurde. Darin beschimpfte er die katholischen «Verderber und Vergifter unserer Volksseele» und erklärte, dass «diese Sexualpest mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden muss».⁸⁴ Das seien keine Schauprozesse mit fabrizierten Anklagen, wie die katholische Kirche behauptet hatte, sondern eine notwendige «Abrechnung», wie die Journalisten schrieben, mit den «erbkranken Kuttenträgern aus den Klöstern und Bruderschaften» im Namen des moralischen Anstands, der dem wahren Deutschen angeboren sei. Der Staat stehe vor einer systematischen Zersetzung der Moral des deutschen Volkes. Und wenn die Bischöfe weiterhin die Tatsachen bestritten, würden auch sie vor die Gerichte gebracht werden. «Bei uns», warnte er die Kirche, «regiert nicht das Gesetz des Vatikans, sondern das Gesetz des deutschen Volkes.»⁸⁵

Die Kampagne war ein typisches Produkt des Reichspropagandaministeriums – die juristischen Anklagen mochten mehr oder weniger gut begründet

sein, wurden jedoch masslos aufgebauscht im Dienst eines politischen Ziels, das mit den zur Debatte stehenden Fällen kaum etwas oder gar nichts zu tun hatte. Goebbels verfolgte die Absicht, gewöhnliche Katholiken davon zu überzeugen, dass die Kirche als Institution verdorben und unsittlich sei. Insbesondere bildeten die Prozesse jedoch einen dauerhaften Hintergrund der Propaganda, verstärkt durch Schikanen und Einschüchterungsversuche durch die Polizei, vor dem die Nationalsozialisten nunmehr eine anhaltende Kampagne betrieben, die Konfessionsschulen zu schliessen und durch Gemeinschaftsschulen zu ersetzen, unterstützt durch Abstimmungen bei den Eltern nach dem vertrauten Muster der von der NSDAP veranstalteten Volksabstimmungen. Die Eltern wurden gezwungen, vorbereitete Erklärungen zu unterschreiben, in denen stand, sie wollten nicht, «dass die Erziehung meines Kindes in der Schule zu religiösem Unfrieden missbraucht wird», und dass sie mit der Parole «Ein Volk – ein Führer – eine Schule» einverstanden seien. Bereits Anfang 1936 hatte sich Kardinal Bertram als Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz bei Hitler persönlich beschwert: «Überaus verhängnisvoll ist der in Süddeutschland eröffnete Kampf gegen die konfessionelle Schule ... Ein unerhörter Terror ist in Bayern, Württemberg und anderswo geübt worden. Die Stimmen für die Bekenntnisschulen werden als staatsfeindlich gebrandmarkt.» Sein Appell stiess auf taube Ohren, die von massiver lokaler Propaganda begleitete Kampagne wurde fortgesetzt.⁸⁶ «Wir wollen uns vom Kaplan nicht mehr unterrichten lassen!» hatten Kinder angeblich gesagt, wie der *Völkische Beobachter* am 25. Mai 1937 unter der Schlagzeile «Ganze Schulklasse wehrte sich gegen Sittlichkeitsverbrecher im Priesterrock» berichtete.⁸⁷

Die Kampagne trug für die Nationalsozialisten sehr bald Früchte. 1934 besuchten in München 84 Prozent aller Schulkinder eine Konfessionsschule; bis Ende 1937 war dieser Anteil auf bloss 5 Prozent zurückgegangen, ein Resultat, das nach Angaben des Erzbischöflichen Ordinariats in München «auf eine völlig ungerechte und ungesetzliche Weise zustande gekommen» war. «Tausenden von Eltern ist die freie Anmeldung der Kinder für die Bekenntnisschule gegen alles Recht und Gesetz infolge eines beispiellosen Terrors einfach unmöglich gemacht worden.» Arbeiter, An-

gestellte und Beamte wurden mit wirtschaftlichen Nachteilen und dem Verlust ihres Arbeitsplatzes bedroht, armen Eltern wurden die Unterstützungen aus dem Winterhilfswerk gekürzt oder ganz entzogen. Bis zum Sommer 1939 waren alle Bekenntnisschulen in Gemeinschaftsschulen umgewandelt, alle von der Kirche unterhaltenen Privatschulen geschlossen oder verstaatlicht und die Geistlichen, die dort tätig waren, entlassen worden. Evangelische und katholische Geistliche wurden zunehmend daran gehindert, in der Volksschule Unterricht zu erteilen. Gleichzeitig wurde die Stundenzahl für den Religionsunterricht an Schulen reduziert. Später im selben Jahr verlangte der Nationalsozialistische Lehrerbund von seinen Mitgliedern, keinen Religionsunterricht zu übernehmen, der bislang von Geistlichen erteilt worden war, fand jedoch nicht bei allen Zustimmung. 1939 beschränkte sich der Religionsunterricht an Berufsschulen auf eine halbe Stunde in der Woche, und in vielen Regionen musste er an Richtlinien orientiert sein, denen zufolge Jesus kein Jude war. Eltern, die sich solchen Massnahmen widersetzen – und es gab viele unter ihnen, Protestanten wie Katholiken –, wurden von den Lokalbehörden genötigt, ihre Einsprüche zurückzuziehen, und zur Anwesenheit bei speziellen Versammlungen in der Schule verpflichtet, wo man Druck auf sie ausübte, ihre Kinder nicht in den Religions-, sondern den weltanschaulichen Unterricht zu schicken. Man drohte den Vätern sogar mit Entlassung aus ihrer Arbeitsstelle, wenn sie sich weigerten, ihre Einsprüche zurückzunehmen. Desgleichen entwickelte das Reichserziehungsministerium Pläne, viele der theologischen Fakultäten an den Universitäten zusammenzulegen. 1939 verfügte es, dass freierwerdende Stellen der Theologen in den Studienseminaren für Referendare nicht mehr neu besetzt werden dürften. In wenigen Regionen, vor allem in Württemberg, dessen Kultusminister strikt antireligiös eingestellt war, gab es Versuche, den Religionsunterricht ganz abzuschaffen und durch einen weltanschaulichen Unterricht im Sinne der NS-Weltanschauung zu ersetzen. Dem Regime gelang es allerdings bis 1939 nicht, den Religionsunterricht in ganz Deutschland abzuschaffen, aber an seinen langfristigen Absichten in dieser Hinsicht konnte kein Zweifel bestehen.⁸⁸

Die Macht und der Einfluss der katholischen ebenso wie der protestantischen Kirche in Deutschland hatten bis 1939 starke Einbussen erlitten. Die

katholische Kirche war so lange eingeschüchtert und schikaniert worden, bis sie ihre Kritik am Regime einschränkte, um Schlimmeres zu verhüten. Die allgegenwärtigen Drohungen einer Inhaftierung, berichtete ein Beamter der Regierung Oberbayerns, hätten eine «vorsichtige Zurückhaltung der Geistlichkeit» bewirkt.⁸⁹ In manchen Gebieten übernahm die Gestapo die kirchenfeindliche Kampagne, und es gelang ihr innerhalb kurzer Zeit, die katholische Kirche aus dem öffentlichen Leben zu verbannen.⁹⁰ Andernorts gab es Mitte 1938 Berichte über eine allgemeine «Befriedung auf kirchlichem Gebiet».⁹¹ Von Rom aus schickte Kardinal Pacelli wie bisher lange Beschwerdebriefe an die deutsche Regierung, in denen er die Verstöße gegen das Konkordat aufzählte.⁹² Doch obgleich Hitler im September 1937 daran dachte, das Konkordat zu kündigen, schreckte er letztlich doch davor zurück. Das Risiko erschien ihm zu hoch, die Feindschaft des Vatikans und die Proteste der katholischen Staaten, vor allem Österreichs auf sich zu ziehen angesichts der zunehmend schwierigen internationalen Lage in den späten dreissiger Jahren. Hinter vorgehaltener Hand machte das Auswärtige Amt allerdings kein Hehl daraus, dass es das Konkordat als «überlebt» betrachtete, da «viele [seiner] Bestimmungen in fundamentalem Gegensatz zu den Grundauffassungen des Nationalsozialismus [stehen], so besonders die Bestimmungen über Schulwesen und Jugendziehung».⁹³ Es würde leichter sein, Schritt für Schritt und ohne viel Aufsehen vorzugehen und das Konkordat gar nicht zur Sprache zu bringen. In der Öffentlichkeit forderte Hitler von der Kirche auch weiterhin Loyalität und erinnerte sie daran, dass sie nach wie vor zu einem Gutteil vom Staat alimentiert werde. Auf lange Sicht, so äusserte er sich im privaten Kreis, würde sie jedoch ganz vom Staat getrennt werden, keine Einkommen aus den Steuern beziehen und ebenso wie die protestantische Kirche allein auf Spenden angewiesen sein. Die meisten Katholiken ahnten nichts von diesen Absichten. Trotz der Erbitterung des Konflikts führte er nicht zu einer allgemeinen Entfremdung der katholischen Gemeinde vom Dritten Reich. Viele Katholiken standen der NSDAP sehr kritisch gegenüber, vor allem solchen Eiferern wie Alfred Rosenberg, doch das Ansehen Hitlers wurde selbst hier kaum beeinträchtigt. Der tiefsitzende Wunsch der katholischen Gemeinde seit der Zeit Bismarcks, als vollgültiger Bestand-

teil der deutschen Nation akzeptiert zu werden, nahm ihrer Ablehnung der kirchenfeindlichen Politik des Regimes die Schärfe, von der viele glaubten, sie sei das Werk von Radikalen ohne das Wissen oder die Zustimmung des «Führers». Das war eine Illusion. Wie Rosenberg im September 1938 erklärte, würde auf Dauer die Macht der Kirche über ihre Gläubigen gebrochen werden, da die jungen Menschen jetzt fast vollkommen unter der Kontrolle der Hitlerjugend und des gleichgeschalteten Schulwesens ständen, und die katholische und die Bekennende Kirche würden aus dem Leben der Menschen in ihrer gegenwärtigen Form verschwinden. Von dieser Einstellung brauchte Hitler sich nicht zu distanzieren.⁹⁴

III

So dramatisch die Eskalation des Konflikts erscheinen mochte, tatsächlich war er in seiner Art weder neu noch beschränkte er sich allein auf Deutschland. Ebenso wie die ältere Generation der Sozialdemokraten in den dreissiger Jahren hatten auch die älteren katholischen Priester schon früher Verfolgungen erlebt. In den Jahren nach 1870 hatte Bismarck einen entschlossenen Angriff auf die katholische Kirche in Deutschland geführt, in dessen Verlauf Hunderte von katholischen Pfarrern festgenommen und zu Gefängnishaft verurteilt wurden und die Geistlichkeit einer Vielfalt von Einschränkungen und Kontrollen unterworfen wurde. Eine ähnliche Politik konnte man etwa zur selben Zeit bei den säkularisierenden Regierungen in Italien und Frankreich beobachten, wo die neu geschaffenen Staaten – die geeinigte italienische Monarchie und die französische Dritte Republik – dem Klerus die Kontrolle über das Bildungswesen entzogen und in die Hände von Lehrern gelegt hatten, die vom Staat ernannt waren und in staatlichen Schulen unterrichteten. Diese Politik wurde ebenfalls von einer massiven säkularistischen Propaganda gegen die angebliche sexuelle Unmoral der katholischen Priester gerechtfertigt, die vor allem die Beichte dazu benutzen würden, über die intimen Geheimnisse junger katholischer Frauen zu sprechen. Papst Pius IX. hatte diese Konflikte teils ausgelöst, teils auch geschürt, indem er mit dem «Syllabus Errorum» gegen die Sä-

kularisierung und die Moderne zu Felde zog und 1871 die Unfehlbarkeit des Papstes zum Dogma erhob, um so seine Schäfchen bei der Herde zu halten. Im 20. Jahrhundert erreichte die säkularistische Verfolgung der christlichen Kirche eine neue Intensität in Mexiko und Russland in den Nachwehen der Revolutionen, die dort stattgefunden hatten. Die Niederwerfung einer internationalen Organisation wie der katholischen Kirche, die den Staat in ihren Lehren abwertete, war ein Bestandteil des Prozesses, eine neue Nation oder ein neues politisches System zu errichten. Auf lokaler Ebene kämpften Dorfschullehrer gegen die Dorfgeistlichen um die Herrschaft über die Seelen der Jugend überall in Westeuropa im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert. Erbitterte Kämpfe zwischen Kirche und Staat waren somit in den dreissiger Jahren nichts Neues. Neu war vielleicht, dass die Nationalsozialisten einen rationalistischen Säkularismus ablehnten. In allen diesen übrigen Fällen war die Verfolgung der Kirche nicht mit der Propagierung einer anderen Religion verbunden. Wie stark der Anspruch auf eine eigene Weltanschauung auch sein mochte, es war der Anspruch einer säkularen, irdischen Weltanschauung. Im Fall des Dritten Reiches war die Sache jedoch nicht so klar.⁹⁵

Was sollte an die Stelle der Kirchen in Deutschland treten, wenn sie schliesslich verschwunden sein würden? Führende Nationalsozialisten nahmen die unterschiedlichsten Positionen zu dieser Frage ein. Hitler und Goebbels hatten in ihren religiösen Überzeugungen einen Restbestand von Christentum behalten, wenngleich ein exzentrisches, das sich nach dem Fehlschlag des Projekts mit den Deutschen Christen 1934 deutlich abschwächte. Selbst Rosenberg schränkte seine ablehnende Haltung gegenüber dem Christentum ein, als er die Deutschen Christen unterstützte, bis deutlich geworden war, dass es ihnen nicht gelingen würde, die Evangelische Kirche zu übernehmen. Anfangs zumindest bewunderte er Luther, übernahm Lehren des mittelalterlichen Mystikers Meister Eckart und glaubte, ein «rassisch» verbessertes Christentum könne in eine neue deutsche Religion eingehen, die den Gottesdiensten der Priester ein Ende machen und sich den Interessen der «arischen Rasse» widmen würde. Doch da er um die Mitte der dreissiger Jahre öffentlich eine solche neue Religion propagierte, wurde Rosenberg der prominenteste Wortführer der anti-christlichen Tendenz innerhalb der NSDAP.⁹⁶ Von seinem Buch *Der My-*

thus des 20. Jahrhunderts wurden mehr als eine Million Exemplare verkauft⁹⁷, obwohl Hitler später stets dementierte, es sei eine offizielle Darlegung der NS-Weltanschauung. «Ebenso wie viele Gauleiter hat er es nämlich nur zum geringen Teil gelesen, da es seines Erachtens auch zu schwer verständlich geschrieben ist.» Wie er behauptete, stiegen die Verkaufszahlen erst, als es von Kardinal Faulhaber öffentlich verurteilt und von der katholischen Kirche auf den Index gesetzt wurde.⁹⁸ Doch führende Parteigenossen, auch wenn sie das Buch Rosenbergs bestenfalls angelesen hatten, waren nicht abgeneigt, seine Ideen zur Unterstützung ihrer Politik heranzuziehen. So erklärte Baldur von Schirach, als er 1934 junge Menschen aufforderte, aus den katholischen Jugendorganisationen auszutreten und zur Hitlerjugend zu kommen, «Rosenbergs Weg sei der Weg der deutschen Jugend».⁹⁹ Im Juli 1935, auf dem Höhepunkt der Kontroverse um Rosenbergs Angriffe auf die Kirchen, sagte ein Redner auf einer Versammlung des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbunds in der Reichsschule in Bernau: «Entweder man ist Nationalsozialist oder konfessioneller Christ... Das Christentum leistet der Entrassung Vorschub, der Lösung der Volksgemeinschaft... Wir müssen das Alte und Neue Testament ablehnen... Entscheidend ist für uns die NS-Idee. Für uns gilt als Vorbild nur Adolf Hitler, sonst niemand.»¹⁰⁰

Solche antichristlichen Ideen waren in der Hitlerjugend stark verbreitet und bildeten einen zunehmend wichtigen Teil des Programms der NSDAP zur Indoktrinierung der Jugend. Kinder, die beispielsweise in Köln in der Ortsgruppe Reinau eine Mahlzeit von der NSV erhielten, mussten vor und nach dem Essen ein Dankgebet sprechen, in dem nicht Gott, sondern dem «Führer» gedankt wurde. In einem Ausbildungslager für Schüler in Freusberg wurde den Jugendlichen gesagt, der Papst sei «Halbjude» und sie müssten die «orientalischjüdische Lehre des artfremden Christentums» hassen, die mit dem Nationalsozialismus unvereinbar sei.¹⁰¹ Die Mutter eines zwölfjährigen Hitler-Jungen fand den folgenden Text in seiner Tasche, als er einmal vom Heimabend zurückkam; das Lied wurde auch öffentlich auf dem Reichsparteitag 1934 in Nürnberg gesungen:

«Wir sind die fröhliche Hitlerjugend,
Wir brauchen keine Christentugend,
Denn unser Führer Adolf Hitler
Ist stets unser Mittler.

Kein Pfaffe, kein böser, kann uns hindern,
Uns zu fühlen als Hitlerkinder;
Nicht Christus folgen wir, sondern Horst Wessel,
Fort mit Weihrauch und Weihwasserkessel.

Wir folgen singend unseren Fahnen
Als würdige Söhne unserer Ahnen.
Ich bin kein Christ, kein Katholik,
Geh mit SA durch dünn und dick.»

Und in der vierten Strophe heisst es: «Die Kirche kann mir gestohlen werden, das Hakenkreuz ist Erlösung auf Erden.»¹⁰²

Eine derartige Propaganda entstand zumindest zum Teil aus dem Antrieb, die katholischen Jugendorganisationen aufzulösen und die Jugendlichen stattdessen in die Hitlerjugend aufzunehmen. Doch gleichzeitig proklamierte sie eine wild entschlossene antichristliche Ethik, deren Bösartigkeit und Macht nicht unterschätzt werden dürfen. Im August 1936 beobachtete Friedrich Reck-Malleczewen einen Hitler jungen in einem Münchener Klassenzimmer, der auf das Kruzifix an der Wand starre und wie «mit einem Mal dieses junge und noch weiche Gesicht sich in Wut verzerrte und wie er das Symbol [...] von der Wand riss und wie er es durchs Fenster auf die Strasse warf [...] mit dem Ausruf ‚Da lieg, du SaujudL»¹⁰³

Und es gab noch weitere unverhohlenen antichristliche Figuren innerhalb der NSDAP-Führung ausser Schirach. Das offene Heidentum, wie Erich Ludendorff es Mitte der zwanziger Jahre unverblümt propagierte, verschwand nicht mit Ludendorffs 1925 gegründetem Tannenbergbund und seinem Ausschluss aus der Partei zwei Jahre später. Robert Ley, der Führer der Deutschen Arbeitsfront, ging sogar noch weiter als Rosenberg in seiner Verachtung für das Christentum und seiner Ablehnung der Gottheit Christi, auch wenn er ihm nicht so weit folgte, eine Ersatzreligion zu schaf-

fen.¹⁰⁴ Konsequenter war da der Agrarexperte der NSDAP, «Reichsbauernführer» Richard Walther Darré, dessen «Blut-und-Boden»-Ideologie Heinrich Himmler so stark beeindruckte. Darré glaubte, die frühmittelalterlichen Teutonen seien durch ihre Bekehrung zum Christentum, das ihnen von den verweichlichten Latinern aus Südeuropa aufgeschwätzt worden sei, geschwächt worden.¹⁰⁵ Himmler wiederum gab unter dem Einfluss Darrés seinen christlichen Glauben auf. In seinen Plänen für die SS nach 1935 sollte diese «rassische Elite» eine Art quasireligiöser Orden werden, bei dem in mancher Hinsicht der Jesuitenorden Pate stand. Die Ideen, die ihn zusammenhalten sollten, gingen auf angebliche germanischheidnische Rituale und Glaubensvorstellungen aus dem Mittelalter zurück. So konnte man 1937 in einem Plan der Reichsführung-SS zur Erschließung des germanischen Erbes lesen: «Wir leben im Zeitalter der endgültigen Auseinandersetzung mit dem Christentum. Es liegt in der Sendung der Schutzstaffel, dem deutschen Volk im nächsten halben Jahrhundert die ausserchristlichen arteigenen weltanschaulichen Grundlagen für Lebensführung und Lebensgestaltung zu geben.» Das Ganze sollte eine Mixtur aus Versatzstücken der heidnischen Religion der Wikinger oder Teutonen mit wagnerianischen Symbolen und reiner Erfindung sein. Die SS entwarf ihre eigene Hochzeitsliturgie mit Runen, einer Feuerschale, Wagnermusik im Hintergrund und Sonnensymbolen, von denen die gesamte bizarre Zeremonie beherrscht wurde. Von den nächsten Angehörigen der SS-Männer forderte Himmler, sie sollten nicht Weihnachten, sondern stattdessen das Julfest begehen. Das Christentum, erklärte Himmler am 9. Juni 1942, sei die grösste Plage; die wahre Moral bestehe nicht darin, den Geist des Individuums zu preisen, sondern sich selbst im Dienst der «Rasse» zu verleugnen. Moralische Werte könnten nur aus dem Bewusstsein des eigenen Platzes in der Kette eines «wertvollen» Erbes und des Dienstes an ihm abgeleitet werden.¹⁰⁶

Nachdem deutlich geworden war, dass es keine realistische Möglichkeit gab, das frühe Ziel der Nationalsozialisten einer einheitlichen Staatskirche für das gesamte Deutsche Reich zu verwirklichen, forderten einzelne NSDAP-Führer nach und nach die Parteimitglieder auf, aus der Kirche auszutreten. Rosenberg hatte diesen Schritt bereits 1933 getan; Himmler und Heydrich erklärten ihren Austritt 1936, und eine wachsende Zahl von

Gau- und Kreisleitern folgte nunmehr ihrem Beispiel. Das Reichsinnenministerium verfügte, dass alle, die aus der Kirche austräten, sich als «gottgläubig» bezeichnen könnten, und die NSDAP bestimmte, dass niemand ein Parteiamt bekleiden könne, der ein Amt innerhalb der katholischen oder evangelischen Kirche ausübe. 1936 wurde es SA-Leuten verboten, einen Gottesdienst in Uniform zu besuchen, und im Frühjahr 1939 wurde das Verbot auf alle Parteimitglieder ausgedehnt. 1939 wurden über 10 Prozent der Einwohner Berlins, 7,5 Prozent in Hamburg und zwischen 5 und 6 Prozent in einigen weiteren deutschen Grossstädten als «gottgläubig» registriert, eine Kategorie, unter die verschiedene religiöse Bekenntnisse unter Einschluss des Heidentums fallen konnten. Die grosse Mehrheit von ihnen dürften Parteimitglieder gewesen sein; der Anteil der «Gottgläubigen» in der SS beispielsweise lag 1938 bei über 25 Prozent. Dieser Prozess wurde durch immer neue Massnahmen beschleunigt, die von dem tatkräftigen und entschieden kirchenfeindlichen Martin Bormann ausgingen, dem inoffiziellen Chef des Parteibüros unter Rudolf Hess. Dieser verbot katholischen und evangelischen Geistlichen jegliches Parteiamt, und ab Juni 1939 konnten sie überhaupt nicht mehr NSDAP-Mitglied sein. Trotzdem sollte es noch lange dauern, bis die gesamte erwachsene Bevölkerung der NSDAP angehören würde. «Zu Heiden lassen wir uns nicht machen», sagte eine Frau nach dem Bericht eines Gestapobeamten.¹⁰⁷ Die Deutsche Glaubensbewegung, die einen neuen, «artgemässen» Glauben auf der Grundlage eines Mischmaschs aus nordischen und indischen Riten, Symbolen und Texten verkündete, zählte zu keiner Zeit mehr als 40'000 Anhänger, und andere «neuheidnische» Gruppen wie der esoterische Tannenbergbund Ludendorffs waren noch kleiner.¹⁰⁸ In welcher Form auch immer, trotz der allgemeinen Unbeliebtheit der kirchenfeindlichen Kampagne war die NSDAP zum Ende der dreissiger Jahre auf dem besten Weg, alle ihre Verbindungen zum organisierten Christentum zu kappen.¹⁰⁹

Ob dieser Prozess in die Richtung einer stark revidierten Form der «Deutschen Christenheit» oder eines ausgemachten Heidentums führen sollte, war die grosse Streitfrage zwischen Rosenberg, dessen Amt wiederholt versuchte, gegen Publikationen einzuschreiten, die mit der alten Idee einer Reichskirche auf der Grundlage einer Synthese zwischen National-

sozialismus und Christentum sympathisierten, und Goebbels, der wie so oft die Dinge weniger eng sah. Goebbels tat sich mit dem Chef der «Kanzlei des Führers», Philipp Bouhler zusammen, der die «Parteiämtliche Prüfungskommission» zum Schutz der nationalsozialistischen Literatur leitete. Deren von Goebbels unterstützte Aufgabe war es, die Veröffentlichungen der NSDAP auf ihre weltanschauliche Richtigkeit zu prüfen. Das Amt Rosenberg versuchte wiederholt, Bouhlers Kommission zu übernehmen, die in seinen Augen weltanschaulich zu lax war, doch ohne Erfolg, trotz gelegentlicher taktischer Siege, wenn er Hitler dazu brachte, gegen bestimmte Publikationen vorzugehen.¹¹⁰ Ein weiterer, wesentlich weniger geschickter Mitspieler in dieser komplizierten Partie, Reichskirchenminister Hans Kerrl, versuchte für die Idee einer Versöhnung zwischen Protestantismus und Nationalsozialismus zu werben, die allerdings bereits zum Zeitpunkt seiner Ernennung 1935 überholt war, und die hartnäckige Weigerung der Bekennenden Kirche, sich für seine Pläne zu erwärmen, machte ihn für die Angriffe radikalerer Akteure wie Himmler und Rosenberg noch verwundbarer. Der Versuch seines Ministeriums, das Reichskonkordat mit der katholischen Kirche zu annullieren, lief ebenfalls ins Leere, da Hitler diesen Schritt aus diplomatischen Gründen für wenig zweckmässig hielt. Bis 1939 hatte der Einfluss Kerrls ständig abgenommen. Er hatte sich als ziemlich unfähig erwiesen, den Zweck seines Ministeriums zu erfüllen, nämlich das Monopol über die Politik gegenüber den Kirchen zu behaupten.¹¹¹

IV

Die NS-Politik gegenüber den christlichen Kirchen in Deutschland befand sich demnach am Vorabend des Krieges in einem Zustand der Verwirrung und Unordnung. Die ideologische Tendenz war zweifellos die einer Distanzierung vom Christentum, auch wenn es einige Zeit dauern sollte, bis die neuheidnische Alternative selbst innerhalb der Partei allgemeine Anerkennung gefunden hatte. Doch trotz aller innerparteilichen ideologischen Kämpfe stand ein Ziel von Anfang an ausser Frage: Das Regime war entschlossen, die Kirchen als Zentren realer oder potentieller al-

ternativer Weltanschauungen gegenüber der NS-Ideologie zurückzudrängen oder ganz auszuschalten.¹¹² Die Priorität dieses Ziels zeigte sich nirgends deutlicher als in der Behandlung einer kleinen, aber eng verbundenen Sekte, der «Ernsten Bibelforscher» oder Zeugen Jehovas durch das Regime. Da die Mitglieder dieser Sekte ein Gelübde abgelegt hatten, allein Jehova zu gehorchen, weigerten sie sich standhaft, Hitler einen Treueid zu leisten. Sie zeigten nicht den Hitlergruss, beteiligten sich weder an politischen Demonstrationen noch an Wahlen, und die Männer im wehrfähigen Alter verweigerten den Militärdienst. Obgleich ihr bescheidener sozialer Hintergrund der unteren Mittelschicht und des Arbeitermilieus sie mit früheren Sozialdemokraten und Kommunisten in Kontakt brachte, entbehrten die Behauptungen der Gestapo, ihre religiösen Überzeugungen seien lediglich eine Tarnung für Widerstandsgruppen der Arbeiterbewegung, jeder Grundlage. Im Gegenteil, diese Sekte hatte sogar eine gewisse Ähnlichkeit mit der Bewegung der kleinen, antiliberalen politischen Sekten der ersten Nachkriegsjahre, aus denen die NSDAP selbst hervorgegangen war. Das Misstrauen der Polizei erweckte der Umstand, dass die Organisation der Zeugen Jehovas von ausserhalb Deutschlands gelenkt wurde, aus den Vereinigten Staaten; das Stammhaus dieser Sekte in Brooklyn gehörte zu den frühesten öffentlichen Kritikern des europäischen Faschismus und unterstützte im Spanischen Bürgerkrieg die republikanische Seite. Wie man sich vorstellen kann, versuchten die NS-Organisationen und die Gestapo sie mit allen Mitteln einzuschüchtern und auf die Linie des Regimes zu bringen, machten sie dadurch freilich nur noch störrischer. Gestärkt durch eine Resolution, die auf ihrer internationalen Konferenz 1936 in Luzern verabschiedet wurde und in deutlichen Worten die deutsche Regierung kritisierte, begann die Sekte Druckschriften zu verteilen, die das Regime als aufrührerische Flugblätter betrachtete. Die Polizei reagierte mit Festnahmen und strafrechtlichen Verfolgungen, und 1937 waren über die Hälfte aller Angeklagten vor dem Sondergericht im sächsischen Freiberg Zeugen Jehovas. Ähnlich hoch lag ihr Anteil auch bei den übrigen Gerichten.¹¹³

In den Gefängnissen weigerten sich die Zeugen Jehovas standhaft, ihrem Glauben abzuschwören und sich mit dem weltlichen Staat zu arrangieren. Während einige Gefängnisdirektoren und -beamte in ihnen lediglich harmlose Spinner sahen, unternahmen andere wie der Direktor des Ge-

fängnisses in Eisenach in Thüringen den entschlossenen Versuch, sie einer Gehirnwäsche zu unterziehen und in regelmässigen Sitzungen zu indoktrinieren. Nach einem Jahr hatte das 1938 begonnene Experiment noch keinerlei Früchte getragen und wurde aufgegeben. Bestrafungen und Verfolgungen waren für die Zeugen Jehovas nichts als eine Prüfung ihrer Glaubensfestigkeit, die ihnen Gott auferlegt hatte. Andere gingen sogar noch weiter. Der Zeuge Jehovas Otto Grashof, der vier Jahre im Gefängnis in Wolfenbüttel verbüssen musste, weil er den Kriegsdienst verweigert und einen anderen jungen Mann zu überreden versucht hatte, dasselbe zu tun, trat in den Hungerstreik, als seine Familie ihre Wohnung verlor und seine Kinder in ein Heim geschickt wurden. Eine brutale Zwangsernährung blieb ohne Wirkung, und Grashof starb im Frühjahr 1940; zum Schluss hatte er keine 40 Kilo mehr gewogen.¹¹⁴

Eine Unterdrückung durch die Strafjustiz zeigte demnach bei den Zeugen Jehovas nicht die erhoffte Wirkung. Ihre Kraft bezogen sie zum Teil aus ihrer engen Verbundenheit mit der Familie und ihrer Glaubensgemeinde. Enttäuscht und wütend über ihre Weigerung, klein beizugeben, gingen Polizei und Gestapo dazu über, sie sofort nach ihrer Entlassung aus der Haft erneut festzunehmen und in ein Konzentrationslager zu bringen. Selbst ein hoher Beamter im Reichsjustizministerium kritisierte die Justiz, sie nehme die Bedrohung, die von den Zeugen Jehovas für den Staat ausgehe, nicht ernst genug. Es gebe an die zwei Millionen Anhänger dieser Sekte in Deutschland – tatsächlich waren es nicht einmal 30'000 –, und sie seien eine Tarnorganisation der Kommunisten, eine Behauptung, für die es natürlich nicht die Spur eines Beweises gab. Dennoch löste die Gestapo eine neue Verhaftungswelle aus. Bis zum Ende des Dritten Reiches waren etwa 10'000 Zeugen Jehovas inhaftiert, 2'000 von ihnen in Lagern, wo etwa 950 von ihnen umkamen.¹¹⁵

Auch im Konzentrationslager spornten ihre Leiden die Zeugen Jehovas nur noch weiter zu Akten des frommen Selbstopfers und des Märtyrertums an. In mancher Hinsicht waren sie vorbildliche Häftlinge, sauber, ordentlich und fleissig. Doch der SS-Führer Rudolf Höss, ab 1938 Block- und Rapportführer im KZ Sachsenhausen, berichtete später, die Zeugen Jehovas hätten sich geweigert, Habachtstellung einzunehmen, an Exerzier-

märschen teilzunehmen, ihre Mützen abzunehmen oder sonst ein Zeichen des Respekts gegenüber den Wachen zu zeigen, da für sie nur Jehova Respekt gebührte. Wenn man sie dafür auspeitschte, hätten sie um noch mehr Schläge gebeten zum Zeichen der Hingabe an ihren Gott. Gezwungen, die Hinrichtung ihrer Glaubensbrüder mit anzusehen, die sich geweigert hatten, Arbeiten im Zusammenhang mit militärischen Aufgaben zu verrichten, oder die den Wehrdienst verweigert hatten, baten sie nur darum, sie selbst ebenfalls zu Märtyrern zu machen. Wie Höss später schrieb, sei Himmler von ihrem Fanatismus so beeindruckt gewesen, dass er ihn häufig seinen SS-Männern als Beispiel vorgehalten habe.¹¹⁶

Die Zeugen Jehovas standen jedoch in ihrer kompromisslosen Ablehnung gegenüber dem NS-Staat unter den religiösen Gruppen allein da. Bei allem Mut vieler führender Persönlichkeiten in den grossen christlichen Kirchen und vieler einfacher Gemeindemitglieder widersetzte sich doch keiner von ihnen dem Dritten Reich aus mehr als rein religiösen Gründen. Auch wenn die Gestapo behauptete, Priester und Pastoren tarnten ihre grundsätzliche Opposition zum Dritten Reich mit einer religiösen Rhetorik, so änderte das doch nichts an der Tatsache, dass die Kirchen zu einer ganzen Reihe von Fragen schwiegen. Sowohl die katholische als auch die protestantische Kirche waren politisch konservativ und waren es schon lange vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Ihre Furcht vor Bolschewismus und Revolution, die durch Berichte über von Republikanern verübte Massaker an katholischen Priestern zu Beginn des Bürgerkriegs in Spanien noch geschürt wurde, bestärkten sie in ihrer Auffassung, dass im Fall eines Abtretens des Nationalsozialismus von der politischen Bühne durchaus etwas Schlimmeres nachfolgen könnte. Die tiefe und häufig bittere konfessionelle Spaltung in Deutschland bedeutete, dass eine Vereinigung der protestantischen mit der katholischen Kirche gegen das Regime undenkbar war. Die Katholiken waren seit dem Kirchenkampf unter Bismarck ängstlich darauf bedacht, ihre Treue zum deutschen Staat unter Beweis zu stellen. Die Protestanten wiederum waren unter Bismarck ein verlängerter ideologischer Arm des Staats gewesen und identifizierten sich seit vielen Jahren stark mit dem deutschen Nationalismus. Die Gläubigen beider Kirchen begrüßten die Unterdrückung der marxistischen, kommunistischen und liberalen Parteien, den Kampf gegen die «Unmoral»

in Kunst, Literatur und Film und viele weitere Aspekte der Politik des Regimes. Die lange Tradition des Antisemitismus bei den Katholiken wie den Protestanten sorgte dafür, dass es keine formellen Proteste beider Kirchen gegen die judenfeindlichen Massnahmen des Regimes gab. Sie waren äusserstenfalls bereit, getaufte Juden in ihren eigenen Reihen nach Möglichkeit zu schützen, und selbst hier war ihre Haltung in manchen Fällen sehr zweideutig.

Doch die Nationalsozialisten betrachteten die Kirchen als das stärkste und hartnäckigste Reservoir der weltanschaulichen Opposition gegen die Prinzipien, an die sie glaubten. Wenn sie die weltanschauliche Schlacht gegen sie gewinnen könnten, dann würde es ein Leichtes sein, das ganze deutsche Volk zu einer einmütigen nationalsozialistischen Masse zu formen. Trotz der vielen Rückschläge, die sie bei ihrer Konfrontation mit den Kirchen hinnehmen mussten, sah es 1939 fast so aus, als würden sie diesen Kampf tatsächlich gewinnen. Viele kleinere Amtsträger des Regimes gelangten zu dem Schluss, dass die einzige Möglichkeit zur Bekämpfung der Kirchen darin bestehe, eine attraktive Alternative zur christlichen Liturgie zu entwickeln. «Es muss eine Mystik wirksam gemacht werden», hiess es bereits 1934 in einem Lagebericht der Gestapo, «die noch stärkere Massenwirkung hat als diejenige, die sich in der christlichen Kirche an mit fremdländischem Zauber umgebenen und mit Patina bedeckten Gegenständen einer – verstaubten – Tradition emporrankt.»¹¹⁷ Doch trotz des Vorherrschens solcher Ansichten unter den überzeugteren Nationalsozialisten blieben vor allem Himmler, Hitler und Göring zutiefst skeptisch gegenüber solchen Versuchen, etwas wiederzubeleben, was Göring als die «Lächerlichkeit» von «Wotan und Thor» und die «germanische Hochzeit» bezeichnete. Reichserziehungsminister Bernhard Rust wettete gegen Versuche, «Walhalla als einen Ersatz für einen christlichen Himmel» zu verkünden.¹¹⁸ Und am 6. September 1938 schaltete Hitler sich persönlich ein mit einer Rede, in der er alle Versuche angriff, den Nationalsozialismus zu einer Religion zu machen:

«Der Nationalsozialismus ist eine kühle Wirklichkeitslehre schärfter wissenschaftlicher Erkenntnisse und ihrer gedanklichen Ausprägung. Indem wir für diese Lehre das Herz unseres Volkes erschlossen haben und erschliessen, wünschen wir nicht, es mit einem Mys-

tizismus zu erfüllen, der ausserhalb des Zweckes und Zieles unserer Lehre liegt. [...] Denn der Nationalsozialismus ist eben keine kulturelle Bewegung, sondern eine aus ausschliesslich rassistischen Erkenntnissen erwachsene völkisch-politische Lehre. In ihrem Sinne liegt kein mystischer Kult, sondern die Pflege und Führung des blutbestimmten Volkes. Wir haben daher auch keine Kulträume, sondern ausschliesslich Volkshallen, auch keine Kultplätze, sondern Versammlungs- und Aufmarschplätze. Wir haben keine Kulthaine, sondern Sportarenen und Spielwiesen. [...] Das Einschleichen mystisch veranlagter okkulten Jenseitsforscher darf daher in der Bewegung nicht geduldet werden.»

Der Nationalsozialismus, schloss er, beruhe auf der «bedingungslosen Verbeugung vor den [...] göttlichen Gesetzen des Daseins». Im Zentrum des Nationalsozialismus stehe «die Erhaltung und damit Fortsicherung eines von Gott geschaffenen Wesens», und auf diese Weise diene er «der Erhaltung eines göttlichen Werkes und damit der Erfüllung eines göttlichen Willens». Der nationalsozialistische «Kult» bestehe allein darin: «Pflege des Natürlichen und damit auch des göttlich Gewollten.»¹¹⁹

Über lange Jahre haben viele Beobachter im Nationalsozialismus eine Art politische Religion gesehen.¹²⁰ Sein Gebrauch einer religiösen Sprache, Liturgie und Symbolik, sein unbezweifelbares und unabänderliches Dogma, seine Verehrung Hitlers wie einen Messias, der gekommen war, um das deutsche Volk aus seiner Schwäche, Entartung und Verdorbenheit zu erlösen, seine Dämonisierung des Juden als universellen Feind, seine Verheissung, dass das einzelne Individuum gequält von Zweifeln und Verzweiflung nach der Niederlage Deutschlands 1918 in einer strahlenden Gemeinschaft der Gläubigen wiedergeboren würde – das alles erinnerte stark an eine Religion, ohne ihre übernatürlichen Elemente und angewandt auf die Welt, in der die Menschen tatsächlich lebten. Die Nationalsozialisten zögerten nicht, die zehn Gebote oder das Glaubensbekenntnis den Zwecken eines nationalistischen Katechismus des Glaubens an Deutschland oder an Hitler anzupassen, noch schreckten sie davor zurück, eine Sprache zu verwenden, die Hitlers Sammlung seiner frühen Anhänger wie Göring und Goebbels in denselben Begriffen schilderte wie die biblische Erzäh-

lung die Sammlung der ersten Jünger durch Jesus.¹²¹ «Ihr habt einst die Stimme eines Mannes vernommen», sagte Hitler am 11. September 1938 auf dem Reichsparteitag in Nürnberg, «und sie schlug an eure Herzen, sie hat euch geweckt, und ihr seid dieser Stimme gefolgt.»¹²² Zweifellos war dies zu einem Grossteil darauf berechnet, desorientierte Menschen anzuziehen, die nach einer Lösung für die erdrückenden Probleme ihrer chaotischen Zeit suchten. Doch je mehr das Dritte Reich auf der anderen Seite den Versuch aufgab, die Kirchen gleichzuschalten, sondern sie vielmehr auszuschalten, desto mehr begann das Regime, eigene pseudoreligiöse Eigenschaften anzunehmen.¹²³ Aber man sollte sich hüten, die religiöse Metapher zu sehr zu strapazieren. Man könnte ebensogut den Nationalsozialismus anhand eines militärischen Bildes interpretieren: das Versprechen, die Niederlage in einen totalen Sieg umzumünzen, das Bild einer Nation im Gleichschritt, die ihre Feinde vernichtet und das zweifelnde Individuum in der begeisterten militärischen Masse aufgehen lässt, die hierarchische Befehlsstruktur mit dem grossen militärischen Führer an der Spitze und ähnliches; und obwohl Religion und Militarismus häufig miteinander Hand in Hand gingen, waren sie im wesentlichen ebenso häufig zwei ganz verschiedene und sich bekämpfende Kräfte.¹²⁴

Der Nationalsozialismus als Weltanschauung war keine Religion und dies nicht einfach nur, weil Hitler das gesagt hatte oder weil er nichts über das Jenseits oder die Unsterblichkeit der menschlichen Seele zu sagen hatte, wie alle echten Religionen, sondern auch und vor allem, weil er dafür zu inkohärent war. Führende Nationalsozialisten vergeudeteten ihre Zeit nicht damit, über die Feinheiten ihrer Weltanschauung zu disputieren wie die mittelalterlichen Scholastiker oder deren modernes Äquivalent, die marxistisch-leninistischen Philosophen. Es gab kein heiliges Buch des Nationalsozialismus, dem die Menschen ihre Maxime für den Tag entnahmen, wie die Bürokraten es im Russland Stalins mit den Büchern von Marx, Engels und Lenin getan haben: Hitlers *Mein Kampf*, von dem jeder gute deutsche Haushalt ein Exemplar im Bücherregal stehen hatte (zumindest wurde dies erwartet), war zu langatmig, zu weitschweifig, zu autobiographisch, um für diesen Zweck brauchbar zu sein. Und schliesslich versprach der Nationalsozialismus auch keinen irgendwie gearteten Endsieg,

dem eine Art himmlischer Zustand folgen würde; er war vielmehr die Lehre eines ewigen Kampfes, eines Konflikts ohne Ende. Es gab nichts Universelles an seiner Anziehungskraft wie bei den grossen Weltreligionen oder den grossen politischen Ideengebäuden wie dem Sozialismus und Kommunismus: Er richtete sich nur auf einen einzigen schmalen Ausschnitt der ganzen Menschheit, die Deutschen, und schloss alle anderen von seinen Segnungen aus. Konservative Philosophen in der Zeit um die Jahrhundertmitte behaupteten gewöhnlich, der Nationalsozialismus als politische Religion habe das Bedürfnis nach einem religiösen Glauben befriedigt, das bei Millionen Deutschen empfunden wurde, die durch den Säkularismus der Moderne beraubt worden seien. Aber seine Anziehungskraft lässt sich darauf nicht reduzieren. Millionen Katholiken widersetzten sich ihm oder blieben relativ immun. Millionen Protestanten, von denen viele tief gläubig waren wie die Deutschen Christen, taten oder blieben dies nicht. Millionen Deutsche wiederum behaupteten sich gegenüber den ideologischen Schmeicheleien des Nationalsozialismus, obwohl sie in den atheistischen und antiklerikalen politischen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung aufgewachsen waren.¹²⁵

Religion bedeutet nicht zwangsläufig eine Ablehnung der Demokratie, der Rationalität oder der Toleranz; einige Historiker haben darauf hingewiesen, dass auch die Arbeiterbewegung ihre Fahnen, ihre Rituale, ihr Dogma und ihre Eschatologie hatte, auch wenn nichts von alledem die Sozialdemokraten daran hinderte, sich auf die Seite der Demokratie, der Rationalität und der Toleranz zu schlagen. Und schliesslich bleiben Dogmatismus, Glaube an einen grossen Führer, Intoleranz oder der Glaube an eine künftige Erlösung aus den gegenwärtigen Übeln nicht auf religiöse Denk- oder Verhaltensweisen beschränkt. Die Verwendung halbreligiöser Symbole und Rituale durch den Nationalsozialismus war durchaus real, aber sie war weit mehr eine Frage des äusseren Stils als der Substanz. «Hitlers bemühte Usurpation religiöser Funktionen war vielleicht die Verschiebung eines Hasses auf die christliche Tradition: der Hass eines Abtrünnigen.»¹²⁶ Der wahre Kern der nationalsozialistischen Vorstellungen lag in dem von Hitler in seiner Rede vom September 1938 proklamierten Glauben an die Wissenschaft – oder was die Nationalsozialisten darunter verstanden – als Grundlage ihres Handelns.

Die Wissenschaft verlangte die Förderung der Interessen nicht Gottes, sondern des Menschengeschlechts und vor allem der germanischen «Rasse» und ihrer Zukunft in einer Welt, die von den unentrinnbaren Gesetzen der darwinschen Konkurrenz zwischen verschiedenen «Rassen» und verschiedenen Individuen beherrscht würde. Das war das einzige Kriterium für Moral, das den Vorrang hatte vor den Geboten der Liebe und des Mitgefühls, die stets ein wesentliches Element in den Glaubenssätzen der grossen Weltreligionen gebildet haben.¹²⁷ Eine Konzeptualisierung des Nationalsozialismus als eine politische Religion ist schliesslich nicht nur rein deskriptiv, sondern auch zu allgemein, um Erkenntnisse zu ermöglichen; es sagt wenig darüber, wie der Nationalsozialismus funktionierte oder welcher Art seine Anziehungskraft für unterschiedliche Gruppen in der deutschen Gesellschaft war. Das Unvermögen des Dritten Reiches, einen Ersatz für das Christentum zu finden, ja die Schwäche der Versuche, die es in dieser Hinsicht überhaupt unternahm, zeigte sich nirgends deutlicher als in seiner Politik gegenüber der Jugend des Landes, Deutschlands Zukunft.

Die Eroberung der Jugend

«Fast in jeder Klasse hängt ein Bild von Adolf Hitler, im Treppenhause hat neben der Gedächtnistafel ein besonders wertvolles, aus den Mitteln der Nöltingstiftung angeschafftes Bild des Führers einen Ehrenplatz erhalten. Lehrer und Schüler grüssen sich vor Beginn und nach jeder Stunde mit dem deutschen Gruss. Grössere politische Reden hörten die Schüler durch Rundfunkübertragung in der Aula.»

Das berichtete der Direktor eines Gymnasiums mit Realschule in Wismar am Ende des Schuljahrs 1933/34, ein Jahr des, wie er schrieb, «Hineinwachsens in die Gedankenwelt des neuen nationalsozialistischen Staates». ¹²⁸ Der Anpassungsprozess war seinem Bericht zufolge erleichtert worden durch die Mitgliedschaft des Lehrkörpers im Nationalsozialistischen Lehrerbund und der Schüler in der Hitlerjugend. Er wurde zudem vorangetrieben durch einen Strom neuer Bestimmungen und Richtlinien der Reichsregierung in Berlin und der Landesbehörden in anderen Teilen Deutschlands. Bereits am 30. Juli 1933 legte eine Reichsverordnung «Richtlinien für die Geschichtsbücher» fest, denzufolge der Geschichtsunterricht von nun an den «heldische[n] Gedanke[n] in seiner germanischen Ausprägung, verbunden mit dem Führergedanken» in den Mittelpunkt stellen sollte. Sehr bald mussten die Schüler Aufsätze schreiben zu Themen wie «Hitler als Vollender der deutschen Einheit», «Die nationale Revolution als Beginn eines neuen Zeitalters», «Der Film ‚Hitlerjunge Quex‘ als Kunstwerk» und «Ich bin ein Deutscher (Ein Wort des Stolzes und der Pflicht)». Bei einem der Schüler ging die Phantasie durch als er einen Aufsatz über «Adolf Hitler als Knabe» schreiben sollte:

«Der Junge Adolf Hitler war kein Stubenhocker. Gern tollte er mit anderen Knaben im Freien herum. Wo blieb er denn heute wieder so lange? Unruhig ging seine Mutter vom Herd zum Tisch, schüttelte den Kopf, sah nach der Uhr und machte sich arge Gedanken,

was wohl mit dem Adolf wieder los sei. Vor ein paar Stunden hatte sie vom Fenster aus gesehen, wie er mit einem Dutzend Buben loszog, die den schwächigen Adolf fast alle um Kopfeslänge überragten und ihn, wenn es sein musste, ordentlich verdreschen konnten. Da ging die Tür auf und hereinstürmte mit zerbeultem Kopf und zerkratzttem Gesicht, aber mit blitzenden Augen ihr Adolf und rief: ‚Mutter, heute haben mich meine Kameraden zu ihrem General gemachte›¹²⁹

Ein anderes Kind, ein Volksschüler, konnte auf die Frage «Waren unsere germanischen Vorfahren Barbaren?» sogleich eine Parallele zur jüngsten Vergangenheit ziehen: «Die Behauptung, dass unsere germanischen Vorfahren Barbaren waren», schrieb er, «ist ebenso eine Lüge wie beispielsweise die Lüge von der Alleinschuld Deutschlands am Weltkrieg. Es steht fest, dass die Germanen schon in der Steinzeit auf einer hohen Kulturstufe gestanden haben.»¹³⁰ Der nationalsozialistische Totenkult fand seinen Weg ebenfalls in den Schulunterricht, da die Schüler über Horst Wessel und andere «Märtyrer» der nationalsozialistischen Sache schreiben mussten. «Wir dürfen auch nicht die vergessen, die für die Bewegung fielen», schrieb ein Vierzehnjähriger 1938 und fügte hinzu: «Über all das müssen wir an unsern eigenen Tod denken.»¹³¹

Zahlreiche Aufsatzfragen verlangten von den Schülern aller Altersstufen auch, die antisemitische Galle wieder von sich zu geben, die das Regime ihnen eingeflößt hatte. Erna, eine Volksschülerin, schickte ihren Aufsatz der Redaktion von Streichers *Der Stürmer* ein und bekannte bereitwillig, sie lese ihn regelmässig. Unter dem Aufsatzthema «Die Juden sind unser Unglück» schrieb sie: «Leider sagen heute noch viele: ‚Die Juden sind auch Geschöpfe Gottes. Darum müsst ihr sie auch achtens Wir aber sagen: ‚Ungeziefer sind auch Tiere, trotzdem vernichten wir es.‘» Es kam aber auch vor, dass Schüler zumal aus Arbeitervierteln einen anderen Standpunkt einnahmen. So hiess es beispielsweise in einem der Deutschlandberichte der SPD 1935:

«Bei einer Unterrichtsstunde, die den Kriegsgefallenen gewidmet war, erwähnte der Lehrer auch, dass sehr viele Juden gefallen wären. Sofort platzte ein Nazijunge mit der Bemerkung heraus: ‚Die sind vor Angst verreckt! Die Juden haben kein deutsches Vater-

land !' Daraufhin sagte ein anderer Schüler: ‚Wenn Deutschland nicht ihr Vaterland ist und sie trotzdem dafür sterben, ist das noch mehr als Heldentums›¹³²

Aus einem 1938 verfassten Schüleraufsatz spricht dagegen die Auswirkung einer jahrelangen Indoktrinierung der deutschen Jugend: «Der Jude», stand dort, «bildet keine Rasse für sich, sondern er ist ein Abkömmling der asiatischen und der orientalischen Rasse mit negridem Einschläge.» Die Juden hätten in der Weimarer Republik 60 Prozent der höheren Beamten gestellt (eine Angabe, die um ein Mehrfaches über dem tatsächlichen Anteil lag), und «auch das Theater war vollkommen verjudet», eine ebenfalls masslose Übertreibung. Dessenungeachtet wird «man noch nie einen arbeitenden Juden gesehen haben, denn dieser ist nur bestrebt, seinen Mitmenschen, den Nichtjuden, das schwerverdiente Geld abzugaunern». Juden, heisst es zum Abschluss, «hatten das deutsche Volk in den Abgrund gewirtschaftet. Diese Zeit ist vorbei.»¹³³

In diesen Aufsätzen wurde eine dramatische Veränderung in der von oben angeordneten Ausrichtung des Unterrichts sichtbar. Das Fach Geschichte, so verfügte eine am 9. Mai 1933 von Reichsinnenminister Wilhelm Frick erlassene Verordnung, müsse an den Schulen eine beherrschende Stellung einnehmen. Die Vorstellung, Geschichte müsse objektiv sein, konnte man in der *Allgemeinen Deutschen Lehrerzeitung* vom 9. August 1933 lesen, sei ein Irrtum des Liberalismus. Das Ziel von Geschichte sei es, den Schülern beizubringen, dass das Leben immer von einem Kampf beherrscht werde, dass «Rasse» und Blut im Mittelpunkt von allem ständen, was in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft geschehen sei und noch geschehe, und dass das Geschick der Völker von Führerschaft bestimmt werde. Zu den Schwerpunkten des neuen Unterrichts gehörten der Mut im Kampf, das Opfer für eine grössere Sache, die grenzenlose Bewunderung des «Führers» und der Hass auf die angeblichen Feinde Deutschlands, die Juden.¹³⁴ Solche Themen fanden auch Eingang in andere Unterrichtsfächer. Ab Herbst 1933 musste beispielsweise im Biologieunterricht «Vererbungslehre, Rassenkunde, Rassenhygiene, Familienkunde und Bevölkerungspolitik» durchgenommen werden.¹³⁵ Alle Schulbübeln mussten mit einem Bild Hitlers, häufig umringt von einer Kinderschar, ausgestattet sein. Dieses prangte entweder auf dem vorderen Einband oder

auf der Seite hinter dem Deckblatt, manchmal auch auf beidem. Erstklässler mussten Verse wie die folgenden auswendig lernen:

«Mein Führer!

Ich kenne dich wohl und habe dich lieb wie Vater und Mutter.

Ich will dir immer gehorsam sein wie Vater und Mutter.

Und wenn ich gross bin, helfe ich dir wie Vater und Mutter,

Und freuen sollst du dich an mir.»¹³⁶

Lesebücher wie das 1936 erschienene *Deutsche Lesebuch* waren voll von Geschichten über Kinder, die dem «Führer» halfen, über das gesunde Leben auf dem Dorf oder über das Glück «arischer» Familien mit zahlreichen Kindern. Besonders beliebt war eine Geschichte von Hitlers Pressechef Otto Dietrich, in der von Hitlers Mut erzählt wurde, als er während des Wahlkampfes im April 1932 im Flugzeug in einen schweren Sturm geriet. Die Gelassenheit des «Führers» übertrug sich auf Dietrich und die anderen Parteigenossen im Flugzeug, die das Schlimmste befürchteten, als der Sturm die Maschine kräftig schüttelte.¹³⁷ Bis zur Mitte der dreissiger Jahre gab es kaum noch ein Schullesebuch, das nicht die eine oder andere NS-Institution positiv darstellte.¹³⁸ Bilderbücher für Kinder im Vorschulalter stellten Juden als finstere Gestalten dar, die an dunklen Ecken ahnungslosen deutschen Kindern auflauerten.¹³⁹

Manche Schulbücher aus der Weimarer Zeit blieben noch eine Zeitlang allgemein in Gebrauch, auch wenn sie auf lokaler Ebene und in den einzelnen Schulen immer häufiger zensiert wurden, und frühzeitig wurden die staatlichen Schulbuchkommissionen «gesäubert» und mit linientreuen Nationalsozialisten besetzt. Ständig erliessen die Kultusministerien in den einzelnen Ländern neue Richtlinien, während gleichzeitig die Organisationen des NS-Lehrerbunds in den einzelnen Ländern neue Unterrichtsmaterialien herausgaben. Somit kannten die Lehrer innerhalb weniger Monate nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten die Grundprinzipien, nach denen sie unterrichten mussten. Richtlinien vom Januar 1934 bestimmten, dass die Schüler «im nationalsozialistischen Geiste» zu erziehen seien.¹⁴⁰ Zur Unterstützung der praktischen Arbeit hatte beispielsweise die Breslauer Ortsgruppe des NS-Lehrerbundes bis Anfang 1936 über hun-

dert zusätzliche Broschüren herausgegeben, in denen Themen behandelt wurden wie «5'000 Jahre Hakenkreuz» oder «Der Jude und die deutsche Person». Sie wurden für 11 Pfennig das Stück an die Schüler verkauft. An manchen Schulen liessen die Lehrer die Schüler auch Artikel aus Streichers *Der Stürmer* vorlesen.¹⁴¹ Zu alledem kamen eine ganze Reihe von Anforderungen der Reichsregierungen, von der obligatorischen Teilnahme an Versammlungen in der Aula zu den Zeiten, an denen eine Hitlerrede im Rundfunk übertragen wurde, bis zur Teilnahmepflicht bei der Vorführung von Filmen aus dem Reichspropagandaministerium ab 1934 sowie Filmen, von denen man annahm, dass sie bei den Jugendlichen Anklang finden würden, wie *Hitlerjunge Quex* und *Hans Westmar*. In allen Schulen wurden die Schulbüchereien durchgekämmt; Bücher, die nicht dem «nationalsozialistischen Geiste» entsprachen, wurden entfernt und durch NS-Literatur ersetzt. Immer häufiger musste der Unterricht ausfallen, damit Lehrer und Schüler die üblichen Gedenktage feiern konnten, vom «Geburtstag des Führers» bis zum Tag des Hitlerputsches, an dem der «Gefallenen der Bewegung» gedacht wurde. An den Anschlagtafeln in den Schulen hingen NS-Plakate, die zu der allgemeinen Atmosphäre einer frühzeitigen Indoktrinierung im Dritten Reich beitrugen.¹⁴²

Ab 1935 wurden die regionalen Initiativen um zentrale Lehrpläne erweitert, die den Unterrichtsstoff in den verschiedensten Fächern für die einzelnen Schuljahre festlegten. Ab 1938 deckten diese Lehrpläne sämtliche Schuljahre und die meisten Fächer ab, selbst solche, in denen die nationalsozialistische Weltanschauung keinerlei unmittelbare Rolle spielte.¹⁴³ Der Deutschunterricht sollte Sprachmuster als das Produkt «rassischer» Abstammung, deutsche Wörter als Instrumente eines deutschen Nationalbewusstseins und Sprachmodi als Ausdruck des Charakters erklären.¹⁴⁴ Selbst der Physikunterricht wurde umorientiert; Schwerpunkte sollten militärtechnisch relevante Gebiete sein wie etwa Ballistik, Aerodynamik und Funkverkehr, auch wenn die Vermittlung physikalischer Grundkenntnisse natürlich keinerlei direkte politische Bezüge hatte.¹⁴⁵ Biologie wurde zur «Rassenkunde».¹⁴⁶ Ab 1935 gab es auch Rechenbücher, die vom Reichserziehungsministerium herausgegeben wurden. Ein Hauptmerkmal dieser Bücher war das «Sozialrechnen». Hierzu gehörten Rechenaufgaben, mit

denen eine unterschwellige Indoktrinierung erreicht werden sollte, wenn den Schülern beispielsweise die Aufgabe gestellt wurde, auszurechnen, was den Staat der Unterhalt eines geistig Behinderten in einem Heim kostete.¹⁴⁷ «Der nordischfälische Blutsanteil im deutschen Volke», lautete eine dieser Aufgaben, «wird nach Schätzung auf 4/5 der Bevölkerung veranschlagt. Der dritte Teil davon kann als blond angenommen werden. Wieviel Blonde müsste es demnach in Deutschland von 66 Millionen geben?»¹⁴⁸ Im Erdkundeunterricht sollten «Heimatgedanke», «Rassegedanke», «heldischer Gedanke» und «organischer Gedanke» im Vordergrund stehen – so lauteten die Überschriften über den einzelnen Kapiteln eines Handbuchs für den Erdkundelehrer. Das Klima wurde mit der «Rasse» in Verbindung gebracht, und den Lehrern wurde nahegelegt, die Beschäftigung mit dem Orient als Einführung in die «Judenfrage» zu nutzen.¹⁴⁹ Zahlreiche Heimat- und Erdkundebücher benutzten Begriffe wie «Lebensraum» und «Blut und Boden» und vermittelten den Mythos der Überlegenheit der «germanischen Rasse».¹⁵⁰ Weltkarten und neue Schulbücher hoben die Bedeutung der Geopolitik oder der Parole «ein Volk, ein Reich» hervor oder verfolgten die Ausdehnung germanischer Stämme in Ostmitteleuropa im frühen Mittelalter.¹⁵¹

II

Trotz all dieser Entwicklungen behielten die Lehrer in manchen Situationen noch einen gewissen Spielraum. Viele Dorfschulen waren winzig klein, und die Mehrzahl aller Volksschulen hatte 1939 nur eine oder zwei Klassen. Die Lehrer an diesen Schulen konnten das vorgeschriebene Unterrichtsmaterial bis zu einem gewissen Grad selbst interpretieren. Ausserdem gab es anscheinend einige Schulbuchautoren, die stillschweigend mit Beamten im Reichserziehungsministerium zusammenarbeiteten und in ihren Schulbüchern zu einem Gutteil ideologisch neutrales Material unterbrachten, was den Lehrern, die eher pädagogische als ideologische Ziele verfolgten, die Möglichkeit einer begrenzten Auswahl bot.¹⁵² Ein Handbuch für Volksschullehrer, 1938 vom NS-Lehrerbund herausgegeben,

legte Wert auf die Feststellung, dass die drei Grundfächer Lesen, Schreiben, Rechnen Kern des Lehrplans bleiben müssten. Kinder würden der Nation besser dienen, erklärte der Autor, wenn sie grundlegende Fertigkeiten im Schreiben und Rechnen beherrschten, bevor sie zu sekundären Aufgaben übergingen.¹⁵³ Die intelligenteren Schüler wie der spätere Künstler Joseph Beuys, der während jener Zeit in einer katholischen Gegend Westdeutschlands zur Schule ging, erinnerten sich später, dass sie erkennen konnten, welche ihrer Lehrer «unterschwellige Gegner» des Regimes waren; manchmal distanzieren sie sich durch bestimmte Gesten, die sie im Fall einer Vorhaltung leicht abstreiten konnten, indem sie beispielsweise eine ungewöhnliche Körperhaltung beim Hitlergruss einnahmen.¹⁵⁴ Ein Lehrer an einer Schule in Köln grüßte seine Klasse ironisch jeden Morgen mit den Worten: «Heil, Ihr alten Germanen!» Viele liessen deutlich erkennen, dass sie der NS-Weltanschauung lediglich Lippenbekenntnisse leisteten.¹⁵⁵ Doch solche Zweideutigkeiten konnten dem Unterricht auch beträchtlich schaden. Ein Mädchen, das Deutschland 1939 mit sechzehn Jahren verliess, schilderte später, die Kinder hätten durchaus gewusst, dass viele der Lehrer

«so tun mussten, als wären sie Nazis, um ihre Stelle zu behalten, und die meisten Lehrer hatten eine Familie, die zu ihrem Unterhalt auf sein Einkommen angewiesen waren. Wenn jemand befördert werden wollte, musste er zeigen, was er für ein prima Nazi war, ob er wirklich glaubte, was er sagte, oder nicht. In den beiden letzten Jahren war es für mich sehr schwer, jeglichen Unterricht zu akzeptieren, weil ich nie wusste, wie weit der Lehrer daran glaubte oder nicht.»¹⁵⁶

Eine offene Distanzierung vom Nationalsozialismus in den Schulen war schon lange vor dem Beginn des Kriegs praktisch unmöglich.¹⁵⁷

Als Beamte fielen die Lehrer unter die Bestimmungen des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933, und politisch unzuverlässige Pädagogen wurden sehr bald durch ein Netz von Untersuchungskommissionen des preussischen Kultusministers Bernhard Rust ausfindig gemacht, der selber ein Lehrer und Gauleiter von Hannover-Süd war. Mit aktiven Nationalsozialisten besetzt und von den Gau-, Kreis- und Ortsgruppenleitern kontrolliert, bewirkten diese Ausschüsse

die Entfernung von 157 der 1'065 Direktoren höherer Schulen in Preussen, 37 der 515 Oberstudienräten und 280 der 11'348 verbeamteten Lehrer. Nicht weniger als 23 von 68 oder 33 Prozent aller Direktorinnen höherer Schulen in Preussen wurden entlassen.¹⁵⁸ In manchen Gegenden war der Prozentsatz noch höher. In Berlin beispielsweise, der Hochburg der Sozialdemokraten und Kommunisten, wurden 83 von 622 Schulleitern entlassen, und fortschrittliche Institutionen wie die Karl-Marx-Schule im Arbeiterbezirk Neukölln wurden nach den Vorstellungen der Nationalsozialisten umorganisiert, wobei hier 43 von 74 Lehrern ihre Stelle verloren.¹⁵⁹ Die jüdischen Lehrer, die im April 1933 noch im Schuldienst geblieben waren, wurden 1935 in den vorzeitigen Ruhestand geschickt; zwei Jahre später wurde es Juden und «Halbjuden» offiziell verboten, an nichtjüdischen Schulen zu unterrichten.¹⁶⁰ Die Tatsache, dass nur ein relativ kleiner Anteil der nichtjüdischen Lehrer aus dem Schuldienst entfernt wurde, lässt vermuten, dass die grosse Mehrheit der Lehrer dem NS-Regime allgemein nicht ablehnend gegenüberstand. Sie waren sogar vor 1933 eine der überrepräsentierten akademischen Gruppen in der NSDAP und ihren oberen Rängen, worin unter anderem eine weit verbreitete Unzufriedenheit über Gehaltskürzungen, Entlassungen und Stellenverluste zum Ausdruck kam, als der Staat während der Wirtschaftskrise die Ausgaben einschränkte.¹⁶¹

Der 1927 von einem weiteren Lehrer und späteren Gauleiter, Hans Schemm, gegründete NS-Lehrerbund steigerte seine Mitgliederzahl schnell von 12'000 Ende Januar 1933 auf 220'000 zum Ende des Jahres, da die Lehrer darum kämpften, durch diese sichtbare Bekundung ihrer Loyalität zum neuen Regime ihre Stellen zu sichern. 1936 waren volle 97 Prozent aller Lehrer Mitglied, rund 300'000, und ein Jahr später gingen in dieser Organisation alle noch verbliebenen akademischen Berufsverbände auf. Einige, wie der Katholische Lehrerbund im Jahr 1937, wurden zwangsaufgelöst. Andere, wie Fachgruppen von Lehrern in bestimmten Disziplinen, bestanden als separate Gebilde oder Untergruppen des NS-Lehrerbundes fort. Der Lehrerbund musste sich anfangs gegen eine Konkurrenzorganisation behaupten, die Deutsche Erziehergemeinschaft, die von Reichsinnenminister Wilhelm Frick unterstützt wurde, doch er blieb siegreich. Ab dem 6. Mai 1936 war der NS-Lehrerbund formell zuständig

für die politische Schulung der Lehrer, wozu er entsprechende Kurse einrichtete, die in der Regel ein bis zwei Wochen dauerten und in eigenen Übungslagern durchgeführt wurden. 215'000 Lehrer, die 1939 in deutschen Schulen tätig waren, hatten eine solche Schulung mitgemacht, zu der wie das Angebot in anderen nationalsozialistischen Übungslagern auch Wehrsportübungen, Märsche, Kampflieder und ähnliches gehörten und bei der alle Teilnehmer während der ganzen Zeit eine Art Militäruniform tragen mussten.¹⁶²

Der Druck auf die Lehrer, im «nationalsozialistischen Geiste» zu unterrichten, wurde nicht nur von oben ausgeübt. Ein unvorsichtiges Wort im Unterricht konnte zur Verhaftung des Lehrers führen. Eine 38jährige Lehrerin im Ruhrgebiet erzählte in ihrer Klasse von zwölfjährigen Schülern einen Witz und merkte zu spät, dass man diesen auch als Kritik am Regime auffassen konnte; trotz ihrer inständigen Bitte an die Schüler, den Witz nicht weiterzuerzählen, ging einer von ihnen, der einen Groll auf sie hatte, damit zu seinen Eltern, die sie sogleich bei der Gestapo anzeigten. Nicht nur die Lehrerin, die jede Absicht einer Staatsbeleidigung bestritt, auch fünf Schüler wurden vernommen. Sie hätten ihre frühere Lehrerin besser leiden können, sagte einer von ihnen, und fügte hinzu, dies sei nicht das erstemal gewesen, dass diese Lehrerin in der Klasse einen politischen Witz erzählt habe. Am 20. Januar 1938 wurde sie vom Sondergericht in Düsseldorf schuldig gesprochen und zu einer Geldbusse verurteilt; ihre dreiwöchige Untersuchungshaft wurde angerechnet. Sie war bereits unmittelbar nach dem Vorfall aus dem Schuldienst entlassen worden. In alltäglichen Unterrichtssituationen, die angefüllt waren mit den verschiedenartigsten politischen Pflichten, muss die Angst vor Denunziationen weitverbreitet gewesen sein. Lehrer und Lehrerinnen, die unter Verdacht standen, erhielten häufige Unterrichtsbesuche von den Schulräten, und jeder Lehrer, der versuchte, den Einfluss des zunehmend ideologisierten Unterrichts, den er halten musste, zu reduzieren, «muss[te] sich aber jedes Wort gut überlegen, da die Kinder der alten ‚Pgs.‘ ständig auf der Lauer l[a]gen, um denunzieren zu können».¹⁶³

Der Konformitätsdruck wirkte in beide Richtungen; Kinder, die beispielsweise den verlangten Hitlergruss nicht zeigten, konnten bestraft werden. In einem Fall hatten katholische Schulmädchen einander mit der Formel «H.u.S.n.w.K.» gegrüsst und einer «Nazisse» unter dem Siegel

strengster Verschwiegenheit offenbart, es sei die Abkürzung für «Heil und Sieg nie wieder Krieg». Sie wurden natürlich denunziert, und die Polizei leitete eingehende Ermittlungen ein. Der grosse Wert, den das Regime auf körperliche Tüchtigkeit und militärische Disziplin legte, kam den traditionalistischen Zuchtmeistern und Schleifern ebenso entgegen wie den frischgebackenen Nationalsozialisten in den Lehrerkollegien. Körperstrafen und Schläge wurden in den Schulen wieder üblich, als der militärische Geist in das Schulsystem zurückkehrte. «In seinem Unterricht», schrieb ein Schuldirektor anerkennend, «weht ein scharfer preussischer Wind, der schlaffen und faulen Schülern nicht gut bekommt.» Schüler, die nicht geradesassen oder nicht aufrecht standen, wenn sie angesprochen wurden, oder die in irgendeiner Form «Schlaffheit und Weichheit» zeigten, hatten es bei eingeleiteten Nazis und autoritären Persönlichkeiten unter den Lehrern schwer.¹⁶⁴

Die Lehrer wiederum sahen sich einem Sperrfeuer der Kritik von erwachsenen NS-Aktivisten ausgesetzt, allen voran Hitler selbst, bis hin zu einem «Ton der Verächtlichmachung des Erzieherstandes», den eine Lehrergruppe aus den Reden Baldur von Schirachs heraushörte. Das Ergebnis einer so unverhohlenen Verachtung war, «dass kein Mensch mehr den Lehrberuf ergreifen will, da der Erzieherstand nicht mehr geachtet wird und von oberen Stellen so behandelt wird».¹⁶⁵ Diese Beschwerde war keineswegs aus der Luft gegriffen. Der anhaltende Druck durch die Regierung, an allen Ecken und Enden zu sparen, weil die Rüstung den Vorrang hatte, wirkte ebenfalls abschreckend. In kleinen Dorfschulen kamen die Lehrer mit ihrem Gehalt immer weniger zurecht, da sie ihrer traditionellen zusätzlichen Einkommensquellen als Dorfschreiber beraubt waren, während andere angesichts des zunehmenden Konflikts zwischen Kirche und Staat nicht mehr als bezahlte Kirchenorganisten und Chorleiter arbeiten konnten.¹⁶⁶ Eine wachsende Zahl von Lehrern liess sich in den vorzeitigen Ruhestand versetzen oder suchte sich eine andere Arbeitsstelle. 1936 gab es an den Volksschulen 1'335 unbesetzte Lehrerstellen; bis 1938 war diese Zahl auf knapp 3'000 gestiegen, während die jährlich rund 2'500 Abgänger von pädagogischen Hochschulen weit von dem geschätzten Bedarf von 8'000 neuen Lehrern im Jahr entfernt war.¹⁶⁷ Infolgedessen war die durch-

schnittliche Klassenstärke in allen Schulen bis 1938 auf 43 Schüler angestiegen gegenüber 37 Schülern elf Jahre zuvor, während weniger als 7 Prozent aller Lehrer an höheren Schulen jetzt unter 40 Jahre alt waren.¹⁶⁸

Bei den Lehrern, die bei ihrem Beruf geblieben waren, verflüchtigte sich bald ein Grossteil der Begeisterung, mit der so viele von ihnen die Ankunft des Dritten Reiches begrüsst hatten. Die Militarisierung der Erziehung an den Schulen hatte eine zunehmende Ernüchterung zur Folge. «Wir sind jetzt nur noch eine Abteilung des Heeresministeriums», hörte man 1934 von den Lehrern.¹⁶⁹ Besonders unbeliebt waren die Schulungslager.¹⁷⁰ Wehrsportübungen und Offizierskurse nahmen einen immer grösseren Teil ihrer Zeit in Anspruch.¹⁷¹ Schulleitern und -Verwaltern wurde das Leben schwergemacht durch immer neue Bestimmungen und Verordnungen, die von den unterschiedlichsten Behörden kamen und sich nicht selten widersprachen. Ein sozialdemokratischer Beobachter schilderte die Lage Ende 1934 in drastischen Worten:

«Was in einem Jahrhundert lebendigster Mitwirkung der Lehrerschaft aufgebaut wurde, ist seinem Wesen nach nicht mehr da. Nur das äussere Gerippe steht noch, die Schulhäuser und die Lehrer und Schüler sind noch da, aber der Geist und die innere Organisation sind hin. Sie sind von oben her mutwillig zerstört worden. Kein Gedanke mehr an Arbeitsschulmethodik und freien Unterricht. An ihrer Stelle stehen Lern- und Prügelschule, vorgeschriebene Lehrmethode und ängstlich engumgrenzter Stoff. Anstelle der Lernfreiheit steht engstirnigste Schulaufsicht und Spitzelei. Kein freies Wort, keine innere persönliche Fühlungnahme ist Lehrern und Schülern gestattet. Das ganze Geschehen aber wird überlagert von militärischem Geist und Drill.»¹⁷²

In praktisch jeder Schule gab es mindestens zwei oder drei fanatische Nationalsozialisten unter den Lehrern, die jederzeit bereit waren, Kollegen zu denunzieren, wenn diese nichtkonforme Ansichten äusserten. Die Rücksichtsvolleren unter ihnen warnten ihre Kollegen sogar offen, sie seien verpflichtet, Meldung zu machen, wenn etwas Regimekritisches geäussert werden sollte. Das Lehrerzimmer wurde zu einem Ort, den man mied. Lebendiger Gedankenaustausch war nicht mehr möglich. Ein Schulleiter, wie

aus Bremen berichtet wurde, «geisselt [e] in scharfen Worten das Heraus-
tragen von vertraulichen Beschlüssen und das Schreiben anonymer Briefe,
die selbst an die politische Polizei gerichtet wurden», und forderte das Leh-
rerkollegium auf, «diese Ehrabschneiderei und das verwerfliche Denunzi-
antentum» zu beenden. Der Schulleiter zeichnete ein düsteres Bild von der
veränderten Atmosphäre in den Lehrerzimmern des Landes; darüber hin-
aus war er eine seltene Ausnahme von der Norm.¹⁷³ Die frühere Selbstver-
waltung der Volksschulen wurde abgeschafft und stattdessen das Führer-
prinzip eingeführt; ab 1936 durfte der Schulleiter nicht mehr aus dem Kol-
legium gewählt, sondern musste von aussen ernannt werden.¹⁷⁴ Das ver-
stärkte noch das Führerprinzip, da der Schulleiter jetzt der «Führer» der
Schule war und die Lehrer sein «Gefolge», die keine Mitspracherechte bei
der Führung der Schule mehr hatten, sondern nur noch Anweisungen von
oben ausführen mussten.¹⁷⁵ In vielen Schulen mussten die Lehrer sich auch
mit der Anwesenheit von alten SA-Männern abfinden, die eine Stelle als
Hausmeister erhalten hatten oder sogar im Rang über ihnen eingestellt
wurden.¹⁷⁶ Zwei oder drei «Schulhelfer» wurden ernannt, um den Lehrern
zu helfen; deren regelmässige Präsenz im Unterricht wurde von vielen
Lehrern als sehr störend empfunden, die in ihnen zu Recht politische Über-
wacher sahen. Die meisten von ihnen hatten keine Fachkenntnisse, und
viele verfügten über keine besondere Schulbildung. Ihr häufiges Erschei-
nen und ihre pädagogische Inkompetenz provozierten das unter den Leh-
rern kursierende Spottwort: «Die Schulhelfer ähneln dem Blinddarm:
leicht reizbar und entbehrlich!»¹⁷⁷

III

Im Lauf der Zeit begann die NSDAP angesichts der systemimma-
nenten Trägheit des Bildungswesens dieses ganz zu umgehen und nach
neuen Wegen der Indoktrinierung der Jugend zu suchen. Als erstes kam
hierfür die Hitlerjugend in Frage, vor 1933 ein relativ erfolgloser Ableger
der NS-Bewegung im Vergleich etwa zum Nationalsozialistischen Deut-
schen Studentenbund. Zu jener Zeit konnte die Hitlerjugend zahlenmässig

nicht mit den Gruppen der grossen katholischen und protestantischen Jugendorganisationen, der Parteienjugend und der hündischen Jugendbewegung mithalten, die die Tradition des Wandervogels und ähnlicher, lose organisierter Gruppen der hündischen Jugend aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg fortsetzten. Diese Jugendorganisationen liessen die Hitlerjugend in ihren Anfangsjahren verschwindend klein erscheinen. Sie zählte 1930 nicht mehr als 18'000 und 1932 gerade mal 20'000 Mitglieder. Bis zum Sommer 1933 jedoch hatte das neue Regime fast alle anderen Jugendorganisationen mit Ausnahme der Katholischen Jugend aufgelöst, deren Verbot, wie wir gesehen haben, wesentlich später erfolgte. Jungen und Mädchen wurden zunehmend unter Druck gesetzt, in die Hitlerjugend und die ihr angeschlossenen Organisationen einzutreten. Die Lehrer waren verpflichtet, Schüler, die nicht in der HJ waren, Aufsätze zu dem Thema «Warum bin ich nicht in der Hitlerjugend?» schreiben zu lassen, und Schüler, die nicht in die HJ eintraten, sahen sich dem fortwährenden Spott ihrer Lehrer im Klassenzimmer und ihrer Mitschüler auf dem Sportplatz ausgesetzt; als allerletztes Mittel konnte man ihnen beim Verlassen der Schule das Abgangszeugnis verweigern, wenn sie bis dahin immer noch nicht eingetreten waren. Arbeitgeber boten zunehmend nur noch Lehrstellen für HJ-Mitglieder an, ein besonders wirksames Druckmittel bei Schülern, die kurz vor ihrem Schulabschluss standen.¹⁷⁸

Ab Juli 1936 hatte die Hitlerjugend ein amtliches Monopol auf die Bereitstellung von Sportanlagen und Aktivitäten für alle Kinder unter 14 Jahren; bald darauf galt dasselbe Monopol auch für die Altersgruppe der Vierzehn- bis Achtzehnjährigen; praktisch konnten ab da keine Sportanlagen mehr von Nichtmitgliedern benutzt werden. Die Jugendlichen in der HJ erhielten unterrichtsfreie Tage, um an den HJ-Aktivitäten teilnehmen zu können. Die Folgen dieses Drucks wurden sehr bald sichtbar. Bis Ende 1933 waren 2,3 Millionen Jungen und Mädchen zwischen 10 und 18 Jahren in der Hitlerjugend. Ende 1935 näherte sich diese Zahl der Vier-Millionen-Grenze, und Anfang 1939 waren es 8,7 Millionen Mitglieder. Spätestens zu diesem Zeitpunkt konnten die Hitlerjugend und die ihr angeschlossenen Organisationen einen nahezu totalen Anspruch auf die Loyalität der jüngeren Generation erheben, zumal unter Berücksichtigung des Umstands, dass jüdischen Jugendlichen der Eintritt verwehrt war.

Mit dem 1. Dezember 1936 erhielt die HJ den Status einer offiziellen Erziehungsinstitution und wurde der bisherigen Aufsicht des Reichsinnenministeriums entzogen. Von nun an war sie eine autonome Organisation, die über ihren Führer Baldur von Schirach unmittelbar und allein Adolf Hitler unterstand. Nach dem 25. März 1939 war die Mitgliedschaft ab dem zehnten Lebensjahr obligatorisch, und den Eltern, die es versäumten, ihre Kinder rechtzeitig anzumelden, drohte eine Geldbusse oder sogar Gefängnishaft, falls sie aktiv versuchten, ihr Kind an einem Eintritt in die Organisation zu hindern.¹⁷⁹

Es waren vor allem die Hitlerjugend und ihre angeschlossenen Organisationen, durch die die Nationalsozialisten die neuen Deutschen der Zukunft heranbilden wollten. Bereits in *Mein Kampf* hatte Hitler der Darlegung seiner Ansichten über das Wesen und den Sinn der Erziehung im «rassischen» Staat, den er in Deutschland schaffen wollte, viel Platz eingeräumt.¹⁸⁰ «Der völkische Staat», schrieb er in *Mein Kampf*, «hat... seine gesamte Erziehungsarbeit in erster Linie nicht auf das Einpumpen blossen Wissens einzustellen, sondern auf das Heranzüchten kerngesunder Körper. Erst in zweiter Linie kommt dann die Ausbildung der geistigen Fähigkeiten. Hier aber wieder an der Spitze der Entwicklung des Charakters, besonders die Förderung der Willens- und Entschlusskraft... Ein Volk von Gelehrten wird, wenn diese dabei körperlich degenerierte, willensschwache und feige Pazifisten sind, den Himmel nicht erobern.» Eine rein wissenschaftliche Bildung sei nutzlos. «Das jugendliche Gehirn [sollte] im Allgemeinen nicht mit Dingen belastet werden, die es zu fünfundneunzig Prozent nicht braucht und daher auch wieder vergisst.» Die Behandlung wissenschaftlicher Themen verlange eine «Kürzung des Stoffes» und müsse auf die Interessen der «Rasse» bezogen sein. Der Geschichtsunterricht müsse gestrafft werden und sich darauf konzentrieren, den Patriotismus zu wecken. Im Übrigen habe «auch diese Erziehung unter dem Gesichtspunkt der Rasse ihre letzte Vollendung im Heeresdienst zu erhalten». Und schliesslich müsse die gesamte Bildungs- und Erziehungsarbeit des völkischen Staates ihre Krönung darin finden, dass sie den «Rassesinn» und das «Rassegefühl» instinkt- und verstandesmässig in Herz und Gehirn der ihr anvertrauten Jugend hineinbrenne.¹⁸¹

Diese Patentrezepte wurden auf die deutschen Schulen angewandt, wie wir gesehen haben, nachdem die Nationalsozialisten die Macht erobert

hatten, gestützt von den pädagogischen Lehren nationalsozialistischer Erziehungswissenschaftler wie Ernst Krieck, die jetzt die Grundlage in der Lehrerausbildung abgaben.¹⁸² Doch selbst nachdem das Regime das traditionelle Bildungs- und Erziehungswesen zentralisiert und vollkommen der staatlichen Kontrolle unterworfen hatte, war es zur Verwirklichung dieser Ziele noch immer nur von beschränktem Nutzen. Wie Hitler auf dem Reichsparteitag im September 1935 verkündete:

«In unseren Augen muss der deutsche Junge der Zukunft schlank und rank sein, flink wie die Windhunde, zäh wie Leder und hart wie Kruppstahl. Wir müssen einen neuen Menschen erziehen, Männer und Mädchen, die kerngesund und straff sind. Wir haben es unternommen, dem deutschen Volke eine Erziehung zu geben, die schon mit der Jugend anfängt und nimmer enden soll. Beim Kind beginnt sie und beim ‚alten Kämpfer‘ wird sie enden. Keiner soll sagen, dass es für ihn eine Zeit gibt, in der er ausschliesslich sich selbst überlassen sein kann.»¹⁸³

Bei der «Feierstunde an der Fahne» musste ein Hitler junge diesen Text auswendig aufsagen, während die Hakenkreuzfahne hochgezogen wurde.¹⁸⁴

Die Indoktrinierung, der die Jugendlichen in der Hitlerjugend ausgesetzt waren, hörte nicht mehr auf. Auch wenn sie bestimmte Elemente der bereits bestehenden Jugendorganisationen übernahm wie Wandern, Zelten, Lieder, Rituale, Zeremonien, Spiel und Sport, so war sie doch eine straff hierarchisch strukturierte Organisation, die nicht von Jugendlichen selbst geführt wurde wie der alte Wandervogel, sondern nach dem Führerprinzip von Reichsjugendführer Baldur von Schirach. Die Führung der Hitlerjugend erliess feste Richtlinien über die Aktivitäten, die ausgeübt werden sollten. Alle Neuzugänge mussten einen persönlichen Treueid auf Adolf Hitler schwören. Die Ausbildung war für alle Pflicht und rechtlich bindend. Jede Altersgruppe in der HJ musste im Rahmen eines Schulungsplans bestimmte Themen behandeln: 1. Jahr «Germanische Götter und Helden», 2. Jahr «Grosse Deutsche», 3. Jahr «20 Jahre Kampf um Deutschland», 4. Jahr «Adolf Hitler und seine Mitkämpfer»; später folgten etwa «Das Volk und sein Bluterbe». Die Lieder der Hitlerjugend waren

nationalsozialistische Lieder, ihre Bücher waren nationalsozialistische Bücher. In speziellen «Dienstbüchern» war festgehalten, wie der «Dienst» in der HJ ablaufen und die Führung erfolgen sollte.¹⁸⁵ Neben der körperlichen Ertüchtigung, die den ersten Platz einnahm, kamen besonders für die höheren Altersgruppen vormilitärische Ordnungsübungen, Marschdienst von Einheiten, Exerzierübungen, Appelle und ähnliches hinzu. Selbst die jüngsten Anwärter mussten vor ihrer endgültigen Aufnahme bestimmte sportliche Leistungen erbringen und wurden von einem Arzt auf ihre Tauglichkeit untersucht. Am 20. Februar 1938 gab Hitler im Reichstag folgende Bilanz über das HJ-Erziehungswerk:

«Die Marine-Hitlerjugend umfasst 45'000 Jungen. Die Motor-Hitlerjugend umfasst 60'000 Jungen. Im Dienste der Flugertüchtigung wurden 55'000 Angehörige des Deutschen Jungvolks im Segelflugwesen zu Gemeinschaftsarbeiten ausgebildet. 74'000 Hitlerjungen sind in den Fliegereinheiten der Hitlerjugend organisiert. 15'000 Jungen bestanden allein im Jahre 1937 ihre Gleit- und Segelflugprüfung. Im Kleinkaliberschiessen erhalten heute 1'200'000 Hitlerjungen regelmässigen Unterricht, der von 7'000 Schiesswarten geleitet wird.»¹⁸⁶

Zu diesem Zeitpunkt konzentrierte sich die Dienstausbildung auf das Einüben des Paradeschritts, Erlernen des Morse-Alphabets, Kartenlesen und ähnliche Aktivitäten bei den Jungen, während bei den Mädchen Unfalldienst und Luftschutz mehr im Vordergrund standen.¹⁸⁷

Bereits 1934 konstatierte der Verfasser eines der «Deutschland-Berichte» für die SPD-Führung im Prager Exil, dass es in der älteren Hitlerjugend zwar noch viele katholische und marxistisch geschulte Jugendliche gebe, während dagegen «das Jungvolk schon von Anfang an nur mit nationalsozialistischem Geist genährt» worden sei.¹⁸⁸ Die Möglichkeit, an Sommer- und Winterlagern der HJ teilzunehmen, die sportlichen Angebote und manches andere machten die Organisation für Kinder und Jugendliche attraktiv, die bislang von solchen Aktivitäten ausgeschlossen waren. Manche fanden auch Abenteuer und Selbstwertgefühl in der Hitlerjugend.¹⁸⁹ Auch Idealismus dürfte ein Grund gewesen sein, warum viele junge Menschen entgegen den Wünschen ihrer Eltern in die HJ aufgenommen werden wollten. Melita Maschmann trat am 1. März 1933 in den BDM ein, heim-

lich, da sie wusste, dass ihre konservativen Eltern damit nicht einverstanden sein würden. Ihre Versuche, sich mit Hitlers *Mein Kampf* oder Chamberlains *Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts* auseinanderzusetzen, führten zu nichts.¹⁹⁰ Später erinnerte sie sich, sie habe gleich vielen ihrer Freundinnen aus dem gehobenen Bürgertum die Gewalt und den Antisemitismus der Nationalsozialisten als vorübergehende Exzesse abgetan, die bald wieder aufhören würden. Der BDM bot ihr ein Ziel und ein Gefühl der Zugehörigkeit, und sie widmete sich ihm Tag und Nacht und vernachlässigte zum Kummer ihrer Eltern sogar die Schularbeiten. Doch wie sie später schrieb, interessierte sie «die Politik nur in zweiter Linie, und auch das oft nur gezwungenermassen».¹⁹¹ Auf Jungen hatte die ständige Betonung von Leistung und Wettkampf, Heroismus und Führung im Sport wie in vielen anderen Dingen ihre Wirkung. Es muss überall in den Familien mit Kindern im Jugendalter solche Vorfälle gegeben haben, wie den folgenden, der von einem sozialdemokratischen Beobachter im Herbst 1934 aufgezeichnet wurde:

«Der Junge eines Genossen in meinem Haus, der bei der HJ ist – er ist 13 Jahre – kommt neulich vom Übungsabend heim und fragt seinen Vater: ‚Warum habt ihr euch denn damals nicht gewehrt? Ich verachte euch, weil ihr keinen Funken Heroismus gehabt habt. Eure Sozialdemokratie ist nichts anderes wert gewesen, als dass sie zusammengehaut worden ist, denn ihr habt keinen einzigen Helden gehabt. Der Vater sagte ihm: ‚Das verstehst Du nicht.‘ Der Junge aber lacht, er glaubt, was ihm sein Führer erzählt.»¹⁹²

Alte Sozialdemokraten mussten verzweifeln. Eine ganze Generation junger Menschen wuchs auf, «die keinen Begriff von einer Arbeiterbewegung haben, die nichts hören, wie immer wieder ‚Heroismus und Heldentum‘... Diese Jugend will von uns nichts mehr wissen.»¹⁹³

Doch trotz dieses umfassenden Programms vormilitärischer Übungen und ideologischer Indoktrinierung war die Wirkung der Hitlerjugend auf die jüngere Generation ziemlich unterschiedlich. Je mehr sie sich aus einer sich selbst motivierenden Bewegung, die sich für eine Sache einsetzte, zu einer Zwangsinstitution entwickelte, die allein den Interessen des Staats diente, desto weniger attraktiv wurde sie für die jüngere Generation. Die

ideologische Indoktrinierung war häufig nur oberflächlich, da die Mehrzahl der Führer der HJ-Gruppen eher aus der rohen, antiintellektuellen Tradition der SA kamen und keine gebildeten Geistesmenschen waren wie die Führer des alten Wandervogelbundes.¹⁹⁴ Somit hatten die meisten dieser Führer keine besonders klare Vorstellung von der «Idee des Nationalsozialismus». Wenn es einen Regimewechsel geben sollte, überlegte einer der nachdenklicheren HJ-Führer, beispielsweise infolge einer Niederlage im Krieg, dann würden sich die meisten von ihnen «ohne besondere innere Komplikationen auf den Boden der neuen Tatsachen stellen».¹⁹⁵ Der Umstand, dass die Leibesertüchtigung unter den Aktivitäten in der HJ an erster Stelle stand, behinderte andererseits eine umfassende Indoktrinierung der Jugendlichen, da das Interesse der meisten von ihnen nicht weiter reichte, als die Spiel- und Sportplätze benutzen zu können. Gymnastische Übungen waren aber nicht nach dem Geschmack aller Jugendlichen. Besonders unbeliebt waren die Dienstverpflichtungen wie das Herumgehen mit der Sammelbüchse, zumal dies auch zum Schulalltag gehörte. Bei Wanderungen, die manchmal bereits um halb acht Uhr am Sonntagmorgen begannen und den ganzen Tag dauerten (womit auch der unausgesprochene Zweck verbunden war, religiöse Jugendliche vom Kirchgang abzuhalten), oder bei obligatorischer Gymnastik um acht Uhr abends an einem Mittwoch war es nicht verwunderlich, dass etliche der Jugendlichen sich danach sehnten, ihre Freizeit wieder für ihre eigenen Bedürfnisse nutzen zu können. Doch unorganisierte Wanderfahrten und spontane Aktivitäten, die von den Jugendlichen selbst organisiert wurden, und vor allem das, was die hündische Jugend vor 1933 unternommen hatte, waren ausdrücklich verboten.¹⁹⁶ Im September 1934 schickte die HJ-Führung eines Arbeiterviertels in Hamburg einen langen «Befehl» an die Mitglieder der Hitlerjugend mit Durchschlägen an die Eltern, in dem sie sich über mangelnde Disziplin beklagte und unter anderem schrieb:

«Ihr scheint unentschuldigt nicht zum Dienst und geht privaten, persönlichen Vergnügungen nach. Bei euch gilt wieder das ‚liberalistische marxistische Ich‘, ihr verneint das nationalsozialistische ‚Wir‘. Ihr versündigt euch gegen die Interessen der Nation. Ihr entschuldigt euch vom Dienst, weil ihr zu einem Hochzeitsschmaus bei einem Bekannten wollt, ihr lasst euch wegen Überhäufung mit

Schularbeiten entschuldigen und fährt mit dem Rad spazieren. In der Schule entschuldigt ihr eure unfertigen Schularbeiten mit dem HJ-Dienst ...»¹⁹⁷

Am meisten verhasst war die militärische Disziplin, die im Lauf der Zeit immer mehr in den Vordergrund trat.¹⁹⁸ Zwar hatte Schirach verkündet, «das Prinzip der Selbstführung» habe weiterhin Gültigkeit wie in der alten Jugendbewegung, doch in der Praxis wurde die Organisation von Erwachsenen geführt.¹⁹⁹ Die Jungen in der HJ wurden von SA-Männern gedrillt, in eiskaltes Wasser getaucht, um sie abzuhärten, wurden im Winter zu ausgedehnten Übungen in unzureichender Kleidung gezwungen, um ihnen körperliche Härte anzutrainieren, und immer sadistischeren Strafen unterworfen, wenn sie Befehle nicht befolgten. Es gab Berichte über Knaben, die wegen geringfügiger Verfehlungen zum Spiessrutenlaufen gezwungen oder mit Karabinerhaken geschlagen wurden. Ärzte beschwerten sich, dass ausgedehnter Drill, Nachtmärsche mit Marschgepäck und militärische Übungen ohne ausreichende Ernährung auf die Dauer die körperliche und geistige Gesundheit der Jugend ruinieren würden.²⁰⁰

Wie Sozialdemokraten ihrer Führung im Exil berichteten, blieben Jugendliche Übungsabenden fern oder bezahlten ihre Beiträge nicht, so dass sie aus der Organisation ausgeschlossen wurden und erst wieder eintraten, wenn sie ihren Mitgliedausweis benötigten, um eine Stelle zu bekommen oder sich an einer Universität zu immatrikulieren. In einem Bericht aus Sachsen 1938 heisst es: «Die Jungen sind Meister im Erzählen der neuesten Witze über die Nazi-Einrichtungen. Sie verbummeln den Dienst, wo sie nur können. In ihrer Freizeit, wenn sie sich zum kindlichen Spiel in der Wohnung eines Schulkameraden treffen, reden sie in herabsetzender Weise vom ‚Dienstplan‘.»²⁰¹ Die Jüngeren fanden es sehr bald langweilig, an langen Abenden nur um ein Lagerfeuer zu sitzen und Kampflieder zu singen: «Die meisten», heisst es in einem SPD-Bericht, «wollen schon nach dem ersten Lied wieder heimgehen.»²⁰² Es war bekannt, dass an den wöchentlichen Parademärschen, die von halb acht bis halb zehn Uhr abends dauerten, nur wenige teilnahmen. Die Organisation hatte kaum eine Möglichkeit, die Weggebliebenen zu bestrafen. Solange sie ihre Beiträge bezahlten, konnten sie nicht ausgeschlossen werden, und mancher Jugendlicher war, wie ein BDM-Mädchen vermerkte, «mehr oder weniger

nur zahlendes Mitglied», da ein Fünfzehnjähriger andere Interessen habe. Für Lehrlinge waren die Übungen besonders ermüdend.²⁰³ Zeltlager, früher eine Lieblingsbeschäftigung in der Jugendbewegung, wurden immer unbeliebter, da sie zunehmend mit militärischem Drill verbunden waren. Ein junger Mann, der von einem dreiwöchigen Ferienlager der HJ zurückkehrte, beklagte sich:

«Freizeit hatte man überhaupt kaum. Alles ging absolut militärisch, vom morgendlichen Wecken, Antreten, Flaggenhissung, Frühspport, Waschen, übers Frühstück zu den ‚Geländespielen‘, dem Mittagessen bis zum Abend. Mehrere Lagerteilnehmer rissen aus, weil ihnen der Schlauch zu dumm wurde. Irgendeine Bindung zwischen den Lagerinsassen gab es nicht. Die Kameradschaft war sehr schlecht, alles war auf Befehl und Gehorsam eingestellt... Der Lagerleiter war ein ältere HJ-Funktionär vom Feldwebeltypus. Seine ganze Erziehungsarbeit erschöpfte sich im militärischen Kommandoton, in Geländeübungen und Schlauch ... Das ganze Lager ist viel zuviel Betrieb und übersteigter Muskelkult gewesen, als geistiges Erlebnis oder gar aktiv und gemeinsam gestaltete Freizeit.»²⁰⁴

Ein anderer, der sich einige Jahre später an seine Zeit in der Hitlerjugend erinnerte, bekannte, dass er «begeistert» gewesen sei, als er mit zehn Jahren in das Jungvolk eintrat, «denn welcher Junge ist nicht entflammt, wenn ihm Ideale, hohe Ideale wie Kameradschaft, Treue und Ehre entgegengehalten werden?... Später allerdings... traten auch die Schattenseiten stark hervor. Der Zwang und der unbedingte Gehorsam ... wurde[n] übertrieben.»²⁰⁵ Das «endlose Exerzieren» war nervtötend, und die Strafen für die kleinsten Verfehlungen konnten Erbitterung hervorrufen, erinnerte sich ein anderer, doch niemand beklagte sich, da der Beweis der eigenen Härte die einzige Möglichkeit war, zurecht zu kommen. All das tat seine Wirkung: «Uns wurde von Kindesbeinen an Härte und blinder Gehorsam einge-drillt.»²⁰⁶

Selbst junge Nationalsozialisten waren «enttäuscht und unzufrieden». Unter der Oberfläche lebte die alte Tradition der Jugendbewegung weiter. Rebellische Jungen lernten alte, inzwischen verbotene Fahrtenlieder und summten sie auf HJ-Lagern als gegenseitiges Erkennungszeichen vor sich

hin; sie taten sich in den Lagern zusammen und organisierten ihre eigenen Aktivitäten, soweit ihnen das möglich war.²⁰⁷ Es gab jedoch nicht wenige alte sozialdemokratische Beobachter, die es sich versagten, einen Silberstreif am Horizont zu sehen, und bedrückt berichteten, dass die jüngere Generation die Verbindung zu den Werten der Älteren verloren hatte und unter dem Einfluss der Hitlerjugend und der Indoktrinierung an den Schulen der NS-Ideologie zum Opfer fiel. Trotz all ihrer Mängel gelang es der Hitlerjugend und dem zunehmend gleichgeschalteten Schulsystem, einen Keil zu treiben zwischen Eltern, die noch mehr oder weniger den Überzeugungen und Wertvorstellungen anhängen, mit denen sie selbst aufgewachsen waren, und ihren Kindern, die in jeder Phase ihres Lebens indoktriniert wurden. So heisst es in einem dieser skeptischen Berichte:

«Es ist für Eltern, die Nazigegner sind, ausserordentlich schwer, einen Einfluss auf ihre Kinder auszuüben. Entweder sie bitten das Kind, in der Schule nicht über das zu sprechen, was ihm daheim gesagt wird. Dann bekommen die Kinder das Gefühl: aha, die Eltern müssen sich mit ihrer Meinung verstecken. Der Lehrer traut sich, alles laut zu sagen. Also wird er wohl recht haben. – Oder die Eltern äussern ihre Meinung, ohne das Kind zu warnen. Dann werden sie in kurzer Zeit entweder verhaftet oder mindestens zum Lehrer bestellt, der sie anschreit und ihnen mit Anzeige droht. – ‚Schick mir deinen Vater mal in die Schule!‘ Das ist die gewöhnliche Antwort auf verdächtige Zweifelsfragen des Kindes. Wird der Vater nach einem solchen Besuch still, vermeidet er, mit dem Kind über weltanschauliche Themen zu sprechen, dann entsteht der Eindruck, er habe sich überzeugen lassen, und die Wirkung ist viel schlimmer, als wäre überhaupt nie gesprochen worden.»²⁰⁸

Es gab noch beunruhigendere Berichte von Jugendlichen, deren Mitgliedschaft in der Hitlerjugend von ihren Eltern missbilligt wurde und die ihren Eltern drohten, sie bei den Behörden zu melden, falls sie versuchen sollten, sie daran zu hindern, zu den Heimabenden zu gehen. Für heranwachsende Söhne und Töchter ehemaliger Sozialdemokraten war es nicht schwer, ihre Eltern zu ärgern, indem sie zu Hause statt «Guten Tag» «Heil Hitler» sag-

ten. «So wird der Krieg in die Familie getragen», schrieb die Frau eines Beamten. «Das Schlimmste ist», so lautete ihr Resümee am Ende des Briefs, «dass man sich vor seinen eigenen Kindern in Acht nehmen muss.»²⁰⁹

Auf diese Weise untergruben Staat und Partei beide die sozialisierenden und erzieherischen Funktionen der Familie. Baldur von Schirach war sich dieser Kritik bewusst und bemühte sich, ihr mit der Behauptung zu begegnen, dass viele Kinder aus armen und Arbeiterfamilien ohnehin kein richtiges Familienleben hätten. Wenn sich jemand aus der bürgerlichen Mittelschicht beklagte, aus der die lautesten Beschwerden darüber kamen, wieviel Zeit die Kinder ausserhalb der Familie bei der HJ oder dem BDM verbringen mussten, so sollte er daran denken, «dass die HJ. seine Kinder berufen hat, in der Gemeinschaft der nationalsozialistischen Jugend den ärmsten Söhnen und Töchtern unseres Volkes zum erstenmal in ihrem Leben so etwas wie eine Familie zu geben».²¹⁰ Solche Argumente verstärkten aber wiederum den Groll innerhalb der Arbeiterfamilien. Das Grossziehen von Kindern, beklagten sie, sei kein Vergnügen mehr. Die Kosten für die Uniformen und die Ausrüstung für ihre Kinder in der HJ seien beträchtlich, und sie bekämen nichts dafür zurück. «Eheleute, die keine Kinder haben, werden heute oft von Eltern zu ihrer Kinderlosigkeit beglückwünscht. Heute hätten die Eltern nur die Pflicht, ihre Kinder zu ernähren und zu kleiden, sie zu erziehen sei in erster Linie Aufgabe der HJ.»²¹¹ Ein Vater, ein ehemaliger Soldat, dessen beide Söhne in der HJ waren, äusserte sich über den älteren: «Der Junge ist uns schon ganz entfremdet worden. Ich als alter Frontsoldat bin gegen jeden Krieg, und dieser Junge schwärmt nur noch vom Kriege. Es ist grausam, manchmal empfinde ich, als ob mein Junge der Spion in der Familie wäre.»²¹²

Die allgemeine Auswirkung der Mitgliedschaft in der Hitlerjugend bestand nach Meinung einiger sozialdemokratischer Beobachter in einer «Verrohung» der Jugend. Die Unterdrückung der Diskussion oder Debatte, die militärische Disziplin, die Betonung der körperlichen Tüchtigkeit und der Konkurrenz machten die männlichen Jugendlichen gewalttätig und aggressiv, zumal gegen solche Jugendliche, die aus welchen Gründen auch immer nicht in die HJ eingetreten waren.²¹³ Gruppen von Hitlerjungen, die mit dem Zug fuhren, pöbelten Mitreisende an, weil diese nicht mit «Heil

Hitler» begrüsst hatten. Das Benehmen von Hitler jungen in Zeltlagern auf dem Land löste des öfteren Proteste und Beschwerden von Bauern aus, weil sie Obst und Gemüse von den Bäumen und Feldern stahlen und randalierend durch die Dörfer zogen. Die vormilitärischen Übungen waren zum Teil so hart, dass es immer wieder zu Verletzungen kam. «Boxen» wurde plötzlich Mode in der HJ, ohne dass dafür erfahrene Sportlehrer zur Verfügung standen, so dass einfach drauflos geschlagen wurde: «Je mehr Blut die Bengel bei solchen Gelegenheiten fliessen sahen, umso begeisterter wurden sie.» Der Dienst in der Hitlerjugend wie in der SA, der Wehrmacht und im Arbeitsdienst, berichtete ein Sozialdemokrat, «hat nichts Schönes und nichts Romantisches. Durch die Art und Behandlung der Führer wird dort der Mensch zum Vieh gestempelt und alles Sexuelle zur Schweinerei. Es gibt viele Geschlechtskranke. Neuerdings wird in der SA, im Arbeitsdienst und in vielen Abteilungen der Hitlerjugend monatlich die vom Kriege her bekannte ‚Geschlechtsparade‘ durchgeführt.»²¹⁴ Die Hitlerjugend lehnte es ab, Sexualekundeunterricht zu erteilen, und erklärte, das sei Sache der Eltern. Fälle von homosexuellem Verhalten von HJ-Führern in den Lagern wurden vertuscht; hierüber berichtete die Presse natürlich nicht, wie während der Kampagne gegen katholische Priester, die in Heimen tätig waren. In einem besonders schweren Fall 1935 wurde ein Junge in einem HJ-Lager von mehreren anderen sexuell missbraucht und anschliessend erstochen, damit er nichts verraten konnte. Als seine Mutter herausfand, was geschehen war, meldete sie dies Reichskommissar Mutschmann, der sie sofort verhaften und ins Gefängnis sperren liess, um zu verhindern, dass der Skandal publik wurde. Eltern, die sich über die schlechte Behandlung ihrer Kinder in den Lagern oder bei Übungsmärchen beschwerten oder sie deshalb aus der HJ herausnehmen wollten, konnten leicht beschuldigt werden, gegen die HJ eingestellt zu sein, und in manchen Fällen drohten ihnen junge HJ-Führer, das könne schwere Nachteile für das weitere Fortkommen der Kinder zur Folge haben.²¹⁵ Ein Versuch von keinem Geringeren als Heinrich Himmler in Zusammenarbeit mit Baldur von Schirach, durch die Aufstellung einer internen HJ-Polizei 1934 die Disziplin wiederherzustellen, hatte lediglich zur Folge, dass auf diese Weise ein Nachwuchsreservoir für die SS geschaffen wurde.²¹⁶

Die Disziplinlosigkeit innerhalb der Hitlerjugend hatte besonders nachteilige Auswirkungen in den Schulen. Die Gefolgschaftsführer in der HJ, erfüllt vom Gefühl ihrer besonderen Bedeutung für die Zukunft der Nation und daran gewöhnt, Jüngere herumzukommandieren, verhielten sich gegenüber den älteren Schülern zunehmend arrogant. Ein 18jähriger HJ-Führer drückte es so aus: «Durch das beständige Aufstacheln des Selbstbewusstseins, das die Führung betreibt, entsteht bei vielen Jungen eine Art von Grössenwahn, der andere Autoritäten nicht mehr anerkennen will.»²¹⁷ Im Kampf zwischen der Hitlerjugend und den Schulen gewann die erstere allmählich die Oberhand.²¹⁸ Die Hitlerjugend trug in der Schule ihre Uniformen, so dass die Lehrer zunehmend vor Klassen unterrichteten, die mit ihrer Kleidung ihre primäre Verpflichtung gegenüber einer Institution ausserhalb der Schule demonstrierten. Eine Bestimmung vom Januar 1934 stellte die Hitlerjugend als Erziehungsinstitution auf eine Stufe mit den Schulen, was ihr Selbstbewusstsein noch weiter stärkte.²¹⁹ Pubertäre Auffässigkeit wurde so kanalisiert, dass sie sich gegen die wichtigsten traditionellen Sozialisationsträger – Schule, Eltern und Familie und die Kirchen – richtete. Ehemalige Mitglieder der Hitlerjugend erinnerten sich in Interviews nach dem Krieg, dass sie durch ihre Mitgliedschaft in der HJ in der Schule eine grössere Macht hatten.²²⁰ Selbst der Sicherheitsdienst der SS äusserte 1939 seine Besorgnis über die sich verschlechternden Beziehungen zwischen Hitlerjugend und den Schulen.²²¹ 1934 berichtete ein ehemaliges SPD-Mitglied, ein «Schulführer» der HJ von 13 Jahren habe älteren Lehrern, die an einem kalten Wintermorgen beim Flaggenappell während des Hissens der Fahne ihren Hut aufbehalten hatten, die «dienstliche Mitteilung» gemacht, dass die Hüte bei dieser Zeremonie abzunehmen seien. Falls sie dies auch künftig unterliessen, werde er sie bei seinem Vorgesetzten melden.²²² Nur selten waren Lehrer geistesgegenwärtig genug, um die Kontrolle über die Schüler zurückzugewinnen, ohne eine Denunziation fürchten zu müssen, wie ein Mathematiklehrer an einem Gymnasium in Köln. Als zwei HJ-Führer in seiner Klasse in Uniform erschienen, stellte er ihnen eine besonders knifflige Rechenaufgabe und sagte dazu: «Sie als HJ-Führer müssen doch ein gutes Beispiel geben; sicher können Sie die Aufgabe lösen!»²²³

IV

Das Schulwesen im Dritten Reich unterstand formell Bernhard Rust, der 1933 zum preussischen Erziehungsminister ernannt worden war. Rust war seit 1925 in der NSDAP und wurde Gauleiter von Hannover-Süd und Braunschweig. Als Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde, war er fünfzig Jahre alt, etwas älter als die anderen Parteiführer, die zumeist in ihren Dreissigern oder frühen Vierzigern waren. Am 1. Mai 1933 sicherte sich Rust die Ernennung zum Leiter des neuen Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, mit dem das preussische Ministerium und Anfang 1935 faktisch auch die übrigen Länderministerien zusammengelegt wurden, während die Zuständigkeit für Religion und Kirchen dem neuen Reichsministerium für die kirchlichen Angelegenheiten unter Hans Kerri zufiel. Am 20. August 1937 übernahm das Reichserziehungsministerium die zentrale Kontrolle über die Ernennung aller Lehrer, die in den Beamten dienst übernommen wurden, und 1939 errichtete Rust das Reichsprüfungsamt, das alle Prüfungen im Bildungsbereich beaufsichtigte. Bereits am 20. März 1937 hatte er das höhere Bildungswesen rationalisiert, die Erfüllung einer langjährigen Forderung der Lehrer und bereits in der Weimarer Republik geplant. Nunmehr gab es nur noch drei Grundtypen der höheren Schule mit Schwerpunkten auf Fremdsprachen und Geisteswissenschaften, auf Naturwissenschaft und Technik und auf alten Sprachen.²²⁴ Und am 6. Juli 1938 erliess das Regime ein Reichsschulpflichtgesetz, mit dem die preussische Schulstruktur auf das gesamte Reich übertragen wurde. Es sah für alle eine Schulpflicht von acht Jahren vor, ein Jahr mehr als bisher in Bayern und ein Jahr weniger als in Schleswig-Holstein, wo bislang eine neunjährige Schulpflicht bestand. Dieses Gesetz bestimmte auch einen für alle verbindlichen Lehrplan, insbesondere eine «Aufklärung über die Rassenfrage».²²⁵

Am 20. April 1933, dem Geburtstag des «Führers», rief Rust drei «Nationalpolitische Erziehungsanstalten» («Napolas») ins Leben, Internatsschulen, die aus den ehemaligen, aufgrund des Versailler Vertrags nicht weitergeführten Kadettenanstalten Potsdam, Köslin und Plön hervorgegangen waren und in denen eine neue Elite zu späteren Führern des Deutschen Reichs herangebildet werden sollte.²²⁶

Das Bedürfnis, Reichspräsident Hindenburg, der an einer dieser Kadettenschulen seine Ausbildung empfangen hatte, eine Freude zu machen, mochte ebenfalls eine Rolle gespielt haben. 1938 bestanden bereits 13 Napolas.²²⁷ Diese Anstalten waren dazu gedacht, neben dem üblichen Unterrichtsstoff der Oberschulen eine militärische Ausbildung zu gewährleisten, da die Schüler später als Führungskräfte hauptsächlich in der Wehrmacht dienen sollten. Ausgerüstet waren diese Schulen mit Pferdeställen, Motorrädern und Autos, zum Teil auch Segelbooten und ähnlichem, ein Zeichen dafür, dass die hier betriebenen Sportarten einen deutlich aristokratischen Anstrich hatten, der das elitäre Selbstbild der Schüler verstärken sollte. Nach dem Abitur gingen die ehemaligen Schüler zur Wehrmacht, SS oder zur Polizei.²²⁸ Die Schüler wurden in erster Linie nach «rassischen» Gesichtspunkten ausgewählt, die durch eine ärztliche Untersuchung festgelegt wurden, und nach charakterlichen Merkmalen, die mit einem Eignungstest erfasst werden sollten, der in der Hauptsache aus Wettkämpfen bestand, bei denen die Anwärter ihren Mut und ihre Kampfbereitschaft zeigen sollten.²²⁹

Neben der vormilitärischen Ausbildung wurde jedoch auf Beharren der Beamten in Rusts Ministerium an den Napolas der für höhere Schulen vorgeschriebene Unterricht erteilt. Auf dem Reichsparteitag 1934 und erneut 1935 betonte Hitler, dass die politische Erziehung Sache der Partei sei und nicht diejenige staatlicher Institutionen oder vom Staat beschäftigter Lehrer. Dementsprechend wurden die Napolas von SA- und SS-Führern geleitet, die keinerlei Erfahrung auf dem Gebiet der Pädagogik hatten. Die Verwaltung ernannte neben den ausgebildeten Lehrern, die den normalen Unterricht halten sollten, weitere «Erzieher» aus der SA und SS. Sämtliche Lehrkräfte und «Erzieher» mussten an regelmässigen Sonderausbildungen teilnehmen, und die Schüler sollten mehrere Wochen im Jahr auf einem Bauernhof oder in einer Fabrik arbeiten, um mit dem «einfachen Volk» in Verbindung zu bleiben. Unter diesen Umständen fanden sich natürlich mit der Zeit immer weniger qualifizierte Lehrer, die bereit waren, an einer Napola zu unterrichten. Diejenigen, die dennoch kamen, hatten zum Teil früher selbst eine preussische Kadettenschule besucht, und einige Schulleiter erweckten bewusst die Traditionen dieser alten Kadettenschulen zu neuem Leben. Manche in der Parteispitze erkannten bereits 1934, dass die

Karte 7: Eliteschulen der NSDAP



Napolas eher eine Rückkehr zur alten preussischen Tradition waren als moderne Institutionen mit der Intention, eine neue Elite für das Reich heranzuziehen. Sie schienen mehr daran interessiert zu sein, Offiziere für die Wehrmacht als Führungskader für den Staat auszubilden.²³⁰ Inspekteur der Napolas wurde zunächst Joachim Haupt, ein Erziehungswissenschaftler, der während der Weimarer Republik mehrere Schriften veröffentlicht hatte, in denen er sich für die Gründung eines neuen Erziehungssystems aussprach, das die «Rassenkunde» und politische Ausbildung in den Vordergrund stellte. Doch nach der «Nacht der langen Messer» geriet Haupt ins Visier der SS, die mehr als nur Andeutungen über seine homosexuelle Veranlagung machte und behauptete, Rust wolle ihn wieder loswerden, weil er zu reaktionär sei. Infolgedessen wurde Haupt 1935 abgesetzt. An seine Stelle trat SS-Gruppenführer August Heissmeyer, und 1939 fiel die Inspektion aller Napolas ganz der SS zu. Als ein neuer Typ staatlicher Bildungsanstalten waren die Napolas nicht sehr erfolgreich. Aber auch ihre Standards waren nicht hoch genug, um dem Regime eine neue Kaderelite für die Zukunft zuführen zu können.²³¹

Wie man sieht, war Rust nicht sehr durchsetzungsfähig im Kompetenzgerangel zwischen den Parteioberen. Er hatte unter Anfällen von Depression zu leiden, die sich mit Perioden eines manischen Optimismus und einer aggressiven Stimmung abwechselten, was es ihm schwermachte, eine konsistente politische Linie einzuhalten; seine Beamten misstrauten ihm und sabotierten seine Anweisungen, und häufig brachte er nicht die Energie auf, sich gegen die raubgierige Aggression seiner Rivalen zur Wehr zu setzen. Obendrein litt Rust an einer fortschreitenden, zunehmend schmerzhaften Gesichtsmuskellähmung.²³² Die Napolas wurden bald von zwei wesentlich stärker ideologisierten Bildungsanstalten überflügelt, die im Unterschied zu diesen nicht vom Staat, sondern von Anfang an von Parteiorganen beaufsichtigt wurden. Am 15. Januar 1937 gaben Reichsjugendführer Baldur von Schirach und der Führer der DAF Robert Ley bekannt, dass Hitler auf ihr Ersuchen die Errichtung von «Adolf-Hitler-Schulen» befohlen habe, sechsklassige Oberstufen-Internatsschulen, deren Lehrplan von der Hitlerjugend bestimmt und die von den einzelnen Gauleitern beaufsichtigt würden.²³³ Ungeachtet des heftigen Widerspruchs von Seiten des

Reichserziehungsministers errichteten die beiden Führer am 20. April 1937 die erste Adolf-Hitler-Schule. Mit diesem Schultyp verband sich die Absicht, dass künftig niemand einen führenden Posten in der Partei bekleiden dürfe, ohne zunächst diese Anstalt besucht zu haben. Zwei Drittel der Schüler an diesen Schulen waren Interne, die übrigen waren Externe. Die Hitlerjugend bestimmte den Lehrplan, in dem die körperliche und militärische Ertüchtigung noch mehr Raum einnahm als in den Napolas. Auch hier sollte wie bei den Napolas kein Religionsunterricht stattfinden. Anstelle von Prüfungen sollte es regelmässige «Leistungswochen» geben, während derer die Schüler auf allen Gebieten miteinander wetteifern sollten.²³⁴ Diese Schulen, die Hitler jungen aus ganz Deutschland aufnahmen und deren Besuch kostenlos war, wurden zu einer Art Treibriemen für soziale Aufwärtsmobilität; 20 Prozent ihrer Schüler stammten aus einem Milieu, das man im weiteren Sinn als Arbeiterschicht bezeichnen konnte.²³⁵ In der ersten Zeit wurde die Zulassung von Schülern allein von körperlichen Kriterien abhängig gemacht, doch bis 1938 hatte sich gezeigt, dass die Vernachlässigung geistiger Fähigkeiten gravierende Probleme mit sich brachte, da ein grosser Teil der Schüler nicht einmal in der Lage war, die relativ einfachen politischen Ideen zu begreifen, die ihnen die Lehrer zu vermitteln versuchten. Von da an wurden die Anwärter vor der Aufnahme auch in ihren schulischen Kenntnissen geprüft. Die in den ersten Jahren ernannten «Erzieher», allesamt HJ-Führer, waren auch nicht besonders kompetent, und ab 1939 wurde für sie eine Gymnasiallehrerqualifikation vorgeschrieben. Nach Leys Vorstellung sollte es in jedem Gau eine solche Schule unter der Aufsicht des Gauleiters geben, doch die Parteiführung war dagegen, da die Kosten von der Partei nicht getragen werden könnten, und die Schulen waren auch nie voll besetzt. 1938 wurden in ganz Deutschland nur 600 Schüler aufgenommen, weit weniger als der ursprüngliche Plan vorgesehen hatte. Die geplanten Gebäude für die Schulen wurden nie fertiggestellt, und bis 1941 waren die Schulen in den «Ordensburgen» Krössinsee und Sonthofen untergebracht.²³⁶

Die Ordensburgen waren der nächste Schritt in dem System der Bildungsinstitutionen zur Schulung von Spitzenfunktionären der Partei, das Ley und Schirach vorschwebte. Hier sollten ausschliesslich Abgänger der

Adolf-Hitler-Schulen unterrichtet werden; allerdings mussten sie zuvor eine Berufsausbildung oder ein Studium an einer Universität oder Hochschule absolviert haben und sich einer charakterlichen und ideologischen Prüfung unterziehen. Der Unterricht war unentgeltlich, und die Schüler erhielten sogar ein Taschengeld. Es gab insgesamt drei solcher Ordensburgen. Eine in der Eifel (Vogelsang), eine in Sonthofen im Allgäu und eine am Krössinsee bei Falkenburg in Pommern (ab 1941 Ordensburg Falkenburg am Krössinsee). Es waren riesige, von namhaften Architekten entworfene Bauwerke; die Bauarbeiten wurden im März 1934 begonnen, und zwei Jahre später wurde der Betrieb aufgenommen. Zusammen sollten sie ein verbundenes System der Bildung und Ausbildung darstellen. Das erste Jahr sollten die Schüler in der Ordensburg Krössinsee verbringen und Unterricht in «Rassenkunde» und verschiedenen Sportarten haben; im zweiten Jahr sollten sie die Burg Vogelsang besuchen, wo grösstenteils Sport getrieben wurde, und im dritten Sonthofen im Allgäu, wo ihre weltanschauliche Bildung vertieft wurde und sie gefährlichere Sportarten wie Bergsteigen betrieben. Das Regime wollte auch noch eine vierte Ordensburg in Marienburg errichten, wo «Ostfragen» unterrichtet werden sollten, und schliesslich noch eine «Hohe Schule» am Chiemsee für Forschungen und zur Ausbildung der Erzieher in den Ordensburgen und den Adolf-Hitler-Schulen. Die Eliteschüler der Ordensburgen mussten jährlich dreimal je einen Monat in den Parteiorganisationen der Umgebung arbeiten, um Erfahrungen in der praktischen Parteiarbeit zu sammeln; die Ordensburgen dienten ausserdem als Ausbildungsstätten für die politischen Leiter der Partei, die dort Kurse besuchen konnten, sowie für die Erzieher an den Adolf-Hitler-Schulen.²³⁷ Wie der Name andeutete, war es das Ziel der Ordensburgen, eine moderne Version der mittelalterlichen Ritter- und Mönchsorden zu schaffen: diszipliniert, geeint und der Sache verschrieben; um diesen Punkt zu unterstreichen wurden die Schüler als «Junker» bezeichnet. Gemeinsam mit den Adolf-Hitler-Schulen waren sie das Instrument, mit dem die NSDAP langfristig ihren Führernachwuchs sichern wollte.²³⁸

Gemessen an den üblichen akademischen Standards war das Unterrichtsniveau der Ordensburgen nicht hoch. Der grosse Raum, den die körperliche Ertüchtigung und die weltanschauliche Ausbildung einnahmen,

machte sie zu einem schwachen Ersatz für eine traditionelle höhere Bildung, und die Auswahlkriterien für die Zulassung stellten keine besonderen Anforderungen an den Bildungsstand der Bewerber. Im Juli 1939 war die Ordensburg Vogelsang Gegenstand einer vernichtenden Kritik in einem parteiinternen Bericht, der das niedrige geistige Niveau der Abgänger brandmarkte und ernsthafte Zweifel an ihrer Fähigkeit äusserte, eine zusammenhängende Darstellung der NS-Weltanschauung zu geben. Des Weiteren hiess es dort: «Kraftstrotzende Gesundheit verbürgt vorläufig leider nur in den geringsten Fällen auch eine ausgeprägte geistige Aufnahmefähigkeit.» Bereits 1937 hatte Goebbels' *Der Angriff Zweifel* an der Tauglichkeit der Einrichtung angemeldet, nachdem ein Reporter einen Vortrag eines der ersten Abgänger der Ordensburg Vogelsang gehört hatte. Dieser habe einen «weltanschaulich gefärbten Vortrag gehalten, aber zur Sache wenig zu sagen gewusst». Daran knüpfte er die polemische Frage: «Sind denn überhaupt die richtigen Leute ausgesucht worden?» Zwei Jahre später artete die Situation in dieser Ordensburg in ein Chaos aus, als man entdeckte, dass der Burgvogt Richard Manderbach, der sich für sein Amt hauptsächlich dadurch qualifiziert hatte, dass er 1924 im Gau Siegerland den ersten Sturmbann der SA gegründet hatte, sein jüngstes Kind heimlich in einer katholischen Kirche hatte taufen lassen. Obwohl Manderbach jede Kenntnis von dem Vorgang bestritt, begrüsst ihn die Juncker im Speisesaal und im Unterrichtsraum mit lauten Sprechchören und Rufen, warum er es mit «Papst und Pfaff» gehalten habe. Die Ordnung war erst nach seiner Entlassung am 10. Juni 1939 wiederhergestellt.²³⁹ Wie einer der Schüler der Adolf-Hitler-Schule in der Ordensburg Sonthofen, der spätere Filmschauspieler Hardy Krüger, sich nach dem Krieg erinnerte, wurde den Schülern immer wieder gesagt, sie würden die künftigen Führer des nationalsozialistischen Deutschlands sein, und somit sei es nicht verwunderlich gewesen, dass sie keinen Abtrünnigen unter sich dulden wollten. In einer Atmosphäre, die körperliche Kraft und Härte in den Vordergrund stellte, seien Schikanierung und Missbrauch der jüngeren durch die älteren Schüler zwangsläufig verbreitet gewesen, der allgemeine Geist roh und brutal.²⁴⁰

Dieselben Ideen, die den Adolf-Hitler-Schulen, den Ordensburg und in etwas beschränkterem Masse auch den Napolas zugrunde lagen, kamen

auch in einer anderen Eliteschule zum Ausdruck, die unter der Schirmherrschaft von Ernst Röhm und der SA gegründet wurde: die Nationalsozialistische Deutsche Oberschule am Starnberger See. Eine Privatschule im Besitz der SA; seit ihrer Gründung im Januar 1934 waren erst wenige Monate vergangen, als Röhm Ende Juni auf Geheiss Hitlers erschossen wurde. Der Schulleiter suchte die Schule zu erhalten und unterstellte sie zunächst Franz Xaver Schwarz, dem Schatzmeister der NSDAP, und danach dem Büro von Rudolf Hess, in dem Martin Bormann die entscheidende Figur war. Am 8. August 1939 benannte Hess die Schule um in Reichsschule der NSDAP Feldafing; zu diesem Zeitpunkt nahm sie bereits eine Spitzenstellung unter den Eliteschulen der Partei ein. In 40 Villen untergebracht, die zum Teil «arisiert» worden waren, unterstand sie lehrplanmässig dem Nationalsozialistischen Deutschen Lehrerbund, und alle Schüler und Lehrer waren automatisch in der SA. Mit ihren mächtigen Fürsprechern in den oberen Rängen der Partei gelang es der Schule ohne grosse Schwierigkeiten, üppige Finanzmittel und eine erstklassige Ausstattung zu erhalten, und dank ihrer Verbindungen zu Schul- und Hochschullehrern konnte sie einen wesentlich besseren Unterricht anbieten als die übrigen NS-Eliteschulen, wengleich auch hier der Schwerpunkt auf Sport, Leibesertüchtigung und Charakterbildung gelegt wurde. Kritiker behaupteten, die Schüler, häufig die Sprösslinge hochrangiger Parteifunktionäre, würden nur auf ein Leben als Playboys vorbereitet.²⁴¹ Alles in allem konnte keine der Eliteschulen das Niveau des traditionellen deutschen Gymnasiums erreichen. Eklektisch und häufig widersprüchlich in ihrem Ansatz, fehlte ihnen jedes pädagogische Konzept als taugliche Grundlage für die Ausbildung einer neuen Funktionselite, die künftig eine moderne technisierte Nation wie Deutschland hätte regieren können. Am Vorabend des Kriegs, als nicht mehr als 6'000 Schüler und 173 Schülerinnen die 16 Napolas, die 10 Adolf-Hitler-Schulen und die Reichsschule der NSDAP Feldafing besuchten, bildeten sie nur einen kleinen Teil innerhalb des Systems von Internatsschulen; zum selben Zeitpunkt im September 1939 wurden an allen übrigen Internatsschulen zusammen 36 746, knapp sechsmal soviel Schüler und Schülerinnen unterrichtet.²⁴²

Dessenungeachtet hatte sich das niedrige Niveau der Allgemeinbildung, das in den NS-Eliteinternaten zu beobachten war, bis zum Herbst 1939

auch an den staatlichen Gymnasien bemerkbar gemacht. Auf allen Ebenen wurde das formale Lernen in den Hintergrund gedrängt, während die Wochenstunden für Leibeserziehung und Sport an staatlichen Schulen 1936 auf drei, 1938 auf fünf angehoben und weitere Wochenstunden nicht mehr mit dem normalen Stoff ausgefüllt wurden, sondern mit Indoktrinierung und Vorbereitung auf den Krieg.²⁴³ Die Kinder lernten zwar immer noch Lesen, Schreiben und Rechnen, und auf den Gymnasien und anderen höheren Schulen lernten sie manches mehr als das, doch es dürfte ausser Zweifel stehen, dass die Qualität des Schulunterrichts zurückging. 1939 stellte beispielsweise die Industrie- und Handelskammer Saarbrücken fest, dass «die von der Volksschule zu vermittelnden Elementarkenntnisse ... in Deutsch und Rechnen wenig befriedigend, zum Teil sogar ausgesprochen mangelhaft seien [und] dass das Niveau des Schulwissens der Prüflinge seit geraumer Zeit im Sinken begriffen sei».²⁴⁴ Das kümmerte das Regime freilich herzlich wenig. So erklärte etwa Hans Schemm, bis 1935 Führer des NS-Lehrerbunds: «Der grösste Wert wird bei der Beurteilung eines jungen Menschen im Dritten Reich auf die Fähigkeit, auf die Tüchtigkeit, auf die charakterliche Stärke und die willensmässige Schulung gelegt. Deshalb sage ich: Lieber zehn Pfund Wissen weniger und zehn Kalorien an Charakter mehr!»²⁴⁵ Die fortschreitende Demoralisierung der Lehrer, die zunehmende Kürzung des Lehrpersonals an den Schulen und der damit verbundene Anstieg der Klassenstärke wirkten sich ebenfalls aus. Wie wir gesehen haben, übte die Hitlerjugend eine stark nachteilige Wirkung auf die formale Ausbildung aus. «Die Schule», hiess es bereits 1934 in einem der Deutschland-Berichte der SPD, «wird durch die Veranstaltungen der HJ dauernd gestört.» Fast jede Woche mussten die Lehrer die Schüler wegen der Aktivitäten der Hitlerjugend früher nach Hause schicken.²⁴⁶ Die 1936 erfolgte Abschaffung der obligatorischen Zeremonien im Zusammenhang mit dem Staatsjugendtag, die einer Schätzung zufolge die Schüler 120 Unterrichtsstunden wegen der Vorbereitungen kosteten, machte in dieser Hinsicht kaum einen Unterschied.²⁴⁷ Trotz der vormilitärischen Disziplin an den Schulen gab es zahlreiche Berichte über Disziplinlosigkeit und Unordnung, Gewalt zwischen den Schülern und Ungehorsam gegenüber den Lehrern.²⁴⁸ «Von einer Autorität des Lehrers ist keine Rede

mehr», hiess es in den Deutschland-Berichten von 1937. «Die Rotznasen der Hitlerjugend entscheiden, was in der Schule getrieben wird, sie führen das grosse Wort.»²⁴⁹

Im selben Jahr beklagten die Lehrer in Mainfranken im Halbjahresbericht ihrer Gliederung des NS-Lehrerbunds, dass die Einstellung der Schüler zum Unterricht

«immer wieder Anlass zu berechtigten Klagen und zur Besorgnis für die Zukunft [gibt]. Es fehlt vielfach jeder Arbeitseifer und jedes Pflichtgefühl. Viele Schüler glauben, das Reifezeugnis in acht Jahren auch bei grossen geistigen Minderleistungen einfach ersitzen zu können. In den HJ- und DJ-Einheiten wird die Schule in keiner Weise unterstützt; im Gegenteil, gerade diejenigen Schüler, die dort sogar in führenden Stellungen tätig sind, zeichnen sich in der Schule öfters durch ungebührliches Benehmen und durch Nachlässigkeit aus. Überhaupt muss allgemein festgestellt werden, dass die Schulzucht bedenklich gelockert erscheint.»²⁵⁰

Bis 1939 war das Bildungsniveau an den staatlichen Schulen deutlich gesunken. Doch das war für die Parteiführer und ihre überzeugtesten Anhänger von untergeordneter Bedeutung. Worauf es ihnen ankam, hatte bereits im Juni 1937 ein sozialdemokratischer Beobachter bedrückt erkannt: «Ob man die Jugend beim Spiel betrachtet oder bei ernster Arbeit, ob man ihre Schriften liest oder ihre Heime besucht, ob man die Lehrpläne der Schulen liest oder das Treiben in den Zeltlagern verfolgt, ein Wille beherrscht die ganze fein ausgedachte und immer besser arbeitende Maschine: der Wille zum Krieg.»²⁵¹

«Kampf gegen den Intellekt»

Während die Nationalsozialisten einen Grossteil ihrer Mühen darauf verwendeten, ab 1933 das Schulsystem in ihrem Sinne umzubauen, zeigten sie etwas weniger Interesse daran, ihre Vorstellungen den deutschen Universitäten aufzuzwingen. Erst 1934 begann das Regime nach der Errichtung des Reichserziehungsministeriums auch die akademische Bildung seiner Kontrolle zu unterwerfen. Doch selbst dieser Zugriff war noch halbherzig. Der neue Reichserziehungsminister Bernhard Rust war nicht nur schwach und unentschlossen, er hatte zudem absolut kein Interesse an den Hochschulen. Sein unheilbarer Hang zum Wankelmut wurde bald zur Zielscheibe des Spotts unter den Professoren, die witzelten, die Regierung habe eine neue minimale Zeiteinheit festgesetzt: «ein Rust», die Zeit, die zwischen der Bekanntmachung einer Verordnung und ihrer Aufhebung vergehe. Aber auch die übrigen NS-Führer zeigten kein besonderes Interesse an den Lehrinhalten der Universitäten und Hochschulen. Als Hitler im Januar 1936 aus Anlass des zehnten Jahrestags der Gründung des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbunds (NSDStB) vor Studenten eine Rede hielt, ging er kaum auf studentische Belange ein, und danach sprach er nie wieder vor einem studentischen Publikum. In einer für das Dritte Reich nur allzu typischen Art und Weise wurden auch die Universitäten zum Zankapfel innerparteilicher Rivalitäten, da das Parteibüro, das nominell Rudolf Hess unterstand, de facto jedoch von dessen Stabsleiter, dem ehrgeizigen Martin Bormann geleitet wurde, ebenfalls ein Interesse an der Berufung von Professoren und der Gestaltung der Hochschulpolitik entwickelte. Rust selbst pflegte enge Beziehungen zur SS, während seine Beamten mit der Wehrmacht zusammenarbeiteten. Der Verlierer bei diesen Kämpfen war erwartungsgemäss Reichserziehungsminister Bernhard Rust. Alle waren sich darin einig, dass die Hauptfunktion des NSDStB darin bestehen sollte, die politische Indoktrinierung der Studenten zu un-

terstützen; die Verwaltung der Universität war dagegen die Aufgabe des Rektors, den die am 1. April 1935 herausgegebenen «Richtlinien zur Vereinheitlichung der Hochschulverwaltung» des Reichserziehungsministeriums als den «Führer der Hochschule» bestätigten; die Pflicht des übrigen akademischen Personals und der Studenten war es, seinen Anweisungen zu folgen.²⁵²

In der Praxis machte es jedoch die Schwäche des Reichserziehungsministeriums unmöglich, dieses Prinzip halbwegs konsequent anzuwenden. Um die Kompetenz, akademische Berufungen vorzunehmen, stritten sich das Ministerium, die Rektoren, der NSDStB, die Professoren und die Ortsgruppenleiter der Partei, die allesamt weiterhin das Recht für sich reklamierten, innerhalb der Universitäten die politische Oberaufsicht zu haben. Ebenso wie die Hitlerjugend an den Schulen hatten der NSDStB und seine Mitglieder keine Hemmungen, die Professoren, von denen sie glaubten, sie hielten sich nicht an die Parteilinie, beim Namen zu nennen und zu verunglimpfen. 1937 beklagte sich ein Professor, in den vergangenen Jahren habe es keine Studentenversammlung gegeben, «in der nicht die Professorenschaft in herabsetzender Weise als eine ‚verkalkte‘ Gesellschaft hingestellt wurde, die zur Erziehung und Führung der heranwachsenden akademischen Jugend nicht geeignet sei».²⁵³ Ab November 1936 hatte der NSDStB einen neuen Führer, Gustav Adolf Scheel. Als Student hatte er vor 1933 eine erfolgreiche Kampagne der Belästigung und Einschüchterung gegen den pazifistischen Professor Emil Julius Gumbel in Heidelberg geführt. Er stärkte die Position des Studentenbunds durch die Eingliederung aller Studentenverbände und die formelle Anerkennung seines Rechts, seine Führer selbst zu wählen und seine Angelegenheiten selbst zu regeln. Scheel unterhielt hervorragende Beziehungen zum Parteibüro und war auf diese Weise in der Lage, alle Versuche des Reichserziehungsministeriums abzuwehren, seinen wachsenden Einfluss zurückzudrängen. Mit einem Sitz im Akademischen Senat jeder Universität und Hochschule hatte der NSDStB nunmehr Zugang zu Informationen über Berufungsvorschläge, erhob Einwände und machte eigene Wünsche geltend. Da ausser Frage stand, dass die Studentenschaft einer Universität einem Rektor, den sie ablehnte, das Leben schwer machen konnte und würde, sah sich das

Reichserziehungsministerium ab 1937 genötigt, die Vertreter der Studentenschaft schon vorher zu konsultieren, was Scheel und seiner Organisation noch mehr Möglichkeiten gab, auf die Personalstruktur der Universitäten Einfluss zu nehmen.²⁵⁴

Doch letzten Endes war der Einfluss des NSDStB nur begrenzt. Obwohl er schon vor 1933 die absolute Mehrheit in den Studentenvertretungen in ganz Deutschland hatte, war er eine relativ kleine Organisation, deren Mitgliederzahl am Vorabend des 31. Januar 1933 knapp 9'000 betrug. Da viele dieser Mitglieder Studentinnen waren oder an Fachhochschulen oder Pädagogischen Hochschulen und andere an Universitäten mit Deutsch als Unterrichtssprache in anderen Ländern studierten, lag die Zahl der männlichen Mitglieder bei knapp unter 5'000, was weniger als 5 Prozent der gesamten deutschen Studentenschaft entsprach.²⁵⁵ Während der Machtergreifung und danach stieg diese Zahl rasch an, bedingt durch eine Mischung aus Einschüchterung und Opportunismus, wie sie für den Prozess der sozialen und politischen Gleichschaltung 1933 typisch war. Darüber hinaus war die überwiegend nationalistisch eingestellte deutsche Studentenschaft vom «Geist von 1914» mitgerissen, den das neue Regime in den ersten Wochen und Monaten seiner Macht wiederbelebt hatte. Doch der NSDStB stand in der damaligen Studentenschaft nicht konkurrenzlos da. Viele Studenten strömten im Frühjahr 1933 der SA zu, und nach Hitlers Anweisung im September 1933, dass die SA die Politisierung der Studenten übernehmen solle, errichtete diese ihre eigenen Stützpunkte an den Universitäten und übte Druck auf die Studenten aus, in ihre Reihen einzutreten. Bis zum Jahresende hatten mehr als die Hälfte der Studenten in Heidelberg einen Aufnahmeantrag bei der SA gestellt. Im Frühjahr 1934 erliess der Reichsinnenminister eine Verordnung, dass alle Studenten an den von der SA organisierten Militärübungen teilnehmen müssten. Bald verbrachten die Studenten immer mehr Zeit bei der SA, was sich sehr nachteilig auf ihr Studium auswirkte. Die Universitätsbehörden registrierten einen Rückgang des Besuchs der Vorlesungen und Seminare und eine Übermüdung der Studenten, wenn diese nach einem Nachtmarsch morgens in der Vorlesung erschienen. Doch das war noch nicht alles. Am 15. Juni 1934 warnte der Rektor der Universität Kiel:

«Es besteht jetzt die Gefahr, dass vom SA-Hochschulamt aus unter dem Namen ‚Kampf gegen den Intellekt‘ ein Kampf gegen die Intelligenz geführt wird. Es besteht weiterhin die Gefahr, dass unter dem Motto ‚rauher soldatischer Ton‘ mit den ersten drei Semestern in einem Ton umgesprungen wird, der oft nicht mehr rauh ist, sondern... als unflätig empfunden wird und empfunden werden muss.»

Manche SA-Führer sagten den Studenten sogar, sie ständen jetzt bei der SA in der Pflicht; ihr Studium sei ein reines Freizeitvergnügen. Derartige Behauptungen lösten sehr schnell einen wachsenden Widerstand bei der Mehrheit der Studenten aus. Im Juni 1934 schallte dem Kreisführer der Deutschen Studentenschaft Wolfgang Donat «Geheul, Getrampel, Gepfeife» entgegen, als er versuchte, vor der juristischen Fachschaft an der Universität München zu sprechen, während Dozenten, die den Mut hatten, ihre Vorlesungen mit einer Prise Regimekritik zu würzen, Zustimmung ernteten. An manchen Universitäten kam es zu offenen Kämpfen zwischen den studentischen SA-Mitgliedern und den übrigen Studenten.²⁵⁶

Dass diese Ereignisse mit der ersten Krise des Regimes im Juni 1934 zusammenfielen, war kein Zufall. Die Enthauptung der SA-Führung in der «Nacht der langen Messer» am Ende des Monats machte den Weg frei für eine tiefgreifende Reform der NS-Präsenz innerhalb der deutschen Studentenschaft. Das Parteibüro unter Rudolf Hess übernahm die Aufsicht über den NSDStB und organisierte seine Führung neu, während die SA Ende Oktober praktisch aus den Universitäten entfernt und die militärischen Übungen durch eine dreisemestrige sportliche Grundausbildung als Pflichtveranstaltung ersetzt wurden. Die Mitgliederzahlen des NSDStB stiegen steil an und erreichten 1939 bei den Studenten 51 und bei den Studentinnen 71 Prozent.²⁵⁷ Zu diesem Zeitpunkt war es dem Studentenbund gelungen, den hartnäckigen Widerstand der traditionellen Korporationen zu überwinden, in denen 1933 über die Hälfte der männlichen Studenten organisiert waren. Gleich anderen konservativen Institutionen waren die Studentenverbindungen erbitterte Gegner der Weimarer Republik und mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten einverstanden. Die meisten ihrer Mitglieder dürften bis zum Sommer 1933 in Parteiorganisationen der

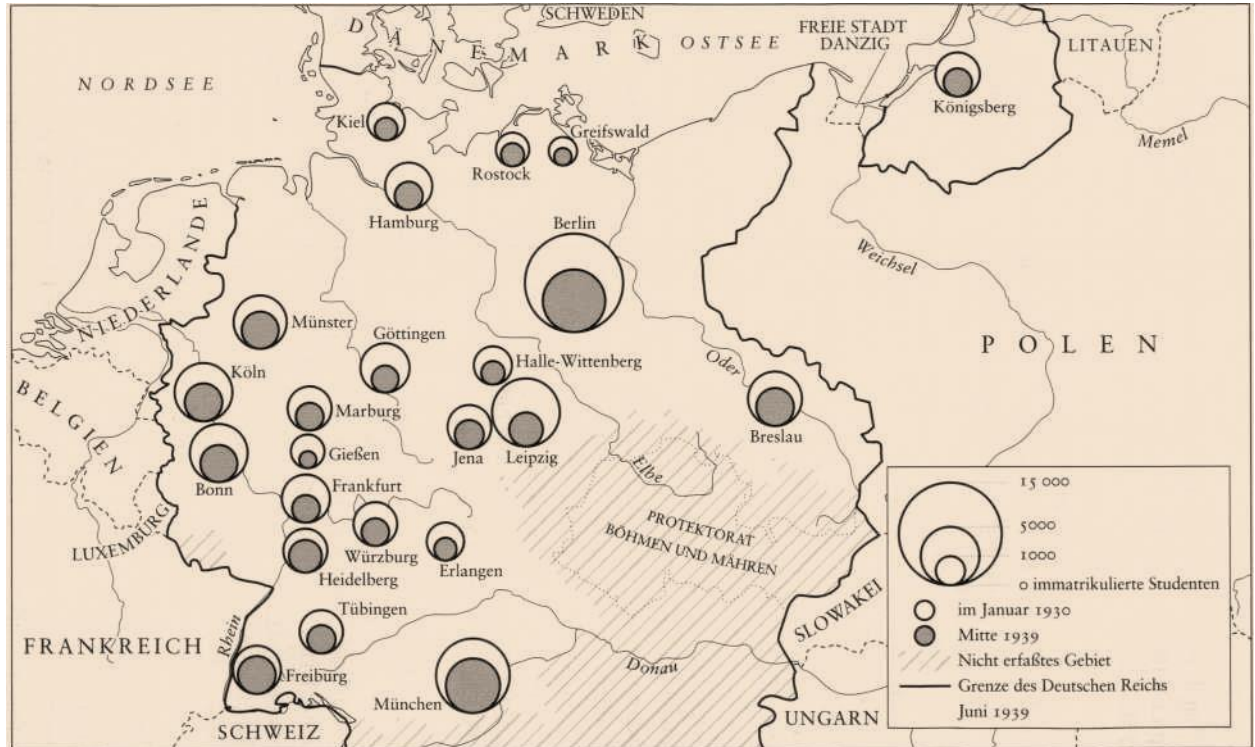
NSDAP eingetreten sein. Andererseits hatte man sie verpflichtet, das Führerprinzip einzuführen, Nationalsozialisten in die Führung aufzunehmen und alle irgendwie jüdischen Mitglieder auszuschließen, auch die jüdischen «Alten Herren», deren finanzielle Stellung ihnen ein gewichtiges Mitspracherecht bei der Führung der einzelnen Verbindungen verschaffte. Der aristokratische Ton und die traditionelle Unabhängigkeit der Studentenverbindungen waren jedoch nicht nach dem Geschmack der Parteiführung, und als beobachtet wurde, dass Mitglieder einer der exklusivsten Heidelberger schlagenden Verbindungen in betrunkenem Zustand eine im Rundfunk übertragene Rede Hitlers unterbrachen und einige Tage später während eines feuchtföhlichen Essens in einem Lokal lautstark darüber räsionierten, ob der «Führer» Spargel «mit Messer, Gabel oder Pfoten» ass, inszenierte Reichsjugendführer Baldur von Schirach eine massive Pressekampagne gegen sie und befahl, dass künftig niemand aus der HJ einer so schändlich reaktionären Verbindung beitreten dürfe. Da dieser Befehl den bekannten Ansichten des Chefs der Reichskanzlei Hans Heinrich Lammers zuwiderlief, der selbst ein prominenter und einflussreicher «Alter Herr» einer Verbindung war, sollte Hitler die Sache entscheiden. In einem zweistündigen Monolog vor den versammelten Würdenträgern der Partei am 15. Juni 1935 erklärte Hitler, er erwarte, dass die Studentenverbindungen als die Überreste eines vergangenen aristokratischen Zeitalters im nationalsozialistischen Staat verschwinden würden. Im Mai 1936 verurteilte Hitler und Hess öffentlich die Burschenschaften und verboten den NSDAP-Mitgliedern den Beitritt zu einer solchen Verbindung. Lammers verstand die Zeichen der Zeit und verteidigte die Studentenverbindungen nicht länger. Bis zum Ende des akademischen Jahres hatten sich die Studentenverbindungen entweder selbst aufgelöst oder waren im NSDStB aufgegangen. Nur die Altherrenvereine bestanden weiter.²⁵⁸

II

Somit hatte der NSDStB bis zur Mitte der dreissiger Jahre eine beherrschende Position in der Deutschen Studentenschaft errungen und andere Institutionen einer studentischen Vertretung praktisch abgedrängt.

Dieser Prozess erfolgte vor dem Hintergrund eines rapiden Rückgangs der Studentenzahlen insgesamt. Einer der vielen Faktoren, der die Unzufriedenheit unter den Studenten während der Weimarer Republik genährt hatte, war die drastische Überbelegung an den Universitäten als Folge der starken Jahrgänge vor 1914, die zu den höheren Bildungsstätten drängten. Im Dritten Reich dagegen gingen die Studentenzahlen deutlich zurück, von einem Höchststand von 104'000 (1931) auf einen Tiefststand von knapp 41'000 (1939). An den Technischen Hochschulen gab es ebenfalls einen – wenngleich weniger dramatischen – Rückgang, von etwas über 22'000 (1931) auf knapp über 12'000 (1938).²⁵⁹ Von diesem allgemeinen Rückgang waren die einzelnen Studienfächer jedoch unterschiedlich stark betroffen. Besonders hart traf es die juristische Fakultät. Der Anteil ihrer Studenten ging zwischen 1932 und 1939 von 19 auf 11 Prozent zurück. Ähnlich waren die Verhältnisse in den Geisteswissenschaften, wo der Anteil im selben Zeitraum ebenfalls von 19 auf 11 Prozent zurückging. Bei den Naturwissenschaften war der Schwund etwas geringer; der Anteil der Studenten dieser Fachrichtungen fiel von 12 auf 8 Prozent. Die theologische Fakultät konnte ihren Anteil von 8 bis 10 Prozent mehr oder weniger behaupten, während die Wirtschaftswissenschaften sogar einen Anstieg von 6 auf 8 Prozent zu verzeichnen hatten. Der eigentliche Gewinner war die Medizin, eine Fakultät, an der bereits 1932 ein Drittel aller Studenten immatrikuliert waren; ihr Anteil stieg bis 1939 auf 49 Prozent. Die wirklichen Dimensionen dieser Veränderungen werden erst sichtbar, wenn man weiss, dass die Gesamtzahl der Studenten während dieser Jahre um mehr als die Hälfte zurückging, so dass man von einer Krise vor allem in den Geisteswissenschaften und in der Rechtswissenschaft am Vorabend des Zweiten Weltkriegs sprechen könnte. Doch sowohl die Geisteswissenschaften als auch die Jurisprudenz waren das Ziel einer anhaltenden Kritik des Regimes, weshalb wohl viele davor zurückscheuten, an einer dieser Fakultäten zu studieren. Gleichzeitig geriet die staatliche Bürokratie, traditionell für viele Juristen ein Tätigkeitsbereich, ab 1933 unter Beschuss durch das Regime, und ihr Einfluss und Prestige gingen mit wachsender Macht der Partei zurück. In ähnlicher Weise büsste der Lehrerberuf, der von den meisten Studenten an geisteswissenschaftlichen Fakultäten als Beruf ange-

Karte 8: Der Niedergang deutscher Universitäten 1930-1939



strebt wurde, ab Mitte der dreissiger Jahre an Attraktivität ein, wie wir gesehen haben. Dagegen nahm das soziale und politische Prestige der Mediziner in diesen Jahren stark zu, da das Regime die «Rassenhygiene» in den Vordergrund der Innenpolitik gestellt hatte, und nach der Entfernung jüdischer Ärzte aus diesem Stand gab es für den Ärztenachwuchs zahlreiche freigewordene Stellen.²⁶⁰

Der Niedergang der Geisteswissenschaften, deren Fächer am häufigsten von Studentinnen gewählt wurden, war zu einem Teil die Folge der Zugangsbeschränkungen für Frauen zu einem Hochschulstudium, die in diesen Jahren vom Regime erlassen wurden. Hitler vertrat die Meinung, der Hauptzweck einer Bildung für Mädchen müsse die Vorbereitung auf ihr Dasein als Mutter sein. Am 12. Januar 1934 verfügte das Reichsinnenministerium unter Wilhelm Frick auf der Grundlage des Gesetzes gegen die Überfüllung der deutschen Schulen und Hochschulen aus dem Vorjahr, dass der Anteil der Abiturientinnen, die zu einem Universitätsstudium zugelassen würden, nicht höher sein dürfe als 10 Prozent der erstimmatrikulierten Studenten. An Ostern 1934 bestanden rund 10'000 Bewerberinnen die Aufnahmeprüfungen an den Universitäten; infolge der Verordnung durften jedoch nur 1'500 von ihnen studieren, und bis 1936 hatte sich die Gesamtzahl der Studentinnen an deutschen Hochschulen halbiert. Die Elitebildungsstätten der NSDAP, die Adolf-Hitler-Schulen und die Ordensburgen, liessen überhaupt keine Schülerinnen zu, und nur an den Napolas gab es einige wenige von ihnen. Ausserdem wurde mit der Neuordnung der höheren Schulen 1937 eine Gymnasialbildung für Mädchen ganz abgeschafft. Mädchen durften nicht Latein lernen, eine bindende Voraussetzung für die Zulassung zur Oberstufe und folglich zum Universitätsstudium, und das Reichserziehungsministerium bemühte sich nach Kräften, ihnen stattdessen eine Hauswirtschaftslehre schmackhaft zu machen, wofür ein eigener Typ von Mädchenschulen bereitstand; die einzige weitere Möglichkeit einer höheren Schulbildung für Mädchen war eine Sprachschule, in der Hauswirtschaftslehre ein Pflichtfach war. Ab April 1938 waren alle jungen Frauen, denen es trotz aller Hindernisse geglückt war, zu einem Hochschulstudium zugelassen zu werden, verpflichtet, ein «Hauswirtschaftsjahr» zu absolvieren; erst danach erhielten sie ein Schulabgangszeugnis und durften eine Universität besuchen, sofern die Quote

nicht überschritten war.²⁶¹ Die Zahl der Studentinnen fiel von knapp über 17'000 (1932) auf stark unter 6'000 (1939), schneller als die der Studenten: Der Anteil der Studentinnen an der Gesamtzahl der Studenten ging während derselben Zeit von knapp 16 auf gut 11 Prozent zurück. Versuche, diesen Trend umzukehren, um den durch die Aufrüstung bedingten wachsenden Bedarf an tüchtigen und qualifizierten Hochschulabgängerinnen zu befriedigen, zeigte keine erkennbare Wirkung, da ihnen alle anderen Massnahmen zuwiderliefen, die man seit 1933 ergriffen hatte, um Abiturientinnen von den Hochschulen und Universitäten fernzuhalten.²⁶²

Das Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen vom 25. April 1933 betraf zunächst nur jüdische Schüler und Studenten, doch im Dezember 1933 gab das Reichsinnenministerium bekannt, dass nur 15'000 der 40'000 höheren Schüler, die voraussichtlich 1934 das Abitur machen würden, einen Studienplatz finden würden. Die Arbeitslosigkeit sei noch immer hoch, und es wäre ein Fehler, wenn Schüler auf die Universität gingen, ohne beim Abschluss ihres Studiums Aussicht auf einen Arbeitsplatz zu haben. Diese Massnahme währte allerdings nur zwei Semester, da dem Reichsinnenministerium mit der Gründung des Reichserziehungsministeriums im Mai 1933 die Zuständigkeit für die Hochschulen und Universitäten entzogen wurde und das neue Ministerium die Beschränkungen sogleich wieder aufhob und sogar den in diesem Jahr nicht zugelassenen Bewerbern empfahl, sich erneut zu bewerben, sofern sie ohne Arbeit und politisch zuverlässig waren.²⁶³ Wirksamer aber als solche Massnahmen war vielleicht die vielfach zum Ausdruck gebrachte Verachtung der Parteiführung gegenüber den Hochschulen und denen, die dort studierten und lehrten. Im November 1938 führte Hitler in einer Geheimerede vor der Presse einen wütenden Angriff gegen die Intellektuellen, zu denen er fraglos auch die Hochschuldozenten und Professoren rechnete. Er erklärte, die Intellektuellen seien zutiefst unzuverlässig, nutzlos und sogar gefährlich und stellte ihrem extremen Individualismus und ihrer beständigen Krittellei die instinktive und bedingungslose Solidarität der Massen gegenüber: «Wenn ich so die intellektuellen Schichten bei uns ansehe – leider, man braucht sie ja, sonst könnte man sie eines Tages ja, ich weiss nicht, ausrotten oder so was – aber man braucht sie leider.»²⁶⁴ Auf die Fra-

ge, wie lange man sie noch brauchen würde, ging er nicht ein. Jeder, der *Mein Kampf gelesen* hatte, musste um Hitlers Verachtung der Intellektuellen wissen, denen er zu einem grossen Teil die Schuld an der Niederlage von 1918 zuschrieb. Das hatte zweifellos eine ernüchternde Wirkung auf die Akademiker und hielt manche Abiturienten davon ab, sich an einer Universität einzuschreiben. Bis 1933 war in Deutschland ein akademischer Grad der Weg zu Sozialprestige und beruflichem Erfolg. Jetzt galt das für viele nicht mehr. Im Dritten Reich konnte es keinen Zweifel geben, dass die deutschen Universitäten im Niedergang begriffen waren. Die Studentenzahlen waren rückläufig, führende Natur- und Geisteswissenschaftler waren entlassen und in vielen Fällen von zweitklassigen Kollegen ersetzt worden. Viele Lehrstühle und Dozentenstellen blieben unbesetzt.²⁶⁵

Dieser Niedergang hatte schon eingesetzt, bevor Hitler an die Macht kam, als die Massenarbeitslosigkeit junge Menschen und zumal junge Frauen davon abgeschreckt hatte, auf eine Hochschule zu gehen zu einer Zeit, da die Aussichten, nach dem Examen eine Stelle zu finden, äusserst gering waren. Ausserdem erreichten die sehr schwachen Jahrgänge der Kriegsjahre ab 1914, als die Geburtenrate bis auf die Hälfte der Vorkriegsraten zurückging, ab 1934 das Alter, in dem sie theoretisch ein Studium hätten aufnehmen können. Statt jedoch Anreize für potentielle Studenten zu schaffen, tat das Regime alles, um die Studentenzahlen noch weiter nach unten zu drücken. Schliesslich war die enorme Ausdehnung der Wehrmacht durch die Wiedereinführung der Wehrpflicht 1935 mit der Schaffung einer grossen Zahl von prestigeträchtigen und gut bezahlten Stellen im Offizierskorps verbunden: Während es 1933 weniger als 2 Prozent der Abiturienten zur Wehrmacht gezogen hatte, waren es 1935 20 und zwei Jahre später 27 Prozent. 1937 mussten Abiturienten mindestens zwei Jahre warten, bevor sie ein Studium aufnehmen konnten, da sie erst ihren Arbeits- und anschliessend ihren Wehrdienst ableisten mussten. Inzwischen Mitte Zwanzig verzichteten viele auf ein Studium, das sie noch weitere Jahre gekostet hätte, bevor sie ihr erstes Geld verdienen konnten. Der Ausschluss der Juden von den Universitäten verringerte Schätzungen zufolge die Studentenzahlen um weitere drei bis vier Prozent, während die

Quotenregelung bei studierwilligen Abiturientinnen die Gesamtzahl der Studenten noch weiter verringerte.²⁶⁶

Die Attraktivität eines Hochschulstudiums wurde noch zusätzlich durch die Entscheidung des NSDStB gemindert, dass alle Abiturienten eine Zeitspanne Arbeitsdienst für das Reich leisten mussten, bevor sie ihr Studium aufnehmen konnten. Ab Ostern 1934 waren sechs Monate Arbeitsdienst Pflicht für alle, die zu einem Studium zugelassen waren, während die Studenten im ersten und dritten Semester eine zehnwöchige Dienstzeit in einem Arbeitslager absolvieren mussten. Damit verband sich der Zweck, bei den Studenten jene Charakterbildung zu erreichen, die in den kommenden Jahren für die Schulen so wichtig werden sollte. Bernhard Rust sagte im Juni 1933 vor Berliner Studenten: «Wer im Arbeitslager versagt, der hat das Recht verwirkt, Deutschland als Akademiker führen zu wollen.» Die Studenten waren die ersten im Dritten Reich, die diesen Massnahmen unterworfen wurden. Diese zielten nicht nur darauf ab, ihrer Bereitschaft, das neue Deutschland aufzubauen, einen praktischen Ausdruck zu verleihen, mit ihnen sollten auch der Klassendünkel und die intellektuelle Anmassung der Akademiker überwunden werden; deshalb achteten die Organisatoren des Reichsarbeitsdienstes darauf, dass der Anteil der Studenten in einem Arbeitslager nie mehr als 20 Prozent betrug.²⁶⁷

Diese Politik scheiterte allerdings grandios in ihrem Bemühen, eine neue, klassenlose völkische Gemeinschaft zu errichten. Der überwiegenden Mehrzahl der Studenten, die in den RAD-Lagern Knochenarbeit verrichten mussten, war die Art und Weise verhasst, wie – nach einer internen Denkschrift der Deutschen Studentenschaft vom November 1933 – «der schreiende und sich aufspielende Unteroffizierstyp des alten Kommisses», der kennzeichnend für die Lagerleitungen war, seine sozialen Ressentiments an den jungen «Arbeitsmännern» ausliess. Strenge militärische Disziplin, Kasernenhofton und Schikanen waren eine beliebte Taktik bei den ungebildeten Lagerführern, um die Studenten zu demütigen. Ein damaliger Student erinnerte sich später an das Verhalten dieser Vorgesetzten:

«Sie langweilten sich, liessen sich Abend für Abend volllaufen und schikanierten uns dann... Wir wurden drei, vier Stunden nach dem Zapfenstreich aus den Betten geholt, mussten in unseren Nachtge-

wändern draussen antreten, dann um die Baracken laufen, in den Baracken unter die Betten kriechen und auf die Schränke steigen und dazu den Antreibern passend scheinende Lieder singen.»²⁶⁸

Lange Stunden schwerer körperlicher Arbeit, der Bau von Strassen oder das Trockenlegen von Sümpfen und unzureichende Ernährung erschöpften viele dieser angehenden Studenten aus dem Bürgertum. Sie waren auch das Ziel ständiger gemeiner Streiche und Beschimpfungen der übrigen Lagerinsassen, die hauptsächlich aus bäuerlichen und Arbeiterfamilien kamen und an die harten Lagerbedingungen wesentlich besser angepasst waren als die Studenten. Für letztere war dies eine verkehrte Welt, die keine Lagerkameradschaft zwischen den Klassen schuf, sondern gegenseitigen Hass, Bitterkeit und soziale Ressentiments zur Folge hatte.²⁶⁹

Mit der Ableistung des Arbeitsdiensts war es für die Studenten jedoch nicht getan. An den Hochschulen und Universitäten waren sie einem wachsenden Druck ausgesetzt, jährlich mehrere Wochen in einer Fabrik oder auf dem Land zu verbringen und dort unentgeltlich zu arbeiten. Davon hielten die Studenten wenig, und 1936 beteiligten sich nur 5 Prozent der Studentenschaft an diesen Massnahmen. Himmler gab 1939 Anweisung, dass 25'000 Studenten bei der Ernte helfen sollten. Die gespannte internationale Lage zu jener Zeit bedeutete, dass die polnischen Saisonarbeiter, die diese Arbeit normalerweise verrichteten, diesmal nicht zur Verfügung standen. Himmlers Anweisung löste an mehreren Universitäten Unruhe und offene Proteste aus. Die Gestapo griff ein und verhaftete etliche Studenten. Trotzdem meldeten sich nur 12'000 Studenten als freiwillige Erntehelfer; alle anderen hatten eine Möglichkeit gefunden, sich davor zu drücken. Weitere Versuche, den Geist des Lagerlebens in die Universitäten zu tragen, waren ebenso erfolglos. Die gleichgeschaltete Deutsche Studentenschaft wollte «Kameradschaftshäuser» einrichten, in denen Studenten gemeinschaftlich leben könnten statt in möblierten Zimmern zu wohnen, wie es bis 1933 üblich war. Dabei war auch daran gedacht, die Verbindungshäuser der schlagenden und anderen Verbindungen zu übernehmen und zu den geplanten Kameradschaftshäusern umzuwidmen. Die Verbindungsstudenten nutzten ihren Einfluss in den Ministerien, in denen viele Alte

Herren sassen, um diese Initiative zu blockieren, und auch der NSDStB war gegen diesen Schritt. Schliesslich intervenierte Hitler persönlich und erklärte im November 1934, die geplanten Kameradschaftshäuser brächten die Gefahr mit sich, dass sich dort homosexuelle Neigungen entwickelten.²⁷⁰ Die Auflösung der Korporationen 1936 belebte den Gedanken jedoch noch einmal, diesmal unter der Ägide des NSDStB, und 1939 gab es nicht weniger als 232 Kameradschaftshäuser, die sich um eine stärkere Attraktivität bei den Studenten bemühten, indem sie nicht mehr wie ursprünglich darauf beharrten, die Bewohner frühmorgens um Viertel nach sechs zum Frühsport zu wecken. Die nicht weniger unbeliebte Institution, an drei Abenden in der Woche politische Schulung abzuhalten, wurde dagegen beibehalten. Viele Studenten wurden auf unterschiedliche Weise unter Druck gesetzt, in ein Kameradschaftshaus zu ziehen, und sahen darin lediglich Einrichtungen zur Pflege studentischer Geselligkeit. Nach Jahren einer unablässig wiederholten und intellektuell anspruchslosen Indoktrinierung in der Schule und der Hitlerjugend wollten sie an der Universität wirklich nichts mehr damit zu tun haben. Die Verantwortlichen für die Kameradschaftshäuser in Hamburg zum Beispiel registrierten eine «Ermüdung gegen jede Art politischer Schulung», während ein beflissener nationalsozialistischer Student in Marburg 1939 seine Enttäuschung darüber äusserte, «dass in den Kameradschaften des NSDStB im Wesentlichen nur die Lebensformen der ehemaligen studentischen Verbindungen weitergepflegt werden». «Es gibt heute an der Hochschule», resignierte der Gaustudentenführer in Würzburg 1938, «sehr wenig pol[itis]ch] fanatische Menschen. Sie sind entweder abgebrüht oder übersättigt.»²⁷¹

III

Der NSDStB begnügte sich nicht damit, die Studenten aus gutbürgerlichen Familien mit dem Alltag in Arbeitslagern, in Fabriken und auf dem Land sowie in Kameradschaftshäusern bekanntzumachen. Er versuchte ausserdem Einfluss auf die Lehrinhalte der Universitäten zu nehmen. In einer Rostocker Zeitung von 1936 wurde den Hochschullehrern

angedroht, «dass wir... dort eingreifen werden, wo die nationalsozialistische Weltanschauung nicht zur Grundlage und zum Ausgangspunkt wissenschaftlicher Forschungen gemacht wird, und der Professor nicht von sich aus seine Studenten zu den weltanschaulichen Ansatzpunkten innerhalb seines wissenschaftlichen Stoffes einführt».²⁷²

Die Parteioberen wurden nicht müde, diese Auffassung auf unterschiedliche Art und Weise immer wieder zu betonen – mit brutaler Offenheit in den Reden eines rhetorischen Rabauken wie Hans Frank oder scheinbar moderat und flexibel in den Reden eines schwankenden Charakters wie Bernhard Rust. Die Hochschulen, daran bestand kein Zweifel, sollten dieselben Ziele verfolgen wie die Schulen und die nationalsozialistische Weltanschauung in den Mittelpunkt von Forschung und Lehre stellen. An mehreren Universitäten wurden neue Lehrstühle und Institute für «Rassenbiologie» und «Rassenhygiene», Militär- und Urgeschichte eingerichtet, während zwischen 1933 und 1945 an jeder zweiten Universität in Deutschland zusätzliche Lehrstühle für Deutsche Volkskunde gegründet wurden. Die meisten dieser neuen Positionen gingen auf Initiativen der Hochschulrektoren und nicht des Reichserziehungsministeriums zurück. 1939 existierten erst an 12 von 23 Universitäten im «Altreich» (Deutschland in den Grenzen von 1937) Institute für «Rassenkunde». Die neuen Gründungen repräsentierten eine beträchtliche Investition an Geld und Prestige in Fachgebiete, die vor 1933 an deutschen Universitäten zwar auch schon vertreten waren, aber nur ein peripheres Dasein geführt hatten.²⁷³

Diese neuen Gebiete der Forschung und Lehre wurden an vielen Hochschulen untermauert von speziellen Vorlesungen zu diesen Themen und zu den politischen Ideen des Nationalsozialismus, die an manchen Universitäten für alle Studenten Pflichtveranstaltungen vor dem Examen waren. In Heidelberg hielt der führende nationalsozialistische Professor, Ernst Kriek, der 1937 Rektor wurde, Vorlesungen über die nationalsozialistische Weltanschauung. Ähnliche Vorlesungen gab es auch an anderen Universitäten. Nach dem ersten Aufflammen der Begeisterung wurden die meisten dieser Veranstaltungen über die NS-Weltanschauung von den Lehrplänen wieder abgesetzt, und um die Mitte der dreissiger Jahre waren

weniger als 5 Prozent der Vorlesungen an deutschen Universitäten nach Thema und Inhalt nationalsozialistisch. Die meisten Professoren und Dozenten, die 1933 nicht entlassen worden waren – die grosse Mehrheit –, lehrten ihr Fachgebiet weiter wie bisher und machten nur minimale Zugeständnisse an die NS-Ideologien, was zu wiederholten Beschwerden der nationalsozialistischen Studenten führte. Diese wurden bei verschiedenen Anlässen von Amtsträgern der Partei aufgegriffen: Die 1936 vorgebrachte Anschuldigung von Walter Gross, dem Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, der in einer Denkschrift von «oft masslos peinlichen Bemühungen namhafter Wissenschaftler, Nationalsozialismus zu spielen» gesprochen hatte, war keineswegs untypisch. Nach 1945 erinnerten sich viele frühere Studenten jener Zeit, dass ihre Lehrer in der überwiegenden Mehrzahl Professoren der alten Schule gewesen seien, die sich die nationalsozialistische Weltanschauung nur oberflächlich zu eigen gemacht hätten.²⁷⁴ Der NSDStB hatte versucht, Änderungen dadurch zu erzwingen, dass er eine Alternative zu den bestehenden Lehrplänen in Form von Fachschaften schuf, die eine Art nationalsozialistisches Gegenprogramm zu den universitären Lehrangeboten organisieren sollten. Diese fanden bei den Studenten jedoch keine Resonanz, nicht zuletzt weil sie es sich nicht leisten konnten, ihre Pflichtveranstaltungen zu versäumen, und deshalb doppelt so hart arbeiten mussten, wenn sie daran teilnahmen. Die Fachschaften zogen ausserdem die Feindseligkeit der Dozenten auf sich, und da ihnen die notwendigen Kenntnisse fehlten und sie auf eine Zusammenarbeit mit dem Lehrkörper angewiesen waren, wurden sie auf diese Weise weitgehend kaltgestellt.²⁷⁵ In vielen regulären Seminaren waren zudem relativ offene Diskussionen möglich, und die Dozenten konnten die NS-Weltanschauung leicht umgehen, wenn es um rein sachliche Fragen ging, selbst bei philosophischen Themen, wo eine Diskussion über Aristoteles oder Plato Grundfragen der Moral und der Existenz zuliess, ohne dass man die Begriffe und Anschauungen des Nationalsozialismus hätte bemühen müssen.²⁷⁶

Die Bemühungen der Nationalsozialisten, die deutschen Universitäten zu Schulen des nationalsozialistischen Denkens zu machen, waren somit erstaunlich wenig erfolgreich.²⁷⁷ In den meisten Disziplinen ging die Lehre mit einigen lediglich oberflächlichen Änderungen weiter wie bisher.

Untersuchungen von Doktorarbeiten, die während des Dritten Reiches fertiggestellt wurden, haben ergeben, dass höchsten 15 Prozent von ihnen in ihrer Diktion und ihrem Ansatz nationalsozialistisch genannt werden konnten.²⁷⁸ Snobistische und elitäre Professoren alter Schule zeigten unverhohlen ihre Verachtung für die politischen Karrieristen, die vom Regime auf Posten an den Universitäten gehievt wurden, während letztere zumeist so sehr mit Verwaltungsarbeit beschäftigt waren, dass ihnen kaum die Zeit blieb, den Studenten ihre eigenen Ideen nahezubringen. Andererseits sorgte der Antiintellektualismus der nationalsozialistischen Bewegung dafür, dass viele hohe Parteifunktionäre von Hitler abwärts sich über viele dieser Ideen lustig machten und sie für zu abstrus hielten, als dass sie von politischer Relevanz hätten sein können. Weder Bernhard Rust noch Alfred Rosenberg, die beiden führenden ranghohen Amtsträger der NSDAP auf den Gebieten des Bildungs- und Erziehungswesens und der Weltanschauung, waren politisch geschickt oder entschlossen genug, gewiefte Professoren auszumanövrieren, deren Fähigkeiten zu intrigieren und sich zu verstellen in jahrzehntelangen Machtkämpfen in universitären Ausschüssen geschliffen worden waren. Die Gründung eines neuen Instituts, in dem einer Lieblingsobsession der Nationalsozialisten gefrönt wurde, konnte von konservativen Professoren als eine Möglichkeit begrüßt werden, einen unbeliebten Kollegen auf ein akademisches Nebengleis abzuschieben, so zum Beispiel als der streitsüchtige, extrem rechte Historiker Martin Spahn 1934 an der Universität Köln sein eigenes Institut für Raumpolitik erhielt. Damit konnten zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden. Zum einen verließ Spahn auf diese Weise die historische Fakultät, in der er allgemein unbeliebt war, um in einem Bereich zu arbeiten, wo er mit seinen Kollegen nicht in Berührung kommen musste. Zum anderen gab die Universität mit der Gründung des Instituts ein Bekenntnis zu den Ideen des neuen Regimes ab.²⁷⁹

Im Allgemeinen war die nationalsozialistische Weltanschauung selbst jedoch zu dürftig, zu grobschlächtig, zu widersprüchlich und letztlich zu irrational, um eine reale Wirkung auf die Forschung und Lehre auf dem intellektuellen Niveau zu haben, das an den deutschen Hochschulen herrschte. Versuche im Dezember 1934, die Professoren und Dozenten in einem NS-Dozentenbund zusammenzufassen – sehr spät im Vergleich zu

ähnlichen Organisationen in anderen Berufen –, scheiterten nicht zuletzt an der Unfähigkeit seines Führers, Walter «Bubi» Schultze, der in Hitlers Gunst stand, seit er diesem die Schulter wieder gerichtet hatte, die Hitler sich bei dem fehlgeschlagenen Putsch 1923 ausgerenkt hatte. Schultze machte sich mit seinen durchsichtigen Intrigen überall Feinde und verdarb es sich sogar mit dem Reichserziehungsministerium. Seine Organisation wurde zudem von den Professoren als ungerechtfertigte Einmischung in ihre Macht über den Berufsstand insgesamt angesehen. Seinem übergeordneten Gremium, der Hochschulkommission der NSDAP, erging es nicht besser, da deren Führer in der akademischen Gemeinschaft nicht anerkannt waren. Es wäre ein Unding gewesen, von deutschen Professoren zu verlangen, an politischen Lehrgängen in Arbeitslagern teilzunehmen, wie dies von den Lehrern gefordert wurde. Unangreifbar auf ihrem Spezialgebiet betrachteten sie den Antiintellektualismus der Nationalsozialisten voller Misstrauen. Die anfängliche Begeisterung nationalistischer Professoren wie Martin Heidegger für die nationalsozialistische Kulturrevolution verflüchtigte sich bald wieder, als deutlich wurde, dass das neue Regime an einer Erneuerung der deutschen Wissenschaft und Forschung kein Interesse hatte. 1939 stellte selbst ein so überzeugter und entschiedener nationalsozialistischer Hochschullehrer wie Ernst Kriek die Frage: «Ist der Professor ein anderer geworden? Nein! Der Verputz von 1933 ist heute von ihm, wenigstens von seiner Wissenschaft, wenn er teilweise auch guten Willens sein mag, wieder abgefallen.»²⁸⁰

Eine derart pauschale Verallgemeinerung muss natürlich eingeschränkt werden; an manchen Hochschulen hatte der Nationalsozialismus eine grössere Anhängerschaft unter den Professoren als an anderen. Jena, Kiel und Königsberg beispielsweise galten als relativ starke Zentren nationalsozialistischer Lehre und Forschung, während Universitäten in katholischen Regionen weniger stark betroffen waren: Die Universität Bonn wurde sogar eine Art Abladeplatz für unerwünschte Professoren, die aus anderen Universitäten zwangsversetzt wurden, während in der Studentenschaft katholische und konservative Gruppierungen dominierten, bis sie um die Mitte der dreissiger Jahre vom Regime zur Auflösung gezwungen wurden. In Bonn war nur ein sehr geringer Anteil der Stellen – etwa 5 Pro-

zent – von fanatischen Nationalsozialisten besetzt, weitere 10 Prozent von überzeugten Anhängern der Partei und der Rest entweder von oberflächlichen Sympathisanten, Gleichgültigen oder von Regimegegnern; die Tatsache, dass knapp ein Viertel der 380 Professoren in Bonn dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüberstanden, war untypisch, doch das Überwiegen wissenschaftlicher Kriterien bei den Berufungen auf Lehrstühle noch nach 1933 war es nicht, auch nicht an anderen deutschen Universitäten.²⁸¹ In einem Jahresbericht des Reichssicherheitshauptamts für 1938 zogen die Autoren verständlicherweise ein pessimistisches Fazit: «Fast an allen Universitäten», konstatierten sie, «wird über die passive Haltung der Dozenten geklagt, die jede über den engen Rahmen ihrer Facharbeit hinausgehende politische und weltanschauliche Arbeit ablehnen.»²⁸²

IV

Die Schwierigkeiten, denen das Regime bei dem Versuch begegnete, traditionelle akademische Fächer so umzugestalten, dass darin der Inhalt der nationalsozialistischen Weltanschauung zum Ausdruck kam, zeigten sich nirgends so deutlich wie in der Physik. Hier gab es einen ernsthaften Versuch zur «Nazifizierung» der Disziplin unter der Führung des Physikers Philipp Lenard, prominenter Vertreter der deutschen Wissenschaft, der 1931 in Heidelberg emeritiert wurde. 1862 als Sohn eines Weinhändlers geboren, hatte Lenard bei Heinrich Hertz, dem Entdecker der Radiowellen, studiert und erhielt 1905 den Nobelpreis für Physik für seine bahnbrechenden Experimente über Kathodenstrahlen. Trotz des Nobelpreises war Lenard voll Bitterkeit und Groll, weil sein Schüler Wilhelm Röntgen ihm mit der Entdeckung der später nach ihm benannten Strahlen zuvorgekommen war, und beschuldigte den englischen Physiker J. J. Thomson, der die Natur der Kathodenstrahlen aufklärte, er habe sich die Erkenntnisse seiner eigenen späteren Arbeit auf diesem Gebiet angeeignet und als seine eigene Leistung ausgegeben. Ein charismatischer und beliebter Hochschullehrer, der mit seinen Arbeiten in Deutschland allgemeine Berühmtheit erlangte, legte Lenard Wert auf sorgfältiges und präzises Ex-

perimentieren und hatte keine Zeit und andere Physiker umgingen Lenards Kritik, indem sie behaupteten, diese Theorien enthielten wesentliche nordische Begriffe und stellten eine Zurückweisung des «jüdischen Materialismus» dar. So lehnte die Mehrheit der Physiker die Ideen Lenards und Starks ab, und die «deutschen Physiker» machten kaum Fortschritte. Bis 1939 war es ihnen lediglich gelungen, sechs der 81 Lehrstühle für Physik in Deutschland zu besetzen, hauptsächlich mit ihren Schülern. Trotzdem war ihr Einfluss keineswegs ganz verschwunden. Ein bezeichnender Triumph war die Kampagne gegen Werner Heisenberg, der 1932 für seine bahnbrechenden Arbeiten auf dem Gebiet der Quantenmechanik den Nobelpreis erhalten hatte. 1901 geboren hatte Heisenberg bei herausragenden Persönlichkeiten der modernen Physik wie Niels Bohr und Max Born studiert und war 1927 zum Professor für theoretische Physik in Leipzig berufen worden. Ein konservativer Nationalist, wenn auch nicht politisch aktiv, war Heisenberg gleich vielen seiner Kollegen fest davon überzeugt, dass der Schaden, den man der deutschen Wissenschaft durch die Entlassung jüdischer Forscher zugefügt hatte nur behoben werden könne, wenn Männer wie er in Deutschland blieben.²⁸⁶

Doch die «deutschen Physiker» hatten andere Vorstellungen. Sie inszenierten eine heftige Kampagne gegen Heisenbergs Berufung auf einen prestigeträchtigen Lehrstuhl für theoretische Physik 1937 in München. Starks offener Angriff auf Heisenberg in der nationalsozialistischen Presse als Anhänger des verabscheuten Einstein war reine Polemik: Einstein selbst lehnte die Quantenphysik rundheraus ab. Doch der Angriff zielte offenbar auf die Hauptströmung der Physik. Er löste eine öffentliche, von Heisenberg verfasste und von 75 führenden Physikern unterzeichnete Erwiderung aus, eine fast beispiellose öffentliche Intervention im Dritten Reich. Die Physiker bekräftigten noch einmal das Prinzip, dass kein Fortschritt auf experimentellem Gebiet möglich sei ohne die theoretische Durchdringung der Naturgesetze. Die Aktionen der «deutschen Physiker» fügten dem Fach Schaden zu und schreckten Studenten ab. Schon jetzt gebe es zu wenig Physiker der jüngeren Generation in Deutschland. Danach hörten die öffentlichen Angriffe auf, doch hinter den Kulissen gewannen die «deutschen Physiker» die Unterstützung von Reinhard Heydrichs SD und der Münchener Gruppe des NS-Dozentenbunds, um die Be-

rufung Heisenbergs zu verhindern. Gegen diesen erneuten Angriff nutzte Heisenberg die Bekanntschaft seiner Familie mit der Familie Heinrich Himmlers, dessen Vater zur selben Zeit Lehrer in München gewesen war wie der Vater des Physikers. Nachdem die Mutter Heisenbergs mit der Mutter Himmlers gesprochen hatte, sorgte der Chef der SS im Juli 1938 dafür, dass der Name Heisenbergs wieder reingewaschen wurde. Dennoch endete die ganze Affäre mit einem Sieg Starks und seiner Anhänger. Mit Wirkung vom 1. Dezember 1939 wurde der Münchener Lehrstuhl mit Wilhelm Müller besetzt, der nicht einmal Physiker war, sondern ein Fachgelehrter auf dem Gebiet der Aerodynamik, für dessen «Qualifikation» höchstens die Tatsache sprach, dass er 1936 ein Büchlein mit dem Titel *Juden und Wissenschaft* veröffentlicht hatte, in dem die Relativitätstheorie als jüdischer Schwindel bezeichnet wurde. Danach wurde an der Universität München keine theoretische Physik mehr gelehrt, ganz im Sinne der «deutschen Physiker», die damit ihren bislang grössten Sieg errungen hatten.²⁸⁷

Neben der Physik wurde kein anderes traditionelles wissenschaftliches Fach so stark durch den Versuch einiger seiner hervorragendsten Vertreter erschüttert, es zu einer spezifisch nationalsozialistischen Form der Erkenntnis und des Wissens zu machen, ausgenommen vielleicht noch die Biologie. Es gab einen ziemlich schwachen Versuch, eine «deutsche Mathematik» zu schaffen und dabei der Geometrie den Vorrang vor der Algebra zu geben, da sie angeblich in einem engeren Bezug zur idealen menschlichen Form stand, wie sie ihren Ausdruck im «arischen Rassentypus» gefunden hatte. Dieser Versuch wurde jedoch von den meisten Mathematikern als abstrus und belanglos ignoriert und verlief sich im Sand.²⁸⁸ In ähnlicher Weise war der Versuch, eine «deutsche Chemie» zu begründen – er wurde wie seine Pendants in anderen Disziplinen von der Wissenschaft selbst und nicht vom NS-Regime oder seinen Behörden angeregt – zu unbestimmt und diffus, um eine Wirkung zu entfalten. Weniger antisemitisch als die «deutsche Physik», richtete sie ihre Angriffe gegen den «westlichen» Rationalismus und wollte ihren Theorien wiederbelebte organische Naturbegriffe der deutschen Romantiker zugrundelegen. Ihre Ergebnisse waren allerdings noch weniger beeindruckend, nicht zuletzt, weil

die «Deutschen Chemiker» in ihren Reihen niemanden vom Format eines Lenard oder Stark aufzuweisen hatten.²⁸⁹ Was alle diese Versuche, die Wissenschaft auf eine nationalsozialistische Linie zu bringen, gemeinsam hatten, war ein typisch nationalsozialistisches Misstrauen gegenüber Abstraktion und Formalismus, vergleichbar der Ablehnung, die so deutlich in offiziellen Tiraden gegen eine «entartete Kunst» sichtbar wurde. Doch eine «entartete Wissenschaft» war zum einen weniger leicht zu identifizieren und zum anderen weniger offensichtlich mit liberalen und sozialistischen Strömungen in der Kulturpolitik verknüpft.²⁹⁰ Das Dritte Reich erlebte zwischen 1933 und 1939 einen deutlichen Niedergang im Niveau der akademischen Forschung und Lehre an deutschen Universitäten. Das lag nicht nur an der erzwungenen Emigration so vieler namhafter jüdischer Wissenschaftler, sondern auch daran, dass die deutsche Wissenschaft allmählich von internationalen Konferenzen, Gastprofessuren, dem Austausch von Forschungsergebnissen und anderen Kontakten mit der weltweiten wissenschaftlichen Gemeinde abgeschnitten wurde, die schon immer eine wesentliche Rolle bei der Anregung neuer Entwicklungen gespielt haben. Die Zahl der Wissenschaftler aus führenden Ländern der internationalen Forschungsgemeinde, die deutsche Universitäten besuchten, ging nach 1933 spürbar zurück. Bereits 1936 beklagte Heisenberg gegenüber seinem dänischen Kollegen Niels Bohr seine zunehmende Isolation. Professoren und Universitäten im Ausland begannen ihre Kontakte zu deutschen Wissenschaftlern zu reduzieren aus Protest gegen die Entlassung jüdischer Wissenschaftler, Auslandsreisen wurden zunehmend eingeschränkt oder zu politischen Zwecken benützt und die Abonnements führender internationaler wissenschaftlicher Zeitschriften wurden von den Universitätsbibliotheken gekündigt, wenn sie – wie etwa die englische *Nature* – eine ausgesprochene oder unausgesprochene Kritik am Dritten Reich enthielten.²⁹¹

Trotz dieser Entwicklungen verkümmerte die wissenschaftliche Forschung im Dritten Reich nicht, sie brach auch nicht zusammen. Das Niveau an den deutschen Universitäten ging zwar zurück, aber diese hatten zu keiner Zeit ein Monopol auf die Forschung gehabt. Seit dem 19. Jahrhundert unterhielten grosse, moderne Unternehmen in der Elektro-, Maschinenbau- und der chemischen Industrie ihre eigenen Entwicklungsabteilungen, in denen hervorragend ausgebildete und gut bezahlte Wissen-

schaftler arbeiteten, damit sie mit ihren technischen Neuerungen als Grundlage ihrer Produktion stets eine Spitzenposition auf den Weltmärkten behaupten konnten. Was aber vielleicht noch wichtiger war, der Staat selbst hatte grosse Summen in wissenschaftliche Forschungsinstitute nicht nur innerhalb, sondern vor allem ausserhalb der Universitäten durch eine Vielzahl von Gremien investiert, darunter die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. (ab 1949 Max Planck-Gesellschaft). Das NS-Regime leitete die Fördergelder in der Hauptsache in militärische oder kriegswichtige technische Projekte, von neuen Waffen bis zu synthetischen Brennstoffen. Medizin und Biologie profitierten von Fördergeldern in Bereichen wie der Verbesserung landwirtschaftlicher Erträge, Kunstdünger und Kunstfasern. Je stärker das Regime aufrüstete und die Wirtschaft auf eine Kriegsproduktion umstellte, desto mehr Gelder zogen jene Bereiche der wissenschaftlichen Gemeinde auf sich, die einen Beitrag dazu leisten konnten. Es war für diese Entwicklung symptomatisch, dass Heisenberg und seine Kollegen das Regime nicht nur davon überzeugen konnten, dass die theoretische Physik für die Entwicklung einer komplexen Militärtechnik unverzichtbar war, sondern dass es ihnen auch gelang, Johannes Stark 1936 aus seinem Amt als Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu entfernen, weil seine hartnäckige Ablehnung der theoretischen Physik die Finanzierung einer kriegswichtigen Forschung behinderte.²⁹²

Die Regierung erhöhte die Fördermittel für die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft beträchtlich und machte sie davon abhängig, dass die Empfänger die Relevanz ihrer Arbeit für die Vorbereitung Deutschlands auf einen Krieg nachweisen konnten. Auch die Regierungen vor 1933 und die Regierungen anderer Staaten vergaben und vergeben natürlich Mittel so, dass sich ein grösstmöglicher Nutzen für den Staat ergab, eine Neigung, von der die Geisteswissenschaften am wenigsten profitierten. Doch der Umfang, die Intensität und die Zielstrebigkeit des NS-Regimes in dieser Hinsicht stellten die meisten Parallelen in anderen Ländern in den Schatten. Die wissenschaftliche Forschungsgemeinde in Deutschland war enorm stark; gemessen an der Gesamtbevölkerung war

sie 1933 wahrscheinlich die stärkste der Welt. Zumal in den staatlich geförderten Forschungsinstituten und den Entwicklungsabteilungen der Grossunternehmen war sie auch weiterhin führend mit ihren Neuentwicklungen. Zu ihren Leistungen gehörten die Entdeckung der Kernspaltung durch Otto Hahn und Lise Meitner 1938, die Produktion wichtiger Medikamente wie Methadon und Demerol und des Nervengases Sarin, technische Entwicklungen wie das Strahltriebwerk, das Elektronenmikroskop und der Elektronencomputer, die Infrarotfotografie aus der Luft, das Kalt-Fliesspressen, den Leistungsschalter, das Tonbandgerät, die Röntgenröhre, die Farbfilmverarbeitung, der Dieselmotor und die Interkontinentalrakete. Man hat sogar behauptet, die erste Fernsehendung, die stark genug war, über den Planeten Erde hinauszureichen, sei die der Rede gewesen, die Hitler zur Eröffnung der olympischen Sommerspiele 1936 gehalten hat. Während also das Dritte Reich vormilitärischen und militärischen Übungen in Schulen und an den Hochschulen zum Nachteil anderer Lerninhalte den ersten Platz einräumte, unterstützte es gleichzeitig die modernste, fortgeschrittenste wissenschaftlich-technische Forschung, wenn nachgewiesen werden konnte, dass auch nur eine entfernte Möglichkeit einer militärischen Anwendung bestand.²⁹³

V

Die traditionelle Einstellung zu den akademischen Fächern überlebte an den deutschen Hochschulen nicht zuletzt deshalb, weil ihre Komplexität und ihr hohes Niveau sich einer umstandslosen Einpassung in die groben Kategorien der NS-Weltanschauung widersetzen.²⁹⁴ In der Geschichtswissenschaft beispielsweise sträubten sich Professoren hartnäckig gegen die in den ersten Jahren des Regimes unternommenen Versuche der Nationalsozialisten, ein neues, «rassisch» orientiertes Blut-und-Boden-Verständnis der Vergangenheit zu etablieren. An den Hochschulen wie an den höheren Schulen forderten Ideologen wie Alfred Rosenberg, das Fach Geschichte müsse eine Form der politischen Propaganda und Indoktrination werden und die traditionellen Vorstellungen einer Objektivität auf

der Grundlage wissenschaftlicher Forschung aufgeben. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts hatten sich die deutschen Historiker daran gewöhnt, die Vergangenheit aus sich heraus zu verstehen und den Staat als die Haupttriebkraft der Geschichte anzusehen. Jetzt sagte man ihnen, Karl der Grosse etwa sei ein Deutscher gewesen – viele Historiker waren dagegen überzeugt davon, dass man in dieser Epoche überhaupt noch nicht von Deutschen reden könne –, und der Urgrund allen geschichtlichen Wandels und jeder historischen Entwicklung sei die «Rasse». Manche übernahmen bereitwillig die Idee vom Deutschtum Karls des Grossen. Im Fall des Osteuropaforschers Albert Brackmann gehörte hierzu auch der Versuch, das Ausmass, in dem Karl in seinem Handeln vom christlichen Glauben motiviert war, so weit wie möglich herunterzuspielen. Traditionalisten wie Hermann Oncken bestanden aber darauf, dass Geschichte in erster Linie eine Suche nach Wahrheit sei, ungeachtet ihrer ideologischen Implikationen. Ein anderer Historiker, Johannes Haller, der die NSDAP bei den Wahlen 1932 öffentlich unterstützt hatte, erklärte im November 1934, dass Historiker, die eine «mythische Schau der Vergangenheit» übernahmen, «Harakiri» begingen: «Denn», so lautete seine Begründung, «wo der Mythos das Wort führt, hat die Geschichte nichts mehr zu sagen.» So verweigerten viele Geschichtswissenschaftler dem neuen Regime die Gefolgschaft bei dessen Versuch, das Fach durch neue Gründungen zu revolutionieren wie das «Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands» unter Walter Frank. Dieses neue Institut war kein Erfolg. Es gelang ihm kaum, eine eigene Forschung zu betreiben ausser in seiner «Abteilung für die Judenfrage» unter Karl Alexander von Müller, dessen Verbindung zu Hitler in dessen Münchner Zeit Ende des Ersten Weltkriegs zurückreichte.²⁹⁵

Müller übernahm 1935 die Herausgabe des Flaggschiffs der historischen Zunft, der *Historischen Zeitschrift* von dem liberalen Friedrich Meinecke. Doch abgesehen von einigen kurzen Aufsätzen und Berichten über die «Judenfrage», die Geschichte der Deutschen im Ausland und ein oder zwei politischen Themen veröffentlichte die Zeitschrift weiter wie bisher Fachaufsätze über wissenschaftliche Themen auf der Grundlage solider Quellenforschung.²⁹⁶ Das Führerprinzip wurde zwar in den historischen

Organisationen und Forschungsinstituten eingeführt, doch das fiel nicht weiter ins Gewicht; die Historiker an den Hochschulen waren bereits sehr hierarchisch organisiert, wobei die Ordinarien über eine grosse Machtfülle verfügten. Der Verband Deutscher Historiker kooptierte 1933 zunächst zwei prominente Nationalsozialisten in seinen leitenden Ausschuss, wurde jedoch 1936 der Aufsicht des Reichserziehungsministeriums unterstellt. Das führte zu einer stärker politisch motivierten Auswahl von deutschen Delegierten zu internationalen Historikerkongressen und zu einer Dominanz von NS-Historikern aus Walter Franks Reichsinstitut auf den Deutschen Historikertagen. Die hauptsächliche Folge davon war jedoch die, dass die Historiker an den Hochschulen an diesen Kongressen nicht mehr teilnahmen, und die Mehrheit war so apathisch, dass der Deutsche Historikertag von 1937 der letzte im Dritten Reich war.²⁹⁷ Wie der SD ein Jahr später in seinem Jahreslagebericht vermerkte, begnügten sich die Historiker zumeist damit, «alte wissenschaftliche Enzyklopädien weiterzuführen und für die Aufhellung einzelner Epochen neue wissenschaftliche Beiträge zu liefern». Es gab wenig Anhaltspunkte dafür, dass nationalsozialistische Begriffe und Methoden in die deutsche Geschichtswissenschaft Eingang gefunden hätten.²⁹⁸ Es hatte somit den Anschein, dass die Historikerzunft in Deutschland vom NS-Regime vergleichsweise unbeeinflusst blieb und ihre Rolle als Hüterin des Vermächtnisses der grossen deutschen Historiker der Vergangenheit gegen den Anschlag des neuen Antiintellektualismus erfolgreich spielen konnte.

Doch wenn deutsche Historiker zumal der älteren Generation beteuerten, dass die Geschichtswissenschaft ein unpolitisches Fach sei, dann meinten sie damit wie so viele Konservative in der Weimarer Republik, man dürfe sie nicht mit Parteipolitik verbinden, nicht jedoch, dass sie keinerlei politischen Inhalt habe. Von ihrer Warte aus war Patriotismus ebenso unpolitisch wie der Glaube an die historische Richtigkeit und Zwangsläufigkeit der Bismarckschen Einigung Deutschlands 1871 oder die Behauptung, dass Deutschland nicht verantwortlich sei für den Ausbruch des Weltkriegs. Ein wissenschaftlich objektiver Zugang zur Vergangenheit passte auf wundersame Weise mit den nationalistischen Vorurteilen und vorgefassten Meinungen des gebildeten deutschen Bürgertums in der Gegenwart zusammen. Für fast alle war es beispielsweise selbstver-

ständig, dass die Ostwanderung der Germanen im Mittelalter den Slawen die Zivilisation gebracht habe. Das deutsche Recht, slawische Nationen wie Polen und die Tschechoslowakei in der Gegenwart zu erobern, erwuchs in dieser Perspektive aus der historischen Mission Deutschlands, diesen Teil Europas zu zivilisieren. Niemand verschwendete einen Gedanken an die Möglichkeit, dass sie die Geschichte rückwärts statt vorwärts lasen.²⁹⁹ Obwohl also kein Ordinarius für Geschichte vor 1933 Mitglied der NSDAP gewesen war, verliess kaum einer von ihnen seinen Lehrstuhl aus Gründen seiner politischen Überzeugung oder seines Gewissens, als die Nationalsozialisten die Hochschulen übernahmen, da kaum einer von ihnen die Notwendigkeit eines solchen Schritts einsah.³⁰⁰

Der traditionelle Rankesche Begriff der Objektivität wurde nicht von allen Historikern geteilt, zumal nicht in der jüngeren Generation. Einer von ihnen, Hans Rothfels, sprach sich offen gegen den, wie er es nannte, «tendenziösen Irrglauben standpunktloser Objektivität» und für ein bewusstes «Ineinssetzen von Wissenschaft und Leben» in der Gegenwart aus.³⁰¹ Doch selbst jüngere Historiker, die diesen Begriff einer Objektivität ablehnten, hielten an der Notwendigkeit wissenschaftlicher Forschungsstandards fest und wandten sich gegen eine offene Umwidmung der Geschichte in politische Propaganda. Fanatische Ideologen wie Rosenberg und Himmler trafen somit auf eine beträchtliche Opposition, als sie versuchten, den Historikern «rassische» Geschichtsdeutungen, Blut und Boden, heidnische antichristliche Sichtweisen und Ähnliches aufzunötigen. Hitler selbst rühmte mit Vorliebe deutsche militärische Tüchtigkeit und grosse nationale Helden der Vergangenheit. Diese Sicht der Geschichte sagte den Professoren wesentlich mehr zu. Trotz des Interesses einiger junger Historiker an einer populärwissenschaftlichen Geschichte der einfachen Leute unter nationalsozialistischen oder quasinationalsozialistischen Vorzeichen waren Militär- und Diplomatiegeschichte in Deutschland wie auch in vielen anderen europäischen Ländern jener Zeit vorherrschend, und das Verfassen von Biographien grosser Männer galt allgemein als ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit eines Historikers.³⁰²

Ein nicht untypisches Beispiel war in dieser Hinsicht der Freiburger Professor Gerhard Ritter, der während der dreissiger Jahre einer der promi-

nentesten Vertreter seiner Zunft wurde. Geboren 1888 als Sohn einer bildungsbürgerlichen Familie, war er für sein Leben gezeichnet durch seine Erlebnisse als Offizier in der Schlacht an der Somme 1916. Sein Patriotismus wurde damals durch eine starke Dosis nüchternen Realismus relativiert, und obwohl er sich später immer wieder für eine Revision des Versailler Vertrags und gegen die These von Deutschlands Alleinschuld am Krieg aussprach, warnte er auch wiederholt vor einer unverantwortlichen Kriegstreiberei und einer leeren patriotischen Rhetorik. Vielleicht ungewöhnlich für seine Zeit hatte Ritter nichts mit Antisemitismus im Sinn, und er misstraute dem Populismus der Nationalsozialisten, da er einer elitären Vorstellung von Politik anhing, in der die verantwortungslosen und ungebildeten Massen von einer uneingeschränkten politischen Teilhabe ausgeschlossen waren. Nachdem Hitler an die Macht gekommen war, schwankte Ritters Haltung gegenüber dem Regime zwischen bedingter Unterstützung und eingeschränkter Opposition. Streitlustig und mutig zögerte er nicht, jüdische Schüler und Kollegen, die entlassen worden waren oder verfolgt wurden, zu unterstützen. Andererseits befürwortete er mit Nachdruck zahlreiche politische Massnahmen Hitlers in der Innen- und Aussenpolitik, während er gleichzeitig unverzagt auf eine Reform des Regimes in eine weniger radikale Richtung hoffte. Wie er 1936 in seiner Biographie Friedrichs des Grossen schrieb, hatten die Deutschen mit Recht gelernt, «Opfer an politischer Freiheit zu bringen», für den «Vorzug, Mitglieder einer führenden Staatsnation zu sein». Privat äusserte er sich kritisch über viele Aspekte des NS-Regimes, doch in der Öffentlichkeit dienten seine Bücher und Aufsätze dessen erzieherischen Zwecken allgemein, indem sie die üblichen Themen des Historikers von deutscher Nation und dem Leben grosser Deutscher in der Vergangenheit in den Vordergrund stellten, auch wenn einige der darin vertretenen Standpunkte von der Parteiführung nicht uneingeschränkt geteilt wurden.³⁰³

In ähnlicher Weise sahen auch andere Disziplinen kaum Schwierigkeiten, sich in die allgemeineren Forderungen des Regimes einzupassen und dabei wenigstens einen Teil ihrer wissenschaftlichen Autonomie in Lehre und Forschung zu bewahren. An der Universität Heidelberg beispielsweise konzentrierte das «Institut für Sozial- und Staatswissenschaften»

seine Forschung auf Bevölkerungsentwicklung, Agrarwirtschaft und die unbestimmt bezeichnete «Raumforschung», bei der es tatsächlich darum ging, Erkenntnisse zu sammeln, die für die angestrebte zukünftige Expansion des Reichs zur Sicherung von «Lebensraum» von Bedeutung waren. Die Soziologen setzten ihr Vertrauen in empirische Detailforschung und zeigten den fanatischen NS-Ideologen die kalte Schulter, die versuchten, mit ihrem Fanatismus Karriere zu machen. Eine ähnliche Entwicklung konnte auch an anderen Hochschulen beobachtet werden.³⁰⁴ In der Germanistik legten die Professoren und Dozenten im Dritten Reich das Schwergewicht auf Literatur- und Sprachgeschichte als ein Feld, in dem der deutsche Geist und die Enttäuserungen der deutschen «Rassenidentität» durch die Jahrhunderte zurückverfolgt werden konnten. Sie kontrastierten diese Tradition mit der angeblichen Bedrohung durch fremde Einflüsse wie die romanistische Literatur und die amerikanische Massenkultur. Das schien der NS-Ideologie zu entsprechen, doch dieser Ansatz wurde von der grossen Mehrzahl der Germanisten bereits in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg vertreten.³⁰⁵

Die theologischen Fakultäten, aufgeteilt in katholische und protestantische Abteilungen, befanden sich in einer schwierigeren Lage. Die protestantischen theologischen Fakultäten wurden Stätten erbitterter Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der Deutschen Christen und der Bekennenden Kirche. An der Universität Bonn beispielsweise, wo Karl Barth, der massgebliche Theologe der Bekennenden Kirche, als Spiritus rector wirkte, wurde im April 1933 ein neuer Dekan, Emil Pfennigsdorf von den Deutschen Christen, gewählt. Innerhalb von drei Jahren hatte er zehn der vierzehn Mitglieder der Fakultät entlassen oder versetzt und durch eigene Anhänger ersetzt, mit dem Ergebnis, dass die Fakultät nach kurzer Zeit keine Studenten mehr hatte. Die Feindseligkeit der NSDAP gegenüber der katholischen Kirche fand ihren Ausdruck in der Weigerung der staatlichen Behörden, der Neubesetzung vakant gewordener Stellen in der katholischen Fakultät der Universität Bonn zuzustimmen. 1939 waren acht der zwölf Lehrstühle der Fakultät unbesetzt; nur die Zwangsversetzung von zwei Theologieprofessoren der Fakultät in München, die von den Nationalsozialisten ganz geschlossen wurde, ermöglichte eine Weiterführung

des Lehrbetriebs. Ähnliche Turbulenzen gab es auch an anderen deutschen Universitäten.³⁰⁶

Der Gegensatz zu den Fakultäten, die unter dem Nationalsozialismus innerhalb kürzester Zeit zu den wichtigsten Fakultäten der deutschen Hochschulen werden sollten, die medizinischen, hätte nicht krasser sein können. 1935 machten die Medizinprofessoren rund ein Drittel aller Fakultätsmitglieder aus, und die absolut dominierende Stellung der Medizin an den Universitäten kam in dem Umstand zum Ausdruck, dass von 1933 bis 1945 59 Prozent der Hochschulrektoren Mediziner waren. Das starke Interesse des Regimes an der medizinischen Lehre kündigte sich schon 1933 an, als Hitler den «Rassenhygieniker» Fritz Lenz auf den ersten ordentlichen Lehrstuhl für Eugenik («Rassenhygiene») an einer deutschen Universität, in Berlin ernannte. Weitere Lehrstühle für «Rassenhygiene» wurden an anderen Universitäten eingerichtet; wo dies nicht erfolgte, wurden zumindest reguläre Lehrveranstaltungen in dem Fach angeboten. Das Fach war allerdings wissenschaftlich nicht besonders entwickelt, und diejenigen, von denen die neuen Lehrstühle besetzt wurden, waren häufig mehr bekannt für ihren ideologischen Fanatismus als für ihre wissenschaftliche Befähigung. Die fachkundigeren Studenten mokierten sich über solche Dozenten hinter deren Rücken, doch auch sie bestanden häufig die einfachsten ihrer aberwitzigen Prüfungen auf diesem Gebiet nicht. Sie bestimmten Personen, die «nordisch» aussahen, als «arisch», während diese in Wirklichkeit Juden waren. Die Absurdität solcher Prüfungen hielt die frischgebackenen Professoren jedoch nicht davon ab, viel Zeit und Arbeitskraft auf Untersuchungen zur «Rassenkunde» zu verwenden. An der Universität Giessen zum Beispiel wurde ein Institut für Erbgesundheits- und Rassenpflege, das 1933 zu einem Teil von der NSDAP finanziert wurde, 1938 in eine reguläre Hochschulabteilung unter seinem Gründer, dem «alten Kämpfer» Heinrich Wilhelm Kranz umgewandelt, der als Medizinstudent an der kaltblütigen Erschiessung von 15 Arbeitern durch eine Freikorpsinheit in Thüringen im Verlauf des Kapp-Putschs 1920 beteiligt war. Kranz war eigentlich Augenarzt ohne jegliche wissenschaftlichen Kenntnisse auf dem Gebiet der physischen Anthropologie, was ihn jedoch nicht daran hinderte, seine Beziehungen in der Partei spielen zu lassen, um

den Aufbau seines eigenen Reichs auf dem Gebiet der «Rassenkunde» voranzubringen.³⁰⁷

Auch wenn die Qualifikation ihrer Lehrer häufig zu wünschen übrigliess und der Inhalt ihrer Vorlesungen unter wissenschaftlichem Aspekt zweifelhaft war, «Rassenhygiene» wurde wenigstens im Prinzip von den meisten medizinischen Fakultäten in den dreissiger Jahren anerkannt. Das war aber noch nicht alles, was die Nationalsozialisten den Universitäten auf diesem Gebiet zumuteten. Der Führer des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztekunds vor 1933 und ab 1936 der Führer der Reichsärztekammer war Gerhard Wagner, ein enger Mitarbeiter von Rudolf Hess und ein begeisterter Anhänger einer alternativen Medizin.³⁰⁸ Wagner unterstützte die radikalen NS-Mediziner, die für einen ganzheitlichen Ansatz auf der Grundlage von Naturheilverfahren plädierten, der als Neue Deutsche Heilkunde bekannt wurde. Er zeigte eine unverhohlene Verachtung gegenüber der mechanistischen, naturwissenschaftlichen Auffassung der herkömmlichen Schulmedizin und lehnte ihre Basis einer synthetischen Pharmakologie ab. Im Juni 1934 richtete Wagner in Dresden eine Lehrklinik (das «Rudolf-Hess-Krankenhaus») ein, mit dem Ziel, die homöopathischen Ideen der Neuen Deutschen Heilkunde zu verbreiten. Danach folgte die Einrichtung einer ganzen Reihe spezieller Ausbildungskurse. «Rassenhygiene» war ein fester Bestandteil des Unterrichts an der neuen Akademie für Gesundheitsbeamte, die Wagner 1933 in München gegründet hatte. Sehr bald gehörte «Volksgesundheit» auch zum Lehr- und Lernstoff der medizinischen Abteilungen der Hochschulen. Wagner unterstützte diesen Prozess, indem er sich immer wieder mit einigem Erfolg beim Reichserziehungsministerium für die Berufung von Medizinern seiner Wahl auf vakante Lehrstühle einsetzte, nachdem alle deutschen Juden auf diesen Lehrstühlen 1933/34 entlassen worden waren. An der Universität Bonn beispielsweise wurden in den Jahren nach 1933 12 von 17 Lehrstühlen frei, und 10 der 14 neu berufenen Ordinarien für Medizin waren aktive Nationalsozialisten, die damals die dominierende Gruppe in der Fakultät bildeten. Häufig konnten die neuen Lehrstuhlinhaber weder in der Forschung noch in der Lehre an das Niveau ihrer Vorgänger anknüpfen. 1938 war der Mangel an qualifizierten Bewerbern um Lehrstühle an den medizinischen Fakultä-

ten so eklatant, dass das Reichserziehungsministerium dazu überging, Lehrstuhlinhaber, die ins Rentenalter eingetreten waren, zu bitten, ihr Amt noch eine Zeitlang wahrzunehmen. In Berlin zum Beispiel wurde der 67jährige Walter Stoeckel, ein namhafter Gynäkologe, noch für zwei weitere Jahre verpflichtet, da für ihn kein geeigneter Nachfolger zu finden war. Der Hauptgrund für diesen Mangel war, dass kompetenten Ärzten und Chirurgen höhere Gehälter und mehr Freiraum bei der Forschung in Industrie und Wehrmacht winkten. Und die Belastung durch hohe Studentenzahlen in Bereichen wie der «Rassenhygiene» war inzwischen so stark, dass Mediziner aus anderen Spezialgebieten einspringen mussten, um das Fach zu unterrichten.³⁰⁹

Überall im Bildungswesen wirkte sich somit der Einfluss des Nationalsozialismus verheerend aus. «Wissenschaft ist jetzt nicht das Wesentliche», vermerkte Victor Klemperer im Oktober 1933 in seinem Tagebuch, nachdem an der Universität an anderthalb Nachmittagen in der Woche die Vorlesungen wegen Wehrsportübungen gestrichen wurden.³¹⁰ In einem Regime, das auf die Verachtung des Intellekts gegründet war, konnte das kaum überraschen. Die Nationalsozialisten betrachteten das Bildungswesen in erster Linie als ein Instrument, um der Jugend ihre eigene Weltanschauung einzutrichtern, und noch mehr als ein Mittel, sie körperlich und geistig auf den Krieg vorzubereiten. Alles, was ihnen im Wege stand, auch traditionelle erzieherische Werte wie die Freiheit einer forschenden Neugier, kritische Intelligenz oder das Ideal der reinen Forschung, musste abgewertet oder beiseite geschoben werden. Als die Kriegsvorbereitungen umfangreicher wurden, nahm die Zahl der von der Wehrmacht benötigten Stabsärzte zu, und 1939 wurde die Mindestdauer eines Medizinstudiums verkürzt. Die Qualität der Lehre hatte bereits darunter gelitten, dass neben der Schulmedizin Pflichtfächer wie «Rassenkunde» hinzugekommen waren, nicht zu reden von den vielfältigen Pflichten der Studenten gegenüber der Partei, vom Arbeitsdienst bis zur Teilnahme an den Aktivitäten der SA. Bereits 1935 beklagte sich der Chirurg Ferdinand Sauerbruch über die schlechte Vorbildung der neuen Medizinstudenten, von denen viele zugelassen worden seien, weil sie oder ihre Eltern «Pgs» waren. Es gab sogar Hinweise darauf, dass die Prüfungsanforderungen gesenkt wurden, damit

diese Studenten nicht durchfielen. Wenn eine Dissertation über «Rassenhygiene» als abschliessende Qualifikation für eine medizinische Praxis genügte, mussten Traditionalisten wie Sauerbruch für die Zukunft des ärztlichen Berufsstandes in Deutschland das Schlimmste befürchten.³¹¹

Dessenungeachtet setzten in der Medizin wie in den übrigen Wissenschaften die Ordinarien ihre Lehre und Forschung in mehr oder weniger derselben Weise fort, wie sie es bisher getan hatten. Bei all seinen Tiraden gegen die Schulmedizin war sich Wagner darüber im Klaren, dass die Ärzte zur praktischen Umsetzung vieler eugenischer Pläne der Nationalsozialisten unverzichtbar waren. Er scheute vor der Idee zurück, die von den Anhängern der Neuen Deutschen Heilkunde vorgetragen wurde, die medizinischen Fakultäten überhaupt abzuschaffen. Ausserdem hatten die Leistungen der deutschen medizinischen Forschung in den letzten Jahrzehnten weltweit Anerkennung gefunden, und es gab überzeugende nationalistiche Argumente für eine vorläufige Fortsetzung dieser stolzen Tradition. Seriöse medizinische Forschung in den verschiedensten Bereichen war von offensichtlicher Relevanz für den Schutz deutscher Truppen vor Infektionskrankheiten und für die Verbesserung der Gesundheit der deutschen Bevölkerung allgemein. Deshalb blieb die Schulmedizin in Deutschland auch weiterhin bestehen. Der Pathologe Gerhard Domagk erhielt 1939 sogar den Nobelpreis für seine Entwicklung von Sulfonamiden zur Bekämpfung bakterieller Infektionen (wurde vom Regime allerdings daran gehindert, ihn entgegenzunehmen). In ihrem Bemühen, die Gesundheit und Fruchtbarkeit des «rassisch» erwünschten Teils der deutschen Bevölkerung zu verbessern, legten die Nationalsozialisten ein besonderes Gewicht auf die Präventivmedizin und die Erforschung tödlicher Krankheiten. Es war ein NS-Epidemiologe, der als erster den Zusammenhang zwischen Rauchen und Lungenkrebs entdeckte und im Juni 1939 eine staatliche Behörde zur Bekämpfung des Tabakkonsums ins Leben rief. Partei- und Regierungsstellen erliessen Verbote von karzinogenen Substanzen wie Asbest, gefährlichen Pestiziden und Lebensmittelfarben. Bereits 1938 hatte die Luftwaffe das Rauchen in ihren Räumen verboten, ein Beispiel, dem im April 1939 die Reichspost und die Büros der NSDAP selbst folgten. Bücher, Broschüren und Plakate warnten vor den Gefahren

des Rauchens und wiesen immer wieder darauf hin, dass der Führer selbst weder Pfeife noch Zigarren oder Zigaretten rauchte und ausserdem fast keinen Alkohol trank. Auch innerhalb der NSDAP gab es Versuche, den übermässigen Genuss von Bier, Wein und Schnaps einzudämmen. Die Tatsache, dass etliche Tabakfabrikanten, Brauer, Schnapsbrenner und Winzer in der Partei waren und sie finanziell beträchtlich unterstützten, spielte dabei keine Rolle; das oberste Ziel war die Verbesserung der Gesundheit der «arischen Rasse».³¹²

Diese Massnahmen trugen dazu bei, dass die medizinischen Forscher vor der düsteren Seite der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik die Augen verschlossen. Eine Verbesserung der «Rasse» bedeutete nicht nur eine Forschung und Prävention der genannten Art, sondern auch, wie wir im 6. Kapitel sehen werden, die Ausschaltung angeblich negativer Einflüsse auf die «Rasse» und ihre Zukunft durch Zwangssterilisierung und am Ende Mord, eingekleidet in die neutral klingende Rhetorik einer Präventivmedizin.³¹³ Die Aufnahme der «Rassenhygiene» in die medizinische Ausbildung im Dritten Reich hatte ihre Auswirkungen auch auf die medizinische Ethik, da die medizinischen Forscher auf anderen Gebieten ebenfalls der Vorstellung erlagen, dass «rassisch» minderwertige oder «Untermenschen» legitimerweise als Objekte medizinischer Versuche dienen könnten.³¹⁴ Die enorme Macht und das grosse Prestige der Medizin und der mit ihr verbundenen Fächer im Dritten Reich brachte manche medizinischen Forscher zu der Überzeugung, im Namen eines Fortschritts der Wissenschaft sei alles gerechtfertigt, nicht nur wenn es unmittelbar mit dem Schicksal der Nation im Kampf um die Macht verknüpft werden konnte, sondern selbst in abseitigen Bereichen der reinen Forschung. In dieser Überzeugung wurden sie von der Verachtung des Regimes gegenüber der herkömmlichen Moral bestärkt.

Die tief eingewurzelten christlichen Glaubensvorstellungen von so vielen Millionen Deutschen erschienen den Nationalsozialisten letztlich lediglich als ein weiteres Hindernis vor der Mobilisierung des «arischen Rassegeists». Nirgends gab es eindeutige Belege dafür, dass die Nationalsozialisten erfolgreich gewesen wären in ihrem Streben, alternative Quellen der Moral und der kulturellen Identität innerhalb der grossen Masse der Bevölkerung hinwegzufegen und durch eine grenzenlose Be-

geisterung für ihre eigene Weltanschauung zu ersetzen. Doch die Loyalität gegenüber einem politischen System, selbst einem so extremen wie dem Dritten Reich, beruht nie ausschliesslich auf einer weltanschaulichen Identifikation. In der herkömmlichen Politik zumindest sind materielle Faktoren noch wichtiger. Die Nationalsozialisten gelangten inmitten der verheerendsten Wirtschaftskrise der Neuzeit und weitgehend auch als deren Folge an die Macht. Wenn es ihnen gelang, Deutschland aus dem Sumpf der Massenarbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Hoffnungslosigkeit, in den es Ende der zwanziger Jahre geraten war herauszuziehen, konnte dies allein schon ausreichen, die Zustimmung des deutschen Volkes zum neuen Reich zu sichern, auch wenn es gegenüber dessen anspruchsvolleren religiösen, kulturellen und bildungspolitischen Zielen vergleichsweise indifferent blieb.

4. KAPITEL

Wohlstand und Korruption

Die «Arbeitsschlacht»

Am 27. Juni 1933 trat das «Gesetz über die Errichtung eines Unternehmens ‚Reichsautobahnen‘» in Kraft. Die geplanten Schnellstrassen sollten Deutschlands grösste Städte miteinander verbinden und ein Verkehrsnetz bilden, das es ermöglichte, Personen und Frachtgüter mit beispielloser Schnelligkeit und auf dem kürzesten Weg zu befördern. Die Idee kam ursprünglich aus Italien, wo bereits 1924 ein Prototyp gebaut worden war. Nach dem Plan eines [halb]privaten Unternehmens von 1926 sollten Hamburg, Frankfurt a.M. und Basel miteinander verbunden werden, und in den folgenden Jahren gab es auch erste konkretere Planungen, die jedoch infolge der Weltwirtschaftskrise nicht weit gediehen. Fast unmittelbar nach seiner Ernennung zum Reichskanzler griff Hitler diesen Plan wieder auf. Am 11. Februar 1933 eröffnete er die Internationale Automobil- und Motorrad-Ausstellung am Kaiserdamm in Berlin und hielt eine Rede, in der er erklärte, zur Bestimmung der «Lebenshöhe» von Völkern werde man «in der Zukunft die Kilometerzahl der für den Kraftverkehr geeigneten Strassen anzulegen haben». Als begeisterter Autoliebhaber war er während der Wahlkämpfe früherer Jahre kreuz und quer mit dem Auto durch Deutschland gefahren und hatte das Fahren – wenn auch als Beifahrer – als ein ästhetisches Erlebnis genossen, das er dem Reisen im Flugzeug oder in der Eisenbahn bei Weitem vorzog. Deshalb sollte die Trasse der neuen Autobahn durch reizvolle Gegenden führen, mit Parkplätzen, auf denen die Reisenden ihren Wagen verlassen, sich die Beine vertreten und die deutsche Landschaft geniessen konnten. Für Fritz Todt, den Mann, den Hitler am 30. Juni mit der Leitung des Autobahnbaus beauftragte, diente die Autobahn sogar einem «rassischen» Zweck, da sie die deutsche Seele mit den urdeutschen Wäldern, Bergen und Feldern der Heimat verband und die Freude der nordischen «Rasse» an Abenteuer, Geschwindigkeit

und Aufregung zum Ausdruck brachte, die von der modernen Technik ermöglicht wurden.¹

Todt spielte beim Bau der «Reichsautobahn» eine entscheidende Rolle. Er war Tiefbauingenieur, hatte für die Münchener Firma Sager und Woerner gearbeitet, und Teer- und Asphaltstrassen waren sein Spezialgebiet. Seit Anfang 1923 gehörte er der NSDAP an. 1891 in Pforzheim geboren hatte er an der Technischen Hochschule Karlsruhe studiert, hatte im Ersten Weltkrieg als Luftwaffenoffizier gedient und schliesslich 1920 sein Studium abgeschlossen. Sein Eintritt in die Partei verdankte sich in erster Linie seiner Bewunderung für Hitler. Nach dem fehlgeschlagenen Novemberputsch hielt Todt sich mit seinem politischen Engagement zurück und konzentrierte sich mehr auf seine Karriere, doch im Winter 1931/32 trat er in die SA-Reserve ein, und im März 1932 übernahm er die Leitung der Fachgruppe Bauingenieure des 1931 gegründeten «Kampfbundes Deutscher Architekten und Ingenieure». Gleich anderen Akademikern in der Partei sah er in ihr eine entschlossene, tatkräftige, moderne Bewegung, die der Unentschiedenheit der Weimarer Republik ein Ende machen und Deutschland kraftvoll in eine neue Zukunft führen würde, gestützt auf die zentralisierte Anwendung von Wissenschaft und Technik auf die Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft im Interesse der nordischen «Rasse». Innerhalb der Partei bemühte er sich, der ablehnenden Haltung von Wirtschaftsexperten wie Gottfried Feder gegenüber der Mechanisierung und Rationalisierung der Arbeit entgegenzutreten – in ihren Augen vernichteten diese Massnahmen Arbeitsplätze –, indem er ehrgeizige neue Bauvorhaben vorschlug wie die Autobahn, zu denen er im Dezember 1932 der Parteiführung einen Bericht vorlegte. Zu dieser Zeit hatte er bereits die parteiamtliche Stellung eines «Persönlichen Beauftragten des Stellvertreters des Führers für alle Fragen der Technik und deren Organisation», was seine Einflussmöglichkeiten beträchtlich erhöhte. Als Hitler die Aufnahme des Programms zum Bau der Autobahnen ankündigte, stützte er sich weitgehend auf die Ideen Todts.²

Am 23. September 1933 tat Hitler den ersten Spatenstich zu den Arbeiten an der seit Langem geplanten Autobahn Hamburg-Basel; im Mai 1935 wurde der erste Bauabschnitt, die Strecke Frankfurt-Darmstadt für den Verkehr freigegeben. Die Autobahn war vielleicht das dauerhafteste der

vom Dritten Reich ins Werk umgesetzten Propagandaprojekte; sie hat sich bis heute erhalten. Hitler nahm einen starken persönlichen Anteil an der Linienführung und griff gelegentlich ein, um sie zu ändern, wenn er der Meinung war, dass sie die Schönheiten der deutschen Landschaft nicht ausreichend zur Geltung brachte. Ausserdem bestand er darauf, bei den Entwürfen der Brücken, Tankstellen und Rasthöfe das letzte Wort zu haben. Viele von ihnen waren kühne Beispiele einer modernen Architektur, und Hitler vergab die Aufträge für die Entwürfe lieber an Architekten als an Bauingenieure; sogar der frühere Leiter des Bauhauses, Mies van der Rohe, reichte Pläne für zwei Tankstellen ein. Die Modernität der Autobahn, die grossen, schlichten Brücken über Flüsse und Täler, die elegante Trassenführung im Flachland wie durch die Mittelgebirge machten sie zu einer der spektakulärsten Schöpfungen des Dritten Reiches. Todt wies die Planer an, Dämme und Einschnitte harmonisch in das Gelände übergehen zu lassen. «Zur Bepflanzung sind nur bodenständige Arten zu verwenden, d.h. Pflanzen, die ohne Zutun des Menschen von selbst wachsen und gedeihen... Zu beachten ist bei der Linienführung, ... dass stets die Räume der Landschaft zur Geltung kommen.»³ Doch tatsächlich bedeutete die Autobahn nicht die Verschmelzung der deutschen Seele mit der deutschen Landschaft, sondern deren Beherrschung durch die Technik, ein Eindruck, der in der Propaganda verstärkt wurde, die sie als das moderne Äquivalent der altägyptischen Pyramiden feierte, in ihrer Konzeption grossartiger als die gotischen Kathedralen des Mittelalters oder die chinesische Mauer. «Rodet den Forst», lautete der Text zu einem Gemälde, das die Baustelle einer Brücke für die Autobahn darstellte. «Sprengt den Fels – Überwindet das Tal – Zwinget die Ferne – Zieht die Bahn durch deutsches Land.»⁴

Die Pläne, die Todt mit der Autobahn hatte, erfüllten sich allerdings nicht so, wie er gehofft hatte. Bis 1938 waren bereits 3'500 Kilometer fertiggestellt, doch bis zum Kriegsende 1945 sollten nur noch 500 Kilometer hinzukommen, da die Geräte und Maschinen für den Strassenbau spätestens seit Kriegsbeginn für andere, kriegswichtigere Bauprogramme eingesetzt werden mussten. Das Reichskriegsministerium verbot sogar den Ausbau strategisch unwichtiger Strecken und bestand darauf, dass die militärisch wichtigen Strassen in

angeblich gefährdeten Gebieten wie Ostpreussen den Vorrang haben müssten. Infolge solcher Prioritäten und weiterer Verzögerungen nach dem Krieg war die Autobahn Hamburg-Frankfurt-Basel («HAFRABA») erst 1962 vollständig fertiggestellt.⁵ Ausserdem gab es vor 1939 nicht viele Deutsche, die über die Mittel verfügten, die Autobahn auch zu nutzen: Deutschland hatte eine der am geringsten motorisierten Gesellschaften in Europa. 1935 besaßen nur 1,6 Prozent der deutschen Bevölkerung ein Motorfahrzeug gegenüber 4,9 Prozent in Frankreich, 4,5 Prozent in England und 4,2 Prozent in Dänemark. Selbst in Irland war dieser Anteil mit 1,8 Prozent höher. Alle diese Zahlen wurden allerdings von den USA weit übertroffen, wo jeder fünfte Einwohner ein Motorrad oder ein Auto besass.⁶

In seiner Rede zur Eröffnung der Berliner Automobil- und Motorradausstellung kündigte Hitler nicht nur die «Inangriffnahme und Durchführung eines grosszügigen Strassenbauplanes» an, sondern auch die geplante Förderung von Motorsportveranstaltungen und eine steuerliche Entlastung der Besitzer von Motorfahrzeugen.⁷ Das hatte zur Folge, dass allein in den Monaten März bis Juni 1933 die Zahl der Beschäftigten in der Kraftfahrzeugindustrie um 40 Prozent anstieg. Die Menge der produzierten Kraftwagen verdoppelte sich von 1932 bis 1933 und noch einmal bis 1935. Jedes Jahr verliessen jetzt eine Viertelmillion Kraftwagen die Werkshallen, und die Preise waren wesentlich niedriger als Ende der zwanziger Jahre. Die Verkäufe ausländischer Modelle in Deutschland, deren Anteil 1928 noch bei 40 Prozent gelegen hatte, waren sechs Jahre später auf unter 10 Prozent zurückgegangen.⁸ Die Zahl der Pkws auf den Strassen stieg von knapp einer halben Million 1932 auf knapp unter eine Million 1936.⁹ Auch Victor Klemperer kaufte sich Anfang 1936 trotz seiner angespannten finanziellen Lage einen Wagen, sollte diesen Entschluss jedoch bald wieder bedauern: «Das Auto», schrieb er am 12. April 1936, «frisst mich auf. Herz, Nerven, Zeit, Geld. Es ist nicht so sehr mein kümmerliches Fahren und die gelegentliche Aufregung dabei, nicht einmal die Mühe der Ein- und Ausfahrt; aber der Wagen ist nie in Ordnung, etwas versagt immer.»¹⁰

Selbst er musste jedoch zugeben, dass die neue Autobahn «prachtvoll» war. Während einer Fahrt am 4. Oktober 1936 auf einer gerade erst eröffneten Strecke genossen er und seine Frau einen « herrliche [n] Blick», und

er «wagte ein paarmal 80 km Geschwindigkeit».¹¹ Trotz der Steigerung der Produktionsziffern war die Motorisierung der deutschen Gesellschaft bis 1939 allerdings noch nicht sehr weit gediehen, und sie als den Motor der wirtschaftlichen Erholung Deutschlands in diesen Jahren zu bezeichnen, wäre stark übertrieben.¹² Sicherlich wuchs die Produktion von Kraftfahrzeugen 1938 in Deutschland schneller als die aller anderen europäischen Länder, aber noch immer kam nur ein Auto auf 44 Einwohner gegenüber 19 Einwohnern in England und Frankreich.¹³ Der Löwenanteil bei der Beförderung von Personen und Frachtgütern entfiel nach wie vor auf die Reichsbahn, der grösste Arbeitgeber Deutschlands zu jener Zeit, die einer zentralen Verwaltung unterstellt und mit ausreichenden Mitteln ausgestattet wurde, um von 1932 bis 1938 ihren (ziemlich niedrigen) Bestand an Elektroloks zu verdoppeln und die Zahl der kleinen Rangierloks zu vervierfachen.¹⁴ Im Allgemeinen litt jedoch die Reichsbahn während dieser Zeit unter chronisch unzureichenden Investitionen. Die Reichsbahnverwaltung, die ihre führende Position bei der Spedition von Frachtgütern eifersüchtig verteidigte, erreichte es, dass die Aufhebung der Steuern auf Nutzfahrzeuge erst im Januar 1935 erfolgte; danach stieg allerdings die Produktion von Nutzfahrzeugen wesentlich schneller als die von Personenwagen – 1934/35 um 263 Prozent gegenüber 74 Prozent bei Pkws.¹⁵

Dennoch spielte das Automobil eine wichtige Rolle in Hitlers technischer Vision der Zukunft Deutschlands, in der fast jeder Haushalt ein Auto haben würde. Bereits in den zwanziger Jahren war er auf einen Artikel über «die Motorisierung Deutschlands» gestossen, als er sich die Zeit in der Feste Landsberg vertrieb, und zu Beginn der dreissiger Jahre zeichnete er Grobskizzen eines kleinen Familienautos, das weniger als tausend Reichsmark kosten sollte und damit für die Mehrheit der Bevölkerung erschwinglich sein würde. Nachdem er bei den grossen Automobilproduzenten mit seiner Idee keine Resonanz fand, sicherte er sich die Mitarbeit des Sportwagenkonstruktors Ferdinand Porsche, dessen Entwurf eines Prototyps Ende 1937 auf dem Tisch lag. Hitler bestand darauf, dass die Produktion dieses Autos von der Deutschen Arbeitsfront finanziert wurde, der Nachfolgeorganisation der zerschlagenen Gewerkschaften, die zu diesem Zweck riesige Produktionsanlagen baute. Auf diese Weise wurde die Vorherrschaft der in amerikanischem Be-

Karte 9: Das Autobahnnetz



sitz befindlichen Werke von Opel und Ford auf dem Kleinwagenmarkt in Deutschland schliesslich gebrochen. Hitler taufte das Auto «KdF-Wagen» (KdF = Kraft durch Freude, s. u.) und stellte sich vor, dass von diesem Modell jährlich bis zu einer Million Stück vom Fließband rollen würden. Begleitet wurde das Anlaufen der Produktion von einer grossen Werbekampagne, mit der die Arbeiter aufgefordert wurden, einen Teil ihres Lohns für den Kauf dieses Wagens auf die hohe Kante zu legen. Das Motto lautete: «Ein Wagen für jedermann.»¹⁶

Die Kampagne erwies sich als ziemlich erfolgreich. Im April 1939 berichtete ein sozialdemokratischer Beobachter nach Prag:

«Für eine grosse Zahl von Deutschen bedeutete die Ankündigung des Volksautos eine grosse freudige Überraschung. Es entstand eine wahre KdF-Wagen-Psychose. Lange Zeit war in Deutschland innerhalb aller Schichten der Bevölkerung der KdF-Wagen ein Hauptgesprächsthema. Alle anderen bedrückenden Probleme – die innen- und aussenpolitischen – wurden eine Zeitlang in den Hintergrund gedrängt. Der graue deutsche Alltag versank unter dieser Zukunftsmusik. Wo in Deutschland auf ihren Fahrten die Probewagen der neuen KdF-Konstruktion auftauchten, wurden sie von der Menge umlagert. Der Politiker, der jedem Menschen sein Auto verspricht, ist, wenn die Masse seinen Versprechungen Glauben schenkt, der Mann der Masse. Was den KdF-Wagen anbetrifft, so glaubt das deutsche Volk die Ankündigungen Hitlers.»¹⁷

Am 17. Februar 1939 stellte Hitler auf der Internationalen Automobilausstellung in Berlin stolz eines der ersten Modelle vor und schenkte eines seiner Lebensgefährtin Eva Braun zum Geburtstag. Obwohl dieses Modell während des Dritten Reiches nicht in Serie produziert wurde, bestand der Wagen den Test der Zeit: Nach dem Krieg in «Volkswagen» umbenannt und wegen seiner runden Karosserie allgemein als «Käfer» bekannt, wurde er in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einem der weltweit bekanntesten Automodelle.¹⁸

II

Die Schaffung einer motorisierten Gesellschaft war nicht nur eine grandiose technische Zukunftsvision, sie sollte auch unmittelbare Vorteile mit sich bringen. Nach Berechnungen von Fritz Todt würde der Bau der Autobahn 600'000 Arbeitsplätze schaffen, nicht nur im Strassenbau direkt, sondern auch in allen Industriezweigen, von denen das Material für den Bau geliefert würde. Im Juni 1935 arbeiteten rund 125'000 Mann allein auf den Strassenbaustellen, so dass das Projekt tatsächlich Arbeitsplätze schaffte, auch wenn die geschätzte Grössenordnung nicht erreicht wurde.¹⁹ Die NSDAP verdankte ihre erstaunlichen Wahlerfolge zu Beginn der dreissiger Jahre nicht zuletzt ihrem nachdrücklichen Versprechen, Deutschland aus seiner katastrophalen Wirtschaftskrise herauszuführen. Sechs Millionen Menschen waren im Januar 1933 als arbeitslos gemeldet, und drei Millionen weitere waren aus der Beschäftigtenstatistik ganz verschwunden, darunter auch viele Frauen. In der Jahresmitte 1929 waren 20 Millionen Deutsche in Lohn und Brot; bis zum Januar 1933 war ihre Zahl auf 11,5 Millionen gefallen. Viele weitere waren auf Kurzarbeit gesetzt oder mussten Kürzungen ihrer Arbeitszeit oder ihrer Löhne und Gehälter hinnehmen. Die Massenarbeitslosigkeit hatte die Gewerkschaften ihres wirksamsten Machtinstruments, des Streiks, beraubt und es dem neuen Regime erleichtert, sie gleich in den ersten Monaten 1933 zu zerschlagen. Arbeitsplätze zu schaffen war dennoch das drängendste Problem, dessen sich die neue Koalitionsregierung und Hitler als Reichskanzler annehmen wollten.²⁰ Bereits am 1. Februar erklärte Hitler in seiner ersten Rundfunkansprache, einem «Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk», die «Rettung des deutschen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit» zu einem Hauptziel der neuen Regierung. «Binnen vier Jahren muss die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein», forderte er.²¹

Hitlers Regierung konnte auf Pläne zu Arbeitsbeschaffungsmassnahmen zurückgreifen, die bereits von ihren Vorgängern in Angriff genommen worden waren. Die praktische Abkehr Deutschlands vom Goldstandard im Sommer 1931 hatte es dem Staat ermöglicht, Geld in die Wirtschaft zu

pumpen, um sie vielleicht auf diese Weise wieder anzukurbeln. Unter dem Druck der Gewerkschaften hatte insbesondere die kurzlebige Regierung unter Kurt von Schleicher Ende 1932 diesen Prozess in Gang gesetzt und sich dabei auf Pläne gestützt, die noch unter seinen Vorgängern Franz von Papen und Heinrich Brüning entstanden waren. Während Papen 300 Millionen Reichsmark in Form von Steuergutscheinen für den Strassenbau, landwirtschaftliche Verbesserungen und den Wohnungsbau vorgesehen hatte, pumpte Schleicher für dieselben Zwecke 500 Millionen Reichsmark direkt in die Wirtschaft; dieser Betrag wurde vom NS-Regime im Sommer 1933 auf 600 Millionen aufgestockt. Dieses Programm trat erst am 28. Januar 1933 in Kraft, so dass die NSDAP seine Früchte für sich reklamieren konnte. Die Pläne gingen grösstenteils auf Günter Gereke zurück, einen Wirtschaftswissenschaftler, der am 15. Dezember 1932 zum Arbeitsbeschaffungskommissar ernannt worden war und diesen Posten auch 1933 noch bekleidete. Am 27. April 1933 konnte Reichsarbeitsminister Franz Seldte bekanntgeben, dass die Zahl der Arbeitslosen um über eine halbe Million zurückgegangen war. Zum Teil hatte dies sicherlich saisonale Gründe, da die Zahl der Beschäftigten nach der Winterpause wieder zunahm, zu einem Teil ging es auch auf die Anfänge einer wirtschaftlichen Erholung zurück, die sich bereits in den letzten Monaten 1932 bemerkbar gemacht hatte. Die Regierung Hitlers war zu einem für sie denkbar glücklichen Zeitpunkt ins Amt gekommen.²²

Andererseits hatte die NSDAP durchaus auch eigene Vorstellungen auf diesem Gebiet. Das Parteiprogramm von 1920 enthielt sozialistisch klingende Vorschläge für eine Wirtschaftsreform, unter anderem eine weitgehende Verstaatlichung von Privatunternehmen, so dass zehn Jahre später, als die NSDAP nah an die Macht rückte, Hitler und die übrige Parteiführung sich grosse Mühe geben mussten, um die Industriellen und Finanzleute davon zu überzeugen, dass sie in der Zwischenzeit um einiges klüger geworden waren. 1930 hatte der Parteiorganisator Gregor Strasser eine Wirtschaftspolitische Abteilung ins Leben gerufen, die enge Kontakte zur Wirtschaft unterhielt und an Programmen zu Arbeitsbeschaffungsmassnahmen in der Zukunft arbeitete. Im Juli 1932 machte die NSDAP vor den Wahlen ein grosses Getöse um einen Vorschlag, staatliche Kredite für öffentliche Arbeiten als Mittel zur Verringerung der Arbeitslosigkeit zu ver-

wenden: Trockenlegung von Sümpfen, Anlegen von Kanälen, Kultivierung von Mooren und dergleichen. Deutschland müsse sich an den eigenen Haaren aus dem Sumpf der Depression ziehen; es sei unhaltbar, noch weiter auf eine Erholung des internationalen Handels zu warten.²³

Seldte legte weitere, ambitioniertere Vorschläge vor, Schatzanweisungen für arbeitsintensive staatliche Projekte auszugeben. Sie wurden vom Kabinett angenommen, und am 1. Juni 1933 trat das «Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit» in Kraft. Aufgrund dieses Gesetzes wurden für eine Milliarde Reichsmark Arbeitsschatzanweisungen für «volkswirtschaftlich wertvolle Arbeit» ausgegeben. Nach seinem Initiator, Staatssekretär Fritz Reinhardt im Reichsfinanzministerium, trug es den Namen Reinhardt-Programm. Am 21. September 1933 trat das 2. Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit in Kraft, das 2. Reinhardt-Programm. Mit ihm wurden 500 Millionen Reichsmark zur Förderung der Bautätigkeit in Form von Vergütungen für Renovierungs- und Anbauarbeiten bewilligt.²⁴ Für die beiden Reinhardt-Programme sowie kleinere Arbeitsbeschaffungsmassnahmen hatte das Regime Berechnungen zufolge bis Ende 1933 5 Milliarden Reichsmark bereitgestellt, von denen 3,5 Milliarden bis zum Frühjahr 1936 ausgegeben waren. Auf diese Weise erweiterte die neue Regierung die von den Vorgängerregierungen übernommenen Pläne beträchtlich.²⁵ Ausserdem erarbeitete sie einen Plan zur Bezuschussung von Hauskäufen, Umbauten und Sanierungen von Häusern, das im September 1932 unter der Regierung Papen in Angriff genommen worden war, um die Bauwirtschaft anzukurbeln. Schliesslich dirigierte das Regime beträchtliche Mittel in notleidende, insbesondere alle stark agrarisch geprägten Regionen; dahinter stand auch der Gedanke, Industrien aus den Grossstädten zu verlagern, um im Fall eines Krieges die Bombenschäden an Industrieanlagen möglichst gering zu halten.²⁶

Das neue Regime ergriff sehr bald auch Massnahmen, um Beschäftigte vom Arbeitsmarkt zu nehmen. Auf diese Weise wurde die Zahl der Erwerbstätigen, die die Basis für die Arbeitslosenquote stellte, gesenkt. Die bemerkenswerteste Massnahme in dieser Richtung war die Vergabe von Ehestandsdarlehen im Rahmen des Gesetzes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit. Junge Paare, die eine Eheschliessung beabsichtigten, konn-

ten ein zinsfreies Darlehen von bis zu 1'000 Reichsmark beantragen, sofern die Braut in den zwei Jahren vor dem 1. Juni 1933 mindestens sechs Monate berufstätig war. Wesentlich war, dass sie ab dem Tag der Eheschliessung ihre Stelle aufgab und erst dann wieder eine Arbeit suchte, wenn das Darlehen zurückgezahlt war, sofern der Ehemann während dieser Zeit seinen Arbeitsplatz nicht verlor. Dass dies nicht als kurzfristige Massnahme gedacht war, zeigte sich daran, dass die Tilgung des Darlehens 1 Prozent pro Monat betrug, so dass das Darlehen nicht früher als nach achteinhalb Jahren getilgt werden konnte. In der Praxis betrug das Darlehen im Durchschnitt nur 600 Reichsmark, etwa ein Drittel des Jahresverdiensts eines Fabrikarbeiters. Die Massnahme wurde durch eine zusätzliche Verordnung vom 20. Juni 1933 noch attraktiver gemacht, der zufolge das Darlehen bei jedem Kind, das die junge Frau zur Welt brachte, um ein Viertel weniger zurückgezahlt werden musste, so dass bei vier Kindern das Darlehen automatisch getilgt war. Natürlich hatten nur «arische» Paare Anspruch auf den Kredit, so dass diese Massnahme wie so viele andere im Dritten Reich neben ihrem eigentlichen Zweck auch ein Instrument der «Rassenpolitik» war. Alle Antragsteller mussten sich nicht nur einer ärztlichen Untersuchung unterziehen, um ihre Tauglichkeit zu beweisen, wie eine weitere Zusatzverordnung vom 26. Juli 1933 bestimmte; ihr Antrag wurde auch abgelehnt, falls sie eine erbliche Krankheit hatten, «asozial» waren, ohne festen Wohnsitz, alkoholkrank oder mit oppositionellen Bewegungen wie der KPD zu tun gehabt hatten. Um den Konsum anzuregen und sicherzustellen, dass das Geld sinnvoll ausgegeben wurde, erhielten die Ehepartner das Geld nicht in bar, sondern in Form von Gutscheinen für Möbel und Haushaltseinrichtung.²⁷

Die Idee, Frauen dem Arbeitsmarkt zu entziehen, um die Arbeitslosigkeit von Männern zu verringern, war nicht neu. Im Rahmen von Sparmassnahmen der Regierung während der Stabilisierungsphase 1924 und während der Weltwirtschaftskrise 1930-1932 wurden sogenannte «Doppelverdiener», verheiratete Frauen, die das Einkommen ihrer Männer erhöhten, indem sie selbst eine Stelle annahmen, aus dem Staatsdienst entlassen und auch im Privatsektor gedrängt, ihre Stelle aufzugeben.²⁸ Alle Parteien der

Weimarer Republik waren sich trotz des Wahlrechts für Frauen darin einig, dass der Platz einer Frau zu Hause, bei der Familie sei.²⁹ Die Nationalsozialisten sagten dasselbe, was auch die anderen sagten, nur lauter, insistierender und brutaler. Hier wie in so vielem anderen gab Hitler die Richtung vor. «Das Wort einer Frauenemanzipation», sagte er am 8. September 1934 auf einer Tagung der NS-Frauenschaft, «ist nur ein vom jüdischen Intellekt erfundenes Wort, und der Inhalt ist von demselben Geist geprägt.» In Deutschland sei die Welt des Mannes der Staat, die der Frau dagegen «ihr Mann, ihre Familie, ihre Kinder und ihr Haus». Und er fuhr fort:

«Wir empfinden es nicht als richtig, wenn das Weib in die Welt des Mannes, in sein Hauptgebiet eindringt, sondern wir empfinden es als natürlich, wenn diese beiden Welten geschieden bleiben. In die eine gehört die Kraft des Gemütes, die Kraft der Seele! Zur anderen gehört die Kraft des Sehens, die Kraft der Härte, der Entschlüsse und die Einsatzwilligkeit!»³⁰

Goebbels hatte es bereits 1929 einfacher ausgedrückt: «Die Frau hat die Aufgabe, schön zu sein und Kinder zur Welt zu bringen... Die Vogelfrau putzt sich für den Mann und brütet ihm die Eier aus. Dafür sorgt der Mann für die Nahrung. Sonst steht er auf der Wacht und wehrt den Feind ab.»³¹ Neben vielem anderem sprach aus dieser Aussage die völlige Ahnungslosigkeit des späteren Reichspropagandaministers, was Ornithologie betraf: Natürlich gibt es viele Arten, wie Pfauen und Paradiesvögel, bei denen das Männchen sich herausputzt, und andere wie die Kaiserpinguine, bei denen die Eier sogar vom Männchen gehütet werden. Es war zudem typisch für Goebbels, dass er eine gewisse Betonung auf die Aufgabe der Frau legte, schön auszusehen, etwas, das Hitler anscheinend nie besonders interessiert hatte. Die Aussage jedoch war klar, und die Analogie aus dem Tierreich aufschlussreich. «Die deutsche Erhebung ist ein männliches Ereignis. Sie verdankt ihre Durchführung männlichen Kampftugenden: Führergewalt, Gehorsam, Selbstverleugnung, Strenge.»³² Der Platz der Frau war am heimischen Herd.

Die Bedingungen für das Ehestandsdarlehen und die Kampfansage an berufstätige Frauen dienten somit nicht nur der Senkung der Arbeitslosenziffern, sondern entsprachen auch ganz der nationalsozialistischen Weltanschauung. Sobald die Massnahme bekanntgegeben wurde, begrüßten

NS-Propagandisten sie als einen grossartigen Erfolg. Während des Rechnungsjahrs 1934 wurde fast einer Viertelmillion Antragstellern ein Darlehen gewährt. 1935 lag diese Zahl bei knapp über 150'000 und stieg 1936 wieder auf 170'000 an. In diesem Jahr erhielten ein Drittel der Neuverheirateten eine staatliche Beihilfe.³³ Das waren eindrucksvolle Zahlen. Doch die Auswirkungen dieser Massnahme auf den Arbeitsmarkt waren geringer als die Parteipropaganda behauptete. Denn die Frauen insgesamt konkurrierten mit den Männern nicht um dieselben Arbeitsplätze, so dass der Rückzug einer Frau aus dem Erwerbsleben nur in seltenen Fällen einen freien Arbeitsplatz für einen Mann bedeutete. Zwar veränderten sich in den zwanziger und dreissiger Jahren die Anteile der berufstätigen Frauen an der Erwerbsbevölkerung, doch das Grundmuster der Unterschiede zwischen Männern und Frauen blieb dasselbe wie im 19. Jahrhundert. Unter den Arbeitern im weiteren Sinne stellten die Frauen weniger als ein Viertel. Innerhalb dieser Kategorie waren sie hauptsächlich in der Textilindustrie, in der Bekleidungs-, Reinigungs- und der Lebensmittelbranche tätig. Auch die meisten Hausbediensteten und Haushaltshilfen waren Frauen. Dagegen gab es nur sehr wenige Frauen in den grossen industriellen Beschäftigungssektoren. Die Aufnahme eines Ehestandsdarlehens muss im Kontext der wirtschaftlichen Erholung gesehen werden, die etwa ab Mitte 1932 allmählich einsetzte und danach an Dynamik zunahm. Während der Weltwirtschaftskrise gelangten bislang nicht gemeldete Frauen auf den Arbeitsmarkt, wenn ihre Väter oder Ehemänner ihre Stelle verloren hatten, und als die Männer allmählich wieder Arbeit fanden, zumal in der kriegswichtigen Schwerindustrie, gaben diese Frauen ihre Arbeitsstelle wieder auf und waren sehr oft froh, nicht mehr die Doppelbelastung von Haushalt und Kinderversorgung auf der einen und einer Arbeitsstelle ausser Haus auf der anderen Seite zu haben. Viele hatten wegen der Wirtschaftskrise mit dem Heiraten und dem Kinderkriegen gewartet. Die sehr hohe Zahl von Antragstellern für ein Ehestandsdarlehen im ersten Jahr lässt vermuten, dass ein hoher Anteil von ihnen in diese Kategorie fiel. Ihre Entscheidungen hatten somit zumeist wenig mit den Anreizen der Regierung zu tun.³⁴

Trotz alledem verkündeten die Nationalsozialisten nach einigen Monaten laut und vernehmlich, mit Massnahmen wie diesen hätten sie die kata-

strophal hohen Arbeitslosenzahlen, die die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft seit dem Ende der zwanziger Jahre zerrüttet hätten, drastisch gesenkt. Für das Jahr 1934 wies die amtliche Statistik einen Rückgang der Arbeitslosen auf weniger als die Hälfte des Niveaus von 1932 aus, 1935 waren es nicht mehr als 2,2 Millionen, und 1937 lag ihre Zahl nur noch bei einer knappen Million. Hitlers Ankündigung, er werde das Arbeitslosenproblem innerhalb von vier Jahren lösen, schien das Regime in triumphaler Weise wahr gemacht zu haben. Die unermüdliche NS-Propaganda, die «Arbeitsschlacht» werde gewonnen, wurde fast überall als Tatsache aufgenommen. Mit ihr wurden seit Mai 1933 viele Zweifler und Skeptiker zum neuen Regime bekehrt, und die Anhänger Hitlers und der NSDAP wurden durch sie mit neuer Begeisterung erfüllt. Die Überzeugung, dass Hitler tatsächlich im Begriff stand, die deutsche Wirtschaft wieder auf die Beine zu bringen, war ein wesentlicher Grund für die Zustimmung der Bevölkerung zum NS-Regime während seiner ersten Monate.³⁵ War dies demnach Hitlers «Wirtschaftswunder», wie manche konstatiert haben, bei dem die Arbeitslosigkeit weitgehend beseitigt, die Wirtschaft in der Manner des Keyneschen *deficit-spending* angeschoben, staatliche Investitionen massiv erhöht und ein allgemeiner Aufschwung der Wirtschaft und des Lebensstandards aus den Tiefen der Depression erreicht wurden? War dies die Saat, die nach den Zerstörungen des Krieges als das westdeutsche Wirtschaftswunder der fünfziger Jahre aufging?³⁶

Bis zu einem gewissen Grad hatte natürlich bereits weltweit eine, wenn auch langsame, Erholung der Wirtschaft eingesetzt; in Deutschland wurde sie unterstützt durch ein rasch zunehmendes optimistisches Geschäftsklima infolge der politischen Stabilität, die das Dritte Reich zu gewährleisten schien, im Gegensatz zu seinen unmittelbaren Vorgängern und infolge der Unterdrückung der Arbeiterbewegung, die den Arbeitgebern das Gefühl vermittelte, wesentlich mehr Spielraum zu haben als früher. Es kam hinzu, dass das Arbeitslosenproblem während der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1931 zwar durch den Umstand verschärft wurde, dass die zahlenmäßig starken Jahrgänge vor dem Ersten Weltkrieg jetzt nach dem Verlassen der Schule auf den Arbeitsmarkt strömten, die Situation sich jedoch ab 1932 umkehrte, da nunmehr die zahlenmäßig schwachen Jahr-

gänge aus der Kriegszeit ins Erwachsenenalter eintraten. Tatsächlich fehlten in den Jahren 1914 bis 1918 zwei Millionen Geburten, die nach dem statistischen Trend zu erwarten gewesen wären, während gleichzeitig die Kindersterblichkeit in den Kriegsjahren durch die Nahrungsmittelknappheit bedingt um 40 Prozent anstieg. Somit kam dem Arbeitsmarkt auch der damit verbundene Rückgang der Nachfrage nach Arbeitsplätzen zugute.³⁷

Der Eindruck, die Nationalsozialisten hätten grosses Glück gehabt, da sie gerade zu der Zeit an die Macht kamen, als der Erholungsprozess der Wirtschaft schon eingesetzt hatte, verstärkte sich noch, wenn man sich klar macht, dass einige ihrer so laut hinausposaunten Massnahmen kaum mehr bewirkten als eine Wiederherstellung des Zustands vor der Weltwirtschaftskrise. Im Wohnungsbau beispielsweise mochten die 310'490 im Jahr 1936 neu gebauten und sanierten Häuser und Wohnungen beeindruckend wirken, doch lag diese Zahl immer noch unter der Vergleichszahl von 317'682, die 1929 in der verachteten Weimarer Republik erreicht wurde. In Wirklichkeit hatte die Regierung die staatlichen Zuschüsse für den Hausbau von einer Milliarde Reichsmark 1928 sechs Jahre später fast vollständig zurückgefahren und subventionierte nur noch Instandhaltungen. Darüber hinaus rührten die Zahlen der zusätzlichen Arbeiter im Baugewerbe zumeist aus einer – zum Grossteil erzwungenen – Beschäftigung in Projekten, bei denen grosse Mengen Erdreich bewegt werden mussten und die überhaupt nichts mit dem Wohnungsbau zu tun hatten.³⁸ Das Regime hatte keinerlei Hemmungen, seine Zahlen zu frisieren. Nicht nur Männer, die zum Arbeitsdienst eingezogen wurden, sondern auch bislang von keiner Behörde erfasste mithelfende Familienangehörige und praktisch unbezahlte Knechte und vor allem Mägde auf Bauernhöfen wurden jetzt als erwerbstätig geführt. Keine dieser Personen konnte als aktiver Teilnehmer am Arbeitsmarkt betrachtet werden; keine von ihnen erhielt einen regelmässigen Lohn, der ihren persönlichen Lebensunterhalt oder gar den ihrer Familie gesichert hätte. Somit gab es zu jener Zeit mindestens 1,5 Millionen «unsichtbare Arbeitslose» in Deutschland, und die Gesamtzahl der Arbeitslosen, die nach der amtlichen Statistik knapp über 2 Millionen betrug, dürfte in Wirklichkeit bei 4 Millionen gelegen haben.³⁹ Noch im Januar 1935 schätzte ein zeitgenössischer Beobachter, dass es in

Deutschland immer noch 4,5 Millionen Arbeitslose gab.⁴⁰ Die Statistik liess sich aber auch mit subtileren Methoden manipulieren. Gelegenheitsarbeiter wurden jetzt als dauerhaft Beschäftigte gezählt. Zwischen Januar 1933 und Dezember 1934 ging die Zahl der Langzeitarbeitslosen, die von Sozialunterstützung lebten, in Grossstädten mit über 500'000 Einwohnern um über 60 Prozent zurück, eine beeindruckende Leistung, zumindest auf dem Papier. Erreicht wurde dies aber nicht zuletzt dadurch, dass die Zahlen dieser Kategorie sich jetzt nur auf diejenigen bezogen, die bei den Arbeitsämtern als Arbeitsuchende gemeldet waren, und nicht wie bisher auf jene, die als Langzeitarbeitslose bei den Wohlfahrtsämtern Unterstützungsgeld bekamen. In Hamburg beispielsweise zählte das Arbeitsamt Ende März 1934 54'000 Empfänger von Wohlfahrtsunterstützung, während das Wohlfahrtsamt knapp 60'000 zählte.⁴¹

Darüber hinaus wurden neue Vorschriften erlassen, mit denen in bestimmten Sparten von Handel und Industrie die Zahl der Wochenstunden reduziert wurde, was dazu führte, dass weitere Arbeiter eingestellt, aber die Löhne der alten Belegschaft beträchtlich gekürzt wurden. Die Arbeitsämter konnten in der Regel nur zeitlich begrenzte Beschäftigungen vermitteln; feste Arbeitsplätze wurden kaum angeboten. Junge Männer und auch einige Frauen wurden einem starken Druck ausgesetzt, sich zum sogenannten Freiwilligen Arbeitsdienst zu melden oder in der Landwirtschaft zu arbeiten, wo die Bauern über ihre mangelnde Erfahrung klagten und sie lediglich als weitere Esser betrachteten, die sie verpflegen mussten. Kürzung von Zuschüssen und sonstigen Unterstützungsgeldern, Zwangsarbeit und selbst Haftstrafen drohten allen, die sich weigerten, solche Arbeiten anzunehmen. In manchen Regionen wurden alle arbeitslosen Männer zwischen 18 und 25 Jahren vor die Wahl gestellt, entweder auf dem Land zu arbeiten oder jegliche Unterstützungszahlungen zu verlieren. Doch die Bezahlung für diese Arbeit war so schlecht, dass sie in vielen Fällen noch unter dem Sozialsatz lag, und Arbeiter, die auf Baustellen oder Bauernhöfen von ihrer Wohnung entfernt lebten, waren auch weiterhin auf die «Stütze» angewiesen, da ihre Ausgaben jetzt höher waren.⁴² Selbst bei den prestigeträchtigen Arbeiten an der Reichsautobahn waren die Arbeitsbedingungen so miserabel, die Verpflegung so schlecht und unzureichend

und die Arbeitszeit so lang, dass es immer wieder zu Protesten kam bis hin zur Brandstiftung an den Arbeiterunterkünften. Viele, die zu diesen Arbeiten herangezogen wurden, unter anderem Friseure, Büroangestellte oder Handelsvertreter, waren für harte körperliche Arbeit überhaupt nicht geeignet. Immer wieder kam es zu Unfällen, und wiederholte Proteste auf einer Baustelle hatten über mehrere Monate hinweg die Verhaftung von 32 der insgesamt rund 700 Arbeiter zur Folge; diejenigen, die sich am lautstärksten beschwerten, wurden nach Dachau zur «Erziehung» geschickt, um so die übrigen einzuschüchtern und von weiteren Protesten abzuhalten.⁴³ Solche Massnahmen trugen im Verein mit strengen Arbeitskontrollen und dem Verbot der Gewerkschaften dazu bei, dass die Nettolöhne niedrig gehalten wurden.⁴⁴

Der sogenannte Freiwillige Arbeitsdienst war keine Erfindung der Nationalsozialisten; er existierte schon während der Weimarer Republik, und 1932 arbeiteten dort 285'000 Menschen. Bis 1935 war ihre Zahl auf 422'000 gestiegen, doch viele waren Städter, die als Saisonarbeiter für bestimmte Tätigkeiten wie das Einbringen der Ernte angestellt wurden, die andernfalls ohnehin von Landarbeitern verrichtet worden wären. Während dieser Arbeitsdienst zu einer Verringerung der Zahl der Arbeitslosenzahlen in den amtlichen Statistiken führte, war damit keine allgemeine Steigerung der Kaufkraft der Bevölkerung verbunden. Informierte Beobachter verwiesen darauf, dass von der wirtschaftlichen Erholung die Konsumgüter kaum betroffen waren, eine Branche, in der die Produktion im Mai 1935 noch um 15 Prozent niedriger lag als 1928. Zwischen 1934 und 1935 war der Umsatz des Einzelhandels sogar rückläufig, da die Löhne unverändert blieben, während die Preise für Lebensmittel und Kleidung stiegen. Die klassische keynesianische Theorie der Schaffung von Arbeitsplätzen, die zumindest theoretisch von der Regierung Papen übernommen wurde, sah einen Anschlag der Wirtschaft vor, bei dem staatliche Kredite und Arbeitsbeschaffungsmassnahmen die Taschen der Arbeiter mit Geld füllten und die Nachfrage nach Konsumgütern anheizten. Auf diese Weise sollte die Produktion angeregt werden, was immer weitere Arbeitsplätze schuf, bis der wirtschaftliche Aufschwung sich selbst tragen würde. Zweieinhalb Jahre, nachdem Hitler an die Macht gelangt war, gab es noch immer kaum Anzeichen dafür, dass dieser Prozess so weit gediehen war.⁴⁵

III

In Wirklichkeit ging es bei dem nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungsprogramm gar nicht um das Startsignal zu einer wirtschaftlichen Erholung. Seine wahren Ziele erläuterte Hitler am 8. Februar 1933 vor dem Kabinett:

«Die nächsten 5 Jahre in Deutschland müssten der Wiederwehraftmachung des deutschen Volkes gewidmet sein. Jede öffentlich geforderte Arbeitsbeschaffungsmassnahme müsse unter dem Gesichtspunkt beurteilt werden, ob sie notwendig sei vom Gesichtspunkt der Wiederwehraftmachung des deutschen Volkes. Dieser Gedanke müsse immer und überall im Vordergrund stehen ... Deutschlands Stellung in der Welt werde ausschlaggebend bedingt durch die deutsche Wehrmachtstellung. Davon hänge auch die Stellung der deutschen Wirtschaft in der Welt ab.»⁴⁶

Die Autobahn müsse unter strategischen Gesichtspunkten gebaut werden, fügte er hinzu.⁴⁷ Als Hitler am 29. Mai 1933 Industriellen den Plan für den Bau einer Autobahn vorlegte, machte er sogar den Vorschlag, sie mit einem Dach aus Stahlbeton zu versehen, um sie gegen feindliche Luftangriffe zu schützen, während darunter Panzer und gepanzerte Mannschaftswagen an die Front führen. Am Ende aber waren die Trassen der fertiggestellten Teilstücke zu weit von jeglichen denkbaren Fronten entfernt, und die Fahrbahndecke war zu dünn für Panzer und schwere Militärausrüstung. Ihre hell leuchtende Oberfläche ermöglichte den feindlichen Bomberflugzeugen eine so leichte Orientierung, dass sie während des Krieges sogar mit einer Tarnfarbe angestrichen werden mussten. Das änderte nichts daran, dass trotz der Bedeutung ihrer ideologischen, ästhetischen und propagandistischen Funktionen, hinter diesem Projekt nicht nur für Hitler, sondern auch für Fritz Todt primär eine strategische Absicht stand.⁴⁸ Hitler lenkte die Aufmerksamkeit auf das, was in seinen Augen die entscheidende, wenngleich indirekte Bedeutung der Motorindustrie für die militärische Zukunft Deutschlands war: «Kraftwagen und Flugzeug besitzen eine gemeinsame Wurzel in der Motor-Industrie», sagte er im Februar 1933. «Ohne die Entwicklung zum Beispiel des Dieselmotors für

den Kraftverkehr wären kaum die Voraussetzungen für seine Verwertung im Flugzeug zu schaffen gewesen.»⁴⁹ Der Aufbau der Automobilproduktion würde es ermöglichen, dass die Fabriken innerhalb kurzer Zeit auf die Produktion von Rüstungsgütern umgestellt werden könnten, während sich mit den Gewinnen aus der Motorproduktion die Entwicklung von Flugzeugmotoren durch dieselben Unternehmen finanzieren liesse.⁵⁰

Doch die «Motorisierung Deutschlands» selbst erwies sich als eine weitere trügerische nationalsozialistische Vision, da die Abzweigung von Ressourcen ab Mitte der dreissiger Jahre für die Rüstungsindustrie eine Unterbrechung der Automobilproduktion bedeutete, die allmählich stagnierte und 1938 die Nachfrage überhaupt nicht mehr befriedigen konnte. Das System, bei dem die Arbeiter unter dem Trommelfeuer einer unausgesetzten Werbekampagne dazu gebracht wurden, regelmässig einen Teil ihres Wochenlohns auf ein Sparkonto einzuzahlen, um eines Tages einen KdF-Wagen zu besitzen, war nichts anderes als eine Masche, sie dazu zu bringen, Überstunden zu machen, um indirekt die Rüstung zu finanzieren. Bis zum Jahresende 1939 hatten 270'000 hoffnungsvolle Sparer dem Staat auf diese Weise 110 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt. Am Ende hatten 340'000 Personen ihr Geld in dieses Projekt investiert. Keiner von ihnen erhielt jemals einen Volkswagen dafür. Das Volkswagenwerk wurde im September 1939 auf Kriegsproduktion umgestellt.⁵¹ Die Wehrmacht selbst war der Meinung, dass die Erweiterung der Produktion von Motorfahrzeugen eine wesentliche Voraussetzung für die spätere schnelle Motorisierung der Streitkräfte sei. Auf einer allgemeineren Ebene erhielten Grundindustrien wie Stahl und Eisen, Fertigung und Maschinenbau Priorität gegenüber der Konsumgüterindustrie, weil sie die fundamentale Infrastruktur für die Aufrüstung darstellten. Indem man den Deutschen, zumal den deutschen Männern, wieder zu einem Arbeitsplatz verhalf, wollte man sie gleichzeitig abhärten und aus arbeitslosen Faulenzern potentielle Kämpfer machen: Deshalb war es wichtiger, sie zu disziplinieren, als sie gut zu entlohnen. In den Augen Hitlers waren die Baustellen mit schlechten Unterkünften, schlechter Verpflegung und schlechter Bezahlung für hart arbeitende Männer, die dort entgegen der Propaganda keineswegs freiwillig schufteten, auch deshalb wichtig, weil sie sie auf die Entbehrungen eines künftigen Krieges vorbereiteten.⁵²

Als näherliegendes Ziel wollte Hitler die Rüstungsproduktion wieder in Gang bringen, nachdem diese lange Jahre durch die im Friedensvertrag von Versailles verhängten Beschränkungen der deutschen Streitkräfte praktisch verboten war. Vor hohen Offizieren und Führern der Wehrmacht, der SA und SS sagte er am 28. Februar 1933, es werde notwendig sein, in etwa acht Jahren «Lebensraum im Osten» für die überschüssige Bevölkerung zu schaffen, da der wirtschaftliche Aufschwung dann erlahmen werde. Da die Westmächte dies nicht zulassen würden, könnten kurze, entscheidende Schläge gegen den Westen und dann gegen den Osten notwendig werden. Bis 1942 müsse deshalb die Aufrüstung abgeschlossen sein.⁵³ Bis dahin war es noch ein weiter Weg. 1933 war Deutschland praktisch ohne Luftwaffe, ohne Grosskampfschiffe, ohne Panzer, fast ohne jede militärische Grundausrüstung und besass offiziell nur ein stehendes Heer von hunderttausend Mann. Bereits Anfang Februar 1933 lief auf Anweisung Hitlers ein Rüstungsprogramm an, nach Möglichkeit als Arbeitsbeschaffungsmassnahmen getarnt (das aufpolierte Schleicher-Programm, sagte er am 9. Februar, «ermögliche am ehesten die Tarnung der Arbeiten für die Verbesserung der Landesverteidigung. Auf diese Tarnung müsse man gerade in der nächsten Zukunft besonderen Wert legen».⁵⁴ Die Wehrmacht selbst beantragte 50 Millionen Reichsmark aus dem Schleicher-Programm, um die Anfangsphase der Erweiterung zu finanzieren, auf der Grundlage eines Entwurfs von 1932, während der Beauftragte für die Luftfahrt knapp über 43 Millionen Reichsmark benötigte. Diese Summen waren für Hitler viel zu bescheiden. Seiner Meinung nach erforderte die Wiederaufrüstung «Milliarden» Reichsmark und musste so schnell wie möglich bewerkstelligt werden, damit man möglichst schnell die kritische Phase überwinden konnte, in der Deutschlands Feinde möglicherweise erkennen würden, was vor sich ging, ohne dass das Land in der Lage wäre ernsthaft Widerstand, etwa gegen eine polnische Invasion, zu leisten. Das Militär überzeugte Hitler schliesslich, dass in der Anfangsphase der Wiederbewaffnung mehr einfach nicht möglich sei. Er befahl, bei der Allokation der Ressourcen aus dem Programm zur wirtschaftlichen Erholung der Wehrmacht Priorität einzuräumen, und ab April 1933 konnte die Wehrmacht über die Verwendung ihres Wiederbewaffnungsbudgets selbst entscheiden.⁵⁵

Die Wehrmacht erstellte eine Liste mit den Namen von 2'800 Unternehmen, an die Rüstungsaufträge vergeben werden sollten; 1934 entfielen auf sie über die Hälfte der gesamten Produktion der Eisen- und Stahl-, Maschinenbau- und Kraftfahrzeugindustrie. Zu den Auswirkungen der Wirtschaftskrise zählte auch eine viel zu geringe Auslastung der Produktionskapazitäten, so dass die ersten Aufträge der Wehrmacht in vielen Fällen nur zu einer verbesserten Nutzung der Anlagen führten, ohne dass grössere Investitionen erforderlich gewesen wären. Die Investitionen in der deutschen Industrie lagen 1932 bei 17 Prozent des Wertes von 1928, doch jetzt begannen sie zuzunehmen und erreichten knapp über 21 Prozent 1933, 40 Prozent 1934 und 63 Prozent 1935. Binnen Kurzem wurden Arbeiten zur Schaffung einer deutschen Luftwaffe in Angriff genommen. Im März 1934 wurde ein Produktionsplan aufgestellt, der bis 1939 ein Produktionsziel von 17'000 Flugzeugen vorsah; viele davon firmierten als Passagierflugzeuge, konnten jedoch im Ernstfall zu Bombern umgebaut werden. 58 Prozent wurden wenig überzeugend als «Schulungsflugzeuge» geführt. 1935 waren 72'000 Arbeiter im Flugzeugbau beschäftigt gegenüber weniger als 4'000 Anfang 1933. Desgleichen nahmen die Krupp-Werke im Juli die Grossproduktion von scheinbar harmlosen «Traktoren» auf; tatsächlich waren es Panzer. 1934 errichtete die Auto Union eine weitere Abteilung für die Produktion von Militärfahrzeugen, die in den Büchern unter dem nichtssagenden Titel «Zentralbüro» geführt wurde. Im November 1933 bestellte die Marine militärische Ausrüstung im Wert von 43 Millionen und Schiffe im Wert von 70 Millionen Reichsmark. Grossunternehmen wie Borsig in Berlin und der Bochumer Verein in Hannover begannen mit der Produktion von Karabinern und Geschützen. Das alles wirkte sich unmittelbar auf die Erwerbstätigkeit aus. Bereits im Januar 1933 erhöhte die Firma Mauser, die Pistolen und Gewehre produzierte, ihre Belegschaft von 800 auf 1'300 Beschäftigte; in den ersten vier Monaten 1933 stellte die Rheinmetall AG, die Haubitzen und Maschinengewehre produzierte, ebenfalls 500 neue Arbeiter ein. Ähnliche Entwicklungen konnten in Hunderten von Unternehmen in ganz Deutschland beobachtet werden. Diese ganze fieberhafte Aktivität löste zwangsläufig in der gesamten Industrie Kettenreaktionen aus, da die Grundindustrien die Produktion erhöhten und zu-

sätzliche Arbeitskräfte einstellte, um mit der neuen und steigenden Nachfrage aus den kriegswichtigen Sektoren Schritt zu halten. Ende 1934 setzte die Regierung bestimmte Arbeitsbeschaffungsprogramme nicht weiter fort, nachdem die Arbeitslosenzahlen auf unter die Hälfte des Standes vom Frühjahr 1933 gesunken waren. Von da an war sie nicht mehr auf solche Massnahmen angewiesen, um die restlichen Arbeitslosen in Deutschland aufzunehmen.⁵⁶

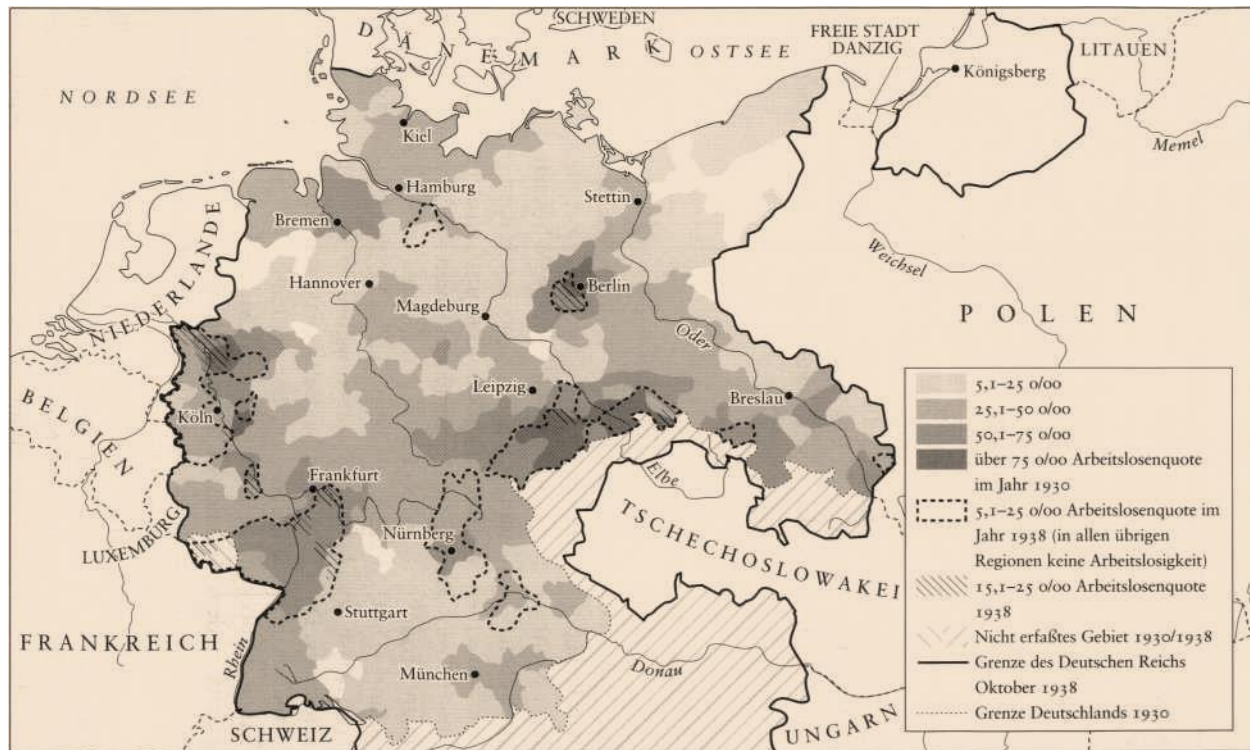
Der letzte Schritt zur Senkung der Arbeitslosenzahlen erfolgte mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im Mai 1935. Bereits im Oktober 1933 hatte Hitler beim britischen Botschafter anfragen lassen, ob seine Regierung einer Erhöhung der deutschen Heeresstärke von 100'000 auf 300'000 Mann zustimmen würde, und die Reichswehr – mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht offiziell in «Wehrmacht» umbenannt – machte sich ein internationales Abkommen vom 11. Dezember 1932 zunutze, in dem die Absicht erklärt wurde, bei künftigen Abrüstungsverhandlungen eine militärische Gleichberechtigung Deutschlands grundsätzlich anzuerkennen. Umfangreiche Werbekampagnen 1934, zunächst in der Absicht, die Abkommandierung Tausender Soldaten in die neugebildete deutsche Luftwaffe entbehrlich zu machen, hatte eine Erhöhung der Stärke der Reichswehr bis zum 1. Oktober auf 240'000 zur Folge. Doch damit nicht genug. Hitler hatte der Reichswehr bereits am 3. Februar 1933 versprochen, die allgemeine Wehrpflicht wieder einzuführen. Mit dem Hinweis auf eine beabsichtigte Verlängerung des französischen Militärdienstes gab Hitler die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht offiziell am 15. März vor dem Reichsverteidigungsrat bekannt, womit er viele der anwesenden Offiziere überraschte. Von nun an mussten alle wehrtauglichen nichtjüdischen deutschen Männer ein Jahr in der Wehrmacht dienen – ab August 1936 waren es zwei Jahre –, sobald sie das achtzehnte Lebensjahr erreicht und ihren sechsmonatigen Arbeitsdienst abgeleistet hatten. Am 12. Juni 1936 schätzte der Generalstab, dass die Gesamtstärke der Wehrmacht über 793'000 Mann betrug, einschliesslich der Reservisten und Nichtkombattanten; am Vorabend des Krieges befanden sich knapp eine Dreiviertelmillion Männer im aktiven Dienst in der Wehrmacht und über eine Million in der Reserve. Im Frühjahr 1935 gab die Regierung zudem offiziell die Existenz der Luftwaffe bekannt, in der zu diesem Zeit-

punkt 28'000 Offiziere und Mannschaften dienten; Bis zum August 1939 war diese Zahl auf 383'000 angewachsen.⁵⁷ Die Aufrüstung der Marine erfolgte weniger schnell, anfangs auf der Grundlage von Plänen, die im November 1932 entwickelt worden waren, doch auch hier erreichte der Aufbau schliesslich ein stürmisches Tempo. 1933 dienten 17'000 Offiziere und Matrosen in der Kriegsmarine, eine Erhöhung um nicht mehr als 2'000 Mann gegenüber dem Vorjahr, doch bei Kriegsbeginn 1939 war diese Zahl auf knapp 79'000 angestiegen.⁵⁸ Insgesamt blieben danach fast keine jungen arbeitslosen Männer mehr übrig. Nach 1936 brauchten Hitler und die übrigen Parteiführer den Sieg in der «Arbeitsschlacht» nicht mehr zu erwähnen; diese Tatsache war von der überwältigenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung seit Langem anerkannt worden.⁵⁹

IV

Als Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde, befand sich die deutsche Regierung in einer prekären Finanzlage. Mehr als drei Jahre der schlimmsten Wirtschaftskrise in der deutschen Geschichte hatten ihre Vorgänger dazu veranlasst, die Staatsausgaben drastisch zu kürzen. Konkurse, Insolvenzen und Massenarbeitslosigkeit hatten zu einem enormen Rückgang des Bruttoinlandprodukts und einem extremen Einbruch der Steuereinnahmen geführt. Diese Situation änderte sich nicht über Nacht. 1938 beispielsweise verzehrten die Staatsausgaben 35 Prozent des Volkseinkommens. Die 17,7 Milliarden Reichsmark, die der Staat an Steuern einnahm, reichten gerade aus, gut die Hälfte der realen Staatsausgaben zu decken – alles in allem 30 Milliarden Reichsmark. Wie gelang es dem Regime, seine umfangreichen Programme der Aufrüstung und der Arbeitsbeschaffungsmassnahmen zu finanzieren? Das war nur durch eine «kreative Geldschöpfung» möglich, wie es damals genannt wurde. Eine solche Politik stellte für traditionelle Ökonomen ein Greuel dar angesichts der Gefahr einer Inflation, die mit ihr verbunden war. Niemand wollte eine Wiederholung der unkontrollierbaren Hyperinflation von 1923. Reichs-

Karte 10: Rückgang der Arbeitslosigkeit 1930-1938



bankpräsident Hans Luther hielt nichts von der Absicht der Regierung, die Aufrüstung mit Krediten zu finanzieren. Ein überzeugter Vertreter der orthodoxen Geldpolitik, hatte er als ehemaliger Reichskanzler auch eine politische Vergangenheit. Seine Sorge um die Neutralität der international garantierten Reichsbank bewog ihn, bei Hitler persönlich Protest einzulegen, als SA-Männer am 30. Januar 1933 über dem Reichsbankgebäude eine Hakenkreuzfahne hissten. Das alles machte ihn zu einem unbequemen Verbündeten für die Nationalsozialisten, und Hitler ersetzte ihn Mitte März 1933 durch Hjalmar Schacht, den «Finanzzauberer», der weitgehend dafür verantwortlich gewesen war, dass die Inflation von 1923 bis zum Jahresende unter Kontrolle gebracht worden war.⁶⁰

Schacht war eine ungewöhnliche Figur in der Führung des Dritten Reiches. Bei offiziellen Anlässen, bei denen andere Minister in Reitstiefeln und Uniform erschienen, fiel Schacht auf mit seinem grauen Anzug, weissem Stehkragen, Hemd und Krawatte, dunklem Überzieher und Melone. Seine schlanke, etwas unscheinbare physische Erscheinung und seine randlose Brille verliehen ihm den Anschein von etwas leicht Introvertiertem, Akademischem, das ebenfalls so gar nicht zu der rohen Kraft anderer führender Figuren des Regimes passen wollte. Auch sein Werdegang unterschied sich von dem vieler anderer Vertreter des Dritten Reiches. Geboren im Januar 1877 in eine materiell nicht besonders gutgestellte Familie, wurde er auf den Namen Horace Greeley Hjalmar getauft; sein Vater hatte sieben Jahre in den Vereinigten Staaten verbracht und den Gründer der *New York Herald Tribune* und den von ihm geprägten Satz «Go west, young man» so sehr bewundert, dass er seinen Sohn nach ihm benannte. Hjalmar wiederum, der Vorname, unter dem man ihn in Deutschland allgemein kannte, war ein traditioneller Vorname in der Hamburger und schleswig-holsteinischen Familie seiner Mutter. Nachdem er an einem berühmten Hamburger Gymnasium Abitur gemacht hatte, studierte er Nationalökonomie bei Lujo Brentano in München, und nach ersten Erfahrungen als junger Journalist, lernte er Französisch in Paris und schrieb seine Doktorarbeit über den englischen Merkantilismus. Schachts Werdegang war somit ebenso vielseitig wie kosmopolitisch, und er arbeitete danach mit bedeutenden Ökonomen und politischen Beobachtern der Kaiserzeit wie

Hans Delbrück und Gustav Schmöller zusammen. Politisch zog es ihn zur Nationalliberalen Partei, und er schrieb für den Handelsvertragsverein, was ihn mit Georg von Siemens, dem Gründer der Deutschen Bank zusammenbrachte. Durch diese Verbindung trat er in die reale Welt der Finanzen ein und machte hier schnell Karriere. Schacht spielte eine Rolle in der wirtschaftlichen Führung des Ersten Weltkriegs, war jedoch in keiner Hinsicht ein Rechtsnationalist, und wenn man ihm glauben mag, trennte er sich sogar 1938 von seiner ersten Frau wegen ihrer radikalen nationalsozialistischen Ansichten. Schachts politische Neigungen während der Weimarer Republik lagen eher bei den Demokraten.⁶¹

Schacht erlangte Berühmtheit, als er Ende 1923 als Reichswährungskommissar, ein Amt, in das ihn der damalige Reichsfinanzminister ernannt hatte, die Währung stabilisierte. Diese Ernennung verdankte er wahrscheinlich seinen guten Beziehungen in Finanzkreisen, die er in den vergangenen Jahren als Direktor einer Reihe von Grossbanken aufgebaut hatte. Aufgrund seines Erfolgs bei der Bekämpfung der Hyperinflation wurde er zum Präsidenten der Reichsbank ernannt, nachdem der bisherige Amtsinhaber am 20. November 1923 plötzlich verstorben war. Hier festigte er seinen Ruf als «Finanzzauberer» ebenso wie später – sehr zum Missvergnügen der Rechten – bei den Verhandlungen um den Young-Plan 1929. Als die Regierung im Frühjahr 1930 erneut über Teile des Plans verhandelte, die seiner Meinung nach besser nicht geändert werden sollten, trat er von seinem Amt zurück und ging in den vorläufigen Ruhestand. Das schien die Vermutung nahezu legen, dass er eine Kehrtwendung hin zur nationalistischen äussersten Rechten vollzogen hatte, zumal er damals auch aus der Deutschen Demokratischen Partei austrat. Allerdings hatte er zum damaligen Zeitpunkt politisch noch keine neue Heimat gefunden. Als er in den ersten Monaten 1931 auf einem von Hermann Göring gegebenen Essen Hitler kennenlernte, hatte er von diesem einen vorteilhaften Eindruck. Gleich vielen anderen hohen Persönlichkeiten in Politik und Wirtschaft glaubte auch er, der Radikalismus Hitlers lasse sich zähmen, wenn er durch konservative und erfahrenere Politiker eingebunden würde.⁶²

Von Hitlers Warte aus war Schacht einfach der beste Finanzexperte weit und breit. Er brauchte ihn, um das Geld für sein Rüstungsprogramm zu be-

schaffen und zu gewährleisten, dass das schnelle Wachstum der Staatsausgaben keine Probleme mit sich bringen würde. Schacht musste nicht einmal in die NSDAP eintreten. Später behauptete er wie viele andere, er habe im Regime ein Amt angenommen, um Schlimmeres zu verhüten. Tatsächlich hatte Schacht jedoch zu dieser Zeit seine politischen Ansichten denen Hitlers stark angenähert. Er mochte kein Antisemit oder Befürworter der Gewalt gewesen sein, aber er war mit Sicherheit radikaler Nationalist genug, um dem primären Ziel der Regierung einer möglichst schnellen Wiederaufrüstung Deutschlands aus ganzem Herzen zuzustimmen. Ende Mai 1933 legte er Hitler einen ausgeklügelten Plan zur Finanzierung des Haushaltsdefizits vor. Eine Scheinfirma unter der Bezeichnung Metallurgische Forschungsgesellschaft mbH sollte von fünf Grossunternehmen mit einem Kapital von 1 Million Reichsmark gegründet werden und sogenannte «Mefo-Wechsel» ausgeben, die vom Staat garantiert und von der Reichsbank diskontiert würden. Die Bank löste die Wechsel einfach in der Weise ein, dass sie Banknoten druckte. Zwischen 1934 und 1936 erfolgte die Finanzierung von 50 Prozent der Rüstungsausgaben durch die Wehrmacht über diese Wechsel. Bis Ende März 1938 hatte sich durch das Nachdrucken der Banknoten der Geldumlauf um 6 Milliarden Reichsmark erhöht; in diesem Zeitraum waren Mefo-Wechsel im Wert von rund 12 Milliarden Reichsmark ausgestellt worden. Schacht war bereits in Sorge über die inflationären Auswirkungen dieser Massnahmen und stoppte 1937 die weitere Ausgabe von Mefo-Wechseln; danach behalf man sich mit Steuergutscheinen und zinslosen Staatsschuldpapieren. Inzwischen waren die Schulden des Reichs immer höher geworden, doch weder Hitler noch seine Wirtschaftsfachleute schien das zu stören. Für sie waren die Schulden nur ein kurzfristiges Problem, da sie in den kommenden Jahren durch die Expansion nach Osten finanziert werden würden. Neben der schnellen Wiederaufrüstung unternahm Hitler unermüdlich weitere Schritte, um sicherzustellen, dass diese Expansion nicht nur ermöglicht, sondern auch einen grösstmöglichen wirtschaftlichen Nutzen erbringen würde.⁶³

Von Anfang an wollte Hitler Deutschland wirtschaftlich autark machen. Als Vorbereitung auf den kommenden Krieg musste die deutsche Wirtschaft aus der Abhängigkeit von Auslandsimporten befreit werden. Hitler

kannte die Wirkung der alliierten Blockade gegen Deutschland im Ersten Weltkrieg aus eigener Erfahrung: eine unterernährte und unzufriedene Bevölkerung und eine gelähmte Rüstungsproduktion, da die entscheidenden Rohstoffe fehlten. Das wollte er nicht noch einmal erleben. «Autarkie» war eines der Grundrezepte der NS-Ökonomie seit den frühen zwanziger Jahren. Sie nahm einen grossen Teil der volkswirtschaftlichen Diskussion, wenn man sie so nennen will, in Hitlers *Mein Kampf* ein. Sie hing eng mit einer weiteren Grundidee der nationalsozialistischen Politik zusammen, der Eroberung von «Lebensraum im Osten», der nach Hitlers Überzeugung die Versorgung der städtischen deutschen Bevölkerung mit Lebensmitteln sicherstellen würde. So konzentrierte sich die NS-Politik frühzeitig darauf, sich mit dem Handel aus den internationalen Märkten zurückzuziehen und Handelsabkommen mit bestimmten Ländern etwa in Südosteuropa zu schliessen, die eines Tages Teil des Grossdeutschen Reiches sein würden. Angesichts des damaligen Verfalls der Weltwirtschaft sagte Hitler vor hohen Wehrmachtsoffizieren Anfang Februar 1933, es sei sinnlos, die Exporte zu steigern; die einzige Möglichkeit einer langfristigen, sicheren Erholung der deutschen Wirtschaft bestehe in der Eroberung von «Lebensraum im Osten», und die Vorbereitungen darauf hätten jetzt Vorrang vor allem anderen.⁶⁴

In der Heimat verfolgte das Dritte Reich das Ziel einer autarken Lebensmittelversorgung der Bevölkerung durch den «Reichsnährstand», der am 13. September 1933 ausgerufen wurde. Unter dem Blut-und-Boden-Ideologen Richard Walther Darré, der jetzt den Titel eines «Reichsbauernführers» trug, war dies eine typische NS-Organisation, hierarchisch nach dem Führerprinzip strukturiert, wobei auf jeder Ebene über die Kreise und Kommunen Bauernführer ernannt wurden. Die seit Langem von der Agrarlobby verfochtene Idee bestand darin, die Produzenten, Gross- und Einzelhändler und die Verbraucher in einer einzigen Kette zusammenzuführen, welche die gegenseitige Ausbeutung ausschalten und für alle einen gerechten Handel schaffen würde. So waren beispielsweise in der Fischereiindustrie Fischer, Fischverarbeiter, Fischgrosshändler, Fischverteiler und Fischhändler in einem einzigen, von Berlin aus geführten Verband organisiert, und dasselbe geschah mit den übrigen Lebensmittelbranchen,

von den Obstbauern bis zu den Weizenproduzenten. Dieses komplizierte Gefüge wurde durch Einfuhrbehörden abgestützt, um die heimischen Produzenten bestimmter Erzeugnisse zu schützen, und mittels Sanktionen durchgesetzt, einschliesslich empfindlicher Geldbussen und Haftstrafen bei Verstössen gegen die Bestimmungen. Auf diese Weise konnten die gesamte nationale Produktion und das Angebot von Lebensmitteln kontrolliert, Preise festgesetzt und Mengen und Quoten im Interesse der Produzenten bestimmt werden. In mancher Hinsicht wurde der Reichsnährstand, der als unabhängige Körperschaft gedacht war, von Darré als das Vehikel gesehen, durch das die Kleinbauern ihre wirtschaftlichen Interessen stärken und den ihnen zukommenden Platz im neuen Deutschland behaupten konnten. Er war darüber hinaus eine Nachahmung der Institutionen des korporativen Staates im faschistischen Italien und band jeden in einem bestimmten Bereich der Gesellschaft und der Wirtschaft zu einem Gefüge zusammen, das zumindest theoretisch an die Stelle eines Interessengegensatzes eine Zusammenarbeit setzen und durch die Ausschaltung realer und potentieller Konfliktquellen ein Gemeinschaftsgefühl erzeugen würde.⁶⁵

Doch der Reichsnährstand erwies sich als eine problematische Institution.⁶⁶ Es dauerte nicht lange, und Darrés ideologische Vision eines zukünftigen Deutschlands auf der Grundlage einer gesunden und stabilen Gemeinschaft von Kleinbauern wurde von den unmittelbareren Erfordernissen einer wirtschaftlichen Autarkie und der Wiederaufrüstung beiseite gedrängt. Entsprechend der allgemeinen Wirtschaftspolitik musste der Reichsnährstand die Preise niedrig halten, die Importe einschränken (einschliesslich der Lieferungen von Tierfutter) und den Verbrauch rationieren. Preiskontrollen drückten die Gewinne der Bauern und bedeuteten, dass sie im Hinblick auf die Löhne ihrer Knechte nicht mit den Industrieunternehmen konkurrieren konnten. Die Knappheit an Eisen und Stahl und die Bevorzugung der Rüstungsindustrie bei der Zuteilung dieser Grundstoffe hatte gravierende Beschränkungen der Produktion von Landmaschinen zur Folge, die ein akzeptabler Ersatz vor die abwandernden Landarbeiter hätten sein können, wenn die Bauern sie nur hätten bezahlen können. Bereits im September 1934 kündigte Schacht eine «Produktionsschlacht» an mit dem Ziel, Deutschland von ausländischen Lebensmittelimporten

unabhängig zu machen, ein Ziel, zu dessen Verwirklichung der Reichsnährstand beitragen sollte. Doch der Erfolg sollte bald wieder zerrinnen. Zwar trugen Zuschüsse für den Bau von Getreidespeichern, Silos und ähnlichem gewisse Früchte. Doch diese wurden mehr als zunichte gemacht durch die Beschlagnahme landwirtschaftlicher Nutzflächen für den Bau der Autobahnen, von Flugplätzen, Baracken und Lagern sowie militärischer Sperrgebiete und die Einziehung von Landarbeitern zur Beschäftigung in kriegswichtigen Industrien. Zwischen 1933 und 1938 wurden 140 Dörfer auseinandergerissen und 225 ländliche Gemeinden infolge der Enteignung von Grund und Boden durch die Wehrmacht zum Wegzug gezwungen, während in den beiden letzten Friedensjahren der Bau des «Westwalls» die Aufgabe von 5'600 Bauernhöfen mit 130'000 Hektar Land zur Folge hatte. Die Getreideerträge erreichten im Allgemeinen nicht einmal mehr den Stand von 1913, und bei landwirtschaftlichen Produkten gab es Versorgungslücken: zwischen 10 und 30 Prozent bei Schweinefleisch und Obst, 30 Prozent bei Eiern und Geflügel, 50 Prozent bei Fett, Butter und Margarine, bis zu 60 Prozent bei Gemüse und über 90 Prozent bei Pflanzenöl.⁶⁷ In diesen und anderen Bereichen hatten die Umstellung der Produktion von Konsumgütern auf Rüstungs- und kriegsrelevante Güter und die Einschränkung der Importe von nicht kriegswichtigen Gütern im Herbst 1936 zu einer Verknappung der Verbrauchsgüter geführt, so dass die Nachfrage nicht mehr voll befriedigt werden konnte und die Preise in die Höhe gingen. Bereits im Spätjahr 1934 war ein Reichskommissar für die Preisüberwachung ernannt worden, der konservative Politiker Carl Goerdeler, Oberbürgermeister von Leipzig, doch das von ihm vorgeschlagene Rezept einer Verlangsamung der Rüstung war schroff zurückgewiesen worden, und sein Amt war kaum mehr als ein propagandistisches Aushängeschild. Um eine Rückkehr der gefürchteten Inflation von 1923 zu vermeiden, verhängte die Regierung am 26. Oktober 1936 einen Preisstopp. Am 1. Januar 1937 führte sie eine Rationierung von Butter, Margarine und Fett ein. Die Verbraucher bekamen allmählich die Engpässe ebenso zu spüren wie die Produzenten.⁶⁸

Da Walther Darré zugleich Reichslandwirtschaftsminister war, musste er sich diesen Massnahmen fügen. Sobald die Interessen des Staates mit

denen des Reichsnährstands kollidierten, musste letzterer nachgeben. Ausserdem stand spätestens 1936 fest, dass das Ziel einer importunabhängigen Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln noch immer in weiter Ferne lag. Der Reichsnährstand sass zwischen den Stühlen der Partei und des Staates. Formal eine Institution, die zu keinem von beiden gehörte, verlor er seine Funktionen, sobald beide ihre eigenen Interessen zur Geltung brachten. Darrés Stern sank nun schnell. Sein Stellvertreter Herbert Backe überzeugte Göring und Himmler, dass Darré ein Ideologe sei, der in einer Traumwelt lebte, und dass das praktische Ziel einer Autarkie im Hinblick auf die Lebensmittelversorgung in Deutschland nur durch einen Technokraten wie ihn realisiert werden könne. Ausserdem hatte ein Abnutzungskrieg mit Robert Ley um die Interessen der Landarbeiter zu weiteren Schwächungen der Position des Reichsnährstands auf dem Land geführt. Ley war überdies in der Lage, aufgrund seiner Position als Reichsorganisationsleiter der Partei der Organisation Darrés nach und nach immer weitere Funktionen etwa in der Bildung und Weiterbildung zu entziehen und diese schliesslich ganz in seiner Deutschen Arbeitsfront aufgehen zu lassen. Bei dem Versuch, seine schwindende Macht abzustützen, hatte Darré sich in Wirklichkeit den Forderungen nach einer Autarkie gebeugt, als er beispielsweise ein Gesetz vom 26. Juni 1936 befürwortete, das es dem Staat erlaubte, Bauernhöfe zwangsweise zusammenzulegen, um grössere und effizientere Bauernwirtschaften zu schaffen. Darüber hinaus sah er sich gezwungen, die Sorge um das soziale und kulturelle Wohlergehen der Mitglieder des Reichsnährstandes an die Partei und ihre Gliederungen abzutreten. Die Unbeliebtheit seiner Massnahmen bei den Bauern besiegelte schliesslich sein Schicksal.⁶⁹ Göring und Backe verwendeten eine beträchtliche Energie darauf, die deutsche Agrarproduktion zu fördern: So konnten die Bauern günstige Kredite für den Kauf von Landmaschinen erhalten, es gab verbilligte Düngemittel und Preisreize beim Anbau von Brotgetreide, der Produktion von Eiern und ähnlichem, in manchen Fällen auch für die Umstellung auf Nutzpflanzen, die den Rohstoff für Textilfasern oder Pflanzenöle und -fette lieferten wie Flachs oder Raps. Ausserdem versuchten sie der Landflucht von Landarbeitern entgegenzuwirken. Seit

den ersten Monaten des Dritten Reiches waren Hunderttausende junger Männer zum Arbeitsdienst auf dem Land eingezogen worden, um einen seit Langem bestehenden Mangel an Landarbeitern auszugleichen, obwohl viele von ihnen zu jung, körperlich zu schwach oder zu unqualifiziert waren, um für die Bauern von wirklichem Nutzen zu sein. Selbst die Insassen von Konzentrationslagern wurden eingespannt, um Sümpfe zur Kultivierung trockenulegen. Das war nicht das, was Darré sich vorgestellt hatte, als er die Reichserbhöfe und den Reichsnährstand ins Leben gerufen hatte. Bis zum Vorabend des Kriegs hatte sich seine ursprüngliche Vision fast in nichts aufgelöst.⁷⁰

Deutschland wurde in der Produktion einiger Grundnahrungsmittel wie Brot, Kartoffeln, Zucker und Fleisch bis 1939 tatsächlich autark, aber es gab noch immer viele Produkte, vor allem Fett, Hülsenfrüchte (ausgenommen Linsen) und sogar Eier, die in beträchtlichem Umfang eingeführt werden mussten, um die Nachfrage zu befriedigen. Die Zahl der Landarbeiter ging zwischen 1933 und 1939 um 1,4 Millionen zurück, zum Teil wegen des Ausschlusses ausländischer Arbeiter, zum Teil wegen der Abwanderungen zu besser bezahlten Arbeitsplätzen in den Städten.⁷¹ Die Grösse der neu kultivierten Bodenflächen war zu gering, um sich bemerkbar zu machen. 30 Prozent des Futters für Pferde, 1938 noch immer ein wesentlicher Bestandteil des Transportwesens der Wehrmacht, mussten eingeführt werden. 1939 kamen rund 15 Prozent des Nahrungsmittelangebots in Deutschland aus dem Ausland.⁷² Andererseits ermöglichten die von Schacht geschlossenen Handelsabkommen die Einfuhr billiger Lebensmittel aus Südosteuropa, so dass Hitler und Göring noch drakonischere Massnahmen vermeiden konnten, um die Bauern den Geboten der Autarkie zu unterwerfen, was diese noch mehr verprellt hätte. Auf's Ganze gesehen wurden die Bauern nicht in eine neue Art von Untertänigkeit gezwungen, um den Forderungen des Staates zu genügen. Einige der von Darré frühzeitig eingeführten Massnahmen blieben somit bestehen, und für die Bauern hatte sich bis 1939 insgesamt manches gebessert; immerhin waren ihre Erträge gegenüber 1933 um 71 Prozent gestiegen, zwar weit weniger als die der Industrie, doch ihre Lage war jetzt besser als am Ende der zwanziger Jahre.⁷³

Es waren vor allem die Verbraucher, die leiden mussten. Immer mehr Lebensmittel wurden von Amts wegen rationiert, da die Regierung in Vor-

bereitung auf den Krieg Vorräte anlegte und Landarbeiter und Handwerker in die kriegswichtigen Industrien abkommandierte. Butter und Fett gab es seit Langem nur noch in beschränkten Mengen; auch Obst und Kaffee waren seit dem Frühjahr 1939 rationiert. Äpfel verfaulten an den Bäumen, da es die potentiellen Pflücker in die Städte gezogen hatte. Die Menschen mussten ihr eigenes Obst und Gemüse anbauen und für den Winter konservieren. Verschlimmert wurde die Lage noch durch eine Reihe von dürftigen Ernten in der Mitte der dreissiger Jahre, bedingt durch schlechtes Wetter, einen Frosteinbruch im Frühjahr 1938, als die Obstbäume in voller Blüte standen, und den Ausbruch der Maul- und Klauenseuche im selben Jahr. Die Kaffeeimporte gingen zurück, da die Importeure über keine ausreichenden Devisen mehr verfügten. Die Knappheit an Roggen und Weizen führte zu amtlichen Kontrollen bei den Bäckereien, die Anweisung hatten, nur «homogenisiertes» Brot aus einer Mischung minderwertiger Mehlsorten zu backen. Weissbrot gab es nur nach Vorlage einer ärztlichen Bescheinigung. Um zu vermeiden, dass die Verbraucher die Milchrationierung umgingen, indem sie ihre Milch direkt beim Bauern kauften, mussten Bauern mit Milchvieh ab 1. Januar 1939 ihre gesamte Milch an eine zentrale Molkerei abliefern. Später im selben Jahr wurde berichtet, dass in der Osterwoche in München keine Eier zu bekommen waren, während in Elberfeld keine Kuchen gebacken werden konnten, weil es kein Fett gab. Sächsischen Hausfrauen wurde in Kochkursen gezeigt, wie man «ungarisches Fischgulasch» zubereitete, da Fleisch für echtes Gulasch kaum erhältlich war. Am 28. März 1939 wurde die Fleischtheke im Kaufhaus Hertie am Dönhoffplatz in Berlin nur geöffnet, um in Listen eingetragenen Kunden ihre Wochenration Fett zu verkaufen; Frischfleisch oder Gefrierfleisch gab es überhaupt nicht. Die Engpässe brachten zwangsläufig einen schwarzen Markt für Lebensmittel hervor. In Berlin gab es auf den Wochenmärkten morgens ab sieben Uhr kein Obst mehr zu kaufen, noch bevor die Kontrolleure kamen, um zu überprüfen, ob die Standinhaber sich auch an die amtlichen Preisgrenzen hielten. Südfrüchte wie Bananen und Apfelsinen waren absolute Mangelware. Nur gut betuchte Frühauflsteher konnten es sich leisten, die Bestimmungen zu umgehen und einen Preis zu zahlen, der weit über dem festgesetzten Höchstpreis lag. Im

Ruhrgebiet mussten sich viele Arbeiter damit begnügen, nur einmal in der Woche Fleisch zu essen. «Das Volk», hiess es in einem der SPD-Berichte, «leidet stark unter dem Mangel an allen möglichen Nahrungsmitteln und an anständiger, solider Kleidung. Jedoch gibt es deswegen keine Auflehnung, auch nicht über das Anstehen vor den Geschäften, das eine alltägliche Erscheinung geworden ist.»⁷⁴

Wirtschaft, Politik und Krieg

Trotz der Etablierung solch interventionistischer Institutionen wie des Reichsnährstands waren Hitler und die Parteiführung bemüht, die Wirtschaft zwar straff am Zügel zu führen, auf Verstaatlichungen oder direkte Firmenübernahmen aber zu verzichten.⁷⁵ So setzte beispielsweise die Regierung den Grosskonzern I.G. Farben unter Druck, synthetischen Brennstoff für Kraftfahrzeuge und Flugzeuge durch die Hydrierung von Kohle zu entwickeln und zu produzieren, um die Abhängigkeit Deutschlands von Ölimporten zu verringern; am 14. Dezember 1933 wurde ein Abkommen unterzeichnet, in dem der Konzern sich verpflichtete, jährlich 300'000 Tonnen zu produzieren, während der Staat für die nächsten zehn Jahre eine Abnahmegarantie für diese produzierte Menge abgab.⁷⁶ Wenn sich ein Unternehmen weigerte, den Wünschen des Regimes zu entsprechen, wurde es von diesem gefügig gemacht wie im Fall von Hugo Junkers, dem Flugzeughersteller, der gezwungen wurde, seine Mehrheitsanteile an seinen beiden Unternehmen Ende 1933 an das Reich zu verkaufen, nachdem er versucht hatte, sich den Aufforderungen der Regierung zu widersetzen, seine Flugzeuge so zu bauen, dass sie militärischen Zwecken dienen konnten. Bei seinem Tod im April 1935 wurden beide Unternehmen sogar verstaatlicht, wenn auch nur für kurze Zeit.⁷⁷ Ausserdem drängte das Reichswirtschaftsministerium energisch auf die Schaffung von Kartellen in Schlüsselbereichen, um es dem Staat zu erleichtern, die Steigerung der Produktion an kriegswichtigen Gütern zu lenken und zu überwachen.⁷⁸ Doch trotz dieser verstärkten Interventionen des Staates beharrten die Sprecher der NS-Ökonomie wiederholt darauf, dass Deutschland eine freie Marktwirtschaft bleiben solle, in der der Staat die Führung übernahm und die obersten Ziele vorgab. Für diesen Zweck, zumindest in der ersten Zeit, als der Sieg der «Arbeitsschlacht» und die Umstellung der Wirtschaft

auf eine Kriegswirtschaft die Hauptziele waren, brauchte Hitler die freiwillige Mitarbeit der Wirtschaftsunternehmen.

Es war deshalb naheliegend, dass er nach dem erzwungenen Rücktritt des streitsüchtigen Deutschnationalen Alfred Hugenberg einen führenden Vertreter der Wirtschaft in das Amt des Reichswirtschaftsministers berief.⁷⁹ Es war der Generaldirektor der Allianz-Versicherung Kurt Schmitt. Geboren 1886 in eine Arztfamilie, war Schmitt begeistertes Mitglied einer schlagenden Verbindung an der Universität, wo er Handelsrecht studiert hatte; danach arbeitete er kurze Zeit für die bayerische Landesregierung unter Gustav Ritter von Kahr. Kurz vor dem Beginn des Krieges trat Schmitt in die Münchener Dependance der Allianz ein. Trotz seines immensen Fleißes war er kein Bürohengst. Er entwickelte eine unbürokratische Methode bei der Abwicklung von Versicherungsfällen, vermittelte persönlich zwischen Anspruchstellern und Versicherten und verringerte auf diese Weise beträchtlich die Anzahl der gegen die Allianz angestregten Klagen, die mit teuren Prozessen verbunden gewesen wären. Auf diese Weise gelangte er innerhalb des Unternehmens bald nach oben. Sein Aufstieg wurde durch den Krieg nicht ernsthaft unterbrochen, denn er kehrte frühzeitig heim aufgrund einer leichten Verwundung, die sich jedoch mehrfach entzündete, so dass er nicht mehr an die Front geschickt wurde. Mit 34 Jahren wurde er zum Generaldirektor ernannt. Schon bald trug Schmitt teure Massanzüge und verkehrte mit den einflussreichsten Persönlichkeiten der Berliner Herrenklubs. Unter seiner Leitung expandierte die Allianz schnell in der Art der Zusammenschlüsse und Übernahmen, wie sie auch in anderen Sektoren der Wirtschaft in den zwanziger Jahren typisch waren. Wie andere Geschäftsleute war Schmitt nicht zufrieden mit den Bedingungen, unter denen die Privatwirtschaft in der Weimarer Republik zu recht kommen musste, und er setzte sich für eine Reform des Versicherungsrechts durch den Reichsverband der Privatversicherung ein. Das brachte ihn in Kontakt mit führenden Politikern, von denen viele beeindruckt waren von seinem Wissen, seiner Entschlossenheit und seiner Tüchtigkeit als Finanzmann. In den frühen dreissiger Jahren war er zu einer öffentlichen Person mit einem gewissen Ruf geworden. Dieser verbesserte sich noch durch sein Auftreten in dem von Brüning gegründeten

Wirtschaftsbeirat. Sowohl Brüning als auch Papen boten ihm den Posten des Reichsfinanzministers an, doch er lehnte das Angebot beide Male in der Überzeugung ab, dass die wirtschaftliche Lage es ihm nicht erlauben würde, sein Amt einigermaßen erfolgreich auszufüllen.⁸⁰

Zu dieser Zeit hatte Schmitt mit der NSDAP Kontakt aufgenommen. Im November 1930, wie etwas später auch Schacht, hatte er Göring bei einem Essen kennengelernt und war von dessen politischem Engagement tief beeindruckt. Bald darauf befriedigte Schmitt Görings beeindruckenden Appetit auf gutes Essen und guten Wein bei regelmässigen Treffen in einem Berliner Restaurant. Bald lernte er auch Hitler kennen. Das Versprechen der Nationalsozialisten, mit dem Kommunismus ebenso Schluss zu machen wie mit dem Parteienhader der Weimarer Jahre, gewann ihn für ihre Sache. Ein Selfmademan, der es aus eigener Kraft nach oben geschafft hatte, war Schmitt mit der traditionellen konservativen Politik weniger verbunden als Kollegen aus alteingesessenen Wirtschaftszweigen oder im höheren Staatsdienst. Als die NSDAP in Deutschland die Macht übernahm, gab Schmitt seine bisherige Zurückhaltung auf. Er trat im Frühjahr 1933 in die Partei ein und führte die Feiern innerhalb der Allianz-Versicherung zu Hitlers Geburtstag am 20. April ein. Schmitt teilte das gängige elitäre Vorurteil, die Juden drängten sich im öffentlichen und intellektuellen Leben, im Banken-, Finanz- und Rechtswesen zu sehr in den Vordergrund; das Adjektiv, das er im Gespräch über Juden am häufigsten gebrauchte, war «unangenehm». Er stimmte Görings Vorschlag zu, den dieser bei einem weiteren Gespräch gemacht hatte, den Juden das Wahlrecht abzuerkennen und zu verbieten, dass sie Machtpositionen einnahmen, in denen sie über nichtjüdische Deutsche bestimmen könnten. Im Sommer 1933 trug Schmitts Verbindung zu Göring spektakuläre Früchte. Auf der Suche nach einem geeigneten Nachfolger für Hugenberg überzeugte Göring Hitler, es sei ein kluger politischer Schachzug, das Amt mit einem führenden Vertreter aus der Wirtschaft zu besetzen. Hitler bot den Posten also Schmitt an, der am 30. Juni 1933 vereidigt wurde. Schmitt war überzeugt, dass er nun endlich eine bedeutende Rolle spielen würde, weil sich die politische Lage stabilisiert hatte.⁸¹

Trotz der Versuche, seine Position etwa dadurch zu stärken, dass er in die SS eintrat, zeigte sich Schmitt den grossen Tieren im Dschungel des

NS-Apparates wie Darré, Goebbels und Ley nicht gewachsen, die innerhalb weniger Monate wesentliche Bereiche der Wirtschaft der Zuständigkeit seines Ministeriums entwunden hatten. Männer in der zweiten Reihe wie der NS-Wirtschaftstheoretiker Gottfried Feder, der 1920 die Abschaffung der «Zinsknechtschaft» ins Parteiprogramm geschrieben hatte, machten ihm immer wieder Schwierigkeiten. Schmitts Aufforderungen und Instruktionen an die staatlichen und regionalen Amtsleiter, die wirtschaftliche Erholung nicht durch die Billigung von Aktionen gegen jüdische Unternehmen zu gefährden, wurden von der Presse nicht berichtet und von den «alten Kämpfern» in der Regel ignoriert. Am schwersten fiel jedoch ins Gewicht, dass Schmitt gegen, wie er es sah, unproduktive Rüstungsausgaben war und nichts von so spektakulären, aber in seinen Augen nutzlosen Ideen wie der Reichsautobahn hielt. Auch hier wurde er übergangen. Schmitt missbilligte die überzogenen Propagandabehauptungen des Regimes über eine wirtschaftliche Erholung, ein Ende der Arbeitslosigkeit und dergleichen. Er sah sich in seiner Position zunehmend als Versager. Unter wachsendem Druck von allen Seiten erlitt er am 28. Juni 1934 einen Herzanfall und reichte schliesslich mit Wirkung vom 1. Januar 1934 seinen Rücktritt ein. Bald darauf kehrte er ins Versicherungswesen zurück. Er hatte seine Unfähigkeit als Politiker eingesehen und schlug alle späteren Angebote aus, von dem Lebensweg abzugehen, der ihm am vertrautesten war.⁸²

Auf Schmitt folgte am 3. August 1934 Hjalmar Schacht ins Amt, bis zum 30. Januar 1935 noch als amtierender, danach endgültig als neuer Reichswirtschaftsminister. Dieser hatte im privaten Gespräch mit Hitler zu erkennen gegeben, dass er im Gegensatz zu seinem Vorgänger ungeachtet der wirtschaftlichen Lage der Aufrüstung den absoluten Vorrang geben würde. Schacht erhielt für die Wirtschaftslenkung unbegrenzte Vollmachten. Als erstes entliess er Feder von seinem Posten im Ministerium sowie weitere Persönlichkeiten der Partei, über die die Wehrmacht sich beschwert hatte und denen sie vorwarf, sie wollten ihre pseudosozialistischen Ideen der Wirtschaft aufzwingen. In den nächsten vier Monaten errichtete Schacht eine neue Struktur unter der Ägide seines Ministeriums, in der alle Firmen obligatorisch in eine von insgesamt sieben «Reichsgruppen» eingegliedert wurden (Industrie, Handel, Banken usw.), ihrerseits un-

terteilt in fachliche und regionale Untergruppen. Das verschaffte dem Reichswirtschaftsministerium die Möglichkeit, die Aufrüstungspolitik auf der bestehenden Basis eines privaten Unternehmertums statt der von Feder vertretenen antikapitalistischen Ideen zu betreiben.⁸³

Doch bereits zu dieser Zeit zeigte der aufkommende Aufschwung der Rüstungswirtschaft einige unliebsame Auswirkungen. Mit der Umstellung der industriellen Produktion auf Kriegsgüter stellten sich diese Unternehmen von Exportgütern (überwiegend Konsumgütern) auf industrielle Güter für den Binnenmarkt um. Im Verein mit einer anhaltenden Baisse im Welthandel und den von England und den Vereinigten Staaten verhängten Sanktionen aus Protest gegen die Verfolgung der Juden durch das Regime hatte dies zwischen dem letzten Quartal 1933 und dem zweiten Quartal 1934 einen Rückgang der Exporte um 1,26 Milliarden Reichsmark zur Folge. Gleichzeitig nahmen die Importe stark zu, da die Nachfrage in Deutschland nach Produkten wie Gummi, Öl und Baumwolle anstieg. Von Mitte 1932 bis Anfang 1934 stiegen die Importe von Rohstoffen um 32 Prozent, während die für deutsche Exporte erzielten Summen um 15 Prozent zurückgingen. Die Lage wurde noch durch den Umstand verschlimmert, dass England und die USA ihre Währungen abgewertet hatten, während die NS-Regierung ebenso wie ihre Vorgänger aus Angst vor einer Inflation keine Abwertung der Reichsmark zulassen wollten. Deshalb wurden deutsche Waren auf dem Weltmarkt teurer, so dass die bisherigen Abnehmer sich nach billigeren Anbietern umsahen, während die Importe nach Deutschland billiger wurden, was die deutschen Unternehmen veranlasste, grössere Mengen als bisher zu kaufen. 1934 hatte Deutschland ein Handelsbilanzdefizit.⁸⁴ Deutschlands Auslandsschulden stiegen, während seine Gold- und Devisenreserven zwischen Januar und September um mehr als die Hälfte zusammenschmolzen.⁸⁵ Unsystematische Devisenquoten und -beschränkungen konnten an der sich schnell verschlechternden Lage nichts ändern.⁸⁶ Am 14. Juni 1934 verhängte die Reichsbank ein sechsmonatiges Moratorium für die Rückzahlung aller mittel- und langfristigen Auslandsschulden.⁸⁷

Am 19. September 1934 gab Hjalmar Schacht, der neu ins Amt gekommene «Wirtschaftsdiktator» Deutschlands, in dem Bemühen, dieser wachsenden Probleme Herr zu werden, einen «Neuen Plan» bekannt, dem zu-

Karte 11 : Hauptsächliche Exportländer ins Dritte Reich



folge der Handel von jetzt an auf einer bilateralen Basis abgewickelt würde: Eine Art Tauschhandel zwischen Deutschland und anderen Staaten, bei dem Importe nur von Staaten zugelassen würden, in die Deutschland seinerseits nennenswerte Gütermengen exportierte. Die Verwirklichung des deutschen Rüstungsprogramms, erklärte Schacht am 3. Mai 1935, sei die oberste Aufgabe der deutschen Politik. Um dieses bezahlen zu können, müssten alle Importe sich so weit wie möglich auf kriegswichtige Rohstoffe sowie Lebensmittel beschränken, die in Deutschland nicht produziert würden.⁸⁸ Südosteuropa schien eine besonders vorteilhafte Region für bilaterale Handelsabkommen zu sein. Eine Konzentration auf den Balkan konnte durchaus eine Perspektive auf eine zukünftige grossdeutsche Handelsregion in Ostmitteleuropa eröffnen, das langerträumte Mitteleuropaprojekt. Im Fall eines Krieges würde es sicherer sein als die bestehenden Handelsverbindungen mit dem Norden und dem Westen. Eine Reduzierung des Überseehandels würde ausserdem die Abhängigkeit Deutschlands von der britischen Handelsmarine, die sich im Fall eines Krieges zwischen den beiden Nationen sehr nachteilig auswirken würde, verringern.

Zu viele Rohstoffe kamen aus weitentfernten Regionen der Erde, und der Neue Plan bemühte sich, die Abhängigkeit Deutschlands von solchen Quellen auf ein Mindestmass zu begrenzen. Von 25 Überwachungsbeamten durchgesetzt, trug der Neue Plan dazu bei, die deutschen Importe aus den übrigen europäischen Ländern von 7,24 Milliarden Reichsmark 1928 auf 2,97 Milliarden zehn Jahre später zu reduzieren; während desselben Zeitraums stiegen die Importe aus Südosteuropa, die 1928 7,5 Prozent aller Importe ausgemacht hatten, auf 22 Prozent.⁸⁹ Doch die Wehrmacht beschwerte sich bald, Schacht sei es zwar gelungen, das Geld für die Anfangsphase der Wiederaufrüstung zu beschaffen, er habe die Wirtschaft jedoch noch nicht für den Krieg vorbereitet. Insbesondere die Einfuhrbeschränkungen hätten die deutschen Vorräte an Rohstoffen, Erzen und Metallen gefährlich erschöpft, während Bemühungen, nach Ersatz zu suchen – landeseigene Textilfasern, synthetisches Gummi und synthetischer Treibstoff, im Land gefördertes Öl und ähnliches –, sich bislang kaum bemerkbar gemacht hätten. Es sei an der Zeit für eine wesentlich radikalere Intervention in die Wirtschaft – eine Intervention, die man Schacht, der

kein Geheimnis aus der Tatsache machte, dass seiner Meinung nach die deutsche Wirtschaft 1936 die Grenzen ihrer Möglichkeiten erreicht hatte, die Aufrüstung und Kriegsmobilisierung zu verkraften, nicht länger anvertrauen konnte.⁹⁰

II

Am 4. September 1936 verlas Hermann Göring vor dem Kabinett eine ausführliche Denkschrift zum Vierjahresplan, die Hitler angesichts des nicht mehr zu übersehenden Scheiterns des Neuen Plans von Schacht aufgesetzt hatte. In der für Hitler typischen Art, befasste er sich zunächst ausführlich mit Geschichte und Politik, bevor er zur Sache kam: Die Vorbereitung der Wirtschaft für den Krieg. Politik, so Hitler, sei «die Führung und der Ablauf des geschichtlichen Lebenskampfes der Völker». In diesem Kampf sei die Sowjetunion inzwischen zu einer Bedrohung geworden. Die Welt werde in eine Auseinandersetzung getrieben, «deren extremste Lösung Bolschewismus heisst, deren Inhalt und Ziel aber nur die Beseitigung und Ersetzung der bislang führenden Gesellschaftsschichten der Menschheit durch das internationale Judentum ist». Deutschland müsse die Führung im Kampf gegen den Bolschewismus übernehmen, denn «ein Sieg des Bolschewismus über Deutschland würde... zu einer endgültigen Vernichtung, ja Ausrottung des deutschen Volkes» führen. Die Vorbereitung auf den kommenden Krieg, schrieb Hitler, sei eine absolute Notwendigkeit, der gegenüber «alle anderen Erwägungen als gänzlich belanglos in den Hintergrund zu treten» hätten. «Die deutsche Armee muss in vier Jahren einsatzfähig sein.» «Die deutsche Wirtschaft», fügte er hinzu, «muss in vier Jahren kriegsfähig sein.» Hitler zählte seine vertraute Litanei ökonomischer Überzeugungen auf: Deutschland sei überbevölkert und könne sich auf der eigenen Grundlage nicht selbst ernähren; die endgültige Lösung liege «in einer Erweiterung des Lebensraumes bzw. der Rohstoff- und Ernährungsbasis unseres Volkes». Rohstoffe könnten für einen Krieg nicht als Vorräte angesammelt werden, da die benötigte Menge einfach zu gross sei. Die Produktion von Treibstoff, synthetischem Gummi, industriellen Fetten, Eisen, Ersatz für Metalle und dergleichen

müsse auf ein Niveau gesteigert werden, das einen Krieg unterhalten könne. Lebensmittel müssten sparsam verwendet werden, so dürfe man aus Kartoffeln keinen Alkohol mehr brennen. Das deutsche Volk müsse Opfer bringen. Es müsse ein Mehr-Jahresplan erstellt werden. Die Interessen der Einzelunternehmen müssten denen des Volkes untergeordnet werden. Unternehmer, die im Ausland Devisenreserven hielten, betrieben Wirtschaftssabotage und seien mit dem Tod zu bestrafen.⁹¹

Mit der Verlesung dieser Denkschrift vor dem Kabinett eröffnete Göring zugleich einen heftigen Angriff auf die von Schacht und seinem Verbündeten Carl Goerdeler vertretene Ansicht, die Befreiung aus der wirtschaftlichen Sackgasse von 1936 bestehe in der Reduzierung des Rüstungsprogramms. Wie Göring erklärte, sei das Gegenteil der Fall: Da die Konfrontation mit Russland unvermeidlich sei, müsse das Tempo beschleunigt werden. Die Wirtschaft und die Devisenausfuhr müssten viel schärfer kontrolliert werden. Göring gab bekannt, der «Führer» habe ihn persönlich mit der Durchführung des Vierjahresplans beauftragt und werde diesen auf dem unmittelbar bevorstehenden Parteitag öffentlich vorstellen. Schacht war inzwischen für das Regime entbehrlich geworden. Am 18. Oktober wurde Göring offiziell zum Beauftragten für den Vierjahresplan ernannt. Er nutzte die mit dem Amt verbundenen weitreichenden Befugnisse zur Errichtung einer völlig neuen Zentralbehörde mit der Aufgabe, die Wirtschaft für den Krieg vorzubereiten; sie hatte sechs Abteilungen für die Produktion und Distribution der Rohstoffe, die Koordination der Arbeitskräfte, die Preiskontrolle, die Devisenkontrolle und die Landwirtschaft. Göring ernannte die Staatssekretäre im Arbeits- und im Landwirtschaftsministerium zu Leitern der beiden entsprechenden Abteilungen seiner neuen Behörde. Auf diese Weise unterstellte er die beiden Reichsministerien dem Vierjahresplan unter Umgehung der Minister Walther Darré und Franz Seldte. Gleichzeitig stellte er Schacht kalt, der an dem Tag, als das Kabinett von dem Vierjahresplan erfuhr, in den Urlaub geschickt wurde. Schacht stellte bald fest, dass die Zentralbehörde des Vierjahresplans Entscheidungen ohne Rücksprache mit seinem Reichswirtschaftsministerium traf. Seine Proteste blieben wirkungslos. Zunehmend resigniert angesichts dieses Machtverlusts und ohnedies besorgt über die rasche Ausdehnung

der Rüstungs- und Rohstoffproduktion auf einer in seinen Augen völlig unzureichenden finanziellen Basis, schrieb Schacht am 8. Oktober an Hitler und bekräftigte noch einmal seine Auffassung, dass es im Dritten Reich nur einen Leiter der Wirtschaft geben könne und dass dieser nur er selbst sein könne. Der Brief enthielt eine unausgesprochene, aber klare Rücktrittsdrohung.⁹²

Zu diesem Zeitpunkt hatte Hitler jedoch das Vertrauen in Schacht verloren, dessen ökonomischer Realismus ihm jetzt überhaupt nicht mehr ins Konzept passte. Am 25. Oktober 1937 hatte der Chef der Marine, Admiral Erich Raeder, Reichskriegsminister General Werner von Blomberg formell ersucht, Hitler dazu zu bewegen, persönlich zwischen den unterschiedlichen Waffengattungen – Heer, Marine und Luftwaffe – zu vermitteln, die untereinander um die unzureichenden Lieferungen an Eisen, Stahl, Treibstoff und andere Rohstoffe rivalisierten. Daraufhin liess Hitler durch Blomberg eine Sitzung am 5. November in der Reichskanzlei anberaumen, auf der er vor einer kleinen Gruppe – Raeder, Blomberg, der Oberbefehlshaber des Heeres, General Werner von Fritsch, der Chef der Luftwaffe, Hermann Göring, und Reichsaussenminister Konstantin von Neurath – seine Gesamtstrategie erläuterte. Hitlers Wehrmachtsadjutant, Generaloberst Friedrich von Hossbach, machte Gesprächsnotizen, die später als Beweis dafür angesehen wurden, dass Hitler bereits zu diesem Zeitpunkt einen Krieg in der nächsten Zukunft geplant hatte. Zwar gab es tatsächlich noch keinen konkreten Plan, aber zweifellos Absichten. Hitler ging es in der Hauptsache darum, seinen Zuhörern die Notwendigkeit einzuschärfen, die Rüstung mit allen Kräften voranzubringen, da ein bewaffneter Konflikt vor allem in Ostmitteleuropa bevorstehe. Ein Grossteil dessen, was er zu sagen hatte, dürfte den Anwesenden aus Hitlers früheren Äusserungen zu diesem Thema bekannt gewesen sein. «Das Ziel der deutschen Politik», begann Hitler nach der Niederschrift Hossbachs, «sei die Sicherung und Erhaltung der Volksmasse und deren Vermehrung. Somit handele es sich um das Problem des Raumes.» Damit meinte er wie so oft die Eroberung Ostmittel- und Osteuropas. «Die deutsche Zukunft sei... ausschliesslich durch die Lösung der Raumnot bedingt, eine solche Lösung könne naturgemäss nur für eine absehbare, etwa 1-3 Generationen umfassende Zeit gesucht werden», bevor eine weitere Expansion, wahrscheinlich in Übersee, notwendig und mit dem wahrscheinlichen Zusam-

menbruch des britischen Empire auch möglich sei. Nach einer ausführlichen Darstellung der Knappheiten an Rohstoffen und Lebensmitteln gelangte er zu dem Schluss, eine Autarkie sei «sowohl auf dem Ernährungsgebiet als auch in der Totalität hinfällig». Die einzige Abhilfe zumal auf dem Lebensmittelsektor liege «in der Gewinnung eines grösseren Lebensraumes», wobei es allein um die «Gewinnung... von landwirtschaftlich nutzbarem Raum» in Europa gehe, durch Eroberung und implizit die Entfernung oder Dezimierung der dort lebenden Menschen. «Zur Lösung der deutschen Frage könne es nur den Weg der Gewalt geben.»⁹³

Des Weiteren warnte Hitler, dass andere Länder ihren Rückstand in der Rüstung aufholten und die Lebensmittelkrise in Deutschland bald die Grenze des Zumutbaren erreicht haben werde. Hossbach vermerkte, dass aus Hitlers Worten eine neue Besorgnis um seine körperliche Gesundheit sprach: «Sollte der Führer noch am Leben sein, so sei es sein unabänderlicher Entschluss, spätestens 1943/45 die deutsche Raumfrage zu lösen.» Er werde sogar noch früher militärisch losschlagen, falls Frankreich durch eine schwere innenpolitische Krise geschwächt oder in einen Krieg mit einem anderen Staat hineingezogen würde. Wenn es zu einem Krieg kommen sollte, müsse Deutschland als erstes Österreich und die Tschechoslowakei überrennen, um die Bedrohung an seiner südöstlichen Flanke auszuschalten. Der erzwungene Wegzug von zwei Millionen Einwohnern der Tschechoslowakei und einer Million aus Österreich werde zusätzliche Lebensmittelvorräte für die Deutschen freisetzen. Die Engländer und Franzosen würden wohl kaum intervenieren, und Polen werde neutral bleiben, solange Deutschland siegreich sei.⁹⁴ Somit bestand Hitlers Antwort auf den Versorgungsengpass nicht darin, das Tempo der Aufrüstung zu verlangsamen, sondern im Gegenteil die beabsichtigte Eroberung von «Lebensraum» zu beschleunigen. Trotz der Zweifel einiger der Anwesenden betrieb Hitler die Aufrüstung in einem noch wahnsinnigeren Tempo. Die Warnung Schachts und seiner Verbündeten – von denen auch einige anwesend waren – wurde somit in den Wind geschlagen. Die Lösung der wirtschaftlichen Probleme Deutschlands wurde bis zur Schaffung von «Lebensraum» im Osten zurückgestellt. Angesichts dieser Stimmung bei Hitler war Schachts Position endgültig unhaltbar geworden. Am 26. No-

vember nahm Hitler seinen Rücktritt als Reichswirtschaftsminister an. Die Leitung der Wirtschaft lag jetzt praktisch in den Händen Görings. Die Diskussion zu Beginn des Monats hatte gezeigt, dass es Görings Aufgabe war, dafür zu sorgen, dass die Rüstung auf Hochtouren lief, ohne sich um die Probleme, die sich daraus für die Wirtschaft ergeben mochten, zu kümmern.⁹⁵

Die Ergebnisse dieser Veränderungen waren bald zu erkennen. Das Tempo der Aufrüstung verschärfte sich weiter. Wie Schacht vorhergesagt hatte, liefen 1938 die Ausgaben für die Kriegsvorbereitungen zunehmend aus dem Ruder: Betrug die Ausgaben für das Heer, die Marine und die Luftwaffe 1933 noch 478 bzw. 192 und 76 Millionen Reichsmark, so waren es 1938 9,137 Milliarden für das Heer bzw. 1,632 und 6,602 Milliarden für Marine und Luftwaffe. Einschliesslich der Ausgaben für Verwaltung und die Einlösung der Mefo-Wechsel waren die Rüstungskosten von 1,5 Prozent des Nationaleinkommens 1933 über 7,8 Prozent (1934) und 15,7 Prozent (1936) auf 21 Prozent (1938) gestiegen, während das Nationaleinkommen selbst sich während dieser Zeit verdoppelt hatte. Die Reichsfinanzen, deren Bilanz 1932 einen bescheidenen Überschuss auswies, verzeichneten 1933 einen Verlust von 796 Millionen Reichsmark, der sich bis 1938 auf knapp 9,5 Milliarden erhöhte. In seiner Eigenschaft als Reichsbankpräsident schrieb Schacht am 7. Januar 1939 einen persönlichen Brief an Hitler, der von allen anderen Direktoren der Reichsbank unterzeichnet war und in dem er warnte, dass die «Überspannung der öffentlichen Ausgaben» zu einer «drohenden Inflationsgefahr» geworden sei. «Das unbegrenzte Anschwellen der Staatsausgaben sprengt jeden Versuch eines geordneten Etats, bringt trotz ungeheurer Anspannung der Steuerschraube die Staatsfinanzen an den Rand des Zusammenbruchs und zerrüttet von hier aus die Notenbank und die Währung.» Statt einer Antwort entliess Hitler ihn und das gesamte Direktorium einige Tage später, am 20. Januar 1939. «Sie passen in den ganzen nationalsozialistischen Rahmen nicht hinein», lautete seine Begründung.⁹⁶

Schacht begab sich auf eine längere Urlaubsreise nach Indien und zog sich nach seiner Rückkehr aus dem öffentlichen Leben zurück. Nach dem Tod seiner ersten Frau heiratete er eine Frau, die in München im Haus der Deutschen Kunst arbeitete und dreissig Jahre jünger war als er. Nachdem

sie 1941 ihre Flitterwochen in der Schweiz verbracht hatten, lebten sie relativ beschaulich auf dem Land, auch wenn Schacht eine Reihe von mehr oder weniger bedeutungslosen Titeln behielt, unter anderem den eines Reichsministers ohne Geschäftsbereich. Sein Nachfolger war der ehemalige Staatssekretär im Reichspropagandaministerium, Walther Funk, den Göring am 15. Februar 1938 in das Amt des Reichswirtschaftsministers lanciert hatte. Funk übernahm jetzt auch die Leitung der Reichsbank und unterstellte damit beide Institutionen dem Vierjahresplan. Was Schacht und die übrigen Mitglieder des Reichsbankdirektoriums, von denen einige später wieder eingestellt wurden, als «das unbegrenzte Anschwellen der Staatsausgaben» bezeichnet hatten, setzte sich natürlich in noch stärkerem Masse als bisher fort. Am 15. Juni 1939 beseitigte ein neues Gesetz alle Hindernisse für das Drucken von Banknoten, womit sich Schachts schlimmste Befürchtungen bestätigten. Doch Hitler und die übrigen Parteiführer kümmerte das nicht. Sie rechneten auf die Invasion und die Eroberung der Länder Osteuropas, an denen sie sich schadlos halten würden. Im Februar 1934 hatte Hitler erklärt, bis 1942 müsse die Wiederaufrüstung abgeschlossen sein. Bei der Einführung des Vierjahresplans war dieser Termin um zwei Jahre vorverlegt worden. Hitler hatte schon immer gesagt, die wirtschaftlichen Probleme Deutschlands seien endgültig nur durch einen Krieg zu lösen.⁹⁷

III

Der Wechsel vom Neuen Plan zum Vierjahresplan 1936 war ein Zeichen für das wachsende Dringlichkeitsgefühl, mit dem Hitler dieses Ziel jetzt verfolgte. Doch weder der eine noch der andere konnte wirklich als Plan im üblichen Sinn des Wortes bezeichnet werden. Hatte Schacht als oberster Wirtschaftsführer in den ersten Jahren des Regimes noch eine klare Vorstellung von der Wirtschaft und den Staatsfinanzen als einem Ganzen vor Augen, so besass Göring bei all seiner unbestreitbaren Energie, seinem Ehrgeiz und seinem intuitiven Verständnis von den Mechanismen der Macht schon keinen derartigen Überblick mehr. Er verstand sehr

wenig von Volkswirtschaft oder von Finanzen. Er setzte keine klaren Prioritäten und konnte es auch gar nicht, da Hitler sich selbst nicht schlüssig war, welche der drei Waffengattungen den obersten Rang einnehmen sollte. Immer neue Blaupausen wurden produziert, um anschliessend von noch ehrgeizigeren Plänen verdrängt zu werden. Der Kompetenzwirrwarr bei der Führung der Wirtschaft wurde später von einem hohen Beamten als «Organisationsdschungel im Vierjahresplan» bezeichnet. Es gab einen grundlegenden Widerspruch zwischen dem Streben nach Autarkie in Erwartung eines langen Kriegs und einer rücksichtslosen Aufrüstung in Vorbereitung auf einen unmittelbar bevorstehenden bewaffneten Konflikt, der nie aufgelöst wurde. Und es gab auch kein statistisches Zahlenmaterial, das für die Aufstellung eines rationalen Planungssystems erforderlich gewesen wäre. Trotz seiner komplexen Organisation, zu der ein Generalrat gehörte, der die Operationen koordinieren und die Aktivitäten der verschiedenen betroffenen Reichsministerien aufeinander abstimmen sollte, bestand der Vierjahresplan in Wirklichkeit aus wenig mehr als einer Reihe von unsystematischen Initiativen, die gleichwohl einen gewissen Erfolg erzielten. Zwischen 1936 und 1938 erhöhte sich zum Beispiel die Kohleförderung um 18 Prozent, die Förderung von Braunkohle um 23 und die Produktion von Koks um 22 Prozent. 1938 produzierte Deutschland 70 Prozent mehr Aluminium als zwei Jahre zuvor und hatte damit die USA als den weltgrössten Aluminiumproduzenten überflügelt. 1932 konnte Deutschland nur 5,2 Prozent der Nachfrage nach Textilien decken, die beispielsweise für die Herstellung von Militäruniformen benötigt wurden. Die Produktion von Kunstseide und anderen Kunstfasern stieg bis 1936 um 31 und bis 1939 um 43 Prozent. Das Ziel, sich völlig von Treibstoffimporten unabhängig zu machen, rückte näher, nachdem die Mineralölförderung von 1937 bis 1939 um 63 Prozent und die Produktion von synthetischem Treibstoff um 69 Prozent gestiegen war. 1937 gab Hitler den Bau von zwei riesigen Bunaabriken bekannt, die bald genügend synthetischen Kautschuk produzieren würden, um den gesamten deutschen Bedarf zu decken.⁹⁸

Doch diese eindrucksvollen Zahlen verdeckten die Tatsache, dass es mit dem Vierjahresplan nicht gelungen war, das angestrebte Ziel zu verwirklichen, Deutschland bis 1940 vollständig autark zu machen. Zunächst ein-

mal gelang es nicht, die chronischen Zahlungsbilanzprobleme des Landes in den Griff zu bekommen. Zwar waren die Exporte 1937 gestiegen, doch 1938 gingen sie wieder zurück, da die deutschen Hersteller mehr auf die sicheren und lukrativen Binnenverträge setzten als ihre Produkte auf dem Weltmarkt anzubieten, auf dem sie Gefahr liefen, keine Abnehmer zu finden. Und in beiden Jahren lag der Wert der Importe über dem der Exporte, was die bereits stark erschöpften Devisenreserven Deutschlands noch weiter schrumpfen liess. Es war vielleicht mehr als jedes andere gerade dieses Problem, das Schachts zunehmende Entfremdung von dem Regime auslöste, dem er ursprünglich so treu gedient hatte.» Nach seinem Abgang von der politischen Bühne waren Importe in einer Reihe von Wirtschaftszweigen immer noch unverzichtbar. Obwohl sie ihre Produktion beträchtlich erhöht hatten, waren die deutschen Aluminiumhütten beispielsweise zu fast 100 Prozent auf importiertes Bauxit angewiesen. Qualitätsstahl benötigte zu seiner Herstellung Metalle, die es in Deutschland nicht gab. 1938 deckte die Bunaproduktion nicht mehr als 5 Prozent des deutschen Bedarfs an Gummi; statt der geplanten 29'000 wurden lediglich 5'000 Tonnen produziert. 1939 mussten 50 Prozent des benötigten Mineralöls aus dem Ausland bezogen werden. Die Ausdehnung nach Osten mochte neue Ölquellen für Deutschland verfügbar machen, doch an dem ungedeckten Bedarf an Gummi würde dies nichts ändern. Vor allem stand diesen Steigerungen der Inlandsproduktion eine enorme Steigerung der Inlandsnachfrage zumal seitens der Wehrmacht gegenüber. Anfangs hatte die Führung der Reichswehr in der Aufrüstung ein Mittel zur «Wehrhaftmachung» Deutschlands gesehen; doch das langfristige Ziel war stets die Eröffnung eines Offensivkriegs gegen den Osten, und bereits am 30. Dezember 1935 forderte General Ludwig Beck, Chef des Generalstabs des Heeres, nach erfolgreich verlaufenen Panzermanövern im vorangegangenen Sommer die Schaffung eines mobileren Heeres durch die Erhöhung der Zahl der Panzerbrigaden und motorisierter Infanterieeinheiten. Mitte 1936 plante das Heer für sich drei Panzerdivisionen und vier motorisierte Divisionen in seiner Friedensstärke von insgesamt 36 Divisionen. Für die Produktion dieser Panzer und Motorfahrzeuge waren riesige Mengen an Stahl und für ihren Einsatz riesige Mengen an Treibstoff erforderlich.¹⁰⁰

Der Aufbau einer starken Marine war weniger vordringlich, da Hitlers kurz- bis mittelfristiges Hauptziel die Eroberung Europas und vor allem Osteuropas war. Doch langfristig, wie er in seinem unveröffentlichten «Zweiten Buch» geschrieben hatte, rechnete er mit einem gigantischen transkontinentalen Zusammenstoss mit den Vereinigten Staaten, und hierfür würde er eine starke Marine benötigen. Im Frühjahr 1937 erhöhte er die Anzahl der bis 1944 zu bauenden Schlachtschiffe von vier auf sechs. Darüber hinaus sollten vier Panzerschiffe gebaut werden (1939 geändert in drei Schlachtkreuzer), und der Zeitpunkt ihrer Fertigstellung wurde immer weiter vorverlegt, da die Drohung eines Kriegs mit England immer näher rückte. Die Ausgaben für die Marine stiegen von 187 Millionen Reichsmark 1932 über 497 Millionen (1934), 1,161 Milliarden (1936) auf 2,39 Milliarden (1939). 1936 verschlang der Bau der Kriegsschiffe fast die Hälfte des Marinebudgets, doch ging dieser Anteil am Vorabend des Kriegs auf ein Viertel zurück, als Matrosen eingezogen wurden, um die neue Flotte zu bemannen, und Munition für die Schiffskanonen produziert wurde. Noch 1938 rechnete man für die geplanten Schiffe mit einem jährlichen Verbrauch von 6 Millionen Tonnen Heizöl und 2 Millionen Tonnen Dieselöl, zu einer Zeit, da der gesamte deutsche Jahresverbrauch an Mineralöl bei sechs Millionen Tonnen stand, von denen weniger als die Hälfte im eigenen Land gefördert wurde. Die Pläne für eine Erweiterung der Luftwaffe waren noch ehrgeiziger und stiessen sehr bald auf ganz ähnliche Beschränkungen. Ohne die Einwände des Heeres und der Marine zu berücksichtigen, die Flugzeugen kaum mehr als eine unterstützende Funktion zubilligten, schuf Hitler am 10. Mai 1933 ein Reichsluftfahrtministerium mit Hermann Göring an der Spitze, selbst ein ehemaliger Jagdflieger. Gemeinsam mit seinem begabten und tatkräftigen Staatssekretär Erhard Milch, einem ehemaligen Direktor der Lufthansa, übernahm er sogleich einen Plan, den ein weiterer Lufthansadirektor, Robert Knauss, entwickelt hatte und der eine unabhängige Luftwaffe vorsah, die einen Zweifrontenkrieg gegen Frankreich und Polen führen konnte. Langstreckenbomber seien der Schlüssel zum Erfolg, meinte Knauss. Bis 1935 war die Flugzeugproduktion reorganisiert unter Beteiligung vieler Firmen, die Komponenten herstellten, was den grossen Flugzeugherstellern wie Junkers, Heinkel oder

Dornier Zeit sparte. Bald wurde der Bau von Abfangjägern in die Planung aufgenommen. Im Juli 1934 sah ein langfristiges Programm die Produktion von über 2'000 Jägern, 2'000 Bombern, 700 Sturzkampfbombern («Stukas»), über 1'500 Aufklärern und Tausenden weiterer Schulungsflugzeuge bis Ende März 1938 vor. 1937 wirkte sich jedoch der Mangel an Stahl und Eisen erstmals gravierend auf diese ehrgeizigen Pläne aus. Ständige Änderungen in den Konstruktionsplänen der Bomber verlangsamten den Prozess zusätzlich. Von 1937 bis 1938 ging die Produktion von Flugzeugen sogar von rund 5'600 auf 5'200 zurück.¹⁰¹

In der Zwischenzeit stiegen die Eisenerzimporte von 1933 bis 1938 von knapp über viereinhalb Millionen Tonnen auf fast 21 Millionen Tonnen; das Streben nach Aufrüstung machte das Streben nach Autarkie zunichte. Indessen begrenzten die Devisenbeschränkungen beträchtlich den Umfang, in dem Engpässe durch Importe behoben werden konnten. 1939 verhängte das Heer, wie es später in einem amerikanischen Kommentar hiess, «drastische Einschränkungen in der Nutzung von Motorfahrzeugen, um Gummi und Treibstoff zu sparen». Bereits 1937 erhielt es nur die Hälfte der angeforderten Stahlmengen. Munition war ebenfalls knapp, und es wurden zu wenige Baracken gebaut, um die schnell wachsende Zahl von Soldaten unterzubringen. Auch die Marine wurde bei der Lieferung von Stahl knappgehalten,¹⁰² und die Luftwaffe erhielt 1937 ebenfalls nicht die Stahlmenge, die sie benötigt hätte, um ihre Produktionsziele zu erreichen, sondern nur ein Drittel davon. Im Oktober 1938 verkündete Göring jedoch vollmundig eine fünffache Steigerung des Umfangs der Luftwaffe, was diese so riesig gemacht hätte, dass sie den Import von 85 Prozent der bekannten weltweiten Ölförderung benötigt hätte, um auch fliegen zu können. Nicht weniger als 20'000 Einsatz- und Reserveflugzeuge sollten zum Beginn des kommenden Krieges Ende 1941 oder Frühjahr 1942 fertiggestellt sein. Als der Krieg dann begonnen wurde, verfügte die Luftwaffe über nicht mehr als 4'000 einsatzfähige Maschinen. Es war immer noch eine beeindruckende Zahl, zumal im Vergleich zum Stand sechs Jahre davor, aber sie war weit von den Zielen entfernt, die Göring anvisiert hatte.¹⁰³

1939 führten die Engpässe bei Rohstoffen zu grotesken Konsequenzen für das Alltagsleben der gewöhnlichen Deutschen. Ab 1937 begann das Regime seine Bürger aufzufordern, Schrott zu sammeln, um den unersätt-

lichen Bedarf der Eisen- und Stahlindustrie zu befriedigen. Es wurde zur patriotischen Pflicht, alle alten oder nicht mehr gebrauchten Metallgegenstände bei den Behörden abzuliefern. Ein Reichskommissar für Altmaterialverwertung, Wilhelm Ziegler, wurde ernannt, der das Sammeln und zunehmend die Konfiszierung von Alteisen organisieren sollte. 1938 ordnete er die Entfernung aller eisernen Gartenzäune im ganzen Reich an. Uniformierte SA-Männer rissen Umzäunungen von Fabriken, Kirchen, Friedhöfen und Parkanlagen aus dem Boden. Eisernen Laternenpfähle wurden durch hölzerne Pfähle ersetzt. Selbst die eisernen Umzäunungen von Grabmalen mussten geopfert werden, und in den Fabriken suchten die Werksscharen Draht, Röhren oder Gussstücke und andere nicht mehr gebrauchte Gegenstände aus Eisen. Hitler jungen suchten in Kellern und auf Dachböden nach alten Blechtellern, Ofenrohren, alten Schüsseln und ähnlichem. In jedem Kreis wurde ein Arbeitsausschuss unter der Leitung der NSDAP zur Erfassung des Altmaterials gebildet. Metall für nichtmilitärische Zwecke wurde streng rationiert. In einem Fall erhielt ein Bauherr die Auflage, statt einer Zentralheizung einen Kachelofen in seinem Einfamilienhaus zu installieren; als er trotzdem eine Zentralheizung einbauen liess, wurden er und der Baumeister mit einer hohen Geldbusse bestraft. Beim Einbau von Toiletten durften die Abflussrohre nicht mehr aus Gusseisen, sondern mussten aus Keramik gefertigt sein. Ebenso wie bei den Laternenpfählen sollte auch bei den Zäunen das Eisen durch Holz ersetzt werden, doch auch Holz war knapp, was zu einem Mangel an Papier führte. Die öffentlichen Bauverwaltungen wurden angewiesen, auf sparsame Verwendung von Bauholz zu achten; in einem Aufruf vom 15. April 1939 verwies Fritz Todt darauf, dass es möglich sei, beim Bauen 20 Prozent Holz einzusparen. Familien, die noch Ofenheizung hatten, wurden aufgefordert, statt teurem Holz Torf zu verwenden. Kohle für den Hausbrand wurde rationiert. Uhrmacher durften nur begrenzte Goldmengen verarbeiten. Es kam zur Bildung eines schwarzen Markts mit Ersatzteilen für Waschmaschinen und andere Hausgeräte. Es gab Fälle, in denen Kupfer und andere Metalle gestohlen und an die Rüstungsbetriebe verkauft wurden, deren Lage inzwischen so verzweifelt war, dass sie nicht lange danach fragten, woher das Metall stammte.¹⁰⁴

IV

Neben der Knappheit an Rohstoffen hatte die Wiederaufrüstung auch Engpässe auf dem Arbeitsmarkt zur Folge, die im Lauf der Zeit immer dramatischere Ausmasse annahmen. Da die Schwerindustrie, der Maschinenbau, die Produktion, die Waffen- und Munitionsfabriken alle verfügbaren gelernten und angelehrten Arbeitskräfte in Anspruch nahmen, sah sich das Regime gezwungen, seine Einstellung zu berufstätigen Frauen noch einmal zu überdenken. Frauen konnten vielleicht nicht in der Schwerindustrie arbeiten, aber sie konnten sicherlich eine Bürotätigkeit ausüben oder Arbeitsplätze an Fliessbändern in modernen Wirtschaftssektoren wie der Chemie und Elektrotechnik und allgemein in der Konsumgüterindustrie besetzen. In einer Reihe von Verordnungen in den Jahren 1936/37 hatte die Regierung bereits die Bestimmung aufgehoben, dass Frauen, die ein Ehestandsdarlehen aufgenommen hatten, ihre Stelle aufgeben müssten, ohne eine andere Stelle anzutreten. Das führte erwartungsgemäss zu einem sofortigen Anstieg in der Anzahl der Anträge auf ein solches Darlehen und kündigte eine generelle Neuorientierung der Politik im Hinblick auf die Berufstätigkeit von Frauen an. Nur in einem Bereich wurden weitgehend aufgrund eines Zufalls die Bestimmungen strenger: Nach einer Konferenz im Reichsjustizministerium im August 1936, auf der die Teilnehmer unter anderem über die Tätigkeit von Frauen im Justizwesen sprachen, fragte Martin Bormann Hitler, ob man Frauen erlauben solle, als Anwältinnen tätig zu sein. Hitlers Antwort war rundheraus ablehnend. Frauen könnten weder Rechtsanwältin noch Richterin werden; wenn sie ein Juraexamen gemacht hätten, müsse man für sie Stellen im höheren Beamtendienst finden.¹⁰⁵ Ausserhalb dieser Berufe kehrten Frauen bereits in grösserer Zahl in die Arbeitswelt zurück. Die Zahl der Ärztinnen stieg von 2'814 oder 6 Prozent aller Ärzte (1934) bis zum Frühjahr 1939 auf 3'650 oder 7 Prozent der Ärzte; zu diesem Zeitpunkt waren 42 Prozent von ihnen verheiratet. Noch bedeutsamer war, dass die Zahl Arbeiterinnen in der Industrie sich von 1,205 Millionen 1933 bis 1938 auf 1,846 Millionen erhöhte. Desgleichen führte der wachsende Mangel an Arbeitskräften auf dem Land zu einem Anstieg der arbeitenden weiblichen Familienangehörigen auf den

Höfen. Die Deutsche Arbeitsfront, die nationalsozialistische Nachfolgeorganisation der Gewerkschaften, war sich der Notwendigkeit bewusst, vor allem für verheiratete Arbeiterinnen mit Kindern soziale Einrichtungen zu schaffen und andere Unterstützungsmassnahmen vorzusehen. Deshalb setzte sie die Arbeitgeber zunehmend unter Druck, Kindertagesstätten für die Kinder der Arbeiterinnen einzurichten und die Arbeitszeit und die Arbeitsbedingungen für die Arbeiterinnen so zu regeln, dass ihre Gesundheit nicht darunter zu leiden hatte.¹⁰⁶

Im Februar 1938 gab die Oberste Reichsbehörde des Vierjahresplans bekannt, dass alle Frauen unter 25 Jahren, die in der Industrie oder im Dienstleistungssektor arbeiten wollten, zunächst ein Pflichtjahr auf einem Bauernhof oder, sofern sie verheiratet waren, in der Hauswirtschaft absolvieren müssten. Nachdem diese Massnahme zehn Monate später noch erweitert wurde, konnten im Rahmen dieser Dienstpflicht 66'400 junge Frauen im Juli 1938 und weitere 217'000 im Juli 1939 mobilisiert werden. Das war ein wesentlich grösserer Erfolg als der freiwillige Arbeitsdienst, den verschiedene NS-Frauenorganisationen zum selben Zweck propagiert hatten; im Rahmen dieser Programme arbeiteten 1939 knapp über 36'000 junger Frauen, hauptsächlich auf dem Land.¹⁰⁷ Eine junge Frau, die an einem solchen Programm teilnahm, war die BDM-Aktivistin Melita Maschmann, die ihren Arbeitsdienst im ländlichen Ostpreussen ableistete. Hier traf sie auf ein Ausmass von Armut und Rückständigkeit, das ihr bis dahin unbekannt gewesen war, war sie doch in einer gutbürgerlichen Familie in Berlin aufgewachsen. Lange Stunden harter körperlicher Arbeit wurden lediglich durch kurze Perioden sportlicher Betätigung, politischer Schulung oder gemeinsames Singen unterbrochen. Doch trotz aller Härten fand sie als engagiertes Mitglied des BDM die Erfahrung erhebend und sogar begeisternd. Später schrieb sie darüber:

«Unsere Lagergemeinschaft war ein verkleinertes Modell dessen, was ich mir unter Volksgemeinschaft vorstellte. Sie war ein vollkommen gelungenes Modell. Niemals vorher oder nachher habe ich eine so gute Gemeinschaft erlebt, auch dort nicht, wo die Zusammensetzung in jeder Hinsicht homogener war. Unter uns gab es Bauernmädchen, Studentinnen, Arbeiterinnen, Verkäuferinnen, Friseurinnen, Schülerinnen, Büroangestellte usw. Geführt wurde das

Lager von einer ostpreussischen Bauertochter, die nie über ihre engere Heimat hinausgekommen war. Obwohl sie kaum je ein Fremdwort richtig aussprach, wäre niemand auf die Idee gekommen, sie auszulachen. Sie brachte uns dazu, dass jeder jeden in seiner Art gelten liess, nachdem man die gegenseitigen Schwächen und Stärken erkannt hatte, und dass jeder sich bemühte, hilfsbereit und zuverlässig zu sein.

Dass ich dieses Modell einer Volksgemeinschaft damals mit so intensivem Glücksgefühl erlebt habe, hat einen Optimismus in mir entstehen lassen, an den ich mich bis 1945 eigensinnig klammerte. Gestützt auf diese Erfahrung glaubte ich allen Gegenbeweisen zum Trotz, dass der Musterfall unseres Lagers sich eines Tages ins Unendliche würde vergrössern lassen. Wenn noch nicht in der nächsten, so doch in einer künftigen Generation.»¹⁰⁸

Für die Bauern selbst waren nicht an Arbeit gewöhnte Mädchen allerdings häufig wenig von Nutzen. Ausserdem waren der Wirtschaft insgesamt zwei Drittel der verheirateten Frauen 1939 noch immer nicht als beschäftigt gemeldet. Soweit sie arbeiteten, taten sie dies vielfach als nicht registrierte Putzfrauen oder Helferinnen im Familienbetrieb vor allem auf dem Land.¹⁰⁹

Dagegen hatten 1939 über 90 Prozent der unverheirateten Frauen einen Arbeitsplatz. Doch der Zuwachs der Industriearbeiterinnen seit 1933 hatte mit dem entsprechenden Zuwachs der Zahl der Industriearbeiter nicht Schritt gehalten: Zwischen 1933 und 1939 ging der Anteil der Frauen in der Industrie von knapp über 29 auf knapp über 25 Prozent zurück. Die Versuche der Deutschen Arbeitsfront, Firmen dazu zu bringen, Einrichtungen für die Kinder der bei ihnen angestellten Frauen zu schaffen, verliefen im Sand. Die Mobilisierung der potentiellen weiblichen Arbeitskräfte hatte auch gegen die unveränderte Einstellung des Regimes und seiner Führer anzukämpfen, dass die eigentliche Rolle der Frau das Gebären und Aufziehen von Kindern für das Reich sei. Ehestandsdarlehen mit ihren Prämien für jedes neugeborene Kind und die allgemeine Erholung des Arbeitsmarkts für Männer im Zug der Wiederaufrüstung liessen es für Mütter unnötig erscheinen, die Härten einer Arbeit in der Fabrik auf sich zu nehmen und gleichzeitig für die Familie dazusein.

Gegen Ende 1937 versuchte die Regierung sogar Mädchen, die von der Schule abgingen, dazu zu bringen, eine Fortbildung in Hauswirtschaftslehre und Kinderbetreuung zu absolvieren, bevor sie eine Stelle suchten. Tatsächlich hielten es weder die erwerbstätigen Männer noch ihre Frauen noch das Regime selbst für sinnvoll, dass Frauen in der Schwerindustrie oder in anderen kriegswichtigen Industrien Arbeiten verrichteten, die nach allgemeiner Ansicht Männersache waren. Obwohl die Wehrmacht darauf drängte, ein, wie es 1939 hiess, riesiges potientes Angebot an Arbeitskräften von 3,5 Millionen Frauen, die zur Zeit ohne Arbeit waren, auszuschöpfen, trug die Ideologie im Hinblick auf den Platz der Frau in der Gesellschaft den Sieg über die wirtschaftlichen Interessen davon, und bis 1939 wurde nichts unternommen, um Frauen in der Kriegsindustrie einzustellen.¹¹⁰

Hinter den Kulissen waren Hitler und die hohen Parteiführer besorgt über ein weiteres potientes Problem. In ihrer Überzeugung, dass Deutschland den Ersten Weltkrieg nicht in den Schützengräben, sondern an der Heimatfront verloren habe, waren sie fast zwanghaft darum bemüht, etwas zu vermeiden, das in ihren Augen eine Wiederholung der Armut, Entbehrung und der Härten sein würde, die 1914-1918 von den Angehörigen der Frontsoldaten in der Heimat erduldet wurden. Die Kenntnis dieser Misere habe die Soldaten demoralisiert und die Bevölkerung allgemein empfänglich gemacht für die Schmeicheleien der «Zersetzer» und Revolutionäre. Das Gespenst von 1918 stand hinter allen Kriegsvorbereitungen der Nationalsozialisten am Ende der dreissiger Jahre. Wenn man jetzt hinging und Frauen in die Fabriken holte, würde man es erneut heraufbeschwören. Mit dem Ausbruch eines neuen Krieges würden Männer, die an die Front abkommandiert würden, härter kämpfen, wenn sie wüssten, dass ihre Frauen nicht lange Stunden am Fliessband schufteten und Munition herstellen müssten, sondern vom Dritten Reich finanzielle Unterstützung erhielten.¹¹¹ Das alles bedeutete, dass das Regime sich nach anderen Arbeitskräften umsehen musste, da die Rüstungsindustrie ab 1936 zunehmend Facharbeiter benötigte. Dafür kamen vor allem Arbeitskräfte aus dem Ausland in Frage. Die Anwerbung und praktisch alle Vorgänge der Ausländerbeschäftigung waren bereits 1933 im Reichsarbeitsministerium zentralisiert worden, aufbauend auf früheren Gesetzen und Verordnungen, mit

denen deutsche Arbeiter bevorzugt und ausländische Arbeiter auf den Status von Bürgern zweiter Klasse herabgestuft worden waren. Bis zum Sommer 1938 waren die meisten ausländischen Arbeiter ohne berufliche Qualifikation und wurden in erster Linie in der Landwirtschaft und im Baugewerbe eingesetzt, wo der grösste Mangel an Arbeitskräften herrschte. Polnische Saisonarbeiter sowie Italiener stellten den Löwenanteil unter ihnen. Zwischen 1936/37 und 1938/39 stieg die Zahl der Arbeiter aus dem Ausland von 274'000 auf 435'000. Doch diese Ausländer bewirkten einen Kapitalabfluss aus Deutschland, da sie das verdiente Geld nicht in Deutschland ausgaben, sondern nach Hause schickten. Deshalb musste ihre Anzahl in Grenzen gehalten werden, solange keine Möglichkeit gefunden würde, diesem Missstand abzuhelpfen. 1938/39 zeichnete sich eine solche Lösung ab, die wie so viele andere Aspekte in der deutschen Wirtschaft auf der militärischen Eroberung anderer Länder beruhte. Ausländische Arbeiter – Kriegsgefangene und Zwangsverpflichtete – aus Ländern wie Polen und der Tschechoslowakei wurden nach deren Eroberung als «Fremdarbeiter» eingesetzt. Und sie wurden einem besonders harten Polizeiregime unterworfen, um zu gewährleisten, dass sie die ihnen gegebenen Anweisungen befolgten. Schon im August 1938 wurden entsprechende Bestimmungen eingeführt und im Juni 1939 verschärft. Während des Kriegs erreichten sie ein drakonisches Ausmass.¹¹²

Vorläufig jedoch trugen alle diese Massnahmen kaum etwas dazu bei, die unmittelbaren Probleme zu lindern, derentwegen sie eingeführt worden waren. Die Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft in den Jahren 1938/39 waren ein Zeichen der fundamentalen inneren Widersprüche des Vierjahresplans. Dessen grundlegendes Ziel war es, Deutschland zur Vorbereitung eines länger dauernden Kriegs nach dem Muster von 1914-1918 – ein Präzedenzfall, der Hitler bei seinen Überlegungen stets präsent war – im Hinblick auf Lebensmittel und Rohstoffe vom Ausland unabhängig zu machen. Ein europäischer Krieg mit dem Schwerpunkt auf einer Invasion in Osteuropa, der jedoch den Kampf gegen den traditionellen Feind Frankreich und unter Umständen auch England mit einschloss, wurde irgendwann zu Beginn der vierziger Jahre erwartet. Doch infolge der Beschleunigung des Rüstungstempos erzeugte der Plan Spannungen und Engpässe, die nur beseitigt werden konnten, indem der Zeitpunkt der Mi-

litäraktionen vorverlegt wurde, um eine zusätzliche Versorgung mit Rohstoffen und Lebensmitteln aus eroberten Ländern wie Österreich und der Tschechoslowakei zu ermöglichen. Das hiess wiederum, dass ein allgemeiner Krieg zu einem Zeitpunkt ausbrechen konnte, zu dem Deutschland seine Vorbereitungen noch nicht hundertprozentig abgeschlossen hatte. Der bevorstehende Krieg würde schnell und eindeutig geführt werden müssen, da die Wirtschaft 1938/39 offensichtlich nicht in der Verfassung war, einen anhaltenden Konflikt durchzustehen.¹¹³ Diese Lösung wurde Hitler bereits 1937 klar, als er bei der Sitzung, bei der auch sein Adjutant Hossbach anwesend war, den Chefs der drei Waffengattungen sagte, der «Überfall auf die Tscheche!» müsse «blitzartig schnell» erfolgen.¹¹⁴ Die noch nicht erreichte Vorbereitung der Wirtschaft würde einen sich länger hinziehenden Konflikt einfach nicht erlauben. Die Konzeption des «Blitzkriegs» war geboren. Doch weder die wirtschaftliche Planung, noch die Militärtechnik, noch die Rüstungsproduktion unternahmen etwas, um ihre Umsetzung in die Praxis vorzubereiten.

V

Der Vierjahresplan markierte eine massive Eskalation der Staatsintervention in die Wirtschaft. Die Prioritäten wurden vom Regime und nicht von der Industrie gesetzt, und es wurde dafür gesorgt, dass die Unternehmer sich daran hielten, ungeachtet der Konsequenzen für das jeweilige Unternehmen. In den obersten Rängen des Plans sassen ausnahmslos fanatische Nationalsozialisten, von Göring an der Spitze über die Gauleiter Walter Köhler und Adolf Wagner bis zum «alten Kämpfer» Wilhelm Keppler und anderen, die weitgehend die traditionalistischen Wirtschaftsbürokraten, die mit Schacht gearbeitet hatten, verdrängt hatten. Da jedoch andererseits das Schwergewicht des Plans auf synthetischem Treibstoff und Synthesekautschuk sowie auf chemischen Düngemitteln für die Landwirtschaft und Kunstfasern für Kleidung und Militäruniformen lag, spielten die Vorstandsmitglieder der I.G. Farben, jenes Mammutunternehmens, das mit der Herstellung dieser Produkte beauftragt war bei der Durchführung des Plans eine Schlüsselrolle. Besonders prominent war einer der Direktoren

ren des Unternehmens, Carl Krauch, verantwortlich für Forschung und Entwicklung im Vierjahresplan, aber es gab auch noch andere, insbesondere Johannes Eckell, der Leiter der chemischen Abteilung. Diese Männer verdankten ihre Position sicherlich in erster Linie ihren Fachkenntnissen, aber sie übernahmen sie auch nicht zuletzt im Interesse ihres Unternehmens. Das hat manche Historiker dazu bewogen, den Vierjahresplan als einen «I.G. Farben-Plan» zu bezeichnen und ein Gutteil der Motivation hinter den Rüstungs- und Autarkieprogrammen der Profitgier der Grosskonzerne zuzuschreiben. Nach dem Krieg wurden denn auch drei führende Persönlichkeiten des Konzerns in Nürnberg vor das Militärgericht gestellt und der Verschwörung zur Vorbereitung und Anstiftung eines Krieges angeklagt. Obwohl sie schliesslich von dieser Anklage freigesprochen wurden, gab es später zahlreiche – nicht nur marxistische – Veröffentlichungen, deren Autoren den I.G. Farben im Besonderen und den deutschen Grossunternehmen im Allgemeinen ein Grossteil der Verantwortung dafür zuschrieben, dass Deutschland und die Welt in den Jahren 1933-1939 in den Krieg getrieben wurden.¹¹⁵

Allgemeiner haben zahlreiche marxistische und neomarxistische Veröffentlichungen unmittelbar nach Kriegsende und später, vor allem in den fünfziger und sechziger Jahren, versucht, die Wirtschafts- und letztlich auch die Aussen- und Militärpolitik des Dritten Reiches als Ausfluss kapitalistischer Interessen darzustellen.¹¹⁶

Doch bereits in den sechziger Jahren behaupteten einige marxistische Historiker, dass zumindest im nationalsozialistischen Deutschland die Wirtschaft einem «Primat der Politik» unterstanden sei und dass ihre entscheidenden Rahmenbedingungen von der Ideologie und nicht vom kapitalistischen Eigeninteresse vorgegeben worden seien.¹¹⁷ Tatsächlich entzieht sich das Wirtschaftssystem einer einfachen Kategorisierung. Bis zu einem gewissen Grad vereitelt allein schon seine Irrationalität jeden Versuch, es überhaupt als ein System darzustellen. An der Oberfläche erinnerte der Vierjahresplan in Deutschland an Stalins Fünfjahresplan in der Sowjetunion. Doch die wirtschaftliche Planung des Nationalsozialismus war offensichtlich nicht darauf gerichtet, den Interessen der Arbeiterklasse zu dienen, wie sein sowjetisches Pendant es für sich in Anspruch nahm. Während die sowjetische Planung unter Stalin den freien Markt und das

freie Unternehmertum mehr oder weniger weitgehend ausschaltete, liess die nationalsozialistische Planung die Privatwirtschaft unangetastet, von den grossen Konzernen wie der I.G. Farben bis hinunter zu den kleinen Einzelhändlern und den Werkstätten der Handwerker in irgendwelchen Hinterhöfen. Andererseits hatte die NS-Rhetorik zumal in den zwanziger Jahren einen stark antikapitalistischen Einschlag, so dass es nicht verwunderlich ist, dass «die Wirtschaft» die Partei erst unterstützte, nachdem Hitler 1933 zum Reichskanzler ernannt worden war. Die Ausschaltung der SPD und der Gewerkschaften in den folgenden Monaten überzeugte viele Geschäfts- und Finanzleute, dass sie gut daran getan hatten, das neue Regime zu unterstützen. Doch im Lauf der Zeit stellte sich heraus, dass das Regime seine eigenen Interessen hatte, die zunehmend von den ihrigen abwichen. Das wichtigste war das immer wildere Drängen auf eine Wiederaufrüstung und die Vorbereitung zum Krieg. In der ersten Zeit waren die Unternehmer durchaus einverstanden mit diesem Ziel, das ihnen immer neue und dann auch grössere Aufträge bescherte. Selbst die Produzenten von Konsumgütern profitierten von der durch die Rüstungsaufträge bedingten Konjunktur. Doch nach wenigen Jahren, als die Anforderungen des Regimes die Kapazitäten der deutschen Industrie zunehmend überforderten, meldeten sich bei den deutschen Industriellen wachsende Zweifel.¹¹⁸

Wenige Industrielle reagierten auf diese Entwicklung so heftig wie der Stahlbaron Fritz Thyssen, dessen Unterstützung für die NSDAP vor 1933 ebenso extrem war wie seine Desillusionierung durch die Bewegung sechs Jahre später. 1939 verurteilte Thyssen in bitteren Worten die Leitung der Wirtschaft durch den Staat und prophezeite, dass die Nationalsozialisten in Bälde die Industriellen, welche die Vorgaben des Vierjahresplans nicht erfüllten, ebenso erschliessen würden, wie diese in Sowjetrußland erschossen würden. Nach Kriegsbeginn floh Thyssen ins Ausland, sein Vermögen wurde von der Gestapo eingezogen. In Frankreich wurde er verhaftet und in ein Konzentrationslager gebracht.¹¹⁹ Seine tiefe Besorgnis über die zunehmenden Eingriffe des Staates in die Wirtschaft wurde jedoch von vielen anderen geteilt. Im Zentrum dieser Befürchtungen stand der Vierjahresplan. In seinem Bemühen, die Vorräte an landeseigenen Rohstoffen zu vergrössern, hatte Göring zunächst einmal den Industriellen Vorhaltungen

gemacht, weil sie ihre Produkte ins Ausland verkauften, um damit Gewinne zu machen, statt sie der deutschen Rüstung zur Verfügung zu stellen; danach nahm er die Sache selbst in die Hand und verstaatlichte in Privatbesitz befindliche Erzlagerstätten, übernahm die Aufsicht über alle privaten Stahlwerke und errichtete ein neues Unternehmen, die Reichswerke «Hermann Göring».

Im Juli 1937 gegründet hatte dieses in Staatsbesitz befindliche und vom Staat geführte Unternehmen seinen Standort in Salzgitter und sollte das dort liegende Eisenerz abbauen und mit einem unwirtschaftlichen Verfahren verhüten, etwas, zu dem die Privatindustrie nicht bereit gewesen war. Die Reichswerke «Hermann Göring» benutzten das Geld des Staates, um Steinkohle und andere Rohstoffe zu überhöhten Preisen zu kaufen und Arbeiter über Tarif zu bezahlen, was andere Unternehmen zwang, ihre Preise zu erhöhen. Auf diese Weise wurden deutsche Erze und deutscher Stahl teurer und deshalb schwerer zu exportieren; doch mit Exporten liess sich gerade zu dieser Zeit am ehesten Geld verdienen. Noch schlimmer war es, dass die Reichswerke bald kleinere Firmen in demselben Wirtschaftsbe-
reich und schliesslich im April 1938 das Rüstungsunternehmen Rheinmetall-Borsig übernahmen. Die Verstaatlichung des grossen Thyssen-Konzerns war tatsächlich Teil eines umfassenderen Prozesses, in dessen Verlauf Göring die Industrie nötigte, im Interesse einer wirtschaftlichen Autarkie und einer forcierten Aufrüstung den Weisungen des Regimes Folge zu leisten. Die Schwerindustriellen in Unternehmen wie den Vereinigten Stahlwerken, hinter den Kulissen von Schacht unterstützt, solange er noch im Amt war, wandten sich vehement gegen diesen Zuwachs an staatlichem Eigentum und staatlicher Kontrolle sowie einer staatlich subventionierten Konkurrenz gegenüber ihren eigenen Unternehmen. Sie begannen gegen den Vierjahresplan zu intrigieren und sich zu beraten, was man gegen die staatliche Kontrolle unternehmen könne. Göring liess ihre geheimen Besprechungen und ihre Telefonate abhören und bestellte sogar zwei der führenden Verschwörer in sein Büro und spielte ihnen die Aufnahmen ihrer Gespräche vor. Unter diesem Druck und der mehr oder weniger unverhüllten Drohung der Verhaftung und Überstellung in ein Konzentrationslager knickten die eingeschüchterten, desillusionierten und unter sich uneinigen Industriellen ein.¹²⁰

In vielerlei Hinsicht typisch für diese Männer war der Stahlbaron und Waffenproduzent Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, der dem Kruppunternehmen in Essen seit seiner Einheirat in die Familie 1906 vorstand. Die Krupps unterhielten eine lange und enge Verbindung zum preussischen Staat, der von ihnen mit Waffen beliefert wurde. Wilhelm II. persönlich hatte Gustav von Bohlen und Halbach die formelle Erlaubnis gegeben, mit der Eheschließung der Unternehmensebin Bertha vor seinen Namen den Namen Krupp zu setzen. Seitdem betrachtete Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, bisher ein Berufsdiplomat (allerdings aus einer Industriellenfamilie) die Erhaltung des Unternehmens als seine Lebensaufgabe. Steif, förmlich, kalt und unbeugsam arbeitete er lange Stunden zum Wohle der Firma und wurde mit riesigen Rüstungsaufträgen belohnt, die dafür sorgten, dass 1917 Rüstungsgüter 85 Prozent der Produktion des Unternehmens ausmachten. Zwar war Gustav Krupp nicht aktiv in der Politik, aber wie die meisten Industriellen seiner Zeit war er deutschnational; Alfred Hugenberg war seit 1909 Vorsitzender des Direktoriums bei Krupp, und die beiden Männer teilten viele ihrer politischen Ansichten. Ein Firmenpatriarch, der «seine» Arbeiter mit Eigenheimen, Sozialleistungen sowie weiterer Unterstützung versorgte, sofern sie sich bereit erklärten, keiner Gewerkschaft beizutreten oder sich politisch zu betätigen, war Krupp der Meinung, der Staat sollte sich weitgehend ähnlich verhalten und sich um die Massen kümmern, solange er auf ihre Loyalität rechnen könne. Für die Firma wurde die Lage schwieriger während der Inflation nach dem Krieg und der französischen Besetzung des Ruhrgebiets 1923, als Krupp sieben Monate von den Franzosen in Haft gehalten wurde, weil er angeblich die Arbeiter zum Widerstand aufgerufen hatte. Doch das Unternehmen überlebte, stellte sich erfolgreich auf eine Friedensproduktion um, bis es wie die meisten Unternehmen 1929 von der Weltwirtschaftskrise getroffen wurde. 1933 hatte sich seine Kohle- und Stahlproduktion praktisch halbiert, und die Belegschaft in Essen war von 49'000 auf etwas mehr als 28'000 Mitarbeiter geschrumpft.¹²¹

Der Gang dieser Ereignisse machte Krupp nicht zu einem Anhänger der NSDAP. Im Gegenteil, er blickte mit beträchtlichem Widerwillen auf die Demagogie der Partei und zog es vor, die radikal-konservative Regierung unter Franz von Papen zu unterstützen. Krupps Bedeutung wurde noch ge-

steigert durch seine Position als Vorsitzender des Reichsverbands der Deutschen Industrie, dem Interessenverband der deutschen Industriellen, in dessen Namen er Verbündete im Reichstag warb gegen die Idee einer wirtschaftlichen Autarkie. Er propagierte den Gedanken eines starken Staates, der die Gewerkschaften unterdrückte, die Wohlfahrtsausgaben kürzte und für die politische Stabilität sorgte, die für eine Erholung der Wirtschaft notwendig war. Wie viele andere sah er in Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 zunächst kaum mehr als die Bildung einer weiteren kurzlebigen Weimarer Regierung. Bei den anschließenden Wahlen unterstützte er Papen und die DNVP finanziell in der vergeblichen Hoffnung eines Siegs der Konservativen. Unter dem Druck von Thyssen und anderen Anhängern des neuen Regimes wurde er gezwungen, der Gleichschaltung des Reichsverbands zuzustimmen. Als Paul Silverberg, ein Kölner Industrieller und eine der prominentesten Persönlichkeiten des Reichsverbands, 1933 seiner Ämter enthoben und ins Exil getrieben wurde, weil er Jude war, sah Krupp es als seine Pflicht an, ihn in seiner neuen Bleibe in der Schweiz aufzusuchen. Während der ersten Jahre des neuen Regimes trat er nicht in die NSDAP ein, und obwohl er Vorsitzender der «Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft» war, die ab Juni 1933 die NSDAP regelmässig mit hohen Summen versorgte, wurde diese Spendenkasse nicht zuletzt gegründet, um die zahlreichen und räuberischen Spendenforderungen der Gauleiter, SA-Banden und Kreis- und Ortsgruppenleiter der NSDAP an die Industriellen und Arbeitgeber abzuwehren. Einem Besucher, der Krupp im Herbst 1934 in Berlin aufsuchte, erklärte Krupp, der angesichts der Willkürherrschaft der Nationalsozialisten resigniert war: «Glauben Sie mir, wir sind hier schlimmer dran als die Wilden in Timbuktu.»¹²²

Doch alles in allem war Krupp in den ersten Jahren des Regimes nicht unzufrieden mit dem Dritten Reich. Beruhigt wurde er durch die Mitwirkung von Männern wie Papen und Schacht in der Regierung, die fortdauernde starke Stellung der Reichswehr durch Offiziere wie Blomberg und Fritsch, die relativ orthodoxe Finanzpolitik, die vom Reichswirtschaftsministerium verfolgt wurde, und vor allem durch die zunehmend gefüllten Auftragsbücher, die eine praktische Verdopplung der Gewinne Krupps bis

1935 und einen Anstieg der Belegschaft in Essen von 26'360 Arbeitern Anfang Oktober 1932 auf 51'801 zwei Jahre später zur Folge hatten. Bald stellte Krupp jedoch fest, dass das neue Regime seinem Unternehmen nicht den Handlungsspielraum liess, den er brauchte. Das Wachstumspotential der Firma lag zu einem Gutteil im Export – es gab umfangreiche Verträge über Waffenlieferungen nach Südamerika und in die Türkei –, und Krupp war über das wachsende Streben des Regimes nach wirtschaftlicher Autarkie so besorgt, dass er sich 1935 öffentlich dagegen aussprach. Er hielt weiterhin an einer diversifizierten Produktionspalette fest, in der Rüstungsgüter nur einen Teil des gesamten Produktionsausstosses darstellten. Ab 1937 beunruhigte ihn zunehmend, dass im Vierjahresplan die Schwerindustrie in den Hintergrund gedrängt, der Aussenhandel harsch kritisiert und Staatsunternehmen gefördert wurden, vor allem die Reichswerke «Hermann Göring». Der Zuwachs der Gewinne des Unternehmens war deutlich zurückgegangen. Die Unabhängigkeit des Unternehmens war durch die Konzentration des Regimes auf die Vorbereitungen eines europäischen Kriegs, in denen die Firma Krupp eine wesentliche Rolle spielte, stark eingeschränkt worden. Die Regierung stellte dem Unternehmen zwar zinslose Darlehen zur Verfügung, so dass es seine Kapazitäten erweitern konnte, doch als Gegenleistung bestimmte sie, was in den neuen Anlagen produziert werden sollte. Die Dinge hatten sich nicht ganz so entwickelt, wie Krupp erwartet hatte, und bereits 1937 begann er, sein Geschäft in die Hände jüngerer Männer zu legen, die, wie er hoffte, die Interessen seines Unternehmens aggressiver vertreten würden, als er selbst es konnte. 1941 erlitt er den ersten einer Reihe von Schlaganfällen, der ihn zwang, auf seine Rolle im Unternehmen ganz zu verzichten. Nicht mehr im Besitz seiner vollen geistigen und körperlichen Kräfte, lebte er noch bis 1950, weitgehend ohne von dem, was um ihn herum vorging, Kenntnis zu nehmen.¹²³

Vordergründig mochte es scheinen, als wäre ein Konzern wie die I.G. Farben, dessen Produkte für den Plan des Regimes, eine wirtschaftliche Autarkie zu erreichen, von zentraler Bedeutung sein mussten, besser gerüstet, um vom Dritten Reich zu profitieren. Ab 1933 nahm sein Einfluss auf die Gestaltung und Umsetzung der staatlichen Wirtschaftspolitik auf diesem Gebiet ständig zu. Ab dem 5. September 1935 bereitete das Unter-

nehmen sich auf den Krieg vor, als es eine «Vermittlungsstelle W.» einrichtete, die den Kontakt zu Regierungsstellen und zur Wehrmacht halten sollte. Andererseits muss man sich davor hüten, die Bedeutung des Konzerns zu überschätzen, denn sein Anteil der Ausgaben unter dem Plan belief sich alles in allem auf ein Viertel, und der Anteil der chemischen Industrie in der deutschen Wirtschaft insgesamt erlebte im Dritten Reich keinen signifikanten Anstieg. Metallverarbeitung, Eisen, Stahl und Bergbau waren für das Rüstungsprogramm durchweg bedeutsamer. Gleichzeitig wurde die I.G. Farben gezwungen, ihre Produktion zunehmend auf den Bedarf der Wehrmacht umzustellen. Komplizierte und fast endlose Verhandlungen über die finanziellen Bedingungen, unter denen der Konzern das dringend benötigte Buna (Synthesekautschuk) produzieren sollte, machten die Kluft nur zu deutlich zwischen der Priorität des Unternehmens, Gewinne einzufahren, und dem ausschliesslichen Interesse des Vierjahresplans an einer Beschleunigung der Rüstung und der Verwirklichung einer Autarkie der Wirtschaft. Die Konzernführer betrieben eine Verzögerungstaktik, um die Produktionskosten möglichst niedrig zu halten. Im Herbst 1939 lag die nationale Buna-Produktion bei lediglich gut zwei Dritteln der anvisierten 30'000 Tonnen, während die Produktion und Lagervorräte von Gummi nur für eine zweimonatige Kriegführung ausreichten.¹²⁴ Eine solche Vorsicht gewährleistete, dass der Grosskonzern mit dem Vierjahresplan gut fuhr, auch wenn die Zuwachsraten geringer waren als in den ersten Jahren der wirtschaftlichen Erholung. Von 1933 bis 1936 erhöhten sich die Nettogewinne um 91 Prozent und zwischen 1936 und 1939 noch einmal um 71 Prozent. Die fünf wichtigsten Sparten des Konzerns im Rahmen des Plans – Heizöl, Metall, Gummi, Kunststoffe und Nitrogen für Sprengstoffe – erhöhten ihren Anteil am Umsatz der I.G. Farben von 28 Prozent 1936 auf knapp 33 Prozent drei Jahre später; während dieser Zeit entfielen auf sie mehr als 40 Prozent der Verkäufe des Konzerns. Doch der Beitrag zum Gesamtumsatz des Konzerns nach Produktgruppen im Rahmen des Vierjahresplans erhöhte sich nur von 28,4 Prozent 1936 auf 32,4 Prozent 1939, und der Konzern musste praktisch die Entwicklung dieser Produkte selbst bezahlen. Somit war der Plan weder von den I.G. Farben abhängig noch umgekehrt diese von ihm.¹²⁵

Die Grossindustrie profitierte zweifellos von der Aufrüstung und allgemeiner von der wirtschaftlichen Erholung, zum Teil in natürlicher Form des wirtschaftlichen Aufschwungs, der noch vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten eingesetzt hatte, und dann zunehmend von der Anstosswirkung, die sich von der Rüstungsindustrie ausgehend in den übrigen Wirtschaftssektoren fortpflanzte. Die von Schacht ergriffenen Massnahmen waren ebenso kühn wie einfallsreich, doch letztlich finanzpolitisch relativ orthodox. 1938 waren sie an ihrem Ende angelangt, und das Regime, das aufgrund des zu allen Zeiten vorrangigen Profitmotivs der freien Unternehmen an die Grenzen des Rüstungstempos stiess, begann die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Hitlers unermüdliches Drängen auf eine Aufrüstung hatte mit dem Vierjahresplan verstärkte Interventionen in die Wirtschaft zur Folge. 1938 schufen die NSDAP und verschiedene ihrer Gliederungen wie die DAF unter der Leitung Hitlers riesige Wirtschaftsunternehmen, die darauf abzielten, in der Verfolgung der machtpolitischen Ziele des Regimes die herkömmlichen kapitalistischen Operationen zu umgehen. Die Automobilindustrie sollte vom Volkswagenwerk ausmanövriert werden, Eisen und Stahl von den Reichswerken «Hermann Göring». Eine anschwellende Flut von Gesetzen und Bestimmungen diente dem Zweck, Preislimits zu setzen, die Rationalisierung von Unternehmen zu erzwingen, Investitionen in kriegswichtige Unternehmen zu lenken, Produktionsquoten festzusetzen, den Aussenhandel zu lenken und manchem anderen.

Die im Parteiprogramm formulierten und später wiederholten Absichten, die Banken und Börsen in Deutschland zu verstaatlichen, kamen nicht mehr zur Sprache, nachdem Hitler und seine Statthalter die Realitäten der Welt der Finanzen zur Kenntnis genommen hatten. Sie brauchten Geld und Banken, die es ihnen beschafften.¹²⁶ Doch auch hier erlegte das Regime den Finanzinstitutionen nach und nach immer strengere Kontrollen auf, um Kapital in das Aufrüstungsprogramm fliessen zu lassen. 1939 sorgten etliche Gesetze über Kredite, Hypotheken, Darlehen und Banken dafür, dass die Freiheit, in Projekte ausserhalb des Rüstungsprogramms zu investieren, weitgehend eingeschränkt wurde.¹²⁷ Die Geschäftsleute mussten immer grössere Mengen an staatlichen Verordnungen und Vorschriften durcharbeiten, bevor sie eine Transaktion vornahmen. Die Zahl der Ein-

griffe in Produktion und Handel wurde zunehmend unübersehbar. Am 2. März 1939 beispielsweise erliess der Beauftragte für das Kraftfahrzeugwesen, Oberst Adolf von Schell, eine «Verordnung über die Typenbegrenzung in der Kraftfahrzeugindustrie», mit der die Zahl der zugelassenen unterschiedlichen Bautypen von Pkws und Lkws stark reduziert wurde. Das Ziel war, die Produktion der Zubehörteile zu rationalisieren und auf diese Weise Kosten einzusparen; ausserdem liessen sich dadurch defekte Militärfahrzeuge schneller und effizienter reparieren. Statt bisher 113 Lastwagen-Haupttypen durften nur noch 19 Haupttypen produziert werden; gleichzeitig wurde die Zahl der Firmen reduziert, die diese Haupttypen herstellen durften. «Das private Eigentum in der Industrie», kommentierte ein kritischer Beobachter, «bleibt zwar bestehen, aber für die selbständige Verfügung darüber und für die unternehmerische Initiative, die von der staatlichen Kommandogewalt zurückgedrängt wird, bleibt nur noch sehr wenig Spielraum.»¹²⁸ Kein Wunder, dass manche dachten, dass der Sozialismus im Nationalsozialismus wieder zum Vorschein komme.

Die «Arisierung» der Wirtschaft

I

Der «Sozialismus» hatte in der nationalsozialistischen Weltanschauung der frühen zwanziger Jahre ein reales Element der Feindseligkeit gegenüber dem Grosskapital enthalten, in der Regel vermischt mit einer starken Dosis Antisemitismus. In den letzten Jahren der Weimarer Republik hatte Hitler sich nach Kräften bemüht, das erstere herunterzuspielen. Was übrigblieb, war erwartungsgemäss ein fortdauernder Hass auf die Rolle der Juden in der deutschen Wirtschaft, die von den Nationalsozialisten für ihre eigenen Zwecke übertrieben dargestellt wurde. Die Wirtschaftsgeschichte des Dritten Reiches lässt sich in der Tat nicht von der Geschichte der Enteignung der Juden durch das Regime trennen, ein weitreichender Raubzug, der in der Geschichte der Neuzeit ihresgleichen sucht. Entsprechend ihrer ideologischen Gebote gehörten zu den Hauptangriffszielen der NS-Propaganda vor 1933 die Warenhäuser, in denen es seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert preiswerte, massenproduzierte Waren aller Art zu kaufen gab. Unter den Gründern dieser Warenhäuser waren viele Juden, was möglicherweise damit zusammenhing, dass Juden besonders stark in der Stoff- und Textilbranche vertreten waren.

Die berühmtesten dieser Unternehmen waren nach 1875 von Angehörigen der Familie Wertheim gegründet worden, hervorgegangen aus einem kleinen Geschäft, das von Ida und Abraham Wertheim in Stralsund eröffnet worden war. Hier wurden Kleider und Manufakturwaren angeboten. Bald danach folgten ihre fünf Söhne ihrem Beispiel und spezialisierten sich auf ein neues System des Einzelhandels, das auf einem hohen Umsatz, niedrigen Gewinnspannen, festen Preisen für die Waren, einer breiten Auswahl, einem Rückgabe- oder Umtauschrecht und einer Bezahlung in bar beruhte. Die Firma wuchs sehr schnell, und 1893/94 wurde ein grosses neues Gebäude an der Oranienstrasse in Berlin-Kreuzberg eröffnet, gefolgt von drei weiteren Warenhäusern in der Hauptstadt. Wertheim bot ein

neues Konzept des Einkaufens in hellen, gut durchlüfteten und schön gestalteten Abteilungen mit zuvorkommenden Verkäuferinnen und einer Mischung aus preiswerten und hochwertigen Waren, um die Kunden zu Spontankäufen anzuregen. Wertheim pflegte zudem eine fortschrittliche Einstellung gegenüber seinen Angestellten und kümmerte sich auch um deren Wohlergehen; die Firma war beispielsweise die erste in Deutschland, die den Sonntag für alle ihre Angestellten zu einem obligatorischen Ruhetag machte. Die Familie Wertheim war nicht die einzige jüdische Familie, die eine Warenhauskette ins Leben rief; so gründeten beispielsweise Hermann Tietz und sein Neffe Oskar ein kleines Geschäft in Gera nach ähnlichen Grundsätzen. Auch dieses war erfolgreich, und 1930 besass die Familie Tietz 58 Kaufhäuser, darunter das berühmte Kaufhaus des Westens, KaDeWe, in Berlin. Verglichen mit dem Jahresumsatz der Kaufhäuser Tietz, der 1928 490 Millionen Reichsmark betrug, und deren insgesamt 31450 Angestellten wirkte Wertheim zur selben Zeit mit lediglich sieben Warenhäusern, 10'450 Angestellten und einem Umsatz von 128 Millionen Reichsmark eher bescheiden.¹²⁹

Trotz ihrer Beliebtheit entfielen auf diese Warenhäuser zum Ende der zwanziger Jahre weniger als 5 Prozent der gesamten Einzelhandelsumsätze in Deutschland.¹³⁰ Antisemitische Angriffe auf sie blieben vor 1914 selbst von den Einzelhandelsverbänden gemässigt.¹³¹ Das alles änderte sich mit den wirtschaftlichen Problemen der frühen Weimarer Jahre. Punkt 16 des Programms der NSDAP wandte sich 1920 unmittelbar an die kleinen Ladeninhaber mit der Forderung nach einer « sofortige [n] Kommunalisierung der Gross-Warenhäuser und ihre[r] Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende».¹³² 1932 forderte eine Broschüre der NSDAP zu einer Kommunalwahl in Niedersachsen die kleinen Ladeninhaber und Handwerker auf, die NSDAP zu wählen, um sich gegen die Eröffnung eines «Vampirgeschäfts» in Gestalt einer neuen Filiale von Woolworth zu wehren, die sie im Namen des «Finanzkapitals» ruinieren würden.¹³³ Im März 1933 brachen SA-Leute in eine Woolworth-Filiale in Gotha ein und demolierten die gesamte Inneneinrichtung; auf mehrere Warenhäuser auch von nichtjüdischen Eigentümern wurden Anschläge verübt. In Braunschweig zerschossen SA-Leute im Restaurant eines Kaufhauses mit ihren

Pistolen die Einrichtung. Daneben gab es weniger dramatische Forderungen in den ersten Monaten des NS-Regimes, die Kaufhäuser zu schliessen oder so stark zu besteuern, dass sie bankrott gehen würden. Doch das Reichswirtschaftsministerium und die Parteiführung erkannten sehr schnell, dass eine Schliessung von Unternehmen, die Tausende von Angestellten beschäftigten, der «Arbeitsschlacht» schwer schaden würde. Hess intervenierte zum Schutz der Warenhäuser, und der Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 hatte keine Auswirkungen über diesen Tag hinaus.¹³⁴

Dennoch wurden die Warenhäuser – wenn auch in einer weniger offensichtlichen Weise – nach dem 1. April diskriminiert. Als beispielsweise das Reichsfinanzministerium ab dem Sommer 1933 Ehestandsdarlehen vergab, durften die Einkaufsgutscheine, die statt Bargeld ausgegeben wurden, weder in Warenhäusern – ob in jüdischem Besitz oder nicht – noch in jüdischen Geschäften gleich welcher Art eingelöst werden. Nach Schätzungen eines amtlichen Berichts büssten die betroffenen Läden und Unternehmen 1934 einen Umsatz von mindestens 134 Millionen Reichsmark ein. Sämtliche Kaufhäuser und alle kleinen Läden im Besitz von Juden durften auch ab Mitte 1933 nicht mehr mit Zeitungsanzeigen werben. Da dieses Verbot zu einem Zeitpunkt kam, als die Umsätze bereits mit dem Einsetzen der Depression 1930 zurückgegangen waren, brachte es diese Unternehmen und Geschäfte in ernsthafte Schwierigkeiten. Die Umsätze der Kaufhäuser von Hermann Tietz gingen 1933 um bis zu 41 Prozent zurück. Das Unternehmen war gezwungen, bei den Banken einen Kredit in Höhe von 14 Millionen Reichsmark zu beantragen. Vermittelt durch Reichswirtschaftsminister Schmitt, der einen spektakulären Bankrott vermeiden wollte, durch den 14'000 Angestellte ihren Arbeitsplatz verlieren, die Zulieferer Verluste erleiden und die Banken in finanzielle Schwierigkeiten geraten würden, wurde der Kredit unter der Bedingung einer «Arisierung» der Unternehmensführung gewährt, mit anderen Worten eines Rückzugs der jüdischen Eigentümer, Vorstandsmitglieder und anderer Angestellter aus den oberen Etagen. Die Tietz-Brüder wurden 1934 nach einer längeren Buchprüfung gegen eine Entschädigung von 1,2 Millionen Reichsmark aus ihren Unternehmen gedrängt. Um sich Rückendeckung zu verschaffen, liess Schmitt sich von Hitler das Placet für diese Arrangements geben. Von nun an liefen diese Kaufhäuser unter dem Namen Her-

tie, womit die Verbindung zum Namen ihres Gründers gewahrt blieb, gleichzeitig jedoch für alle potentiellen Kunden darauf hingewiesen wurde, dass die Firma jetzt eine andere Basis hatte; die Kaufhäuser von Leonhard Tietz wurden in den neutral klingenden Namen «Kaufhof» umbenannt.¹³⁵

Diese Ereignisse veranlassten die verbleibenden Mitglieder der Familie Wertheim, etwas zu unternehmen, um ihre Interessen zu wahren. Ein Freund der Familie, der Bankier Emil Georg von Stauss, der Hitler und Göring persönlich kannte und die NSDAP auf verschiedene Weise unterstützte, wurde eingeschaltet. Dank seiner Protektion konnten Versuche der SA, das Warenhaus Wertheim in Breslau zu schliessen, vereitelt werden. Aber Parteiaktivisten, vor allem einige, die mit der gewerkschaftlichen Gliederung der NSDAP, der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO), in Verbindung standen, hinderten Georg Wertheim daran, seine eigenen Warenhäuser zu betreten. Nach 1934 wagte er sich nicht mehr dorthin und war auch nicht mehr bei den Sitzungen des Aufsichtsrats anwesend. Um dem Schicksal der Familie Tietz und ihrer Warenhäuser zu entgehen, übertrug er seine eigenen und einen Teil der Anteile seines verstorbenen Bruders auf seine Frau Ursula, die keine Jüdin war. Damit war diese Mehrheitseignerin, doch das brachte die Firma nicht aus ihren Schwierigkeiten heraus. Als Hertie und andere Warenhausketten den Angriff der Nationalsozialisten auf die Warenhäuser abwehrten, indem sie darauf verwiesen, dass diese sich nicht mehr in jüdischem Besitz befanden, richtete sich die Feindseligkeit der Nationalsozialisten am Ort sowie der Regierung und der Parteigliederungen gezielter gegen jene Ketten, die sich wie die der Familie Wertheim noch in jüdischem Besitz befanden. Das Reichspropagandaministerium ordnete Anfang 1936 aufgrund einer Denunziation einer ehemaligen Angestellten an, alle Wertheim-Buchhandlungen zu schliessen, obwohl die Firma bereits mindestens 2'500 verbotene Bücher aus ihren Regalen entfernt hatte. Stauss erreichte es, dass die Anordnung aufgehoben wurde, allerdings unter der Bedingung, dass die Firma 24'000 Reichsmark an die Deutsche Schiller-Stiftung spendete. Als sich Georg Wertheim und sein Sohn in einem Gespräch mit Reichswirtschaftsminister Schacht über solche Pressionen beklagten, erwiderte dieser, sie müssten eben «mit den Wölfen heulen».¹³⁶

Das Heulen der Wölfe sollte 1936 deutlich lauter werden. Die Umsätze der Firma Wertheim stiegen zunächst an, während die der Konkurrenz rückläufig waren. Das mochte daran liegen, dass die Entfernung der jüdischen Direktoren und Angestellten aus den anderen Kaufhausketten die Einstellung von unerfahrenem Personal zur Folge hatte. Ausserdem hatte nur Wertheim sein bekanntes und bewährtes Image, seinen Namen und Stil bewahren können. Wie auch immer, Stauss, der jetzt die Anteile von Ursula Wertheim treuhänderisch verwaltete, während diese teure Urlaubsreisen unternahm, zwang zuerst die kleineren Anteilseigner der Familie, ihre Anteile weit unter Wert auf Nichtjuden zu übertragen, und erklärte dann gegenüber Georg und Ursula Wertheim, das Amt des Stellvertreters des Führers habe verlangt, dass sie sich scheiden lassen müssten, wenn die Ehefrau weiterhin ihre Anteile behalten wolle; daraufhin erfolgte 1938 die Scheidung. Von Hitler beauftragt, in Berlin ein Grundstück zu erwerben, auf dem die neue Reichskanzlei errichtet werden sollte, wählte Stauss ein Gelände, auf dem sich mehrere Grundstücke im Besitz von Wertheim befanden, brachte die Banken dazu, sie unter ihrem tatsächlichen Wert zu schätzen, und setzte Wertheim unter Druck, sie zu veräussern, um einen Teil seiner Schulden bei den Gläubigerbanken zurückzuzahlen. 1938 gab es bei Wertheim keine jüdischen Anteilseigner mehr, beide jüdischen Direktoren waren hinausgedrängt und die letzten 34 jüdischen Angestellten waren entlassen worden; es gibt keine Anhaltspunkte dafür, dass sie eine Abfindung bekommen hätten – im Gegensatz zu ihren Kollegen bei anderen Kaufhausketten. In Absprache mit dem Reichswirtschaftsministerium änderte Stauss den Namen der Warenhauskette in AWAG um. Das war ein ähnlicher, wenngleich weniger offensichtlicher Kompromiss wie die vereinbarte Umbenennung der Tietz-Kaufhäuser. Die meisten Leute glaubten, es handle sich um ein Akronym für Albrecht Wertheim AG. Tatsächlich verbarg sich dahinter jedoch die Allgemeine Warenhaus Aktiengesellschaft, so dass keinerlei Verbindung mit der Familie Wertheim mehr bestand. Georg Wertheim, inzwischen über achtzig Jahre alt und fast blind, starb am 31. Dezember 1939. Ein Jahr später heiratete seine Witwe Arthur Lindgens, ein nichtjüdisches Mitglied des Aufsichtsrats der neuen Gesellschaft.¹³⁷

II

Das Schicksal der Warenhäuser demonstrierte im Kleinen, in welcher Weise sich die Prioritäten der Nationalsozialisten seit 1920 geändert hatten. Eine ursprünglich prononciert antikapitalistische Botschaft wurde unter dem Einfluss der ökonomischen Zwänge zunächst heruntergespielt und schliesslich durch einen entschlossenen Vorstoss ersetzt, die Juden aus der deutschen Wirtschaft zu drängen. Die Warenhäuser selbst verschwanden nicht; im Gegenteil, die Kampagne gegen die jüdischen Eigentümer eröffnete nicht jüdischen Unternehmen die Möglichkeit, ihre Geschäftstätigkeit zu erweitern. Wenn, wie die Nationalsozialisten behaupteten, die wirtschaftliche Misere Deutschlands in den zwanziger und frühen dreissiger Jahren tatsächlich von den Juden verursacht worden wäre, warum hätte man sie dann nicht dadurch beheben können, dass man unter anderem den jüdischen Einfluss auf die Wirtschaft ausschaltete, statt die Wirtschaft selbst anzugreifen? Der Judenboykott vom 1. April 1933 hatte bereits die Absichten der NSDAP in dieser Hinsicht erkennen lassen. Obwohl der Boykott selbst bei der Öffentlichkeit nur wenig Zustimmung gefunden hatte, gab es immer noch Ortsgruppen, die jüdische Läden und Geschäfte schikanierten und demolierten, wie das Beispiel des Kaufhauses Wertheim in Breslau zeigte. SA-Männer beschmierten auch weiterhin die Schaufenster von Läden jüdischer Inhaber mit Parolen, um potentielle Kunden davon abzuhalten, deren Inhabern den Rücken zu stärken, oder setzten die kommunalen Behörden unter Druck, öffentliche Aufträge nicht an jüdische Unternehmen zu vergeben. Beunruhigt über die wirtschaftlichen Auswirkungen solcher Aktionen, erliessen Regierung und Partei mehrmals offizielle Warnungen. Hitler selbst entschied Anfang Oktober 1933 in einem Schreiben an alle Gauleiter, dass Beamten der Einkauf in Warenhäusern und jüdischen Geschäften nicht verboten werden könne. Doch in den Vorwochen der Weihnachtsfeiertage standen in vielen Orten wieder SA-Männer vor jüdischen Geschäften mit Plakaten, die verkündeten, wer das Geschäft betrete, sei ein Verräter am deutschen Volk. Immer mehr lokale Wochenmärkte schlossen jüdische Händler aus, jüdische Firmen durften keine Anzeigenwerbung mehr treiben, die kommunalen Behörden brachen

alle Geschäftsbeziehungen mit in jüdischem Besitz befindlichen Firmen ab, und im Frühjahr 1934 kam es erneut verbreitet zu antijüdischen Boykottaktionen. Häufig waren diese Zwischenfälle von Gewalt begleitet, vom Einwerfen der Schaufensterscheiben bis zu einem Bombenanschlag auf die Synagoge im westfälischen Ahaus. Den Höhepunkt erreichten die Ausschreitungen mit einer Massendemonstration von bis zu 1'500 Einwohnern der fränkischen Stadt Gunzenhausen – eine Ortschaft, die nicht mehr als 5'600 Einwohner zählte. Aufgehetzt von einer wüsten antisemitischen Rede eines Kreisleiters der NSDAP, brachen die Demonstranten in die Häuser und Wohnungen von Juden in der Stadt ein und verschleppten 35 zum Stadtgefängnis, wo einer von ihnen später erhängt aufgefunden wurde.¹³⁸

Die deutschen Verbraucher unterstützten die Boykotte kaum. Unter der Drohung mit Repressalien, wenn sie auch weiterhin in den jüdischen Geschäften in ihren Kleinstädten einkaufen sollten, fuhren beispielsweise die Einwohner von Falkenstein in das nahegelegene Auerbach, um dort in einem jüdischen Geschäft einzukaufen, wo man sie nicht kennen würde; und umgekehrt besorgten die Einwohner Auerbachs ihre Einkäufe in dem jüdischen Geschäft in Falkenstein.¹³⁹ Selbst Hermann Göring wurde noch 1936 gesehen, wie er dem Teppichhaus Bernheimer in München einen vierstündigen Besuch abstattete. Er erwarb zwei seltene Teppiche für die eindrucksvolle Summe von 36'000 Reichsmark. Im Februar 1936 berichtete die Münchener Polizeidirektion, der Winterschlussverkauf im Textilhause Sally Eichinger habe grosse Menschenmengen angezogen. Beide Häuser befanden sich in jüdischem Besitz. Im folgenden Jahr beklagte der SD, «dass grosse Teile der Bevölkerung... sich nicht einmal mehr um die einfachste Forderung, nämlich nicht beim Juden zu kaufen, bekümmern. Besonders stark zeigt sich diese Sabotage in streng katholischen Bezirken.»¹⁴⁰ Trotzdem hielten Parteiaktivisten an ihrem Ziel fest. Viele von ihnen waren von dem persönlichen Wunsch geleitet, unliebsame Konkurrenten loszuwerden zu einer Zeit, da der Einzelhandel eine Absatzflaute erlebte.¹⁴¹ Während des ganzen Jahres 1934 hielten die Boykottkampagnen an und erreichten in den Wochen während des Weihnachtsgeschäfts ihren Höhepunkt. Im November 1934 schickte beispielsweise die Kreisleitung Baden-Baden an einen Spielwarenladen, dessen Inhaber Jude war, ein Schreiben, in dem es hiess:

«dass wir auf keinen Fall dulden können, dass Sie als nicht arisches Spielwarengeschäft SA- und SS-Figuren verkaufen. Da die Bevölkerung sich bereits darüber aufhält und bei uns Beschwerden einlaufen, ersuchen wir Sie dringend, diese SA- und SS-Figuren aus Ihrem Judenladen verschwinden zu lassen, da wir sonst nicht in der Lage sind, für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu garantieren.»¹⁴²

Nach einem Bericht der Staatspolizei Frankfurt a.M. wurden am 23. und 24. Dezember 1934 die Eingänge zu jüdischen Geschäften und Warenhäusern vorwiegend von SS-Angehörigen in Zivilkleidung blockiert. Sie beschimpften und misshandelten Kunden, die das Warenhaus betreten wollten, Schaufensterscheiben wurden eingeschlagen und eintreffende Polizisten bedroht, so dass diese schliesslich die Waffe ziehen mussten, um die Männer festnehmen zu können.¹⁴³ Diese Aktion erwies sich als das Vorspiel zu einer weitaus grösseren Welle des wirtschaftlichen Terrors, bei dem lokale Parteigliederungen drohten, dass allen Bedürftigen, die ein jüdisches Geschäft betreten, die Wohlfahrtsunterstützung und die Winterhilfebetreuung entzogen würden. Auf die Beamten und Mitglieder der DAF wurde Druck ausgeübt, nicht in jüdischen Geschäften zu kaufen. Die Schwerpunkte dieser antisemitischen Boykotte lagen in Pommern, Hessen und Mittel- und Unterfranken. In Marburg drang eine Gruppe von Studenten in ein jüdisches Schuhgeschäft ein, um den Ausverkauf der Waren zu verhindern, demolierte die Ladeneinrichtung vollständig und plünderte teilweise den Warenbestand. In Büdingen wurden in der Nacht zum Karfreitag und zugleich dem zweiten Pessachtag fast alle Fenster jüdischer Wohnungen durch Steinwürfe zerschlagen. Ähnliche Zwischenfälle gab es in vielen anderen Orten. Nachdem diese Aktionen abgeebbt waren, kam es vier Wochen später zu einer neuen Welle antisemitischer Gewalt gegen Geschäfte in jüdischem Besitz, darunter ein totaler Boykott in der Münchener Innenstadt, in der Hauptsache durch Angehörige der SS-Verfügungstruppe in Zivil, die zum Teil in Läden eindrangten und Kunden und Angestellte drangsalierten und misshandelten. Die Aktion fand erst ihr Ende, als der Mob versuchte, eine Polizeiwache zu stürmen, um die Freilassung eines der Ruhestörer zu erzwingen, und die Polizei auf diese Weise zum Eingreifen zwang.¹⁴⁴

Die Reaktion der Reichsminister auf diese Aktionen war unterschiedlich. Reichsaussenminister Konstantin Freiherr von Neurath beispielsweise sagte seinen Kollegen, die antisemitischen Zwischenfälle würden sich nicht auf die öffentliche Meinung des Auslands auswirken; sie zu unterbinden würde die internationale Position Deutschlands nicht verbessern. Dagegen erklärte Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht, er sei äusserst beunruhigt über ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft, einschliesslich der wirtschaftlichen Beziehungen zu anderen Ländern. Als die NS-Ortsgruppe in Arnswalde in Brandenburg eine Fotografie der Frau des Filialleiters der Reichsbank in einem Schaukasten aushängte mit der Überschrift «Verräterin», weil man sie gesehen hatte, wie sie in einem jüdischen Geschäft Einkäufe machte, schloss Schacht diese Filiale sogar aus Protest. Am 18. August wandte er sich in Königsberg gegen die fortgesetzten «ungeregelten Einzelaktionen». «Herr», sagte er dort, «bewahre mich vor meinen Freunden. Das sind die Leute, die nächtlicherweise heldenhaft die Fensterscheiben beschmieren, die jeden Deutschen, der in einem jüdischen Geschäft kauft, als Volks Verräter plakatieren...» Doch entgegen seinen späteren Beteuerungen war Schacht nicht prinzipiell gegen eine wirtschaftliche Diskriminierung der Juden. Zwei Tage später wies er in einer Chefbesprechung vor einer Gruppe von Reichsministern und hohen Amtsträgern der Partei darauf hin, «dass das gesetzlose Treibenlassen u.a. auch die wirtschaftliche Grundlage der Aufrüstung in Frage stelle ... Seine Ausführungen», hiess es im Protokoll der Besprechung, «gipfelten darin, dass das Programm der NSDAP durchgeführt werden müsse, aber ausschliesslich auf der Grundlage von gesetzlichen Anordnungen.» Schacht war ganz der Meinung der anwesenden Vertreter der Partei und der Gestapo, dass der weitere Weg in einer geordneten, gesetzlichen Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten der Juden bestehe. Jüdische Geschäfte sollten als solche gekennzeichnet und jüdische Unternehmen von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden.¹⁴⁵ Schacht teilte in vollem Umfang die antisemitischen Vorurteile vieler Angehöriger des deutschen Bürgertums und bemerkte noch 1953, die Juden hätten in die deutsche Kultur in der Weimarer Republik einen «fremden Geist» hineingebracht und seien in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens zu stark vertreten gewesen.¹⁴⁶ Er kooperierte uneingeschränkt bei der

Entlassung der jüdischen Beamten aus der Reichsbank nach dem «Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums» und verteidigte öffentlich die antisemitischen Gesetze, die in den Jahren 1933 und 1935 vom Regime erlassen wurden; lediglich die offene Gewalt wurde von ihm abgelehnt.¹⁴⁷

Es gab allerdings auch weniger gewaltsame Mittel, jüdische Unternehmen unter Druck zu setzen, und diese waren häufig wirkungsvoller. Die gewaltige Grösse der nationalsozialistischen Organisationen wie der SA, der Deutschen Arbeitsfront oder der Partei überhaupt verlieh den Nationalsozialisten eine enorme wirtschaftliche Macht bei der Vergabe von Grossaufträgen im Bausektor, bei Möblierungen, bei der Bestellung von Fahnen, Uniformen und Artikeln aller Art. Sie nutzten diese Macht von Anfang an, um Firmen in jüdischem Besitz zu diskriminieren. Ein Beispiel hierfür war die Schuhindustrie. Im Dritten Reich profitierte sie in hohem Masse von der stark steigenden Nachfrage nach Kürassierstiefeln. Doch diese Aufträge gingen natürlich nur an Schuhfabriken nichtjüdischer Inhaber. Da die Branche jedoch von jüdischen Herstellern dominiert wurde, waren diese einem unmittelbaren Druck zur «Arisierung» ausgesetzt. Fast unmittelbar nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler setzte beispielsweise eine Kampagne gegen die Firma Salamander ein, die sich zur Hälfte in jüdischem Besitz befand und Verträge mit rund 2'000 Filialen von Einzeleigentümern hatte, von denen etwa 500 Juden waren. SA-Männer waren bereits Ende März in einige dieser Geschäfte eingedrungen und hatten deren Schliessung erzwungen, während die NS-Presse eine Kampagne gegen die Firma selbst inszenierte und diese (zu Unrecht) beschuldigte, ihre Kunden zu neppen, während gleichzeitig dafür gesorgt wurde, dass die Firma keine Grossaufträge von Parteiorganisationen erhielt. Daraufhin gingen die Umsätze bei Salamander schlagartig zurück. Angesichts einer drohenden Krise verkauften die jüdischen Anteilseigner der Firma ihre Anteile an die nicht jüdischen Teilhaber für eine Million Reichsmark, die daraufhin alle jüdischen Angestellten ebenso entliessen wie die jüdischen Mitglieder des Aufsichtsrats und alle Verträge mit ihren Filialen kündigten, deren Eigentümer Juden waren. Bis Ende 1934 verkauften 20 Prozent dieser Filialisten ihr Geschäft an Nichtjuden. Die Pressekampagne, die Boykotte und die erzwungenen Schliessungen hörten

daraufhin auf, und die Umsätze stiegen wieder. Doch es gab in diesem Fall keine Anzeichen für einen offen ideologischen Antisemitismus auf Seiten der nichtjüdischen Eigentümer oder Direktoren der Firma; sie hatten sich einfach den ökonomischen Realitäten der Lage gebeugt, die ihnen von der SA und anderen NS-Gliederungen am Ort aufgezwungen worden waren.¹⁴⁸

Wo wirtschaftliche Überlegungen einer anderen Art eine Rolle spielten, konnte die Partei ihre Chargen nötigenfalls auch an die Leine nehmen. In Hamburg, wo sich die Interessen der Stadt nicht mit den Autarkie- und Rüstungsbestrebungen des Regimes deckten, erholte sich die Wirtschaft beträchtlich langsamer von der Weltwirtschaftskrise als anderswo. Anhaltende wirtschaftliche Probleme, die zu der auffallend hohen Quote von 20 Prozent Nein-Stimmen beim Plebiszit vom 19. August beitrugen, im Zuge dessen Hitler sich selbst zum Staatsoberhaupt ernannte, machte Gauleiter Karl Kaufmann besonders empfindlich gegenüber jeder Störung der Wirtschaft der Hansestadt. In Hamburg gab es über 1'500 Firmen in jüdischem Besitz, und sie hielten sich um einige Zeit länger als ihre Pendants im übrigen Reich. Hamburgs Handelselite war alles andere als begeistert von den antisemitischen Massnahmen des Regimes, und führende Institutionen wie die Handelskammer weigerten sich, Auskünfte darüber zu erteilen, welche Firmen Juden gehörten und welche nicht. Noch im November 1934 beauftragte die Handelskammer einen jüdischen Drucker mit der Herstellung ihrer Informationsblätter. Ältere Kaufleute und Geschäftsleute reagierten traditionell allergisch auf jede Einmischung des Staates in die Wirtschaft und sahen in der «Arisierung» ein böses Vorzeichen für eine staatliche Übernahme von Unternehmen im grossen Stil.¹⁴⁹ Doch bis 1938 hatten die Einstellungen sich geändert. Zu dieser Zeit schien es selbst für den konservativsten hanseatischen Kaufmann klar, dass das NS-Regime sich noch eine Weile halten würde. Die wirtschaftliche Erholung hatte einen Punkt erreicht, an dem die Ausschaltung jüdischer Firmen nicht mehr als eine Bedrohung der wirtschaftlichen Stabilität erschien. Besonders gravierend war der Umstand, dass die zunehmenden Einschränkungen von Transaktionen, die mit Devisen bezahlt wurden, in den Jahren 1936/37 eine beträchtliche Zahl jüdischer Import- oder Exportunternehmen in der Stadt zur Geschäftsaufgabe gezwungen hatten. Eine Unmenge von Unter-

suchungsorganen, unter anderem das Devisenfahndungsamt, die unter der Schirmherrschaft von Reinhard Heydrich am 1. August 1936 eingerichtet worden waren, und eine entsprechende Kommunalbehörde ermöglichten es, Unternehmen einer Aufsicht zu unterstellen, wenn sie im Verdacht standen, Beihilfe zur Kapitalflucht aus Deutschland zu leisten. Beamte, die für diese Organe arbeiteten, fälschten Geständnisse, fingierten Vernehmungsprotokolle und denunzierten Rechtsanwälte bei der Gestapo, sie seien für jüdische Firmen tätig. Infolgedessen wurden in Hamburg zwischen Dezember 1937 und Oktober 1939 1'314 Haftbefehle gegen jüdische Geschäftsleute erlassen.¹⁵⁰

Ein derartiges Vorgehen wurde in Memoranden und anderen internen Dokumenten in einer stark antisemitischen Diktion gerechtfertigt, in der Begriffe auftauchten wie «jüdische Skrupellosigkeit», «jüdische Schieber», «schmutzige jüdische Machenschaften» und dergleichen. Der Präsident der Oberfinanzdirektion Hamburg beschrieb 1936 einen verdächtigen Juden als einen «Volksschädling». Während der Staat auf diese Weise seine Rolle spielte, etablierte sich der NSDAP-Gauwirtschaftsberater mit seinem Amt als ein weiteres Koordinierungszentrum für die «Arisierung» jüdischer Unternehmen. Mehr als in einigen anderen Teilen Deutschlands übernahm das Amt des Gauwirtschaftsberaters in Hamburg bei diesem Prozess die Führung, auch wenn es dafür überhaupt keine Rechtsgrundlage gab. Es ernannte Treuhänder für jüdische Firmen und sorgte dafür, dass alle darin verbliebenen jüdischen Angestellten entlassen wurden. Es setzte ausserdem den Verkaufspreis der Firmen bewusst niedrig an und genehmigte grundsätzlich keinen Aufschlag für den «Goodwill» (immaterieller Wert) des Unternehmens, da jüdischen Firmen ein solcher Wert nicht zuerkannt wurde. Die Inhaber dieses Amtes in Hamburg waren allesamt junge Männer mit Universitätsbildung, überzeugte Nationalsozialisten mit wenig Geschäftserfahrung wie Dr. Gustav Schlotterer (26 Jahre), Carlo Otte (24 Jahre) und Dr. Otto Wolff (25 Jahre). Der Volkswirtschaftler, der die «Arisierungsabteilung» des Gauwirtschaftsberaters leitete, Karl Frie, war gerade einmal 19 Jahre alt, als er diesen Posten übernahm. Die Skrupellosigkeit dieser jungen Männer, eine typische Erscheinung innerhalb der Generation, die in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg geboren und

in den Jahren der Revolution, der Inflation, politischen Instabilität und der wirtschaftlichen Depression aufgewachsen war, duldeten keinen Widerspruch. Sehr bald hatte die Hamburger Handelskammer ihr bisheriges Zögern aufgegeben, an den «Arisierungen» mitzuwirken, und gab Anweisung, dass alle Käufe von jüdischen Firmen, die vor 1938 getätigt wurden, überprüft werden müssten; falls dabei ein bestimmter Anteil für den «Goodwill» festgestellt werden sollte, müsse dieser vom jüdischen Verkäufer zurückgezahlt werden.¹⁵¹

Das Erstaunliche an diesem Prozess war weniger die Art und Weise, wie er von den Wirtschaftsfachleuten der NSDAP vorangetrieben wurde, sondern das Ausmass, in dem die staatlichen und kommunalen Behörden daran mitwirkten, wobei diese im Zweifelsfall noch skrupelloser voringen als die Parteifunktionäre. Auch hier wie im Rechtswesen muss das Konzept eines «Doppelstaats» (Fraenkel), in dem Rechtsnormen von den traditionellen Institutionen des «Normenstaats» aufrechterhalten und von dem neuen, nur quasi-legalen Apparat von Hitlers «Massnahmestaat» untergraben werden, stark eingeschränkt, wenn nicht ganz aufgegeben werden.¹⁵² Eine ganze Reihe staatlicher Ämter war daran beteiligt, die Juden in Deutschland aus dem Wirtschaftsleben zu verdrängen. Das war einerseits kaum überraschend, da die dort tätigen Beamten in den Jahren 1933/34 an der Entlassung der Juden aus ihren Ämtern mitgewirkt hatten. Nach dem Steueranpassungsgesetz vom 16. Oktober 1934 beispielsweise waren alle Steuergesetze nach nationalsozialistischer Weltanschauung auszulegen, und dasselbe galt für die Beurteilung einzelner Tatbestände. Das hatte zur Folge, dass jüdische Firmen nunmehr mit immer neuen Nachforderungen wegen angeblich rückständiger Steuern konfrontiert wurden, da die Steuerbestimmungen stets zum Nachteil der Juden ausgelegt wurden. Dieser Prozess der «Arisierung» hatte somit bereits 1933 begonnen; er setzte nicht erst ein, als oder gar weil Schacht 1936 seines Amtes enthoben wurde. Schacht selbst unterzeichnete sogar noch am 26. November 1935 eine Verordnung, die es jüdischen Börsenmaklern verbot, ihren Beruf auszuüben, und er forderte in den letzten Monaten 1935 wiederholt und mit Nachdruck Gesetze, mit denen die wirtschaftliche Tätigkeit von Juden noch stärker eingeschränkt würde. Die Devisenbeschränkungen, die im Fall der jüdischen Unternehmen in Hamburg so wichtig

waren, gingen weitgehend auf die Initiative Schachts zurück, und die Reichsbank wies ihre Aussenstellen am 14. Oktober 1936 an, «auch von sich aus... den Zollfahndungsstellen Mitteilung zu machen», wenn zu vermuten sei, «dass von Personen oder Firmen Devisen Verschiebungen oder Kapitalflucht beabsichtigt werden».¹⁵³ Die «Arisierungen» waren demnach ein kontinuierlicher Prozess seit 1933, der manchmal langsamer, später jedoch immer zügiger betrieben wurde.¹⁵⁴

III

Unabhängig davon wurde dieser Prozess zweifellos durch den Vierjahresplan beschleunigt. In seiner Denkschrift, in der der Plan niedergelegt wurde, benannte Hitler wie üblich das «internationale Judentum» als die verborgene Kraft hinter der bolschewistischen Drohung und forderte Gesetze, die alle Juden in Deutschland finanziell haftbar machten für jeden Schaden, der der deutschen Wirtschaft von einem Juden zugefügt wurde, wenn Juden beispielsweise Währungsreserven im Ausland horten, ein Vergehen, für das Hitler die Todesstrafe forderte.¹⁵⁵ Der Devisenfahndungsapparat, der eine so unheilvolle Rolle in Hamburg gespielt hatte, war eine Schöpfung des Vorläufers des Vierjahresplans, des im April 1936 von Göring gebildeten «Rohstoff- und Devisenstabs». Diskussionen zwischen den Reichsministerien über weitere, die Juden diskriminierende wirtschaftliche Massnahmen hielten 1936 an und führten gegen Jahresende zu Gesetzen, die den Transfer von Geldern jüdischer Inhaber ins Ausland verboten. Es folgte eine Serie von Strafverfolgungen samt anschließenden Haft-, wenn auch noch nicht Todesstrafen. Der blosse Verdacht, dass jemand im Begriff stand, Geld ausser Landes zu schmuggeln, reichte nach diesen Gesetzen bereits aus, das Geld zu beschlagnahmen. Diese Gesetze bildeten den rechtlichen Vorwand für eine wachsende Zahl von Enteignungen in den nächsten Monaten und Jahren. Die Befugnisse, mit denen der Vierjahresplan ausgestattet war, vor allem die Rationierung wichtiger Rohstoffe, wurden gezielt dazu eingesetzt, jüdische Firmen zu benachteiligen. Mit einem Änderungsgesetz zur sogenannten Reichsflucht-

steuer, die bereits im November 1931 von der Regierung Brüning eingeführt worden war, um die allgemeine Kapitalflucht zu verhindern, wurde der Freibetrag, der ohne Sonderabgabe ausgeführt werden durfte, von 200'000 Reichsmark auf zunächst 50'000 Reichsmark gesenkt; soweit das Vermögen von Auswanderern diesen Betrag überstieg, mussten darauf 25 Prozent Sonderabgabe bezahlt werden. Der Berechnung zugrundegelegt wurde der geschätzte Steuerwert des Vermögens und nicht der tatsächlich beim Verkauf erzielte Wert. Infolgedessen wurden auswanderungswillige Juden in der Praxis um weit mehr gebracht als die 25prozentige «Reichsfluchtsteuer» der Regierung Brüning. 1932/33 hatte der Staat durch diese Steuer weniger als eine Million Reichsmark eingenommen; bis 1935/36 waren es knapp 45 Millionen, 1937/38 über 80 Millionen und 1938/93 342 Millionen Reichsmark. Darüber hinaus mussten auswandernde Juden beim Kapitaltransfer ins Ausland bei der Deutschen Golddiskontbank ein Disagio bezahlen, das im Januar 1934 20 Prozent betrug, im Juni 1935 auf 68, im Oktober 1936 auf 81 und im Juni 1938 auf 90 Prozent angehoben wurde. Auf diese Weise wurden jüdische Unternehmen und Einzelpersonen systematisch ausgeplündert und zwar nicht nur durch andere Unternehmen und die NSDAP, sondern auch vom Staat und dessen untergeordneten Institutionen.¹⁵⁶

Eine wachsende Zahl von jüdischen Geschäftsinhabern wurde unter völlig frei erfundenen Beschuldigungen, die mit der Führung ihres Geschäfts nichts mehr zu tun hatten, unter der Drohung von Festnahme und Gefängnishaft zum Verkauf ihres Unternehmens gezwungen. In der Stadt Suhl zum Beispiel liess der dortige Gauleiter Fritz Sauckel den jüdischen Eigentümer der Waffenfabrik Simson in Haft nehmen, weil dieser sich standhaft weigerte, seine Firma zu dem angebotenen Preis zu verkaufen; mit Hitlers ausdrücklicher Vollmacht wurde die Firma schliesslich entschädigungslos (gegen Verrechnung angeblicher Schulden) enteignet und im «nationalen Wehrinteresse» in eine Stiftung überführt.¹⁵⁷ Bis zum 1. Januar 1936 waren viele jüdische Bankiers aus dem Geschäft gedrängt worden oder hatten selbst beschlossen, ihre Bank zu schliessen und auszuwandern. Rund ein Viertel der 1'300 Privatbanken in Deutschland hatte aufgegeben; die grosse Mehrzahl der 300 geschlossenen Privatbanken hatte sich in jüdischem Besitz befunden.¹⁵⁸ Nur einige Grossbanken wie das

Bankhaus M.M. Warburg & Co. in Hamburg hielten sich hartnäckig bis 1938, nicht zuletzt aus einem Gefühl der Verantwortung gegenüber der jüdischen Gemeinschaft und der Tradition des Unternehmens.¹⁵⁹ Die Banken waren keineswegs eine Ausnahme. Ein Viertel aller jüdischen Unternehmen der verschiedensten Art war bis 1938 «arisiert» oder geschlossen worden.¹⁶⁰ Im Juli 1938 gab es in Deutschland nur noch 9'000 Ladengeschäfte und Handwerksbetriebe in jüdischem Besitz von schätzungsweise 50'000 im Jahr 1933. Zu Beginn des Dritten Reiches gab es in Deutschland alles in allem 100'000 jüdische Firmen; bis zum Juli 1938 waren rund 70 Prozent davon «arisiert» oder geschlossen worden.¹⁶¹ Verordnungen unterschiedlichster Art drängten selbst die bescheidensten jüdischen Privatunternehmen aus der Wirtschaft. Im Sommer 1936 beispielsweise wurden durch die Einführung einer «Lumpenhändlerkarte» und einer entsprechenden Kartei zwischen 2'000 und 3'000 jüdische Lumpenhändler von diesem Wirtschaftszweig ausgeschlossen.¹⁶²

In den meisten deutschen Städten vollzog sich die «Arisierung» ab 1933 mehr oder weniger kontinuierlich. So waren zum Beispiel in Marburg bis Ende 1933 von 65 Läden in jüdischem Besitz bereits elf «arisiert» oder aufgelöst worden; 1934 waren es sieben, 1935 acht, 1936 neun, 1937 sechs und bis Oktober 1938 fünf. In Göttingen waren bis Anfang 1938 54 der ursprünglich 98 Geschäfte in jüdischem Besitz «arisiert» oder aufgelöst worden.¹⁶³ Zu diesem Zeitpunkt war für alle Beteiligten klar, dass nun die Schlussphase begann. Um den Prozess zu beschleunigen, erliessen Göring und das Reichsinnenministerium am 26. April 1938 eine Verordnung, mit der alle Juden und sämtliche nicht jüdischen Ehegatten von Juden gezwungen wurden, alle im Inland und Ausland befindlichen Vermögenswerte über 5'000 Reichsmark anzumelden. Dem folgte drei Tage später eine Besprechung, in der es um «die endgültige Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben» ging. Weitere Verordnungen verboten den Juden, sich als Auktionare zu betätigen oder Waffen zu besitzen oder zu verkaufen. Zu dieser Zeit war der Druck auf Unternehmen in jüdischem Besitz übermächtig geworden. Seit dem Herbst 1937 hatten einzelne Kommunalbehörden verfügt, dass jüdische Geschäfte durch Schilder oder Auf-

schriften auf den Schaufenstern als solche gekennzeichnet werden müssten – eine unmissverständliche Einladung zu Belästigung, Boykott und Sachbeschädigung. Von Januar bis Oktober 1938 wurden knapp 800 «Arisierungen» registriert, von denen 340 Fabriken und 22 Banken betroffen waren. Das Tempo beschleunigte sich jetzt. Im Februar 1938 gab es in München noch 1'680 selbständige jüdische Handwerker; bis zum 4. Oktober war diese Zahl auf 666 zurückgegangen, und zwei Drittel von ihnen waren im Besitz eines ausländischen Passes. Die endgültige Vertreibung der Juden aus der deutschen Wirtschaft war nunmehr abzusehen, und viele deutsche Firmen und Einzelpersonen sahen erwartungsvoll dem entgegen, was für sie dabei abfallen würde.¹⁶⁴

Die Teilung der Beute

Am 16. April 1938 schrieb ein Münchener Kaufmann, der als Sachverständiger bei «Arisierungen» herangezogen wurde, einen deutlichen Brief an die Industrie- und Handelskammer München. Er stellte sich als «Nationalsozialist, SA-Mann und Bewunderer Adolf Hitlers» vor, erklärte jedoch, er sei

«von den brutalen Massnahmen und ... dieser Art von Erpressungen an den Juden derart angeekelt, dass ich von nun ab jede Tätigkeit bei den Arisierungen ablehne, obwohl mir dabei ein guter Verdienst entgeht... Als alter rechtschaffener ehrlicher Kaufmann [kann] ich nicht mehr zusehen, in welcher schamloser Weise von vielen arischen Geschäftsleuten, Unternehmern etc. versucht wird, ... die jüdischen Geschäfte, Fabriken etc. möglichst wohlfeil und um einen Schundpreis zu erraffen. Die Leute kommen mir vor wie die Aasgeier, die sich mit tiefenden Augen und heraushängenden Zungen auf den jüdischen Kadaver stürzen ...»¹⁶⁵

Die «Arisierungen» boten in der Tat den nichtjüdischen Unternehmen und Geschäftsleuten viele Möglichkeiten, sich zu bereichern. Und es gab nicht wenige, die bereitwillig zugriffen. Wenn ein jüdisches Unternehmen liquidiert wurde, konnten sich nicht jüdische Unternehmer aus derselben Branche beglückwünschen, weil sie jetzt einen Konkurrenten weniger hatten. Das traf auf allen Ebenen zu. Im Januar 1939 standen beispielsweise in Hamburg 2'000 Ladenlokale als Folge des «Arisierungsprozesses» leer, eine Tatsache, die vom Vorsitzenden der NS-Hago (Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation) in Hamburg als politischer Erfolg gewertet wurde. Da die Mehrzahl der jüdischen Betriebe und Geschäfte mittelständisch waren, profitierten in der Regel die nichtjüdischen Inhaber kleiner Läden und Werkstätten von deren Schliessung. Bis zu einem gewissen Grad versuchte das Regime sogar, genau dies zu errei-

chen, wenn beispielsweise jüdische Firmen mit mehreren Filialen in Hamburg wie die Bottina Schuh GmbH oder Fiedlers Strumpfäden aufgeteilt und die Verkaufsstellen einzeln verkauft wurden.¹⁶⁶

Das wusste man sicherlich nicht überall zu schätzen. Die kleinen Ladeninhaber waren sogar besonders enttäuscht, weil das Regime sein Versprechen nicht gehalten hatte, die Warenhäuser zu schliessen und die grossen Filialketten aufzulösen. «Die Warenhäuser», hörte man 1938 klagen, «bleiben eben Schmutzkonkurrenzfirmen gegen den Mittelstand, ob sie jüdisch oder arisch sind.»¹⁶⁷ Ein Berliner Geschäftsmann schrieb an die SPD-Führung im Exil, während er sich auf einer Reise ausserhalb Deutschlands befand, es seien überwiegend Grossunternehmen, die nach den jüdischen Firmen griffen: «Dieser Prozess hat in allen Branchen zu einer ungeheueren Konzentration der Industrie- und Finanzmacht geführt, die von den Leitern der Konzerne rücksichtslos eingesetzt wird.»¹⁶⁸ Doch grosse Firmen zögerten anfangs, bevor sie sich vordrängten. Grosse jüdische Unternehmen und Mischkonzerne waren weniger anfällig für lokale Boykotte und Anschläge als kleinere, selbständige Geschäfte, und zumindest in der ersten Zeit achtete das Regime darauf, dass auf sie nicht zuviel Druck ausgeübt wurde, da es diese Firmen für die wirtschaftliche Erholung und die Rüstung benötigte und da viele von ihnen im Ausland gut bekannt waren.¹⁶⁹

So blieben Juden auch nach 1933 noch für einige Zeit in den Aufsichtsräten von Firmen wie Mannesmann und I.G. Farben. Die Deutsche Bank hatte noch im Juli 1938 ein jüdisches Mitglied im Aufsichtsrat, auch wenn dieser Mitarbeiter sich seit 1937 im Ausland aufhielt. Dennoch waren dies Ausnahmen. Die meisten Firmen beugten sich schon früher dem Druck, jüdische Direktoren, Vorstandsmitglieder und Angestellte zu entlassen. In der Dresdner Bank setzte die «Arisierung» eine Politik der Ausdünnung des Personals fort, die begonnen hatte, als die Bank 1931 die Danatbank übernommen hatte, die in Konkurs gegangen war; der Unterschied war nunmehr der, dass von den Entlassungen hauptsächlich Juden betroffen waren. Die Dresdner Bank war hierzu verpflichtet, da am 4. Mai 1933 das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April erweitert wurde auf «Angestellte und Arbeiter [...] von Körperschaften des öf-

fentlichen Rechts sowie diesen gleichgestellten Einrichtungen und Unternehmungen», was sich auf ein breites Spektrum von Institutionen erstreckte. Die Angestellten der Bank mussten jetzt Formulare ausfüllen, die Fragen zu ihrer religiösen und «rassischen» Herkunft, ihrem Kriegsdienst und anderen Aspekten enthielten. Die Bestimmungen ermöglichten den Institutionen, «unabkömmlich» als Grund anzugeben, wenn jüdische Angestellte nicht entlassen wurden, so dass die Bank das Chaos vermeiden konnte, das aus einer plötzlichen Massenentlassung entstanden wäre; doch nach dem 30. Juni 1934 wurde eine solche Erlaubnis nicht mehr ausgegeben. Zum Ende des Jahres hatten alle Juden den Aufsichtsrat der Bank verlassen; 80 Prozent der ungeschützten Juden waren bis zum Oktober 1935 gekündigt worden, und ein Jahr später musste auch der verbliebene Rest gehen. Diese Massnahmen wurden zweifellos von der Mehrheit der jüngeren Nichtjuden begrüßt, die in der Bank arbeiteten, da für sie nun sehr attraktive Stellen frei wurden. Die sieben Spitzenmanager, die 1933/34 zum Ausscheiden aus der Bank gezwungen wurden, weil sie Juden waren, wurden durch Männer in den Dreissigern und frühen Vierzigern ersetzt, die andernfalls nicht so schnell befördert worden wären. Generell zeigten diejenigen, die jetzt die Plätze der Entlassenen einnahmen, wenig Mitgefühl mit ihren Vorgängern. Nur in einigen wenigen Fällen wie insbesondere bei der I.G. Farben wurden jüdische Mitarbeiter auf Stellen in ausländischen Tochterunternehmen untergebracht.¹⁷⁰ Was immer ihr Schicksal war, die Entfernung jüdischer Betriebsleiter und Direktoren aus deutschen Unternehmen trug zum Aufstieg einer neuen, jungen Führungselite bei, die bereits zu Kriegsbeginn die ersten Führungspositionen übernahm.¹⁷¹

Auch die Allianz Versicherung, deren Direktor Kurt Schmitt Schacht als Reichswirtschaftsminister vorangegangen war, nahm von sich aus keine Entlassungen jüdischer Mitarbeiter vor. Das Unternehmen behandelte seine beiden jüdischen Direktoren gut, als diese gezwungen wurden, ihr Arbeitsverhältnis zu kündigen. Andererseits leistete das Unternehmen keinen ernsthaften Widerstand, als es durch die NS-Presse und die Reichsaufsicht für Privatversicherung unter Druck gesetzt wurde, seine jüdischen Angestellten zu entlassen und seine Verbindungen zu jüdischen Versicherungsvertretern und -agenten abubrechen. 1933 verlängerte das Unter-

nehmen beispielsweise den Vertrag seines Agenten Hans Grünebaum, der seit 1929 in der Stuttgarter Filiale gearbeitet hatte, um fünf Jahre, und verlängerte ihn dann noch einmal von 1936 bis 1941. Doch das löste einen feindseligen Kommentar der Lokalpresse aus und brachte der Allianz einen Drohbrief aus dem Amt des Gauleiters ein. In ihrer Erwiderung wies die Gesellschaft darauf hin, dass jüdische Vertreter als Ansprechpartner für jüdische Kunden gebraucht würden. Doch dieses Argument zog nicht bei der Partei. Der Vertrag Grünebaums lief Anfangjuni 1938 aus und wurde nicht mehr verlängert. Die Gesellschaft war bereit, ihm seine volle Jahresprovision für die Zeit bis Ende 1939 von 35'000 Reichsmark auszu zahlen; wieviel er von diesem Geld mitnehmen konnte, als er in die Vereinigten Staaten auswanderte, ist nicht bekannt. Zu dieser Zeit machten die amtlichen Verbote für Juden, als Handelsvertreter, Immobilienmakler und ähnliches ihren Unterhalt zu verdienen, solchen speziellen Geschäftsbeziehungen ohnedies ein Ende.¹⁷²

In einer Reihe von Fällen haben grosse Firmen offenbar in den ersten Jahren des Dritten Reiches einen angemessenen Preis für jüdische Unternehmen angeboten, wie im Fall des Erwerbs der in jüdischem Besitz befindlichen Norddeutschen Hefeindustrie durch die Firma Henkel.¹⁷³ Deshalb schickten die Gauwirtschaftsberater der Partei häufig die Verträge selbst dann zurück, wenn sie sich davon überzeugt hatten, dass die Käufer über das nötige Geld verfügten, Erfahrungen auf dem entsprechenden Wirtschaftsgebiet hatten und «rassisch» und politisch einwandfrei waren. In Westfalen-Süd wurden sogar die meisten Verträge zur Neuverhandlung zurückgeschickt, weil der angebotene Preis als zu hoch beurteilt wurde.¹⁷⁴ Doch nachdem die «Arisierung» einmal angelaufen war, verloren auch die Grossunternehmen, zumal wenn sie noch nicht lange existierten, sämtliche Skrupel, die sie möglicherweise gehegt hatten, und beteiligten sich an den Schachergeschäften.¹⁷⁵ Wie im Fall der Kaufhauskette Wertheim konnte dies in etlichen Fällen intern geregelt werden, wobei die jüdischen Direktoren durch nichtjüdische ersetzt wurden; von den 260 Grossunternehmen, die bis Ende 1936 aus jüdischen in nichtjüdische Hände übergegangen waren, waren nur relativ wenige von anderen Firmen aufgekauft worden.¹⁷⁶ Ab 1936 jedoch, als die Zahl der zum Verkauf gezwungenen jüdischen

Unternehmen stark anstieg, sahen sich auch Grossunternehmen auf diesem Markt um. 1937 nutzten sie bereitwillig die gebotenen Chancen. So übernahm beispielsweise Mannesmann die Wolf, Netter & Jacobi-Werke in der Metallindustrie, die 1936/37 einen Umsatz von über 40 Millionen Reichsmark erzielten; Mannesmann gehörte auch einem Montankonsortium an, das die Schrott- und Eisenhandelsfirma Stern A.G. in Essen übernahm, nachdem man dieser alle Liefer- und Abnahmeverträge gekündigt und sie so zum Verkauf gezwungen hatte.¹⁷⁷ In einigen Fällen bot die «Arisierung» einen Ausweg aus wirtschaftlichen Schwierigkeiten infolge der Massnahmen des Regimes, vor allem in der Konsumgüterindustrie. Die Schuhfabrik Salamander beispielsweise, die 1933 «arisiert» worden war, geriet durch den Vierjahresplan unter starken Druck, Lederschuhe zu exportieren, um so dringend benötigte Devisen zu erwirtschaften, und zur Herstellung der Schuhe für den deutschen Markt Lederersatz zu verarbeiten. Leder selbst war seit 1934 streng rationiert. Unter diesen Umständen war es für Salamander wirtschaftlich sinnvoll, eine Reihe vertikal verbundener Firmen zu schaffen, indem sie Lederfabrikanten und Gerbereien erwarb wie 1936 Mayer und Sohn in Offenbach; auf der anderen Seite kaufte das lederverarbeitende Unternehmen Richard Freudenberg die in jüdischem Besitz befindliche Schuhfirma Conrad Tack, die bereits 1933 unter Boykotten und Anschlägen der örtlichen SA zu leiden hatte.¹⁷⁸

Spätestens 1937 waren praktisch alle deutschen grösseren Unternehmen an der Verteilung der Beute beteiligt. Eine grosse Gesellschaft wie die Allianz gab jedes Widerstreben auf, das sie vorher empfunden hatte, und beteiligte sich mit zunehmendem Zynismus daran, einen Vorteil aus der Not der jüdischen Versicherungsagenturen zu ziehen, die jetzt gezwungen waren, ihr Geschäft aufzugeben. Solange dies noch möglich war, vergab die Allianz auch Hypothekendarlehen an die Käufer jüdischer Firmen und Immobilien.¹⁷⁹ Die Banken wiederum verdienten zweifellos gutes Geld mit den Provisionen aus solchen Verkäufen; als beispielsweise 1935 der jüdische Eigentümer der Aronwerke Elektrizitäts AG in Berlin, ein bedeutender Hersteller von Rundfunkgeräten, sich nach mehreren Aufenthalten in einem Konzentrationslager bereiterklärte, sein Unternehmen an Siemens-

Schuckert und eine weitere Firma zu verkaufen, verdiente die Deutsche Bank an dieser Transaktion 188'000 Reichsmark. Es dauerte nicht lange, bis die deutschen Banken um dieses lukrative Geschäft gegeneinander konkurrierten. Die Deutsche Bank berechnete eine Provision von 2 Prozent für die Vermittlung solcher Verkäufe und verdiente damit zwischen 1937 und 1940 mehrere Millionen Reichsmark.¹⁸⁰ In derselben Weise trat die Commerzbank als Agentin für die Käufer jüdischer Firmen auf und handelte aus wirtschaftlichen Überlegungen, wenn sie den letzteren keine Kredite mehr einräumte. Den jüdischen Verkäufern wurde weder Hilfe noch eine Beratung angeboten; im Gegenteil, da die Bank in einem offensichtlich wachsenden Markt mit anderen Banken im Wettbewerb stand, zu einem Zeitpunkt, da die Möglichkeiten, in die Industrie oder den Aussenhandel zu investieren, immer eingeschränkter wurden, suchte die Commerzbank von sich aus nach Unternehmen, von denen sie eine Provision erwarten konnte. Bis 1938 waren die «Arisierungen» zu einem festen Geschäftsbereich der Grossbanken geworden.¹⁸¹

Eine direkte Beteiligung an diesem Prozess allerdings brachte wesentlich mehr ein. Die Warenhauskette von Helmut Horten zum Beispiel entstand sogar weitgehend nur dank der Möglichkeiten, die sich aus der «Arisierung» ergaben.¹⁸² Gewiss wurde ein bestimmter Anteil der Käufe – vielleicht ein Fünftel aller Transaktionen – von persönlichen Freunden oder Sympathisanten jüdischer Geschäftsleute getätigt, die diese dazu bewogen, ihnen ihr Unternehmen zu einem höheren als dem materiellen Wert zu verkaufen (um den verbotenen Goodwill-Aufschlag zu umgehen) oder für Summen, in denen Bonusse versteckt waren, oder, falls dies nicht möglich war, die Firma treuhänderisch zu übernehmen, bis das Dritte Reich irgendwann am Ende sein würde. Die Bezahlung eines gerechten Preises im Dritten Reich, vor allem gegen Ende der dreissiger Jahre, und damit das Festhalten an einer kaufmännischen Ethik war faktisch ein Verbrechen; manche sympathisierenden Erwerber umgingen die geltenden Vorschriften bei einer «Arisierung» auch in der Weise, dass sie den Verkäufern heimlich und gesetzwidrig monatliche Zahlungen zukommen liessen, die in den Verkaufsverträgen nicht auftauchten, oder sie schmuggelten in einem Fall Schweizer Uhren und Goldschmuck nach Amsterdam, die der

jüdische Verkäufer von dort aus mitnahm, wenn er auswanderte. Andere, wie die Degussa, die mehr aus wirtschaftlichen Erwägungen als aufgrund moralischer Grundsätze handelten, liessen die jüdischen Direktoren der «arisierten» Unternehmen noch eine Zeitlang auf ihren Posten, da sie von deren Fachkenntnissen und ihren geschäftlichen Kontakten profitierten.¹⁸³

Ein wesentlich grösserer Teil der Käufer – vielleicht 40 Prozent – unternahm keinen Versuch, die Bestimmungen zu umgehen. Sie bezahlten einen möglichst geringen Preis und profitierten von der künstlichen Entwertung der Einrichtung und des Warenbestands, um selbst ein gutes Geschäft zu machen. Es spricht alles dafür, dass sie diese Transaktionen als völlig legitim angesehen haben; nach dem Krieg reagierten viele von ihnen sogar entrüstet, als sie mit Entschädigungsforderungen der ehemaligen jüdischen Eigentümer der Firmen konfrontiert wurden, die sie auf diese Weise übernommen hatten. Eine dritte Gruppe, vielleicht ebenfalls 40 Prozent, zu der viele aktive Parteigenossen gehörten, betrieb von sich aus «Arisierungen» und drückte den Preis, soweit sie nur konnte. In Hamburg führten konkurrierende Unternehmen eine Kampagne gegen die Firma Beiersdorf, indem sie Anzeigen in der Lokalpresse schalteten (Text: «Keine jüdische Hautcreme mehr benutzen!» und «Lovana-Creme ist gleich gut, ist billiger und rein deutsch!») und Aufkleber verteilten mit der Aufschrift: «Wer Nivea-Artikel kauft, unterstützt damit eine Judenfirma!».¹⁸⁴ Einige hatten keine Skrupel, zu Mitteln wie Drohung und Erpressung zu greifen oder die Gestapo einzuschalten. Ein nicht untypischer Zwischenfall ereignete sich im Sommer 1935 in der Stadt Fürstenwalde, als der jüdische Besitzer eines Ladenlokals nach langwierigen Verhandlungen einwilligte, das Geschäft an einen nichtjüdischen Interessenten zu verkaufen, der wiederholt versucht hatte, den ursprünglich vereinbarten Preis zu drücken. Bei einem Treffen im Büro des Anwalts des Käufers sollte schliesslich der Vertrag unterschrieben und der Kaufpreis in Höhe von 30'000 Reichsmark übergeben werden, als aus einem Nebenzimmer plötzlich zwei Gestapobeamte erschienen und das Geld mit der Begründung konfiszierten, es handle sich um «volks- und staatsfeindliches Vermögen». Da der Verkäufer das Geld schon an sich genommen hatte und den Beamten nicht aushändigen wollte, wurde er wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt in «Schutzhaft» ge-

nommen, während der Käufer ihm und seinen Angehörigen verbot, das Haus zu betreten, obwohl im Vertrag eine Übergangsfrist bis zum endgültigen Auszug vereinbart worden war.¹⁸⁵

Auch ausländische Unternehmen in Deutschland betrieben aktiv die «Arisierung» ihres Personals. Beunruhigt über ihren Status unter einem offensichtlich nationalistischen Regime beeilten sich einige von ihnen ganz besonders, ihre jüdischen Mitarbeiter loszuwerden, nachdem die Nationalsozialisten 1933 an die Macht gekommen waren. Der Vorstandsvorsitzende von Olex, der deutschen Niederlassung der späteren British Petroleum, entliess jüdische Angestellte oder begrenzte deren Arbeitsverträge bereits im Mai/Juni 1933. Später im selben Jahr bemühte sich das Schweizer Chemieunternehmen Geigy um offizielle Anerkennung als arischer Konzern, so dass es auch weiterhin Färbemittel an die NSDAP zur Herstellung von «Symbolen der nationalen Bewegung» liefern konnte.¹⁸⁶ Grosse ausländische Unternehmen wie Opel, eine Tochtergesellschaft von General Motors, und die deutsche Niederlassung der Ford Motor Corporation waren mit der «Arisierung» einverstanden und entliessen ebenfalls ihre jüdischen Angestellten. Beide Unternehmen erteilten sogar ihre Zustimmung, dass ihre Produktionsanlagen auf eine Rüstungsproduktion umgestellt wurden, auch wenn sie wegen der Devisenbeschränkungen ihre Gewinne nicht an ihre Muttergesellschaft in den Vereinigten Staaten überweisen konnten. Es hatte deshalb wenig Sinn für diese Tochterfirmen ausländischer Unternehmen, sich am Gerangel um jüdische Unternehmen zu beteiligen.¹⁸⁷

Dieses Gerangel wiederum verkam in den Händen einiger der Beteiligten schnell zu einem Pfuhl aus Erpressung, Schacher, Korruption und Ausplünderung. Gewiss, Göring in seiner Eigenschaft als Beauftragter für den Vierjahresplan und Hess als «Stellvertreter des Führers» hatten angeordnet, dass die «Arisierung» in gesetzlichen Bahnen verlaufen sollte und Amtsträger der Partei keine finanziellen Vorteile davon haben dürften, eine Anordnung, die von anderen hohen Funktionsträgern der Partei wie Heinrich Himmler und dem Gauleiter von Baden, Robert Wagner, bestätigt wurde. Doch die Häufigkeit und der Nachdruck, mit dem diese Anordnungen wiederholt wurden, lassen vermuten, dass Parteifunktionäre nur

allzu bereitwillig die Enteignung jüdischer Unternehmen für ihren persönlichen Vorteil ausnutzten. Parteiaktivisten der mittleren und unteren Ebene waren einfach nicht bereit, sich von den verachteten Staatsorganen und dem Gesetz im Kampf gegen die Juden in den Arm fallen zu lassen, und betrachteten vielfach den Raub, den sie ungestraft begehen konnten, als eine gerechte Belohnung für die Opfer, die sie während der «Kampfzeit» in der Weimarer Republik gebracht hatten. Jedenfalls, so ihre Rechtfertigung, waren das Sachvermögen und das Geld im Besitz der Juden sowieso zuerst dem deutschen Volk gestohlen worden. Die massenhafte, landesweite und überwiegend unkoordinierte Gewalt, von der die Machtübernahme der Nationalsozialisten in der ersten Jahreshälfte 1933 begleitet war, bildete den Hintergrund für die Braunhemden, Gold und wertvollen Schmuck aus den Häusern und Wohnungen der Juden zu rauben und nötigenfalls die Eigentümer so lange zu foltern, bis sie die Schlüssel zum Safe herausgaben. Es war nicht ungewöhnlich, dass festgenommene Juden gegen eine hohe «Kautions» auf freien Fuss gesetzt wurden, die dann sogleich in den Taschen der SA- oder SS-Männer verschwand, von denen sie in «Schutzhaft» genommen worden waren. Parteiführer in Breslau, die Juden mit Gewalt bedroht hatten, falls sie nicht zahlten, wurden zunächst festgenommen, weil sie Geld durch Drohungen erpresst hatten, vor Gericht jedoch freigesprochen, da der Staatsanwalt ihr Handeln lediglich als einen «nationalsozialistischen Übereifer» wertete.¹⁸⁸

Nach der «Nacht der langen Messer» Ende Juni 1934 hörten solche Aktionen mehr oder weniger auf, auch wenn es im Sommer des folgenden Jahres wieder zu einigen wenigen ähnlich gearteten Ausschreitungen kam. Die «Arisierung» jüdischer Unternehmen, zumal wenn sie von den Gauwirtschaftsberatern der NSDAP betrieben wurde, bot dagegen Möglichkeiten einer Bereicherung in weit grösserem Massstab. In Thüringen beispielsweise nahm der Gauwirtschaftsberater 10 Prozent Provision vom Kaufpreis der «Arisierungsaktionen», angeblich zur Deckung der Bürourkosten; am Ende war er in der Lage, aus diesem Geschäft über eine Million Reichsmark zu ziehen und ein spezielles Parteikonto zu eröffnen, von dem Gelder an verdiente Parteigenossen überwiesen wurden, die damit weitere jüdische Geschäfte kaufen konnten, sobald diese zum Verkauf standen.

So erhielt «Parteigenosse Ulrich Klug» ein «Darlehen» in Höhe von 75'000 Reichsmark für den Kauf eines Zementwerks, während «Parteigenosse Ignaz Ildinger» mit 5'000 Reichsmark für die «Arisierung» des Hotels Blum in Oberhof bedacht wurde. Ähnliche Praktiken konnte man auch in anderen Gauen beobachten. Niemand erwartete, dass dieses Geld zurückgezahlt würde. Ranghöhere Parteifunktionäre konnten sich auf diese Weise schamlos bereichern. Der Gauleiter in Hamburg, Karl Kaufmann, forderte von den Käufern wie den Verkäufern «Arisierungsbeiträge» und benutzte das Geld unter anderem für den Kauf sämtlicher Anteile der Siegfried Kroch GmbH, einer chemischen Fabrik. Dem Gauschulungsleiter in Württemberg-Hohenzollern gelang es, ein Schieferwerk in Metzingen an sich zu bringen, das sein jährliches Einkommen um das Zehnfache erhöhte.¹⁸⁹

In kleinem Massstab erhielten viele Parteiaktivisten der unteren Ränge ebenfalls Geld aus den «Arisierungen», um eine Lotteriekonzession, einen Zigarettensiosk oder Ähnliches zu kaufen. Da es offiziell verboten war, unmittelbar von den Zwangsverkäufen zu profitieren, wurden Verwandte oder enge Freunde der Ortsgruppen- oder Kreisleiter vorgeschoben, wie im Fall von Gerd Fiehler, der ein jüdisches Schuh- und Lederwarengeschäft durch die guten Beziehungen seines Bruders, des Oberbürgermeisters von München, erwerben konnte. In vielen dieser Fälle war offensichtlich, dass die Angehörigen des betreffenden Parteifunktionärs gemeinsam vorgingen. Solche Tricksereien, bei denen das Gesetz eher umgangen als gebrochen wurde, gingen oftmals in regelrecht kriminelle Handlungen über, wenn beispielsweise NS-Funktionäre von Juden Geld erhielten, weil sie ihnen betrügerische Angebote gemacht hatten, ihnen zu helfen oder Schutz zu gewähren, oder sich bestechen liessen, um ihnen behilflich zu sein, die finanziellen Bestimmungen zu umgehen, die eine Auswanderung so schwierig machten. «Wer als Geschäftsmann etwas erreichen wollte», sagte nach dem Krieg ein Aachener Immobilienmakler, der an den «Arisierungen» gut verdient hatte, gegenüber einem amerikanischen Offizier, «brauchte Freunde im Staatsapparat. Direkte Bestechung war aber zu gefährlich. Man musste indirekt vorgehen. Man lud den jeweiligen Dezerenten, vielleicht auch seine Familie, zu einem guten Essen ein und liess die besten Weine auffahren. Das machte man ein paarmal, bis derjenige

mürbe wurde und man sein Wohlwollen gewonnen hatte. In meiner Branche besuchte man zweckmässigerweise die Lokale, in denen die Parteifunktionäre mit ihren Frauen oder Freundinnen verkehrten. So wurde man dort bekannt. Wochenlang ging ich täglich in das Lokal, wo der Aachener Kreisleiter Stammgast war. Das kostete mich eine Stange Geld, aber am Ende schlossen wir Bekanntschaft.»¹⁹⁰

II

Die «Arisierungen» waren nur ein Teil eines ausgedehnten und schnell wachsenden Systems der Ausplünderung, Enteignung und der Unterschlagung im Dritten Reich. Es begann ganz oben, bei Hitler persönlich. Zunächst einmal fiel nach dem Tod Hindenburgs dessen Privatschatulle, amtlich die «Verfügungsmittel des Reichspräsidenten», in Hitlers Hände. Ausgaben aus diesem Fonds waren bisher einer Prüfung des Rechnungshofs unterworfen und mussten schliesslich vom Reichstag ebenso entlastet werden wie das persönliche Budget des Reichskanzlers. Mit der praktischen Ausschaltung des Reichstags und der Entfernung sämtlicher Elemente einer kritischen Untersuchung der Handlungen der Regierung durch die Presse, ganz zu schweigen von dem ausufernden Personenkult, der Hitler umgab, ein Kult, der in keiner Hinsicht eine Kritik am «Führer» duldete, war der Weg frei. Hitler konnte nun frei über diese Gelder verfügen. Trotz einiger Zweifel in den höheren Rängen der Beamtenschaft verteilte Hitler jetzt immer unbefangener Geld an alle und jeden. Daraufhin begannen führende Parteigenossen dem Reichskanzler Objekte, die ihrer Ansicht nach seine Grosszügigkeit verdienten, vorzuschlagen. Schon im Herbst 1933 hatte Hitler auf den Vorschlag des Reichsinnenministers und eines seiner Vertreter aus dem Fonds des Reichskanzlers einen monatlichen Ehrensold von 300 Reichsmark an 17 Personen gewährt, die sich als «völkische und antisemitische Vorkämpfer» Verdienste erworben hatten. Einer von ihnen war zum Beispiel Richard Ungewitter aus Stuttgart, der Autor zahlreicher rassistischer Bücher mit Titeln wie *Aus Judenknechtschaft zur Freiheit empor* und *Rassenverschlechterung durch Juda*. Bis 1936 hatte sich Hitlers Grosszügigkeit in dieser Weise auf Menschen er-

streckt, die in der Weimarer Republik wegen politischen Delikten eine Haftstrafe verbüsst hatten. Über hundert Männer und Frauen erhielten einen Ehrensold zwischen 50 und 500 Reichsmark monatlich für ihre besonderen Dienste für die Partei. Mit solchen Zuwendungen machte Hitler deutlich, dass er völkische und antisemitische Propagandisten und Parteipraktikanten für die von ihnen vor der Machtübernahme der NSDAP gebrachten Opfer entschädigen wollte, und unterstrich damit das Selbstbild der Braunhemden und der «alten Kämpfer» als selbstlose Märtyrer für eine grosse Sache und band sie in symbolischer wie materieller Form an das neue Regime.¹⁹¹

Hitler vergass aber auch die Wehrmacht nicht. Er beschenkte sie mit Ölbildern für ihre Offiziersheime, die militärische Szenen oder den «Führer» selbst zeigten. Ausserdem gab es ab Juli 1937 jährliche Zuwendungen von insgesamt 100'000 Reichsmark «für Erholungsurlaube von Offizieren der Wehrmacht». Die Wehrmacht zu beschwichtigen war sicherlich ein wesentliches Motiv, zumal nach der Ermordung des Generals Kurt von Schleicher in der «Nacht der langen Messer». Darüber hinaus bezahlte Hitler aus seinem Dispositionsfonds beträchtliche Summen für die Aufstockung der Ruhegehälter von Offizieren wie Vizeadmiral Reuter, der am 21. Juni 1919 die Selbstversenkung der deutschen Flotte in Scapa Flow befohlen hatte. August von Mackensen, um die Mitte der dreissiger Jahre der letzte noch lebende Feldmarschall der Armee des Kaisers und somit eine wichtige Symbolfigur für die Wehrmacht, erhielt eine steuerfreie Dotation in Form der preussischen Domäne Brüssow, Kreis Prenzlau, sowie 350'000 Reichsmark für den Umbau und eine Neuausstattung des Guts. Als Monarchist hielt Mackensen es für nötig, an den abgedankten Kaiser Wilhelm II. im Exil zu schreiben und sich dafür zu entschuldigen, dass er das Geschenk angenommen hatte, da seiner Meinung nach nur der Kaiser persönlich berechtigt war, solche Dotationen zu machen. Wie zu erwarten, war der Kaiser darüber nicht sehr erbaut und betrachtete den Feldmarschall hinfort als Verräter. Dessenungeachtet erhielten noch mehrere weitere adelige Gutsbesitzer von Hitler grosszügige Dotationen, um ihre Schulden tilgen zu können.¹⁹²

Um diese Freizügigkeit zu erleichtern, erhöhte sich der Dispositionsfonds im Staatsbudget im Lauf der Jahre kontinuierlich und beträchtlich,

bis er 1942 die unglaubliche Summe von 24 Millionen Reichsmark erreicht hatte.¹⁹³ Zu diesen Beträgen kamen Hitlers Tantiemen aus den Verkäufen von *Mein Kampf*, ein Buch, das von den NS-Organisationen in grossen Mengen bestellt wurde und praktisch in jedem Haushalt im Bücherregal stand. Die Tantiemen beliefen sich allein im Jahr 1933 auf 1,2 Millionen Reichsmark. Ab 1937 beanspruchte Hitler auch regelmässige Honorarzahungen für den Abdruck seines Bildes auf den Briefmarken, etwas, das Hindenburg nie getan hatte; allein ein einziger Scheck, der ihm in Gegenwart Speers vom Reichspostminister überreicht wurde, war auf einen Betrag von 50 Millionen Reichsmark ausgestellt, wie Speer sich später erinnerte. Die jährliche Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft vergrösserte den Fonds ebenso wie Honorare von der NS-Presse für den Abdruck seiner Reden. Ausserdem wurde Hitler reichlich in den Testamenten dankbarer verstorbener Nationalsozialisten bedacht. Wenn man alle diese Summen zusammenrechnet, konnte man sich gut vorstellen, dass Hitler auf sein Jahresgehalt als Reichskanzler in Höhe von 29'200 Reichsmark sowie auf seine Aufwandsentschädigung von jährlich 18'000 Reichsmark nicht angewiesen war; propagandawirksam verzichtete er bald nach seinem Amtsantritt als Reichskanzler zugunsten von SA und SS auf beides und pflegte damit sein Image als ein Mann, der alles für das Volk tat und für sich selbst nichts wollte. Als ihn jedoch das Finanzamt München-Ost 1934 mahnte, weil er aus dem Jahr 1933 noch über 400'000 Reichsmark Steuerschulden hatte, wurde das Verfahren niedergeschlagen. Ein dankbarer Hitler gewährte dem Präsidenten des Finanzamts München, Dr. Ludwig Mirre, eine steuerfreie jährliche Zahlung von 2'000 Reichsmark.¹⁹⁴

Hitlers persönliche Stellung als der charismatische «Führer» des Dritten Reiches, der faktisch über dem Gesetz stand, befreite nicht nur ihn, sondern auch andere von den Geboten finanzieller Redlichkeit. Seine unmittelbaren Untergebenen verdankten ihre Position keinem gewählten Organ, sondern allein Hitler; sie waren niemandem Rechenschaft schuldig ausser ihm. Dieselben persönlichen Beziehungen wiederholten sich auf jeder weiteren politischen Ebene bis nach unten. Das Ergebnis war zwangsläufig ein ausgedehntes und wachsendes Netz der Korruption, da Ämterpatro-

nage, Vetternwirtschaft, Bestechung und Begünstigungen sehr schnell zu dem Bindemittel wurden, welches das ganze System zusammenhielt. Nach 1933 wurde die fortdauernde Loyalität der treuen Anhänger der Partei mit einem riesigen System persönlicher Vorteile erkaufte. Für Hunderttausende Parteiaktivisten, die ohne Arbeit waren, bedeutete dies in erster Linie, dass sie eine Arbeit bekamen. Bereits im Juli 1933 versprach Rudolf Hess all jenen eine Stelle, die vor dem 30. Januar 1933 in die Partei eingetreten waren. Im Oktober desselben Jahres leitete die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Berlin eine Sonderaktion zur beschleunigten «Unterbringung» von arbeitslosen Parteigenossen mit einer Mitgliedsnummer zwischen 100'000 und 300'000, ferner all derjenigen, die länger als ein Jahr als «Amtswalter» eine verantwortliche Stellung in der Partei bekleidet hatten, sowie alle Angehörigen von SA, SS und Stahlhelm, die ihren Organisationen vor dem 30. Januar 1933 beigetreten waren. Das löste bei den Gauleitern Beschwerden aus, da die Partei bereits ab Ende 1930 Mitgliedsnummern über 300'000 ausgegeben hatte, so dass viele von denen die danach eingetreten waren, nicht berücksichtigt wurden. In der Praxis hatten diese Bestimmungen jedoch kaum eine Bedeutung, weil die beteiligten Institutionen sich nicht daran hielten. Wie sich herausstellte, erhielten oftmals Parteigenossen, die überhaupt nicht arbeitslos waren, eine Stelle, die ihnen bessere Karrieremöglichkeiten versprach. So waren beispielsweise von 3023 Nationalsozialisten, die bis zum 1. Januar 1936 in den mittleren und unteren Beamtendienst des Reichskriegsministeriums eingetreten waren, lediglich 369 zuvor arbeitslos gewesen.

Dieses System einer Verteilung von Arbeitsplätzen an die eigenen Leute orientierte sich tatsächlich an einer seit Langem geübten Praxis in Preussen und anderswo, bei der aus dem Heer entlassene Unteroffiziere automatisch eine Anstellung im Staatsdienst erhielten, vor allem in der Polizei, aber auch in anderen Bereichen des öffentlichen Sektors. Die Anwendung dieses Prinzips auf die Mitglieder der SA und der NSDAP war jedoch etwas anderes, da sie als Mitglieder einer Partei und nicht als ehemalige Diener des Staats belohnt wurden. Auch ihr Ausmass und die Plötzlichkeit ihres Auftretens waren neu. In Berlin versorgte die NSDAP ihre Mitglieder bis zum Oktober 1933 mit rund 10'000 Arbeitsstellen, und 90 Prozent

aller freigewordenen Stellen im öffentlichen Dienst gingen an «alte Kämpfer». Wenn ein Kandidat von der SA für einen Arbeitsplatz vorgeschlagen wurde, musste der Arbeitgeber schon mutig sein, wenn er diesen ablehnte, mochte er für die Stelle auch noch so ungeeignet sein. Viele Parteimitglieder, die eine Arbeitsstelle im Staatsdienst erhielten, stellten fest, dass die Zeit ihrer Zugehörigkeit zur Partei, SA oder SS sich auf ihren Rang in der neuen Stelle auswirkte, was ihnen einen deutlichen Vorteil gegenüber ihren neuen Kollegen verlieh, sobald es um Beförderungen ging. Etliche dieser Stellen waren offensichtliche Sinekuren. So wurde beispielsweise der SA-Führer und Leiter des Konzentrationslagers Fuhlsbüttel, Paul Ellerhusen, der keinen Lehrabschluss hatte und seit 1929 ununterbrochen arbeitslos gewesen war, als «persönlicher Sekretär» des Reichsstatthalters in Hamburg mit der Dienstbezeichnung «Regierungsrat» eingestellt; nach seiner Beförderung zum Senats- und Obersenatsrat wurde er Dezernent im Jugendamt, wo er glücklicherweise nur selten zur Arbeit erschien, weil er fast immer betrunken war.¹⁹⁵

Überall in Deutschland gab es ähnliche Fälle. Kommunale Versorgungsbetriebe wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke boten SA-Männern zahlreiche Gelegenheiten, eine Stelle zu finden, häufig mehr als eigentlich benötigt wurden. Bei einer Revision der Hamburger Allgemeinen Ortskrankenkasse beispielsweise wurde festgestellt, dass dort 228 Angestellte zuviel beschäftigt waren. Tausende alte Parteigenossen fanden bequeme Arbeitsplätze bei den städtischen Verkehrsbetrieben; in Hamburg erhielten dort in den Jahren 1933/34 über tausend eine Stelle – ob sie wirklich benötigt wurden, war eine andere Frage. Der Hamburger «Gaubauernführer» Herbert Duncker erhielt ein Jahresgehalt von 10'000 Reichsmark als «landwirtschaftlicher Berater der HEW» (Hamburger Elektrizitätswerke AG), ohne dort jemals gearbeitet zu haben. Auf diese Weise wurden öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen praktisch genötigt, die NSDAP und ihre Gliederungen zu subventionieren. Ein ähnlicher Druck wurde auf die verschiedensten Privatunternehmen ausgeübt. Daneben sorgten zwei weitere Gesetze für das finanzielle Wohlergehen der Parteigenossen. Das erste, vom 13. Dezember 1934, befreite sie von ihrer persönlichen Haftung für Übergriffe und Zerstörungen während der «nationalsozialistischen Erhebung» 1933.

Personen- und Sachschäden aus dieser Zeit sollten aus Steuermitteln beglichen werden. Ein zweites Gesetz von 1938 ermöglichte es «verdienten» Parteigenossen, die vor dem 1. Januar 1934 mit einem selbständigen Beruf gescheitert waren, ihre Schulden zu bereinigen.¹⁹⁶ Demgegenüber wurden ehemalige Aktivisten der SPD und der KPD bei ihrer Suche nach einem Arbeitsplatz immer wieder abgewiesen, bis der Arbeitskräftemangel in der Rüstungsindustrie sich so stark bemerkbar machte, dass ihre frühere politische Tätigkeit geflissentlich übersehen wurde. Die Erfahrung von Willi Erbach, einem gelernten Maschinenschlosser, der dem sozialdemokratisch orientierten Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold angehört hatte, war nicht untypisch: 1933 wegen seiner politischen Aktivitäten entlassen, fand er erst drei Jahre später wieder eine Arbeit, als das Arbeitsamt ihn plötzlich zu den Krupp-Werken in Essen schickte. Während dieser drei Jahre hatten weniger qualifizierte Arbeiter keine Probleme, einen Arbeitsplatz zu finden, sofern sie Nationalsozialisten waren.¹⁹⁷

Die Möglichkeiten der Selbstbereicherung bestanden auf allen Ebenen der NS-Hierarchie bis hinunter zu den einfachen Braunhemden, die sich mit Geldkassetten, dem Mobiliar, der Bettwäsche und der sonstigen Einrichtung bedienten, die sie in den Räumen der Gewerkschaftshäuser, in die sie am 2. Mai eingebrochen waren, und in den Wohnungen der Personen fanden, die von ihnen verhaftet wurden. Bezeichnend war der Fall des Führers der Münchener Studentenschaft Friedrich Oskar Stäbel, der aus internen Intrigen als Sieger hervorging, was zur Folge hatte, dass er im September 1933 zum Führer der deutschen Studentenschaft ernannt wurde. Stäbel feierte seinen Aufstieg an die Spitze, indem er die studentischen Beiträge für seine persönlichen Bedürfnisse ausgab, Kleidung, Automobile und anderes, und eine Marschkapelle zu seiner eigenen Unterhaltung aufstellte und ausstaffierte. Die Berliner Studentenschaft kaufte von den studentischen Beiträgen nicht weniger als sieben Automobile zur privaten Nutzung ihrer Führer.¹⁹⁸ Die Menge an Geld und Sachwerten, die der Partei ab 1933 zufluss, war so enorm, dass viele Politische Leiter der Versuchung nicht widerstehen konnten, einen Teil davon für sich selbst abzuzweigen. Für den Reichsschatzmeister der Partei waren dies keine Kavaliersdelikte, und zwischen dem 1. Januar 1934 und dem 31. Dezember 1941 strengte er 10 887 Strafverfahren gegen NSDAP-Mitglieder an, die

sich am Parteivermögen vergriffen hatten; in vielen Fällen waren es Mitglieder der Gliederungen und angeschlossener Verbände, die Gelder veruntreut oder unterschlagen hatten. Die Prüfung der Bücher und die Rechnungsprüfung allgemein mussten fast zwangsläufig chaotisch sein in einer Situation, wie sie 1933 herrschte, als die Partei und ihre unzähligen Gliederungen und angeschlossenen Organisationen immer schneller anwuchsen. Es war kaum überraschend, dass unter den 1,6 Millionen Menschen, die der NSDAP in den ersten Monaten des Jahres 1933 zuströmten, nicht wenige waren, die auf diese Weise ihr Glück zu machen hofften.¹⁹⁹

III

Bei so viel Geld, das ihre Kassen und Konten füllte, war es nicht verwunderlich, dass die NS-Führer auf jeder Ebene der Hierarchie nach kurzer Zeit einem Lebensstil frönten, von dem sie vor 1933 nicht einmal geträumt hatten. Davon waren die Männer an der Parteispitze nicht ausgenommen. Reichspropagandaminister Joseph Goebbels zum Beispiel hatte 1932 dem Finanzamt gegenüber sein Jahreseinkommen auf 619 Reichsmark beziffert. Innerhalb weniger Jahre verdiente er jedoch 300'000 Reichsmark an Honoraren für seine wöchentlichen Leitartikel in der Zeitschrift *Das Reich*, die im Eher Verlag erschien. Diese Summe sprengte jeden Rahmen – das Jahresgehalt eines Ministers betrug damals 38'000 Reichsmark – und war nichts anderes als Schmiergeld des Verlegers, der an guten Beziehungen zum Reichspropagandaministerium interessiert war. Goebbels wiederum machte für dieses Honorar gegenüber dem Finanzamt steuerfreie Betriebsausgaben in Höhe von 20 Prozent geltend, die er tatsächlich gar nicht hatte. Von diesem Geld kaufte Goebbels unter anderem eine Villa auf der Wannseeinsel Schwanenwerder, nachdem der Berliner Oberbürgermeister die frühere Eigentümerin, die jüdische Ärztin Charlotte Herz, zum Verkauf des Anwesens an die Stadt gezwungen hatte. 1936 stellte Berlin ihm ein weiteres Gebäude am Bogensee auf Lebenszeit zur Verfügung, das von ihm für 2,2 Millionen Reichsmark aufwendig umgebaut wurde. 1938 verkaufte er die Villa auf Schwanenwerder dem Industriellen Alfred Ludwig, durfte jedoch weiterhin mietfrei darin wohnen.

Dennoch galt Goebbels in weiten Teilen der Bevölkerung als einer der am wenigsten korrupten Parteiführer, ebenso wie Albert Speer, dessen Honorare für seine Tätigkeit als Architekt, vermehrt durch die üblichen Weihnachtsgeschenke des DAF-Führers Robert Ley und die Steuererleichterungen, die den NS-Oberen üblicherweise gewährt wurden, ihn noch vor dem Krieg zum Millionär machten.²⁰⁰

Am berüchtigtsten von allen war Hermann Göring, dessen Jagdhaus Carinhall in der Schorfheide im Lauf der Jahre für nicht weniger als 15 Millionen Reichsmark zu einer Luxusresidenz ausgebaut wurde, finanziert vom deutschen Steuerzahler. Allein die Verwaltung dieses Palasts verschlang jährlich fast eine halbe Million Reichsmark, wiederum auf Kosten des Steuerzahlers; darüber hinaus besass Göring einen «Reichsjägerhof» in Ostpreussen, eine Villa in Berlin, ein «Alpenhaus» auf dem Obersalzberg, die Burg Veldenstein und fünf weitere Jagdhäuser, nicht zu reden von einem Sonderzug, der ständig zehn Automobile und eine Bäckerei mit sich führte. Allein für die beiden von Göring bewohnten Wagen bezahlte der Staat – die aufwendige Inneneinrichtung nicht mitgerechnet – 1,32 Millionen Reichsmark. 1937 schenkte der Reichsverband der deutschen Automobilindustrie Göring eine Yacht im Wert von 750'000 Reichsmark. In allen genannten Gebäuden hingen Görings gesammelte Kunstwerke aus. Die eigentliche Chance aber, eine echte Kunstsammlung zusammenzubringen, sollte für ihn erst mit dem Krieg kommen. Ebenso wie den übrigen NS-Bonzen gelang es ihm, den grössten Teil seiner Einkünfte vor dem Fiskus zu verschleiern; für den Rest erhielt er massive Steuererleichterungen. Nach Erlassen des Reichsfinanzministeriums aus den Jahren 1937 und 1939 sollten die steuerlichen Belange der Reichsminister und der NSDAP-Reichsleiter ausschliesslich durch die Finanzämter Berlin-Mitte und München-Nord bearbeitet werden, die entsprechend grosszügig verfahren.²⁰¹

Eine derartige Prachtentfaltung war nicht nur ein Anzeichen für persönliche Korruption, die mit jeder Diktatur einhergeht, sondern brachte auch ein unter den höheren NS-Funktionären verbreitetes Bedürfnis zum Ausdruck, nach aussen hin zu demonstrieren, dass sie die neuen Herren in Deutschland seien. Die Jagd wurde zu einem beliebten Zeitvertreib vieler Gauleiter, von denen etliche ein Jagdrevier erwarben, obwohl sie sich bis-

her für diese Liebhaberei, die früher das Vorrecht des Adels gewesen war, nie interessiert hatten. Angesichts der Notwendigkeit, in dieser wie in anderer Hinsicht nicht hinter den übrigen Gauleitern zurückzustehen, hatte es der Gauleiter von Hamburg, Karl Kaufmann, anfangs schwer, da der Stadtgau Hamburg über keine grösseren Waldflächen verfügte. Als mit der Schaffung von Gross-Hamburg 1937 ein grösseres Waldstück im Norden der Stadt auf Hamburger Staatsgebiet übergang, erklärte Kaufmann dieses zum Naturschutzgebiet, umzäunte das Gelände auf Kosten der Stadt mit einem elf Kilometer langen Wildgatter, bestückte es mit Rot- und Damwild und liess das gesamte Gebiet vom Hamburger Stadtkämmerer zu einem Vorzugspreis an sich selbst verpachten. Die meisten führenden Nationalsozialisten folgten darüber hinaus dem Beispiel Hitlers und kauften alte Meister und neue Werke aus der Grossen Deutschen Kunstausstellung, um sie an die Wände ihrer luxuriösen Villen und Jagdhäuser zu hängen, nicht weil sie besondere Kunstliebhaber gewesen wären, sondern weil dies ein sichtbares Symbol ihrer Stellung innerhalb der Parteihierarchie war.²⁰²

Die Korruption verband sich fast automatisch mit Diebstahl und Erpressung, sobald die Parteiführer und ihre Untergebenen mit den Hilflosen und Machtlosen zu tun bekamen. Der Hass, den die Parteiaktivisten gegenüber Juden, Kommunisten, «Marxisten» und anderen «Reichsfeinden» empfanden, nahm ihnen alle Hemmungen, sie nach Belieben auszurauben. Im Verlauf der gewaltsamen Machtübernahme 1933 führten SA-Männer, die als Hilfspolizisten verpflichtet wurden, «Haussuchungen» durch, die kaum mehr waren als ein Vorwand für Raub. In den Konzentrationslagern betrachteten SS-Führer und Lagerkommandanten die Werkstätten, in denen Häftlinge arbeiteten, als ihr persönliches Besitztum, nahmen von dort Möbel für die eigene Wohnungseinrichtung mit, Bilder und Gemälde für ihre Wände und anderes. Der Kommandant des Konzentrationslagers Lichtenburg etwa liess sich seine privaten Bücher von den Häftlingen in der Buchbinderei des Lagers neu einbinden, sie mussten Schuhe und Stiefel für ihn und seine Familie machen und Briefkästen und Bügelbretter für seinen Haushalt anfertigen. Die Untergebenen des Kommandanten befahlen den Häftlingen, für sie Spargel und Erdbeeren aus dem Gemüsegarten des La-

gers zu stehlen, sie «organisierten» Lebensmittel für sich aus der Lagerküche und unterschlugen Geld aus der Lagerkantine. Diebstähle der persönlichen Besitztümer der Häftlinge und von Geld, das die neu Eingelieferten bei sich trugen, waren an der Tagesordnung. 1938 konfiszierte der Kommandant von Buchenwald, Karl Koch, Sachwerte und Bargeld von den dort eingelieferten Juden im Wert von 200'000 Reichsmark und verteilte einen Teil davon an seine Untergebenen, verbuchte den Rest jedoch auf seinem Privatkonto.²⁰³

Wenn einer aus den höheren Chargen der Partei doch einmal wegen solcher Vergehen strafrechtlich verfolgt wurde, dann wahrscheinlich eher als Folge seiner allzu grossen Sorglosigkeit als des Rechtsempfindens seiner Oberen. Als Robert Schöpwinkel, der Reichs- und Bezirksgruppenleiter des Reichsverbandes des deutschen Gastwirtsgewerbes, samt seinen beiden Geschäftsführern wegen Veruntreuung von 100'000 Reichsmark angeklagt und verurteilt wurden, lag dies hauptsächlich daran, dass ihre Korruption im Gastwirtsgewerbe so allgemein bekannt war, dass der Inhaber eines von Hitler bevorzugten Hotels in Godesberg eines Tages an den «Führer» herantrat und ihm sagte, wenn Schöpwinkel nicht endlich das Handwerk gelegt werde, führe dies zum Auseinanderbrechen der ganzen Fachschaft der Wirte im Rheinland.²⁰⁴ Einige wenige solche Prozesse ermöglichten den Führern des Regimes, sich als die wahren Hüter des Gesetzes darzustellen, die anders als ihre Vorgänger in der Weimarer Republik die Korruption entschlossen bekämpften. Tatsächlich wurde über solche Formen der Korruption in der Presse kaum berichtet. Ermutigt wurde sie durch das Fehlen jeglicher Kontrolle durch Medien oder Öffentlichkeit über die Regierung und die Partei, durch die persönliche Natur der Macht im Regime und durch den allgemeinen Widerwillen der Nationalsozialisten gegen formale administrative Strukturen und Normen. Im angespannten Wirtschaftsklima zu Beginn bis zur Mitte der dreissiger Jahre schien Macht ein schneller Weg zu Reichtümern zu sein, und es gab nur wenige in verantwortungsvollen Positionen in der Partei, die der Versuchung widerstehen konnte, diesen Weg einzuschlagen. Gerüchte und Geschichten über Korruption verbreiteten sich schnell in der Bevölkerung. Im September 1934 hielt Victor Klemperer eine Unterhaltung mit einem Hitler jungen fest, dem Sohn eines Freundes, der ihm schilderte, wie Gruppenführer

bei Ausflügen den Jungen mehr Geld abnehmen als sie ausgegeben hätten. Einer, der bisher «ganz arm» gewesen sei, fahre inzwischen ein Motorrad. Es wage jedoch keiner, darüber zu reden, weil jeder sich vor jedem fürchtete.²⁰⁵

Der Sumpf der Korruption, in dem die Wirtschaft sehr bald nach 1933 versank, war der Gegenstand zahlreicher Witze in der Bevölkerung. Frage: «Was ist ein Reaktionär?» Antwort: «Der Inhaber eines gutbezahlten Postens, der einem Nazi gefällt.» Görings Vorliebe für Uniformen und Titel war das besondere Ziel des landläufigen Humors. Ein «Gör» war die Masseinheit für «diejenige Menge Blech, die ein Mann auf der Brust tragen kann». Während eines Besuchs in Rom, um Verhandlungen mit dem Vatikan zu führen, telegraphiert Göring an Hitler: «Auftrag erfüllt. Papst abgesetzt. Tiara und Bischofsmantel passen wie angegossen.» In einem anderen Witz wacht Görings Frau mitten in der Nacht auf und sieht ihren Mann nackt neben dem Bett stehen und seinen Marschallsstab schwingen. «Was machst du denn da?» fragt sie. «Ich befördere meine Unterhosen zu Oberhosen», erwidert Göring. Witze über die Korruption erreichten selbst die Bühne. In der Berliner «Katakomben» trat der Kabarettist Werner Finck auf und liess sich in einer Nummer von einem Schneider einen neuen Anzug anmassen. Während der Schneider Mass nahm, hielt Finck den rechten Arm wie beim Hitlergruss hoch. «Was für eine Jacke soll es denn sein», fragt der Schneider, «mit Winkeln und Streifen?» «Sie meinen eine Zwangsjacke?» fragt Finck. «Wie hätten Sie gern die Taschen?» «Nach der jetzigen Mode – weit offen», kommt die Antwort. Nicht lange danach wurde das Kabarett auf eine Anweisung von Goebbels geschlossen und Finck in ein Konzentrationslager gebracht. Nur Hitler wurde gewöhnlich selbst in privatem Kreis von den boshaften Bemerkungen über die korrupten Nazibonzen ausgenommen. Klagen über die Korruption richteten sich gegen seine Untergebenen, vor allem die «kleinen Hitler», die in den Gauen das Sagen hatten. In einem typischen Witz werden die Kinder von Magda und Joseph Goebbels der Reihe nach bei Göring, Ley und anderen hohen NS-Führern zu Kaffee und Kuchen eingeladen. Jedesmal schwärmen sie hinterher von den Sahnetorten, den Süssigkeiten und anderen Leckereien, die man ihnen vorgesetzt hat. Doch nach einem Besuch bei Hit-

ler, wo nur Malzkaffee und ein paar winzige Kekse auf dem Tisch standen, fragen die Kinder: «Papa, ist denn der Führer nicht in der Partei?»²⁰⁶

Doch neben solchen sarkastischen Witzen herrschte die verbreitete Meinung vor, dass das NS-Regime bis 1939 im wirtschaftlichen Bereich Beträchtliches geleistet habe. Schliesslich hatte sich die Wirtschaft in Deutschland von der grossen Krise schneller wieder erholt als in anderen Ländern. Deutschlands Auslandsverschuldung war stabilisiert worden, die Zinsen waren auf die Hälfte ihres Niveaus von 1932 gefallen, die Börsenkurse hatten sich erholt, das Bruttosozialprodukt war während desselben Zeitraums um 81 Prozent gestiegen, und die Investitionen der Industrie und deren Produktion hatten wieder das Niveau von 1928 erreicht. Die beiden grössten wirtschaftlichen Schreckgespenster der Weimarer Jahre, Inflation und Arbeitslosigkeit, waren gebannt.²⁰⁷ Das alles war erreicht worden durch eine zunehmende staatliche Lenkung der Wirtschaft, die bis 1939 beispiellose Dimensionen angenommen hatte. Was immer die Propagandabotschaften über die «Arbeitsschlacht» behaupten mochten, die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik wurde von dem übermächtigen Wunsch Hitlers und der Parteiführung getrieben, gestützt auf die Reichswehr, sich auf einen Krieg vorzubereiten. Bis zur zweiten Jahreshälfte 1936 geschah dies auf eine Art und Weise, die bei der Wirtschaft kaum auf Widerspruch stiess; als der Vierjahresplan anlief, überstieg jedoch die forciert betriebene Rüstung die Möglichkeiten der Wirtschaft, die dafür benötigten Güter bereitzustellen, und die Geschäftswelt wurde zunehmend unwillig angesichts des immer enger werdenden Netzes von Einschränkungen und Kontrollen. Was als noch bedrohlicher empfunden wurde, war allerdings die Tatsache, dass die Privatunternehmen zunehmend von Staatsunternehmen, die von einem Regime gegründet und finanziert wurden, das mit dem Vorrang der Gewinnmaximierung der kapitalistischen Privatunternehmen immer weniger einverstanden war, überflügelt wurden. Doch nichts von alledem stellte ungeachtet des Argwohns der Kritiker eine Rückkehr zu den angeblich sozialistischen Prinzipien dar, die von den Nationalsozialisten in ihrer Anfangszeit vertreten wurden. Diese Prinzipien waren seit Langem aufgegeben worden, und in Wirklichkeit waren sie ohnehin nie sozialistisch gewesen. Die sozialdarwinistischen Prinzi-

pien, die das Regime leiteten, geboten, dass eine Konkurrenz zwischen einzelnen Unternehmen und einzelnen Individuen das Leitprinzip der Wirtschaft bleiben müsse, so wie die Konkurrenz zwischen verschiedenen Staatsorganen und der Partei die Leitprinzipien der Politik und der Verwaltung waren.²⁰⁸

Hitler wollte allerdings eines sicherstellen: dass die einzelnen Unternehmen darum konkurrierten, die obersten politischen Ziele zu erfüllen, die er selbst bestimmte. Doch diese Ziele waren in sich zutiefst widersprüchlich. Auf der einen Seite sollte eine wirtschaftliche Autarkie Deutschland auf einen längeren Krieg vorbereiten; auf der anderen Seite wurde die Aufrüstung mit einer Schonungslosigkeit vorangetrieben, die sich kaum um die Gebote einer wirtschaftlichen Autarkie kümmerte. Seine eigenen Ziele hatte das NS-Regime bis zum Sommer 1939 jedenfalls nur zu einem Teil erreicht. Die Vorbereitungen für einen grossen Krieg waren unzureichend, das Rüstungsprogramm noch nicht abgeschlossen, ein gravierender Mangel an Rohstoffen bedeutete, dass die Ziele für den Bau von Panzern, Schiffen, Flugzeugen und Kriegswaffen auch nicht annähernd erfüllt wurden. Die Lage wurde noch verschärft durch Hitlers eigene Unfähigkeit, innerhalb des Rüstungsprogramms stabile und rationale Prioritäten zu setzen. Plünderung war die Lösung. Korruption, Erpressung, Enteignung und unverhüllter Raub, die im Verlauf des «Arisierungsprogramms» zum Kennzeichen des Regimes und dessen Herren und Dienern auf allen Ebenen wurden, stellten die Plünderung in den Mittelpunkt der nationalsozialistischen Einstellung gegenüber dem Eigentum und dem Lebensunterhalt von Menschen, die von ihnen als «nichtarisch» betrachtet wurden. Die enormen Belastungen, die zwischen 1933 und 1939 in der deutschen Wirtschaft aufgebaut wurden, konnten, wie Hitler bei mehreren Gelegenheiten ausdrücklich betonte, nur durch die Eroberung von Lebensraum im Osten beseitigt werden. Die «alten Kämpfer» der Partei waren für ihre Opfer während der «Kampfzeit» in der Weimarer Republik nach der Machtübernahme mit Geld, Arbeitsplätzen und Einkommen belohnt worden. Jetzt wurde in grossem Massstab dasselbe Prinzip auf die deutsche Wirtschaft und die Wirtschaften des übrigen Europa angewandt: Vom deutschen Volk waren Opfer gefordert worden bei der Aufrüstung für den Krieg, doch wenn der Krieg erst einmal begonnen hatte, würden sie mit einem ausgedehnten

neuen Territorium in Osteuropa belohnt werden, das ihnen Reichtum in beispielloser Fülle bescheren, die Nation auf absehbare Zeit mit Nahrungsmitteln versorgen und alle wirtschaftlichen Probleme Deutschlands mit einem Schlag beseitigen würde.²⁰⁹

Doch bis es soweit war, musste das deutsche Volk Opfer bringen. Das Regime richtete alle seine Anstrengungen auf den Aufbau der Produktion und schränkte gleichzeitig nach Kräften den Konsum ein. Knappheit an Fett, Butter und anderen Konsumgütern, ganz zu schweigen von Luxuswaren wie Südfrüchte, gehörte spätestens 1939 zum ganz gewöhnlichen Alltagsleben. Die Menschen wurden ständig angehalten, ihr Geld in der einen oder anderen Form zu sparen. Die Ersparnisse gingen in Reichswechsel, Schatzanweisungen und Steuergutscheine, so dass der grösste Teil davon für den Kauf von Waffen verwendet werden konnte. Eine neue Form des Zwangssparens wurde durch das «Gesetz über die Altersversorgung für das deutsche Handwerk vom 21. Dezember 1938» geschaffen, das es allen selbständigen Handwerkern zur Pflicht machte, sich zu versichern – entweder über die Angestelltenversicherung oder eine Lebensversicherung. Von den Versicherungen liess sich die Regierung wieder das für die Rüstung benötigte Geld. Gleichzeitig bezahlten einzelne Regierungsstellen und die Wehrmacht Lieferanten oft erst Monate oder gar ein Jahr nach Rechnungsstellung und verschafften sich auf diese Weise einen verdeckten Kredit.

In vielen kleinen und Mittelbetrieben, die für die Rüstung arbeiteten oder kriegswichtige Güter herstellten, schuf dies so gravierende Liquiditätsprobleme, dass sie manchmal nicht einmal die Löhne für ihre Angestellten und Arbeiter rechtzeitig bezahlen konnten.²¹⁰ Das Regime rechtfertigte das alles mit seiner gewohnten Rhetorik des Opfers für das grössere Gut der deutschen Volksgemeinschaft. Doch akzeptierte das Volk die Realität dieser Gemeinschaft? Beseitigte das Dritte Reich, wie Hitler und die Partei es versprochen hatten, die Klassengegensätze und die Feindseligkeiten, die die Weimarer Demokratie gespalten hatten, und einigte es alle Deutschen in einer Wiedergeburt der nationalen Einheit und einem Kampf für die gemeinsame Sache? Von der Einlösung dieses Versprechens hing ein Gutteil der Popularität und des Erfolgs des Regimes ab.

5. KAPITEL

Aufbau der Volksgemeinschaft

Blut und Boden

Für Friedrich Reck-Malleczewen bedeutete das Dritte Reich den Aufstieg des Pöbels zur Macht und den Umsturz jeglicher sozialer Autorität. Obwohl Reck in aristokratischem Stil in Oberbayern lebte, wo er ein altes Landhaus mit elf Hektar Land besass, war er eigentlich Norddeutscher; wie er 1929 gegenüber einer Münchener Zeitung sagte, galt seine Loyalität nicht dem bayerischen, sondern dem alten preussischen Adel, dem er angeblich entstammte. Zutiefst konservativ, snobistisch, versunken in eine nostalgische Sehnsucht nach den Tagen, bevor die ostelbischen Gutsbesitzer von Bismarck in die moderne Welt gestossen wurden, hegte Reck eine abgrundtiefe Abneigung gegen das NS-Regime. In der relativen Sicherheit seiner ländlichen Zuflucht vertraute er seinem Tagebuch seinen ganzen Widerwillen an, den er gegenüber der neuen Ordnung der Dinge empfand. «Ich bin der Gefangene einer Horde böser Affen», schrieb er. Hitler war eine «Exkrementalvisage»; er hätte ihn erschiessen sollen, als er die Gelegenheit dazu hatte, als er, mit einer Pistole in der Tasche, um sich gegen den randalierenden Mob zu schützen, ihm in München 1932 in einer italienischen Osteria begegnete. Hitler, der sich zu ihm an den Tisch gesetzt hatte, überschüttete ihn mit einem Redeschwall, und während Reck ihm zuhörte, hatte er den Eindruck «einer entfesselten *Dummheit*». Er sah aus wie ein «Trambahnschaffner». «Alles bebt dort von ungesunden Fettpolstern, alles hängt, alles ist erschlaft und ohne Anatomie – versulzt, verschlackt, krank.» Reck konnte «dieses sture und auf die Dauer idiotisch wirkende Heilgebrüll» kaum ertragen, «hysterische Weiber ringsum, Halbwüchsige in Trance, ein ganzes Volk im Geisteszustand heulender Derwische». «Oh, gewiss, es war der Gipfel der Schmach», schrieb er im September 1937, «dass diese mit mir durch die gleiche Staatsangehörigkeit verbundene Menschenhorde nicht nur nicht die eigene Verkommenheit empfand, sondern dass sie bereit war, in jedem Augenblick von jedem

Mitmenschen... das nämliche Pöbelgeschrei und den nämlichen Grad der Verkommenheit zu verlangen.»¹

Die Parteiführer waren für Reck «dem Anspruch nach Revolutionäre, de facto kleine dreckige Bourgeoisie, die... sich an die abgeessene Tafel der vertriebenen Herrschaft gesetzt hat».² Und über die deutsche Gesellschaft insgesamt schrieb er im September 1938 bitter:

«Die Masse robotet, verdaut, schläft bei ihren wasserstoffsperoxydblonden Weibern und zeugt, damit der Termitenhaufen weiterlebt, Kinder – sie betet die Parolen des grossen Manitou nach, denunziert oder wird denunziert, stirbt oder wird gestorben und vegetiert so dahin ... Dass es dies alles, die Überflutung der Welt mit Neandertalern gibt, ist das Unerträgliche nicht. Das Unerträgliche ist, dass diese Herde von Neandertalern von den wenigen noch vollwertigen Menschen verlangt, sie sollen gefälligst ebenfalls Neandertaler werden, und dass sie die Verweigerung mit der physischen Vernichtung bedroht.»³

Umsichtig versteckte Reck sein Tagebuch jede Nacht an immer wechselnden Stellen im Wald und auf den Äckern seines Anwesens, so dass es von der Gestapo nicht gefunden werden konnte.⁴

Reck war vor allem bestürzt darüber, was mit der jüngeren Generation des Adels geschehen war. Beim Besuch eines Berliner Nachtclubs im Frühjahr 1939, in dem auch Göring verkehrte, stellte er fest, dass er «bis zum letzten Platz besetzt [war] von jungen Leuten aus dem provinziellen Adel, ... alle in SS-Uniformen» steckend:

«Da also sitzen sie, befördern aus den Sektkühlern ins Dekolleté ihrer Damen kleine Eisstückchen, holen sie unter allgemeinem Gergröhle aus der grausigen Tiefe wieder ans Tageslicht, ... unterhalten sich im übrigen so, dass man auch auf dem Sirius jedes Wort verstehn müsste, in jenem im Weltkrieg und noch mehr in der Freikorpszeit entstandenen Zuhälterjargon, in den seit zwanzig Jahren die Sprache des Matthias Claudius abgeglitten ist. ... Diese hier beobachten heisst den ganzen unausfüllbaren Abgrund klaffen sehen, der uns alle vom Gestern trennt... Auf den ersten Blick könnte man sie für ein Gremium von Drachentöttern halten oder von Erzengeln, ...bis das Belauschen dieses Bordelljargons und die Roheit der Aus-

drücke zu einer ganz anderen Erkenntnis verhilft. Dieser zweite Blick enthüllt zunächst die erschreckende Leere der Gesichter und darüber, in den Augen, ein verräterisches, nur hier und da aufzuckendes Flimmern und Leuchten, das freilich mit Jugend nichts zu tun hat: es ist der typische, bei dieser Generation oft zu findende Blick, der de facto der Widerschein einer abgrundtiefen und durchaus hysterisch wirkenden Roheit ist.»⁵

«Diese Männer», schrieb er prophetisch, «werden, wenn dieser Führer Leonardosche Bilder für entartete Kunst erklären sollte, aus ihnen Scheitern schichten.» Sie würden «noch viel Schlimmeres anrichten und dabei, das Schlimmste, sich als unfähig erweisen, die tiefe Verworfenheit ihres Zustandes auch nur zu *ahnen*.» Ein Gesprächspartner erinnert ihn daran, dass die Nachfahren berühmter preussischer Adelsgeschlechter bedeutungslose Titel eines Regimes trügen, das sie herabgewürdigt hatte, ohne sich bewusst zu sein, welche Schmach sie damit ihren Vorfahren antäten. «Dieses Volk ist geisteskrank», so Recks Fazit. «Es wird teuer bezahlen.» Die traditionelle Moral- und Gesellschaftsordnung war auf den Kopf gestellt, und der Mann, dem er mehr als jedem anderen die Schuld daran gab, war Hitler selbst. «Ich habe Dich gehasst in jeder seither verstrichenen Stunde», schreibt er im August 1939, «ich hasse Dich so, dass ich mit Freuden mein Leben biete für Dein Verderben und freudig zu Grunde gehen will, wofern ich nur Deinen Untergang noch sehe und Dich in die Tiefe niederziehen kann mit meinem Hasse.»⁶

Der tiefe Affekt seiner Verachtung für das, was er als die gleichgeschalteten Massen ansah, war ungewöhnlich. Die Schärfe und Hellsichtigkeit mancher seiner Beobachtungen gingen möglicherweise unter anderem auf seine extreme Randexistenz zurück. Denn seine Behauptungen über eine adelige Herkunft waren ebenso falsch wie die Einzelheiten seiner angeblichen Abstammung von einer baltischen Adelsfamilie, die er in seinen sorgfältig konstruierten Stammbaum einbaute. Tatsächlich war er nichts anderes als einfach nur Fritz Reck. Sein Grossvater hatte eine Schankwirtschaft, und obwohl sein Vater genügend Wohlstand und Ansehen erworben hatte, um sich 1900 in die preussische Abgeordnetenkammer wählen

zu lassen, sass er im Unterhaus, wie es sich für einen Nichtadeligen gehörte, und nicht im Herrenhaus, in dem der Adel dominierte. Reck selbst war ein ausgebildeter Arzt, der den grössten Teil seiner Zeit der Schriftstellerei widmete – er schrieb unter anderem Romane, Theaterstücke, Zeitungsartikel und Filmdrehbücher. Er erfand eine komplette phantastische Vergangenheit für sich, zu der auch ein Militärdienst auf den verschiedensten Kriegsschauplätzen und selbst im britischen Kolonialheer gehörte. Doch seine Behauptung, von Adel zu sein, löste anscheinend in den Kreisen, in denen er verkehrte, weder Argwohn noch Ablehnung aus. Verstärkt wurde dieser Anspruch durch sein bekannt überhebliches und arrogantes Auftreten in der Öffentlichkeit. Reck übernahm in seinem gesellschaftlichen und privaten Leben alle Attribute des ostelbischen Gutsbesitzers. Sein Glaube an seinen eigenen aristokratischen Charakter und an die Tugenden der sozialen Elite der Adelligen und Gebildeten war anscheinend völlig aufrichtig.⁷ Und auch wenn viele Details in seinem Tagebuch erfunden waren, sein Hass auf Hitler und die Nationalsozialisten war zweifellos echt.⁸

Recks Konservatismus war wesentlich extremer als der des echten alten preussischen Adels. Wie er scharfsichtig erkannte, wurde dessen Konservatismus von der jüngeren Generation fast überhaupt nicht geteilt. Innerhalb des deutschen Adels war es während der Weimarer Republik zu einer ungewöhnlich scharfen Trennung zwischen den Generationen gekommen. Die ältere Generation, um jegliche finanzielle und soziale Unterstützung durch den Staat gebracht, deren sie sich im Bismarckreich erfreut hatte, sehnte sich nach einer Rückkehr der alten Zeit. Sie betrachtete die nationalsozialistische pseudoegalitäre Rhetorik mit Argwohn und Besorgnis. Doch die jüngere Generation verachtete die alten Monarchien, weil diese 1918 die Waffen kampflos gestreckt hatten. Sie sah in der NSDAP in den frühen dreissiger Jahren das potentielle Vehikel für die Schaffung einer neuen Eliteführung. In ihren Augen war der Adel, dem sie angehörten, keine Gruppe mit besonderem Status auf der Grundlage eines gemeinsamen Ehrbegriffs, sondern eine «Rassengemeinschaft», das Produkt einer jahrhundertelangen Züchtung. Diese Auffassung herrschte zu Beginn der zwanziger Jahre in der 17'000 Mitglieder zählenden Deutschen Adelsgenossenschaft vor, nachdem sie die jüdischen Mitglieder (etwa 1,5 Prozent

aller Mitglieder) ausgeschlossen hatte. Aber sie wurde nicht von allen Adeligen geteilt. Katholische Adelige, die sich in Süddeutschland konzentrierten, hielten sich von diesem Prozess einer Verabsolutierung der «Rasse» fern, und viele schlugen sich auf die Seite ihrer Kirche, als diese im Dritten Reich unter Druck gesetzt wurde. Nur eine verhältnismässig geringe Zahl selbst unter den jüngeren Angehörigen des bayerischen Adels folgte dem Beispiel ihrer norddeutschen protestantischen Standesgenossen und trat in die SS ein, auch wenn viele von ihnen Gegner der Weimarer Republik gewesen waren. Stattdessen zog es sie zu anderen Organisationen der Rechten wie dem Stahlhelm. Alle älteren Adelige in ganz Deutschland waren Monarchisten, und das offene Bekenntnis zu einer Restauration der deutschen Monarchien war sogar eine Bedingung für die Mitgliedschaft in der Deutschen Adelsgenossenschaft, bis sie im Dritten Reich aufgegeben wurde. Jedoch wurden viele ältere Adelige auch von der feindseligen Ablehnung des Sozialismus und Kommunismus auf Seiten der Nationalsozialisten angezogen, von ihrer Betonung des Führerprinzips und ihren rhetorischen Angriffen auf die bürgerliche Kultur. Für die jüngere Generation bot die rasche Erweiterung der Wehrmacht neue berufliche Möglichkeiten mit Aufstiegschancen in einer traditionellen Funktion im Offizierskorps. Das vorrangige Ziel des Nationalsozialismus, «Lebensraum im Osten» zu erobern, sprach viele Adelige in Pommern, West- und Ostpreussen an, die darin eine Wiederbelebung der ruhmreichen Tage sahen, in denen ihre Vorfahren den Osten kolonisiert hatten. In der Erkenntnis der Notwendigkeit, auch innerhalb der konservativen Kreise Stimmen zu gewinnen, bewog die NSDAP in den frühen dreissiger Jahren häufig die Sprösslinge adeliger Familien dazu, sich mit ihnen gemeinsam zur Wahl zu stellen. Die jüngeren Mitglieder der Hohenzollern unterstützten die Nationalsozialisten als erste: Prinz August Wilhelm von Preussen war lange vor 1933 SA-Führer, und Kronprinz Friedrich Wilhelm forderte die Bevölkerung auf, bei den Präsidentschaftswahlen von 1932 ihre Stimme nicht Hindenburg, sondern Hitler zu geben.⁹

Auch wenn die Braunhemden und etliche «alte Kämpfer» auch weiterhin ihren Spott über die, wie sie es sahen, Saft- und Kraftlosigkeit des deutschen Adels ausgossen, so war sich Hitler doch darüber im Klaren, dass dessen jüngere Generation unverzichtbar sein würde, um die Stellen in sei-

nem neuen, beträchtlich erweiterten Offizierskorps zu besetzen und dem Auswärtigen Dienst auch weiterhin einen Anstrich von Seriosität zu verleihen. Er unterliess es sogar, die Deutsche Adelsgenossenschaft zu verbieten, sorgte allerdings dafür, dass auch sie unter der Führung der NSDAP gleichgeschaltet wurde. Doch sobald er zu dem Schluss gelangt war, dass es nicht mehr nötig sei, die Konservativen mit Samthandschuhen anzufassen, machte Hitler deutlich, dass eine Restauration der Monarchie für ihn nicht in Frage komme. Die in Berlin im Frühjahr 1934 von Adelligen begangenen Feiern zum Geburtstag des abgedankten Kaisers wurden von SA-Horden gesprengt und mehrere konservative Vereine verboten. Alle noch verbliebenen Hoffnungen unter den älteren deutschen Adelligen zerbrachen sich endgültig, als sich Hitler nach dem Tod Hindenburgs selbst zum Reichspräsidenten machte. Doch während Hitler den Adelligen zunehmend die kalte Schulter zeigte, wurde dies mehr als wettgemacht durch die wachsende Begeisterung, die der Reichsführer SS Himmler ihnen entgegenbrachte. Nach und nach wurden die älteren SS-Männer, deren gewalttätige Laufbahn oft bis zu den Freikorps in den ersten Jahren der Weimarer Republik zurückreichte, in den Ruhestand geschickt und durch junge Akademiker und Adelige ersetzt. Mochte die NS-Rhetorik den deutschen Adel als verweichlicht und entartet hinstellen, Himmler war überzeugt, dass er es besser wusste; Jahrhunderte einer systematischen Züchtung mussten in seinen Augen eine ständige Verbesserung ihrer «Rasseeigenschaften» bewirkt haben. Sehr bald übermittelte er diese Botschaft einem aufnahmebereiten Publikum von adeligen Deutschen. Persönlichkeiten wie der Erbgroßherzog von Mecklenburg und Prinz Wilhelm von Hessen waren bereits vor dem 30. Januar 1933 in die SS eingetreten; jetzt konnten junge Adelige gar nicht schnell genug ihre Aufnahme beantragen, unter ihnen auch viele Angehörige des preussischen Militäradels wie die Barone von der Goltz, von Podbielski und andere.¹⁰

1938 waren knapp 20 Prozent der höheren Ränge der SS von Angehörigen des Adels besetzt, und in den unteren Rängen betrug dieser Anteil etwa zehn Prozent. Um seine Verbindungen zum Adel zu festigen, bewog Himmler alle wichtigen deutschen Reiterverbände, das Reservat eines Sports der Oberschicht und eines snobistischen gesellschaftlichen Ver-

kehr, in die SS einzutreten, ohne dass es auf ihre politischen Anschauungen angekommen wäre, sehr zur Entrüstung der älteren SS-Veteranen, so dass die Mitglieder der Reiter-SS regelmässig die deutschen Reitturniere gewannen, was bislang den privaten Reitklubs vorbehalten war. Einige dieser Adelligen, zumal wenn sie nach dem Ersten Weltkrieg ins Erwachsenenleben eingetreten waren, übernahmen jedoch eine aktivere und engagiertere Rolle in der SS. Ein typischer Vertreter dieser Kategorie war Erich von dem Bach-Zelewski, der mit 15 Jahren als Freiwilliger an der Front gekämpft, sich nach dem Krieg den Freikorps angeschlossen hatte und 1924 aus der Reichswehr unehrenhaft entlassen worden war, weil er für die NSDAP geworben hatte. Er versuchte, seinen Lebensunterhalt zunächst mit einem Taxiunternehmen und danach mit einem Bauernhof zu sichern, bevor er 1930 in die SS und in die NSDAP eintrat; ab Ende 1933 machte er dann in der Parteihierarchie schnell Karriere. Zu weiteren jungen Adelligen, die einen ähnlichen Hintergrund hatten, gehörten Ludolf von Alvensleben, der ebenfalls in einem Freikorps gedient, bei Kriegsende sein polnisches Landgut verloren hatte und danach in der Inflation auch noch die Entschädigung für diesen Verlust, und mit einer Autofirma scheiterte, die schliesslich in den Bankrott ging; oder Karl Freiherr von Eberstein, der in den zwanziger Jahren sein Glück als Handelsvertreter versucht hatte. Die Beobachtung von Friedrich Reck in dem Berliner Nachtclub war scharfsinnig und helllichtig: Viele der jüngeren Mitglieder aus dem preussischen Junkertum waren tatsächlich in Himmlers neue deutsche Elite eingetreten. Andere, vor allem solche, die sich zur Wehrmacht oder zum Auswärtigen Dienst gemeldet hatten, mochten in der ersten Zeit begeistert gewesen sein, sollten sich im Lauf der Jahre jedoch vom Regime bitter enttäuscht fühlen.¹¹

II

Der Adel in Deutschland hatte sich traditionell vom Boden ernährt. Auch wenn Adelige im Lauf der Jahre eine gewisse und in manchen Regionen sogar eine bedeutende Rolle im Offizierskorps, im Beamtenapparat und sogar in der Industrie gespielt haben, war es doch immer noch der Bo-

den, aus dem viele von ihnen den Hauptteil ihres Einkommens bezogen und dem sie ihre soziale Macht und ihren politischen Einfluss in den zwanziger und dreissiger Jahren verdankten. Reichspräsident Paul von Hindenburg war besonders empfänglich für den Einfluss des preussischen Landadels, mit dem er gesellschaftlichen Umgang pflegte, wenn er sich auf seinem Gut Neudeck in Ostpreussen aufhielt, und die besonderen Konzessionen, welche die Regierung Gutsbesitzern wie ihm in Form von Hilfszahlungen an die Agrarproduzenten im Osten gemacht hatte, wirbelten damals immer wieder Staub auf. Was jedoch die Nationalsozialisten anging, so waren es nicht die Grossgrundbesitzer, sondern die Kleinbauern, die das Fundament der deutschen Gesellschaft auf dem Land bildeten. Punkt 17 des Programms der NSDAP von 1920 forderte sogar «eine unseren nationalen Bedürfnissen angepasste Bodenreform» und die «Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke». Im Anschluss an Punkt 16, in dem die «Kommunalisierung der Gross-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende» gefordert wurde, schien sich dieser Passus vordergründig gegen den Grossgrundbesitz zu richten. Doch die Kritiker des Nationalsozialismus interpretierten ihn so, als bedrohe die Partei auch die Kleinbauern mit Enteignungen, so dass Hitler am 13. April 1928 eine «Erklärung» dieser Klausel abgab, obwohl die im Programm aufgestellten Forderungen immer wieder als unabänderlich und nicht verhandelbar hingestellt worden waren. Die «unentgeltliche Enteignung» in Punkt 17 beziehe sich lediglich «auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten, Boden, der auf unrechtmässige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, nötigenfalls zu enteignen». Somit richtete er sich dieser Erklärung zufolge «in erster Linie gegen die jüdischen Grundspekulations-Gesellschaften». Die Bauern bräuchten sich nicht zu sorgen: Die NSDAP stehe prinzipiell zur Unantastbarkeit des Privateigentums.¹²

Durch die tiefreichende Krise der Landwirtschaft, die noch vor der Weltwirtschaftskrise eingesetzt hatte, in eine verzweifelte Lage geraten und durch diese Erklärung beruhigt, liefen die norddeutschen Bauern ab 1930 in hellen Scharen zur NSDAP über. Der Landadel zog nicht mit, sondern wählte die DNVP. Oberflächlich betrachtet hatte der Nationalsozialismus

ihnen wenig zu bieten. Trotzdem wurden ihre Interessen in der Koalition, die mit dem 30. Januar 1933 an die Regierung kam, gut vertreten. Alfred Hugenberg, der Führer der Deutschnationalen, war als Reichsminister nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Landwirtschaft verantwortlich, und in dieser Eigenschaft ergriff er sogleich eine Reihe von Massnahmen mit dem Ziel, seine Anhänger und überhaupt die deutschen Bauern aus dem wirtschaftlichen Sumpf herauszuziehen, in den sie geraten waren. Er verhängte ein Verbot bis zum 31. Oktober 1933, gegen verschuldete Bauernhöfe die Zwangsvollstreckung zu betreiben, erhöhte die Einfuhrzölle auf eine Reihe landwirtschaftlicher Produkte, und ein Reichsgesetz vom 1. Juni 1933 regelte die Entschuldung von landwirtschaftlichen Betrieben. Zum Schutz von Bauernhöfen mit Milchwirtschaft kürzte Hugenberg die Herstellung von Margarine um 40 Prozent und ordnete an, dass Margarine einen bestimmten Mindestanteil Butter enthalten müsse. Diese letztgenannte Massnahme hatte zur Folge, dass die Preise für Fette einschliesslich Butter und Margarine innerhalb kurzer Zeit um 50 Prozent in die Höhe schnellten, was eine allgemeine Kritik in der Bevölkerung auslöste. Das war nur einer von vielen Nägeln zu Hugenbergs politischen Sarg. Bis Ende Juni hatte der Gleichschaltungsprozess schon längst die wichtigsten agrarischen Interessengruppen neutralisiert und erreichte nun Hugenbergs eigene Partei. Bis zum Ende des Monats war er von allen seinen Ämtern zurückgetreten und im politischen Orkus der Vergessenheit versunken.¹³

Der Mann, der ihm ins Amt folgte, war Darré, der Landwirtschaftsexperte der NSDAP und der Erfinder der Parole von «Blut und Boden». Für Darré ging es nicht um die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft, sondern um die Stützung des deutschen Kleinbauern als der Quelle der deutschen «Rassenstärke». In seinen Büchern *Das Bauerntum als Lebensquell der nordischen Rasse* (1929) und *Neuadel aus Blut und Boden* (1930) behauptete Darré, die wesentlichen Eigenschaften der deutschen «Rasse» seien ihr durch die Bauernschaft des frühen Mittelalters eingepflanzt worden, die nicht durch den grundbesitzenden Adel unterdrückt worden sei, sondern im wesentlichen Teil mit diesem zusammen eine einzige «Rassengemeinschaft» gebildet habe. Die Existenz von

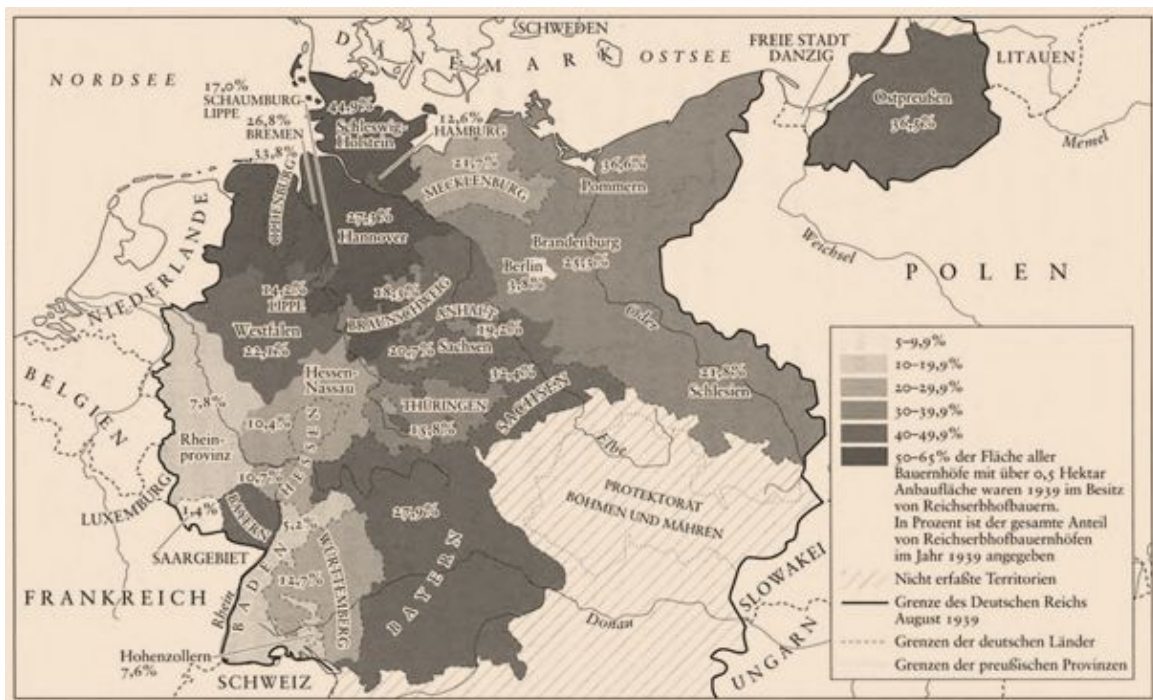
Grundeigentum sei rein funktional gewesen und habe keine intellektuelle oder charakterliche Überlegenheit des Grundeigentümers zum Ausdruck gebracht.¹⁴ Diese Idee hatte einen starken Einfluss auf Heinrich Himmler, der Darré zum Leiter seines Rasse- und Siedlungshauptamts machte. Himmlers Idee eines neuen, rassischen Adels als Herrscher über Deutschland hatte zunächst viele Aspekte mit Darrés Vorstellungen gemein. Und die Ideen Darrés sprachen auch Hitler an, der ihm 1930 anbot, der Partei beizutreten und die Leitung einer neuen, der bäuerlichen Welt gewidmeten Abteilung der politischen Parteiführung zu übernehmen. Bis 1933 hatte Darré einen engmaschigen und gut organisierten Propagandaapparat aufgebaut, dessen geschulte Redner den Bauern das Evangelium vom bauernfreundlichen Dritten Reich predigten. Und er hatte mit Erfolg die traditionellen Interessenvertretungen von unten mit seinen Leuten infiltriert, so dass es ihm verhältnismässig leichtfiel, sie bereits in den ersten Monaten des neuen Regimes gleichzuschalten.¹⁵

Zum Zeitpunkt von Hugenbergs Rücktritt kontrollierte Darré bereits praktisch alle gleichgeschalteten Vertretungsorgane der Landwirtschaft, und seine Ernennung zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft zementierte seine bisherige Position als Führer von rund neun Millionen Bauern und Landarbeitern, die mit ihren Familienangehörigen etwa 30 Prozent der deutschen Bevölkerung ausmachten.¹⁶ Innerhalb weniger Monate nach seiner Ernennung war er in der Lage, Massnahmen einzuführen, die seine ehrgeizigen Ziele in die Tat umsetzen sollten. Neben dem Reichsnährstand richteten diese sich auf neue Erbgesetze, durch die Darré versuchte, den Bauernstand zu bewahren und zum Fundament einer neuen sozialen Ordnung zu machen. In einigen Teilen Deutschlands, vor allem im Südwesten, bestand die Erbteilung, bei der nach dem Tod des Bauern dessen Hof und Betriebsvermögen auf die Erben zu gleichen Teilen aufgeteilt wurde, was auf die Dauer zu einer so starken Zersplitterung der Höfe führte, so dass diese wirtschaftlich nicht mehr rentabel waren und die Kleinbauern mit der Zeit ins Proletariat absanken. Darrés Ideal war ein Deutschland, in dem die Bauernhöfe gross genug waren, um sich selbst tragen zu können. Statt dass ein Bauernhof zu gleichen Teilen an die Söhne oder, wie im grössten Teil Norddeutschlands, an den ältesten Sohn über-

ging, sollte seiner Meinung nach allein der Stärkste und tüchtigste Sohn der Erbe sein. Wenn die Höfe auf diese Weise in der Familie blieben, würden sie auch eher vom Markt unabhängig sein. Im Lauf der Jahre würde die natürliche Auslese, unterstützt durch das neue Gesetz, das Bauerntum stärken, bis es seine Bestimmung erfüllen und eine neue Führungskaste für die gesamte Nation stellen würde. Am 29. September 1933 wurde Darrés Reichserbhofgesetz erlassen. Alle Höfe mit einer Anbaufläche zwischen 7,5 und 125 Hektar sollten unter dessen Bestimmungen fallen. Sie konnten weder käuflich erworben, veräußert oder aufgeteilt noch bei einer Verschuldung zwangsversteigert werden. Ferner war es nicht erlaubt, auf sie eine Grundschuld eintragen zu lassen. Das waren ziemlich drakonische Einschränkungen auf dem freien Grundstücksmarkt. Doch sie waren das Produkt von Darrés abstrakter und idealer Vorstellung von einem wirtschaftlich soliden und sich selbst versorgenden Kleinbauern und hatten wenig mit den wirklichen Verhältnissen zu tun. In Deutschland galt seit Jahrhunderten die Erbteilung, die am unteren Ende einer Skala zahlreiche kleine Bauernwirtschaften hervorgebracht hatte, während sich am oberen Ende eine grosse Zahl von Landgütern mit einer Fläche von weit mehr als 125 Hektar herausgebildet hatte. Von dem neuen Gesetz waren nur 700'000 Höfe betroffen, 22 Prozent aller Bauernhöfe in Deutschland, auf die rund 37 Prozent aller landwirtschaftlich genutzten Flächen und Wälder entfielen. Von diesen befanden sich rund 85 Prozent mit einer Fläche zwischen 20 und 50 Hektar am unteren Ende der Skala. In manchen Regionen, vor allem in Mecklenburg und in den vom Grossgrundbesitz dominierten ostelbischen Gebieten auf der einen Seite und in dem stark zersplitterten Südwesten auf der anderen betraf das Gesetz nur relativ wenige Höfe und hatte nur geringe Auswirkungen. In Teilen Mitteldeutschlands war seine Auswirkung unter Umständen beträchtlich.¹⁷

Darré hoffte das Problem, was mit den Bauernsöhnen geschehen sollte, die vom Erbe ausgeschlossen waren, umgehen zu können, indem er diese ermutigte, neue Höfe im Osten zu gründen. Das bedeutete eine Wiederbelebung der von den deutschen Konservativen geheiligten Tradition einer «Kolonisierung» des Ostens, allerdings mit einem wesentlichen Unterschied: Das Gebiet, das jetzt kolonisiert werden sollte, um eine neue Gesellschaft von kleinen, autarken Bauernhöfen zu schaffen, befand sich be-

Karte 12: Reichserbhöfe



reits im Besitz der ostelbischen Junker. Am 11. Mai 1934 äusserte sich Darré wenig freundlich über die gegenwärtigen Eigentümer der Gutshöfe, deren Vorfahren im Lauf der Jahrhunderte das Bauerntum in Osteibien vernichtet und viele Kleinbauern zu landlosen Landarbeitern herabgedrückt hätten. Es sei an der Zeit, den Bauern das Land, das die Junker ihnen gestohlen hätten, wieder zurückzugeben. Seit die ursprüngliche Forderung in Punkt 17 des NSDAP-Programms, die Grossgrundbesitzer zu enteignen und deren Land für Kleinbauern aufzuteilen, wieder aufgegeben worden war, konnte natürlich nicht einmal Darré entsprechende Zwangsmassnahmen fordern. Stattdessen verlangte er, dass der Staat nichts unternehmen dürfe, um die Eigentümer verschuldeter Güter zu unterstützen, eine Position, die nicht weit von Hitlers eigenem Standpunkt entfernt war, der am 27. April 1933 erklärt hatte, dass verschuldete Güter von landlosen deutschen Bauern «kolonisiert» werden sollten.¹⁸

Darrés ehrgeizige Pläne wurden nur zu einem Teil verwirklicht. Sie machten ihn in weiten Teilen der Bevölkerung, zumal bei den Bauern, ziemlich unbeliebt. Ausserdem sah Hitler trotz seiner Bereitschaft, verschuldeten landwirtschaftlichen Grossgrundbesitz aufzuteilen, letztlich die Lösung der deutschen Agrarprobleme in der Eroberung von «Lebensraum im Osten». In seinen Augen musste mit der Kolonisierung gewartet werden, bis Deutschland sein Territorium auf Polen, Weissrussland und die Ukraine ausgedehnt hatte. Jedenfalls wollte Hitler trotz seines verbalen Egalitarismus die wirtschaftliche Basis des preussischen Landadels nicht zerstören. Viele Wirtschaftsexperten hatten erkannt, dass die ostelbischen Güter, von denen viele ihre Produktion und Verwaltung seit dem späten 19. Jahrhundert erfolgreich rationalisiert und modernisiert hatten, als Nahrungsmittelproduzenten wesentlich effektiver waren als die kleinen Bauernhöfe und dass die zuverlässige Versorgung mit Lebensmitteln in der Gegenwart nicht für die Schaffung einer rassischen Utopie in der Zukunft verpfändet werden durfte. Deshalb erhöhte sich in der Praxis die Zahl der neuen Kleinbauernhöfe, die östlich der Elbe errichtet wurden, nicht wesentlich über den Stand der letzten Jahren der Weimarer Republik. Den Söhnen von Reichserbhofbauern, die den Hof des Vaters nicht erbten, ge-

lang es im Allgemeinen nicht, sich neu anzusiedeln, und viele katholische Bauern aus den süddeutschen Mittelgebirgen fanden es wenig attraktiv, ihre Heimat zu verlassen und sich in den Ebenen Pommerns oder West- und Ostpreussens niederzulassen, weit entfernt von ihren Angehörigen, inmitten ihnen fremder Protestanten, deren Dialekt sie nicht verstanden, und zudem umgeben von einer flachen, nichtssagenden Landschaft.¹⁹

Nach dem von Darrés Vorgänger Alfred Hugenberg initiierten Gesetz über die Entschuldung von Bauernhöfen vergab der Staat 650 Millionen Reichsmark für die Entschuldung kleiner Bauernhöfe und grosser landwirtschaftlicher Güter. Das war mehr als der Betrag von 454 Millionen Reichsmark, der zwischen 1926 und 1933 an die Bauern bezahlt worden war. Verschuldete Bauern, denen eine Zwangsvollstreckung gedroht hatte, brauchten diese Drohung nach dem neuen Gesetz nicht mehr zu fürchten. Bauern, die ihren Hof nach dem Reichserbhofgesetz geerbt hatten, erhielten jetzt allerdings keinen Kredit mehr von den Banken, da sie nach dem Gesetz diesen Hof nicht mehr beleihen durften. Die Tatsache, dass einige dieser Erbhofbauern daraufhin die Bedienung ihrer bisherigen Kredite einstellten, führte lediglich dazu, dass sie von nun an alles, was sie benötigten, sofort bar bezahlen mussten. Das Gesetz machte es deshalb vielen Bauern noch schwerer als zuvor, in teure Maschinen zu investieren oder ihre Anbaufläche zu arrondieren. «Was nützt uns ein Erbhof, der in etwa 30 Jahren schuldenfrei sein soll», sagte einer von ihnen, «wenn wir jetzt kein Geld aufnehmen können, weil uns niemand etwas gibt?»²⁰ Es herrschte Bitterkeit und Groll unter den Söhnen und Töchtern von Bauern, die sich plötzlich enterbt sahen: Viele von ihnen hatten ihr Leben lang schwer als mithelfende Familienangehörige in der Erwartung gearbeitet, einen Anteil am Grund und Boden des Vaters zu bekommen, nur um durch dieses Gesetz um den Lohn ihrer Arbeit betrogen zu werden. Bauern, die ihre nachgeborenen Kinder nicht leer ausgehen lassen wollten, konnten nicht mehr dem Brauch folgen, der in Gegenden mit dem Ältestenrecht (Primogenitur) üblich war, eine zweite Hypothek auf den Hof aufzunehmen, um den Töchtern eine Aussteuer mitzugeben oder den jüngeren Söhnen in ihrem Testament einen Bargeldbetrag auszusetzen. Allein in der Kanzlei eines Notars

wurden seit dem Erlass des Erbhofgesetzes im Frühjahr 1934 20 Verlobnisse gelöst, da die Brautväter das Geld für die Aussteuer nicht aufbringen konnten.²¹ Ausserdem war es jetzt für die später Geborenen schwieriger, einen eigenen Bauernhof zu erwerben, selbst wenn sie über etwas Bargeld verfügten, weil durch das Verbot einer Veräusserung, von dem 700'000 Bauernhöfe betroffen waren, die Preise für das übrige Bauernland anzogen. Absurderweise liess das Erbhofgesetz somit den erfolglosen Söhnen und Töchtern der Hofeigentümer keine andere Wahl, als vom Land in die Städte zu ziehen, das Gegenteil dessen, was Darré beabsichtigt hatte. Die durch das Gesetz verhängten Einschränkungen machten sich als eine solche Belastung bemerkbar, dass sich viele Erbhofbauern nicht mehr als Eigentümer ihres Hofes fühlten, sondern nur nach als dessen Treuhänder oder Verwalter.²²

Die Beseitigung der bisherigen Erteilung führte zu gravierenden Spannungen in den betroffenen Bauernfamilien. In einem Bericht der SPD hiess es: «Die Bauern... betrachten das Gesetz als einen Anlass eines erbitterten Geschwisterkrieges und sehen als Folge die Einführung des Einkindersystems voraus» – auch dies das Gegenteil dessen, was das Erbhofgesetz eigentlich bezweckte. Gegen Ende 1934 wurde in Bayern ein Erbhofbauer, das älteste NSDAP-Mitglied in der Umgegend, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er öffentlich gesagt hatte, dass Hitler kein Bauer sei und keine Kinder habe, sonst hätte er das Gesetz nicht gemacht. Vor Gericht wiederholte er diese Beschuldigungen, allerdings ohne die recht rohen Ausdrücke, die sie ursprünglich begleitet hatten. In der Pfalz strengten zahlreiche Bauern Prozesse an, um ihre Ernennung zum Erbhofbauern rückgängig zu machen.²³ Bis zum Sommer 1934 hatten sich die Bauern überall in Deutschland gegen die Agrarpolitik des Regimes gewandt; in Bayern war ihre Haltung gegenüber der Partei Berichten zufolge an Markttagen so ablehnend, dass die Ortspolizei nicht einschreiten wollte und die ortsbekanntesten Parteifunktionäre den Bauern aus dem Weg gingen, weil sie befürchteten, zur Rede gestellt zu werden. Selbst in Regionen wie Schleswig-Holstein, wo die Landbevölkerung 1930-1933 mit überwältigender Mehrheit die NSDAP gewählt hatte, waren die Bauern im Sommer 1934 niedergeschlagen, vor allem wegen der Preise, die sie für ihre Schweine erhielten. Aus Nordwestdeutschland berichtete ein Beobachter der SPD zur selben Zeit:

«Die einst sehr nazibegeisterte Mittel- und Grosslandwirtschaft Oldenburgs und Ostfrieslands lehnt heute die Nazis fast einstimmig ab und bekennt sich zur alten konservativen Tradition. Besonders beigetragen hat dazu bei den ostfriesischen Viehzüchtern und reichen Polder-Bauern das Erbhofgesetz, bei den Mittelbauern und Landgebräuchern vor allem die Milch- und Eierzwangswirtschaft.»²⁴

Das Problem bestand in diesem Fall darin, dass die Bauern ihre Milch und ihre Eier nicht mehr wie bisher direkt an die Endverbraucher verkaufen durften, sondern bei der Zentralgenossenschaft abliefern mussten, mit dem Ergebnis, dass sie statt 16 Pfennig wie bisher nur noch 10 Pfennig für den Liter bekamen, da die Genossenschaft 10 Pfennig für sich behielt und der Höchstpreis für den Liter 20 Pfennig betrug. Wie vorherzusehen, entstand bald ein Schwarzmarkt für Milch und Eier, sehr zum Ärger der Behörden, die mit Polizeirazzien, der massenhaften Beschlagnahme von nicht abgelieferten Eiern und Verhaftungen der Beteiligten reagierte.²⁵

Ältere Bauern erinnerten sich an die grossartigen Versprechungen, die Darré 1933 gemacht hatte, und murrten offener und ungehinderter als fast alle anderen Bevölkerungsgruppen, da das Regime wegen ihrer Unentbehrlichkeit keine Möglichkeit sah, hart gegen sie vorzugehen. Redner der NSDAP wurden immer wieder auf Bauernversammlungen durch Zwischenrufe gestört; auf einer solchen Veranstaltung in Schlesien wurde ein Redner wütend und sagte den Bauern, die Gestapo werde ihnen schon noch Nationalsozialismus beibringen, worauf die meisten Anwesenden aufstanden und den Saal verliessen. Die Bauern klagten nicht nur über niedrige Preise, die Abwanderung der Landarbeiter in die Städte und die hohen Kosten für Düngemittel, Maschinen und alles andere, sondern auch über die hohen Gehälter der Funktionäre des Reichsnährstandes, die nichts taten, als ihnen Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Viele – und nicht nur die Bauern – waren verärgert über die ständigen Aufforderungen der Partei und ihrer Gliederungen zu Spenden und Beiträgen.²⁶ Besonders kritische Kommentare kamen von den Erbhofbauern, die es sich aufgrund ihrer Position leisten konnten, mit einer zuweilen erstaunlichen Offenheit zu sprechen. Ein junger Nazi aus der Stadt, der für vier Wochen einen

«Hitler-Freiplatz» beim Bäcker eines bayerischen Dorfs hatte, wurde von diesem einmal in die Gaststätte mitgenommen, wo die Bauern sassen und sich abfällig über das Regime äusserten. Auf seine Frage, ob sie denn keine Nationalsozialisten seien, erwiderte der alte Erbhofbauer: «Nee, wir sind keine Hitler, die gibt es nur in Berlin.» Als der junge Nazi erwiderte, er sehe es als seine Aufgabe an, den Bauern «Aufklärung zu bringen», sagte der Erbhofbauer: «Aufklärung brauchen wir keine, du Lauser! Du solltest man noch in die Schule gehen.» Die Bauern waren der Meinung, dass sie ihre Freiheit verloren hätten, ihre Waren – und im Fall des Erbhofbauern auch den Hof – auf dem freien Markt zu kaufen und zu verkaufen, aber keine Gegenleistung dafür bekommen hätten. Viele Beobachter hielten dagegen, «dass der Bauer zu allen Zeiten und auf alle Regierungen geschimpft habe». Mit dem Schimpfen auf das NS-Regime sei es nicht anders. Ausserdem sahen junge Bauern und Bauernsöhne auch neue Möglichkeiten unter dem Regime, beispielsweise in Form von Arbeitsplätzen in der Verwaltung des Reichsnährstands selbst. Die nationalsozialistische Weltanschauung von «Blut und Boden» sagte ihnen mehr zu als den desillusionierten alten Bauern, die meinten, sie hätten das alles so kommen sehen, und für die letztlich die materiellen Faktoren ausschlaggebend waren. Doch selbst die älteren Bauern mussten zugeben, dass ihre Lage 1939 nicht mehr so schlecht war, wie sie es sechs oder sieben Jahre zuvor gewesen war.²⁷

III

Trotz des starken und häufig in sich widersprüchlichen Drucks, denen sie im Dritten Reich ausgesetzt waren, veränderten sich die Dorfgemeinschaften zwischen 1933 und 1939 nur wenig. In den ländlichen Gebieten des protestantischen Nordens war es der NSDAP, häufig unterstützt von führenden Persönlichkeiten in der Gemeinde, dem Pfarrer und dem Lehrer, den wohlhabenderen Bauern und manchmal auch dem Gutsbesitzer am Ort, gelungen, die Meinungen in den Dörfern auf eine Linie zu bringen, indem sie versprach, dafür zu sorgen, dass der Klassenkampf, der in den Mittel- und Grossstädten tobte, den relativen Frieden auf dem Land nicht stören werde.

Hier wie anderswo war das Versprechen einer einigen nationalen Gemeinschaft eine zugkräftige Parole, die dem Nationalsozialismus vor 1933 viel Zulauf gebracht hatte.²⁸ In zahlreichen Dörfern schlüpfen die führenden Bauernfamilien mühelos in Führungsrollen im neuen Reich. Im ländlichen Bayern hütete sich die NSDAP, die örtliche Meinung gegen sich aufzubringen, indem sie «alte Kämpfer» in Gemeinderäte oder in das Bürgermeisteramt hievt, die nicht aufgrund ihrer Familie oder ihres Platzes in der traditionellen Hierarchie der bäuerlichen Gemeinde die Achtung der Dorfbewohner genossen. Vor allem dort, wo der Katholizismus stark war und die Dorfbewohner bis 1933 unerschütterlich das Zentrum oder die Bayerische Volkspartei gewählt hatten, gingen die Nationalsozialisten behutsam vor. Die Schaffung von Einmütigkeit und die Ausschaltung einer politischen Opposition hatten Vorrang. Die Dorfbewohner ihrerseits waren zumeist ganz zufrieden damit, sich dem neuen Regime anzupassen, solange es die bestehenden sozialen und politischen Strukturen unangetastet liess.²⁹

In dem bayerischen Dorf Mietraching beispielsweise wurde der Gemeindegemeinderat Hinterstocker, der sein Amt seit 1919 bekleidete, von Parteigenossen der Bayerischen Volkspartei überredet, 1933 in die NSDAP einzutreten, so dass er seinen Posten behalten könnte und verhindern würde, dass ein fanatischer «alter Kämpfer» sich der Finanzen des Dorfs bemächtigte. Als ein besonders unbeliebter Nationalsozialist 1935 das Bürgermeisteramt zu übernehmen drohte, bewogen die Dorfältesten den beliebten und stets gefälligen Hinterstocker noch einmal, dem Dorf einen Dienst zu erweisen und selbst Bürgermeister zu werden. In diesem Amt tat Hinterstocker in den folgenden Jahren anscheinend alles, was in seiner Macht stand, um zu verhindern, dass die unangenehmsten Massnahmen des Regimes sich auf das Dorf auswirkten, und legte Wert darauf, zur Zufriedenheit der anderen Dorfbewohner bei keiner der jährlichen Prozessionen des Dorfes zu fehlen. Am 12. Dezember 1945 schrieb der Landrat an die zuständige US-Militärbehörde, 90 Prozent der Dorfbewölkerung seien für eine erneute Ernennung Hinterstockers zum Bürgermeister.³⁰ Als in einem anderen bayerischen Dorf die NSDAP am Ort versuchte, einen wichtigen Posten mit einem «alten Kämpfer» zu besetzen, erhob das zuständige Bezirksamt Einspruch:

«Das Bezirksamt ist nicht in der Lage, sich dem Vorschlage, den Schneidermeister S. zum Bürgermeister der Gemeinde Langenpreising zu berufen, anzuschliessen. Bei der Beratung mit den Gemeinderäten haben diese einhellig den Wunsch geäußert, den bisherigen Bürgermeister Nyrt zu belassen, da er als Landwirt sich für diesen Posten besser eigne, als der vorgeschlagene Schneidermeister S.... Auch das Bezirksamt ist der Ansicht, dass für eine reibungslose Führung der gemeindlichen Geschäfte eine bessere Gewähr gegeben ist, wenn ein angesehener Bauer Bürgermeister ist.»³¹

Die Mitglieder des Gemeinderats mussten sogar gelegentlich daran erinnert werden, dass im Dritten Reich Bürgermeister nicht gewählt, sondern ernannt wurden, wenn ihre Sitzungsprotokolle im Bezirksamt überprüft wurden.³² In Lippe auf dem Land konnten die Dinge für die Partei noch unangenehmer sein; ein Beispiel hierfür war der Bürgermeister Wöhrmeier im Dorf Donop, der sich weigerte, sich an Parteiaufgaben zu beteiligen oder am Ende amtlicher Schriftstücke statt «hochachtungsvoll» den Hitlergruss zu verwenden, nie eine Hakenkreuzfahne besass und erfolgreiche Wirtschaftsboykotte gegen alle Handwerker und Geschäftsinhaber im Dorf organisierte, die den Ortsgruppenleiter in seinen Bemühungen unterstützten, Wöhrmeier loszuwerden. Trotz wiederholter Denunziationen blieb dieser bis zum Kriegsende auf seinem Posten.³³

Die Solidarität innerhalb von Dorfgemeinschaften in vielen Teilen Deutschlands hatte sich im Lauf von Jahrhunderten durch ein dichtes Netz von Sitten und Institutionen herausgebildet, die allgemeine Rechte regelten wie etwa das Ährenlesen, das Holz sammeln und Ähnliches. Häufig bestanden die Dörfer aus ineinander verflochtenen Familien- und Verwandtschaftsgruppen, und auch die Rolle der unbezahlten Familienhelfer, zu denen in Zeiten einer besonders starken Arbeitsbelastung Cousins, Onkel und Tanten aus den nahe gelegenen Bauernhöfen sowie die unmittelbaren Angehörigen der Familie selbst gehörten, waren ebenfalls durch eine seit Langem geheiligte Tradition festgelegt. Die Unsicherheit des Alltagslebens auf dem Land hatte eine Wirtschaft hervorgebracht, die auf einem System gegenseitiger Verpflichtungen beruhte, das nicht ohne Weiteres geändert werden konnte, woraus sich auch der Groll in vielen Landesteilen

gegen das Reichserbhofgesetz selbst bei jenen erklärt, die anscheinend einen Nutzen davon hatten. Gleichzeitig bestanden aber auch beträchtliche Unterschiede des Standes und der materiellen Lage innerhalb der Gemeinde, nicht nur zwischen den Bauern auf der einen Seite und den Müllern, Viehhändlern oder Hufschmieden auf der anderen, sondern auch zwischen den Bauern selbst. In dem hessischen Dorf Körle beispielsweise, das um 1930 rund tausend Seelen zählte, war die Gemeinschaft der Dorfbewohner grob in drei Gruppen gespalten. An der Spitze standen die «Pferdebauern», 14 stattliche Bauern mit einem Grundbesitz, dessen Fläche zwischen 10 und 30 Hektar betrug und die einen genügend grossen Überschuss für den Markt erwirtschafteten, um Pferde halten und Knechte und Mägde das ganze Jahr hindurch beschäftigen zu können, und die zur Erntezeit noch zusätzliche Arbeitskräfte einstellten. Die mittlere Gruppe waren die «Kuhbauern», zu der 1928 66 Familien gehörten und die sich mehr oder weniger selbst ernährten. Die von ihnen bewirtschaftete Fläche betrug zwischen zwei und zehn Hektar, doch hatten sie keine festangestellten Knechte und Mägde, waren die meiste Zeit über auf ihre Familienangehörigen als Hilfskräfte angewiesen und stellten lediglich bei der Ernte Saisonarbeiter ein, die sie allerdings in der Regeln in Naturalien statt in Bargeld bezahlten. Schliesslich gab es die dritte und unterste Gruppe, die «Ziegenbauern», 80 Haushalte mit weniger als jeweils zwei Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche, die darauf angewiesen waren, von den Pferdebauern Zugtiere und Pflüge auszuleihen und als Gegenleistung bei ihnen Gelegenheitsarbeiten verrichteten.³⁴

In den zwanziger Jahren war die wirtschaftliche Lage der dritten Gruppe so schwierig geworden, dass einige der Männer unter der Woche in die Städte der Umgebung fuhren, um dort in der Fabrik zu arbeiten. Das brachte sie in Berührung mit Kommunisten und Sozialdemokraten, deren politischen Zielen bereits viele der ärmeren Familien in Körle anhängen. Trotzdem trug das Netz aus gegenseitigen Abhängigkeiten und Verpflichtungen dazu bei, dass die Dorfgemeinschaft auch weiterhin zusammenhielt und die Rolle der Pferdebauern als die natürlichen und allgemein anerkannten Führer im Dorf nicht in Frage gestellt wurde; abweichende politische Meinungen machten die dörfliche Elite zwar besorgt, doch wurden sie weitge-

hend ausserhalb des traditionellen Gefüges der Gemeinde geäussert. Die Pferde- und die Kuhbauern waren überwiegend Anhänger der Deutschnationalen und konnten nicht begeistert gewesen sein, als der bisherige Bürgermeister 1933 aus dem Amt gedrängt wurde, um einem führenden Nationalsozialisten des Dorfes Platz zu machen. Dennoch übte die Rhetorik der NSDAP auf alle gesellschaftlichen Gruppen der Dorfgemeinschaft eine starke Anziehungskraft aus. Unter der Einwirkung der Ergüsse des Reichspropagandaministeriums und seiner zahlreichen Organe konnten sie sich rasch mit dem Bild Hitlers als Oberhaupt eines nationalen Haushalts identifizieren, dessen Grundlage ein Netz aus gegenseitigen Verpflichtungen in der organischen nationalen Gemeinschaft bildete. Wenn die Propaganda auf dem Land ihre Grenzen hatte, wo 1939 auf 25 Einwohner nur ein Rundfunkgerät kam, während das Verhältnis in den Städten acht zu eins betrug, und es keinen direkten Zugang zu Kinos gab, dann konnte Goebbels mit seinem Ministerium bestenfalls die Landbevölkerung auffordern, sich einen Volksempfänger anzuschaffen, und Wanderkinos in die Dörfer schicken. Die Botschaft einer neuen Volksgemeinschaft, in der den Bauern ein zentraler Ort zgedacht war, wurde gern vernommen und konnte zur Beschwichtigung der älteren Bauern beitragen, dass sich für sie nicht allzuviel ändern würde; vielleicht würde das neue Regime die hierarchischen Gemeindestrukturen wiederherstellen, die durch die Abwanderung junger Männer aus armen Familien in die Städte und die Verbreitung der marxistischen Ideologie unter den Ziegenbauern untergraben worden war.³⁵

Angesichts eines solchen sozialen Zusammenhalts ist es nicht verwunderlich, dass die Dorfgemeinschaften unter dem NS-Regime weitgehend intakt blieben. Es gab kaum Widerstand gegen die Machtübernahme; die Kommunisten im Ort mussten Haussuchungen über sich ergehen lassen und wurden mit Verhaftung bedroht, und soweit die Anhänger der Arbeiterbewegung in Körle unterdrückt wurden, bedeutete dies auf der sozialen Ebene fraglos die erneute Inanspruchnahme der Vormachtstellung der Pferde- und Kuhbauern gegenüber den Ziegenbauern. Doch der Rückgriff auf die Rhetorik einer Volksgemeinschaft als Begründung zur Unterdrückung einer Opposition gegenüber dem neuen Regime hatte auch seine Folgen für das Dorf im Hinblick auf die Frage, wie weit der Prozess der

Gleichschaltung gehen sollte. Die Ziegenbauern und ihre Söhne waren für die Dorfelite zu wertvoll, um sie vollständig zu unterdrücken. So drohte etwa der monarchistische Vater des Ortsgruppenleiters, der 1933 die Haus-suchungen bei den Kommunisten im Dorf durch Polizei und SA anführte, seinem Sohn mit Enterbung, falls einer der Betroffenen weggebracht würde, und schränkte damit den Umfang der Aktion ein. Als bei einer anderen Gelegenheit SA-Männer von aussen ins Dorf kamen, um die Fahrräder des örtlichen, der KPD nahestehenden Radsportvereins zu beschlagnahmen, tischte der Inhaber der Dorfgaststätte, ein langjähriger Parteigenosse, ihnen eine erfundene Geschichte einer Verpfändung der Fahrräder auf, die sie davon überzeugen sollte, dass der Verein ihm so viel Geld schulde, dass er berechtigt sei, die Fahrräder als Pfand zu behalten. Die SA-Männer zogen unverrichteter Dinge wieder ab, und der Wirt brachte die Räder auf den Heuboden, wo sie so lange blieben, bis die Eigentümer sie nach dem Krieg wieder abholten. Solidarische Beziehungen im Dorf waren wichtiger als Politik, vor allem wenn sie von aussen bedroht wurden.³⁶

Dennoch liess das Dritte Reich sie nicht völlig unangetastet. In Körle wie in anderen ländlichen Regionen Deutschlands kam es durch das NS-Regime zu Spannungen zwischen den Generationen, da die meisten Väter aller gesellschaftlichen Gruppen in der Opposition zum Nationalsozialismus verharrten, während viele Söhne in der Mitgliedschaft und Aktivität in der Partei ein Mittel sahen, sich gegen eine autoritäre, ältere Generation zu behaupten. Indem sie den verschiedensten NS-Gliederungen beitraten, fanden sie eine neue Rolle, die nicht von ihren Älteren abhängig war. Bei Befragungen nach dem Krieg sagten die Dorfbewohner, die frühen Jahre des Dritten Reiches hätten «Krieg» in die Familien gebracht.³⁷ Mit zunehmendem Bedarf an Arbeitskräften in der Industrie verbrachte eine wachsende Zahl junger Männer und dann auch junger Frauen mehr Zeit in der Stadt, die dort Geld verdiente und etwas Wohlstand in die Familie brachten, daneben aber auch mit neuen Ideen und neuen Formen der sozialen Organisation in Berührung kamen. Die Hitlerjugend, der Arbeitsdienst, die Wehrmacht und die ganze Palette der Organisationen für Frauen brachten Jungen und Mädchen, junge Frauen und junge Männer aus dem Dorf heraus und zeigten ihnen mehr von der Welt.

Die eskalierenden Angriffe des Regimes auf die Kirchen begannen eine weitere zentrale Institution des Dorfs zu untergraben, sowohl als Sozialisationsinstrument als auch als Zentrum des sozialen Zusammenhalts. Gleichzeitig hatten diese Veränderungen aber auch ihre Grenzen. Der Glaube der älteren Generation an die Gemeinschaft und die Abhängigkeit des Bauern von der Arbeit und anderen Pflichten der Jungen bedeuteten, dass die Herablassung der Jüngeren toleriert wurde, die dadurch hervorgerufenen Spannungen mit Humor aufgelöst wurden und die Familie und die Gemeinschaft intakt blieben. Und die Mitgliedschaft der Jüngeren in einer NS-Organisation brachte ihnen als Individuen keinerlei neue Unabhängigkeit; sie bedeutete lediglich, dass sie ihre Bindung an die Dorfgemeinschaft auf einen neuen Komplex von Institutionen ausdehnten.³⁸

Der Umstand, dass die dörflichen Sozialstrukturen durch das Regime nicht grundlegend beeinträchtigt wurden, trägt vielleicht zur Erklärung bei, warum die Bauern am Ende trotz ihres Murrens nicht in eine offene Opposition getrieben wurden. Die hauptsächlichen Streitpunkte – Knappheit an Arbeitskräften, die unwillkommenen Nebenwirkungen des Reichserbhofgesetzes, die niedrigen Preise für ihre Produkte, die vom Reichsnährstand festgesetzt wurden – waren für die Bauern Hindernisse, die sie nach Kräften mit ihrer Bauernschläue zu umgehen versuchten, indem sie etwa das Mehl verfälschten, ihre Produkte direkt auf dem Schwarzmarkt verkauften und ähnliches. Sie konnten auch Hilfe bei den Gerichten suchen, und manche machten von dieser Möglichkeit Gebrauch. Die negativen Auswirkungen des Reichserbhofgesetzes beispielsweise wurden abgemildert durch Zusatzbestimmungen, die es ermöglichten, Erbhofbauern den Hof wegzunehmen, wenn sie ihre Schulden nicht bezahlten oder den Hof verkommen liessen. Spezielle Lokalgerichte, in denen die Bauerngemeinden gut vertreten waren, scheuten nicht davor zurück, solche schwarzen Schafe auszuschliessen, da dies offensichtlich im Interesse einer effizienten Nahrungsmittelproduktion sowie eines Friedens samt Stabilität in den ländlichen Regionen lag.³⁹ Alles in allem trafen diese Gerichte ihre Entscheidungen eher auf einer praktischen statt einer ideologischen Grundlage und trugen nicht unwesentlich dazu bei, die Bauern mit dem Reichserbhofgesetz trotz seiner Nachteile auszusöhnen.⁴⁰

Im ländlichen protestantischen Kreis Stade, wo die Nationalsozialisten bereits in den frühen dreissiger Jahren bei Wahlen überdurchschnittlich viele Stimmen erhalten hatten, bevorzugten die Bauern in der Hauptsache ein System fester Preise und Quoten, da dies das Leben weniger unsicher machte, und das ganze Ethos der dortigen bäuerlichen Gesellschaft war wie auch in anderen ländlichen Teilen Deutschlands ohnedies nie völlig auf eine freie Marktwirtschaft eingestellt. Was sie nicht schätzten, waren zu niedrig festgesetzte Preise. Je niedriger die Preise waren, desto lauter murrten sie. Wie zu erwarten bei Menschen, deren ganzes Leben wie das ihrer Vorfahren um die Notwendigkeit kreiste, sich mühselig vom Boden zu ernähren, beschränkte sich ihre Unzufriedenheit mit dem Regime auf die Fälle, in denen dieses sich negativ auf ihren Lebensunterhalt auswirkte. Ausserdem hatte die Umgehung der vom Reichsnährstand oder vom Vierjahresplan aufgestellten Quoten ihren Grund häufiger in der widersprüchlichen und unsinnigen Art und Weise, wie die Wirtschaftspolitik des Regimes gehandhabt wurde, als in den Quoten an sich. Als die Kleinbauern sich zum Beispiel weigerten, die Getreidequoten zu erfüllen, was immer wieder vorkam, taten sie dies, weil sie nur so mit dem zurückgehaltenen Getreide ihr Vieh füttern und die geforderten Milch- und Fleischquoten erfüllen konnten. Die Solidarität innerhalb der Dorfgemeinschaften bedeutete zudem, dass die Bauern sich relativ sicher fühlten, wenn sie die verlangten Quoten nicht einhielten oder sogar ihre Unzufriedenheit über die Agrarpolitik des Regimes öffentlich äusserten: Im Unterschied zur Lage in den grösseren Städten kam es auf dem Land nur selten vor, dass jemand bei der Gestapo oder der Partei wegen kritischer Bemerkungen über die Regierung denunziert wurde, es sei denn im Kontext gravierender Konflikte zwischen der alten Dorfelite und der ehrgeizigen, aber politisch frustrierten jüngeren Generation. Trotz der Appelle des Reichsnährstands und des Vierjahresplans blieben die Bauern oftmals misstrauisch gegenüber einer Modernisierung der Landwirtschaft, neuen Techniken und unvertrauten Maschinen, ganz abgesehen von den praktischen Schwierigkeiten, diese Dinge zu finanzieren, und das Dritte Reich unternahm deshalb nur wenig, um die Modernisierung kleiner Bauernwirtschaften voranzutreiben. Stattdessen bestätigten grossartige Festzüge im ganzen Land, wie

etwa beim jährlichen Erntedankfest, das mehr Zuschauer anlockte als jede andere rituelle Feierlichkeit im Dritten Reich, die Bauern noch in ihrer Hartnäckigkeit durch die unkritische Feier ihres Beitrags zur Volksgemeinschaft. Am Ende wurde somit Darrés Verheissung eines neuen ländlichen Utopias bis 1939 ebensowenig verwirklicht wie das entgegengesetzte ehrgeizige Ziel des Regimes, auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung autark zu werden, doch die wenigsten Bauern waren an solchen Dingen interessiert, auch wenn sie sich durch die begleitende Propaganda vielleicht geschmeichelt fühlten. Für sie kam es letztlich darauf an, dass sie ein anständiges Leben führen konnten, jedenfalls ein besseres als während der Weltwirtschaftskrise, und damit liess es sich leben.⁴¹

Das Schicksal der Mittelschichten

Die Bauern wurden im deutschen politischen Diskurs im späten 19. und im frühen 20. Jahrhundert jener eigenartigen und amorphen sozialen Gruppe zugerechnet, die in Deutschland «Mittelstand» heisst. Dieser Begriff brachte zunächst einmal die Bestrebungen von Propagandisten der Rechten zum Ausdruck, dass jene Gruppe, die weder bürgerlich noch proletarisch war, einen anerkannten Platz in der Gesellschaft haben sollte. In etwa der französischen *petite bourgeoisie* oder der englischen *lower middle class* entsprechend, war der deutsche Mittelstand zu Beginn der dreissiger Jahre weit mehr als eine soziale Gruppe: In der deutschen Politik verkörperte er ein bestimmtes Wertesystem. In der Mitte zwischen den beiden grossen widerstreitenden Klassen stehend, welche die Gesellschaft spalteten, repräsentierte er Menschen, die auf ihren eigenen Füessen standen, selbständig, hart arbeitend, der gesunde Kern des deutschen Volkes, durch den Klassenkampf, der um sie her tobte, ungerechterweise beiseite geschoben. Es waren Menschen wie diese – kleine Ladeninhaber, selbständige Handwerker und Bauern, die sich selbst versorgten –, an die sich die Nationalsozialisten ursprünglich mit ihren Forderungen richteten. Das Programm der NSDAP von 1920 war unter anderem das typische Produkt einer rechten Mittelstandspolitik; die Unterstützung aus dieser Gruppe war einer der Faktoren, der die Partei überhaupt erst ins Leben gerufen hatte.⁴²

Die Ressentiments solcher Gruppen waren zahlreich, ihre wahrgenommenen Feinde waren Legion. Kleine Ladeninhaber schimpften auf die grossen Warenhäuser, Handwerker waren wütend auf die Massenproduktion der grossen Fabriken, Bauern murrten über den unfairen Wettbewerb der grossen Gutshöfe. Sie alle waren empfänglich für den Reiz der politischen Rhetorik, die Sündenböcken wie den Juden die Schuld an ihren Problemen gab. Vertreter aller dieser Gruppen sahen in der Ankunft des

Dritten Reiches eine Gelegenheit, ihre seit Langem gehegten Ambitionen zu verwirklichen. Und anfangs schienen ihre Wünsche sich sogar zu erfüllen. Die von den einzelnen Ortsgruppen der Partei ausgehenden Anschläge auf die Kaufhäuser, die Boykotte und Diskriminierungen, die in manchen Fällen von den Geschäftsinhabern und Handwerkern selbst betrieben wurden, vermittelt durch die NSDAP und die SA, wurden bald durch ein am 12. Mai 1933 erlassenes «Gesetz zum Schutze des Einzelhandels» unterstützt. Von nun an durften Einheitspreisgeschäfte nicht mehr neu errichtet, erweitert oder verlegt werden, neue Ketten eröffnen oder in ihren Räumlichkeiten selbständige Abteilungen von Handwerksbetrieben unterhalten, wie etwa einen Friseursalon oder eine Werkstatt für Schuhreparaturen. Erfrischungsräume in Warenhäusern mussten geschlossen werden, da man allgemein annahm, dass diese die Preise von Gaststätten und Restaurants unterbieten würden. Im August 1933 wurde den Warenhäusern zusätzlich verboten, Back- und Wurstwaren herzustellen und zu verkaufen, Uhren zu reparieren, Filme zu entwickeln und Serviceleistungen für Autos anzubieten. Drei Monate später wurde es Warenhäusern und Einheitspreisfilialen verboten, einen höheren Rabatt als drei Prozent auf ihre Preise zu gewähren, eine Massnahme, die sich auch auf Konsumvereine erstreckte. Die Geschäftstätigkeit von Versandhäusern wurde eingeschränkt; Parteiorganisationen bemühten sich nach Kräften, dafür zu sorgen, dass Aufträge für Uniformen und Ausrüstung an kleine Unternehmer vergeben wurden. Ab September 1933 sorgten die staatlichen Zuschüsse und Steuergutscheine zur Renovierung und Modernisierung von Wohnungen im Baugewerbe bei den Schreibern, Maurern, Installateuren und anderen Handwerkern für einen Geschäftsaufschwung.⁴³ Die Interessenvertretungen der Handwerker, die während der Weimarer Republik ihre Forderungen nicht durchsetzen konnten, forderten höhere Qualifikationsanforderungen und die Anerkennung ihres körperschaftlichen Status durch Zwangsmitgliedschaft in ihren Innungen und setzten sich durch: Ab Juni 1934 mussten Handwerker einer Innung angehören, die ihr besonderes Handwerk beaufsichtigte und ab Januar 1935 dem Reichswirtschaftsministerium unterstand. Nach 1935 musste jeder Handwerker eine Meisterprüfung ablegen, bevor er offiziell in eine Handwerksrolle eingetragen wurde und eine eigene Werkstatt er-

öffnen konnte. Das waren seit Langem gehegte Wünsche, mit deren Verwirklichung ein Zustand wiederhergestellt wurde, dessen Verlust viele Handwerker der Industrialisierung und dem Aufkommen der industriellen Massenfertigung zuschrieben. Sie wurden nachdrücklich von Schacht unterstützt, der der Meinung war, dass Kleinbetriebe und ihre Eigentümer einen nützlichen Beitrag zur Wirtschaft leisteten und es verdiente, dass man sie gegen die Versuche der Deutschen Arbeitsfront verteidigte, ihren Status auf den von gelernten Arbeitern herabzustufen, indem man sie in die DAF eingliederte.⁴⁴

Doch trotz aller Rhetorik und des Drucks, der auf der untersten Ebene von den örtlichen Partei- und SA-Aktivisten ausgeübt wurde, die selbst in vielen Fällen aus der Welt der kleinen Ladeninhaber und Handwerker stammten, legte sich der anfängliche Wirbel praktischer Aktionen und legislativer Interventionen zugunsten kleiner Betriebe und Geschäfte bald wieder, als die Wirtschaft von den überwältigenden Imperativen der Aufrüstung angetrieben wurde. Die überstürzte Aufrüstung begünstigte zwangsläufig die Grossunternehmen. Trotz aller Versprechungen der Partei und des Regimes, die untere Mittelschicht und die kleinen Geschäftsleute zu retten, ging die Zahl der Handwerksbetriebe, die während der wirtschaftlichen Erholung zwischen 1931 und 1936 um rund 18 Prozent gestiegen war, in den drei folgenden Jahren wieder um 14 Prozent zurück.⁴⁵ Zwischen 1933 und 1939 verringerte sich die Zahl der Schusterwerkstätten um 12, die der Tischler um 14 Prozent. Der gesamte Umsatz des Handwerks hatte 1939 noch nicht wieder den Stand von 1926 erreicht. Viele Handwerker waren sogar ärmer als die Fabrikarbeiter. Die Knappheit an Rohstoffen, die Konkurrenz der grösseren Unternehmen, die exorbitanten Kosten einer Maschine etwa zur Verarbeitung von Kunstleder waren einige der Faktoren, aus denen diese Probleme bestanden. Einige traditionelle Handwerke wie der Geigenbau in Mittenwald oder das Uhrmachergewerbe im Schwarzwald wurden zunehmend von Produkten aus der maschinellen Fertigung unterboten und erlebten einen beschleunigten Verfall. Ausserdem hatten die kleinen ebenso wie die grossen Werkstätten und Betriebe zunehmend unter den Auflagen der Regierung zu leiden. Die Zwangsmitgliedschaft in den Innungen und die notwendige Meisterprüfung, bevor man einen eigenen Betrieb eröffnen konnte, waren eine zwei-

schneidige Angelegenheit; viele Meister mussten die Prüfung noch einmal ablegen, und die damit verbundene Schreibarbeit war für viele von ihnen zuviel, zumal nachdem sie ab 1937 verpflichtet waren, über ihre Einnahmen und Ausgaben Buch zu führen. Statt einer sich selbst verwaltenden Körperschaft anzugehören, fanden sich die Handwerker als Zwangsglieder in Innungen wieder, in denen das Führerprinzip galt und alles von oben entschieden wurde. Die Verheissung einer besseren Stellung in einem korporativen Staat war nicht in Erfüllung gegangen. Ausserdem forderte der Vierjahresplan eine schnelle Ausbildung statt der sorgfältigen Vorbereitung und der hohen Ansprüche, die mit der Idee der obligatorischen Prüfungen verbunden waren, so dass die Handwerkskammer das ausschliessliche Recht verlor, den Meisterbrief auszustellen.⁴⁶

Die kleinen Geschäftsleute wurden auch noch in einer anderen Hinsicht drangsaliert: durch den Verlust an Arbeitskräften als Folge der Wiedereinführung der Wehrpflicht und der besseren Verdienstmöglichkeiten in der Rüstungsindustrie. Der Schrumpfprozess im Sektor der kleinen selbständigen Gewerbetreibenden äusserte sich beispielsweise in einem Rückgang der Eigentümer und Geschäftsführer im Handel, Transport- und Verkehrswesen zwischen 1933 und 1939 um sieben Prozent. Zu einem Teil war dies sicher bedingt durch die Schliessung der Werkstätten von Juden; zwischen 1933 und 1938 ging die Zahl solcher Werkstätten von 10'000 auf 5'000 zurück, und Ende 1938 existierte auch die andere Hälfte der Werkstätten nicht mehr. Fast alle waren zu klein gewesen, als dass es sich gelohnt hätte, sie zu übernehmen und weiterzuführen, so dass insgesamt lediglich 345 «arisiert» statt liquidiert wurden. Doch dieser Niedergang machte sich auch noch in anderer Hinsicht bemerkbar. Im selben Zeitraum stieg die Zahl der mithelfenden Familienangehörigen in Ladenlokalen um elf Prozent, da es zunehmend schwieriger wurde, Angestellte zu finden. Je mehr junge Männer zur Wehrmacht eingezogen wurden oder besser bezahlte Arbeitsstellen annahmen, desto höher wurde die Zahl der Geschäfte, die von älteren Männern und den weiblichen Familienangehörigen geführt wurden. Eine Untersuchung von Seifen- und Bürstengeschäften Anfang 1939 ergab zum Beispiel, dass 44 Prozent von Frauen geführt wurden und dass mehr als 50 Prozent der Eigentümer älter als 50 Jahre waren; knapp 40

Prozent dieser Männer waren zudem genötigt, noch einem zweiten Erwerb nachzugehen.⁴⁷

Eine weitere finanzielle Belastung für die selbständigen Handwerker war die im Dezember 1938 eingeführte obligatorische Altersversicherung ohne staatlichen Zuschuss. Bis 1939 hatte der Vierjahresplan mit seinen festen Quoten und Preisen die Unabhängigkeit der kleinen Gewerbetreibenden drastisch eingeschränkt, von den Metzgereien, Obst- und Gemüseläden, Süß Warengeschäften, Bäckereien und Tante-Emma-Läden bis zu Schuhmachern, Tabak- und Zeitungskioskbesitzern und den Standinhabern auf Wochenmärkten. Die Beachtung der komplizierten Vorschriften und die Buchführung kosteten Zeit, während neue Steuern und abgepresste «Spenden» den Gewinn zusätzlich schmälerten. Der gravierende Mangel an Arbeitskräften in der Rüstungs- und kriegswichtigen Industrie hatte zu einem wachsenden staatlichen Druck auf kleine Ladeninhaber und Handwerker samt ihren Angestellten geführt, ihre Arbeitskraft der Rüstungsproduktion zur Verfügung zu stellen. 1939 mussten sogar selbständige Handwerker ein Arbeitsbuch führen, in dem Angaben über ihre Ausbildung, ihre Qualifikationen und ihre bisherige berufliche Tätigkeit enthalten sein mussten; der Inhalt dieser Arbeitsbücher wurde von den Arbeitsämtern erfasst, so dass die Handwerker jederzeit aufgrund einer Dienstpflichtverordnung einem Arbeitsplatz in einer Fabrik zugewiesen werden konnten. Schuhmachermeister beispielsweise mussten sich im Volkswagenwerk umschulen lassen und als Polsterer arbeiten. Um diese Zuweisungen zu erleichtern, wurden die Handwerkskammern ab 1939 verpflichtet, die verschiedenen Gewerbe «auszukämmen» und nicht lebensfähige Kleinbetriebe im Konsumbereich zu melden; etwa drei Prozent der handwerklichen Betriebe wurden auf diese Weise abgewickelt, fast ausnahmslos Einmann-Betriebe, deren Eigentümer so arm waren, dass sie zu ihren geringen Einkommen Wohlfahrtsunterstützung bekamen.⁴⁸

Typisch für die Enttäuschung vieler solcher Gruppen im Dritten Reich war die Erfahrung der Apotheker, einer Einzelhandelsbranche, die fast ausschliesslich aus kleinen selbständigen Apotheken bestand. Viele Apotheker sahen im Dritten Reich die Chance, ihr langjähriges Bestreben zu verwirklichen, ihren Beruf mit dem der Ärzte auf eine Stufe zu stellen, die wachsende Macht der grossen Pharmaunternehmen zurückzudrängen und

die Integrität des Apothekers als eines fachkundigen, durch ein Vollstudium qualifizierten Experten wiederherzustellen, der die meisten medizinischen Heilmittel zur äusseren und inneren Anwendung selbst zubereitete und vor der Konkurrenz von Herbalisten und anderen unqualifizierten Rivalen durch die Errichtung eines gesetzlichen Monopols geschützt war. Doch diese Erwartung stellte sich bald als trügerisch heraus. Zwar wurde die Ausbildung der Pharmazeuten 1934 reformiert und der Berufsstand ein Jahr später «arisiert», doch die Apotheker selbst konnten sich nicht darauf einigen, wie sich ihre Ansprüche auf ein Monopol am besten sichern liessen, und ihre Organisationen gingen 1934 in der Deutschen Arbeitsfront auf. Bald gewannen die Prioritäten des Regimes die Oberhand, und die Apotheker sahen sich gezwungen, nach einheimischen Arzneipflanzen zu suchen, um Deutschland so weit wie möglich von Importen pharmazeutischer Produkte unabhängig zu machen und an der Produktion von Medikamenten mitzuwirken, die für den Kriegsfall benötigt würden. In diesem Spiel waren die grossen Pharmakonzerne die Hauptakteure, und militärische Erfordernisse machten der pseudomittelalterlichen Idee des selbständigen Kleinstadtapothekers, der seine Pillen selber drehte und bewährte Heilmittel zubereitete, schnell ein Ende.⁴⁹ Solche oder ähnliche Geschichten liessen sich auch von selbständigen Gewerbetreibenden aus anderen Branchen erzählen. Bei den Tierärzten zum Beispiel fanden dieselben Prozesse der Gleichschaltung statt: Die bestehenden Organisationen lösten sich auf, und 4'000 der 7'500 Veterinäre in Deutschland waren bereits im Januar 1934 Mitglieder im Reichsverband der deutschen Tierärzte. Hier wie anderswo besorgten die freiwilligen Berufsverbände ihre Gleichschaltung weitgehend selber, und zur Belohnung wurden sie formal 1936 in eine Reichskammer für Tierärzte aufgenommen. Doch frühe Versuche eines Flügels dieser Berufsgruppe, ihrer nationalen Organisation eine rückwärts-gewandte korporative Form aufzuerlegen, wichen schon nach kurzer Zeit den üblichen institutioneilen Strukturen des Dritten Reiches, zentralisiert, hierarchisch und leicht einer staatlichen Kontrolle zu unterstellen wie auch in anderen Bereichen der kleinen Gewerbebetriebe.⁵⁰

Sozialdemokratische Beobachter in Deutschland verfassten Berichte über die Unzufriedenheit der Handwerker und kleinen Ladeninhaber mit

ihrer Lage unter dem NS-Regime. Bereits im Mai 1934 beklagten diese, die wirtschaftliche Lage habe sich nicht so weit gebessert, dass die Bevölkerung bereit sei, Geld für jene Verbrauchsgüter und Dienstleistungen auszugeben, die von ihnen hauptsächlich produziert und angeboten würden, während ihnen gleichzeitig die Partei im Nacken sitze, für die unterschiedlichsten Zwecke zu spenden, was sie nicht verweigern könnten. Daneben beschwerten sie sich auch darüber, dass die Regierung unter anderem ihr Versprechen, die wirtschaftliche Tätigkeit der Konsumgenossenschaften einzuschränken, die in vielen Fällen früher der SPD nahegestanden hatten, nicht gehalten hatte. Diese Genossenschaften waren in der Deutschen Arbeitsfront aufgegangen und wurden als ein bequemes Mittel genutzt, «alte Kämpfer» mit lukrativen leitenden Positionen zu belohnen. Die Vereine verloren wenig mehr als die Zuschüsse und die Steuererleichterungen, die ihnen unter der Weimarer Republik gewährt worden waren. Ein Gesetz vom Mai 1935 verfügte die Abwicklung der Konsumläden, die finanzielle Probleme hatten, doch Versuche, die Mitgliedschaft von Beamten zu verbieten, wurden 1934 von Hess verhindert; und während bis 1936 ein rundes Drittel der insgesamt 12'500 Konsumgeschäfte geschlossen wurden, häufig unter dem Druck der einzelnen Ortsgruppen der NSDAP, gab es zu diesem Zeitpunkt noch immer etwa zwei Millionen Genossenschaftsmitglieder, und kleine Ladeninhaber fühlten sich getäuscht, weil diese Konkurrenz nicht vollständig ausgeschaltet worden war.⁵¹ In Schlesien herrschte in diesen Kreisen grosse Erbitterung, wie es in einem der Deutschland-Berichte der SPD hiess:

«Die ewigen Sammlungen bringen die Leute an den Bettelstab. Der Umsatz ist rapide zurückgegangen. Die Arbeiter können infolge der schlechten Löhne nur noch die billigsten Artikel kaufen und laufen natürlich in die Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte. Die Leute schimpfen wie die Rohrspatzen und diese Enttäuschung macht sich schon öffentlich in ihren Versammlungen der NS-Hago bemerkbar. Kürzlich war eine Versammlung in Görlitz, dort trat ein Geschäftsmann in der Diskussion auf und sagte: ‚Was habt ihr uns alles vorher versprochen, die Warenhäuser sollten geschlossen werden, die Konsumvereine sollten vernichtet werden, die Einheitspreisge-

schäfte verschwinden. Nichts ist geschehen, wir sind belogen und betrogen worden.' Der Mann ist am anderen Tage verhaftet worden. Darob grosse Erbitterung.»⁵²

Nicht nur, dass die Verbrauchernachfrage sich nur langsam erholte, das Regime war in diesem Sinne auch nicht nationalsozialistisch genug.⁵³

1935 gab es eine wachsende Zahl von selbständigen Handwerkern und Geschäftsinhabern, die früher überzeugte Nationalsozialisten waren, inzwischen jedoch ihre Enttäuschung darüber zum Ausdruck brachten, dass die Dinge sich nicht spürbar gebessert hatten. Ein Handwerksmeister aus Aachen soll gesagt haben, unter 50 Handwerkern aus den verschiedensten Berufen gebe es höchstens drei, die eine Meinung hätten, alle anderen würden sich nicht äussern, aber alle 50 seien Hitlergegner.⁵⁴ Man konnte nicht behaupten, die Nationalsozialisten hätten nichts für sie getan, hiess es in einem späteren SPD-Bericht, doch fast alle Massnahmen, die sie ergriffen hätten, seien zweischneidig gewesen. Es sei schwierig, einen Kredit zu bekommen, die Nachfrage komme nur langsam in Schwung, die Preiskontrollen wirkten sich schädlich auf die Gewinne aus, die Innungsbeiträge seien zu hoch, die Innungen würden schlecht geführt, und die Steuern gingen nach oben und würden wesentlich rabiater eingetrieben als früher.⁵⁵ Doch am Ende waren 1939 selbst die Sozialdemokraten gezwungen einzusehen, dass «die Missstimmung der Handwerker gegen die zunehmende Bedrückung vorläufig kaum eine politische Spitze [hat]». Zwar murrten sie über Kürzungen der Rohstoffe, beklagten die Einziehung ihrer Gesellen zur Wehrmacht oder ihre Abwanderung in die Rüstungsbetriebe oder die Munitionsfabriken und schimpften auf die an sie gestellten Anforderungen, über ihre Einnahmen und Ausgaben Buch zu führen, doch nichts von alledem mündete in eine verallgemeinerte Kritik am Regime selbst. «Es handelt sich ja auch um Schichten, denen bisher schon politisches Denken fremd war», lautete das Fazit der Beobachter. Das war zweifelhaft. Die Enttäuschung hatte eine Ernüchterung zur Folge, vielleicht sogar ein Missbehagen über das Regime; doch wie in anderen Bereichen der Gesellschaft gab es gute Gründe, warum sich daraus keine offene Opposition gegen das Regime entwickelte. Die Handwerker und Kleingewerbetrei-

benden, die den Kopf über Wasser hielten – die grosse Mehrzahl – stellten trotz all ihrer Probleme und Molesten fest, dass ihre wirtschaftliche Lage zumindest besser war als während der Weltwirtschaftskrise. Der Sektor der Kleingewerbetreibenden blieb zutiefst gespalten zwischen Produzenten und Ladeninhabern, Dienstleistern und Herstellern und in vielen weiteren Aspekten. Schliesslich war dies von allen Sektoren der deutschen Gesellschaft seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts der anfälligste für einen Rechtsnationalismus, Antisemitismus und eine antidemokratische Gesinnung. Es hätte mehr gebraucht als eine wirtschaftliche Unzufriedenheit, um diese Gruppe wirklich gegen das Regime aufzubringen.⁵⁶

II

Handwerker und Ladenbesitzer waren nicht die einzige soziale Gruppe, die auf eine Verbesserung ihres Status durch das Dritte Reich hoffte. Büroangestellte und Gehaltsempfänger von Privatunternehmen hatten seit Langem neidvoll auf die bessere Bezahlung, den höheren Status und die Privilegien der Beamten geblickt. Allgemein bekannt als der «neue Mittelstand», waren sie jedoch politisch tief gespalten, wobei liberale und sozialdemokratische Organisationen ihre Pendanten auf der extremen Rechten hatten, und ihr Stimmenanteil für die NSDAP während der Weimarer Republik lag nicht über dem Landesdurchschnitt. Viele hofften, das Dritte Reich werde wieder die Schranken zwischen Angestellten und Beamten auf der einen und Arbeitern auf der anderen Seite errichten, die in den letzten Jahren niedergerissen worden waren. Die Angst vor einer «Proletarisierung» war eine der Haupttriebkraften in den Angestelltengewerkschaften jeglicher politischer Couleur. Aber sie wurden bitter enttäuscht, als Hitler an die Macht kam. Die Führer aller drei politischen Flügel der Angestelltengewerkschaften wurden verhaftet und in Konzentrationslager verbracht, und die Gewerkschaften selbst wurden ebenso wie alle anderen Angestelltenorganisationen in die Deutsche Arbeitsfront eingegliedert.⁵⁷ Ausserdem beseitigte die Tatsache, dass die Arbeiter und ihre Organisationen formal in die Volksgemeinschaft integriert wurden, eine

weitere Barriere. Die Angestellten verfügten nicht über jene eng geknüpften Traditionen oder die besondere Kultur, wie sie die organisierten Arbeiter in der sozialdemokratischen und in etwas geringerem Masse in der kommunistischen Bewegung gekannt hatten, so dass sie einer Zersplitterung und einem terroristischen Druck wehrloser ausgeliefert und selbst zu einem passiven Widerstand unfähig waren.⁵⁸ So konnte es nicht überraschen, dass ein sozialdemokratischer Beobachter in einem Lebensversicherungsbetrieb in Mitteldeutschland 1936 berichtete, die meisten dort Beschäftigten seien politisch apathisch, abgesehen von einigen ehemaligen Stahlhelmern und Deutschnationalen, die vielleicht keine fanatischen Anhänger Hitlers, aber von der Zerschlagung des «Marxismus» und der Aufrüstung begeistert waren. «Die Mehrheit der männlichen Angestellten nimmt den politischen Zwang und alle Anordnungen stumpf hin», stellte er fest. Die meisten von ihnen kamen aus der unteren Mittelschicht. Sie gaben die Schuld an den Problemen den «kleinen Hitlers» des Regimes und bewunderten weiterhin den «Führer». Die Chancen, ein kritisches Denken zu entwickeln, waren in diesem Betrieb denkbar gering.⁵⁹

Komplizierter war die Lage der Akademiker, der Anwälte, Ärzte, Lehrer, Ingenieure, Hochschulprofessoren und anderer. Wie wir gesehen haben, wirkte sich das Dritte Reich auf den Status dieser Gruppen unterschiedlich aus, da die Juristen, höheren Beamten, Lehrer und Professoren auf der einen Seite abgewertet wurden, insbesondere die Ärzte dagegen eine Aufwertung erfuhren. Der Antiintellektualismus und Populismus der Nationalsozialisten wirkte sich offensichtlich nachteilig auf das Sozialprestige solcher Gruppen insgesamt aus, und die Veränderungen im Universitätsstudium brachten dies auch zum Ausdruck: durch den starken Rückgang der Studentenzahlen, die Abwesenheit der Studenten in den Lehr- und Lernveranstaltungen der Universitäten und Hochschulen wegen Dienstverpflichtungen und die Auflösung der autonomen Studentenverbindungen. Die rasch zunehmende Stärke und das Prestige der Wehrmacht eröffneten neue Aufstiegschancen im Offizierskorps für intelligente und ehrgeizige junge Männer aus den Ober- und Mittelschichten, im Vergleich zu denen die Zukunftsaussichten der akademischen Berufe langweilig und wenig lohnend erschienen. Die immer wieder an den Tag gelegte unverhohlene Verachtung der Nationalsozialisten für das Recht machte den Be-

ruf eines Juristen wenig attraktiv, und es ist nicht verwunderlich, dass 1939 Klagen über einen Mangel an geeigneten Anwärtern für den Beruf eines Anwalts oder Richters laut wurden. Selbst innerhalb der akademischen Berufe, denen es im Dritten Reich gut ging, wie den Ingenieuren, verbesserte sich die Lage nicht besonders. Die Aufrüstung, die auf technisches Können und Fachwissen angewiesen war bei der Konstruktion von Panzern, Schiffen, Flugzeugen und anderen Waffen, der Bau von Befestigungsanlagen wie dem Westwall und öffentliche Bauvorhaben wie die Reichsautobahn, Prestigebauprojekte wie in Berlin, München und anderswo: Diese und andere Projekte bewogen sogar das Reichsarbeitsministerium dazu, die Ingenieure von den Einschränkungen bei der Wahl eines Arbeitsplatzes auszunehmen, zumal wenn sie den Arbeitsplatz wechseln wollten, um sich beruflich fortzubilden. Das alles wirkte sich jedoch nicht auf ihre Bezahlung aus: In einem Unternehmen wie Siemens beispielsweise lag 1937 das Gehalt eines Ingenieurs, der gerade sein Hochschulexamen gemacht hatte, noch unter dem Gehalt eines Referendars an einem Gymnasium, während der Verein Deutscher Ingenieure unter der Leitung von Fritz Todt sich 1939 immer noch beklagte, dass die Geisteswissenschaftler in Deutschland ein höheres Sozialprestige hätten als seine Mitglieder. Die Verleihung des zweiten Deutschen Nationalpreises für Kunst und Wissenschaft auf dem Reichsparteitag 1938 (der Ersatz dafür, dass deutsche Wissenschaftler keinen Nobelpreis mehr annehmen durften) an Fritz Todt, den Auto konstruktur Ferdinand Porsche und die Flugzeugingenieur Wilhelm Messerschmidt und Ernst Heinkel in ausdrücklicher und allenthalben verkündeter Anerkennung der Leistungen deutscher Technik, konnte die meisten Ingenieure hierfür anscheinend nicht entschädigen.⁶⁰

Alle akademischen Berufe mussten jedoch im Verlauf der Gleichschaltung in den ersten Monaten nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten beträchtliche Einbussen an Autonomie hinnehmen, als ihre Berufsverbände aufgelöst und von nationalsozialistischen Organisationen vereinnahmt wurden. Alle hatten sich diesem Prozess gefügt, wie sie auch nicht gegen den Ausschluss von Sozialdemokraten und Kommunisten und die Entfernung jüdischer Mitglieder aus ihren Verbänden und schliesslich aus

den Berufen selbst protestiert hatten. Neben der Verschlechterung der Hochschullehre und der beruflichen Ausbildung durch Verlagerung des Schwergewichts auf ideologische Indoktrinierung und vormilitärische Ausbildung weg von der traditionellen Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten, erzeugte diese Reglementierung des Berufslebens der Akademiker bei vielen eine spürbare Demoralisierung. Selbst die Ärzte, wahrscheinlich der vom Regime am meisten hofierte Stand unter den traditionellen akademischen Berufen, verloren ihre angestammten Privilegien, ohne dafür neue zu erhalten. Als die Regierung 1935 eine Reichsärzteordnung erliess, ergänzt durch eine Berufsordnung für die deutschen Ärzte im November 1937, sahen sich die Ärzte auf einmal einem Bündel von obrigkeitlichen Vorschriften unterworfen, deren Verletzung mit Strafen bedroht war. Ärzte, die gegen die Verordnung verstießen, erhielten von Disziplinargerichten Mahnungen, Bussgeldbescheide, oder ihnen wurde für eine bestimmte Zeit die Approbation entzogen. Die Ärzte selbst mussten jetzt nicht nur die 1936 errichtete Reichsärztekammer über alle Veränderungen ihrer Lebensverhältnisse informieren und deren Erlaubnis einholen, wenn sie ihre Stelle wechseln wollten, sie mussten auch gegen ihre ärztliche Schweigepflicht verstossen, da sie verpflichtet wurden, den Gesundheitsämtern schwere Fälle von Alkoholismus, erbliche oder angeborene Behinderungen und Geschlechtskrankheiten von Patienten zu melden. In der Reichsärzteverordnung von 1935, die theoretisch das ärztliche Schweigebot bekräftigte, hiess es jedoch ausdrücklich, dies könne in der Praxis übergangen werden, wenn das «gesunde Volksempfinden» es erforderlich mache, und dieses wurde natürlich wie immer in solchen Fällen vom Regime und seinen Dienern definiert. Ärzte mussten auch unabhängig von ihrer beruflichen Erfahrung neue Fortbildungsveranstaltungen in «Rassenhygiene» und «Erbbiologie» besuchen. Allein 1936 mussten 5'000 Ärzte an diesen Veranstaltungen teilnehmen: Viele von ihnen waren entrüstet darüber, dass sie sich endlose Vorträge von NS-Ideologen anhören sollten, deren Qualifikationen in ihren Augen häufig unzureichend waren und deren Ideen bei vielen Teilnehmern auf Argwohn und Skepsis stiessen.⁶¹

Eine noch schlimmere Kränkung ihrer Standesehre war die Unterlassung des Regimes, die Ärzte gegen Scharlatane zu schützen, die sich als Heiler bezeichneten, ohne eine medizinische Ausbildung an einer Universität

empfangen zu haben. In Deutschland gab es 1935 mindestens 14'000 solcher «Kurpfuscher» gegenüber rund 47'000 approbierten Ärzten. Der Nationalsozialistische Deutsche Ärztebund, dem etwa ein Drittel der Ärzte angehörte, war ohne Einfluss und Ansehen und galt allgemein als ziemlich ineffektiv. Die Stellung der Reichsärztekammer, der alle Ärzte angehören mussten, war stärker, doch das eigentliche Problem bestand darin, dass führende Nationalsozialisten, von Hitler angefangen, der alternativen Medizin aufgeschlossen gegenüberstanden. Der Führer der Reichsärztekammer, Gerhard Wagner, unterstützte, wie wir gesehen haben, die «Neue Deutsche Heilkunde» und bemühte sich darum, dass Seminare zu dieser Methode in die Lehrveranstaltungen der medizinischen Fakultäten aufgenommen würden.⁶² Angesichts der gegensätzlichen Pressionen durch die Reichsärztekammer auf der einen Seite und die eigenen Führer auf der anderen schwankte das Regime jahrelang, bis es schliesslich im Februar 1939 bekanntgab, dass alle Heiler ohne medizinische Approbation im deutschen Naturheilverband registriert werden müssten und dass von jetzt an keine weiteren Naturheiler in den Verband aufgenommen würden. Damit erhielten diese selbsternannten Heiler nicht nur den Status eines Berufsstandes, sondern konnten obendrein nach einem Nachweis ihrer medizinischen Fachkenntnisse auch den Titel eines «Arztes für Naturheilkunde» erwerben, so dass sie als Doktoren galten, während Ärzte, die ein Medizinstudium absolviert hatten, eingetragene Naturheiler unterstützen mussten, wenn diese sie um ihre Assistenz ersuchten. Besonders begabte Laienheiler konnten sogar ohne die üblichen Qualifikationen an medizinischen Fakultäten zugelassen werden. Schliesslich wurden sämtliche aufgezählten Bestimmungen und Verordnungen nicht mit Sanktionen gegen nicht registrierte Heiler verbunden, die auch weiterhin behandeln durften, solange sie kein Honorar für ihre Leistungen verlangten. Damit musste die deutsche Ärzteschaft eine Einbusse ihres beruflichen Status, eine zunehmende Intervention des Staates und die Verwässerung traditioneller ethischer Grundsätze hinnehmen.⁶³

Dies alles wurde freilich mehr als aufgewogen durch den enormen Zuwachs der Macht, die von den Ärzten im Dritten Reich über die Patienten ausgeübt wurde, unterstützt durch staatliche Programme wie die Sterilisie-

rung und die Überprüfung des Gesundheitszustands bestimmter Personen zu den verschiedensten Zwecken, von der Musterung bei der Wehrmacht bis zur Eheschliessung. Die körperliche Gesundheit der Bürger war wesentlich für ein Regime, dessen oberstes Ziel die «rassische» Tauglichkeit des Volkes war, und die grosse Mehrzahl der Ärzte zeigte sich nur allzu bereit, den staatlichen Forderungen in dieser Hinsicht Folge zu leisten; die Idee einer «Rassenhygiene» war in der deutschen Ärzteschaft sogar schon vor 1933 verbreitet gewesen. Nach 1937 stiegen die Arzthonorare beträchtlich an: Betrugten sie 1933 im Durchschnitt noch 9'000 Reichsmark brutto jährlich, so waren es 1937 bereits 14'000 und 1939 rund 20'000 Reichsmark. Die Entfernung zahlreicher jüdischer Ärzte aus ihren Positionen hatte zu einer Vermehrung der Praxen der übrigen Ärzte geführt, dank der wirtschaftlichen Erholung stiegen die Einnahmen der Krankenkassen, und eine Reform dieser Kassen hatte die Patienten finanziell entlastet und die Einziehung der Honorare für die Ärzte erleichtert. Mit ihrem gestiegenen Einkommen lagen die Humanmediziner mit Abstand vor den Rechtsanwälten und verdienten übrigens doppelt soviel wie die Zahnärzte, die von der Rassenhygiene und den damit verbundenen staatlichen Massnahmen fast nicht profitierten. Abgesehen von Arztpraxen und Krankenhäusern eröffnete die Wehrmacht den Ärzten neue berufliche Möglichkeiten als Stabsärzte. Ausserdem wurden sie von den verschiedenen NS-Organisationen angeworben, von der SA bis zur Hitlerjugend, und die ehrgeizigsten unter ihnen konnten zur SS gehen, wo sie leichter an Prestige gewinnen und schneller Karriere machen konnten als im Zivilleben: Himmler richtete in Berlin eine medizinische Akademie der SS ein, wo Ärzte ideologisch geschult wurden, und an der Spitze der Ärzte in der SS stand ein Mann mit dem grossartigen Titel Reichsarzt SS, in Entsprechung zu Himmlers Titel des Reichsführers SS. Man hat geschätzt, dass mehr als zwei Drittel der Ärzte in Deutschland in Verbindung mit der Partei und deren Gliederung standen. Die den Ärzten zugedachte Schlüsselstellung in der imaginierten nationalsozialistischen Zukunft wurde durch Institutionen wie die Führerschule der deutschen Ärzteschaft hervorgehoben, ein Schulungslager in einer malerischen Gegend in Mecklenburg, wo Mitglieder des NS-Ärztetbunds zweiwöchige Schulungskurse in NS-Weltanschau-

ung absolvierten, um sich auf eine politische Rolle im Dritten Reich vorzubereiten. Junge Ärzte fanden somit ein Betätigungsfeld für ihre Ambitionen in dem stark ideologisch aufgeladenen Bereich der «Rassenhygiene», während ältere, etablierte Angehörige des Ärztestandes ihre gewohnte Arbeit fortführen konnten und dafür sogar besser bezahlt wurden als früher, wenngleich um den Preis beispiellos weitreichender staatlicher Eingriffe in ihre Tätigkeit. Es war eine unausgesprochene Abmachung, die von den meisten Ärzten bereitwillig akzeptiert wurde.⁶⁴

III

Eine Ernüchterung im Hinblick auf das Regime war gleichwohl vor allem innerhalb des ausgedehnten Beamtenapparats zu verspüren. Trotz Hitlers Versuch 1934, eine Arbeitsteilung zwischen dem traditionellen öffentlichen Dienst und der Partei zu erreichen, hielten die Spannungen und Auseinandersetzungen zwischen dem «Normenstaat» und dem «Massnahmestaat» an, und das Verhältnis zwischen beiden verschlechterte sich im Lauf der Jahre zunehmend. Während sich Institutionen wie das Reichsinnenministerium genötigt sahen, die Beamten anzuhalten, keine Anweisungen von Dienststellen der NSDAP oder von Individuen ohne eine formelle Position im Staat auszuführen, betonte Hitler selbst wiederholt, insbesondere in einer Proklamation, die am 11. September 1935 am Nürnberger Parteitag von Gauleiter Wagner verlesen wurde, wenn die staatlichen Institutionen sich bei der Ausführung der politischen Massnahmen der Partei als ineffektiv erwiesen, dann müsse «die Bewegung» sie stattdessen ausführen. Der Kampf gegen die Feinde des deutschen Volkes werde nicht an der Unzulänglichkeit einer formalen Bürokratie scheitern.⁶⁵ Das hatte zur Folge, dass der Beruf eines Beamten ehrgeizigen Jungakademikern immer weniger attraktiv erschien. So vermerkte der SD 1939 in einem seiner Berichte:

«Die Entwicklung des Beamten- und Personalwesens hat im ganzen weiter eine negative Richtung genommen. Die bekannten Gefährdungserscheinungen wie Personalmangel, negative Auslese und Nachlassen des Nachwuchses infolge zu schlechter Besoldung

und öffentlicher Diffamierung des Beamtenstandes, Fehlleisten der Personalpolitik mangels einheitlicher Zusammenfassung usw. haben auch in der Berichtszeit weiter ihren Lauf genommen.»⁶⁶

Bereits 1937 hatte der höhere Staatsdienst gravierende Personalprobleme. Die juristischen Fakultäten der deutschen Universitäten, wo der grösste Teil des Nachwuchses der höheren Beamten ausgebildet wurde, waren seit 1933 zunehmend geschrumpft, da die Studenten attraktivere Fächer wie etwa die Medizin vorzogen. Andererseits hatte die «Bürokratisierung» NS-Deutschlands – ein Begriff, der 1936 vom Statistischen Reichsamt gebraucht wurde – innerhalb der Behörden von der kommunalen bis zur Reichsebene einen Zuwachs der Beamten um 20 Prozent erfahren. Doch besser bezahlte Stellen boten die Partei und ihre Gliederungen. Spätestens 1938 herrschte auf allen Ebenen der staatlichen Bürokratie Personalmangel. Aber erst im Sommer 1939 wurden die mit dem Austeritätsprogramm Brüning's verordneten Gehaltskürzungen zumindest teilweise wieder aufgehoben. Reichsinnenminister Frick malte ein düsteres Bild von der chronisch angespannten Finanzlage des Staatsdienstes und prophezeite, dass dieser bald nicht mehr in der Lage sein werde, seine Aufgaben zu erfüllen. Die Schuld an dem drastischen Niedergang des Ansehens und der Stellung der Beamten mussten sich die Partei und ihre Führer, die ständig den Staatsapparat und dessen Personal mit Spott überschütteten, allein selbst geben.⁶⁷

Angesichts dieser Entwicklungen war es nicht verwunderlich, dass ein umsichtiger Beamter wie Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, selbst Mitglied der NSDAP seit 1932, im September 1937 seine Verzweiflung darüber äusserte, wie die Dinge liefen. Er lenkte die Aufmerksamkeit des Reichsministers auf das neue Reichsbeamtengesetz, das den Staatsdienst als den Grundpfeiler des Staates bezeichnete. Ohne die Beamten, führte er aus, sei «kein Vierjahresplan durchzuführen». Doch infolge der wiederholten «rassischen» und politischen Säuberungen sei der Beamtenapparat geschwächt worden, während das Überhandnehmen neuer Institutionen von Partei und Staat zu einem Kompetenzwirrwarr geführt habe, der eine ordentliche Verwaltung praktisch unmöglich mache. Des Weiteren sagte Schulenburg:

«Obwohl es seit der Machtübernahme entscheidende Verdienste im Neuaufbau erworben hat, wird es öffentlich als ‚Bürokratie‘ *lächerlich gemacht*, zu einem mechanistischen Apparat ohne Führer- und Gemeinschaftsaufgabe und -kraft herabgewürdigt, als volksfern, ja als treulos verschrien, ohne dass sich irgendjemand fände, der diese Herabsetzungen der staatstragenden Schicht amtlich zurückwiese. Der Beamte, vor allem der führende, ist dazu in seiner Arbeit *Angriffen ausgesetzt, die sich tatsächlich gegen den Staat als solchen richten* ... Die Folge dieser Behandlung des Beamtentums ist: das Beamtentum fühlt sich in steigendem Masse *diffamiert, ehrlos, beunruhigt, z.T. verzweifelt. Der Nachwuchs beginnt zu stocken. Das Beamtentum ist wirtschaftlich weitgehend proletarisiert.* ... Demgegenüber bietet die Wirtschaft das Vielfache an Gehalt...»⁶⁸

Unter den hohen Beamten wie Schulenburg zeigte sich allenthalben die deutliche Enttäuschung darüber, dass die grossen Hoffnungen von 1933 zerschlagen worden waren. Die Lage sei inzwischen sogar noch schlimmer als in der Weimarer Republik, konstatierte er. Die lange und ehrwürdige Tradition des Staatsdienstes sei vernichtet worden.⁶⁹ Schulenburgs Ernüchterung sollte ihn sehr bald dazu führen, das Regime entschieden abzulehnen. Was jedoch die grosse Mehrheit der Beamten anging, so erwiesen sich die Kräfte der Tradition und der Trägheit als die stärkeren. Der Staatsdienst hatte in der deutschen Gesellschaft und Politik seit seiner Gründung in Preussen im 18. Jahrhundert eine Sonderstellung eingenommen. Einige der Ideale, wie die Pflicht gegenüber dem Staat, die Neutralität gegenüber der Politik und der Glaube an eine effiziente Verwaltung, hielten sich bis ins 20. Jahrhundert und leiteten die Reaktion der Beamten auf den Nationalsozialismus. Starre bürokratische Verfahren, formale Regeln, eine Fülle von hierarchischen Stufen und Titeln und manches andere zeichneten die Beamtenschaft als eine besondere Institution mit eigenem Bewusstsein aus. Sie liess sich nicht einfach ersetzen. Einige Staatsdiener beschlossen, im Interesse des Staates, als deren Vertreter sie sich schon immer verstanden hatten, einfach weiterzumachen. Andere fühlten sich vom autoritären Stil des Dritten Reiches, seiner Betonung einer nationalen

Einheit, der Beendigung offener politischer Konflikte und möglicherweise vor allem der praktischen Beseitigung zahlreicher Beschränkungen des bürokratischen Handelns angezogen. An die Stelle von Verantwortlichkeit setzte man Effizienz, und auch das empfanden viele Beamte als einen Vorteil. In jedem Reichsministerium in Berlin, jeder Regional- und Kommunalbehörde gehorchten die Beamten den Gesetzen und Erlassen, die von Hitler, Göring und anderen Ministern kamen, einfach weil sie es als ihre Pflicht ansahen, sie umzusetzen. Kritische Beamte waren natürlich bereits 1933 aus dem Verkehr gezogen worden; doch in der grossen Mehrzahl waren die deutschen Beamten ohnehin Erzkonservative, die an einen autoritären Staat glaubten, in Kommunisten und Sozialdemokraten Verräter sahen und eine erneute nationale Expansion und Aufrüstung guthiessen.⁷⁰

Einer dieser Bürokraten, in vieler Hinsicht typisch für seine Kollegen, dessen umfangreiche Familienkorrespondenz durch eine Reihe von Zufällen erhalten blieb und uns einen genaueren Blick auf eine bürgerliche Sicht des Dritten Reiches ermöglicht, war Friedrich Karl Gebensleben, Beamter im Stadtplanungsamt Braunschweig. Geboren 1871, im Jahr der deutschen Reichseinigung, hatte Gebensleben Bauingenieurwesen studiert und bei der Reichsbahn in Berlin gearbeitet, bevor er nach Braunschweig ging und dort 1915 seine neue Stelle antrat. Er war anscheinend ein rechtschaffener Mann, dem seine Kollegen vertrauten, und zu Beginn der dreissiger Jahre verband er sein Amt mit dem Posten des stellvertretenden Bürgermeisters der Stadt. Seine Frau Elisabeth, 1883 geboren, entstammte ebenso wie er selbst einer wohlhabenden Bauernfamilie. Die beiden waren Stützen der Braunschweiger Gesellschaft, besuchten Konzerte, gingen regelmässig ins Theater und wurden bei allen wichtigen öffentlichen Feiern, Empfängen und ähnlichen Veranstaltungen gesehen. Ihre Tochter Irmgard, 1906 geboren, hatte einen Holländer geheiratet, und ihr neuer Wohnsitz in Holland war der Anlass für den grössten Teil der Familienkorrespondenz; deren Bruder Eberhard, 1910 geboren, studierte Jura an verschiedenen Universitäten, wie es damals üblich war, unter anderem in Berlin und Heidelberg, und wollte in den höheren Beamtendienst eintreten. Es war somit eine solide, konventionelle, bürgerliche Familie. Doch in den frühen dreissiger Jahren befand sich das Ehepaar offenbar in einem Zustand tiefer Ängste

und befürchtete vor allem eine kommunistische oder sozialdemokratische Revolution. Elisabeth Gebensleben brachte nur eine weitverbreitete Ansicht zum Ausdruck, als sie am 20. Juli 1932 an ihre Tochter schrieb, Deutschland befinde sich in tödlicher Gefahr durch die Kommunisten, unterstützt und aufgehetzt von den Sozialdemokraten. Im Land wimmelte es von russischen Agenten, und die Gewalt auf der Strasse sei der Anfang einer geplanten Destabilisierung des Landes. Deshalb seien alle Massnahmen zur Abwehr der Bedrohung gerechtfertigt.⁷¹

Lange vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten war Elisabeth Gebensleben eine Bewunderin Hitlers und der NS-Bewegung geworden: «Dieser Opfermut, diese glühende Vaterlandsliebe und dieser Idealismus!» schrieb sie 1932, nachdem sie auf einer Kundgebung der NSDAP gewesen war. «Und dabei eine solche stramme Zucht und Disziplin!»⁷² Verständlicherweise war sie voller Begeisterung für die Koalitionsregierung unter Hitler, die am 30. Januar 1933 ernannt wurde – gerade noch rechtzeitig, dachte sie, als sie eine Demonstration der Kommunisten gegen die Ernennung Hitlers sah («Kam Hitler nun endlich ans Ruder, aber zu spät? Der Bolschewismus ist ja viel, viel weiter drin im Volke, als man ahnt»),⁷³ Die massenhafte, brutale Gewalt, die in den folgenden Monaten von den Nationalsozialisten an ihren Gegnern verübt wurde, verursachte bei ihr deshalb nicht viele schlaflose Nächte: «Dieses rücksichtslose Eingreifen der nationalen Regierung», schrieb sie am 10. März 1933, «mag für viele etwas Befremdendes haben, aber es muss doch erst endlich gründlich gesäubert und aufgeräumt werden, sonst ist keine neue Aufbauarbeit möglich.»⁷⁴ «Gesäubert» wurde unter anderem der sozialdemokratische Bürgermeister von Braunschweig, Ernst Böhme, der 1929 im Alter von 37 Jahren in dieses Amt gewählt worden war. Am 13. März 1933 drang eine Horde SA-Männer in eine Ratssitzung ein und zerrte ihn brutal hinaus auf die Strasse. Innerhalb weniger Tage wurde er gezwungen, ein Schriftstück zu unterschreiben, mit dem er auf alle Ämter in der Stadt verzichtete. Mehrere SS-Männer brachten ihn in die Redaktionsräume der sozialdemokratischen Lokalzeitung, zogen ihn nackt aus, warfen ihn auf einen Tisch und schlugen ihn bewusstlos, schütteten einen Eimer mit kaltem Wasser über ihn aus, zogen ihn wieder an, so wie er war, und liessen ihn durch die Strassen der Stadt marschieren, bevor sie ihn in das städtische

Gefängnis steckten, aus dem er einige Zeit später schliesslich entlassen wurde. Sein Stellvertreter Karl Gebensleben übernahm ohne zu zögern vorläufig sein Amt als neuer Bürgermeister der Stadt. Trotz seiner Entrüstung über die dramatische und unerwartete Szene, die er in der Ratskammer erlebt hatte, protestierte Gebensleben heftig gegen Zeitungsberichte, er habe geweint, als der Bürgermeister weggeschleppt wurde. Er hatte in den letzten Jahren eng mit Böhme zusammengearbeitet, doch sein Pflichtgefühl als Beamter hätte ihm einen solchen Gefühlsausbruch nicht erlaubt. Seine Frau Elisabeth missbilligte zwar das Vorgehen der SS («Etwas weniger schmachvoll hätte ich Böhme den Abschied gewünscht»), tröstete sich jedoch mit dem Gedanken, dass in der Revolution von 1918 der konservative Bürgermeister der Stadt seinerseits von den «Roten» gedemütigt worden war.⁷⁵

Ebenso wie andere Konservative wurde das Ehepaar Gebensleben durch den Tribut beschwichtigt, den Hitler mit der Eröffnungszereemonie des Reichstags in Potsdam am 21. März 1933 der Tradition zollte. Sie holten die schwarz-weiss-rote Fahne der Kaiserzeit aus der Mottenkiste und hängten sie triumphierend aus dem Fenster, während Karl Gebensleben an einem feierlichen Marsch durch die Strassen Braunschweigs teilnahm.⁷⁶ Alles, was dem Ehepaar Gebensleben nicht gefiel, vor allem die Gewalttätigkeiten der SA und SS, taten sie als das Werk kommunistischer Agenten ab.⁷⁷ Sie glaubten stillschweigend den fabrizierten Anschuldigungen, die von den Nationalsozialisten gegen Gewerkschafter und andere wegen Unterschlagung erhoben wurden.⁷⁸ Als die Mutter ihrer Tochter von den über den Rundfunk übertragenen Reden Hitlers berichtete, konnte man zwischen den Zeilen deutlich einen wiedererwachten Nationalstolz lesen: Deutschland hatte jetzt einen Kanzler, auf den die ganze Welt sah.⁷⁹ Als überzeugte Protestantin trat sie den Deutschen Christen bei («Also auch Reform in der Kirche. Ich freue mich».) und hörte mit tiefer Bewegung zu, als der Pastor Hitler mit Martin Luther verglich.⁸⁰ Die Illusionen der Familie waren ebenso aufschlussreich wie ihre begeisterten Reaktionen. Karl Gebensleben begrüßte die «straffe Disziplin», die durch «das allein masgebliche Führerprinzip» in das öffentliche Leben und die Wirtschaft eingeführt wurde, sowie die «Gleichschaltung bis in die kleinsten Stellen»,

glaubte jedoch, dass mit der Zeit eine gemässigte Opposition nach englischem Muster zugelassen würde. Gegen Ende Mai traten Karl Gebensleben und seine Frau schliesslich in die Partei ein, nicht um sich zu schützen, sondern aus einem positiven Gefühl einer Verpflichtung gegenüber dem neuen Deutschland. So schrieb er stolz, wenn auch etwas verlegen an die Tochter:

«So hat also euer ‚alter‘ Vati sich auch Braunhemd, Schirmmütze, Riemen, Schlips und Parteizeichen schleunigst beschaffen müssen. Mutti meinte, die Uniform stände mir grossartig und mache mich Jahrzehnte (?) jünger!!! Oh! ! ! Ja, ja, lieber August, wenn mir das jemand früher gesagt hätte! Aber es ist doch ein erhebendes Gefühl, wie durch die Disziplin jeder sich anstrengt, das Beste für das Vaterland zu tun – streng nach dem Leitsatz *Gemeinnutz geht vor Eigennutz.*»⁸¹

Als Leiter der Stadtverwaltung begrüsst Karl Gebensleben die Entscheidung, den Stadtrat von der Beratung der meisten künftigen Aufgaben auszuschliessen und stattdessen die Entscheidungen in einem kleinen Ausschuss zu treffen. «Dadurch wird Kraft und Zeit zu nutzbringender Arbeit geschaffen.»⁸² Vor sich sah er eine neue Zeit der Effizienz und Übereinstimmung in der Stadtverwaltung.

Das war nicht der einzige Punkt, in dem die Familie sich täuschen sollte. Auch in der Einstellung zur Haltung des Regimes gegenüber den Juden machte sich das Ehepaar Illusionen. Der Antisemitismus spielte anfangs bei der Begeisterung der Familie für die Nationalsozialisten kaum eine Rolle. Als Elisabeth Gebensleben Mitte März die eingeworfenen Schau-fensterscheiben jüdischer Geschäfte in der Stadt sah, hielt sie die Täter für «Provokateure, ... die, wie feststeht, sich in die NSDAP eingeschlichen haben, um die nationale Bewegung in Misskredit im In- und Ausland zu bringen... Kommunisten und Mitläufer». Wenn tatsächlich Nationalsozialisten daran beteiligt gewesen sein sollten, würde Hitler dies sicher missbilligen.⁸³ Sie fand antisemitische Reden von Goebbels und Göring «schrecklich» und war beunruhigt, dass die Nationalsozialisten der Tätigkeit von Fritz Busch als Dirigent in Leipzig ein Ende gemacht hatten (sie dachte, es liege daran, dass Busch Jude war, worin sie sich irrte). Solche Angriffe auf Juden seien «katastrophal», schrieb sie. «Es gibt wohl auch unter den Juden Schurken, aber man darf doch nicht alle grossen Männer

unter den Juden vergessen, die so unendlich viel auf dem Gebiete von Kunst und Wissenschaft geleistet haben.»⁸⁴

Doch sehr bald änderte sich ihre Meinung im Gefolge des antijüdischen Boykotts vom 1. April 1933 und der Propaganda, von der dieser begleitet wurde. «Die Zeit, in der wir jetzt leben», schrieb sie am 6. April 1933 prophetisch an ihre Tochter, «wird wohl erst von der Nachwelt gerecht beurteilt werden.» Und weiter heisst es in dem Brief:

«Es ist Weltgeschichte, die wir erleben. Aber die Weltgeschichte geht über das Schicksal des Einzelnen hinweg, und das macht die Zeit, die so erhaben und rein ist in ihrem *Ziel*, so schwer neben der *Freude*, das Mitgefühl mit dem *Einzelschicksal*. Das gilt auch für das Schicksal des einzelnen Juden, ändert aber nichts an der Beurteilung der Judenfrage als solche. Die Judenfrage ist ebenso eine Weltfrage wie der Kommunismus, und wenn Hitler damit fertig werden will, ebenso wie mit dem Kommunismus, und das Ziel erreicht ist, wird Deutschland vielleicht noch mal beneidet werden.»⁸⁵

Sie hielt den Boykott für gerechtfertigt angesichts der «Hetze gegen Deutschland», von der das Regime behauptete, sie gehe von Marxisten und Juden im Ausland aus. Alle Geschichten über antisemitische Ausschreitungen in Deutschland seien «*reine Erfindung*», wie sie ihrer Tochter in Holland rundheraus erklärte, womit sie Goebbels' strikte Anweisung an alle befolgte, die Kontakt zum Ausland hatten, diese Linie einzuhalten; entweder hatte sie die Zwischenfälle schon vergessen, über die sie erst drei Wochen zuvor entrüstet war, oder sie hatte beschlossen, sie einfach zu verdrängen. Man habe Deutschland durch den Versailler Vertrag seiner «Lebensmöglichkeit» beraubt: «Deutschland wehrt sich mit der Waffe, die es hat. Dass die Juden teilweise aus ihren Ämtern in der Justiz, Medizin, ausgewiesen werden, ist volkswirtschaftlich *auch* recht, so schwer es einzelne Unschuldige auch trifft.» Sie war der Meinung, der Anteil der Juden in gehobenen Positionen werde nur auf den Anteil der Juden in der deutschen Bevölkerung reduziert (und übersah dabei, dass dieses Prinzip nur für die Juden gegolten hätte, nicht jedoch für andere Bevölkerungsgruppen wie etwa die Protestanten, deren Anteil in höheren Positionen im Vergleich zu dem der Katholiken wesentlich höher war). Jedenfalls seien die Juden

«schlau» und wollten «herrschen, nicht dienen», womit sie zeigte, wie weit sie sich die NS-Propaganda innerhalb nur weniger Wochen zu eigen gemacht hatte, möglicherweise, weil sie solche Vorurteile selbst schon gehegt hatte. Ihr Mann Karl erzählte ihr Geschichten von jüdischem Ehrgeiz und jüdischer Korruption, die die Säuberungen offenbar rechtfertigen sollten.⁸⁶ Im Oktober 1933 hatte sie umstandslos in ihren Briefen die Sprache der Nationalsozialisten übernommen und bezeichnete das von Kommunisten verfasste *Braunbuch* über die NS-Greuel als ein Werk «jüdischer Lügenhetze».⁸⁷

Für Karl Gebensleben bestand die Errungenschaft des Dritten Reiches darin, dass es die Unordnung beseitigt und Ordnung gebracht hatte. «Als die nationalsozialistische Regierung die Macht übernahm», sagte er in einer Rede zur Begrüssung des neuen, nationalsozialistischen Bürgermeisters von Braunschweig bei dessen Amtsübernahme am 18. Oktober 1933, «fand sie ein Chaos vor.» Die Entfernung der sich endlos streitenden Parteien der Weimarer Jahre habe den Weg für ordentliche kommunale Verbesserungen freigemacht. Ausserdem sei der Stolz Deutschlands wiederhergestellt.⁸⁸ Als Ende Juni 1934 noch einmal das Chaos in Gestalt von Ernst Röhm und seiner SA zurückzukehren schien, stiess Elisabeth einen Seufzer der Erleichterung aus, dass Hitler gehandelt hatte. Anders als ihre Tochter äusserte sie keinerlei Zweifel an der Rechtmässigkeit der Morde, die auf das Geheiss Hitlers begangen worden waren. «Man wird ganz klein angesichts der Grösse, der Wahrhaftigkeit und Offenheit eines solchen Mannes», schrieb sie.⁸⁹ Nach diesen Ereignissen hatte das Ehepaar zur nationalsozialistischen Politik nicht mehr viel zu sagen. Seine Aufmerksamkeit richtete sich jetzt nach innen, auf die Geburt der Enkel und auf ihren Sohn Eberhard, der sein Doktorexamen bei dem konservativen, regimefreundlichen Staatsrechtler Walter Jellinek in Heidelberg machen wollte; nach einigem Hin und Her verschwand der Name Jellinek plötzlich aus der Korrespondenz: Es hatte sich herausgestellt, dass er Jude war und seinen Lehrstuhl aufgeben musste.⁹⁰

Eberhard Gebensleben absolvierte eine vormilitärische Ausbildung bei der SA, leistete seinen Wehrdienst ab, nahm anschliessend eine Stelle als Beamter im Reichswirtschaftsministerium an und trat am 29. November

1937 in die Partei ein. Das Interesse der Familie an Politik war endgültig erloschen. Deutschland unter dem Nationalsozialismus besass für sie jene Stabilität, nach der sie sich gesehnt hatte, es war eine Art Rückkehr zur Normalität nach den Wirrungen der Weimarer Jahre. Daran gemessen schienen leise Zweifel und eine punktuelle Kritik an der Art und Weise, wie das neue Regime sich etabliert hatte, von untergeordneter Bedeutung. Die Unterwerfung des Kommunismus, die Überwindung der politischen Krise, die Wiederherstellung des Nationalstolzes waren das, was Elisabeth und Karl Gebensleben sich gewünscht hatten. Alles andere übersahen sie, erklärten es weg, oder sie übernahmen einfach die Deutungsmuster der Propaganda, die der Bevölkerung unablässig eingehämmert wurden. Der Konformismus der bürgerlichen Familien wie dieser war mit Illusionen erkaufte, die nach 1939 mit einem furchtbaren Erwachen enden sollten. Das sollten die beiden allerdings nicht mehr erleben. Karl Gebensleben starb an dem Tag, da er in Rente gehen sollte, dem 1. Februar 1936, an einem Herzschlag; seine Witwe Elisabeth folgte ihm am 23. Dezember 1937. Die Karriere Eberhards im Reichswirtschaftsministerium wurde jäh unterbrochen, als er 1939 zur Wehrmacht eingezogen wurde.⁹¹

Die Zähmung des Proletariats

Die bei weitem grösste gesellschaftliche Klasse in Deutschland 1933 war die Arbeiterschaft, die rund 46 Prozent der Erwerbsbevölkerung umfasste. Aus der Berufszählung vom 16. Juni 1933, seit Langem geplant und weitgehend ohne Einmischung der Nationalsozialisten durchgeführt, ergab sich, dass weitere 17 Prozent in die Kategorie der Beamten, Angestellten und Soldaten fielen, 16,4 Prozent waren Selbständige, exakt ebenso hoch war der Anteil der mithelfenden Familienangehörigen (überwiegend auf kleinen Bauernhöfen), und 3,8 Prozent waren Hausangestellte. Bei der Aufschlüsselung der Erwerbspersonen nach Wirtschaftssektoren waren 1933 13,1 Millionen in Industrie und Handwerk tätig, 9,3 Millionen in der Land- und Forstwirtschaft, 5,9 Millionen in Handel und Verkehr, 2,7 Millionen im öffentlichen Dienst und im privaten Dienstleistungsgewerbe und 1,3 Millionen in Privathaushalten. Die deutsche Gesellschaft war eine Gesellschaft mit einem hohen und weiterhin zunehmenden Anteil der Fabrikarbeiter, einem zwar noch beträchtlichen, aber rückläufigen Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft und mit einem Dienstleistungssektor, inzwischen der bedeutendste Sektor der führenden Wirtschaften des 21. Jahrhunderts, der noch verhältnismässig wenig entwickelt war, jedoch ein starkes Wachstum aufwies. Moderne Industrien wie die Chemieindustrie, das Druck- und Vervielfältigungsgewerbe und die Elektroindustrie mit einem Anteil von 20 bis 25 Prozent Frauen in der Belegschaft waren zukunftsweisend, und in manchen Dienstleistungsbereichen waren Frauen ebenfalls stark vertreten. In den traditionellen und immer noch enorm wichtigen Industrien wie Bergbau, Metallverarbeitung, Baugewerbe und ähnlichen bewegte man sich jedoch immer noch in einer Männerwelt. Rund 25 Prozent aller Erwerbstätigen in der Industrie arbeiteten im Hüttenwesen und Maschinen- und Apparatebau im weitesten Sinn. 1933 waren über drei Millionen in diesen Industrien beschäftigt,

weitere zwei Millionen verdienten ihr Brot im Baugewerbe; zu diesen Erwerbstätigen, die den Kern der traditionellen Klasse der Fabrikarbeiter bildeten, konnten noch 867'000 Personen in den Holz- und Holzverarbeitenden Industrien gerechnet werden, knapp über 700'000 in Bergwerken, Salinen und Torfgräbereien und 600'000, die im Industriezweig Steine und Erden tätig waren. Nur ein winziger Anteil der in diesen Industrien Erwerbstätigen waren Frauen – weniger als zwei Prozent beispielsweise im Bergbau und im Baugewerbe. Und es waren diese klassischen Felder der männlichen Beschäftigten – oder in den frühen dreissiger Jahren der männlichen Arbeitslosen –, die für die Arbeiterschaft und die Arbeiterbewegung insgesamt den Ton gaben.⁹²

Die Massenarbeitslosigkeit hatte in den frühen dreissiger Jahren den Zusammenhalt und die Moral der Arbeiterschaft untergraben. Sie hatte die starke und gut organisierte Gewerkschaftsbewegung in Deutschland destabilisiert. Auf der Suche nach einer Lösung hatten die grossen Arbeiterparteien entweder die Fähigkeit zu selbständigen Aktionen verloren wie die SPD oder sich müssigen und selbstzerstörerischen revolutionären Phantasien hingegeben wie die KPD. 1933 bezahlten sie den Preis dafür. Zwischen März und Juli 1933 zerschlugen die Nationalsozialisten die traditionsreiche deutsche Arbeiterbewegung, lösten die Gewerkschaften auf und verboten die beiden Arbeiterparteien. Eine Weile behauptete sich noch der organisierte Widerstand aus den Überresten der alten Arbeiterbewegung, wurde jedoch schliesslich ebenfalls unterdrückt.⁹³ In der Zwischenzeit machten die Nationalsozialisten sich daran, eine neue Arbeiterorganisation aufzubauen, in der die Arbeiter unter der Kontrolle des Staates gleichgeschaltet wurden. Die bereits bestehende NS-Gewerkschaft, die NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation), wurde von den Arbeitgebern mit Misstrauen betrachtet, da sie in ihrer potentiellen Militanz eine Bedrohung sahen. Die Wirtschaft hatte kein Interesse daran, die alten Gewerkschaften loszuwerden, nur damit eine neue, mächtigere Organisation deren Platz einnehmen konnte. Industrielle und Bankleute waren stark beunruhigt über die Unordnung in den Fabriken, da Braunhemden und «Kommissare» der NSBO gewählte Vertreter der Gewerkschaften und Betriebsräte angriffen und vertrieben und selbst die Vertretung der Beleg-

schaften übernahmen. Nach wenigen Wochen beschwerten sich die Arbeitgeber, diese selbsternannten Kommissare mischten sich in die Betriebsführung ein, stellten unsinnige Forderungen, machten sich wichtig und brächten auf diese Weise alles durcheinander. In Sachsen liess Gauleiter Martin Mutschmann sogar den Vorsitzenden der Sächsischen Staatsbank, Carl Degenhardt, verhaften und einen Monat lang festhalten. Solche Aktionen liessen die Unternehmer für die Zukunft Schlimmes befürchten.⁹⁴

Diese Unordnung war nicht zuletzt eine Folge der radikalen Ambitionen der NSBO, deren Einfluss zu dieser Zeit in keinem Verhältnis zu ihrer relativ niedrigen Zahl von 300'000 Mitgliedern stand. Unterstützt vom starken Arm der SA und von der entschlossen betriebenen Gleichschaltung durch das neue Regime hatten die NSBO-Kommissare bereits die Gewerkschaftshäuser besetzt und deren Funktion übernommen, noch bevor die Gewerkschaften am 2. Mai 1933 praktisch abgeschafft wurden. Der treibende Motor der NSBO, Reinhold Muchow, zur Zeit der nationalsozialistischen Machtübernahme noch keine dreissig Jahre alt, hatte sich seine ersten Sporen bereits in den letzten Jahren der Weimarer Republik bei einer Reihe von erbitterten Arbeitskämpfen verdient, insbesondere beim Berliner Verkehrsarbeiterstreik 1932, als die Nationalsozialisten Seite an Seite mit den Kommunisten kämpften. Als Organisationsleiter von Goebbels, in dessen Funktion als Gauleiter von Berlin, hatte er seinen Appell an die Arbeiterschaft der Hauptstadt gerichtet, der er auch selbst angehörte. In seiner Vision würde die NSBO zu einer riesigen Dachgewerkschaft anwachsen, in der jeder deutsche Erwerbstätige vertreten sein sollte. In dieser Eigenschaft würde sie ein wesentliches Element in dem neuen korporativen Staat darstellen, sie würde Löhne und Gehälter festlegen, der Regierung neue Vorschläge zum Arbeitsschutz vorlegen und die sozialen Aufgaben der alten Gewerkschaften übernehmen.⁹⁵

Doch die NSDAP-Führung wollte keine Klassenkämpfe aus der Weimarer Zeit in das neue Reich übernehmen. Bereits am 7. April hatte Hess die NSBO angewiesen, sich aus der Führung von Unternehmen herauszuhalten oder sogar die bisherigen Gewerkschaften in ihrer Arbeit zu behindern, die ihre Mitglieder während der Weltwirtschaftskrise mit Sozialzah-

lungen unterstützt hatten. Die Übernahme der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 durch die Nationalsozialisten war in mancher Hinsicht ein klassisches Beispiel für das Bestreben der NSDAP-Führer, einen unkoordinierten Aktionismus institutionell zu kanalisieren, sobald er lästig wurde.⁹⁶ An die Stelle der Gewerkschaften trat sogleich die Deutsche Arbeitsfront, was offiziell mit einer Zeremonie unter Anwesenheit Hitlers und des Kabinetts am 10. Mai 1933 gefeiert wurde. Der Mann, der an die Spitze der DAF berufen wurde, war eine der schillerndsten Persönlichkeiten des Dritten Reiches: Robert Ley. Geboren 1890 als das siebte von elf Kindern eines ursprünglich wohlhabenden Bauern aus dem Bergischen Land, hatte Ley in seinem sechsten Lebensjahr ein Trauma erlitten, als sein inzwischen hochverschuldeter Vater den eigenen Hof in Brand steckte, um mit der Versicherungssumme seine Schulden zu bezahlen. Nach Leys späteren autobiographischen Aufzeichnungen zu urteilen, hatte sich bei ihm infolge der Armut und Schande für die Familie, nachdem der Vater wegen Versicherungsbetrugs zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden war, eine dauerhafte Angst vor sozialer Deklassierung und ein Ressentiment gegen die Oberschicht festgesetzt. Intelligent und überaus ehrgeizig beschloss er, sich durchzubeissen, und ging auf die Universität, was für einen jungen Mann seiner Herkunft ungewöhnlich war. Einen Teil seines 1910 aufgenommenen Chemiestudiums finanzierte er als Werkstudent in den Semesterferien selbst. 1914, kurz vor seinem Diplom, machte der Krieg seinen Plänen vorläufig ein Ende. Ley meldete sich sogleich als Freiwilliger und diente bis 1916 in einer Artillerieeinheit an der Westfront, liess sich dann aber zum Artilleriebeobachter ausbilden, da er die Schrecken des Grabenkriegs nicht mehr ertragen konnte. Am 29. Juli 1917 wurde sein Flugzeug abgeschossen, seinem Piloten gelang eine Bruchlandung, doch beide gerieten in Kriegsgefangenschaft. Ley hatte eine schwere Oberschenkelverletzung davongetragen und musste sechs Operationen über sich ergehen lassen. Ausserdem war ein Schläfenlappen geschädigt worden, wovon er eine Sprachbehinderung davontrug; dies war später vermutlich die Ursache für seinen Alkoholismus und für wiederholte unkontrollierte Gefühlsausbrüche.⁹⁷

Nach Kriegsende ging Ley an die Universität zurück, schloss sein Studium ab und promovierte 1920 in Lebensmittelchemie. Ein Teil seiner

Doktorarbeit wurde in einer Fachzeitschrift veröffentlicht. Er fand eine gutbezahlte Anstellung bei Bayer in Leverkusen, heiratete und gründete eine Familie. Doch er war unzufrieden mit seiner langweiligen Labortätigkeit und fand keine Ruhe, was möglicherweise durch seine Lektüre romantischer und utopischer Literatur verstärkt wurde. Die französische Besetzung des Rheinlands, wo er lebte, schürte seine nationalistischen Überzeugungen, die in eine Bewunderung für Hitler mündeten, als Ley Anfang 1924 Berichte über die Rede des Parteiführers während des Prozesses gegen die Münchener Putschisten las. Er trat in die NSDAP ein und wurde bald ein führender Agitator in Städten und in der Provinz und stieg im Juni 1925 zum Gauleiter von Rheinland-Süd auf. Wie viele frühe prominente Nationalsozialisten war Ley fasziniert von Hitlers Reden. Er hegte eine grenzenlose Bewunderung für den «Führer» und fand in ihm möglicherweise, wie Psychohistoriker vermutet haben, einen Ersatz für den Vater, dessen Schande einen so dunklen Schatten auf seine Kindheit geworfen hatte. Ley unterstützte Hitler in den Auseinandersetzungen zwischen den Parteiführern und dem linken Parteiflügel Mitte der zwanziger Jahre und war ihm zuvor nach seiner Entlassung aus der Haft 1924 behilflich gewesen, wieder die Parteiführung zu übernehmen. Hitler wusste diese Unterstützung zu schätzen, und zudem erwies Ley sich trotz seines Stotterns als ein wirkungsvoller demagogischer Redner, so dass Hitler Beschwerden anderer Parteiführer über Leys zwielichtige Finanzgeschäfte, seine Eigenmächtigkeiten gegenüber Mitarbeitern und Untergebenen und seine Unfähigkeit in Verwaltungsfragen überging. Ley betrieb sehr bald eine regionale Parteizeitung, den *Westdeutschen Beobachter*, die in ihrer jüdenfeindlichen Propaganda dem *Stürmer* Streichers, des Gauleiters in Franken, kaum nachstand. Diese Zeitung brachte immer wieder erfundene Berichte über jüdische Ritualmorde und angebliche Verführungen minderjähriger deutscher Mädchen durch jüdische Vorgesetzte. Diese Falschmeldungen trugen Ley strafrechtliche Verfahren und Verurteilungen zu Geldbussen und Haftstrafen ein, was ihn nicht davon abhielt, sie weiterhin zu drucken.⁹⁸

Hitler holte Ley 1931 als Reichsorganisationsinspekteur nach München ins «Braune Haus», wo er zunächst als Stellvertreter Gregor Strassers fungierte und nach dessen Rücktritt im Dezember 1932 sein Amt des Reichs-

organisationsleiters übernahm, allerdings ohne dessen immense Machtfülle. Leys Erfahrungen bei der Gewinnung von Wählerstimmen in den von der Arbeiterschaft dominierten Regionen des Rheinlands in Verbindung mit seinem utopischen Idealismus und seinen gesellschaftlichen Ressentiments gab seinem Nationalsozialismus einen erkennbar kollektivistischen Ton. Sie führte dazu, dass Hitler ihn Anfang April 1933 beauftragte, Pläne für die Umstrukturierung der Arbeiterorganisationen in Deutschland zu entwickeln. Sein Auftrag bestand darin, Hitlers Vision zu verwirklichen, die Arbeiterschaft in das neue Deutschland zu integrieren, den vielleicht widerspenstigsten, die Mitglieder des den Nationalsozialisten am feindlichsten gegenüberstehenden Bevölkerungsteils Deutschlands zu begeisterten Anhängern der neuen Ordnung zu machen. Doch Ley war nicht in der Lage, dies von sich aus zu bewerkstelligen. Es war für ihn kein Problem gewesen, die DAF in den Räumlichkeiten der alten Gewerkschaften zu installieren und die NSBO in sie einzugliedern. Aber ihm blieb kaum eine andere Wahl, als sich der Aktivisten der NSBO bei der Errichtung der internen Strukturen der DAF zu bedienen. Anfangs unterstellten diese einfach die bestehenden Gewerkschaftsinstitutionen der neuen Leitung mit neuen Namen und teilten sie in fünf grosse Untergruppen («Säulen») auf. So wurde der bisherige Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund als Dachorganisation der Arbeitergewerkschaften samt seinen Abteilungen wie dem Pressebüro und seiner Zeitung zu einer Säule, während die alten Angestelltengewerkschaften eine zweite Säule bildeten. Drei weitere Säulen sollten folgen: Handel, Handwerk und Gewerbe, die freien Berufe sowie die Unternehmer. Der Weg schien frei für eine Deutsche Arbeitsfront, die den Kern eines korporativen Staates nach dem faschistischen Modell Italiens bildete und in der die Interessen aller Sektoren der Wirtschaft in den Dienst der neuen politischen Ordnung gestellt würden.»

Doch diese Ideen, die von Muchow und den anderen Führern der NSBO propagiert wurden, sollten nicht von langer Dauer sein. Weder die freien Berufe noch die Wirtschaft waren davon begeistert, Handel und Gewerbe hatten zu keiner Zeit grossen Einfluss, und Muchow und seine Mitstreiter waren die hauptsächliche dynamische Kraft in der neuen Organisation. In-

nerhalb kurzer Zeit war die DAF so geworden, wie die NSBO sie sich vorgestellt hatte, eine Art Übergewerkschaft, die vor allem die Interessen der Arbeiter vertrat. Von Ley zunächst unterstützt, erliessen die DAF-Funktionäre zahlreiche Anordnungen und Weisungen, welche die Wirtschaftspolitik betrafen: Frauen sollten für dieselbe Arbeit denselben Lohn wie die Männer erhalten, während des Urlaubs müsse der volle Lohn gezahlt werden, Firmen müssten neue Arbeitskräfte einstellen statt die alten Überstunden machen zu lassen und manches andere. Auf örtlicher Ebene wurde die Agitation fortgesetzt, wobei einige Funktionäre drohten, Arbeitgeber in Konzentrationslager zu schicken, wenn sie diese Forderungen nicht erfüllen sollten. Muchow erklärte, hierfür seien verkappte Kommunisten und Sozialdemokraten verantwortlich, und ordnete eine Untersuchung der politischen Vergangenheit aller Funktionäre der DAF an. Er rechnete damit, dass man rund hunderttausend Mitglieder ausschliessen müsse. Doch immer mehr Beschwerden trafen ein, vom Reichsarbeitsminister, dem Reichsinnenminister und selbst dem Reichsminister für Transport und Verkehr, die alle befürchteten, dass durch die wilden Aktionen der unteren DAF-Funktionäre ihre Autorität untergraben würde. Die Dinge schienen ausser Kontrolle zu geraten, und es wurde Zeit, diesen Zustand zu beenden.¹⁰⁰

II

Am 19. Mai 1933 erliess das Kabinett unter dem Druck der Wirtschaft und der Reichsministerien in Berlin ein «Gesetz über Treuhänder der Arbeit». Der Reichskanzler sollte auf Vorschlag der einzelnen Landesregierungen zwölf Treuhänder ernennen, deren Aufgabe es war, in ihren Ländern die Löhne und Gehälter, die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsverträge zu regeln und den Arbeitsfrieden aufrechtzuerhalten. Die Treuhänder waren dem Reichsarbeitsministerium unterstellt. Nur zwei von ihnen kamen von der NSBO, fünf waren juristische Berater grosser Arbeitgeberverbände, vier waren hohe Beamte auf Landesebene. Die ziemlich vagen Bestimmungen des Gesetzes wurden am 20. Januar 1934 durch das «Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit» inhaltlich gefüllt, das von

einem Beamten formuliert wurde, der früher bei einem Interessenverband der deutschen Industrie tätig gewesen war.¹⁰¹ Die neuen Gesetze beseitigten den Rahmen bilateraler Tarifverhandlungen und Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, eine der grossen Errungenschaften der Weimarer Arbeitspolitik, und ersetzten ihn durch einen neuen Rahmen, der das nationalsozialistische «Führerprinzip» enthielt. Sie betonten, dass es im neuen nationalsozialistischen Staat keinen Interessengegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern mehr gebe; beide würden einträchtig als Teil der neu geeinten deutschen Volksgemeinschaft zusammenarbeiten. Um das zu unterstreichen, wurde für den Text eine neofeudale Terminologie der Gegenseitigkeit gewählt, die nicht anders als der Feudalismus des Mittelalters die Tatsache verschleierte, dass die eigentliche Macht sich in den Händen der einen Seite befand: der Arbeitgeber. Zu den Befugnissen der Treuhänder der Arbeit gehörten die Ernennung von «Vertrauensräten» für einzelne Unternehmen, die Schlichtung von Streitigkeiten, die Bestätigung von notwendigen Entlassungen, die Regelung der Arbeitszeit und die Grundlage zur Festsetzung des Akkordlohns und die Mitteilung von Amtsmissbrauch, Provokation, Störung, Vertrauensbruch und ähnlichem Fehlverhalten an «Ehrengerichte», die eine quasirichterliche Funktion hatten und zu deren Mitgliedern auch vom Reichsjustizministerium ernannte Richter gehörten. Der Arbeitgeber hiess jetzt «Betriebsführer», die Arbeiter waren seine «Gefolgschaft». An die Stelle der gewählten Betriebsräte und gesetzlich bindender Arbeitsverträge aus der Weimarer Zeit legte das neue System alle Befugnisse und Rechte in die Hände der Arbeitgeber in Zusammenarbeit mit den Treuhändern der Arbeit. Tatsächlich waren die Ehrengerichte eine Luftnummer; in den Jahren 1934 bis 1936 wurden ihnen nicht mehr als 516 Fälle vorgelegt, bei denen es zumeist um Misshandlungen von Lehrlingen durch ihre Meister ging. Auf dem Papier mochten sie gerecht und unparteiisch erscheinen, aber eine echte Wirkung hatten sie in der Praxis nicht.¹⁰²

Das neue System der industriellen Arbeitsbeziehungen stellte einen grossen Sieg für die Arbeitgeber dar, unterstützt von Hitler und der Parteidirection, die bei ihrem Rüstungsprojekt dringend auf die Zusammenarbeit mit der Industrie angewiesen waren. Während sich die neuen Treuhänder der Arbeit über die Idee eines korporativen Staates offen lustig machten,

erhielten die Chancen der NSBO, weiter an Einfluss zu gewinnen, einen schweren Schlag durch den Tod Reinhold Muchows bei einer Kneipenprügelei am 12. September 1933. Damit war der radikale Flügel der Deutschen Arbeitsfront seines Motors beraubt, und Ley, der inzwischen mit den heiklen Problemen der Arbeitsbeziehungen besser vertraut war als im vorangegangenen Frühjahr, hatte die Möglichkeit, seine Autorität zurückzugewinnen. Am 1. November 1933 sagte Ley vor Arbeitern der Siemenswerke in Berlin:

«Wir alle sind Soldaten der Arbeit, von denen die einen befehlen und die anderen gehorchen. Gehorsam und Verantwortung, das muss wieder bei uns einziehen... Wir können nicht alle auf dem Kommandoturm sein; dann sind keine da, die die Segel aufziehen und die Taue ziehen. Nein, das können wir nicht alle, das müssen wir erfassen.»¹⁰³

Ley organisierte jetzt die DAF um, beseitigte auch die letzten Überreste einer gewerkschaftlichen Kultur und gewerkschaftlicher Positionen, schaffte die letzten unabhängigen Funktionen der NSBO ab und fügte sich der Direktive des Reichsarbeitsministeriums und den Bestimmungen der neuen Arbeitsgesetze, dass sie bei Verhandlungen über Lohnvereinbarungen keine Rolle zu spielen hatten. Die DAF wurde nach dem Muster der NSDAP umstrukturiert: streng hierarchisch anstelle der bisherigen gleichzeitigen Vertretung von Arbeitern, Angestellten und Handel und Handwerk. Sie hatte jetzt mehrere zentrale Ämter – für Presse und Propaganda, Schulung, Soziales und anderes –, deren Anweisungen an die entsprechenden Abteilungen auf der regionalen und lokalen Ebene weitergegeben wurden. Die alten Funktionäre der NSBO bemühten sich nach Kräften, dem neuen System entgegenzuarbeiten, doch nach der «Nacht der langen Messer» wurden sie von einem Tag auf den anderen en bloc entlassen. Hinter diesen politischen Winkelzügen stand die Erkenntnis Hitlers und der übrigen Führer des Regimes, dass die Aufrüstung, ihr absolut wichtigstes Wirtschaftsziel, nur dann reibungslos und schnell zu verwirklichen war, wenn die Arbeiterschaft unter Kontrolle gehalten werden konnte. Das bedeutete die Beseitigung der stärker revolutionären Elemente in der DAF sowie ein entschlossenes Vorgehen gegen alle Vorstellungen einer «zwei-

ten Revolution», die von den Braunhemden und ihren Führern propagiert wurden. Im Herbst 1934 war klar, dass die Arbeitgeber aus dem Kampf um die Kontrolle der Arbeitsbeziehungen als Sieger hervorgegangen waren. Dennoch befanden sie sich jetzt in einer Lage, die sie so auch nicht gewollt hatten. Organisation und Struktur der Arbeiterschaft im Nationalsozialismus hatten zweifellos vieles gemeinsam mit jener Art von Unternehmensführung und Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, wie sie von vielen Unternehmern in den zwanziger und dreissiger Jahren erträumt wurden, aber sie war zugleich mit massiven Eingriffen in diese Beziehungen durch den Staat, die DAF und die Partei in Bereiche, in denen die Arbeitgeber traditionell das Heft in der Hand zu halten versuchten, verbunden. Die Gewerkschaften waren zwar verschwunden, aber die Arbeitgeber waren nicht mehr Herr im eigenen Haus.¹⁰⁴

In der Zwischenzeit erwarb sich der riesige Apparat der Deutschen Arbeitsfront den Ruf, die vielleicht korrupteste aller bedeutenden Institutionen des Dritten Reiches zu sein. Hieran trug Ley persönlich einen Grossteil der Schuld. Seine Stellung als Leiter der DAF und Reichsorganisationsleiter der Partei bescherte ihm einen reichen Geldseggen mit einem monatlichen Gehalt von 6'000 Reichsmark; ausserdem erhielt er 700 Reichsmark als Reichstagsabgeordneter und 400 Reichsmark als preussischer Staatsrat. Doch das war erst der Anfang. Seine Bücher und Broschüren, die er mit sanftem Druck bei den Mitgliedern der DAF absetzte, brachten ihm ordentliche Tantiemen ein, und mit seiner Zeitung verdiente er in drei Jahren 150'000 Reichsmark. Ley machte einen freien persönlichen Gebrauch von den Geldsummen aus dem Vermögen der aufgelösten Gewerkschaften, und 1940 erhielt er obendrein von Hitler eine persönliche Spende von einer Million Reichsmark. Dank dieser üppigen Mittel war er in der Lage, mehrere grosse Villen in verschiedenen Städten in exklusiver Lage zu erwerben, die alle mit Dienstpersonal ausgestattet waren. Die Villa in seinem Hauptwohnsitz Berlin lag in Grunewald, und ihr Personal bestand aus einer Köchin, einem Butler, zwei Kindernädchen, einem Zimmermädchen, einem Gärtner und einer Wirtschafterin. Die Kosten für dieses Personal wurden bis 1938 von der DAF übernommen, und selbst danach übernahm sie sämtliche Unterhaltsaufwendungen für Leys Häuser. Ley liebte teure

Automobile und schenkte seiner zweiten Frau gleich zwei davon. Ausserdem liess er einen Eisenbahnwaggon für seinen persönlichen Gebrauch einrichten. Er sammelte Gemälde und Möbel für seine Häuser. 1935 erwarb er das Landgut Rottland im Bergischen Land und machte sogleich ein nationalsozialistisches Utopia daraus, liess die vorhandenen Fachwerkbauten niederreissen und beauftragte den Architekten Clemens Klotz, der bereits zwei Ordensburgen der DAF gebaut hatte, ein neues Gebäude mit grandiosen Ausmassen zu errichten, beschlagnahmte Land in der Umgebung, um die eigene Anbaufläche zu vergrössern, liess Sümpfe trockenlegen, kaufte neue Landmaschinen und entwickelte einen Ausbildungsplan für angehende Landwirte. Hier spielte Ley den neofeudalen Gutsherrn. Wenn er mit seinem Wagen vorfuhr – sein Besuch wurde vorher angekündigt –, musste das gesamte Personal vor dem Herrenhaus antreten, und er liess entgegen der üblichen Rechtspraxis das Anwesen als einen Reichserbhof ins Grundbuch eintragen.

Im Rahmen derart prunkvoller Residenzen, umgeben von wertvollen Gemälden und Möbeln, verbrachte Ley seine Mussestunden als Schürzenjäger oder ergab sich zunehmend dem Alkohol, beides Aktivitäten, die ihn immer wieder in peinliche Situationen in der Öffentlichkeit brachten. Die Trinkgelage, die er in Gesellschaft seiner Entourage abhielt, endeten oft in gewalttätigen Szenen. Bei einer dieser Veranstaltungen wurde der badische Ministerpräsident verprügelt. 1937 besuchten der Herzog und die Herzogin von Windsor die DAF und waren deshalb seine Gäste. Obwohl sichtlich betrunken, bestand er darauf, sie in seinem Mercedes durch ein Münchener Fabrikgelände zu chauffieren. Dabei durchbrach er mit dem Wagen das verschlossene Tor und fuhr anschliessend in hohem Tempo zwischen den Arbeiterbarracken auf und ab. Am nächsten Tag musste Göring auf Bitten Hitlers die Gäste für den Rest ihres Besuchs übernehmen. Zwei Jahre zuvor hatte Ley nach mehreren Liebeleien eine Liaison mit der jungen Sopranistin Inge Spilker angefangen, die er 1938 unmittelbar nach der Scheidung von seiner ersten Frau heiratete. Seine Vernarrtheit in ihre körperlichen Reize bewog ihn, ein Bild von ihr mit entblösstem Oberkörper malen zu lassen, das er stolz einer Gruppe von Würdenträgern zeigte, die bei ihm zu Besuch waren, und ein andermal versuchte er anscheinend,

ihr in Gegenwart von Gästen die Kleider vom Leib zu reißen, damit diese ihren herrlichen Körper bewundern konnten. Inge Spilker konnte diese Eskapaden und Leys zunehmenden Alkoholismus auf die Dauer nicht ertragen, griff selbst zur Flasche, wurde süchtig und erschoss sich am 29. Dezember 1942 nach einem angeblich belanglosen Streit mit ihrem Mann. Nach Vorhaltungen von Hitler versuchte Ley weniger zu trinken, doch vergebens. Wie so oft war Hitler auch diesmal bereit, die Sache nicht weiter zu verfolgen, solange Ley ihm gegenüber weiterhin loyal blieb.¹⁰⁵

Die Korruption innerhalb der DAF endete keineswegs bei Ley selbst; man könnte sogar behaupten, dass er selbst es war, der seinen Untergebenen vormachte, wie sich die Organisation zum eigenen Vorteil melken liess. Unzählige Wirtschaftsunternehmen der unterschiedlichsten Art, die von der DAF betrieben wurden, boten vielfältige Möglichkeiten, Geld auf die Seite zu bringen. Die Bauunternehmungen der DAF, die von einem hohen Beamten, Anton Karl, geleitet wurden, einem Mann mit Vorstrafenregister wegen Diebstahl, Unterschlagung und Untreue, zahlte 1936/37 mehr als 580'000 Reichsmark an Bestechungs- und Schmiergeldern, um Aufträge zu erlangen. Der Führer der «Leibstandarte Adolf Hitler», Sepp Dietrich, revanchierte sich für die Geschenke, die Karl über ihn regnen liess, darunter goldene Zigarettenetuis, ein Jagdgewehr, Seidenhemden und -krawatten sowie eine Italienreise für die Ehefrau und mehrere Gemälde, mit Aufträgen für Umbauarbeiten an der Kaserne der Leibstandarte in Berlin. Im Interesse guter Beziehungen zu Partei und Staat nutzte Karl die DAF-Bank zur Vergabe günstiger Kredite an hohe NS-Chargen oder beschaffte ihnen ein Haus zu einem mehr als günstigen Preis. Hitlers Adjutanten Julius Schaub und Wilhelm Brückner, sein Fotograf Heinrich Hoffmann und alle anderen, von denen man annahm, sie hätten das Ohr des Führers, erhielten Schmiergelder von der DAF; Ley gab jedem von ihnen allein im Jahr 1935 ein «Weihnachtsgeschenk» in Höhe von 20'000 Reichsmark.¹⁰⁶ Sozialdemokratische Berichterstatter erstellten schadenfroh eine Liste mit Korruptions- und Bestechungsfällen, in die jedes Jahr Vertreter der DAF verwickelt waren. Für 1935 hielten sie beispielsweise fest, dass ein Alois Wenger, der bei der Kreisamtsleitung der NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude in Konstanz tätig war, zu sieben Monaten Ge-

fängnis verurteilt wurde. Er hatte mehrere Unterschlagungen begangen, die er durch gefälschte Quittungen verdecken wollte. In einem anderen Fall ging es um einen «alten Kämpfer», Betriebsobmann in einer Aachener Tuchfabrik und Ortsgruppenwaller der DAF, der einen Teil der einkassierten Mitgliedbeiträge seiner Arbeitskollegen für die DAF unterschlagen und sich von seinem Arbeitgeber – möglicherweise unter Drohungen – 2'000 Reichsmark «geliehen» hatte, um die veruntreuten Gelder wenigstens zu einem Teil abzudecken. Das Geld verbrauchte er für seine Zecheereien. Was mit den DAF-Beiträgen passierte, schilderte ein anderer Bericht:

«Dort, vor dem früheren ADGB-Haus, haben bis 1932 etwa zwei bis drei Privatwagen geparkt, die der Arbeiterbank oder dem ADGB gehörten. Heute soll man sich nur mal die Reihe ansehen, die dasteht, 50 bis 60 Wagen sind es täglich, und manchmal reicht auch diese Zahl noch nicht. Die DAF-Chauffeure haben Benzin-Blancoschecks, sie können tanken, soviel sie wollen, und sie tun es oft, eine Kontrolle gibt es nicht. Die Korruption in der DAF ist ungeheuer, die allgemeine Moral entsprechend gering.»¹⁰⁷

Ley war also nicht der einzige Nutzniesser der Finanzen der DAF; seine unverhohlene und offensichtliche Korruption war nur die Spitze eines gewaltigen Eisbergs aus Unterschlagungen. Mit einem solchen Treiben machte sich die DAF keine Freunde bei den Millionen Arbeitern, die gezwungen wurden, sie mit Zwangsbeiträgen, die von ihrem Lohn abgezogen wurden, zu unterhalten.

III

Das NS-Regime sah durchaus, dass die Auflösung der Gewerkschaften und die Reglementierung und Unterwerfung der Arbeiter durch die korrupte und autoritäre Deutsche Arbeitsfront zu Unzufriedenheit innerhalb der grössten gesellschaftlichen Schicht in Deutschland führen konnte, eine Schicht, die bis 1933 die erbittertsten Gegner der NSDAP, die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei, massiv unterstützt hatte. Neben ihrer unablässigen Propaganda, in der sie immer neue Siege

in der «Arbeitsschlacht» hinausposaunte, bemühte sich die DAF deshalb um weitere Mittel und Wege, um die Arbeiterschaft mit dem Dritten Reich auszusöhnen. Von besonderer Bedeutung war dabei die NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude (KdF), die am 27. November 1933 als Unterorganisation der DAF gegründet wurde. Die KdF verfolgte das Ziel, die Freizeit der Arbeiter zu organisieren, statt ihnen die Möglichkeit zu bieten, dies selbst zu tun, und auf diese Weise auch die Freizeit in den Dienst der Volksgemeinschaft zu stellen und die auseinanderstrebenden Welten der Arbeit und der Freizeit, des Fließbands und des Sportplatzes zu versöhnen. Die Arbeiter sollten Kraft für ihre Arbeit «tanken», indem sie in der Freizeit Freude empfanden. Vor allem sollte die KdF die Klassenspaltung überwinden, indem sie die Freizeitaktivitäten der Mittelschicht auch den Arbeitern zugänglich machte. Materielles Wohl, erklärte Ley in seiner Rede zur Gründung der Organisation am 27. November, werde das deutsche Volk nicht glücklich machen; das sei der verbreitete Irrtum der «Marxisten» der Weimarer Zeit. Das nationalsozialistische Regime werde geistige und kulturelle Mittel einsetzen, um die Integration der Arbeiter in die Volksgemeinschaft zu erreichen. In Anlehnung an ihr faschistisches Vorbild in Italien *Dopolavore* («Nach der Arbeit»), jedoch im Unterschied zu diesem unter Einschluss der Arbeitswelt, entwickelte die KdF sehr bald ein breites Spektrum von Aktivitäten und wuchs innerhalb kürzester Zeit zu einer der grössten Organisationen des Dritten Reiches. 1939 hatte sie über 7'000 hauptamtliche und 135'000 ehrenamtliche Mitarbeiter, organisiert in den Bereichen Sport, Erwachsenenbildung und Urlaub, und einen Obmann in allen Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten.¹⁰⁸

«KdF», erläuterte Robert Ley im Juni 1938, «ist die kürzeste Formel, auf die sich der Nationalsozialismus für die breite Masse bringen lässt.»¹⁰⁹ Sie fülle alle Formen der Freizeitgestaltung mit einem weltanschaulichen Inhalt. Zur Verwirklichung dieser Aufgabe standen der Organisation beträchtliche Mittel zur Verfügung. 1937 erhielt die KdF von der DAF Zuschüsse in Höhe von 29 Millionen Reichsmark jährlich, während die «Übernahme» des enormen Freizeit- und Kulturapparats der SPD und der sozialdemokratischen Gewerkschaften ebenfalls zu ihrem Vermögen bei-

trug, darunter Wanderhütten und Spiel- und Sportplätze. Dank solcher Ressourcen war die KdF in der Lage, Freizeitaktivitäten konkurrenzlos preiswert anzubieten, so dass sie für die meisten Arbeiter und ihre Familien erschwinglich waren. 1934/35 beteiligten sich über drei Millionen Menschen an den sportlichen und gymnastischen Abendveranstaltungen, während viele weitere die preiswerten Betreuungen im Tennis, Segeln und anderen bislang nur den Mittel- und Oberschichten zugänglichen Sportarten in Anspruch nahmen. Im kulturellen Bereich kaufte die Organisation blockweise Theaterkarten, die sie billiger an ihre Mitglieder abgab; 1938 wurden in Berlin über die Hälfte aller Theaterkarten an die KdF abgegeben. Sie veranstaltete Konzerte mit klassischer Musik in Fabriken und stellte mehrere Orchester zusammen, die in Deutschland auf Tournee gingen; sie baute Theater, stellte Wandertruppen von Schauspielern auf und veranstaltete Kunstausstellungen. 1938 besuchten mehr als zweieinhalb Millionen Menschen ihre Konzerte und über dreizehneinhalb Millionen ihre «Volkstumsveranstaltungen»; über sechseinhalb Millionen gingen zu Opern- und Operettenabenden der KdF, und fast siebeneinhalb Millionen besuchten verbilligte Schauspielaufführungen. Eineinhalb Millionen besuchten Ausstellungen, und über zweieinhalb Millionen nahmen an Veranstaltungen auf der Autobahn teil. Die Mitgliedschaft erfolgte automatisch mit der Mitgliedschaft in der DAF, so dass der KdF 1936 35 Millionen Mitglieder angehörten. Sie machte in Deutschland wie im Ausland intensiv Reklame und gewann viele begeisterte Anhänger unter den Menschen in England, den Vereinigten Staaten und anderen Ländern, die ihre Energie bewunderten, den Massen Kultur nahezubringen.¹¹⁰

Die auffallendste Aktivität der KdF war zweifellos die Organisation eines Massentourismus für die Arbeiter. «Vielen gilt ‚Kraft durch Freude‘ überhaupt nur als eine Art Reiseorganisation, die grosse Vorteile gewährt», hiess es in einem Bericht von 1938.¹¹¹ Bereits 1934 nahmen rund 400'000 Urlauber an Pauschalreisen innerhalb Deutschlands teil, die von der KdF angeboten wurden; bis 1937 war diese Zahl auf 1,7 Millionen angewachsen, während fast sieben Millionen an kürzeren Wochenendfahrten und 1,6 Millionen an organisierten Wanderungen teilnahmen. Zwar

gingen diese Zahlen 1938/39 etwas zurück, doch an dem Erfolg dieser Veranstaltungen konnte kein Zweifel bestehen. Sammelbuchungen ermöglichten es, Pauschalreisen mit einem hohen Rabatt zu verkaufen – 75 Prozent auf Fahrkarten beispielsweise und 50 Prozent bei Hotel- und Pensionszimmern. Das konnte sich deutlich auf die Wirtschaft von Tourismusregionen auswirken; so reisten bereits 1934 175'000 Urlauber mit der KdF nach Südbayern und gaben dort rund fünfeinhalb Millionen Reichsmark aus. Am spektakulärsten waren die Auslandsreisen, die von der KdF veranstaltet wurden, ob als Eisenbahnreisen in das befreundete Italien oder Kreuzfahrten nach Madeira, das zur deutschlandfreundlichen portugiesischen Diktatur unter Salazar gehörte. 1939 kamen allein nach Italien 175'000 Urlauber mit diesen organisierten Reisen, von denen viele ein Kreuzfahrtschiff gebucht hatten. 1939 besass die KdF acht Passagierdampfer (von denen zwei eigens für sie gebaut worden waren) und mietete vier weitere mehr oder weniger dauerhaft, um die Touristen zu so exotischen Gegenden zu befördern wie Libyen (damals eine italienische Kolonie), Finnland, Bulgarien und Istanbul, um auf diese Weise die Solidarität Deutschlands mit aktuellen oder potentiellen Verbündeten zum Ausdruck zu bringen und die Konturen eines zukünftigen, von Deutschland dominierten europäischen Reiches sichtbar werden zu lassen. 1939 machten 140'000 Deutsche eine Kreuzfahrt auf diesen Schiffen. Wo immer sie in einem dieser Länder anlegten, wurden sie von Delegationen der dortigen deutschen Konsulate begrüßt, die für sie Besichtigungen und kurze Ausflüge arrangiert hatten, während deutschlandfreundliche Regierungen häufig verschwenderische Empfänge für die Touristen veranstalteten.¹¹²

Die KdF-Schiffsreisen wurden sorgfältig so arrangiert, dass Vergnügen und politische Indoktrination zusammenfielen. Zudem sollten sie der übrigen Welt oder zumindest den freundlich gesonnenen Ländern das neue Deutschland vor Augen führen. Die bisherigen Ozeandampfer waren in unterschiedliche Kabinenklassen und andere Einrichtungen aufgeteilt, je nach der finanziellen Lage der Passagiere, doch die KdF verschmähte diese Relikte der Vergangenheit und feierte die Einheit der deutschen Volksgemeinschaft, indem sie neue Schiffe baute, auf denen es keine Unterschiede der Kabinenklassen mehr gab, sondern nur noch Aussenkabinen, während

sie die bereits vorhandenen Schiffe entsprechend umbauen liess. Einmal an Bord wurden die Passagiere daran erinnert, dass sie nicht nur zu ihrem Vergnügen hier waren oder um sich aufzuspielen wie die früheren bürgerlichen Passagiere auf Kreuzfahrtschiffen, sondern um an einem ernsthaften kulturellen Unternehmen teilzunehmen. Sie wurden angehalten, sich bescheiden zu kleiden, übermässigen Alkoholgenuß zu meiden, sich nicht auf Urlaubsaffären einzulassen und den Anweisungen des Begleitpersonals Folge zu leisten. Auf einem neuen KdF-Dampfer wie der *Robert Ley* befanden sich eine Turnhalle, ein Theater und ein Schwimmbecken, um den Reisenden die Möglichkeit zu bieten, sich sportlich zu betätigen und kulturelle Veranstaltungen zu besuchen. Begleitbroschüren für die Urlauber wiesen auf das Besondere der Kreuzfahrten und der Ausflüge an Land hin, da hier Menschen aus unterschiedlichen Gesellschaftsschichten und Regionen in einem gemeinsamen Unternehmen zusammengeführt wurden, um auf diese Weise am Aufbau der deutschen Volksgemeinschaft mitzuwirken. Die Teilnehmer sollten vor allem deshalb ins Ausland reisen, um sich über die Welt zu unterrichten und sich dabei die Überlegenheit der Deutschen über andere «Rassen» bewusst zu machen. Innerhalb Deutschlands bestand einer der Hauptzwecke der KdF-Reisen darin, die Menschen mit den Regionen ihres Heimatlands vertraut zu machen, die sie bislang noch nie besucht hatten, vor allem wenn diese wie einige der abgelegeneren Gegenden als Zentren alter deutscher Volkstraditionen dargestellt werden konnten. Davon versprach man sich ein allmähliches Zusammenwachsen der Volksgemeinschaft.¹¹³

Doch wie so oft in Deutschland unter dem Nationalsozialismus wurde die Wirklichkeit den propagandistischen Behauptungen nicht ganz gerecht. Häufig waren die für die KdF-Touristen vorgesehenen Einrichtungen kärglich, mit Massenschlafquartieren fast ohne Rückzugsmöglichkeiten, oder es waren Unterkünfte ohne zeitgemässe sanitäre Installationen. Klassische Konzerte waren nicht immer nach dem Geschmack der Arbeiter, zumal wenn sie dafür noch bezahlen mussten. Ein Konzert in den Rheingoldsälen in Leipzig mit über tausend Plätzen musste ausfallen, weil nur 130 Karten verkauft wurden.¹¹⁴ Manche Theater wie die Volksoper «Theater des Westens» in Berlin hatten ausschliesslich für die KdF oft-

mals billig produzierte Operetten auf dem Spielplan, während die grossen Theater auch weiterhin überwiegend von bürgerlichem Publikum besucht wurden; selbst wenn bestimmte Veranstaltungen von der KdF gekauft wurden, die dann ermässigte Eintrittskarten weitergab, stammten die meisten Besucher aus der bürgerlichen Schicht.¹¹⁵ Die Vision einer klassenlosen Gesellschaft verblasste sehr bald, als KdF-Gesellschaften geräuschvoll in ruhige Ferienorte auf dem Land einfielen. Statt das Gefühl einer nationalen Solidarität zu verstärken, führten Pauschalreisen in Deutschland selbst zu massiven Beschwerden der örtlichen Tourismusorganisationen, Gaststätten und Bäder, deren Preise durch die verbilligten Sammelbuchungen der neuen Organisation deutlich unterboten wurden. Gutbetuchte Urlaubsreisende der traditionellen Art, entsetzt darüber, dass ihre bevorzugten Urlaubsorte von Horden sozial unter ihnen Stehender heimgesucht wurden, deren häufig rabaukenhaftes Auftreten wiederholt Klagen der Gastwirte und Hoteliers sowie privater Urlauber auslöste, suchten schleunigst das Weite.¹¹⁶

Unbeeindruckt machte sich die KdF daran, ihre eigenen vorbildlichen Ferienunterkünfte am «KdF-Seebad Prora» auf der Insel Rügen zu bauen. Die Bauarbeiten begannen unter der Aufsicht Albert Speers am 3. Mai 1936 und sollten 1940 beendet sein. Das Seebad erstreckte sich über acht Kilometer an der Ostseeküste, mit sechsstöckigen Wohnblöcken, alle 500 Meter unterbrochen von einem «Gemeinschaftshaus». In der Mitte der Anlage lag ein Festplatz, auf dem eine Festhalle geplant war, die alle 20'000 Urlauber aufnehmen sollte, die in der Anlage untergebracht werden konnten. Das Seebad war bewusst auf die Bedürfnisse von Familien zugeschnitten worden, da in anderen KdF-Anlagen Einrichtungen für Familien fehlten, und der Aufenthalt sollte auch für Arbeiterfamilien bezahlbar sein: Ein einwöchiger Aufenthalt sollte nicht mehr als 20 Reichsmark kosten. Die Anlage war mit modernstem Komfort ausgestattet, einschliesslich zentralgeheizter Zimmer, fliessend kaltem und warmem Wasser, einem geheizten Schwimmbassin, einem Kino, Kegelbahnen, einem Landungssteg für Dampfer, einem Bahnhof und vielem anderem. Entworfen von dem Kölner Architekten Clemens Klotz, repräsentierte die Anlage die pseudoklassische nationalsozialistische Moderne in ihrer monumen-

talsten Form. Wie alles Übrige in der KdF betonte sie einen Kolossalstil, Kollektivismus und den Untergang des einzelnen in der Masse. In den sechsstöckigen Blöcken waren die kleinen Ferienzimmer, eines neben dem anderen, an endlosen anonymen Gängen aufgereiht, die den Feriengästen den Weg vorgaben, sobald sie ins Freie wollten, und sogar der Platz, den eine Familie am Strand beanspruchen konnte, war geregelt. Auf dem Höhepunkt der Bauarbeiten waren hier fast so viele Arbeiter beschäftigt wie an der Reichsautobahn, doch die Anlage wurde nie in Betrieb genommen: Mit dem Beginn des Krieges wurden alle Arbeiten unterbrochen, auch wenn einzelne Gebäude später doch noch fertiggestellt wurden, um ausgebombte Grossstädter aufzunehmen. Von den Anwohnern der Umgebung und nach dem Krieg von russischen Besatzungssoldaten gründlich ausgeplündert, wurden die Anlagen später als Kasernen und Schulungszentrum von der DDR genutzt und sind bis heute eine Bauruine.¹¹⁷

IV

Kraft durch Freude überwand also nie die Schwierigkeiten, die das Seebad Prora lösen sollte. Aber es gab schlimmere Fehlschläge als diesen. Denn die Menschen, die Ferienreisen mit der KdF unternahmen, weigerten sich partout, dies in dem vom Regime gewünschten Geist zu tun. Besorgt über den möglichen Einfluss ehemaliger Sozialdemokraten, die an den Reisen teilnahmen, und über gesetzwidrige Kontakte zwischen Rüstungsarbeitern und Auslandsagenten, sorgte die Organisation dafür, dass die Gestapo und der SS-Sicherheitsdienst als Touristen getarnte Agenten abstellte, welche die Ferienreisenden beobachteten. Das Bild, das deren Berichte von Anfang an zeichneten, ab März 1936, war bedenklich. Weit davon entfernt, die soziale Spaltung in den Interessen der Volksgemeinschaft zu überwinden, liessen die KdF-Reisen überhaupt erst die sozialen Unterschiede hervortreten, die ohne sie vielleicht nur latent geblieben wären. Da die KdF bei den Hoteliers und Gastwirten die Preise so weit wie möglich drückte, gaben diese häufig ein minderwertiges Essen an die Pauschalreisenden aus, die es übel aufnahmen, dass den Individualtouristen am Nebentisch ein besseres Essen serviert wurde. Die der KdF verkauften

Theaterkarten waren häufig Karten für die schlechtesten Sitzplätze des Hauses, was die Klassenressentiments erst recht schürte, da diejenigen, die auf diesen Plätzen sassen, gezwungen waren, vom Olymp herab auf die gutgekleideten Besucher aus dem Bürgertum zu blicken. Auf Kreuzfahrten, wo selbst die weitestreichenden Umbauten den Unterschied zwischen den Kabinen auf dem Oberdeck und denen unterhalb der Wasserlinie nicht zum Verschwinden bringen konnten, erhielten die Parteioberen, höheren Beamten und Angestellten die besten Plätze. Dieser Personenkreis nahm ohnedies den Löwenanteil der interessantesten Kreuzfahrten für sich in Anspruch, wofür sie so bekannt waren, dass beispielsweise die Schiffsreise nach Madeira im Volksmund «Bonzenfahrt» hiess. Überprüfungen der Passagierlisten von KdF-Dampfern ergaben, dass Angestellte die grösste Einzelgruppe waren, genau wie beim ganz normalen Tourismus. Nach Schätzungen der Besatzung stammten höchstens zehn Prozent der tausend Passagiere auf einem KdF-Dampfer nach Norwegen 1935 aus der Arbeiterschaft; die übrigen waren Parteifunktionäre samt Anhang, die die Wein- und Biervorräte an Bord vernichtet hatten, lange bevor das Schiff wieder den Heimathafen erreichte. «Diese Kerle fressen und saufen wie die Schweine», empörte sich ein Besatzungsmitglied. Die meisten Teilnehmer aus der Arbeiterschaft waren alleinstehende Frauen und junge unverheiratete Männer, mit anderen Worten Lohnempfänger, die im Unterschied zu Familienvätern oder Müttern über ihr Einkommen frei verfügen konnten. Die meisten Arbeiter unter den Reisenden waren Facharbeiter und wurden relativ gut bezahlt. Die schlechter bezahlten Arbeiter erhielten beträchtliche Zuschüsse von ihren Arbeitgebern. Die Kosten einer solchen Reise überstiegen immer noch die finanziellen Möglichkeiten der meisten Lohnempfänger, die ihr Einkommen nur durch eine Verlängerung ihrer Arbeitszeit erhöhen konnten, was ihre Möglichkeiten verringerte, in Urlaub zu fahren. In vielen Fällen konnten sie sich die Extraausgaben nicht leisten, die mit solchen Reisen zwangsläufig verbunden waren, beispielsweise die Anschaffung von Freizeitkleidung.¹¹⁸

Auf Kreuzfahrten und anderen Reisen gaben Parteibonzen und Reisende aus der Mittelschicht an Land viel Geld für Geschenke, Souvenirs, gutes Essen und Unterhaltungsveranstaltungen aus, während die Arbeiterfami-

lien sich nicht einmal Extraausgaben für die einfachsten Dinge leisten konnten. Immer wieder beschwerten sich Arbeiter über das protzige Verhalten der Mitreisenden aus den bürgerlichen Schichten und darüber, dass diese während der Reisen lieber unter sich blieben. Zu diesen Differenzen kamen noch regionale Rivalitäten hinzu; auf einer Kreuzfahrt nach Italien spitzten sich die Animositäten zwischen zwei Gruppen von Rheinländern und Schlesiern so zu, dass beide sich weigerten, sich gemeinsam mit der anderen im selben Raum aufzuhalten. Bei einer späteren Kreuzfahrt auf demselben Schiff beleidigte eine Gruppe aus Westfalen schlesische Mitreisende, indem sie diese als «Polacken» beschimpfte, und nur das Eingreifen der Mannschaft verhinderte, dass es zu einer Schlägerei kam.¹¹⁹ Ausserdem entsprach das Verhalten vieler KdF-Touristen in keiner Weise den Vorstellungen der Organisatoren. Wie die meisten Urlauber wollten sie sich ungezwungen benehmen können. Statt eingeschränkt zu werden und etwas für die Volksgemeinschaft tun zu müssen, wollten sie lieber ihren Spass haben und auch einmal etwas allein unternehmen. Immer wieder meldeten die Gestapoagenten Massenbesäufnisse und Schlägereien. Ihren Berichten zufolge waren auf manchen Schiffen nachts die Rettungsboote voll von Paaren, die miteinander schliefen. Besonders schamlos seien die jungen unverheirateten Frauen, die in beträchtlicher Zahl an diesen Schiffsreisen teilnahmen. Flirts, Tändeleien und Affären mit Männern der Schiffsbesatzung oder noch schlimmer mit dunkelhäutigen Italienern, Griechen oder Arabern an Land gaben den Gestapobeobachtern immer wieder Anlass zu kritischen Bemerkungen. Die Passagiere insgesamt zeigten einen bedauerlichen Mangel an Interesse an politischen Schulungen und Versammlungen. Am schlimmsten seien die Parteifunktionäre, die für ihre Besäufnisse und ihr ungebührliches Benehmen berüchtigt waren. Auf einer Schiffsreise, die eigens für die Gauleiter organisiert worden war, entdeckte die Gestapo auf der Passagierliste zwei bekannte Prostituierte. Wie man sich denken konnte war der schlimmste Teilnehmer Robert Ley selbst, der häufig bei KdF-Kreuzfahrten mitreiste, auf denen er die meiste Zeit über so betrunken war, dass der Kapitän ihm zwei Mann von der Besatzung zur Seite gab, sobald er an Deck gehen wollte, um zu verhindern, dass er über Bord ging. KdF-Reiseleiter sorgten dafür, dass eine Gruppe

blonder, blauäugiger junger Frauen an Bord war, so dass er auf der Reise «Gesellschaft» hatte.¹²⁰ Kein Wunder, dass die KdF im Berliner Volksmund auch «Bonzenbordell» genannt wurde.¹²¹

Obwohl es der KdF also nicht gelang, ihre weltanschaulichen Ziele zu erreichen, so war diese NS-Gesellschaft doch eine der beliebtesten kulturellen Neuerungen des Regimes. Indem sie Urlaubsreisen und zahlreiche weitere Aktivitäten ermöglichte, die normalerweise vielen Teilnehmern aus finanziellen Gründen nicht möglich gewesen wären, wurde die KdF unter Arbeitern zunehmend geschätzt.¹²² Ein Grossteil von dem, was die KdF anbot, war für die anvisierte Zielgruppe etwas Neues. Im Frühjahr 1934 beispielsweise ergab eine Umfrage unter 42'000 Siemens-Arbeitern in Berlin, dass 28'500 von ihnen noch nie Urlaub ausserhalb von Berlin und Umgebung gemacht hatten; sie ergriffen die Möglichkeiten, die ihnen von der KdF angeboten wurden: «Wenn man es so billig bekommt, kann man dafür auch schon mal die Hand hochheben!» sagte einer von ihnen gegenüber einem sozialdemokratischen Berichtersteller.¹²³ «Die Nazis haben doch auch manches Gute geschaffen», hiess es in einem anderen Bericht.¹²⁴ Aus Berlin meldete ein Beobachter im Februar 1938:

«Kraft durch Freude' ist sehr populär. Die Veranstaltungen kommen der Sehnsucht des kleinen Mannes entgegen, der auch einmal herauskommen und an den Genüssen der ‚Grossen‘ teilnehmen will. Es ist eine geschickte Spekulation auf die kleinbürgerlichen Neigungen der unpolitischen Arbeiter. Für einen solchen Mann ist es schon etwas, wenn er einmal an einer Nordlandreise teilgenommen hat oder wenn er auch nur im Schwarzwald oder im Harz war. Er bildet sich ein, dass er dadurch in der sozialen Stufenleiter eine Sprosse höher gekommen sei.»¹²⁵

Von den Angeboten der KdF wurde soviel Gebrauch gemacht, dass im Volksmund der Spruch umging, die Leute verlören ihre Kraft durch zu viel Freude.¹²⁶ Einige pessimistische sozialdemokratische Beobachter gelangten deshalb zu dem Schluss, das Programm habe letztlich die wichtige Funktion, die Bevölkerung, zumal bislang oppositionelle Elemente, mit dem Regime auszusöhnen. «Die Arbeiter», so ein Kommentar aus dem Jahr 1939, «fühlen sehr wohl, dass ihnen mit KdF Sand in die Augen ge-

streut werden soll, aber sie machen zum grössten Teil mit, und auf diese Weise wird der propagandistische Zweck schliesslich doch erreicht.»¹²⁷

Die KdF hatte sogar eine symbolische Wirkung, die weit über die ihrer konkreten Programme hinausreichte. Ihre Zug- und Schiffsreisen waren in der Rückschau etwas Besonderes unter ihren Erfahrungen in den Friedensjahren, wenn Arbeiter sich nach Kriegsende an diese Zeit zurückerinnerten.¹²⁸ Selbst oder – wie einige ehemalige Sozialdemokraten vergrätzt anmerkten – gerade diejenigen, die an keiner einzigen dieser Massenreisen teilgenommen hatten, bewunderten ihren unternehmerischen Geist und ihre Initiative sowie ihr Anliegen, dem einfachen Mann bislang unerreichbare Freuden finanziell möglich zu machen.¹²⁹ Bereits im Dezember 1935 fasste ein sozialdemokratischer Berichtersteller ihre Ziele und Wirkungen in wenigen Worten zusammen:

«Atomisierung und Vermassung, Beschäftigung und Beaufsichtigung des Volkes. Es soll kein Raum bleiben für individuelle Erholung, Ertüchtigung und kulturelle Betätigung, es soll kein Raum bleiben für freiwillige Zusammenschlüsse und für eine selbständige Initiative, die aus ihnen erwachsen könnte. Und es soll den Massen etwas ‚geboden‘ werden... KdF lenkt zum mindesten ab, trägt bei zur Vernebelung der Gehirne, wirkt propagandistisch für das Regime.»¹³⁰

Die Menschen, die an den KdF-Aktivitäten teilnahmen, mochten deren ideologischen Gehalt zurückhaltend aufgenommen haben, doch gleichzeitig entfernten diese Aktivitäten sie noch weiter von den erbaulichen und bildenden Traditionen der sozialdemokratischen und kommunistischen Massenkultur. Das war zweifellos einer der Gründe, warum manche sozialdemokratischen Beobachter sie von oben herab betrachteten («Kraft durch Freude», hiess es in einem Bericht von 1935, «entbehrt jeder kulturellen Grundlage. Die Veranstaltungen halten sich auf dem Niveau der Dorfbierfeste kleinbäuerlicher Gastwirtschaften»¹³¹). Gleichzeitig bewirkten diese Veranstaltungen jedoch eine weitere und letztlich verhängnisvolle Zerrüttung der Kulturtraditionen der Arbeiterbewegung durch die Ausdehnung der kommerzialisierten Freizeitaktivitäten. Die ausgedehnten Kulturapparate der Sozialdemokraten und Kommunisten, die seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufgebaut worden waren, dienten wesentlich der Weiterbildung und waren mit einer Vielzahl von zentralen

Werten der Arbeiterbewegung verbunden. Die Nationalsozialisten übernahmen das alles nicht nur, sondern gaben ihm auch eine stärker populistische Orientierung und verzahnten es mit der aufkommenden populären, unpolitischen Kultur der Weimarer Republik. Das war einer der Gründe, warum die Kultur der Arbeiterklasse, als sie nach 1945 wieder zum Leben erwachte, weitaus weniger stark ideologisch geprägt war als vor 1933.¹³²

Diese Auswirkungen dürfen allerdings nicht übertrieben werden. Die meisten Menschen, die mit KdF-Eintrittskarten die Theateraufführungen und Konzerte besuchten, taten dies auch weiterhin als Privatpersonen. Die KdF lenkte zwar viel Aufmerksamkeit auf sich, doch auf sie entfielen zu keiner Zeit mehr als elf Prozent der jährlichen Übernachtungen in deutschen Hotels.¹³³ Der Jahresumsatz des grössten damaligen Tourismusunternehmens, des Mitteleuropäischen Reisebüros, lag 1938 bei 250 Millionen Reichsmark gegenüber 90 Millionen Reichsmark des KdF-Amtes «Reisen, Wandern, Urlaub».¹³⁴ Ausserdem wurde die KdF bei Kriegsbeginn drastisch verkleinert – ihre Dampfer wurden zu Truppentransportern umgebaut, ihre Gästehäuser zu Lazaretten und ihre Ferienanlagen zu Genesungsheimen –, während der kommerzielle Tourismus trotz einiger missbilligender Kommentare der Behörden weiterhin florierte. Von Anfang an hatte das Regime sich jedoch bemüht, ihn nach ihren eigenen Vorstellungen zu formen, indem es die Bevölkerung (aus patriotischen wie wirtschaftlichen Gründen) ermutigte, den Urlaub in Deutschland statt im Ausland zu verbringen, und versuchte, jene Touristen, die dennoch ins Ausland fahren wollten, in Länder zu lenken, wo ihre Anwesenheit als Botschafter des neuen Deutschlands besonders nützlich sein konnte. Neue Touristenziele entstanden, von grandiosen Gebäuden wie der Reichskanzlei bis zu Stätten des Trauerns und des Gedenkens für die «Gefallenen der Bewegung»; Reiseführer wurden umgeschrieben, um den weltanschaulichen Diktaten des Regimes zu genügen, wobei die Betonung jetzt stärker auf Kontinuitäten seit der germanischen Vergangenheit am einen Ende und die Verbindung von Hitler und anderen NS-Grössen mit bestimmten touristischen Plätzen am anderen Ende lag. Die Führung des Dritten Reiches war sich der Spannungen bewusst, die zwischen der wachsenden kommerziellen Tourismusindustrie und dem organisierten Tourismus der

KdF entstanden, doch weit davon entfernt, gegen die erstere im Interesse der letzteren vorzugehen, trugen Reichspropagandaminister Joseph Goebbels und der Leiter der Tourismusindustrie Gottfried Feder der Tatsache Rechnung, dass es den Menschen ein Bedürfnis war, den Belastungen der Alltagsarbeit zu entrinnen, auch wenn sie dazu eine unpolitische Umgebung aufsuchten. Im nationalsozialistischen Deutschland entstand eine Konsumgesellschaft, und trotz des ganzen Schwergewichts auf der Aufrüstung in der Wirtschaftspolitik war das Regime nicht nur nicht in der Lage, sondern auch nicht bereit, diesen Prozess aufzuhalten.¹³⁵

Das Beharren auf einer Konsumentenmentalität war vielleicht ein Grund für das Scheitern der Abteilung «Schönheit der Arbeit» innerhalb der KdF. Die grundlegende Absicht war immer noch die Entschädigung für niedrige Löhne und lange Arbeitsstunden, doch hier sollte sie nicht durch das Angebot von Freizeitaktivitäten realisiert werden, sondern durch Verbesserungen am Arbeitsplatz. Das Amt Schönheit der Arbeit setzte sich nachdrücklich für die Einrichtung von Waschräumen und Toiletten, Umkleieräumen und Spinden, Duschen und allgemein für eine verbesserte Hygiene und Sauberkeit in den Fabriken ein, für eine bessere Lüftung, weniger Lärm, saubere Arbeitskleidung, einen ordentlichen Arbeitsplatz und allgemein für Ordnung. Gesunde Arbeiter an einem sauberen Arbeitsplatz würden besser arbeiten und zufriedener mit ihrer Arbeit sein, und um all das zu verstärken, organisierte das Amt Konzerte und ähnliche Veranstaltungen in der Fabrik, regte den Bau von Sport- und Spielplätzen auf dem Firmengelände an und übte Druck auf die Unternehmer aus, anständige Kantinen für ihre Arbeiter zu unterhalten und in ihren Fabriken kein Gerümpel und keinen Schmutz herumliegen zu lassen. 1938 behauptete sie, fast 34'000 Unternehmen hätten die Verhältnisse am Arbeitsplatz in vielerlei Hinsicht verändert – zum Beispiel die Wände frisch tapeziert und gestrichen, Frühstücksräume eingerichtet und moderne Toiletten und Waschräume gebaut. Steuerliche Anreize trugen dazu bei, die Unternehmer zu diesen Massnahmen zu bewegen, und das Amt Schönheit der Arbeit veranstaltete überdies Wettbewerbe und vergab Preise für die Unternehmen mit den meisten Verbesserungen, überreichten den Gewinnern eine Urkunde mit Hitlers eigenhändiger Unterschrift, in denen sie als «Musterbe-

triebe» bezeichnet wurden. Die Vorteile für die Arbeitgeber wie für das Regime in Form einer zu erwartenden Steigerung der Produktivität lagen auf der Hand. Doch alle diese Verbesserungen erfolgten auf Kosten der Arbeiter, da viele Firmen erwarteten, dass ihre Belegschaft das Tapezieren und Anstreichen, Aufräumen und Reinigen nach Feierabend selbst übernahm, ohne dafür bezahlt zu werden, oder sie kürzten den Arbeitern den Lohn in Höhe der aufgewandten Kosten und bedrohten diejenigen, die nicht «freiwillig» mitmachten, mit Entlassung oder gar dem Konzentrationslager.¹³⁶

Die Arbeiter liessen sich durch die pompöse Rhetorik dieses Programms nicht beeindrucken, zumal wenn sie ehemalige Sozialdemokraten oder Kommunisten waren, und davon gab es Millionen. Wenn die KdF trotz allem bei vielen beliebt war, so lag dies nicht an ihrem angeblichen Ziel, die Arbeiter zu einer höheren Produktivität zu motivieren, sondern daran, dass sie ihnen eine Möglichkeit bot, der Langeweile und der Unterdrückung des Alltags im Betrieb zu entfliehen. Die Menschen machten von den KdF-Freizeitangeboten Gebrauch, weil es für die meisten von ihnen keine anderen Angebote mehr gab. Viele sagten sich, dass sie durch ihre Zwangsbeiträge an die Deutsche Arbeitsfront auch die KdF finanzierten, so dass sie für dieses Geld auch etwas in Anspruch nehmen könnten. Mit der Zeit überwand die KdF sogar das Sträuben ehemaliger Sozialdemokraten, die nicht dabei gesehen werden wollten, wie sie irgendwelche Einrichtungen der verhassten DAF nutzten.¹³⁷ Veranstaltungen der KdF waren nach einem Bericht von SPD-Beobachtern «doch billige Gelegenheiten, um eine einfache Entspannung zu finden. Sehr zwanglos konnten sich dabei auch gute alte Freunde treffen und bei einem Glas Bier das Gegenteil von dem angeregt besprechen, das die Veranstalter beabsichtigten.»¹³⁸ Es waren nicht nur alte Sozialdemokraten, die die kompensatorische Funktion solcher Veranstaltungen erkannten. Ein Memorandum, das 1936 im Reichsarbeitsministerium kursierte, stellte nüchtern fest: «Durch Urlaubsfahrten, Theater und Konzerte werden keine Elendsquartiere beseitigt und keine hungrigen Mäuler satt gemacht.» Und ein Vertreter der Deutschen Arbeitsfront konstatierte 1940: «Eine Erholungsreise auf einem Luxusdampfer bedeutet keine tatsächliche Erholung, wenn der Reisende zuletzt doch wieder in die materielle Bedrückung seines alltäglichen Daseins zurückkehren muss.»¹³⁹

Soziale Verheissung und soziale Wirklichkeit

Dass die NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude und ihre zugehörigen Programme als Ersatz für echte soziale Verbesserungen dienten, war eine Ansicht, die allgemein geteilt wurde und zu einem Gutteil auch durch Tatsachen belegt war. Die meisten statistischen Untersuchungen stimmten darin überein, dass sich die wirtschaftliche Lage der grossen Mehrzahl der Arbeiter zwischen 1933 und 1939 nicht spürbar gebessert hatte. Die Nominallöhne lagen 1933 bei 97 Prozent des Standes von 1932, und bis 1939 stiegen sie lediglich um einen Prozentpunkt.¹⁴⁰ Das deutsche Institut für Konjunkturforschung räumte am 24. Februar 1937 ein, dass die deutsche Aufrüstung «ein grosses wirtschaftliches Opfer für die deutsche Bevölkerung» mit sich bringe, obwohl es gleichzeitig die Behauptung zu widerlegen versuchte, dass der Lebensstandard gesunken sei.¹⁴¹ Die Berechnung von Reallöhnen war schon immer eine heikle Angelegenheit, im Dritten Reich noch mehr als in den meisten anderen Wirtschaften. Der Reichskommissar für die Preisüberwachung Goerdeler nahm die Aufgabe, die Verbraucherpreise niedrig zu halten, sehr ernst, doch selbst das Reichswirtschaftsministerium räumte 1935 ein, dass die amtlichen Statistiken den Preisanstieg zu niedrig eingeschätzt hatten, nicht zu reden von den Mieten und anderen Faktoren. Nach den jüngsten Schätzungen lagen die durchschnittlichen Industrielöhne bis 1937 unter dem Niveau von 1928 (zugegebenermassen ein besonders gutes Jahr) und stieg dann bis 1939 auf 108 Prozent; in der Praxis bedeutet dies jedoch, dass viele Arbeiter in den Konsumgüterindustrien auch weiterhin weniger verdienten als vor der Weltwirtschaftskrise; nur diejenigen, die in Rüstungs- und kriegswichtigen Industrien arbeiteten, verdienten deutlich mehr.¹⁴² Ausserdem gingen Lohnkürzungen der unterschiedlichsten Art in die Gleichung mit ein sowie die sich verschlechternde Qualität vieler Waren als Folge des zunehmenden Einsatzes von Ersatzstoffen für so wichtige Rohstoffe wie Leder,

Gummi und Baumwolle. Der Pro-Kopf-Verbrauch vieler Grundnahrungsmittel ging in der Mitte der dreissiger Jahre sogar zurück. Darüber hinaus wurden Einkommenssteigerungen in der Hauptsache durch Überstunden erzielt. Im Juli 1934 erhielten die Treuhänder der Arbeit das Recht, die Arbeitszeit über die gesetzliche Norm von acht Stunden pro Tag zu erhöhen, und von diesem Recht machten sie zumal in den kriegswichtigen Industrien auch Gebrauch. Im Maschinenbau beispielsweise war die Zahl der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitsstunden, die während der Weltwirtschaftskrise zwischen 1929 und 1933 von 49 auf 43 zurückgegangen war, in der ersten Jahreshälfte 1939 auf über 50 gestiegen.¹⁴³ Dennoch fielen die Löhne als prozentualer Anteil des Nationaleinkommens zwischen 1932 und 1938 um 11 Prozent. Die Ungleichheit nahm von 1928, als die obersten 10 Prozent der Lohn- und Gehaltsempfänger 37 Prozent des Nationaleinkommens erhielten, bis 1936 sogar noch zu, als auf diese 10 Prozent 39 Prozent des Nationaleinkommens entfielen.¹⁴⁴ Die zahlreichen Lohnabzüge für die KdF, die DAF-Mitgliedschaft und ähnliches, nicht zu reden von den ständigen Spendensammlungen auf der Strasse, reduzierten das Einkommen noch weiter, in manchen Fällen um bis zu 30 Prozent. Unter solchen Umständen konnte es nicht wundernehmen, dass 1937/38 die Arbeiter Überstunden machen mussten, um ihren aktuellen, sehr bescheidenen Lebensstandard zu halten.¹⁴⁵

Überstunden, die im Allgemeinen mit einem Aufschlag von 25 Prozent bezahlt wurden, waren für die meisten Arbeiter die einzige realistische Möglichkeit, ihr Einkommen zu erhöhen, da mit der Auflösung der Gewerkschaften keine Möglichkeit formeller Tarifverhandlungen mehr bestand. Ob er Überstunden machte oder nicht, musste jeder Arbeiter für sich allein entscheiden. Das Resultat war eine rasche Atomisierung der Arbeiterschaft, da im Kampf um die Erhöhung des Einkommens und eine Steigerung der Produktivität jeder gegen jeden stand. Es war keine Rationalisierung, sondern einfach nur zusätzlich geleistete Arbeit, was zu einer erhöhten Produktion führte: Die grosse Periode der Rationalisierung und Mechanisierung lag zehn Jahre zurück; diese Trends dauerten im Dritten Reich in vielen Industrien noch an, jedoch in einem wesentlich niedrigeren Tempo.¹⁴⁶ Und natürlich waren Überstunden, vom Regime und seinen Or-

ganen in den Konsumgüterindustrien missbilligt, in der kriegswichtigen Produktion mehr als erwünscht. Das lag nicht zuletzt daran, dass das wahn-sinnige Tempo der Aufrüstung nicht nur zu immer bedrohlicheren Eng-pässen in der Zulieferung von Rohstoffen, sondern auch zu einer zuneh-menden Knappheit an qualifizierten Arbeitskräften führte. In den frühen Tagen des Dritten Reiches hatte die Regierung gezielt versucht, Arbeits-u-chende vor allem über den Reichsarbeitsdienst und Arbeitslager in die Landwirtschaft zu dirigieren, wo der Arbeitskräftemangel offensichtlich war. Gesetze vom 15. Mai 1934 und vom 26. Februar 1935 verlangten von allen Arbeitern, Arbeitsbücher zu führen, aus denen ihre beruflichen Qua-lifikationen, ihr beruflicher Werdegang und ihre Arbeitsverhältnisse her-vorgingen; diese Angaben wurden von den Arbeitsämtern in Akten fest-gehalten und konnten herangezogen werden, als die Regierung Arbeiter für neue Stellen dienstverpflichtete. Wollte ein Arbeiter Urlaub im Aus-land machen, so musste er zuvor beim Arbeitsamt eine Genehmigung be-antragen. Arbeitgeber konnten kritische Vermerke in die Arbeitsbücher eintragen, was den Betroffenen den Wechsel auf eine andere Stelle er-schwerte. Und im Verlauf des Vierjahresplans benutzte das Regime die Daten aus den Arbeitsbüchern, um Arbeiter in die kriegswichtigen Indust-rien abzukommandieren. Nach einer am 22. Juni 1938 von Göring erlas-senen «Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung» konnte jeder Deutsche zur Dienstleistung auf einem ihm zugewiesenen Arbeitsplatz oder zu einer be-stimmten Berufsausbildung verpflichtet werden. Am 8. Februar 1939 wurde die Verordnung erweitert, so dass nunmehr eine unbefristete Dienstverpflichtung möglich war. Sehr bald waren über eine Million Ar-beiter Munitionsfabriken, dem Bau des Westwalls («Siegfriedlinie») und anderen Projekten zugewiesen worden, die für den kommenden Krieg als wesentlich angesehen wurden. Zwar wurden nur 300'000 von ihnen lang-fristig verpflichtet, doch eine Million war immer noch ein beträchtlicher Teil des damals 23 Millionen zählenden deutschen Arbeiterheers.¹⁴⁷

Diese Massnahmen beraubten die Arbeiter nicht nur der Freiheit, ihren Arbeitsplatz zu wechseln, eine besser bezahlte Stelle anzunehmen oder in eine andere Region zu ziehen. In vielen Fällen brachte sie diese auch in Si-

tuationen, denen sie einfach nicht gewachsen waren. Im Februar 1939 berichteten sozialdemokratische Beobachter beispielsweise, dass Arbeiter aus Sachsen nach Trier zu Befestigungsbauten verschickt wurden, unter denen sich ein 59 Jahre alter, körperlich schwacher Buchhalter befand, der noch nie in seinem Leben eine Hacke oder Schaufel in der Hand gehalten hatte. Das war kein Einzelfall. Diese Dienstpflicht wurde auch als Strafe eingesetzt: «Zur Verschickung kommen auch alle die, die irgendwie ein unvorsichtiges Wort sprechen und von deren Verhaftung man schon mit Rücksicht auf den Arbeitermangel Abstand nimmt.» Textilarbeiter erhielten vom Arbeitsamt eine Aufforderung, sich beim Vertrauensarzt zu melden, der feststellen sollte, ob sie sich für Erdarbeiten eigneten. Es gab Berichte, dass man Arbeitern, die sich weigerten, verhaftet und zusammen mit Gefangenentransporten zur Arbeitsstelle geschickt wurden, besonders gesundheitsschädliche Arbeiten zuwies. Auf einer Eisenbahnfahrt nach Berlin war ein Beobachter besonders überrascht, als

«in Duisburg eine laut schreiende Menschengruppe von etwa 80 Personen, Männer und Frauen, den Zug [stürmte], ärmliche Kleidung, teilweise werktätlich, Gepäck: meist der im 3. Reich den Reisekoffer des kleinen Mannes bildende Persilkarton. In meinem Abteil nimmt der Reiseleiter Platz mit einigen Mädchen und Frauen. Bald stellt sich heraus: es sind beschäftigungslose Textilarbeiter aus dem Krefeld-Rheydter Gebiet, die nach Brandenburg umgesiedelt werden sollen, die Männer zum Reichsautobahnbau, die Frauen in eine in Brandenburg neu entstandene Fabrik. Die Leute erscheinen nacheinander in unserem Abteil, um vom Reiseleiter das ihnen zustehende Zehrgeld von 2,- RMk in Empfang zu nehmen. Kurze Zeit später ist ein Teil betrunken, sie haben das Geld im Speisewagen in Bier umgesetzt.»¹⁴⁸

Solche Gruppen, erfuhr der Berichterstatter vom Reiseleiter der Gruppe, würden Woche für Woche mit dem Zug zu neuen Arbeitsplätzen in Ostdeutschland gebracht. Die Verheirateten hätten einmal in drei Monaten das Recht, ihre Familie zu besuchen.

Selbst das löste das Problem nicht, das durch den unersättlichen Appetit der Wehrmacht auf neue Rekruten noch verschärft wurde.

Im April 1939 meldete das Arbeitsamt des Bezirks Hannover 100'000 offene Stellen für Arbeiter der verschiedensten Qualifikation, davon die Hälfte im Baugewerbe; der Bau des Westwalls war der Hauptgrund für den Mangel an Arbeitskräften in dieser Branche. Im August 1939 hiess es, in der metallverarbeitenden Industrie in Berlin fehlten 25'000 Arbeitskräfte. Kurz darauf beklagte die Verwaltung der Luftwaffe, dass im Flugzeugbau 2'600 Ingenieure fehlten. Die Lage war so verzweifelt, dass im Reichsarbeitsministerium sogar der Vorschlag aufkam, 8'000 Häftlinge aus den Gefängnissen zu entlassen, die zufällig gelernte Metallarbeiter waren; da ein grosser Teil von ihnen wegen politischer Delikte einsass, wurde dieser Vorschlag nie ernsthaft aufgegriffen. Das alles stärkte die Verhandlungsmacht der Arbeiter in den Schlüsselindustrien. Am 6. Oktober 1936 verwiesen das Reichswirtschafts- und das Reichsarbeitsministerium in einem Brief an Hitler persönlich darauf, dass der Arbeitskräftemangel zu einer verspäteten Erfüllung der Verträge und damit zu einer Verzögerung des gesamten Rüstungsprogramms führe. Die Arbeitgeber nähmen die Dinge selbst in die Hand und würben den Konkurrenten durch höhere Löhne die Arbeiter ab, was wiederum den Preis ihrer Produkte erhöhe. In manchen Fabriken arbeiteten die Arbeiter 14 Stunden am Tag und bis zu 60 Stunden in der Woche.¹⁴⁹ Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit bei Daimler-Benz betrug Ende der dreissiger Jahre 54 gegenüber 48 Stunden in den letzten Jahren der Weltwirtschaftskrise.¹⁵⁰ In etlichen Fällen nahm die DAF, um die Arbeiter nicht zu sehr zu verprellen, bei Lohnerhöhungen eine flexiblere Haltung ein, als die Regierung wünschte, womit sie eine Weisung von Rudolf Hess im Namen des Führers vom 1. Oktober 1937 zu Fall brachte, in der alle Parteistellen aufgefordert wurden, sich nicht dadurch beliebt machen zu wollen, dass sie Lohnforderungen nachgäben. Die Dinge würden sich bessern, versprach er, doch vorläufig sei es noch erforderlich, Opfer zu bringen.¹⁵¹

Am 25. Juni 1938 erlaubte Göring den Treuhändern der Arbeit, Höchstlöhne festzusetzen, um auf diese Weise die Kosten kontrollieren zu können. Die wirtschaftliche Zwangsläufigkeit der Auswirkungen der Rüstung auf den Arbeitsmarkt war gegen ihn. Zu dieser Zeit wurden sogar Arbeitsniederlegungen – praktisch informelle Streiks – von den Fabrikarbeitern

als Druckmittel benutzt, um höhere Löhne zu erlangen; der Druck, Überstunden zu machen, bewog die Arbeiter, langsamer zu arbeiten, oder sich in einem Ausmass krank schreiben zu lassen, das manche Funktionäre bereits von «passivem Widerstand» in den Fabriken sprechen liess. Arbeiter, die zu Projekten wie dem Bau des Westwalls dienstverpflichtet wurden, waren mit Verhaftung und Gefängnishaft bedroht, wenn sie ohne Erlaubnis der Arbeit fernblieben; im Frühjahr 1939 wurde berichtet, dass einer dieser Arbeiter, Heinrich Bonsack, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war, weil er zweimal den Westwall verlassen hatte, um seine Familie in Wanne-Eickel zu besuchen. Dass Arbeiter diese Baustelle verliessen, war kein Wunder: Die Arbeiten wurden rund um die Uhr in zwei Schichten zu je zwölf Stunden verrichtet, die Unterkünfte waren primitiv, die Bezahlung schlecht, es gab keine Sicherheitsvorkehrungen, weshalb es häufig zu Unfällen kam. Wenn die Termine nicht eingehalten wurden, mussten die Arbeiter doppelte oder dreifache Schicht machen, um den Rückstand aufzuholen, und Pausen gab es dann nur noch alle zwölf Stunden. Einem anderen Arbeiter, einem Dreher, verweigerte der Arbeitgeber die Erlaubnis, seine Stelle in Köln für eine besser bezahlte woanders aufzugeben, als er sich krank meldete, schrieb ihn der Vertrauensarzt wieder gesund. Kurze Zeit darauf entstand an der Drehbank dieses Arbeiters ein grösserer Schaden, der Mann wurde festgenommen und wegen Sabotage zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, eine Beschuldigung, die damals häufig vorgebracht wurde. Die Dienstverpflichtung zu Arbeitsstellen in weiter Entfernung vom Wohnort hatte so viele Unfälle zur Folge, dass Hitler im November 1939 anordnete, die Arbeiter nach Möglichkeit Fabriken oder Baustellen in der Nähe ihres Heimatorts zuzuweisen, eine Massnahme, die an den schlechten Zuständen jedoch kaum etwas änderte.¹⁵²

In der bereits bekannten Manier versuchte das Regime zunehmend seine Massnahmen mit Terror durchzusetzen. Eine beliebte Methode bei den Arbeitgebern bestand darin, angeblichen «Störenfrieden» mit Entlassung und der sofortigen Verschickung an den Westwall zu drohen. Doch das machte wenig Eindruck. Wenn sie nicht mehr weiter wussten, wandten sich manche Unternehmer an die Gestapo mit der Bitte, Spitzel in die Firma einzuschleusen, um Bummelanten und Drückeberger ausfindig zu machen. Ab

der zweiten Jahreshälfte 1938 sahen die Bestimmungen für das Verhalten am Arbeitsplatz immer schwerere Strafen für Übertretungen vor, etwa die Weigerung, eine Arbeit wie angeordnet auszuführen oder am Arbeitsplatz zu rauchen oder Alkohol zu trinken, doch waren sie vergleichsweise wirkungslos, und die Gerichte wurden mit zahlreichen Klagen eingedeckt, die nicht schnell genug verhandelt werden konnten. Im August 1939 schrieb die DAF-Verwaltung in der Fabrik der I.G. Farben in Wolfen an alle Arbeiter und warnte sie, Bummelanten würden künftig ohne Gerichtsverfahren der Gestapo übergeben. Bereits im April hatten vier Betriebe in Nürnberg die Gestapo darum gebeten, Drückeberger unter ihren Arbeitern auffindig zu machen. Im Dresdner Bahnbetriebswerk 2 führte die Gestapo seit Oktober 1938 zweimal wöchentlich Leibesvisitationen der ganzen Belegschaft durch, ohne einen Grund dafür anzugeben. In Munitionsfabriken und anderen Rüstungsbetrieben nahm die Angst unter den «Betriebsführern» vor Spionage und Sabotage zu. Ehemalige Kommunisten und Sozialdemokraten standen besonders im Verdacht, auch wenn sie seit Langem nicht mehr politisch aktiv waren. In den Heinkel-Flugzeugwerken in Rostock und Warnemünde, wo die Arbeiter relativ gut bezahlt waren und Sondervergünstigungen erhielten, herrschte ein recht bedrückendes Betriebsklima, weil es aufgrund von Denunziationen dauernd zu Verhaftungen kam. Die ganze Belegschaft war von Spitzeln durchsetzt. In vielen Fabriken wurden Arbeiter wegen Sabotage verhaftet, wenn sie etwa gegen die Herabsetzung der Akkordsätze oder eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen protestierten. Die Gestapo ging manchmal so aggressiv gegen Firmenbelegschaften vor, dass selbst die Unternehmer dagegen einschreiten mussten. Nach der Verhaftung von 174 Belegschaftsmitgliedern in einer Gleiwitzer Rüstungsfabrik 1938, einige von ihnen hatten sich anscheinend kritisch über die Verhältnisse in Deutschland geäußert, legte sich die Werksleitung ins Mittel und erklärte der Gestapo, man könne in den jetzigen Zeiten nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen und ein gewisses Mass an Kritik müsse man hinnehmen, wenn die Arbeit reibungslos ablaufen solle, und schliesslich handle es sich hier um einen Rüstungsbetrieb.¹⁵³

Die Unterdrückung und Fragmentierung des politischen und des organisierten gesellschaftlichen Lebens verwies die Menschen auf private Ver-

gnügungen und Ziele: eine feste Arbeitsstelle, Heiraten, Kinder bekommen, die Lebensumstände verbessern, Urlaub machen. Das war auch der Grund, warum viele Deutschen noch nach dem Krieg die KdF in guter Erinnerung hatten. Doch wenn die Menschen sich an jene Zeit genauer erinnern sollten, hatten sie Schwierigkeiten, öffentliche Veranstaltungen nicht nur ins Gedächtnis zurückzurufen, sondern sie auch in eine zeitliche Reihenfolge zu bringen. Die Jahre von 1933 bis 1939 oder gar 1941 ergaben in der Rückschau ein verschwommenes Bild, in dem die alltäglichen Verrichtungen des Privatlebens die Unterscheidung einzelner Tage kaum noch möglich machten. Wirtschaftliches Fortkommen war für viele das Einzige, was im Leben eine Bedeutung besass: Die Politik war ein irrelevantes Ärgernis, eine Sphäre, die es den Menschen unmöglich machte, an ihr mit einer gewissen Selbstbestimmung oder Unabhängigkeit teilzuhaben, so dass sich eine solche Teilhabe auch gar nicht lohnte und man in dieser Hinsicht nur das tat, wozu man verpflichtet war. Unter diesem Blickwinkel erhielt das Jahr 1939 eine Art nostalgischen Glanz als das letzte Jahr eines relativen Friedens und des Wohlergehens, bevor man in den Strudel von Krieg und Vernichtung, Not und Zerstörung stürzte, der bis 1948 anhielt. Es waren tatsächlich die Jahre von 1935 bis 1939, in denen die Fundamente gelegt wurden für die hart arbeitende, relativ unpolitische deutsche Gesellschaft der Jahre des «Wirtschaftswunders» in den Fünfzigern. Zum Ende der dreissiger Jahre hatte sich die grosse Masse deutscher Arbeiter teils stärker, teils weniger widerstrebend mit dem Dritten Reich abgefunden. Sie mochten von seinen zentralen ideologischen Zielen unbeeindruckt sein, verärgert über seine ständigen Appelle, Zustimmung zu demonstrieren und sich in den zahlreichen Parteigliederungen zu engagieren, und unzufrieden darüber, dass es ihnen wirtschaftlich nicht besser ging als zehn Jahre zuvor. Sie mochten über zahlreiche Aspekte des Lebens murren und im privaten Kreis über die Parteibonzen und den Parteiapparat Witze reisen. Doch in der Rückschau hatte ihnen dieses Dritte Reich Arbeitsplätze und ein festes Einkommen beschert und – mit welchen Mitteln auch immer – die wirtschaftliche Not und die Katastrophen der Jahre der Weimarer Republik überwunden. Schon allein das, so mochte die Mehrzahl der deutschen Arbeiter gedacht haben, war es wert, dass man es hinnahm, zumal

die Möglichkeit eines organisierten Widerstands so gering und der Preis für jegliche Regimekritik so hoch war. Es gab durchaus eine weitverbreitete informelle und individuelle Widerspenstigkeit in den deutschen Büros und Fabriken am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, aber es lief nicht wirklich auf etwas hinaus, das man als Opposition oder gar Widerstand bezeichnen könnte, noch erzeugte es innerhalb der herrschenden Elite des Dritten Reiches das Gefühl einer Krise.¹⁵⁴

II

Wie verhielt sich das nationalsozialistische Regime gegenüber den Arbeitslosen und in Not Geratenen, die millionenfach unter der Depression gelitten hatten und noch immer litten, als die Nationalsozialisten die Macht übernahmen? Die nationalsozialistische Weltanschauung hielt prinzipiell nichts vom Gedanken einer sozialen Fürsorge. In *Mein Kampf*, wo Hitler über die Zeit schrieb, in der er vor dem Ersten Weltkrieg unter den Armen und Mittellosen in Wien gelebt hatte, entrüstete er sich über die Art und Weise, wie sich die Fürsorge für den Schutz der Schwachen und Kranken eingesetzt hatte. Unter einem sozialdarwinistischen Blickwinkel waren Nächstenliebe und Philanthropie Übel, die beseitigt werden mussten, wenn die germanische «Rasse» gestärkt und ihre schwächsten Elemente im Prozess der natürlichen Selektion ausgemerzt werden sollten.¹⁵⁵ Die NSDAP verurteilte wiederholt das hochentwickelte Wohlfahrtssystem aus der Zeit der Weimarer Republik, weil es bürokratisch, schwerfällig und im wesentlichen auf die falschen Ziele ausgerichtet sei. Statt die «biologisch und rassistisch Wertvollen» zu unterstützen, gehe dieses System einschliesslich zahlreicher privater Wohlfahrtseinrichtungen wahllos in seiner Tätigkeit vor, vergeude seine Mittel für «rassistisch Minderwertige» und trage nichts zur Regeneration der deutschen «Rasse» bei. Dieser Blick auf die Dinge war in mancher Hinsicht nicht allzu weit entfernt vom Selbstverständnis der öffentlichen und privaten Fürsorgebürokratie selbst, die in den frühen dreissiger Jahren von den Lehren der «Rassenhygiene» durchdrungen war und ebenfalls dafür eintrat, eine klare Linie zu ziehen zwischen den «Höherwertigen» und den «Entarteten», auch wenn es vor 1933

nicht möglich war, in der Praxis eine solche Unterscheidung zu treffen. An diesem Punkt gingen die Fürsorgeinstitutionen, deren Einstellung gegenüber den Bedürftigen im Verlauf der Weltwirtschaftskrise zunehmend rigoros geworden war, dazu über, mit Hilfe der Behörden die «Arbeits-scheuen», «Vagabunden» und sozialen Randexistenzen zu kriminalisieren. Die Haltung der Nationalsozialisten war somit dem Denken der Wohlfahrtsämter und den Wohlfahrtsverbänden in den letzten Jahren der Weimarer Republik nicht völlig fremd.¹⁵⁶

Angesichts von zehn Millionen Wohlfahrtsempfängern auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise wäre es jedoch politischer Selbstmord gewesen, wenn das Regime die Masse der Arbeitslosen und Bedürftigen im Stich gelassen hätte, weil sie einer Unterstützung nicht wert gewesen wären. Mochte die Lage auf dem Arbeitsmarkt sich in der NS-Propaganda noch so sehr entspannt haben, so war dem Reichspropagandaminister Joseph Goebbels doch in den Monaten bis zum Jahresende 1933 klar, dass viele Menschen während des ersten Winters im Dritten Reich noch immer ein Dasein unterhalb der Armutsgrenze zu fristen hätten. Um das Ansehen des Regimes zu erhöhen und die Bevölkerung zu überzeugen, dass es alles tun werde, um eine Solidarität zwischen den Wohlhabenden und den Bedürftigen des Landes zu erreichen, kündigten Hitler und Goebbels am 13. September 1933 gemeinsam an, dass sie ein kurzfristiges Hilfsprogramm unter der Bezeichnung «Winterhilfswerk des Deutschen Volkes» ins Leben gerufen hatten. Diesem gingen mehrere Nothilfeprogramme einzelner Gauleiter voraus, aber vor allem ähnliche Hilfsprogramme, die noch in der Weimarer Republik diskutiert und 1931 unter Reichskanzler Brüning als Winterhilfe formell eingeführt worden waren. Diese Vorläufer wurden jetzt formalisiert, koordiniert und erweitert.¹⁵⁷ Nicht lange, und etwa 1,5 Millionen Freiwillige und 4'000 bezahlte Arbeiter teilten Suppen in Suppenküchen an die Armen aus, verteilten Lebensmittelpakete an die Bedürftigen, sammelten und verteilten Kleider an die Arbeitslosen und ihre Familien und beteiligten sich an zahlreichen weiteren zentral gelenkten mildtätigen Unternehmungen. Als Hitler die Bevölkerung in einer breit publizierten Rede aufforderte, zum Winterhilfswerk beizutragen, sagten am

nächsten Tag zahlreiche Institutionen, darunter auch die Parteizentrale in München, Spenden in Höhe von zwei Millionen Reichsmark zu. Die Spenden im Winter 1933/34 bezifferten sich schliesslich auf 358 Millionen Reichsmark. Das Reichspropagandaministerium posaunte seine Genugtuung über diesen Beweis eines neuen Geistes einer Gemeinschaftssolidarität und gegenseitiger Hilfe im deutschen Volk hinaus.¹⁵⁸ Das war somit keine Mildtätigkeit und keine öffentliche Wohlfahrt, auch wenn die Aktion faktisch vom Staat, vom Reichspropagandaminister und von einem eigens ernannten Reichswalter für das Winterhilfswerk gelenkt und durchgeführt wurde. Im Gegenteil, es war, wie Goebbels erklärte, eine Form «rassischer» Selbsthilfe, vollzogen vom deutschen Volk für das deutsche Volk.¹⁵⁹

Doch auch hier sah die Realität anders aus als von der Propaganda dargestellt. Denn die Spenden zum Winterhilfswerk waren für jeden von Anfang an praktisch eine Zwangsabgabe. Wenn ein stämmiger, braununiformierter SA-Mann vor der Wohnungstür stand und eine Spende forderte, fanden nur wenige den Mut abzulehnen, und diese mussten sich auf immer massivere Drohungen und Einschüchterungen gefasst machen, bis sie klein beigaben und auch einen Beitrag in die Sammelbüchse steckten. In Bayern wurde bekanntgegeben, dass alle, die sich an der Spendenaktion nicht beteiligten, als Vaterlandsfeinde betrachtet würden; einige wurden mit um den Hals gehängten Plakaten, auf denen ihre Verfehlung angeprangert wurde, öffentlich durch die Strassen geführt; wieder andere wurden aus ihrer Firma entlassen. Die Erfahrung eines Reichserbhofbauern in Franken, der sich geweigert hatte, 1935 für das Winterhilfswerk zu spenden, war sicher nicht untypisch: Er erhielt von Kreisleiter Gerstner einen Brief, in dem er ihm mitteilte, er zeige mit seinem Verhalten, «dass Sie unwürdig sind, den Ehrentitel Bauer im nationalsozialistischen Deutschland zu führen», und ihn warnte, er – der Schreiber – könnte sich gezwungen sehen, «Massnahmen zu ergreifen, um die durch Ihr Verhalten erzeugte öffentliche Unruhe abzdämmen». Dann wurde er konkreter. Wenn der Bauer kein Einsehen habe, könnte man ihn am Ende «dorthin verbringen, wo in der Regel Staatsfeinde und Volksschädlinge verwahrt werden». In einem Kino in Breslau betraten zu Beginn der Pause acht bewaffnete SS-Leute die Bühne und erklärten, alle Ausgänge seien besetzt, niemand

dürfe den Saal verlassen, da sich hier Staatsfeinde befänden. Es dürften nur diejenigen aus dem Saal gehen, die eine Spende für das WHW gegeben hätten. Daraufhin drängten 50 SA-Leute in den Saal und gingen mit Sammelbüchsen von Sitz zu Sitz. Überall im Land gerieten die Arbeiter unter Druck und mussten sich gefallen lassen, dass ihre Spende zum Winterhilfswerk gleich von ihrem Lohn abgezogen wurde; sie betrug zunächst 20, später 10 Prozent ihrer Lohnsteuer. Wer zu wenig verdiente, um Steuern zu bezahlen, musste bei Empfang jeder Lohntüte 25 Pfennig abgeben. In einem Betrieb wurde 1938 den Arbeitern gesagt, falls jemand dem Abzug nicht zustimme, werde dieser Betrag auf die übrigen Arbeiter umgelegt.¹⁶⁰

Wer regelmässig und unaufgefordert spendete, erhielt eine Plakette, die er an seiner Haus- oder Wohnungstür anbringen konnte als Hinweis für SA-Leute, Hitler jungen und andere Parteimitglieder mit der Sammelbüchse in der Hand, dass sie hier nicht vorsprechen sollten. In manchen Betrieben wurden dagegen die Arbeiter aufgefordert, selbst dann noch zusätzlich zu spenden, wenn ihnen der Beitrag vom Lohn bereits abgezogen worden war. Das schützte die Spender auch nicht davor, auf der Strasse von Männern in der braunen Uniform mit der Sammelbüchse belästigt zu werden, und in jedem Geschäft stand auf der Theke neben der Kasse unübersehbar das gläserne Gefäss mit der Aufforderung, das Wechselgeld in Münzen dem Winterhilfswerk zu spenden. Strassenverkäufer für das Winterhilfswerk boten Postkartenpäckchen mit verschiedenen Motiven an, darunter Fotografien von Adolf Hitler. Kinder erhielten an manchen Tagen nach der grossen Pause schulfrei und sollten dafür auf der Strasse Schnickschnack für das Winterhilfswerk verkaufen. Der Kauf einer Winterhilfswerk-Anstecknadel schützte möglicherweise davor, auf der Strasse an jeder Ecke von Spendensammlern behelligt zu werden; daneben gab es auch die Möglichkeit, einen Winterhilfswerk-Nagel zu fünf Pfennig das Stück zu erwerben, sofern man zuvor einen Winterhilfswerk-Schild gekauft hatte, in den die Nägel eingeschlagen werden konnten. Auf einen solchen Schild gingen 1'500 Nägel. Eine sichtbar getragene Winterhilfswerk-Anstecknadel hielt nicht nur zudringliche Spendensammler auf der Strasse auf Distanz, sie war auch ein äusseres Zeichen der Solidarität innerhalb der Volksgemeinschaft und signalisierte Zugehörigkeit. Im Winter 1938/

39 wurden fast 170 Millionen dieser Nadeln verkauft; sie waren als Sammelobjekte ebenso beliebt wie als Christbaumschmuck.¹⁶¹

Wie bei so vielen anderen Nothilfemassnahmen des Dritten Reiches wurde auch das Winterhilfswerk zu einem dauerhaften Merkmal der sozialpolitischen Landschaft. Das Hilfswerk erhielt eine gesetzliche Grundlage mit einem Sammlungsgesetz vom 5. November 1934, mit dem alle öffentlichen Sammlungen und sammlungsähnlichen Veranstaltungen einer Genehmigungspflicht unterworfen wurden. Das bedeutete faktisch, dass von jetzt an alle öffentlichen Sammlungen ausser für das Winterhilfswerk nur noch in den Sommermonaten stattfinden durften. Am 1. Dezember 1936 wurde ein Reichsgesetz über das Winterhilfswerk erlassen, mit dem diese Organisation auf eine dauerhafte Grundlage gestellt wurde. Das Spendenaufkommen war beeindruckend. Im Winter 1938/39 flossen 105 Millionen Reichsmark allein aus den Beiträgen, die den Arbeitern vom Lohn abgezogen wurden; hinzu kamen die Ergebnisse der Strassen- und Haussammlungen sowie Spenden der Industrie und von Grossunternehmen, so dass eine Summe von 554 Millionen Reichsmark zusammenkam. Zu diesem Zeitpunkt flossen drei Prozent des Durchschnittseinkommens der Arbeiter dem Winterhilfswerk zu. Seit 1933 hatten sich natürlich einige Änderungen ergeben: Nach dem Winter 1935/36 befanden sich keine Juden mehr unter den Spendern und Empfängern. Und die wirtschaftliche Erholung hatte die Zahl der Empfänger der Winterhilfe von 16 auf 8 Millionen halbiert. Erweitert wurde das Hilfswerk um einen «Tag der nationalen Solidarität» an jedem 1. Dezember, an dem prominente Vertreter des Regimes sich in der Öffentlichkeit zeigten, um auf der Strasse zu Spenden aufzuruhen. Kamen dabei 1935 noch vier Millionen Reichsmark zusammen, so waren es 1938 bereits 15 Millionen. Zu dieser Zeit war es für praktisch jede Familie und überhaupt jeden Deutschen obligatorisch geworden, am ersten Sonntag im Monat ein preiswertes Eintopfgericht zu essen, dessen Zutaten nicht mehr als 50 Pfennig kosten sollten; abends erschienen dann SA- oder SS-Männer an den Türen und kassierten den Unterschiedsbetrag gegenüber einer normalen Familienmahlzeit für das Winterhilfswerk. Dasselbe Verfahren wurde auch auf Gaststätten und Restaurants angewandt. Hitler ging mit gutem Beispiel voran und liess an jedem ersten Sonntag

bei Tisch eine Liste herumgehen, in die jeder Anwesende seinen «freiwilligen» Spendenbetrag eintragen musste. Speer schrieb später in seinen *Erinnerungen*-. «Mich kostete jeder Eintopf etwa fünfzig bis hundert Mark.» Unter solchem Druck schrumpfte die Zahl der Gäste Hitlers an diesen «Eintopfsonntagen» schnell auf zwei bis drei zusammen, was Hitler in den Worten Speers «zu einigen sarkastischen Worten über den Opferwillen seiner Mitarbeiter veranlasste».¹⁶²

Mittlerweile hatte die NSDAP auch die privaten Wohlfahrtsverbände umstrukturiert. Die führende Person war hier Erich Hilgenfeldt, 1897 im Saarland geboren und Weltkriegsoffizier. Als Stahlhelmer seit 1925 war Hilgenfeldt 1929 in die NSDAP eingetreten und wurde Kreisleiter in Berlin; dort unterstand er Goebbels, der am 21. März 1933 Hilgenfeldt mit der Führung der NSV in Berlin beauftragte. Bis Ende April hatte Hilgenfeldt bereits eine Vielzahl von Wohlfahrtseinrichtungen der SA und der Partei in der Hauptstadt gleichgeschaltet und in die NSV eingegliedert. Mit Magda Goebbels als Schirmherrin und mit Unterstützung Hitlers durch eine Verfügung vom 3. Mai 1933 erweiterte Hilgenfeldt seine Macht über die Selbsthilfegruppen der Partei über Berlin hinaus auf das gesamte Reich, gegen heftige Opposition von Robert Ley und Baldur von Schirach, die das Wohlfahrtswesen mit ihren eigenen Organisationen betreiben wollten. Hilgenfeldt setzte sich mit dem Argument durch, die Wohlfahrt stehe weder bei der DAF noch bei der HJ an oberster Stelle, so dass eine eigene, umfassende Institution notwendig sei, für die die Wohlfahrt die höchste Bedeutung besitze. In den turbulenten Monaten bis Juli 1933 übernahm er praktisch alle Wohlfahrtsverbände, Nothilfegruppen und die bestehenden nationalsozialistischen Wohlfahrtsaktivitäten in Deutschland, vor allem aber die entsprechenden Institutionen der Sozialdemokraten und Kommunisten. Ab dem 25. Juli 1933 gab es nur noch vier freie Wohlfahrtsverbände: die NS-Volkswohlfahrt, die protestantische Innere Mission, die katholische Caritas und das Deutsche Rote Kreuz. Doch nur noch die NSV erhielt staatliche Mittel; eine beträchtliche Zahl von Wohlfahrtsorganisationen wie kirchliche Kindergärten wurden ihr während der kurzen Vorherrschaft der Deutschen Christen über die protestantische Kirche übergeben; und trotz der formalen Erlaubnis, in den Sommermonaten eigene Sammlungen durchzuführen, wurden die übrigen Organisationen, zumal

die Caritas in Bayern, bei diesen Sammlungen durch Angriffe von SA-Horden beeinträchtigt, ab 1936 mussten sie ihre Strassen- und Haussammlungen zur selben Zeit durchführen wie die NS-Organisationen, eine Konkurrenz, gegen die sie kaum ankommen konnten.¹⁶³

Reichsinnenminister Wilhelm Frick liess die Bevölkerung nicht im Zweifel, wohin ihre Beiträge gehen sollten: Es sei, so begründete er das neue Sammlungsgesetz vom Oktober 1934, «nicht vertretbar, die Gebefreudigkeit und den Opfersinn der Bevölkerung für Zwecke in Anspruch nehmen zu lassen, deren Erfüllung nicht im Interesse des nationalsozialistischen Staates und damit des Gemeinwohls liegt». Ab jetzt sollte christliche Nächstenliebe durch den Wunsch nach Selbstverleugnung ersetzt werden, der von der NS-Weltanschauung ganz oben auf der Liste der angeblichen Eigenschaften der «germanischen Rasse» stand. Dabei spielte noch ein weiterer Punkt eine Rolle: Im Unterschied zum WHW und anderen Organisationen wie dem Roten Kreuz beschränkte die NSDAP ihre Wohlfahrt ausschliesslich auf Personen «arischer Abstammung».¹⁶⁴ Die NSV nahm in ihre Satzung die Erklärung auf, ihr Ziel sei es, «die lebendigen, gesunden Kräfte des deutschen Volkes» zu fördern. Sie werde nur jenen helfen, die «rassisch gesund», arbeitsfähig und -willig seien, politisch zuverlässig und willens und in der Lage, Kinder zu bekommen. Ihre Hilfe galt ausschliesslich einem «nach besonderen Auslesegrundsätzen gewählten Kreis gemeinschaftsfähiger Volksgenossen, die aus gesundheitlichen oder wirtschaftlichen Gründen im Augenblick zur restlosen Erfüllung ihrer Gemeinschaftspflichten nicht imstande sind». Hierzu gehörten jedenfalls nicht Alkoholiker, «Vagabunden», Homosexuelle, Prostituierte, «Arbeitsscheue» oder «Asoziale», Gewohnheitsverbrecher, Erbkrankte (eine nur unbestimmt definierte Kategorie) und Angehörige anderer «Rassen» als der «arischen». Die Funktionäre der NSV kritisierten von Anfang an die staatlichen Wohlfahrtsämter wegen der angeblichen Wahllosigkeit, mit der sie ihre Hilfe gewährten, womit sie auf dem «rassenhygienischen» Weg, auf den sie sich ohnedies bereits begeben hatte, noch ein Stück weiterging. Die christliche Vorstellung der Nächstenliebe war in den Augen der Nationalsozialisten sogar noch verwerflicher, und die Unterstellung der Caritas und der Inneren Mission unter die NSV war zum Teil dazu

gedacht, «rassisch» unerwünschte Wirkungen christlicher Menschenfreundlichkeit soweit wie möglich zu beschränken.¹⁶⁵

Trotz dieser Beschränkungen war die NSV neben der KdF die vermutlich populärste Parteiorganisation im Dritten Reich. Mit 17 Millionen Mitgliedern am Vorabend des Zweiten Weltkriegs vermittelte sie ein wirkungsvolles Bild der Fürsorge und Unterstützung für die schwächeren Mitglieder der deutschen Volksgemeinschaft oder zumindest derjenigen, von denen man annahm, dass sie nicht durch eigenes Verschulden in ihre Notlage geraten waren. 1939 unterhielt die NSV 8'000 Kindertagesstätten, stellte Ferienwohnungen für Mütter zur Verfügung, zusätzliche Lebensmittel für kinderreiche Familien und eine Vielzahl weiterer Einrichtungen. Doch gleichzeitig wurde sie gefürchtet und wenig geliebt unter den Ärmsten der Gesellschaft, denen ihre zudringlichen Fragen, ihre moralischen Urteile über ihr Verhalten und ihre ständige Drohung ein Ärgernis war, Zwang anzuwenden und die Gestapo hinzuzuziehen, falls sie nicht die Kriterien für eine Unterstützung erfüllten. Viele andere waren bestürzt über die Art und Weise, wie brüsk sie die kirchlichen Wohlfahrtseinrichtungen beiseiteschob, auf die sie sich traditionell in Notzeiten verlassen hatten. Zudem waren die verbreitete Verärgerung und selbst Wut und Angst nicht mehr zu übersehen, die in weiten Bevölkerungskreisen durch die ständigen Strassensammlungen ausgelöst wurden, die, wie ein SPD-Beobachter 1939 berichtete, «vollends den Charakter organisierter Wegelagerei angenommen» hatten. «Die Zudringlichkeit ist so gross», berichtete ein anderer, «dass sich niemand entziehen kann.» «Während man voriges Jahr noch von einer Landplage sprechen konnte», hiess es in einem Bericht über das Winterhilfswerk im Dezember 1935, «so ist es diesen Winter schon eine Seuche stärksten Grades.» Es gab ja nicht nur Sammlungen für das Winterhilfswerk, sondern auch von der Hitlerjugend für den Bau neuer Jugendherbergen, zur Unterstützung von Deutschen im Ausland, für Luftschutzbunker, für bedürftige «alte Kämpfer», eine Lotterie, deren Erlös für Arbeitsbeschaffungsmassnahmen verwendet werden sollte, und viele weitere Sammlungen für örtliche Vorhaben. Es gab Lohnabzüge für das Volkswagenwerk und Spenden am Arbeitsplatz für die KdF und Schönheit der Arbeit, und das war noch lange nicht alles. Solche Spenden, in Geld, als Sach-

spenden oder in Form von unbezahlten Arbeitsstunden, liefen praktisch auf eine neue, nichtgesetzliche Steuer hinaus. Die Menschen schimpften und fluchten, doch alle Berichte stimmen darin überein, dass die Spenden geleistet wurden. Es gab keinen organisierten Boykott einer dieser Sammelaktionen, auch wenn Einzelne sich zu spenden weigerten. Die Menschen gewöhnten sich an die ständigen Aufforderungen, Geld, Kleidung und anderes zu spenden; mit der Zeit gehörte dies zum Alltag. Man nahm allgemein an, alte Parteigenossen gehörten zu den häufigsten und am meisten bevorzugten Empfängern der Spenden, und es kursierten viele Geschichten von Nationalsozialisten, die ehemaligen Sozialdemokraten und Kommunisten vorgezogen wurden. Das war kein Wunder, da politische Zuverlässigkeit tatsächlich eines der Hauptkriterien für die Unterstützung war. Diejenigen, die in den Genuss der Spenden kamen, waren tatsächlich in vielen Fällen NSDAP-Mitglieder und ihr Gefolge. Ebensovienig verwunderlich waren die vielen Witze über die Korruption, die zu der ganzen Operation gehörte. In einem Witz entdecken zwei Parteifunktionäre, während sie über die Strasse gehen, im Rinnstein einen Fünzigmarkschein. Einer der beiden hebt ihn auf und erklärt, er werde ihn für das Winterhilfswerk spenden, worauf der andere ihn fragt: «Warum so umständlich?»¹⁶⁶

Indem es die Sozialausgaben auf den (angeblich) freiwilligen Sektor überwälzte, war das Regime in der Lage, Steuereinnahmen zu sparen und für die Rüstung auszugeben. Allgemeine Wehrpflicht, Ehestandsdarlehen und andere Programme, mit denen Erwerbspersonen vom Arbeitsmarkt abgezogen wurden, führten zu weiteren Einsparungen bei den staatlichen Sozialausgaben, die ebenfalls in die Rüstung gingen. Die Arbeitslosenunterstützung war bereits vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten von den Regierungen und Kommunalbehörden der Weimarer Republik gekürzt worden. Das neue Regime setzte diese Sparmassnahmen noch radikaler fort. Freiwilliger Arbeitsdienst und ähnliche Programme zur optischen Verringerung der Arbeitslosenzahlen hatten ebenfalls Einsparungen beim Arbeitslosengeld zur Folge. Wie wir gesehen haben, war die Arbeitslosigkeit jedoch bis zum Winter 1935/36 keineswegs von der Bildfläche verschwunden; vielmehr taten die Kommunalbehörden alles, um die Sozialleistungen möglichst zu drücken. Von Oktober bis Dezember 1935, als

die amtliche Zahl der «Wohlfahrtserwerbslosen» von 336'000 auf 376'000 stieg, ging die Gesamtsumme der gezahlten Beihilfen im Reich von 4,7 auf 3,8 Millionen Reichsmark zurück. Überall bestellten die Wohlfahrtsämter die Wohlfahrtsempfänger ein, damit sie von einer Kommission auf ihre Arbeitsfähigkeit untersucht werden konnten; wer nicht erschien, erhielt keine Unterstützung mehr. Wer für arbeitsfähig befunden wurde, musste sich an Pflicht- und Fürsorgearbeit beteiligen. Mietzuschüsse wurden gekürzt, Beihilfen für Pflegerinnen zur Betreuung von alten Menschen und zur Deckung der Kosten der Medikamente für Kranke wurden gestrichen. In Köln pflegte eine Frau aus der Arbeiterschicht ihre 75jährige schwer nervenranke Mutter in der eigenen Wohnung, weil sie die Kosten für eine Unterbringung in einer Anstalt nicht mehr aufbringen konnte. Die Nervenfälle verschlimmerten sich, und die Tochter, die selbst Kinder hatte, konnte die Kosten für die notwendigen Medikamente nicht mehr aufbringen. Im Wohlfahrtsamt sagte man ihr mehr oder weniger unerblickt, bei einer solch alten Frau lohne es sich nicht mehr, Geld für teure Medikamente auszugeben, und sie müsse eben die Anfälle der Mutter ertragen.¹⁶⁷

Die Kürzung von Sozialbeihilfen war nur ein Teil einer umfassenderen Strategie. Die Aufforderung an die deutsche Bevölkerung, zur Selbsthilfe zu greifen, statt sich auf staatliche Unterstützung zu verlassen, bedeutete unausgesprochen, dass diejenigen, die sich nicht selbst helfen konnten, entbehrlich seien, um nicht zu sagen eine Bedrohung für die zukünftige Gesundheit des deutschen Volkes. «Minderwertige», Aussenseiter, Verbrecher, «Asoziale» und dergleichen sollten aus dem Wohlfahrtssystem ganz ausgeschlossen werden. Wie wir gesehen haben, wurden 1937/38 Angehörige der unteren Unterschicht, sozial Randständige und Kleinkriminelle in grosser Zahl verhaftet und in Konzentrationslager verbracht, weil sie in den Augen der Nationalsozialisten für das Regime nutzlos waren. Sobald die Rüstungsindustrie den Arbeitsmarkt leergefegt hatte, machte sich die ursprüngliche Skepsis der Nationalsozialisten gegenüber dem Nutzen einer Wohlfahrt in einer zutiefst menschenverachtenden Weise wieder geltend.

III

NS-Volkswohlfahrt, Winterhilfswerk und die NS-Gemeinschaft «Kraft durch Freude» waren die mit Abstand populärsten Programme des nationalsozialistischen Regimes im eigenen Land. Für viele waren sie der sichtbare Beweis, dass das Regime es ernst meinte mit seinem Versprechen, eine organische Volksgemeinschaft aller Deutschen zu schaffen, in der Klassenkonflikte und soziale Gegensätze überwunden wären und an die Stelle des Egoismus des einzelnen die höheren Interessen des Ganzen treten würden. Dieses Programm zielte ausdrücklich darauf ab, die Unterschiede der Klasse und des Status zu verwischen, die finanziell Bessergestellten an der Unterstützung ihrer «Volksgenossen» zu beteiligen, die durch die Weltwirtschaftskrise gelitten hatten, und das Leben der grossen Masse der Bevölkerung in vielfacher Hinsicht zu verbessern. Paradoxerweise waren es gerade die Wohlhabenden, die sich von der Ideologie der Volksgemeinschaft am stärksten angezogen fühlten; die Arbeiter hatten häufig zu sehr die marxistischen Ideen des Klassenkonflikts in sich aufgenommen, um auf diesen Appell unmittelbar positiv zu reagieren. Nicht untypisch war die Reaktion der bereits mehrfach erwähnten Melita Maschmann, die in einer konservativen, gutbürgerlichen Familie aufgewachsen war und deren nationalistische Eltern ihr eine Vorstellung von Deutschland eingepflicht hatten, die sie später als «ein angsteinflössend herrliches Geheimnis» beschrieb.¹⁶⁸ Die Gespräche in ihrem Elternhaus in den frühen dreissiger Jahren drehten sich häufig um Themen wie die demütigende Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg, die Spaltungen und Streitigkeiten der Parteien im Reichstag, die ständig eskalierende Gewalt und das Chaos in den Strassen und die Armut und Verzweiflung des wachsenden Heers der Arbeitslosen. In nostalgischer Sehnsucht nach einer Rückkehr der Kaiserzeit, als die Deutschen, wie ihre Eltern ihr sagten, noch stolz und einig gewesen waren, war es für die junge Melita unmöglich, der Verlockung durch die Versprechungen der Nationalsozialisten zu widerstehen, die innere Zwietracht zu beenden und alle sozialen Klassen zu einer neuen Volksgemeinschaft zu vereinen, in der Arm und Reich gleich sein würden.¹⁶⁹ Ähnliche Erfahrungen machten auch viele andere. Doch

obwohl die Reaktionen auf die Volkswohlfahrt und die Freizeitprogramme, vom Regime eingeführt, um der Idee einer Volksgemeinschaft eine grössere Durchschlagskraft zu verleihen, häufig positiv waren, zumal in der späteren Erinnerung, existierte auch eine Kehrseite der Medaille: Das Element des Zwangs in diesen Massnahmen war nicht zu übersehen. Trotz der ständigen Propagierung der Tugenden des Selbstopfers durch das Regime fanden diese in der breiten Bevölkerung keinen Widerhall; im Gegenteil, viele waren fixiert auf die materiellen Verbesserungen ihrer persönlichen Lage – kaum überraschend nach allem, was sie im Krieg, der Inflation und der Weltwirtschaftskrise durchgemacht hatten. Die Klassenunterschiede schienen so lebendig wie eh und je und wurden noch verstärkt durch das Hinzutreten einer Unterscheidung zwischen «alten Kämpfern» und Parteibonzen auf der einen Seite, in der Wahrnehmung der Bevölkerung die Hauptnutznießer aller dieser Programme, und der übrigen Bevölkerung auf der anderen. Tief eingewurzelte Überzeugungen innerhalb breiter Gruppen der Bevölkerung, möglicherweise sogar der Mehrheit, vom christlichen Glauben an eine universelle Nächstenliebe bis zu einer seit Langem bestehenden Gewohnheit vieler Arbeiter, alles durch die marxistische Brille eines Klassenkampfes zu betrachten, erwiesen sich für das Regime als nur schwer zu überwinden.

Deshalb hatte sich bis 1939 selbst gegenüber den beliebtesten Programmen des Regimes allenthalben Ernüchterung breit gemacht. Der erste Taumel der Begeisterung für das Regime hatte bereits 1934 etwas nachgelassen, und im Frühjahr 1936 hatte sie einen solchen Tiefpunkt erreicht, dass selbst die Popularität Hitlers zu schwinden begann.¹⁷⁰ Wie weit reichte diese Desillusionierung, wie verbreitet war sie und warum übersetzte sie sich nicht in eine breitere und prinzipiellere Opposition gegen das Regime? Mit welchen Augen gewöhnliche Menschen das Dritte Reich sahen, wie die Gesellschaft sich zwischen 1933 und 1939 veränderte und in welchem Umfang die Verheissung einer geeinten, organischen Volksgemeinschaft verwirklicht wurde, das lässt sich ganz gut aus der Erfahrung eines deutschen Provinzstädtchens während dieser Zeit erschliessen. In der niedersächsischen Stadt Northeim war das offensichtlichste Zeichen einer Veränderung in den Augen seiner Einwohner die Rückkehr einer wirtschaftlichen Blüte und der Ordnung nach der Armut und der Unordnung in den

letzten Jahren der Weimarer Republik. Zusammenstöße auf der Strasse und Saalschlachten, die unter den Stadtbewohnern viel Angst und Schrecken verbreitet hatten, gehörten jetzt der Vergangenheit an. Der nationalsozialistische Bürgermeister der Stadt, Ernst Girmann, herrschte in Northeim allein, nachdem er seine Rivalen im September 1933 ausgeschaltet hatte, ungehindert durch demokratische Kontrollen, und wurde 1935 in seiner Position bestätigt, als ein neues Reichsgesetz erlassen wurde, das den Bürgermeistern uneingeschränkte Macht über ihre Gemeinden verlieh. Zunächst startete Girmann eine umfangreiche Propagandakampagne mit detaillierten Plänen zur Wiederbelebung des Arbeitsmarkts in der Stadt. Auf diese Pläne reagierte keiner der realistischen Geschäftsleute Northeims, doch nachdem die Arbeitslosen von der Strasse geholt und in Arbeitslager und zu Projekten im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmassnahmen gebracht worden waren, kam die Wirtschaft, die sich schon vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten leicht erholt hatte, nach und nach in Schwung. Arbeiter, die man für den Reichsarbeitsdienst verpflichtet hatte, arbeiteten an einer spektakulären Verschönerung der Stadt mit, etwa der Erweiterung der städtischen Parkanlagen zu einem Grüngürtel und der Renovierung der Fachwerkhäuser in der Altstadt.¹⁷¹

Das spektakulärste Bauvorhaben war die Anlage eines Freilichttheaters in einer nahegelegenen Waldsenke, das ursprünglich als «Thingstätte» geplant war. Der Grund und Boden, auf dem die Stadt die Anlage errichtete, wurde ihr von einem Freund des Bürgermeisters zu einem extrem hohen Preis verkauft. Darüber hinaus wurden mit staatlichen Zuschüssen und günstigen Krediten zahlreiche Ein- und Mehrfamilienhäuser errichtet. Das grösste Bauvorhaben mit 46 «Siedlungshäusern», das sich die NSDAP auf ihre Fahnen schrieb, ging allerdings nicht auf ihre Initiative zurück – die Pläne dazu gab es schon vor 1933, und die Finanzierung war geregelt, doch das Vorhaben musste aufgeschoben werden, weil die Nationalsozialisten im Stadtrat 1932 gegen das Projekt gestimmt hatten. Nur «arische» Familien, die der Partei oder einer ihrer Gliederungen angehörten, durften dort einziehen, und auch erst dann, wenn die Ortsgruppe damit einverstanden war. Dennoch konnte die Propaganda um die «Arbeitsschlacht» in Nort-

heim die meisten der Bewohner davon überzeugen, dass das Dritte Reich tatsächlich einen wirtschaftlichen Aufschwung zustandegebracht habe. Das Gefühl, dass alle sich gemeinsam anstrebten, um die deutsche Wirtschaft wieder flott zu bekommen, wurde durch den Aktivismus der NSV am Ort verstärkt mit ihren Sammelbüchsen, Wohltätigkeitsabenden, Ein-topfsonntagen und Massenkundgebungen. Doch der spürbarste Nutzen, den das Dritte Reich den Norheimern brachte, war die Reaktivierung einer Kaserne durch die Wehrmacht, deren Wiederherstellung einen kleinen Boom im Norheimer Baugewerbe auslöste. Tausend Soldaten und das zugehörige Personal bedeuteten tausend neue Verbraucher und Kunden für die Geschäfte und Lieferanten der Stadt.¹⁷²

Doch nach den regionalen Gestapoberichten zu urteilen, konnte nichts davon die ehemaligen Sozialdemokraten und Kommunisten überzeugen, die sich Ende 1935 immer noch nicht mit dem Regime ausgesöhnt hatten und weiterhin eine negative Mundpropaganda verbreiteten. Eine feindselige Haltung wurde auch bei den Katholiken am Ort registriert; Menschen kauften immer noch in jüdischen Geschäften; Konservative waren ernüchtert und knüpften Verbindungen zur Wehrmacht an, und der Versuch Girmanns, die lutherische Gemeinde am Ort zu zerschlagen und die Stadt zur ersten Stadt in Deutschland ohne Christen zu machen, scheiterte am passiven Widerstand der Geistlichkeit wie der Laien. In Übereinstimmung mit der nationalen Politik gelang es Girmann, die Schliessung der katholischen Schule der Stadt zu erzwingen, was er hauptsächlich mit einer Reihe persönlicher Gespräche mit den Eltern der Schüler erreichte, wobei er zweifellos versteckte Drohungen aussprach. Doch höhere Instanzen in der Partei liessen nicht zu, dass er gegen die Lutheraner offene Gewalt anwandte, und seine Aufforderung an die Hitler jungen, das Kruzifix der Stadtkirche mit Schneebällen zu bewerfen, zeigte keine Wirkung, seine Kampagne scheiterte. Girmann hatte kein Problem damit, Menschen zu bedrohen, die den Erwartungen der Partei nicht entsprachen. Menschen, die nicht zu Versammlungen erschienen oder sie früh wieder verliessen, wurden zur Rede gestellt und mussten sich erklären, in einem Fall schrieb Girmann persönlich an eine junge Frau, die den «Hitlergruss» nicht gezeigt hatte, sie setze sich der Gefahr eines körperlichen Angriffs aus, wenn sie das noch einmal

make. Angesichts solcher Drohungen waren die Ortsansässigen im Allgemeinen darauf bedacht, sich zumindest nach aussen hin anzupassen. Trotz allem liess sich nicht bestreiten, dass nach den ersten Monaten die Begeisterung in der Stadt für das Regime erlahmte.¹⁷³

Die Ortsgruppe der NSDAP hatte Schwierigkeiten, dieser Ernüchterung zu begegnen. Ende 1935 hatte sie ihre Dynamik verloren; ihre Führer einschliesslich des Bürgermeisters Girmann lebten sorgenfrei und hatten es sogar zu einigem Wohlstand gebracht, bezogen hohe Gehälter und ernteten die Früchte ihrer früheren Kämpfe. Selbst Girmann tat in den späteren dreissiger Jahren wenig, abgesehen vom Umbau der städtischen Reitanlagen, die er anschliessend regelmässig selbst benutzte. Feste und Feiern der Nationalsozialisten wurden zu leeren Ritualen, an denen die Menschen eher aus Furcht als aus Überzeugung teilnahmen. Die Reaktionen der Northeimer auf die wenigen offenen Zwischenfälle antisemitischer Gewalt in der Stadt reichten von Gleichgültigkeit bis unverhohlener Missbilligung; schliesslich war das genau jene Störung der öffentlichen Ordnung, deren Beendigung man sich vom Nationalsozialismus erhofft hatte. Ehemalige Sozialdemokraten wurden zähneknirschend geduldet, wenn sie sich jeglicher oppositioneller Aktivitäten enthielten, was sie nach 1935 im grossen und ganzen auch taten, als die letzten verbliebenen Widerstandsgruppen zerschlagen worden waren. Blockwarte besuchten regelmässig die Haushalte, die sie betreuen und überwachen sollten, um Spenden für das Winterhilfswerk zu sammeln und die politische Zuverlässigkeit zu überprüfen. Sie hatten über jeden Bewohner ihres Blocks Meldung zu machen, der Wohlfahrtsunterstützung bezog, eine Stellung in einer der zahlreichen Innungen und Vereine der Stadt anstrebte oder sich um eine Stelle im öffentlichen Dienst beworben hatte. Hierzu war ein Formular auszufüllen, in dem sie vermerkten, ob der Betreffende Parteiversammlungen besucht oder für das Winterhilfswerk gespendet hatte und ähnliches. Doch von den Tausenden solcher Berichte, die in den Stadtarchiven lagerten, ordnete nach 1935 kaum einer den Betreffenden als politisch unzuverlässig ein; nur während einer kurzen Zeitspanne, auf dem Höhepunkt des Kirchenkampfs, enthielten die Berichte negative Kommentare zu diesem Punkt, die sich vor allem auf praktizierende Katholiken bezogen. Viele

Notizen der Blockwarte waren unbestimmt oder sagten fast nur Belangloses aus, doch in einem Punkt waren alle bestimmt, nämlich ob die Betreffenden für die Winterhilfe und andere Sozialmassnahmen gespendet hatten. Wer das nicht getan hatte, erhielt eine schwarze Markierung und eine Kennzeichnung als «egoistisch» oder «unfreundlich». Eine solche Person hatte dem Blockwart die Arbeit erschwert, weil dieser seinerseits in Schwierigkeiten geriet, wenn er nicht eine bestimmte Mindestquote von Zahlungen einhielt. Sonst gab es kaum etwas von Bedeutung, höchstens gelegentlich eine seltene Unterlassung beim Heraushängen der Hakenkreuzfahnen am Geburtstag des «Führers» oder das Vergessen des «Hitlergrusses». Eine Art politischer Stabilität war erreicht worden, und die meisten Blockwarte wollten jetzt anscheinend nichts anderes, als ihren regelmässigen Pflichten ungehindert und ohne Zwischenfälle nachzugehen. Inzwischen kümmerten sie sich kaum noch um die politische Gesinnung der Leute, solange sie sich nach aussen hin anpassten und ihre Überzeugungen für sich behielten. Sicherlich waren sie etwas wachsamer in ehemaligen kommunistischen Hochburgen, wie in Berlin und im Ruhrgebiet, als in einer kleinen Provinzstadt wie Northeim. Wie auch immer, 1939 war ein gewisser Modus vivendi erreicht: Die Bürger der Stadt nahmen ungeachtet ihrer persönlichen Ansichten an den öffentlichen Ritualen teil, weil man dies von ihnen erwartete, wenngleich im Allgemeinen ohne besondere Begeisterung; die Ortsgruppe der Partei achtete darauf, es dabei zu belassen und die Sache nicht zu weit zu treiben. Dass die Menschen sich fügten und Lippenbekenntnisse abgaben, war letztlich alles, was sie erreichen konnten; aber es war mehr als realistisch einzusehen, dass es damit genug sein musste, und so lagen die Dinge wahrscheinlich überall.¹⁷⁴

Die Verhältnisse in Northeim entsprachen mehr oder weniger denen in anderen Kleinstädten Deutschlands. Die Deutschen waren bis 1939 nicht alle zu fanatischen Nazis geworden, doch der tiefe Wunsch der grossen Mehrheit nach Ordnung, Sicherheit, einem Arbeitsplatz, der Möglichkeit einer Verbesserung des eigenen Lebensstandards und eines beruflichen Fortkommens, alles Dinge, die unter der Weimarer Republik unmöglich zu erreichen schienen, war weitgehend erfüllt, und das reichte aus, ihre Einwilligung zu gewährleisten. Möglicherweise spielte die Propaganda in

dieser Hinsicht eine geringere Rolle als die konkrete, offensichtliche Tatsache einer gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Stabilität. Die Gewalttätigkeit und Gesetzlosigkeit in der «Nacht der langen Messer» beispielsweise wurde weitgehend nicht deshalb hingenommen, weil die Bevölkerung Hitlers Rückgriff auf den Mord als politisches Instrument gutgeheissen hätte, sondern weil auf diese Weise scheinbar die Ordnung wiederhergestellt wurde, die durch die SA-Männer Röhm's in den vorausgegangenen Monaten bedroht worden war. Es bestand ein weitreichender Konsens über die Priorität einer Wahrung der Ordnung, den die Nationalsozialisten erkannt, akzeptiert und für ihre Zwecke ausgebeutet hatten. Langfristig sollte er sich als illusorisch erweisen. Doch vorläufig reichte er aus, um jeder oppositionellen Bewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen, die versuchen sollte, ein Rumoren der Unzufriedenheit mit dem einen oder anderen Aspekt des Alltagslebens unter dem Dritten Reich in eine breitere Form der Opposition umzumünzen.¹⁷⁵

IV

Die sozialen Verheissungen der Führer des Dritten Reiches waren in der Tat weitreichend. Der Nationalsozialismus verdankte seine Wahlerfolge in den frühen dreissiger Jahren nicht zuletzt seines unablässig wiederholten Versprechens, die Spaltungen der Weimarer Republik zu überwinden und das deutsche Volk in einer neuen nationalen, «rassischen» Gemeinschaft zu einigen, die auf Zusammenarbeit statt auf Konflikten beruhte, auf gegenseitiger Unterstützung statt gegenseitiger Frontstellung. Die Klassenunterschiede würden verschwinden, die Interessen der «germanischen Rasse» hätten den Vorrang vor allen anderen. Die beiden grossen symbolischen Propagandademonstrationen, die von Goebbels und der Parteiführung in den ersten Monaten des Dritten Reiches inszeniert wurden, der «Tag von Potsdam» und der «Tag der nationalen Arbeit», sollten demonstrieren, wie das neue Deutschland die alten Traditionen der preussischen Oberschicht auf der einen Seite und der Arbeiterbewegung auf der anderen zusammenführen würde. In einem Interview, das der nationalsozialistische Bühnenautor Hanns Johst am 27. Januar 1934 mit ihm führte,

erklärte Hitler, «meine Bewegung... fasst Deutschland als Körperschaft auf, als einen einzigen Organismus». Zum Verhältnis Bürgertum und Arbeiterbewegung sagte er: «Der Nationalsozialismus nimmt aus jedem der zwei Lager die reine Idee für sich. Aus dem Lager der bürgerlichen Tradition: die nationale Entschlossenheit, und aus dem Materialismus der marxistischen Lehre: den lebendigen, schöpferischen Sozialismus.» Im Weiteren führte er aus:

«Volksgemeinschaft: Das heisst Gemeinschaft aller wirkenden Arbeit, das heisst Einheit aller Lebensinteressen, das heisst Überwindung von privatem Bürgertum und gewerkschaftlichmechanisch-organisierter Masse, das heisst die unbedingte Gleichung von Einzelschicksal und Nation, von Individuum und Volk ... Der deutsche Bürger mit der Zipfelmütze muss Staatsbürger werden und der Genosse mit der roten Ballonmütze Volksgenosse. Beide müssen mit ihrem guten Willen den soziologischen Begriff des Arbeiters zu dem Ehrentitel des Arbeiters adeln. Dieser Adelsbrief allein vereidigt den Soldaten wie den Bauern, den Kaufmann wie den Akademiker, den Arbeiter wie den Kapitalisten auf die einzig mögliche Blickrichtung aller deutschen Zielstrebigkeiten: auf die Nation ... Der Bürger soll sich nicht länger als eine Art Rentner weder der Tradition noch des Kapitals fühlen und durch die marxistische Besitzidee vom Arbeiter getrennt, sondern soll mit offenem Sinn erstreben, als Arbeiter dem Ganzen eingefügt zu werden.»¹⁷⁶ Hitler unterstrich diese Punkte, indem er sich selbst als einen Arbeiter von Herkunft stilisierte, einen einfachen Mann aus dem Volke, der nach oben gelangt war, ohne je den Kontakt zu seinen niedrigen Ursprüngen zu verlieren.

Wenn sich ein Millionenpublikum eingefunden hatte, um Hitler zu hören, wie etwa am 1. Mai 1937 im Berliner Lustgarten, nahm er gern die Gelegenheit wahr, daran zu erinnern, er sei ja auch ein Kind dieses Volkes: «[Ich] stamme nicht aus irgendeinem Schloss heraus, sondern komme vom Arbeitsplatz. Ich war auch nicht General, sondern ich war Soldat wie Millionen andere.» Die Kameradschaft der Frontsoldaten des Ersten Weltkriegs, als in der Begeisterung für die nationale Sache alle sozialen Schranken fielen, sollte im Geist des Dritten Reiches wieder aufleben:

«Es ist etwas Wunderbares, dass bei uns ein Unbekannter aus der Millionenarmee deutscher Menschen, deutscher Arbeiter und Soldaten an die Spitze des Reiches und der Nation treten konnte! Neben mir stehen deutsche Menschen aus allen Lebensschichten, die heute zur Führung der Nation gehören: Ehemalige Landarbeiter als Reichsstatthalter; ehemalige Metallarbeiter sind heute Gauleiter usw. Allerdings nehmen auch ehemalige Bürgerliche und ehemalige Aristokraten in dieser Bewegung ihre Stellung ein. Es ist uns ganz gleich, woher sie kommen, wenn sie nur zum Nutzen unseres Volkes arbeiten können.»¹⁷⁷

Wie Hitlers Gebrauch des Wortes «ehemalige» bei diesem Anlass erkennen liess, propagierte das Dritte Reich unermüdlich die Vorstellung, im neuen Deutschland seien alle Klassenunterschiede abgeschafft. «Wir sind das erste Land Europas», sagte Robert Ley im Herbst 1935, «das den Klassenkampf überwunden hat.»¹⁷⁸ In diesem Zeichen legten viele Institutionen der NSDAP Wert darauf, Angehörige der unteren Gesellschaftsschichten in Machtpositionen über das Bürgertum zu bringen, wie in der Hitlerjugend, oder die Sprösslinge der Eliten der Autorität ihrer ehemaligen angeblich sozial Minderwertigen zu unterstellen, wenn beispielsweise Studenten in Arbeitslager geschickt oder Lehrer von «alten Kämpfern» aus bescheidenen Verhältnissen in ihren obligatorischen Schulungskursen diszipliniert wurden. Der Angriff der nationalsozialistischen Studenten auf die traditionellen schlagenden Verbindungen war nur ein Beispiel eines Angriffs auf breiter Front gegen die öffentlich sichtbarsten Bollwerke sozialer Privilegien in Deutschland und wurde – sehr zum Missfallen von Traditionalisten wie Reck-Malleczewen – begleitet von einem Gutteil egalitärer Rhetorik und verbalen Attacken gegen die reaktionäre Natur der Klassendiskriminierung, die von den schlagenden Verbindungen so offen praktiziert wurde.¹⁷⁹

Entscheidend war, dass die Partei es nicht bei Worten beliess. Der Niedergang im Status, der Autonomie und Macht der akademischen Berufe in den ersten sechs Jahren des Dritten Reiches war nicht zu übersehen. Traditionelle Bildungsanstalten wie die Hochschulen und Universitäten hatten aufgrund der Lebenserfahrung junger Deutscher an Wert eingebüsst,

und die Studentenzahlen lagen 1939 wesentlich niedriger als noch sechs Jahre zuvor. Kleine Geschäftsleute, Beamte und Angestellte erlebten, dass die sozialen Spaltungen zwischen ihnen und der Arbeiterschaft nicht nur durch die Volksreden der Nationalsozialisten aufgeweicht wurden. Manche Adelige wurden in den Korridoren der Macht von dreisten jungen Nazis, aus sozialen Schichten weit unter der ihrigen, beiseitegedrängt. Altherwürdige Respektspersonen wie Ärzte, Pfarrer, Grossgrundbesitzer bis hin zu Dorfältesten sahen sich Angriffen ausgesetzt. Überall ergriffen die Jungen, zumindest eine nicht unbedeutende Minderheit unter ihnen, ihre Chance und behaupteten sich gegen die ältere Generation: Im Adel, auf dem Dorf, im Klassenzimmer, an der Universität. Eine neue politische Elite hatte unlegbar das Ruder übernommen. Von den Spitzen der Partei wie Goebbels, Göring, Schirach und Ley über die Gauleiter bis unten zu den Blockwarten und Hitlerjugendführern nahmen neue, zumeist junge Männer, häufig mit ungewöhnlichem Lebenslauf, gelegentlich auch wie Rosenberg aus dem Ausland kommend die Zügel der Macht in die Hand. Ausserdem hatte ein ganzes Spektrum traditioneller Werte seine Geltung eingebüsst: Das von den Professoren vertretene Prinzip des Lernens um seiner selbst willen, das hippokratische Ethos, die Interessen des Kranken höher als alles andere zu stellen, und selbst der Gewinn des Geschäftsmanns als letztes Mass seines Erfolgs – all dies wurde durch die neuen Werte des Nationalsozialismus, Krieg, Rasse und Volksgemeinschaft, beiseite gefegt.

Allerdings bedeutete die Gleichheit des Ranges, die von den Nationalsozialisten so laut und hartnäckig proklamiert wurde, keine Gleichheit der sozialen Stellung, des Einkommens oder des Vermögens. Die Nationalsozialisten nahmen beispielsweise keine grundlegende Reform des Steuersystems in Angriff, um die Nettoeinkommen der Erwerbstätigen anzugleichen, noch lenkten sie die Wirtschaft in der Art, wie dies in der Sowjetunion oder später in der DDR geschah, um auf diese Weise die Unterschiede zwischen Arm und Reich möglichst gering zu halten. Auch im Dritten Reich gab es noch immer Reiche und Arme, so wie es sie seit jeher gegeben hatte. Am Ende blieb die Macht des Adels über den Boden unangetastet, und jüngere Adelige fanden sogar eine neue Führungsrolle in der SS, der zukünftigen politischen Elite Deutschlands. Bäuerliche Familien,

die seit Jahrzehnten oder gar Jahrhunderten die Geschicke ihres Dorfs gelenkt hatten, konnten ihre Position in der Regel behaupten, indem sie eine Art eingeschränktes Abkommen mit dem Regime schlossen. Grosse und kleine Geschäftsleute führten ihre Geschäfte weiter nach dem üblichen kapitalistischen Gewinnprinzip. Professoren verlagerten die besonders offensichtlich unwissenschaftlichen Auswüchse der NS-Weltanschauung in selbstständige kleine Institute, wo sie von der anerkannten Forschung und Lehre ignoriert werden konnten, und setzten ihre Arbeit weitgehend fort wie bisher. Richter und Rechtsanwälte sprachen immer noch Recht und plädierten, führten Prozesse und schickten Straftäter ins Gefängnis. Ärzte hatten eine grössere Macht über ihre Patienten, Arbeitgeber über ihre Angestellten und Arbeiter. Die Kirchen verloren fraglos Boden in Bereichen wie der Bildung, doch alle Berichte stimmen darin überein, dass die Pfarrer und Pastoren im Grossen und Ganzen auch weiterhin die Loyalität ihrer Gläubigen genossen, trotz aller Bemühungen des Regimes, sie zu untergraben. Die Rhetorik einer Volksgemeinschaft überzeugte viele, vielleicht sogar alle Deutschen auf der politischen Ebene: Der Parteienhader gehörte der Vergangenheit an, alle schienen unter der Führung Hitlers an einem Strick zu ziehen. «Nicht mehr Klassenkampf», schrieb Luise Solmitz am 27. April 1933 in ihr Tagebuch, «oder Marxismus, religiöse Gegensätze, – nur Deutschland, Deutschland in Hitler.»¹⁸⁰ Doch weit weniger Deutsche waren überzeugt, dass die von den Nationalsozialisten 1933 prophezeite soziale Utopie jemals Wirklichkeit werden würde.

Eine Gesellschaft lässt sich nicht innerhalb von nur sechs Jahren vollständig umgestalten ohne einen monströsen, mörderischen Einsatz von Gewalt von der Art, wie sie sich in Russland ereignet hat, vom Roten Terror in den Jahren des Bürgerkriegs (1917-1921) bis zu den massiven Säuberungen, die Stalin in den dreissiger Jahren befahl. Die Führung des Dritten Reiches hat, wie wir gesehen haben, Ende Juni 1934 eine begrenzte Mordaktion gegen tatsächliche oder vermeintliche Kritiker in ihren eigenen Reihen durchgeführt, und darüber hinaus hat sie einige Tausend ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Gegner in Deutschland getötet, aber ihr eigentliches Gewaltpotential behielt sie sich gegen Menschen ausserhalb Deutschlands vor, und sie entfesselte es erst im Krieg. Es gab keine Paral-

lele zur Ermordung von rund drei Millionen Bürgern durch das Sowjetregime überwiegend in Friedenszeiten noch zu seiner Verbringung von vielen weiteren Millionen seiner Bürger in Arbeitslager noch zu den gewaltvollen Verwerfungen infolge der Verstaatlichung der Industrie und der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft in Stalins Russland. Desgleichen stand hinter der Kürzung der Löhne und der Einschränkung des Konsums nicht der gezielte Versuch, die Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern wie bei den weitaus drastischeren Restriktionen, die durch das Sowjetregime verhängt wurden, sondern es war einfach ein Mittel, Geld für die Aufrüstung zu sparen. Der Nationalsozialismus versuchte auch nicht, die Uhr zurückzudrehen, auch wenn er immer wieder die Hierarchien und Werte einer mythischen deutschen Vergangenheit heraufbeschwor. Wie wir gesehen haben, waren die Gruppen, die auf eine Wiederherstellung alter sozialer Schranken und Hierarchien gehofft hatten, vom Regime ebenso enttäuscht wie diejenigen, die sich vom Dritten Reich eine radikale Umverteilung von Boden und Reichtum versprochen hatten.¹⁸¹

Das Problem war, dass jedes Programm eines sozialen Wandels, das die Nationalsozialisten ersehnt haben mochten, letztlich rücksichtslos dem alles überragenden Ziel einer Vorbereitung auf den Krieg untergeordnet war. Alles, was dazu beitrug, Deutschland für die Eroberung Osteuropas bereit zu machen, war gut; alles, was dem im Wege stand, war schlecht. Die Verwirklichung jedweder sozialen oder «rassischen» Utopie wurde zurückgestellt, bis Deutschland seinen vielbeschworenen «Lebensraum im Osten» haben würde, genauso wie ein wirtschaftlicher Wohlstand für die Massen letztlich von dieser Eroberung abhing. Doch jede Einschätzung, was danach kommen sollte, wird zunehmend spekulativ, umso mehr, als alles dafür spricht, dass Hitler es bei einer Eroberung des Ostens nicht belassen hätte, weil er aus einem Krieg um die Vorherrschaft in Europa einen Krieg um die Weltherrschaft gemacht hätte. Dennoch zeichnete sich bereits 1939 etwas von dem ab, wie das zukünftige Dritte Reich aussehen würde, wie seine Führer und Ideologen es sich vorstellten. Die Technikverliebtheit des Nationalsozialismus wurde zwar vom Willen zur Aufrüstung vorwärts getrieben, ging jedoch über das rein Militärische hinaus. Hier war ein Regime, das die neuesten Maschinen, die neuesten Apparaturen, die neuesten

Kommunikationsmedien wollte. Alle diese Dinge benötigten grosse Fabriken, Grossunternehmen, moderne Grossstädte, hochentwickelte Organisationen. Die Prinzipien, auf denen die nationalsozialistische Zukunft aufbauen würde, waren «wissenschaftlich»: Die Anwendung der «Rassenhygiene» und der darwinistischen Zuchtwahl auf die menschliche Gesellschaft ohne Rücksicht auf traditionelle Moral oder religiöse Skrupel, gelenkt von einem komplexen, hierarchischen Staatsapparat, der keine abweichenden Meinungen dulden würde. Bei manchen Reden von NS-Führern mochte es so scheinen, als stellten sie sich ein Europa von Bauern vor, von Deutschen, die durch Blut und Boden miteinander verbunden sein und die Angehörigen «minderwertiger Rassen» in einer pseudofeudalen Welt ohne die Komplexität und die Polyvalenzen einer Industriegesellschaft versklaven und ausbeuten würden. Eine Rückkehr zum vorindustriellen Zeitalter ohne Grossstädte würde das Kennzeichen der endgültigen Verwirklichung des Dritten Reiches in europäischem Massstab sein.¹⁸² Doch die radikalsten Befürworter dieses Programms wie Darré wurden von jenen Nationalsozialisten ausmanövriert, die überzeugt waren, die neue europäische «Rassenordnung» müsse die fortgeschrittenste Industrie, Technik und Kommunikation mit einer Neuordnung der Agrarwirtschaft und der Landbevölkerung in ein neues Gleichgewicht zwischen beidem bringen.¹⁸³

In der realen Welt Deutschlands in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts trafen die modernisierenden Auswirkungen des Nationalsozialismus auf einen Kontext, in dem ein rascher sozialer und wirtschaftlicher Wandel bereits seit der industriellen Revolution um die Mitte des 19. Jahrhunderts eingesetzt hatte. Auch hier gab es letztlich verhängnisvolle Widersprüche. Die Vorbereitung auf den Krieg beispielsweise beschleunigte zweifellos bereits im Gang befindliche Prozesse der Konzentration und Rationalisierung in der Industrie sowie technische Entwicklungen der verschiedensten Art. Militärische und medizinische Technik und Forschung machten schnelle Fortschritte, wie wir gesehen haben, in staatlich finanzierten Instituten und Forschungs- und Entwicklungsabteilungen in Grossunternehmen. Auf der anderen Seite ergriffen die Nationalsozialisten in der Bildungspolitik sehr schnell Massnahmen, mit denen die akademische, wissenschaftliche und intellektuelle Kompetenz der künftigen akademischen

Eliten eingeschränkt wurde, die bereits bis 1939 qualitativ und quantitativ einen Rückgang erlebten. Soweit eine künftige Elite aus der SS und den neuen Eliteschulen und Ordensburgen heranwuchs, war es eine verdummte Elite, die Schwierigkeiten haben würde, ein komplexes, modernes, industrielles und technisches, soziales und wirtschaftliches System zu handhaben, das in der Lage gewesen wäre, einen komplexen, modernen, industriellen und technischen Krieg zu führen. Traditionelle gesellschaftliche Institutionen wie die Gewerkschaften wurden beseitigt, um Platz zu machen für eine totale Identifikation des Individuums mit dem Staat und der «Rasse» zu ermöglichen; doch das Resultat war genau das Gegenteil, ein Rückzug der gewöhnlichen Bürger in ihre privaten Welten von Haus und Familie, eine Konzentration auf Verbraucherbedürfnisse, die das Dritte Reich zu befriedigen weder imstande noch willens war. Die Zerschlagung der traditionellen Institutionen der Arbeiterbewegung lässt sich durchaus als ein Vorstoss für die Moderne verstehen, mit dem der Weg für eine ganz andersartige, weniger antagonistische Struktur des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit nach 1945 geebnet wurde. Auf die Dauer hätten allerdings der Niedergang der traditionellen Industriearbeiterschaft und der Aufstieg des Dienstleistungssektors in einer postindustriellen Gesellschaft ohnehin zu diesem Ergebnis geführt.

Das Problem bei der Streitfrage, ob das Dritte Reich die deutsche Gesellschaft modernisiert hat oder nicht, wieweit es die gesellschaftliche Ordnung ändern wollte und wieweit es damit Erfolg hatte, liegt darin, dass die Gesellschaft für die nationalsozialistische Politik von vornherein nur von untergeordneter Bedeutung war. Gewiss, soziale Spaltungen mussten, wenn nicht ganz abgeschafft, so doch überbrückt werden, an die Stelle sozialer Zwietracht hatten soziale Eintracht zu treten, und der Status, wenn auch nicht die Klasse musste im neuen Reich so weit wie möglich egalisiert werden. Doch ein Grossteil davon war durch Symbole, Rituale und Rhetorik zu erreichen. Vor allem war es für Hitler und die Nationalsozialisten wichtig, den Geist der Menschen zu ändern, ihre Denk- und Verhaltensweisen. Sie wollten einen neuen Menschen und nebenbei auch eine neue Frau, die aus der Asche der Weimarer Republik auferstehen sollten und denen die Aufgabe zufiel, die kämpferische Einheit und den kämpfe-

rischen Geist der Front im Ersten Weltkrieg neu zu erschaffen. Ihre Revolution war zuerst und vor allem keine soziale, sondern eine Kulturrevolution. Doch diese stützte sich auf etwas Konkreteres, das für Tausende, ja Millionen Deutsche, europäische Juden und andere reale physische Konsequenzen hatte: die Idee einer «rassischen» Verbesserung, einer wissenschaftlichen Formung des deutschen Volkes zu einer neuen Zucht von Helden und ihre zwangsläufige Folge, die Eliminierung der Schwachen aus der Fortpflanzungskette und der Ausschluss aller realen und potentiellen wahrgenommenen Feinde der Deutschen aus der umgeformten Volksgemeinschaft. Das bedeutete einen konzertierten Versuch, einerseits die materielle Qualität der deutschen «Rasse» zu verbessern, und andererseits einen umfassenden Vorstoss zur Ausschliessung aller «Elemente», die für die Nationalsozialisten unerwünscht waren, einschliesslich vor allem der Juden aus der deutschen Gesellschaft, wie wir jetzt sehen werden.

6. KAPITEL

Auf der Suche nach der rassistischen Utopie

Im Geist der Wissenschaft

Die deutschen «Rassenhygieniker» sahen dem neuen Reich mit freudiger Erwartung entgegen. Seit den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts hatten sie sich für eine Sozialpolitik eingesetzt, die eine Verbesserung der «Rasse» in den Mittelpunkt ihrer Bestrebungen stellte, und all jene, die in ihren Augen schwach, «arbeitsscheu», kriminell, «entartet» oder geisteskrank waren, sollten ihrer Meinung nach daran gehindert werden, sich fortzupflanzen. Endlich hatte Deutschland eine Regierung, die bereit war, diese Probleme ernst zu nehmen und praktisch anzupacken – so die Meinung von Fritz Lenz, seit Langem ein Befürworter solcher Massnahmen und ein führender Kopf der 1905 gegründeten Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene.¹ Seine Begeisterung war nicht verfrüht. Spätestens seit 1924, als Hitler während seiner Festungshaft einige «rassenhygienische» Abhandlungen gelesen hatte, war er zu dem Schluss gelangt, dass Deutschland und die Deutschen nur dann wieder stark werden würden, wenn der Staat auf die deutsche Gesellschaft die Grundprinzipien der «Rassenhygiene» und der «Rassenverbesserung» anwendete. Das deutsche Volk sei schwach geworden, verdorben durch die Infusion des Bluts «entarteter Elemente». Diese müssten so schnell wie möglich entfernt werden. Die Starken und «Reinrassigen» müssten ermutigt werden, mehr Kinder zu bekommen, während die Schwachen und die Mischlinge auf welche Weise auch immer an ihrer Fortpflanzung gehindert werden müssten.²

In der Erkenntnis, dass Hitler ihnen eine einmalige Gelegenheit bot, ihre Ideen in die Praxis umzusetzen, stimmten die führenden Vertreter des Fachs ihre Lehren auf die NS-Ideologie in den Bereichen ab, wo sie das bisher noch nicht getan hatten. Natürlich gab es eine beträchtliche Minderheit, die zu eng mit politischen Ideen und Organisationen der Linken verbunden waren, um noch weiter der Deutschen Gesellschaft für Rassen-

hygiene anzugehören, die 1933 von den Nationalsozialisten übernommen und gesäubert wurde. Jüdische Ärzte, von denen nicht nur einige wenige begeisterte «Rassenhygieniker» waren, hatten ebenfalls die Gesellschaft zu verlassen. Selbst ein Mann wie Lenz musste feststellen, dass einige seiner Ideen wie beispielsweise die Theorie, dass unehelich geborene Kinder «rassisch» entartet seien, auf heftige Kritik von NS-Ideologen wie Heinrich Himmler stiessen. Es dauerte jedoch nicht lange, bis führende «Rassenhygieniker» unter den Ärzten von einer jüngeren Generation überflügelt wurden, die die entscheidenden politischen Positionen auf diesem Feld besetzt hatten, vom Rassenpolitischen Amt der NSDAP unter der Leitung von Walter Gross (geb. 1904), über die NSV, den NS-Ärztebund und zunehmend die SS, die alle ihre eigenen Vorstellungen über «Züchtung» und Selektion hatten, die sich über die wissenschaftlichen und medizinischen Feinheiten, die Gegenstand von Debatten in den Fachzeitschriften der «Rassenhygienebewegung» waren, bedenkenlos hinwegsetzten. Trotzdem waren die führenden Persönlichkeiten in der Bewegung vom neuen Regime nicht enttäuscht. In einem persönlichen Brief an Hitler im April 1933 erklärte Alfred Ploetz, die treibende Kraft der Eugenikbewegung in den vergangenen 40 Jahren, aufgrund seines inzwischen hohen Alters sei er nicht mehr in der Lage, bei der praktischen Umsetzung der Prinzipien der «Rassenhygiene» im Dritten Reich eine führende Rolle zu spielen, unterstütze jedoch gleichwohl die Politik des Reichskanzlers.³

Die praktische Politik liess nicht lange auf sich warten. Am 28. Juni 1933 gab Reichsinnenminister Wilhelm Frick bekannt, das neue Regime werde sich darauf beschränken, das Geld des Steuerzahlers nur noch für «rassisch» einwandfreie und gesunde Menschen auszugeben. Es werde nicht einfach nur Kürzungen der Ausgaben für «Minderwertige, Asoziale, Kranke, Schwachsinnige, Geisteskranke, Krüppel und Verbrecher» vornehmen, sondern auch «die Fortpflanzung der schwer erblich belasteten Personen verhindern». Am 14. Juli 1933 erhielt diese Politik Gesetzeskraft mit dem «Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses».⁴ Dies schrieb eine Zwangssterilisation bei jedem vor, der an einer der folgenden Krankheiten litt: angeborener Schwachsinn, Schizophrenie, zirkuläres Irresein, erbliche Fallsucht, erblicher Veitstanz, erbliche Blindheit, erbliche Taubheit und schwere körperliche Missbildung. Ein weiteres Symptom, das

nach dem Gesetz eine Sterilisation notwendig machte, war «schwerer Alkoholismus». Diese Erbkrankheiten waren noch genauer von einem bürokratischen Apparat zu definieren, den der Reichsinnenminister errichtete, um das Gesetz anzuwenden, während die Entscheidung über die einzelnen Fälle von 181 eigens eingerichteten Erbgesundheits- und Berufungsgerichten getroffen wurden, die mit einem Juristen als Vorsitzendem Richter, einem beamteten und einem approbierten Arzt besetzt waren, nachdem ein Antrag auf Sterilisierung gestellt worden war. Antragsberechtigt waren die Betroffenen selbst oder deren gesetzliche Vertreter, Amtsärzte und Anstaltsleiter bei Insassen einer Kranken-, Heil- und Pflegeanstalt. Bevor ein solcher Antrag gestellt wurde, musste zunächst eine Anzeige erfolgen. Hierzu waren «alle approbierten Ärzte oder sonstigen Personen, die sich mit der Heilbehandlung und Untersuchung oder Beratung von Kranken befassten», verpflichtet; hierunter fielen beispielsweise auch Hebammen. Die Anzeige war beim jeweiligen Amtsarzt zu erstatten.

Dieses Gesetz, das auch als «Sterilisierungsgesetz» bezeichnet wurde, war seit Langem von der einflussreichen «Rassenhygienebewegung» in Deutschland angestrebt worden, angeführt von namhaften Ärzten wie Alfred Ploetz und Fritz Lenz, und es wurde in den Jahren der Weltwirtschaftskrise mit Nachdruck gefordert. Die enorme finanzielle Belastung des staatlichen Sozialbudgets hatte die Zahl der Personen, die in der Wohlfahrt und als Ärzte tätig waren, ebenso ansteigen lassen wie die Lautstärke ihrer Forderungen; sie waren überzeugt, dass viele Aspekte der sozialen Devianz, der Armut und des Elends das Ergebnis der «erblichen Entartung» derjenigen seien, die darunter litten. Bereits 1932 forderten Vertreter des Deutschen Ärztevereinsbunds ein Gesetz, das eine freiwillige Sterilisierung ermöglichen sollte. Jetzt war es mit einem Schlag Wirklichkeit geworden.⁵

Das Sterilisierungsgesetz von 1933 sah jedoch keine Freiwilligkeit bei der Sterilisierung vor. Die Ärzte mussten jeden Fall einer «Erbkrankheit» registrieren, der ihnen zur Kenntnis gelangte, ausgenommen bei Frauen, die älter als 45 Jahre waren, und konnten bei Unterlassung mit einer Geldbusse bestraft werden; andererseits liessen ihnen die unbestimmten und willkürlichen Kriterien zur Definition dieser Fälle einen gewissen Spielraum bei der Diagnose. Manche Patienten erklärten sich mit einer Sterili-

sierung einverstanden, die meisten jedoch nicht. Im Jahr 1934, dem ersten, in dem das Gesetz angewandt wurde, legten knapp 4'000 Personen gegen die Entscheidungen der Erbgesundheitsgerichte Berufung ein; in 3'559 Fällen wurde diese verworfen. Diesen Zahlen lässt sich entnehmen, dass das Ausmass der Sterilisierungen beträchtlich war. Allein im Jahr 1934 erhielten die Gerichte über 84'500 Anträge auf eine Sterilisierung, die Hälfte davon betrafen Frauen. Über knapp 64'500 wurde noch im selben Jahr entschieden, in mehr als 56'000 wurde eine Sterilisierung angeordnet. Somit betrug die Wahrscheinlichkeit, dass eine Anzeige eines Arztes, eines Sozialarbeiters oder einer Hebamme bei einem Amtsarzt, der daraufhin einen Antrag auf Sterilisierung stellte, in über 90 Prozent der Fälle zu einem Gerichtsbeschluss der Erbgesundheitsgerichte auf Sterilisierung führte; von diesen wurde wiederum in rund 90 Prozent der Fälle eine Berufung zurückgewiesen. In den vier ersten Jahren der Durchführung dieses Gesetzes wurden auf diese Weise jährlich über 50'000 Personen sterilisiert; bei Kriegsende betrug die Gesamtzahl der Sterilisierten 360'000, die fast alle vor dem September 1939 sterilisiert worden waren.⁶

Die Hälfte aller Beschlüsse der Erbgesundheitsgerichte wurden mit «angeborenem Schwachsinn» begründet, einem extrem unbestimmten und dehnbaren Begriff, der den Amtsärzten und den Erbgesundheitsgerichten grosse Macht verlieh: Es wurde beispielsweise üblich, viele Formen sozialer Abweichung wie etwa die Prostitution als Formen eines «moralischen Schwachsinn» zu definieren. Die Diagnose «schwerer Alkoholismus» betraf hauptsächlich Angehörige der unteren Schichten. Die angewandten Methoden – Vasektomie bei den Männern, Tubenligatur bei den Frauen – waren häufig schmerzhaft und führten gelegentlich zu Komplikationen: Der Anteil der dadurch verursachten Todesfälle, in der grossen Mehrzahl Frauen, belief sich auf 0,5 Prozent oder rund 2'000 Personen. Sehr bald hatte das Ausmass des Programms den Arztberuf verändert, da jetzt jeder Arzt eine Fortbildung zur Erkennung von «Erbkrankheiten» absolvieren musste (beispielsweise an der Form der Ohr läppchen der Patienten, an deren Gangart oder der Gestalt des Halbmonds an der Wurzel der Fingernägel). Die medizinischen Fakultäten an den Universitäten verbrachten einen Grossteil ihrer Zeit damit, Gutachten für die Gerichte zu schreiben, und entwickelten «praktische Intelligenztests», um die Böcke von den Schafen

zu scheiden («Welche Staatsform haben wir heute? Wer waren Bismarck und Luther? Warum sind die Häuser in der Stadt höher als auf dem Land?»). Damit brachten sie sich jedoch in Schwierigkeiten, als Tests in ländlichen Gebieten ergaben, dass die angeblich normalen Schulkinder ebenso schlecht abschnitten wie die angeblich schwachsinnigen Kinder. Die Möglichkeit, dass die einfachen SA-Männer aus ländlichen Regionen bei diesen Tests durchfallen könnten, reichte allein schon aus, in den Augen mancher hochrangigen Parteiärzte den ganzen Prozess zu diskreditieren.⁷

Grob zwei Drittel der Sterilisierten waren die Insassen von Nervenheilanstalten, wo sich viele Direktoren daranmachten, in den Akten ihrer Patienten nach Kandidaten für eine Sterilisierung zu suchen. Der Anteil der angeblich Schizophrenen lag hier höher; in der Anstalt Kaufbeuren-Irsee wurde sogar bei 82 Prozent der 1'409 Patienten eine Sterilisierung beantragt, während anderswo ein Anteil von einem Drittel üblich war. Eine Sterilisierung war für die Direktoren der Anstalten vorteilhaft, weil die Patienten in vielen Fällen danach entlassen werden konnten. Das betraf insbesondere die jüngeren, weniger schwer gestörten Patienten, so dass bei ihnen umso eher ein Antrag auf Sterilisierung gestellt wurde, je höher die Chancen ihrer Genesung eingeschätzt wurden. In der Anstalt Eglfing-Haar wurden zwei Drittel der Patienten, die man 1934 einer Zwangssterilisierung unterworfen hatte, innerhalb weniger Monate entlassen; auf dem Eichberg im Rheingau wurden 80 Prozent der 1938 Sterilisierten ebenfalls nach kurzer Zeit entlassen. Das senkte die laufenden Kosten zu einer Zeit, da die Anstalten ebenso wie das übrige Wohlfahrtssystem einem starken Druck zur Kostensenkung ausgesetzt waren. Einige junge Frauen wurden sogar offensichtlich aus dem Grund sterilisiert, um zu verhindern, dass sie uneheliche Kinder gebären, die der Allgemeinheit zur Last fallen würden.⁸

Die Gründe, die für eine Sterilisierung angegeben wurden, waren häufig eher sozial- als gesundheitspolitischer Art. So schrieb beispielsweise ein Arzt, der einen Antrag auf Sterilisation wegen «moralischen Schwachsinns» stellte:

«In den Fürsorgeakten wird er als heruntergekommener Bettler oder Landstreicher bezeichnet. Er bezieht eine fünfzig-prozentige

Kriegsbeschädigtenrente wegen Lungen- und Darm-tbc. Mit seinem Gelde verfährt er sehr unwirtschaftlich. Raucht viel und betrinkt sich gelegentlich. Wiederholt war er als Insasse in Farmsen. Die Anstalt verlässt er meist, um sich auf Wanderschaft zu begeben. Er ist vorbestraft wegen Widerstandes, Ruhestörung, öffentlicher Beleidigung und gefährlicher Körperverletzung. In den Wohlfahrtsakten hat er durch sein ungehöriges Benehmen oftmals den Dienstbetrieb gestört und Beamte tätlich angegriffen, so dass ein Hausverbot gegen ihn erlassen wurde. Laut Gutachten von Dr. [...] ist C. ‚ein geistig erheblich minderwertiges und für die menschliche Gemeinschaft völlig wertloses Individuum‘.»⁹

In Fällen wie diesem erscheint die Sterilisierung hauptsächlich als Strafe oder Massnahme sozialer Kontrolle. Die Aussicht, der betreffende Mann könnte Kinder in die Welt setzen, schien tatsächlich sehr weit entfernt. Eine Sterilisierung der Insassen von Nervenheilanstalten und ähnlichen Einrichtungen war in vielen Fällen ein Vorwand für die Entlastung der Staatskasse von der Verantwortung, diese Menschen zu unterhalten.

Es waren somit in der Mehrzahl keine schwerkranken Menschen, zumal nicht in den Fällen, in denen die Leiden der Patienten sie zu einem lebenslangen Aufenthalt in einem Heim verurteilten. Bei denjenigen, die zu krank, zu hilflos oder zu gefährlich waren, um sie in die Gesellschaft zu entlassen, war die Wahrscheinlichkeit sehr gering, dass sie Kinder haben würden, so dass sie nicht hätten sterilisiert werden müssen. In der Hauptsache benutzte das Regime das Gesetz demnach, um gegen jene Bereiche der Gesellschaft vorzugehen, die nicht dem nationalsozialistischen Ideal des neuen Menschen entsprachen: in erster Linie Angehörige der Unterschicht, Bettler, Prostituierte, Nichtsesshafte, Menschen, die nicht arbeiten wollten, Hilfsschüler, Fürsorgezöglinge, Menschen, von denen man nicht erwartete, dass sie zur Hitlerjugend gingen, für das Winterhilfswerk spendeten, wehrmachtstauglich waren, am Tag des Geburtstags des «Führers» eine Hakenkreuzfahne aus dem Fenster hängten oder tagtäglich pünktlich auf ihrer Arbeitsstelle erschienen. Das neue Gesetz verlieh dem Regime die Macht, in die intimste Sphäre der menschlichen Existenz einzugreifen, Sexualität und Fortpflanzung, eine Macht, die es auf seinen Umgang mit

den Juden und schliesslich, zumindest potentiell, auf jeden erwachsenen Deutschen ausdehnte. Um diese Massnahmen weiter abzustützen, bestimmte eine Durchführungsverordnung des Reichsfinanzministeriums über die Gewährung von Ehestandsdarlehen vom 26. Juli 1933, dass diese Darlehen jenen Ehegatten nicht gewährt würden, die an solchen «erblichen, geistigen oder körperlichen Gebrechen» litten, die «ihre Verheiratung als nicht im Interesse der Volksgemeinschaft liegend erscheinen lassen»; dieselbe Regelung wurde im September 1935 auch für Kinderbeihilfen eingeführt. Von hier bis zum Verbot von «rassisch» unerwünschten Ehen war es nur noch ein kleiner Schritt.¹⁰

Vor dem Hintergrund solcher Argumente war es nicht verwunderlich, dass «Gewohnheitsverbrecher» ebenfalls eine der Gruppen waren, deren Zwangssterilisierung von Psychiatern und Kriminologen seit Langem für wünschenswert gehalten wurde. Amtsärzte, darunter der besonders berüchtigte Medizinalrat Gerhard Boeters in Zwickau, hatten sich bereits während der Weimarer Republik für eine Zwangssterilisierung stark gemacht. Der Gefängnisarzt in Straubing, Theodor Viernstein, vertrat die Ansicht, dass «Rassenschädlinge, Gesellschaftsfeinde» so schnell wie möglich an der Fortpflanzung gehindert werden müssten.¹¹ Selbst Sozialdemokraten wie Wilhelm Hoegner drängten auf eine zumindest freiwillige Sterilisierung von Gewohnheitskriminellen, auch wenn die KPD und das Zentrum, aus je unterschiedlichen Gründen, strikt dagegen waren.¹² Hitler und führende Nationalsozialisten wie der Rechtsexperte Hans Frank sprachen sich nachdrücklich dafür aus, «Gewohnheitsverbrecher» in die Liste derjenigen mit aufzunehmen, die sterilisiert werden müssten. Doch Reichsjustizminister Franz Gürtner blockierte einen solchen Vorstoss sowohl beim Sterilisierungs- wie beim Gewohnheitsverbrechergesetz erfolgreich. Daran hielt er auch fest, trotz des Drucks von Eugenikern wie Ernst Rüdin, zum Teil, weil die Amtsärzte nicht überzeugt waren, dass es möglich sei, eine erblich determinierte Kriminalität eindeutig von einer milieubedingten Devianz zu unterscheiden, aber hauptsächlich, weil sie es sowieso für unnötig hielten, da inzwischen «Gewohnheitsverbrecher» nach den neuen Bestimmungen der «Sicherungsverwahrung» lebenslang hinter Gitter mussten und deshalb keine Möglichkeit haben würden, sich fortzu-

pflanzen. Dennoch konnten Häftlinge sterilisiert werden, wenn sie eine der «Erbkrankheiten» des Gesetzes aufwiesen, und die Gefängnisärzte bemühten sich nach Kräften, solche Personen unter den Häftlingen ausfindig zu machen. Die Kriterien für eine Sterilisierung waren sehr dehnbar, und «angeborener Schwachsinn» und «schwerer Alkoholismus» waren Krankheiten, die ein entschlossener Gefängnisarzt am einfachsten «diagnostizieren» konnte. Hans Trunk zum Beispiel, der Nachfolger Viernsteins in Straubing, unterbreitete den Vorschlag, bis zu einem Drittel der Gefängnisinsassen sterilisieren zu lassen, eine Zahl, die selbst vom zuständigen Erbgesundheitsgericht für zu hoch gehalten wurde. Es war kaum überraschend, dass Gefängnisinsassen unter den Zwangssterilisierten überproportional vertreten waren und dass die Drohung mit einer Vasektomie oder einer Tubenligatur bei Frauen unter den Häftlingen Furcht verbreitete, die einander häufig die richtigen Antworten auf die von den Ärzten angewandten Intelligenztests Weitergaben und sie auswendig lernten.¹³

Demgegenüber waren die Körperbehinderten beträchtlich weniger von dem Gesetz betroffen. Zwar führte das Sterilisierungsgesetz «schwere erbliche körperliche Missbildung» als eines der Kriterien auf, unter das jeder fiel, der «mehr oder wenige stark funktionsbehindernde Abweichungen von der Norm» aufwies, sofern man deren Erblichkeit nachweisen konnte. Ob sie zudem geistig behindert waren, spielte unter diesem Gesichtspunkt überhaupt keine Rolle. Die staatliche Unterstützung solcher Menschen sollte praktisch ganz wegfallen, da sie für die Gemeinschaft ohne Nutzen seien. Bereits während der Weltwirtschaftskrise waren die festen Einrichtungen in Deutschland für die Körperbehinderten, die 1927 insgesamt 11'000 Betten aufwiesen, durch Geldknappheit genötigt, nur noch Kinder aufzunehmen, und auch diese nur dann, wenn sie sich von einer Behandlung einen Erfolg versprachen. Schon einige Zeit vor 1933 war die Unterscheidung zwischen den «Wertvollen» und den «Minderwertigen» oder Menschen mit einer heilbaren körperlichen Behinderung auf der einen und mit schweren oder mehrfachen Beeinträchtigungen auf der anderen Seite in den Heil- und Pflegeanstalten alltäglich geworden. Im Licht der massiven Propagandaangriffe der Nationalsozialisten gegen die Körperbehinderten in Verbindung mit dem Sterilisierungsgesetz 1933 holten viele Fa-

milien ihre behinderten Kinder oder Verwandten aus diesen Anstalten wieder heraus, da sie das Schlimmste für sie befürchteten.¹⁴

Doch bis zur Mitte der dreissiger Jahre schien das Blatt sich zu wenden. Ärzte verwiesen darauf, dass sich mindestens drei Viertel der körperlichen Behinderungen erst nach der Geburt entwickelten und dass die übergrosse Mehrzahl dieser Behinderungen höchstwahrscheinlich sowieso nicht der nächsten Generation vererbt würde. Befunde wie eine Hüftluxation galten als komplikationslos behandelbar. Dasselbe galt für einen Klumpfuss, was Reichspropagandaminister Joseph Goebbels erleichtert haben dürfte, da er für diese Behinderung in der Bevölkerung allgemein bekannt war. Es war natürlich zu spät, ihn für eine Sterilisierung vorzuschlagen, und es wäre sinnlos gewesen zu behaupten, ein solches Gebrechen sei erblich, weil seine zahlreichen Nachkommen allesamt körperlich in jeder Hinsicht gesund waren. Möglicherweise war die offensichtliche Peinlichkeit, die Behinderung durch einen Klumpfuss als eine Gefahr für die Zukunft der «Rasse» darzustellen, einer der Faktoren, die einen Wandel der nationalsozialistischen Politik gegenüber Körperbehinderten bewirkten. Doch der Hauptfaktor war wirtschaftlicher Art. Orthopäden in Kliniken und Fachpraxen, die um ihren Arbeitsplatz fürchteten, falls nur noch Zwangssterilisationen angewandt und keine Behandlungen mehr akzeptiert würden, machten geltend, solange Körperbehinderte geistig gesund seien, könnten sie in den verschiedensten Berufen eine Arbeit leisten, zumal wenn ihre Behandlung einen gewissen Erfolg gezeitigt habe. Sie wiesen vor allem darauf hin, dass die Erfolgchancen einer Behandlung umso besser seien, je früher damit begonnen werde, dass jedoch die Politik des Regimes die Mütter solcher Kinder davon abhalte, ihre Kinder zum Arzt zu bringen, weil sie nicht wüssten, was dann mit ihnen geschehe.

In einer Veranstaltung des Deutschen Gemeindetags am 12. Oktober 1937 kamen kommunale Sachbearbeiter für Krüppelfürsorge nach einer Diskussion zu dem Ergebnis, dass der zunehmende Mangel an Arbeitskräften es ratsam machte, die Körperbehinderten in die Wirtschaft zu integrieren. Otto Perl, der 1919 den Bund zur Förderung der Selbsthilfe der körperlich Behinderten gegründet hatte, setzte sich erfolgreich dafür ein, die herabsetzende Bezeichnung «Krüppel» in amtlichen Dokumenten

durch das neutralere « Körperbehinderter » zu ersetzen, was tatsächlich ab 1934 zunehmend geschah. Viele der Menschen, die er vertrat, waren Kriegsversehrte, doch in seinen Aktivitäten ging es ihm hauptsächlich um jüngere körperlich behinderte Menschen. Das Ergebnis seiner Bemühungen war, dass der Anteil der Zwangssterilisierten, die unter rein körperlichen Behinderungen litten, während des ganzen Dritten Reiches unter einem Prozent blieb. 1934 wurde Perls Organisation offiziell anerkannt und ging unter der Bezeichnung «Reichsbund der Körperbehinderten» in die NSV ein mit der Aufgabe, seine Mitglieder in die produktive Wirtschaft einzugliedern. Menschen mit Behinderungen wie Bluterkrankheit, schwerer progressiver rheumatischer Arthritis, schwerer krampfartiger Muskelkontraktionen und chronischer Missbildungen der Hände oder der Wirbelsäule, wurden mit der Anweisung in Pflegeanstalten eingewiesen, ihnen ein Mindestmass an Pflege angedeihen zu lassen. Doch selbst hier wurde der Gedanke einer Zwangssterilisierung wieder aufgegeben; in einem Land, in dem viele Tausend Schwerbehinderte Kriegsveteranen täglich auf den Strassen zu sehen waren, wäre es schwierig gewesen, der Öffentlichkeit eine solche Politik zu erklären.¹⁵ Dennoch hatte dieses Umdenken seine Grenzen. Die Körperbehinderten mochten für das Regime nützlich sein, aber sie sollten in keiner Weise volle oder gleichwertige Mitglieder der völkischen Gemeinschaft werden. Die Betonung, die von den Nationalsozialisten auf körperliche Gesundheit und Lebenskraft gelegt wurde, diskriminierte sie bereits auf den Schulen, auf denen ihnen seit dem 17. März 1935 der Zugang zu einer weiterführenden Bildung verwehrt wurde, ebenso wie alle Schüler, die «ein dauerndes Versagen bei den Leibesübungen [und] die eine dauernde Scheu vor Körperpflege zeigen». Das Mittel zu einer Bevorzugung an der Schule, der Hochschule, in der Hitlerjugend und überhaupt allen an anderen Institutionen des Dritten Reiches war nicht zuletzt die Demonstration der Kampftauglichkeit. Wer über diese nicht verfügte, blieb ein Staatsbürger zweiter Klasse.¹⁶

Manche Ärzte ausserhalb Deutschlands waren ebenfalls der Meinung, viele gesellschaftliche Übel seien das Ergebnis der erblichen Degeneration bestimmter Teile der Bevölkerung. Noch vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland hatten 28 Bundesstaaten in den USA Sterilisierungsgesetze erlassen, die zur Zwangssterilisierung von etwa

15'000 Menschen führten; bis 1939 waren es mehr als doppelt soviel. Deutsche «Rassenhygieniker» wie Gerhard Boeters beriefen sich zur Rechtfertigung ihrer Position auf das amerikanische Beispiel; andere verwiesen gelegentlich auf die «Rassentrennungsgesetze» in den Südstaaten der USA als ein weiteres Beispiel, das für Deutschland nützlich sein könnte. Dem amerikanischen Eugeniker Harry Laughlin, der 1931 ein Programm zur Sterilisierung von rund 15 Millionen Amerikanern minderwertiger «Rasse» im Verlauf der kommenden 15 Jahre vorschlug, wurde 1936 von der Universität Heidelberg die Ehrendoktorwürde verliehen. US-Eugeniker bewunderten ihrerseits die deutschen Gesetze, und Laughlin selbst verkündete stolz, sie seien zu einem Teil von seinen eigenen Ideen inspiriert worden.¹⁷ Sterilisierungsgesetze wurden in dieser oder jener Form in der Schweiz 1928 erlassen, in Dänemark 1929, in Norwegen 1934 und noch in etlichen weiteren europäischen Ländern mit zum Teil demokratischen, teils autoritären Regimes. 6'000 Dänen und nicht weniger als 40'000 Norweger wurden sterilisiert. Noch erstaunlicher ist die Tatsache, dass in Schweden zwischen 1935 und 1975 knapp 63'000 Sterilisierungen an Menschen vorgenommen wurden. Man hat behauptet, die Sterilisierungen in Schweden seien vorgenommen worden, um die unproduktiven Menschen an der Fortpflanzung zu hindern, und man habe dabei die Auswahl der Zielpersonen nicht nach «rassischen», sondern nach sozialen Gesichtspunkten getroffen. Nun ruhte der Sozialstaat, den die schwedischen Sozialdemokraten während dieser Jahrzehnte aufgebaut haben, sicherlich nicht auf einem rassistischen Fundament wie der NS-Staat. Trotzdem erstellte das Schwedische Nationalinstitut für Rassenbiologie eine Liste mit Körpermerkmalen als eines der Kriterien für eine Zwangssterilisierung, und Zigeuner galten als eine «rassisch» minderwertige Gruppe. Ausserdem legte die Zwangssterilisierung in den ersten Jahren des NS-Regimes, auch wenn ihr Ausmass die Sterilisierungen in anderen Ländern bei weitem übertraf, nicht primär «rassische» Merkmale im Sinn von höher- und minderwertigen «Rassen» zugrunde: Die Personen, die sterilisiert wurden, waren überwiegend «arische» Deutsche, und die Begründungen, die hierfür in den Anträgen gegeben wurden, waren nicht wesentlich andere als die der schwedischen Behörden und der Eugeniker in anderen Ländern während dieser Zeit.¹⁸ Der eigentliche Un-

terschied sollte sich erst später zeigen, als der Krieg begann und die Nationalsozialisten die sozial unerwünschten Personen nicht mehr sterilisierten, sondern ermordeten.

II

Die Anwendung «rassenhygienischer» Prinzipien auf die Gesellschaft bedeutete die Verdrängung der traditionellen christlichen Moralvorstellungen zugunsten eines ethischen Systems, das Gut und Böse allein aus den imaginierten kollektiven Interessen der deutschen «Rasse» ableitete. Das hielt einige Vertreter der protestantischen Inneren Mission nicht davon ab, sich mit dieser Politik einverstanden zu erklären. Als die katholische Kirche sich der Zwangssterilisierung und anderen Massnahmen widersetzte, stellten NS-Ideologen wie der Reichsärztführer Gerhard Wagner dies als eine weitere Episode in dem langwierigen Kampf dar, den die Wissenschaft zwangsläufig gewinnen werde.¹⁹ In wenigen Bereichen waren die Differenzen zwischen einem konservativen Traditionalismus und der Modernität des Nationalsozialismus so deutlich sichtbar wie in der Einstellung des Regimes zu Frauen, zur Eheschliessung und der Familie, die von den NS-Ideologen allesamt nicht im Licht der konventionellen christlichen Moral, sondern der «wissenschaftlichen» Prinzipien der «Rassenpolitik» gesehen wurden. Falls es so scheinen mochte, als gebe es zwischen konservativen und nationalsozialistischen Vorstellungen vom Platz der Frau in der Gesellschaft irgendwelche Gemeinsamkeiten, so waren sie rein oberflächlich. Beunruhigt über den langfristigen Rückgang der Geburtenrate in Deutschland, der etwa seit der Jahrhundertwende anhielt, predigten konservative Nationalisten und Nationalsozialisten gleichermaßen die Rückkehr der Frau an Heim und Herd; doch während die Konservativen den Schlüssel zur Umkehrung des Trends in der Wiederbelebung traditioneller Heiratsmuster sahen, waren die Nationalsozialisten bereit, zur Steigerung der Geburtenhäufigkeit für das Reich selbst die radikalsten Ideen aufzugreifen, während sie zugleich darauf bestanden, dass solche Kinder «reinrassig» und «erbggesund» sein müssten, Prinzipien, die

den traditionellen Konservativen ein Greuel waren. Die Abtreibung, die mit der katholischen Morallehre absolut unvereinbar war, war ein Beispiel dafür. Das Dritte Reich verschärfte die bestehenden Gesetze gegen Abtreibungen und setzte deren Einhaltung rigoroser durch, ausgenommen bei medizinischer Indikation, so dass die Zahl der amtlich sanktionierten Abtreibungen von knapp 35'000 pro Jahr in den frühen dreissiger Jahren bis zum Ende des Jahrzehnts auf unter 2'000 zurückging. Gleichzeitig erlaubte das Regime ab 1935 Abtreibungen aus «eugenischen» Gründen, und im November 1938 schuf ein Lüneburger Gericht einen aufschlussreichen Präzedenzfall, als es die Abtreibung bei deutschen Jüdinnen erlaubte.²⁰ Gleichzeitig waren Empfängnisverhütungsmittel, von der katholischen Kirche für ihre Gläubigen nicht erlaubt, während der ganzen dreissiger Jahre frei erhältlich, auch wenn Abtreibungskliniken geschlossen wurden, weil die Bewegung für Geburtenkontrolle mit einer linken, sexualreformerischen Politik assoziiert wurde.²¹

Vor dem Hintergrund ihrer sozialdarwinistischen Sicht der Weltpolitik hielten die Nationalsozialisten eine hohe Geburtenziffer für die Gesundheit einer Nation für unabdingbar. Eine sinkende Geburtenziffer bedeutete eine alternde Bevölkerung und langfristig weniger Rekruten für die Wehrmacht. Eine steigende Geburtenziffer bedeutete dagegen eine junge, kraftvolle Population und die Verheissung einer sich ständig erweiternden militärischen Macht in der Zukunft. «Rassenhygieniker» hatten beunruhigt auf diesen Rückgang aufmerksam gemacht, von 36 Lebendgeburten auf 1'000 Einwohner im Jahr 1900 auf nur noch 15 im Jahr 1932. Bereits 1914 hatte Fritz Lenz die Meinung geäußert, die Schuld daran trage die Frauenemanzipation, und sich dafür ausgesprochen, Frauen den Zugang zu einer höheren Bildung zu verweigern. Ihm waren andere «Rassenhygieniker» zu moderat, die gefordert hatten, eine gesunde Frau müsse in ihrem Leben acht bis neun Kinder zur Welt bringen. Seiner Ansicht nach konnte eine gesunde Frau dreissig Jahre lang Kinder gebären; wenn sie auch nur jedes zweite Jahr ein Kind zur Welt brachte, bedeutete dies eine Mindestzahl von 15 Kindern. Alles andere habe «unnatürliche oder pathologische Ursachen».²² Das war Wasser auf die Mühlen der Nationalsozialisten. Sobald sie die Macht übernahmen, machten sie sich daran, die

scheinbaren Ursachen des Geburtenrückgangs zu bekämpfen und Anreize für Frauen zu schaffen, mehr Kinder zu gebären. Ihr erstes Ziel war Deutschlands starke und aktive Frauenbewegung, deren Organisationen sogleich aufgelöst oder in die NS-Frauenschaft eingegliedert wurden. Die führenden radikalen Feministinnen, unter anderem Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann, Pioniere der Kampagne für ein Frauenwahlrecht, und Helene Stöcker, die für die sexuelle Selbstbestimmung der Frau eintrat, gingen ins Exil; abgesehen von allem anderen brachte sie sich unter dem neuen Regime allein schon aufgrund ihrer pazifistischen Gesinnung in Gefahr. Die konservativeren Feministinnen wie Gertrud Bäumer, die die Bewegung in den zwanziger Jahren dominiert hatten, zogen sich in die selbstaufgelegte «innere Emigration» zurück und überliessen das Feld den Frauen, die offen nationalsozialistischen Überzeugungen anhingen.²³

Die NS-Frauenschaft wurde nach einem heftigen internen Machtkampf, der bis Anfang 1934 währte, von Gertrud Scholtz-Klink geführt, einer stolzen Mutter von (im Lauf der Zeit) elf Kindern; ihre Hingabe an die Idee der Familie stand ausser Zweifel. Die NS-Frauenschaft war dazu gedacht, die aktive Führung einer umfassenden Massenorganisation deutscher Frauen zu bilden, das «Deutsche Frauenwerk», das die Gesamtheit der deutschen Frauen zur Weltanschauung des Nationalsozialismus bekehren sollte.²⁴ Nachdem sie als Leiterin der beiden Organisationen ernannt worden war, machte sich Scholtz-Klink als Reichsfrauenführerin an die Arbeit und entwickelte mehrere Programme, mit denen die Frauen dazu gebracht werden sollten, mehr Kinder zu bekommen und die Kinder, die sie schon hatten, noch besser zu betreuen. Eines der ehrgeizigsten Programme dieser Art war der Mütterdienst. Dieser stützte sich auf die Erfahrungen seit Langem bestehender Fraueninitiativen im Wohlfahrtsbereich. Er veranstaltete Kurse in Kinderbetreuung, Kochen, Nähen und natürlich «Rassenhygiene»; bis März 1939 hatten über 1,7 Millionen Mütter diese Programme genutzt; finanziert wurden sie durch den Verkauf von Anstecknadeln am Muttertag, ergänzt durch eine geringe Teilnehmergebühr. Aus dem Muttertag selbst wurde ein grosses Propagandaereignis und 1934 ein nationaler Feiertag gemacht. Goebbels befahl allen SA-Männern, der Hitlerjugend und anderen Parteiorganisationen, ihren Mitgliedern an diesem Tag

(dem 2. Sonntag im Mai) freizugeben, damit sie bei ihren Angehörigen sein konnten; Theater sollten passende «Weihespiele» aufführen und an Mütter und Familien Freikarten ausgeben; katholische und protestantische Geistliche sollten an diesem Tag Predigten über die Mutterschaft halten. Ab 1939 hiess der Muttertag «Tag der deutschen Mutter»; am 1. Oktober 1939, am Erntedankfest, wurde zum ersten Mal das sogenannte «Ehrenkreuz der deutschen Mutter» verliehen: Drei Millionen Frauen, die bis dahin mindestens vier Kinder geboren hatten, erhielten den Titel einer «Reichsmutter» im Rahmen von Zeremonien, die überall in Deutschland abgehalten wurden. Ihr neuer Status wurde mit speziell geprägten «Mutterkreuzen» sichtbar gemacht – in Bronze für vier oder fünf, Silber für sechs oder sieben und Gold für acht oder mehr Kinder. Mütter, die auf diese Art ausgezeichnet wurden, durften bei Schlangen in Lebensmittelläden gleich nach vorn gehen, und Angehörige der Hitlerjugend wurden angewiesen, sie auf der Strasse zu grüssen. Mütter, die sogar mindestens zehn Kinder geboren hatten, wurde die zusätzliche Ehrung zuteil, Hitler zum Paten für das zehnte Kind zu haben, was im Fall eines Jungen bedeutete, dass er auf den Namen Adolf getauft wurde, eine Möglichkeit, von der katholische Familien, deren Kirche von den Nationalsozialisten verfolgt wurde, kaum Gebrauch gemacht haben dürften.²⁵

Dem Umstand, dass Goebbels an dieser Propagandaveranstaltung beteiligt war, konnte man entnehmen, dass auf diesem Gebiet die NS-Frauenschaft und das Deutsche Frauenwerk keineswegs ein Monopol auf die politische Programmatik und ihre Realisierung besaßen. Schon weil sie eine Frau war, genoss Scholtz-Klink in der NS-Hierarchie einen niedrigeren Status und war deshalb selbst für relativ erfolglose NS-Führer keine ernsthafte Rivalin bei den Revierkämpfen, die für die Innenpolitik des Regimes so typisch waren. Es dauerte nicht lange, bis die Deutsche Arbeitsfront, der Reichsnährstand und die NSV wesentliche Teile der Frauenorganisationen übernommen hatten, während die DAF und ihre Gliederungen zudem einen Grossteil von Freizeitaktivitäten für Frauen anboten. Zugleich bedeuteten die begrenzten Finanzmittel, die Scholtz-Klink zur Verfügung standen, dass ihre Organisationen die grossartigen Ziele, die sie ihnen gesetzt hatte, nicht verwirklichen konnten. Es gelang ihnen kaum, auch Frauen

ausserhalb der bürgerlichen Schicht zu erreichen, aus der in der Hauptsache die alte Frauenbewegung der Weimarer Zeit hervorgegangen war, und Hausfrauen liessen sich nicht in der Weise für die Nation gewinnen, wie Scholtz-Klink sie anstrebte. Ehemänner und Kinder verbrachten einen immer grösseren Teil ihrer Freizeit ausserhalb der Familie im Dienst der Partei oder einer ihrer Gliederungen, in Lagern oder Schulungskursen. Wie eine der Schreiberinnen von erstaunlich kritischen Eingaben an Hitler sich ausdrückte, die gegen Ende 1933 veröffentlicht wurden, fielen deutsche Frauen infolgedessen in einen «Schatten der Einsamkeit».²⁶ Ausserdem bedeutete die staatliche Bevölkerungspolitik mit dem Ziel einer Steigerung der Geburtenziffer per se eine Einmischung des Regimes in die Familie, Sexualität und die Zahl der Kinder in der Familie, da auf die Frauen im heiratsfähigen Alter in der verschiedensten Weise Druck ausgeübt wurde, zu heiraten und möglichst viele Kinder zu bekommen. Das NS-Regime propagierte die Interessen von Grossfamilien, indem es den bereits existierenden Reichsbund der Kinderreichen übernahm, eine Organisation, die ebenfalls zu einem Instrument der gezielten Rassenverbesserung wurde, da viele sozial benachteiligte Familien von ihm ausgeschlossen waren, weil sie «asozial» oder «erbkrank» waren. Denjenigen, die für eine Mitgliedschaft in Frage kamen, wenn sie mindestens vier Kinder unter 16 Jahren hatten, wurden viele Vorteile gewährt, unter anderem eine Bevorzugung bei der Ausbildung, eine Arbeitsstelle für den Vater und eine bessere Unterkunft für die Familie insgesamt; im Oktober 1935 wurden einmalige Kindergeldzahlungen in Höhe von durchschnittlich 390 Reichsmark je Familie eingeführt. Bis Juli 1937 hatten 400'000 dieser Familien dieses Geld erhalten. 240'000 Familien erhielten zudem eine regelmässige Familienunterstützung sowie einmalige Zuschüsse von maximal 1'000 Reichsmark je Kind für den Kauf von Bedarfsgütern wie Bettwäsche und anderem. Ab April 1937 erhöhte die Regierung die staatlichen Beihilfen um monatlich zehn Reichsmark für das fünfte und jedes weitere Kind einer Familie. 1938 wurde die Höchstgrenze, bis zu der diese Unterstützung gewährt wurde, von 16 auf 21 Jahre heraufgesetzt. Steuerreformen erhöhten landesweit die Beihilfen für kinderreiche Familien, während die Länderregierungen zusätzliche Massnahmen ergriffen, indem sie für diese Fami-

lien die Preise für Wasser, Strom und Gas ermässigten, ihnen kostenlose HJ-Uniformen stellten, Zuschüsse zum Schulgeld bewilligten und die Löhne städtischer Arbeiter und Angestellter, die mindestens vier Kinder hatten, aufstockten oder wie in Leipzig monatliche «Ehrentafeln» von kinderreichen Familien veröffentlichten. Die Kosten all dieser Massnahmen wurden von Alleinstehenden und kinderlosen Ehepaaren getragen, und diese Regelung war ein eindeutiger Ansporn, möglichst viele Kinder zu bekommen, zumal für die materiell Schlechtergestellten: Eine arme Familie mit drei kleinen Kindern konnte mit einem vierten Kind ihre Lage deutlich verbessern. Es gab aber auch Einschränkungen, zumal bei der Wohnsituation, wo die Unterstützung kinderreicher Familien ihre Grenzen hatte, da überall ein anhaltender Mangel an Wohnraum herrschte. Vermieter bevorzugten nach wie vor Einzelpersonen oder kinderlose Ehepaare, weil sie weniger Gas, Wasser und Strom verbrauchten, da die Mieten nicht erhöht werden durften. Die staatlichen Investitionen in den Wohnungsbau gingen zwischen 1928 und 1938 von 1,33 Milliarden auf 250 Millionen Reichsmark zurück.²⁷

Solche Probleme schlugen sich in der Tatsache nieder, dass der Anteil der Familien mit mindestens vier Kindern kontinuierlich zurückging. Fast die Hälfte aller Ehepaare, die in den Jahren 1900 bis 1904 geheiratet hatten, bekamen vier oder mehr Kinder; bei den Ehepaaren, die sich zwischen 1926 und 1930 verehelicht hatten, betrug dieser Anteil nur noch 20 Prozent und fiel im Zeitraum von 1931 bis 1935 auf 18 und von 1936 bis 1940 auf 13 Prozent.²⁸ Die Anstrengungen des Regimes machten sich kaum bemerkbar angesichts dieses säkularen Trends in der Familiengrösse, der bereits Jahrzehnte zuvor eingesetzt hatte und sich noch längere Zeit fortsetzen sollte. Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Kosten für Ehepaare mit mehr als ein bis zwei Kindern waren einfach zu hoch, als dass das Dritte Reich hier hätte gegensteuern können.²⁹ Bei oberflächlicher Betrachtung zumindest schien es so, als sei das Regime erfolgreicher in der Umkehrung des mit dem Trend verbundenen langfristigen Rückgangs der Geburtenziffer, der den «Rassenhygienikern» so viel Sorgen bereitete. Von einem niedrigen Wert im Jahr 1933, 14,3 Lebendgeburten auf 1'000 Einwohner, stieg diese Ziffer im Folgejahr auf 18,0 und 1935 auf 18,9.

1936 und 1937 blieb sie mit 19,0 und 18,8 ziemlich konstant, bevor sie in den beiden folgenden Jahren auf 19,6 und 20,4 erneut anstieg.³⁰ Zu Beginn der vierziger Jahre konnte ein Beobachter behaupten, als unmittelbare Folge der im Dritten Reich ergriffenen pronatalistischen Massnahmen seien drei Millionen deutsche Kinder zusätzlich geboren worden.³¹ Doch der sprunghafte Anstieg der Zahl der Eheschliessungen um fast 25 Prozent zwischen 1932 und 1938 ging hauptsächlich auf die wirtschaftliche Erholung zurück. Die Menschen im heiratsfähigen Alter hatten die Entscheidung für eine Eheschliessung und Kinder wegen der Weltwirtschaftskrise aufgeschoben. Mit einer Arbeitslosenquote von über einem Drittel der Erwerbsbevölkerung war dies mehr als verständlich. Selbst ohne das Programm der Ehestandsdarlehen wären nach 1934 mehr Ehen geschlossen und Kinder geboren worden als in durchschnittlichen Jahren. Ein weiterer Anteil der höheren Geburtenrate hing zweifellos mit der seit 1933 erschweren Abtreibung zusammen; nur ein relativ geringer Teil des Überschusses liess sich mit den positiven bevölkerungspolitischen Massnahmen des NS-Regimes erklären.³²

III

Diese Programme wirkten sich im Lauf der Zeit immer unmittelbarer auf Ehe und Familie aus. 1938 schuf ein neues Ehegesetz die Möglichkeit, dass ein Ehemann oder eine Ehefrau, die noch fruchtbar waren, die Scheidung wegen «vorzeitiger Unfruchtbarkeit» des Partners einreichen; das galt auch, wenn «der andere sich ohne triftigen Grund beharrlich weigert[e], Nachkommenschaft zu erzeugen oder zu empfangen». Auch bei tiefgreifender unheilbarer Zerrüttung konnte die Ehe nach dreijähriger Trennung geschieden werden. Auf diese Weise hoffte das Dritte Reich ohne Rücksicht auf die traditionelle christliche Vorstellung von der Ehe als eine von Gott geheiligte, lebenslange Gemeinschaft, deren Funktion einzig auf die Aufzucht von Kindern für die Volksgemeinschaft zu reduzieren. Bis 1941 hatten 28'000 Verheiratete wegen tiefgreifender Zerrüttung die Scheidung eingereicht, und 3'838 Ehen wurden wegen vorzeitiger Unfruchtbarkeit und 1'771 wegen der Weigerung, Kinder zu zeugen oder

zu empfangen, geschieden. Das waren keine besonders beeindruckenden Zahlen, die sich kaum oder überhaupt nicht auf die Geburtenziffer auswirkten. Andererseits machten diese in einer Gesellschaft, in der Scheidungen noch ziemlich ungewöhnlich waren und im Allgemeinen missbilligt wurden, immerhin ein gutes Fünftel aller Scheidungen aus. Der Vatikan äusserte seine Missbilligung gegenüber dem deutschen Botschafter, ohne jedoch Beachtung zu finden.³³ Potentiell weitaus aggressiver eingreifend war das «Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes» (Ehegesundheitsgesetz), das am 18. Oktober 1935 erlassen wurde. Es sah das Verbot einer Eheschliessung vor, wenn einer der beiden Partner an einer schweren, ansteckenden Krankheit, Geistesstörung oder einer Erbkrankheit litt. Der Nachweis erfolgte durch ein Erbtauglichkeitszeugnis, das vom Gesundheitsamt ausgestellt wurde. In der Praxis wurde ein solches Zeugnis von den Standesämtern beantragt, falls diese irgendwelche Zweifel an der Gesundheit der Brautleute hatten. Tatsächlich waren derartige Anträge bereits gestellt worden, noch bevor das Gesetz überhaupt in Kraft getreten war. Die Forderung nach einem solchen Zeugnis wurde endlos hinausgeschoben, und in den folgenden Jahren wurde das Gesetz durch mehrere Zusätze abgeschwächt. Dessenungeachtet erschwerte es den Heiratswilligen deutlich die Eheschliessung, wenn sie als «asozial» oder moralisch schwachsinnig eingestuft wurden – Diagnosen, die sie bereits für ein Ehestandsdarlehen disqualifiziert hätten; tatsächlich waren solche Personen auch diejenigen, die unter das Sterilisierungsgesetz fielen.³⁴

Die uneheliche Geburt, in gesellschaftlich und moralisch konservativen Kreisen ein lebenslanges Stigma, war schliesslich für die nationalsozialistische Vorstellung von Geburt völlig irrelevant. Wenn das Kind «rassisch rein» und gesund war, spielte es keine Rolle, ob seine Eltern standesamtlich getraut waren oder nicht. Die logischen Konsequenzen einer besonderen Wertschätzung der Züchtung «reinrassiger» Kinder wurden von Heinrich Himmler auf die Spitze getrieben, der ab 1936 eine Reihe von Mütterheimen im Rahmen eines SS-Vereins unter der Bezeichnung «Lebensborn e.V.» errichten liess. Gedacht waren diese für «rassisch einwandfreie» unverheiratete Mütter, die andernfalls nicht die Möglichkeiten haben würden, die sie in seinen Augen verdienten: Die Säuglingssterblichkeit unter

den unehelich Geborenen lag bei weitem über dem Landesdurchschnitt. Doch Himmlers bizarrer Versuch, seine Elite dazu zu bewegen, eine «Herrenrasse» zu züchten, war nicht besonders erfolgreich: Die Heime wurden sehr bald von prominenten Ehepaaren in der SS und später allgemeiner in der Partei wegen ihrer niedrigen Kosten, guten Einrichtungen und (zumal während des Krieges) wegen ihrer vorteilhaften Lage auf dem Land genutzt. Vor Kriegsbeginn war weniger als die Hälfte der Mütter in den Heimen unverheiratet, auch wenn dies an sich schon ausreichte, um die Kritik von katholischer und konservativer Seite auf sich zu ziehen. Insgesamt kamen in diesen Heimen rund 8'000 Kinder zur Welt, kaum ausreichend für die Zucht einer neuen «Herrenrasse». Aber auch mit den SS-Führern, die verheiratet waren, hatte Himmler wenig Glück: Eine 1939 durchgeführte Untersuchung ergab, dass die 115'690 verheirateten SS-Männer im statistischen Durchschnitt nur 1,1 Kinder hatten.³⁵

Darüber hinaus nahmen die Nationalsozialisten einiges auf sich, um ein Bild der Frauen zu propagieren und sogar durchzusetzen, das deren beabsichtigte Funktion zum Ausdruck brachte, Mütter für das Reich zu werden. Die Ablehnung französischer Moden wurde zu einer patriotischen Pflicht; die Meidung von Lippenstift und Make-up, die von amerikanischen Kosmetikfirmen stark beworben wurden, signalisierte das Bekenntnis zur «deutschen Rasse»; eine Frau, die mit dem Rauchen aufhörte, demonstrierte damit nicht nur ihre Weiblichkeit, sondern trug zugleich zur eigenen Gesundheit sowie der ihrer noch kommenden Kinder bei – ein Ergebnis, von dem die nationalsozialistischen Mediziner bereits in den dreissiger Jahren überzeugt waren. Eltern wurden angehalten, ihre Töchter, zumal wenn sie blond waren, Zöpfe und Dirndl tragen zu lassen. Das Deutsche Modeinstitut veranstaltete Modenschauen mit neuer deutscher *haute couture*^ eine Kampfansage an die international dominierende Pariser Mode. Das alles war mehr als blosser Propaganda. Die Kreisleitung von Breslau beispielsweise verwehrte Frauen den Zutritt zu Parteiversammlungen, wenn sie sich mit Make-up «bemalten». In Cafés wurden Zettel angeschlagen, auf denen weibliche Gäste aufgefordert wurden, nicht zu rauchen, während der Polizeipräsident in Erfurt die Bürger der Stadt aufforderte, rauchende Frauen auf der Strasse an ihre Pflicht als deutsche Frau und

Mutter zu erinnern. Es gab Berichte von SA-Männern, die Frauen, die in der Öffentlichkeit rauchten, die Zigarette vom Mund wegschnippten, oder Frauen mit ausgezupften Augenbrauen und stark geschminkten Lippen eine Moralpredigt hielten. Zeitungen und Zeitschriften polemisierten auf der einen Seite gegen die androgyne «neue Frau» der Weimarer Jahre, mit ihrem kurzgeschnittenen Haar und in unweiblicher Kleidung und auf der anderen Seite gegen den verführerischen «Vamp» mit seinen Dauerwellen und seinem modisch betonten Sex-appeal. Sportliche Betätigung wurde als die beste Methode für die Frau angepriesen, um das gesunde, strahlende Aussehen zu erlangen, das die «deutsche Rasse» der Zukunft erfordere.³⁶

Doch auch hier konnten die Nationalsozialisten sich am Ende nicht durchsetzen. Es erwies sich als unmöglich, die Kosmetikindustrie zurückzudrängen, die bald neue Mittel und Wege fand, ihre Produkte an die Frau zu bringen. Es dauerte nicht lange, bis die Zeitschriften voll waren von Ratschlägen an die deutsche Frau, wie sich mit künstlichen Mitteln ein natürliches Aussehen erreichen liess. Shampoohersteller boten neue Produkte an, mit denen Frauen ihre Haare blond färben konnten. Aber wenn es auch möglich war, deutsch-jüdische Modefirmen zu «arisieren» und jüdische Modemacher und andere aus diesem Gewerbe zu verdrängen, so war die internationale Mode doch zu übermächtig, als dass das Regime hätte dagegen angehen können. Die Frauenzeitschriften brachten weiterhin Bilder der Hollywoodstars und erklärten, welchen kosmetischen Mitteln sie ihr Aussehen verdankten. Prominente Frauen in der High-Society der NS-Gesellschaft wandten sich gegen den Angriff auf die Mode, bei ihren öffentlichen Auftritten rauchte Magda Goebbels oft Zigaretten in einer Zigarettenspitze, Winifred Wagner besuchte Galaabende in der Oper in Pariser Seide, und selbst Hitlers Gefährtin Eva Braun rauchte, wenn er nicht in der Nähe war, und benutzte regelmässig die Produkte von Elizabeth Arden. Die Anstrengungen des Deutschen Modeinstituts blieben weitgehend wirkungslos, und der Versuch des Regimes, im Interesse einer autarken Wirtschaft und eines Nationalbewusstseins die Frauen aufzufordern, Kleider aus selbstgesponnenem Garn zu tragen, kam gegen die niedrigen Preise der Konfektionsware aus Chemiefasern nicht an – ein weiteres Produkt, das seine Entwicklung dem Streben nach wirtschaftlicher Autarkie

verdankte. Um der im Ausland verbreiteten Vorstellung entgegenzuwirken, deutsche Frauen kleideten sich unmodisch und ohne Chic, bemühten sich die Frauenzeitschriften auf Anweisung des Reichspropagandaministeriums, ihren Leserinnen nahezubringen, sich elegant anzuziehen, zumal wenn Besucher aus dem Ausland in ihrer Nähe seien. Tatsächlich feierte das Dirndl in den späten dreissiger Jahren eine Art Comeback, aber häufig in Formen, die so stark nach dem Vorbild der internationalen Mode abgewandelt waren, dass dieses Kleidungsstück kaum wiederzuerkennen war. Deutsche Frauen konnten auf die Dauer ebensowenig dazu bewogen werden, sich lediglich als gegenwärtige oder zukünftige Mütter darzustellen, wie man sie dazu brachte, sich als solche zu verhalten.³⁷ Das war wenig verwunderlich, wenn man bedenkt, wie beharrlich die Nationalsozialisten den traditionellen Unterschied zwischen der privaten und der öffentlichen Sphäre, den eigenen vier Wänden und der Welt da draussen verwischt hatten. Während das Regime mit seiner Politik die häusliche Sphäre durchdrang und politisierte, holten die Parteiorganisationen Frauen und Kinder aus der Familie heraus und sozialisierten sie in Zeltlagern, auf gemeinsamen Wanderungen und auf Kundgebungen. Das Ergebnis war eine starke Abschwächung der Unterschiede, die es den Frauen unmöglich machte, den häuslichen und mütterlichen Rollenbildern zu entsprechen, die von der NS-Propaganda für sie vorgesehen waren. In wenigen Bereichen traten die Widersprüche und Inkonsistenzen des Dritten Reiches so krass zutage wie hier.³⁸

Welche Unterschiede bestanden zwischen alledem und der Lage in den übrigen europäischen Ländern? Fast alle bedeutenden Länder Europas ergriffen in den dreissiger Jahren Massnahmen, um ihre Geburtenziffern zu steigern, da fast alle Regierungen über die potentiellen Auswirkungen des Geburtenrückgangs auf ihre zukünftige militärische Stärke besorgt waren. Italien unter Mussolini und die Sowjetunion unter Stalin schränkten beide die Möglichkeiten einer Geburtenkontrolle ein und boten gebärfreudigen Frauen Belohnungen an, und die pronatalistische Propaganda in Frankreich, wo der Rückgang der Geburtenziffer schon seit Langem besonders ausgeprägt war, erreichte in der Zwischenkriegszeit fast einen Höhepunkt. Auch im faschistischen Italien gab es eine Kampagne gegen berufstätige

Frauen und einen Versuch, die Frau auf den Status einer Gebärerin und Kindererzieherin zu reduzieren, während in der Sowjetunion die relativ liberale sexuelle Atmosphäre der zwanziger Jahre unter Stalin einem wesentlich pröderen und repressiveren Regime wich. Überall befanden sich autonome Frauenbewegungen auf dem Rückzug, verloren ihre Anhängerinnen oder wurden von autoritären Regierungen zerschlagen. Doch daneben gab es auch Unterschiede. Alle diese Staaten waren in der einen oder anderen Weise bemüht, einen Menschen neuen Typs zu schaffen. Die Macht der katholischen Kirche in Italien verhinderte, dass Mussolini jenes Programm der amoralischen «Rassenverbesserung» einführte, das im Dritten Reich einen Eckpfeiler der Bevölkerungspolitik darstellte. In Russland gab es zwar starke rassistische Untertöne in der Politik Moskaus gegenüber anderen Nationalitäten im Sowjetreich, doch ein «Rassismus» bildete keinen zentralen Bestandteil der Ideologie des Regimes, und es gab auch kein Äquivalent zu den Sterilisierungs-, Ehe- oder «Rassegesetzen» der Nationalsozialisten. Ausserdem missbilligte das Sowjetregime zwar geschminkte Gesichter und eine betont modische Kleidung, doch der Grund war, dass es dies für ein typisches Merkmal der «Bourgeoisie» hielt, das von der Rolle der Frau als Arbeiterin ablenkte, die – anders als in Nazideutschland – nachdrücklich mit Plakaten propagiert wurde, auf denen Frauen auf Traktoren oder Stahlarbeiterinnen dargestellt waren. Abgesehen von alledem hatten auch im Deutschland unter Hitler die Familien- und die Bevölkerungspolitik wie überhaupt fast jeder Bereich der Sozialpolitik sowohl negative als auch positive Auswirkungen und benachteiligten jene rassischen und anderen Minderheiten noch mehr, die dem nationalsozialistischen Bild des neuen arischen Menschen nicht entsprachen.³⁹ Und von diesen gab es viele.

IV

Eine besondere Gruppe, die vom Regime des Dritten Reiches als eine «rassische» Gefahr angesehen wurde, waren die sogenannten Zigeuner, von denen in den frühen dreissiger Jahren etwa 26'000 in Deutschland lebten.⁴⁰ Sie bestanden aus weitverzweigten Familiengruppen, die sich je-

weils einem von drei Stämmen – Roma, Sinti und Lalleri – zugeschrieben und ein nichtsesshaftes Leben führten. Sie waren im späten 15. Jahrhundert aus Indien nach Mitteleuropa gekommen. Mit ihrer dunklen Haut, einer eigenen Sprache, überwiegend abgesondert von der übrigen deutschen Gesellschaft lebend und sich von dem einen oder anderen Wandergewerbe ernährend, wurden sie sozial stigmatisiert und harten, repressiven Gesetzen unterworfen, als in den Jahrzehnten einer sozialen und politischen Konsolidierung nach dem Ende des Dreissigjährigen Kriegs 1648 die europäischen Territorialstaaten entstanden. Romantiker des frühen 19. Jahrhunderts hatten sie als ursprünglich und exotisch romantisiert, als die Hüter okkultur Kenntnisse wie der Wahrsagerei. Doch mit dem Aufkommen der «Kriminalbiologie» gegen Ende des Jahrhunderts hatten Gesetzgeber und Behördenleiter begonnen, sie einmal mehr den kriminellen Gruppen zuzuordnen. Die Zigeuner wurden zunehmend kleinlichen Schikanen der Polizei ausgesetzt, da sie sich weigerten, dem modernen Ideal eines Bürgers zu entsprechen – jemand mit einer Schulbildung, der Steuern bezahlt und mit einem festen Wohnsitz –, und sich über herkömmliche Vorstellungen von Privateigentum, Berufsarbeit, Regelmässigkeit, Hygiene und anderes hinwegsetzten. Verstösse gegen das immer dichtere Geflecht von Vorschriften, welche der Gesellschaft auf diesen und anderen Gebieten Fesseln anlegten, bedeuteten, dass die Mehrzahl der Zigeuner ein Vorstrafenregister hatte, was die Polizeibehörden in ihrer Ansicht bestätigte, dass sie eine erbliche Neigung zum Verbrechen hätten. 1926 erliess die bayerische Landesregierung ein besonders schweres Gesetz gegen Zigeuner, fasste sie mit «Landfahrern» und «Asozialen» zu einer Kategorie zusammen und errichtete ein «Zentralbüro zur Bekämpfung der Zigeunergefahr», in dem systematisch Informationen über sie gesammelt wurden. Zehn Jahre später verfügte dieses Büro über einen Bestand von fast 20'000 Dossiers.⁴¹

Die Ankunft des Dritten Reiches bedeutete zunächst keine grösseren Veränderungen für die deutschen Zigeuner, abgesehen davon, dass sie in andere Kategorien von Personen fielen, die vom Regime verfolgt wurden, wie Verbrecher, «Asoziale» und «Arbeitsscheue». Etliche regionale und kommunale Behörden verstärkten ihre Schikanen gegen Nichtsesshafte, machten Razzien in ihren Lagern, vertrieben sie von ihren Standplätzen

und verhafteten alle, von denen sie annahmen, sie gingen etwa der Bettelei nach. Am 6. Juni 1936 mündeten diese Bemühungen in einen Erlass des Reichsinnenministeriums, und mehrere Grossstädte begannen mit der Einrichtung bewachter Internierungslager für Zigeuner nach dem Muster des ersten derartigen Lagers in Frankfurt a.M.. Das waren zwar noch keine Konzentrationslager, da die Zigeuner zumindest auf dem Papier berechtigt waren, zu kommen und zu gehen, wie sie wollten, und es gab auch keinen Versuch, sie zu disziplinieren oder mit Strafen zu belegen. Doch die Verhältnisse in diesen Lagern waren bedrückend. Das Lager in Marzahn vor den Toren Berlins beispielsweise, wo 600 Zigeuner hausten, die im Juli 1936 gewaltsam aus der Innenstadt vertrieben worden waren, hatte nur zwei Wasch- und Toilettenräume, drei Wasserzapfstellen, keinen Anschluss an elektrischen Strom und zuwenig Baracken für diejenigen, die keinen Wohnwagen hatten. Krankheiten griffen um sich, und im März 1939 hatten schätzungsweise 40 Prozent der dort Lebenden die Krätze. Brutale Aufseher hetzten ihre Hunde auf Lagerbewohner, die sich ihren Anordnungen nicht fügten. Zu diesem Zeitpunkt lebten dort inzwischen 800 Zigeuner, und das Lager hatte seine eigene Schule. Dennoch lebte die Mehrzahl der Zigeuner in Deutschland innerhalb der Gesellschaft, zumal es zahlreiche Mischehen mit Deutschen gab und viele von ihnen eigene Zimmer oder Wohnungen gemietet und ihre überkommene nomadische Lebensweise aufgegeben hatten.⁴²

Im Rahmen verstärkter Massnahmen zur «vorbeugenden Verbrechensbekämpfung», die er 1938 ergriff, verlegte Himmler das bayerische Zentralbüro nach Berlin und machte daraus ein Reichsamt. Den von Himmler angeordneten Razzien gegen «Arbeitsscheue» fiel eine beträchtliche Zahl von Zigeunern zum Opfer, doch noch wurden sie nicht primär aus «rassischen» Gründen verhaftet. Erst am 8. Dezember 1938 trat ein Runderlass Himmlers zur «Bekämpfung der Zigeunerplage» in Kraft, auch wenn es dafür einen Vorlauf von mehreren Monaten gegeben hatte. Der Erlass fasste die bisherigen Ländermassnahmen zusammen und zentralisierte sie unter der Leitung der Kripo Berlin. Mit ihm wurden die Behörden aufgefordert, Zigeuner und Landfahrer zu erfassen und an ihnen eine «rassenbiologische» Untersuchung durchzuführen. Auf deren Grundlage sollten

alle Zigeuner einen Personalausweis erhalten, in dem vermerkt war, ob der Inhaber Zigeuner, Zigeunermischling oder ein landfahrender Nicht-Zigeuner war; ohne die Vorlage eines solchen Ausweises konnte kein Zigeuner eine Arbeit bekommen, den Führerschein erwerben, Sozialbeihilfen erhalten und anderes. Die Registrierung erfolgte auf der Grundlage von polizeilichen Akten und unter Mitwirkung einer «Rassenhygienischen und bevölkerungsbiologischen Forschungsstelle», die 1936 im Reichsgesundheitsamt unter der Leitung von Robert Ritter eingerichtet wurde, einem jungen Arzt, der sehr bald zum bevorzugten Sonderberater der Regierung in Zigeunerangelegenheiten wurde. 1901 geboren war Ritter Kriminalbiologe, der ein «Forschungs»-Team zusammenstellte, das die Zigeunerlager aufsuchte, deren Bewohner vermass und in einer Kartei erfasste und Bluttests durchführte; wer die Untersuchung ablehnte, wurde mit Überstellung in ein Konzentrationslager bedroht. Ritter und seine Mitarbeiter durchforsteten die Register von Standesämtern, arbeiteten die Daten aus der bayerischen Zentralbehörde in ihre Unterlagen ein und erstellten ein Register von über 20'000 Personen. Ritter brüstete sich damit, dass er in Bälde komplette Dossiers über jeden Zigeuner oder Zigeunermischling in Deutschland haben werde.⁴³

Ritter behauptete, die Zigeuner seien eine primitive, minderwertige «Rasse», die konstitutionell unfähig sei, ein normales Leben zu führen. «Reinrassige» Zigeuner bedeuteten deshalb keine Gefahr für die deutsche Gesellschaft, so dass man sie ihr Wanderleben ungestört führen lassen könne. Allerdings gebe es kaum noch «reinrassige» Zigeuner. In der grossen Mehrzahl seien die «Zigeuner» mit Deutschen verheiratet, die in den Slums wohnten, in denen auch sie eine Zuflucht gefunden hätten, und bildeten auf diese Weise einen gefährlichen Nährboden für Verbrecher und Faulenzer. Dies war eine exakte Umkehrung des antisemitischen Dogmas der Nationalsozialisten, dem zufolge «reinrassige» Juden eine grössere Gefahr für das deutsche Volk darstellten als «Halbjuden». Derartige Theorien dienten als pseudowissenschaftliche Rechtfertigung für die von Himmler nunmehr angeordneten polizeilichen Massnahmen. Sie wurden allgemein von Sozialarbeitern, Kriminologen, Polizeibehörden, Wohlfahrtsämtern und gewöhnlichen Deutschen geteilt. Der Erlass vom 8. Dezember 1938 verbot den Zigeunern das Umherfahren in «Horden» (Grup-

pen von mehreren Familien), befahl die Ausweisung von Zigeunern aus dem Ausland und gab der Polizei die Befugnis, Landfahrer zu verhaften, die sie als «Asoziale» ansah. Er wandte bereits bestehende Rassengesetze auf Zigeuner an, die jetzt ein Tauglichkeitszeugnis vorlegen mussten, bevor sie eine Heiratserlaubnis erhielten. Es war unwahrscheinlich, dass ihnen ein solches Zeugnis ausgestellt würde. Im März 1939 ordnete Himmler an, dass es künftig keine «Rassenmischung» zwischen Deutschen und Zigeunern mehr geben dürfe. Jedes Landeskriminalamt musste eine eigene Abteilung für Zigeuner einrichten. Es musste sicherstellen, dass alle Zigeuner, an denen eine Rassenuntersuchung vorgenommen worden war, einen besonderen Ausweis erhielten, braun für «reinrassige» Zigeuner, braun mit einem blauen Streifen für «Zigeunermischlinge» und grau für nichtsesshafte Nicht-Zigeuner. Als die Deutschen den Krieg begannen, hatte Himmler schon einen grossen Teil der Strecke zur «Endlösung der Zigeunerfrage» zurückgelegt, wie er es in seinem Erlass vom 8. Dezember 1938 formuliert hatte.⁴⁴

V

Während das Regime sich der «Lösung der Zigeunerfrage» in kleinen Schritten und zumindest in der ersten Zeit auf der Grundlage bestehender Polizeipraktiken näherte, die nur zum Teil einen rassistischen Charakter trugen und sich nicht wesentlich vom Vorgehen der Polizei in anderen europäischen Ländern unterschieden, gab es eine weitere, noch viel kleinere soziale Minderheit, die sogenannten «Rheinlandbastarde», die von der Polizei in ganz anderer Weise behandelt wurden als die Zigeuner. Der Begriff selbst entstammte der polemischen Terminologie der Nationalisten und bezeichnete dunkelhäutige oder «gemischtrassige» Deutsche, die, wie man fast überall in Deutschland glaubte, das Ergebnis von Vergewaltigungen deutscher Frauen durch schwarze französische Kolonialtruppen während der Besetzung des Rheinlands nach 1919 und vor allem des Ruhrgebiets 1923 waren. In Wirklichkeit war es nur zu ganz wenigen Vergewaltigungen gekommen; die meisten dieser Kinder gingen aus freiwillig

geschlossenen Verbindungen hervor, und nach einer späteren Zählung waren es vielleicht 500 bis 600; andere Afrodeutsche, die häufig ebenfalls als die Produkte von Vergewaltigungen durch schwarze Kolonialtruppen angesehen wurden, waren die Kinder deutscher Siedler und afrikanischer Frauen in der Kolonialperiode vor 1918 oder in den Jahren danach, als viele Deutsche aus den ehemaligen Kolonien wie Kamerun oder Tanganjika (dem Festlandsteil des heutigen Tansania) zurückkehrten. Die Behauptungen von Vergewaltigungen wurden jedoch in den zwanziger Jahren von der Presse überall in Deutschland stets aufs Neue verbreitet, so dass sie im öffentlichen Bewusstsein blieben, und diese Kinder wurden von Nationalisten als die lebende Verkörperung der Schmach Deutschlands angesehen.⁴⁵

Bereits 1927 zirkulierten Vorschläge im bayerischen Innenministerium, diese «Mischlinge» sterilisieren zu lassen, damit die afrikanischen Merkmale nicht in deutsches Blut gelangten, und als die Nationalsozialisten an die Macht kamen, wurden sie wiederbelebt. Es war Göring, der die Erhebung von Informationen über diese Kinder anordnete, von denen viele inzwischen das Halbwüchsigentalter erreicht hatten. Untersuchungen an einigen dieser Kinder von «Rassenexperten» hatten wie zu erwarten gezeigt, dass diese Kinder in jeder Hinsicht «minderwertig» waren. Doch die Rechtsgrundlage für eine Unterstellung dieser Jugendlichen unter das Sterilisierungsgesetz von 1933 war noch äusserst zweifelhaft, so dass nach längeren Beratungen zwischen den Behörden 1937 höchstwahrscheinlich mit Hitlers Billigung beschlossen wurde, diese Jugendlichen auf der alleinigen Grundlage des Willens des «Führers» sterilisieren zu lassen. Die Gestapo bildete in ihren Reihen eine Sonderkommission aus «Rassenhygienikern» und «Rassenanthropologen»; im Rheinland wurden Aussenstellen errichtet; die Jugendlichen wurden ermittelt und untersucht und unter grösster Geheimhaltung und ohne rechtliche Grundlage in verschiedenen Krankenhäusern sterilisiert; das gesamte Programm stand unter der Leitung von Ärzten wie Ernst Rüdin und Walter Gross und dem «Rassenhygieniker» Fritz Lenz.⁴⁶

Wie sich dies auf die unmittelbar Betroffenen auswirkte, lässt sich an einem Fall illustrieren, der von der Gestapo in ihren Akten als «Nummer 357» geführt wurde, ein Junge, der 1920 aus einer einvernehmlichen Verbindung zwischen einer Deutschen und einem madegassisch-französi-

schen Soldaten hervorging, der bereitwillig seine Vaterschaft anerkannte, die von der Mutter bestätigt wurde. Eine 1935 durchgeführte medizinisch-anthropologische Untersuchung gelangte zu dem Ergebnis, die Gesichtszüge des Jungen seien undeutsch und wahrscheinlich negroid. Zu der Zeit, als die Entscheidung über ein Sterilisierungsprogramm getroffen worden war, hatte er eine Arbeit auf einem Rheinschlepper angenommen; die Gestapo spürte ihm nach und verhaftete ihn am 29. Juni 1937 um Mitternacht. Allein auf der Grundlage der früheren Bestätigung seiner Mutter über die Elternschaft und eines medizinisch-anthropologischen Gutachtens sowie einer Beurteilung einer Fotoaufnahme des Jungen durch einen Anthropologen ordnete die Kommission II im Germersheimer Gesundheitsamt an, dass er sterilisiert werden sollte; seine Mutter, die inzwischen einen Deutschen geheiratet hatte, erteilte ebenso wie ihr Ehemann die Zustimmung dazu, und an dem Jungen wurde im Evangelischen Krankenhaus in Köln am 30. Juni, einen Tag nach seiner Festnahme, eine Vasektomie vorgenommen. Am 12. Juli wurde er entlassen und ging wieder zurück zu seiner Arbeitsstelle. Obwohl er deutscher Staatsangehöriger war, erhielt er keine Gelegenheit, zu protestieren oder gegen die Entscheidung Beschwerde einzulegen, da er noch minderjährig war, und höchstwahrscheinlich hatten die Eltern ihre Einwilligung nur unter starkem Druck der Gestapo erteilt. Zahlreiche der sterilisierten Jugendlichen waren noch jünger. Mädchen von zwölf Jahren wurden gezwungen, eine Tubenligatur an sich vornehmen zu lassen. Es ist mehr als fraglich, ob viele von ihnen überhaupt wussten, was man ihnen damit antat oder welches die Folgen für ihr späteres Leben sein würden. Wie gross die tatsächliche Zahl der Jugendlichen war, die auf diese Weise behandelt wurden, wissen wir nicht, sie dürfte sich jedoch in einer Grössenordnung von 500 bewegt haben. Danach passierte allerdings nichts weiter mit ihnen, sofern sie nicht aus anderen Gründen mit dem Regime in Konflikt gerieten. Eine beträchtliche Zahl aus dieser Gruppe fand eine Existenz in einem Zirkus, auf dem Rummelplatz oder als Statisten in deutschen Filmen, die in afrikanischen Kolonien spielten. Die Auswirkungen ihrer Sterilisation sollten sich freilich für den Rest ihres Lebens bemerkbar machen.⁴⁷

VI

Im Dritten Reich wurden nicht nur «rassische» Minderheiten verfolgt. Seit langem standen in Deutschland wie in den meisten europäischen Ländern homosexuelle Handlungen zwischen Männern unter Strafe. Paragraph 175 des Reichsstrafgesetzbuchs bestimmte eine Gefängnisstrafe für alle Männer, die «beischlafähnliche Handlungen» mit anderen Männern vornahmen. Dergestalt eng definierte Handlungen liessen sich nur schwer nachweisen, und andere Formen eines homosexuellen Verkehrs blieben straffrei. Die homosexuelle Kultur blühte in der freien und ungezwungenen Atmosphäre Berlins und noch der einen oder anderen Grossstadt während der Weimarer Republik in einer solchen Masse, dass sie auf homosexuelle Männer aus anderen, weniger toleranten Ländern wie ein Magnet wirkte, von denen der englische Schriftsteller Christopher Isherwood vielleicht der berühmteste war. Dennoch taten die Nationalsozialisten eigentlich nicht mehr als das Gesetz anzuwenden, wenn sie in allgemein bekannten Homosexuellenlokalen und -treffs in Berlin Razzien durchführten und gegen die Bewegung für die Abschaffung des Paragraphen 175 vorgingen, auch wenn die Gewalttätigkeit, von der diese Aktionen begleitet waren, zweifellos vom Gesetz nicht gedeckt war.⁴⁸

Für die Nationalsozialisten waren homosexuelle Männer «entartet», verweichlicht und pervers: Sie untergruben die Stärke der «arischen Rasse», da sie es ablehnten, Kinder zu zeugen, und sie unterminierten das Männlichkeitsideal, das von so vielen Politikern der Partei propagiert wurde. Für Heinrich Himmler, dessen engstirnige bürgerliche Erziehung ihm mehr als nur die üblichen sozialen Vorurteile auf diesem Gebiet eingeflösst hatte, war Homosexualität ein «Symptom absterbender Völker»; er erklärte, sie bringe «jede Leistung, jeden Aufbau nach Leistung im Staat zu Fall und [zerstöre] den Staat in seinen Grundfesten». In der Weimarer Republik habe es Millionen Homosexuelle gegeben, sagte er 1937 vor SS-Führern, deshalb sei es nicht verwunderlich, dass sie schwach, chaotisch und unfähig gewesen sei, Deutschland den ihm zustehenden Platz in der Welt wieder zu verschaffen. Himmlers pathologische Abwehr der Homosexualität verstärkte sich noch durch seine Überzeugung, nur eng verbun-

dene Gruppen «arischer» Männer seien tauglich, über Deutschland und die Welt zu herrschen. Da sie untereinander durch enge Bande der Kameradschaft verbunden seien, in Kasernen und Lagern zusammenlebten und einen Grossteil ihrer Zeit in der Gesellschaft ihresgleichen lebten, statt in der des anderen Geschlechts, könnten sie allzu leicht einer gegenseitigen sexuellen Bedrängnis zum Opfer fallen, wenn die Homoerotik in die verhängnisvolle Homosexualität umschlage. Himmler hatte nicht nur die Neigung, den SS-Führern Vorträge über die Gefahren der männlichen Homosexualität zu halten, er wollte auch die schwersten Strafen für jeden SS-Führer oder SS-Mann, der sich dieser Form von Sexualität hingab, bis hin zur Todesstrafe.⁴⁹

Demgegenüber zeigten die Nationalsozialisten für die weibliche Homosexualität wenig Interesse. In Deutschland wie in den meisten übrigen europäischen Ländern stand sie nicht unter Strafe, und im Strafgesetzbuch wurde sie nicht erwähnt. Trotzdem mussten lesbische Frauen im Nationalsozialismus damit rechnen, verhaftet und in Konzentrationslager verbracht zu werden, wenn sie in den Augen der Obrigkeit eine bestimmte Grenze überschritten. Anklagen gegen sie vor Gericht stützten sich auf Paragraph 176 des Strafgesetzbuchs, der die sexuelle Ausnutzung eines Abhängigkeitsverhältnisses durch Vorgesetzte in Organisationen wie der HJ und dem BDM unter Strafe stellte. Ausserdem kam es gelegentlich vor, dass lesbische Frauen wegen ihrer unkonventionellen Lebensweise und häufigen Weigerung, ihrer, wie das Regime es sah, höchsten natürlichen Pflicht gegenüber dem Volk zu entsprechen und Kinder zu gebären, als asozial eingestuft wurden. Die Eheschliessung mit schwulen Männern als Tarnung (für beide Partner), eine zunehmend geübte Praxis in diesen Kreisen nach 1933, war nicht immer wirkungsvoll, da der Umstand, dass solche Paare nur selten Kinder hatten, ebenfalls die feindselige Aufmerksamkeit der Behörden auf sich zog. Lesbische Lokale und Klubs wurden 1933 von der Polizei geschlossen, und es stand ausser Zweifel, dass keine Chance bestand, dass sie wieder geöffnet werden durften. Doch im Grossen und Ganzen gab es keine ähnlich systematische Verfolgung lesbischer Frauen wie bei homosexuellen Männern. Die lesbische Gesellschaft führte ihre Existenz fort, zumal in Grossstädten wie Berlin, wenngleich hinter ge-

geschlossenen Türen. Angesichts der Tatsache, dass die Nationalsozialisten Frauen im wesentlichen als passiv und unterwürfig ansahen, wurde diese Gruppe nicht als besondere Bedrohung empfunden.⁵⁰

Auf männliche Homosexuelle richtete sich dagegen eine wesentlich stärkere, beunruhigte Aufmerksamkeit und dies nicht nur von einem obsessiven Heinrich Himmler. SS-Schriften wiederholten gelegentlich Himmlers Ansicht, man müsse die Entarteten ausmerzen, um die Reinhaltung des Volkskörpers zu bewahren. Doch das hatte seine Grenzen. Die medizinische und naturwissenschaftliche Meinung behandelte Homosexualität zweifellos als eine Perversion. Doch ebenso wie bei anderen Formen einer Abweichung neigte sie dazu, zu unterscheiden zwischen einem harten Kern von Unverbesserlichen, deren Anteil Himmler selbst auf zwei Prozent der Gesamtheit der Homosexuellen oder 40'000 Männer schätzte, und den übrigen, die durch eine Umerziehung von ihrer «Perversion» geheilt werden könnten. Das diese in seinen Augen am besten in Konzentrationslagern erfolgen sollte, würde sie zwangsläufig in der Hauptsache aus harten Strafen bestehen, die als Abschreckung gegen eine weitere homosexuelle Aktivität gedacht waren, eine Position, die sich nicht wesentlich von der der Gerichte unterschied. Und es waren die Gerichte, denen Himmler anfangs die Initiative überlassen musste; denn 1933 war die SS noch eine relativ kleine Organisation, die von der bei weitem grösseren und andersartigen SA in den Hintergrund gedrängt wurde. Geführt von Ernst Röhm, dessen Homosexualität ein offenes Geheimnis war, unternahm die SA keinerlei Schritte gegen Homosexuelle in den eigenen Reihen. Nicht nur Röhm's Feinde, die Sozialdemokraten, sondern auch seine Rivalen innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung selbst brachten bei mehreren Gelegenheiten seine Homosexualität und die einiger weiterer SA-Führer zur Sprache, vor allem als Hitler Röhm 1931 an die Spitze der SA zurückholte, doch Hitler übergab diese Bedenken. Die SA sei schliesslich kein Mädchenpensionat, sondern ein Haufen rauher Kämpfer. Das Privatleben ihrer Führer und Mitglieder sei ihre Privatsache, solange sie nicht gegen die Grundsätze des Nationalsozialismus verstiesse. Und so lange werde jeder, der Röhm und seine Kameraden wegen ihrer Sexualität angreife, aus der Bewegung ausgeschlossen. Das beendete die Diskussionen über Röhm's Homosexualität weder innerhalb noch ausserhalb

der Partei. Doch solange Hitler den SA-Chef für unverzichtbar hielt, blieb sie ohne praktische Wirkung.⁵¹

Das alles änderte sich dramatisch am 30. Juni 1934, als Hitler gegen die SA-Führung losschlug und die Homosexualität Röhm und anderer auf seinen Befehl ermordeter Personen, vor allem von Edmund Heines, dazu benutzte, Verständnis in der Öffentlichkeit für sein Vorgehen zu finden. Damit hatte Himmler seine Chance. In einer Ansprache vor führenden Mitgliedern der SS behauptete er, Röhm habe beabsichtigt, eine homosexuelle Diktatur zu errichten und das Land zugrunde zu richten, eine Meinung, die auch von Alfred Rosenberg geäußert wurde. Von nun an würde Homosexualität den sofortigen Ausschluss aus der Bewegung nach sich ziehen. Eine Welle der Homophobie ging durch die NSDAP und ihre Gliederungen. Die Polizei führte in ganz Deutschland eine neue Serie von Razzien gegen Homosexuelle und ihre Treffs durch. 48 Männer mit Vorstrafen wegen Päderastie wurden verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau geschickt. Im Dezember 1934 wurden Meldungen zufolge 2'000 Männer bei Polizeirazzien in Homosexuellenlokalen und -klubs festgenommen. Nach der Aktion gegen Röhm wurde im Geheimen Staatspolizeiamt Berlin ein neues Sonderdezernat eingerichtet mit der Aufgabe, eine Kartei über Homosexuelle vor allem innerhalb der Partei anzulegen. Hier war ein weiterer Bereich, in dem freiwillige Denunziationen aus der Bevölkerung eine Rolle spielten, da das strafbare Verhalten sich in der Regel in Privaträumen und hinter verschlossenen Türen abspielte. Bis Mitte 1935 lief eine Reihe von Strafverfahren gegen HJ-Führer unter dem Paragraphen 175. Dutzende von ihnen wurden in aller Heimlichkeit in das Geheime Staatspolizeiamt nach Berlin gebracht und dort vernommen. Nachdem man sie zu Geständnissen gezwungen hatte, wurden sie auf unbestimmte Zeit in ein Konzentrationslager verbracht. Hitler nutzte das neue Klima auch dazu, sich unbequemer Gegner zu entledigen, zu denen etwa der schlesische Gauleiter Helmut Brückner gehörte, der sich über die zahlreichen Morde beschwert hatte, die der SS-Führer Udo von Woysch im Verlauf der Röhm-»Säuberungen« in seinem Gau begangen hatte. Himmler sorgte dafür, dass Brückner wegen schwerer «Unzucht» mit einem Wehrmachtsoffizier verhaftet, seines Amtes enthoben und zu 18 Monaten Gefängnis ver-

urteilt wurde. Brückners Beteuerungen, niemand habe an seiner Bisexualität zu der Zeit, als die Beziehung noch bestand, Anstoss genommen, verhallten ungehört.⁵²

Brückner wurde nach einem in der NS-Justiz stets wiederkehrenden Muster aufgrund eines rückwirkenden Gesetzes vom 28. Juni 1935 verurteilt. Dieses erweiterte den bisherigen Straftatbestand im Paragraphen 175 – «beischlafähnliche Handlungen» – durch den Begriff «schwere Unzucht zwischen Männern» und verschärfte das Strafmass. Ausserdem wurde «schwere Unzucht» sehr dehnbar definiert als eine Handlung, «die das geschlechtliche Scham- und Sittlichkeitsgefühl der Allgemeinheit verletzt und bestimmt ist, eigene oder fremde Geschlechtslust zu erregen». Die bisherige Forderung für eine Verurteilung, dass ein Analverkehr bewiesen werden müsse, entfiel. Im Februar 1937 hielt Himmler vor SS-Führern eine ausführliche Rede über Homosexualität, in der er ankündigte, von nun an würden entdeckte Homosexuelle in der SS verhaftet und vor Gericht gebracht. Wörtlich setzte er hinzu: «Nach Abbüßung der vom Gericht festgesetzten Strafe werden sie auf meine Anordnung in ein Konzentrationslager gebracht und werden im Konzentrationslager auf der Flucht erschossen.»⁵³ An die Polizei in ganz Deutschland ergingen neue Anweisungen, wie sie Spitzel in den einschlägigen Homosexuellentreffs anwerben sollten, während die Anstrengungen, Dossiers über alle möglichen Verdächtigen anzulegen, verdoppelt wurden. So konnte es kaum wundernehmen, dass die Zahlen der Verurteilungen nach dem Strafgesetzbuch in die Höhe schossen. Zwischen 1933 und 1935 wurden fast 4'000 Männer nach Paragraph 175 teils in der alten und teils in der neuen Fassung verurteilt; zwischen 1936 und 1938 lag diese Zahl dagegen bei über 22'000. Die Razzien und Verhaftungen wurden ab dem 1. Oktober 1936 von einer neu eingerichteten «Reichszentrale zur Bekämpfung der Homosexualität und Abtreibung» geleitet, die Fortsetzung einer Abteilung innerhalb der Gestapo, die nach der «Röhmaffäre» eingerichtet worden war mit der Hauptaufgabe einer zentralen Registrierung möglichst aller Homosexuellen in Deutschland.

Alles in allem wurden während des Dritten Reiches nicht weniger als 50'000 Männer unter dem Paragraphen 175 verhaftet, knapp die Hälfte davon in den Jahren 1937 bis 1939; rund zwei Drittel von ihnen wurden

zu Gefängnisstrafen ohne Bewährung verurteilt. Diese Zahlen müssen allerdings unter dem Blickwinkel der allgemeinen Kriminalisierung der Homosexualität in fortgeschrittenen Gesellschaften bis zum letzten Drittel oder Viertel des 20. Jahrhunderts gesehen werden. Sie erscheinen weniger erstaunlich, wenn man sie mit der Zahl von knapp 100'000 Männern vergleicht, die in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1953 und 1965 wegen Verstosses gegen den Paragraphen 175 vor Gericht kamen, von denen etwa jeder zweite verurteilt wurde.⁵⁴ Erst mit der Änderung dieses Paragraphen 1959 und erneut 1965 wurden einvernehmliche homosexuelle Handlungen zwischen erwachsenen Männern hinter verschlossenen Türen nicht mehr mit Strafen bedroht; die Tatsache, dass Homosexuelle, im Dritten Reich von den regulären Gerichten nach einem Paragraphen des Strafgesetzbuchs verurteilt worden waren, hat sich seitdem zu einem Haupthindernis für die Anerkennung ihrer Leiden erwiesen.⁵⁵ Diese Zahlen waren überdies nach internationalen Standards keineswegs hoch, wenn man einmal von den Jahren 1937/39 absieht. In England wurde schwere «Unzucht» zwischen erwachsenen Männern seit dem 19. Jahrhundert mit einer zweijährigen Gefängnishaft bedroht; insofern bedeutete die Änderung des Paragraphen 175 im Jahr 1935 kaum mehr als eine Angleichung an die Rechtsposition jenseits der Nordsee. In den frühen fünfziger Jahren gelangten der Polizei in England und Wales jährlich rund tausend Fälle von Analverkehr und Sodomie und etwa 2'500 Fälle von schwerer Unzucht zur Kenntnis. Diese Zahlen bezeichneten einen dramatischen Anstieg gegenüber den dreissiger Jahren, als jährlich weniger als 500 Fälle beider Delikte zusammengenommen vor Gericht kamen – was weitgehend darauf zurückzuführen war, dass in den dazwischen liegenden Jahren fanatisch homophobe Polizeibeamte in die zuständigen Dezernate ernannt wurden.⁵⁶

Doch selbst auf dieser Stufe gab es noch immer einen wesentlichen Unterschied zwischen dem Dritten Reich und anderen modernen Staaten im Hinblick auf die Strafverfolgung homosexueller Männer. Denn nach ihrer Verbüssung der Haftstrafe wurde eine beträchtliche Minderheit von ihnen von der SS oder der Gestapo sogleich erneut verhaftet und in ein Konzentrationslager verbracht, eine Praxis, die ab 1937 deutlich häufiger geübt

wurde. Insgesamt fanden sich von 1933 bis 1945 zwischen 5'000 und 15'000 Homosexuelle in einem KZ wieder.⁵⁷ Hier wurden sie durch einen auf die Häftlingskleidung aufgenähten rosa Winkel als Homosexuelle gekennzeichnet; politische Häftlinge trugen einen roten, «Asoziale» einen schwarzen und «Gewohnheitsverbrecher» einen grünen Winkel. Die Homosexuellen standen in der Häftlingshierarchie ganz unten, waren brutalen und verächtlichen Behandlungen durch die Wachen ausgesetzt, und sie starben deutlich früher als die anderen Häftlinge. Eine Untersuchung gelangte zu dem Ergebnis, dass über die ganze Zeit des Dritten Reiches hinweg 50 Prozent von ihnen umkamen gegenüber etwa 40 Prozent bei den politischen Häftlingen und 35 Prozent bei den Zeugen Jehovas. Damit dürfte die Gesamtzahl der in den Konzentrationslagern auf deutschem Boden umgekommenen Häftlinge zwischen 2'500 und 7'500 liegen.⁵⁸ Zu dieser gezielt mörderischen Politik gab es in anderen Ländern keine Parallele, mochten dort die Homosexuellen auch noch so sehr diskriminiert werden und mochten Homophobe noch so sehr die Möglichkeit haben, Homosexuelle zu verprügeln, ohne eine Vergeltung fürchten zu müssen.

Für diejenigen, die dem Tod entgingen, war die Alternative manchmal kaum weniger schlimm. Eine beträchtliche Zahl von Homosexuellen musste sich einer «freiwilligen» Kastration unterziehen, die sie von ihrer «Entartung» «heilen» sollte. Trotz der juristischen Fragwürdigkeit dieser Prozedur wurde auf die homosexuellen Insassen von Gefängnissen und Konzentrationslagern Druck ausgeübt, sich «freiwillig» kastrieren zu lassen. Den Gefängnishäftlingen sagte man zum Beispiel, wenn sie nicht einwilligten, würden sie nach ihrer Entlassung der Gestapo übergeben oder sie kämen in Sicherungsverwahrung. Etwa 174 Männer in Strafanstalten wurden infolgedessen bis 1939 «freiwillig» kastriert. Die Zahl der kastrierten Insassen von Konzentrationslagern dürfte um einiges höher gewesen sein und lag vermutlich bei über 2'000.⁵⁹ Das Ausmass dieser Operationen übertraf bei weitem das derjenigen, die in anderen Ländern vorgenommen wurden, und Zwangskastrationen gab es ohnehin nur noch in Finnland und in einigen Bundesstaaten der USA. Das deutsche Gewohnheitsverbrechergesetz vom 24. November 1933 erlaubte die Kastration von Sexualstraftätern auch gegen deren Willen, wie es von führenden Kriminologen und Strafrechtsexperten befürwortet wurde. Hierbei mussten

dem Täter mindestens zwei schwere Sexualverbrechen nachgewiesen werden, und bis Ende 1939 waren knapp über 2'000 Männer dieser Strafe unterworfen worden.⁶⁰ Unter ihnen waren nicht nur Vergewaltiger und Pädophile, sondern auch eine grosse Zahl von Exhibitionisten, die für die Öffentlichkeit anstössig und irritierend sein mochten, aber keine direkte physische Gefahr darstellten. Viele Ersttäter wurden sogleich kastriert, ohne die Chance einer Besserung zu erhalten. Zu den körperlichen Nachwirkungen der Kastration gehörten dauerhafte Schmerzen, der Verlust von Körperhaaren und die Vergrösserung der Brüste, Müdigkeit und Fettleibigkeit. Obendrein verschwand mit der Operation nicht zwangsläufig der Sexualtrieb. Zwar war es formal nicht erlaubt, Homosexuelle gegen ihren Willen zu kastrieren, doch für einen grossen Teil von ihnen gab es praktisch kaum eine andere Wahl: Die Alternative war lebenslange Sicherungsverwahrung und wahrscheinlich ein Tod im Konzentrationslager.⁶¹ Von der Strafverfolgung der Homosexuellen im Dritten Reich dürfte zwar nur ein Bruchteil der deutschen Homosexuellen unmittelbar betroffen gewesen sein, doch das Bewusstsein darüber, was ihnen passieren konnte, wenn sie denunziert, verhaftet und verurteilt würden, muss für alle ein Leben in ständiger Angst bedeutet haben.⁶²

Die Nürnberger Gesetze

Die Diskriminierung von Minderheiten wie Homosexuelle, Zigeuner, «Asoziale», körperlich oder geistig Behinderte und Deutsche mit einem schwarzafrikanischen Elternteil verfolgte zuallererst das Ziel, die «deutsche Rasse» zu «reinigen» und für einen Welteroberungskrieg tauglich zu machen. Die deutsche Gesellschaft sollte langfristig von ihren «Ballastexistenzen» befreit werden, Kategorien von Menschen, die zur Vorbereitung auf den Krieg keinen Beitrag leisten konnten oder wollten – indem sie zur Wehrmacht gingen, in den Rüstungsfabriken schufteten oder sich für den bevorstehenden Konflikt körperlich ertüchtigten. Unter diesem Blickwinkel betrachtet waren sie eine Belastung für den deutschen Staat und die Gesellschaft, die eine dauerhafte Bedrohung der Zukunft darstellte. Wenn man sie aus der Gesellschaft entfernte und in Gefängnisse oder Lager sperrte und, was ebenso wichtig war, an ihrer Fortpflanzung hinderte, würde dies dem Volk Geld sparen, da auf diese Weise die Zahl der unnützen Esser verringert würde, die in den Augen der Nationalsozialisten vom Rest der Gesellschaft ernährt werden müssten. Es gab allerdings eine Minderheit in der deutschen Gesellschaft, die für die Nationalsozialisten etwas völlig anderes war: keine lästige Bürde, sondern eine enorme Gefahr, nicht einfach müssig, «minderwertig» oder «entartet» – auch wenn sie in der NS-Ideologie all das auch noch waren –, sondern aktiv subversiv, beteiligt an einer riesigen Verschwörung zur Zerrüttung und Vernichtung alles Deutschen, eine Verschwörung zudem, die nicht nur aus dem Innern des Landes organisiert wurde, sondern in weltweitem Massstab operierte. Diese Minderheit, nicht mehr als ein Prozent der deutschen Bevölkerung, war die jüdische Gemeinde in Deutschland.⁶³

Der Antisemitismus hing eng mit anderen Aspekten der nationalsozialistischen «Rassenpolitik» zusammen. Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses war ursprünglich als Teil eines Pakets gedacht, zu dem

Gesetze gehörten, mit denen den Juden die Staatsbürgerschaft aberkannt und die Eheschliessung und der Geschlechtsverkehr mit «Ariern» verboten werden sollte. Diese zuletzt genannten Gesetzentwürfe wurden jedoch vorläufig nicht ratifiziert, in der Hauptsache wegen der erwarteten negativen Wirkung auf die öffentliche Meinung im Ausland. In den ersten Jahren des Regimes waren die staatlichen «rassenhygienischen» Massnahmen gegen Minderheiten wie «Asoziale», «Gewohnheitsverbrecher», Zigeuner und Homosexuelle wesentlich radikaler als die gegen die Juden. Wenn Juden in eine der genannten Kategorien fielen, wurden sie zwar härter behandelt als die meisten übrigen; doch die *allgemeine* Politik des Regimes gegenüber der jüdischen Minderheit sah noch keine Sterilisierung oder Kastration aus dem einzigen Grund vor, dass der Betreffende deutscher Jude war. Diese Massnahmen zeigten jedoch den Nationalsozialisten, wie weit sie gehen konnten, und gewöhnten sie an eine vom Staat ausgehende körperliche Gewalt in einem systematischen Massstab. Es war eine Erfahrung, die sich für sie als nützlich erweisen sollte, als ihre antisemitische Politik mit der Zeit radikaler wurde. Vorläufig war der Kontrast allerdings deutlich genug. Nach dem Erlass des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, das Juden verbot, weiterhin Positionen im Beamtenapparat, an den Schulen und Hochschulen, in der Justiz und anderen staatlichen Institutionen zu bekleiden, ging die staatliche Gewalt gegen Juden eine Zeitlang zurück. Wie wir gesehen haben, war das Regime damit beschäftigt, den gewalttätigen Aktivismus der SA zurückzudrängen. Es befürchtete zudem die negativen Auswirkungen antisemitischer Aktionen auf die Erholung der Wirtschaft sowie die nachteiligen wirtschaftlichen und diplomatischen Folgen des Gesetzes und des Judenboykotts im April 1933 im Ausland. Und schliesslich wollte es seine zunehmend widerstrebenden konservativen Partner beschwichtigen, die beispielsweise in der Person des Reichspräsidenten Hindenburg darauf bestanden hatten, ehemalige jüdische Frontsoldaten von dem Gesetz auszunehmen.⁶⁴

Es brauchte einige Zeit, bis das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums seine Wirkung entfalten konnte, doch bis Ende 1933 war die «Säuberung» mehr oder weniger abgeschlossen. Der nachlassende Eifer der Führung war vielen Parteiaktivisten, zumal innerhalb der SA, ein

Dorn im Auge, die während dieser Monate wiederholt örtlich begrenzte Boykotts jüdischer Geschäfte organisierten, die im Frühjahr 1934 noch einmal besonders heftig und gewalttätig abliefen. Der SA-Aktivismus ebte nach den «Säuberungen» im Zug der «Röhmaffäre» zunächst ab, um jedoch in den Wochen vor Weihnachten 1934 erneut aufzuflammen. Ausserdem betrieben die Ortsgruppen der Partei auch noch auf andere Weise die «Ausschaltung» jüdischer Geschäfte, wie wir gesehen haben, und hierin wurden sie zudem von der Parteiführung ermutigt. Im Frühjahr und Sommer 1935 kam es jedoch in vielen Teilen des Landes erneut zu Ausbrüchen antisemitischer Gewalt.⁶⁵ Die antisemitische Propaganda breitete sich stärker aus als je zuvor. Die Auflage des judenfeindlichen Hetzblatts *Der Stürmer* erreichte 1935 einen Höhepunkt, als sein Verleger Julius Streicher, der Gauleiter in Franken, einen Vertrag mit der DAF schloss, dem zufolge in allen Fabriken und sonstigen Betrieben des Landes *Der Stürmer* ausgelegt wurde. Von nun an war die Zeitschrift allgegenwärtig, und niemand kam mehr an ihr vorbei. Diese Vereinbarung machte Streicher zum Millionär: Die Zeitschrift war von Anfang an sein persönliches Eigentum und gehörte nicht zum Eher-Verlagskonzern, in dem alle sonstigen Parteipublikationen erschienen.⁶⁶ Sein neu erworbener Reichtum und seine Machtposition eröffneten ihm die Möglichkeit, noch mehr Reklame zu machen als zuvor, und fast an jeder Strassenecke sah man ein Plakat, das für den *Stürmer* warb. Andere Gauleiter veranstalteten öffentliche Kundgebungen und hielten flammende Reden vor ihrem Publikum, überwiegend Parteigenossen, über die Übel «des» Juden. Hinter all dem standen allgemeinere weltanschauliche Einflüsse, von den steigenden Absatzzahlen von Hitlers *Mein Kampf* bis zu häufigen Angriffen auf die Juden in den Parteizeitungen. Viele Ortsgruppen verstanden dies als ein Zeichen, abermals in die Offensive zu gehen.⁶⁷ Die Gründe für diese erneute Welle von Angriffen auf deutsche Juden durch Parteigruppen und SA-Banden 1935 lagen vor allem in der damals wachsenden Unbeliebtheit des Regimes. Wie wir gesehen haben, hatte sich die öffentliche Euphorie, von der die Errichtung des Dritten Reiches durch die Nationalsozialisten 1933 begleitet war, im Lauf des Folgejahres wieder verflüchtigt, und der nachgeschossene Kredit, den das Regime nach Hitlers entschlossenem Vorge-

hen gegen einen angeblichen Putschversuch Röhm's Ende Juni 1934 von der Bevölkerung erhielt, war bis zum Jahresende schon wieder verbraucht. In den ersten Monaten des Jahres 1935 berichteten die Gestapo, der SD und andere Agenten über ein deutliches Ansteigen der Unzufriedenheit in der Bevölkerung, da die materielle Lage unverändert schlecht blieb, die wirkliche Zahl der Arbeitslosen nach wie vor hoch war, die Preise für Nahrungsmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs stark anzogen und die Menschen der ständigen Forderungen des Regimes nach Zustimmung, Unterstützung und Geld überdrüssig wurden. Immer mehr Gerüchte und Witze über die Korruption der Ortsgruppen- und Kreisleiter der NSDAP machten die Runde, und alle Bemühungen des Reichspropagandaministeriums, in der Bevölkerung die Begeisterung für das Dritte Reich wachzuhalten, schienen ins Leere zu laufen.⁶⁸ Auch innerhalb der NS-Bewegung selbst war nach der Zerschlagung auch der letzten Hoffnungen auf eine «zweite Revolution» im Juni/Juli 1934 bei vielen Parteigenossen und SA-Leuten Bitterkeit aufgekommen. Für das Drängen auf gewaltsame Aktionen, das sich in weiten Teilen der SA bemerkbar machte, musste ein neues Ventil gefunden werden. Wie anders konnten die Braunhemden ihre Existenz rechtfertigen, gegenüber sich selbst oder der Partei, als durch gewaltsame Aktionen? Schliesslich war ihre Organisation genau dafür ins Leben gerufen worden. Doch der Wunsch, zu einer Politik des Kampfes zurückzukehren, beschränkte sich nicht auf die unzufriedenen Braunhemden. Die NSDAP insgesamt war sich der Tatsache wohl bewusst, dass es ihr nicht nur nicht gelungen war, die Begeisterung der breiten Öffentlichkeit wachzuhalten, sondern dass sie sogar im Begriff stand, auch noch den letzten Rückhalt in der Bevölkerung zu verlieren, der ihr geblieben war. Sie musste etwas unternehmen.

Nicht nur die NSDAP, auch Spitzen des Staates und beträchtliche Teile der Ministerialbürokratie hatten seit Mitte 1933 darauf gedrängt, mit staatlichen Massnahmen die Eheschliessung und sexuelle Beziehungen zwischen Nichtjuden und Juden («Rassenschande») in Deutschland zu verhindern, für deutsche Juden ein besonderes Staatsbürgerrecht vorzusehen und die Diskriminierung der Juden in der Wirtschaft zu forcieren. In Punkt 4 des NSDAP-Programms hiess es unmissverständlich, Juden könnten keine deutschen Staatsbürger sein, und etliche der frühen Reden Hitlers auf Kundgebungen, von seinen Ausführungen in *Mein Kampf* ganz zu

schweigen, hatten keinen Zweifel daran gelassen, dass «Rassenschande» zwischen «Ariern» und Juden für ihn eine absolut widerwärtige Vorstellung war. Geleitet von diesem Grundsatz hatten die Reichstagsabgeordneten der NSDAP bereits im März 1930 erfolglos einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem eine «Rassenmischung» verboten und Zuwiderhandlungen streng und äusserstenfalls mit dem Tod bestraft werden sollten. Das Verbot der «Rassenschande» würde zudem den Organen der Partei und der Polizei das Eindringen in die Intimsphäre der Bürger ermöglichen, und ein neues «Reichsbürgerrecht», wie es geplant war, sollte nicht automatisch allen «Ariern» verliehen, sondern musste aufgrund politischer Vorgaben des Regimes erst verdient werden, so dass Regimegegner gar nicht erst in seinen Genuss kämen. Die Vertreibung der Juden aus der Wirtschaft würde die zahlreichen Anhänger der Partei aus dem Kleinbürgertum beschwichtigen und ihnen die heissersehnte Gelegenheit bieten, ihre eigene Lage zu verbessern. Eine erneute Kampagne antisemitischer Propaganda- und Terroraktionen, begleitet von einer entsprechenden Gesetzgebung, würde den Juden die Schuld an der schlechten wirtschaftlichen Lage geben.⁶⁹

Die antisemitischen Aktionen im Frühjahr und Sommer 1935 nahmen viele Formen an. Wie wir gesehen haben, kam es im Mai zu zahlreichen Boykotts jüdischer Geschäfte, die von SA- und SS-Männern organisiert wurden, häufig unter Anwendung von Gewalt. Etwa zur selben Zeit wurden antisemitische Schilder an den Ortseingängen vieler Dörfer und Städte aufgestellt. Diese waren prinzipiell nichts Neues, da solche Schilder vielfach bereits in Julius Streichers Machtbereich Franken errichtet worden waren, doch im Frühjahr und Sommer 1935 sah man sie vor zahlreichen weiteren Ortschaften, unter anderem auch in Südbayern. Am häufigsten lautete die Inschrift «Juden sind hier nicht erwünscht», manche waren ironisch formuliert («Unser Bedarf an Juden ist hinreichend gedeckt»), enthielten eine Drohung («Juden betreten den Ort auf eigene Gefahr») oder versuchten an religiöse Gefühle zu appellieren («Der Vater der Juden ist der Teufel»)⁷⁰ In mehreren Städten, unter anderem in Weimar, verboten die Behörden Juden den Zutritt zu Lichtspieltheatern; in Magdeburg wurde Juden die Benutzung der Bibliotheken verboten, und an den Türen der Strassenbahnen waren Schilder mit der Aufschrift angebracht: «Juden un-

erwünscht». Die Gaststätten in Stralsund, Putbus und anderen Orten an der Ostsee verwehrt den Juden den Zutritt. «In unzähligen Gemeinden sind die Badeeinrichtungen für Juden verboten», hiess es in einem der Sopade-Berichte, jüdische Friedhöfe und Synagogen wurden geschändet. Nichtjuden, die Beziehungen zu Jüdinnen unterhalten hatten, wurden öffentlich als «Rassenschänder» durch die Strassen geführt und mussten gelegentlich von der Gestapo vor Angriffen von Parteiaktivisten in «Schutzhaft» genommen werden, diesmal in der ursprünglichen Bedeutung des Wortes. Die Atmosphäre auf den Strassen in vielen Orten im Rheinland, in Westfalen, Hessen, Pommern und Ostpreussen war so bedrohlich, dass viele Juden sich kaum auf die Strasse wagten.⁷¹

Die Urheber solcher Aktionen wurden nicht nur durch die allgemeine Atmosphäre des Antisemitismus ermutigt, sondern auch ausdrücklich von führenden Persönlichkeiten in der Partei. «Manche glauben», sagte Goebbels auf dem Berliner Gauparteitag am 30. Juni 1935, «wir sähen es nicht, wie heute auf allen Strassen das Judentum versucht, sich wieder breitzumachen. Der Jude hat sich gefälligst den Gesetzen der Gastfreundschaft anzubequemen und nicht so zu tun, als wäre er unseresgleichen.» Am 15. Juli berichtete Goebbels' Zeitung *Der Angriff*, dass ein antisemitischer Film «von jüdischen Störungstrupps ausgepiffen» worden sei, und nahm dies zum Anlass, offen zur Gewaltanwendung gegen Juden in Berlin aufzufordern. Die Juden, hiess es in dem Artikel, seien eine «Rasse ..., die immer wieder eine harte Hand spüren muss». Tatsächlich war die angebliche jüdische Demonstration der Vorwand, unter dem Goebbels die antisemitische Gewalt rechtfertigen wollte, die jetzt zwangsläufig folgte, als Parteiaktivisten Juden auf dem Kurfürstendamm verprügelten oder sie in den Lokalen der Umgebung aufspürten und auf sie losgingen. Diese Zwischenfälle lösten wiederum eine neue Welle gewalttätiger Boykotts jüdischer Geschäfte überall in Deutschland aus.

Goebbels war nicht der einzige Parteiführer, der seine Anhänger auf diese Weise aufhetzte. Am 30. August 1935 veranstaltete Julius Streicher eine Versammlung in Hamburg. Tags zuvor fuhrn zwei Lastwagen mit SA-Leuten durch Strassen, die dafür bekannt waren, dass dort Juden wohnten, warfen brennende Fackeln auf die Strasse und riefen «Juda verrecke!»

Die Parteigenossen wurden informiert, bei der Versammlung bestehe Anwesenheitspflicht; Arbeitslose erhielten Eintrittskarten für zehn Pfennig. Die Veranstaltung fand in einer Halle statt, und es kamen rund 20'000 Besucher, viele von ihnen in SA-, SS-, HJ-, DAF- und anderen Uniformen, strategisch im Publikum verteilt plaziert, um an bestimmten Stellen der Rede Streichers Applaus zu provozieren. Anfangs hatte Streicher Schwierigkeiten, sein Thema zu finden, und kaum jemand klatschte. Die Presse im Ausland beschimpfend, die über Deutschland nur Lügen verbreite, sagte er, «dass wir mit den Juden in Deutschland machen, was wir wollen». Schliesslich kam Streicher auch auf das Thema «Rassenschande» zu sprechen, wobei er zunehmend obszön wurde. Er begnügte sich nicht mit der Behauptung, Hunderte deutscher Frauen seien von Juden vergewaltigt worden, sondern malte diese angeblichen Verbrechen genüsslich aus. Der Höhepunkt seiner Rede bestand in einer Geschichte, in der eine «arische» Frau einen Juden geheiratet hatte und von diesem ein Kind erwartete. Schliesslich kam der Tag der Geburt. Und «was lag da in der Wiege, Volksgenossen?», stellte er die rhetorische Frage. «Ein kleiner Affe!» Einige der Anwesenden verliessen den Saal, andere waren anscheinend schon längst eingeschlafen. Doch obwohl viele einfache Leute in der Halle entweder gleichgültig blieben oder abgestossen waren, müssen solche geifernden Tiraden ihre Wirkung auf die überzeugten Nationalsozialisten gehabt haben, die anwesend waren; und sie wurden von Kreis- und Gauleitern, wenn auch in weniger extremer Form, in den nächsten Monaten wiederholt. Die meisten von ihnen sahen in Streichers Forderung, antisemitische Massnahmen müssten gesetzlich und gewaltlos sein, nichts anderes als eine Beschwichtigung der öffentlichen Meinung im eigenen Land wie im Ausland.⁷²

II

Weder diese erneute Welle terroristischer Aktionen noch die gleichzeitig ablaufende Kampagne gegen die katholische Kirche hatten die erwünschte belebende Wirkung auf die öffentliche Unterstützung des Regimes. Die Parallelität dieser Kampagnen weckte sogar bei vielen Katholiken Mitgefühl mit den Juden, und viele von ihnen waren der Meinung,

«dass die Massnahmen gegen die Juden zu weit gingen», wie die Gestapo in Münster meldete. Jedenfalls standen sie der Idee ablehnend gegenüber, die «Rasse» müsse anstelle der Religion das Leitprinzip des sozialen Handelns sein. Die Boykotts und noch mehr die Gewalt weckten «eher Ablehnung als Zustimmung» in der breiteren Bevölkerung, wie es in einer anderen Meldung der Gestapo hiess. In Mannheim-Neckarau wurden Kunden sogar mit SA-Männern handgreiflich, die versuchten, sie am Betreten jüdischer Geschäfte zu hindern. Die bürgerliche Schicht war besonders aufgebracht über eine derart offene Störung der Ordnung auf der Strasse und befürchtete eine negative Wirkung auf die Öffentlichkeit im Ausland. Manche äusserten die sarkastische Ansicht, den kleinen nationalsozialistischen Ladenbesitzern gehe es nur darum, die lästige Konkurrenz loszuwerden.⁷³

Ein sozialdemokratischer Beobachter in Bayern verfasste dagegen einen differenzierteren Bericht:

«Judenverfolgungen finden in der Bevölkerung keinen aktiven Widerhall. Aber sie bleiben andererseits doch nicht ganz ohne Eindruck. Unmerklich hinterlässt die Rassenpropaganda doch ihre Spuren. Die Leute verlieren ihre Unbefangenheit gegenüber den Juden, und viele sagen sich: eigentlich haben die Nazis mit ihrem Kampf gegen die Juden doch recht, aber man ist gegen die Übertreibungen des Kampfes, und wenn man in jüdischen Warenhäusern kauft, dann tut man es in erster Linie nicht, um den Juden zu helfen, sondern um den Nazis eins auszuwischen.»⁷⁴

Die Parteiführung hatte keine grundsätzlichen Einwände gegen die Gewalt, doch setzte sich bei ihr mit der Zeit der Eindruck durch, dass alles, was Streicher in seinen öffentlichen Reden sagte, sich nachteilig auf die Meinung des Auslands auswirkte, während das Regime vorläufig noch auf dessen Wohlwollen angewiesen war. In den letzten Augustwochen 1935 wurde in der Presse berichtet, dass SA-Männer in Breslau eine gewalttätige Demonstration gegen Juden durchgeführt und dabei den schwedischen Konsul in der Stadt verprügelt hatten. Göring, Bormann und Hess, die für Hitler persönlich sprachen, wiesen die Polizei Ende Juli und Anfang August an, spontane, nicht von der Zentrale aus gelenkte «Demonstrationen»

gegen Juden zu unterbinden. Wie Göring der Gestapo sagte, würden noch allgemeine Richtlinien über den Umgang mit Juden erlassen. An diesen wurde sogar bereits gearbeitet. Innerhalb des Reichsinnen- und des Reichsjustizministeriums waren seit Juli 1934 unsystematische Diskussionen geführt worden, ohne dass es gelungen wäre, die hohen juristischen Hürden vor einem neuen Reichsbürgergesetz und einem Gesetz zur Verhinderung von Ehen zwischen «Ariern» und Juden zu überwinden. Am 21. Mai 1935 wurde ein neues Wehrgesetz erlassen, dessen Bestimmungen auch das Verbot von «Mischehen» zwischen deutschen Soldaten und «nichtarischen» Frauen einschlossen. Die Standesämter hatten bereits begonnen, Anträge auf eine Mischehe nicht zu bearbeiten. Am 19. Juli legten Vertreter des Reichsjustiz- und des Reichsinnenministeriums einen Gesetzentwurf vor, der diese Ehen überhaupt verbot. Die Angelegenheit war dringend geworden, nicht zuletzt wegen der zahlreichen Angriffe auf «Rassenschänder» und einer Welle von Verhaftungen dieser Personen durch die Gestapo. Im Mai 1935 schloss ein Einbürgerungsgesetz ausländische Juden und «Nichtarier» vom Erwerb der deutschen Reichsbürgerschaft aus. Offenbar war eine Einigung über die weitere Gesetzgebung erzielt worden, und als dies bis Anfang September bis zu den Kreis- und Ortsgruppenleitern durchgedrungen war, ebte die Welle gewalttätiger antisemitischer Aktionen schliesslich langsam ab, wenn sie auch nicht völlig zum Erliegen kam.⁷⁵

Nicht nur die Idee eines neuen Reichsbürgergesetzes, sondern auch eine beträchtliche Zahl konkreter Vorschläge zu seiner Formulierung waren somit den Vertretern von Staat und Partei zum Zeitpunkt des jährlichen Reichsparteitags bekannt, der am 9. September beginnen sollte. Zu diesem Zeitpunkt wurden New Yorker Dockarbeiter, die eine Hakenkreuzfahne von einem deutschen Schiff heruntergerissen hatten, von einem Richter freigesprochen und mit einem Schlusswort entlassen, in dem dieser den Nationalsozialismus mit all seinem Treiben verurteilt hatte. Das erboste Hitler so sehr, dass er umgehend beschloss, nunmehr sei der Zeitpunkt gekommen, die Hakenkreuzfahne zur einzigen Nationalflagge zu erklären. Wie er am 11. September vor dem Parteitag sagte, habe der jüngste Kongress der Kommunistischen Internationale in Moskau, auf dem ein internationaler Krieg gegen den Faschismus ausgerufen worden sei, gezeigt,

dass es an der Zeit sei, sich mit der bolschewistischen Bedrohung auseinanderzusetzen, die er als das Produkt einer internationalen jüdischen Verschwörung darstellte. Hitler berief den Reichstag für den 15. September, den letzten Tag des Reichsparteitags, nach Nürnberg ein; die Tatsache, dass er die Abgeordneten einfach dorthin beordern konnte, liess erkennen, wie bedeutungslos diese Institution inzwischen geworden war. Die Reichstags-sitzung sollte der günstige Augenblick sein, ein Reichsbürgergesetz, ein «Rassengesetz» und ein Reichsflaggengesetz in einem Durchgang zu verabschieden. Nach einer letzten, unter Zeitdruck zustande gekommenen Formulierung der einzelnen Gesetze in Zusammenarbeit mit einem Vertreter des Reichsinnenministeriums legte Hitler die Entwürfe am 15. September dem Reichstag vor. Die Juden in Deutschland, erläuterte er, hätten die angespannte internationale Lage dazu benutzt, Unfrieden zu stiften: «Aus zahllosen Orten wird auf das Heftigste geklagt über das provozierende Verhalten einzelner Angehöriger dieses Volkes», behauptete er; es habe sogar planmässige jüdische Provokationen gegeben, denen man mit einer gesetzlichen Regelung des Problems begegnen müsse, «soll dieses Vorgehen nicht zu sehr entschlossenen, im einzelnen nicht übersehbaren Abwehrreaktionen der empörten Bevölkerung führen». Die Rede war eine typische Mischung aus Lügen und Drohungen, gekrönt von einer ebenso typischen Versicherung, die neuen Gesetze seien eine «einmalige säkulare Lösung».⁷⁶

Hitler überliess die ausführliche Begründung für die Gesetze Göring, dessen Rede vor dem Reichstag keinen Zweifel daran liess, dass sein Antisemitismus kaum weniger radikal war als der von Goebbels, Streicher oder Hitler selbst. Das Hakenkreuz, sagte er vor den versammelten Reichstagsabgeordneten in braunen Uniformen, sei «das Symbol unseres Kampfes für unsere arteigene Rasse, es war uns ein Zeichen des Kampfes gegen die Juden als Rassenzerstörer». Wenn ein «frecher Jude in seinem abgrundtiefen Hass» auf Deutschland die Flagge in New York beleidigt hatte, so hatte er das ganze deutsche Volk beleidigt. Deshalb sollte den Juden nicht erlaubt werden, die Reichs- und Nationalflagge zu hissen. Die neuen Gesetze würden allerdings noch weiter gehen und «deutsches Blut» vor einer Verunreinigung durch die jüdische und andere fremde «Rassen» schützen. In den Worten Görings waren sie «ein Bekenntnis zu den Kräf-

ten und Segnungen germanisch-nordischen Geistes. Wir wissen, dass die Blutsünde die Erbsünde eines Volkes ist. Wir selbst, das deutsche Volk, haben schwer an dieser Erbsünde leiden müssen. Wir wissen, dass die letzte Wurzel allen Zerfalls Deutschlands aus dieser Erbsünde letzten Ende kam. Wir müssen daher wieder versuchen, Anschluss zu gewinnen an die Geschlechterreihen aus grauer Vorzeit... Und es ist Pflicht einer jeden Regierung, und es ist vor allem Pflicht des Volkes selbst, dafür zu sorgen, dass diese Reinheit der Rasse nie wieder angekränkt und verdorben werden kann.»⁷⁷

Der Reichstag verabschiedete erwartungsgemäss alle drei Gesetze einstimmig, und am nächsten Tag wurde ihr Text in allen Zeitungen auf den Titelblättern abgedruckt. Doch sie waren nicht so einfach und unkompliziert, wie sie auf den ersten Blick vielleicht aussahen.⁷⁸ Das Reichsbürgergesetz definierte die Reichsbürger ausschliesslich als Personen «deutschen oder artverwandten Blutes». Gleichzeitig musste ein Reichsbürger jedoch auch «durch sein Verhalten beweisen, dass er gewillt und geeignet [war], in Treue dem Deutschen Volk und Reich zu dienen». Alle anderen Personen, zumal die Juden, aber potentiell auch alle Gegner des Regimes oder sogar jene, die sich stillschweigend durch ihre mangelnde Begeisterung für seine Politik von ihm distanzieren, waren lediglich «Staatsangehörige». Sie waren «dem Schutzverband des Deutschen Reichs ... besonders verpflichtet», erhielten dafür jedoch keinerlei politische Rechte. Die Festlegung näherer Einzelheiten in einer Durchführungsverordnung wurde dem Reichsinnenministerium in Zusammenarbeit mit dem Parteibüro unter Rudolf Hess überlassen, und schliesslich gaben zwei Vertreter des Ministeriums, Dr. Wilhelm Stuckart und Dr. Hans Globke, einen Kommentar heraus, in dem die Bestimmungen des Gesetzes begründet und die sich daraus ergebenden Konsequenzen erläutert wurden. Innerhalb von 14 Tagen hatte Reichsinnenminister Frick die Entlassung sämtlicher jüdischen Beamten verfügt, die sich aufgrund spezieller Klauseln im Beamtengesetz vom 7. April noch im Dienst befanden.

Doch wer war eigentlich genau Jude? Nach der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November war Jude, wer mindestens drei «volljüdische» Grosseltern hatte, wer zwei jüdische Grosseltern hatte und bei Erlass des Gesetzes der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörte

oder ihr später beirat oder wer zu diesem Zeitpunkt mit einem «Volljuden» verheiratet war. Nach zeitgenössischen Schätzungen, die allerdings stark voneinander abwichen, lebten 1935 in Deutschland auch rund 50'000 zum Christentum konvertierte Juden oder Abkömmlinge von getauften Juden sowie 2'000 «Dreiviertelsjuden», die konvertiert waren. Aufgrund eines hohen Anteils von Mischehen zwischen Juden und Nichtjuden während der vorangegangenen Jahrzehnte gab es in Deutschland rund 75'000 Personen mit nur zwei jüdischen Grosseltern und 125'000 bis 130'000 mit nur einem jüdischen Grosselternanteil. Zudem waren viele aus dieser Gruppe wiederum mit einem Nichtjuden verheiratet, ebenso an die 22'000 «Volljuden», von denen wiederum viele Kinder hatten. Die Nationalsozialisten selbst schätzten 1939, dass es im Deutschen Reich (unter Einschluss Österreichs und des Sudetenlands) 20'454 Mischehen zwischen Juden und Christen gab. Dieselbe Zählung, bei der zum erstenmal Juden nach «rassischen» Kriterien erfasst wurden, kam auf 52'000 «Halbjuden» und 32'669 «Viertelsjuden» im sogenannten Altreich. Über 90 Prozent der Personen, die in Mischehen lebten, gehörten einer christlichen Kirche an. Wie bei allen «Rassegesetzen» steckte der Teufel im Detail, und unter diesen Umständen eine hieb- und stichfeste Definition zu finden, wer Jude war und wer nicht, war schier unmöglich. Die nationalsozialistischen Gesetzgeber standen vor einem unauflösbaren Dilemma: War das Gift, das aus dem jüdischen in den «Blutstrom» der «deutschen Rasse» hineinfluss, so virulent, dass bereits ein geringer Anteil davon genügte, eine Person zu einem Juden zu machen, oder war das deutsche «Blut» so stark und gesund, dass es in der erblichen Konstitution eines «Ariers» so gut wie jeden Anteil jüdischen «Blutes» verkraften würde? Auf solche unvernünftigen Fragen gab es keine vernünftige Antwort, da es von Anfang an keine rationale Basis für die Annahmen gab, auf denen sie beruhten. Alle Lösungen, zu denen die Nationalsozialisten in der Frage der «gemischtrassigen» Deutschen und der Mischehen gelangten, waren somit letztlich völlig willkürlich.⁷⁹

Die Feinheiten der «Rassenklassifizierung» beschäftigten die Ministerialbürokraten in den folgenden Wochen in endlosen Sitzungen und internen Denkschriften. Die Vorsichtigeren warnten, die Umdefinierung der «Halbjuden» zu «Volljuden» würde eine beträchtliche Zahl bislang loyaler Deut-

scher in das Lager der inneren Feinde des Nationalsozialismus treiben. Mit dieser Warnung setzten sie sich durch, und die Angehörigen dieser Kategorie wurde in einer Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 als «Mischlinge ersten Grades» bezeichnet, sofern sie nicht der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörten oder mit einem «Volljuden» verheiratet waren. In diesem Fall zählten sie als «Geltungsjuden» mit allen damit verbundenen Konsequenzen. Personen mit nur einem jüdischen Grosselternanteil zählten als «Mischlinge zweiten Grades». Es gab weitere Bestimmungen im Hinblick auf unehelich geborene Personen oder jene, die nach dem Inkrafttreten der Nürnberger Gesetze 1935 geboren wurden. Die Gesetzgeber erkannten das Willkürliche dieser Regelungen, indem sie eine letzte Bestimmung aufnahmen, nach der Hitler jederzeit die Möglichkeit hatte, in einzelnen Fällen das letzte Wort zu sprechen. Von dieser Möglichkeit machte er auch Gebrauch, oder andere taten es in seinem Namen, indem sie ein Dokument, eine sogenannte «Deutschblütigkeitserklärung», mit seinem Namenszug abstempelten. Bis auf Weiteres brauchten die Behörden zur Feststellung einer potentiell jüdischen Abstammung nichts weiter zu tun als zu eruieren, ob die Grosseltern der betreffenden Person die jüdische Religion praktiziert hatten, ein Verfahren, das alle «wissenschaftlichen» Behauptungen über die Bedeutung von «Rasse» und «Blut» bei der Bestimmung einer jüdischen oder deutschen Identität ad absurdum führte. Genealogen wurden plötzlich die gefragtesten Experten im ganzen Land, da viele Deutschen alles daransetzten, um in Kirchenbüchern und anderen Quellen Beweise für ihre «rassische Reinheit» zu finden, die dann in einen «Ahnennachweis» eingetragen wurden, ein Dokument, das nunmehr die entscheidende Voraussetzung für eine Laufbahn im Beamtendienst oder praktisch für jede andere Arbeitsstelle wurde.⁸⁰

III

Die Nürnberger Gesetze wurden in der Presse als stabilisierende Massnahme dargestellt, die es der jüdischen Minderheit in Deutschland erleichtern würde, ihr eigenes Leben zu führen. Das Reichspropaganda-

ministerium achtete sorgfältig darauf, dass keine triumphierenden oder schadenfrohen Artikel in der Presse erschienen, und untersagte jedwede «Kommentare im Ton ‚feste druff!«⁸¹ Dessenungeachtet bahnte das Gesetz den Weg für eine weitere massive Diskriminierung aller Personen, die als Juden galten. Zwei Wochen nach der Durchführungsverordnung vom 14. November verbot Hitler nachträglich die Anwendung einer von ihm selbst unterzeichneten Vorschrift, die alle über die Bestimmungen der Nürnberger Gesetze hinausgehenden Anforderungen an die «Reinheit des Blutes» ausschloss. Damit waren alle privatrechtlichen Vereine befugt, «Arierparagraphen» zu erlassen, unter die dann auch «jüdische Mischlinge» fielen. Weitere Massnahmen schränkten den Zugang von Juden zu staatlich regulierten Berufen ein. «Jüdische Mischlinge» mit zwei jüdischen Grosseltern benötigten für eine Eheschliessung mit einem «Arier» einer Sondergenehmigung durch einen eigens gebildeten «Reichsausschuss für Ehegenehmigungen», später umbenannt in «Reichsausschuss zum Schutze des deutschen Blutes». Da dieser jedoch nie eine solche Genehmigung erteilte, wurde er 1936 aufgelöst, und die Anträge wurden von einem Verwaltungsangestellten bearbeitet. «Jüdische Mischlinge» konnten noch studieren, sexuelle oder andere Beziehungen zu Nichtjuden waren ihnen noch nicht verboten, und sie konnten in vielerlei Hinsicht ein uneingeschränktes Leben führen. Hierzu gehörte für die Männer auch der Wehrdienst. Die Wehrmachtsführung machte sich natürlich Gedanken darüber, dass der Ausschluss der männlichen «jüdischen Mischlinge» von der Wehrpflicht eine Schwächung der Kampfstärke bedeutete. In einem Brief an Hitlers Wehrmachtsadjutanten Oberst Friedrich Hossbach vom 3. April 1935 schätzte ein Vertreter des Reichsinnenministeriums, dass es in Deutschland an die 150'000 männliche «jüdische Mischlinge» im wehrpflichtigen Alter gebe – eine starke Übertreibung, die jedoch den Spitzen der Wehrmacht noch mehr Anlass zu Befürchtungen gab.⁸²

Die Wehrmachtsführung hatte zweifellos gute Gründe zur Besorgnis. Bis Ende 1935 hatte sie praktisch alle jüdischen Offiziere und Mannschaften entlassen, und im Frühsommer 1936 erreichte sie eine Vereinbarung mit Hitler, dass «Halb- und Viertelsjuden» ihren Wehrdienst ableisten mussten, aber keine Führungsstellen einnehmen durften, sofern es keine Ausnahmegenehmigung durch den Führer selbst gab. Die Reichsstelle für

Sippenforschung der NSDAP deckte die Wehrmacht mit Informationen über Offiziere ein, die «nicht rein arisch» waren und ihrer Ansicht nach aus ihren Posten entfernt werden mussten. Doch 1936/37 gab es noch viele Offiziere, die mit der Einmischung von Partei und Staat in militärische Angelegenheiten nicht einverstanden waren und diese Forderungen ignorierten. Ausserdem war die Überprüfung der Abstammung von Zehntausenden Offizieren eine nahezu unerfüllbare Aufgabe, und nicht wenigen Offizieren gelang es, zumindest bis zum Beginn des Krieges, in manchen Fällen auch länger, ihre teilweise jüdische Abkunft zu verbergen. Vom Standpunkt der Wehrmacht aus zählte natürlich in der Hauptsache, ob sie gute Soldaten waren.⁸³

Die Haltung der Wehrmacht brachte exakt den fragwürdigen und ungewissen Status vieler «jüdischer Mischlinge» in Deutschland nach 1935 zum Ausdruck. Dennoch waren insgesamt gesehen selbst «Mischlinge» und sogar «Volljuden» durch den Erlass der Nürnberger Gesetze bis zu einem gewissen Grad erleichtert, da diese, wie sie glaubten, die Hauptelemente der Unsicherheit ihrer Lage beseitigt hatten und ein Ende der gewalttätigen antisemitischen Kampagnen der vorangegangenen Monate verhiesse. Die Parteiaktivsten waren aus verständlichen Gründen von den Nürnberger Gesetzen begeistert und sahen darin mit Recht einen bedeutenden Schritt auf dem Weg einer vollständigen «Entfernung» der Juden aus der deutschen Gesellschaft. Trotzdem vermeldeten Agenten der Gestapo und Beobachter der SPD eine kritische, sogar ablehnende Haltung gegenüber den Nürnberger Gesetzen selbst innerhalb von Gruppen der Gesellschaft, die normalerweise den Juden alles andere als wohlwollend gegenüberstanden. Angeblich missbilligten vier Fünftel der Bevölkerung in der Pfalz die Gesetze, die Arbeiterschaft lehnte den Antisemitismus der Nationalsozialisten fast einhellig ab, und Kleinunternehmer waren dagegen, weil sie befürchteten, dass sie zu neuen Boykotts deutscher Waren im Ausland führen würden. Selbst die Sozialdemokraten räumten jedoch ein, dass die meisten sich durch die Gewalttaten des Sommers und die NS-Propaganda in Verbindung mit den Gesetzen so eingeschüchert fühlten, dass sie nicht mehr in jüdischen Geschäften einkaufen gingen. Gleichgültigkeit und Passivität kennzeichneten die Reaktion der Mehrheit in der Bevölkerung.⁸⁴

Im Lauf der Zeit zeigten die immer wieder ausbrechende Gewalt, die unablässige Propaganda und die Abstützung der nationalsozialistischen Politik durch staatliche Gesetze ihre Wirkung. So hiess es im Januar 1936 in einem SPD-Bericht:

«Auch die Judenhetze bleibt nicht ohne Einfluss auf die Volksmeinung. Ganz langsam werden da Anschauungen hineinfiltriert, die früher abgelehnt wurden. Zunächst liest man den *Stürmer* nur aus Neugier, dann aber bleibt schliesslich doch etwas hängen. Gleichwohl muss man sagen: es spricht viel für das deutsche Volk, dass trotz der jahrelangen Judenhetze es überhaupt noch möglich ist, dass Juden in Deutschland leben können. Wenn nicht das deutsche Volk von Natur aus gutartig wäre, müsste die Propaganda dahin geführt haben, dass die Juden einfach auf der Strasse totgeschlagen würden... Ganz allgemein kann man feststellen, dass es die Nationalsozialisten tatsächlich fertiggebracht haben, die Kluft zwischen dem Volk und den Juden zu vertiefen. Das Empfinden dafür, dass die Juden eine andere Rasse sind, ist heute allgemein.»⁸⁵

Die Wirkung, die eine unaufhörliche antisemitische Propaganda auf einen nachdenklichen jungen Menschen ausüben konnte, lässt sich den Erinnerungen von Melita Maschmann entnehmen. Sie hatte viel Kontakt zu Juden, die etwa ein Drittel ihrer Klasse einer höheren Schule in einem Berliner Nobelvorort ausmachten. Hier unterschieden die nichtjüdischen Schülerinnen instinktiv ihre jüdischen Mitschülerinnen von «den Juden»; «*Die Juden waren und blieben etwas geheimnisvoll Drohendes, Anonymes.*» «*Der Antisemitismus meiner Eltern*», fuhr Melita Maschmann in ihren Erinnerungen in Form eines Briefs an eine mit ihr damals befreundete jüdische frühere Klassenkameradin fort,

«war ein für uns Kinder selbstverständlicher Bestandteil ihrer Gesinnung ... Man war freundlich zu den einzelnen Juden, die man angenehm fand, wie man als Protestant freundlich zu einzelnen Katholiken war. Aber während man nicht auf die Idee kam, *den* Katholiken feindlich gesonnen zu sein, war man es *den* Juden durchaus... Wenn ich verkündete, dass alles Unglück der Völker von den Juden herrühre, oder dass der jüdische Geist zersetzend und das jü-

dische Blut verunreinigend wirke, war ich nicht genötigt, an dich oder den alten Herrn Lewy oder an Rosel Cohn zu denken, sondern ich dachte an das Gespenst ‚*der Jude*‘. Und wenn ich hörte, dass die Juden aus ihren Berufen und Wohnungen vertrieben und in Ghettos eingesperrt wurden, schaltete sich automatisch eine Weichenstellung ein, die den Gedanken umging, ein solches Schicksal könne auch dich oder den alten Lewy ereilen. Verfolgt und ‚unschädlich gemacht‘ wurde ja nur *der Jude*.»⁸⁶

Als sie mit 18 Jahren von ihren Eltern in ein Internat geschickt wurde, war sie froh, denn sie konnte nun die ohnedies sehr abgeschwächte Beziehung mit der jüdischen Freundin abbrechen: «entweder Freundschaft mit Juden halten oder Nationalsozialist sein».⁸⁷

Ständig der antisemitischen Propaganda ausgesetzt, erinnerte sich Maschmann später, dass sie und ihre Freundinnen aus «besseren» Familien sie für ziemlich vulgär gehalten und darüber gespottet hatten, dass ein Referent bei einer Tagung sie davon überzeugen wollte, dass die Juden immer noch Ritualmorde und andere Greuelthaten begingen. Als gebildete Menschen blickten sie verächtlich auf die Geschmacklosigkeit des *Stürmers*, hatten jedoch nichts gegen seine grundsätzliche Tendenz. Als sie am Morgen des 10. November 1938 aus Frankfurt an der Oder kommend zu Fuss durch das Berliner Scheunenviertel ging, sah sie überall auf den Gehwegen Glassplitter und hörte von einem Polizisten, in der Nacht zuvor habe die Volksseele gekocht. «Eine Sekunde lang empfand ich deutlich, dass hier etwas Schreckliches geschehen war... Aber fast gleichzeitig schaltete ich darauf um, das Geschehene als vollendete Tatsache zu akzeptieren und nicht mehr kritisch zu bedenken. Ich sagte mir: Die Juden sind die Feinde des neuen Deutschland. Sie haben diese Feindschaft heute nacht zu spüren bekommen. Das Weltjudentum, das es darauf abgesehen hat, Deutschland an seinem ‚Aufbruch in die Grösse‘ zu hindern, wird die Ereignisse dieser Nacht hoffentlich als ein Warnsignal verstehen. Wenn von den Juden in aller Welt Hass gegen uns gesät wird, so sollten sie wissen, dass sich Geiseln ihres Volks in unserer Hand befinden.» Später unterdrückte sie die Erinnerung an den offenen und gewaltsamen Antisemitismus der Nazizeit. «Dieses schnelle Abschalten gelang mir im Laufe der Jahre bei ähnlichen Anlässen immer besser. Es war die einzige Methode,

das Aufkommen von Zweifeln an der Richtigkeit dessen, was geschah, unter allen Umständen zu verhindern.»⁸⁸ Ein solcher Prozess der Rationalisierung und der Verdrängung muss auch bei vielen anderen Deutschen so oder so ähnlich abgelaufen sein.

IV

Vom September 1935 an beherrschte der Antisemitismus als ein Prinzip nicht nur das öffentliche, sondern auch das Privatleben. Von Anfang an fest verankert in der NS-Ideologie, drang er jetzt in weite Teile der deutschen Gesellschaft tiefer ein als zuvor. Der gesamte öffentliche Dienst war jetzt damit beschäftigt, die Nürnberger Gesetze anzuwenden. Richter, Staatsanwälte, Polizisten, die Gestapo und andere Instanzen des Strafvollzugs hatten immer mehr damit zu tun, den antisemitischen Gesetzen Geltung zu verschaffen. Stadt- und Gemeinderäte und ihre Angestellten in Büchereien, Schwimmbädern und anderen städtischen und kommunalen Einrichtungen setzten die judenfeindlichen Vorschriften in die Tat um. Wirte, Ladeninhaber (die sich vielfach gegen potentielle Angriffe der SA schützten, indem sie Schilder mit der Aufschrift «rein arisches Geschäft» anbrachten), Kaufleute, Geschäftsleute, Menschen in den verschiedensten Berufen waren sich der Judengesetze bewusst und hatten wenig Hemmungen, sie zu beachten. Gewiss waren die Geheimberichte der Sozialdemokraten voll von Beispielen einzelner Vermieter und Gaststätteninhabern, die sich nicht darum kümmerten, dass sie jüdischen Besuchern den Zutritt verbieten mussten. Trotzdem tat dies alles seine Wirkung. In Verbindung mit der fortschreitenden wirtschaftlichen Ausgrenzung der Juden bezeichneten die Nürnberger Gesetze einen wichtigen Schritt in die Richtung einer Ausgrenzung der Juden aus der deutschen Gesellschaft. Nach dem September 1935 waren sie stärker isoliert als je zuvor.⁸⁹ Das dritte Gesetz, das auf dem Reichsparteitag in Nürnberg erlassen wurde, das sogenannte «Blutschutzgesetz» («Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre»), war vielleicht das wichtigste der Nürnberger Gesetze, weil die Nationalsozialisten damit in die Privatsphäre der Bürger eindrangten. Es stellte Eheschliessungen und ausserehelichen Geschlechtsverkehr

zwischen Juden und «Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes» unter Strafe. Juden durften keine «arischen» weiblichen Hausangestellten unter 45 Jahren beschäftigen, eine Anspielung auf sexuelle Phantasien, wie sie auf den Seiten des *Stürmers* immer wieder heraufbeschworen wurden. Verstösse gegen dieses Gesetz wurden unter dem dramatisierten Begriff «Rassenschande» vor ordentlichen Gerichten verhandelt. Ihrem ganzen Wesen nach waren solche «Vergehen» schwer zu beweisen, und die Strafverfolgung war von Anfang an weitgehend auf Denunziationen von Nachbarn, Bekannten und gelegentlich auch Familienangehörigen der Beschuldigten angewiesen. Von 1936 bis 1939 wurden im Jahresdurchschnitt etwa 420 Personen wegen «Rassenschande» verurteilt, davon waren zwei Drittel jüdische Männer. Unter anhaltendem Druck seitens der Gestapo und des Reichsjustizministeriums wurden die Urteile zunehmend härter; 1938 zum Beispiel verhängte das Landgericht Hamburg in der Mehrzahl relativ lange Zuchthausstatt Gefängnisstrafen. Die Definition des «ausserehelichen Verkehrs» wurde immer weiter ausgedehnt, bis sie fast jede Form eines körperlichen Kontakts zwischen Juden und «Ariern» einschloss, selbst gesellschaftlich übliche Umarmungen und Wangenküsse.⁹⁰ Elf Verurteilungen wegen «Rassenschande» erfolgten in den restlichen Monaten 1935; im Folgejahr stieg die Zahl auf 358 an, erhöhte sich 1937 nochmals auf 512 und ging in den Jahren 1938 bis 1940 auf 434, 365 und 231 zurück. Ein Grund für diesen Rückgang dürfte in der erzwungenen Auswanderung vieler junger Juden und solcher mittleren Alters gelegen haben. Es ist aber auch möglich, dass die immer härter werdenden Urteile abschreckend gewirkt haben.⁹¹

In den Gefängnissen und Zuchthäusern mussten die Verurteilten häufig antisemitische Beschimpfungen durch die Wärter über sich ergehen lassen; in manchen Einrichtungen wurden sie gewohnheitsmässig auf schmale Kost gesetzt, und selbst gute Führung wurde häufig beschrieben als «recht ideal der rassischen Eigenart angepasst, die es versteht, sich auch im Zustande der Machtlosigkeit den Verhältnissen anzuschmiegen», wie ein bayerischer Gefängnisbeamter 1939 schrieb. «Auch habe ich sehr unter Judenhass zu leiden», schrieb ein junger jüdischer Insasse seiner Mutter in einem Brief, der von der Gefängnisaufsicht beschlagnahmt wurde, «ein

Beamter ruft mich, obwohl er ganz genau weiss, wie ich heisse, Moses ... Ein anderer rief heute Mittag zu mir verdammter Judenhund.» Ihre Leiden waren damit nicht beendet. Aufgrund einer Anordnung des Reichsjustizministeriums vom 8. März 1938 wurden Juden, die wegen «Rassenschande» verurteilt worden waren, nach der Verbüßung ihrer Strafe von der Gestapo erneut verhaftet und in ein Konzentrationslager verbracht.⁹² Hier wurden sie häufig wegen der Art ihres angeblichen Vergehens ausgesondert. Im Lager Buchenwald wurde der zwanzigjährige Julius Meier, ein gebildeter Jude bürgerlicher Herkunft, der eine zweijährige Zuchthausstrafe verbüßt hatte, nachdem ein Nachbar ihn denunziert hatte – er hatte ein intimes Verhältnis zur nichtjüdischen Hausangestellten der Familie unterhalten –, vom Lagerarzt für eine Kastration bestimmt worden. Nachdem er sich geweigert hatte, auf einem Formular seine Zustimmung zu dem Eingriff zu erklären, weil seine Auswanderungspapiere bald vollständig sein würden, wurde Meier auf Befehl des Arztes von einem SS-Wachmann mehrmals ins Gesicht geschlagen und getreten; anschliessend verweigerte der Arzt ihm trotz seiner Verletzungen jeden medizinischen Beistand und liess ihn für zwölf Tage in die Arrestzelle des Lagers stecken. Die von einem entlassenen Häftling gewarnten Eltern des jungen Mannes hatten inzwischen die für eine Auswanderung erforderlichen Papiere beisammen, und die SS-Zentrale in Berlin schickte ein Fernschreiben an das Lager mit der Weisung «Entmannung zurückstellen, Reichsführer SS fürchtet Greuelpropaganda». Das Fernschreiben wurde jedoch nicht an den Lagerkommandanten weitergeleitet, der die sofortige Entlassung angeordnet hätte, sondern an den Lagerarzt, für den es inzwischen eine Prestigefrage geworden war, den Willen Meiers zu brechen. Auf seinen Befehl wurde dieser in die Arrestzelle zurückgebracht und von einem SS-Wachmann ermordet.⁹³

Das Gesetz bot viele neue Möglichkeiten zur Schikanierung und Verfolgung deutscher Juden, zumal der Männer. Im Dezember 1935 wurde ein 43jähriger jüdischer Angestellter wegen «Rassenschande» zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte ein Jahr lang mit seiner nichtjüdischen Partnerin zusammengelebt, und sie hatten miteinander ein neun Monate altes Baby. Doch die Strafverfolgung stützte sich häufig auf die fadenscheinigsten Vorwände.

In Bad Dürkheim wurde der 66jährige Jude Hermann Baum im November 1935 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, nachdem ein 15jähriges Mädchen ausgesagt hatte, er habe sie küssen wollen. Manche Gestapobeamten bedrängten ehemalige Dienstmädchen von Juden mit Suggestivfragen, ob ihr Arbeitgeber sich auch nicht an ihnen «vergriffen» habe. Wenn die Antwort negativ ausfiel, wurde etwa nachgefragt: «Aber mal um die Schulter gefasst hat er Sie doch, nicht wahr? Da wäre ja weiter nichts dabei.» Falls ein verängstigtes Dienstmädchen darauf mit «ja» antwortete, wurde sie sogleich mit Strafen bedroht, «wenn sie nicht endlich die Wahrheit sage und weitere inkriminierende Einzelheiten mitteile». ⁹⁴ Im November 1935 wurde ein 50jähriger jüdischer Geschäftsmann, Ludwig Abrahamson, bei der Gestapo denunziert, weil er mit einer nichtjüdischen Angestellten, Wilhelmina Kohrt, eine sexuelle Beziehung unterhalten hatte. Den Vernehmungsprotokollen nach hatte er eingeräumt, dass er sich ihr aufgedrängt hatte (ob dies der Wahrheit entsprach, sei dahingestellt). Er wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt und bei seiner Entlassung von der Gestapo in das Konzentrationslager Buchenwald verbracht, aus dem er erst am 6. Oktober wieder entlassen wurde, weil er auswandern wollte. Spektakulärer war der Fall von Hannelore Krieger, einer Arbeiterin in einer Lickörfabrik, die im April 1938 anonym denunziert wurde, sie unterhalte geschlechtliche Beziehungen zu ihren Chefs, Julius Rosenheim und dessen Sohn Alfred. Sie sagte aus, der Vater habe sexuelle Gefälligkeiten von ihr verlangt und ihr dafür Geld gegeben, doch vor Gericht zog sie die Aussage zurück und erklärte, die Beziehung sei bereits 1934 beendet gewesen. Das Gericht sprach beide frei, doch vor dem Gerichtsgebäude wartete schon die Gestapo und brachte ihn in ein Konzentrationslager. ⁹⁵

Wenn schon das Verhalten Hannelore Kriegers womöglich an Prostitution grenzte, dann waren echte Prostituierte besonders anfällig für Denunziationen missgünstiger Nachbarn, wenn sie Juden als Freier hatten. Jüdische Männer und Frauen, die engere Beziehungen mit Nichtjuden unterhielten, trafen nach dem September 1938 besondere Vorsichtsmassnahmen, um sie zu verbergen, doch viele von ihnen fielen zwangsläufig Denunziationen von spionierenden Nachbarn oder eifrig herumschnüffelnden Nazis zum Opfer. Im Lauf der Zeit reichte es schon aus, «freundlich zu

Juden» zu sein, um denunziert zu werden: Gastwirte, weil sie jemandem unvorsichtigerweise gesagt hatten, Juden seien bei ihnen nach wie vor willkommen, durchschnittliche deutsche Bürger, weil sie freundschaftliche Beziehungen zu Juden unterhielten, ohne dass Sexualität im Spiel gewesen wäre, oder Juden auf der Strasse mit einem Handschlag begrüsst hatten. Gelegentlich konnte das Verhalten, dessentwegen Personen denunziert wurden, als grundsätzliche Ablehnung des nationalsozialistischen Antisemitismus gedeutet werden; häufiger war es ein Zeichen der Gleichgültigkeit gegenüber amtlichen Vorschriften oder einfach eine jahrelange Gewohnheit. Viele derartige Denunziationen waren falsch, doch darauf kam es gar nicht an; falsche Denunziationen trugen ebenso wie die Zutreffenden zu der allgemeinen Atmosphäre bei, in der die nicht jüdischen Deutschen nach und nach ihre Beziehungen zu jüdischen Freunden und Bekannten abbrachen, ähnlich wie Melita Maschmann es getan hatte. Indem sie weit über das hinausging, wozu sie nach den Nürnberger Gesetzen berechtigt gewesen wären, und alle eingehenden Denunziationen überprüften, mochten sie auch noch so voyeuristisch oder erkennbar von Eigeninteresse motiviert sein, zerstörten die Gestapo und andere Instanzen der Strafverfolgung Stück für Stück die komplexen Netze sozialer Kontakte, die im Lauf der Jahrzehnte zwischen nicht jüdischen und jüdischen Deutschen geknüpft worden waren. Unterstützt wurden sie dabei vom gesamten Spektrum der Parteiinstitutionen, von den Blockwarten aufwärts, die es in ähnlicher Weise darauf anlegten, jeden weiteren gesellschaftlichen Verkehr zwischen «Ariern» und Juden zu unterbinden.⁹⁶

Nur selten drückte ein Blockwart ein Auge zu, wie in dem Fall des jungen Anwalts und angehenden Journalisten Raimund Pretzel (Sebastian Haffner) und seiner Gefährtin, einer Jüdin, die er 1934 nach seiner Rückkehr aus Paris kennengelernt hatte. Pretzel hatte ursprünglich Deutschland verlassen, weil er die Unterdrückung und den Rassismus des nationalsozialistischen Regimes ablehnte und weil er einem Mädchen nachgereist war; als sie einen andere heiratete, kehrte er nach Deutschland zurück und begann, eine Existenz aufzubauen, indem er unpolitische Feuilletonartikel für Zeitungen und Zeitschriften schrieb. Seine neue Freundin war als Jüdin aus ihrer Stelle in einer Bibliothek entlassen worden, und ihre Ehe war vor

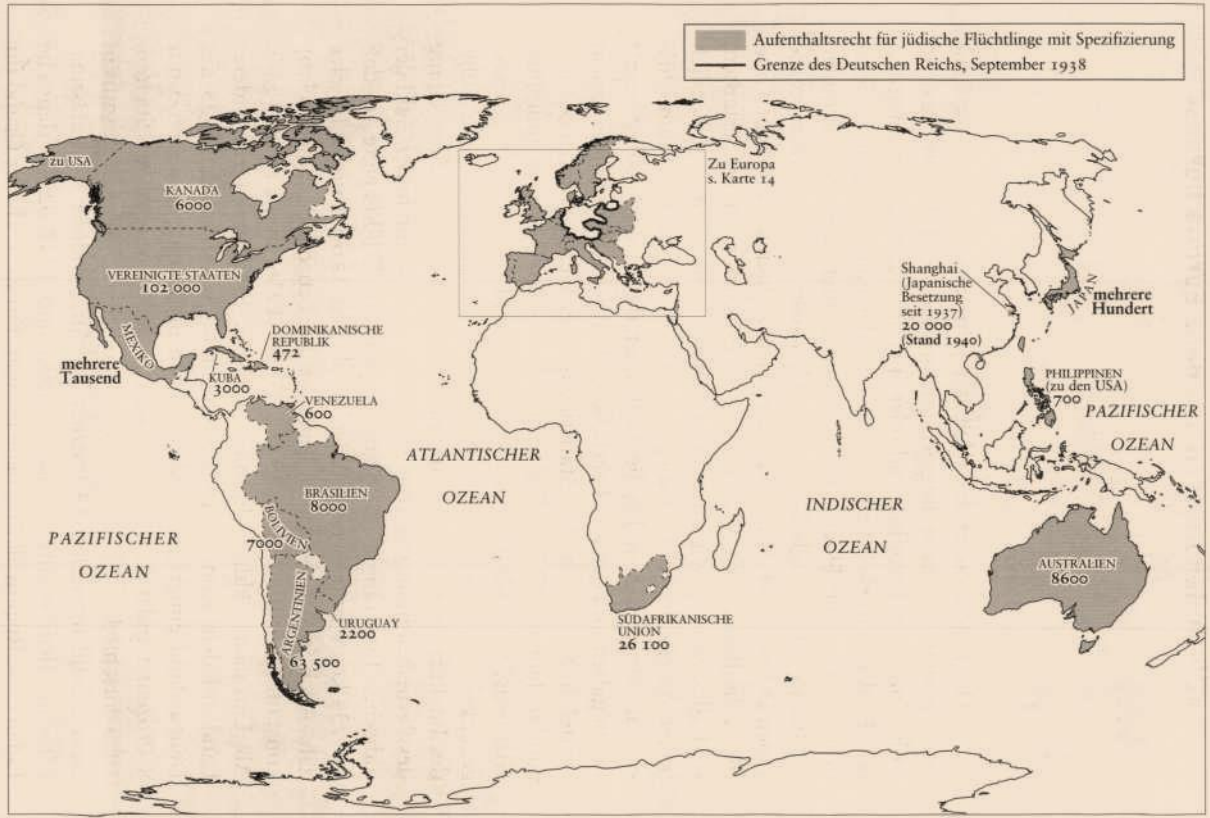
Kurzem ebenfalls in die Brüche gegangen. Ihr Sohn Peter war blond und blauäugig und wurde sogar als das ideale «arische» Kind fotografiert. Als Pretzel zu ihr in die Wohnung zog, verstiessen sie gegen die Nürnberger Gesetze, doch der Blockwart mochte die Familie und schützte sie. 1938 wurde die Frau jedoch schwanger und die Gefahr einer Denunziation zu gross. Zusammen mit Peter ging sie zu einer Auswanderungsstelle und erhielt die Erlaubnis, nach England zu ihrem Bruder auszureisen. Pretzel selbst erhielt eine eigene Erlaubnis für eine Fahrt nach England, nachdem er behauptet hatte, eine Artikelserie über den Alltag in England zu schreiben; als die britischen Behörden ihn mit Misstrauen betrachteten, weil er seine Aufenthaltsdauer überschritten hatte, geriet er in grosse materielle Schwierigkeiten und wurde nur durch Frederic Warburg gerettet, den Chef des Verlagshauses Seeker & Warburg, der vom Exposé eines Buchs, das Pretzel ihm vorgelegt hatte, so beeindruckt war, dass er ihm einen Vertrag anbot. Das genügte dem britischen Innenministerium, das daraufhin Pretzels Visum um ein Jahr verlängerte. In der Zwischenzeit hatte er seine Freundin geheiratet, und sie hatten zusammen einen Sohn. Die Zukunft für beide schien freilich alles andere als sicher, so wie bei Tausenden anderen, die zu dieser Zeit aus Deutschland ausgewandert waren.⁹⁷

«Die Juden müssen aus ganz Europa heraus»

1

Die Juden, die in den dreissiger Jahren aus Deutschland emigrierten, waren zumeist jung genug, um ein neues Leben im Ausland zu beginnen, und wohlhabend oder energisch genug, es zu finanzieren. Es war natürlich keine freiwillige oder unerzwungene Emigration; es war eine Flucht ins Exil, um Bedingungen zu entrinnen, die für viele unerträglich wurden. Wir wissen nicht genau, wieviele Juden Deutschland damals verliessen. Die Zahlen der amtlichen Statistik, die Juden nach wie vor allein aufgrund der Religion erfassten, sind alles, worauf wir uns stützen können. Angesichts des ziemlich hohen Anteils der Juden, die in den Jahrzehnten vor 1933 zum Christentum konvertierten, lag die Zahl derer, die für das NS-Regime als Juden galten und das Land verliessen, offensichtlich um bis zu einem Drittel höher als in den Statistiken ausgewiesen. Diesen Zahlen zufolge lebten 1933 in Deutschland 437'000 Deutsche jüdischen Glaubens. Bis Ende 1937 war diese Zahl auf rund 350'000 zurückgegangen. 1933 verliessen 33'000 deutsche Juden das Land als Folge des Boykotts vom 1. April und des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April; ein Rückgang in der Zahl der jüdischen Emigranten im folgenden Jahr auf 23'000 zeigte an, dass es 1934 keine landesweiten judenfeindlichen Aktionen oder Gesetze gab. Auch in den beiden Folgejahren blieben diese Zahlen relativ konstant niedrig – 21'000 (1935), 25'000 (1936) und 23'000 (1937). Als Europäer wählten die meisten dieser Emigranten ein anderes Land auf dem Kontinent als Zuflucht – 73 Prozent der 1933 aus Deutschland emigrierten Juden blieben in Europa –, während nur 8 Prozent Länder in Übersee wählten wie die Vereinigten Staaten. 1933 entschieden sich trotz der relativen Schwäche des Zionismus in Deutschland immerhin 19 Prozent der Auswanderer für Palästina. Alles in allem wählten zwischen 1933 und 1939 52'000 deutsche Juden diese Region als ihre neue Heimat. Ein wesentlicher Grund für diese überraschend hohe

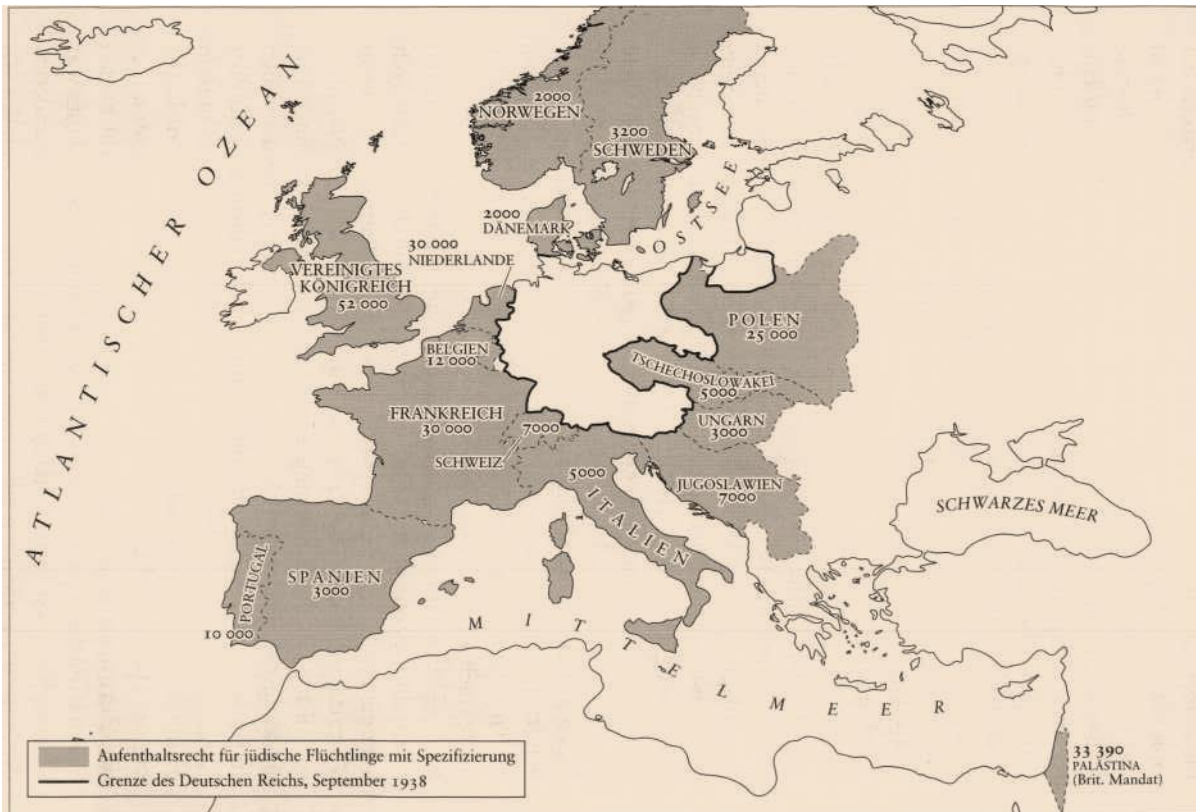
Karte 13: Jüdische Emigration nach Übersee 1933-1938



Zahl lag in der Tatsache, dass Vertreter der zionistischen Bewegung in Deutschland und Palästina am 27. August 1933 mit dem deutschen Regime einen Vertrag geschlossen hatten. Dieses sogenannte Haavara-Abkommen wurde persönlich von Hitler unterstützt und verpflichtete das Reichswirtschaftsministerium, den Juden, die nach Palästina auswandern wollten, zu erlauben, einen beträchtlichen Teil ihres Vermögens mitzunehmen – alles in allem rund 140'000 Millionen Reichsmark –, während diejenigen, die in andere Länder auswanderten, den grössten Teil ihres Vermögens zurücklassen mussten.⁹⁸

Für die bevorzugte Behandlung der jüdischen Emigranten nach Palästina durch die Nationalsozialisten gab es komplexe Gründe. Auf der einen Seite sahen sie zwar in der zionistischen Bewegung einen wesentlichen Bestandteil der «Weltjudenverschwörung», deren Zerschlagung sie ihr Leben gewidmet hatten. Auf der anderen Seite jedoch würde eine Erleichterung der jüdischen Emigration nach Palästina möglicherweise die Kritik aus dem Ausland an den antisemitischen Massnahmen des Regimes mildern. Ausserdem und vor allem war es zu dieser Zeit das Hauptziel der Nationalsozialisten, die Juden aus Deutschland und am besten aus ganz Europa zu vertreiben; trotz aller mörderischen Gewalt, die sie gegen sie entfesselten, hatten sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht die Absicht geschweige denn einen Plan, alle deutschen Juden zu vernichten. Ein «judenfreies» Deutschland würde in ihren Augen ein stärkeres Deutschland sein, fähig, es mit dem übrigen Europa und dann der übrigen Welt aufzunehmen. Erst danach würden sie «die Judenfrage» in einem Weltmassstab lösen. Die Zionisten waren bereit, mit den Nationalsozialisten eine Vereinbarung zu treffen, wenn diese zu einer Verstärkung der jüdischen Präsenz in Palästina führte. Die deutschen Juden würden Fertigkeiten und Erfahrungen einbringen, die dort dringend benötigt wurden; ausserdem würden sie, wie die Zionisten glaubten, Geld und Investitionskapital mitbringen. Als Gegenleistung sah das Haavara-Abkommen den Export dringend benötigter Güter wie Zitrusfrüchte aus Palästina nach Deutschland vor. Auf beiden Seiten handelte es sich somit um ein Zweckbündnis. Doch dieses war innerhalb des NS-Regimes heftig umstritten. Das war unter anderem die Folge der Errichtung eines Judenreferats 1935 innerhalb des SD.

Karte 14: Jüdische Emigration innerhalb Europas 1933-1938



Geleitet wurde es von einer zunehmend radikalen Gruppe junger SS-Führer, darunter Dieter Wisliceny, Theodor Dannecker und Adolf Eichmann. Diese Männer hegten zunehmend die Befürchtung, dass eine Ermutigung der Juden, nach Palästina auszuwandern, dort zur Bildung eines Judenstaats dort führen werde, mit langfristig gefährlichen Folgen für Deutschland.»

Für die Zionisten hatten die dunklen Wolken der Verfolgung und Diskriminierung, zumal in Gestalt des Boykotts vom 1. April 1933 und des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, insofern auch einen Silberstreif, als sie die tiefgespaltenen Juden in Deutschland einander näherbrachten. Bereits 1932, vor dem Hintergrund zunehmender antisemitischer Anschläge, hatten regionale jüdische Vereine eine nationale Organisation beschlossen, die am 12. Februar 1933 ins Leben gerufen wurde. Diese unternahm kaum etwas ausser zu beteuern, dass sie nichts mit der von den Nationalsozialisten behaupteten internationalen Kampagne zur Boykottierung deutscher Produkte zu tun habe. Erst im September 1933 bildete diese Organisation gemeinsam mit anderen eine Dachorganisation in Form einer Reichs Vertretung deutscher Juden unter dem Vorsitz des Berliner Rabbis Leo Baeck. Ihre Aufgabe war es, das jüdische Leben im neuen Deutschland neu zu ordnen und das jüdische Leben zu verteidigen. Ihre Führer drängten auf einen Dialog mit den Nationalsozialisten, vielleicht in der Hoffnung auf ein Konkordat ähnlich dem zwischen der NS-Regierung und dem Papst. Sie betonten den patriotischen Dienst, den viele Juden dem Reich während des Ersten Weltkriegs an der Front geleistet hatten. Die Juden waren nicht die einzigen Deutschen, die überzeugt waren, die Gewalt, von der die Machtübernahme der Nationalsozialisten begleitet war, werde sich bald wieder geben und ein stabileres, geordnetes Gemeinwesen hinterlassen. Leo Baeck befürwortete die Erstellung eines umfangreichen Dossiers, in dem die Beiträge der Juden für das deutsche Leben dargestellt würden; es wurde verboten, noch bevor es veröffentlicht werden konnte.¹⁰⁰

Die finanziellen Bussen, die den deutschen Juden auferlegt wurden, die «Arisierung» jüdischer Betriebe und Unternehmen und die Verschärfung der Restriktionen auf die Ausfuhr von Devisen und beweglichem Eigentum sorgten gleichzeitig dafür, dass es für die auswanderungswilligen Ju-

den immer schwieriger wurde, Zuflucht in Ländern zu finden, deren Regierungen keine Immigranten wollten, wenn abzusehen war, dass sie der Fürsorge zur Last fallen würden. Selbst das Auftreiben des Gelds für eine Abreise aus Deutschland wurde zu einem Problem. Die Tatsache, dass ein wachsender Anteil deutscher Juden sich dem Rententeil näherte, verschärfte diese Probleme. Andererseits wurden jüdische Einwanderer im arbeitsfähigen Alter im Ausland nicht gern gesehen, weil auch dort immer noch eine hohe Arbeitslosigkeit herrschte. Jüdische Organisationen in Aufnahmeländern leisteten Unterstützung so gut es ging, indem sie finanzielle Mittel bereitstellten und sich um Arbeitsstellen kümmerten, Visa organisierten und ähnliches, doch ihre Möglichkeiten, auf die dortige Regierungspolitik Einfluss zu nehmen, waren sehr beschränkt, und obendrein befürchteten sie, in ihrem Land antisemitische Reaktionen auszulösen.¹⁰¹

Am 6. Juli 1938 kamen in Evian am Genfer See die Vertreter von 32 Ländern zusammen, um über die zunehmenden internationalen Wanderungsbewegungen zu diskutieren. Die Konferenz unternahm einen Versuch, allgemein verbindliche Richtlinien zu erlassen, insbesondere im Hinblick auf die mögliche Vertreibung Hunderttausender mittelloser Juden aus Polen und Rumänien. Die Teilnehmer waren jedoch bemüht, keine deutschen Empfindlichkeiten zu reizen zu einer Zeit, da die internationalen Beziehungen zunehmend belastet wurden. Die deutsche Regierung hatte keine Vertreter geschickt und begründete dies damit, die Auswanderung deutscher Juden sei eine interne Angelegenheit. Eine Delegation nach der anderen erklärte, dass sie ihre Grenzen für Einwanderer nicht weiter öffnen werde; es sei wahrscheinlicher, dass sie künftig weniger Einwanderer aufnehmen würden. England und die europäischen Länder sahen sich eher als Transitländer, von denen aus die Flüchtlinge nach kurzer Zeit nach Übersee Weiterreisen würden. Eine Abwehrhaltung gegenüber Einwanderern in vielen Ländern, die stereotyp mit der Befürchtung begründet wurde, von Menschen mit einer «fremden» Kultur «erdrückt» zu werden, trugen ebenfalls zu diesem Widerstreben bei.¹⁰²

Diese Lage der Dinge bot natürlich korrupten deutschen Beamten neue Möglichkeiten, die häufig Geld oder Sachwerte verlangten für ihr Entgegenkommen, um die von den Auswanderungswilligen benötigten Papiere

mit den erforderlichen Stempeln zu versehen. Die Versuchung, sich zu bereichern, war umso grösser, als die Emigranten praktisch alles, was sie besaßen, zurücklassen mussten. Einem Juden, der Auswanderungspapiere beantragt hatte, sagte der zuständige Beamte, nachdem die erforderlichen Formalitäten besprochen waren:

«,Nicht wahr, wenn Sie auswandern, dann denken Sie an mich.' Ich sagte ihm, er solle mir mal seine Wünsche sagen, ich würde gern sehen, was ich tun könnte. Wenige Stunden später, als ich bei Tisch zu Hause sass, klingelte es draussen, der Beamte selbst erschien (in Uniform mit Mantel darüber), und als ich ihm verblüfft öffnete, sagte er, er wolle mir nur sagen, er hätte gern einen runden Tisch und einen Teppich 2 mal 3 Meter. Im übrigen sind die Auswanderungspässe in verblüffend kurzer Zeit ausgestellt worden.»¹⁰³

Die Gestapo selbst organisierte schliesslich illegale Transporte jüdischer Emigranten und charterte Schiffe nach Palästina, die auf der Donau zum Schwarzen Meer und von dort aus ins Mittelmeer fuhren; natürlich mussten die Passagiere für die Fahrt einen sehr hohen Preis bezahlen.¹⁰⁴

II

Für diejenigen, die in Deutschland blieben, errichtete die Leitung der jüdischen Gemeinschaft neue Organisationen, um ihre schwierige Lage nach Möglichkeit zu mildern. Am 13. April 1933 wurde ein Zentralausschuss für Hilfe und Ausbau ins Leben gerufen, nachdem bereits im März eine Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe gegründet worden war. Diese Organisationen beschafften Kredite für Juden, die sich in finanziellen Nöten befanden, versuchten Stellen für Juden zu finden, die ihren Arbeitsplatz verloren hatten, und boten Umschulungskurse für Juden an, die auf einen landwirtschaftlichen oder handwerklichen Beruf umsteigen wollten (und von denen viele anschliessend auswanderten). Jüdische Organisationen leisteten zunehmend logistische, bürokratische und gelegentlich auch finanzielle Unterstützung für auswanderungswillige Juden. Bis 1938 hatten die Juden in Deutschland noch Anspruch auf Sozialleis-

tungen, so dass jüdische Wohlfahrtseinrichtungen eher ergänzende Hilfe leisten mussten, wenn es um die wirklich Bedürftigen ging; da jedoch die jüdische Gemeinschaft zusehends verarmte, gewann die Arbeit der jüdischen Wohlfahrtsorganisationen an Bedeutung.¹⁰⁵

Der Prozess der Ausgrenzung wirkte sich besonders stark auf die Kinder aus. 1933 lebten in Deutschland etwa 60'000 jüdische Kinder im schulpflichtigen Alter von sieben bis vierzehn Jahren sowie eine beträchtliche Zahl, die eine weiterführende Schule besuchten. Infolge der Auswanderung, zumal unter den Jüdinnen im gebärfähigen Alter, verringerte sich die Zahl der jungen Juden zwischen 6 und 25 Jahren von 117'000 (1933) auf 60'000 (1938). Sie alle sahen sich koordinierten Anstrengungen der Nationalsozialisten ausgesetzt, sie aus den deutschen Schulen zu vertreiben. Das am 25. April 1935 erlassene «Gesetz gegen die Überfüllung von deutschen Schulen und Hochschulen» in Verbindung mit seinen Durchführungsverordnungen bestimmte eine Quote für alle Neuaufnahmen der Volksschulen von maximal 1,5 Prozent nichtarischer Kinder. Daneben vertrieben die fanatischen Mitglieder des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbunds innerhalb kurzer Zeit fast alle jüdischen Studenten von den Universitäten und Hochschulen, so dass im Wintersemester 1933/34 nur noch 590 jüdische Studenten an deutschen Hochschulen immatrikuliert waren gegenüber 3950 im Sommersemester 1932. Ebenso machte sich die Feindseligkeit antisemitischer Lehrer und zunehmend von HJ-Aktivisten in den Schulen bemerkbar und erreichte auch dort ein Fernbleiben der jüdischen Schüler vom Unterricht. In Württemberg beispielsweise wurden 11 Prozent der jüdischen höheren Schüler aufgrund des Gesetzes zum Verlassen der Schule gezwungen, während 58 Prozent die Schule wegen der Feindseligkeit eines Teils der Lehrer und Schüler verließen. Der Druck war so stark, dass selbst der preussische kommissarische Kultusminister (ab 1934 Reichserziehungsminister) Bernhard Rust sich im Mai darüber beschwerte und seine Kritik im Juli wiederholte.

An manchen Schulen gab es «Judenbänke», die in einem gewissen Abstand von den übrigen Bänken aufgestellt wurden, und an anderen durften jüdische Schüler sich nicht aktiv am Deutschunterricht beteiligen. Sie mussten zuhören, wenn Lehrer im Fach «Rassenkunde» die Juden als «Verbrecher» und als «zersetzende Kraft» bezeichneten. Und sie durften

nicht an Zeremonien und Feiern, Konzerten und Theaterstücken mitwirken. Die Lehrer demütigten sie systematisch und gaben ihnen schlechte Noten. Sicherlich bestanden Unterschiede zwischen den Schulen; an manchen, zum Beispiel in Arbeitervierteln in grösseren Städten, zeigten sich die Schüler mit den jüdischen Mitschülern solidarisch, während ihnen in den Kleinstädten Schläger das Leben zur Hölle machten, so dass sie sich kaum noch auf die Strasse wagten aus Angst, verprügelt zu werden. Die Folge von alledem war, dass in Preussen die Zahl jüdischer Kinder an staatlichen Gymnasien von 15'000 im Mai 1932 auf 7'000 im Mai 1935 und ein Jahr später auf knapp über 4'000 zurückging; diese Zahlen liegen höchstwahrscheinlich noch zu niedrig, da sie sich nur auf die Kinder von Eltern jüdischen Glaubens bezogen, während darüber hinaus auch die Kinder betroffen waren, deren Eltern aus «rassischen» Gründen als Juden galten. 1938 war nur noch ein Prozent der Schüler an staatlichen Gymnasien in Preussen Juden, und ab Januar dieses Jahres waren sie ohnehin offiziell von der üblichen Aufnahmeprüfung für die Universität ausgeschlossen. Die noch verbliebenen jüdischen Schüler mussten am Ende des Jahres die Schule verlassen.¹⁰⁶

Der Ausschluss der jüdischen Schüler aus den staatlichen deutschen Schulen machte dringend schulische Einrichtungen erforderlich, die von der jüdischen Gemeinschaft selbst organisiert wurden. Die Eltern des assimilierten jüdischen Bürgertums blickten 1933 auf die jüdischen Schulen in Deutschland herab; viele hielten deren Niveau für niedrig und teilten ihre religiöse Einstellung nicht. Das galt insbesondere für die vielen Eltern christlichen Glaubens, die jetzt plötzlich vom Regime als Juden ihrer «Rasse» wegen eingestuft und einer Gemeinschaft zugerechnet wurden, deren Angehörigen sie bis jetzt nach Möglichkeit aus dem Weg gegangen waren. Viele jüdische Gemeinden in kleinen Städten und Dörfern hatten überhaupt keine Schulen. Besorgte Eltern, die entsetzt darüber waren, dass ihre Kinder durch die Feindseligkeit an den staatlichen Schulen in die Isolation getrieben wurden, ergriffen als erste die Initiative. 1935 besuchten mehr als die Hälfte der 30'000 jüdischen Kinder im Volksschulalter jüdische Gemeinschaftsschulen, die überwiegend von jüdischen Organisationen finanziert wurden. Es war schwierig, qualifizierte Lehrer zu finden, die Klassen waren oft sehr gross mit einer Stärke von bis zu 50 Schülern,

und der Unterricht erfolgte unter beengten und unzureichenden räumlichen Verhältnissen. Vor allem in den weiterführenden Schulen wurden Kinder ganz unterschiedlicher Herkunft, mit unterschiedlichen Fähigkeiten und schulischen Erfahrungen zusammengelegt. Für viele Eltern und Kinder waren der Schulweg und der Transport der Kinder zur Schule ein grosses Problem. Es gab erbitterte Streitigkeiten zwischen unterschiedlichen ideologischen Orientierungen, orthodoxen, liberalen und säkularen, rechten und linken Fraktionen über die Unterrichtspläne, die erst abebbten, als die zunehmende Diskriminierung und Unterdrückung sie mit der Zeit gegenstandslos machte. Im Frühjahr 1937 gab es 167 jüdische Schulen in Deutschland, die von knapp 24'000 von insgesamt 39'000 Schülern besucht wurden. Die Emigration verringerte sehr bald diese Zahl; im Oktober 1939 gab es nur noch 10'000 jüdische Schulkinder in Deutschland, und etliche Schulen waren inzwischen geschlossen worden. Ihre eigentliche Leistung bestand vermutlich darin, dass der dort stattfindende Unterricht frei war von «Rassenhass», Militarismus und der Betonung roher körperlicher Kraft, die in der grossen Mehrzahl der übrigen deutschen Schulen jener Zeit herrschten.¹⁰⁷

Die jüdische Selbsthilfe spielte auch in anderen Bereichen eine grosse Rolle. Jüdische Sportler und Sportlerinnen gründeten ihre eigenen Organisationen, nachdem die Juden 1933 aus den Sportvereinen ausgeschlossen worden waren; 1934 hatten diese nicht weniger als 35'000 Mitglieder. Eine noch beachtlichere Leistung war der Jüdische Kulturbund, den der ehemalige Intendant der städtischen Oper Berlin, Kurt Singer, gegründet hatte. 8'000 jüdische Künstler, Musiker, Schauspieler und Autoren gehörten dem Kulturbund an, dessen Veranstaltungen ausschliesslich für ein jüdisches Publikum gedacht waren; er hatte bis zu 180'000 Mitglieder, die von seinen Angeboten Gebrauch machten. Seine Gründung wurde offiziell von Hermann Göring gebilligt. Unter nationalsozialistischem Blickwinkel war er genehm, weil er die völlige Trennung des jüdischen kulturellen Lebens von dem der Nation insgesamt zum Ausdruck brachte und gleichzeitig nichtjüdische Deutsche beruhigte, dass die Juden nicht daran gehindert würden, zu schreiben, zu malen und Theater- oder Operaufführungen zu veranstalten. Singer wurde jedoch schnell abgedrängt, und die Leitung des

Kulturbunds übernahm für die meiste Zeit seines Bestehens der Nationalsozialist Hans Hinkel. Hinkel, der unter der Aufsicht Görings wirkte, war zuständig für die Ausgrenzung der Juden aus den Kulturinstitutionen in Preussen, so dass es für Göring zweckmässig erschien, wenn ihm auch der Kulturbund unterstand. Eine der ersten Massnahmen Hinkels bestand in einem Verbot für den Kulturbund und dessen Mitglieder, Werke von nicht-jüdischen Deutschen aufzuführen, angefangen bei spätmittelalterlichen und romantischen Stücken bis hin zu den Werken Schillers (1934) und Goethes (1936). Jüdische Musiker durften keine Musik von Richard Wagner oder Richard Strauss spielen; 1937 und 1938 kamen Beethoven und Mozart hinzu.¹⁰⁸

Allein in den Jahren 1933/34 veranstaltete der Kulturbund 69 Opernaufführungen und 117 Konzerte, doch während einige führende Mitglieder darin eine Gelegenheit sahen, den Beitrag sichtbar werden zu lassen, den deutsche jüdische Musiker und Schauspieler zum deutschen Kulturleben leisten konnten, war vielen anderen wohl bewusst, dass sie ein Indiz für eine schleichende Ghettoisierung der jüdischen Kultur in Deutschland waren. Indem sie den Spielraum dessen, was der Kulturbund aufführen durfte, ständig einschränkten, zwangen die Nationalsozialisten ihn unweigerlich in eine Situation, in der er nur noch «jüdische» Kultur für ein Publikum produzieren konnte, das ausschliesslich aus Juden bestand. Die kulturelle Isolierung der Juden in Deutschland wurde nach dem 10. November 1938 abgeschlossen, als es den Juden verboten wurde, deutsche Theater, Kinos, Konzerte, Vorträge, Zirkusse, Kabarets, Musikrevuen, Ausstellungen und alle sonstigen kulturellen Veranstaltungen zu besuchen. Anschliessend gingen sämtliche jüdischen Kultureinrichtungen einschliesslich der letzten jüdischen Verlagshäuser im zentralisierten Jüdischen Kulturbund auf. Es gab zahlreiche Theater- und Musikwerke, die für ein jüdisches Publikum aufgeführt werden konnten, natürlich auch solche von jüdischen Schriftstellern und Komponisten, die von den Nationalsozialisten aus «rassischen» Gründen verboten waren. Es gab Ausstellungen jüdischer Maler und Lesungen jüdischer Autoren. Nichtjüdische Deutsche durften diese Veranstaltungen nicht besuchen. Ob es wirklich eine jüdisch-deutsche Kultur gab, die unabhängig und ohne Verbindung zu einer nichtjüdisch-deutschen Kultur gewesen wäre, wurde von vielen bezweifelt; die meisten

jüdischen Autoren, Künstler und Komponisten hatten darüber nicht wirklich nachgedacht, sondern verstanden sich einfach als Deutsche.¹⁰⁹

Für viele Juden war der Prozess der kulturellen Ghettoisierung paradoxerweise eher beruhigend, nachdem sie sich erst einmal an die Einschränkungen gewöhnt hatten. Einer von ihnen äusserte sich später kritisch darüber: «Man liess die Juden in den Schranken, die man ihnen gezogen hatte, ziemlich unbehelligt. Im Jüdischen Kulturbund, im jüdischen Lehrhaus. In den Synagogen konnten sie nach ihren Wünschen leben. Verpönt und gefährlich war nur jeder Eingriff in die Sphäre der Arier.»¹¹⁰ Diese Einstellung war in vielen Fällen für diejenigen, die in Deutschland blieben, eine mentale Notwendigkeit. Dies waren zunehmend die Alten und die Armen. 1933 waren 20 Prozent der deutschen Bürger jüdischen Glaubens, die in Deutschland geboren waren, älter als 49 Jahre; 1938 lag der Anteil dieser Kategorie bei knapp über 48 und ein Jahr später bei über 50 Prozent.¹¹¹ Viele Juden waren deutsche Patrioten, ihre Familien waren seit Jahrzehnten, zum Teil seit Jahrhunderten mit ihrem Wohnort, der Kultur und der Tradition eng verbunden. Das alles aufzugeben brachten zahlreiche nicht übers Herz. Viele verliessen Deutschland unter Tränen und gelobten zurückzukehren, wenn die Verhältnisse sich gebessert hatten. Andere wiederum sahen keine Notwendigkeit, das Land zu verlassen. «Weshalb soll ich auswandern», antwortete ein deutscher Jude in mittleren Jahren auf das Drängen seines besorgten Sohnes 1937, «es wird nicht alles so heiss gegessen, wie es gekocht wird. Wir leben schliesslich in einem Rechtsstaat. Was kann mir schon passieren, ich bin Frontkämpfer, habe vier Jahre für mein Vaterland an der Westfront gekämpft, war Unteroffizier und habe das Eiserne Kreuz erster Klasse.»¹¹²

III

Eine besondere Gruppe unter den Juden, die in Deutschland blieben, waren jene, die mit einem «arischen» Partner verheiratet waren. 1933 lebten rund 34'000 solcher Paare in Mischehen, was bedeutete, dass jeweils ein Ehepartner ursprünglich der christlichen und der andere der jüdischen Religionsgemeinschaft entstammte. In der Mehrzahl waren es

Ehen zwischen jüdischen Männern und christlichen Frauen. Die Nürnberger Gesetze definierten die Mischehen anhand «rassischer» Kategorien bekanntlich neu. Zu diesem Zeitpunkt gehörten in den meisten Fällen beide Partner der christlichen Religionsgemeinschaft an. Nichtjüdische Ehepartner wurden zunehmend von der Gestapo unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen. Die Gerichte gaben den Scheidungsbegehren nichtjüdischer Gatten ohne Weiteres statt, wenn diese als Scheidungsgrund beispielsweise vorbrachten, erst seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten seien ihnen die Gefahren einer «Rassenschande» zu Bewusstsein gekommen. Da die Juden bis Ende 1936 aus praktisch allen Bereichen des öffentlichen und sozialen Lebens verdrängt worden waren, sahen sich die jüdischen Ehemänner in Mischehen gezwungen, das Recht auf ihre Kinder, ihre finanziellen Angelegenheiten, ihr Vermögen, ihr Geschäft, ihr Immobilieneigentum und fast alles übrige an ihre nichtjüdischen Frauen abzutreten. Nachdem den Ehemännern immer weniger Möglichkeiten verblieben waren, Geld zu verdienen, wurden ihre Frauen zu den Haupternährerinnen der Familie. Am 28. Dezember 1938 erliess Göring auf Anweisung Hitlers neue Bestimmungen über den Status von Mischehen. Um die «arischen» Verwandten der nicht jüdischen Partner dieser Ehen nicht gegen das Regime aufzubringen, erklärte er, die Mischehen, in denen der Ehemann Jude, die Kinder jedoch im christlichen Glauben erzogen seien oder in denen die Frau Jüdin, die Ehe jedoch kinderlos sei, würden als «privilegiert» eingestuft und in den kommenden Jahren von einigen der diskriminierenden Gesetze des Regimes ausgenommen werden.¹¹³

Mischehen, in denen der Ehemann Jude und die Ehe kinderlos oder wo die Frau zum Judentum konvertiert war oder die Kinder im jüdischen Glauben erzogen wurden, waren nicht «privilegiert». Der Druck auf die nicht jüdischen Ehefrauen in solchen Ehen, die Scheidung einzureichen, war beträchtlich und nahm ständig zu. Die nationalsozialistischen Ehegesetze, vor allem das Ehegesetz vom 6. Juli 1938, definierten die Ehe als eine Verbindung zwischen zwei Menschen von «gesundem Blut», derselben «Rasse» und von entgegengesetztem Geschlecht, geschlossen zum gemeinsamen Wohl und dem Zweck, Kinder von «gesundem Blut» zu zeugen und sie zu guten deutschen «Rassengenossen» zu erziehen. Mischehen

fielen offensichtlich nicht unter diese Definition, und es war tatsächlich bereits seit September 1935 verboten, neue Mischehen zu schliessen. Das neue Gesetz kodifizierte die jüngsten Gerichtsentscheidungen zu bestehenden Mischehen und verschärfte sie noch weiter. «Deutschblütige» Personen, die mit einem jüdischen Partner verheiratet waren, konnten jetzt beantragen, die Ehe aus «rassischen» Gründen aufheben zu lassen. Darüber hinaus konnte nunmehr ein jüdischer Ehemann, der seine Arbeitsstelle verloren hatte, von seiner Frau auf Scheidung verklagt werden, weil er seiner Pflicht, die Familie zu ernähren, nicht nachkam. Auch wenn die Ehepartner mindestens drei Jahre lang voneinander getrennt gelebt hatten, war dies ein Grund zur Scheidung; war beispielsweise ein jüdischer Ehemann während einer so langen Zeit im Konzentrationslager inhaftiert oder befand sich als Emigrant im Ausland, so konnte sich seine nichtjüdische Frau ohne Probleme von ihm scheiden lassen. Wachsende wirtschaftliche und andere Schwierigkeiten setzten solche Ehen zwangsläufig einer extremen Belastung aus und führten auch ohne unmittelbaren Druck durch die Gestapo oder Parteistellen häufig zu einer Zerrüttung. Es brauchte viel Mut, Treue und Liebe, um eine Mischehe unter diesen Umständen aufrechtzuerhalten.¹¹⁴

Spätestens 1938 registrierten die nicht jüdischen Partner in Mischehen jedoch die Tatsache, dass eine Scheidung oder gar eine Trennung durch den Tod nicht nur zusätzliche Härten für den Partner bedeutete, sondern möglicherweise auch Gewaltanwendung, Inhaftierung und Tod. Wenn ein nicht jüdischer Ehepartner starb, stand unweigerlich einen Tag, nachdem die Behörden von dem Tod unterrichtet waren, die Gestapo vor der Tür, um den verwitweten jüdischen Ehepartner zu verhaften. Die Gestapo begann sogar eine regelrechte Kampagne, «arische», mit einem Juden verheiratete Frauen zu einem freundlichen Plausch vorzuladen. Warum sollte eine gutaussehende blonde deutsche Frau den Wunsch haben, unter den gegenwärtigen Umständen noch weiterhin mit einem Juden verheiratet zu sein? Wenn sie sich scheiden lassen würde, hätte sie zweifellos ein besseres Leben. Sie bräuchte nur zu sagen, der Nationalsozialismus habe ihr die Augen für die «jüdische Bedrohung» geöffnet, und der Antrag würde durchgehen. In die Versprechungen mischten sich Drohungen. Eine Scheidung würde glänzende Karrieren für ihre Kinder bedeuten, die als Deut-

sche eingestuft werden würden, und eine wirtschaftliche Verbesserung für ihre Familie, da ihr der arbeitslose Ehemann nicht mehr auf der Tasche liegen würde. Eine Weigerung würde ihre Kinder zu einem Schattendasein verurteilen, da sie als «Mischlinge» auf viele Vorteile und Privilegien verzichten müssten, die ihnen als Deutsche gewährt werden würden. Wenn sie sich nicht scheiden lasse, werde der Staat ihr Eigentum beschlagnahmen. Auf diese Weise zur Verzweiflung getrieben, liessen sich etliche deutsche Frauen, die in kinderloser Ehe mit einem Juden lebten, formal von ihren Männern scheiden, um ihr Vermögen zu retten, und trafen heimlich mit ihnen zusammen, nachdem diese aus der gemeinsamen Wohnung ausgezogen waren. Viele widerstanden jedoch dem Druck und reagierten empört auf den Vorschlag, sich aus finanziellen Gründen scheiden zu lassen: Was glaubten diese Gestapoleute eigentlich, aus welchen Motiven sie und ihr Mann überhaupt geheiratet hatten?¹¹⁵

Eine solche Frau war Eva, die Gattin von Victor Klemperer, die in allen Wechselfällen der dreissiger Jahre an seiner Seite stand. Als Kriegsveteran und Ehemann einer «Arierin» konnte er seine Stelle als Professor für Romanistik an der Technischen Hochschule Dresden zwar noch eine Weile behalten, durfte jedoch keine Prüfungen mehr abnehmen, konnte keinen Verlag für sein neues Buch finden, und seine Lehrmöglichkeiten wurden so stark eingeschränkt, dass er nur noch ganz wenige Hörer hatte und befürchten musste, freigestellt zu werden. Ihn bekümmerten zudem die Illusionen, die sich einige seiner jüdischen Freunde noch über das Regime machten; in seiner nächsten Umgebung wurden jüdische Kollegen entlassen, und jüdische Familien aus seinem Bekanntenkreis wanderten nach Palästina aus. Als deutscher Nationalist war er bestürzt über das Ausmass, in dem andere jüdische Freunde eine stärker jüdisch geprägte Identität annahmen und ihr Deutschtum verloren. Für ihn war der Zionismus kaum besser als der Nationalsozialismus. Während seine Freunde nach Palästina auswanderten, kam ein solcher Schritt für ihn nicht in Betracht – «wer dort hingehet, tauscht Nationalismus und Enge für Nationalismus und Enge aus» –, und er war ohnedies überzeugt, dass er sich in seinem Alter nicht mehr in ein anderes Leben eingewöhnen könnte. Er war, wie er schrieb, «ein nutzloses Geschöpf der Überkultur, lebensunfähig in primitiveren Bereichen».¹¹⁶

Anfang Oktober 1934 zogen er und seine Frau in das Haus, das sie für sich in Dölzsch, einem ruhigen Vorort von Dresden, hatten bauen lassen.¹¹⁷ Sie hatten gerade erst das neue Heim in Ordnung gebracht, als die Lage Klemperers sich drastisch zu verschlechtern begann. Der Erziehungsminister in Sachsen, der kein Nationalsozialist war, wurde entlassen, und seine Amtspflichten übernahm der Gauleiter in Sachsen, Martin Mutschmann. «In allen Punkten der Kulturvernichtung», vertraute Klemperer seinem Tagebuch an, «Judenhetze, inneren Tyrannei regiert Hitler mit immer schlimmeren Kreaturen.»¹¹⁸ Am 30. April 1935 erhielt er mit der Post seine Entlassung, die von Mutschmann unterschrieben war. Keiner seiner Kollegen unternahm etwas, um ihm beizustehen; der einzige Mensch, der Mitgefühl zeigte, war seine Sekretärin. Klemperer schrieb an einige Kollegen im Ausland in dem Bemühen, eine Anstellung zu finden, aber es tat sich nichts, und zudem glaubte er nicht, dass seine Frau, die häufig krank war, den harten Anforderungen eines Exils gewachsen sein würde. Inzwischen Mitte fünfzig, musste er von einer Rente leben, die nur etwas mehr als die Hälfte seines bisherigen Gehalts betrug. Er wurde von seinem älteren Bruder Georg gerettet, einem erfolgreichen Chirurgen von siebzig Jahren, der im Ausland im Ruhestand lebte und ihm ein Darlehen in Höhe von 6'000 Reichsmark gab, nicht die letzte derartige Hilfe für seine notleidenden Verwandten. Unterdessen wurden jedoch die antisemitischen Ausschreitungen häufiger und auffälliger. Mitten in der Innenstadt von Dresden bemerkte Klemperer einen Mann, der immer wieder brüllte: «Wer beim Juden kauft, ist ein Volksverräter!» Am 17. September 1935 vermerkte er die Verabschiedung der Nürnberger Gesetze: «Der Ekel macht einen krank.»¹¹⁹ Nachdem er seiner Lehrtätigkeit beraubt war, schrieb Klemperer verbissen an seiner Geschichte der französischen Literatur im 18. Jahrhundert weiter, obwohl die Aussichten auf eine Veröffentlichung sehr gering waren. In seiner freien Zeit unternahm er Ausflüge in seinem neuen Auto und erörterte mit Freunden die – entfernte, wie er entschied – Möglichkeit, dass das Dritte Reich zusammenbrechen könnte. Jeder murre, sagte er, aber niemand sei bereit, etwas zu unternehmen, und viele sähen im Dritten Reich das notwendige Bollwerk gegen den Kommunismus. Klemperer beobachtete, wie seine Ansichten sich änderten.

«Mein Deutschtum wird mir niemand nehmen», konstatierte er im Oktober 1938, «aber mein Nationalismus und Patriotismus ist hin für immer.»¹²⁰

Es gab aber auch Menschen, die weniger Probleme hatten, ihre Begeisterung für die nationalistische Politik des Dritten Reiches von ihrer Betrübnis über dessen Antisemitismus zu trennen. Als der pensionierte Major Friedrich Solnitz bald nach der Machtübernahme die Stellung eines Luftschutzwarts im Reichsluftschutzbund übernahm, schienen er und seine Frau darauf vorbereitet, sich problemlos mit dem Dritten Reich zu arrangieren. Anfang 1934 sah sich der Major i. R. jedoch genötigt, Peter Schönau, dem Ortsgruppenleiter der Partei, schriftlich seinen Rücktritt als Luftschutzwart mitzuteilen. In seiner bisherigen Tätigkeit als Luftschutzwart habe er sich immer an die Anweisungen der Partei gehalten, auch die Anwendung des «Arierparagraphen», was bedeutete, alle Juden in verantwortlichen Positionen aus dem Luftschutzdienst auszuschliessen. Er könne nicht verstehen, warum ausgerechnet er die Zielscheibe von Kritik sei. Doch warum der Major von der Partei unter Druck gesetzt wurde, lag ganz einfach darin, dass er selber Jude war.¹²¹

Im Hinblick auf ihre Religion war die Familie christlich und hatte keinen Kontakt zur jüdischen Gemeinschaft, was zweifellos erklärt, warum seine Frau, Luise Solnitz, in der Privatheit ihres Tagebuchs 1933 festhielt, in Hamburg «tut kein Braunhemd den Juden was, kein Schimpfwort fliegt ihnen nach, es ist Alltag in Hamburg, jeder geht seines Weges, wie immer».¹²² Luise Solnitz hatte keine jüdischen Vorfahren. Doch selbst für sie war der Judenboykott der Nationalsozialisten vom 1. April 1933 «ein bitterböser Aprilscherz». «Unsere ganze Seele», schrieb sie enttäuscht, «war auf deutschen Aufstieg gerichtet, nicht auf dies.» Immerhin, überlegte sie, sah man zumindest keine osteuropäischen Juden mehr auf der Strasse («Tatsächlich verschwunden zu sein scheinen für den Augenblick die Unterwelterscheinungen aus Ostgalizien»)¹²³ Ein Jahr später äusserte sie sich bitter über die Diskriminierung, unter der ihr jüdischer Ehemann und ihre «halbjüdische» Tochter zunehmend zu leiden hatten. Sie war bedrückt zu erleben,

«wie Fr.[iedrich] wehrlos jedem ehrlosen Lumpen ausgeliefert ist, wie ihm S.A. u. Stahlhelm verschlossen sind, die NSKOV, wie der Akademische Verein. Wissen, dass sich langsam alle Türen des Glücks, sei

es in Beruf oder Ehe, auch vor Gis. [eia] schliessen werden! Zittern vor jedem Zufallswort, vor jedem Besuch, jedem Brief: was will man von uns?»¹²⁴

1935 verlor Solmitz aufgrund der Nürnberger Gesetze seine staatsbürgerlichen Rechte, auch wenn er und seine nichtjüdische Frau anschliessend als privilegiertes Ehepaar eingestuft wurden, weil die Tochter im christlichen Glauben erzogen wurde. Die Nürnberger Gesetze, schrieb sie am 15. September 1935, waren «unser bürgerliches Todesurteil». Sie bedeuteten, dass die Familie wie 1918 nicht mehr die (mit der Hakenkreuzfahne geschmückte) Reichsfahne hissen durfte und manches andere:

«Zum zweiten Mal sinkt unsere schwarz-weiss-rote Flagge. – Wer meine Tochter heiratet, kommt ins Zuchthaus u. sie mit. – Das Dienstmädchen muss entlassen werden ... Unser Kind ist ausgestossen, ausgeschlossen, verachtet, wertlos... Wer wird sich klar über die völlige Vereinsamung, die Wurzellosigkeit der ‚jüdisch versippten‘ Frau, soweit sie nicht aus sich selbst schöpft mit dem trutzigen ‚dennoch bleibe ich stets bei Dir‘, mein Volk, mein Vaterland. Die meisten oder viele werden doch das Judentum abweisen, wie ich; sie haben keinerlei Beziehungen nach der Seite, u. sie wollen keine. Haben nie welche gehabt, kennen keine jüdischen Menschen. – Und sind wir mit unseren eigenen Volksgenossen zusammen, so erschrecken wir bei jedem Zufallswort, jedes zeigt die Kluft.»¹²⁵

Empört über ihre Behandlung, schrieb das Ehepaar Solmitz einen persönlichen Brief an Hitler. Dieser wurde an die Hamburger Polizei und an den Reichsinnenminister weitergeleitet, der den Briefschreibern mitteilte, es sei unmöglich, sie von den Bestimmungen des Gesetzes auszunehmen.¹²⁶ Dennoch blieb Luise Solmitz optimistisch. Die wachsende Isolation ihrer Tochter und ihre Bitterkeit, dass sie nicht in den BDM eintreten durfte, machte ihr weiterhin Sorgen, doch der Familie ging es finanziell gut, und ihr Nationalstolz auf die Leistungen Deutschlands im Dritten Reich entschädigte sie reichlich für ihre Kümernisse, die sie 1937 als «Stechmücken an sommerlichen Seen» abtat.¹²⁷

IV

Und tatsächlich entspannte sich ab dem Spätjahr 1935 die Lage der Juden in Deutschland für eine Weile ein wenig. Der Grund dafür war unerwartet und lag zumindest in einer Hinsicht ausserhalb der Kontrolle des NS-Regimes. Denn 1936 sollten die Olympischen Spiele in Deutschland stattfinden, eine Entscheidung, die das Internationale Olympische Komitee schon lange vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten getroffen hatte. Die Winterspiele sollten in Garmisch-Partenkirchen und die Sommerspiele in Berlin stattfinden. Hitler war zunächst skeptisch. Sport um seiner selbst willen entsprach nicht der NS-Weltanschauung, und ihm war der Internationalismus der Veranstaltung suspekt. Doch als vor allem in den USA eine Boykottkampagne gegen Deutschland wegen der Behandlung der Juden gestartet wurde, erkannte er, dass die Verlegung der Spiele in ein anderes Land für Deutschland äusserst nachteilig wäre und dass die Ausrichtung der Olympischen Spiele eine einmalige Gelegenheit bot, die Weltmeinung zugunsten des Dritten Reiches zu beeinflussen. Nun mussten Vorbereitungen getroffen werden. Im deutschen Team befanden sich keine Juden; unter dem Druck, einen Boykott der USA zu vermeiden, hatten die sportlichen Leiter der Mannschaft versucht, jüdische Athleten zu finden, doch das für Juden 1933 erlassene Verbot, erstklassige Trainingsmöglichkeiten zu nutzen, hatte zur Folge, dass kein jüdischer Sportler sich qualifizieren konnte. Drei «Halbjuden» wurden in die Mannschaft aufgenommen, die allesamt ausserhalb Deutschlands lebten, darunter die blonde Fechterin Helene Mayer. Dieses Zugeständnis sowie die Versicherung der Deutschen, den olympischen Geist zu achten, reichten anscheinend aus, einen drohenden internationalen Boykott abzuwehren.¹²⁸

Sorgfältigste Vorbereitungen wurden getroffen, um der Welt Deutschland von seiner besten Seite zu zeigen. In seiner Zeitung *Der Angriff* ermunterte Goebbels die Berliner Bevölkerung: «Wir müssen charmanter sein als die Pariserinnen, unbeschwerter als die Wiener, lebhafter als die Römer, weltmännischer als London und praktischer als New York.»¹²⁹ Damit gar nicht erst ein falscher Eindruck aufkommen konnte, wurden Personen mit einem Strafregister verhaftet und entweder für die Dauer der Spiele

ins Gefängnis gesteckt oder ausserhalb der Stadtgrenzen verbracht mit der Auflage, erst nach Beendigung der Spiele zurückzukehren. Ein grosses neues Stadion für 110'000 Zuschauer wurde in der Mitte des Reichssportfeldes im Westen von Charlottenburg gebaut. Die Rundfunkanstalten sendeten Berichte vom Verlauf der Spiele in die ganze Welt, und es gab auch die ersten Fernsehaufnahmen, deren Übermittlung jedoch noch in der Versuchsphase steckte. Leni Riefenstahl hatte von Hitler aufgrund ihrer Verfilmung des Nürnberger Reichsparteitags 1934 (*Triumph des Willens*) den Auftrag erhalten, die Spiele zu filmen. Dank des Einsatzes enormer finanzieller Mittel und einer perfektionistischen Planung produzierte sie den bis heute klassischen Olympiafilm, eine Feier schöner und starker Körper, die sich mühelos ebenso mit dem olympischen Ideal wie dem nationalsozialistischen Menschenbild vertrug. Überall in der Hauptstadt wehten die fünf olympischen Ringe neben Hakenkreuzfahnen, und bei der Eröffnungszeremonie sang ein von Richard Strauss dirigierter Chor von 3'000 Sängern und Sängern seine eigens zu diesem Anlass komponierte Olympische Hymne und anschliessend das Horst-Wessel-Lied. Die olympische Flamme wurde entzündet, Hitler erklärte die Spiele für eröffnet, und in den folgenden Tagen massen sich 5'000 Athleten im sportlichen Wettstreit.¹³⁰

Hitler war natürlich nur ein Gast bei den Spielen, die vom Internationalen Olympischen Komitee ausgerichtet wurden, und als er die ersten siegreichen deutschen Athleten zu sich in seine Loge bat, um ihnen persönlich zu gratulieren, wurde er vom Komitee unnachgiebig daran erinnert, dass er gegen den internationalen Geist der Spiele verstosse, wenn er die Sieger aus verschiedenen Ländern unterschiedlich behandle. Entweder solle er allen ohne Ausnahme gratulieren oder auf eine Gratulation überhaupt verzichten. Hitler bevorzugte das letztere, sprach jedoch weiterhin privat den deutschen Siegerinnen und Siegern seine Glückwünsche aus. Dieser Zwischenfall sowie der Umstand, dass er das Stadion während des Hochsprungwettbewerbs verliess, als der deutsche Athlet gerade ausgeschieden war, lagen der späteren Legende zugrunde, Hitler habe den unumstrittenen Star der Spiele, den vierfachen Goldmedaillengewinner Jesse Owens brüskiert, indem er sich geweigert habe, dem Afro-Amerikaner die Hand zu schütteln, und das Stadion verlassen habe, nachdem dieser bei einem Ren-

nen als Sieger durchs Ziel ging. Doch ein Mann wie Hitler beging nicht den Fehler, mit einer einzigen schmollenden Geste den guten Eindruck zunichte zu machen, den die internationale Meinung von den Spielen gewonnen hatte. Wie Albert Speer in seinen Erinnerungen schrieb, war Hitler tatsächlich nicht besonders glücklich über Owens' Siege, die er als die überlegene Körperkraft eines Primitiven abtat: Künftig, sagte er in privatem Kreis, müsse eine solche unfaire Konkurrenz ausgeschaltet und farbige Sportler dürften zu den Spielen nicht mehr zugelassen werden. Höchst zufrieden mit dem Erfolg der Olympischen Spiele, beauftragte Hitler Speer mit dem Entwurf eines Stadions, das um ein Mehrfaches grösser sein sollte als das gegenwärtige. 1940 würden die Spiele wie geplant in Japan stattfinden, räumte er grosszügig ein, doch danach nur noch in Berlin.¹³¹

«Ich fürchte, die Nazis hatten Erfolg mit ihrer Propaganda», schrieb William L. Shirer am 16. August 1936, als die Spiele beendet waren. «Erstens haben sie die Spiele in einer nie zuvor erlebten Dimension veranstaltet, was die Athleten sehr beeindruckte. Zweitens haben die Nazis den allgemeinen Besuchern, insbesondere den grossen Geschäftsleuten, eine sehr gute Fassade vorgeführt», von denen einige dem amerikanischen Korrespondenten sagten, sie seien «von der Organisation der Nazis positiv beeindruckt worden». Es war dieselbe Geschichte wie bei den Winterspielen einige Monate zuvor, auch wenn Shirer damals Probleme mit dem Reichspropagandaministerium bekam, weil er berichtet hatte, «dass die Nazi-Offiziellen alle guten Hotels mit Beschlag belegt hätten und die Presse in ungemütlichen Pensionen untergebracht haben, was der Wahrheit entspricht». Shirer hatte seinen amerikanischen Lesern auch berichtet, dass «die Nazis in Garmisch alle Schilder Juden unerwünscht' (die man in ganz Deutschland findet) entfernt haben, damit die Besucher der Olympiade keine Anzeichen für die Behandlung vorfinden, die die Juden in diesem Lande erfahren».¹³² Auch das traf zu. Hitler distanzierte sich ausdrücklich im Juni 1936 vom *Stürmer*, nicht zuletzt um die internationale Meinung zu beschwichtigen, und während der Spiele wurden in Berlin keine Exemplare dieses Hetzblatts ausgelegt.¹³³ In seinen grossen Reden 1936 erwähnte Hitler die Juden kaum.¹³⁴ Am 13. August schrieb Klemperer in

sein Tagebuch, ihm sei «die Olympiade so verhasst, weil sie nicht eine Sache des Sports ist..., sondern ganz und gar ein politisches Unternehmen. ‚Deutsche Renaissance durch Hitler‘ las ich neulich. Immerfort wird dem Volk und den Fremden eingetrichtert, dass man hier den Aufschwung, die Blüte, den neuen Geist, die Einigkeit, Festigkeit und Herrlichkeit, natürlich auch den friedlichen, die ganze Welt liebevoll umfassenden Geist, des Dritten Reiches sehe. Die Sprechchöre sind (für die Dauer der Olympiade) verboten, Judenhetze, kriegerische Töne, alles Anrühige ist aus den Zeitungen verschwunden, bis zum 16. August, und ebensolange hängen überall Tag und Nacht die Hakenkreuzfahnen.»¹³⁵

Trotz dieser taktischen Zurückhaltung erinnerte der Stellvertreter von Rudolf Hess, Martin Bormann, im Februar 1936 in einem Brief an den Reichsernährungsminister daran, dass «das Ziel der NSDAP, das Judentum nach und nach aus allen Lebensbereichen des deutschen Volkstums auszuschalten, unverrückbar feststeht».¹³⁶ Dass dieses Ziel in keiner Weise modifiziert oder aufgegeben wurde, sollte sich sehr bald nach Beendigung der Olympischen Sommerspiele zeigen.

V

Mittlerweile waren mehrere Tausend Juden, die das Land 1933 verlassen hatten, in den folgenden Jahren wieder zurückgekehrt, da die Lage auf den Strassen sich scheinbar beruhigt hatte im Vergleich zu den Gewaltszenen während der Machtergreifung und die Männer an der Parteit Spitze ihre antisemitische Rhetorik zu zügeln schienen. Zudem trieben neu eingeführte Beschränkungen der französischen Regierung im Hinblick auf die Beschäftigung von Ausländern, da Frankreich inzwischen selbst von der Weltwirtschaftskrise hart getroffen war, viele deutschjüdische Exilanten in ihre Heimat zurück. Beim Eintreffen solcher als «unerwünscht anzusehenden Elemente» in den ersten Monaten 1935 verfügte die Politische Polizei Bayerns:

«Bei Nichtariern kann grundsätzlich unterstellt werden, dass sie aus politischen Gründen ausgewandert sind, auch wenn sie angeben, sie hätten sich im Ausland eine neue Existenz gründen wollen. Männliche Emigranten werden in das Konzentrationslager Dachau eingewiesen; zurückkehrende Frauen kommen in das Konzentrationslager Moringen.»¹³⁷

Aber es sollte noch weitaus schlimmer kommen.¹³⁸ Überdies mochten die Nationalsozialisten ihre antisemitische Politik im Lauf des Jahres 1936 noch so sehr kosmetisch verbrämen, die «Arisierung» jüdischer Unternehmen dauerte uneingeschränkt an, und die Bekanntgabe des Vierjahresplans im Herbst brachte, wie wir gesehen haben, eine deutliche Beschleunigung dieses Programms mit sich. Begleitet wurde es von einer neuen Welle einschüchternder Judenboykotts in vielen Teilen des Landes, eine Tatsache, die stark vermuten liess, dass es noch immer viele Menschen gab, die in jüdischen Geschäften kauften und dass die Parteiführung auf allen Ebenen über diese Situation zunehmend unzufrieden wurde. Die Gestapo organisierte eine koordinierte Aktion, um die traditionelle Gewohnheit der Bauern in vielen Teilen Deutschlands zu brechen, den Kauf und Verkauf ihres Viehs über jüdische Viehhändler abzuwickeln. Den Bauern, die hartnäckig an ihrer Geschäftsbeziehung festhielten, wurde gedroht, ihnen die Jagdlizenz oder die Winterhilfe zu entziehen oder andere Massnahmen gegen sie zu ergreifen, während jüdische Viehhändler verhaftet oder mit Gewalt von Viehmärkten und Schlachthöfen entfernt wurden; man nahm ihnen ihre Geschäftsbücher und gab sie ihren nichtjüdischen Konkurrenten. Bis Ende 1937 waren sie infolgedessen weitgehend aus diesem Geschäftszweig vertrieben.¹³⁹

Erst Ende 1937 und 1938 kam es wieder zu gewaltsamen Aktionen in wirklich grossem Umfang. Wieder war die Parteiführung die treibende Kraft, allen voran Hitler selbst. Je mehr das Regime zu einer aggressiveren Militär- und Aussenpolitik übergang, desto weniger sah es einen Anlass, auf die möglichen Reaktionen des Auslands auf seine antisemitischen Massnahmen Rücksicht zu nehmen. Die «Arisierung» der Wirtschaft, die sich Stück für Stück über mehrere Jahre erstreckt hatte, stand kurz vor ihrem Abschluss, ohne dass es zu einer wirtschaftlichen Katastrophe gekom-

men wäre. Jetzt stand der Krieg vor der Tür, und für das Regime kam es darauf an, die Anzahl der in Deutschland noch lebenden Juden schneller zu verringern, um die Möglichkeit eines erneuten «Dolchstosses» in den Rücken zu verhindern, der zur Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg geführt haben sollte – nicht das letzte Mal, dass diese Zwangsvorstellung eine Schlüsselrolle bei der Ausrichtung der Politik Hitlers und der übrigen Parteiführer spielte. Im Schatten des kommenden Krieges würde eine Darstellung der deutschen Juden als «innerer Feind» einmal mehr ein wichtiges Instrument sein, um die öffentliche Meinung auf den Konflikt vorzubereiten. Diese neue Phase einer antisemitischen Gewalt, die dritte nach 1933 und 1935, wurde von Hitler persönlich am 13. September 1937 auf dem Reichsparteitag eingeläutet, als er einen Grossteil seiner Rede der Beschimpfung der Juden widmete und von ihnen behauptete, sie seien eine «durch und durch minderwertige» Rasse, deren herausragende Merkmale «Skrupellosigkeit» und «Gewissenlosigkeit» seien und nur das eine Ziel verfolgten, die Demokratie in das «bolschewistische Chaos» zu stürzen und zu diesem Zweck die intellektuellen Oberschichten auszurotten. Auf die Rede folgten antisemitische Unruhen in Danzig und anschliessend eine neue Welle einschüchternder Boykotts jüdischer Geschäfte in der Vorweihnachtszeit. Nach einer langen Unterredung mit Hitler am 29. November 1937 schrieb Goebbels in sein Tagebuch: «Die Juden müssen aus Deutschland, ja aus ganz Europa heraus. Das dauert noch eine Zeit, aber geschehen wird und muss das. Der Führer ist fest entschlossen dazu.»¹⁴⁰

Die neue Phase der Verfolgung brachte ein Bündel neuer Gesetze und Erlasse mit sich, die insgesamt die Lage der Juden in Deutschland noch weiter verschlechterten. Am 25. Juli 1938 verloren 2443 der 3152 noch verbliebenen jüdischen Ärzte in Deutschland ihre Approbation; den übrigen 709 war es nicht mehr gestattet, den Dokortitel zu führen, jedoch weiterhin jüdische Patienten zu behandeln, die sonst keinerlei Möglichkeit mehr hatten, sich ärztlich versorgen zu lassen. Nach demselben Prinzip funktionierte ein Erlass vom 27. September 1938 über die Tätigkeit jüdischer Rechtsanwälte; 172 von 1753 Anwälten durften noch Weiterarbeiten, jedoch nur für jüdische Klienten; ein Erlass für jüdische Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker folgte am 17. Januar 1939. Am 28. März 1938

entzog ein neues Gesetz über jüdische Kulturvereine diesen ihren bisherigen Status als öffentliche Körperschaften mit Wirkung vom 1. Januar des Jahres, so dass sie keinen gesetzlichen Schutz mehr genossen und einer erhöhten Steuer unterworfen waren. Weitere Massnahmen beschleunigten die «Entjudung» der Wirtschaft, indem Juden aus weiteren akademischen Berufen verbannt und zu einer schriftlichen Aufstellung ihres Vermögens verpflichtet, Steuervergünstigungen für ihre Kinder aufgehoben wurden und anderes. Schliesslich erliess das Reichsinnenministerium am 17. August 1938 ein Gesetz, das allen Juden in Deutschland auferlegte, ab dem 1. Januar 1939 Vornamen zu führen, die in den Richtlinien des Ministeriums über die Führung von Vornamen enthalten waren; andernfalls mussten sie ihren Vornamen die Namen «Israel» bzw. «Sara» hinzufügen. Auf diese Weise konnten Juden als solche sofort durch ihren Personalausweis identifiziert werden. Für viele Juden machte dieses Gesetz auch auf eine demütigende Weise deutlich, dass sie jetzt in jeder Hinsicht minderwertig und als eine eigene «Rasse» gekennzeichnet waren. Bei dem Gedanken, dass auch ihr jüdischer Ehemann Friedrich den Namen Israel tragen musste, stellte Luise Solmitz sich vor, was diese Menschen empfinden mussten, und schrieb bekümmert in ihr Tagebuch: «An denen nagt der Schimpf, der unausweichlich mit dem 1.1.39 kommt, der entwürdigende, demütigende Zuname».¹⁴¹

Die vollkommene Trennung der Juden von der übrigen Gesellschaft war in der Tat das, was Berlins Gauführer Joseph Goebbels im Sommer 1938 vorschwebte, als er auf Beschwerden von Gauführern aus anderen Teilen Deutschlands reagierte, sie hätten auf dem Kurfürstendamm «ein Überhandnehmen der Juden» festgestellt. Goebbels beauftragte den Berliner Polizeipräsidenten Graf Helldorf, einen Plan zu erstellen, in dem vorge schlagen wurde, eine allgemeine Kennzeichnung der Juden und ihrer Geschäfte vorzunehmen, besondere Kennkarten für Juden auszugeben, sie aus bestimmten Gewerben auszuschliessen, ihnen in Eisenbahnzügen besondere Schlafwagen zuzuteilen und eigene jüdische Gaststätten, Sportplätze und Parks zuzuweisen. Noch während ihrer Entstehung wurde diese Denkschrift dem SD bekannt, der Einwände dagegen erhob. Er verwies darauf, dass es nicht zweckmässig sei, das «Judenproblem» in Berlin losgelöst vom übrigen Reichsgebiet zu behandeln, auch wenn dort ein gutes

Drittel aller Juden in Deutschland lebe; ausserdem könne man nicht die Juden unnachichtig von einer Berufstätigkeit ausschliessen, ohne gleichzeitig die Auswanderungsmöglichkeiten zu verbessern. Daraufhin wurde die Denkschrift nicht in die Tat umgesetzt. Doch die darin behandelten Themen blieben weiterhin in der Diskussion. Noch während der Debatten um die Denkschrift, am 30. Mai 1938, veranstaltete die Berliner Polizei eine Grossrazzia gegen ein Café am Kurfürstendamm und verhaftete das gesamte Publikum, darunter an die 300 Juden, viele davon mit ausländischer Staatsbürgerschaft. Im *Völkischen Beobachter* vom 2. Juni hiess es, die Razzia habe sich gegen «verbrecherische Elemente, insbesondere Rauschgifthändler, Devisenschieber usw.» gerichtet und es sei «umfangreiches Material aus jüdischen Verbrecherkreisen» sichergestellt worden. Für Goebbels ging diese Aktion anscheinend nicht weit genug, und er bestellte Helldorf zum Rapport. Am 4. Juni schrieb er in sein Tagebuch: «Ziel Heraustreibung der Juden aus Berlin. Und zwar ohne Sentimentalität» – ein Ziel, das er am 10. Juni 1938 vor den Führern der Polizei in Berlin wiederholte. In dieser Angelegenheit handelte Goebbels nicht auf eigene Faust. Einige Tage später wurden auf Hitlers persönlichen Befehl im Verlauf einer Grossaktion gegen «Asoziale», Bettler, Landstreicher und Obdachlose 1'500 Juden verhaftet. Diese Juden – die der Polizei aufgrund ihres Vorstrafenregisters bekannt waren, wobei etliche lediglich gegen die Rassengesetze verstossen hatten – sollten nicht wie der grösste Teil der übrigen Verhafteten zu Zwangsarbeit gezwungen werden. Ihre Verhaftung sollte sie vielmehr unter Druck setzen, aus Deutschland auszuwandern. Sie wurden denn auch erst entlassen, nachdem ihre Emigration durch jüdische Organe in die Wege geleitet worden war. Darüber hinaus verfolgte man mit der Aktion die Absicht, Juden im Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit mit Verbrechen in Verbindung zu bringen, ein Eindruck, der von entsprechenden Berichten in der Tagespresse beflissen verstärkt wurde.¹⁴²

Alle diese Reden, Gesetze, Erlasse und Polizeiaktionen signalisierten den einfachen Parteigenossen, dass es an der Zeit sei, wieder die Gewalt auf die Strasse zu tragen. Das Beispiel der Massenszenen der Gewalt in Wien nach dem Anschluss Österreichs im März 1938 war ein weiterer Ansporn.¹⁴³ In Berlin wurden sie dazu von Goebbels und Polizeichef Hell-

dorf ermutigt; in der ganzen Stadt schmierten sie den Davidstern auf jüdische Schaufenster, an die Wände von Häusern, in denen jüdische Ärzte und Anwälte ihre Praxen und Kanzleien hatten, brachen zum Teil in diese Räume ein und plünderten sie und demolierten drei Synagogen. Die Gewalt breitete sich auch auf andere Städte aus, so etwa auf Magdeburg und Frankfurt a.M. Hitler gebot diesen Ausschreitungen am 22. Juni Einhalt, nicht zuletzt weil bei der Aktion gegen die «Asozialen» auch viele Juden aus dem Ausland festgenommen worden waren und sich die Beziehungen zu anderen Ländern an einem heiklen Punkt befanden. Dieser Schritt war freilich nur taktischer Natur. Am 25. Juni vermerkte Goebbels eine Unterredung mit Hitler, in der dieser das Vorgehen in Berlin allgemein gebilligt hatte. «Hauptsache ist, dass die Juden herausgedrückt werden. In 10 Jahren müssen sie aus Deutschland entfernt sein.» Wie das geschehen sollte war eine Frage von untergeordneter Bedeutung. Aussenpolitische Rücksichten verboten vorläufig offene Gewalt, aber sie wurde nicht prinzipiell ausgeschlossen.¹⁴⁴ In einer Änderung ihrer Taktik gab der Berliner Polizeipräsident den ihm unterstellten Dienststellen «Richtlinien für die Behandlung von Juden und Judenangelegenheiten», die aus einem 76 Punkte umfassenden Katalog bestanden, aus denen hervorging, wie man die Juden auf kleinlichste Weise schikanieren könnte, ohne dabei gegen das Gesetz zu verstossen – indem man sie vornehmlich am Sabbat und an jüdischen Feiertagen aufs Revier vorlud, Anträge nicht besonders schnell bearbeitete (ausgenommen solche zur Auswanderung), häufige feuerpolizeiliche Überprüfungen ihrer Geschäftsräume durchführte und dergleichen mehr. Trotzdem ging die Gewalt weiter, teils willkürlich, zum Teil unter gesetzlichen Vorwänden. Nachdem die Kommunalbehörden in Nürnberg und München den Abriss der dortigen Synagogen ultimativ angeordnet hatten, demolierten Nationalsozialisten in mindestens einem Dutzend weiterer Städte Synagogeneinrichtungen. In Teilen Württembergs gab es erneute Angriffe auf jüdische Räumlichkeiten; Juden wurden aus ihren Wohnungen gezerrt, geschlagen und bespuckt und aus ihren Heimatstädten vertrieben. Aufgrund der von den Behörden initiierten Aktionen der vergangenen Monate waren alle jüdischen Läden, Praxen, Kanzleien usw. deutlich markiert, jüdische Männer, Frauen und Kinder hatten beson-

dere Ausweise erhalten, und ihre Wohnadressen waren bei der Polizei registriert. Somit waren sie mühelos zu identifizieren.¹⁴⁵ Im SD wurden Pläne erörtert, für den Fall eines Kriegsausbruchs alle in Deutschland verbliebenen Juden zu verhaften und in Lagern unterzubringen. Die Vierjahresplan-Organisation mit Göring an der Spitze hatte inzwischen angesichts der beschleunigten Rüstung durch die Sudetenkrise ein Interesse daran, die «Arisierung» aller verbliebenen jüdischen Vermögen rasch zu Ende zu bringen.¹⁴⁶

Die Lage braute sich erneut wie im Sommer 1935 zu einer pogromartigen Atmosphäre zusammen. Inzwischen unternahm das Regime Schritte, um alle nichtdeutschen Juden aus dem Reich zu vertreiben. «Arische» Arbeitgeber wurden im Herbst 1937 aufgefordert, alle solchen Beschäftigten zu entlassen, worauf tausend russische Juden des Landes verwiesen wurden, obwohl der Prozess wegen der Verweigerungshaltung der sowjetischen Behörden länger dauerte als geplant.¹⁴⁷ Im folgenden Jahr richtete der SD seine Aufmerksamkeit auf die 50'000 in Deutschland lebenden polnischen Juden. 40 Prozent von ihnen waren zwar in Deutschland geboren, doch nach Heydrichs Ansicht waren sie alle ein Ärgernis, da keiner von ihnen den deutschen antijüdischen Gesetzen unterworfen war. In der Befürchtung, dass diese Juden nach Polen zurückgeschickt werden könnten, erliess die antisemitische Militärdiktatur in Polen am 31. März 1938 ein neues Gesetz, das es ihr erlaubte, diesen unglücklichen Menschen die polnische Staatsbürgerschaft zu entziehen, die daraufhin staatenlos waren. Verhandlungen zwischen der Gestapo und der polnischen Botschaft in Berlin blieben ergebnislos, und am 27. Oktober begann die deutsche Polizei mit der Verhaftung polnischer Arbeiter, zum Teil zusammen mit ihren Familien, und brachte sie zu Sammelstellen, von wo sie in versiegelten und bewachten Sonderzügen an die polnische Grenze transportiert wurden. Insgesamt wurden etwa 18'000 Menschen auf diese Weise deportiert, ohne dass man sie zuvor darüber informiert hätte, ohne alles bis auf ein Minimum an Gepäck und häufig ohne Lebensmittel und Wasser während der Fahrt. An der Grenze angekommen, wurden sie, häufig unter Schlägen, auf die andere Seite getrieben. Die polnischen Behörden riegelten nach den ersten Transporten die Grenze ab, so dass die Vertriebenen ziellos im Niemandsland hin und her irrten oder kampierten, bis die polnische Regie-

rung für sie schliesslich Internierungslager in den Grenzorten einrichtete. Als die polnischen Behörden ihrerseits die Vertreibung deutscher Staatsbürger über die Grenze anordneten, beendete die deutsche Polizei die Aktion am 29. Oktober. In Verhandlungen zwischen beiden Regierungen wurde immerhin erreicht, dass die Vertriebenen kurzfristig zur Regelung ihrer persönlichen Angelegenheiten nach Deutschland zurückkehren durften, bevor sie für immer nach Polen gingen.¹⁴⁸

Die «Reichskristallnacht»

Am 7. November 1938 entdeckte ein 17jähriger Pole, Herschel Grynszpan, der in Deutschland aufgewachsen war, doch zu dieser Zeit in Paris lebte, dass seine Eltern zu den Personen gehörten, die aus Deutschland nach Polen deportiert worden waren. Grynszpan beschaffte sich einen Revolver und betrat die deutsche Botschaft, wo er den ersten Diplomaten, der ihm über den Weg lief, anschoss: den jungen Legationssekretär Ernst vom Rath, der schwer verletzt in ein Krankenhaus gebracht wurde. Die politische Atmosphäre der ersten Novembertage 1938 war bereits erfüllt von antisemitischer Gewalt, da das Regime und seine aktivsten Anhänger den Druck auf die deutschen Juden verstärkten, um sie zum Auswandern zu bewegen. Es war nur naheliegend, dass Goebbels unter diesen Verhältnissen beschloss, den Anschlag propagandistisch nach Kräften auszu-schlachten. Noch am selben Tag wies das Reichspropagandaministerium die Presse an, den Bericht über den Vorfall mit dicken Schlagzeilen zu versehen. Er sollte als ein Anschlag durch das «Weltjudentum» auf das Dritte Reich hingestellt werden, der für die Juden Deutschlands «schwerste Folgen» haben würde. Das war eine unverhohlene Handlungsaufforderung an die Parteiaktivisten. Goebbels erteilte dem Propagandachef in Hessen die Weisung, Anschläge auf Synagogen und andere jüdische Gebäude verüben zu lassen, um festzustellen, ob ein landesweiter Pogrom durchführbar sein würde. Während die SA sich auf den Weg machte, wurden auch die SS und die Gestapo in die Aktion einbezogen. In Kassel wurde die Synagoge von der SA demoliert. Auch in anderen hessischen Städten sowie in Münden in der preussischen Provinz Hannover kam es zu Demolierungen und Brandanschlägen auf Synagogen und die Häuser und Wohnungen der ansässigen jüdischen Bevölkerung. In diesen Akten der Gewalt, so erklärte die gleichgeschaltete Presse am 9. November, habe sich der «spontane Zorn des deutschen Volkes» gegen den «empörenden»

Anschlag in Paris und dessen Anstifter entladen. Der Kontrast zur Ermordung des Gauleiters der Partei in der Schweiz, Wilhelm Gustloff, durch David Frankfurter, einen Juden, im Februar 1936, der keinerlei heftige verbale oder gewalttätige Reaktion der Partei, ihrer Führer oder Mitglieder ausgelöst hatte, weil Hitler im Jahr der Olympischen Spiele Deutschland von seiner besten Seite zeigen wollte, hätte nicht grösser sein können. Dies zeigte, dass der Anschlag nur ein Vorwand war für das, was folgte, aber nicht seine Ursache.¹⁴⁹

Wie es der Zufall wollte, sollte Hitler einen Tag nach dem Attentat, am 8. November 1938, dem Vorabend des Jahrestags seines fehlgeschlagenen Putschs im November 1923, in München vor den Gauleitern und anderen hohen Parteifunktionären eine Rede halten. Auffälligerweise erwähnte er den Zwischenfall von Paris in dieser Rede nicht; offenbar plante er eine Aktion nach Raths Tod, der in den nächsten Tagen zu erwarten war. Am Abend des 9. November, während die Parteiführer sich auf dem Weg in den Münchener Rathaussaal befanden, wurde Hitler von seinem Begleitarzt Karl Brandt, den er zur Konsultation und Berichterstattung nach Paris geschickt hatte, darüber unterrichtet, dass Rath um halb sechs Uhr deutscher Zeit seinen schweren Verletzungen erlegen war. Demnach erreichte diese Nachricht nicht nur ihn, sondern auch Goebbels und das Auswärtige Amt am späten Nachmittag des 9. November. Hitler erteilte sofort Goebbels Instruktionen für einen landesweiten, koordinierten Anschlag auf die deutschen Juden und ihr Eigentum, verbunden mit der Verhaftung von möglichst vielen jüdischen Männern und ihrer Verbringung in Konzentrationslager. Dies war die ideale Gelegenheit, möglichst viele deutsche Juden durch eine massive, furchteinflössende, gewalttätige Aktion im ganzen Reich unter Anwendung körperlicher Gewalt und durch Anschläge auf Synagogen und Häuser zum Auswandern zu veranlassen. Der Tod Raths würde zudem die propagandistische Rechtfertigung für die endgültige, totale Enteignung der Juden Deutschlands und ihren vollständigen Ausschluss von der übrigen deutschen Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur liefern. Nachdem diese Entscheidungen getroffen waren, vereinbarte Hitler mit Goebbels, sie den im Münchener Rathaussaal versammelten Parteigetreuen in einem kalkulierten Akt theatralischer Täuschung als eine sponta-

ne Reaktion auf die Ermordung Raths hinzustellen, geboren aus spontaner Erschütterung und Zorn.¹⁵⁰

Während des Essens im Alten Rathausaal, wo sie von vielen der Anwesenden gesehen werden konnten, wurden Hitler und Goebbels gegen neun Uhr abends von einem Boten angesprochen, der ihnen etwas mitteilte, das sie bereits seit dem späten Nachmittag wussten, dass nämlich Rath seinen Verletzungen erlegen war. Nach einer kurzen, «ausserordentlich eindringlichen Unterredung» mit Goebbels stand Hitler auf und ging früher als gewöhnlich in seine Wohnung. Jetzt – gegen zehn Uhr – sprach Goebbels zu den versammelten Gauleitern und teilte ihnen den Tod vom Raths mit. Ein späterer Bericht des Obersten Parteigerichts schilderte die folgenden Ereignisse:

«Am Abend des 9. November 1938 teilte der Reichspropagandaleiter Pg. Dr. Goebbels den zu einem Kameradschaftsabend im Alten Rathaus zu München versammelten Parteiführern mit, dass es in den Gauen Kurhessen und Magdeburg-Anhalt zu judenfeindlichen Kundgebungen gekommen sei, dabei seien jüdische Geschäfte zertrümmert und Synagogen in Brand gesteckt worden. Der Führer habe auf seinen Vortrag entschieden, dass derartige Demonstrationen von der Partei weder vorzubereiten noch zu organisieren seien, soweit sie spontan entstünden, sei ihnen aber auch nicht entgegenzutreten ... Die mündlich gegebenen Weisungen des Reichspropagandaleiters sind wohl von sämtlichen anwesenden Parteiführern so verstanden worden, dass die Partei nach aussen nicht als Urheber der Demonstrationen in Erscheinung treten, sie in Wirklichkeit aber organisieren und durchführen sollte. Sie wurden in diesem Sinne sofort – also geraume Zeit vor Durchgabe des ersten Fernschreibens – von einem grossen Teil der anwesenden Parteigenossen fernmündlich an die Dienststellen ihrer Gae weitergegeben. «¹⁵¹

Die in München versammelten SA-Gruppenführer und Gauleiter riefen die nachgeordneten Stellen in den Kreisen und Ortsgruppen an und gaben den Befehl weiter, Synagogen anzuzünden und jüdische Geschäfte zu demolieren und in Brand zu setzen. Als Hitler und Himmler kurz vor der traditionellen mitternächtlichen Vereidigung von SS-Rekruten zusammenkamen, diskutierten sie kurz über den Pogrom, der überall im Gange

war. Daraufhin wurde ein weiterer zentraler Befehl ausgegeben, diesmal formeller, per Fernschreiber um fünf Minuten vor zwölf. Er kam von Heinrich Müller, Himmlers Untergebenem und Chef der Gestapo, und übermittelte Himmlers persönlichen Befehl, den Goebbels am nächsten Tag ebenfalls in seinem Tagebuch festhielt, an die deutschen Polizeibefehlshaber im Land, möglichst viele männliche Juden zu verhaften:

«Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden. Sie sind nicht zu stören. Jedoch ist im Benehmen mit der Ordnungspolizei sicherzustellen, dass Plünderungen und sonstige besondere Ausschreitungen unterbunden werden können ... Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20-30'000 Juden im Reiche. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden. Nähere Anordnungen ergehen noch im Laufe dieser Nacht.»¹⁵²

In einem weiteren Blitzferschreiben um 1.20 Uhr nachts wies Heydrich die Polizei und den SD an, sich bei der Zerstörung von jüdischem Eigentum oder gewalttätigem Vorgehen gegen Juden abseits zu halten; ausserdem warnte er, dass Plünderungen nicht erlaubt seien und Ausländer in Ruhe gelassen werden müssten, auch wenn sie Juden seien, und es müsse dafür Sorge getragen werden, dass keine Häuser von Nichtjuden in der Nähe von Synagogen und jüdischen Geschäften beschädigt würden. Es sollten so viele Juden verhaftet werden, wie Platz in den Lagern sei. Um 2.56 Uhr erging auf Anweisung Hitlers ein drittes Fernschreiben aus dem Amt Hess, das diesen letzten Punkt bekräftigte und hinzufügte, «auf ausdrücklichen Befehl von allerhöchster Stelle» dürften jüdische Geschäfte nicht in Brand gesteckt werden dürften, um benachbarte Häuser von nicht-jüdischen Deutschen nicht zu gefährden.¹⁵³

Zu diesem Zeitpunkt war der Pogrom bereits in vollem Gange. Die ersten Befehle, die telefonisch von München an die unmittelbaren Untergebenen der Gauleiter ergingen, wurden sofort nach unten weitergegeben. Ein typisches Beispiel war das des Führers der SA-Gruppe Nordmark, Joachim Meyer-Quade, der in München war und dort die Rede von Goebbels hörte und um 23.30 Uhr seinen Stabschef anrief und ihm sagte:

«Ein Jude hat geschossen. Ein deutscher Diplomat ist tot. In Friedrichstadt, Kiel, Lübeck und anderswo stehen völlig überflüssige Versammlungshäuser. Auch Läden haben diese Leute bei uns noch. Beide sind überflüssig. Es darf nicht geplündert werden. Es dürfen keine Misshandlungen vorkommen. Ausländische Juden dürfen nicht angefasst werden. Die Aktion muss in Zivil durchgeführt werden und um 5.00 Uhr beendet sein.»¹⁵⁴

Meyer-Quade hatte Goebbels' Botschaft verstanden. Seine Untergebenen hatten ebensowenig Probleme zu verstehen, was er gemeint hatte, wie die anderen SA-Stürme, bei denen ähnliche Befehle eintrafen. Überall in Deutschland gedachten SA-Männer und Parteiaktivisten in ihren Sturmlökalen des Bürgerbräuputschs, als die Befehle kamen; viele hatten schon kräftig dem Bier zugesprochen und waren nicht in der Stimmung, die Warnungen vor Plünderungen und Gewaltanwendung gegen Personen besonders ernst zu nehmen. Banden von SA-Männern brachen auf, wo sie sich gerade befanden, die meisten in Zivilkleidung, ausgerüstet mit Benzinkanistern, und marschierten zur nächstgelegenen Synagoge. Bald standen praktisch alle noch verbliebenen jüdischen Gebets- und Andachtshäuser in Flammen. Von der SA gewarnt, unternahmen die lokalen Polizeibeamten und die Feuerwehren nichts, ausser zu verhindern, dass die Flammen der Synagogen auf die benachbarten Gebäude übersprangen. Sozialdemokratische Beobachter schätzten später, dass während dieser Gewaltorgie 520 Synagogen zerstört wurden, doch die tatsächliche Zahl dürfte weit über tausend gelegen haben. Nach dem 10. November 1938 war es den in Deutschland verbliebenen Juden praktisch nicht mehr möglich, ihren Glauben in der gewohnten Weise öffentlich zu praktizieren.¹⁵⁵

Ausser auf die Synagogen richtete sich die Zerstörungswut der SA- und SS-Männer auch gegen jüdische Geschäfte, Büros, Praxen und Wohnungen. Sie warfen Schaufenster ein, so dass die Gehwege davor mit Glassplittern übersät waren. In ihrem sarkastischen Mutterwitz fand die Berliner Bevölkerung für die Ereignisse jener Nacht die Bezeichnung «Reichskristallnacht». Doch die SA-Horden warfen nicht nur Schaufensterscheiben ein, sie brachen auch in Büros und Wohnungen von Juden ein, demo-

lierten das Mobiliar und nahmen mit, was ihnen nützlich schien.¹⁵⁶ Danach machten sie sich auf den Weg zu den Häusern und Wohnungen von jüdischen Familien – mit derselben Absicht. In Düsseldorf wurde berichtet, dass Juden in der Morgenfrühe vom gefürchteten Klopfen der Gestapo an der Tür geweckt wurden:

«Während der Durchsuchung, die die Gestapo machte, beschäftigte sich die SA draussen mit dem Demolieren von Scheiben und Türen. Dann erschien die SS, die ihr Werk im Innern der Wohnungen verrichtete. Fast immer wurden sämtliche Möbel zertrümmert, Bücher und Wertgegenstände in den Wohnungen herumgestreut, die jüdischen Bewohner wurden bedroht und geschlagen. Es haben sich wahre Schreckensszenen abgespielt. Nur hin und wieder gab es mal einen anständigen SS-Mann, der deutlich erkennen liess, dass er nur seine Pflicht erfüllte, weil er den Befehl erhalten hatte, in die Wohnungen einzudringen. So ist uns bekannt, dass zwei Studenten in SS-Uniform je eine Vase zertrümmerten und dann ihrem Vorgesetzten meldeten: ‚Befehl ausgeführt!‘»¹⁵⁷

In vielen Städten drangen SA-Horden, zum Teil gemeinsam mit Hitlerjungen, in jüdische Friedhöfe ein, schändeten die Gräber und stürzten Grabsteine um. In Esslingen brachen SA-Männer in Zivilkleidung und bewaffnet mit Äxten und Vorschlaghämmern kurz nach Mitternacht in das jüdische Waisenhaus am Ort ein, schlugen alles kurz und klein und warfen Bücher, religiöse Gegenstände und alles Brennbares auf einen Haufen im Hof und zündeten ihn an. Zu den weinenden Kindern sagte ein SA-Mann, wenn sie nicht sofort weggingen, würden sie selber ins Feuer geworfen. Einige von ihnen mussten zu Fuss bis nach Stuttgart gehen und dort eine neue Unterkunft suchen.¹⁵⁸ Überall in Deutschland wurden Läden und Wohnungen geplündert, die Täter liessen Schmuck, Kameras, Elektroartikel, Radiogeräte und anderes mitgehen. In dieser Nacht wurden rund 7'500 von insgesamt 9'000 Geschäften jüdischer Eigentümer demoliert. Die Versicherungen veranschlagten den durch Brandstiftung entstandenen Gesamtschaden auf 39 Millionen Reichsmark, den Schaden durch die Zerstörung der Schaufenster auf 6,5 Millionen und den Wert der geraubten Güter auf 3,5 Millionen Reichsmark. Erst im Verlauf des Vormittags des 10. No-

vember 1938 zeigte sich die Polizei und postierte sich vor den demolierten Läden und Wohnungen, um weitere Plünderungen zu verhindern.¹⁵⁹

Was in der mittelfränkischen Kleinstadt Treuchtlingen geschah, gehörte zu den extremsten Ausschreitungen in dieser Pogromnacht. Kurz nach Mitternacht erhielt der für den Bezirk Mittelfranken zuständige SA-Führer Georg Sauber telefonisch den Befehl, die Synagogen in seinem Bezirk zu zerstören und alle männlichen Juden zu verhaften. Um drei Uhr in der Frühe war er nach Treuchtlingen gefahren und liess die dortigen SA-Männer wecken, die sich anschliessend vor der Feuerwache melden sollten. Einige von ihnen gingen zur nahegelegenen Synagoge und stellten sich vor ein angrenzendes Haus, in dem der Kantor Moses Kurzweil wohnte, und brüllten, er solle öffnen, sonst werde sein Haus angezündet. Schliesslich brachen sie die Haustür auf und gelangten von dort in die Synagoge, die sie in Brand setzten. Innerhalb kurzer Zeit war diese vollkommen zerstört. Inzwischen war die Feuerwehr gekommen und spritzte Wasser auf die Dächer der benachbarten Häuser, die nichtjüdischen Deutschen gehörten. Einige Einwohner des Orts feuerten die Braunhemden an und gingen mit ihnen zu mehreren Läden, die Juden gehörten, wo sie gemeinsam die Schaufenster zerschlugen und die Läden plünderten. Von dort begaben sie sich zu den Häusern und Wohnungen von Juden, verschafften sich gewaltsam Einlass und verwüsteten die Einrichtung. Ein Jude des Orts, Moritz Mayer, berichtete später, er sei zwischen vier und fünf Uhr am Morgen des 10. November durch schwere Schritte in seinem Garten geweckt worden. Als er aus dem Fenster spähte, sah er acht bis zehn SA-Männer mit Äxten, Beilen, Dolchen und Revolvern, die in sein Haus einbrachen und bereits dabei waren, Waschbecken, Spiegel, Türen, Geschirr- und Wäscheschränke zu zertrümmern, während er seine Familie weckte. Mayer erhielt einen Schlag ins Gesicht, wobei seine Brille zerbrach; die SA-Männer stiessen ihn in eine Ecke und warfen die Trümmer des Mobiliars auf ihn. In der Küche zerschlugen die Eindringlinge sämtliches Geschirr und gingen schliesslich in den Keller, wo Mayers Familie schreckensstarr in einer Ecke kauerte, und zwangen die Frauen, sämtliche Weinflaschen und Einmachgläser kaputtzuschlagen. Kaum hatten sie das Haus wieder verlassen, als Einwohner des Orts, insbesondere Halbwüchsige, in das Haus

drangen, um zu plündern, was noch brauchbar war. Mayer und seine Angehörigen packten schnell ein paar Kleider zusammen und ergriffen unter dem höhnischen Gelächter des Mobs die Flucht zum Bahnhof, wo sie zusammen mit den meisten der 93 Juden des Orts den Zug nach München nahmen.¹⁶⁰

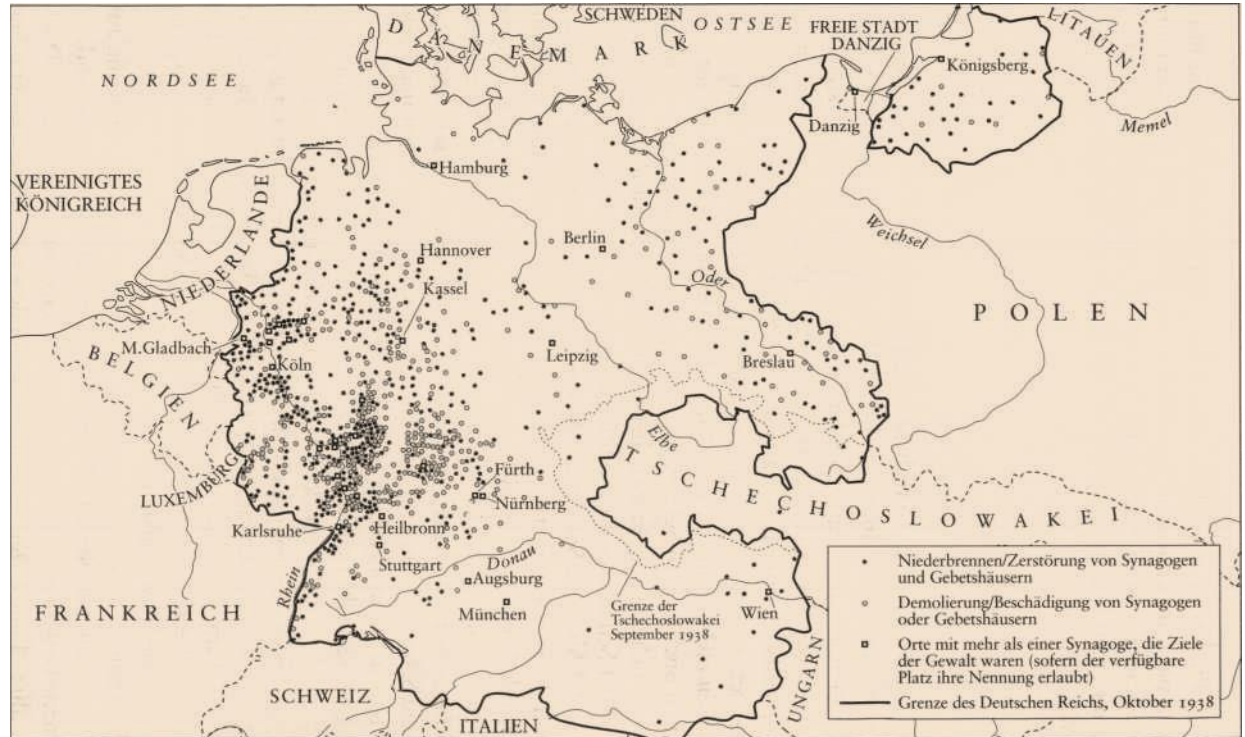
II

Die extreme Gewalt und die bewusste, erniedrigende Demütigung, denen die Juden während des Pogroms ausgesetzt waren, erinnerten an die Ausschreitungen der SA-Leute in den letzten Monaten vor der Machtübernahme 1933. Doch diesmal gingen sie wesentlich weiter und waren offensichtlich verbreiteter und zerstörerischer. Sie zeigten, dass der «instinktive» Hass auf die Juden inzwischen nicht mehr nur die SA und die radikalen Parteianhänger, sondern auch andere Sektoren der Gesellschaft erfasst hatte, vor allem, aber nicht nur, die Jungen, bei denen fünf Jahre Nationalsozialismus in den Schulen und der Hitlerjugend ihre Spuren hinterlassen hatten.¹⁶¹ Als Luise Solmitz am Morgen nach dem Pogrom in Hamburg auf die Strasse ging, traf sie auf «schweigende, erstaunte und zustimmende Leute. Eine hässliche Atmosphäre. – ‚Wenn sie drüben unsere Leute totschiessen, dann muss man so handeln‘, urteilte eine ältere Frau.»¹⁶² Im Saarland waren die Juden offenbar so sehr in Angst und Schrecken versetzt worden, dass sie sich in den Tagen nach dem Pogrom kaum aus ihren Häusern auf die Strasse wagten:

«Sobald sich einer blicken lässt, laufen ihm Scharen von Kindern nach, spucken nach ihm, werfen mit Dreck und Steinen oder bringen ihn durch das ‚Einhakeln‘ der Beine mit gebogenen Stöcken zu Fall. Der auf diese Weise verfolgte Jude darf kein Wort sagen, sonst gilt das als Bedrohung der Kinder. Die Eltern haben nicht den Mut, die Kinder zurückzuhalten, weil sie Schwierigkeiten befürchten.»¹⁶³

Wie es in dem Bericht weiter hiess, hatte man den Kindern häufig auf der Schule beigebracht, Juden als Verbrecher anzusehen, so dass sie keine Gewissensbisse hatten, ihnen ihr Eigentum zu stehlen.¹⁶⁴ Doch während junge Deutsche in dem besonders antisemitischen Franken und einigen an-

Karte 15: Zerstörte Synagogen am 9./10. November 1938



deren Regionen sich bereitwillig an dem Pogrom beteiligten, konnte man woanders auch entgegengesetzte Reaktionen beobachten. «Mensch», sagte ein Berliner Transportarbeiter zu einem anderen, «mir kann doch keener erzählen, det det det Volk jemacht haben soll. Ick habe doch die ganze Nacht jeschlafen und meine Kollejen ha'm ooch jeschlafen, und wir jehören doch ooch zu't Volk. «165

In München fand sich Friedrich Reck-Malleczewen abgestossen von «all [dem] Herzeleid und all [der] unermessliche[n] Schande», nachdem er die Ereignisse vom 9./10. November 1938 in der bayerischen Hauptstadt verfolgt hatte. Er hatte keine Erklärung für das Geschehen.¹⁶⁶ Anderswo gab es vereinzelte Berichte, dass Polizisten Juden rechtzeitig gewarnt hätten, so dass sie sich verstecken konnten und so der Gewalt entgingen. Die sozialdemokratischen Beobachter, die gewissenhaft alle Zwischenfälle festgehalten hatten, bei denen die ortsansässige Bevölkerung an dem Pogrom beteiligt war, gelangte alles in allem zu dem Schluss, dass die Bevölkerung vielerorts mit Entsetzen reagiert habe. Wie es in einem ihrer Berichte hiess, reichte in Berlin die Missbilligung der Bevölkerung «vom verächtlichen Blick und der angewiderten Gebärde bis zum offenen Wort des Ekels und drastischer Beschimpfung».¹⁶⁷ Der Schriftsteller und Journalist Jochen Klepper, dessen Frau Jüdin war, schrieb am 10. November 1938 in sein Tagebuch:

«Aus den verschiedenen ‚jüdischen‘ Gegenden der Stadt hören wir, wie ablehnend die Bevölkerung solchen organisierten Aktionen gegenübersteht. Es ist, als wäre der 1933 noch reichlich vorhandene Antisemitismus seit der Übersteigerung der Gesetze in Nürnberg weit-, weithin geschwunden. Anders stehe es aber wohl bei der alle deutsche Jugend erfassenden und erziehenden Hitlerjugend. Ich weiss nicht, wie weit die Elternhäuser da noch ein Gegengewicht sein können.»¹⁶⁸

Als Melita Maschmann am Morgen des 10. November 1938 aus Frankfurt an der Oder kommend zu Fuss durch das Berliner Scheunenviertel ging, sah sie überall auf den Gehwegen Glassplitter und hörte von einem Polizisten, in der Nacht zuvor habe die Volksseele gekocht. «Eine Sekunde lang empfand ich deutlich, dass hier etwas Schreckliches geschehen war...

Aber fast gleichzeitig schaltete ich darauf um, das Geschehene als vollendete Tatsache zu akzeptieren und nicht mehr kritisch zu bedenken. Ich sagte mir: Die Juden sind die Feinde des neuen Deutschland. Sie haben diese Feindschaft heute nacht zu spüren bekommen.» Es gab viele, die ähnlich dachten. Institutionen, die für sich beanspruchten, eine moralische Vorbildrolle zu spielen, blieben stumm.¹⁶⁹ Einzelne Pastoren kritisierten die Gewalt und die Zerstörungen, doch die Bekennende Kirche bezog keine Position, und als sie sich einige Zeit später indirekt zur Lage der Juden in Deutschland äusserte, forderte sie ihre Mitglieder lediglich auf, für die getauften Juden zu beten.¹⁷⁰ Einige katholische Priester deuteten vorsichtig und ziemlich verblümt ihre Missbilligung des Pogroms an, indem sie in ihren Predigten besonders auf die «jüdischen Bestandteile der christlichen Lehre und Geschichte» abhoben, wie es in einem Bericht des Regierungspräsidenten von Oberbayern hiess.¹⁷¹ Ein einziger Priester, Dompropst Bernhard Lichtenberg in Berlin, betete am 10. November 1938 für alle verfolgten Juden und erklärte: «Draussen brennt der Tempel – das ist auch ein Gotteshaus.» Doch die Zeit, als 1933 hohe Würdenträger der katholischen Kirche wie Kardinal Faulhaber sich offen gegen den Stolz auf die eigene «Rasse» ausgesprochen hatten, der zu einem Hass auf andere verkommen sei, schien einer fernen Vergangenheit anzugehören.¹⁷² Einige einfache Katholiken befürchteten zumindest, dass sie die nächsten Opfer sein könnten. Ein Passant auf der Strasse in Köln am Morgen des 10. November 1938 stiess auf eine Menschenmenge vor den noch brennenden Trümmern einer Synagoge. Ein Polizist rief: «Weitergehen! Weitergehen!» Darauf erwiderte eine Kölnerin: «Dürfen wir uns nit mal besehen [besehen], wat wir jedonn [getan] haben sollen?»¹⁷³ Dennoch hatte das Dritte Reich bei der Verfolgung der Juden einen Meilenstein hinter sich gelassen. Es hatte einen massiven Ausbruch ungezügelter zerstörerischer Wut gegen sie entfesselt, ohne dass sich dagegen eine nennenswerte Opposition gerührt hätte. Ob das Feingefühl der Menschen durch eine fünf Jahre anhaltende judenfeindliche Propaganda abgestumpft worden war oder ob ihre menschlichen Instinkte durch die deutliche Drohung mit Gewalt gegen sie selbst gehemmt wurden, das Ergebnis war dasselbe: Die Nationalsozialisten wussten jetzt, dass sie gegen die Juden alles unternehmen konnten, was sie wollten, und niemand würde versuchen, sie daran zu hindern.¹⁷⁴

In München hatte Goebbels tiefe Genugtuung über die Plünderungen und Zerstörungen empfunden, denen die jüdische Gemeinde ausgesetzt war. «Der Stosstrupp Hitler geht gleich los, um in München aufzuräumen», schrieb er am 10. November in sein Tagebuch. «Das geschieht denn auch gleich. Eine Synagoge wird in Klump geschlagen ... Der Stosstrupp verrichtet fürchterliche Arbeit.» Unter der Führung von Julius Schaub, einem langjährigen Nazi, der bereits 1923 am Hitlerputsch beteiligt war und seit 1925 Hitler als persönlicher Adjutant gedient hatte, brachte die Gewalt zweifellos die Atmosphäre in Hitlers unmittelbarer Umgebung in dieser Nacht zum Ausdruck. «Schaub ist ganz in Fahrt», notierte er. «Seine alte Stosstruppvergangenheit ist erwacht.»¹⁷⁵ Als ihn um zwei Uhr morgens telefonisch die Nachricht vom ersten toten Juden erreichte, erwiderte Goebbels sinngemäss, «der Melder solle sich wegen eines toten Juden nicht aufregen, in den nächsten Tagen würden Tausende von Juden daran glauben müssen».¹⁷⁶ Er konnte seine Freude kaum verbergen:

«In Berlin brennen 5, dann 15 Synagogen ab. Jetzt rast der Volkszorn. Man kann für die Nacht nichts mehr dagegen machen. Und ich will auch nichts machen. Laufen lassen ... Als ich ins Hotel fahre, klirren die Fensterscheiben. Bravo! Bravo! In allen grossen deutschen Städten brennen die Synagogen. Deutsches Eigentum ist nicht gefährdet.»¹⁷⁷

Als der Morgen dämmerte, hatte er jedoch eine Unterredung mit Hitler, vermutlich über das Telefon, wie und wann die Aktion zu einem Ende gebracht werden könnte. «Den ganzen Morgen regnet es neue Meldungen», schrieb er in seinem Tagebucheintrag für den 10. November 1938. «Ich überlege mit dem Führer unsere nunmehrigen Massnahmen. Weiterschlagen lassen oder abstoppen? Das ist nun die Frage.» Nach diesem Gespräch entwarf er einen Befehl, mit dem der Pogrom abgebrochen werden sollte, und brachte ihn Hitler, der in der «Osteria», seinem Lieblingsrestaurant in München, gerade beim Essen war. «In der Osteria erstatte ich dem Führer Bericht», schrieb er weiter. «Er ist mit allem einverstanden. Seine Ansichten sind ganz radikal und aggressiv. Die Aktion selbst ist tadellos verlaufen.» Hitler billigte den Entwurf; er wurde am selben Nachmittag im Rundfunk bekanntgegeben und am nächsten Morgen in der Presse verbreitet. Offiziell war der Pogrom damit beendet.¹⁷⁸

Viele Juden waren im Verlauf der Gewalttaten schwer verletzt worden. Selbst nach einem Bericht des Obersten Parteigerichts zählte man nach dem Pogrom 91 tote Juden. Die wirkliche Zahl werden wir nie erfahren, aber sie war mit Sicherheit um ein Mehrfaches höher, zumal wenn man mindestens 300 aus Verzweiflung begangene Selbstmorde sowie die Zahl derer hinzurechnet, die in den Konzentrationslagern umkamen; die wirkliche Zahl dürfte bei mehreren hundert, wenn nicht sogar zwischen tausend und zweitausend gelegen haben.¹⁷⁹ Ausserdem waren viele Juden auch nach Beendigung des Pogroms der Gewalt ausgesetzt. Während die Polizei, die SA und die SS entsprechend dem Befehl Hitlers alle jüdischen Männer verhafteten, deren sie habhaft werden konnten, kam es auf den Strassen und Plätzen der deutschen Städte zu furchtbaren Szenen. In Saarbrücken mussten die Juden vor der Synagoge tanzen, knien und religiöse Lieder singen; anschliessend wurden die meisten von ihnen, die nur mit Schlafanzügen oder Nachthemden bekleidet waren, mit Wasser bespritzt, bis sie durchnässt waren. In Essen misshandelten SA-Männer Juden und zündeten deren Bärte an. In Meppen mussten Juden den Boden vor dem SA-Sturmlokal küssen, während Braunhemden sie mit Füßen traten. In vielen Orten wurden sie gezwungen, mit Plakaten um den Hals mit Aufschriften wie «Wir sind die Mörder vom Raths» zu tragen. In Frankfurt a.M. wurden die verhafteten Juden am Bahnhof von einer Menschenmenge empfangen, die sie anbrüllte und mit Prügeln und Stöcken angriff. Es gab Orte, in denen ganze Schulklassen ins Freie geführt wurden, um auf die Juden zu spucken, als sie weggeführt wurden.¹⁸⁰

Zwischen dem 9. und 16. November wurden rund 30'000 Juden verhaftet und in die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen verbracht. In Buchenwald stieg die Zahl der Häftlinge von 10'000 im September auf 20'000 im November. Moritz Mayer wurde in München zusammen mit den meisten übrigen männlichen Juden aus Treuchtlingen festgenommen und nach Dachau gebracht, wo sie stundenlang in der Novemberkälte strammstehen mussten und nichts auf dem Leib hatten ausser einem Hemd, Hosen, Socken und einer Jacke. Jeder, der sich bewegte, wurde von den SS-Wachen geschlagen. Man hatte wegen der zu erwartenden Neuankömmlinge alle Betten aus den Baracken entfernt, und sie muss-

ten auf Strohlagern auf dem Boden schlafen. An Waschen war nicht zu denken, und es gab lediglich zwei behelfsmässige Latrinen. Mit der Ankunft einer so grossen Zahl von Häftlingen im Lager, die aus keinem anderen Grund hierhergebracht wurden, als dass sie Juden waren, änderte sich die Atmosphäre, und die SS-Wachen «vergassen» die Vorschriften, die einige Jahre zuvor von Theodor Eicke eingeführt worden waren. Mayer sah, wie die SS-Wachen in Dachau einen alten Mann zu Boden schlugen, weil er beim Appell vergessen hatte, zu seinem Namen die Bezeichnung «Häftling in Schutzhaft» hinzuzufügen; seine Verletzungen waren so schwer, dass er daran starb. Ein anderer alter Mann, der eine schwache Blase hatte, wurde totgeschlagen, als er während des Appells einen SS-Mann bat, austreten zu dürfen. Die Zahl der Todesfälle unter den Häftlingen in Dachau lag von 1933 bis 1936 jährlich zwischen 21 und 41; im September 1938 starben 12, im Oktober 10. Nach der Ankunft der jüdischen Häftlinge stieg diese Zahl im November auf 115 und im Dezember auf 173, so dass dort 1938 insgesamt 276 Häftlinge umkamen.¹⁸¹

Das Reichspropagandaministerium verlor keine Zeit, diese Ereignisse der Welt als einen spontanen Ausbruch des gerechten Zornes auf Seiten des deutschen Volkes hinzustellen. «Zu stark traf uns der Schlag des internationalen Judentums», schrieb das *Göttinger Tageblatt* am 11. November, «als dass wir darauf mit Worten allein hätten reagieren können. Eine seit Jahrzehnten aufgespeicherte Wut gegen das Judentum brach sich Bahn, für die sich die Juden bei ihrem Rassegenossen Grünspan, bei dessen geistigen oder tatsächlichen Lenkern und bei sich selbst bedanken können. Dabei», so hiess es in dem Artikel weiter, «ist mit den Juden selbst glimpflich verfahren worden.»¹⁸² In ähnlicher Weise berichtete der *Völkische Beobachter*^ der sich diesmal in seinem verlogenen Zynismus selbst übertraf:

«Im ganzen Berliner Westen, wie überall auch sonst, wo die Juden sich noch in der Reichshauptstadt breitmachten, ist kein Schaufenster eines jüdischen Geschäftes heilgeblieben. Zorn und Wut der Berliner, die trotz allem grösste Disziplin bewahrten, hielten sich doch in bestimmten Grenzen, so dass Ausschreitungen vermieden und keinem einzigen Juden auch nur ein Haar gekrümmt wurde.»¹⁸³

Noch dreister waren die Anweisungen von Goebbels vom 10. November an die Presse, in ihrer Berichterstattung zu behaupten, «hier und dort seien Fensterscheiben zertrümmert worden, Synagogen hätten sich selbst entzündet oder seien sonstwie in Flammen aufgegangen». Die Vorgänge sollten in den Zeitungen nicht besonders hervorgehoben werden, die natürlich auch im Ausland gelesen würden, und es sollten keine Bilder von den Zerstörungen gebracht werden.¹⁸⁴

Am 12. November 1938 attackierte Goebbels im *Völkischen Beobachter* die «deutschlandfeindliche, zum grossen Teil jüdische Auslandspresse» wegen ihrer angeblichen Überreaktion auf den Pogrom. In einem gleichzeitig in mehreren Zeitungen erscheinenden Artikel unter Schlagzeilen wie «Letzte Mahnung an das Judentum der Welt» bezeichnete er diese Berichte als Lügen. Die spontane Reaktion des deutschen Volkes auf den feigen Mord an vom Rath sei einem «gesunden Instinkt» entsprungen. «Das deutsche Volk», erklärte er stolz, «ist ein antisemitisches Volk. Es hat weder Lust noch Vergnügen, sich weiterhin durch die parasitäre jüdische Rasse in seinen Rechten beschränken oder als Nation provozieren zu lassen.» Die Regierung habe alles in ihrer Macht Stehende getan, um die Demonstrationen zu beenden, und das Volk habe gehorcht. Es gebe nichts, dessen sich Deutschland und die Deutschen schämen müssten.¹⁸⁵ Das war allerdings nicht der Standpunkt, den die internationale Presse einnahm, die auf den Pogrom mit einer Mischung aus Schock und Unglauben reagierte. Für viele Beobachter aus dem Ausland bedeuteten die Ereignisse vom 9. bis 10. November 1938 sogar einen Wendepunkt in ihrer Wertschätzung des NS-Regimes.¹⁸⁶

III

Während ihres Treffens in der «Osteria» in München am 10. November 1938 erörterten Hitler und Goebbels auch, wie es mit der «Judenpolitik» weitergehen sollte. Hitler griff erneut die Idee auf, die er in seiner Denkschrift über die Schaffung der Vierjahresplan-Organisation 1936 zur Sprache gebracht hatte: ein Gesetz, das die Juden für alle Schäden haftbar

machen sollte, die dem deutschen Volk durch einzelne Individuen aus diesem «kriminellen Element» entstehen würden.¹⁸⁷ «Der Führer», vertraute Goebbels seinem Tagebuch an, «will zu sehr scharfen Massnahmen gegen die Juden schreiten. Sie müssen ihre Geschäfte selbst wieder in Ordnung bringen. Die Versicherungen zahlen ihnen nichts. Dann will der Führer die jüdischen Geschäfte allmählich enteignen.»¹⁸⁸ Solche Massnahmen waren sogar bereits im Gange; am 14. Oktober 1938 hatte Göring vor einer geschlossenen Sitzung angekündigt, dass die Zeit gekommen sei, die Juden ganz aus der Wirtschaft hinauszudrängen. Zwei Wochen später, am 28. Oktober, wurde den Mitgliedern des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands mitgeteilt, dass Heydrichs Devisenfahndungsamt «Sicherungsanordnungen» für die jüdischen Vermögen vorbereite, «durch welche die Verfügungsgewalt der Vermögensinhaber ... eingeschränkt wird». Da die Erfassung aller jüdischen Vermögen durch die Finanzämter, den SD, die Gestapo sowie die Handelskammern und Gauwirtschaftsberater seit Ende September 1938 abgeschlossen war, konnte der Befehl Hitlers vom 10. November über eine «Sühneleistung» der Juden in Deutschland innerhalb kurzer Zeit ausgeführt werden. Die Verantwortung hierfür lag bei Hermann Göring als Beauftragtem für den Vierjahresplan, und Hitler wies ihn am 11. November 1938 telefonisch an, eine entsprechende Konferenz einzuberufen. Diese fand einen Tag später statt. Den Vorsitz hatte Göring, und zu den Teilnehmern gehörten unter anderen Goebbels, Heydrich, Reichsfinanzminister Schwerin von Krosigk, Reichswirtschaftsminister Walther Funk und Vertreter der Polizei, des Auswärtigen Amts und der Versicherungsgesellschaften. Von dieser Sitzung wurde ein ausführliches Protokoll angefertigt, aus dem die Einstellung der Parteiführung zu den deutschen Juden in den Wochen nach dem Pogrom mehr als deutlich wird.¹⁸⁹

Göring berichtete den Versammelten zunächst, dass Hitler ihn schriftlich und telefonisch beauftragt habe, die endgültige Enteignung der Juden zu koordinieren. Er beklagte mit einem Anflug von Ironie, dass die «Demonstrationen» vom 9./10. November der Wirtschaft geschadet hatten; es seien Konsumgüter, die vom Volk produziert worden seien und dem Volk gehörten, vernichtet worden. «Mir wäre es lieber gewesen», sagte er, «ihr hättet 200 Juden erschlagen und hättet nicht solche Werte vernichtet.»

Goebbels war der Meinung, dass neue Massnahmen gegen die Juden auch in anderen Lebensbereichen nun an der Tagesordnung seien, besonders wo sie angeblich «provokativ» wirkten. Zum Beispiel sei es im Moment noch möglich, dass Juden mit «Ariern» dasselbe Schlafwagenabteil benutzen. Im Protokoll heisst es weiter:

«Goebbels: ‚Es muss also ein Erlass... herauskommen, dass für Juden besondere Abteile eingerichtet werden, ... dass die Juden aber nur dann, wenn alle Deutschen sitzen, ein besonderes Abteil bekommen, dass sie dagegen nicht unter die Deutschen gemischt werden und dass, wenn kein Platz ist, die Juden draussen im Flur zu stehen haben.‘

Göring: ‚Da finde ich es viel vernünftiger, dass man ihnen eigene Abteile gibt.‘

Goebbels: ‚Aber nicht, wenn der Zug überfüllt ist.‘

Göring: ‚Einen Moment! Es gibt nur einen jüdischen Wagen. Ist er besetzt, müssen die übrigen zu Hause bleiben.‘

Goebbels: ‚Aber nehmen wir an: es sind nicht so viele Juden da, die mit dem Fern-D-Zug nach München fahren, sagen wir: es sitzen zwei Juden im Zug, und die anderen Abteile sind überfüllt. Diese beiden Juden hätten nun Sonderabteil. Man muss deshalb sagen: die Juden haben erst dann Anspruch auf Platz, wenn alle Deutschen sitzen.‘

Göring: ‚Das würde ich gar nicht extra einzeln fassen, sondern ich würde den Juden einen Wagen oder ein Abteil geben. Und wenn es wirklich jemals so wäre, wie Sie sagen dass der Zug sonst überfüllt ist, glauben Sie: das machen wir so, da brauche ich kein Gesetz. Da wird er herausgeschmissen, und wenn er allein auf dem Lokus sitzt während der ganzen Fahrt.‘¹⁹⁰

Goebbels wollte den Juden auch den Zutritt zu allen weiteren öffentlichen Einrichtungen verbieten wie Parks und Gärten, Strände und Ferienorte, soweit es dessen noch bedurfte. Die Absonderung der Juden von der übrigen deutschen Gesellschaft sollte vollständig sein, und noch am selben Tag wurde den Juden durch eine Anordnung des Präsidenten der Reichskulturkammer der Besuch kultureller öffentlicher Veranstaltungen jeder Art verboten. Das Reichsinnenministerium verbot Juden den Besitz von Schusswaffen, und sie durften auch keine anderen Angriffswaffen bei sich tragen. Die Kommunen erhielten das Recht, bestimmte Viertel für Juden

zu sperren oder den Juden zu verbieten, zu bestimmten Tageszeiten auf die Strasse zu gehen. Himmler entzog ihnen ihre Führerscheine und ihre Fahrzeugbriefe. Eine weitere Verordnung verbot Juden die Benutzung von Spiel- und Sportplätzen, öffentlichen Badeanstalten und Schwimmbädern.¹⁹¹

Auch wenn sie in weniger bedeutenden Details noch so unterschiedlicher Meinung sein mochten, Göring, Goebbels und die übrigen Anwesenden bei dieser Konferenz am 12. November 1938 einigten sich auf eine Liste von Erlassen, die den verschiedenen Plänen zur Enteignung der Juden, die in den vergangenen Wochen und Monaten erörtert worden waren, eine konkrete Form gaben. Die Ermordung vom Rath, von Goebbels' Propagandaapparat bereits als das Werk einer jüdischen Verschwörung hingestellt, bot eine hervorragende Gelegenheit, doch auch ohne diesen Anschlag hätte man einen Vorwand für weitere judenfeindliche Massnahmen gefunden. Die Frage der Eisenbahnabteile wurde von Hitler gelöst, mit dem Göring die Sache im Dezember erörterte. Der «Führer» bestimmte, dass keine eigenen Abteile für Juden eingerichtet werden, dass jedoch Schlaf- und Speisewagen in Fernzügen ausschliesslich Nichtjuden vorbehalten bleiben sollten. Er bestätigte, dass Juden der Zutritt zu renommierten Restaurants, Luxushotels, öffentlichen Plätzen, stark besuchten Strassen und Nobelvororten verboten sein sollte. Inzwischen waren Juden auch vom Besuch der Universitäten und Hochschulen ausgeschlossen. Mit einem Erlass vom 30. April 1939 wurde für sie der Mieterschutz aufgehoben, womit der Weg für ihre erzwungene Ghettoisierung gebahnt war. Man konnte ihnen jetzt ihre Mietwohnung kündigen, wenn ein Vermieter ihnen eine andere – zumeist schlechtere – Wohnung zur Verfügung stellte, ohne dass sie dagegen Rechtsmittel einlegen konnten. Kommunalbehörden konnten jetzt Juden auferlegen, ihre Häuser und Wohnungen an andere Juden zu vermieten und unterzuvermieten. Ab Ende Januar 1939 wurden alle Steuervergünstigungen für Juden aufgehoben, einschliesslich der Kinderbeihilfe; für sie galt jetzt ein einheitlicher – der höchste – Steuersatz.¹⁹²

Als unmittelbares Ergebnis der Konferenz vom 12. November 1938 wurde den Juden am selben Tag eine kollektive Busse von einer Milliarde Reichsmark als «Sühneleistung» für den Mord an vom Rath auferlegt. Alle

jüdischen Steuerzahler wurden am 21. November 1938 dazu verpflichtet, ein Fünftel ihres Vermögenswerts, wie sie ihn im April dieses Jahres deklariert hatten, bis August 1939 in vier Raten zu zahlen. Im Oktober 1939 wurde dieser Anteil auf ein Viertel angehoben mit der Begründung, dass die Gesamtsumme von einer Milliarde Reichsmark noch nicht erreicht sei, obwohl die eingetriebene Summe tatsächlich 1,127 Milliarden Reichsmark betrug. Ausserdem mussten sie auf eigene Kosten alle Schäden, die während des Pogroms an ihren Häusern und Geschäften entstanden waren, sofort beheben und für die Wiederherstellung eines geordneten Strassenbilds sorgen. Alle Versicherungsansprüche der Juden wurden zugunsten des Reichs beschlagnahmt. Diese Summe belief sich auf 225 Millionen Reichsmark, so dass zusammen mit der Reichsfluchtsteuer und der Sühneleistung weit über zwei Milliarden Reichsmarks zusammenkamen, die den Juden in den Jahren 1938/39 geraubt wurden, wobei die Gewinne aus den «Arisierungen» noch nicht einmal miteingerechnet sind.¹⁹³

Eine weitere Massnahme, die am 12. November getroffen wurde, die «Erste Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben», untersagte den Juden den Betrieb von Einzelhandelsgeschäften und Handwerksbetrieben: Ein Jude konnte jetzt nicht mehr Betriebsführer sein, und es war nunmehr möglich, Juden in leitenden Positionen unter Verlust sämtlicher Ansprüche zu kündigen. Einige Wochen später, am 3. Dezember, verfügte eine Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens die zwangsweise «Arisierung» der noch bestehenden jüdischen Betriebe durch behördlich eingesetzte Treuhänder. Bereits am 1. April 1939 waren fast 15'000 der 39'000 jüdischen Betriebe, die 1938 noch existierten, liquidiert, rund 6'000 waren «arisiert» worden, knapp über 4'000 standen im Begriff, «arisiert» zu werden, und 7'000 wurden zum selben Zweck noch geprüft.¹⁹⁴ Das alles, posaunte die Presse am 14. November, die kommenden Ereignisse vorwegnehmend, seien «gerechte Vergeltungsmassnahmen für den feigen Mord an Gesandtschaftsrat vom Rath».¹⁹³

Mit zwei weiteren Verordnungen am 16. Januar und 21. Februar 1939 wurde den Juden verboten, «Gegenstände aus Gold, Platin oder Silber sowie Edelsteine und Perlen zu erwerben, zu verpfänden oder freihändig zu

verkaufen». Dasselbe galt für alle Kunstgegenstände im Wert von über 1'000 Reichsmark. Artikel III bestimmte einen Depotzwang für alle Wertpapiere in jüdischem Besitz, und für die Rückgabe der Wertpapiere benötigte man eine Genehmigung, die in den seltensten Fällen erteilt wurde. Schliesslich konfiszierte die Regierung die Bestände in diesen Depots entschädigungslos. Aufgrund dieser Massnahmen waren die in Deutschland verbliebenen Juden praktisch aller Barmittel beraubt und zunehmend auf die Unterstützung durch die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland angewiesen, die am 7. Juli 1938 als Nachfolgeorganisation der Reichsvertretung deutscher Juden gegründet wurde und seitdem dem Reichsinnenministerium unterstand und dessen Anweisungen folgen musste. Hitler hatte ausdrücklich befohlen, diese Organisation nicht zu verbieten, so dass das Reich nicht verpflichtet war, die verarmten Juden zu unterstützen. Es gab jedoch in den Parteispitzen Stimmen, die der Meinung waren, alle verarmten und häufig arbeitslosen Juden, die noch nicht das Rentenalter erreicht hatten – etwa die Hälfte der noch in Deutschland lebenden Juden – sollten zu Arbeiten für das Reich eingesetzt werden, statt unbeschäftigt zu bleiben. Bereits im Oktober 1938, lange vor dem Pogrom, wurden Pläne in Angriff genommen und bei einer von Göring am 6. Dezember 1938 einberufenen Konferenz näher konkretisiert. Am 20. Dezember 1938 verschickte der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung an die Landesarbeitsämter einen Erlass mit der Massgabe, «alle arbeitslosen und einsatzfähigen Juden beschleunigt zu beschäftigen und damit nach Möglichkeit die Freistellung deutscher Arbeitskräfte für vordringliche, staatspolitisch wichtige Vorhaben zu verbinden».

Am 4. Februar 1939 erging eine Anordnung Martin Bormanns, die «notwendigen Massnahmen reibungslos» durchzuführen. Die Juden sollten «abgesondert von der Gefolgschaft» eingesetzt werden. Den Betrieben, die Juden beschäftigten, sollten daraus keine Nachteile erwachsen. Einige wurden in der Landwirtschaft beschäftigt, andere zu niedrigen Arbeiten unterschiedlicher Art herangezogen. Der Arbeitsdienst wurde zum bevorzugten Mittel, verarmte Juden von der Strasse wegzubringen, nachdem man sie aus der öffentlichen Wohlfahrt ausgegliedert hatte. Im Mai 1939

waren bereits 15'000 arbeitslose Juden als Zwangsarbeiter eingesetzt und arbeiteten als Müllmänner, Strassenkehrer oder im Winter als Schneeschipper; besonders gern wurden sie im Strassenbau eingesetzt, da sie dort am leichtesten von den übrigen Arbeitern getrennt werden konnten; dort arbeiteten im Sommer 1939 etwa 20'000 Juden, von denen die meisten für diese Arbeit überhaupt nicht geeignet waren. 1939 hielt sich die Zahl der zu einer Zwangsarbeit verpflichteten Juden noch in engeren Grenzen, doch es war abzusehen, dass mit dem Ausbruch des Krieges ihre Zahl schnell anwachsen würde, und es gab erste Pläne für die Errichtung besonderer Arbeitslager, in denen sie untergebracht werden sollten.¹⁹⁶

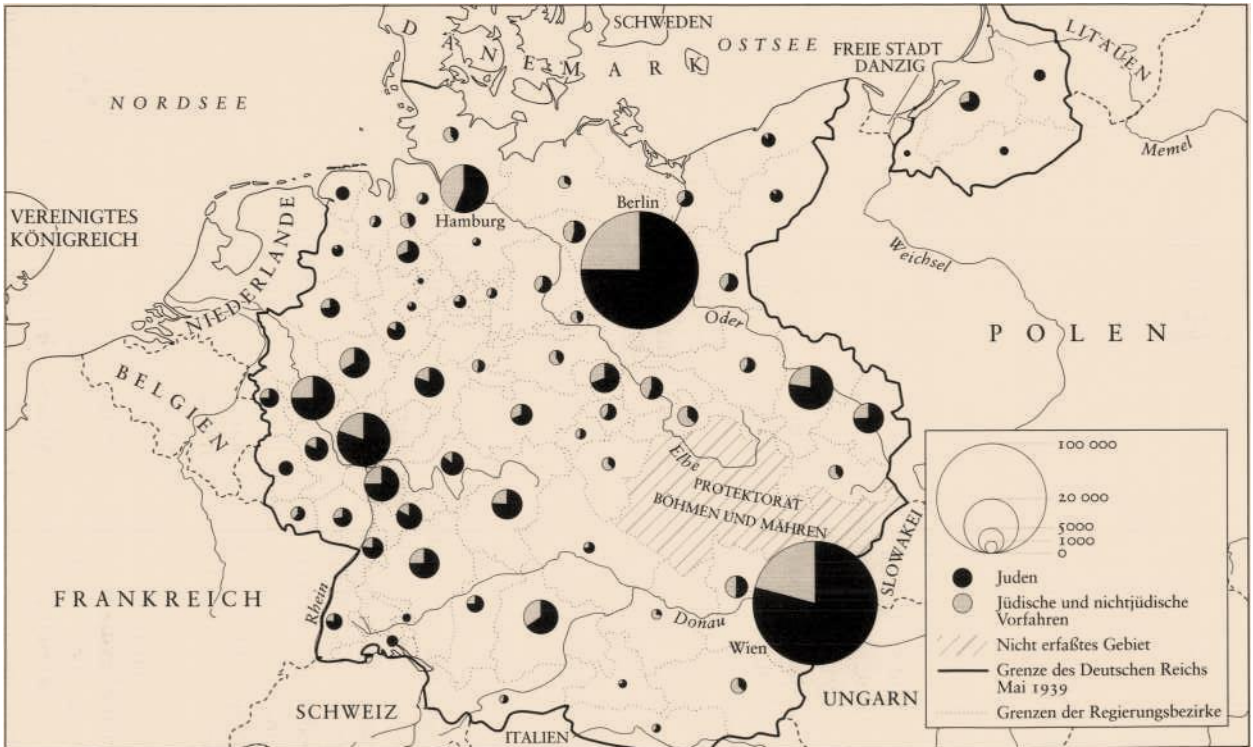
IV

Als Heydrich am 16. November 1938 schliesslich den Befehl gab, die Verhaftungen von Juden im Rahmen des Pogroms einzustellen, verband sich damit nicht der Gedanke, sie einfach wieder in die Gesellschaft des Dritten Reiches zu entlassen. Alle Juden über sechzig Jahre, kranke oder behinderte Juden sowie jüdische Eigentümer von Betrieben, die zur Zeit «arisiert» oder liquidiert wurden, sollten sofort wieder entlassen werden. Die Entlassung der übrigen war in vielen Fällen an die Bedingung gebunden, dass sie zusagten, aus Deutschland auszureisen. Die Ehefrau Moritz Mayers erhielt einen Bescheid, wonach ihr Mann erst wieder entlassen würde, nachdem seine Geschwister, die bereits emigriert waren, ihm ihren Anteil an seinem Eigentum übertragen würden; er wurde unter der Bedingung auf freien Fuss gesetzt, dass er sein Haus und sein Geschäft verkaufte. Mayer beauftragte einen nichtjüdischen Geschäftsmann in seinem Heimatort mit der Erledigung aller Formalitäten und emigrierte im Februar 1939 zusammen mit seinem Bruder Albert und ihren Angehörigen nach Palästina und kehrte nie wieder nach Deutschland zurück.¹⁹⁷ Wie sein Beispiel zeigt, lässt sich der Pogrom nur im Zusammenhang mit dem Bestreben des Regimes verstehen, die Juden zur Auswanderung zu zwingen und auf diese Weise dem jüdischen Leben in Deutschland ein Ende zu machen. Bald darauf berichtete der SD, dass die jüdische Emigration «in-

folge der Abwehrstellung des Auslandes gegen Ende des Berichtsjahres und der nicht ausreichenden Devisenbestände erheblich abgesunken ist und ... fast ins Stocken geriet. Dazu trug ausserdem die absolute Resignation der Juden bei, deren Organisationen nur unter dem verschärften Druck der Behörden ihre Aufgabe weiterführten. Hierin hat die November-Aktion grundlegenden Wandel geschaffen.»

Das «radikale Vorgehen gegen die Juden in den Novembertagen», hiess es in dem Bericht weiter, hatte den «Auswanderungswillen der Judenschaft... bis zum Höchstmass gesteigert». In den folgenden Monaten sollten aus diesen Beobachtungen weitere Konsequenzen gezogen werden.¹⁹⁸

Im Januar 1939 wies Heydrich die Polizeistellen in ganz Deutschland an, alle jüdischen KZ-Häftlinge freizulassen, die im Besitz von Auswanderungspapieren waren, und ihnen mitzuteilen, sie kämen lebenslang in eines dieser Lager, wenn sie jemals nach Deutschland zurückkehren sollten. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich noch immer viele Juden in den Lagern, die Opfer der Massenverhaftungen nach dem 9./10. November im Vorjahr, und sie mussten innerhalb von drei Wochen Deutschland verlassen.¹⁹⁹ Gleichzeitig erschwerten die Nationalsozialisten jedoch mit ihrer «Judenpolitik» den Juden die Auswanderung. Die bürokratischen Formalitäten, die bis zur Bewilligung des Antrags auf Auswanderung zu erledigen waren, waren so kompliziert, dass nur sehr wenige der im November 1938 verhafteten Juden sie innerhalb von drei Wochen bewältigen konnten. Die jüdischen Behörden arbeiteten relativ gut mit den Beamten im Reichsinnenministerium zusammen, häufig ehemalige Mitglieder der DNVP oder des Zentrums, doch Ende Januar 1939 übertrug Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan die Abwicklung der Auswanderung von Juden der am 24. Januar 1939 unter der Aufsicht Heydrichs errichteten Reichszentrale für jüdische Auswanderung. Alle Konten der Juden waren gesperrt, so dass sie die Überfahrt in die USA nicht bezahlen konnten. Eines der Ziele der Zentrale bestand darin, für «eine bevorzugte Auswanderung der ärmeren Juden zu sorgen». Wie es in einem Rundbrief des Auswärtigen Amtes vom Januar 1939 an alle deutschen Stellen im Ausland hiess, liege der Hauptzweck der Verfolgung der Juden darin, «den Antise-



Karte 16: Juden nach der nach «Rassen» getrennten nationalsozialistischen Volkszählung von 1939

mitismus in die westlichen Länder, in denen Juden Zuflucht gefunden haben, zu tragen... Dabei wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es im deutschen Interesse liege, die Juden als Bettler über die Grenzen zu jagen, denn je ärmer der Einwanderer sei, desto grösser die Last für das Gastland.»²⁰⁰

Trotz all dieser Hindernisse kam es nach dem Pogrom und den Verhaftungen zu einem starken Anstieg der jüdischen Auswanderung aus Deutschland. Von Panik ergriffene Juden belagerten ausländische Botschaften und Konsulate in dem verzweifelten Bemühen, ein Einreisevisum zu erhalten. Die Zahl derjenigen, denen dies gelang, lässt sich nicht schätzen, doch nach den Statistiken der jüdischen Organisationen lebten Ende 1937 noch etwa 324'000 und ein Jahr später noch 269'000 Deutsche jüdischen Glaubens in Deutschland. Bis zum Mai 1939 fiel diese Zahl auf knapp 188'000 und bis zum September 1939 noch einmal auf 164'000. Nach der amtlichen Zählung, die damals vorgenommen wurde, befanden sich noch 233'646 «rassisch» definierte Juden in Deutschland. 213'930 hingegen dem jüdischen Glauben an, etwa 20'000 waren demnach Christen jüdischer Abstammung. Ungefähr 26'000 der Gesamtzahl waren jedoch ausländische Juden, so dass zu dieser Zeit im «Altreich» noch etwa 207'000 Menschen lebten, die nach nationalsozialistischer Definition Juden waren; 187'000 von ihnen gehörten den jüdischen Gemeinden an. Somit waren die von den jüdischen Organisationen genannten Zahlen weitgehend zutreffend, da die Zahlen der ausländischen Juden und Christen jüdischer Abstammung sich gegenseitig mehr oder weniger aufhoben.²⁰¹

Nach einer Schätzung wanderten zwischen dem 10. November 1938 und dem 1. September 1939 115'000 Juden aus Deutschland aus, so dass seit der nationalsozialistischen Machtübernahme 400'000 Juden aus Deutschland geflohen waren. Die meisten von ihnen suchten jetzt Zuflucht in Ländern ausserhalb des europäischen Festlands: rund 132'000 in den Vereinigten Staaten, etwa 60'000 in Palästina, 40'000 in Grossbritannien, je 10'000 in Argentinien und Brasilien, 7'000 in Australien, 5'000 in Südafrika und 9'000 im Freihafen von Shanghai, der sich während der Kriegsjahre als eine unerwartet entgegenkommende Zuflucht erweisen sollte. Viele weitere Deutsche, die als «Juden» galten, obwohl sie nicht dem jü-

dischen Glauben anhängen, schlossen sich dem Strom der Emigranten an. Die Zahl derer, die in Angst und Schrecken flohen, ohne überhaupt einen Reisepass oder ein Visum zu haben, war so gross, dass die Nachbarstaaten begannen, für sie eigene Lager einzurichten. Vor dem Pogrom war die Frage, ob man auswandern oder bleiben solle, unter den Juden Deutschlands das Thema einer anhaltenden und leidenschaftlich geführten Debatte; danach gab es keinen Zweifel mehr. Das Regime erweckte nicht länger den Anschein, die Juden würden vom Gesetz geschützt; sie waren für jeden Parteiaktivisten oder Beamten praktisch Freiwild, das ausgebeutet, misshandelt, verhaftet oder totgeschlagen werden konnte. Bei vielen Juden hatte der Pogrom eine tiefe Verstörung ausgelöst und die letzten Illusionen zerstört, die sie noch gehegt haben mochten, ihr Patriotismus, ihr Dienst im Ersten Weltkrieg, ihre Fähigkeiten, ihre Bildung oder auch nur die Tatsache, dass sie Menschen waren, würden sie vor den Verfolgungen der Nationalsozialisten schützen.²⁰²

Bereits bei der Konferenz von Evian hatte sich gezeigt, dass Nativisten und Xenophobe in einer Reihe von Ländern ihre Regierungen unter Druck setzten, die jüdische Einwanderung aus Deutschland zu stoppen, falls ihre einheimische Kultur «überfremdet» würde – ein ziemlich unwahrscheinliches Szenario allein schon wegen der relativ geringen Zahl deutscher Juden. Andererseits konnten jüdische Kinder von ihren Gastländern vergleichsweise mühelos assimiliert werden, und der Schock, der die Welt nach dem Novemberpogrom erschütterte, und die danach sich drastisch verschlechternde Lage der verbliebenen Juden in Deutschland lösten eine Welle von Hilfsmassnahmen aus, um jüdischen Kindern im Ausland eine neue Heimat zu bieten. 1'700 Kinder wurden nach Holland geschickt, mehr als 9'000 fanden in Grossbritannien Aufnahme. Doch ein Versuch protestantischer und katholischer Geistlicher, eine Einreisegenehmigung für 20'000 Kinder in die Vereinigten Staaten zu erhalten, scheiterte am Widerstand der öffentlichen Meinung. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde von Senator Robert F. Wagner zurückgezogen, als der Kongress darauf bestand, diese 20'000 Kinder müssten mit den geltenden Einwanderungsquoten verrechnet werden, was bedeutet hätte, 20'000 Erwachsenen die Einreise zu verweigern.²⁰³ Die Auswanderung wurde immer schwieriger, je näher der Krieg kam: ein weiteres Beispiel für die zuneh-

mend irrationale und widersprüchliche Natur der nationalsozialistischen Judenpolitik in einem grösseren Massstab.

In Deutschland zu bleiben war jedoch alles andere als eine leichte Wahl, wie die Erfahrung Victor Klemperers zeigte. Als die antisemitische Atmosphäre sich im Frühjahr und Sommer 1938 zunehmend verdichtete, sah Klemperer sich wiederholt Schikanen der Behörden ausgesetzt wegen Kleinigkeiten am Bau und der Unterhaltung seines Hauses und Gartens in Dölzsch. Im Mai 1938 kündigte die Aufwartefrau der Klemperers nach elf Jahren, nachdem der «Amtswalter» ihr gedroht hatte, ihre Tochter komme um ihre Stellung, wenn sie nicht ihre beiden Stellen bei einem jüdischen Anwalt und den Klemperers kündige – obwohl sie nicht gegen das Gesetz verstossen hatte. Da sie ausserhalb der Stadt wohnten, entgingen die Klemperers der Gewalt des Novemberpogroms, doch am 11. November durchsuchten zwei Gendarmen eingehend ihr Haus, angeblich nach Waffen. Klemperers Säbel aus dem Krieg wurde in einem Koffer auf dem Dachboden gefunden, und er musste mit den Polizisten in die Innenstadt zum Staatsanwalt kommen. Obwohl man ihn höflich behandelte und er nach einigen Stunden wieder gehen durfte, ohne dass man ihm etwas vorgeworfen hätte, befürchteten er und seine Frau seitdem das Schlimmste und erwogen eine Auswanderung. Ein schwererer Schlag traf Klemperer, als er, nachdem er bereits seit dem vergangenen Jahr den Lesesaal der Stadtbibliothek nicht mehr betreten durfte, hören musste, dass ihm ab jetzt das Betreten der Bibliothek überhaupt verboten sei. Der Ausleihebeamte war «in fassungsloser Erregung» und weinte; er wünschte sich, dass jemand etwas gegen die Nazis unternähme. «Aber nicht einfach töten – foltern, foltern, foltern», stammelte er.²⁰⁴ Das verschärfte Tempo, mit dem nach dem Pogrom immer neue antisemitische Verordnungen erlassen wurden, schränkte jetzt das Leben Klemperers auch in anderer Weise ein. Am 6. Dezember vermerkte er Himmlers neue Verfügung, mit der allen Juden in Deutschland die Autofahrerlaubnis entzogen wurde, und das Verbot des Kinobesuchs für Juden. Nachdem er wegen des verbotenen Zutritts zur Bibliothek nicht mehr an seinem Werk über die französische Literatur des 18. Jahrhunderts Weiterarbeiten konnte, waren ihm jetzt auch seine beiden wichtigsten Freizeitvergnügen genommen. Er hatte eine hohe Steuerrech-

nung in den Nachwehen des Pogroms zu bezahlen und befürchtete, dass bald sein Haus konfisziert würde. Erneute Versuche einer Auswanderung führten zu nichts, obwohl seine Freunde und Bekannten in wachsender Zahl das Land verliessen. Klemperer war ein besessener Schreiber und wollte wenigstens versuchen, seine Lebenserinnerungen niederzuschreiben, die Eintragungen in seinem Tagebuch wurden länger. Er blieb überzeugt, dass die deutschen Juden zuerst Deutsche und dann Juden waren, und hielt den Zionismus für kaum besser als den Nationalsozialismus, doch das Leben wurde immer schwieriger, und er blickte mit bösen Ahnungen in die Zukunft.²⁰⁵

Eine ähnliche Düsternis beherrschte zunehmend die häusliche Atmosphäre von Luise Solmitz und ihrem jüdischen Ehemann. Unmittelbar nach dem Pogrom sprach die Gestapo bei ihnen vor, um Friedrich Solmitz zu verhaften, konnte jedoch davon abgehalten werden, als dieser den Besuchern seine militärischen Orden zeigte. Trotzdem musste er seine alten Kriegswaffen abgeben («in Ehren geführt, schandvoll abgeliefert»). Die den deutschen Juden auferlegte Geldbusse war ein weiterer Schock. «Nun gab auch Freddy es zu: wir sind vernichtet.» Doch noch einmal rettete Solmitz sein Militärdienst. Auf die Frage von Finanzbeamten, ob er auswandern wolle, erwiderte er: «Ich bin alter Offizier, in Deutschland geboren, ich sterbe auch in Deutschland.» Die Finanzbeamten erlaubten ihm, sein Vermögen seiner Frau zu übertragen, so dass es nicht konfisziert werden konnte. Doch das Verbot für Juden, Theateraufführungen und andere öffentliche Veranstaltungen zu besuchen, und die drohende Mittellosigkeit bedrückten sie beide schwer. «Freude am Besitz zu haben», schrieb Luise Solmitz, «wagt man garnicht mehr... Heute ist im Haus keine Zuflucht, kein Schutz mehr.»²⁰⁶

V

Wie diese Erfahrungen zeigten, waren die letzten Juden in Deutschland bis zum Sommer 1939 vollständig marginalisiert, isoliert und ihrer hauptsächlichlichen Mittel beraubt, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Auf der Konferenz vom 12. November 1938 hatte Heydrich eingeräumt, dass es nicht möglich sein würde, alle Juden innerhalb einer kurzen Frist zum

Auswandern zu zwingen. Er schlug vor, dass die Juden, die noch in Deutschland blieben, ein besonderes Abzeichen tragen sollten. «Aber lieber Heydrich», erwiderte Göring, «Sie werden nicht darum herkommen, in ganz grossem Massstab in den Städten zu Ghettos zu kommen. Die müssen geschaffen werden.»²⁰⁷ Wie Göring am 6. Dezember berichtete, lehnte Hitler vorläufig den Vorschlag ab, die Juden in bestimmten Häusern zu konzentrieren und ihnen das Tragen eines gelben Abzeichens in der Öffentlichkeit aufzuerlegen, aus Rücksicht auf die Meinung des Auslands, das auf den Pogrom und die anschliessenden Gesetze sehr kritisch reagiert hatte; ausserdem schränkte er die Massnahmen gegen Mischehen und «Judenmischlinge» nach den Bestimmungen der Nürnberger Gesetze ein, um nicht den Unmut ihrer nichtjüdischen Verwandten zu erregen. Praktisch befanden sich die Juden in Deutschland dennoch auf dem Weg zu einer Ghettoisierung, waren fast vollständig vom öffentlichen Alltagsleben abgeschnitten und verschwanden nach und nach aus dem alltäglichen Bewusstsein der meisten Deutschen.²⁰⁸

Es war in den Wochen nach der massenhaften Gewalt des Judenpogroms vom 9./10. November und der Verhaftung von 30'000 Juden und ihre Verbringung für mehrere Wochen in Konzentrationslager, ohne dass sich in der deutschen Bevölkerung eine Opposition dagegen geregt hätte, als Hitler zum ersten Mal öffentlich ihre vollständige physische Vernichtung androhte. Im Verlauf der beiden vergangenen Jahre hatte er sich mit öffentlichen feindseligen Erklärungen gegenüber den Juden zurückgehalten, zum Teil aus aussenpolitischen Rücksichten, zum Teil aus dem Wunsch, sich persönlich von einem der, wie er wusste, bei der grossen Mehrzahl der Bevölkerung weniger populären Aspekte seines Regimes zu distanzieren. Es lag ganz auf der Linie dieses Vorgehens, dass er am 9. November das Treffen der Parteioberen verliess, nachdem er die Entscheidung getroffen hatte, den Pogrom zu entfesseln.²⁰⁹ Doch diese partielle Zurückhaltung im Hinblick auf eine öffentliche Rechtfertigung der antisemitischen Politik in seinen Reden bedeutete nicht, dass Hitler von einer Umsetzung seiner antisemitischen Programmatik Abstand genommen hätte. In den Jahren 1936 und 1937 erörterte er sie bei mehreren Gelegenheiten in privatem Kreis, und es dürfte ausser Zweifel stehen, dass seine Rede vor dem

Nürnberger Parteitag 1937 den bewussten Auslöser für die Intensivierung des Antisemitismus darstellte, die an diesem Punkt erneut einsetzte.²¹⁰ In der für ihn typischen Art und Weise stellte er den Pogrom als Ausdruck eines universellen und fanatischen Judenhasses in der deutschen Bevölkerung dar, den er mit aller Kraft zurückzuhalten bemüht war. «Was meinen Sie, Herr Pirow», sagte er am 24. November 1938 zum südafrikanischen Wirtschafts- und Kriegsminister, «wenn ich die schützende Hand von den Juden wegziehen würde, was in Deutschland geschehen würde? Das könnte die Welt sich nicht ausdenken.»²¹¹ Die kaum verhüllte Drohung war hier manifest. Hitler wollte die Evian-Mächte unbedingt dazu bringen, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, und zu diesem Zweck malte er aus, was mit den deutschen Juden geschehen würde, wenn ihnen die Einreise in andere Länder verwehrt würde. Am 21. Januar 1939 sagte er dem tschechoslowakischen Aussenminister: «Die Juden würden bei uns vernichtet. Den 9. November 1938 hätten die Juden nicht umsonst gemacht, dieser Tag würde gerächt werden.»²¹²

Am 30. Januar 1939 wiederholte Hitler diese Drohungen öffentlich und erweiterte sie auf die Juden ganz Europas. In seiner Rede vor dem Reichstag am sechsten Jahrestag seiner Ernennung zum Reichskanzler sagte er:

«Ich bin in meinem Leben sehr oft Prophet gewesen und wurde meistens ausgelacht. In der Zeit meines Kampfes um die Macht war es in erster Linie das jüdische Volk, das nur mit Gelächter meine Prophezeiungen hinnahm, ich würde einmal in Deutschland die Führung des Staates und damit des ganzen Volkes übernehmen und dann unter vielen anderen auch das jüdische Problem zur Lösung bringen. Ich glaube, dass dieses damalige schallende Gelächter dem Judentum in Deutschland unterdes wohl schon in der Kehle erstickt ist.

Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und ausserhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa».²¹³

Diese Drohung, die ungekürzt in der Wochenschau wiedergegeben wurde, hätte nicht mehr Publikum für sich haben können. Man sollte sich bei zahlreichen späteren Anlässen auf sie berufen und sie zitieren. Sie verdient deshalb besonders ernst genommen zu werden.

Der Judenpogrom 1938 war ein Ausdruck der Radikalisierung des Regimes in den Endphasen der Vorbereitung auf den Krieg.²¹⁴ Ein Teil dieser Vorbereitung musste im Denken Hitlers in der Neutralisierung dessen bestehen, was er als die jüdische Bedrohung ansah. Mit der für paranoide Antisemiten charakteristischen Verachtung für die Realität nahm er an, die «internationale Finanz» arbeite Hand in Hand mit dem internationalen Kommunismus, beide hinter den Kulissen von den Juden gesteuert, um diesen europäischen Krieg, von dem sie wussten, dass Deutschland ihn gewinnen würde, auf die ganze Welt auszuweiten, was nur bedeuten konnte, die Vereinigten Staaten mit hineinzuziehen. Das würde für sie die einzige Möglichkeit sein, eine Erfolgchance zu haben. Wenn es dazu kommen sollte, würde Deutschland Herr über Europa sein und die grosse Mehrzahl der Juden des Kontinents in seiner Gewalt haben. In einer Vorwegnahme dieses Augenblicks verkündete Hitler deshalb, er werde die Juden Europas als Geiseln behalten, um Amerika von einem Eintritt in den Krieg abzuschrecken. Wenn die USA auf Seiten der Feinde Deutschlands in den Krieg eintreten sollten, dann würden die Juden nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa vernichtet werden. Der nationalsozialistische Terror hatte jetzt eine zusätzliche Dimension angenommen, die Praxis der Geiselnahme in einem grösstmöglichen Massstab.²¹⁵

VI

Die Radikalisierung des Antisemitismus während des Jahres 1938 bildete somit einen Bestandteil dessen, was jeder als die letzten Vorbereitungen für den seit Langem geplanten Krieg um die deutsche Beherrschung und die «rassische Neuordnung» Europas verstand. Die Vertreibung oder andernfalls die Isolierung der jüdischen Bevölkerung Deutschlands war in der paranoiden rassistischen Ideologie der Nationalsozialisten

eine wesentliche Vorbedingung zur Schaffung innerer Sicherheit und einer Abwehr der Bedrohung von innen – eine Bedrohung, die in Wirklichkeit allein in ihrer Phantasie existierte. Zu dieser Radikalisierung kam es 1938 nicht zuletzt deshalb, weil dieser Prozess der Eroberung und Neuordnung mit der Annektierung Österreichs bereits begonnen hatte. Die jüdische Bevölkerung in Deutschland war im Grossen und Ganzen wirtschaftlich gut gestellt, und ihre Enteignung durch den Staat und durch zahlreiche Privatunternehmen wurde zu dieser Zeit unter anderem wegen des ständig grösser werdenden Bedarfs an Bargeld zur Bezahlung der wachsenden deutschen Rüstungskosten beschleunigt. Es mag naheliegen, die judenfeindliche Gewalt als einen «Rückfall in die Barbarei» zu bezeichnen, doch das wäre ein völlig falsches Verständnis ihrer Dynamik. Die Boykotts und Enteignungen jüdischer Geschäfte und Unternehmen wurden insbesondere von kleinen Ladeninhabern und Handwerkern vorangetrieben, die möglicherweise enttäuscht waren über das Unvermögen des Regimes, ihre wirtschaftliche Lage mit wirtschaftspolitischen Mitteln zu verbessern. Doch die gesellschaftliche und wirtschaftliche Vernichtung der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland wurde auch von oben befohlen, im Rahmen einer allgemeinen Vorbereitung auf den Krieg. Gerechtfertigt wurde sie mit einer radikalen nationalistischen Ideologie, die sich nicht mit einer verschwommenen Vision der Rückkehr Deutschlands zu einer beschaulichen Welt von gestern, sondern vielmehr mit der Vision eines hochtechnisierten Krieges um die Herrschaft über Europa verband, die sich auf Kriterien «rassischer Tüchtigkeit» und «rassischer Überlegenheit» gründen sollte, die damals als besonders modern und wissenschaftlich angesehen wurden.

Dass der Antisemitismus in seiner rassistischen Verbrämung eine fundamental moderne Ideologie war, lässt sich an seinen Manifestationen in osteuropäischen Ländern jener Zeit erkennen. Auch in Polen gab es eine fanatisch antisemitische Partei in Gestalt der Nationaldemokratischen Partei (Endek) unter Roman Dmowski, die in den dreissiger Jahren eine breite Koalition der bürgerlichen Schichten hinter einer zunehmend faschistischen Ideologie vereinigte. Polen wurde nach 1935 von einer Militärjunta regiert, und die «Endeks» waren in der Opposition; dennoch organisierten sie ausgedehnte Boykotts von jüdischen Geschäften und Unternehmen,

häufig begleitet von massiven Gewalttaten: Einer Schätzung zufolge wurden zwischen Dezember 1935 und März 1939 in mehr als 150 polnischen Städten 350 polnische Juden getötet und 500 verletzt. Die Endeks forderten die Aberkennung des Wahlrechts für Juden, deren Ausschluss aus der Armee, den Universitäten, der Wirtschaft, den akademischen Berufen und andere diskriminierende Massnahmen. Polens Juden – zehn Prozent der Bevölkerung, etwa dreieinhalb Millionen Einwohner – sollten in Ghettos zusammengedrängt und anschliessend zur Auswanderung gezwungen werden. Unter diesem Druck griff die zunehmend schwache Regierung, durch den Tod des polnischen Diktators Pilsudski 1935 ohne Orientierung, zu antisemitischen Massnahmen, um nach Möglichkeit ihre Anhänger zurückzugewinnen, die zunehmend zu den Endeks überliefen. Schon seit den zwanziger Jahren waren die Juden von Positionen im öffentlichen Dienst ausgeschlossen und durften sich nicht an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen. Jetzt wurden ihnen strenge Zugangsbeschränkungen für den Besuch höherer Bildungsanstalten und der medizinischen und juristischen Fakultäten an den Universitäten auferlegt. Der Anteil der jüdischen Studenten an den polnischen Universitäten ging von 25 Prozent (1921 bis 1933) auf 8 Prozent (1938/39) zurück.²¹⁶

Zu dieser Zeit war es den polnischen Studenten gelungen, ihre jüdischen Kommilitonen dazu zu zwingen, bei Vorlesungen eigene «Judenbänke» zu benutzen. Darüber hinaus wurden jüdische Exportunternehmen und Handwerksbetriebe – eine Hauptstütze des jüdischen Wirtschaftslebens in einem Land, in dem die Juden insgesamt gesehen nicht zu den bessergestellten Schichten der Gesellschaft zählten – starken Beschränkungen unterworfen. 1936 verbot die Regierung das bei den Juden vorgeschriebene rituelle Schächten bei der Schlachtung von Tieren, ein unmittelbarer Angriff nicht nur auf die jüdische religiöse Tradition, sondern auch auf die Existenzgrundlage zahlreicher Juden, die den Beruf des Schächters ausübten. Ein Verbot verkaufsoffener Sonntage für kleine Ladeninhaber traf hauptsächlich die Juden unter ihnen, die sich entscheiden mussten, ob sie stattdessen unter Verstoß gegen ihre religiösen Vorschriften ihr Geschäft am Sabbat geöffnet hielten oder den Verlust von Kunden in Kauf nahmen. 1938 erliess die Regierung ein 13-Punkte-Programm zur «Judenfrage», in dem eine Vielzahl neuer Massnahmen vorgesehen wurde, um den Status

der Juden als Fremde im polnischen Nationalstaat zu unterstreichen. 1939 war den Juden in Polen der Zugang zu den akademischen Berufen verwehrt, selbst wenn es ihnen gelungen war, die erforderlichen Qualifikationen an einer Universität zu erlangen. In wachsender Masse übernahm demnach die Regierungspartei eine Politik, die zuerst von den Nationalsozialisten in Deutschland verfolgt wurde: So brachten beispielsweise im Januar 1939 einige ihrer Abgeordneten ein Äquivalent zu den Nürnberger Gesetzen als Gesetzesvorlage ein.

Dennoch gab es einen entscheidenden Unterschied. Die meisten Juden in Polen sprachen eher Jiddisch als Polnisch und waren strenge Anhänger der jüdischen Religion. Sie erschienen den polnischen Nationalisten ebenso wie der katholischen Kirche in Polen als ein Haupthindernis auf dem Weg zu einer nationalen Integration. Sie wurden praktisch als eine nationale Minderheit im neuen polnischen Staat behandelt. Der polnische Antisemitismus hatte demnach im Grossen und Ganzen religiöse und keine rassistischen Wurzeln, auch wenn die Grenze zwischen beiden in der Gewalttätigkeit der antisemitischen Rhetorik weitgehend verwischt wurde.²¹⁷ Zum Ausgang der dreissiger Jahre bemühte sich die polnische Regierung um die Bereitschaft des Auslands, eine grosse Zahl polnischer Juden aufzunehmen – wie wir gesehen haben ein Hauptgrund für die Einberufung der Evian-Konferenz. Nach einer Idee, die von Antisemiten in vielen Teilen Europas seit dem Ende des 19. Jahrhunderts geteilt wurde, sollten die Juden auf die französische Insel Madagaskar vor der Ostküste Afrikas geschickt werden. In den späten dreissiger Jahren gab es ausgedehnte, aber ergebnislose Verhandlungen zwischen der polnischen und der französischen Regierung über diese Frage.²¹⁸

Ähnliche Vorstellungen und politische Massnahmen könnte man in anderen osteuropäischen Ländern finden, die zu jener Zeit damit beschäftigt waren, eine neue nationale Identität aufzubauen, insbesondere in Ungarn und Rumänien.²¹⁹ Diese Länder hatten ihre eigenen faschistischen Bewegungen, die Eiserne Garde in Rumänien und die Pfeilkreuzler in Ungarn, die in der Virulenz ihres Judenhasses den Nationalsozialisten nicht nachstanden; ebenso wie in Deutschland verband sich der Antisemitismus hier mit einem radikalen Nationalismus, der Überzeugung, dass die Nation

noch nicht voll verwirklicht sei und das Haupthindernis hierfür die Juden seien. In Rumänien lebten in den frühen dreissiger Jahren etwa 750'000 Juden, das waren 4,2 Prozent der Bevölkerung, und wie in Polen zählten sie als eine nationale Minderheit. Unter dem wachsenden Druck der faschistischen Eisernen Garde in der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre ernannte König Karl ein kurzlebiges Rechtsregime, das die ersten antisemitischen Gesetze erliess, denen der König Geltung verschaffte, als er 1938 die Regierung als Diktator übernahm. Im September 1939 war mindestens 270'000 Juden die rumänische Staatsbürgerschaft aberkannt worden; viele wurden aus den akademischen Berufen ausgeschlossen: aus dem Justizwesen, der Polizei, den Hochschulen und dem Offizierskorps, und sie wurden massiv unter Druck gesetzt auszuwandern.²²⁰

Die Lage der rund 445'000 Juden in Ungarn hatte mehr Ähnlichkeit mit der Lage der Juden in Deutschland als der in Polen: Sie sprachen Ungarisch und waren weitgehend assimiliert. Die meisten von ihnen lebten in Budapest und betrachteten sich in jeder Hinsicht als Ungarn. Der relativ hohe Anteil von Juden im kurzlebigen radikalkommunistischen Regime Béla Kuns 1919 schürte den Antisemitismus der Rechten. Der konterrevolutionäre Staatschef, Admiral Miklos Horthy, schloss in den späten dreissiger Jahren ein Bündnis mit Deutschland in der Hoffnung, Territorium zurückzugewinnen, das durch die Friedensverträge 1919 an die Tschechoslowakei und Rumänien abgetreten werden musste. Das führte wiederum den Pfeilkreuzlern neue Anhänger zu, deren Popularität die Regierung im Mai 1938 zu untergraben versuchte, indem sie das Erste Judengesetz verabschiedete, mit dem der Anteil der jüdischen Angestellten in Betrieben, den akademischen Berufen und anderen Lebensbereichen streng kontingiert wurde. Wenige Monate später wurde ein Zweites Judengesetz erlassen, das erst im Mai 1939 in Kraft trat und diese Quoten von 20 auf 6 Prozent verringerte und den Juden grundsätzlich verbot, Zeitungsverlage, Lichtspielhäuser und Theater zu betreiben, sie vom Lehrerberuf ausschloss, ihnen verbot, Grundbesitz zu erwerben, und den Zugang zum Offizierskorps und zum Staatsdienst versperrte. Diese Gesetze, in denen sich unübersehbar der Einfluss des Nationalsozialismus bemerkbar machte, hatten einen überwiegend rassistischen Charakter und betrafen beispielsweise

auch Juden, die nach 1919 zum Christentum konvertiert waren. Horthy selbst war mit diesem Umstand nicht einverstanden, konnte jedoch nicht verhindern, dass die rassistischen Klauseln des Gesetzes tatsächlich auch angewandt wurden.²²¹

In einem grösseren Massstab bemühten sich alle Staaten, die nach dem Ende des Ersten Weltkriegs in Osteuropa auf der Grundlage des von US-Präsident Wilson verkündeten Selbstbestimmungsrechts der Völker ins Leben gerufen oder neugegründet wurden, ihre starken nationalen Minderheiten mit mehr oder weniger Anwendung von Zwang der dominanten nationalen Kultur zu assimilieren. Doch die Juden in fast allen dieser Länder hatten zusätzlich darunter zu leiden, dass die nationalistischen Extremisten in ihnen Agenten einer Weltverschwörung sahen, auf der einen Seite mit dem Sowjetkommunismus und auf der anderen mit der «internationalen Finanz» im Bunde, so dass sie für die nationale Unabhängigkeit eine weit aus grössere Bedrohung darstellten als die anderen Minderheiten innerhalb ihrer Grenzen. Vor dem Hintergrund der übrigen Länder in Osteuropa erscheinen somit die von den Nationalsozialisten zwischen 1933 und 1939 gegen die deutschen Juden erlassenen und verwirklichten Gesetze nicht so ungewöhnlich. Deutschland war zu jener Zeit bei weitem nicht das einzige Land dieses Erdteils, das die Rechte der Juden beschnitt, die Juden ihrer wirtschaftlichen Existenzgrundlage beraubte, sie in grosser Zahl zum Auswandern zwingen wollte oder in dem es zu Ausbrüchen von Gewalt, Zerstörung und Mord gegen die jüdische Bevölkerung kam. Selbst in Frankreich gab es eine starke antisemitische Strömung innerhalb der Rechten, geschürt von der erbitterten Ablehnung der Volksfrontregierung unter Léon Blum, seinerseits Jude und Sozialist und in der Abgeordnetenkammer unterstützt von der Kommunistischen Partei, die 1936 an die Macht kam.

Doch daneben bestanden offensichtlich auch reale Unterschiede, die zum Teil mit dem Umstand zusammenhingen, dass Deutschland wesentlich grösser, mächtiger und trotz der Wirtschaftskrise der frühen dreissiger Jahre wirtschaftlich erfolgreicher war als die anderen Länder des Kontinents, zum Teil aber auch damit, dass die jüdische Minderheit in Deutschland beträchtlich stärker assimiliert war als die jüdischen Minderheiten in Polen oder Rumänien. Nur in Deutschland wurden judenfeindliche Geset-

ze über Mischehen und sexuelle Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden erlassen und durchgesetzt, auch wenn in Rumänien ein ähnlicher Gesetzentwurf eingebracht wurde; nur in Deutschland wurden die Juden systematisch um ihr Vermögen, ihre Arbeitsplätze und ihre Existenzgrundlage gebracht, wenngleich ähnliche Einschränkungen unbestritten auch in anderen Ländern erfolgt sind; nur in Deutschland organisierte die Regierung einen landesweiten Pogrom, auch wenn es woanders spontane Pogrome zu Hunderten gegeben hatte; und nur in Deutschland erreichte es die Regierung, über die Hälfte der jüdischen Bevölkerung ins Exil zu treiben, auch wenn es in osteuropäischen Ländern starke politische Kräfte gab, die nichts lieber gewünscht hätten, als dasselbe zu erreichen. Vor allem gelangten allein in Deutschland in den dreissiger Jahren fanatische Nationalisten an die Macht, und nur in Deutschland wurde die Ausschaltung des jüdischen Einflusses vom Staat und seiner herrschenden Partei als unverzichtbare Vorbedingung für eine Wiedergeburt des nationalen Geistes und die Schaffung einer neuen, rassistisch reinen menschlichen Gesellschaft angesehen. Die antisemitischen politischen Massnahmen im Dritten Reich wurden in diesen Jahren zu einer Art Modell für den Antisemitismus in anderen Ländern, doch nirgendwo sonst war ein Regime an der Macht, das es als unabdingbar betrachtete, sie auch radikal durchzusetzen und eines Tages auf ganz Europa zu übertragen. Die Zeit, auch dieses Vorhaben in die Tat umzusetzen, war für das Dritte Reich noch nicht gekommen. Dazu bedurfte es erst der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs.

7. KAPITEL

Der Weg in den Krieg

Von der Schwäche zur Stärke

Hitler hatte die Angewohnheit, sehr unregelmässig zu arbeiten. Eine gleichmässige Tagesplanung war ihm seit jeher fremd. Seinen unkonventionellen Lebensstil behielt er in vielem selbst dann noch bei, als er an die Macht gelangt war. Häufig blieb er wach bis in die frühen Morgenstunden, sah sich in seinem Privatkino Filme an und stand am nächsten Tag erst sehr spät auf. Im Allgemeinen fing er um zehn Uhr morgens an zu arbeiten, verbrachte zwei bis drei Stunden damit, sich von Hans Heinrich Lammers, Chef der Reichskanzlei und Hitlers Hauptverbindungsman zu den Reichsministerien, und von Walther Funk, Goebbels' Stellvertreter im Reichspropagandaministerium, Bericht erstatten zu lassen. Nachdem er alle anstehenden administrativen, legislativen und Propagandafragen erledigt hatte, nahm er sich hin und wieder die Zeit für dringende Beratungen mit einzelnen Ministern oder mit Staatssekretär Otto Meissner, der das ehemalige Büro des Reichspräsidenten leitete. Das Mittagessen kam gewöhnlich um ein Uhr auf den Tisch, musste jedoch gelegentlich verschoben werden, wenn Hitler sich verspätet hatte. Die Gäste bestanden in der Regel aus Hitlers unmittelbarer Umgebung einschliesslich seiner Adjutanten, Chauffeure und seines Fotografen Heinrich Hoffmann. Göring, Goebbels und Himmler sowie später Albert Speer nahmen unterschiedlich häufig an den Mahlzeiten teil, doch die rangältesten Minister wurden hier selten gesehen. Waren sie in Ungnade gefallen, wurden sie überhaupt nie zu solchen Gelegenheiten zugelassen: Landwirtschaftsminister Walther Darré beispielsweise bemühte sich gegen Ende der dreissiger Jahre zwei Jahre lang erfolglos darum, mit Hitler die sich verschlechternde Lage der Lebensmittelversorgung zu erörtern. Nach dem Essen besprach Hitler ausserpolitische und militärische Fragen mit einer Reihe von Beratern oder vertiefte sich mit Speer in die Pläne von Bauprojekten. Statt sich stundenlang durch Berge von Papier zu arbeiten, zog Hitler es in jedem Fall vor,

während des Essens die Anwesenden zu seinem Publikum zu machen und stundenlang zu monologisieren, gewöhnlich ohne von seinen liebedienlichen Zuhörern unterbrochen zu werden.¹

Wenn Hitler sich in seiner Zuflucht auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden aufhielt, war seine Tagesgestaltung sogar noch unregelmässiger. Ursprünglich ein kleines Chalet auf einem Berg, wurde dieses nach 1933 so umgebaut, dass es einen grossen Gebäudekomplex bildete, der als «Berghof» bezeichnet wurde, mit einer Terrasse, von der aus man eine prachtvolle Aussicht auf die umgebenden Berge hatte, sowie weiteren Gebäuden unterhalb für Hitlers Entourage. Hier konnte es vorkommen, dass er seine Privatgemächer erst am frühen Nachmittag verliess, einen Spaziergang den Berg hinunter machte (unten erwartete ihn einer seiner Chauffeure mit dem Wagen, um ihn wieder hinaufzufahren), die Ströme von einfachen Bürgern grüsste – die sich den Berg hinaufquälten, um schweigend an ihm vorbeizudefilieren, Stücke von der Umzäunung des Berghofs als Souvenirs abbrachen – und bei gutem Wetter auf der Terrasse Erfrischungen zu sich nahm. Nach dem Abendessen wurden wieder alte Filme gezeigt, und selten ging er vor zwei oder drei Uhr morgens zu Bett. Häufig begleitete ihn hier Eva Braun, eine attraktive junge Frau, 23 Jahre jünger als er und eine ehemalige Angestellte von Heinrich Hoffmann. Hitlers Geschlechtsleben, der Gegenstand vieler lüsterner Spekulationen damals und später, war anscheinend ganz und gar konventionell, abgesehen von dem Umstand, dass er sich weigerte, zu heiraten oder gegenüber der Öffentlichkeit irgendwelche Beziehungen einzuräumen aus Angst, die Aura einer einsamen Macht und Unverwundbarkeit zu gefährden, mit der die Propaganda ihn umgeben hatte. Früher, im Jahr 1931, war Hitlers Nichte Angela Raubal tödlich verunglückt, was unappetitliche, aber haltlose Gerüchte über ihre Beziehung auslöste. Eva Braun, eine naive und unterwürfige junge Frau, empfand vor Hitler offenbar grosse Ehrfurcht und fühlte sich überwältigt von seiner Aufmerksamkeit. Die Beziehung wurde von Hitlers näherer Umgebung schnell akzeptiert, vor der Öffentlichkeit jedoch geheimgehalten. Umgeben von Luxus und mit wenig Pflichten war Eva Braun auf dem Berghof als Hitlers private Gefährtin, nicht als seine offizielle Frau anwesend.²

Die fehlende Regelmässigkeit in Hitlers Führung bedeutete, dass er für Detailfragen, die ihn nicht interessierten, wenig Aufmerksamkeit zeigte, etwa die Politik gegenüber den Arbeitern oder die Details der Finanzverwaltung, die er bereitwillig Schacht und dessen Nachfolgern überliess. Das hatte gelegentlich zur Folge, dass er seine Unterschrift unter Verordnungen setzte, die dann gar nicht erst in Kraft traten, weil mächtige Interessengruppen intervenierten, beispielsweise bei einem von Robert Ley erbetenen Erlass im Oktober 1934 zugunsten einer Stärkung der DAF.³ Es bedeutete auch, dass diejenigen, die einen unmittelbaren Zugang zu ihm hatten oder kontrollierten, einen beträchtlichen Einfluss ausüben konnten. Dieser Zugang zum «Führer» wurde ein zunehmend wichtiger Schlüssel zur Macht. Hitlers unkonventioneller Lebensstil bedeutete allerdings nicht, dass er bequem oder untätig gewesen wäre oder sich nach 1933 aus der Innenpolitik zurückgezogen hätte. Wenn der Anlass es erforderlich machte, konnte er kraftvoll und entschlossen eingreifen. Albert Speer, der in der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre häufig bei ihm war, beobachtete, dass er «während der wochenlangen Beschäftigung mit unwichtigen Dingen oft ein Problem ausreifen [liess], um dann, nach einer ‚plötzlichen Erkenntnis‘, die ihm richtig erscheinende Lösung in einigen intensiven Arbeitstagen endgültig zu formulieren».⁴ Mit anderen Worten, Hitler war in seinen Arbeitsgewohnheiten eher sprunghaft als faul. Er schrieb seine Reden selbst, und er begab sich häufig auf ausgedehnte und ermüdende Reisen durch Deutschland, auf denen er Reden hielt, sich mit Politikern und Parteiführern traf und seinen zeremoniellen Pflichten als Staatsoberhaupt nachkam. Auf Gebieten, an denen er ein echtes Interesse hatte, zögerte er nicht, selbst Anweisungen zu geben, auch wenn es um Details ging. In der Kunst und Kultur beispielsweise legte Hitler persönlich die Politik nieder, die verfolgt werden sollte, und inspizierte die Bilder, die auf einer Ausstellung gezeigt oder aussortiert werden sollten. Seine Vorurteile – gegen den Komponisten Paul Hindemith beispielsweise – erwiesen sich stets als beständig. Auch in der «Rassenpolitik» übernahm Hitler eine führende Rolle, trieb die Umsetzung bestimmter antisemitischer und anderer Massnahmen voran oder verzögerte sie je nach den vorherrschenden Umständen. Auf solchen Gebieten reagierte er nicht nur auf die Initiativen seiner

Untergebenen, wie manche behauptet haben. Ausserdem war es Hitler, der die allgemeinen Prinzipien festlegte, denen die Politik folgen sollte. Diese waren einfach, klar und leicht zu erfassen, und er hatte sie seit den zwanziger Jahren den Parteiaktivisten in seinem Buch *Mein Kampf*, seinen Reden und durch den weitverzweigten und unermüdlich arbeitenden Propagandaapparat eingehämmert, den die Partei schon vor 1933 aufgebaut hatte, und danach durch das Reichspropagandaministerium. Hitlers Parteivolk benötigte nicht viel Phantasie, um zu wissen, was er in einer bestimmten Situation wollte: Die Prinzipien, die ihr Verhalten leiteten, konnten von allen verstanden werden; sie brauchten nur die Leerstellen auszufüllen. Ausserdem erteilte Hitler in entscheidenden Situationen, etwa beim Judenboykott vom 1. April 1933 oder dem Pogrom vom 9./10. November 1938, persönlich den Befehl zu diesen Aktionen, allerdings in Formulierungen, die von seinem Standpunkt aus zwangsläufig nicht ins Detail gingen, in ihrer Hauptstossrichtung jedoch unmissverständlich waren.⁵

Das Gebiet, an dem Hitler das dauerhafteste Interesse sogar bis in die Einzelheiten zeigte, war jedoch unleugbar die Aussenpolitik und die Vorbereitung auf einen Krieg. Es war fraglos Hitler persönlich, der seit dem Tag, an dem er Reichskanzler wurde, Deutschland zum Krieg trieb und jeden anderen Aspekt der Politik diesem obersten Ziel unterordnete und, wie wir gesehen haben, infolgedessen die Wirtschaft, die Gesellschaft und das politische System immer stärkeren Anspannungen und Belastungen unterwarf. Der Krieg, den er vor Augen hatte, sollte weitaus extensiver sein als eine Reihe begrenzter Konflikte mit dem Ziel, die territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrags zu revidieren. Bei einem von vielen ähnlichen Anlässen erklärte er am 28. Mai 1928, es sei seine Absicht, «unser Volk auch zum blutigen Einsatz zu führen, aber nicht für eine Grenzregulierung, sondern *zur Rettung in fernste Zukunft hinein*, damit es so viel Boden und Grund erhält, dass ein Vielfaches des Bluteinsatzes der Nachwelt zurückgegeben werden kann».⁶ Er änderte diese Absicht nicht, nachdem er an die Macht gekommen war. Anfang August 1933 sagte er beispielsweise zu zwei amerikanischen Geschäftsleuten, die in Deutschland unterwegs waren, er wolle nicht nur Österreich, den polnischen Korridor und Elsass-Lothringen annektieren, sondern auch die deutschsprechenden Teile von Dänemark, Italien, der Tschechoslowakei, Jugoslawi-

ens und Rumäniens. Das bedeutete eine totale Herrschaft Deutschlands über Europa.⁷ Langfristig dachte er sogar an eine deutsche Weltherrschaft.⁸ Doch zunächst einmal hatte Hitler mit dem Problem zu kämpfen, dass Deutschland international äusserst schwach war, die Reichswehr in ihrer Stärke durch den Versailler Vertrag extrem begrenzt, seine Wirtschaft daniederliegend und seine innere Verfassung, wie er glaubte, chaotisch, gespalten und von Feinden bedrängt war. Hitlers anfängliches Ziel, das mindestens während der beiden ersten Jahre des Dritten Reiches und noch länger seine Aussenpolitik leitete, bestand deshalb darin, die potentiellen Feinde Deutschlands in Schach zu halten, während das Land aufrüstete.⁹

Das war nicht besonders schwierig zu verwirklichen. Deutschland erfreute sich in der ersten Hälfte der dreissiger Jahre international einer beträchtlichen Sympathie. Der Idealismus, der bei der Gestaltung der Friedensverträge von 1918/19 eine so grosse Rolle gespielt hatte, richtete sich seit Längerem gegen deren Inhalt. Das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker, auf das man sich berufen hatte, um Ländern wie Polen die Unabhängigkeit zu geben, war Deutschland selbst in eklatanter Weise verweigert worden, da Millionen Menschen mit Deutsch als Muttersprache in Österreich, im Sudetenland, in Teilen Schlesiens (inzwischen zu Polen gehörig) und anderswo das Recht bestritten worden war, das von ihnen bewohnte Territorium mit dem Deutschen Reich zu vereinigen. Eine verbreitete Überzeugung unter englischen und französischen Eliten, dass der Erste Weltkrieg das katastrophale Ergebnis einer Abfolge von Missgeschicken und Fehlentscheidungen war, nährte bei ihnen ein Schuldgefühl wegen der Härte der Friedensbedingungen und eine allgemeine Skepsis gegenüber der Kriegsschuld Klausel, die Deutschland zum Alleinschuldigen an dem Krieg gemacht hatte. Die Reparationszahlungen wurden 1932 vorzeitig beendet, doch die fortbestehenden Beschränkungen der deutschen Rüstung erschienen vielen als ungerecht und absurd, vor allem angesichts kriegerisch nationalistischer und autoritärer Regierungen in Ländern wie Ungarn und Polen. Für England bedeutete die Weltwirtschaftskrise eine finanzielle Einschränkung und ein enormes Widerstreben auf Seiten der Regierung, weiteres Geld für Waffen auszugeben, zumal hier das Schwergewicht auf die Verteidigung der britischen Kolonien in Indien,

Karte 17: Volksdeutsche in Mittel- und Osteuropa 1937



Afrika, Indochina und anderswo gelegt wurde. In Frankreich machte sich die Depression erst Mitte der dreissiger Jahre bemerkbar, so dass auch hier an eine Aufrüstung kaum zu denken war. Die Nachkriegspolitiker in England und Frankreich waren in der Mehrzahl zweite Garnitur. Nachdem sie erlebt hatten, wie ihr Land die Besten und Intelligentesten ihrer Generation an den Fronten des Ersten Weltkriegs verloren hatte, waren sie entschlossen, alles Menschenmögliche zu tun, um eine Wiederholung des Gemetzels zu verhindern. Ihre Weigerung, sich auf einen Krieg vorzubereiten oder ihn sogar wegen Problemen der europäischen Politik zu führen, die in ihren Augen durchaus auch mit anderen Mitteln zu lösen waren, wenn der gute Wille auf allen Seiten hinzukam, wurde schliesslich noch verstärkt durch eine tiefe Furcht vor dem, was ein solcher Krieg bedeuten würde: nicht nur ein erneutes Blutbad in den Schützengraben, sondern auch massive Bombardierungen der Grossstädte aus der Luft, gewaltige Zerstörungen und schwere Verluste unter der Zivilbevölkerung und möglicherweise auch noch eine soziale Revolution.¹⁰

Somit brauchte Hitler letztlich nichts anderes zu tun, wenn er die erste, gefährliche Phase der Aufrüstung überstehen wollte, als die internationale Meinung zu beschwichtigen, indem er allen versicherte, dass er nur das eine Ziel habe, das Unrecht der Friedensverträge wiedergutzumachen, ein vertretbares Mass der Selbstbestimmung für die Deutschen zu erreichen und für sein Land den ihm zustehenden gleichberechtigten Platz unter den Nationen der Welt zurückzuerlangen, einschliesslich der angemessenen Mittel, um sich gegen potentielle Aggressoren verteidigen zu können. Und mehr oder weniger genau so verhielt er sich bis zum Frühjahr 1939 und wurde dabei nicht nur vom Aussenpolitischen Amt der Partei unter Alfred Rosenberg, sondern auch von der konservativen Ministerialbürokratie unterstützt, die nach wie vor das deutsche Auswärtige Amt unter Konstantin Freiherr von Neurath dominierte. Deutschnational bis in die Knochen hatten sie über die «Erfüllungspolitik» gegrollt, die Aussenminister Gustav Stresemann in den zwanziger Jahren verfolgt hatte, und den Kurswechsel begrüsst, den Reichskanzler Heinrich Brüning bewerkstelligte, als er Stresemanns engsten Berater durch den aggressiveren Bernhard Wilhelm von Bülow als Staatssekretär ersetzt hatte. Die Diplomaten waren einverstan-

den mit dem Sicherheit, die zuvor durch den Völkerbund gewährleistet war, und trat an die Stelle des Bündnisses mit Frankreich, dessen interne politische und wirtschaftliche Lage zunehmend den Eindruck erweckte, keine wirksame Verteidigung Polens gegen Deutschland leisten zu können (eine Schmälerung des französischen Einflusses in Polen war für Hitler natürlich ein positiver Nebeneffekt des Vertrags). Er war jedoch ein rein taktisches Hilfsmittel auf Seiten Hitlers: ein Stück Papier, das vorläufig seinen Zweck erfüllte, das jedoch formlos zerrissen würde, wenn es nicht mehr nützlich war. Es sollte nicht der einzige Vertrag dieser Art bleiben.¹⁴

II

Während der meisten Zeit des Jahres 1934 richtete sich die Aufmerksamkeit Hitlers auf die Innenpolitik, insbesondere auf die Spannungen, die zu den «Säuberungen» der SA Ende Juni führten und danach folgten. Kurz vor der «Nacht der langen Messer» machte Hitler seinen ersten Besuch als deutscher Reichskanzler, beim faschistischen Duce Benito Mussolini in Venedig, wo er um Verständnis für die Ereignisse warb, die sich bald abspielen würden. Obwohl Hitler Mussolini für alle sichtbar aufrichtig bewunderte, war die Atmosphäre bei diesem Treffen deutlich frostig. Mussolini hegte ein tiefes Misstrauen gegenüber den Absichten der Nationalsozialisten in Österreich, das er als seine ureigene Einflussphäre betrachtete. Ein kleines Binnenland, halb in den Alpen an Italien angrenzend, hatte das deutschsprachige Österreich wiederholte Turbulenzen erlebt, seit ihm nach dem Zusammenbruch der Habsburger Monarchie 1918/19 von den siegreichen Alliierten der Zusammenschluss mit Deutschland verweigert worden war. Nur wenige Österreicher waren optimistisch im Hinblick auf die Lebensfähigkeit ihres Staates. Einer massiven Inflation in den frühen zwanziger Jahren war eine Deflation und anschließend eine Wirtschaftskrise gefolgt, weitgehend ähnlich wie in Deutschland. Das Land war in zwei grosse politische Lager gespalten, die Sozialdemokraten, hauptsächlich an die Arbeiterschaft im «roten» Wien gebunden, wo fast ein Drittel der sieben Millionen Einwohner des Landes lebte, und die katholisch orientierte Christlichsoziale Partei, die ihre Stärke

aus den bürgerlichen Schichten Wiens und aus konservativen Bauern und den Wählern in den Kleinstädten der Provinz bezog. Die Spannungen zwischen den beiden waren 1933 in offene Feindseligkeit umgeschlagen, als der christlichsoziale Kanzler Engelbert Dollfuss dauerhaft das Parlament auflöste und ein autoritäres Regime errichtete. Eine zunehmende Schikaniierung der Sozialdemokraten durch die Polizei provozierte einen bewaffneten Aufstand in den Arbeitervierteln Wiens im Februar 1934. Er wurde von der österreichischen Armee mit brutaler Gewalt niedergeschlagen. Führende Sozialisten, auch ihr einflussreichster Ideologe Otto Bauer, retteten sich durch das berühmte Wiener Kanalisationssystem. Dollfuss verbot die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften, sozialdemokratische Landes- und Gemeindeverwaltungen wurden abgesetzt. Am 1. Mai 1934 peitschte der österreichische Diktator eine neue Verfassung für sein Land durch. Mit ihr wurden die Wahlen abgeschafft und zumindest auf dem Papier ein korporativer Staat nach dem Vorbild Italiens unter Mussolini geschaffen.¹⁵

Doch trotz ihrer scheinbaren Entschlossenheit schwächten diese Massnahmen die Stellung des neuen österreichischen Diktators statt sie zu stärken. Die wirtschaftliche Lage war schlimmer denn je. Die Arbeiter Wiens waren zutiefst verbittert. Auf der Rechten schürten die paramilitärischen Heimwehren, die einen radikaleren Faschismus nach italienischem Vorbild wollten, eine allgemeine Unruhe. Und gerade jetzt erhielt die bisher fast unbedeutende österreichische Nationalsozialistische Partei immer grösseren Zulauf und steigerte ihre Ambitionen. Ihr formelles Verbot durch Dollfuss im Juli 1933 zeigte kaum Wirkung. Zum Zeitpunkt ihres Verbots zählte die Partei aus Handelsvertretern und kleinen Ladenbesitzern in Wien und dem österreichischen Hinterland, kleinen Beamten, Kriegsveteranen, jungen Hochschulabsolventen und beträchtlichen Elementen der Polizei und Gendarmerie knapp 70'000 Mitglieder. In den folgenden Monaten gewann sie 20'000 neue dazu. Zusammengehalten, wenn auch stets etwas prekär, durch eine gewalttätige, besonders bösartige Version des Antisemitismus, verstärkt durch einen Antiklerikalismus und Antikatholizismus, blickte sie zurück auf die alldeutschen Ideen von Georg Ritter von Schönerer, die den jungen Adolf Hitler vor 1914 so nachhaltig beeindruckt hatten. Das Hauptziel dieser Partei war die baldige Vereini-

gung Österreichs mit dem Dritten Reich. Je länger ihre Mitglieder der unablässig sprudelnden NS-Propaganda lauschten, die sie von deutschen Rundfunksendern empfangen, desto überzeugter wurden sie, dass diese Vereinigung unmittelbar bevorstehe. Gewalt und Terror wurden zu ihren bevorzugten Methoden, den österreichischen Staat so zu erschüttern, dass er zu einer leichten Beute für das Dritte Reich würde.¹⁶

Im Frühsommer 1934 schien der Zeitpunkt zum Handeln gekommen. Fridolin Glass, der Führer der SS-Standarte 89 in Wien, beschloss, die österreichische Regierung zu stürzen. Am 25. Juli 1934 drangen 150 seiner Männer, die meisten von ihnen arbeitslose Arbeiter und aus der Armee wegen ihrer nationalsozialistischen Betätigung entlassene ehemalige Soldaten, in geliehenen Uniformen des österreichischen Heeres in die österreichische Staatskanzlei ein. Das Kabinett hatte sich bereits auf den Heimweg begeben, doch die SS-Männer fingen Dollfuß ab, als dieser gerade versuchte, das Gebäude durch einen Seitenausgang zu verlassen, und erschossen ihn auf der Stelle. Anschliessend stürmten die Putschisten in die benachbarte Zentrale der österreichischen Rundfunkgesellschaft, bemächtigten sich eines Mikrophons und erklärten über den Sender, die Regierung sei zurückgetreten. Sympathisanten in der Polizei hatten es ihnen anscheinend erleichtert, in das Gebäude zu gelangen. Doch das dürfte wohl die ganze Unterstützung gewesen sein, die sie bei ihrem Unternehmen von aussen erhielten. Die österreichische SA, deren Führer sich in einem Hotel in der Nähe aufhielten, behauptete, von dem Putsch zu keiner Zeit etwas gewusst zu haben und weigerte sich, den Putschisten zur Seite zu stehen. Weniger als vier Wochen, nachdem in Deutschland hohe SA-Führer von der SS erschossen worden waren, brachten sie es nicht über sich, das Vergangene ruhen zu lassen. Kleinere Aufstände, die verabredungsgemäss durch die Rundfunkmeldung ausgelöst worden waren, wurden von der österreichischen Armee, mancherorts unterstützt durch die Heimwehren, niedergeschlagen. Es gab mehrere Hundert Tote und Verletzte. In den Orten, in denen die Revolte von der SA ausging, hielt sich die SS abseits. Selbst nationalsozialistische Armee- und Polizeioffiziere beteiligten sich hier und da an der Niederwerfung des Aufstands. Wie sich herausstellte, waren die österreichischen Nationalsozialisten schlecht ausgebildet und

unzureichend auf ein solches Abenteuer vorbereitet, ihrer Sache zu sicher, intern zerstritten und unfähig. In Wien bildete Justizminister Kurt von Schuschnigg eine neue Regierung und liess die Putschisten nach kurzen Verhandlungen allesamt verhaften. Hitler überliess sie ihrem Schicksal. Die beiden Männer, die die tödlichen Schüsse auf Dollfuss abgegeben hatten, wurden im Hof des Wiener Bezirksgerichts gehängt. Ihre letzten Worte waren «Heil Hitler!» Der österreichische Botschafter in Rom, der in das Komplott verwickelt war, versuchte vergeblich, sich das Leben zu nehmen. Noch vor diesen Ereignissen hatte ein österreichischer Nationalsozialist darüber geklagt, «der Österreicher ist auf organisatorischem Gebiet im Durchschnitt untauglich. Er braucht auf organisatorischem Gebiet preussische Hilfe! ... Ohne preussische Organisationskraft wird's in entscheidenden Momenten immer wieder einen wüsten Haufen geben.» Der ebenso blutige wie absurde Putsch schien seine Meinung zu bestätigen. Nach diesem Zwischenfall konnte Schuschnigg die klerikalfaschistische Diktatur auf einer solideren Basis fortsetzen, indem er die Heimwehren an die kurze Leine nahm und die österreichischen Nationalsozialisten in den Untergrund verbannte, aus dem sie weiterhin Gewalttaten und Sabotage gegen staatliche Einrichtungen verübten, die zunächst allerdings ohne sichtbare Wirkung blieben.¹⁷

Hitler wusste natürlich von den Vorbereitungen zu diesem Putschversuch. Die österreichische SS war im Konzentrationslager Dachau für diese Aktion ausgebildet worden. Nach dem Verbot der Partei in Österreich im Juni 1933 hatte Theo Habicht, ein deutscher Reichstagsabgeordneter, den Hitler zum Chef der österreichischen Nationalsozialisten ernannt hatte, von München aus deren Untergrundaktivitäten geleitet. Er liess grosse Mengen an heimlichem Propagandamaterial nach Österreich schaffen und beschuldigte Dollfuss, in dessen Kabinett sässen fast nur Juden. Die letzten Vorbereitungen für den Putsch wurden in Habichts Münchener Wohnung getroffen. Er teilte Hitler mit, was geplant war, und Hitler gab seine Zustimmung zu einem allgemeinen Aufstand – allerdings in der Überzeugung, offenbar genährt durch Habichts übertriebenen Optimismus bei dieser Gelegenheit, die österreichische Armee werde den Putsch unterstützen. In München war Habicht tatsächlich jedoch überhaupt nicht wirklich über die Sachlage in Österreich informiert. Nicht nur dass der Putsch fehlschlug

und die Armee loyal zur Regierung stand, Mussolini verlegte auch noch Truppen an den Brennerpass und liess absolut keinen Zweifel daran, dass er auf Seiten der österreichischen Regierung intervenieren werde, wenn die Lage ausser Kontrolle geraten sollte. Hitler war ausser sich vor Wut wegen der Blamage. Er setzte Habicht ab und liess das Münchener Büro der österreichischen Nationalsozialisten schliessen.¹⁸

In einer Hinsicht bot der fehlgeschlagene Putsch jedoch eine Gelegenheit. Der Bruch in den Beziehungen zu Deutschlands Nachbar sei so schwerwiegend, äusserte Hitler gegenüber Vizekanzler Franz von Papen, der seit der «Röhmaffäre» unter Hausarrest stand, dass es eines verdienten Staatsmanns bedürfe, um die Dinge wieder ins Lot zu bringen: Als persönlicher Freund des ermordeten österreichischen Kanzlers und allgemein bekannter katholischer Staatsmann sei Papen der Richtige, um die Wogen der Erregung in Österreich zu glätten. Deshalb ernannte Hitler ihn zum deutschen Sonderbotschafter in Wien. In der Erkenntnis, dass ihm kaum eine andere Wahl blieb, akzeptierte Papen. Auf sein Ersuchen wurde sein Sekretär Günther von Tschirschky-Bögendorf aus dem Gefängnis entlassen, in das man ihn im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 30. Juni 1934 gebracht hatte, und begleitete ihn nach Österreich. Der letzte verbliebene eigenständige konservative Politiker in der Regierung Hitlers war schliesslich aus dem Weg – ein unerwarteter Nebeneffekt des gescheiterten Putsches.¹⁹

III

Deutschlands aussenpolitische Isolierung im Winter 1934/35 schien vollkommen.²⁰ Das einzige Licht in der Finsternis waren die Ergebnisse einer Volksabstimmung, die am 13. Januar 1935 im kleinen Saarland abgehalten wurde. Bei den Friedensverhandlungen 1919 war den Franzosen, die offenbar gehofft hatten, sie könnten dieses Territorium, wenn man seinen Bewohnern genügend Zeit gebe, von Deutschland abtrennen, vom Völkerbund für 15 Jahre ein Mandat über das Saarland verliehen worden. Danach sollte dessen Bevölkerung in einem Plebiszit darüber entscheiden, zu welchem Land sie gehören wollte. Diese Frist war

Ende 1934 abgelaufen. Die überwiegend deutschsprachigen Saarländer hatten ohnehin nie den Wunsch gehabt, von Deutschland getrennt zu werden. 445'000 wahlberechtigte Saarländer, fast 91 Prozent derjenigen, die eine Stimme abgegeben hatten, brachten ihren Wunsch zum Ausdruck, Bürger des Dritten Reiches zu werden. Für diese Entscheidung gab es mehrere Gründe. Die Aussicht, als deutschsprachige Minderheit in Frankreich zu leben, war nicht sehr verlockend: In Elsass-Lothringen hatten die französischen Behörden mit allen Mitteln versucht, die deutsche Sprache und Kultur der Bewohner zu unterdrücken, und alle, die an ihrem sprachlichen und kulturellen Erbe festhielten, massiven Diskriminierungen ausgesetzt. Auch im Saarland waren die Interimsherrscher politisch wenig sensibel, dafür jedoch wirtschaftlich ausbeuterisch vorgegangen. In den Augen der Saarländer führten sie sich nicht wie Demokraten, sondern wie Imperialisten auf. In Deutschland hatten sich die Beziehungen zwischen den Nationalsozialisten und den Katholiken zu diesem Zeitpunkt noch nicht so weit verschlechtert, dass die katholische Kirche, die auf der religiösen Ebene die übergrosse Mehrheit der Saarländer vertrat, es für notwendig gehalten hätte, den Status quo fortzusetzen oder gar einen Anschluss an Frankreich zu empfehlen, wo die Kommunistische Partei anscheinend ständig an Stärke zunahm. Um es den katholischen Pfarrern im Saarland leichter zu machen, den dortigen Kirchgängern nahezu legen, sich für Deutschland zu entscheiden, hielten sich die Nationalsozialisten in den Wochen und Monaten vor der Volksabstimmung mit ihrer antikatolischen Propaganda zurück, und die katholische Geistlichkeit tat, was von ihr erwartet wurde.²¹

Hinzu kamen weitere Gründe. Als das Zentrum sich 1933 in Deutschland «freiwillig» aufgelöst hatte, formal als Gegenleistung für das Konkordat, hatte die Partei dies auch im Saarland getan, ohne dass es wirklich nötig gewesen wäre. Die ganzen zwanziger Jahre hindurch hatte sich das Zentrum genau wie alle anderen Parteien im Saarland nachdrücklich für eine Rückkehr des Saargebiets nach Deutschland eingesetzt, und im Juni 1934 bildete es gemeinsam mit der NSDAP und den Überresten der DNVP und anderer Parteien eine einheitliche «Deutsche Front» für die Rückkehr

nach Deutschland, die sich den Wählern als parteiübergreifend darstellte. Nur die Kommunisten und die Sozialdemokraten schlossen sich der Front nicht an, doch da auch sie jahrelang einen Anschluss an Deutschland propagiert hatten, verwirrte ihre plötzliche Kehrtwendung ihre Anhänger und wurde von vielen als nicht ernst gemeint aufgefasst. Bisher hatten sogar patriotische Rituale, Kriegsdenkmäler für die deutschen Gefallenen des Ersten Weltkriegs, nationale Feiern und manches andere, finanziell und in anderer Weise unterstützt von nationalistischen Enthusiasten in Deutschland, dazu beigetragen, das deutsche Nationalgefühl im Saargebiet wachzuhalten. Ihre Wirkung liess sich nicht innerhalb weniger Jahre zunichte machen. Die NSDAP in Deutschland schuf zudem vielfältige materielle Anreize für die Saarländer, schickte Winterhilfe über die Grenze für die Bedürftigen, machte Lehrer und andere Staatsdiener auf die höhere Rente und andere finanzielle Vorteile aufmerksam, die Deutschland ihnen biete, und kontrastierte die wirtschaftliche Erholung im Reich mit der sich zunehmend verschärfenden Wirtschaftskrise in Frankreich. Goebbels' Reichspropagandaministerium exportierte grosse Mengen von billigen Volksempfängern in das Saargebiet, damit dessen Bewohner regelmässig die deutschen Propagandasendungen hören konnten. Rheinische Druckerpressen produzierten millionenfach Flugblätter, die bald überall im Saarland gelesen wurden. 80'000 Plakate fanden ihren Weg ins Saargebiet, auf denen die Bevölkerung aufgefordert wurde, für Deutschland zu stimmen. Es fanden 1'500 öffentliche Versammlungen statt, um die Besucher von der Richtigkeit der Wiedervereinigung zu überzeugen. Bei der Abstimmung selbst wurden 47'000 Saarländer, die im Reich wohnten, in ihre Heimatorte gebracht, damit sie ihren Stimmzettel abgeben konnten, und stärkten so die Nationalisten. Im Vergleich dazu wurde für einen Anschluss an Frankreich fast überhaupt nicht geworben, und die Gegner einer Wiedervereinigung mit Deutschland waren uneins darüber, ob der Status quo fortgesetzt werden oder das Saarland in Frankreich aufgehen sollte.²²

In vielen Teilen des Saarlands betrieben die Ortsgruppen der NSDAP hinter den Kulissen eine massive und gewalttätige Einschüchterung, um die Opposition davon abzuhalten, gegen die Wiedervereinigung mit Deutschland zu stimmen. Der von ihnen entfesselte Terror erinnerte an die

frühen Monate des Jahrs 1933 in Deutschland. Sozialdemokratische Versammlungen wurden von Braunhemden mit Eisenstangen gesprengt, Personen, die Flugblätter gegen eine Rückkehr des Saarlands zu Deutschland verteilten, wurden mit Gummiknüppeln verprügelt oder sogar erschossen. Antifaschistische Lokale waren das Ziel von Anschlägen, bei denen von aussen in die Fenster geschossen wurde. Kundgebungen der Opposition endeten in Krawallen. Die Atmosphäre hatte Ähnlichkeit mit einem Bürgerkrieg, wie ein Augenzeuge feststellte. Bei allen diesen Vorkommnissen stand die Polizei untätig abseits. Während deutsche SS-Einheiten ins Saargebiet geschickt wurden, um den Terror zu verschärfen, erweckten Gerüchte, die von den Anhängern einer Wiedervereinigung in Umlauf gebracht wurden, den Eindruck, dass die Abstimmung nicht geheim sein werde, was durchaus glaubhaft war angesichts der näheren Umstände der bisherigen Wahlen und Plebiszite im Dritten Reich. In ähnlicher Weise wurden Gerüchte in Umlauf gesetzt, dass alle, die mit «nein» stimmen sollten, in Konzentrationslager verbracht würden. Vor allem in kleinen Gemeinden waren die Kommunisten und Sozialdemokraten im Allgemeinen ohnehin namentlich bekannt, so dass Gegner der NSDAP befürchten mussten, dass dies keine leeren Drohungen waren. Die internationalen Beobachter, die zur Beaufsichtigung der Wahlen bestimmt worden waren, stellten fest, dass der Wahlkampf gewalttätig verlief, und forderten, den Terror einzustellen, doch die Soldaten, die hätten eingreifen können, wurden von Offizieren befehligt, die den Sozialdemokraten und Kommunisten äusserst feindselig gegenüberstanden und deshalb nichts unternahmen.²³ Es war verständlich, dass eine Mehrheit ehemaliger Kommunisten und Sozialdemokraten zu dem Schluss gelangte, dass die Vereinigung mit Deutschland das Beste sei; sie kannten die Wirklichkeit in Deutschland nicht und fühlten sich durchaus als Deutsche. Die Arbeiterbewegung war im Saarland seit jeher schwach, wo der preussische Staat seit Langem einer der grössten Arbeitgeber war und die Grossindustriellen über grossen Einfluss verfügten. «Die Saarbevölkerung», konstatierte ein sozialdemokratischer Beobachter resigniert, «gehört zu der politisch rückständigsten Bevölkerung Deutschlands.»²⁴ Wie weit sich Schlussfolgerungen aus dem Ergebnis des Plebiszits über die Einstellung der Mehrheit der Deutschen

im Dritten Reich ziehen lassen, muss offen bleiben, zumal angesichts der geringen Zahl der wahlberechtigten Saarländer und ihrer besonderen politischen Kultur als Grenzregion. Bei den meisten dürfte das «Ja» bei der Abstimmung ein «Ja» für Deutschland gewesen sein, unabhängig von Hitler und den Nationalsozialisten.²⁵

Unter internationalem Druck musste die Regierung in Berlin zusagen, dass sie die deutschen Gesetze und politischen Praktiken nur nach und nach auch im Saarland einführen würde und dass vor allem die hier lebenden Juden nicht Gewalttaten von der Art ausgesetzt würden, wie sie im Dritten Reich nach dem 30. Januar 1933 üblich geworden waren. Es dauerte freilich nicht lange, bis die Saarländer ihre Erfahrungen mit den Realitäten des Lebens im Dritten Reich machen konnten. «Preussische» Karrieristen übernahmen Ämter und Wirtschaftsposten, die Gestapo errichtete ihre Zentrale in einem bisherigen Gewerkschaftsgebäude, und Personen, die frankophiler Neigungen verdächtig waren, wurden sang- und klanglos aus ihren Arbeitsstellen entlassen. Prominente Kommunisten und Sozialdemokraten flohen schleunigst ausser Landes. Die einfache saarländische Bevölkerung bereute zweifellos in ihrer Mehrzahl nicht, für die Wiedervereinigung gestimmt zu haben, dennoch brachte diese ihr nicht die Verbesserungen, die man ihr versprochen hatte. Die Arbeitslosigkeit verschwand nicht über Nacht, und sehr bald begann die Region die Lebensmittelknappheit zu spüren. Die hier ansässigen Juden konnten zwar zu günstigeren Bedingungen auswandern als im restlichen Deutschland, doch ab September 1935, mit dem Erlass der Nürnberger Gesetze, bekamen auch sie die ganze Härte des nationalsozialistischen Antisemitismus zu spüren. Hier und da hörte man ein Murren, und es kam sogar zu Streiks, aber es gab keinen wirklichen Widerstand; die Bedingungen in dieser weitgehend ländlichen und kleinstädtischen Gesellschaft mit ihrer traditionell schwachen Arbeiterbewegung machten ihn praktisch unmöglich.²⁶ Erst 1938 begann der wirtschaftliche Aufschwung infolge der Aufrüstung die Saarländer mit ihrem Schicksal zu versöhnen; das anhaltende propagandistische Trommelfeuer aus Berlin, die Gleichschaltung des Bildungswesens und die Zwangsgliedschaft in der Hitlerjugend hatten zur Fol-

ge, dass das Dritte Reich zumal unter der saarländischen Jugend zunehmend akzeptiert wurde.²⁷

Das alles lag noch in der Zukunft, als Hitler am 1. März 1935, dem Tag der formellen Rückgliederung, in Saarbrücken von seiner Freude über die Entscheidung der Saarländer sprach. Es sei ein Glückstag für Deutschland und ein Glückstag für ganz Europa. Er zeuge von der Macht und der Popularität des Dritten Reiches und seiner Ideen für alle Deutschen. «Am Ende ist das Blut stärker als alle papiernen Dokumente. Was Tinte schrieb, wird eines Tages so durch Blut wieder ausgelöscht.» Die Folgerungen für die deutschsprachigen Minderheiten in anderen Teilen Europas, zumal in Polen und der Tschechoslowakei, waren unmissverständlich.²⁸ Die Hamburger Lehrerin Luise Solmitz feierte den «Tag der Saarheimkehr», indem sie zum letztenmal auf ihrem Haus ihre alte schwarz-weiss-rote Reichsfahne hisste, bevor sie die Hakenkreuzfahne hochzog.²⁹ Überall in Deutschland wurde geflaggt, um das Ereignis zu feiern. Dagegen hatte sich unter Kommunisten und Sozialdemokraten aufgrund des Abstimmungsergebnisses Mutlosigkeit verbreitet, während es das Selbstbewusstsein der kleinen nationalsozialistischen Parteigenossen stärkte.³⁰

Gleichzeitig erfüllte es den «Führer» mit neuer Kühnheit in der Aussenpolitik. Es war auf die Dauer einfach nicht mehr möglich, das Tempo und den Umfang der deutschen Aufrüstung vor der Welt verborgen zu halten, und die Saarabstimmung löste bei der Reichswehr neue Forderungen aus, deren Erfüllung neugierigen Beobachtern aus dem Ausland ebenfalls nicht entgehen konnte. Der Erfolg dieses Plebiszits bewog ihn anscheinend dazu, am 16. März 1935 die Existenz einer deutschen Luftwaffe bekanntzugeben und die allgemeine Wehrpflicht einzuführen. Die Wehrmacht würde auf über eine halbe Million Mann aufgestockt werden, fünfmal soviel wie der Versailler Vertrag bestimmt hatte. Am folgenden Tag erlebte Berlin eine grandiose Militärparade, bei der Reichswehrminister und nun Reichskriegsminister Werner von Blomberg erklärte, Deutschland sei im Begriff, wieder seinen rechtmässigen Platz unter den Völkern der Welt einzunehmen.³¹ Natürlich versicherte Hitler jedemann, dass Deutschland nichts anderes wolle als Frieden. Viele seiner bürgerlichen Sympathisanten glaubten ihm. «Wir haben die allgemeine Wehrpflicht wieder!» schrieb Luise Solmitz triumphierend in ihr Tagebuch:

«Der Tag, den wir seit der Schmach von 1918 ersehnten ... Morgens hatte Frankreich seine vielumkämpfte zweijährige Dienstzeit in der Tasche, abends hatten wir als Antwort darauf die allgemeine Wehrpflicht. Nie hätten wir ein Versailles erlebt, wäre immer so gehandelt, immer so geantwortet worden ... Nicht dem Kriege soll die allgemeine Wehrpflicht dienen, sondern der Erhaltung des Friedens. Denn ein wehrloses Land inmitten hochgerüsteter Völker muss notwendig Anreiz und Verlockung sein, es als Aufmarschgebiet zu misshandeln, oder es auszubeuten. Wir haben den Ruhreinfluss nicht vergessen.»³² Als die offizielle Bekanntgabe im Radio gesendet wurde, berichtete Luise Solmitz, «erhob ich mich. Es überwältigte mich, die Stunde war zu gross. Ich musste es stehend anhören.»³³ Doch diese Bekanntmachung löste bei vielen Deutschen auch Angst aus, zumal bei denen, die den Ersten Weltkrieg miterlebt hatten. Viele junge Männer stöhnten bei dem Gedanken, zur Wehrmacht eingezogen zu werden, nachdem sie bereits viele Monate Arbeitsdienst geleistet hatten. Paradoxerweise paarte sich diese «ganz besonders starke Kriegspsychose», wie es in einem SPD-Bericht hiess, zum Teil bei denselben Leuten mit einem verbreiteten Gefühl der Genugtuung darüber, dass Deutschland endlich die Achtung des Auslands zurückgewonnen hatte. «Es ist kein Zweifel», hiess es in einem Bericht aus Rheinland-Westfalen, «dass das ständige Trommeln von Gleichberechtigung, von Ehre und von deutscher Freiheit bis weit in die Reihen der ehemals marxistischen Arbeiterschaft gewirkt und Verwirrung angerichtet hat.»³⁴

Die Reaktion des Auslands war ernüchternd. Die Regierungen Englands, Frankreichs und Italiens reagierten darauf, indem sie am 11. April 1935 im italienischen Stresa zusammenkamen und ihre Entschlossenheit erklärten, die Unversehrtheit Österreichs gegen die deutsche Bedrohung zu verteidigen, die seit Juli 1934 offensichtlich war und jetzt anscheinend erneut Gestalt annahm. Weniger als eine Woche später verurteilte der Völkerbund formal das deutsche Aufrüstungsprogramm. Kurz darauf schloss Frankreich ein Abkommen mit der Sowjetunion. Diese Schritte erschöpften sich weitgehend in Rhetorik. Im Einklang mit seiner Politik bilateraler Verhandlungen mit einzelnen Ländern, die mit dem Polenabkommen begonnen hatte, führte Hitler seit November 1934 Gespräche mit der briti-

schen Regierung über ein Flottenabkommen. Für ihn war klar, dass es sehr lange dauern würde, bis die neue deutsche Flotte darauf hoffen konnte, mit der gewaltigen britischen gleichzuziehen, und vorläufig wollte er auf jeden Fall die Engländer beruhigen, damit sie sich nicht einmischten, wenn Deutschland in Europa eine Vormachtstellung errungen hätte. Später, wie er dem Chef der Marineleitung, Admiral Raeder im Juni 1934 sagte, könne die Flotte zu ihrer vollen Stärke ausgebaut und gegen England eingesetzt werden, wie Raeder und andere hohe Marineoffiziere hofften, gegenwärtig allerdings noch nicht. Seine Beschwichtigungsversuche gegenüber England verband Hitler mit Drohungen. Er warnte die britischen Unterhändler, die deutsche Aufrüstung sei weit fortgeschritten, vor allem auf dem Gebiet der Luftwaffe, deren Stand er übertrieb. Langfristig benötige Deutschland Kolonien, um seinen Lebensraum zu erweitern (eine kaum verhüllte Drohung gegenüber dem ausgedehnten britischen Empire). Doch Hitler erklärte, er ziehe es vor, den ersten Schritt auf diesem Weg gemeinsam mit England statt in Konfrontation zu ihm zu gehen, in der Hoffnung, Differenzen später bereinigen zu können. Die Briten sahen ein, dass sie Deutschland nicht dazu bewegen konnten, dem Völkerbund wieder beizutreten, und besorgt über die wachsende Stärke der japanischen Flotte, stimmten sie den, wie es ihnen schien, durchaus vernünftigen Vertragsbestimmungen zu. So wurde am 18. Juni 1935 ein deutsch-englisches Flottenabkommen unterzeichnet, das den Deutschen erlaubte, ihre Flotte bis zu einer Stärke von 35 Prozent der Tonnage der britischen Flotte aufzubauen und in der Zahl der U-Boote mit England Gleichstand zu erreichen. Damit war eine breite Bresche in die Stresafrent geschlagen worden, die erst vor wenigen Monaten zustande gekommen war, und Hitler hatte einen bedeutenden diplomatischen Triumph errungen.³⁵

Die deutsche Verhandlungsdelegation in London wurde von einem Mann angeführt, der bald in die Riege der Parteiführer aufsteigen sollte: Joachim von Ribbentrop. Geboren 1893 im Rheinland als Sohn eines Berufsoffiziers bürgerlicher Herkunft, hatte Ribbentrop das Abitur gemacht, danach jedoch nicht studiert, sondern die nächsten Jahre in verschiedenen Stellungen in England, Kanada und der französischsprachigen Schweiz verbracht, wo er gute englische und französische Sprachkenntnisse erwarb

und etliche Bekanntschaften machte, die sich später als nützlich erweisen sollten. Im Ersten Weltkrieg diente er an der West- und an der Ostfront und erhielt das Eiserne Kreuz wegen Tapferkeit vor dem Feind. Bei Kriegsende befand er sich in der preussischen Militärmission in Konstantinopel und wurde anschliessend einer militärischen Abordnung zugeteilt, die sich auf die Friedenskonferenz vorbereitete. Zu der Zeit, als er 1919 das Heer verliess, hatte Ribbentrop somit aufgrund seiner Reisen und diplomatischen Aktivitäten ein starkes Interesse an der Aussenpolitik entwickelt. Doch zunächst war es das Geschäftsleben, das ihn wieder anzog – zuerst Baumwolle, dann ein Spirituosenhandel, vermittelt durch seine Hochzeit mit Annelies Henkell, der Tochter eines bekannten Sektherstellers. Diese Ehe gab ihm finanzielle Sicherheit und verschaffte ihm den Zugang zur gehobenen Gesellschaft. Nachdem er sich von einer Tante des adeligen Zweigs seiner Familie hatte adoptieren lassen, konnte er das Adelsprädikat «von» vor seinen Namen setzen. Doch dieser Schritt war für ihn nicht von Vorteil. Es ging das Gerücht, er habe seine Tante für diesen Dienst bezahlt. Und einige wiesen darauf hin, dass das komplizierte Adoptionsgesetz das Prädikat «von» als Bestandteil des Namens der Adoptiveltern behandelte, der somit auf den Adoptierten übertragen werden durfte, während es gleichzeitig betonte, dass dieses Präfix auf die adoptierte Person in keiner Weise den Status eines Adligen übertrage. Diese Geschichte war ebenso kennzeichnend für Ribbentrops soziale Ambitionen wie für sein arrogantes und überhebliches Auftreten, das ihm innerhalb der Partei den Spottnamen «von Ribbensnob» eingetragen hatte.³⁶

Ribbentrop gehörte nicht zu den Nationalsozialisten der ersten Stunde. Während der Weimarer Republik teilte er das Ressentiment der meisten bürgerlichen Deutschen gegen den Versailler Vertrag, verachtete das parlamentarische System und war stark beunruhigt von der «Bedrohung» des Kommunismus, ohne sich jedoch vor 1932 zur extremen Rechten hingezogen zu fühlen. Als unvermeidliches Mitglied des vornehmen «Herrenclubs» in Berlin unter der Schirmherrschaft des Adels einschliesslich Paps und seiner Freunde kam Ribbentrop mit Hitler zusammen und wurde in die komplizierten Verhandlungen hineingezogen, die schliesslich im Januar 1933 zu dessen Ernennung zum Reichskanzler führten. Dem provin-

ziellen Hitler erschien Ribbentrop ähnlich wie der alte Intimus des «Führers», Putzi Hanfstaengl, als Mann von Welt, der viel im Ausland gewesen war, polyglott und mit sicheren gesellschaftlichen Umgangsformen. Hitler begann ihn für besondere diplomatische Missionen einzusetzen, wobei er das konservative, bürokratisch umständliche Auswärtige Amt umging. Zweifellos mit Zustimmung Hitlers errichtete Ribbentrop seine eigene, unabhängige «Dienststelle» nach dem Vorbild des Amts Rosenberg, wo er aussenpolitische Konzepte entwickelte, um auf die Aussenpolitik des Dritten Reiches Einfluss zu nehmen. Diese Dienststelle hatte bald 150 Mitarbeiter, die eine Art institutionellen Kleinkrieg mit den Mandarinen des Auswärtigen Amts führten. Ribbentrops Erfolg bei den Verhandlungen über ein deutsch-englisches Flottenabkommen brachte ihm den Ruf ein, sich auf die Engländer zu verstehen, und im Spätsommer 1936 ernannte Hitler ihn zum Sonderbotschafter in London mit dem Auftrag, die Beziehungen zu England weiter zu verbessern und nach Möglichkeit ein formelles deutsch-englisches Bündnis zu erreichen.³⁷

Aber das war alles eine ziemliche Fehleinschätzung. Ribbentrops diplomatischer Stil – brüsk, anmassend, autoritär – mochte Hitler zugesagt haben, doch von Diplomaten wurde er nicht gut aufgenommen, und in London hatte der neue deutsche Botschafter bald den Spitznamen «von Brickendrop».* Es dauerte nicht lange, und an Ribbentrop nagte ein ständiger Groll wegen vermeintlicher Kränkungen, die ihm von der englischen High-Society zugefügt worden waren. Viele davon hatte er sich jedoch selbst zuzuschreiben. Ein Tiefpunkt wurde bei einem Empfang am Hofe erreicht, als er dem schüchternen, stotternden König Georg VI. mit zusammengeslagenen Hacken und dem Hitlergruss gegenübertrat. In Wirklichkeit mochte Ribbentrop weder England noch die Engländer. Als Sir John Simon, der britische Aussenminister, während der Verhandlungen über das deutsch-englische Flottenabkommen seine Genugtuung über Ribbentrops ungewöhnliche Offenheit äusserte, dürfte er dies wohl kaum als ein Kompliment gemeint haben. Ribbentrop wollte diesen Posten in London nicht, zögerte drei Monate lang, bis er ihn antrat, und reiste danach zwischendurch so oft nach Berlin, dass der *Punch*

* «To drop a brick» – «ins Fettnäpfchen treten». (A.d.Ü.)

ihn als «den wandernden Arier» bezeichnete. Ungeliebt und verachtet von den «Alten Kämpfern» in der Parteiführung, auch von Göring und Goebbels, die es übelnahmen, dass dieser Quereinsteiger so schnell an Einfluss gewann, musste Ribbentrop sich in Berlin mehr oder weniger regelmässig sehen lassen, wenn er nicht an den Rand gedrängt werden wollte. Aber er war nicht ohne Einfluss auf Hitler. Er deckte ihn mit Berichten aus London ein, in denen er die absolute Unvereinbarkeit der britischen mit den deutschen Zielen in der Welt behauptete und einen unvermeidlichen Krieg zwischen den beiden Grossmächten prophezeite. Gleichzeitig hielt er die Engländer für weich und unentschlossen und riet Hitler regelmässig, die Möglichkeit einer Intervention Englands in Europa als nicht besonders wahrscheinlich anzusehen. Hitler hörte auf ihn. Doch auch das erwies sich am Ende als ein schlechter Rat.³⁸

IV

Zunächst schien jedoch alles sehr einleuchtend. Denn ab Ende 1935 erfuhr die internationale Lage in Europa nacheinander mehrere dramatische Veränderungen. Erst befahl Mussolini eine Invasion Abessiniens, des letzten grossen noch nicht kolonisierten afrikanischen Staats, im Oktober 1935, in Verfolgung seines Traums der Schaffung eines neuen Römischen Reiches und als Rache für die demütigende Niederlage einer italienischen Armee durch ein äthiopisches Heer in der Schlacht von Adua 1896. Die buntscheckigen Feudaltruppen des äthiopischen Kaisers Haile Selassie hatten den motorisierten Legionen der Italiener nichts entgegenzusetzen. Der kurze Krieg demonstrierte vielleicht zum erstenmal das mörderische Potential einer Luftüberlegenheit. Ohne ernsthaften Widerstand vernichteten italienische Flugzeuge die äthiopischen Streitkräfte, indem sie diese pausenlos aus der Luft bombardierten und dabei nicht nur hochexplosive Granaten gegen die die prunkvoll aufgestellte Kavallerie einsetzten, sondern auch Giftgas gegen die schlechtdisziplinierten Fusstruppen. Es gab keinen Kampf. Doch Abessinien war ein ausgedehntes Land, und die italienischen Truppen brauchten einige Zeit, um in das Landesinnere vorzu-

dringen und eine Besatzungsherrschaft zu errichten. Haile Selassie begab sich auf eine dramatische Reise nach Genf, wo er mit einem bewegenden Appell an den Völkerbund um Hilfe viele Sympathien fand. Mussolini selbst hatte eigentlich angenommen, Frankreich und England würden nicht intervenieren, doch die öffentliche Meinung in England zwang den britischen Aussenminister Anthony Eden zum Handeln, und dieser unterstützte die Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen Italien durch den Völkerbund. Plötzlich isoliert, bemühte sich der Diktator, gedrängt von seinem deutschenfreundlichen Schwiegersohn Graf Galeazzo Ciano, bei Hitler um Beistand.³⁹

Hitler sah in dieser Wendung eine Chance, Deutschland aus seiner eigenen aussenpolitischen Isolation zu befreien. Die Ermordung von Dollfuss war ein Tiefpunkt in seinen Beziehungen zu Mussolini, von dem er so viele Ideen übernommen hatte und den er noch immer bewunderte.⁴⁰ Die Dinge entwickelten sich jetzt besser. Das Auswärtige Amt stand den Motiven der Italiener jedoch weiterhin höchst misstrauisch gegenüber. Als Hitler den deutschen Botschafter in Rom, Ulrich von Hassell, nach Berlin beordert hatte, sagte er ihm im Beisein von Reichsaussenminister Neurath, es sei an der Zeit, die Spannungen von 1934 als «abgeschlossenes Kapitel» zu betrachten und Italien zu Hilfe zu kommen. Wenn der italienische Faschismus vernichtet würde, stehe Deutschland allein da. Dementsprechend lehne es Deutschland ab, sich an den Sanktionen gegen Italien zu beteiligen, wahre jedoch in der Abessinienfrage formal seine Neutralität und lasse in seinen Wirtschaftsbeziehungen zu Italien alles beim alten. Dankbar für diese Unterstützung liess Mussolini Hitler wissen, dass für ihn ab jetzt Österreich zur deutschen Einflussosphäre gehöre. Wie er gegenüber Hassell erklärte, war Stresa tot.⁴¹ Die Sanktionen zeigten ohnehin keinerlei Wirkung. Die Italiener führten den Krieg im Mai 1936 zu einem für sie erfolgreichen Ende, während England, Frankreich und der Völkerbund sich zu keinen wirksamen Massnahmen durchringen konnten. Diese Ereignisse besiegelten das Schicksal des Völkerbunds, dessen Wirkungslosigkeit inzwischen auf der Hand lag. Sie überzeugten zudem Hitler und Mussolini, dass sie von England und Frankreich nichts zu fürchten hätten. Der Sieg der Italiener in Abessinien schien überdies ein konkreter Beweis zu sein, dass eine Luftüberlegenheit der entscheidende Faktor für militäri-

schen Erfolg war. Die Engländer, die bislang aufgrund ihrer Flottenmacht das Mittelmeer beherrscht hatten, waren plötzlich dem Anschein nach verzweifelnd. Um seine neue Freundschaft mit Deutschland zu bekräftigen, entliess Mussolini seinen frankophilen Aussenminister und ernannte statt seiner am 9. Juni 1936 Galeazzo Ciano.⁴²

Zu diesem Zeitpunkt war auch die Stellung Frankreichs in Europa stark geschwächt, so dass für Italien ein potentielles Bündnis weniger attraktiv gewesen wäre. England und Frankreich hatten über die Reaktion auf den Abessinienkrieg keine direkten Gespräche miteinander geführt. Innere politische Verwerfungen in Frankreich, die im Mai 1936 zur Bildung einer Volksfrontregierung geführt hatten, waren der Grund dafür, dass die französischen Politiker ihr Hauptaugenmerk auf die Innenpolitik gerichtet hielten. Die internationale Gemeinschaft hatte sich als völlig unfähig erwiesen, dem italienischen Imperialismus einen Riegel vorzuschieben. Und die italienische Annäherung an Deutschland hatte den Handlungsspielraum der deutschen Regierung erweitert. Alle diese Faktoren wirkten zusammen, um Hitler zu überzeugen, dass Frankreich und England nichts unternehmen würden, wenn Deutschland das Rheinland mit seinen Truppen besetzte. Der westliche Teil Deutschlands war nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags nach wie vor eine entmilitarisierte Zone, auch wenn die englischen und französischen Truppen Ende der zwanziger Jahre wieder abgezogen waren. Hitler war damit durchgekommen, aus dem Völkerbund auszutreten. Er war durchgekommen, als er die deutsche Aufrüstung bekanntgab. Und die innenpolitische Lage in Deutschland war im Frühjahr 1936 aufgrund der Lebensmittelknappheit, des sich verschärfenden Konflikts mit der katholischen Kirche und der allgemeinen Unzufriedenheit so schlecht, dass er dringend einen aussenpolitischen Coup brauchte, um die Stimmung in der Bevölkerung zu heben. Hitler hatte bereits von der Wehrmachtsführung grünes Licht bekommen. Sie war sich mit ihm darin einig, dass die Massnahme nötig war, um im Westen sichere Grenzen zu haben. Dennoch waren Blomberg und die übrigen Generäle äusserst nervös, da für sie ausser Frage stand, dass die Wehrmacht zur Zeit noch kein ernstzunehmender Gegner für die Franzosen darstellte, falls diese sich zu Gegenmassnahmen entschliessen sollten. Selbst Hitler zögerte, da er sich des Risikos, das er einging, wohl bewusst war. Die bevor-

stehende Unterzeichnung des französisch-sowjetischen Abkommens würde den Vorwand abgeben. Die deutschen Wehrmachtseinheiten, die in das Rheinland einmarschierten, würden von Polizeieinheiten verstärkt werden, um sie zahlenmässig stärker erscheinen zu lassen. Die ganze Operation wurde unter höchster Geheimhaltung vorbereitet, und die Truppen bezogen ihre vorgesehenen Stellungen erst in der Nacht vor dem Einmarsch. Selbst das Kabinett sollte erst in letzter Minute informiert werden.⁴³

Am Samstag, dem 7. März 1936, erschien Hitler vor dem Reichstag, der kurzfristig für zwölf Uhr mittags zu einer Sitzung zusammengerufen worden war. Während er sich erhob, um seine Rede zu halten, befanden sich die deutschen Truppen, ohne dass die Abgeordneten davon wussten, bereits seit der Morgendämmerung auf dem Marsch in die entmilitarisierte Zone; um ein Uhr mittags erreichten sie den Rhein. Hitler begann mit einer Tirade gegen den Bolschewismus. Nun hätten aber die Franzosen vor Kurzem ein Abkommen mit der Sowjetunion geschlossen und am 4. März ratifiziert. Angesichts dieser Tatsache, sagte er vor dem Reichstag, fühle Deutschland sich nicht länger durch den Locarnopakt von 1925 gebunden, der seine Beziehungen zu Frankreich geregelt hatte. Der amerikanische Journalist William Shirer, der sich gerade in Berlin aufhielt, beobachtete die hysterischen Szenen, die auf die Rede folgten:

«Die sechshundert Abgeordneten, alle von Hitler persönlich ernannt, kleine Leute mit grossen Körpern, wulstigen Nacken, kurgeschorenem Haar, dicken Bäuchen, braunen Uniformen und schweren Stiefeln, Wachs in seinen Händen, springen auf wie Automaten, die rechte Hand zum Nazigruss hochgestreckt, und rufen ihr ‚Heil‘ ... Hitler hebt seine Hand und gebietet Ruhe ... Mit tiefer, gutturaler Stimme hebt er an: ‚Männer, Abgeordnete des Deutschen Reichstages!‘ Vollkommene Stille. ‚In dieser geschichtlichen Stunde, da in den westlichen Provinzen des Reiches deutsche Truppen soeben ihre künftigen Friedensgarnisonen zu beziehen, vereinigen wir uns alle zu zwei heiligen inneren Bekenntnissen.‘

Er kann nicht weitersprechen. Dieser hysterische ‚parlamentarische‘ Mob erfährt erst jetzt, dass deutsche Soldaten bereits ins Rheinland einmarschieren. Der ganze Militarismus in ihrem deut-



Karte 18: Die Saarabstimmung und die Besetzung des Rheinlands 1935/36

schen Blut steigt ihnen zu Kopfe. Sie springen auf, jubelnd und schreiend ... Ihre Hände sind zum sklavischen Salut hochgestreckt, ihre Gesichter von Hysterie gezeichnet, ihre Münder weit geöffnet und schreiend, ihre vor Fanatismus brennenden Augen gerichtet auf den neuen Gott, den Messias.»⁴⁴

Die beiden «Bekanntnisse» Hitlers, die er dann als «Schwüre» bezeichnete, bestanden bezeichnenderweise darin, «vor keiner Macht und keiner Gewalt in der Wiederherstellung der Ehre unseres Volkes zurückzuweichen» und «nun erst recht für eine Verständigung der Völker Europas und insbesondere für eine Verständigung mit unseren westlichen Völkern und Nachbarn einzutreten». Wie zuvor erklärte er, Deutschland habe in Europa keine territorialen Forderungen. Und er bot eine Reihe von Friedensverträgen an, um die Nachbarn Deutschlands zu beschwichtigen. Das alles war reine Rhetorik. Um die Bedeutung des Augenblicks zu unterstreichen, löste er obendrein den Reichstag auf und gab einen Termin für Neuwahlen bekannt, den 29. März 1936, an dem auch in einem Plebiszit über sein Vorgehen abgestimmt werden sollte. Seine erste Wahlkampfreden hielt er in Karlsruhe am 12. März unweit von der französischen Grenze.⁴⁵

Deutsche Propagandafilme und Presseberichte zeigten Bilder, auf denen begeisterte Rheinländer die Truppen mit dem Hitlergruss empfangen und ihren Weg mit Blumen bestreuten. Luise Solmitz schrieb an diesem Tag in ihr Tagebuch:

«Ich war ganz überwältigt von dem Geschehen dieser Stunde, erdrückt von Problemen, beglückt vom Einmarsch unserer Soldaten, von der Grösse Hitlers u. der Macht seiner Sprache, der Gewalt dieses Mannes... Wir haben diese Sprache ersehnt, diese Festigkeit, als die Zersetzung bei uns regierte mit der Entente zusammen. Aber an solche Taten hätten wir nicht zu denken gewagt. Immer wieder stellt der Führer die ganze Welt vor eine vollendete Tatsache ... Wenn die Welt seit 2'000 Jahren solche Sprache von uns gehört hätte – hätten wir nur sehr selten so zu sprechen brauchen, wären immer verstanden worden u. hätten uns viel Blut, Tränen, Landverlust u. Erniedrigung sparen können... Stimmungsberichte wurden aus allen Städten gegeben, ein Jubel ohnegleichen.»⁴⁶

Sozialdemokratische Beobachter berichteten allerdings etwas anderes: «Die Besetzung der Rheinzone», hiess es in einem ihrer Berichte, «ist angeblich von der gesamten Bevölkerung mit grossem Jubel aufgenommen worden. Übereinstimmend wird aus dem gesamten Westen gemeldet, dass es lediglich die Nazis waren, die jubelten.»⁴⁷

Manche Geschäftsleute waren sicher erfreut, da sie annahmen, die Lage werde sich jetzt für sie verbessern. Die meisten billigten sogar den Einmarsch. Vor allem junge Menschen äusserten ihre Begeisterung. «Es ist doch unser Land», sagte ein Arbeiter. «Warum sollen wir dort kein Militär haben dürfen?»⁴⁸ Doch es gab auch vielerorts Befürchtungen, dass diese Aktion zu einem Krieg führen könnte. Viele aktive Nationalsozialisten antworteten ihnen, indem sie auf Hitlers Beteuerungen einer friedlichen Absicht hinwiesen. Nur wenige äusserten sich angeberisch, sie hätten nichts gegen einen Krieg.⁴⁹ Die Deutschen waren stolz auf die Wiedererlangung einer nationalen Souveränität, doch gleichzeitig waren sie zutiefst besorgt über die Gefahren eines allgemeinen Kriegs, die Aussicht auf eine Massbombardierung deutscher Grossstädte und die Wiederholung von Tod und Zerstörung des Ersten Weltkriegs.⁵⁰ Die Befürchtungen der grossen Mehrheit der Bevölkerung wurden auch nicht durch die umfangreichen Luftschutzmassnahmen verringert, von denen das Aufrüstungsprogramm begleitet wurde. In der Region zwischen der Grenze zu Belgien und dem Rhein wurde erzählt, «das Volk sei in grösster Aufregung. Es fürchte den Krieg; denn alle seien sich darüber klar, dass Deutschland diesen Krieg verlieren müsse und dass es dann in den Untergang gehe.»⁵¹

Im März 1936 hielten die Deutschen den Atem an, während 3'000 Soldaten tief in das Rheinland einmarschierten, unterstützt von 30'000 weiteren, die am Ostufer des Rheins oder in dessen Nähe blieben. Hätten die Franzosen beschlossen, Truppen zu entsenden, wären die Deutschen trotz Hitlers Befehl, Widerstand zu leisten, innerhalb weniger Stunden wieder vertrieben worden. Doch sie taten es nicht. In der irrigen Annahme, die deutsche Militärpräsenz sei zehnmal so gross wie sie tatsächlich war, und gelähmt durch die allgemeine Angst vor einem Krieg zu einer Zeit, da landesweite Wahlen bevorstanden, entschied die französische Regierung, nichts zu unternehmen. Ihre Position wurde von den Engländern unter-

stützt, die jede voreilige Reaktion verhindern wollten. Schliesslich hatte Deutschland nichts anderes getan, als über sein eigenes Territorium die volle Souveränität wiederzuerlangen, und niemand war der Ansicht, dass man deswegen einen allgemeinen Krieg riskieren solle. Zu diesem Zeitpunkt sah niemand in Hitler einen Staatsmann von einem anderen Schlag als frühere deutsche Staatsmänner, die niemals ein Hehl aus ihrem Wunsch gemacht hatten, eigene Truppen in das Rheinland zu entsenden. In England stand die Öffentlichkeit dieser Frage so gleichgültig gegenüber, dass die britische Regierung sogar den Vorschlag zurückwies, Deutschland durch den Völkerbund mit Sanktionen zu belegen, da es faktisch gegen internationale Vereinbarungen verstossen hatte. Hitler hatte mit seinem bislang höchsten Einsatz gespielt und gewonnen.⁵² Die Erfahrung, bekräftigt durch eine weitere manipulierte Wahl in Verbindung mit einer Volksabstimmung am 29. März, die eine Zustimmung von 98,9 Prozent für die NSDAP und das Vorgehen der Regierung ergab, bestärkte Hitler in seiner Überzeugung, dass er unfehlbar sei. In dem festen Glauben an den Mythos seiner Unbesiegbarkeit, begann er jetzt das Tempo zu verschärfen, mit dem Deutschland auf dem Weg zu einer Vorherrschaft in Europa und einer Weltherrschaft marschierte. «Weder Drohungen noch Warnungen», erklärte er am 14. März 1936 in München, «werden mich von meinem Weg abbringen. Ich gehe mit traumwandlerischer Sicherheit den Weg, den mich die Vorsehung gehen heisst.»⁵³

Die Schaffung eines Grossdeutschlands

I

Die Besetzung des Rheinlands durch deutsche Truppen bedeutete eine tiefgreifende Veränderung im Verhältnis der internationalen Beziehungen in Europa. Bis jetzt waren die Franzosen, wie sich 1923 klar gezeigt hatte, jederzeit in der Lage gewesen, die vertraglichen Verpflichtungen Deutschlands zu erzwingen, indem sie über den Rhein marschieren könnten, um das grösste Industriegebiet des Landes, das Ruhrgebiet, zu besetzen. Von jetzt an war das nicht mehr möglich. Die französische Haltung war ab 1936 rein defensiv. Frankreich liess dem Dritten Reich freie Hand beim Vorgehen gegen die kleinen Länder Osteuropas. Entsetzt über eine Entwicklung, die sie in gefährlicher Weise schutzlos machte, bemühten sich viele von ihnen, die bislang mit Frankreich verbündet waren, um bessere Beziehungen zum Dritten Reich. Österreich fühlte sich jetzt angesichts der neubelebten Freundschaft zwischen Deutschland und Italien besonders gefährdet.⁵⁴ Es dauerte nicht lange, und Hitler und Mussolini kamen sich noch näher. Denn nach einem Sieg der Volksfront (Republikaner, Sozialisten und Kommunisten) bei den Wahlen in Spanien im Februar 1936 inszenierten rechtsstehende Offiziere (Konservative und Nationalisten) in verschiedenen Teilen des Landes am 17. Juli 1936 einen koordinierten Aufstand zum Sturz der Republik und zur Schaffung einer Militärdiktatur. Der Aufstand verfehlte in den meisten Regionen des Landes sein Ziel, und bald darauf befand sich Spanien in einem erbitterten und blutigen Bürgerkrieg. Vertreter der deutschen Regierung und Geschäftsleute drängten Hitler, die Rebellen zu unterstützen, und einer der führenden Männer des Aufstands, General Francisco Franco, wandte sich direkt an Hitler um Hilfe. Er brauchte nicht lange zu bitten.⁵⁵

Noch vor Ende Juli 1936 transportierten deutsche Flugzeuge in Spanien Einheiten der Aufständischen an die wichtigsten Fronten und trugen auf diese Weise dazu bei, dass der Aufstand nicht verpuffte. Von diesen be-

scheidenen Anfängen sollte die deutsche Intervention bald erstaunliche Ausmasse annehmen. Die Hauptgründe waren nicht ökonomischer, sondern politischer Art. Als die politische Lage in Spanien sich mit einer beispiellosen Intensität polarisierte, wurde Hitler besorgt angesichts der Möglichkeit, dass ein republikanischer Sieg das Land den Kommunisten ausliefern könnte, während gerade zu dieser Zeit in Frankreich eine Volksfront mit Unterstützung der Kommunisten an die Macht gelangt war. Ein Bündnis zwischen den beiden Ländern konnte ein ernsthaftes Hindernis in Westeuropa für seine Expansions- und Kriegspläne im Osten bedeuten, zumal wenn die Sowjetunion darin einbezogen sein würde. Darüber hinaus erkannte er schnell, dass der Krieg in Spanien ein ideales Versuchsfeld für die neue Wehrmacht und ihre Ausrüstung sein würde.⁵⁶ Es dauerte nicht lange, bis Werner von Blomberg, der deutsche Reichskriegsminister und frisch ernannte Generalfeldmarschall, Franco versprach, er werde deutsche Truppen und Kriegsmaterial erhalten, sofern er sich damit einverstanden erkläre, den Krieg energischer weiterzuführen als bisher. Im November 1936 landeten 11'000 deutsche Soldaten und Hilfstruppen sowie Flugzeuge, Artillerie und Panzer in Cadiz. Am Ende des Monats war das nationalistische Regime vom Dritten Reich offiziell als Regierung Spaniens anerkannt worden, und die deutschen Verbände kämpften unter der Bezeichnung Legion Condor an der Seite der franquistischen Truppen.⁵⁷

Hitler und seinen Generälen war klar, dass die deutsche Hilfe an Franco nicht grenzenlos sein konnte, ohne die Feindseligkeit der anderen europäischen Grossmächte auf sich zu ziehen. England und Frankreich hatten eine Politik der Nichteinmischung vereinbart. Dennoch erreichten Nachschublieferungen aus England vor allem die nationalistische Seite, aber wenn die Fiktion einer allgemeinen Neutralität aufrechterhalten werden sollte, mussten andere Mächte vorsichtig sein, in welchem Umfang sie intervenierten. Mussolinis Unterstützung für die Aufständischen war wesentlich grösser als die Hitlers, aber beides wurde mehr als aufgewogen durch die sowjetische Unterstützung für die republikanische Seite. Freiwillige aus vielen Ländern sammelten sich in Scharen unter den republikanischen Fahnen und bildeten eine Internationale Brigade; eine wesent-

lich geringere Zahl kämpfte auf Seiten der Franquisten. Unter diesen Umständen erschien es im Interesse aller Beteiligten, zu verhindern, dass der Konflikt sich zu einem grösseren Krieg auswuchs. Die Einsätze waren sicher nicht übertrieben hoch. So unterhielt Hitler die Legion Condor als eine relativ kleine, aber hervorragend ausgebildete Kampfeinheit aus Berufssoldaten.⁵⁸

Unter dem Kommando von General Hugo Sperrle spielte sie jedoch innerhalb der Kriegsanstrengungen der spanischen Nationalisten eine bedeutende Rolle. Zunächst hatte die Legion Gelegenheit, ihre neue 8,8-cm-Flak gegen die republikanischen Flugzeuge zu erproben. Doch ihr wirkungsvollster Beitrag bestand im Einsatz eigener Bomber, die sich auf einen Befehl Sperrles an einem koordinierten Vorstoss auf das Baskenland beteiligten. Am 31. März 1937 bombardierten die Ju-52 die offene Stadt Durango, wobei 248 Einwohner getötet wurden, darunter mehrere Priester und Nonnen, die erste europäische Stadt, die einem schweren Bombenangriff ausgesetzt wurde. Weitaus verheerender war jedoch der Luftangriff, den die deutsche Staffel, ergänzt durch vier neue schnelle Heinkel-Bomber und einige noch unerprobte Bf-109-Jäger von Messerschmidt, am 26. April 1937 auf Guernica flogen. 43 Flugzeuge, darunter eine kleine Rotte italienischer Flugzeuge, warfen 50'000 Kilogramm Brand-, Spreng- und Schrapnellbomben auf die Stadt, während die Jäger die Bewohner und zahlreiche Flüchtlinge in den Strassen im Tiefflug mit MGs beschossen. Die Stadt, die normalerweise nicht mehr als 7'000 Einwohner zählte, war zu diesem Zeitpunkt das Ziel zahlreicher Flüchtlinge, republikanischer Soldaten auf dem Rückzug und von Bauern, weil an diesem Tag gerade Markt war. Bei dem Angriff starben mehr als 1'600 Personen, über 800 wurden verletzt. Das Zentrum der Stadt war eine einzige Trümmerwüste. Dieser Luftangriff bestätigte die in ganz Europa verbreitete Furcht vor den verheerenden Auswirkungen von Bombenangriffen. Guernica, schon damals ein Symbol baskischer Identität, erlangte eine weltweite Bedeutung durch den im Exil lebenden republikanischen spanischen Künstler Pablo Picasso, der den Auftrag erhalten hatte, für die Pariser Weltausstellung ein grosses Wandbild zu malen, und als Sujet die Leiden der Stadt Guernica wählte, die er mit einmaliger und andauernder Intensität übermittelte.⁵⁹

Die lautstarke internationale Entrüstung, die durch diesen Angriff ausgelöst wurde, bewog die Deutschen und die spanischen Nationalisten, jede Verantwortung dafür abzulehnen. Noch Jahre später wurde dreist behauptet, die Basken hätten ihre Stadt selbst in die Luft gesprengt.⁶⁰ In privatem Kreis äusserte Oberst Wolfram von Richthofen, der den Angriff vorbereitet hatte, seine Genugtuung, dass die neuen Flugzeuge und Bomben ihre Wirksamkeit unter Beweis gestellt hätten, auch wenn er alles andere als zufrieden war mit den nationalistischen Generälen, die es versäumt hätten, ihren baskischen Gegnern gleich anschliessend einen entscheidenden Schlag zu versetzen.⁶¹ Doch die Legion Condor wiederholte dieses mörderische Experiment nicht. Später wurde ihre Empfehlung, in der Schlussphase des Kriegs schnelle Panzer einzusetzen, von dem traditionalistischen Franco abgelehnt. Dennoch errangen die Franquisten dank deutscher und italienischer Hilfe, überlegener Ressourcen und einer besseren militärischen Führung, innerer Einigkeit und internationaler Neutralität Ende März 1939 den endgültigen Sieg. Am 18. Mai 1939 marschierte die Legion unter der Führung Richthofens stolz in Francos Siegesparade in Madrid mit.⁶² Wieder hatte die internationale Tatenlosigkeit Hitler freie Hand gegeben. Der Spanische Bürgerkrieg war in seinen Augen ein weiteres Beispiel für die kraftlose Zaghafteigkeit Englands und Frankreichs und somit eine Einladung, bei der Verwirklichung seiner eigenen Pläne noch energischer vorzugehen. In dieser Hinsicht zumindest beschleunigte der Bürgerkrieg in Spanien den Abrutsch in den Krieg.⁶³

Zunächst festigte er jedoch das Bündnis zwischen Hitler und Mussolini. Bereits im September 1936 reiste Hans Frank nach Rom, um Verhandlungen aufzunehmen, und einen Monat später begab sich der italienische Außenminister Graf Ciano nach Deutschland, um ein Geheimabkommen mit Hitler zu unterzeichnen. Im November 1936 sprach Mussolini von einer «Achse Rom-Berlin». Beide Mächte hatten vereinbart, ihre Bestrebungen gegenseitig zu respektieren und sich gegen die spanische Republik zu verbünden. Gleichzeitig sorgte Hitler hinter dem Rücken des Auswärtigen Amts dafür, dass die Dienststelle Ribbentrop einen Antikominternpakt mit Japan schloss, in dem sich beide Mächte zu einem Defensivbündnis gegen die Sowjetunion verpflichteten. Vorläufig war dieses von geringem Wert,

doch in Verbindung mit der Achse Rom-Berlin vervollständigte er den Aufmarsch revisionistischer, expansionistischer Mächte, der während des Zweiten Weltkriegs eine so zerstörerische Form annehmen sollte.⁶⁴ Der Versuch, England für den Antikominternpakt als Bündnispartner zu gewinnen, dem Ribbentrops Ernennung zum Botschafter in London im August 1936 vorausging, hatte zu keiner Zeit eine Erfolgchance, scheiterte jedoch frühzeitig an der Taktlosigkeit des neuen Botschafters und seinem Versuch, dem Vorschlag mit der Drohung nachzuhelfen, das überseeische Kolonialreich Englands zu destabilisieren – eine erpresserische Drohung, die von London durchaus ernstgenommen wurde. Von Hitlers Standpunkt aus wäre zu diesem Zeitpunkt höchstens eine globale Vereinbarung mit England den Preis einer Brückierung Italiens wert gewesen angesichts der starken Präsenz Englands im Mittelmeer. Zwar gab er die Idee einer wie auch immer gearteten Verständigung mit England nicht auf und glaubte auch weiterhin, England werde sich von den Geschehnissen auf dem Kontinent abseits halten, wie immer diese sich entwickeln würden. Vorläufig waren solche Überlegungen von untergeordneter Bedeutung gegenüber der Verfolgung seiner unmittelbaren Ziele auf dem europäischen Kontinent.⁶⁵

II

Diese Ziele rückten in der zweiten Jahreshälfte 1936 um ein ganzes Stück näher. Der Vierjahresplan, dazu gedacht, die militärische Macht Deutschlands schnell genug aufzubauen, um in den frühen vierziger Jahren einen allgemeinen Krieg zu beginnen, war angelaufen. Die Achse Rom-Berlin, der Antikominternpakt, der erfolgreiche Einsatz im Spanischen Bürgerkrieg und das Aufkommen einer Politik des «Appeasement» in der britischen Regierung, das alles bestärkte Hitler in seiner Überzeugung, dass er das Tempo seiner Aussenpolitik selbst ohne ein Bündnis mit England verschärfen könne. In dieser Stimmung hielt Hitler die Konferenz mit Blomberg, Fritsch, Neurath, Raeder und Göring am 5. November 1937 ab, auf der er jene Kriegspläne vortrug, die Oberst Hossbach einige Tage später schriftlich in einer Denkschrift («Hossbach-Protokoll») zusammen-

fasste. In nächster Zukunft sollten Österreich und die Tschechoslowakei dem Reich eingegliedert werden.⁶⁶ Doch zu dieser Zeit hatte Hitler den Eindruck, dass ihn die Obstruktionspolitik und die mangelnde Begeisterung einiger seiner Untergebenen behinderten. Im Winter 1937/38 ersetzte er sie nach und nach durch Männer, deren Bereitschaft grösser war, ein verschärftes Tempo auf dem Weg zum Krieg mitzugehen. Denn eine Reihe hoher Wehrmachtsoffiziere, unterstützt von Sympathisanten im Auswärtigen Amt, waren äusserst beunruhigt über Hitlers zunehmend ungeduldiges Drängen auf einen Krieg. Deutschland mochte imstande sein, Österreich und die Tschechoslowakei zu annektieren, doch der Stand der bisherigen militärischen Vorbereitungen war in ihren Augen bei weitem nicht ausreichend für einen Krieg gegen England und Frankreich, falls ein militärisches Vorgehen in Osteuropa einen Flächenbrand auslösen sollte. Reichswehrminister Werner von Blomberg, Reichsaussenminister Konstantin von Neurath und der Oberbefehlshaber des Heeres Werner von Fritsch äusserten gravierende Zweifel nach Hitlers Vortrag vom 5. November. Der Chef des Generalstabs des Heeres Ludwig Beck war sogar noch stärker beunruhigt und drückte ganz offen seine Bestürzung über Hitlers Verantwortunglosigkeit aus. Alle diese Männer waren davon überzeugt, dass ein allgemeiner Krieg ebenso unvermeidlich wie wünschenswert, zum jetzigen Zeitpunkt in gefährlicher Weise verfrüht sei.⁶⁷

Anfang 1938 bot sich Hitler in Form eines unerwarteten Skandals die Chance, etwas zu unternehmen. Am 12. Januar 1938 heiratete Blomberg, ein alleinlebender Witwer, eine Frau, die 35 Jahre jünger war als er. Er hatte sie kennengelernt, als er im Berliner Tiergarten spazierenging. Blombergs zweite Gattin, Margarethe Gruhn, war eine einfache junge Frau aus bescheidenen Verhältnissen. Hitler billigte die Heirat, weil sie die angebliche Irrelevanz gesellschaftlicher Ränge im Dritten Reich deutlich machte. Deshalb willigte er auch ein, als Trauzeugen vor dem Standesamt zu fungieren. Doch die Herkunft von Margarete Gruhn war alles andere als einfach. Ein anonymes Anrufer informierte Fritsch, dass sie einmal bei der Polizei als Prostituierte gemeldet war, für pornographische Fotos posiert hatte und einmal angezeigt worden war, weil sie einen Freier bestohlen haben sollte. Die Polizei bestätigte ihre Identität. Am 24. Januar fühlte

Göring sich verpflichtet, Hitler ihre Polizeiakte vorzulegen. In tiefster Bestürzung bei dem Gedanken, dass er bei allen der Lächerlichkeit preisgegeben sein würde, wenn bekannt würde, dass er bei der Hochzeit einer ehemaligen Prostituierten als Trauzeuge aufgetreten war, fiel Hitler in eine tiefe Depression und fand keinen Schlaf mehr. Die Lage wurde für ihn bezeichnenderweise unerträglich, als sich herausstellte, dass die pornographischen Fotos von einem tschechischen Juden gemacht worden waren, mit dem Fräulein Gruhn damals zusammengelebt hatte. Wie Goebbels in seinem Tagebuch schrieb, war dies die schlimmste Krise des Regimes seit der «Röhmaffäre». «Der Führer sieht aus wie eine Leiche», vermerkte Goebbels. Seiner Meinung nach gab es nur einen Ausweg: Blomberg sollte Selbstmord begehen. Göring machte Blomberg das Angebot, die Eheschliessung annullieren zu lassen, was Blomberg ablehnte; er wurde jedoch gezwungen, als Reichskriegsminister zurückzutreten. Am 27. Januar traf Hitler ihn ein letztes Mal; am nächsten Tag reisten der Generalfeldmarschall und seine Frau für ein Jahr nach Italien.⁶⁸

Doch damit waren Hitlers Sorgen noch nicht am Ende. Er erinnerte sich plötzlich an eine Akte, die man ihm im Sommer 1936 gezeigt hatte und in der Generaloberst Fritsch von einem Berliner Strichjungen namens Otto Schmidt beschuldigt worden war, homosexuellen Verkehr mit ihm gehabt zu haben. Damals hatte Hitler die Anschuldigungen für absurd gehalten und befohlen, die Akte zu vernichten. Doch der umsichtige Heydrich hatte sie weggeschlossen, und am 25. Januar 1938 übermittelte er sie Hitler. Entsetzt informierte Hitlers Militäradjutant Hossbach Fritsch von dem Vorgang, der alle Anschuldigungen für vollkommen falsch erklärte. Während einer hastig einberufenen Zusammenkunft am nächsten Tag mit Hitler, Göring und Otto Schmidt, der von der Gestapo aus diesem Anlass aus dem Gefängnis geholt worden war, erklärte Fritsch, möglicherweise hätten die Anschuldigungen etwas damit zu tun, dass er in den Jahren 1933/34 regelmässig sein Mittagessen mit einem Hitler jungen eingenommen hatte, der bei ihm einen Freitisch hatte. In diesem Fall könne er nur allen Anwesenden versichern, dass die Beziehung zwischen beiden völlig harmlos gewesen sei. Hitler, der bislang von dieser Geschichte nichts gewusst hatte, wurde jetzt noch misstrauischer. Fritschs ruhige Art, mit der er Schmidts

Beschuldigungen zurückwies, verstärkte dieses Misstrauen nur noch, weil Hitler wohl erwartet hatte, dass Fritsch ihm die Akte entrüestet vor die Füsse werfen würde, wenn er unschuldig war. Am 27. Januar von der Gestapo vernommen, nannte Schmidt zahlreiche Einzelheiten seiner angeblichen Beziehung zu Fritsch. Der General hatte wenig Mühe, sie als falsch zu widerlegen. Doch der Schaden war angerichtet. Hitler vertraute ihm nicht mehr. Reichsjustizminister Gürtner, der in der Angelegenheit zu Rate gezogen wurde, drehte die Beweislast einfach um und erklärte, Fritsch habe seine Unschuld nicht schlüssig bewiesen. Hitler, der in eine noch tiefere Depression verfiel, sagte seine jährliche Rede zum Gedenken an seine Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar ab. Am 3. Februar 1938 befahl er Fritsch zurückzutreten.⁶⁹

Gürtner hatte auf einem ordentlichen Gerichtsverfahren für Fritsch vor einem Militärgericht bestanden. Am 18. März 1938 wurde dieser eindeutig von allen Anschuldigungen freigesprochen, die, wie das Gericht entschied, auf einer falschen Identität beruhten: Der in Frage stehende Fritsch war eine andere Person. Nachdem ihm jeder weitere Zugang zu einem hohen militärischen Posten verweigert wurde, meldete er sich freiwillig an die polnische Front und fiel im Kampf am 22. September 1939; Blomberg überlebte den Krieg im Ruhestand und starb im März 1946 in einem alliierten Gefängnis.⁷⁰ In der Zwischenzeit musste Hitler noch immer einen Ausweg aus der Krise finden. Nach eingehenden Diskussionen mit Goebbels handelte er schliesslich. Der Sturz der beiden hohen Wehrmachtsoffiziere konnte zweckmässig als Teil eines viel umfassenderen Revirements ausgegeben werden. Hitler entliess nicht weniger als 14 Generäle, davon sechs aus der Luftwaffe; darunter befanden sich viele Männer, von denen bekannt war, dass sie sich für den Nationalsozialismus nicht besonders erwärmen konnten. 46 weitere ranghohe Offiziere wurden versetzt. An die Stelle Fritschs als Oberbefehlshaber des Heeres trat Walther von Brauchitsch, ein Artillerieoffizier, der jetzt zum Generalobersten befördert wurde. Brauchitsch war zwar kein Nazi, aber er war ein Bewunderer Hitlers, und er, ihm gegenüber wesentlich unterwürfiger war als sein Vorgänger es gewesen war. Hitler übergab die Ansprüche Görings auf das Amt des Reichskriegsministers. Sein bisheriger militärischer Rang eines Hauptmanns im Ruhestand war zu niedrig, um von den Generälen akzeptiert zu

werden, und ausserdem hätte ihn dieses Amt zu mächtig gemacht. Hitler speiste ihn mit dem Titel eines Feldmarschalls ab.⁷¹

Das Amt des Reichskriegsministers blieb unbesetzt. Von nun an würde Hitler dessen Aufgaben als Oberbefehlshaber selbst übernehmen und für jede der drei Waffengattungen ein untergeordnetes Ministerium schaffen, koordiniert durch ein neues Oberkommando der Wehrmacht (OKW) unter General Wilhelm Keitel, dem bisherigen Chef des Wehrmachtsamtes im Reichswehrministerium. Gleichzeitig nutzte er die Gunst der Stunde, um Neurath als Reichsaussenminister durch seinen eigenen Mann, Joachim von Ribbentrop, zu ersetzen, der sich weit mehr nach seinen Anweisungen richten würde als sein Vorgänger. Der konservative Ulrich von Hassell wurde aus der Botschaft in Rom zurückgerufen und durch einen willfähigeren Botschafter ersetzt. Des Weiteren gab Hitler die Ernennung des loyalen Walther Funk anstelle Hjalmar Schachts bekannt, der am 26. November 1937 von seinem Amt als Reichswirtschaftsminister zurückgetreten war. Die offizielle Erklärung für diese Veränderungen lautete, dass Blomberg und Fritsch aus Gesundheitsgründen ihren Rücktritt eingereicht hätten, doch Hitler teilte die ganze Geschichte am 5. Februar 1938 zuerst den obersten Generälen der Wehrmacht mit und anschliessend dem Kabinett, das danach bis zum Kriegsende nicht mehr zusammentrat. Die Wehrmachtsoffiziere, durch die von Hitler angeführten unzusammenhängenden Details überzeugt, waren entsetzt. Die moralische Integrität der Wehrmachtsführung war dahin. Sie war jetzt Hitler auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert. Am 20. Februar sprach Hitler mehrere Stunden lang vor dem Reichstag. Darin erklärte er, die deutsche Wehrmacht sei «diesem Staat des Nationalsozialismus in blinder Treue und blindem Gehorsam ergeben».⁷²

Diese personellen Umbesetzungen hatten zur Folge, dass Hitler ab jetzt über die Aussen-, Wirtschafts- und Militärpolitik uneingeschränkt allein bestimmte. Umgeben von Anhängern, die ihm Tag und Nacht ihrer Bewunderung versicherten, hatte er jetzt keinen mehr in seiner Nähe, der ihn hätte zurückhalten können. Zu diesem Zeitpunkt hatte er sich auch von den wenigen persönlichen Freunden getrennt, die noch in irgendeiner Weise einen eigenen Kopf hatten. Einer von ihnen, Ernst «Putzi» Hanfstaengl, der Hitler in seinen frühen Tagen unterstützt hatte, erhielt 1932 den nichts-

sagenden Titel Auslandspresseschef der NSDAP. Aber er hatte es nie vermocht, Goebbels' Vormachtstellung in diesem Bereich zu erschüttern, und Hitler selbst hatte keine wirkliche Verwendung mehr für ihn. Vorbei waren die würdelosen Tage, als Hitler in Hanfstaengls Salon auf und abgeschritten war und die Arme geschwenkt hatte, während sein Gastgeber Wagner auf dem Flügel spielte. Eitel, selbstgefällig, zu keiner Zeit einer der sklavischen Bewunderer Hitlers, ging Hanfstaengl den Parteiführern zunehmend auf die Nerven mit angeberischen Geschichten seiner Tapferkeit, als er während des Ersten Weltkriegs in New York geblieben war, nachdem Amerika 1917 in den Krieg eingetreten war, zu einer Zeit, als einige der später führenden Nationalsozialisten an der Front gekämpft hatten. Als er sich darüber hinaus abfällig über den Mut der deutschen Soldaten äusserte, die im Spanischen Bürgerkrieg an der Seite Francos gekämpft hatten, beschlossen Hitler und Goebbels, ihm eine Lektion zu erteilen. Im Februar 1937 gab Hitler Hanfstaengl den Auftrag, nach Spanien zu fliegen und dort hinter den Linien mit den deutschen Kriegsberichterstatern Kontakt aufzunehmen. Nachdem das Flugzeug gestartet war, informierte der eingeweihte Pilot Hanfstaengl auf Anweisung Hitlers, er werde in Wirklichkeit in geheimer Mission hinter den feindlichen Linien abgesetzt. Hanfstaengl, der nicht zu den Mutigsten gehörte, geriet in Panik. Schliesslich landete der Pilot auf einer Rollbahn in der Nähe von Leipzig und behauptete, er habe einen Motorschaden. Die gesamte Episode war von Goebbels' Kameraleuten gefilmt worden. Wie Goebbels später in seinem Tagebuch schrieb, fand er die auf diese Weise entstandenen Aufnahmen zum Kranklachen. Hanfstaengl durchschaute den Streich nicht. In der Überzeugung, er sei das Opfer eines Mordversuchs, floh er in die Schweiz und kehrte nicht mehr nach Deutschland zurück.⁷³

III

Anfang 1938 richtete sich Hitlers Interesse erneut auf Österreich. Er hatte am 11. Juli 1936 ein formelles Abkommen mit der österreichischen Regierung geschlossen, in dem Österreich den Grundsatz akzeptiert hatte, dass es ein deutscher Staat sei, und der österreichische Diktator Kurt von Schuschnigg hatte Hitlers Forderung nachgegeben, die «nationale Op-

position», sprich die österreichische nationalsozialistische Partei, an der Regierung zu beteiligen. Doch während für Schuschnigg damit die Spannungen in den deutschösterreichischen Beziehungen seit dem Putschversuch zwei Jahre zuvor behoben waren, sah Hitler darin lediglich einen Hebel, mit dem er weitere Forderungen stellen und schliesslich die österreichische Souveränität aufbrechen und eine vollständige politische Vereinigung mit Deutschland herbeiführen würde.⁷⁴ Lange Zeit war Hitler der Meinung, der richtige Augenblick zu einem solchen Schritt sei noch nicht gekommen. Während des ganzen Jahres 1936 verlangte er von den österreichischen Nationalsozialisten Zurückhaltung, da er keine internationale Unruhe wollte, während das übrige Europa noch an der Rheinlandbesetzung und deren Konsequenzen zu schlucken hatte. Auch während des grössten Teils des Folgejahres hielt er diese Linie ein. Die Führung der österreichischen Nationalsozialisten gehorchte und stellte die Feindseligkeit gegenüber der katholischen Kirche zurück, die im Nachbarland im Norden für so viel Furore gesorgt hatte. Österreich war ein überwiegend katholisches Land, und es kam alles darauf an, dass die Kirchenhierarchie gegenüber dem Ziel einer Wiedervereinigung mit Deutschland im schlechtesten Fall neutral, im besten Fall wohlwollend blieb. Das Fussvolk der Bewegung war unzufrieden mit den Beschränkungen, denen ihr Aktivismus durch diese Politik unterworfen wurde, und die in der Illegalität agierende Partei war tiefgespalten. Ein weiterer Grund der Spannungen war die Aufnahme von Arthur Seyss-Inquart, einem mit der NSDAP sympathisierenden Anwalt, durch Schuschnigg in die Regierung mit dem Auftrag, die Unterstützung der österreichischen Nationalsozialisten zu gewinnen. Der Groll der Partei über diese scheinbare Kooptierung einer ihrer führenden Figuren in den Regierungsapparat war so stark, dass sie im Oktober 1937 einen Mitarbeiter Seyss-Inquarts, Odilo Globocnik, wegen parteischädigenden Verhaltens aus der Partei ausschloss. Die österreichische SS unter der Führung Ernst Kaltenbrunners propagierte besonders energisch entgegen den Wünschen der Parteiführung illegale Aktivitäten. Vor dem Hintergrund dieser Spaltungen mussten alle Hoffnungen, dass die österreichische Souveränität von innen heraus zerschlagen werden könnte, aufgegeben werden.⁷⁵

Während Hitler zur Zurückhaltung mahnte, schlug Hermann Göring jedoch einen etwas mutigeren Kurs ein. Als Beauftragter für den Vierjahresplan wurde er zunehmend besorgt über den immer grösser werdenden ungedeckten Bedarf an Rohstoffen und Facharbeitern in der Rüstungsproduktion. Österreich dagegen besass beides im Überfluss. Göring war insbesondere darauf erpicht, die reichhaltigen Eisenerzlager in der Steiermark unter seine Kontrolle zu bringen. Um seine Intentionen zu verdeutlichen, zeigte er im September 1937 Mussolini und zwei Monate später dem Spitzenbeamten im österreichischen Aussenministerium eine eigens angefertigte Europakarte. Mussolinis Schweigen deutete er als Zustimmung. Die Vereinigung Deutschlands mit Österreich passte gut in Görings geopolitisches Konzept einer umfassenden, von Deutschen geführten Wirtschaftssphäre in «Mitteleuropa» – die traditionelle, seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts bekannte Idee. Aus demselben Grund setzte er sich auch nachdrücklich für eine Währungsunion der beiden Länder ein. Die Reaktion der österreichischen Regierung war sehr zurückhaltend, da diese befürchtete, dass eine Währungsunion angesichts der überlegenen wirtschaftlichen Stärke Deutschlands zwangsläufig zu einer politischen Vereinigung führen würde. Diese Politik sei zu aggressiv, sagte Hitler zu Mussolini während dessen Besuchs in Deutschland im September 1937. Trotzdem unternahm er nichts, um Göring zu bremsen. Denn praktisch näherte er sich bereits Görings Position an und gelangte zu der Einschätzung, dass an der Eingliederung Österreichs auf die Dauer kein Weg vorbeiführte.⁷⁶

Dass sich bei Hitler Anfang 1938 das immer stärker werdende Gefühl einstellte, handeln zu müssen, hatte unterschiedliche Gründe. Die deutsche Rüstung lief auf Hochtouren, doch andere Länder hatten inzwischen ebenfalls begonnen aufzurüsten, und es war abzusehen, dass Deutschland seinen Vorsprung nicht mehr lange würde halten können. Ausserdem deutete zu diesem Zeitpunkt manches darauf hin, dass England und Frankreich vorläufig noch zögerten, sich einer deutschen Expansion entgegenzustellen. Diese zögerliche Haltung wurde noch unterstrichen, als am 21. Februar 1938 Anthony Eden im Amt des britischen Aussenministers durch den konzilianteren Lord Halifax abgelöst wurde. Doch wie lange würde diese Bereitschaft zu einem «Appeasement» währen? Ausserdem hatte

Hitler etwa zu dieser Zeit zunehmend das Gefühl, dass ihm die eigene Zeit davonlief. Er näherte sich seinem fünfzigsten Geburtstag und machte sich Sorgen über seine Gesundheit; im Mai 1938 befürchtete er sogar, Krebs zu haben. Und schliesslich gab es noch einen ganz aktuellen und wesentlichen Grund: Die Krise innerhalb der Wehrmachtsführung liess sich am ehesten durch einen spektakulären aussenpolitischen Coup überwinden. Und hier spielten nicht zum ersten und auch nicht zum letzten Mal die äusseren Ereignisse Hitler in die Hände. Die wachsende Annäherung zwischen Italien und Deutschland hatte unter anderem zur Folge, dass Mussolini alle bisherigen Einwände gegen eine Annexion Österreichs durch Deutschland zurückzog, ein Ziel, das Hitler als gebürtiger Österreicher seit dem Beginn seiner politischen Karriere nicht aus den Augen verloren hatte. Zudem war Schuschnigg, ermutigt durch die Entsendung Papens als Sonderbotschafter nach Wien, an einem Treffen mit Hitler interessiert, um nach Möglichkeit eine Einstellung der Gewalttaten der österreichischen Nationalsozialisten zu erreichen, die, wie er befürchtete, einen erneuten Putsch nach dem Muster des früheren, fehlgeschlagenen planten, bei dem sein Vorgänger Dollfuss sein Leben verloren hatte.⁷⁷

Die Regierung Schuschniggs war seit 1936 immer schwächer geworden. Bei ihren Versuchen, die infolge der Depression darniederliegende Wirtschaft anzukurbeln, war sie kaum einen Schritt weitergekommen. Lange Jahre einer zermürbenden Armut und Massenarbeitslosigkeit hatten der Mehrheit der Bevölkerung nicht nur alle Illusionen im Hinblick auf die Regierung genommen, sondern sie auch mehr denn je in ihrer Überzeugung bestärkt, dass es der kleinen österreichischen Republik nie möglich sein würde, wirtschaftlich auf eigenen Füüssen zu stehen. Die ganzen zwanziger Jahre hindurch hatten die grossen Parteien sich dafür ausgesprochen, Österreich – das bis 1866 ein Teil Deutschlands in allen seinen unterschiedlichen Ausprägungen gewesen war – mit dem Deutschen Reich wiederzuvereinigen. Auch wenn die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten die marxistisch orientierten österreichischen Sozialdemokraten 1933 dazu bewogen hatte, diese Forderung aus ihrem Programm zu streichen, waren zweifellos viele von ihnen auch weiterhin davon überzeugt, dass dies die beste Lösung für die Probleme ihres Landes sei; schliesslich, so glaubten sie, tauschten sie im Fall eines Anschlusses an das Dritte Reich

lediglich eine erfolglose gegen eine erfolgreiche Diktatur ein. Ausserdem waren viele Sozialdemokraten, erbittert über ihre gewaltsame Unterdrückung durch die Regierung und die Armee im Februar 1934, unter keinen Umständen bereit, ihre Unterstützung dem verhassten Schuschnigg zu leihen, der in ihren Augen einen Teil der Verantwortung dafür trug, dass während des damaligen Konflikts Hunderte ihrer Genossen getötet wurden. Jenseits der Sozialdemokratie, wie die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit 1936 meldete, war es klar, dass der «soziale Antisemitismus... bedenklich wachse». Ihm leisteten nicht nur die österreichischen Nationalsozialisten Vorschub, sondern auch die immer stärker werdende monarchistische Bewegung unter Otto von Habsburg, dem Erben des Habsburger Throns. Schuschniggs Versuch, für sich und seine Regierung eine breitere Anhängerschaft zu gewinnen, indem er seine eigene Vaterländische Front nach italienischem Vorbild gründete, war auf ganzer Linie fehlgeschlagen; die faschistischen Bewegungen in Europa verdankten ihre Stärke dem Umstand, dass sie sich die allgemeine Unzufriedenheit zunutze machten, und eine von einer Regierung geförderte Imitation konnte niemanden überzeugen. 1936 verbot Schuschnigg schliesslich die aufrührerischen Heimwehren. Damit beraubte er sich der einzigen noch verbliebenen paramilitärischen Kraft, die gemeinsam mit dem Heer einer Invasion Hitlers hätte Widerstand entgegensetzen können; die paramilitärische Organisation der österreichischen Sozialdemokraten war bereits unter seinem Vorgänger Dollfuß verboten worden. Tausende von unzufriedenen ehemaligen Angehörigen dieser Verbände richteten nun ihre Sympathien auf die ebenfalls unter Schuschnigg verbotene österreichische NSDAP.⁷⁸

Durch die Vermittlung Papens kam es am 12. Februar 1938 zu einem Treffen zwischen Hitler und Schuschnigg. Um den österreichischen Diktator einzuschüchtern, hatte Hitler hohe Wehrmachtsoffiziere in den Berg-hof eingeladen, unter anderem auch den Kommandeur der Legion Condor, Hugo Sperrle. Hitler war bereits durch Seyss-Inquart ausführlich über die Lage Schuschniggs informiert. Ohne ihm Gelegenheit zu geben, selbst etwas zu sagen, liess Hitler über Schuschnigg ein Donnerwetter los. «Österreich [hat] überhaupt nie etwas getan, was dem Deutschen Reich genützt hat», tobte er. «Seine ganze Geschichte ist ein ununterbrochener Volksver-

rat. Das war früher nicht anders wie heute. Aber dieser geschichtliche Widersinn muss endlich sein längst fälliges Ende finden. «Zwei Stunden lang hielt er seinem Gast einen Vortrag über seine eigene Unbesiegbarkeit («Ich habe noch alles erreicht, was ich wollte, und bin vielleicht dadurch zum grössten Deutschen der Geschichte geworden») und machte ihm klar, dass eine Militäraktion folgen würde, ohne jede Intervention des Auslands, wenn die Österreicher sich seinen Forderungen nicht beugten («Alle Welt muss wissen, dass es für eine Grossmacht einfach unerträglich ist, wenn an ihren Grenzen jeder kleine Staat glaubt, sie provozieren zu können»)⁷⁹ Als Schuschnigg Einwände erhob und um eine Frist bat, um sich beraten zu können, rief Hitler General Keitel in den Raum, wo dieser zehn Minuten lang wortlos dasass und nur drohend dreinblickte und anschliessend wieder ging. Um der Drohung Nachdruck zu verleihen, wurde Keitel am nächsten Morgen nach Berlin geschickt, um Vorkehrungen für einschüchternde Reichswehrmanöver an der deutsch-österreichischen Grenze zu treffen.⁸⁰

Am 15. Februar willigte Schuschnigg, inzwischen gehörig unter Druck gesetzt, in alle Forderungen Hitlers ein und stimmte zu, eine gemeinsame Aussenpolitik mit Deutschland zu verfolgen, die österreichische NSDAP innerhalb der Vaterländischen Front zu legalisieren, alle verhafteten Nationalsozialisten zu entlassen, alle gegen sie erlassenen Massnahmen aufzuheben und militärisch und wirtschaftlich mit dem Dritten Reich zusammenzuarbeiten. Auf Verlangen Hitlers wurde Seyss-Inquart zum österreichischen Innenminister ernannt. Viele österreichische Nationalsozialisten hassten Seyss-Inquart, dessen Bereitschaft, mit der Regierung Kompromisse zu schliessen, in ihren Augen Verrat war, und nach seiner Ernennung warfen sie die Fenster der deutschen Botschaft in Wien ein. Am 21. Februar beorderte Hitler fünf hohe Führer der österreichischen NSDAP nach Berlin und entliess sie praktisch aus ihren Ämtern, indem er ihnen verbot, nach Österreich zurückzukehren. Von nun an, sagte er ihnen, müsse die Partei einen legalen Kurs verfolgen. Die Übernahme der österreichischen Regierung dürfe nicht durch Gewalt von unten, sondern müsse durch Zwang von oben erfolgen. Doch selbst das konnte den Radikalismus mancher Elemente in der österreichischen NSDAP nicht zurückdrängen, die zu öffentlichen Demonstrationen aufriefen, die weit mehr Zulauf als

die der Vaterländischen Front fanden. Immer mehr Menschen zeigten öffentlich den Hitlergruss und trugen Abzeichen mit dem Hakenkreuz, obwohl Seyss-Inquart beides verboten hatte. Die Polizei weigerte sich inzwischen, diese Verbote durchzusetzen, und die Armee lief offensichtlich ebenfalls zu den Nationalsozialisten über. Es entwickelte sich eine bereits vertraute Dialektik eines offiziellen Drucks von oben, verbunden mit einer Rhetorik der Zurückhaltung, während der Druck der Strasse ständig zunahm. Schuschniggs Abkommen zu Hitlers Bedingungen hatte Österreich zu einem deutschen Satelliten gemacht; jetzt wurden die Erwartungen immer grösser, dass es bald zu einer Vereinigung mit Deutschland kommen werde, und Schuschniggs Basis in der Bevölkerung und die bereits erschütterte Legitimität des österreichischen Staats schmolzen vor seinen Augen zusammen.⁸¹

Am Morgen des 9. März 1938, als die Lage für ihn immer verzweifelter wurde, gab Schuschnigg plötzlich bekannt, dass am 13. März ein Plebiszit abgehalten würde, bei dem die Österreicher über «ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich! Für Friede und Freiheit und die Gleichberechtigung aller, die sich zu Volk und Vaterland bekennen» abstimmen sollten. Um zu gewährleisten, dass diese stark aufgeladene Frage von den österreichischen Wählern mit grosser Mehrheit mit einem «Ja» beantwortet würde, waren nur Personen im Alter von über 24 Jahren stimmberechtigt, so dass ein grosser Teil der NS-Bewegung von dem Plebiszit ausgeschlossen war. Ausserdem gab es unter den repressiven Bedingungen der klerikalfaschistischen Diktatur Schuschniggs keine Garantie, dass die Abstimmung frei oder geheim sein würde, noch wurden vom Bundeskanzler hierfür Garantien abgegeben; das Fehlen eines einwandfreien Wahlregisters eröffnete die Möglichkeit massiver Wahlfälschungen. Hitler war ausser sich über diesen «Verrat» an dem Abkommen von Berchtesgaden. Er rief Göring und Goebbels zu sich und führte ein fieberhaftes Gespräch mit ihnen, wie man das Plebiszit verhindern könnte. Während die Wehrmacht in aller Eile Invasionspläne erstellte, denen lediglich ein schon früher vorbereiteter Entwurf für den Fall einer Restauration der Habsburger Monarchie zugrunde lag, sandte Hitler am 11. März um zehn Uhr morgens an Schuschnigg ein Ultimatum: Die Volksabstimmung müsse um 14 Tage verschoben werden, und der Text

der Frage müsse ähnlich lauten wie der Text zur Saarabstimmung, so dass mit anderen Worten die Wähler aufgefordert wurden, sich für eine Vereinigung beider Länder und nicht dagegen auszusprechen. Schuschnigg müsse zugunsten von Seyss-Inquart zurücktreten. Schuschnigg erklärte sich bereit, das Plebiszit zu verschieben, lehnte einen Rücktritt jedoch ab. Göring ergriff daraufhin die Initiative und gab dem nervösen und zögernden Seyss-Inquart per Telefon den Auftrag, dem österreichischen Staatsoberhaupt Wilhelm Miklas mitzuteilen, wenn er ihn nicht zum Bundeskanzler ernenne, würden die bereits an der Grenze stehenden Truppen in Österreich einmarschieren, und das bedeute das Ende der Selbständigkeit Österreichs.⁸²

Am Abend des 11. März veranstalteten die österreichischen Nationalsozialisten überall in Österreich Demonstrationen, während eine SS-Einheit das Tiroler Landhaus besetzte. Der Gauleiter von Oberösterreich verkündete vor einer begeisterten Menge von 15'000 bis 20'000 Personen auf dem Hauptplatz in Linz, die Regierung Schuschnigg sei zurückgetreten und Seyss-Inquart bilde eine neue Regierung. Das Plebiszit wurde kurzerhand verschoben. Zufällig befand sich William S. Shirer an diesem Tag in Wien und wurde «von einer schreienden, hysterischen Menge von Nazis mitgerissen». Die Menge brüllte: «Hängt Schuschnigg! Hängt Schuschnigg! Ein Volk, ein Reich, ein Führer!» Wie Shirer später in seinem Tagebuch schrieb, sah die Polizei «grinsend zu». Einige trugen bereits Hakenkreuzbinden. «Junge Randalierer werfen die Fensterscheiben jüdischer Geschäfte ein. Die Menge jubelt voller Entzücken.» Als die Demonstrationen immer grösser wurden, wies Göring Seyss-Inquart an, bei den Deutschen formell um die Entsendung von Soldaten zu ersuchen, um die Ordnung wiederherzustellen. Da dieser noch nicht zum Bundeskanzler ernannt worden war, zögerte er; das Ersuchen musste stattdessen von Wilhelm Keppler übermittelt werden, dem Chef des österreichischen Büros der Nationalsozialisten, der sich jetzt in Wien befand. Am 11. März 1938 um 21.10 Uhr ging das Telegramm ab. Inzwischen hatte Hitler Prinz Philipp von Hessen zu Mussolini geschickt, um dessen Neutralität zu sichern. Um 22.45 Uhr telefonierte der Prinz mit Hitler, um ihm mitzuteilen, dass alles in Ordnung sei. «Dann sagen Sie Mussolini bitte, ich werde ihm das nie vergessen», sagte Hitler. «Nie, nie, nie, es kann sein, was will.» Die Briten

signalisierten ihre Neutralität. Um Mitternacht gab der österreichische Staatspräsident schliesslich nach und ernannte Seyss-Inquart zum Nachfolger Schuschniggs. Es war ohnehin zu spät. Angesporn von Göring, der ihm sagte, man werde ihn für schwach halten, wenn er nicht handelte, gleichgültig, ob die Österreicher das Ultimatum akzeptierten oder nicht, hatte Hitler bereits um 20.45 Uhr Keitel den Invasionsbefehl erteilt. Früher an diesem Abend hatte Schuschnigg im Rundfunk eine bewegte Rede an das österreichische Volk gehalten, in der er die Bedingungen des Ultimatums aufzählte und bestritt, dass irgendwo die Ordnung massiv gestört worden sei. Dennoch werde Österreich sich der Gewalt beugen, «da wir selbst in dieser schrecklichen Situation nicht bereit sind, Blut zu vergiessen». Um 5.30 Uhr am 12. März 1938 überschritten deutsche Truppen, die in den letzten beiden Tagen in Bayern zusammengezogen worden waren, die österreichische Grenze. Sie trafen auf keinen Widerstand.⁸³

IV

Während sie in den Morgenstunden des 12. März langsam auf die wichtigsten Städte Österreichs vorrückten, wurden die deutschen Soldaten von begeisterten Menschenmengen begrüsst, die «Heil» riefen und Blumen auf ihren Weg streuten. Überall zeigten illegale Mitglieder der verbotenen österreichischen NSDAP ihre Verbundenheit, indem sie sich ostentativ ihre Anstecknadeln mit dem Hakenkreuz, die sie bislang unter ihren Revers versteckt hatten, sichtbar anhefteten.⁸⁴ Nachdem er sich von seinen Wehrmachtskommandeuren hatte versichern lassen, dass er nichts zu befürchten hatte, flog Hitler nach München und wurde von dort aus in einem offenen Wagen zur Grenze gefahren, begleitet von einer motorisierten Kolonne seiner SS-Leibstandarte. Als er um 15.30 Uhr in seinem Geburtsort Braunau am Inn eintraf, wurde er von einer triumphierenden Menschenmenge begrüsst, die ihm jubelnd zurief. Später am Abend, nach einer vierstündigen Autofahrt, fortwährend aufgehalten von den begeisterten Menschen beiderseits der Strasse, erreichte er Linz, wo ihn eine Gruppe hoher Parteiführer, darunter Himmler und Seyss-Inquart, erwartete. Als das Geläut der Kirchenglocken verstummte, hielt Hitler eine Ansprache vom Bal-

kon des Rathauses an eine riesige Menschenmenge, wiederholt unterbrochen von «Heil-Rufen» und Sprechchören «Ein Volk, ein Reich, ein Führer». Unter anderem sagte er, «jeder weitere Versuch, dieses [deutsche] Volk zu zerreißen», werde «ein vergeblicher sein».⁸⁵ Nachdem er am Grab seiner Eltern in Leonding Blumen niedergelegt und das Haus der Familie besucht hatte, kehrte Hitler in sein Hotel zurück, um zu beraten, wie sich die formelle Vereinigung von Österreich und Deutschland am besten bewerkstelligen liesse. Anfangs hatte er lediglich daran gedacht, selbst Bundespräsident von Österreich zu werden und ein Plebiszit über eine Vereinigung abzuhalten, bei der die meisten der bestehenden Institutionen Österreichs unangetastet blieben. Doch der stürmische Empfang, der ihm bereitet worden war, überzeugte ihn jetzt, dass eine vollständige Eingliederung Österreichs in das Reich sogleich und ohne ernsthafte Opposition erreicht werden konnte. «Diese Leute hier sind Deutsche», sagte er zu dem britischen Journalisten Ward Price.⁸⁶

Am Abend des 13. März wurde ein Gesetzentwurf über «die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich» gebilligt, der von einem hohen Ministerialbeamten des Reichsinnenministeriums entworfen und mit dem Flugzeug nach Wien gebracht, vom neugebildeten österreichischen Kabinett gebilligt und von Hitler unterschrieben worden war. Mit der Vereinigung der beiden Länder wurde «Grossdeutschland» geschaffen. Anfangs wurde das «Land Österreich» unter der Führung von Seyss-Inquart in mehrere «Reichsgaue», die bisherigen Bundesländer, mit jeweils eigener Verwaltung (Landeshauptleute) aufgeteilt; doch Hitler war inzwischen entschlossen, die österreichische Identität zu tilgen und die Hauptstadt Wien, die er schon immer verabscheut hatte, zugunsten der Länder abzuwerten. Im April 1939 löste der Gauleiter von Rheinpfalz Josef Bürckel, der zum Reichskommissar für die Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich ernannt worden war, die Parlamente der «Reichsgaue» auf und legte deren Verwaltungen mit den Partei Verwaltungen zusammen, auch wenn er mit einigen Änderungen die Identität der «Reichsgaue» selbst unangetastet liess. Österreich wurde die «Ostmark»; seine Identität wurde endgültig 1942 ausgelöscht, als es in die Reichsgaue «Alpen» und «Donau» aufgeteilt wurde.⁸⁷ Das war nicht das, was viele



22. Die Daimler-Benz AG streicht ihren Erfolg unter den ersten Jahren des Dritten Reichs heraus.

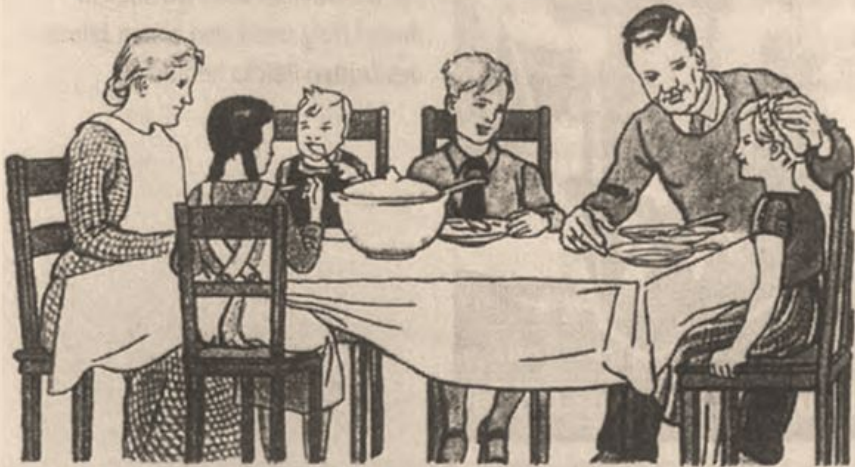


23. «Dein KdF-Wagen»: Ein junges deutsches Paar, der Mann am Steuer, macht eine Spritztour in einem Käfer, der von Ferdinand Porsche nach einer Idee von Adolf Hitler gebaut wurde. Tatsächlich wurde bis zum Kriegsende kein Serienwagen nach diesem Modell produziert.



24. Karikatur in der ehemals unabhängigen satirischen Zeitschrift *Simplicissimus* vom 11. März 1934, mit der auf die militärische Schwäche Deutschlands aufmerksam gemacht werden sollte, zugleich aber auch auf die verbreiteten Ängste in der Bevölkerung vor den Auswirkungen eines Bombenkriegs.

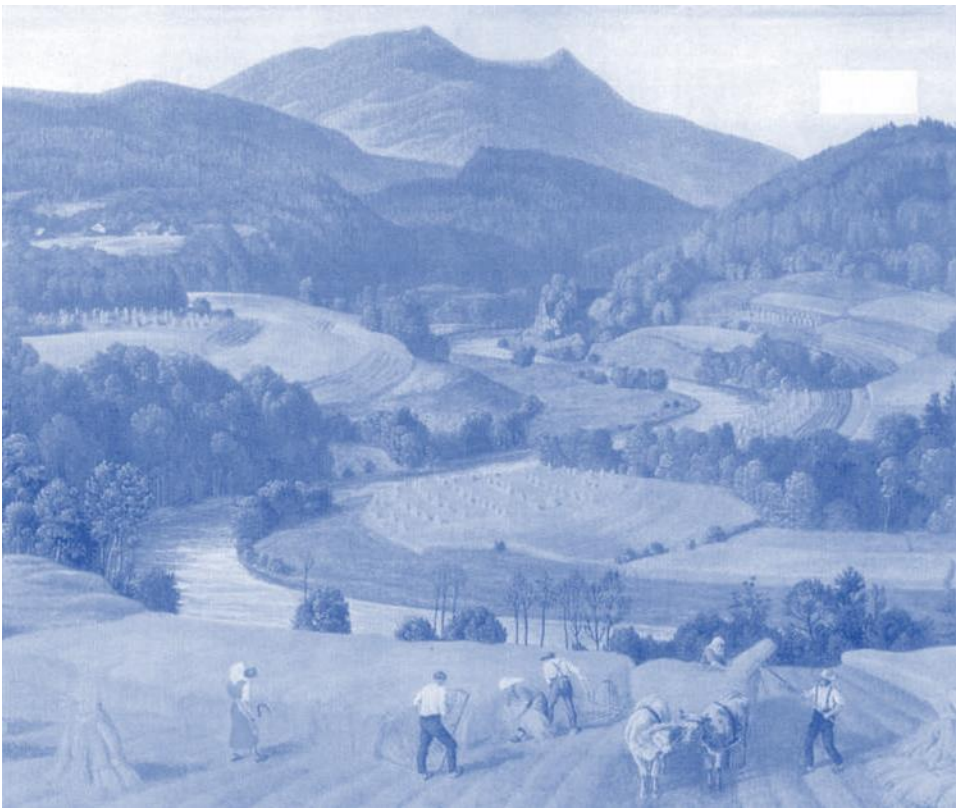
Ein Volk hilft sich selbst!



Gertrud hat's verstanden.

25. «Ein Volk hilft sich selbst. – Gertrud hat's verstanden.» Eine Familie mit dem obligatorischen Sonntageintopf auf dem Tisch, wie sie in einer Schulfibel von 1939 dargestellt wurde.
26. Empfangshalle in Hermann Görings pompösem Jagdhaus «Carinhall» in der Schorfheide.





27. Das Ideal eines bäuerlichen Familienlebens: «Ernte» von Karl Alexander Flügel, ausgestellt auf der Grossen Deutschen Kunstausstellung 1938.

28. Arbeiter weigern sich, sich dem Regime anzupassen: In ihrer traditionellen Festtags-tracht demonstrieren die Bergleute im bayerischen Penzberg ihre Verachtung für das Begrüssungszeremoniell der Nationalsozialisten, indem sie es ablehnen, den obligaten Hitlergruss zu zeigen. Links oben sieht man eine Formation der Hitler-Jugend, die den verlangten Gruss zeigt, von den Bergleuten jedoch nicht beachtet wird.





30. «Der Rückgang der ehelichen Fruchtbarkeit: Von verheirateten Frauen im Alter von 18-45 Jahren hatte 1890 jede 3. Frau ein lebendgeborenes Kind, 1910 jede 4. Frau, 1925 jede 7. Frau, 1930 jede 8. Frau.» Abbildung aus einer Propagandabroschüre aus dem Jahr 1933, mit der die deutschen Ehepaare aufgefordert wurden, mehr Kinder zu bekommen.

29. «Hier trägst du mit. Ein Erbkranker kostet bis zur Erreichung des 60. Lebensjahres im Durchschnitt 50'000 Reichsmark.» Ein Plakat aus dem Jahr 1935 zeigt einen «erbgesunden» Deutschen, dem die finanzielle Last aufgebürdet wird, zur Unterhaltung der Einrichtungen für Geisteskranke, wie sie im Hintergrund zu sehen sind, beizutragen. Mit dieser Propaganda sollte die Bevölkerung von der Notwendigkeit überzeugt werden, die geistig Behinderten zu sterilisieren und schliesslich auch zu töten.





30. Ein Paar, das sich der «Rassenschande» schuldig gemacht hatte, wird an den Pranger gestellt. Das um den Hals der Frau gehängte Plakat trägt die Aufschrift: «Ich bin am Ort das grösste Schwein und lass mich nur mit Juden ein.» Auf dem Plakat des Mannes steht: «Ich nehm als Judenjunge immer nur deutsche Mädchen auf mein Zimmer.» Derartige Zurschaustellungen, die von SA-Leuten wie auf dem Foto inszeniert wurden, waren nach der Verabschiedung der Nürnberger Gesetze 1935 immer wieder zu beobachten.

32. Rassenforschung in einem Zigeunerlager 1933: Eva Justin, eine Assistentin von Robert Ritter, dem führenden NS-Experten auf diesem Gebiet, vermisst den Kopf einer Frau im Rahmen einer Erfassung der angeblichen «Rassenmerkmale» der Zigeuner.



33. «Juden betreten den Ort auf eigene Gefahr!» Transparent am Ortseingang von Rottach-Egern am Tegernsee in Bayern 1935. Viele Städte und Dörfer brachten zu jener Zeit Transparente und Schilder mit ähnlichen Texten am Ortseingang an und entfernten sie lediglich für einige Monate 1936 wegen der Olympischen Spiele.



35. Der Morgen nach der Pogromnacht vom 9./10. November 1938: Ein Passant blickt auf die Beschädigungen eines Geschäfts in Berlin, während die jüdischen Eigentümer damit beschäftigt sind, die Scherben zu beseitigen.



35. Hitlers Stellvertreter Rudolf Hess (rechts) mit seinem Stabsleiter Martin Bormann in Berlin 1935.



36. Nach der Saarabstimmung 1935: Kinder heben den Arm zum Hitlergruss unter einem Baldachin von Hakenkreuzfahnen.



37. Die Bevölkerung des Rheinlands grüsst die Wehrmacht bei deren Einmarsch in die entmilitarisierte Zone am 7. März 1936. Einige unter den Zuschauern heben den Arm zum Hitlergruss.



38. Angehörige der Legion Condor in der Hafenstadt Gijon verlassen Spanien am 3. Juni 1939 und kehren nach Deutschland zurück, nachdem sie im Spanischen Bürgerkrieg erfolgreich an der Seite der Truppen Francos gekämpft haben.



39. Ein deutscher Soldat ist überwältigt von dem begeisterten Empfang, der seiner motorisierten Einheit bei der Ankunft in Wien von österreichischen Mädchen und Frauen am 21. März 1938 bereitet wird.



40. Die andere Seite des Bildes: Wiener Juden werden gezwungen, im März 1938 Parolen österreichischer Nationalisten, die gegen den «Anschluss» waren, von den Strassen zu entfernen, umringt von johlenden Menschenmengen, unter denen auch viele Kinder zu sehen sind.



41. Der Handschlag, der das Schicksal Polens besiegelte: Stalin und Ribbentrop vereinbarten am 24. August 1939 die Teilung des Landes. Zehn Tage später begann der Zweite Weltkrieg.

Österreicher und vor allem viele Wiener erwartet hatten; selbst die Führer der österreichischen NSDAP waren bitter enttäuscht, dass man sie kaltgestellt und statt ihrer Bürokraten aus dem «Altreich» geholt hatte. Doch zumindest in der ersten Zeit war ihre Begeisterung überwältigend. Am 14. März 1938 fuhr Hitlers Autokolonne von Linz nach Wien, wiederum von jubelnden Menschen aufgehalten; er musste nach seiner Ankunft vom Balkon seines Hotelzimmers aus eine Rede halten, da sie keine Ruhe gaben, bevor sie ihn reden gehört hatten. Die Verzögerung bei seiner Ankunft hatte den Parteigenossen in Wien die Zeit gegeben, sich vorzubereiten: Schulen und Betriebe wurden aus diesem Anlass geschlossen, und Mitglieder der NSDAP und der Hitlerjugend waren in Bussen vom Umland in die Stadt geschafft worden. Am 15. März sprach Hitler vor einer riesigen Menge von etwa 250'000 Menschen in Wien und verkündete, es sei die neue historische Bestimmung Österreichs, ein Bollwerk gegen die Bedrohung aus dem Osten zu bilden.⁸⁸

Dass die Österreicher die Vereinigung der beiden Staaten bereitwillig akzeptierten, hatte seinen Grund nicht nur in ihrer seit 1919 bestehenden Enttäuschung, in einem kleinen und kaum existenzfähigen Staat leben zu müssen, sondern auch in einer sorgfältigen Vorbereitung auf Seiten der Nationalsozialisten. Selbst die Sozialisten waren seit Langem für eine Vereinigung und standen ihr erst dann etwas skeptischer gegenüber, als in Deutschland 1933 eine Diktatur errichtet wurde, nicht jedoch aufgrund eines österreichischen Nationalismus. Andererseits war die Partei im Februar 1934 von Dollfuss ohnehin zerschlagen worden. Die meisten ihrer Führer befanden sich im Exil, im Gefängnis, in der Illegalität, oder sie verhielten sich politisch passiv. Die Nationalsozialisten bemühten sich um den gemäßigten Flügel der SPÖ und bewogen deren führende Figur Karl Renner, am 3. April öffentlich zu erklären, dass er bei dem bevorstehenden Plebiszit mit «ja» stimmen werde. Und in einer Unterredung, die der unermüdliche Franz von Papen vermittelt hatte, akzeptierte Kardinal Innitzer, der Führer der österreichischen Katholiken, die persönliche Zusicherung Hitlers, dass die Kirche und ihre Einrichtungen einschliesslich der Schulen nicht angetastet würden. Innitzer, der bereits geneigt war, im Nationalsozialismus die beste Abwehr gegen den drohenden Bolschewismus zu sehen, gab gemeinsam mit anderen österreichischen Prälaten am 18.



Karte 19: Der «Anschluss» Österreichs 1938

März eine Erklärung für die Vereinigung ab, die er eigenhändig noch mit einem «Heil Hitler!» versah.⁸⁹ Organisiert von Josef Bürckel, der bereits die Saarabstimmung vorbereitet hatte, wurde die Abstimmung mit einer Wahl verbunden, bei der auf dem Wahlzettel die vom Führer erstellte Liste der Kandidaten für den grossdeutschen Reichstag stand. Die Abstimmung fand am 10. April statt und war mit massiven Manipulationen und Einschüchterungen verbunden. Die bei solchen Veranstaltungen üblichen 99,75 Prozent der österreichischen Wähler unterstützten den «Anschluss», auch wenn nach einigen Gestapoberichten zu urteilen nur ein Viertel bis ein Drittel der Wiener Wähler tatsächlich für die Vereinigung waren.⁹⁰

Die Österreicher stellten bald fest, was die Eingliederung in das Dritte Reich für sie praktisch bedeutete. Die Post, die Bahn, das Bankensystem, die Währung und alle anderen wirtschaftlichen Institutionen wurden von ihren deutschen Pendanten übernommen; die Steuersysteme wurden mit Wirkung vom 1. Januar 1940 zusammengelegt. Innerhalb von zwei Tagen nach dem «Anschluss» war die österreichische Wirtschaft der Organisation des Vierjahresplans unterstellt worden. Die Vertreter deutscher Firmen reisten an, um alle österreichische Unternehmen zu übernehmen, die von den wirtschaftlichen Leitern des Plans als zu umständlich und ineffizient beurteilt wurden. Teile der österreichischen Wirtschaft befanden sich natürlich bereits in deutschem Besitz, doch die Zusammenlegung löste weitere Käufe aus. In Linz wurde ein riesiges Hermann-Göring-Werk errichtet, um die reichen österreichischen Eisenerzlager auszubeuten. Die Kraftstoff- und die Eisenproduktion erhöhten sich spürbar. Die beträchtlichen Gold- und Devisenreserven des Landes fielen ebenfalls an das Reich und trugen eine Zeitlang zur Entlastung seiner Reserven bei. Die Erweiterung der deutschen Grenzen in Richtung Südosten begünstigte den Handel mit den Balkanländern. Österreich stellte auch Arbeitskräfte im Rahmen des Vierjahresplans zur Verfügung. Die Eingliederung in die bereits überhitzte deutsche Wirtschaft brachte den Österreichern manche Vorteile; die Arbeitslosigkeit ging drastisch zurück, und der Zustrom von deutschen Soldaten und Verwaltern erhöhte die lokale Nachfrage. Doch die wirtschaftlichen Probleme Österreichs verschwanden nicht über Nacht, und die höheren Löhne in Deutschland reichten als Anreiz nicht aus, arbeitslo-

se Facharbeiter aus den österreichischen Provinzen anzulocken. Um dem Facharbeitermangel in Deutschland abzuwehren und den hohen Stand an arbeitslosen Facharbeitern in Österreich abzubauen beschloss Göring, eine Zwangsrekrutierung von Arbeitskräften einzuführen. Eine entsprechende Verordnung wurde am 22. Juni 1938 erlassen, und im folgenden Jahr wurden 100'000 österreichische Arbeiter zwangsausgehoben, um im «Altreich» zu arbeiten, darunter 10'000 Techniker. Ihre erzwungene Abwanderung, die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Österreich selbst und die Aufnahme aller österreichischen Arbeiter in die Deutsche Arbeitsfront und die Organisation Kraft durch Freude wirkten sich ebenfalls dämpfend auf die Arbeiteropposition aus.⁹¹

Doch die Nationalsozialisten gingen kein «Risiko» ein. Unter den ersten in Wien waren Himmler und Heydrich, die eine Gruppe von Gestapooffizieren mitbrachten, um jegliche Opposition auszuschalten. Während viele führende Männer des vorherigen Regimes ins Exil gingen, lehnte Exbundeskanzler Schuschnigg dies ab und wurde verhaftet; er verbrachte den Rest des Dritten Reiches in «Schutzhaft». Papens Sekretär Wilhelm von Ketteier wurde von der Gestapo abgeführt; wenige Tage später fand man seinen leblosen Körper in einem Kanal. Der ehemalige Führer der Heimwehren, Major Fey, der eine führende Rolle bei der Niederschlagung des Aufstands der österreichischen Nationalsozialisten 1934 gespielt hatte, beging mitsamt seiner Familie Selbstmord. 2555 Offiziere wurden in den vorzeitigen Ruhestand und eine noch grössere Zahl in den Verwaltungsdienst versetzt. Von diesen Massnahmen waren über 40 Prozent des Offizierskorps betroffen. Der Rest der österreichischen Armee wurde auf deutsche Truppenteile verteilt, womit die militärische Identität der Österreicher vollständig getilgt war. Der für die Polizei zuständige Staatssekretär für Sicherheit wurde durch den Chef der österreichischen SS Ernst Kaltenbrunner ersetzt, während Otto Steinhäusl, der bei dem fehlgeschlagenen Putsch 1934 eine Schlüsselrolle gespielt hatte, zum neuen Wiener Polizeichef ernannt wurde. 6'000 deutsche Polizeiwachtmeister wurden als Verstärkung eingesetzt, ebenso eine grössere Zahl von Gestapobeamteten. Doch im Allgemeinen war es nicht notwendig, die österreichische Polizei gründlich zu «säubern». Viele ihrer Beamten waren heimliche Nazis. Bereitwil-

lig übergaben sie die ausführlichen und detaillierten Listen mit den Namen «oppositioneller Elemente», die unter Dollfuss und Schuschnigg erstellt worden waren. Die Gestapo verlor keine Zeit und verhaftete in der Nacht vom 12. auf den 13. März alle, von denen sie annahm, sie stellten für die nationalsozialistische Herrschaft eine Bedrohung dar, insgesamt rund 21'000 Personen. Im Konzentrationslager Dachau wurden neue Unterbringungsmöglichkeiten für diese Häftlinge geschaffen. Die meisten der Verhafteten wurden später im selben Jahr wieder entlassen; bei Jahresende befanden sich nur noch 1'500 in Haft. Bis fast zum Kriegsende sollte es in Österreich keine nennenswerte Opposition geben. Inzwischen liess Himmler ein neues Lager in Mauthausen nahe Linz errichten, wo Häftlinge aus dem ganzen Reich Steine für die Bauwerke Speers brechen mussten. Es sollte sich als das härteste aller Lager auf dem Territorium Grossdeutschlands bis zum Überfall auf die Sowjetunion 1941 erweisen. Der Wiener Stadtrat stellte das Gelände unter der Bedingung zur Verfügung, dass auch einige Steine für die Pflasterung der Strassen der Stadt abfielen.⁹²

Die furchtbarste Unterdrückung von allen mussten jedoch die Juden Österreichs erdulden, von denen die allermeisten – 170'000 von knapp 200'000 – in Wien lebten. Bei den österreichischen Nationalsozialisten, die jahrelang durch ein Leben in der Illegalität frustriert worden waren, hatte sich ein Ausmass von Hass und Aggression aufgestaut, das alles in den Schatten stellte, was man bisher an antisemitischen Gewalttaten vom Dritten Reich gewöhnt war. Fanatische Nazis triumphierten über das, was jemand als «die Befreiung Wiens von der jüdischen Fremdherrschaft» bezeichnet hatte, und verkündete eine «Generalreinigung für das verjudete Österreich».⁹³ Alle verschiedenen Phasen der antisemitischen politischen Programme und Massnahmen, die sich im Lauf der Jahre in Deutschland entwickelt hatten, wurden jetzt gleichzeitig auf Österreich übertragen und konzentrierten sich in einem einzigen Ausbruch von fanatischem Hass und Gewalt. Die neuen nationalsozialistischen Herrscher des Landes führten sogleich alle antisemitischen Gesetze des «Altreichs» einschliesslich des «Arierparagraphen» und (im Mai 1938) der Nürnberger Gesetze ein. Juden wurden von einem Tag auf den anderen aus dem Staatsdienst und den akademischen Berufen ausgeschlossen. Ein eigener bürokratischer Apparat –

die «Vermögensabgabestelle» mit 500 Mitarbeitern – sollte die «Arisierung» und «Entjudung» jüdischer Unternehmen durchführen. Ein grosser Teil der jüdischen Geld- und Sachwerte fand seinen Weg in die Hände alter österreichischer Nazis, die diese als Entschädigung für die Jahre der erlittenen Unterdrückung unter Schuschnigg ansahen (obwohl die Juden daran überhaupt keinen Anteil gehabt hatten).⁹⁴ Bis zum Mai 1938 waren bereits 7'000 von 33'000 Unternehmen in jüdischem Besitz liquidiert; bis zum August kamen 23'000 weitere hinzu. Die verbliebenen Betriebe wurden «arisiert». Den offiziellen Aktionen waren in vielen Fällen gewalttätige «Einzelaktionen» vorausgegangen. Kurz nach dem «Anschluss» wurde Franz Rothenberg, Vorstandsmitglied der Kreditanstalt, der bedeutendsten Bank Österreichs, in einem Auto entführt und während der Fahrt aus dem Wagen geworfen. Isidor Pollack, der Generaldirektor der Pulverfabrik Skoda-Wetzler, wurde von SA-Männern während einer «Durchsuchung» seiner Wohnung zu Tode getreten; seine Firma wurde von der I.G. Farben übernommen, während die Kreditanstalt der Deutschen Bank in die Hände fiel.⁹⁵

Während dieser Vorgänge brachen österreichische Nationalsozialisten in jüdische Häuser und Wohnungen ein, plünderten das Inventar und trieben die Bewohner auf die Strassen, wo sie sich unter Flüchen und Schlägen aufstellen mussten und abgeführt wurden, um nazifeindliche Parolen an den Hauswänden zu entfernen. Bald wurde eine neue Variante dieses «Sports» entdeckt: Die Juden mussten auf Strassen und Bürgersteigen knien und österreichische Kreuze und andere Symbole wegwaschen, die von Patrioten mit Farbe oder Kreide aufgemalt waren, während sie von den Umstehenden höhnisch angefeuert wurden. Häufig wurden sie mit kaltem Wasser überschüttet, umgestossen oder getreten, während sie ihre demütigende Arbeit verrichteten. «Tag für Tag», schrieb George Gedye, der Wiener Korrespondent des Londoner *Daily Telegraph*,

«zerrten SA-Männer, umringt von drängelnden, hämischen und lachenden Pöbelhaufen ‚goldener Wiener Herzen‘, Juden aus Geschäften, Büros und Wohnungen, Männer und Frauen, drückten ihnen Scheuerbürsten in die Hand, die ordentlich in Salmiak getaucht wurden, und dann mussten sie sich hinknien und sich stundenlang der hoffnungslosen Aufgabe widmen, die Schuschniggpropaganda zu entfernen. Das alles konnte ich von meinem Bürofens-

ter aus beobachten, das zum Graben hinausging. (Wenn gerade nichts zum Putzen da war, habe ich gesehen, wie die Nazis selbst etwas auf den Boden schmierten, das die Juden dann wieder wegmachen mussten.) ... Jeden Morgen in der Habsburgergasse wurden die SS-Trupps informiert, wieviel Juden sie heute für niedere Arbeiten zusammentreiben mussten... Die beliebteste Aufgabe war das Reinigen der Toilettenschüsseln in den SS-Baracken, was die Juden mit blossen Händen tun mussten.»⁹⁶

Andere Juden, die ihren alltäglichen Geschäften auf der Strasse nachgingen, wurden straflos angegriffen und ihrer Brieftaschen und Pelzmäntel beraubt und anschliessend verprügelt.⁹⁷

Am 17. März machte selbst Heydrich den Vorschlag, alle Nationalsozialisten, die bei solchen Taten beobachtet wurden, von der Gestapo festnehmen zu lassen. Doch erst ab dem 29. April, als den SA-Führern mit Entlassung gedroht wurde, wenn sie weiterhin solche Übergriffe duldeten, liessen diese Gewalttaten allmählich nach. In den Wochen davor hatten die Nationalsozialisten damit begonnen, offiziell die Wohnungen und Häuser von Juden zu beschlagnahmen: Bis Ende 1938 waren 44'000 von 70'000 «arisiert» worden. Ausserdem begannen sie mit der Zwangsvertreibung jüdischer Gruppen in einer Art und Weise, die wesentlich direkter war, als es die Methoden im «Altreich» gewesen waren. In dem kleinen Burgenland im Osten an der Grenze zu Ungarn beschlagnahmten die neuen Herren die Häuser und Grundstücke der 3'800 Mitglieder der dortigen alteingesessenen jüdischen Gemeinschaft, schlossen alle jüdischen Geschäfte und Betriebe, verhafteten die Gemeindeältesten und nahmen die Schaffung einer Sicherheitszone entlang der Grenze zum Vorwand, um alle dort ansässigen Juden zu vertreiben. Viele Juden wurden auf das Polizeirevier gebracht und dort so lange geschlagen, bis sie Dokumente unterschrieben, auf denen sie auf ihr gesamtes Vermögen verzichteten. Die Polizei beförderte sie an die Grenze und zwang sie, in die Nachbarländer – Ungarn, Tschechoslowakei oder Jugoslawien – zu gehen. Da diese Länder sich jedoch in der Regel weigerten, sie aufzunehmen, irrten viele Juden ziellos im Niemandsland umher. 51 von ihnen wurden ohne viel Umstände einfach auf einer Sandinsel mitten in der Donau ausgesetzt, ein Zwischenfall,

der in der Weltpresse Aufsehen erregte. Die Mehrzahl der Unglücklichen floh zu Freunden und Verwandten in Wien. Ende 1938 wohnten keine Juden mehr im Burgenland. Zum Teil in einer Reaktion auf diese Massenfucht verhaftete die Gestapo in Wien zwischen dem 25. und 28. Mai etwa 1'900 Juden, die ein wenn auch noch so unbedeutendes Vorstrafenregister hatten, und liess sie nach Dachau verbringen, wo sie gesondert untergebracht und besonders brutal misshandelt wurden. Die Polizei verhaftete ausserdem alle ausländischen und sogar deutschen Juden, die in Wien wohnten, und wies sie aus. Insgesamt wurden bis zum November 1938 5'000 Juden aus Österreich abgeschoben. Gleichzeitig wurden Juden, die ausserhalb der Hauptstadt lebten, unter Zwang nach Wien gebracht. Alle diese Massnahmen erzeugten unter der jüdischen Bevölkerung Österreichs eine Panik. Hunderte begingen aus Verzweiflung Selbstmord. Tausende weitere versuchten mit allen Mitteln das Land zu verlassen. Um diesen Prozess zu beschleunigen, richteten die Nationalsozialisten am 20. August 1938 eine «Reichszentrale für jüdische Auswanderung» ein.⁹⁸

Geführt wurde sie von Adolf Eichmann, einem Mann, der später wegen seiner Rolle bei der Vernichtung der europäischen Juden während des Kriegs berüchtigt wurde. Seine Laufbahn verdient deshalb eine genauere Beachtung in jenem Augenblick 1938, als er erstmals eine gewisse Prominenz erlangte, nicht zuletzt, weil die Verfahren, die er hier entwickelte, später in weit grösserem Umfang angewandt wurden. Eichmann stammte eigentlich aus dem Rheinland. Geboren 1906 hatte er in Österreich gelebt, seit sein Vater ein Jahr vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs nach Linz versetzt worden war. Von bürgerlicher Herkunft und Erziehung, hatte Eichmann dennoch kein Hochschulstudium absolviert, sondern mit Hilfe seines Vaters eine Stellung in der Verkaufsabteilung eines Elektrizitätsunternehmens gefunden; zwei Jahre später ging er nach Wien zu einer Ölfirma, wo er fünfeinhalb Jahre lang als Handelsvertreter tätig war. Als Angehöriger der kleinen protestantischen Minderheit in Österreich identifizierte er sich stark mit dem grossdeutschen Nationalismus, schloss sich in jungen Jahren der Wandervogelbewegung an und pflegte engeren Umgang mit rechten Nationalisten, insbesondere mit der Familie Kaltenbrunner, bürgerliche Anhänger der Grossdeutschen Volkspartei. 1932 trat er in die österreichische NSDAP ein und geriet unter den Einfluss von Ernst Kalten-

brunner, einem 29jährigen Rechtsassessor und ehemaligen Burschenschaftler. Kaltenbrunner war ein überzeugter Antisemit, der sich 1930 der österreichischen SS angeschlossen hatte, und 1932 bewog er Eichmann, ebenfalls in die SS einzutreten. Nachdem er während der Weltwirtschaftskrise seine Arbeitsstelle verloren hatte, zog Eichmann im August 1933 nach Deutschland und unterwarf sich einer intensiven körperlichen und weltanschaulichen Schulung in zwei SS-Lagern. Im Herbst 1934 kam er zu Heydrichs SD nach Berlin, wo er zunächst Informationen über das Freimaurerwesen in Deutschland sammelte. Dank seines Fleisses und seiner Effizienz machte er schnell Karriere. 1936 arbeitete er im Judenreferat des SD, wo er Informationsmaterial über den Zionismus, Emigration und ähnliche Themen erstellte und das «Ethos» eines radikalen, «rationalen» Antisemitismus in sich aufnahm.⁹⁹

Eichmann traf am 16. März 1938 in Wien zusammen mit einer Sondereinheit ein, er hatte eine Liste prominenter Juden dabei, die verhaftet werden sollten. Der SD war sich darüber im Klaren, dass die geordnete Durchführung einer Zwangsemigration die Mitarbeit jüdischer Führer erforderte, zumal wenn die ärmsten Juden, denen die Mittel fehlten, abzureisen und woanders ein neues Leben zu beginnen, in den Plan einbezogen werden sollten. Eichmann befahl die führenden Mitglieder der jüdischen Gemeinde aus ihren Zellen zu einem Gespräch und entschied sich für Josef Löwenherz, einen angesehenen Rechtsanwalt, als den für seine Zwecke am besten geeigneten Mann. Er schickte ihn mit der Anweisung in seine Zelle zurück, dass er erst entlassen werde, nachdem er einen Plan für die Massenauswanderung der österreichischen Juden aufgestellt habe. Dem Ersuchen des Anwalts um ein gestrafftes System der Bearbeitung der Auswanderungsanträge ohne die Schikanen und bewussten Verzögerungen, wie sie bis dahin üblich gewesen waren, wurde innerhalb kurzer Zeit stattgegeben. Eichmann führte eine geordnete Methode zur Bearbeitung der Anträge ein und erreichte, dass die beschlagnahmten Vermögenswerte der jüdischen Gemeinde und ihrer Mitglieder von der Zentralstelle dazu benutzt würden, die Auswanderung der armen Juden zu bezuschussen. In Pank versetzt durch kursierende Horrorgeschichten über die Misshandlung der österreichischen Juden, die in Dachau inhaftiert waren, durch die sys-

tematischen Beschimpfungen durch das Personal der Zentralstelle und durch den anhaltenden Terror auf der Strasse, standen die Juden Österreichs zu Tausenden Schlange, um Ausreisevisa zu erhalten. Löwenherz und anderen Juden, die für die Arbeit in der Zentralstelle in Anspruch genommen wurden, drohte die SS wiederholt mit einer Deportation nach Dachau, wenn sie nicht bestimmte vorgegebene Quoten erfüllten. Wie Eichmann später stolz meldete, bestand das Ergebnis darin, dass bis zum Mai 1939 an die 100'000 österreichische Juden legal ausgewandert waren, während mehrere Tausend weitere die Grenze illegal überschritten hatten, von denen viele schliesslich nach Palästina gelangten. Nachdem er befördert worden war und in seiner neuen Machtstellung schwelgte, wurde Eichmann im Umgang mit einzelnen Juden grob und brutal. Seine Zentralstelle mit ihrer Fliessbandbearbeitung der Ausreiseanträge, der Plünderung jüdischer Vermögenswerte zur Finanzierung der Ausreise von mittellosen Juden, ihre Anwendung von Terror und ihre Verwendung jüdischer Kollaborateure, das alles wurde zu einem Modell für den SD in seinem künftigen Umgang mit Juden.¹⁰⁰

V

Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich mit seinen begleitenden judenfeindlichen Exzessen gab dem Antisemitismus in ganz Deutschland einen enormen Schub. Abgesehen von allem übrigen glich der Zuwachs von 200'000 Juden zur Bevölkerung des Dritten Reiches die Zahl der Juden, die zwischen März 1933 und März 1938 Deutschland unter Zwang verlassen hatten, mehr als aus.¹⁰¹ Es sah fast so aus, als seien alle Anstrengungen in dieser Richtung vergeblich gewesen. Deshalb machten sich die Nationalsozialisten daran, mit noch grösserer Entschlossenheit als bisher den Prozess der Zwangsemigration zu beschleunigen. Ohne das österreichische Beispiel und die Gefühle des Triumphs und der Unverwundbarkeit, die es den Parteiaktivisten einflösste, lässt sich die erneute Welle der Gewalt gegenüber den Juden, die im Sommer 1938 über das ganze Land rollte und im Novemberpogrom kulminierte, nicht verstehen. Die ganze Wucht des Pogroms machte sich auch in Österreich bemerkbar. In

Wien gingen 42 Synagogen in Flammen auf, die meisten der noch verbliebenen Geschäfte von Juden wurden zerstört, und fast 2'000 jüdische Familien wurden kurzerhand aus ihren Häusern und Wohnungen vertrieben. Eine Abteilung der SS demolierte am 10. November die Gemeinschaftsgebäude der Wiener jüdischen Gemeinde und die zionistischen Büros. Eichmann beschwerte sich, dass der Pogrom die geordnete Durchführung der Auswanderung beeinträchtigt habe, doch tatsächlich wusste er sehr gut, dass dessen eigentliche Intention darin bestand, den ganzen Prozess durch ein spektakuläres Ausmass des Massenterrors zu beschleunigen, und tatsächlich war dies die hauptsächliche Wirkung des Pogroms in Österreich und anderswo.¹⁰²

Fast ebenso auffällig war der Impuls, der von der Annexion Österreichs und der Enteignung seiner jüdischen Gemeinde für die kulturellen Ambitionen der führenden Nationalsozialisten ausging. Sie konfiszierten zahlreiche bedeutende Kunstsammlungen einschliesslich denen der Rothschilds, die das Reichsfinanzministerium schliesslich nach und nach verkaufte und den Erlös gegen nachträglich auferlegte Steuern verrechnete. Dem Bürgermeister von Nürnberg gelang es, für die Stadt die Kronjuwelen des Heiligen Römischen Reiches zu sichern, die 1794 von Nürnberg nach Wien gebracht worden waren, und er wollte sie beim kommenden Reichsparteitag zur Schau stellen. Kunsthändler sammelten sich in der Nähe der geraubten Sammlungen wie Geier um einen Kadaver. Hermann Göring verbot weitere Verkäufe und Exporte, da er einige der Stücke selbst erwerben wollte. Doch der eigentliche Vorreiter beim Plündern war der «Führer» persönlich. Ein Besuch in Rom 1938 überzeugte ihn, dass Grossdeutschland ebenfalls eine bedeutende Hauptstadt der Kunst benötige, wobei er an Linz dachte, die Stadt seiner Kindheit. Am 26. Juni beauftragte er den Kunsthistoriker und Direktor des Dresdner Museums Hans Posse, eine Sammlung für ein geplantes Kunstmuseum in Linz aufzubauen. Am 24. Juli wurde die österreichische Regierung unter Bürckel von Bormann informiert, dass alle konfiszierten Kunstsammlungen für Posse oder Hitler persönlich zur Verfügung gestellt werden müssten; bis zum Oktober war es Posse gelungen, auch die Rothschildsammlungen zu sichern. Die Plünderung des europäischen Kulturerbes hatte begonnen.¹⁰³

Diese Raubzüge blieben den meisten Deutschen verborgen. Ihre unmittelbaren Reaktionen auf die Annexion Österreichs waren gemischt. Sie zeigten dasselbe Muster wie bei früheren Anlässen, etwa der Besetzung des Rheinlands 1936: Nationaler Stolz mischte sich mit Nervosität und selbst Panik aus Angst vor einem allgemeinen Krieg. Nach einigen Berichten zu urteilen war das Letztere die sichtbarste unmittelbare Reaktion, die sehr bald einer nationalistischen Begeisterung Platz machte, als die Passivität der übrigen europäischen Grossmächte erkennen liess, dass es keinen Krieg geben würde, zumindest nicht aus diesem Anlass. «Hitler ist ein Meister der Politik», war eine verbreitete Ansicht, «ja, er ist wirklich ein grosser Staatsmann, er ist grösser als Napoleon, denn er erobert die Welt ohne Krieg.» Der friedliche Verlauf der Annexion war hier der entscheidende Faktor. Die Arbeiter mochten deprimiert sein über das Fehlen einer sozialistischen Opposition («wo blieb das rote Wien?»), doch viele waren auch tief beeindruckt von Hitlers Coup ohne Blutvergiessen: «Er ist halt doch ein Kerl.»¹⁰⁴

Die Reaktion des Publikums auf Hitlers Rede in Wien am 15. März 1938 war im Urteil eines Augenzeugen

«eine gewaltige Begeisterung und Freude über diesen Erfolg... der Jubel kannte fast keine Grenzen mehr... Selbst Kreise, die sich bisher gegen Hitler kühl oder ablehnend verhalten haben, gestanden nun ganz hingerissen ein, dass Hitler doch ein grosser und kluger Staatsmann sei, der Deutschland aus der Niederlage von 1918 wieder zu Grösse und Ansehen emporführen werde.»¹⁰⁵

Die Annexion Österreichs steigerte Hitlers Popularität in ungeahnte Höhen. Bürgerliche Nationalisten waren hingerissen, mochten sie auch weiterhin Vorbehalte gegenüber anderen politischen Massnahmen des Regimes haben.¹⁰⁶ Die Vereinigung Österreichs mit Deutschland war in den Worten von Luise Solmitz in ihrem Tagebuch «Weltgeschichte ... die Erfüllung meines alten deutschen Traumes, ein wahrhaft geeintes Deutschland, durch einen Mann, der nichts fürchtet, Kompromisse, Hindernisse, Schwierigkeiten nicht kennt». Mit wachsender Erregung hörte sie die Nachrichten im Radio und verzeichnete jeden Schritt, jede Rede in einem Geist wachsender Begeisterung trotz aller Probleme, unter denen ihre Fa-

milie zu leiden hatte, weil sie mit einem Juden verheiratet war. «Es ist alles wie ein Traum», schrieb sie, «man ist ganz herausgerissen aus der eigenen Welt und aus sich selbst... Man muss sich erst besinnen, dass man selbst von der Volksgemeinschaft ausgeschlossen ist wie ein Verbrecher, ein Unwürdiger.»¹⁰⁷ Victor Klemperer war verzweifelt: «Wir werden das Ende des dritten Reiches nicht erleben», schrieb er am 20. März 1938. Und er vermerkte, «seit gestern klebt an jedem Pfeiler unseres Zauns ein breiter gelber Zettel mit Davidstern: *Jude.*»¹⁰⁸

Bei Hitler selbst führte der Erfolg der Annexion zu einer weiteren Stärkung seines Selbstbewusstseins, die Gewissheit, dass er von der Vorsehung auserwählt sei, die Überzeugung, dass er nichts falsch machen könne. Seine Reden zu jener Zeit enthalten immer wieder Hinweise auf seinen eigenen schicksalsbestimmten Rang als Vollbringer der Wiedergeburt Deutschlands. Es gab jetzt keinen mehr, der ihn aufhalten konnte. Die Wehrmacht, noch immer in einem Zustand der Lähmung und – in Teilen des Offizierskorps – der Desillusion nach der Blomberg-Fritsch-Affäre, hatte keine Antwort auf diesen grandiosen Erfolg. Selbst jene Offiziere, die nunmehr überzeugt waren, dass Hitler sie langfristig in den Abgrund führen werde, fühlten sich nicht in der Lage, angesichts der enormen Popularität, die Hitler in der Bevölkerung genoss, irgendetwas Konkretes zu unternehmen. Hitler hatte bereits die Tschechoslowakei im Auge, angetrieben von Ribbentrop, der ihm unbekümmert versicherte, dass England nicht eingreifen werde. Die Reaktion der übrigen europäischen Grossmächte auf die Annexion Österreichs war so schwach ausgefallen, dass es scheinbar keinen Grund gab, warum nunmehr nicht die Annexion der Tschechoslowakei in Angriff genommen werden sollte, ein Zwischenziel, das Hitler bei jener Konferenz 1937 verkündet hatte, von der sein Adjutant Oberst Hossbach das später berühmte «Protokoll» angefertigt hatte.¹⁰⁹

In seiner Rede vor dem Reichstag am 18. März 1938 warnte Hitler mit einer emotionalen Rhetorik, «man möge vor allem begreifen, dass ein grosses Volk von Ehrgefühl auf die Dauer nicht einer fortgesetzten Unterdrückung grosser Millionenmassen von Angehörigen seines eigenen Blutes untätig zusehen kann». Am 28. März, inmitten einer Kampagne öffentlicher Reden und Kundgebungen für das am 10. April stattfindende Plebiszit in Verbindung mit allgemeinen Wahlen kam es zu einer Unterredung

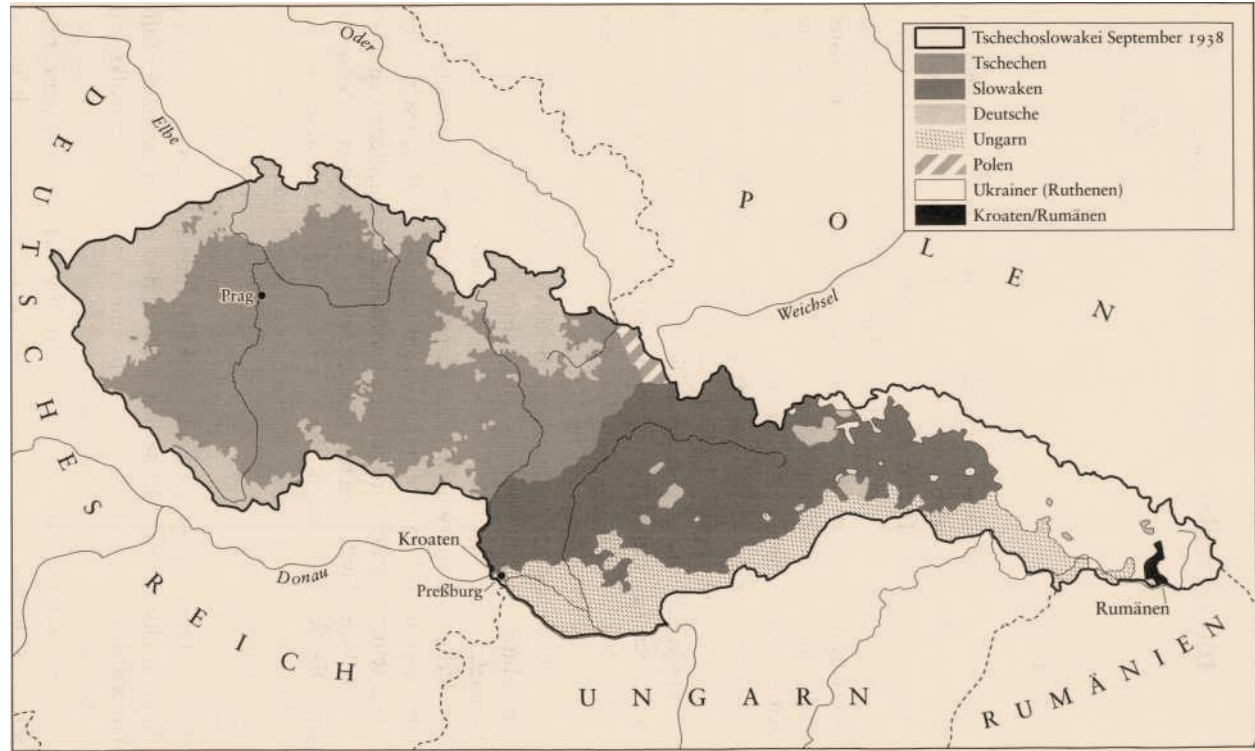
zwischen Hitler und Konrad Henlein, dem Führer der Sudetendeutschen Partei, einer von der NSDAP unterstützten Organisation, die behauptete, die deutsche Minderheit in der Tschechoslowakei zu repräsentieren. Die Partei, sagte Hitler müsse eine Zusammenarbeit mit der tschechischen Regierung vermeiden. Es komme vielmehr darauf an, «ein Maximalprogramm aufzustellen, das als letztes Ziel den Sudetendeutschen die volle Freiheit gewähre».¹¹⁰ Der Umsturz der Tschechoslowakei nahm seinen Lauf. Sein letztes Ziel war die vollständige Zerschlagung des tschechoslowakischen Staats und seine Einverleibung in das Deutsche Reich in irgendeiner Form. Nur so konnten die Grenzen Deutschlands in einer Weise neu geordnet werden, dass ein Sprungbrett für die Invasion Polens und Russlands und der «rassisch» neugestaltete «Lebensraum» für die Deutschen in Osteuropa geschaffen werden konnte, den Hitler seit Langem angestrebt hatte. Hitler sagte seinen Generälen und Vertretern des Auswärtigen Amtes am 28. Mai: «Es ist mein unerschütterlicher Wille, dass die Tschechoslowakei von der Landkarte verschwindet.» Zwei Tage später hiess es in einer Neufassung der «Weisung für die einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht» durch Hitler, es sei sein «unabänderlicher Entschluss, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen».¹¹¹ Zum ersten Mal hatte Hitler hier einen Kurs eingeschlagen, der nicht als die Korrektur ungerechter und rigoroser territorialer Bestimmungen in den Friedensverträgen von 1919 dargestellt werden konnte. Die Folgen dieses Schritts sollten verhängnisvoll sein.

Die Zerschlagung der Tschechoslowakei

Die tschechoslowakische Republik war eine der wenigen verbliebenen Demokratien Europas im Jahr 1938. Gestützt durch tiefwurzelnde liberale Traditionen, war es den tschechischen Vertretern bei den Friedensverhandlungen 1919 gelungen, die Unabhängigkeit zu erlangen. Der neue Staat begann im Unterschied zu seinem österreichischen Nachbarn im Süden sein Leben mit hervorragenden Aussichten, da er unter anderem über eine starke industrielle Basis verfügte. Gleich anderen Nachfolgestaaten der alten Habsburger Monarchie umfasste die Tschechoslowakei jedoch nennenswerte nationale Minderheiten, von denen die grösste aus rund drei Millionen Deutschen bestand, die überwiegend in den westlichen, nord- und südwestlichen Grenzregionen des Landes konzentriert waren. Zwar war Tschechisch die amtliche Nationalsprache, doch neun Zehntel der Volksdeutschen konnten bei Behördengängen auch weiterhin ihre Muttersprache benutzen, Deutsch war die Sprache in den von Deutschen mehrheitlich bewohnten Regionen, und die deutsche Minderheit war im tschechischen Parlament vertreten. Deutsche Parteien waren an Koalitionsregierungen beteiligt, und deutsche Muttersprachler konnten ihre eigenen Berufsziele verwirklichen, mussten jedoch Tschechisch sprechen können, wenn sie Beamte werden wollten. Die Volksdeutschen, die zunehmend als Sudetendeutsche bezeichnet wurden, da viele von ihnen im Sudetenland lebten, genossen volle individuelle Rechte als Staatsbürger in einem Land, in dem bürgerliche Freiheiten stärker respektiert wurden als in den meisten übrigen Teilen Europas. Es gab keine Garantie kollektiver Rechte für die deutschsprachige Minderheit, doch in den späten zwanziger Jahren wurde die Idee, ihnen den Status eines zweiten «Staatsvolks» zu verleihen, allgemein diskutiert.¹¹²

Zwei Faktoren machten der relativ friedlichen Koexistenz zwischen Tschechen und Deutschen zu Beginn der dreissiger Jahre ein Ende. Der

Karte 20: Ethnische Gruppen in der Tschechoslowakei 1920-1937



eine war die Weltwirtschaftskrise, von der die deutsche Minderheit besonders schlimm getroffen wurde. Konsumgüterindustrien wie die Glas- und die Textilienindustrie, in den von Deutschen bewohnten Gebieten besonders stark konzentriert, brachen zusammen. 1933 waren zwei Drittel der Arbeitslosen in der Tschechoslowakei Volksdeutsche. Das überlastete Sozialsystem des Staates überantwortete viele von ihnen der Armut und Not. Zu diesem Zeitpunkt kam die Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland ins Spiel, die bei einer wachsenden Zahl verzweifelter Sudetendeutscher den Blick auf das Deutsche Reich lenkte, als die deutsche Wirtschaft sich bedingt durch das Aufrüstungsprogramm zunehmend erholte, während ihr tschechisches Pendant noch immer in der Depression verharrte. Unter diesen Umständen sammelten sich die Volksdeutschen in der Sudetendeutschen Partei, die wirtschaftliche Verbesserungen auf der Grundlage einer regionalen Autonomie forderte, während sie gleichzeitig ihre Loyalität gegenüber dem tschechischen Staat bekundete und eine vorsichtige Distanz zu den Nationalsozialisten jenseits der Grenzen zu Deutschland hielt. Der Parteiführer Konrad Henlein, von Beruf Lehrer, geriet zunehmend unter den Druck ehemaliger Mitglieder verbotener deutschnationaler Extremistengruppen, die im Frühjahr 1933 seiner Heimatfront beitraten. Spätestens 1937 hatten sie dank Hitlers aussenpolitischen Erfolgen die Oberhand gewonnen. Bei den Wahlen von 1936 errang die Partei unter den Volksdeutschen 63 Prozent der abgegebenen Stimmen. Im Frühjahr 1937 machte die tschechische Regierung, welche die Gefahr erkannte, eine Reihe wichtiger wirtschaftlicher Zugeständnisse, liess Volksdeutsche zum Staatsdienst zu und vergab Regierungsaufträge an sudetendeutsche Firmen. Doch es war bereits zu spät. Jetzt flossen Gelder aus Berlin in die Kassen der Partei, und mit diesem finanziellen Hebel war die deutsche Regierung in der Lage, Henlein auf eine Politik einzuschwören, das Sudetenland vom übrigen tschechoslowakischen Staat abzulösen.¹¹³

Im Frühjahr 1938 wurde die Sudetendeutsche Partei gewalttätig, nachdem ihre ungeduldrigen Erwartungen durch die Annexion Österreichs noch gesteigert worden waren. Dank einer massenhaften Einschüchterung ihrer Gegner bei lokalen Wahlen konnte sie einen Stimmenzuwachs auf 75 Prozent verzeichnen.¹¹⁴ Als der Druck aus Berlin verstärkt wurde, stimmte die

tschechische Regierung dem Prinzip einer sudetendeutschen Autonomie zu und bot weitere wirtschaftliche Erleichterungen an, doch es nutzte alles nichts.¹¹⁵ Henlein wollte die Abtrennung, und Hitler wollte den Krieg. Die Invasion der Tschechoslowakei freilich, wo die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Hitler, den Nationalsozialismus und die Idee einer deutschen Annexion kompromisslos ablehnte, war etwas ganz anderes als der Einmarsch in Österreich, wo die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung dies alles oder einen Teil davon mehr oder weniger befürwortete. Die Tschechoslowakei war ein grösseres, reicheres und mächtigeres Land als Österreich, mit einer grossen Rüstungsindustrie, zu der unter anderem die Skodawerke gehörten, eines der führenden Rüstungsunternehmen Europas. Im Gegensatz zur österreichischen Armee, die klein, kaum gefechtsbereit und in ihrer Einstellung zu Deutschland tiefgespalten war, handelte es sich bei der tschechischen Armee um eine ernst zu nehmende, disziplinierte und gut ausgerüstete Streitmacht, vereint in ihrer Entschlossenheit, gegen eine deutsche Invasion Widerstand zu leisten. Die deutschen Generäle waren bereits vor dem Einmarsch in das Rheinland und der Annexion Österreichs nervös gewesen. Als sie jetzt von Hitlers Absichten hörten, die Tschechoslowakei zu zerschlagen, bekamen sie es mit der Angst zu tun. Nicht nur dass die militärischen Vorbereitungen unzureichend und die Rüstung hinter dem Plansoll zurücklag, sondern auch die Wahrscheinlichkeit einer Intervention des Auslands und eines allgemeinen Kriegs waren weitaus grösser als zuvor. Schliesslich war die Tschechoslowakei formell mit Frankreich verbündet, und die deutsche Invasion liess sich kaum als etwas anderes darstellen denn als einen Akt der Aggression gegen einen souveränen Staat, in dem Deutschland – anders als im Fall Österreichs – in den Augen der übrigen Welt keinen Anspruch auf Oberhoheit hatte.¹¹⁶

Zwar hatten die Generäle keine prinzipiellen Einwände gegen eine Unterwerfung der Tschechoslowakei, die geostrategisch gefährlich in das neugeschaffene Grossdeutsche Reich hineinragte. Hass und Verachtung gegenüber Slawen und Demokraten verschmolzen in ihrem Denken mit einem umfassenderen Glauben an die schliessliche Schaffung eines deutschen Reichs in Ostmitteleuropa. Ausserdem würde die Kontrolle über die tschechische Rüstungsindustrie, Zehntausende Facharbeiter und eine Fülle

von Rohstoffen die zunehmend angespannte wirtschaftliche Lage auf diesem Gebiet entlasten. Das alles trug in den Augen Görings, dessen Prestige durch die Annexion Österreichs stark gestiegen war, zur strategischen Bedeutung der Tschechoslowakei bei. Doch Göring und die Generäle waren nicht davon überzeugt, dass dies der richtige Augenblick für einen Schlag gegen die Tschechoslowakei sei. Nach ihrem Urteil war es ein leichtsinniger, tollkühner Akt, mit dem Hitler das hohe Risiko eines allgemeinen Kriegs einginge, auf den Deutschland nach ihrer Überzeugung gar nicht vorbereitet war. Es wäre viel klüger abzuwarten, den Druck weiter zu erhöhen und den Tschechen immer weitere Zugeständnisse abzutrotzen. Ihre Zweifel verstärkten sich, als sich abzeichnete, dass England diesmal nicht abseits bleiben würde. Als Goebbels eine massive Propagandakampagne entfesselte, voller Horrorgeschichten über die angebliche Misshandlung von Sudetendeutschen durch die Tschechen, fühlten die hohen Wehrmachtsgeneräle, dass es bald zu einer kritischen Situation kommen würde.¹¹⁷

Am 5. Mai wurde Hitler vom Chef des Generalstabs des Heeres, General Beck, darüber informiert, dass Deutschland nicht in der Lage sei, einen Krieg zu gewinnen, falls England, was Beck für wahrscheinlich hielt, zum Schutz der Tschechen intervenieren sollte. Später im selben Monat wiederholte er seine Warnungen mit grösserem Nachdruck, und am 16. Juli übermittelte Beck den ranghohen Generälen eine Denkschrift, in der er vor den schlimmen Folgen warnte, falls es tatsächlich zur Invasion kommen sollte. Er erörterte sogar die Idee, die Spitzen des Generalstabs dazu zu bewegen, aus Protest gegen Hitlers Pläne geschlossen zurückzutreten. Die übrigen Generäle waren jedoch durch die Blomberg-Fritsch-Affäre demoralisiert. Sie waren in der traditionellen Überzeugung befangen, es sei die Pflicht des Soldaten, Befehlen zu gehorchen und sich nicht in die Politik einzumischen. Sie befürchteten, der Bruch ihres persönlichen Treueids auf Hitler sei ein unehrenhafter Akt. Zudem waren sich alle bewusst, wie stark Hitlers Prestige nach der Annexion Österreichs gewachsen war. Und obendrein stimmten sie ganz und gar mit Hitlers Ziel überein, die Tschechoslowakei anzugreifen, und kritisierten lediglich den Zeitpunkt. So teilten sie zwar viele Befürchtungen Becks, versagten ihm diesmal jedoch die Schützenhilfe. Dennoch hielt Hitler es für notwendig, bei Besprechungen

am 13. Juni und am 10. August 1938 um die Unterstützung der Offiziere zu werben. Auf seine Seite gezogen hatte er bereits den Oberbefehlshaber des Heeres, General Brauchitsch, nachdem er ihm einen langen Vortrag gehalten hatte, als er ihm Becks Denkschrift vom 16. Juli vorlegte. Die Position Becks verschlechterte sich auch dadurch, dass ein von seinem eigenen Generalstab durchgeführtes Kriegsspiel gezeigt hatte, dass die Tschechoslowakei innerhalb von elf Tagen besiegt werden konnte, was einen raschen Transport der Truppen an die Westfront ermöglichte, um dort eine Verteidigung gegen eine mögliche Militäraktion der Engländer und Franzosen aufzubauen. Einwände, der Westwall sei noch gar nicht fertiggestellt, lösten bei Hitler eine neue lange Tirade aus. England und Frankreich würden nicht intervenieren, und Fritz Todt, den er über den Kopf der Wehrmacht hinweg beauftragt hatte, den Westwall fertigzubauen, werde die Arbeiten sowieso vor Einbruch des Winters beendet haben.¹¹⁸

Nachdem er sich vollkommen isoliert sah, reichte Beck am 18. August 1938 seinen Rücktritt als Generalstabschef des Heeres ein; sein Nachfolger wurde sein bisheriger Stellvertreter, General Franz Halder. Diese Wahl schien zwar naheliegend, doch Halder war keineswegs das, was die Parteiführung in ihm sehen wollte. Der Artillerieoffizier wurde 1884 geboren und stammte aus einer fränkischen Offiziersfamilie mit starken konservativen Neigungen. Weit davon entfernt, ein williges Werkzeug der nationalsozialistischen Aggression zu sein, teilte er viele der Vorbehalte Becks gegenüber der riskanten Politik Hitlers. In dieser Einschätzung folgten ihm eine Reihe weiterer konservativer Offiziere und Diplomaten, insbesondere Admiral Wilhelm Canaris, der Chef der Abwehr des OKW, und Erwin von Witzleben, ein hoher Infanteriegeneral und Befehlshaber des Wehrkreises III Berlin. Ihre Abneigung gegen Hitlers leichtsinnige Kriegstreiberei war so gross, dass sie erste Pläne zu seinem Sturz schmiedeten. Sie schlossen sich mit einer Gruppe jüngerer Offiziere zusammen, die sich bereits zum Sturz Hitlers verschworen hatten, zu denen auch Hans Oster gehörte, ein Oberstleutnant in der Abteilung Abwehr des OKW. Und sie weiteten ihre Verschwörung auch auf Zivilpersonen aus, die notwendig sein würden, um nach dem Sturz Hitlers eine neue Regierung zu bilden, darunter etliche

Konservative, die mehr oder weniger starke Vorbehalte gegenüber dem Kurs entwickelt hatten, den das Regime eingeschlagen hatte, wie Schacht und Goerdeler, Beamte des Auswärtigen Amts wie Staatssekretär Ernst von Weizsäcker und seine Untergebenen Adam von Trott zu Solz und Hans-Bernd von Haefen sowie hohe Ministerialbeamte wie Hans Bernd Gisevius, Regierungsrat im Reichsinnenministerium, und Peter Graf Yorck von Wartenburg im Amt des Reichskommissars für Preisbildung. Die Verschwörer streckten ihre Fühler auch zu weiteren besorgten Konservativen aus und begannen mit detaillierten Planungen für den Putsch, entwarfen Truppeneinsatzpläne und diskutierten darüber, ob Hitler ermordet oder lediglich in «Schutzhaft» genommen werden sollte. Einige der Verschwörer, vor allem Goerdeler, reisten in andere Länder, insbesondere nach England, und sprachen dort gegenüber hohen Politikern, Regierungsministern, Beamten und jedermann, der sich für Hitlers kriegerische Absichten interessierte, unter vier Augen Warnungen aus. Man hörte ihnen mit Interesse zu, doch es gelang ihnen nicht, konkrete Unterstützungszusagen zu erhalten, auch wenn es ohnedies unklar bleiben musste, worin diese Unterstützung konkret hätte bestehen können.¹¹⁹

Die fundamentale Schwäche der Verschwörung lag darin, dass ihre Mitglieder im grossen und ganzen nicht etwa Hitlers Hauptziel einer Zerstückelung der Tschechoslowakei missbilligt hätten; sie wandten sich lediglich gegen seine in ihren Augen unverantwortliche Eile, mit der er das Projekt betrieb, während die deutsche Wirtschaft und die Wehrmacht für einen allgemeinen europäischen Krieg, den sie als Konsequenz befürchteten, noch gar nicht vorbereitet waren. Wenn es Hitler also gelingen sollte, sein Ziel zu erreichen, ohne einen allgemeinen Krieg zu provozieren, würde ihnen damit der Boden unter den Füßen entzogen.¹²⁰ Ausserdem hatten die Beteiligten an der Verschwörung keinen Rückhalt in der NSDAP oder innerhalb des ausgedehnten Apparats aus Organisationen, durch die sie ihre Herrschaft über Deutschland ausübte. Sowohl das Offizierskorps als auch das Auswärtige Amt, die beiden Zentren der Verschwörung, hatten in den vergangenen Monaten mehrfach an Glaubwürdigkeit eingebüsst, insbesondere im Hinblick auf Österreich. Im Reichswehrministerium liess Göring sich im Kreis von Offizieren in der Mitte der Krise vernehmen, herrsche der Geist des Defätismus. Dieser Geist müsse verschwinden.¹²¹

Wenn es Halder und seinen Mitverschwörern gelungen wäre, Hitler festzunehmen, so hätte die Wehrmacht, die von Goebbels als reaktionär bezeichnet wurde, in der Bevölkerung wenig Anklang gefunden, selbst wenn die übrigen Generäle sich ihnen angeschlossen hätten. Ein Erfolg war deshalb unwahrscheinlich. Doch die ganzen Überlegungen wurden sehr bald durch die Entwicklungen an der diplomatischen Front gegenstandslos.¹²²

II

Anfang September spitzten sich die Ereignisse zu. Anders als die Annexion Österreichs erforderte die Übernahme der Tschechoslowakei eine weitaus längerfristige Propaganda angesichts der wesentlich grösseren militärischen und internationalen Hindernisse, die Hitler im Weg standen. Er benötigte mehrere Monate, um die Einwände der Generäle zu entkräften und die militärische Planung zu entwickeln, an der er sich persönlich beteiligte, da er den Generälen nicht zutraute, dass sie diese zu seiner Zufriedenheit zustande brächten. Während des Sommers machte es der unablässige Strom antitschechischer Propaganda aus Goebbels' Ministerium für das Ausland klar, dass in Berlin eine Invasion vorbereitet wurde. Tag für Tag brachten die Zeitungen unter dicken Schlagzeilen Artikel über angebliche tschechische Greuel, die Erschiessung von unschuldigen Sudetendeutschen, «Frauen und Kinder von Panzerwagen niedergemäht», die Terrorisierung der Bevölkerung durch die tschechische Polizei, angeordnete Gasangriffe auf sudetendeutsche Dörfer und die Machenschaften der «Weltbrandstifterzentrale Prag», dem «trojanischen Pferd des Bolschewismus» in Mitteleuropa.¹²³ Die Tschechen hatten tatsächlich einen Bündnisvertrag mit der Sowjetunion, doch dieser hatte kaum eine praktische Bedeutung, wie sie bald feststellen sollten. Wesentlich wichtiger war die Tatsache, dass die Integrität der Tschechoslowakei vertraglich durch Frankreich garantiert war. Wenn Frankreich der Tschechoslowakei zu Hilfe kam, dann müsste auch England intervenieren, wie es dies unter vergleichbaren Bedingungen 1914 getan hatte. Der britische Premierminister

Neville Chamberlain gab sich keinen Illusionen darüber hin, dass England, obwohl es inzwischen beschleunigt aufrüstete, nicht in der Lage war, einen allgemeinen europäischen Krieg zu führen. Er war der Meinung, dass die Belastung der britischen Staatsfinanzen nicht tragbar sein würde. Ausserdem würde ein allgemeiner Krieg seiner Ansicht nach eine Bombardierung der englischen Grossstädte bedeuten, denen gegenüber Guernica sich wie ein Sonntagsspaziergang ausmachen würde. Es gab nicht nur keine Verteidigung dagegen, wie man annahm, sondern bei diesen Angriffen würden wahrscheinlich wie bei der Bombardierung der Äthiopier durch die Italiener Giftgas gegen die wehrlose Bevölkerung am Boden eingesetzt werden. Auf dem Höhepunkt der Krise gab die britische Regierung sogar Gasmasken an die Zivilbevölkerung aus und ordnete die Evakuierung Londons an. Jedenfalls gebot die globale Strategie Englands, dass dem britischen Empire, dem bei weitem grössten Kolonialreich der Erde, der Vorrang gebührte, während Europa, an dem England kaum ein unmittelbares Interesse hatte, mit grossem Abstand an zweiter Stelle kam. «Wie entsetzlich, fantastisch und unglaublich ist doch die Vorstellung», sagte Chamberlain in einer Rundfunkansprache der BBC Ende September 1938, «dass wir hier Schützengräben ausheben und Gasmasken anprobieren sollen wegen einer Auseinandersetzung in einem fernen Land zwischen Menschen, über die wir nichts wissen.»¹²⁴

Die Tschechoslowakei war auf der geistigen Landkarte der britischen Bevölkerung sowie in der Vorstellung ihres Premierministers offensichtlich viel weiter entfernt als Indien, Südafrika oder Australien. Chamberlain wusste vor allem, dass er nur geringe oder gar keine Unterstützung in der Bevölkerung für einen Krieg gegen Deutschland wegen der Sudetenfrage finden würde, auch wenn zu dieser Zeit in der politischen Welt Englands Stimmen laut wurden, die forderten, Hitlers Eroberungszug durch Europa müsse aufgehalten werden.¹²⁵ Anscheinend war Chamberlain nicht klar, dass Hitler wesentlich weiterreichende Ziele hatte als lediglich das Unrecht des Versailler Vertrags zu korrigieren und eine drangsalierte deutsche Minderheit zu beschützen. Wenn man ihn in der Sudetenfrage zufriedenstellen konnte, würde er sich damit vielleicht begnügen und ein allgemeiner Krieg konnte vermieden werden. Chamberlain beschloss, zu intervenieren, um einen Krieg zu verhindern, indem er die Tschechen zum

Nachgeben zwingen würde. Als Hitler am 12. September 1938 auf dem Reichsparteitag eine Rede hielt, in der er mit Krieg drohte, wenn den Sudetendeutschen nicht das Selbstbestimmungsrecht gewährt würde, forderte Chamberlain eine Zusammenkunft. Als die Schläger Henleins auf Befehl Hitlers eine Serie von gewalttätigen Zwischenfällen inszenierten, um die tschechische Polizei zu repressiven Massnahmen zu provozieren und auf diese Weise für Hitler einen Vorwand für eine deutsche Intervention zu liefern, bestieg Chamberlain zum ersten Mal in seinem Leben ein Flugzeug – ein deutlicher Kontrast zu Hitler, der Jahre zuvor bereits dieses moderne Fortbewegungsmittel benutzt hatte – und flog nach München. Während eines ausgedehnten Gesprächs unter vier Augen, bei dem nur ein Dolmetscher zugegen war, stimmte Chamberlain einer Revision der tschechischen Grenzen zu, um die Wünsche der Sudetendeutschen zu befriedigen. Doch das reichte dem «Führer» anscheinend nicht. Chamberlain fragte daraufhin den tobenden Hitler, warum er mit diesem Gespräch einverstanden gewesen sei, wenn er doch keine Alternative zu einem Krieg akzeptiere. Angesichts eines solchen Ultimatums stimmte Hitler einem weiteren Gespräch zu.¹²⁶

Am 22. September 1938 flog Chamberlain, nachdem er sich mit seinem Kabinett über mögliche Zugeständnisse beraten hatte, wieder nach Deutschland und kam mit Hitler im Hotel Dreesen in Bad Godesberg zusammen. Die Franzosen, erklärte er Hitler, seien mit seinen Bedingungen einverstanden. Somit werde es kein Problem geben, zu einer Einigung zu gelangen. Konsterniert musste er jedoch eine Liste mit neuen Forderungen zur Kenntnis nehmen, die Hitler ihm vorlegte. Die jüngsten Gewalttätigkeiten in der Tschechoslowakei bedeuten, dass er das Sudetenland sofort besetzen müsse. Ausserdem hätten Polen und Ungarn, beides Länder mit militärischen, autoritären, nationalistischen Regierungen, die in der Atmosphäre, von der die Verhandlungen umgeben waren, Blut geleckt hatten, ebenfalls Ansprüche auf tschechisches Territorium gestellt, das an ihr eigenes angrenzte, und diese müssten ebenfalls befriedigt werden, sagte Hitler. Jetzt begannen sich die Fronten zu verhärten. Die tschechische Regierung, welche die Realitäten der Lage erkannte, hatte die angiofranzösischen Bedingungen akzeptiert. Gleichzeitig kam in Prag jedoch unter dem Einfluss der Krise eine Militärregierung an die Macht, und es war klar,

dass es keine weiteren Zugeständnisse geben würde. Das britische Kabinett lehnte die Godesberger Vorschläge ab, da es befürchtete, die britische Öffentlichkeit werde darin eine Demütigung ihrer Regierung sehen. Chamberlain schickte eine hochrangige Delegation nach Berlin, die Hitler deutlich machen sollte, dass England ein einseitiges Vorgehen nicht hinnehmen werde. Hitler war ausser sich und lud den Leiter der Delegation, Sir Horace Wilson, zu einer Rede ein, die er am Abend des 26. September im Berliner Sportpalast halten wollte. Diese gipfelte in einer heftigen Tirade gegen die Tschechen. William Shirer, der bei der Kundgebung anwesend war, schrieb in sein Tagebuch, Hitler habe eine Rede gehalten, «so schrecklich brüllend und kreischend, wie ich ihn noch nie erlebt habe ... ein fanatisches Feuer in den Augen». Er redete sich in Ekstase und erklärte gegenüber 20'000 begeistert applaudierenden Parteigenossen, dass die Metzerei von Tausenden Volksdeutschen nicht mehr hingenommen werden könne. Er selbst werde als erster Soldat seines Volkes an der Spitze seiner Truppen in die Tschechoslowakei einmarschieren. Am 1. Oktober werde es soweit sein.¹²⁷

Während die Engländer und die Tschechen sich auf den Krieg vorbereiteten, war es am Ende Hitler, der einen Rückzieher machte. Möglicherweise überraschend kam in diesem Fall der entscheidende Einfluss von Hermann Göring, der im Fall Österreichs noch der Antreiber gewesen war. Ebenso wie die Generäle war Göring entsetzt, dass Hitler einen allgemeinen Krieg riskieren wollte in einer Frage, in der die entscheidenden Zugeständnisse an Deutschland bereits gemacht worden waren. So arrangierte er hinter Hitlers Rücken eine Konferenz mit den Briten, Franzosen und vor allem den Italienern, die Hitler ersuchten, die Invasion aufzuschieben, bis die Konferenz zusammengetreten war. Nachdem Göring ihn durch seine starken Vorbehalte gegenüber einem Krieg überzeugt und Mussolini ihm mit seinem Ersuchen eine Möglichkeit angeboten hatte, einen Ausweg aus der Situation zu finden, ohne das Gesicht zu verlieren, willigte Hitler ein. Die Konferenz fand am 29. September 1938 in München statt – ohne die Tschechen, die man nicht eingeladen hatte. Göring hatte bereits ein Abkommen entworfen, das Weizsäcker im Auswärtigen Amt ausformulieren sollte. Ribbentrop wollte unbedingt den Krieg («Er hat einen blinden Hass

auf England», notierte Goebbels in seinem Tagebuch).¹²⁸ Deshalb wurde er von dem Entwurf gar nicht erst informiert, der dem italienischen Botschafter übergeben wurde, der ihn wiederum am 28. September Hitler als das Werk Mussolinis vorlegte. Nach dreizehnhündigen Verhandlungen über das Kleingedruckte wurde das Münchener Abkommen am 29. September 1938 von den vier Mächten unterzeichnet. Am nächsten Tag legte Chamberlain Hitler eine Erklärung vor, dass England und Deutschland nie wieder einen Krieg gegeneinander führen würden. Hitler unterschrieb ohne zu zögern. Bei seiner Rückkehr nach England schwenkte Chamberlain das Papier in einem Fenster im 1. Stock von Downing Street 10 vor einer jubelnden Menschenmenge. «Ich bin überzeugt, es ist ein Frieden für unsere Zeit», sagte er. Offenbar war er wirklich davon überzeugt, dass er eine Vereinbarung erreicht hatte, die für alle Seiten zufriedenstellend war, auch für die Tschechen, die für eine glücklichere Zukunft gerettet worden seien. Nach seiner ersten Begegnung mit dem «Führer» hatte er zu seiner Schwester gesagt, Hitler sei ein Mann, auf dessen Wort man vertrauen könne. Nichts von alledem, was er in den Verhandlungen erleben musste, konnte ihn anscheinend von seiner Illusion befreien.¹²⁹

Das Gefühl der Erleichterung war in Deutschland ebenso wie in England mit Händen zu greifen. Seit dem Mai herrschte im Reich eine allgemeine Furcht vor der Möglichkeit eines Kriegs, die sich durch die Mobilisierung der tschechischen Truppen im selben Monat noch verstärkte. Bei früheren Gelegenheiten war die Panik nur von kurzer Dauer gewesen. Doch diesmal zog sich die Krise über mehrere Monate hin. Selbst der SD räumte ein, dass es in der Bevölkerung eine «Kriegspsychose» unter der Bevölkerung gegeben hatte, die bis zur Unterzeichnung des Münchener Abkommens anhielt: «Unter Hinweis auf die Überlegenheit der Gegner entstand ein Defätismus, der bis zur schärfsten Kritik an der ‚Abenteuerpolitik des Reiches‘ ging.» Viele glaubten, dass die Eingliederung des krisengeschüttelten Sudetenlands in das Deutsche Reich eine schwere wirtschaftliche Belastung darstellte. Während der angespanntesten Phasen der Krise hoben die Sparer in Panik ihre Guthaben von der Bank ab; die Bewohner der an die Tschechoslowakei grenzenden Regionen trafen Vorbereitungen, nach Westen zu flüchten. Viele Deutsche zogen es zum Leidwesen des SD vor, ihre Informationen von Auslandssendern zu beziehen, was ihren Pessimis-

mus noch bestärkte. Der SD machte für diesen Trend vor allem die Intellektuellen verantwortlich.¹³⁰

Aber es waren nicht nur Intellektuelle, die sehr besorgt waren. Bislang hatte Hitler den Beifall der grossen Masse der Deutschen dafür bekommen, dass er aussenpolitische Triumphe ohne Blutvergiessen errungen hatte. Jetzt, da man befürchten musste, dass Blut fließen würde, sah die Sache ganz anders aus. Die allgemeine Angst, stellten sozialdemokratische Beobachter im Mai 1938 fest, stand in einem krassen Gegensatz zur Kriegsbegeisterung von 1914. Zwar hielten zweifellos die meisten die Forderungen der Sudetendeutschen für berechtigt. Aber sie wollten, dass sie ohne einen Krieg erfüllt würden.¹³¹ Wie im Juli berichtet wurde, glaubte niemand daran, dass Deutschland einen Krieg gegen Frankreich und England gewinnen würde. Einige verbitterte ehemalige Sozialdemokraten hofften sogar, es werde dazu kommen, weil eine militärische Niederlage die beste Möglichkeit sei, die Nazis loszuwerden. Doch unter den Arbeitern gab es auch einen verbreiteten Fatalismus. Junge Leute schwärmten häufig bei der Vorstellung von einem Grossdeutschland, das einen besiegten Kontinent beherrschte, während viele ältere Menschen verwirrt waren und glaubten, es fehle ihnen an näheren Informationen.¹³² Als die Vorbereitungen auf den Krieg intensiver wurden, nahm die Angst zu.¹³³ Die «Kriegspsychose wächst», trug Goebbels am 31. August in sein Tagebuch ein.¹³⁴ Im Ruhrgebiet, berichteten sozialdemokratische Beobachter kurz vor dem Münchener Abkommen,

«herrscht eine riesige Unruhe. Man fürchtet, dass es zum Kriege kommen und dass Deutschland dabei zugrunde gehen werde. Nirgends ist Kriegsbegeisterung zu spüren. Man weiss, dass ein Krieg gegen den grössten Teil Europas und gegen Amerika für Deutschland mit der Niederlage enden müsste... Kommt es zum Kriege, so wird dieser Krieg in Deutschland so unpopulär wie möglich sein.»¹³⁵

Selbst die jungen Menschen hatten bei all ihrer Begeisterung für ein Grossdeutschland jetzt Angst angesichts der Lage.¹³⁶

Es waren nicht nur die Angehörigen der Arbeiterschicht oder die Gesprächspartner der sozialdemokratischen Agenten, die eine tiefe Besorgnis äusserten. «Krieg, Krieg, Krieg», schrieb Luise Solmitz am 13. September 1938 in ihr Tagebuch, «– wohin man kommt, hört man nichts anderes.»

Eine Zeitlang war ihre Angst vor einem allgemeinen Krieg grösser als ihr gewöhnlicher Patriotismus. Plötzlich bedeutete 1914 etwas anderes als einen Geist der nationalen Einigkeit. «Gespenstisch lebt 1914 auf. Jeder getötete Sudetendeutsche ist ein Franz Ferdinand.»¹³⁷ Trotzdem meldete sich ihr patriotischer jüdischer Ehemann in der Stunde der Not des Vaterlands freiwillig zum Dienst in der Wehrmacht. Sein Angebot wurde abgelehnt.¹³⁸ In der breiten Bevölkerung war das Vertrauen in Hitlers Fähigkeit, aussenpolitische Siege ohne Blutvergiessen zu erringen, weit stärker geschwunden als bei früheren Ereignissen wie dem Einmarsch in das Rheinland oder der Annexion Österreichs, und zwar weil sich die Sudetenkrise so lange hinzog. Im Spätsommer und Frühherbst 1938 gab es einen deutlichen Anstieg in der Zahl der Menschen, die wegen kritischer Bemerkungen über Hitler persönlich vor ein Sondergericht kamen.¹³⁹

Nach alledem war die Welle der Erleichterung, die das Land bei der Bekanntgabe des Münchener Abkommens überkam, überwältigend. «Wir alle dürfen weiterleben», schrieb Luise Solmitz in ihr Tagebuch, «entspannt, fröhlich, ein furchtbarer Druck von uns allen genommen... Nun dieses wundervolle, einzigartige Erlebnis. Im Frieden mit England und Frankreich, das Sudetenland gewonnen.»¹⁴⁰ Diese Gefühle wurden allerdings nicht überall geteilt. Zwar stellten Beobachter fest, dass etwa in Danzig «in der gesamten Bevölkerung das Ergebnis der Münchner Besprechungen als ein hundertprozentiger Erfolg Hitlers angesehen wird».¹⁴¹ Das war allerdings kaum überraschend. Im Ruhrgebiet dagegen herrschten unter den katholischen Arbeitern Befürchtungen, dass Hitlers Erfolg zu einer noch rücksichtsloseren Verfolgung der Kirche führen werde. Dessenungeachtet waren alle erleichtert, als Hitler neues Territorium für Deutschland gewonnen hatte, ohne dass ein einziger Schuss gefallen war. Kein Wunder, dass Chamberlain mit Jubelrufen bedacht wurde, als er nach der Unterzeichnung des Abkommens durch die Strassen Münchens fuhr. Alle waren sich darin einig, dass das Abkommen Hitlers Macht und Ansehen beträchtlich gesteigert hatte. Nur verbohnte Gegner des Regimes waren erbittert über den Verrat an den Tschechen, wie sie es sahen, durch die westlichen Demokratien. Nur Schwarzseher konnten noch behaupten, «dass es jetzt weiter geht».¹⁴²

Hitler selbst war mit dem Ergebnis alles andere als hochzufrieden. Er fühlte sich um den Krieg betrogen, für den er Planungen durchgeführt und Vorbereitungen getroffen hatte. Er grollte Göring wegen dessen Intervention. Von dieser Zeit an kühlten sich die Beziehungen zwischen den beiden Männern ab, während Ribbentrop, der von den Münchener Verhandlungen praktisch ausgeschlossen wurde, sich danach in einer stärkeren Position befand, ebenso Himmler, der Hitler in dessen Streben nach einem Krieg ebenfalls bestärkt hatte. Die Wehrmachtsgeneräle und ihre Mitverschwörer mussten ihre Putschpläne angesichts der friedlichen Beendigung der Krise aufgeben, aber auch ihr Ansehen bei Hitler war geschwächt, und ausserdem fühlten sich die radikaleren unter ihnen durch Chamberlains Intervention betrogen. Für Hitler noch schlimmer war der ihm nur allzu sehr bewusste Umstand, dass die grosse Mehrzahl der Deutschen keinen Krieg wollte, trotz aller propagandistischer Bemühungen des Dritten Reiches, sie von seiner Notwendigkeit zu überzeugen. Am 27. September hatte er eine Militärparade durch Berlin organisiert, gerade zu einem Zeitpunkt, da die Berliner aus ihren Büros kamen und sich auf dem Heimweg befanden, so dass man erwarten konnte, dass sie stehenbleiben würden, um die Lastwagen und Panzer zu grüssen, als sie auf dem Weg zur tschechischen Grenze vorbeifuhren. Doch, wie William Shirer beobachtete,

«sie eilten schnurstracks zur U-Bahn und weigerten sich, dem Spektakel zuzuschauen. Und jene Handvoll, die am Strassenrand stand, verharrte in völligem Schweigen, unfähig zu einer Freudenreaktion angesichts der Blüte der Jugend, die da in den ruhmreichen Krieg zog. Es war die bewegendste Demonstration gegen den Krieg, die ich jemals gesehen habe. Hitler äusserst aufgebracht deswegen, wie es heisst. Ich stand noch nicht lange an der Kreuzung, als ein Polizist aus Richtung Reichskanzlei die Wilhelmstrasse hochkam und der kleinen Gruppe am Strassenrand zurief, der Führer begrüsse die vorbeifahrende Truppe vom Balkon herab. Nur wenige setzten sich daraufhin in Bewegung. Ich ging hin, um die Szene zu beobachten. Da oben stand Hitler, und an der Strasse sowie auf dem grossen Areal des Wilhelmsplatzes hatten sich nicht einmal zweihundert Menschen versammelt...»¹⁴³

Wütend und enttäuscht zog Hitler sich zurück.

Am 10. November 1938 (unmittelbar nach dem Novemberpogrom, als in ganz Deutschland jüdische Männer zu Tausenden verhaftet wurden), hielt Hitler vor Vertretern der deutschen Presse eine Geheimrede. Dabei kam er auch auf die unerwünschten Nebenwirkungen seiner pazifistischen Rhetorik zu sprechen:

«Die Umstände haben mich gezwungen, jahrzehntlang fast nur vom Frieden zu reden. Nur unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens und der Friedensabsichten war es mir möglich, dem deutschen Volk Stück für Stück die Freiheit zu erringen und ihm die Rüstung zu geben, die immer wieder für den nächsten Schritt als Voraussetzung notwendig war. Es ist selbstverständlich, dass eine solche jahrzehntlang betriebene Friedenspropaganda auch ihre bedenklichen Seiten hat: denn es kann nur zu leicht dahin führen, dass sich in den Gehirnen vieler Menschen die Auffassung festsetzt, dass das heutige Regime an sich identisch sei mit dem Entschluss und dem Willen, einen Frieden unter allen Umständen zu bewahren. Das würde aber nicht nur zu einer falschen Beurteilung der Zielsetzung dieses Regimes führen, sondern es würde vor allem auch dahinführen, dass die deutsche Nation, statt den Ereignissen gegenüber gewappnet zu sein, mit einem Geist erfüllt wird, der auf die Dauer als Defätismus gerade die Erfolge des heutigen Regimes [weg]nehmen würde und [weg]nehmen müsste.»¹⁴⁴

Anschließend wettete Hitler gegen die «überzüchteten Intellektuellen», die keine Einsicht in die Notwendigkeit eines Kriegs hätten. Es sei die Aufgabe der Presse, die Menschen davon zu überzeugen, dass er jedoch notwendig sei. Sie müssten dazu gebracht werden, blind an die Richtigkeit der Politik der Führung zu glauben, selbst wenn hierzu auch der Krieg gehöre. Zweifel machten sie nur unglücklich. «Es war nunmehr notwendig, das deutsche Volk psychologisch allmählich umzustellen und ihm langsam klarzumachen, dass es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können, mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen.»¹⁴⁵ Dass über fünf Jahre der unablässigen Indoktrinierung und Vorbereitung auf allen Ebenen dieses Ziel noch nicht erreicht hatten,

war bereits ein erstaunliches Eingeständnis eines Fehlschlags. Es zeigte, dass die grosse Mehrheit der Deutschen in den Augen Hitlers noch weit davon entfernt war, dem Regime die von ihm geforderte allgemeine Zustimmung zu geben, nicht einmal auf dem Gebiet – der Aussenpolitik –, auf dem seine Ziele angeblich die grösste Resonanz fanden.¹⁴⁶

III

Am 1. Oktober 1938 überschritten deutsche Truppen die Grenze zur Tschechoslowakei, während die gut ausgerüstete tschechische Armee sich aus ihren befestigten Stellungen in den gebirgigen und gut zu verteidigenden Grenzregionen zurückzog. Die Szenen, mit denen die deutsche Annexion Österreichs begrüsst wurde, wiederholten sich im Sudetenland. Begeisterte Anhänger von Henleins Sudetendeutscher Partei säumten die Strassen und jubelten den Soldaten zu, die an ihnen vorbeimarschierten, streuten Blumen auf deren Weg und erhoben die Arme zum Hitlergruss. Unter denen, die nicht mit den Nationalsozialisten sympathisierten, herrschte eine völlig andere Stimmung. Über 25'000 Menschen, zumeist Tschechen, waren bereits im September aus dem Sudetenland in überwiegend von Tschechen bewohnte Gebiete geflohen. In den Monaten nach der Unterzeichnung des Münchener Abkommens bis zum Jahresende 1938 folgten ihnen weitere 150'000 aus demselben Territorium und anderen Grenzregionen, und in den Folgemonaten weitere 50'000. In der neuen Flüchtlingswelle befanden sich über 12'000 Volksdeutsche und fast 22'000 Tschechen und Deutsche, die nach den Nürnberger Gesetzen als Juden galten. Bis Mai 1939 war die Zahl der Juden im Sudetenland von 22'000 auf unter 2'000 gefallen. Ein Fünftel der tschechischen Bevölkerung in den Grenzregionen ergriff die Flucht. Fast ein Viertel der Sudetendeutschen lehnte Henleins Partei ab, und 35'000 von ihnen flohen ebenfalls, zumeist deutsche Sozialdemokraten und Kommunisten. Das Schicksal derer, die geblieben waren zeigte, dass sie klug daran getan hatten, das Land zu verlassen. Die Gestapo und der SD kamen unmittelbar nach den deutschen Truppen und verhafteten etwa 8'000 Volksdeutsche und 2'000 tschechische NS-Gegner und brachte die Mehrzahl von ihnen in Konzen-

trationslager und eine Minderheit vor Gericht mit anschliessender Gefängnishaft. Gut einen Monat später erstreckte sich die Gewalt des Judenpogroms vom 9./10. November auch auf das Sudetenland, und die dort noch wohnenden Juden wurden Opfer einer allgemeinen Gewalt samt der Plünderung ihres Eigentums. 50'000 Beamte des tschechischen Staats bei der Eisenbahn, der Post, in den Schulen und Kommunalverwaltungen wurden entlassen, um Deutschen Platz zu machen, und flohen ebenfalls in die verkleinerte «Tschecho-Slowakische Republik», wie die Republik jetzt genannt wurde.¹⁴⁷

Die überwiegend deutschsprachigen Gebiete von West- und Nordböhmen, Nordmähren und Südschlesien wurden als Reichsgau Sudetenland in das Dritte Reich eingegliedert, während Südböhmen in Bayern und Südmähren in Österreich eingegliedert wurden. Henlein wurde zum Reichskommissar für die sudetendeutschen Gebiete unter dem Reichsinnenministerium ernannt, und Beamte aus anderen deutschen Regionen wurden in die neuen Gebiete versetzt, um die von Tschechen, Juden, Sozialdemokraten und Kommunisten aufgegebenen Verwaltungsposten einzunehmen. Trotzdem waren die meisten Verwaltungsbeamten auf allen Ebenen Sude-tendeutsche, und das NS-Regime legte – in deutlichem Gegensatz zu Österreich – grossen Wert darauf, das ausgeprägte Identitätsgefühl der Sude-tendeutschen unangetastet zu lassen, und nur die Gestapo und der SD wurden von Männern aus dem «Altreich» geleitet. Viele Sudetendeutsche traten ihrerseits in Scharen in die Partei und in die SA ein. Sie erlebten bald eine Enttäuschung. Seit Langem bestehende Vereine und Klubs wurden aufgelöst oder in Parteiorganisationen eingegliedert, die von Berlin aus geführt wurden. Sehr bald machten sich allenthalben Ressentiments gegen die – wenngleich relativ geringe – Zahl der Karrierepolitiker aus dem «Altreich» bemerkbar. Die Arbeitslosigkeit ging stark zurück, doch Facharbeiter mussten mit den langen Arbeitstagen und der schlechten Bezahlung leben, die im Dritten Reich zur Normalität gehörten. 22 Prozent der tschechischen Industrieproduktion kamen aus den annektierten Gebieten, und diese Betriebe wurden schnell in die deutsche Rüstungswirtschaft eingegliedert, wobei deutsche Firmen keine Zeit verloren, um von der «Germanisierung» und «Arisierung» tschechischer und jüdischer Unternehmen zu profitieren. Die I.G. Farben, Carl Zeiss Jena und grosse deutsche Banken

und Versicherungsgesellschaften machten bedeutende Erwerbungen, aber auch sudetendeutsche Firmen bekamen von der Beute etwas ab. Die 410'000 Tschechen, die in den annektierten Gebieten blieben, mussten es über sich ergehen lassen, dass ihre Sprache nicht mehr als Amtssprache gebraucht werden durfte, ihre weiterführenden Schulen geschlossen und ihre Vereine und Klubs aufgelöst wurden. Sie waren zu Bürgern zweiter Klasse geworden.¹⁴⁸

Das Münchener Abkommen war ausserdem ein Signal für kleinere Mächte, sich ebenfalls ihr Stück aus dem tschechoslowakischen Kuchen herauszuschneiden. Am 30. September 1938 forderte die polnische Militärregierung die Abtretung eines Landstreifens in der Nähe von Teschen an der Nordgrenze der Tschechoslowakei, in dem eine polnischsprechende Mehrheit lebte; den Tschechen blieb kaum etwas anderes übrig als zuzustimmen, und am 2. Oktober marschierten dort polnische Truppen ein. Der tschechische General, der das Territorium übergab, bemerkte gegenüber seinem polnischen Pendant, er werde an diesem Besitz nicht lange Freude haben; Polen sei zweifellos als nächstes an der Reihe. Doch das Prinzip, die in den Friedensvereinbarungen von 1919 festgelegten Grenzen zu wahren, zählte wenig angesichts des wachsenden Nationalismus der polnischen Obersten, die das eroberte Territorium derselben Politik einer Polonisierung und einer autoritären Herrschaft unterwarfen, wie sie es in ihrem eigenen Land getan hatten.¹⁴⁹ Entlang der Südgrenze der Tschechoslowakei erhob die autoritäre ungarische Regierung unter Admiral Horthy ihrerseits Ansprüche auf einen langen territorialen Streifen, in dem der ungarische Bevölkerungsteil der stärkste war. Ihre Streitkräfte waren jedoch schlecht auf eine Invasion vorbereitet, so dass die Ungarn Zuflucht zu Verhandlungen nehmen mussten. Die Lage wurde durch den Umstand komplizierter gemacht, dass jetzt zwischen Tschechen und Slowaken Spannungen aufbrachen, die ihre Ursache in den seit Langem bestehenden wirtschaftlichen, sozialen, religiösen und kulturellen Unterschieden zwischen den beiden hauptsächlichen Volksgruppen der Republik hatten. Am 7. Oktober 1938 errichteten die Führer der slowakischen Parteien eine autonome Region mit eigener Regierung, nominell jedoch innerhalb des Rumpfstaats, der nach dem Münchener Abkommen entstanden war. Konkurrierende Ansprüche der Slowaken und Ungarn wurden schliesslich durch die

Intervention der Italiener geregelt, die am 2. November mit Zustimmung der deutschen Regierung eine Vereinbarung durchsetzten. Nach dieser erhielten die Ungarn ein zusätzliches Gebiet von einer Fläche von 12'000 Quadratkilometern mit über einer Million Einwohnern einschliesslich einer beträchtlichen Minderheit von über 200'000 Slowaken. Das war weniger als das, was sie ursprünglich gefordert hatten, doch genug, um sie vorläufig zufriedenzustellen, und Hitler machte deutlich, dass er keine ungarische Militäraktion zur Eroberung von weiterem Territorium zulassen werde. Die völlige Abwesenheit der Engländer und Franzosen bei den Verhandlungen zeigte überdeutlich, dass die Verhältnisse in diesem Teil Europas allein von den Achsenmächten kontrolliert wurden.¹⁵⁰

In Anerkennung dieser brutalen Realitäten waren die Regierungen der Region nunmehr bemüht, sich mit den deutschen Wünschen so weit wie möglich zu arrangieren. In dem neuen dreiteiligen, von Prag regierten Rumpfstaat unterdrückten Rechtsregierungen die Kommunisten und gingen auch gegen Sozialdemokraten vor. Die Militärregierung im tschechischen Gebiet bemühte sich nach Kräften, die Deutschen nicht zu provozieren, die jetzt den grössten Teil ihres Territoriums eingekreist hatten. Die autonomen slowakischen Behörden in Bratislava (Pressburg) schufen einen Einparteienstaat und setzten ihre Politik mit Hilfe einer paramilitärischen Kampforganisation, der Hlinka-Garde durch, die bald mit Recht wegen ihrer Brutalität gefürchtet wurde. In einer dritten neugeschaffenen autonomen Region im Osten, der Karpato-Ukraine, wo der deutsche Konsul einen beherrschenden Einfluss ausübte, wurden die nationalen Minderheiten unbarmherzig unterdrückt, und Ukrainisch war die einzige Amtssprache. Am 7. Dezember 1938 wurde ein Vertrag mit Deutschland über eine wirtschaftliche Zusammenarbeit geschlossen, der dem Dritten Reich die Kontrolle über die Bodenschätze der Region sicherte. Die Ungarn traten dem Antikominternpakt bei, und die rumänische Regierung bot Deutschland ihre Freundschaft an; in beiden Ländern bewegten sich die Regierungen scharf nach rechts; König Karl von Rumänien inszenierte sogar einen Putsch gegen die eigene Regierung. In Ungarn, Polen und Rumänien nahmen die Judenverfolgungen zu. Alle diese Massnahmen sprachen für eine Art Panik unter den kleineren Nationen Ostmitteleuropas. Jahrelang hatte

Frankreich sich bemüht, sie als ein Bollwerk gegen die deutsche Expansion zusammenzuhalten. Das Münchener Abkommen machte dem allen ein Ende.¹⁵¹

Für Hitler war München nicht mehr als ein vorübergehender Rückschlag für seine Pläne, die ganze Tschechoslowakei zu besetzen und Deutschland einzugliedern, was immer die anderen europäischen Grossmächte dazu sagen mochten. Strategisch würde die Kontrolle über den Rest des Landes ein zusätzliches Sprungbrett für einen Einmarsch in Polen bilden, dessen Militärregierung sich allen Offerten Hitlers verweigerte, dem Antikominternpakt beizutreten. Die polnische Regierung lehnte es zudem ab, Deutschland irgendwelche Zugeständnisse im Hinblick auf Danzig zu machen, eine Freie Stadt unter dem Mandat des Völkerbunds, und den «Korridor», der Polen einen Zugang zur Ostsee ermöglichte, dafür jedoch Ostpreussen vom übrigen Reich abschnitt. Die überwiegend deutsche Bevölkerung Danzigs hatte sich der Sache der Nationalsozialisten verschrieben, ebenso wie die Einwohner einer anderen Stadt an den Grenzen Ostpreussens und Litauens, Memel, die am Ende des Ersten Weltkriegs Litauen übergeben worden war. Hitler wollte jetzt beides für Deutschland zurückgewinnen, und nach dem endgültigen Scheitern der Verhandlungen mit der polnischen Regierung beschloss er, seinen Druck zu erhöhen. Durch die Besetzung der «Resttschechei» würden dem Reich überdies bedeutende wirtschaftliche Ressourcen zufallen, da sich dort nicht nur die meisten Rüstungsunternehmen befanden, sondern auch wichtige Bodenschätze, Bauunternehmen, Eisen- und Stahlwerke sowie Textil-, Glas- und andere Industrien samt den dort beschäftigten Facharbeitern. Je mehr sich im Winter 1938/39 die wirtschaftliche Lage im Reich verschlechterte, desto grösser war die Verlockung, auch diese Gebiete zu erobern. Der umfangreiche Bestand an moderner militärischer Ausrüstung der tschechoslowakischen Armee würde dazu beitragen, Engpässe im deutschen Nachschub für die Wehrmacht auszugleichen. Auch die tschechischen Währungsreserven würden von grossem Wert sein. Bereits am 21. Oktober 1938 befahl Hitler der Wehrmacht, sich auf die Liquidierung des tschechoslowakischen Staats sowie die Besetzung des Memelgebiets vorzubereiten. In den beiden ersten Monaten 1939 hielt er drei Reden vor verschiedenen, grossen Gruppen von Wehrmachtsoffizieren in geschlossener Sitzung, in de-

nen er seine Vision von einem Deutschland bekräftigte, das eine Vormachtstellung in Europa besitzen würde, seine Überzeugung, dass das Problem des Lebensraums im Osten gelöst werden müsse und dass diese Ziele nur unter Einsatz militärischer Gewalt zu erreichen seien.¹⁵²

Die Gelegenheit, die erzwungenen Kompromisse des Münchener Abkommens rückgängig zu machen, bot sich durch die rasche Verschlechterung der Beziehungen zwischen Tschechen und Slowaken in der Rumpfrepublik über finanzielle Ressourcen. Als sich die Spannungen zu einer Krise auswuchsen, bewog die irrije Meinung, die Slowaken ständen im Begriff, ihre volle Unabhängigkeit zu erklären, die tschechische Regierung zu dem Entschluss, am 10. März Truppen zu entsenden, um Bratislava zu besetzen. Nach einer hastigen Abfolge von Verhandlungen wurden die slowakischen Führer nach Berlin geflogen, wo Hitler sie vor die Wahl stellte, entweder ihre volle Unabhängigkeit unter deutschem Schutz zu erklären oder von den Ungarn geschluckt zu werden, die man bereits auf die Gelegenheit aufmerksam gemacht hatte. Sie entschieden sich für die erste Option. Am 14. März 1939 proklamierte das slowakische Parlament die Unabhängigkeit des Landes, und am nächsten Tag ersuchten seine Führer das Dritte Reich widerstrebend um Schutz gegen die Tschechen, nachdem deutsche Kanonenboote auf der Donau ihre Geschütze auf Regierungsgebäude in Bratislava gerichtet hatten. Angesichts der unmittelbar bevorstehenden Auflösung des Staates begab sich der Präsident der Tschechoslowakei, Emil Hacha, gemeinsam mit dem Aussenminister, Frantisek Chvalkovský, nach Berlin, um mit Hitler zu sprechen. Ebenso wie vor ihm Schuschnigg musste er bis spät in die Nacht warten (während Hitler einen Spielfilm ansah), und wurde anschliessend in Gegenwart von Ministerialbeamten, hohen Offizieren und anderen, darunter Göring und Ribbentrop, unbarmherzig eingeschüchert. Deutsche Truppen marschierten bereits auf Prag, behauptete Hitler. Als Göring hinzufügte, deutsche Bomber würden innerhalb weniger Stunden ihre Last auf Prag abwerfen, erlitt der alte und kranke tschechische Präsident einen Schwächeanfall. Nachdem Hitlers Leibarzt ihm eine Spritze gegeben und er sich wieder erholt hatte, telefonierte Hacha mit Prag und befahl seinen Truppen, nicht auf die anmarschierenden deutschen Truppen zu schießen, und unterschrieb anschliessend um kurz vor vier Uhr morgens am 15. März 1939 ein Dokument, in

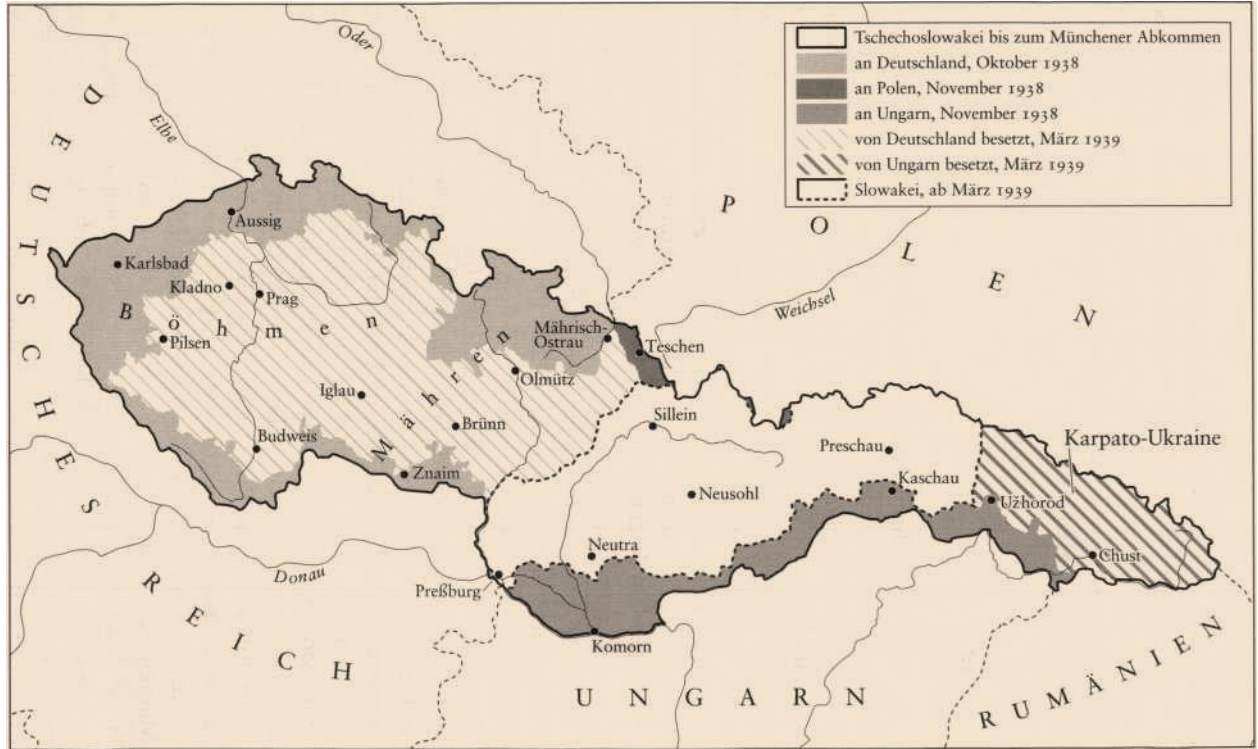
dem er der Errichtung eines deutschen Protektorats in der Tschechoslowakei zustimmte. «Ich werde als grösster Deutscher in die Geschichte eingehen», sagte Hitler zu seinen Sekretärinnen ausser sich vor Freude, als die Verhandlungen abgeschlossen waren.¹⁵³

IV

Um sechs Uhr morgens überschritten die deutschen Truppen die tschechische Grenze. Um neun Uhr hatten sie Prag erreicht. Diesmal standen keine blumenstreuenden Mensentrauben an den Strassen, nur vereinzelte Gruppen finster blickender Tschechen, die nichts taten, ausser dass gelegentlich einer die Faust in stummem Protest erhob. Das sei auch nicht anders zu erwarten gewesen, sagte Hitler später; sie hätten keinen Grund gehabt, begeistert zu sein. Am Nachmittag fuhr er mit dem Zug zur Grenze und von dort in einem offenen Wagen durch den Schnee und grüsste die deutschen Truppen, während er an ihnen vorbeifuhr. Als er Prag erreichte, waren die Strassen der Stadt menschenleer. Die tschechischen Truppen befanden sich in ihren Kasernen, wo sie den deutschen Invasionstruppen ihre Waffen und ihre Ausrüstung übergaben; die Zivilisten blieben zu Hause. Hitler verbrachte die Nacht im Hradschin, dem symbolischen Sitz der tschechischen Souveränität; dort nahm er ein frugales Mahl ein – nichts war für seine Ankunft vorbereitet – und legte gemeinsam mit Reichsinnenminister Frick und Staatssekretär Stuckart, die bereits die Einzelheiten der Verwaltung Österreichs nach der Annexion ausgearbeitet hatten, den endgültigen Text des Erlasses über das «Reichsprotektorat Böhmen und Mähren» fest.¹⁵⁴

Von Ribbentrop im Prager Radio am Morgen des 16. März 1939 verlesen, besagte der Erlass, dass die verbleibenden tschechischen Länder von nun an die Bezeichnung Reichsprotektorat Böhmen und Mähren tragen würden, die an ihre früheren Namen unter der Habsburger Monarchie erinnerte. Demokratische Institutionen einschliesslich des Parlaments seien abgeschafft, es bestehe jedoch noch eine nominelle tschechische Verwaltung mit Hacha als Präsident, einem Ministerpräsidenten und einem ernannten fünfzigköpfigen Komitee der nationalen Solidarität, das ihm un-

Karte 21: Die Zerstückelung der Tschechoslowakei 1938/39



terstehe. Insgesamt blieben etwa 400'000 tschechische Staatsbedienstete und Beamte in ihren Stellungen, während lediglich 2'000 Verwaltungsbeamte aus Deutschland – ihnen teils gleich-, teils übergeordnet – herangezogen wurden. Sonstige tschechische Institutionen einschliesslich der Gerichte blieben ebenfalls erhalten, doch das tschechische Recht bleibe nur dort gültig, wo es um Fragen gehe, die für das deutsche Recht irrelevant seien, das jetzt im gesamten Protektorat gelte und in jeder Hinsicht Priorität habe. Die Tschechen und andere Nationalitäten unterlägen alle diesem Recht und den vom Protektorat erlassenen Verordnungen, doch alle im Protektorat lebenden Deutschen einschliesslich der schon jetzt hier lebenden Volksdeutschen seien deutsche Staatsbürger und unterlägen nur dem deutschen Recht. Ein wichtiger Passus besagte, den Tschechen werde keine deutsche Staatsbürgerschaft verliehen. Damit wurde eine unterschiedliche Rechtsprechung eingeführt, die später noch ausgedehnter werden und weitaus grössere Volksgruppen berühren sollte.¹⁵⁵

Die eigentliche Macht lag in den Händen des Reichsprotektors. Der Mann, den Hitler für dieses Amt ernannte, war Konstantin von Neurath, der ehemalige Reichsaussenminister, ein verdienter Konservativer, dem Hitler Dank schuldete wegen seines Beitrags zur Behebung der Sudetenkrise im September 1938. Neurath bemühte sich gemeinsam mit deutschen Wehrmachtsoffizieren wie dem kommandierenden General in Böhmen, Johannes Blaskowitz, einen relativ gemässigten Kurs zu steuern, die Disziplin unter den Besatzern aufrechtzuerhalten und gegenüber den Tschechen Zurückhaltung zu üben. Allmählich verrutschte ihm jedoch die Maske der Mässigung. In seiner Entschlusskraft bestärkt von seinem Stellvertreter Karl Hermann Frank, der an der Spitze der SS und der Polizei im Protektorat stand, befahl Neurath die Verhaftung Tausender von Kommunisten, die von der Gestapo verhört und zumeist wieder freigelassen wurden, und von den vielen deutschen Exilanten einschliesslich der Sozialdemokraten, die seit dem Einmarsch in Prag festsassen. Die grosse Mehrzahl von ihnen wurde in Konzentrationslager in Deutschland verbracht. Am 8. Juni 1939 verhaftete die Gestapo sämtliche Mitglieder des Stadtrats der Bergarbeiterstadt Kladno, nachdem dort ein deutscher Polizist umgebracht worden war; sie wurden brutal misshandelt, und einige starben an ihren

Verletzungen. Zur selben Zeit wurden andernorts sechs Gemeinderäte entlassen und durch deutsche Verwaltungsbeamte ersetzt. Weitere repressive Gesetze folgten, und es wurden Massnahmen getroffen, um die jüdische Bevölkerung des Protektorats namentlich zu erfassen, um auf sie die Nürnberger Gesetze anzuwenden.¹⁵⁶

Inzwischen waren Sondereinheiten in die besetzten Gebiete gebracht worden, die enorme Mengen an militärischer Ausrüstung, Waffen und Munition sicherstellten, darunter 1'000 Flugzeuge, 2'000 Feldgeschütze, über 800 Panzer und vieles andere. Das alles machte jedoch nur einen winzigen Bruchteil des militärischen Bedarfs Deutschlands aus, und ein Teil davon wurde ohnedies an das Ausland verkauft, um dringend benötigte Devisen zu erhalten. Jüdische Firmen wurden umgehend enteignet und ihre Vermögenswerte deutschen Unternehmen zu übertragen. Die Goldreserven des tschechischen Staats wurden konfisziert (die Bank of England erlaubte, zum nicht geringen Ärger der britischen Regierung, dass im Juni 1939 über 800'000 Unzen (ca. 22,7 t) Gold vom Londoner Konto des tschechoslowakischen Staats an die neuen Besatzungsbehörden in Prag expediert wurden). Dennoch vermieden es die Vertreter des Vierjahresplans und des Reichswirtschaftsministeriums, die am 15. März in Prag eintrafen, bewusst, die tschechische Wirtschaft zu schwächen oder nichtjüdische Personen aus der tschechischen Wirtschaft vor den Kopf zu stoßen. Internationale Unternehmen in tschechischem Besitz wie etwa das Bata-Schuh-Imperium fuhren wertvolle Gewinne ein und wurden von den deutschen Besatzern in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit nicht besonders eingeschränkt. Skoda und andere Unternehmen der Schwer- und Leichtindustrie produzierten auch weiterhin Güter, die in der Hauptsache in Länder außerhalb Deutschlands exportiert wurden. Gleichzeitig führten die Besatzer allerdings unverzüglich ähnliche Massnahmen ein, wie es sie schon in Deutschland gab: die Zwangsaushebung von Facharbeitern und deren Zuweisung zu bestimmten Unternehmen. Arbeitslose tschechische Landarbeiter hatten bereits versucht, der Arbeitslosigkeit in der Heimat zu entkommen, indem sie befristete Stellen in der expandierenden deutschen Wirtschaft annahmen – über 105'000 im Jahr 1938 –, und jetzt warben

deutsche Arbeitsvermittler weitere Arbeitskräfte an. 30'000 neue Arbeiter, die meisten von ihnen industrielle Facharbeiter, wurden in den ersten Monaten der Besetzung dazu bewogen, im Altreich eine Arbeit anzunehmen.¹⁵⁷

Aufbauend auf den Erfahrungen bei der Annexion Österreichs und anschliessend der Besetzung eines Landes, das von den Nationalsozialisten als ein erobertes fremdes Land angesehen wurde, riefen die Nationalsozialisten nach der Besetzung der Tschechoslowakei eine Reihe von Institutionen ins Leben, die später bei der Besetzung weiterer Länder als Modell dienen konnten. Die einheimische Industrie konnte unter deutscher Leitung weiterarbeiten wie bisher, während die Deutschen in der tschechischen Wirtschaft vor allem durch die Enteignung jüdischer Unternehmen stärker engagiert waren. Eine einheimische Bürokratie und eine nominell einheimische Regierung konnten unter der Kontrolle eines deutschen Verwalters, des Reichskommissars, weiter im Amt bleiben. Die Wirtschaft wurde in die umfassendere deutsche Einflussphäre integriert, was eine Arbeitsteilung mit Deutschland bedeutete; in diesem Fall wurde die tschechische Industrie gehalten, nach Südosteuropa zu exportieren, während Deutschland den Westen belieferte. Vermögenswerte des Staates und der jüdischen Bevölkerung wurden skrupellos geplündert (die tschechischen Kronjuwelen gingen nach Deutschland, und weit mehr sollte folgen).¹⁵⁸

Tschechische Arbeiter, die für das Altreich angeworben wurden, erhielten einen besonderen, minderen Rechtsstatus. Früher wurden die ausländischen Arbeiter in Deutschland wegen der Notwendigkeit, die Beziehungen zu ihren Herkunftsländern nicht zu belasten, hauptsächlich mit Abschiebung bedroht, wenn sie gegen das Gesetz verstießen. Jetzt hielt man diese Drohungen nicht nur für entbehrlich, sondern auch für kontraproduktiv. Neue Bestimmungen, die am 26 Juni und 4. Juli 1939 erlassen wurden, sahen «Schutzhaft» in einem Konzentrationslager für jeden tschechischen Arbeiter in Deutschland vor, der gestohlen oder geplündert hatte, sich politisch betätigte, gegenüber dem nationalsozialistischen Staat eine ablehnende Haltung zeigte oder die Arbeit verweigerte. Damit standen sie praktisch ausserhalb des Rechts. Dennoch suchten im Mai 1939 18'000 und in den beiden folgenden Monaten jeweils 16'000 tschechische Arbeiter eine Stelle im Deutschen Reich. Danach gingen die Zahlen rasch zurück. Nirgendwo reichten sie auch nur annähernd aus, den

Fehlbedarf an Arbeitskräften des Dritten Reiches zu decken. Zwangsmassnahmen schienen mit der Zeit unausweichlich. Göring erklärte am 23. Juni 1939 mit Blick auf den kommenden europäischen Konflikt, «dass im Kriege aus den Nicht-Wehrwirtschaftsbetrieben im Protektorat Hunderttausende in Deutschland, in Baracken zusammengefasst unter Aufsicht eingesetzt werden sollen, zumal in der Landwirtschaft».¹⁵⁹ Der Weg zur systematischen Deportation und Ausbeutung von Millionen Europäern für die Zwecke der deutschen Kriegsindustrie war frei.

Dieses Muster warf auch in der Slowakei seine Schatten voraus, die in ähnlicher Weise in das deutsche Wirtschaftsimperium eingegliedert wurde. Von Hitler ermutigt, hatten die Ungarn, von denen die Slowakei jahrhundertlang regiert wurde, bevor sie durch den Vertrag von Versailles mit den Ländern Böhmen und Mähren zur Tschechoslowakei vereinigt wurde, ursprünglich darauf gehofft, dieses Gebiet zurückzuerhalten. Sie waren verärgert über die Entscheidung der Slowaken, gestützt von der deutschen Regierung ihre Unabhängigkeit unter deutschem Schutz zu proklamieren. Hitler versuchte den ungarischen Regenten Horthy zu besänftigen, indem er am 12. März bekanntgab, dass er freie Hand habe, die karpato-ukrainische Region der Tschechoslowakei zu annektieren, auf die Ungarn seit Langem Anspruch erhoben hatte. Beide Regierungen rechtfertigten dieses Vorgehen damit, dass die tschechoslowakische Regierung die Autonomie der Karpato-Ukraine praktisch beendet habe, und beriefen sich auf zahlreiche Machtmissbräuche der Behörden; die Besatzung konnte jetzt einleuchtend als ein weiteres Beispiel tschechischer Unterdrückung dargestellt werden, die eine Intervention von aussen notwendig gemacht habe. Nur knapp über zwölf Prozent der 552'000 Einwohner der Region waren ungarisch, doch die Regierung in Budapest war der Überzeugung, Ungarn habe ein historisches Recht auf das Gebiet. Sie entsandte am 16. März 1939 Truppen, zum Teil auch über die slowakische Grenze, bis die Deutschen ihnen befahlen, das Unternehmen abzubrechen.¹⁶⁰ Zum Schluss, als letzter Akt in dieser sich Überschlagenten Serie von Ereignissen, drohte Ribbentrop dem litauischen Aussenminister, der am 20. März nach Berlin einbestellt wurde, deutsche Flugzeuge würden die litauische Hauptstadt Kaunas bombardieren, wenn seine Regierung sich nicht

bereit erkläre, das Memelgebiet an Deutschland abzutreten, wie es von der von Nationalsozialisten beherrschten deutschen Gemeinde der Stadt gefordert wurde. Das Schicksal der Tschechoslowakei und der Karpato-Ukraine reichte aus, um die Litauer gefügig zu machen, und die Übergabeurkunde wurde am 23. März 1939 unterzeichnet. Deutsche Truppen marschierten noch am selben Tag in das Memelgebiet ein, und am frühen Nachmittag traf Hitler persönlich auf einem deutschen Kriegsschiff ein, hielt eine kurze Rede vor einer jubelnden deutschen Menge und reiste noch am selben Nachmittag wieder nach Berlin zurück.¹⁶¹

Einmal mehr war es Hitler gelungen, grössere Territorien ohne Blutvergiessen zu annektieren. Die Krise im März 1939 währte nur kurz, so dass sich keine «Kriegspsychose» von der Art entwickeln konnte, wie sie die Sommermonate des Vorjahres beherrscht hatte. Die Zustimmung zur Eingliederung des Memelgebiets in das Reich war fast einhellig, selbst unter ehemaligen Sozialdemokraten. Dennoch berichteten deren Beobachter über eine allgemein verbreitete Angst vor den Folgen der Invasion in die Tschechoslowakei, nicht zuletzt weil sie nicht als die Rettung einer deutschen Minderheit vor einer Unterdrückung gerechtfertigt werden konnte, auch wenn Goebbels' Propagandaapparat ständig behauptet hatte, die Tschechen hätten die deutsche Minderheit unterdrückt. «Ich meine», wurde ein Arbeiter zitiert, «man hätte die Tschechen in Ruhe und unter sich sein lassen sollen, das kann nicht gut ausgehen.» Erst als bekanntgegeben wurde, dass der Einmarsch in die Tschechoslowakei kein Menschenleben gefordert hatte, begannen die Menschen, diesem jüngsten aussenpolitischen «Erfolg» Hitlers Beifall zu zollen. Viele Menschen seien gleichgültig, stellten die sozialdemokratischen Beobachter fest, da ihr Nationalgefühl durch die vorherigen Erfolge in Österreich und dem Sudetenland abgestumpft war. Unter den bürgerlichen Schichten war die Überzeugung verbreitet, die Erfolge seien für sie ohne Bedeutung, solange ein Krieg vermieden werde. Doch in diesem Punkt waren die Zweifel anscheinend stärker als je zuvor. Es war bislang Hitlers letzter populärer Sieg. Ein kritischer Arbeiter sagte sarkastisch mit Blick auf die Propaganda im Ersten Weltkrieg: «Wir haben schon einmal immer gesiegt, und es hat ein böses Ende genommen.»¹⁶²

Einmarsch in den Osten

Die Angst vor einem Krieg, die bei vielen einfachen Deutschen zu beobachten war, wurde durch die internationale Reaktion auf die Zerschlagung der Tschechoslowakei nur noch verstärkt. Die britische Regierung unter Premierminister Neville Chamberlain hatte das schwer erkämpfte Münchener Abkommen als unantastbar angesehen, als eine grosse diplomatische Errungenschaft, mit der alle noch verbliebenen Probleme in Mitteleuropa gelöst seien. Chamberlain hatte Hitlers Versicherung Glauben geschenkt, er habe keine weiteren territorialen Ansprüche. Jetzt war das Blatt Papier, das Chamberlain vor seinen begeisterten Anhängern geschwenkt hatte als Beweis, dass er einen «Frieden für unsere Zeit» erreicht hatte, in Fetzen gerissen. Die öffentliche Meinung in England, vertreten auf den Hinterbänken des Unterhauses, kehrte sich radikal gegen die Deutschen. Zögernd und auf den Rat des Foreign Office äusserte Chamberlain in einer öffentlichen Rede vom 17. März den Argwohn, dass es Hitler gar nicht darum gehe, die Fehler der Friedensvereinbarungen von 1919 wiedergutzumachen, sondern «die Welt mit Gewalt zu beherrschen».¹⁶³ Am folgenden Tag vereinbarte das Kabinett offene Gespräche mit der polnischen Regierung zu der Frage, wie man am wirksamsten verhindern könne, dass die Deutschen dieses Land als nächstes bedrohten. Während Frankreich und England ihre Aufrüstungsbemühungen intensivierten und fieberhaft Verhandlungen mit Polen geführt wurden, erschienen in der britischen Presse vom 29. März Berichte aus Berlin über die Bedrohung Polens durch Deutschland. Chamberlain gab sofort eine öffentliche Garantie ab, im Fall einer Bedrohung der Unabhängigkeit Polens werde England sich an dessen Seite stellen, um sie abzuwehren. Diese Garantieerklärung sollte Deutschland abschrecken. Sie war jedoch durch geheime Vorbehalte so eingeschränkt, dass der Weg für eine Fortsetzung der Beschwichtigungspolitik offen war. Das britische Kabinett beschloss, dass die Garan-

tie erst dann wirksam werden sollte, wenn die Polen keinen «provozierenden oder törichten Starrsinn» gegenüber deutschen Forderungen nach einer Rückgabe Danzigs und des polnischen Korridors an den Tag legten. Chamberlain dachte demnach noch immer an eine Einigung auf dem Verhandlungsweg. Polen war schliesslich ebenfalls ein «fernes Land». Ausserdem sollte die Garantie nur dann in Kraft treten, wenn die polnischen Streitkräfte mobilisiert würden, um gegen eine deutsche Invasion Widerstand zu leisten. Die Briten verbanden diese Bedingung mit düsteren – und durchaus gerechtfertigten – Warnungen an die Polen vor den Konsequenzen für sie, falls sie dazu tatsächlich entschlossen seien. Chamberlain hatte somit die Hoffnung auf einen Frieden immer noch nicht verloren, war jedoch von einer offenen Politik der Beschwichtigung zu einer Mischung aus Beschwichtigung und Eindämmung übergegangen.¹⁶⁴

Vom Standpunkt der Deutschen aus fehlte es der Garantie Chamberlains gleich aus mehreren Gründen an Glaubwürdigkeit. Zunächst einmal, wie wollten die Engländer überhaupt den Polen zu Hilfe kommen, falls es tatsächlich einen Krieg geben würde? Wie wollten sie die geographischen und logistischen Probleme lösen? Die Unbestimmtheit der Garantie und Chamberlains fortgesetzte Zweideutigkeiten konnten diese Zweifel nur noch verstärken. Vor allem hatten die Erfahrungen der früheren Jahre, von der Besetzung des Rheinlands über die Annexion Österreichs bis zum Münchener Abkommen, bei Hitler mehr und mehr die Überzeugung gefestigt, dass England und Frankreich vor aktiven Schritten zurückschrecken würden. In seinen Augen waren ihre Führer rückgratlose Nullen.¹⁶⁵ Ausserdem hatten die Wehrmacht und ihre Führer im Unterschied zur Lage im Vorjahr keine Bedenken, gegen die Polen loszuschlagen, die im Unterschied zu den modernem und gut bewaffneten Tschechen für sie rückständig, schlecht geführt und schlecht ausgerüstet waren. Bereits Ende März 1939 hatte Brauchitsch, nachdem Hitler ihm mitgeteilt hatte, gegen Polen seien militärische Schritte erforderlich, falls die Verhandlungen über Danzig und den Korridor scheitern sollten, einen Invasionsplan unter der Codebezeichnung «Fall Weiss» erstellt. Hitler billigte ihn, schrieb die Einleitung dazu, in der er erklärte, seine Absicht sei eine Lokalisierung des Konflikts, und befahl, ihn bis Anfang September für einen Einsatz fertig-

zustellen. Ebenso wie im Jahr zuvor begann jetzt in Berlin eine Propagandakampagne gegen das Objekt der feindseligen Absichten Deutschlands. Eine fünfstündige Militärparade durch die Hauptstadt an Hitlers fünfzigstem Geburtstag am 20. April bot, wie Goebbels in seinem Tagebuch schrieb, «ein glänzendes Bild deutscher Macht und Stärke. Unsere schwerste Artillerie wird zum ersten Male gezeigt.» Gerade eine Woche später, am 28. April 1939, gab Hitler vor dem Reichstag die Aufhebung des 1934 geschlossenen Nichtangriffspakts mit Polen und des ein Jahr später mit England geschlossenen Flottenabkommens bekannt. Früh im April 1939 informierte Weizsäcker die Polen, dass die Zeit von Verhandlungen über Danzig und den Korridor nun abgelaufen sei.¹⁶⁶

Am 23. Mai sagte Hitler vor Führern der Wehrmacht, unter ihnen auch Göring, Halder und Raeder: «Weitere Erfolge können ohne Blutvergiessen nicht errungen werden... Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht», fuhr er fort. «Es handelt sich für uns um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten und Sicherstellung der Ernährung ... Zwingt uns das Schicksal zur Auseinandersetzung mit dem Westen, ist es gut, einen grösseren Ostraum zu besitzen.» Es sei deshalb notwendig, Polen bei der nächsten passenden Gelegenheit anzugreifen. Hitler räumte die Möglichkeit ein, dass England und Frankreich Polen zu Hilfe kommen könnten. «England ist deshalb unser Feind, und die Auseinandersetzung mit England geht auf Leben und Tod.» Die beste Lösung sei eine Auseinandersetzung mit Polen ohne Eingreifen des Westens. Wie auch immer, auf die Dauer sei ein Krieg gegen Frankreich und England unvermeidlich. «England ist der Motor, der gegen Deutschland treibt.» Für die Wehrmacht sei zwar ein kurzer Krieg zu wünschen. Doch als Staatsführer müsse man sich auf einen Krieg einstellen, der möglicherweise zehn bis fünfzehn Jahre dauern könne. «Die Zeit entscheidet gegen England.» Wenn Holland, Belgien und Frankreich besetzt seien, englische Städte bombardiert und seine maritimen Nachschubwege durch eine Blockade zu Wasser und aus der Luft abgeschnitten würden, werde es verbluten. Deutschland sei jedoch für die nächsten fünf Jahre für einen Konflikt nicht gerüstet, fügte er hinzu. Deshalb müsse die deutsche Politik 1939 Polen so weit wie möglich isolieren und dafür sorgen, dass die bevorstehende Militäraktion nicht unmittelbar zu einem allgemeinen europäischen Krieg führe.¹⁶⁷

Aus Hitlers weitschweifigen und zum Teil sogar zusammenhanglosen Ausführungen sprach seine Unsicherheit über die möglichen Konsequenzen einer Invasion in Polen. Sie waren jedoch begleitet von einer koordinierten diplomatischen Kampagne, die Polen von jeder denkbaren Unterstützung abzuschneiden. Am 22. Mai wurde das deutsch-italienische Bündnis zu einem «Stahlpakt» aufgewertet, während gleichzeitig mit Lettland, Estland und Dänemark Nichtangriffspakte geschlossen wurden. Ein im März 1939 unterzeichneter Vertrag verschaffte Deutschland einen Zugang zu rumänischen Öllieferungen im Fall eines Krieges, während ähnliche, wenngleich einseitige Handelsverbindungen mit Norwegen und Schweden vereinbart wurden, beides Länder mit wichtigen Erzvorkommen. Dagegen erwiesen sich Verhandlungen mit der Türkei, Jugoslawien und Ungarn als weniger erfolgreich und führten zwar zu Bekundungen des guten Willens, zumal an der wirtschaftlichen Front, erbrachten jedoch keine konkreten Resultate.¹⁶⁸ Die verblüffendste Öffnung erfolgte jedoch in Richtung Moskau. Bereits im Mai gelangte Hitler zu der Erkenntnis, dass nur eine Sicherung der wohlwollenden Neutralität der Sowjetunion, deren ausgedehnte gemeinsame Grenze mit Polen von zentraler strategischer Bedeutung war, den Erfolg der Invasion gewährleistete. Es bestand die Gefahr, dass England und Frankreich bei ihrem Versuch, der deutschen Expansion entgegenzutreten, die Zusicherung einer sowjetischen Unterstützung erhielten. Ab dem 6. Juni 1939 verzichtete Hitler in seinen Reden auf die bisher von ihm gewohnten Tiraden gegen die Bedrohung durch den «Weltbolschewismus». Stattdessen richtete er seine Angriffe nunmehr gegen die westlichen Demokratien.¹⁶⁹ Hinter den Kulissen begann Ribbentrop auf einen formellen Vertrag mit den Sowjets hinzuwirken. Ermutigt wurde er durch eine Rede Stalins vom 10. März 1939, in der dieser erklärte, er sei nicht bereit, den westlichen kapitalistischen Mächten zu Hilfe zu kommen, falls diese in einen Konflikt mit Deutschland gerieten, da ihre Politik, Hitlers Forderungen nachzugeben, offensichtlich Hitlers langfristiges Ziel eines Angriffs gegen die Sowjetunion zugutekämen. Am 3. Mai 1939 schickte Stalin ein unmissverständliches Signal nach Berlin, indem er seinen langfristigen Außenminister und Befürworter einer kollektiven Sicherheit und zivilisierter Beziehungen mit dem Westen, Maksim Litwi-

now, entliess. Der allgemeinen Aufmerksamkeit konnte nicht entgehen, dass Litwinow Jude war und sein Nachfolger Molotow nicht.¹⁷⁰

Stalin befand sich 1939 in einer schwierigen Lage. Im Verlauf der vergangenen Jahre hatte er unter den höchsten Generälen und hohen Offizieren der Roten Armee und den Direktoren von Munitionsfabriken brutale «Säuberungen» durchgeführt. Es gab nur noch wenige Männer in den höheren Rängen des Regimes mit persönlichen Erfahrungen in der Kriegsführung. Fähige technische Fachleute waren zu Tausenden verhaftet und getötet worden. Das sowjetische Militär befand sich in einer jämmerlichen Verfassung.¹⁷¹ Stalin war seit Juni 1939 über Hitlers Absicht informiert, Ende August oder Anfang September in Polen einzufallen.¹⁷² Jetzt kam alles darauf an, dass die Invasion nicht noch weiter ging. Er brauchte Zeit, um die Rote Armee umzustrukturieren, die Produktion von Waffen und militärischer Ausrüstung zu reorganisieren und sich auf den Angriff vorzubereiten, der zweifellos irgendwann nach der deutschen Eroberung Polens folgen würde. Bis zu einem gewissen Grad hielt er die Option offen, ein Bündnis mit den Westmächten einzugehen; diese zögerten jedoch, betrachteten ihn als unzuverlässig, und Ribbentrop und das Auswärtige Amt waren ungeduldig, trotz Hitlers persönlicher Vorbehalte. Als die Signale aus Moskau deutlicher wurden, sah Ribbentrop eine Chance, den Briten einen Schock zu versetzen, gegen die er wegen der Demütigungen in seiner Zeit als Sonderbotschafter in London noch immer einen Groll hegte, und einen Coup zu landen, der ihm Hitlers Billigung und ewige Dankbarkeit einbringen würde. Verhandlungen über eine Ausweitung der deutsch-sowjetischen Handelsbeziehungen wurden aufgenommen, stockten und begannen erneut. Molotow und Ribbentrop gaben beide zu verstehen, dass ein Wirtschaftsabkommen auch eine politische Seite haben müsse. Diese liess nicht lange auf sich warten. Anfang August 1939 hatten Ribbentrop und Weizsäcker mit Hitlers Zustimmung Pläne für eine gemeinsame Teilung Polens mit den Sowjets entworfen. Noch immer zögerte Stalin. Schliesslich, am 21. August, gab er Hitlers Drängen auf einen formellen Vertrag nach. Halbherzige Versuche der Engländer übergehend, mit ihm einen Vertrag zu schliessen, lud der sowjetische Diktator Ribbentrop nach Mos-

kau ein, der am 23. August dort eintraf. In den frühen Morgenstunden des folgenden Tags war der Nichtangriffspakt unterzeichnet.¹⁷³

Ein formelles Bündnis zwischen zwei Grossmächten, die sich in den vergangenen sechs Jahren gegenseitig öffentlich beschimpft hatten und die beiden Hauptmächte hinter den Kriegsparteien im Spanischen Bürgerkrieg gewesen waren, kam gelinde gesagt etwas überraschend.¹⁷⁴ Dennoch gab es auf beiden Seiten gute Gründe dafür. Von Hitlers Standpunkt aus gesehen war es notwendig, dass die Sowjetunion bei einer deutschen Invasion Polens stillhielt, weil andernfalls das Schreckensszenario eines europäischen Zweifrontenkriegs drohte. Stalin bot das Abkommen eine Atempause und eröffnete die verlockende Aussicht auf einen europäischen Krieg zwischen den kapitalistischen Grossmächten Deutschland, Frankreich und England, in dem diese sich gegenseitig vernichten würden. Während ausserdem die veröffentlichte Version des Abkommens beide Staaten für die nächsten zehn Jahre verpflichtete, keinen Krieg gegeneinander zu führen, Differenzen durch Verhandlungen oder die Schlichtung einer dritten Macht zu bereinigen und ihren gegenseitigen Handel auszuweiten, wiesen die geheimen Zusatzklauseln des Vertrags den beiden Kontrahenten Einflussphären in Osteuropa zu, und zwar sollte Stalin den östlichen Teil Polens sowie Estland, Lettland und Litauen erhalten und Hitler den westlichen Teil Polens. Die Bedeutung dieser Klauseln war enorm. Sowohl Hitler wie Stalin war klar, dass der Vertrag aller Wahrscheinlichkeit nach keine zehn Jahre Bestand haben würde. Tatsächlich waren es dann nicht einmal zwei Jahre. Doch längerfristig sollte sich die Grenze, die mit dem Vertrag durch Polen zwischen den beiden Einflussphären gezogen wurde, als dauerhaft erweisen, während die sowjetische Besetzung der Baltenstaaten bis fast zum Ende des 20. Jahrhunderts währen sollte.¹⁷⁵

Der Vertrag hatte aber noch weitere Konsequenzen. Während der eingehenden Verhandlungen brachte die deutsche Seite die Frage der deutschen politischen Flüchtlinge in der Sowjetunion zur Sprache. Stalin hatte kein Interesse daran, sie zu schützen; er stand im Gegenteil allen Ausländern, die in Russland eine Zuflucht gefunden hatten, und vielen Russen, die mit ihnen in Kontakt gekommen waren, mit tiefstem Misstrauen gegenüber. Deshalb erklärte er sich einverstanden, sie in ihre Heimat zurückzuschicken. Rund 4'000 deutsche Staatsbürger wurden nach Abschluss des Ver-

trags verhaftet und von den sowjetischen Behörden der Gestapo übergeben. Etwa 1'000 bis 1'200 von ihnen waren Kommunisten. Einige wie Margarete Buber-Neumann waren bereits von Stalins Geheimpolizei verhaftet und ins Gefängnis gesteckt worden, bevor sie in Deutschland in ein Konzentrationslager kamen; ihr Mann Heinz Neumann war 1932 aus der Parteiführung ausgeschlossen worden, weil er eine Einheitsfront mit der SPD gegen die drohende Machtübernahme der Nationalsozialisten gefordert hatte. Erst nach Spanien und dann nach Moskau geschickt, wurde er 1937 verhaftet und erschossen, während seine Frau 1940 direkt von einem sowjetischen Arbeitslager in das KZ Ravensbrück gebracht wurde. Auf jene deutschen Kommunisten, die Juden waren, wartete ein noch schlimmeres Schicksal. Einer von ihnen war der Dirigent und Komponist Hans Walter David. Geboren 1893 war er 1933 nach Paris und 1935 nach Moskau geflohen. Er fiel Stalins «Säuberungen» 1937 zum Opfer und wurde 1939 zu Lagerhaft verurteilt, weil er angeblich für Deutschland spioniert hatte, ein Beispiel für Stalins paranoides Misstrauen gegenüber Ausländern in der Sowjetunion. Im April 1940 wurde David mitgeteilt, seine Strafe sei in eine Ausweisung umgewandelt worden. Am 2. Mai 1940 wurde er der Gestapo übergeben und von der SS ermordet. Im Februar 1940 dankte die deutsche Botschaft in Moskau den Sowjetbehörden für ihre Mitarbeit bei der Feststellung und Auslieferung einer grossen Zahl von Exilanten wie ihm.¹⁷⁶

Inzwischen hatten die Kommunistischen Parteien überall in Europa alle Hände voll zu tun, diesen Pakt ihren Mitgliedern zu erklären, von denen viele überhaupt erst deshalb eingetreten waren, weil die Partei die beste Garantie dafür zu bieten schien, den Kampf gegen den Faschismus zum Feind zu tragen. Auf die Verwirrung folgte Unglauben. Viele fühlten sich verraten. Doch es dauerte nicht lange, bis die meisten Kommunisten sich mit der Idee angefreundet hatten, dass der Vertrag letzten Endes keine so schlechte Sache sei. Eine jahrelange Schulung in Parteidisziplin, in der Unterstützung aller Drehungen und Wendungen der Parteidoktrin und -politik erleichterten es, schliesslich selbst diese hanebüchene Kehrtwendung zu schlucken. Manche glaubten sogar, er könnte zur Legalisierung der KPD führen, und viele waren der Meinung, ein Krieg zwischen den

kapitalistischen Ländern gehe sie ohnehin nichts an; alle verehrten Stalin als den grossen Denker und Meister der politischen Taktik, ein Weltgenie, das stets wusste, was am besten zu tun sei, und dessen Entscheidungen immer richtig waren.¹⁷⁷ Auch manche Nationalsozialisten waren im Zweifel über die Weisheit dieses Vertrags. Der Antikommunismus war ein zentraler Bestandteil der NS-Weltanschauung, und jetzt sah es so aus, als verrate Hitler ihn. Am Morgen nach der Bekanntgabe des Pakts durch die Partei war der Vorgarten des Braunen Hauses, der Parteizentrale in München, übersät mit Parteinadeln, die von enttäuschten Parteimitgliedern vom Revers genommen und dort hineingeworfen worden waren. Alfred Rosenberg, der grösste Kommunistenfresser der Partei, gab Ribbentrops Ehrgeiz die Schuld an dem Vertrag. Ein Bündnis mit England wäre seiner Meinung nach besser gewesen. Er war jedoch so daran gewöhnt, alle Entscheidungen Hitlers ohne Diskussion zu akzeptieren, dass von ihm ohnehin kein Widerspruch zu erwarten war. Viele erkannten, dass diese scheinbare Annäherung an die Sowjetunion nur ein taktisches Manöver war. «Der Führer hat einen genialen Schachzug getan», schrieb Goebbels bewundernd in sein Tagebuch.¹⁷⁸

II

Hitlers wachsendes Gefühl in den letzten Tagen und Wochen vor der Unterzeichnung des Nichtangriffspakts, die Zeit laufe ihm davon, rührte nicht zuletzt aus dem Umstand, dass die Invasion Polens bereits auf den 26. August festgelegt worden war.¹⁷⁹ In der Zwischenzeit hatte Hitler Massnahmen ergriffen, um zu vermeiden, dass sich in der deutschen Bevölkerung eine ähnliche «Kriegspsychose» entwickelte wie während der Sudetenkrise im Sommer des Vorjahres. Er achtete darauf, dass er sich in der Öffentlichkeit so verhielt, als ob nichts Aussergewöhnliches bevorstände, besuchte die Stätten seiner Kindheit in Österreich und die Bayreuther Festspiele, war zu Gast bei einem grossen Festzug zum Thema deutsche Kunst und Kultur in den Strassen Münchens und hielt sich einige Zeit im Berghof auf dem Obersalzberg auf. Er gab bekannt, dass der diesjährige Parteitag in Nürnberg «Parteitag des Friedens» heissen und Anfang

September beginnen werde (zu einem Zeitpunkt, da die deutsche Wehrmacht bereits mitten in Polen stehen würde). Und er beschränkte sich in öffentlichen Äusserungen über Polen auf die Lage Danzigs. In Wirklichkeit war diese Frage für ihn von untergeordneter Bedeutung, bestenfalls ein Vorwand. Doch ab Mai 1939 entfaltete Goebbels mit seinen täglichen Presseanweisungen eine Hetzkampagne gegen Polen, die den Eindruck erweckte, als befänden sich die Volksdeutschen in Polen und vor allem in Danzig in einer fortwährenden tödlichen und zunehmenden Gefahr durch an ihnen verübte Gewalttaten von Polen. «Volksdeutsche fliehen vor polnischem Terror», lautete eine Schlagzeile. «Mit Äxten deutsche Wohnungen erbrochen – Seit Wochen unter polnischem Terror – Hunderte von Flüchtlingen wurden von den Polen verhaftet.» Polen ermordeten angeblich Volksdeutsche, schossen in Danzig auf Passanten und drohten ihnen allgemein, ihr Leben unerträglich zu machen. Auch wenn die Politik der polnischen Regierung gegenüber der volksdeutschen Minderheit beträchtlich weniger liberal und tolerant war als die der tschechoslowakischen Regierung gegenüber den Sudetendeutschen, waren diese Geschichten doch grotesk übertrieben, wenn nicht gar frei erfunden. Die Nationalsozialisten, die die politische Bühne in Danzig beherrschten, übten ihrerseits weiterhin Druck aus, indem sie die Polen provozierten und Zwischenfälle inszenierten, die von der deutschen Presse ausgeschlachtet werden konnten, als sie etwa Anschläge auf polnische Zollbeamte verübten und Greuelgeschichten verbreiteten, wenn diese sich verteidigten.¹⁸⁰

Doch das Sperrfeuer der Propaganda, das von Goebbels freigegeben wurde, erinnerte in jeder Hinsicht an die Zeit der Sudetenkrise und erweckte den Eindruck, als gehe es Hitler allein um die Heimkehr Danzigs in das Deutsche Reich, verbunden mit einer bislang noch nicht näher geklärten Vereinbarung über den polnischen Korridor, möglicherweise unter Hinzuziehung von England und Frankreich als Vermittler. Selbst die Sozialdemokraten räumten ein, dass die Polen von einem Grossteil der Bevölkerung verachtet wurden und allgemein wenig beliebt waren, auch bei den Arbeitern, die sie als schmutzig, rückständig und als eine billige Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt ansahen. Die Zusammenstösse, zu denen es am Ende des Ersten Weltkriegs in Schlesien gekommen war, hatten eine

Erbitterung ausgelöst, die in den zwanzig vergangenen Jahren nichts von ihrer Schärfe verloren hatte. Trotzdem hoffte man allgemein auf eine friedliche Lösung: «Danzig», konnte man von Sozialdemokraten hören, «... ist doch eine rein deutsche Stadt. Wer will denn etwas dagegen haben, wenn Deutschland es sich wieder holt? Die Sache mit Danzig ist doch im Grunde viel einfacher als es die mit der Tschechoslowakei war. England und Frankreich müssten das doch einsehen.»¹⁸¹

Solche Ansichten waren auch unter den Anhängern der NSDAP verbreitet. «Keiner von uns zweifelte daran, dass Hitler den Krieg vermeiden würde, wenn er es nur irgend verantworten konnte», schrieb später Melita Maschmann.¹⁸² Schliesslich hatte er das bisher immer getan. Hitler war ein aussenpolitisches Genie, und sie glaubten seinen Versicherungen, dass er nichts als den Frieden wolle.¹⁸³ In einem Bericht über die Haltung gegenüber der Krise bei der ländlichen Bevölkerung im bayerischen Ebermannstadt vom 30. Juni 1939 lautete das Fazit: «Der Wille zum Frieden ist stärker als der zum Krieg. Bei dem weitaus überwiegenden Teil der Bevölkerung besteht deshalb mit einer Lösung der Danziger Frage nur dann Einverständnis, wenn dies in der gleichen Weise unblutig vor sich geht wie die bisherigen Eingliederungen im Osten.»¹⁸⁴ Der bewusst geförderte Eindruck, dass Hitler in der Danzigfrage eine friedliche Lösung wolle, sollte jedoch nicht nur die Ängste in der Bevölkerung beschwichtigen; am 11. August 1939 kam Hitler mit dem Hohen Kommissar des Völkerbunds in Danzig, dem Schweizer Historiker und Diplomaten Carl Jacob Burckhardt, auf dem Obersalzberg zusammen, den er eigens dorthin gebeten hatte, um seine Bereitschaft zu Verhandlungen mit den Engländern zu bekunden. Gleichzeitig schaffte er es jedoch, diese kalkulierte Pose eines vernünftigen Staatsmanns zu konterkarieren, indem er laut brüllte, er werde Polen vollständig vernichten, wenn dessen Regierung seine Forderungen nicht erfülle.¹⁸⁵

Keiner der diplomatischen Schritte Hitlers änderte etwas an der Haltung der übrigen internationalen Akteure in diesem tödlichen Spiel, nicht einmal seine Bekanntgabe des Ribbentrop-Molotow-Pakts. Die polnische Regierung stand der Sowjetunion, mit der Polen zu Beginn der zwanziger Jahre einen erbitterten Krieg geführt hatte, von Anfang an misstrauisch und

ablehnend gegenüber, so dass der Vertrag für sie kaum etwas änderte. Die Ereignisse in Danzig und ähnliche Unruhen in Schlesien bestärkten die Polen nur in ihrer Entschlossenheit, sich jeder Abmachung zu widersetzen, da diese sie ohne Zweifel ebenso an Deutschland ausliefern würde wie das Münchener Abkommen es mit den Tschechen getan hatte. Doch eine Abmachung erschien ohnehin sehr unwahrscheinlich. Sowohl die britische wie die französische Regierung betonten, dass der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt nichts an ihrer Entscheidung ändern werde, Polen zur Seite zu stehen, wie Chamberlain Hitler in einem Brief mitgeteilt hatte, der ihm am 23. August 1939 von dem im Allgemeinen deutschenfreundlichen britischen Botschafter Sir Neville Henderson auf dem Obersalzberg übergeben wurde. Nachdem Hitler den Brief gelesen hatte, überschüttete er seinen Gast mit wilden Anschuldigungen gegen die Engländer, die, wie er anklagend brüllte, entschlossen seien, Deutschland im Interesse «minderwertiger Rassen» gänzlich auszurotten. Doch am 25. August, als er sich wieder in Berlin befand, wählte Hitler einen anderen Kurs und bot Henderson in grossartigen, wengleich unbestimmten Ausdrücken eine allgemeine Vereinbarung mit England an, sobald die «Polenfrage» geregelt sei. Während Henderson zu Beratungen nach London zurückflog, erfuhr Hitler, dass die Engländer gerade ein Militärbündnis mit Polen geschlossen hatten. Ribbentrops schlechter Ruf in England hatte zweifellos seinen Versuch vereitelt, Chamberlain umzustimmen. Unter Umgehung seines Ausenministers wandte Hitler sich an Göring, der in London seit jeher einen besseren Ruf besass. Görings schwedischer Freund Birger Dalerus erhielt den Auftrag, in der britischen Hauptstadt zu sondieren. Das Ergebnis war die Antwort, die von Henderson am 28. August 1939 in Berlin überbracht wurde, dass die britische Regierung bereit sei, friedlich vereinbarte deutsch-polnische Grenzen zu garantieren und sich für die Rückgabe der deutschen Überseekolonien einzusetzen, die bei den Friedensverhandlungen 1919 dem Völkerbund unterstellt worden waren, dass sie jedoch immer noch willens sei, Polen mit Waffengewalt zu unterstützen, falls Deutschland in Polen einfalle.¹⁸⁶

Am 22. August 1939 bestellte Hitler hohe Kommandeure der Wehrmacht auf den Obersalzberg, um ihnen mitzuteilen, dass die Invasion statt-

finden werde. Sie kamen in Zivilkleidung, um keinen Verdacht zu erregen. Der Nichtangriffspakt mit Stalin würde in Bälde unterzeichnet sein, und er befand sich in zuversichtlicher Stimmung. Er hatte bereits im Frühjahr beschlossen, in Polen einzufallen, sagte er. Im Frühjahr habe er noch gedacht, «dass ich mich zunächst in einigen Jahren gegen den Westen wenden würde und dann erst gegen den Osten. Aber die Zeitfolge lässt sich nicht festlegen.» Das Verhältnis zu Polen sei untragbar geworden. Der Augenblick, gegen Polen loszuschlagen, sei günstig. «England und Frankreich haben sich verpflichtet; beide sind nicht in der Lage dazu. In England ist keine tatsächliche Aufrüstung, sondern nur Propaganda.» Deshalb werde es keinen allgemeinen Krieg geben, wenn er in Polen einmarschiere. Die Risiken für die westlichen Demokratien seien zu gross. Gleichzeitig werde der eroberte Osten Getreide, Vieh, Kohle, Blei und Zink liefern. «Unsere Feinde», sagte er, «sind kleine Würmchen. Ich sah sie in München.»¹⁸⁷ Während des gemeinsamen Mittagessens hatten etliche der anwesenden Generäle anscheinend gegenüber Hitlers Ausführungen Bedenken geäußert. Viele von ihnen waren überzeugt, dass Hitler sich etwas vormache, wenn er behauptete, England und Frankreich würden nicht eingreifen. Um ihre Entschlusskraft zu stärken, erhob sich Hitler noch einmal zu einer Rede. «Jeder muss die Ansicht vertreten», sagte er, «dass wir von vornherein auch zum Kampf gegen die Westmächte entschlossen waren. Kampf auf Leben und Tod.» Die westlichen Führer seien schwächere Menschen. Selbst wenn sie den Krieg erklärten, könnten sie kurzfristig kaum etwas tun. «[Die] Vernichtung Polens [steht] im Vordergrund», sagte er zum Schluss.¹⁸⁸

Hitler glaubte tatsächlich auch weiterhin, dass England nicht eingreifen würde; die langfristige Drohung der amerikanischen Macht werde es zu einem Bündnis mit Deutschland nötigen.¹⁸⁹ Doch die Absicht, die er zu diesem Zeitpunkt seinen Generälen mitteilte, am 26. August in Polen einzufallen, wurde unerwartet von Mussolini durchkreuzt, der sich brüskiert fühlte, weil Hitler ihn trotz aller Zusicherungen im Stahlpakt zu Polen nicht uneingeschränkt in sein Vertrauen gezogen hatte. Von der Nachricht von der geplanten Invasion, die Ciano von Ribbentrop früher im August erhalten hatte, wurden die Italiener völlig überrumpelt. Am 24. August

1939 hatte Hitler persönlich an Mussolini geschrieben und um die Unterstützung Italiens gebeten. Bereits am 25. August hatten die Truppen ihren Marschbefehl erhalten, als Mussolinis Antwort in der Reichskanzlei eintraf; die deutschen Flughäfen waren bereits geschlossen, der Reichsparteitag war abgesagt, und mit Wirkung vom 27. August war eine Lebensmittelrationierung eingeführt worden. Mussolini teilte Hitler mit, Italien sei nicht in der Lage, im Fall eines Kriegs militärischen Beistand zu leisten. «Die Italiener machen es genau wie 1914», schäumte Hitler. Er widerrief die Marschbefehle, und der Vormarsch kam kurz vor der polnischen Grenze zum Stillstand.¹⁹⁰

Jetzt konnte Hitler nicht mehr lange warten. Er unterdrückte seine Wut auf die Italiener, die zu allem Überfluss noch das Angebot machten, eine Konferenz mit den Engländern und Franzosen nach dem Vorbild der Konferenz von München einzuberufen, und unternahm einen letzten Versuch, eine anglo-französische Neutralität zu erreichen. In weiteren Gesprächen mit Henderson gelang es nicht, die Engländer im Hinblick auf ihre den Polen gegebene Garantie im Fall eines bewaffneten Konflikts umzustimmen. Vieles von dem, was Hitler zu sagen hatte, auch das Angebot eines Plebiszits im Korridor, verbunden mit der Rückgabe Danzigs an Deutschland, war nicht mehr als Staffage in der Absicht, die deutsche Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass er alles unternommen habe, um den Frieden zu erhalten. Als Ribbentrop in der Reichskanzlei am 31. August um Mitternacht Henderson das Angebot Hitlers vorlas, tat er dies in einem solchen Tempo, dass Henderson sich keine Notizen machen konnte; anschliessend warf er das Dokument auf den Tisch und sagte, es sei jetzt sowieso überholt. Der bei der Begegnung anwesende Dolmetscher berichtete später, die Atmosphäre sei so geladen gewesen, dass er befürchtete, die beiden Männer könnten miteinander handgreiflich werden. Hitler liess sein Angebot am Abend des 30. August über den deutschen Rundfunk bekanntgeben und erklärte, – die Engländer und die Polen, die keinen Unterhändler geschickt hätten, trügen die Schuld, dass es nicht zu einer Einigung gekommen sei. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Wehrmacht bereits den Befehl bekommen, in den frühen Morgenstunden des 1. September in Polen einzumarschieren.¹⁹¹

In Heydrichs Dienststelle waren Wochen zuvor Pläne für einen angeblichen polnischen Überfall auf den deutschen Rundfunksender im oberschlesischen Gleiwitz ausgearbeitet worden. Dessen Personal wurde durch SS-Leute ausgewechselt. Als «Beweise» für einen mörderischen Überfall hatte die SS zwei Häftlinge des Konzentrationslagers Sachsenhausen durch Injektionen getötet und vor das Gebäude des Senders gelegt, wo sie von deutschen Reportern fotografiert werden konnten. In den von Hitler persönlich gebilligten Plänen wurden die Leichen als «Konserven» bezeichnet. Ein dritter Mann, Franz Honiok, ein polenfreundlicher deutscher Staatsbürger, wurde am 30. August verhaftet, weil man ihn glaubhaft als polnischen Irregulären identifizieren konnte, und am nächsten Tag von der SS aus dem Polizeigefängnis abgeholt. Er wurde mit einer Spritze betäubt, in das Gebäude des Senders gebracht und dort erschossen. Um den Vorgang noch glaubwürdiger erscheinen zu lassen, brüllten polnischsprechende SS-Männer antideutsche Parolen in die Mikrophone des Senders, bevor sie diesen wieder verliessen. Normalerweise wurde der Sender nur bei Unwetterwarnungen benutzt, so dass kaum jemand die Parolen gehört haben dürfte. An zwei anderen Stellen wurden von SS-Männern, die polnische Armeeuniformen trugen, Grenzzwischenfälle inszeniert. Als ein SS-Mann aus einem deutschen Zollhaus trat, dessen Einrichtung er gemeinsam mit ein paar anderen soeben demoliert hatte, stolperte er über mehrere Leichname, die polnische Uniformen trugen. Ihre Köpfe waren geschoren, wie er später berichtete, die Gesichter so zerschlagen, dass sie unkenntlich waren, und es hatte bereits die Leichenstarre eingesetzt.¹⁹²

Um 4.45 Uhr am Morgen des 1. September 1939 eröffnete das deutsche Schlachtschiff *Schleswig-Holstein* das Feuer auf die polnische Garnison und das Munitionsdepot auf der Westerplatte, eine Halbinsel vor der Weichselmündung, die die Zufahrt zum Danziger Hafen beherrschte, während Sturzkampfbomber («Stukas») die Stadt in niedriger Höhe überflogen. Deutsche Polizeieinheiten griffen polnische Bahnhöfe und Postämter an, und in mehreren Ortschaften kam es zu Schiessereien. Albert Forster, der Gauleiter in Danzig, stellte den Hochkommissar des Völkerbunds Carl Jakob Burckhardt unter Hausarrest und liess ihm zwei Stunden Zeit, die Stadt zu verlassen. Burckhardt packte seine Koffer und reiste nach Litauen ab.

Entlang der gesamten Grenze zwischen Polen und Deutschland öffneten Einheiten der Wehrmacht die Schranken an den Grenzübergängen und fuhren durch polnisches Territorium, während Flugzeuge der deutschen Luftwaffe in den polnischen Luftraum eindringen und Eisenbahnstrecken, Strassen und Brücken, Militärstützpunkte und Städte bombardierten. Um zehn Uhr morgens hielt Hitler vor einem eilig einberufenen Reichstag eine Rede. Erschöpft und überreizt durch die hektischen Verhandlungen der letzten Tage, war er nervös und wirr, stolperte mehrmals über seine eigenen Worte und machte einen ungewohnt zögernden Eindruck. Die Polen hätten in der vergangenen Nacht nicht weniger als 14 schwere Grenzverletzungen begangen, behauptete er (womit die von Heydrichs SS inszenierten Zwischenfälle gemeint waren). Diese Ausschreitungen müssten mit Vergeltung beantwortet werden. «Von jetzt ab wird Bombe mit Bombe vergolten. Wer mit Gift kämpft, wird mit Giftgas bekämpft. Wer sich selbst von den Regeln der humanen Kriegsführung entfernt, kann von uns nichts anderes erwarten, als dass wir den gleichen Schritt tun.» Nachdem die Rede beendet war, stimmten die Abgeordneten feierlich für die Wiedervereinigung Danzigs mit dem Deutschen Reich. Zuvor hatte Hitler jedoch einen Ton angeschlagen, der nicht nur schlimme Vorahnungen weckte, sondern auch düstere Prophezeiungen enthielt. «Ich will jetzt nichts anderes sein als der erste Soldat des deutschen Reiches. Ich habe damit wieder jenen Rock angezogen, der mir selbst der heiligste und teuerste war. Ich werde ihn nur ausziehen, nach dem Sieg – oder ich werde dieses Ende nicht mehr erleben.» Schon damals dachte er für den Fall einer Niederlage an Selbstmord.¹⁹³

III

In England und Frankreich wie in Polen hatten sich die Streitkräfte seit Beginn der Krise auf einen Krieg vorbereitet. Die britische Regierung befahl am 31. August die volle Mobilmachung und begann damit, Frauen und Kinder aus den Grossstädten zu evakuieren, da sie mit Luftangriffen rechnete. Vor Regierungsgebäuden wurden Sandsäcke aufgestapelt, es ergingen Anweisungen für nächtliche Verdunkelungsmassnahmen, und

Chamberlain erörterte die Bildung eines Kriegskabinetts, dem auch Gegner des *appeasement* angehörten wie Winston Churchill. Doch das nervöse Hin und Her der letzten Augusttage hatte Chamberlain zu der Annahme bewogen, dass eine friedliche Lösung im Bereich des Möglichen liege. Im britischen Kabinett kam es zu einem heftigen Streit. Während Chamberlain schwankte, führte sein Aussenminister Lord Halifax weiterhin Gespräche mit Franzosen, Italienern und Deutschen, die jedoch keinerlei Ergebnisse zeigten. Eine Mehrheit im Kabinett hielt nichts mehr von weiteren Aufschüben und trat für eine «letzte Warnung» an Hitler ein. Am Abend des 1. September 1939 teilte Henderson der deutschen Regierung mit, die von den Italienern vorgeschlagene Konferenz über die polnische Lage, die sich auf Hitlers Angebot vom 29. August stützte, könne nur stattfinden, wenn die deutschen Truppen das Feuer einstellen und sich aus Polen zurückziehen.¹⁹⁴

Am 2. September 1939, nach weiteren stundenlangen Telefongesprächen zwischen dem britischen Aussenministerium, den Franzosen und den Italienern, sah sich Chamberlain kurz vor acht Uhr abends vor einem vollbesetzten Unterhaus. Er informierte die Abgeordneten, dass er von Hitler noch keine Antwort auf die letzte Warnung vom Vortag erhalten habe. «Es kann sein», fuhr er fort, «dass die Verzögerung durch die Erörterung eines Vorschlags bedingt ist, der inzwischen von der italienischen Regierung gemacht wurde und demzufolge die Feindseligkeiten eingestellt werden und anschliessend sofort eine Konferenz zwischen den fünf Grossmächten England, Frankreich, Polen, Deutschland und Italien stattfinden sollte.» Er erwähnte weder, dass für die Antwort eine Frist gesetzt worden war, noch sprach er von dem Blutbad und den Verwüstungen, die gerade im Gange waren, als polnische Soldaten und Zivilisten durch deutsche Boden- und Luftangriffe massakriert wurden. Seine unklaren Äusserungen beschworen ungute Erinnerungen an München herauf. Doch die Stimmung in der politischen Elite wie im ganzen Land hatte sich seit dem Frühjahr 1939 gedreht. Die grosse Mehrheit war jetzt überzeugt, dass das Dritte Reich die Herrschaft über Europa, wenn nicht über die ganze Welt anstrebte und dass es an der Zeit sei, dem Einhalt zu gebieten. Eine Welle des Ingrimm erfasste das Unterhaus. Als Arthur Greenwood sich erhob, um die Antwort

der Opposition zu geben, wurde er grob unterbrochen. «Als Sprecher für die Labour Party», waren seine ersten Worte. «Sprechen Sie für England!» rief ein Hinterbänkler der Tories, Leo Amery. Es war eine Stimmung, die fast das gesamte Unterhaus erfasst hatte.¹⁹⁵

Greenwood war der Lage gewachsen. «Ich bin tief betroffen», sagte er. «Vor 38 Stunden hat ein militärischer Angriff begonnen... Ich frage mich, wie lange wir noch bereit sind zu zaudern in einer Zeit, da England und alles, wofür England steht, und die menschliche Zivilisation in Gefahr sind.» Chamberlain war erschlagen von der feindseligen Ablehnung, die seine Worte ausgelöst hatten. Ein Beobachter auf den Besucherrängen beschrieb ihn später als einen «unentschlossenen alten Tattergreis mit brüchiger Stimme und zitternden Händen». Eine Mehrheit im Kabinett kam unmittelbar im Anschluss an die Sitzung informell ohne ihn zusammen, entsetzt über seinen Rückfall in Illusionen. Sie beschlossen, dass er den Deutschen ein Ultimatum stellen müsse. Halifax und Chamberlain befürchteten, dass die Regierung stürzen werde, wenn sie diesen Beschluss nicht ausführten. Die öffentliche Meinung in England war für ein entschlossenes Handeln. Während sich über London ein heftiges Gewitter entlud, trat das Kabinett um 23.20 Uhr zusammen und traf seine Entscheidung. Am nächsten Morgen, dem 3. September 1939 um 9 Uhr, übergab Henderson dem Auswärtigen Amt ein formelles Ultimatum. Wenn die Deutschen nicht innerhalb von zwei Stunden das Feuer einstellten und ihre Truppen zurückzogen, werde England sich mit Deutschland im Krieg befinden.¹⁹⁶

Die Deutschen erwiderten mit einem ausführlichen, vorbereiteten Dokument, das Henderson kurz vor Ablauf der Frist um 11 Uhr übergeben wurde. Darin behauptete die deutsche Regierung, sie wolle nichts anderes als die Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrags korrigieren, und warf England vor, die Polen zur Aggression ermutigt zu haben. Um 12 Uhr stellten die Franzosen ein ähnliches, wenn auch etwas ausführlicheres Ultimatum. Es wurde ebenfalls abgelehnt, verbunden mit der Versicherung, Deutschland habe nicht die Absicht, in Frankreich einzumarschieren. Zu dieser Zeit hatte Chamberlain der englischen Bevölkerung über Rundfunk mitgeteilt, angesichts einer ungenügenden Antwort auf das Ultimatum «befindet sich dieses Land jetzt mit Deutschland im Krieg». «Alles, wofür

ich gearbeitet habe», sagte er bald darauf vor dem Unterhaus, «alles, an das ich in meinem öffentlichen Leben geglaubt habe, liegt in Trümmern.» Am frühen Nachmittag wurden im deutschen Rundfunk vier Proklamationen Hitlers verlesen. Er habe alles getan, was er konnte, um den Frieden zu erhalten, sagte er, doch die britische Kriegstreiberei habe es unmöglich gemacht. Das britische Volk sei nicht daran schuld, sondern allein dessen «jüdisch-plutokratische Führer». Gegenüber der NSDAP und ihren Mitgliedern war er direkter. «Unser jüdischdemokratischer Weltfeind hat es fertiggebracht, das englische Volk in den Kriegszustand gegen Deutschland zu stellen», sagte er und fügte hinzu: «Das Jahr 1918 wird nicht wiederkehren.»¹⁹⁷

Andere waren sich nicht so sicher. Die Konservativen, die während der Sudetenkrise im Vorjahr einen Putsch gegen Hitler geplant hatten, weil er es anscheinend auf einen Krieg ankommen liess, waren noch entsetzter, als er es jetzt auf Polen abgesehen hatte. Auf unterschiedlichen Wegen versuchten sie Kontakt zu den Regierungen Frankreichs und Englands aufzunehmen, doch ihre Botschaften waren nicht einheitlich – einige drängten auf entschlosseneren Widerstand, andere wollten eine gesamteuropäische Schlichtung –, und sie wurden nicht besonders ernstgenommen.¹⁹⁸ Als Hitler seinen ersten Befehl zur Invasion Polens widerrufen hatte, glaubten einige wie Schacht, Oster und Canaris für kurze Zeit, die starke Einbusse seines Prestiges werde ihn zu Fall bringen. Doch diesmal hatten sie keinen Rückhalt bei den Generälen. Das grössere und völlig gerechtfertigte Vertrauen gegenüber dem polnischen Gegner, ihr seit Langem genährter Ehrgeiz, gegen Polen loszuschlagen, die langen Monate der erneuten Geringschätzung und Einschüchterung durch den Führer sowie ihre Überraschung und Erleichterung über die erfolgreiche Zerschlagung der Tschechoslowakei hatten alle Vorbehalte überwunden, die sie noch gegenüber dem Hauptziel von Hitlers Politik gehegt haben mochten. Ein Jahr nach der Sudetenkrise befand sich die deutsche Wehrmacht in einer weitaus besser gerüsteten Verfassung, die Sowjetunion war neutralisiert, und es gab wirklich nichts, was die Franzosen und Engländer hätten tun können, um Polen zur Seite zu stehen. Hitler wollte bereits 1938 in den Krieg ziehen und war in letzter Minute durch eine anglo-französische Intervention daran gehindert worden. Diesmal war er weitaus entschlossener.

Trotz allem Wankelmut in den letzten Augusttagen 1939 konnte seine Entschlossenheit zu einem Krieg gegen Polen, selbst auf die Gefahr eines allgemeinen europäischen Kriegs nicht erschüttert werden. Als Göring, der noch immer versuchte, einen Konflikt mit England zu verhindern, Hitler am 29. August 1939 nahelegte, es sei nicht nötig, stets ein hohes Risiko einzugehen, erwiderte dieser: «Ich habe in meinem ganzen Leben immer va banque gespielt.»¹⁹⁹

Den Krieg wie ein Glücksspiel zu betreiben war sicher nichts, womit Hitler die Deutschen begeistern konnte. Spätestens am 29. August 1939 waren sie ernsthaft beunruhigt. Die Stimmung im bayerischen Landkreis Ebermannstadt beispielsweise war «erheblich gedrückt», wie es in einem Bericht der dortigen Gendarmerie hiess. «Obwohl Anzeichen einer Kriegsfurcht nirgends festzustellen sind..., kann doch auch von einer Kriegsbegeisterung keine Rede sein. Die Erinnerung an den Weltkrieg und seine Folgen ist noch viel zu frisch, um einer Hurrastimmung Raum zu gewähren.» Der Ausbruch des Kriegs, hiess es vier Wochen später in einem Bericht des Bezirksamts, habe eine Stimmung der «Niedergeschlagenheit» unter der Bevölkerung ausgelöst.²⁰⁰ Auch die sozialdemokratischen Beobachter konnten «keine Kriegsbegeisterung» feststellen.²⁰¹ William L. Shirer stand am 3. September in Berlin auf dem Wilhelmsplatz und beobachtete eine Menge von vielleicht 250 Menschen, die zuhörten, während über Lautsprecher die britische Kriegserklärung an Deutschland bekanntgegeben wurde. «Nach Beendigung der Durchsage gab es nicht einmal ein Murmeln», schrieb er in seinem Tagebuch. Er beschloss, der Stimmung etwas nachzugehen. «Ich lief durch die Strassen», heisst es in seiner Schilderung weiter. «In den Gesichtern der Menschen Erstaunen, Niedergeschlagenheit... Ich glaube, 1914 war die Begeisterung in Berlin am ersten Tag des Weltkriegs ungeheuer. Heute: keine Begeisterung, kein Hurrageschrei, keine Hochrufe, kein Blumenstreuen, kein Kriegsfieber, keine Kriegshysterie.» Es gab kein Wiederaufleben des legendären Geistes von 1914 im September 1939. Der Propagandafeldzug mit dem Ziel, die Deutschen mit Hass gegen ihre neuen Feinde zu erfüllen, war gescheitert.²⁰²

Angst und Besorgnis um die Zukunft waren die am meisten verbreiteten Empfindungen in Deutschland in den ersten Tagen und Wochen des Kriegs. Luise Solmitz in Hamburg war verzweifelt. «Wer vollbringt das

Wunder», fragte sie sich am 29. August 1939, «wer hilft der gepeinigten Menschheit weg vom Krieg zum Frieden? Leicht zu beantworten: nichts und niemand... Ein Metzeln hebt an, wie es die Erde noch nicht erlebte.»²⁰³ Es war vor allem die Angst vor Bombenangriffen auf deutsche Grossstädte, was die Menschen so bedrückt machte. Ihre Stimmung wurde auch nicht besser durch die umfangreichen Luftschutzmassnahmen, die sie auf Weisung der Luftschutzwarte durchführen mussten. «Luftangriffe», sagte ein Bekannter von Luise Solmitz' Mann am 31. August 1939, «ach, das ist nicht so schlimm, wenn wir wirklich ein bisschen abkriegen. Es ist eine Entlastung der Front.' ,Ist die Front entlastet, sagte Fr.[iedrich], ,wenn den Soldaten Eltern, Frau, Kinder und das Heim vernichtet werden?'»²⁰⁴ Ohne sich viel Schutz davon zu versprechen, nähte Luise Solmitz Sandsäcke, die vor ihre Fenster gelegt werden sollten. «Eine Welt voll Blut und Greuel», schrieb sie, als der Krieg begann. «Und somit sind wir in die so entsetzlich gefürchtete Zeit eingetreten, gegen die der 30jährige Krieg ein Pfingstausflug war... Nachdem Europas Wunden nach 21 Jahren geheilt waren, wird das Abendland vernichtet.»²⁰⁵

IV

Der Krieg war das Ziel des Dritten Reiches und seiner Führer, seit diese 1933 an die Macht gekommen waren. Seit diesem Tag bis zum Ausbruch der Feindseligkeiten im September 1939 hatten sie ihre ganze Energie darauf ausgerichtet, das Volk auf einen Konflikt vorzubereiten, der Deutschland die Herrschaft in Europa und schliesslich auf der Welt bringen würde. Der Grössenwahn dieser Ziele hatte in den gigantomanischen Plänen seinen Ausdruck gefunden, die von Hitler und Speer für Berlin entworfen worden waren, das zur neuen Welthauptstadt Germania werden sollte. Und das grenzenlose Ausmass des nationalsozialistischen Strebens nach Eroberung und Beherrschung der übrigen Welt ging einher mit einem ebenso radikalen Versuch, das Denken, Fühlen und die Körper der Deutschen umzuformen, um sie zu befähigen, in «würdiger» Weise die Rolle der neuen «Herrenrasse» zu übernehmen, die auf sie wartete. Die kompro-

misslose Gleichschaltung der deutschen sozialen Institutionen, die der NS-DAP ab 1933 ein Quasimonopol über die Organisation des alltäglichen Lebens in die Hand gab, war erst der Anfang. Zwar hatten Hitler und die Parteiführer in den Jahren 1933/34 verkündet, dass sie bei der Schaffung des Dritten Reiches das Beste des alten und des neuen Deutschlands miteinander verbinden, Tradition und Revolution miteinander verschmelzen und die konservativen Eliten ebenso beruhigen wie sie den Elan ihrer eigenen Bewegung für den Aufbau eines neuen Deutschlands nutzbar machen wollten. Bis Ende 1934 waren dann allerdings die Forderungen der radikaleren Nationalsozialisten nach einer permanenten Revolution in der «Röhmaffäre» unterdrückt worden, während diese Ereignisse für die Konservativen eine blutige Mahnung waren, dass die Führer des Dritten Reiches keineswegs daran dachten, zur Ordnung der wilhelminischen Ära zurückzukehren.

Doch die Synthese des Alten und Neuen, die durch die «Säuberungen» des 30. Juni 1934 scheinbar wiederhergestellt wurde, war in Wirklichkeit bereits in Frage gestellt. Mehr und mehr verschob sich das Gleichgewicht unverkennbar in Richtung auf das Neue. Im Unterschied zu anderen Regimen, die auf der Niederschlagung einer marxistischen Revolution gründeten wie zum Beispiel Ungarn, war das Dritte Reich weit mehr als eine bloße Konterrevolution. Seine Ambitionen gingen weit über die Wiederherstellung eines realen, imaginären, «gereinigten» oder verbesserten Status quo hinaus. Fast vom ersten Tag an war das NS-Regime bemüht, alle bedeutenden Institutionen gleichzuschalten, die es aus taktischen Gründen nicht sofort seiner Kontrolle unterworfen hatte: die Wehrmacht, die Kirchen und die Wirtschaft. Das erwies sich als eine schwierige Aufgabe, da die Prioritäten der Aufrüstung Umsicht erforderten, wo die Wirtschaft und das Militär betroffen waren, während der Angriff auf die besonders tief verwurzelten religiösen Überzeugungen der Bevölkerung die vielleicht offenste und freimütigste Opposition weckte, die den Nationalsozialisten nach der Unterdrückung der Arbeiterbewegung entgegenschlug. Doch bis 1939 waren beträchtliche Fortschritte erzielt worden. Die Unternehmer, die anfangs begeistert waren von den Gewinnen, die ihnen infolge der wirtschaftlichen Erholung und der Rüstungsaufträge winkten, hatten sich

in den Augen der Nationalsozialisten als zu wenig patriotisch gezeigt, und ab 1936 wurde die Wirtschaft zunehmend von einem Staat gegängelt und reglementiert, für den die Vorbereitung auf den Krieg wichtiger war als das Profitmotiv der Unternehmer. Schachts kühne, kreative, aber letztlich konventionelle Wirtschaftsführung wurde 1937/38 aufgegeben, als sie begann, die Rüstungsanstrengungen einzuschränken. Die frühere Reichswehr, ab 1935 amtlich in Wehrmacht umbenannt, hatte sich ab 1934 bereitwillig Hitler unterstellt und kooperierte in den nächsten drei Jahren nur allzu bereitwillig mit dem Rüstungsprogramm. Doch als hohe Generäle wie Beck, Blomberg und Fritsch eine Verzögerungstaktik betrieben, als sich die Ereignisse im Frühjahr 1938 zuspitzten, wurden sie ebenso wie Reichsaussenminister Neurath entlassen; die noch verbliebenen Zweifler wurden vorläufig durch Hitlers erfolgreiche Annexion des Sudetenlands im September 1938 zum Schweigen gebracht.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich das Regime auch eindeutig in der Kulturpolitik durchgesetzt und seine Auffassung von moderner Kunst in der Ausstellung über «entartete Kunst» in München im Juli 1937 klar und deutlich zum Ausdruck gebracht. Und es hatte begonnen, eine radikale eugenische Sozialpolitik einzuführen, die in dem Bemühen, eine körperlich und geistig vollkommene «arische Rasse» zu schaffen, die traditionelle christliche Moral beiseite gefegt hatte. Hier wurden von Anfang an radikale politische Programme in Angriff genommen, mit der Zwangssterilisation der «Entarteten» und dem Beginn der Entfernung der Juden aus dem Beamtendienst, den akademischen Berufen, dem Wirtschaftsleben und – mit dem Erlass der Nürnberger Gesetze 1935 – auch aus dem Geschlechtsleben der Deutschen. Auch hier verschärfte sich jedoch das Tempo spürbar im Jahr 1938 als ein neues Ehe- und Scheidungsrecht, das gewährleisten sollte, dass nur «erbgesunde Arier» sich fortpflanzen durften, und Ehepaare mit einem unfruchtbaren oder zeugungsunfähigen Partner ermutigte, sich im Interesse der «Rasse» zu trennen. Die antisemitische Gewalt des Novemberpogroms 1938, die anschließende endgültige Enteignung der jüdischen Gemeinde in Deutschland und ihre Ausgrenzung aus den letzten Bereichen des sozialen und kulturellen Lebens, die sie noch mit der übrigen Bevölkerung geteilt hatten, waren nur die sichtbarsten An-

zeichen für diese Verschärfung des Tempos. Weniger allgemein bemerkt, doch für die Betroffenen nicht weniger gravierend in den Konsequenzen war die Umwandlung der Konzentrationslager in den Jahren 1937/38 aus Haftanstalten für die Überreste der sozialdemokratischen und kommunistischen Opposition, die inzwischen völlig zerschlagen war, zu «Müllhalden» für die eugenisch Unerwünschten, die zunehmend als Sklavenarbeiter in Steinbrüchen und zu anderen schweren Arbeiten eingesetzt wurden, die letztlich ihren Tod herbeiführen sollten.

In keiner einzigen dieser Massnahmen versuchten die Nationalsozialisten, die Uhr zurückzudrehen. In allen diesen Bereichen zeigte sich im Gegenteil sehr schnell ihre Begeisterung für alles Moderne. Sie äusserte sich nicht nur in den Konstruktionsräumen der Waffenfabriken, Schiffswerften, Luftfahrtunternehmen, an den Fliessbändern der Munitionsfabriken, in medizinischen Forschungslaboratorien und chemischen Fabriken. Die Eugenik selbst, unter Einschluss der Zwangssterilisierung, wurde von Wissenschaftlern und Beobachtern auf der ganzen Welt als das moderne Gesicht der Sozialpolitik angesehen. Für diejenigen, die sich ihr verschrieben hatten, leitete der Glaube an die fundamentale Bedeutung der «Rasse» in menschlichen Angelegenheiten seine Legitimität auch aus dem ab, was für sie die neuesten Entdeckungen der modernen Wissenschaft waren. Die Moderne nahm im Dritten Reich auch eine konkrete, physische Form an. Neue Medikamente, synthetische Ersatzstoffe für Benzin, Kautschuk und Naturfasern, neue Kommunikationsmedien wie das Fernsehen, neue Metalllegierungen, Raketen, die man in den Weltraum schiessen konnte – das alles und noch vieles mehr wurde begeistert vom Staat gefördert, durch staatlich finanzierte Forschungsinstitute und Zuschüsse für Forschung und Entwicklung in Grossunternehmen. Das öffentliche Gesicht der Modernität des Nationalsozialismus zeigte sich in den Autobahnen, die gebietsweise Berge durchschnitten und tiefe Täler überspannten, in leuchtend weissen, saubereren und modernen Konstruktionen; in nationalsozialistischen Bauwerken wie den Ordensburg, der Gestaltung des Zeppelinfelds in Nürnberg oder der neuen Reichskanzlei in Berlin, wo die neuesten Baustoffe hinter klassizistischer Verkleidung verschwanden, die neueste Mode in der öffentlichen Architektur auf der ganzen Welt. Selbst in der Kunst, wo Hitler dafür sorgte, dass sämtliche Produkte der führenden mo-

deren Bewegungen des Tages von den Wänden deutscher Galerien und Museen verschwanden, zeugten die kolossalen, muskulösen Figuren Arno Brekers und seiner Nachahmer nicht von traditionellen menschlichen Formen, sondern von einem neuen Menschentyp, körperlich vollkommen und bereit zu gewalttätigem Handeln. Selbst aus den idyllischen ländlichen Szenen aus der Blut-und-Boden-Schule deutscher Künstler sprach keine Rückkehr zu einer bäuerlichen Welt, die in einer hierarchischen und hinterwäldlerischen Vergangenheit steckengeblieben wäre, sondern vielmehr von einer neuen Ordnung, in der der Bauer unabhängig war, wohlhabend und stolz und in den bevorstehenden Konflikten die Lebensmittel zur Ernährung Deutschlands erzeugen würde. Für Millionen Deutsche bedeutete das Dritte Reich mit seiner bereits verwirklichten oder geplanten Verteilung technischer Wunderwerke wie Volksempfänger und Volkswagen Modernität und Fortschritt für alle.²⁰⁶

Modernität war im Denken der führenden Nationalsozialisten mit Konflikt und Krieg verknüpft. Der Sozialdarwinismus, das wissenschaftlich abgesicherte Prinzip, das einem Grossteil des nationalsozialistischen Denkens zugrunde lag, unterstellte eine Welt, in der Völker und «Rassen» gegeneinander einen ewigen Kampf ums Überleben führten. Deshalb bestand in den Augen Hitlers und der Parteiführer für die Regierung ein oberstes Gebot, Deutschland und die Deutschen für diesen Kampf tauglich zu machen. Da dieses Gebot immer dringlicher wurde, insbesondere ab dem Spätjahr 1937, nahmen auch die Radikalität und Skrupellosigkeit des Regimes zu.²⁰⁷ Traditionelle Hemmungen wurden ausgeschaltet. Die Gründlichkeit und Radikalität des nationalsozialistischen Versuchs, Deutschland und die Deutschen umzuformen, hatten kaum Parallelen in anderen Ländern. Jeder Bereich des geistigen und kulturellen Lebens wurde dem Zweck untergeordnet, das Denken der Menschen auf den Krieg vorzubereiten. Schulen und Hochschulen wurden zunehmend zu Schulungszentren, zum Nachteil von Forschung und Lehre. Überhaupt entstanden überall Schulungslager, und ihre Auswirkungen machten sich nicht nur für die jungen Menschen in fast allen alltäglichen Bereichen bemerkbar. Das Dritte Reich stellte ein riesiges sozialtechnologisches Experiment an, das in seiner Durchdringung von Körper und Geist der Individuen keine Grenzen anerkannte, während es versuchte, aus ihnen eine gleichge-

Karte 22: Deutsche Annektionen vor dem Krieg



Anmerkungen

Kapitel 1 Der Polizeistaat

- 1 Karl-Heinz Minuth (Hg.), *Die Regierung Hitler, 1933/34* (Akten der Reichskanzlei, Regierung Hitler 1933-1938), Bd. 1, 30. Januar bis 31. August 1933, Boppard am Rhein 1983, S. 630 ff.
- 2 Kurt Werner und Karl Heinz Biernat, *Die Köpenicker Blutwoche, Juni 1933*, Berlin 1988.
- 3 Zit. in Martin Broszat, *Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung*, München 1969, S. 251 f.
- 4 Richard J. Evans, *Das Dritte Reich*, 1. Band, *Aufstieg*, München 2004, S. 456-462.
- 5 Richard Bessel, *Political Violence and the Rise of Nazism: The Storm Troopers in Eastern Germany 1925-1934*, London 1984, S. 97; Peter Longerich, *Die braunen Bataillone. Geschichte der SA*, München 1989, S. 184.
- 6 Bessel, *Political Violence*, S. 119-122; zum allgemeinen Hintergrund s. Karl Dietrich Bracher, Gerhard Schulz und Wolfgang Sauer, *Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34*, Frankfurt a.M. 1962 (1960), Bd. 3; Wolfgang Sauer, *Die Mobilmachung der Gewalt*, S. 255-324.
- 7 «Selbstzeugnis eines SA-Mannes» (Abel testimony 58), zit. in: Peter H. Merkl, *Political Violence under the Swastika: 581 early Nazis*, Princeton 1975, S. 472f. (Rückübersetzung)
- 8 IfZ, Fa 107/1, Runderlass Röhm's v. 31.7.1933, zit. in Norbert Frei, *Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945*, München 2001 (1987), S. 22.
- 9 Zit. nach Bessel, *Political Violence*, S. 126.
- 10 Longerich, *Die braunen Bataillone*, S. 179-188.
- 11 Heinz Höhne, *Mordsache Röhm. Hitlers Durchbruch zur Alleinherrschaft 1933-1934*, Reinbek bei Hamburg 1984, S. 127f.
- 12 John W. Wheeler-Bennett, *The Nemesis of Power: The German Army in Politics 1918-1945*, London 1953, S. 761.
- 13 Immo von Fallois, *Kalkül und Illusion. Der Machtkampf zwischen Reichswehr und SA während der Röhm-Krise 1934*, Berlin 1994, S. 105-108.
- 14 Höhne, *Mordsache Röhm*, S. 59-122, zu Röhm's wachsendem Ehrgeiz; zur zunehmenden Unruhe der Reichswehrführung S. 177-206.
- 15 Fallois, *Kalkül*, S. 131; Robert J. O'Neill, *The German Army and the Nazi Party 1933-1939*, London 1966, S. 38-42.
- 16 Minuth, *Die Regierung Hitler 1933-1934*, Bd. 2, S. 1156-1158.

- 17 Bessel, *Political Violence*, S. 130-132, zit. aus der SA Akte Max Heydebreck, ff. 11-17, im ehemaligen Berlin Document Center, heute im Bundesarchiv Berlin.
- 18 Heinrich Bennecke, *Die Reichswehr und der «Röhm-Putsch»*, München 1962, S. 43 f.; Sauer, *Die Mobilmachung*, S. 338 f., unterstreicht die Unbestimmtheit und das Fehlen eines ernsthaften politischen Inhalts in Röhm's Revolutionsbegriff; s.a. Höhne, *Mordsache Röhm*, S. 207-226.
- 19 Minuth, *Die Regierung Hitler 1933-1934*, Bd. 2, S. 1393.
- 20 Frei, *Der Führerstaat*, S. 26-27; Edmund Forschbach, *Edgar J. Jung. Ein konservativer Revolutionär 30. Juni 1934*, Pfullingen 1984.
- 21 Elke Fröhlich (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941*, Bd. 2, München 1987, S. 472 (21. Mai 1934).
- 22 Höhne, *Mordsache Röhm*, S. 227-238.
- 23 *Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934-1940*, Hg. Klaus Behnken, Frankfurt a.M. 1980, Bd. 1, *Erster Jahrgang 1934*, S. 99-117 und 187.
- 24 Minuth, *Regierung Hitler 1933-1934*, Bd. 2, S. 1197-1200; Max Domarus (Hg.), *Hitler. Reden und Proklamationen, 1932-1945*, München 1965, Bd. 1, S. 372-375 (21. März 1934).
- 25 Höhne, *Mordsache Röhm*, S. 218-224.
- 26 Domarus, *Hitler*, Bd. 1, S. 375.
- 27 Fröhlich, *Die Tagebücher*, Bd.1.2, S. 472f. (29. Juni 1934).
- 28 Franz von Papen, *Der Wahrheit eine Gasse*, München 1952, S. 346-350. Hans-Adolf Jacobsen und Werner Jochmann (Hg.), *Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus*, 3 Bde., Bielefeld 1961.
- 29 Domarus, *Hitler*, Bd. 1, S.390f.
- 30 Papen, *Der Wahrheit eine Gasse*, S. 349 f.
- 31 Wheeler-Bennett, *Nemesis*, S. 319 f.; Höhne, *Mordsache Röhm*, S. 239-246.
- 32 Longerich, *Die braunen Bataillone*, S. 215 f.
- 33 Domarus, *Hitler*, Bd. 1, S. 392.
- 34 O'Neill, *The German Army*, S. 72-76; Longerich, *Die braunen Bataillone*, S. 215-217; Ian Kershaw, *Hitler 1889-1936*, Stuttgart 1998, S. 645-647; Bessel, *Political Violence*, S. 131-133; Höhne, *Mordsache Röhm*, S. 239-246.
- 35 Ralf Georg Reuth, *Goebbels. Eine Biographie*, München 1990, S. 313.
- 36 Domarus, *Hitler*, S. 395.
- 37 Herbert Michaelis et al. (Hg.), *Ursachen und Folgen: Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1934 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart*; Bd. 10, *Das Dritte Reich. Die Errichtung des Führerstaates, die Abwendung von dem System der kollektiven Sicherheit*, Berlin 1965, S. 168-172.
- 38 Longerich, *Die braunen Bataillone*, S. 216f.; Domarus, *Hitler*, S. 396.
- 39 Longerich, *Die braunen Bataillone*, S. 217-218; Domarus, *Hitler*, I, S. 403; Kershaw, *Hitler*, S. 646-64 8; *Deutschland-Berichte*, I, S. 194 f.; Hitlers Befehle an die SA in *Völkischer Beobachter* Sondernummer, 1. Juli 1934, Titelseite; die Ermordung Röhm's in: Karl Buchheim and Karl Otmar von Aretin (Hg.), *Krone und Ketten. Erinnerungen eines bayerischen Edelmannes*, München 1955, S. 365 f.

- 40 Hans Bernd Gisevius, *Bis zum bitteren Ende*, Zürich 1954, S. 142-144.
- 41 Ausführlich hierzu Höhne, *Mordsache Röhm*, S. 247-296.
- 42 Bericht über Schleicher in: *Erste Beilage der Germania*, 180, 2 Juli 1934: «Schleicher und sieben SA-Führer erschossen»; Einzelheiten in: Höhne, *Mordsache Röhm*, S. 247-296.
- 43 Höhne, ebd.
- 44 Bessel, *Political Violence*, S. 135-137.
- 45 Göring erklärte später, «ich habe meine Aufgabe erweitert, indem ich auch gegen diese Unzufriedenen einen Schlag führte». Dass er dies spontan und aus eigenem Antrieb getan haben sollte, nachdem er von den Ereignissen in München erfahren hatte, wie manche Historiker behauptet haben, muss bezweifelt werden angesichts der Sorgfalt, mit der die übrige Aktion vorbereitet worden war, und der Vehemenz, mit der Hitler einige Tage zuvor Papen und seine engsten Mitarbeiter geschmäht hatte. Zu der Auffassung, die Aktion sei «improvisiert» gewesen, s. Longerich, *Die braunen Bataillone*, S. 218. Zu den Details, die für eine sorgfältige vorherige Planung sprechen, s. Bessel, *Political Violence*, S. 133-137. Weitere Einzelheiten in Kershaw, *Hitler 1889-1939*, S. 648 f. Sauer, *Die Mobilmachung der Gewalt*, S. 334-364, verzeichnet die systematische Arbeit der Vorbereitung durch Hitler und die Parteiführung seit April und betont die Bedeutung der Propagandaoffensive gegen Röhm und die SA, vor allem innerhalb der Partei. Zu Ballerstedt s. Evans, *Aufstieg*, S. 269. Zu Ludendorff s. Harald Peuschel, *Die Männer um Hitler. Braune Biographien, Martin Bormann, Joseph Goebbels, Hermann Göring, Reinhard Heydrich, Heinrich Himmler und andere*, Düsseldorf 1982.
- 46 «Goebbels erstattet Bericht: Die grosse Rede des Reichspropagandaministers», *Berliner Tageblatt*, 307, 2. Juli 1934, S. 3.
- 47 Minuth, *Die Regierung Hitler*, Bd. 1.2, S. 1354-1358; Pressebericht im *Berliner Tageblatt*, 310, 4. Juli 1934, Titelseite.
- 48 *Germania* 180, 2. Juli 1934; ebd., 181,3. Juli 1934; *Berliner Tageblatt*, 306, 1. Juli 1934, S. 2; zur «Säuberungsaktion» s. insbesondere Görings Erklärung, ebd., S. 3, und *Völkischer Beobachter* 182/183, 1./2. Juli 1934, Titelseite.
- 49 Domarus, *Hitler*, S. 421.
- 50 Kershaw, *Hitler 1889-1939*, S. 651-657. Bemühungen nach dem Krieg, die noch lebenden Mörder vor Gericht zu bringen, sind dokumentiert in: Otto Gritschbeiner, «Der Führer hat Sie zum Tode verurteilt...» Hitlers «Röhm-Putsch»-Morde vor Gericht, München 1993.
- 51 Einige Beispiele in: Bernd Stöver (Hg.), *Berichte über die Lage in Deutschland. Die Meldungen der Gruppe «Neu Beginnen» aus dem Dritten Reich 1933-1936*, Bonn 1996, S. 169-185.
- 52 *Deutschland-Berichte*, Bd. 1, S. 197-203; Martin Broszat und Elke Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 1: *Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte*, München, 1977, S. 71 (Bezirksamt Ebermannstadt, Halbmonatsbericht, 14. Juli 1934); Thomas Klein (Hg.), *Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Hessen-Nassau 1933-1936*,

- Köln 1986, S. 117; Wolfgang Ribbe (Hg.), *Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Brandenburg und die Reichshauptstadt Berlin 1933 bis 1936*, Bd. 1, *Der Regierungsbezirk Potsdam*, Köln 1998, S. 141-142; *Berliner Illustrierte Nachtausgabe*, 151, 2. Juli 1934, Titelseite, zum Denken der grossen Mehrheit; ebd., S. 153, 4. Juli 1934, Titelseite, zu den Warnungen der Polizei; zum Reichspropagandaministerium s. Gabriele Toepser-Ziegert (Hg.), *NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation II: 1934*, München 1985, 264, 3. Juli 1934.
- 53 Staatsarchiv Hamburg 622-1: Familie Solmitz: Luise Solmitz geb. Stephan, 1889-1973, Tagebuch: Bd. 28 und 29 (Eintragungen vom 21. März und 3. April 1933 und vom 30. Juni 1934). Abschriften von Auszügen befinden sich in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg.
- 54 Ebd. Ian Kershaw, *Der Hitler-Mythos. Führerkult und Volksmeinung*, Stuttgart 1999, S. 109-121.
- 55 Jochen Klepper, *Unter dem Schatten Deiner Flügel. Aus den Tagebüchern der Jahre 1932-1942*, Stuttgart 1955, S. 194.
- 56 Staatsarchiv Hamburg 622-1: Familie Solmitz: Luise Solmitz geb. Stephan, 1889-1973, Tagebuch: Bd. 28 und 29 (Eintragungen vom 21. März und 3. April 1933 und vom 30. Juni 1934). Abschriften von Auszügen befinden sich in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg.
- 57 Die Liste in: Höhne, *Mordsache Röhm*, S. 319-321.
- 58 Longeric, *Die braunen Bataillone*, S. 223; Bessel, *Political Violence*, S. 147 f.
- 59 Longeric, *Die braunen Bataillone*, S. 227-230.
- 60 Höhne, *Der Orden*, S. 113 und 118, Zitat Planck in: *Der Spiegel*, 15. Mai 1957, S. 29, und Heinrich Bennecke, *Die Reichswehr und der «Röhm-Putsch»*, München 1974, S. 65 und 87f.; Kershaw, *Hitler 1889-1936*, S. 651; Peter Hoffmann, *Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Brüder*, Stuttgart 1992, S. 132; Hermann Foertsch, *Schuld und Verhängnis. Die Fritsch-Krise im Frühjahr 1938*, Stuttgart 1951, S. 57f.
- 61 Ferdinand Sauerbruch, *Das war mein Leben*, Bad Wörishofen 1951, S. 519 f.; zur Datierung des Besuchs s. Kershaw, *Hitler 1889-1936*, S. 905, Anm. 144. Papen, *Der Wahrheit eine Gasse*, S. 375 f. bestreitet dies.
- 62 Tagebuch Luise Solmitz, 2. August 1934; Minuth, *Die Regierung Hitler 1933-1934*, Bd. 1.2, S. 1384-1390. Tatsächlich benutzte Hitler den Titel «Reichspräsident» noch einmal, als er in seinem «Politischen Testament» Dönitz zu seinem Nachfolger bestimmte. Das verdeutlichte die Heuchelei seines Verweises auf die «unzertrennliche» Verbindung des Titels mit dem Namen Hindenburgs; tatsächlich war der Titel des «Führers» unzertrennlich mit dem Namen Hitlers verbunden und leitete sich allein aus seiner Person ab. S. hierzu Hans Buchheim, Martin Broszat, Hans-Adolf Jacobsen und Helmut Krausnick, *Anatomie des SS-Staates*, München 1967, Bd. 1; H. Buchheim, *Die SS – das Herrschaftsinstrument Befehl und Gehorsam*, S. 15 ff.
- 63 Minuth, *Die Regierung Hitler 1933-1934*, Bd. 1.2, S. 1385, Anm. 6.
- 64 O'Neill, *The German Army*, S. 85-91.
- 65 Ebd., S. 85-91; zu Beck s. Gert Buchheit, *Ludwig Beck*, München 1964, S. 46.
- 66 Noakes und Pridham, *Nazism*, Bd. 1, S. 185-187.
- 67 Buchheim, *Die SS*, S. 16-19. Zur «Boxheim-Affäre» s. Evans, *Aufstieg*, S. 374 f.
- 68 Evans, *Aufstieg*, S. 581-584.

- 69 Ernst Fraenkel, *Der Doppelstaat. Recht und Justiz im «Dritten Reich»*, Frankfurt a.M. 1974.
- 70 Minuth, *Die Regierung Hitler*, Bd. 1.1, S. 648 (Lammers an Hess, 11. Juli 1933).
- 71 Victor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten – Tagebücher 1933-1941*, Bd. 1, *Tagebücher 1933-1934*, Berlin, 1995, S. 42f. (20. Juli 1933).
- 72 RGBl. 1933 I, S. 1016.
- 73 Broszat, *Der Staat Hitlers*, S. 244-273 und 301-325; zu Bormann und Hess s. Evans, *Aufstieg*, S. 311 und 263 f.
- 74 Noakes und Pridham, *Nazism*, Bd. 2, S. 52-64.
- 75 Ebd., S. 57.
- 76 Hitler-Erlass vom 7. Dezember 1934, Bundesarchiv Koblenz, R 43 11/1660, Bl. 26, zit. in: Alfred Kube, «Hermann Göring – Zweiter Mann im «Dritten Reich», in: Ronald Smelser, Enrico Syring und Rainer Zitelmann (Hg.), *Die braune Elite I. 22 biographische Skizzen*, Darmstadt 1999, S. 69-83, hier S. 73 f. Allgemein hierzu Alfred Kube, *Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich*, München 1987 [1986], und Stefan Martens, *Hermann Göring: «Erster Paladin des Führers» und «Zweiter Mann im Reich»*, Paderborn 1985.
- 77 Buchheim, *Die SS*, S. 30-32; Höhne, *Der Orden*, S. 80 f.; Evans, *Aufstieg*, S. 321 ff.
- 78 Höhne, *Der Orden*, S. 127-132.
- 79 Ebd.
- 80 Ebd., S. 137-143; Josef Ackermann, *Himmler als Ideologe*, Göttingen 1970, S. 253 f.
- 81 Hans Peter Bleuel, *Das saubere Reich. Theorie und Praxis des sittlichen Lebens im Dritten Reich*, Bern/München/Wien 1972.
- 82 Gunnar C. Böhnert, «An Analysis of the Age and Education of the SS Führerkorps 1925-1939», *Historical Social Research*, 12 (1979), S. 4-17; Friedrich Zipfel, «Gestapo and SD: A Sociographic Profile of the Organisers of the Terror», in: S. Larsen (Hg.), *Who Were the Fascists? Social Roots of European Fascism*, Bergen 1980, S. 301-311.
- 83 Hanno Sowade, «Otto Ohlendorf – Nonkonformist, SS-Führer und Wirtschaftsfunktionär», in: Smelser et al., *Die braune Elite I*, S. 188-200, hier S. 188-191. Zum allgemeineren Hintergrund s. Michael Wildt, *Generation der Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002, S. 41-208.
- 84 Günther Deschner, «Reinhard Heydrich – Technokrat der Sicherheit», in: Smelser et al., *Die braune Elite I*, S. 98-114, hier S. 98-100. Ein weitgehend entgegengesetztes Bild zeichnet Joachim Fest, *Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalen Herrschaft*, München 1963, S. 139-155.
- 85 Höhne, *Der Orden*, S. 151-163.
- 86 Allg. dazu: Shlomo Aronson, *Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SD*, Stuttgart 1971.
- 87 Zu einer eigenen Darstellung der näheren Umstände s. Rudolf Diels, *Lucifer ante portas. Es spricht der erste Chef der Gestapo*, Stuttgart 1950. Zur komplizierten Geschichte all dieser Entwicklungen s. Christoph Graf, «Kontinuitäten und Brüche.

- Von der Politischen Polizei der Weimarer Republik zur Geheimen Staatspolizei», in: Gerhard Paul und Klaus-Michael Mallmann (Hg.), *Die Gestapo – Mythos und Realität*, Darmstadt 1995, S. 73-83, und Johannes Tucheï, «Gestapo und Reichssicherheitshauptamt. Die Berliner Zentralinstitutionen der Gestapo», in: ebd., S. 84-100.
- 88 George C. Browder, *Foundations of the Police State: The Formation of Sipo and SD*, Lexington, Kentucky 1990; ders., *Hitler's Enforcers: The Gestapo and the SS Security Service in the Nazi Revolution*, New York 1996; und Peter Hitschke, «Polizei und Gestapo. Vorauseilender Gehorsam oder polykratischer Konflikt?», in: Paul und Mallmann, *Die Gestapo*, S. 306-322.
- 89 Die beste neuere Darstellung dieser Ereignisse ist Michael Schneider, *Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939*, Bonn 1999, S. 34-120. S.a. Evans, *Aufstieg*, S. 441-491.
- 90 Zu einer kurzen allgemeinen Einführung s. Detlev Peukert, «Working-Class Resistance: Problems and Options», in: David Clay Large (Hg.), *Contending with Hitler: Varieties of German Resistance in the Third Reich*, Washington, D.C. 1991, S. 35-48.
- 91 Werner Blumenberg, *Kämpfer für die Freiheit*, Berlin 1959.
- 92 Gerhard Hetzer, «Die Industriestadt Augsburg. Eine Sozialgeschichte der Arbeiteropposition», in: Martin Broszat et al. (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, 6 Bde., München 1977-83, Bd. 3, S. 1-234, insbes. S. 182-200; Helmut Beer, *Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Nürnberg 1933-1945*, Nürnberg 1976; Heike Breit-schneider, *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in München 1933 bis 1945*, München 1968; Kurt Klotzbach, *Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933-1945*, Hannover 1969; Hans-Josef Steinberg, *Widerstand und Verfolgung in Essen 1933-1945*, Hannover 1969; Karl Ditt, *Sozialdemokratie im Widerstand. Hamburg in der Anfangsphase des Dritten Reiches*, Hamburg 1984; allgemeiner hierzu Schneider, *Unterm Hakenkreuz*, S. 928-962.
- 93 Otto Buchwitz, *50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung*, Stuttgart 1949, S. 156-163.
- 94 Erich Matthias, *Mit dem Gesicht nach Deutschland*, Düsseldorf 1958, S. 215-225.
- 95 Gerd-Rainer Horn, «Radicalism and Moderation within German Social Democracy in Underground and Exile, 1933-1936», *German History*, 15 (1997) 2, S. 200-220; Detlef Lehnert, *Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848-1982*, Frankfurt a.M. 1983, S. 155-164.
- 96 Hetzer, «Die Industriestadt Augsburg», vermittelt einen lebendigen Eindruck von diesen Meinungsverschiedenheiten. S.a. Lewis J. Edinger, *German Exile Politics*, Berkeley 1956.
- 97 William Sheridan Allen, «Social Democratic Resistance Against Hitler and the European Tradition of Underground Movements», in: Francis R. Nicosia und Lawrence D. Stokes (Hg.), *Germans Against Nazism. Nonconformity, Opposition and Resistance in the Third Reich. Essays in Honour of Peter Hoffmann*, Oxford 1990, S. 191-204.
- 98 Schumann, *Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung*, S. 128-130.

- 99 Franz Osterroth und Dieter Schuster, *Chronik der deutschen Sozialdemokratie*, Hannover 1963, S. 389; Ditt, *Sozialdemokraten*, S. 87f.; Allen, «Social Democratic Resistance», S. 191 f.; Schneider, *Unterm Hakenkreuz*, S. 1065-1069.
- 100 Francis L. Carsten, *The German Workers and the Nazis*, London 1995; Schneider, *Unterm Hakenkreuz*, S. 866, 887-889 und 1004-1008; Richard Löwenthal, *Die Widerstandsgruppe «Neu Beginnen»*, Berlin 1982; Jan Foitzik, *Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40*, Bonn 1986; Stöver, *Berichte*, S. XIX-XXXIX.
- 101 Hermann Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik* (gekürzte Studienausgabe), Frankfurt a.M. 1971 (1969), S. 245-247.
- 102 Eric D. Weitz, *Creating German Communism, 1890-1990. From Popular Protests to Socialist State*, Princeton 1997, S. 286-289.
- 103 Horst Duhnke, *Die KPD von 1933 bis 1945*, Köln 1972; Schneider, *Unterm Hakenkreuz*, S. 902-926; allgemeiner hierzu: Margot Pikarski und Günter Übel (Hg.), *Gestapo-Berichte. Über den antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1933 bis 1945*, 3 Bde., Berlin 1989/90. Zu den Flugblättern s. Peter Dohms (Hg.), *Flugschriften in Gestapo-Akten. Nachweis und Analyse der Flugschriften in den Gestapo-Akten des Hauptstaatsarchives Düsseldorf*, Siegburg 1977, und Margot Pikarski und Günter Übel (Hg.), *Die KPD lebt! Flugblätter aus dem antifaschistischen Widerstandskampf der KPD, 1933-1945*, Berlin 1980.
- 104 Detlev Peukert, *Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit am Rhein und Ruhr, 1933 bis 1945*, Wuppertal 1980, S. 107.
- 105 Allan Merson, *Communist Resistance in Nazi Germany*, London 1985, S. 127.
- 106 Siehe die pessimistischen Berichte in Stöver, *Berichte*, S. 34 f., 87-90 et passim.
- 107 E.H. Carr, *Twilight of the Comintern, 1930-1935*, London 1982; Beatrix Herlemann, *Die Emigration als Kampfposten. Die Anleitung des kommunistischen Widerstandes in Deutschland aus Frankreich, Belgien und den Niederlanden*, Königstein im Taunus 1982; Hermann Weber, «Die KPD in der Illegalität», in: Richard Löwenthal und Patrick von zur Mühlen (Hg.), *Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945*, Bonn 1982, S. 83-101.
- 108 Weitz, *Creating German Communism*, S. 292-300.
- 109 Merson, *Communist Resistance*, S. 124-152; Peukert, *Die KPD im Widerstand*; Eric A. Johnson, *Der nationalsozialistische Terror. Gestapo, Juden und gewöhnliche Deutsche*, Berlin 2001, S. 195-212.
- 110 Weitz, *Creating German Communism*, S. 289-291.
- 111 Siehe z. B. Hetzer, «Die Industriestadt Augsburg», S. 150-178.
- 112 Schneider, *Unterm Hakenkreuz*, S. 1061-1064.
- 113 Anne Applebaum, *Gulag. A History of the Soviet Camps*, London 2003, und Robert Conquests Klassiker *Der grosse Terror. Sowjetunion 1934-1938*, München 1992; zur Ermordung Kirows s. Simon Sebag Montefiore, *Stalin. The Court of the Red Tsar*, London 2003, S. 121-138.
- 114 Weber, *Die Wandlung*, 357f.; ders., «Weisse Flecken in der Geschichte. Die KPD-

- Opfer der stalinistischen Säuberungen und ihre Rehabilitierung*, Frankfurt a.M. 1990; Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung (Hg.), *In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR*, Berlin 1991.
- 115 Richard J. Evans, *Rituale der Vergeltung. Die Todesstrafe in der deutschen Geschichte 1532-1987*, Berlin und Hamburg 2001, S. 748-751. Das Prinzip ist unter Juristen unter der Bezeichnung *nulla poena sine lege* bekannt.
- 116 Günther Wieland, *Das war der Volksgerichtshof. Ermittlungen, Fakten, Dokumente*, Pfaffenweiler 1989, S. 15-18; Evans, *Rituale der Vergeltung*, S. 751 f.
- 117 Hans Joachim Bernhard et al. (Hg.), *Der Reichstagsbrandprozess und Georgi Dimitroff. Dokumente*, 2 Bde., Berlin 1981/89; Georgi Dimitroff, *Reichstagsbrandprozess. Dokumente, Briefe und Aufzeichnungen*, Berlin 1946.
- 118 *Völkischer Beobachter*, 24 Dez. 1934, zit. in: Wieland, *Das war der Volksgerichtshof*, S. 15.
- 119 Gerhard Fieberg (Hg.), *Im Namen des deutschen Volkes. Justiz und Nationalsozialismus*, Köln 1989, S. 267.
- 120 Wieland, *Das war der Volksgerichtshof*, S. 22-29; Hannes Heer, *Ernst Thälmann in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten*, Reinbek 1975, S. 119-127.
- 121 Wieland, *Das war der Volksgerichtshof*, S. 45; s.a. insbesondere Klaus Marxen, *Das Volk und sein Gerichtshof*, Frankfurt a.M. 1994, und Walter Wagner, *Der Volksgerichtshof im nationalsozialistischen Staat*, Stuttgart 1974.
- 122 Marxen, *Das Volk*, S. 57-61, 79-87; Holger Schlüter, *Die Urteilspraxis des nationalsozialistischen Volksgerichtshofs*, Berlin 1995.
- 123 Ingo Müller, «Nationalsozialistische Sondergerichte. Ihre Stellung im System des deutschen Strafverfahrens», in: Martin Bennhold (Hg.), *Spuren des Unrechts. Recht und Nationalsozialismus. Beiträge zur historischen Kontinuität*, Köln 1989, S. 17-34; Hans Wüllenweber, *Sondergerichte im Dritten Reich. Vergessene Verbrechen der Justiz*, Frankfurt a.M. 1990. Von den zahlreichen Spezialuntersuchungen s. insbesondere Robert Bohn und Uwe Danker (Hg.), «*Standgericht der inneren Front*». *Das Sondergericht Altona/ Kiel 1932-1945*, Hamburg 1998; Karl-Dieter Bornscheuer (Hg.), *Justiz im Dritten Reich. NS-Sondergerichtsverfahren in Rheinland-Pfalz. Eine Dokumentation*, 3 Bde., Frankfurt a.M. 1994, eine exemplarische Dokumentensammlung; Gisela Diewald-Kerkmann et al. (Hg.), *Vor braunen Richtern. Die Verfolgung von Widerstandshandlungen, Resistenz und sogenannter Heimtücke durch die Justiz in Bielefeld 1933-1945*, Bielefeld 1992; Christiane Oehler, *Die Rechtsprechung des Sondergerichts Mannheim 1933-1945*, Berlin 1997; Herbert Schmidt, «*Beabsichtige ich die Todesstrafe zu beantragen*». *Die nationalsozialistische Sondergerichtsbarkeit im Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf 1933 bis 1945*, Essen 1998; Gerd Weckbecker, *Zwischen Freispruch und Todesstrafe. Die Rechtsprechung der nationalsozialistischen Sondergerichte Frankfurt a. M. und Bromberg*, Baden-Baden 1998.
- 124 Evans, *Rituale*, S. 776 ff.; Bernhard Düsing, *Die Geschichte der Abschaffung der Todesstrafe in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung ihres parlamentarischen Zustandekommens*, Schweningen/Neckar 1952, S. 210f.
- 125 Zit. in Anthony McElligott, «Das Altonaer Sondergericht und der Prozess vom Blut-

- sonntag», Vortrag im Rahmen der Veranstaltung des Stadtteilarchivs Ottensen, der Bezirksversammlung und der Kulturbehörde Hamburg-Altona, 3. Juni 1992, S. 20 f. Diese Urteile gegen den zwanzigjährigen Bruno Tesch und drei weitere wurden schliesslich im November 1992 rückwirkend aufgehoben.
- 126 Evans, *Rituale*, S. 776 ff.
- 127 Jan Valtin (i. e. Richard Krebs), *Tagebuch der Hölle*, Köln 1957.
- 128 Lothar Gruchmann, *Justiz im Dritten Reich. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Görner*, München 1988, S. 897f.; Martin Hirsch et al. (Hg.), *Recht, Verwaltung und Justiz im Nationalsozialismus*, Köln 1984, S. 421-556; Eduard Kohlrusch (Hg.), *Deutsche Strafgesetze vom 19. Dezember 1932 bis 12. Juni 1934*, Berlin 1934; Evans, *Rituale*, S. 752-791; und insbesondere Bernward Dörner, «Heimtücke». *Das Gesetz als Waffe. Kontrolle, Abschreckung und Verfolgung in Deutschland 1933-1945*, Paderborn 1998. Zu den Richtern s. Ralph Angermund, *Deutsche Richterschaft 1919-1945. Krisenerfahrung, Illusion, politische Rechtsprechung*, Frankfurt a.M. 1990, und Hubert Schorn, *Der Richter im Dritten Reich. Geschichte und Dokumente*, Frankfurt a.M. 1959.
- 129 Edmund Mezger, *Kriminalpolitik auf kriminologischer Grundlage*, Stuttgart 1934, S. v.
- 130 Gruchmann, *Justiz*, S. 822-924; Jürgen Regge und Werner Schubert (Hg.), *Quellen zur Reform des Straf- und Strafprozessrechts. II. Abteilung: NS-Zeit (1933-1939) – Strafgesetzbuch, i. Entwürfe eines Strafgesetzbuchs, ii. Protokolle der Strafrechtskommission des Reichsjustizministeriums*, 2 Bde., Berlin 1988/89.
- 131 Zit. nach: Fieberg (Hg.), *Im Namen des deutschen Volkes*, S. 109.
- 132 Klaus Drobisch, «Alltag im Zuchthaus Luckau 1933 bis 1939», in: Dietrich Eichholz (Hg.), *Brandenburg in der NS-Zeit. Studien und Dokumente*, Berlin 1993, S. 247-272, hier S. 269 f.
- 133 Zit. in: Nikolaus Wachsmann, *Gefangen unter Hitler. Justizterror und Strafvollzug im NS-Staat*, München 2006, S. 183.
- 134 Ebd., S. 167-194.
- 135 Ebd. Das Protokoll dieser Sitzung in: Fieberg, *Im Namen des deutschen Volkes*, S. 160f.
- 136 Zitat in: *Deutsche Zeitung*, 9. Mai 1933, BA Berlin R 3001/5667 Bl. 16, zit. in: Evans, *Rituale*, S. 774. Düsing, *Die Geschichte*, S. 10f.; s.a. Wilfried Knauer, *Nationalsozialistische Justiz und Todesstrafe. Eine Dokumentation zur Gedenkstätte in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel*, Braunschweig 1991.
- 137 Zu einem erschöpfenden Überblick über die verschiedenen erbbiologischen und partiell oder eingeschränkt erbbiologischen Theorien der Kriminalität jener Zeit s. Richard Wetzell, *Inventing the Criminal. A History of German Criminology 1880-1945*, Chapel Hill 2000, S. 179-232.
- 138 Christian Müller, *Das Gewohnheitsverbrechergesetz vom 24. November 1933. Kriminalpolitik als Rassenpolitik*, Baden-Baden 1997; ders., «„Modernes“ Strafrecht im Nationalsozialismus: Das Gewohnheitsverbrechergesetz vom 24. 11. 1933», in: Franz-Josef Düwell und Thomas Bornbaum (Hg.), *Themen juristischer Zeitge-*

- schichte*, Bd. 3, Baden-Baden 1999, S. 46-70.
- 139 Nikolaus Wachsmann, «From Indefinite Confinement to Extermination: ‚Habitual Criminals‘ in the Third Reich», in: Robert Gellately und Nathan Stoltzfus (Hg.), *Social Outsiders in Nazi Germany*, Princeton 2001, S. 165-191, hier S. 171 f.; ders., *Gefangen unter Hitler*, S. 128-135.
- 140 Ebd., S. 51-53.
- 141 Ebd., S. 73-104; Erich Kosthorst und Bernd Walter, *Konzentrations- und Strafgefängnissenlager im Dritten Reich. Beispiel Emsland*, 3 Bde., Düsseldorf 1983; Elke Suhr, *Die Emslandlager. Die politische und wirtschaftliche Bedeutung der emsländischen Konzentrations- und Strafgefängnissenlager 1933-1945*, Bremen 1985.
- 142 Friedrich Schlotterbeck, *Je dunkler die Nacht, desto heller die Sterne*, Berlin 1948, S. 56.
- 143 Ebd.
- 144 Wachsmann, *Gefangen unter Hitler*, S. 68-76.
- 145 Wachsmann, «From indefinite Confinement», S. 174.
- 146 Wachsmann, *Gefangen unter Hitler*, S. 57-59 und Diagramm I, S. 440.
- 147 Ebd., S. 467, Anm. 6.
- 148 Gruchmann, *Justiz*, S. 897f.
- 149 Edmund Mezger, *Kriminalpolitik auf kriminologischer Grundlage*, S. 18-25, zit. in: Evans, *Rituale*, S. 760. S.a. Michael Haerdter (Hg.), *Wohnsitz: Nirgendwo. Vom Leben und Überleben auf der Strasse*, Berlin 1982; Wolfgang Ayass, «Asoziale» im Nationalsozialismus, Stuttgart 1995; Klaus Scherer, «Asoziale» im Dritten Reich, Münster 1990; Gellately und Stoltzfus, *Social Outsiders*.
- 150 Zit. in: Patrick Wagner, «‚Vernichtung der Berufsverbrecher‘. Die vorbeugende Verbrechensbekämpfung der Kriminalpolizei bis 1937», in: Ulrich Herbert et al. (Hg.), *Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur*, 2 Bde., Göttingen 1998, Bd. 1, S. 87-110, hier S. 101.
- 151 Ulrich Herbert et al., *Die nationalsozialistischen Konzentrationslager* (mit nützlichem Literaturbericht in Bd. 1, S. 40); Johannes Tucheit, *Konzentrationslager. Organisationsgeschichte und Funktion der «Inspektion der Konzentrationslager 1924-1938»*, Boppard am Rhein 1991, und Karin Orth, *Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, Hamburg 1999.
- 152 Orth, *Das System*, S. 23-26; Klaus Drobisch und Günther Wieland, *System der NS-Konzentrationslager 1933-1939*, Berlin 1933, S. 71-75; Klaus Drobisch, «Frühe Konzentrationslager», in: Karl Giebeler et al. (Hg.), *Die frühen Konzentrationslager in Deutschland. Austausch zum Forschungsstand und zur pädagogischen Praxis in Gedenkstätten*, Bad Boll 1996, S. 41-60; Falk Pingel, *Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager*, Hamburg 1978, S. 30-49.
- 153 Evans, *Aufstieg*, S. 457.
- 154 Martin Broszat, «Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933-1945», in: Broszat et al., *Anatomie des SS-Staates*, Bd. 2, S. 11-136, hier S. 46-49.
- 155 Rudolf Höss, *Kommandant in Auschwitz. Biographische Aufzeichnungen des Rudolf Höss* (Hg. Martin Broszat), München 1963, s.a. Klaus Drobisch, «Theodor Eicke. Verkörperung des KZ-Systems», in: Helmut Bock et al. (Hg.),

- Sturz ins Dritte Reich. Historische Miniaturen und Porträts 1933/35*, Leipzig 1983, S. 283–289; Charles W. Sydnor, *Soldiers of Destruction. The SS Death's Head Division 1933–1945*, Princeton, N. J. 1990 [1977]), S. 3–36; allgemeiner hierzu: Hans-Günter Richardi, *Schule der Gewalt. Das Konzentrationslager Dachau, 1933–1934*, München 1983, vor allem S. 119–126 zu Eicke.
- 156 Broszat, *Nationalsozialistische Konzentrationslager*, S. 50f.; s.a. Barbara Distel und Ruth Jakusch, *Konzentrationslager Dachau, 1933–1945*, München 1978, S. 68f.; zur Ablösung der »wilden« Lager durch ein organisiertes System s. Herbert et al., *Die nationalsozialistischen Konzentrationslager*, S. 24–26, und Karl Giebeler et al. (Hg.), *Die frühen Konzentrationslager in Deutschland. Austausch zum Forschungsstand und zur pädagogischen Praxis in Gedenkstätten*, Bad Boll 1996.
- 157 Höß, *Kommandant in Auschwitz*, S. 67.
- 158 Ebd., S. 54, Anm. 2
- 159 Ebd., S. 60–64.
- 160 Broszat, »Nationalsozialistische Konzentrationslager«, S. 50 ff.
- 161 Ebd., S. 54f.; Pingel, *Häftlinge*, S. 50; allgemeiner hierzu: Tuchel, *Konzentrationslager*, S. 121–158.
- 162 Wachsmann, *Hitlers Gefängnisse*, S. 113; Noakes und Pridham, *Nazism II*, S. 326.
- 163 Wachsmann, *Hitlers Gefängnisse*.
- 164 Günther Kimmel, »Das Konzentrationslager Dachau: Eine Studie zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen«, in: Broszat und Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 2, S. 349–413, insbes. S. 351–372; Orth, *Das System*, S. 33–35; Ulrich Herbert, »Von der Gegnerbekämpfung zur ›rassischen Generalprävention‹. ›Schutzhaft‹ und Konzentrationslager in der Konzeption der Gestapo-Führung 1933–1939«, in: ders. et al. (Hg.), *Die nationalsozialistischen Konzentrationslager*, S. 60–81.
- 165 Johannes Tuchel, »Planung und Realität des Systems der Konzentrationslager 1934–1938«, Herbert, »Von der Gegnerbekämpfung zur ›rassischen Generalprävention‹«, S. 60–86.
- 166 Günter Morsch, »Oranienburg-Sachsenhausen, Sachsenhausen-Oranienburg«, in: Herbert et al., *Die nationalsozialistischen Konzentrationslager*, S. 111–134, hier S. 127–129.
- 167 Pingel, *Häftlinge unter SS-Herrschaft*, S. 80–87; Orth, *Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, S. 53.
- 168 Evans, *Das Dritte Reich. Aufstieg*, S. 496–498.
- 169 Ayaß, *Asoziale im Dritten Reich*, S. 22–24; Pingel, *Häftlinge unter SS-Herrschaft*, S. 27.
- 170 Patrick Wagner, *Volksgemeinschaft ohne Verbrecher. Konzeptionen und Praxis der Kriminalpolizei in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus*, Hamburg 1996, S. 271.
- 171 Ayaß, »Asoziale«, S. 140–165.
- 172 Zit. ebd., S. 153.
- 173 Ebd.
- 174 Paul B. Jaskot, *The Architecture of Oppression. The SS, Forced Labor and*

- the Nazi Monumental Building Economy*, London 2000, S. 21-24.
- 175 Ayass, «Asoziale», S. 169-172; Orth, *Das System der Konzentrationslager*, S. 46-54.
- 176 Broszat, «Nationalsozialistische Konzentrationslager», S. 74-82; Toni Siegert, «Das Konzentrationslager Flossenbürg, gegründet für sogenannte Asoziale und Kriminelle», in: Broszat und Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 2, S. 429-493; Burleigh und Wippermann, *The Racial State*, S. 167-173; Jeremy Noakes, «Social Outcasts in the Third Reich», in: Richard Bessel (Hg.), *Life in the Third Reich*, Oxford 1987, S. 183-196.
- 177 Orth, *Das System der Konzentrationslager*, S. 48 f.; Pingel, *Häftlinge*, S. 35-39; Hermann Kaienburg, «Funktionswandel des KZ-Kosmos? Das Konzentrationslager Neuengamme 1938-1945», in: Herbert et al., *Konzentrationslager*, S. 259-284; ders., «Vernichtung durch Arbeit» – *Der Fall Neuengamme 1938-1945. Die Wirtschaftsbestrebungen der SS und ihre Auswirkungen auf die Existenzbedingungen der KZ-Gefangenen*, Bonn 1990.
- 178 Orth, *Das System der Konzentrationslager*, S. 56-59. Zu den Gesetzen und Rechtsvorschriften, auf deren Grundlage die Verbringung in die Konzentrationslager erfolgte, s.a. unten, 6. Kapitel; zu den einzelnen Kategorien vgl. a. Paul Martin Neurath, *Die Gesellschaft des Terrors. Innenansichten der Konzentrationslager Dachau und Buchenwald*, Frankfurt a.M. 2004, S. 86-112.
- 179 Walter Poller, *Arztstreiber in Buchenwald. Bericht des Häftlings 996 aus Block 39*, Hamburg 1946, S.9-22; Zitat S. 21 f.
- 180 Orth, *Das System der Konzentrationslager*, S. 59-61; Poller, *Arztstreiber*, S. 23-74; allgemeiner hierzu: Wolfgang Sofsky, *Die Ordnung des Terrors. Das Konzentrationslager*, S. 27-40.
- 181 Poller, *Arztstreiber*, S. 75-105; zur Lagermusik s. Guido Fackler, «*Des Lagers Stimme*». *Musik im KZ. Alltag und Häftlingskultur in den Konzentrationslagern 1933 bis 1936*, Bremen 2000.
- 182 Leo Stein, *I was in Hell with Niemöller*, London 1942, S. 113-147.
- 183 Neurath, *Die Gesellschaft des Terrors*, S. 44-86.
- 184 Ebd., S. 113-132; Hans Buchheim, «Befehl und Gehorsam», in: Broszat et al., *Anatomie des SS-Staats*, Bd. 2, S. 215-318.
- 185 Poller, *Arztstreiber*, S. 227.
- 186 Lothar Gruchmann, «Die bayerische Justiz im politischen Machtkampf 1933/34. Ihr Scheitern bei der Strafverfolgung von Mordfällen in Dachau», in: Broszat und Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 2, S. 415-428.
- 187 Siehe den Abdruck der vielen Presseberichte in: Kimmel, «Das Konzentrationslager», S. 356-358.
- 188 Sybil Milton, «Die Konzentrationslager der dreissiger Jahre im Bild der in- und ausländischen Presse», in: Herbert et al., *Die nationalsozialistischen Konzentrationslager*, S. 135-147; Falk Pingel, «Konzeption und Praxis der nationalsozialistischen Konzentrationslager 1933 bis 1938. Kommentierende Bemerkungen», in: ebd., S. 148-166, insbes. S. 157-160.
- 189 Eine Vielzahl von Zitaten aus zeitgenössischen Quellen in: Klaus-Michael Mallmann und Gerhard Paul, «Allwissend, allmächtig, allgegenwärtig? Gestapo, Gesellschaft und Widerstand», *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 41 (1993), S. 984-

- 999, insbes. S. 985-987; Robert Gellately, *Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Die Durchsetzung der Rassenpolitik 1933-1945*, Paderborn 1993, 5. Kapitel.
- 190 Mallmann und Paul, «Allwissend, allmächtig, allgegenwärtig?», S. 989f.
- 191 Höhne, *Der Orden*, S. 166 ff.; Andreas Seeger, «Vom bayerischen ‚Systembeamten‘ zum Chef der Gestapo. Zur Person und Tätigkeit Heinrich Müllers (1900-1945)», in: Paul und Mallmann, *Die Gestapo*, S. 255-267.
- 192 Höhne, *Der Orden*, S. 167-170; Volker Eichler, «Die Frankfurter Gestapo-Kartei. Entstehung, Struktur, Funktion, Überlieferungsgeschichte und Quellenwert», in: Paul und Mallmann, *Die Gestapo*, S. 178-199; Rainer Eckert, «Gestapo-Berichte. Abbildungen der Realität oder reine Spekulation?»; ebd., S. 200-218.
- 193 Melita Maschmann, *Fazit. Kein Rechtfertigungsversuch*, Stuttgart 1963, S. 48 f.
- 194 Valtin, *Tagebuch der Hölle*, S. 412-435. Zu den historischen Realitäten hinter Krebs' phantasievoller Schilderung seines Lebens s. Ernst von Waldenfels, *Der Spion, der aus Deutschland kam. Das geheime Leben des Seemanns Richard Krebs*, Berlin 2003, S. 179-209.
- 195 Valtin, *Tagebuch der Hölle*, S. 448.
- 196 Waldenfels, *Der Spion*, S. 210-258.
- 197 Valtin, *Tagebuch der Hölle*, S. 471-507; Dieter Nelles, «Jan Valtins Tagebuch der Hölle' – Legende und Wirklichkeit eines Schlüsselromans der Totalitarismustheorie», 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*, 9 (1994), S. 11-45, korrigiert die Angaben von Krebs in vielen Details, wird jedoch seinerseits in der ausgewogeneren und umfangreicheren Darstellung von Waldenfels kritisiert und korrigiert.
- 198 Zu einer umfassenden Darstellung s. Waldenfels, *Der Spion*, S. 209-258, insbes. S. 214, 220 und 237; vgl. a. die eingehende, wenn auch nicht ganz überzeugende kritische Rezension dieses Buchs von Dieter Nelles, «Die Rehabilitation eines Gestapo-Agenten: Richard Krebs/Jan Valtin», *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, 18 (2003), S. 148-158.
- 199 Mallmann und Paul, «Allwissend, allmächtig, allgegenwärtig?».
- 200 Mallmann und Paul, «Allwissend, allmächtig, allgegenwärtig?»; Gellately, *Die Gestapo*, 166-180; Robert Gellately, «The Gestapo and German Society: Political Denunciation in the Gestapo Case Files», *Journal of Modern History*, 6 (1988), S. 654-694; Martin Broszat, «Politische Denunziationen in der NS-Zeit. Aus Forschungserfahrungen im Staatsarchiv München», *Archivalische Zeitschrift*, 73 (1977), S. 221-238; Prozentzahlen in: Reinhard Mann, *Protest und Kontrolle im Dritten Reich. Nationalsozialistische Herrschaft im Alltag einer rheinischen Grossstadt*, Frankfurt a.M. 1987, S. 295; vgl. a. Gisela Diewald-Kerkmann, *Politische Denunziation im NS-Regime oder die kleine Macht der «Volksgenossen»*, Bonn 1995; dies., «Denunziantentum und Gestapo. Die freiwilligen ‚Helfer‘ aus der Bevölkerung», in: Paul und Mallmann, *Die Gestapo*, S. 288-305.
- 201 Gerd Weckbecker, *Zwischen Freispruch und Todesstrafe. Die Rechtsprechung der nationalsozialistischen Sondergerichte Frankfurt/Main und Bromberg*, Baden-Baden 1998, S. 77, 388 und 779-800; Manfred Zeidler, *Das Sondergericht Freiberg*.

- Zu *Justiz und Repression in Sachsen, 1933-1940*, Dresden 1998; Christiane Oehler, *Die Rechtsprechung des Sondergerichts Mannheim 1933-1945*, Freiburg 1997; Hans-Ulrich Ludewig und Dietrich Kuessner, «*Es sei also jeder gewarnt*», *Das Sondergericht Braunschweig 1933-1945*, Braunschweig 2000; Klaus Bästlein, «Sondergerichte in Norddeutschland als Verfolgungsinstanz», in: Frank Bajohr (Hg.), *Norddeutschland im Nationalsozialismus*, Hamburg 1993, S. 218-238.
- 202 Peter Hüttenberger, «Heimtückefälle vor dem Sondergericht München 1933-1939», in: Broszat und Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 4, S. 435-526.
- 203 Ebd., insbes. S. 452-457 und 473-492.
- 204 Helmut Prantl (Hg.), *Die kirchliche Lage in Bayern nach den Regierungspräsidentenberichten 1933-1943*, Bd. 5, *Regierungsbezirk Pfalz 1933-1940*, Mainz 1978, S. 157-158 (Monatsbericht der Regierung Speyer, 6. März 1937); Klaus-Michael Mallmann und Gerhard Paul, *Herrschaft und Alltag. Ein Industrieviertel im Dritten Reich*, Bonn 1991, S. 327-353.
- 205 Hüttenberger, «Heimtückefälle», S. 512; Mallmann und Paul, *Herrschaft*, S. 175-245.
- 206 Bernward Dörner, «NS-Herrschaft und Denunziation. Anmerkungen zu Defiziten in der Denunziationsforschung», *Historical Social Research*, 26 (2001), S. 55-69, hier S. 58-61.
- 207 Mann, *Protest und Kontrolle*, S. 292; in 13 Prozent der Fälle konnte die Quelle der Informationen der Gestapo nicht festgestellt werden.
- 208 Hetzer, «Die Industriestadt Augsburg», S. 146-150.
- 209 Ebd., S. 146-150. Zu Kneipen als Ort der Kommunikation und Sozialisation s. Richard J. Evans (Hg.), *Kneipengespräche im Kaiserreich. Die Stimmungsberichte der Hamburger Politischen Polizei 1892-1914*, Reinbek 1989.
- 210 Victor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen*, S. 50 f.
- 211 Friedrich Percyval Reck-Malleczewen, *Tagebuch eines Verzweifelten*, Lorch / Stuttgart 1947, S. 42 f.
- 212 Hans-Jochen Gamm, *Der Flüsterwitz im Dritten Reich. Mündliche Dokumente zur Lage der Deutschen während des Nationalsozialismus*, München 1990(1963), S. 41 und 52.
- 213 Ebd., S. 37.
- 214 Ebd., S. 42.
- 215 Zit. in: Meike Wohlert, *Der politische Witz in der NS-Zeit am Beispiel ausgesuchter SD-Berichte und Gestapo-Akten*, Frankfurt a.M. 1997, S. 150f. Wohlerts Behauptung, die meisten Witze seien nicht in privatem Kreis erzählt worden, darf jedoch angezweifelt werden, da das, was hinter verschlossenen Türen erzählt wurde, nur selten der Gestapo und dem SD zu Ohren kam, deren Berichte die Autorin ausgewertet hat.
- 216 Klepper, *Unter dem Schatten*, S. 194.
- 217 Wohlert, *Der politische Witz*, S. 156-163.
- 218 Ebd., S. 44.
- 219 Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen*, S. 9 (10. März 1933).
- 220 Ebd., S. 19 (2. April 1933).
- 221 Charlotte Beradt, *Das Dritte Reich des Traums*, Frankfurt a.M. 1981 [1966]), S. 7.

- 222 Ebd., S. 19-22, 40 und 74.
- 223 Ebd., S. 5. Lays Ausspruch in: ders., *Soldaten der Arbeit*, München 1938, S. 71.
- 224 Detlef Schmiechen-Ackermann, «Der ‚Blockwart‘. Die unteren Parteifunktionäre im nationalsozialistischen Terror- und Überwachungsapparat», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 48 (2000), S. 575-602; s.a. Dieter Rebenitsch, «Die ‚politische Beurteilung‘ als Herrschaftsinstrument der NSDAP», in: Detlev Peukert und Jürgen Reulecke (Hg.), *Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus*, Wuppertal 1981, S. 107-128, zu den Ortsgruppen der NSDAP als Instrumente der Überwachung und Kontrolle.
- 225 Bernward Dörner, «Alltagsterror und Denunziation. Zur Bedeutung von Anzeigen aus der Bevölkerung für die Verfolgungswirkung des nationalsozialistischen ‚Heimtücke-Gesetzes‘ in Krefeld», in: Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), *Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte. Zur Theorie und Praxis der Alltagsgeschichte*, Münster 1994, S. 254-271.
- 226 Ulrich Herbert, «„Die guten und die schlechten Zeiten“. Überlegungen zur diachronen Analyse lebensgeschichtlicher Interviews», in: Lutz Niethammer (Hg.), *„Die Jahre weiss man nicht, wo man die heute hinsetzen soll“. Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet*, Berlin 1983, S. 67-96, Interview mit Willi Erbach.
- 227 Karl Dietrich Bracher, *Stufen der Machtergreifung*, S. 475-477; Otmar Jung, *Plebiszit und Diktatur. Die Volksabstimmungen der Nationalsozialisten. Die Fälle „Austritt aus dem Völkerbund“ (1933), „Staatsoberhaupt“ (1934) und „Anschluss Österreichs“ (1938)*, Tübingen 1995.
- 228 Bracher, *Die Machtergreifung*, S. 480; Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen*, S. 62f. (23. Oktober 1933).
- 229 Bracher, *Stufen der Machtergreifung*, S. 475-485.
- 230 *Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934-1940*, Frankfurt a.M. 1980, Bd. 2 (1934), S. 347-349; Bracher, *Stufen der Machtergreifung*, S. 485-498. Der Anteil der gültigen abgegebenen Stimmen betrug 90 Prozent. Juden waren bei diesen Wahlen noch zugelassen. Robert Gellately, *Hin-geschaut und weggesehen. Hitler und sein Volk*, Stuttgart 2002, S. 29 f., bezeichnet diese gefälschten Ergebnisse als «spektakulär» und als einen Beleg dafür, dass «die überwältigende Mehrheit für den Nationalsozialismus» gestimmt habe. Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4, *Vom Beginn des ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949*, München 2003, S. 614, behauptet sogar ohne die Belege zu erörtern, «da eine systematische Manipulationsstrategie nicht verfolgt wurde», habe das Wahlergebnis «wahrscheinlich die vorherrschende Stimmung in etwa [widergespiegelt]», eine Behauptung, die sich auf das Plebiszit von 1933 bezog, aber implizit auch auf spätere «Wahlen» (z.B. S. 652). Zu Wehlers deutlicher Bagatellisierung der terroristischen Aspekte der NS-Herrschaft vgl. Rüdiger Hachmann, «Bürgertum, Revolution, Diktatur – zum vierten Band von Hans-Ulrich Wehlers ‚Gesellschaftsgeschichte‘», *Sozial-Geschichte*, 19 (2004), S. 60-87, hier S. 77-83.

- 231 Tagebuch Luise Solmitz, 19 August 1934.
- 232 Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen*, S. 137. Er und seine Frau stimmten «aus einer gewissen Verzweiflung und nicht ohne Furcht» mit «nein», wie schon bei der vorherigen Volksbefragung.
- 233 Domarus, *Hitler*, S. 850.
- 234 *Deutschland-Berichte*, Bd. 5 (1938), S. 415-426; Noakes und Pridham (Hg.), *Nazism*, Bd. 2, S. 461 (ND R-152); Theodor Eschenburg, «Streiflichter zur Geschichte der Wahlen im Dritten Reich», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 3 (1955), S. 311-316; Die Geschichte mit der entrahmten Milch in Höhne, *Der Orden*, S. 203 f.; zu Bischof Sproll s. Paul Kopf und Max Miller (Hg.), *Die Vertreibung von Bischof Johannes Baptista Sproll von Rottenburg 1938-1945. Dokumente zur Geschichte des kirchlichen Widerstands*, Mainz 1971. Eine gute Lokalstudie der Wahlen und Volksbefragungen von 1933 bis 1938 ist der Aufsatz von Hetzer, «Die Industriestadt Augsburg», S. 137-146.
- 235 Tagebuch Luise Solmitz, 29. März 1936. Nähere Einzelheiten über die terroristische Einschüchterung und die Schikanen in: *Deutschland-Berichte*, Bd. 3 (1936), S.407-460.
- 236 Jeremy Noakes führt die Abnahme des realen Terrors darauf zurück, dass die grosse Mehrheit der Deutschen das Regime inzwischen akzeptiert habe: «The Origins, Structure and Function of Nazi Terror», in: Noel O'Sullivan (Hg.), *Terrorism, Ideology and Revolution*, Brighton 1986, S. 67-87.
- 237 Robert G. Gellately, «Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Zur Entstehungsgeschichte einer selbstüberwachenden Gesellschaft», in: Detlef Schmiechen-Ackermann (Hg.), *Anpassung, Verweigerung, Widerstand. Soziale Milieus, Politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland im regionalen Vergleich*, Berlin 1997, S. 109-121; ders., «Allwissend und allgegenwärtig? Entstehung, Funktion und Wandel des Gestapo-Mythos», in: Paul und Mallmann, *Die Gestapo*, S. 47-72, hier S. 67.
- 238 Werner Röhr, «Über die Initiative zur terroristischen Gewalt der Gestapo – Fragen und Einwände zu Gerhard Paul», in: Werner Röhe und Brigitte Berlekamp (Hg.), *Terror, Herrschaft und Alltag im Nationalsozialismus. Probleme der Sozialgeschichte des deutschen Faschismus*, Münster 1995, S. 211-224.
- 239 Diewald-Kerkmann, *Politische Denunziation*, S. 9.
- 240 Zu einem klassischen Beispiel für die jüngsten Tendenzen, die Brutalität und den weltanschaulichen Fanatismus der Gestapo zu bagatellisieren, s. Gerhard Paul und Klaus-Michael Mallmann, «Auf dem Wege zu einer Sozialgeschichte des Terrors. Eine Zwischenbilanz», in: Paul und Mallmann, *Die Gestapo*, S. 3-18, wo «das Bild des Gestapo-Beamten als das eines brutalen, kriminellpsychopathischen Dämons im schwarzen Ledermantel» in Frage gestellt wird; ebd., S. 11. Zu Beispielen für die Bereitschaft mancher Gestapo-Beamten, körperliche Gewalt und Folter anzuwenden, s. Hans-Dieter Schmid, «„Anständige Beamte“ und „üble Schläger“. Die Staatspolizeileitstelle Hannover», in: ebd., S. 133-160.
- 241 Dörner, «NS-Herrschaft und Denunziation», S. 61-68.

- 242 Gellately, «Allwissend und allgegenwärtig?».
- 243 Besonders überzeugend in diesem und anderen Punkten ist Michael Burleigh, *Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Gesamtdarstellung*, Frankfurt a.M. 2002, S. 159-256.
- 244 Bernward Dörner, «Gestapo und ‚Heimtücke‘. Zur Praxis der Geheimen Staatspolizei bei der Verfolgung von Verstößen gegen das ‚Heimtücke-Gesetz‘», in: Paul und Mallmann, *Die Gestapo*, S. 325-243, Zitat S. 341.
- 245 Charles Townshend, *Terrorism. A Very Short Introduction*, Oxford 2002, S. 36-52.
- 246 Dieter Nelles et al., «Organisation des Terrors im Nationalsozialismus», *Sozialwissenschaftliche Literatur-Rundschau*, 25 (2002), S. 5-28; Karl-Heinz Reuband, «Denunziation im Dritten Reich. Die Bedeutung von Systemunterstützung und Gelegenheitsstrukturen», *Historical Social Research*, 26 (2001), S. 219-234.
- 247 Herbert, «Die guten und die schlechten Zeiten», Interview mit Willi Erbach.

Kapitel 2 Geistige Mobilisierung

- 1 Helmut Heiber (Hg.), *Goebbels-Reden*, 2 Bde., Düsseldorf 1971/72, Bd. 1, 1932-39, S. 131-141 (Berlin, Grosser Saal der Philharmonie – Eröffnung der Reichskulturkammer, 15. 11. 1933) und S. 82-107 (Berlin, Haus des Rundfunks – Ansprache an die Intendanten und Direktoren der Rundfunkgesellschaften, 25. 3. 1933), S. 82, 88 und 131-134.
- 2 Ebd., S. 92f.
- 3 Josef Wulf, *Die Bildenden Künste im Dritten Reich. Eine Dokumentation*, Gütersloh 1963, S. 94.
- 4 Zur Kulturrevolution von 1933 s. Richard J. Evans, *Das Dritte Reich*, Bd. 1, *Aufstieg*, München 2004, S. 513-591.
- 5 Josef Goebbels zit. in: Karlheinz Schmeer, *Die Regie des öffentlichen Lebens im Dritten Reich*, München 1956, S. 28.
- 6 Werner Skrentny, «Terrassen, Hochhäuser und die 13 Läden. Hoheluft und Eimsbüttel», in: ders. (Hg.), *Hamburg zu Fuss. 20 Stadtteilrundgänge durch Geschichte und Gegenwart*, Hamburg 1986, S. 133. Ein weiteres von vielen Beispielen war die Anlage eines Adolf-Hitler-Platzes in Mittlerweilersbach in Bayern; s. Broszat und Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 1, S. 69. Allgemeiner hierzu: Richard Grunberger, *Das zwölfjährige Reich. Der deutsche Alltag unter Hitler*, Wien/München/Zürich 1972, S. 78-96.
- 7 Ernest Kohn Bramsted, *Goebbels und die nationalsozialistische Propaganda 1925-1945*, Frankfurt a.M. 1971, S. 280-293.
- 8 *Münchener Neueste Nachrichten*, 21 April 1933, zit. in: Ian Kershaw, *Der Hitler-Mythos. Führerkult und Volksmeinung*, Stuttgart 1999, S. 78 f.
- 9 Staatsarchiv Hamburg 622-1: Familie Solmitz: Luise Solmitz geb. Stephan, 1889-1973, Tagebuch: Bd. 28 und 29, Eintragung vom 17. August 1934.
- 10 Zit. in: Kershaw, *Der Hitler-Mythos*, S. 81.
- 11 Ebd., S. 68-81.
- 12 Ebd., S. 89 ff.

- 13 Peter Reichel, «Volksgemeinschaft» und Führer-Mythos», in: Bernd Ogan und Wolfgang W. Weiss (Hg.), *Faszination und Gewalt. Zur politischen Ästhetik, des Nationalsozialismus*, Nürnberg 1992, S. 137-150, hier S. 138-142.
- 14 Frederic Spotts, *Hitler and the Power of Aesthetics*, London 2002, S. 56-72. Allgemeiner hierzu Wolfgang Benz, «The Ritual and Stage Management of National Socialism. Techniques of Domination and the Public Sphere», in: John Milfull (Hg.), *The Attractions of Fascism. Social Psychology and the Aesthetics of the «Triumph of the Right»*, New York 1990, S. 273-288. Zu Fahnen, Standarten und anderen Symbolen s. Horst Ueberhorst, «Feste, Fahnen, Feiern. Die Bedeutung politischer Symbole und Rituale im Nationalsozialismus», in: Rüdiger Voigt (Hg.), *Symbole der Politik, Politik der Symbole*, Opladen 1989, S. 157-178. Zum Opferkult s. Jay W. Baird, *To Die for Germany. Heroes in the Nazi Pantheon*, Bloomington, Indiana 1990.
- 15 William Shirer, *Berliner Tagebuch. Aufzeichnungen 1934-1941*, Leipzig/ Weimar 1999, S. 24 f.
- 16 Hilmar Hoffmann, «Und die Fahne führt uns in die Ewigkeit». *Propaganda im NS-Film*, Frankfurt a.M. 1988, Bd. 1, S. 15-50, 183-194; Reichel, *Der schöne Schein*, S. 116-138; Yvonne Karow, *Deutsches Opfer. Kultische Selbstauflösung auf den Reichsparteitagen der NSDAP*, Berlin 1997; Siegfried Zelnhefer, *Die Reichsparteitage der NSDAP. Geschichte, Struktur und Bedeutung der grössten Propagandafeste im nationalsozialistischen Feierjahr*, Neustadt a. d. A. 1991; ders., «Die Reichsparteitage der NSDAP», in: Ogan und Weiss (Hg.), *Faszination und Gewalt. Zur politischen Ästhetik des Nationalsozialismus*, S. 79-94; Hans-Ulrich Thamer, «Von der „Ästhetisierung der Politik». Die Nürnberger Parteitage der NSDAP», ebd. S. 95-103.
- 17 Zu einer guten Analyse s. David Welch, *Propaganda and the German Cinema 1933-1945*, Oxford 1983, S. 147-159.
- 18 Longerich, *Die braunen Bataillone*, S. 227-230. Während des Parteitags wurde übrigens das Rotlichtviertel Nürnbergs regelmässig von der SS abgesperrt; s. Siegfried Zelnhefer, «Die Reichsparteitage der NSDAP», in: Ogan und Weiss, *Faszination und Gewalt*, S. 92.
- 19 Herbert Heinzelmann, «Die Heilige Messe des Reichsparteitags. Zur Zeichensprache von Leni Riefenstahls «Triumph des Willens»», in: Ogan und Weiss, *Faszination und Gewalt*, 163-168.
- 20 Welch, *Propaganda*, S. 158 f.; Kershaw, *Der Hitler-Mythos*, S. 91 f.; s. a. Siegfried Kracauer, *Von Caligari zu Hitler. Eine psychologische Geschichte des deutschen Films*, Frankfurt a.M. 1984, S. 352-356.
- 21 Leni Riefenstahl, *Memoiren*, München/Hamburg 1987, vor allem S. 197-231. Zu einem berühmten kritischen Essay über die filmische Arbeit Leni Riefenstahls s. Susan Sontag, «Faszinierender Faschismus», in: *Im Zeichen des Saturn*, München/Wien 1981; allgemeiner hierzu: Glenn Infield, *Leni Riefenstahl. The Fallen Film Goddess*, New York 1976.
- 22 Rede im Kaiserhof, 28 März 1933, in: Gerd Albrecht (Hg.), *Film im Dritten Reich. Eine Dokumentation*, Karlsruhe 1979, S. 26-31.
- 23 Heiber, *Goebbels-Reden*, Bd. 1, S. 82-107, hier S. 95 (Rede vom 25. März 1933).

- 24 Interview mit der Zeitschrift *Licht-Bild-Bühne*, 13. Oktober 1933, in dem er eine Wendung wiederholte, die er bereits am 19. Mai 1933 gebraucht hatte, zit. in: *Völkischer Beobachter*, 20. Mai 1933. Das Zitat aus dem Interview in Welch, *Propaganda*, S. 76 f.
- 25 Ebd., S. 75-88.
- 26 Ebd., S. 88-93. Zur Analyse eines ähnlichen Films, *Hitler junge Quex*, s. Eric Rentschler, *The Ministry of Illusions. Nazi Cinema and its Afterlife*, Cambridge, 1996, S. 53-70; Jay W. Baird, «From Berlin to Neubabelsberg. Nazi Film Propaganda and Hitler Youth *Quex*», *Journal of Contemporary History*, 18 (1983), S. 495-515, und die interessante Diskussion eines namhaften Anthropologen, Gregory Bateson, «An Analysis of the Nazi Film *Hitlerjunge Quex*», in: Margaret Mead und Rhoda Métraux (Hg.), *The Study of Culture at a Distance*, Chicago 1953, S. 302-314.
- 27 Welch, *Propaganda*, S. 31; Boguslaw Drewniak, *Der deutsche Film 1938-45*, Düsseldorf 1987, S. 621 und passim zu statistischen Zahlen der Filmindustrie.
- 28 Welch, *Propaganda*, S. 159-164 und 31; Marcus Phillips, «The Nazi Control of the German Film Industry», *Journal of European Studies*, 1 (1971), S. 37-68, hier S. 53; s.a. Baird, *To Die For Germany*, S. 172-201.
- 29 Welch, *Propaganda*, S. 11-14; Andrea Winkler-Mayerhöpfer, *Starkult als Propagandamittel. Studien zum Unterhaltungsfilm im Dritten Reich*, München 1992.
- 30 Carsten Laqua, *Wie Micky unter die Nazis fiel. Walt Disney und Deutschland*, Reinbek 1992, S. 16-35 und 58-61; Zitat S. 35. Das «e» von Mickey wurde weggelassen, weil der Name im Deutschen sonst anders ausgesprochen worden wäre als im Englischen.
- 31 Ebd., S. 65-71, 81, 86f. und 91-96.
- 32 Welch, *Propaganda*, S. 11-13; s.a. Wolfgang Becker, *Film und Herrschaft. Organisationsprinzipien und Organisationsstrukturen der nationalsozialistischen Filmpropaganda*, Berlin 1973; zur Filmzensur s. Kraft Wetzel und Peter Hagemann, *Zensur. Verbotene deutsche Filme 1933-1945*, Berlin 1978, und Klaus-Jürgen Maiwald, *Filmzensur im NS-Staat*, Dortmund 1983.
- 33 Jürgen Spiker, *Film und Kapital. Der Weg der deutschen Filmwirtschaft zum nationalsozialistischen Einheitskonzern*, Berlin 1979; Klaus Kreimeier, *Die Ufa-Story. Geschichte eines Filmkonzerns*, München 1992, S. 258-312.
- 34 Welch, *Propaganda*, S. 6-24 und 30-36; Reichel, *Der schöne Schein*, S. 180-207.
- 35 Welch, *Propaganda*, S. 43; Karsten Witte, «Die Filmkomödie im Dritten Reich», in: Horst Denkler und Karl Prümm (Hg.), *Die deutsche Literatur im Dritten Reich. Themen, Traditionen, Wirkungen*, Stuttgart 1976, S. 347-365; s.a. Erwin Leiser, *Nazi Cinema*, London 1974 [1968].
- 36 «Der Kriminalfilm auf neuen Wegen», *Film-Kurier*, 29.9. 933, zit. in: Wulf, *Film und Theater im Dritten Reich*, S. 329; s.a. ebd., S. 330; allgemeiner hierzu: Felix Moeller, *Der Filmminister. Goebbels und der Film im Dritten Reich*, Berlin 1998,

- und Stephen Lowry, *Pathos und Politik. Ideologie in Spielfilmen des Nationalsozialismus*, Tübingen 1991.
- 37 Allgemein hierzu David S. Hull, *Film in the Third Reich. A Study of the German Cinema 1933-1945*, Berkeley 1969; Gerd Albrecht, *Nationalsozialistische Filmpolitik. Eine soziologische Untersuchung über die Spielfilme des Dritten Reichs*, Stuttgart 1969; Karsten Witte, *Lachende Erben, Toller Tag. Filmkomödie im Dritten Reich*, Berlin 1995; und Linda Schulte-Saase, *Entertaining the Third Reich. Illusions of Wholeness in Nazi Cinema*, Durham, NC 1996.
- 38 Welch, *Propaganda*, S. 191-194; Hoffmann, «*Und die Fahne führt uns*», S. 183-230
- 39 David Welch, *The Third Reich. Politics and Propaganda*, London 2002, S. 38-41; Wulf, *Presse und Funk im Dritten Reich. Eine Dokumentation*, Gütersloh 1963, S. 313; Grunberger, *Das zwölfjährige Reich*, S. 417-421; Inge Marssolek, «Radio in Deutschland 1923-1960. Zur Sozialgeschichte eines Mediums», *Geschichte und Gesellschaft*, 27 (2001), S. 207-239, hier S. 217; die Rundfunkersteller wurden 1934 aus der Reichsrundfunkkammer ausgeschlossen und dem Reichswirtschaftsministerium unterstellt (Welch, S. 40 f.). Die Reichsrundfunkkammer ging im November 1939 in der Reichsrundfunkgesellschaft auf (Wulf, *Presse und Funk im Dritten Reich*, S. 299-304). S.a. Inge Marssolek und Adelheid von Saldern (Hg.), *Zuhören und Gehörtwerden*, Bd. 1, *Radio zwischen Lenkung und Ablenkung im Dritten Reich*, Tübingen 1988; Florian Cebulla, *Rundfunk und ländliche Gesellschaft 1924-1945*, Göttingen 2004.
- 40 Jochen Klepper, *Unter dem Schatten deiner Flügel. Aus den Tagebüchern der Jahre 1932-1942*, Stuttgart 1955, S. 59 (25. März 1933), 65 (7. Juni 1933) und 85 (10. Juli 1933). S.a. Evans, *Aufstieg*, S. 529f.
- 41 Heiber, *Goebbels-Reden*, Bd. 1, S. 82-107, hier S. 87.
- 42 Marssolek, «Radio in Deutschland», S. 217.
- 43 Heiber, *Goebbels-Reden*, S. 94.
- 44 Welch, *The Third Reich*, S. 40-42; Wolfgang Ribbe (Hg.), *Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Brandenburg und die Reichshauptstadt Berlin 1933 bis 1936*, Bd. 1, *Der Regierungsbezirk Potsdam*, Köln 1998, S. 162, 188; Grunberger, *Das zwölfjährige Reich*, S. 417-421; Norbert Frei und Johannes Schmitz, *Journalismus im Dritten Reich*, München 1989, S. 86f.; Zahlen in: Hans Pohle, *Der Rundfunk als Instrument der Politik. Zur Geschichte des Rundfunks von 1923 bis 1928*, Hamburg 1955, S. 227-229; allgemeiner hierzu: Ansgar Diller, *Rundfunkpolitik im Dritten Reich*, München 1980; Nanny Drechsler, *Die Funktion der Musik im deutschen Rundfunk 1933 bis 1945*, Pfaffenweiler 1988; Reichel, *Der schöne Schein*, S. 159-179; Gerhard Hay, «Rundfunk und Hörspiel als ‚Führungsmittel‘ des Nationalsozialismus», in: Denkler und Prümm, *Die deutsche Literatur*, S. 366-381; Hans-Georg Koch, *Das Wunschkonzert im NS-Rundfunk*, Köln 2003, S. 168-271; Inge Marssolek und Adelheid von Saldern (Hg.), *Radiozeiten. Herrschaft, Alltag, Gesellschaft (1924-1960)*, Paderborn 1999, enthält nützliche Kapitel über den Volksempfänger und andere Aspekte des Rundfunks im Dritten Reich. Das Fernsehen befand sich in den dreissiger Jahren noch in einem Versuchsstadium:

- s. Klaus Winker, *Fernsehen unterm Hakenkreuz. Organisationen, Programm, Personal*, Köln 1994.
- 45 Heinz Boberach (Hg.), *Meldungen aus dem Reich, 1938-1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS*, 17 Bde, Herrsching 1984, Bd. 2, S. 277f.
- 46 Alan Steinweis, «Weimar Culture and the Rise of National Socialism. The *Kampfbund für deutsche Kultur*», *Central European History*, 24 (1991), S. 402-423.
- 47 S. hierzu: Reinhard Bollmus, *Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem*, Stuttgart 1970.
- 48 Eine gute Darstellung bietet Hildegard Brenner, *Die Kunstpolitik des Nationalsozialismus*, Reinbek 1963, S. 7-21 und 73-86.
- 49 Ralf Georg Reuth, *Goebbels. Eine Biographie*, München 1990, S. 304.
- 50 Spotts, *Hitler*, S. 3-9; Reichel, *Der schöne Schein*, S. 83-100.
- 51 Welch, *The Third Reich*, S. 32; Alan E. Steinweis, «Cultural Eugenies. Social Policy, Economic Reform, and the Purge of Jews from German Cultural life», in: Glenn R. Cuomo (Hg.) *National Socialist Cultural Policy*, New York 1995, S. 23-37; Jonathan Petropoulos, «A Guide through the Visual Arts Administration of the Third Reich», ebd., S. 121-153; Brenner, *Die Kunstpolitik*, S. 53-63.
- 52 Spotts, *Hitler*, S. 76 f.; Alan E. Steinweis, *Art, Ideology, and Economics in Nazi Germany. The Reich Chambers of Music, Theater, and the Visual Arts*, Chapel Hill, NC 1993, S. 4-6, 34-49 und 83-102; Jonathan Petropoulos, *Art as Politics in the Third Reich*, Chapel Hill, NC 1996.
- 53 Ebd., S. 51-56.
- 54 Eric Levi, *Music in the Third Reich*, New York 1994, S. 14-23; Spotts, *Hitler*, S. 74; Petropoulos, *Art*, S. 34-38.
- 55 Steinweis, «Cultural Eugenies», S. 23-37.
- 56 Modris Eksteins, *The Limits of Reason. The German Democratic Press and the Collapse of Weimar Democracy*, Oxford 1975, S. 25-28, 125-133, 167-169, 215-218 und 251-254; Günther Gillessen, *Auf verlorenem Posten. Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich*, Berlin 1986, S. 76-85.
- 57 Ebd., S. 160-179, 260, 268, 272f., 275, 277-278, 283-286, 290 und 303; Gillessen, *Auf verlorenem Posten*, S. 44-69.
- 58 Gillessen, *Auf verlorenem Posten*, S. 329-369 und 537; Frei und Schmitz, *Journalismus*, S. 52; zur Feindseligkeit der Nationalsozialisten gegen das Feuilleton s. Wulf, *Presse und Funk im Dritten Reich*, S. 197-208.
- 59 Gillessen, *Auf verlorenem Posten*, S. 329-369.
- 60 Thomas Klein (Hg.), *Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Hessen-Nassau 1933-1936*, Köln 1986, Bd. 1, S. 525 (November 1935) und 552 (Dezember 1935); Gillessen, *Auf verlorenem Posten*, S. 342f. und 537.
- 61 Gillessen, *Auf verlorenem Posten*, S. 383.
- 62 Klein, *Die Lageberichte*, Bd. 1, S. 574 (Januar 1936).
- 63 Zit. in: Eksteins, *The Limits*, S. 291.
- 64 Gillessen, *Auf verlorenem Posten*, S. 146; Gillessens engagierte Verteidigung der

- Zeitung und ihrer Mitarbeiter (S. 527-538) kann das Ausmass der Kompromisse mit dem Regime nicht verdecken, zu denen diese gezwungen waren; s. hierzu das ausgewogene, doch insgesamt pessimistische Urteil in: Frei und Schmitz, *Journalismus*, S. 51-53. Zu einem Parallellfall, dem liberalen *Berliner Tageblatt*, s. die Dokumentensammlung samt persönlichen Reminiszenzen von Margret Boveri, *Wir lügen alle. Eine Hauptstadtzeitung unter Hitler*, Olten 1965.
- 65 Eksteins, *The Limits of Reason*, S. 202-204; Oron J. Hale, *Presse in der Zwangsjacke 1933-1945*, Düsseldorf 1965, S. 256-272; Bramsted, *Goebbels*, 191-213; Gilllesen, *Auf verlorenem Posten*, S. 389.
- 66 Welch, *The Third Reich*, S. 43-46; Noakes und Pridham, *Nazism*, Bd. 2, S. 193-197; Hale, *Presse in der Zwangsjacke*, S. 117-136; Eksteins, *The Limits of Reason*, S. 281-311; Wulf, *Presse und Funk im Dritten Reich*, S. 39. Dass sich die *Frankfurter Zeitung* bis zum Frühjahr 1939 im Besitz der I.G. Farben befand, war ein bemerkenswertes Zeichen für den enormen Einfluss, den dieses Unternehmen im Dritten Reich hatte.
- 67 Welch, *The Third Reich*, S. 46; Noakes und Pridham, *Nazism*, Bd. 2, S. 193-195; Text des Schriftleitergesetzes in Wulf, *Presse und Funk im Dritten Reich*, S. 72 f.
- 68 Norbert Frei, *Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern*, Stuttgart 1980, insbes. S. 164-170 und 322-325; Hale, *Presse in der Zwangsjacke*, S. 108-147, zum Verhältnis von NSDAP und Verlagsunternehmen auf nationaler und Gauebene.
- 69 Grunberger, *Das zwölfjährige Reich*, S. 405-417, Zitat S. 415; Hermann Froschauer und Renate Geyer, *Quellen des Hasses. Aus dem Archiv des «Stürmer» 1933-1945*, Nürnberg 1985; Fred Hahn, *Lieber Stürmer! Leserbriefe an das NS-Kampfblatt 1934 bis 1945*, Stuttgart 1978.
- 70 Wulf, *Presse und Funk im Dritten Reich*, S. 87-99. Zu einer umfassenden Sammlung s. Hans Bohrmann (Hg.), *NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation*, 5 Bde., Dortmund 1984-98; allgemein hierzu Karl-Dietrich Abel, *Presselenkung im NS-Staat. Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit*, Berlin 1990 [1968].
- 71 Allgemeiner: Jürgen Hagemann, *Die Presselenkung im Dritten Reich*, Bonn 1970; Fritz Sänger, *Politik der Täuschungen. Missbrauch der Presse im Dritten Reich. Weisungen, Informationen, Notizen, 1933-1939*, Wien 1975; und Henning Storek, *Dirigierte Öffentlichkeit. Die Zeitung als Herrschaftsmittel in den Anfangsjahren der nationalsozialistischen Regierung*, Opladen 1972.
- 72 Gilllesen, *Auf verlorenem Posten*, S. 224 (Faksimile eines Schreibens der Gestapo); zur Kampagne des Regimes gegen die katholische Presse s. Hale, *Presse in der Zwangsjacke*, S. 175-193.
- 73 Welch, *The Third Reich*, S. 47; Grunberger, *Das zwölfjährige Reich*, S. 415.
- 74 Klein, *Die Lageberichte*, S. 244-245; s.a. Ribbe, *Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei*, Bd. 1, *Der Regierungsbezirk Potsdam*, S. 144-145 (Regierungspräsident Potsdam, August 1934).
- 75 Wulf, *Presse und Funk im Dritten Reich* S. 146.

- 76 David Bankier, *Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die »Endlösung« und die Deutschen; eine Berichtigung*, Berlin 1996, S. 35–42; Hale, *Presse in der Zwangsjacke*, S. 148–174.
- 77 Heiber, *Goebbels-Reden*, Bd. 1, S. 174–205 (Berlin: Sitzungssaal des ehemaligen Preussischen Herrenhauses – 1. Pressetag des Reichsverbandes der Deutschen Presse, 18. 11. 34), hier S. 184–186.
- 78 Fröhlich (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, II,8, S. 101 (14. April 1943).
- 79 Hans Fallada, *Kleiner Mann – was nun?*, Reinbek 1978 (1932).
- 80 Jenny Williams, *More Lives Than One. A Biography of Hans Fallada*, London 1998, insbes. S. 107–109 und 127. Allgemeiner hierzu: Cecilia von Studnitz, *Es war wie ein Rausch. Fallada und sein Leben*, Düsseldorf 1997, und der prägnante Aufsatz von Henry Ashby Turner, Jr., »Fallada for Historians«, *German Studies Review*, 36 (2003), S. 477–492.
- 81 Williams, *More Lives*, S. 135–149; Hans Fallada, *Wer einmal aus dem Blechnapf frisst*, Reinbek 1980 (1934).
- 82 Paul Mayer, *Ernst Rowohlt*, Reinbek 1968; Walter Kiaulehn, *Mein Freund der Verleger – Ernst Rowohlt und seine Zeit*, Reinbek 1967; Williams, *More Lives*, S. 149, 175 und 188. Rowohlt überlebte den Krieg und wurde nach 1945 einer der führenden Verleger der Bundesrepublik.
- 83 Williams, *More Lives*, S. 150–162; Hans Fallada, *Wir hatten mal ein Kind. Eine Geschichte und Geschichten*, Reinbek 1980 (1934).
- 84 Williams, *More Lives*, S. 173–267 und 284, Anm. 18 (Zitat S. 266); Hans Fallada, *Altes Herz geht auf die Reise*, München 1981 (1936); *Wolf unter Wölfen*, Reinbek 1991 (1937); *Der eiserne Gustav*, Berlin 1984 (1938); *Der Trinker. Der Alldruck*, Berlin 1987 (1950; 1947). S. a. Gunnar Müller-Waldeck und Roland Ulrich (Hg.), *Hans Fallada. Sein Leben in Bildern und Briefen*, Berlin 1997. Zu den beiden letzten Lebensjahren Rudolf Ditzens/Hans Falladas s. Sabine Lange, *... wir haben nicht nur das Chaos, sondern wir stehen an einem Beginn... Hans Fallada 1945–1946*, Neubrandenburg 1988.
- 85 Evans, *Aufstieg*, S. 532–534.
- 86 Kurt R. Grossmann, *Ossietsky. Ein deutscher Patriot*, Frankfurt am Main 1973 (1963), S. 278–318; Josef Wulf, *Literatur und Dichtung im Dritten Reich. Eine Dokumentation*, Gütersloh 1963, S. 259–261; Evans, *Aufstieg*, S. 119, 217, 530f. und 552.
- 87 Wolfgang Emmerich, »Die Literatur des antifaschistischen Widerstandes in Deutschland«, in: Denkler und Prümm, *Die deutsche Literatur im Dritten Reich*, S. 427–458.
- 88 James M. Ritchie, *German Literature under National Socialism*, London 1983, S. 111–122; Ralf Schnell, *Literarische Innere Emigration 1933–1945*, Stuttgart 1976, S. 113–132; Peter Barbian, »Literary Policy in the Third Reich«, in: Cuomo, *Nazi Cultural Policy*, S. 155–196; Reinhold Grimm, »Im Dickicht der inneren Emigration«, in: Denkler und Prümm, *Die deutsche Literatur*, S. 406–426. Wulf, *Literatur und Dichtung im Dritten Reich*, S. 456–459.
- 89 Ritchie, *German Literature*, S. 123–129; Friedrich P. Reck-Malleczewen,

- Bockelson. *Geschichte eines Massenwahns*, Stuttgart 1968 (1937); allgemeiner hierzu: Heidrun Ehrke-Rotermund und Erwin Rotermund, *Zwischenreiche und Ge- genwelten. Texte und Vorstudien zur « Verdeckten Schreibweise » im «Dritten Reich»*, München 1999.
- 90 Klaus Vondung, «Der literarische Nationalsozialismus. Ideologische, politische und sozialhistorische Wirkungszusammenhänge», in: Denkler und Prümm, *Die deut- sche Literatur*, S. 44-65; Karl Prümm, «Das Erbe der Front. Der antidemokratische Kriegsroman der Weimarer Republik und seine nationalsozialistische Fortsetzung», ebd., S. 138-164 (und weitere Beiträge in diesem Band).
- 91 Heiber, *Goebbels-Reden*, Bd. 1, S. 137.
- 92 Kurt Eggers, *Deutsche Gedichte*, München 1934, S. 8, zit. in: Wulf, *Literatur und Dichtung im Dritten Reich*, S. 286; Alexander von Bormann, «Das nationalsozialis- tische Gemeinschaftslied», in: Denkler and Prümm, *Die deutsche Literatur*, S. 256- 280; Gottfried Niedhart und George Broderick (Hg.), *Lieder in Politik und Alltag des Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M. 1999; Eberhard Frommann, *Lieder der NS- Zeit. Untersuchungen zur nationalsozialistischen Liedpropaganda von den Anfän- gen bis zum Zweiten Weltkrieg*, Köln 1999.
- 93 Fritz Sotke, «So ist es», in: *Deutsche Gedichte*, München 1934, S. 8, zit. in: Wulf, *Literatur und Dichtung im Dritten Reich*, S. 366.
- 94 Reichel, *Der schöne Schein*, S. 323-335; allgemeiner hierzu: Sebastian Grab-Kön- neker, *Autochthone Modernität. Eine Untersuchung der vom Nationalsozialismus geförderten Literatur*, Opladen 1996, und Uwe-Karsten Ketelsen, *Literatur und Drittes Reich*, Schernfeld 1992; Baird, *To Die For Germany*, S.130-154.
- 95 Evans, *Aufstieg*, S. 539.
- 96 Wulf, *Literatur und Dichtung im Dritten Reich*, S. 113-123; Ritchie, *German Lite- rature*, S. 48-54; ders., *Gottfried Benn*, London 1972; Reinhard Alter, *Gottfried Benn. The Artist and Politics (1910-1934)*, Bern/Frankfurt a.M./München 1976.
- 97 Gottfried Benn, «Expressionismus», in: *Gesammelte Werke* (Hg. Dieter Weller- shoff), 4 Bde., Wiesbaden 1961, Bd. 1, S. 240-256; Wolfgang Willrich an Benn in einem Brief vom 27. August 1937, Abdr. in: Wulf, *Literatur und Dichtung im Drit- ten Reich*, S. 120-122.
- 98 G. Benn, «Antwort auf eine Umfrage», *Börsenblatt für den deutschen Buchhandel*, 6. 1. 1934; zit. in: Wulf, *Literatur und Dichtung im Dritten Reich*, S. 115. Glenn R. Cuomo, «Purging an ‚Art-Bolshevist‘: The Persecution of Gottfried Benn in the Years 1933-1938», *German Studies Review*, 9 (1986), S. 85-105; s.a. Gottfried Benn, «Der neue Staat und die Intellektuellen», *Gesammelte Werke*, Bd. 1, S. 440- 452, wo er die Machtergreifung durch den Nationalsozialismus verteidigt.
- 99 Jan-Pieter Barbian, *Literaturpolitik im «Dritten Reich». Institutionen, Kompe- tenzen, Betätigungsfelder*, Frankfurt a.M. 1993, S. 71-154 zu den frühen Säube- rungen; S. 155-364 bietet einen umfassenden und ausführlichen Überblick über die Zensurbehörden. S.a. Dietrich Strothmann, *Nationalsozialistische Literaturpolitik. Ein Beitrag zur Publizistik im Dritten Reich*, Bonn 1960, mit näheren Angaben zu den verbotenen Werken, und Evans, *Aufstieg*, S. 534-538.

- 100 Wulf, *Literatur und Dichtung im Dritten Reich*, S. 160-164; Ritchie, *German Literature*, S. 71-74. S.a. Siegfried Schliebs, «Verboten, verbrannt, verfolgt... Wolfgang Herrmann und seine schwarze Liste ‚Schöne Literatur‘ vom Mai 1933. Der Fall des Volksbibliothekars Dr. Wolfgang Herrmann», in: Hermann Haarmann et al., «*Das war ein Vorspiel nur...*». *Bücherverbrennung in Deutschland 1933. Voraussetzungen und Folgen*, Berlin 1983, S. 442-454; Barbian, *Literaturpolitik*, S. 505-732 zur Lage des Buchhandels, S. 733-834 zu den Leihbüchereien; Engelbrecht Boese, *Das öffentliche Bibliothekswesen im Dritten Reich*, Bad Honnef 1987, und Margaret F. Stieg, *Public Libraries in Nazi Germany*, Tuscaloosa 1992; Strothmann, *Nationalsozialistische Literaturpolitik*, S. 223, und Grunberger, *Das zwölfjährige Reich*, S. 370, zu den ausländischen Autoren
- 101 Brenner, *Die Kunstpolitik*, S. 51.
- 102 Reichel, *Der schöne Schein*, S.336-345; Boguslaw Drewniak, «The Foundations of Theater Policy in Nazi Germany», in: Cuomo, *Nazi Cultural Policy*, S. 67-94; ders., *Das Theater im NS-Staat. Szenarium deutscher Zeitgeschichte 1933-1945*, Düsseldorf 1983, S. 167-189 zur Neuinterpretation der Klassiker; weitere Einzelheiten in dem Compendium von Thomas Eicher et al., *Theater im «Dritten Reich»*. *Theaterpolitik, Spielplanstruktur, NS-Dramatik*, Seelze-Velbert 2000; Auszüge aus Dokumenten in: Wulf, *Theater und Film im Dritten Reich*; Aufsätze zu Einzelaspekten in: Glenn W. Gadberry (Hg.), *Theater in the Third Reich, the Prewar Years. Essays on Theater in Nazi Germany*, Westport, CT 1995.
- 103 Steinweis, *Art*, S. 134-137.
- 104 S. hierzu Wulf, *Theater und Film im Dritten Reich*.
- 105 Friederike Euler, «Theater zwischen Anpassung und Widerstand. Die Münchner Kammerspiele im Dritten Reich», in: Broszat und Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 2, S. 91-173; Grunberger, *Das zwölfjährige Reich*, S. 374-390.
- 106 William Niven, «The birth of Nazi drama? *Thing plays*», in: John London (Hg.), *Theatre under the Nazis*, Manchester 2000, S. 54-95, insbes. S. 73; ausführlicher hierzu Rainer Stommer, *Die inszenierte Volksgemeinschaft. Die «Thingbewegung» im Dritten Reich*, Marburg 1985, und die kurze Untersuchung von Johannes M. Reichl, *Das Thingspiel. Über den Versuch eines nationalsozialistischen Lehrstück-Theaters (Euringer – Heynick – Möller)*, Frankfurt a.M. 1998; zu den Ursprüngen der Bewegung s. Egon Menz, «Sprechchor und Aufmarsch. Zur Entstehung des Thingspiels», in: Denkler und Prümm, *Die deutsche Literatur*, S. 330-346; Brenner, *Die Kunstpolitik*, S. 95-106. S.a. Rainer Stommer, «„Da oben versinkt einem der Alltag...“. Thingstätten im Dritten Reich als Demonstration der Volksgemeinschaftsideologie», in: Detlev Peukert und Jürgen Reulecke (Hg.), *Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus*, Wuppertal 1981, S. 149-173.
- 107 Heiber, *Goebbels-Reden*, Bd. 1, S. 168-172 (Berlin, Sportpalast, Eröffnung der «Woche des deutschen Buches», 5. 11. 1934), hier S. 168.
- 108 Donald R. Richards, *The German Bestseller in the Twentieth Century. A Complete*

- Bibliography and Analysis 1915-1940*, Bern 1968; revidierte Zahlen bei Tobias Schneider, «Bestseller im Dritten Reich. Ermittlung und Analyse der meistverkauften Romane in Deutschland 1933-1944», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 52 (2004), H. 1, S. 77-97.
- 109 Hans Hagemeyer, Rede vor der Reichsarbeitsgemeinschaft für deutsche Buchwerbung am 28 August 1935, in: Wulf, *Literatur und Dichtung im Dritten Reich*, S. 244.
- 110 Wilhelm Baur, zit. in: Wulf, *Literatur und Dichtung im Dritten Reich*, Abb. 8, gegenüber von S. 145.
- 111 Schneider, «Bestseller», S. 80-85.
- 112 Kershaw, *Hitler 1889-1936*, Stuttgart 1998, S. 47.
- 113 Hans Dieter Schäfer, *Das gespaltene Bewusstsein. Über deutsche Kultur und Lebenswirklichkeit 1933-1945*, München 1982; Thymian Bussemer, *Propaganda und Populärkultur. Konstruierte Erlebniswelten im Nationalsozialismus*, Wiesbaden 2000.
- 114 Evans, *Aufstieg*, S. 201-204 und 534-538.
- 115 Fröhlich, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Bd. 1.1, S. 293 (29. August 1924).
- 116 Peter Paret, *An Artist Against the Third Reich. Ernst Barlach 1933-1938*, Cambridge 2003, S. 17f. und 23-69; Shearer West, *The Visual Arts in Germany 1890-1937. Utopia and Despair*, Manchester 2000, S. 93-99; Hildegard Brenner, *Die Kunstpolitik des Nationalsozialismus*, S. 65-71; Wolfgang Tarnowski, *Ernst Barlach und der Nationalsozialismus. Ein Abendvortrag, gehalten am 20. Oktober 1988 in der Katholischen Akademie Hamburg*, Hamburg 1989, S. 41-45; Joseph Wulf, *Die Bildenden Künste im Dritten Reich. Eine Dokumentation*, Gütersloh 1963, S. 32.
- 117 Paret, *An Artist*, S. 23-25, 38-43 und 59.
- 118 Ernst Barlach, *Die Briefe*, 2 Bde., Hg. Friedrich Dross, München 1968/69, Bd. 2, S. 414 (Barlach an Leo Kerstenberg, 13. November 1933).
- 119 Ebd., Bd. 2, S. 374 (Ernst Barlach an Hans Barlach, 2. Mai 1933).
- 120 Zit. in: Paret, *An Artist*, S. 171, Anm. 33; Abdr. in: Alfred Rosenberg, *Blut und Ehre. Ein Kampf um deutsche Wiedergeburt. Reden und Aufsätze 1919-1933*, München 1934, S. 250.
- 121 Zit. in: Paret, *An Artist*, S. 78f.; Abdr. in: Barlach, *Die Briefe*, Bd. 2, S. 388 f. (Barlach an Alois Schardt, 23. Juli 1933) und S. 425 (Barlach an Carl Albert Lange, 25. Dezember 1933).
- 122 Die Skulptur überstand den Krieg und befindet sich heute wieder an ihrer ursprünglichen Stelle.
- 123 Melita Maschmann, *Fazit. Kein Rechtfertigungsversuch*, S. 31.
- 124 Fröhlich, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Bd. I.3/II, S. 56 (4. April 1936).
- 125 Barlach, *Die Briefe*, Bd. 2, S. 735 (Barlach an Heinz Priebsch, 23. Oktober 1937).
- 126 Paret, *An Artist*, S. 137.
- 127 Peter Adam, *The Arts of the Third Reich*, London 1992, S. 196-201.
- 128 Jonathan Petropoulos, *The Faustian Bargain. The Art World in Nazi Germany*, New York 2000, S. 218-253; ders., «From Seduction to Denial: Arno Breker's Engagement with National Socialism», in: Richard A. Etlin (Hg.), *Art, Culture, and Media*

- under the Third Reich, Chicago 2002, S. 205-229; Wulf, *Die Bildenden Künste im Dritten Reich*, S. 252; Volker Probst, *Der Bildhauer Arno Breker*, Bonn 1978. Breker verteidigte sich und seine Kunst in seinem Buch *Im Strahlungsfeld der Ereignisse, 1925-1965*, Preussisch Oldendorf 1972.
- 129 Klaus Backes, *Hitler und die bildenden Künste. Kulturverständnis und Kunstpolitik im Dritten Reich*, Köln 1988, S. 10-56.
- 130 Erhard Klöss (Hg.), *Reden des Führers. Politik und Propaganda Adolf Hitlers 1922-1945*, München 1967, S. 108-120.
- 131 Evans, *Aufstieg*, S. 534-538.
- 132 Lynn H. Nicholas, *The Rape of Europe. The Fate of Europe's Treasures in the Third Reich and the Second World War*, New York 1994, S. 9-15.
- 133 Petropoulos, *The Faustian Bargain*, S. 13-25; allgemeiner hierzu: Reichel, *Der schöne Schein*, S. 356-370.
- 134 Adam, *Arts*, S. 121-123; West, *The Visual Arts*, S. 188 f. Zu einem Überblick über die Werke der verbotenen Künstler s. Werner Haftmann, *Verfemte Kunst. Bildende Künstler der inneren und äusseren Emigration in der Zeit des Nationalsozialismus*, Köln 1986, insbes. Beckmann, S. 47-67, Klee, S. 112-125, Kirchner, S. 126-132, und Schlemmer, S. 37-43.
- 135 Petropoulos, *Art*, S. 57.
- 136 Spotts, *Hitler*, 151-64. Fröhlich, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, 5. Juli 1937; Backes, *Hitler*, S. 57-70; zu den vorangegangenen Ausstellungen s. Christoph Zuschlag, «Es handelt sich um eine Schulungsausstellung. Die Vorläufer und die Stationen der Ausstellung ‚Entartete Kunst‘», in: Stephanie Barron (Hg.), «Entartete Kunst». *Das Schicksal der Avantgarde im Nazi-Deutschland*, München 1992, S. 83-98; ausführlicher dies., «Entartete Kunst». *Ausstellungsstrategien in Nazi-Deutschland*, Worms 1995, S. 58-168 (zu den Protesten 1933 s. S. 329).
- 137 Wulf, *Die Bildenden Künste im Dritten Reich*, S. 140-144. Enzyklopädie des Nationalsozialismus, S. 895
- 138 Petropoulos, *The Faustian Bargain*, S. 25; Reinhard Merker, *Die Bildenden Künste im Nationalsozialismus. Kulturideologie, Kulturpolitik, Kulturproduktion*, Köln 1983, S. 143-145; Annegret Janda, «Die Berliner Nationalgalerie im Kampf um die moderne Kunst seit 1933», in: S. Barron, «Entartete Kunst», S. 107-119.
- 139 Annegret Janda (Hg.), *Das Schicksal einer Sammlung. Aufbau und Zerstörung der Neuen Abteilung der Nationalgalerie im ehemaligen Kronprinzen-Palais Unter den Linden 1918-1945*, Berlin 1988, S. 16; «Rekonstruktion der Ausstellung «Entartete Kunst'», in: Klaus-Peter Schuster (Hg.), *Die «Kunststadt» München 1937*; München 1988, S. 124-130.
- 140 Hayward Gallery (Hg.), *Beyond Reason. Art and Psychosis. Works from the Prinzhorn Collection*, London 1996, und Hans Prinzhorn, *Bildneri der Geisteskranken. Ein Beitrag zur Psychologie und Psychopathologie der Gestaltung*, Berlin 1922.
- 141 Fritz Kaiser, *Führer durch die Ausstellung «Entartete Kunst»*, Berlin 1937, S. 24-28.
- 142 Merker, *Die Bildenden Künste im Nationalsozialismus*, S. 146 und Fussnote 375.

- 143 Kaiser, *Führer durch die Ausstellung*, S. 2-22. Die Begleitbroschüre zu der Ausstellung ist auch als Faksimile abgedruckt in: Barron, «*Entartete Kunst*», S. 356-390. S.a. Mario-Andreas von Lüttichau, «Die Ausstellung «Entartete Kunst», München 1937. Eine Rekonstruktion», ebd., S. 45-81, und die ausführliche Darstellung in: Zuschlag, «*Entartete Kunst*», S. 169-204 und 222-299.
- 144 Robert Böttcher, *Kunst und Kunsterziehung im neuen Reich*, Breslau 1933, S. 41; Wolfgang Willrich, *Säuberung des Kunsttempels. Eine kunstpolitische Kampfschrift zur Gesundung deutscher Kunst im Geiste nordischer Art*, München 1937, S. 5.
- 145 Wulf, *Die Bildenden Künste im Dritten Reich*, S. 319f., 324 und 327-333; zur Koordinierung der Presseberichte s. Karen Peter (Hg.), *NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation*, Bd. 5, 1937, München 1998, S. 579, 587, 590, 631 und 701.
- 146 *Berliner Morgenpost*, 20. Juli 1937, Titelblatt; *Nachtausgabe*, 25. Februar 1938.
- 147 Peter Günther, «Drei Tage in München: Juli 1937», in: Barron, «*Entartete Kunst*», S. 33-43; die Reaktionen von Carola Roth und anderen in: Paul Ortwin Rave, *Kunstdiktatur im Dritten Reich*, Hamburg 1949, S. 97f.; das Telegramm in: Zuschlag, «*Entartete Kunst*», S. 331; die Preisschildchen bei Peter-Klaus Schuster, *Die «Kunststadt» München 1937. Nationalsozialismus und «Entartete Kunst»*, München 1987, S. 103 f.
- 148 Sean Rainbird (Hg.), *Max Beckmann*, London 2003, S. 274.
- 149 Backes, *Hitler*, S. 71-77, bietet einen guten Überblick.
- 150 Norbert Wolf, *Ernst Ludwig Kirchner 1880-1938*, Köln 2003. Brief Ulrich Kirchner 12. August 1937, zit. nach: Christian Saehrendt, *Ernst Ludwig Kirchner: Bohème Identität und nationale Sendung*, Frankfurt a.M. 2003, S. 219.
- 151 Kaiser, *Führer*, S. 24-28.
- 152 Wulf, *Die bildenden Künste im Dritten Reich*, S. 119. Die Literaturkritik erlitt ein ähnliches Schicksal; s. Strothmann, *Nationalsozialistische Literaturpolitik*, S. 258-299.
- 153 Die Rede Zieglers in: Schuster, «*Kunststadt» München*, S. 217f.
- 154 Text des Gesetzes in: Wulf, *Die Bildenden Künste im Dritten Reich*, S. 337.
- 155 Adam, *The Arts*, S. 121 f.; Merker, *Die bildenden Künste im Nationalsozialismus*, S. 155f.
- 156 Brenner, *Die Kunstpolitik*, S. 159.
- 157 Adam, *The Arts*, S. 122-127; Merker, *Die Bildenden Künste*, S. 155 f.
- 158 Merker, *Die bildenden Künste im Nationalsozialismus*, S. 155f.; Zuschlag, «*Entartete Kunst*», S. 205-221; Petropoulos, *Art*, S. 76-81; Wulf, *Die Bildenden Künste im Dritten Reich*, S. 340 f. zur angekündigten Auktion samt Presseberichten.
- 159 Stephanie Barron, «Die Auktion in der Galerie Fischer», in: dies., «*Entartete Kunst*», S. 135-169.
- 160 Angelika Koenigseder und Juliane Wetzel, «Die ‚Bilderverbrennung‘ 1939 – ein Pendant?», *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, (2003), S. 439-446. Die Autorinnen weisen darauf hin, dass es zwar eine Fülle dokumentarischer Belege für die Anregung gibt, die Kunstwerke zu verbrennen, aber keine schriftlichen Belege, dass

- die Verbrennung tatsächlich stattgefunden hat, und dass bislang auch keine Augenzeugenberichte aufgetaucht sind. Es gibt nur einen einzigen Bericht von dieser Geschichte, Paul Raves Buch *Kunstdiktatur im Dritten Reich*. Andererseits ist seit dem 20. März 1939 bis heute kein einziges der Werke auf der Liste der für eine Verbrennung bestimmten Bilder aufgetaucht. S.a. Andreas Hüneke, «Spurensuche – Moderne Kunst aus deutschem Museumsbesitz», in: Barron, *«Entartete Kunst»*, S. 121-133; Petropoulos, *Art*, S. 82f. und 338, Anm. 50; Georg Bussmann, «'Entartete Kunst' – Blick auf einen nützlichen Mythos», in: Christos M. Joachimidis, Norman Rosenthal und Wieland Schmied (Hg.), *Deutsche Kunst im 20. Jahrhundert. Malelei und Plastik 1905-1985*, München 1986, S. 105-113.
- 161 Wulf, *Die Bildenden Künste im Dritten Reich*, S. 325 f.
- 162 Boberach, *Meldungen aus dem Reich*, Bd. 2, S. 275.
- 163 Ebd., S. 115.
- 164 Wulf, *Die Bildenden Künste im Dritten Reich*, S. 96-110.
- 165 Nicholas, *The Rape*, S. 13.
- 166 Wulf, *Die Bildenden Künste im Dritten Reich*, S. 113-117.
- 167 Ebd., S. 172-174, 181-184 und 190-194.
- 168 Backes, *Hitler*, S. 77-83.
- 169 Lüttichau, «'Deutsche Kunst' und 'Entartete Kunst'», S. 87-92; Klaus Wolbert, *Die Nackten und die Toten des «Dritten Reichs»*. *Folgen einer politischen Geschichte des Körpers in der Plastik des deutschen Faschismus*, Rossdorf 1982, S. 34-60, 188-192 und 235f.
- 170 Merker, *Die Bildenden Künste*, S. 163-166. Zu einer Zusammenfassung der Presseberichte s. Otto Thomae, *Die Propaganda-Maschinerie. Bildende Kunst und Öffentlichkeitsarbeit im Dritte Reich*, Berlin 1976, S.37-69.
- 171 Merker, *Die Bildenden Künste*, S. 165 (mit anderen Zahlen); Petropoulos, *Art*, S. 57.
- 172 Guenther, «Drei Tage in München»; s.a. Lüttichau, «'Deutsche Kunst' und 'Entartete Kunst'».
- 173 Adelheid von Saldern, «'Kunst fürs Volk'. Vom Kulturkonservatismus zur nationalsozialistischen Kulturpolitik», in: Harald Welzer (Hg.), *Das Gedächtnis der Bilder. Ästhetik und Nationalsozialismus*, Tübingen 1995, S. 45-104.
- 174 Karl Arndt, «Das 'Haus der deutschen Kunst' – ein Symbol der neuen Machtverhältnisse», in: Schuster, *Die «Kunststadt» München*, S. 61-82; ders., «Paul Ludwig Troost als Leitfigur der nationalsozialistischen Repräsentationsarchitektur», in: Iris Lauterbach (Hg.), *Bürokratie und Kult. Das Parteizentrum der NSDAP am Königsplatz in München. Geschichte und Rezeption*, München 1995, S. 147-156; zur Entstehungsgeschichte des Bauwerks s. Karl Arndt, «Die Münchener Architekturszene 1933/34 als ästhetisch-politisches Konfliktfeld», in: Broszat und Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 3, S. 443-512, insbes. S. 443-484.
- 175 Rede zur Eröffnung der Deutschen Architektur- und Kunsthandwerker Ausstellung in München, *Völkischer Beobachter* vom 24.11.1938, zit. in: Wulf, *Die Bildenden Künste im Dritten Reich*, S. 220.
- 176 Rolf Badenhausen, «Betrachtungen zum Bauwillen des Dritten Reichs», *Zeit-*

- schrift für Deutschkunde* 1937, S. 222 f., Zitate in: Wulf, *Die Bildenden Künste im Dritten Reich*, S. 223 f.; Hans Lehbruch, «Acropolis Germaniae. Der Königsplatz – Forum der NSDAP», in: Lauterbach, *Bürokratie und Kult*, S. 17-46; allgemeiner hierzu: Reichel, *Der schöne Schein*, S. 287-311; zu den Rückbezügen auf den Klassizismus s. Alexander Scobie, *Hitler's State Architecture. The Impact of Classical Antiquity*, Philadelphia 1990, insbes. S. 56-68; zum Totenkult des Nationalsozialismus s. Sabine Behrenbeck, *Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole 1923 bis 1945*, Vierow bei Greifswald 1996, insbes. S. 343-446; zu den Zeremonien bei der Überführung der sterblichen Überreste der «Märtyrer» s. Baird, *To Die For Germany*, S. 41-72.
- 177 Barbara Miller Lane, *Architecture and Politics in Germany, 1918-1945*, Cambridge, 1968, S. 169-184.
- 178 Norbert Borrmann, *Paul Schultze-Naumburg, 1869-1949. Maler – Publizist – Architekt. Vom Kulturreformer der Jahrhundertwende zum Kulturpolitiker im Dritten Reich*, Essen 1989; allgemeiner Joachim Petsch, «Architektur und Städtebau im Dritten Reich – Anspruch und Wirklichkeit», in: Peukert und Reulecke, *Die Reihen fast geschlossen*, S. 175-198, und Elke Pahl-Weber und Dirk Schubert, «Myth and Reality in National Socialist Town Planning and Architecture. Housing and Urban Development in Hamburg, 1933-45», *Planning Perspectives*, 6 (1991), S. 161-188.
- 179 Jochen Thies, «Nazi Architecture – A Blueprint for World Domination. The Last Aims of Adolf Hitler», in: Welch, *Nazi Propaganda*, S. 45-64, hier S. 52; Dokumentation in Jost Dülffer et al. (Hg.), *Hitlers Städte. Baupolitik im Dritten Reich*, Köln 1978; s.a. Dirk Schubert, «...Ein neues Hamburg entsteht... Planungen in der ‚Führerstadt‘. Hamburg zwischen 1933-1945», in: Hartmut Frank (Hg.), *Faschistische Architekturen. Planen und Bauen in Europa 1930 bis 1945*, Hamburg 1985, S. 299-318; Backes, *Hitler*, S. 117-193.
- 180 Adam, *The Arts*, S. 228-259; Dieter Bartetzko, *Zwischen Zucht und Ekstase – Zur Theatralik von NS-Architektur*, Berlin 1985; Lane, *Architecture*; Robert R. Taylor, *The Word in Stone. The Role of Architecture in the National Socialist Ideology*, Berkeley 1975; Anna Teut, *Architektur im Dritten Reich 1933-1945*, Berlin 1967; Jochen Thies, *Architekt der Weltherrschaft. Die «Endziele» Hitlers*, Düsseldorf 1976; Merker, *Die Bildenden Künste*, S. 186-238.
- 181 Paul Giesler, «Bauen im dritten Reich», *Die Kunst im Dritten Reich*, September 1939, in: Adam, *The Arts*, S. 256; ausführliche Beschreibung mit Abbildungen in: Angela Schönberger, *Die neue Reichskanzlei von Albert Speer. Zum Zusammenhang von nationalsozialistischer Ideologie und Architektur*, Berlin 1981, S. 37-173.
- 182 Thies, *Architekt der Weltherrschaft*, S. 62-104.
- 183 Albert Speer, *Erinnerungen*, Berlin 1969, S. 33.
- 184 Jost Dülffer, «Albert Speer – Management für Kultur und Wirtschaft», in: Ronald Smelser et al., *Die braune Elite*, Darmstadt 1999, Bd. 1, S.258-272, hier S. 258 f.; zum Vandalismus Goebbels' s. Evans, *Aufstieg*, S. 519. Die Erfindung des «Lichtdoms» wurde aber auch von Walter Frenz und Leni Riefenstahl in Anspruch ge-

- nommen; s. Gitta Sereny, *Das Ringen mit der Wahrheit. Albert Speer und das deutsche Trauma*, München 1995, S. 159f.
- 185 Siegfried Zelnhefer und Rudolf Käs (Hg.), *Kulissen der Gewalt. Das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg*, München 1992, insbes. S. 31-48 (Siegfried Zelnhefer, «Bauen als Vorgriff auf den Sieg. Zur Geschichte des Reichsparteitagsgeländes»).
- 186 Paul Westheim, «Karton mit Säulen», in: Tanja Frank (Hg.), *Kunstkritik aus dem Exil. Paul Westheim*, Hanau 1985, S. 145-162, hier S. 149 f., zit. in: Karen A. Fiss, «In Hitler's Salon. The German Pavilion at the 1937 Paris Exposition Internationale», in: Etlin, *Art, Culture, and Media*, S. 316-342, hier S. 318f.; s.a. Kurt Winkler, «Inszenierung der Macht. Weltausstellung 1937. Das ‚Deutsche Haus‘ als Standarte», in: Behnken und Wagner, *Inszenierung*, S. 217-225. Dass der deutsche Pavillon höher war als der sowjetische, war kein Zufall; Speer hatte sich zuvor die Pläne des sowjetischen Pavillons beschafft; ebd., S. 321-324.
- 187 Speer, *Erinnerungen*, S. 87-96 und 147-152.
- 188 Dülffer, «Albert Speer», S. 213-215; Joachim Petach, «Architektur als Weltanschauung. Die Staats- und Parteiarchitektur im Nationalsozialismus», in: Ogan und Weiss, *Faszination und Gewalt*, S. 197-204.
- 189 Speer, *Erinnerungen*, S. 148.
- 190 Gerhard Splitt, *Richard Strauss 1933-1935. Ästhetik und Musikpolitik zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft*, Pfaffenweiler 1987, S. 42-59, erörtert Strauss' mögliche Motive anhand einer eingehenden Untersuchung der Belege, die durch einen unnötig empörten Ton moralischer Verurteilung beeinträchtigt wird; zu einer ausgewogeneren Darstellung s. Michael H. Kater, *Komponisten im Nationalsozialismus. Acht Porträts*, Berlin 2004, S. 290-294.
- 191 Kater, *Komponisten im Nationalsozialismus*, S. 279-347.
- 192 Ebd., S. 279f. Der Brief Schönbergs an Strauss in: Franz Grasberger, *Der Strom der Töne trug mich fort. Die Welt um Richard Strauss in Briefen*, Tutzing 1967, S. 171 f.; Walter Thomas, *Richard Strauss und seine Zeitgenossen*, München 1964, S. 218;
- 193 Harry Graf Kessler, *Tagebücher 1918-1937* (Hg. Wolfgang Pfeiffer-Belli), Frankfurt a.M. 1961, S. 563 (13. Juni 1928); Kater, *Komponisten im Nationalsozialismus*, S. 285.
- 194 Kater, *Komponisten im Nationalsozialismus*, S. 286-297.
- 195 Kater, *Komponisten im Nationalsozialismus*, S. 308 ff.; Fred K. Prieberg, *Trial of Strength. Wilhelm Furtwängler and the Third Reich*, London 1991, S. 166-169.
- 196 Fred K. Prieberg, *Musik im NS-Staat*, Frankfurt a.M. 1982, S. 207f.; Josef Wulf, *Musik im Dritten Reich. Eine Dokumentation*, Gütersloh 1963, S. 182f.; Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933-1939*, München 1998, S. 148f.; Albrecht Riethmüller, «Stefan Zweig and the Fall of the Reich Music Chamber President Richard Strauss», in: Michael H. Kater und Albrecht Riethmüller (Hg.), *Music and Nazism. Art under Tyranny, 1933-1945*, Laaber 2003, S. 269-291. Zu Stefan Zweigs Bestsellern s. Richards, *The German Bestseller*; eines

- von Zweigs Büchern erreichte von 1927 bis 1930 eine Auflage von 300'000 Stück, und zwei weitere von 1922 bis 1933 und 1931 bis 1933 eine Auflage von je 170'000.
- 197 Strauss, «Geschichte der schweigsamen Frau», und Strauss an Hitler, 13. Juli 1935, beide in: Wulf, *Musik im Dritten Reich*, S. 183 f.
- 198 Kater, *Komponisten im Nationalsozialismus*, S. 315-330; Prieberg, *Musik im NS-Staat*, S. 208-215; Lothar Gall, «Richard Strauss und das ‚Dritte Reich‘ oder: Wie der Künstler Strauss sich missbrauchen liess», in: Hanspeter Krellmann (Hg.), *Wer war Richard Strauss? Neunzehn Antworten*, Frankfurt a.M. 1999, S. 123-136.
- 199 Erik Levi, *Music in the Third Reich*, New York 1994, S. 57-70 und 94-98; Michael H. Kater, *Die missbrauchte Muse. Musiker und ihre Musik im Dritten Reich*, München und Wien 1998, S. 150-154; Prieberg, *Musik im NS-Staat*, S. 277-282; Wulf, *Musik im Dritten Reich*, S.414-423 (Auszüge aus dem *Lexikon* und ähnlichen antisemitischen Schriften S. 386-391).
- 200 Dirk Blasius, «Die Ausstellung ‚Entartete Musik‘ von 1938. Ein Beitrag zum Kontinuitätsproblem der deutschen Geschichte», in: Othmar N. Häberl und Tobias Korrenke (Hg.), *Politische Deutungskulturen. Festschrift für Karl Rohe*, Baden-Baden 1999, S.199-211. Die Zeit reichte nicht aus für einen Katalog zur Ausstellung «Entartete Musik», doch zum 50. Jahrestag ihrer Eröffnung wurde eine Rekonstruktion gezeigt: s. Albrecht Dümling und Peter Girtz (Hg.), *Entartete Musik. Dokumentation und Kommentar zur Düsseldorfer Ausstellung von 1938*, Düsseldorf 1993 (1988); Zieglers Eröffnungsrede auf S. 175-190; s.a. Albrecht Dümling, «The Target of Racial Purity. The ‚Degenerate Music‘ Exhibition in Düsseldorf, 1938», in: Etlin, *Art*, S. 43-72; Eckard John, *Musikbolschewismus. Die Politisierung der Musik in Deutschland 1918-1938*, Stuttgart 1993, S. 367-381; Belege für die Unbeliebtheit der modernen Musik während der Weimar Republik in: Pamela M. Potter, «The Nazi ‚Seizure‘ of the Berlin Philharmonie, or the Decline of a Bourgeois Musical Institution», in: Cuomo, *Nazi Cultural Policy*, S. 39-65. S.a. Hans Severus Ziegler, *Entartete Musik. Eine Abrechnung*, Düsseldorf 1938.
- 201 Fröhlich, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, 1.6, S. 323 (29. Mai 1938).
- 202 Zuschlag, «*Entartete Kunst*», S. 315-320.
- 203 Levi, *Music in the Third Reich*, S. 70-73; Prieberg, *Musik im NS-Staat*, 144-164; Wulf, *Musik im Dritten Reich*, S. 407; Potter, «The Nazi ‚Seizure‘», S. 54.
- 204 Levi, *Music in the Third Reich*, S. 74-81.
- 205 Ebd., S. 98-102; allgemeiner hierzu: Michael Meyer, *The Politics of Music in the Third Reich*, New York 1991.
- 206 Levi, *Music in the Third Reich*, S. 104f.; Prieberg, *Musik im NS-Staat*, S. 225-234. Bergs Klaviersonate opus 1 wurde am 29. November 1944 bei einer Dichterlesung in Wien aufgeführt, neben musikalischen Intermezzi, organisiert von Anton von Webern; Prieberg, *Musik im NS-Staat*, S. 299.
- 207 Levi, *Music in the Third Reich*, S. 104-107; Prieberg, *Musik im NS-Staat*, S. 137f.
- 208 Levi, *Music in the Third Reich*, S. 107-111; Kater, *Komponisten im Nationalsozialismus*, S. 49.
- 209 Levi, *Music in the Third Reich*, S. 107-113; Wulf, *Musik im Dritten Reich*, S. 337-

- 340 (Zitate). S.a. Giseler Schubert, «The Aesthetic Premises of a Nazi Conception of Music», in: Kater und Riethmüller, *Music and Nazism*, S. 64-74.
- 210 Wulf, *Musik im Dritten Reich*, S. 341.
- 211 Fröhlich (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, 1.2, S. 648 (27 Juli 1936).
- 212 Kater, *Die missbrauchte Muse*, S. 379-388; Levi, *Music in the Third Reich*, S. 199-201; Potter, «The Nazi Seizure», S. 39-65. Allgemeiner hierzu: Michael Meyer, *The Politics of Music in the Third Reich*, New York 1991.
- 213 Levi, *Music in the Third Reich*, S. 114-116.
- 214 Bernd Sponheuer, «The National Socialist Discussion on the ‚German Quality‘ in Music», in: Kater und Riethmüller, *Music and Nazism*, S. 32-42; Reinhold Brinkmann, «The Distorted Sublime. Music and National Socialist Ideology – A Sketch», ebd., S. 42-63.
- 215 Kater, *Komponisten im Nationalsozialismus*, S. 14-20. Egks wirklicher Name war Mayer; er verabscheute die Gewöhnlichkeit dieses Namens so sehr, dass er ein Pseudonym wählte, das auf dem Namen seiner Frau beruhte, «Elisabeth, geborene Karl». Diejenigen, die Egk nicht mochten, lästerten, in Wirklichkeit bedeute das Anagramm für ihn «Ein grosser Komponist». S.a. Michael Walter, *Hitler in der Oper. Deutsches Musikleben 1919-1945*, Stuttgart 1995, S. 175-212.
- 216 Kater, *Komponisten im Nationalsozialismus*, S. 151-192; s.a. die Biographie von Orffs Frau Luise Rinser, *Saturn auf der Sonne*, Frankfurt a.M. 1994, S. 94.
- 217 Frederic Spotts, *Bayreuth. A History of the Wagner Festival*, London 1994; Brigitte Hamann, *Winifred Wagner oder Hitlers Bayreuth*, München 2003; Hans Rudolf Vaget, «Hitler's Wagner. Musical Discourse as Cultural Space», in: Kater und Riethmüller, *Music and Nazism*, S. 15-31.
- 218 Spotts, *Hitler*, S. 223-263; ders., *Bayreuth. A History of the Wagner Festival*, London 1994, S. 165-175.
- 219 Speer, *Erinnerungen*, S. 73 f.
- 220 Levi, *Music in the Third Reich*, S.192 f.
- 221 Ebd., S. 217f.; allgemeiner hierzu: Volker Dahm, «Nationale Einheit und partikuläre Vielfalt. Zur Frage der kulturpolitischen Gleichschaltung im Dritten Reich», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 43 (1995), S. 221-265. Zu Pfitzners komplizierter Beziehung zur NS-Führung s. Kater, *Komponisten im Nationalsozialismus*, S. 193-242. Pfitzner war erbost über das Wohlwollen, das einigen modernen Komponisten vom Regime entgegengebracht wurde. Als er 1935 gefragt wurde, was er von der modernen Musik halte, antwortete er verächtlich: «Egk mich am Orff!»; s. Berndt W. Wessling, *Wieland Wagner. Der Enkel*, Köln 1997, S. 257; s.a. John, *Musikbolschewismus*, S.58-89, zu Pfitzners Rolle bei der Bündelung der Feindseligkeit von rechts gegenüber dem «Musikbolschewismus» in der Weimarer Republik.
- 222 Karl Grunsky, «Gedanken über Mendelssohn», *Westdeutscher Beobachter*, 10. März 1935, zit. in: Wulf, *Musik im Dritten Reich*, S. 403.
- 223 Celia Applegate, «The Past and Present of *Hausmusik* in the Third Reich», in: Kater und Riethmüller, *Music and Nazism*, S. 136-149.
- 224 Steinweis, *Art*, S. 141-143.
- 225 Zu nationalsozialistischen Musiktheorien s. Pamela Potter, *Most German of the Arts*.

- Musicology and Society from the Weimar Republic to the End of Hitler's Reich*, New Haven 1998, insbes. S. 200-234.
- 226 Walter Thomas, *Bis der Vorhang fiel. Berichtet nach Aufzeichnungen aus den Jahren 1940 bis 1945*, Dortmund 1947, S. 241.
- 227 Kater, *Komponisten im Nationalsozialismus*, S. 119-150; ders. *Gesagtes Spiel. Jazz im Nationalsozialismus*, Köln 1995, S. 101-110; ders., *Die missbrauchte Muse*, S. 443-454; Wulf, *Musik im Dritten Reich*, S. 346-358; s.a. Bernd Polster (Hg.), *Swing Heil. Jazz im Nationalsozialismus*, Berlin 1989.
- 228 Kater, *Gewagtes Spiel*, S. 174-176; Fröhlich (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Bd. 1.3, S. 161 f. (2. Juni 1937), 165 f. (5. Juni 1937), 293 (7. Okt. 1937), 326 (5. Nov. 1937) und 346 (26. Nov. 1937). Bd. III, 393 (7. Jan. 1938).
- 229 Kater, *Gewagtes Spiel*, S. 200-214 (speziell zur Hamburger Swingjugend); Arno Klönne, *Jugend im Dritten Reich. Die Hitler-Jugend und ihre Gegner*, Düsseldorf 1982, S. 241-246.
- 230 Hartmut Berghoff, *Zwischen Kleinstadt und Weltmarkt. Hühner und die Harmonika 1857-1961. Unternehmensgeschichte als Gesellschaftsgeschichte*, Paderborn 1997, S. 311, 360f., 375 und 615.
- 231 Ebd., S. 375, 412-419 und 445 f.
- 232 Reichel, *Der schöne Schein*, S. 371.
- 233 Gerhard Paul, *Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933*, Bonn 1990; Peter Zimmermann, «Die Bildsprache des Nationalsozialismus im Plakat», in: Maria Rüger (Hg.), *Kunst und Kunstkritik der dreissiger Jahre. 29 Standpunkte zu künstlerischen und ästhetischen Prozessen und Kontroversen*, Dresden 1990, S. 223-236; Evans, *Aufstieg*, S. 391-394.
- 234 S. etwa Marla Stone, *The Patron State. Culture and Politics in Fascist Italy*, Princeton 1998; Edward Tannenbaum, *The Fascist Experience. Italian Society and Culture, 1922-1945*, New York 1972; Orlando Figes und Boris Kolonitskii, *Interpreting the Russian Revolution. The Language and Symbols of 1917*, London 1999; Richard Stites, *Russian Popular Culture. Entertainment and Society since 1900*, Cambridge 1992; zusammenfassend: Overy, *Die Diktatoren*, München 2005, S. 512-514.
- 235 Eine solche Tendenz findet sich etwa bei Spotts, *Hitler*, oder Ehrhard Bahr, «Nazi Cultural Politics. Intentionalism v. Functionalism», in: Cuomo, *National Socialist Cultural Policy*, S. 5-22.
- 236 Dahm, «Nationale Einheit», betrachtet die zunehmende Betonung der Unterhaltung gegenüber einer unverbrämten Propaganda als Beleg für eine zunehmende Freiheit auf Seiten der Kulturproduzenten, zumal auf der lokalen oder regionalen Ebene, doch lag das natürlich völlig auf einer Linie mit den überwältigenden kulturellen Zielen des Regimes.
- 237 Jutta Sywotek, *Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg*, Opladen 1976.
- 238 S. auch u., Kapitel 5, «Die Zähmung des Proletariats», zum kulturellen Programm der Organisation Kraft durch Freude und Kapitel 6, «Die Juden müssen aus ganz Europa heraus» zur jüdischen Kultur im Dritten Reich.
- 239 Heiber, *Goebbels-Reden*, Bd. 1, S. 220, Hamburg: Musikhalle – Eröffnung der

2. Reichs-Theaterfestwoche, 17. April 1935 (219-228).
- 240 Rainer Stollmann, «Faschistische Politik als Gesamtkunstwerk. Tendenzen der Ästhetisierung des politischen Lebens im Nationalsozialismus», in: Denkler und Prümm, *Die deutsche Literatur*, S. 83-101 (etwas theorielastig); der ursprüngliche Begriff der Ästhetisierung der Politik stammt aus dem Nachwort von Walter Benjamins berühmtem Essay «Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit», in: *Gesammelte Schriften* Bd. 1.2 (Hg. Rolf Tiedemann und Hermann Schweppenhäuser), Frankfurt a.M. 1974, S. 508.
- 241 Heiber, *Goebbels-Reden*, Bd. 1, S. 220, 224 und 227.
- 242 Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen*, Bd. 1, S. 187 (27. Feb. 1936); Tagebuch Luise Solmitz, Bd. 30 (5. Juli 1935 – 16. Juni 1937).
- 243 John Heskett, «Modernism and Archaism in Design in the Third Reich», in: Brandon Taylor und Wilfried van der Will (Hg.), *The Nazification of Art. Art, Design, Music, Architecture and Film in the Third Reich*, Winchester 1990, S. 110-127.
- 244 Uwe Westphal, *Werbung im Dritten Reich*, Berlin 1989, insbes. S. 50-72. Vgl. a. Hans Deichmann, *Objects. A Chronicle of Subversion in Nazi Germany*, New York 1995.
- 245 Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen*, Bd. 1, S. 14 (22. März 1933).
- 246 Rolf Steinberg (Hg.), *Nazi-Kitsch*, Darmstadt 1975, ein kurzer Katalog mit Abbildungen dieser Gegenstände; das Buchstabenrätsel auf S. 23.
- 247 Marion Godau, «Anti-Moderne?», in: Sabine Weisser (Hg.), *Design in Deutschland 1933-1945. Ästhetik und Organisation des Deutschen Werkbundes im «Dritten Reich»*, Giessen 1990, S. 74-87.
- 248 Joachim Wolschke-Bulmahn und Gert Gröning, «The National Socialist Garden and Landscape Ideal. *Bodenständigkeit* (Rootedness in the Soil)», in: Etlin, *Art, Culture and Media*, S. 73-97; Vroni Heinrich-Hampf, «Über Gartenidylle und Gartenarchitektur im Dritten Reich», in: Frank, *Faschistische Architekturen*, S. 271-281.
- 249 Heinrich Hoffmann (Hg.), *Kampf um's Dritte Reich. Eine Historische Bilderfolge*, Altona-Bahrenfeld 1933 (Cigaretten-Bilderdienst).
- 250 *Die Kunst im Dritten Reich* 1937, S. 160, zit. in: Britta Lammers, *Werbung im Nationalsozialismus. Die Kataloge der «Grossen Deutschen Kunstausstellung» 1937-1944*, Weimar 1999, S. 9.
- 251 Reichel, *Der schöne Schein*, S. 373-375; zur Verdeckung moderner Baukonstruktionen durch pseudo-archaische Fassaden s. Lothar Suhling, «Deutsche Baukunst. Technologie und Ideologie im Industriebau des ‚Dritten Reichs‘», in: Herbert Mehrrens und Steffen Richter (Hg.), *Naturwissenschaft, Technik und NS-Ideologie. Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte des Dritten Reichs*, Frankfurt a.M. 1980, S. 243-281.
- 252 Zeman, *Nazi Propaganda*, S. 177; Robert E. Herzstein, *The War that Hitler Won. The Most Infamous Propaganda Campaign in History*, London 1979; Alexander D. Hardy, *Hitler's Secret Weapon. The «Managed» Press and Propaganda Machine of Nazi Germany*, New York 1967.
- 253 Victor Klemperer, *LTI. Notizbuch eines Philologen*, Leipzig 1975 (1947); s.a. Gerhard Bauer, *Sprache und Sprachlosigkeit im «Dritten Reich»*, Köln 1990 (1988); Wolfgang Bergsdorf, «Sprachlenkung im Nationalsozialismus», in: Martin Greif-

- fenhagen (Hg.), *Kampf um Wörter? Politische Begriffe im Meinungsstreit*, München 1980, S. 65-74; Werner Bohleber und Jörg Drews (Hg.), «Gift, das du unbewusst eintrinkst...» *Der Nationalsozialismus und die deutsche Sprache*, Bielefeld 1994 (1991); Siegfried Bork, *Missbrauch der Sprache. Tendenzen nationalsozialistischer Sprachregelung*, München 1970; Karl-Heinz Brackmann und Renate Birkenhauer, *NS-Deutsch. «Selbstverständliche» Begriffe und Schlagwörter aus der Zeit des Nationalsozialismus*, Straelen 1988; Dolf Sternberger et al., *Aus dem Wörterbuch des Unmenschen*, Düsseldorf 1968 (1957).
- 254 Ribbe, *Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei*, S. 162.
- 255 Ebd., S. 189 und 246.
- 256 *Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, 4 (1937), S. 1224f. (14. Okt. 1937). Ähnlich auch in: ebd., 3 (1936), S. 1 und 109f.
- 257 Bankier, *Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat*, S. 25-33.
- 258 Kershaw, *Der Hitler-Mythos*, S. 131-150.
- 259 Ian Kershaw, «How effective was Nazi propaganda?», in: Welch, *Nazi Propaganda*, S. 180-205; allgemeiner hierzu Peter Longerich, «Nationalsozialistische Propaganda», in: Karl Dietrich Bracher et al. (Hg.), *Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft*, Düsseldorf 1992, S. 291-314.

Kapitel 3 Bekehrung der Seele

- 1 Doris Bergen, *Twisted Cross. The German Christian Movement in the Third Reich*, Chapel Hill 1996, S. 101-118; Manfred Kittel, «Konfessioneller Konflikt und politische Kultur in der Weimarer Republik», in: Olaf Blaschke (Hg.), *Konfessionen im Konflikt. Deutschland zwischen 1800 und 1970. Ein zweites konfessionelles Zeitalter*, Göttingen 2002, S. 243-298.
- 2 Zu allgemeinen Überblicken s. Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866-1918*, Bd. 1, *Arbeitswelt und Bürgergeist*, München 1990, S. 468-507. Zu ausführlicheren Darstellungen s. Wolfgang Altgeld, *Katholizismus, Protestantismus, Judentum. Über religiös begründete Gegensätze und nationalreligiöse Ideen in der Geschichte des deutschen Nationalismus*, Mainz 1992; Ders., «Religion, Denomination and Nationalism in Nineteenth-Century Germany», in: Helmut Walser Smith (Hg.), *Protestants, Catholics and Jews in Germany, 1800-1913*, Oxford 2001, S. 49-65; Helmut Walser Smith, *German Nationalism and Religious Conflict. Culture, Ideology, Politics 1870-1914*, Princeton 1995; John Horne und Alan Kramer, *Deutsche Kriegsgreuel. Die umstrittene Wahrheit*, Hamburg 2004, S. 158-163; Manfred Gailus, *Protestantismus und Nationalsozialismus. Studien zur nationalsozialistischen Durchdringung des protestantischen Sozialmilieus in Berlin*, Köln 2001, S. 40-51.
- 3 Martin Niemöller, *Vom U-Boot zur Kanzel*, Berlin 1934, S. 142f.
- 4 Ebd., S. 177-181. James Bentley, *Martin Niemöller. Eine Biographie*, München 1985, S. 32-47 und 56.
- 5 Ebd., S. 59-82.

- 6 Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866-1918*, Bd. 1, München 1990, S. 507-528, zur Säkularisierung im 19. Jahrhundert; einen guten Überblick bietet: Hugh McLeod, *Religion and the People of Western Europe 1789-1970*, Oxford 1997 (1981)); ders., *Piety and Poverty. Working-Class Religion in Berlin, London, and New York 1870-1914*, New York 1996, eine ausführliche komparative Darstellung.
- 7 Richard Steigmann-Gall, *The Holy Reich. Nazi Conceptions of Christianity 1919-1945*, Cambridge 2003, S. 13-19 und 68; Gailus, *Protestantismus*, S. 29-40 und 643f.; s.a. Günter Brakeimann, «Hoffnungen und Illusionen evangelischer Prediger zu Beginn des Dritten Reiches. Gottesdienstliche Feiern aus politischen Anlässen», in: Peukert und Reulecke (Hg.), *Die Reihen fast geschlossen*, S. 129-148.
- 8 Steigmann-Gall, *The Holy Reich*, S. 134-140.
- 9 Günter Brakeimann, «Nationalprotestantismus und Nationalsozialismus», in: Christian Jansen et al. (Hg.), *Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995*, Berlin 1995, S. 337-350.
- 10 Detlef Schmiechen-Ackermann, *Kooperation und Abgrenzung. Bürgerliche Gruppen, evangelische Kirchengemeinden und katholisches Sozialmilieu in Hannover*, Hannover 1999; Ernst Klee, «Die SA Jesu Christi». *Die Kirche im Banne Hitlers*, Frankfurt a.M. 1989; Björn Mensing, *Pfarrer und Nationalsozialismus. Geschichte einer Verstrickung am Beispiel der Evangelisch-Lutherischen Kirchen in Bayern*, Göttingen 1998; Robert P. Erickson, *Theologians under Hitler. Gerhard Kittel, Paul Althaus and Emanuel Hirsch*, New Haven 1985; Gailus, *Protestantismus*, 643 f.
- 11 Doris Bergen, *Twisted Cross*, S. 7, zu den Versuchen, die deutschen Katholiken zu gewinnen, s. ebd., S. 101-118; s.a. Rainer Lächele, *Ein Volk, ein Reich, ein Glaube. Die Deutschen Christen in Württemberg 1925-60*, Stuttgart, 1993; Thomas M. Schneider, *Reichsbischof L. Müller. Eine Untersuchung zu Leben, Werk und Persönlichkeit*, Göttingen 1993; Reijo E. Heinonen, *Anpassung und Identität. Theologie und Kirchenpolitik der Bremer Deutschen Christen 1933-45*, Göttingen 1978; Kurt Meier, *Die Deutschen Christen. Das Bild einer Bewegung im Kirchenkampf des Dritten Reiches*, Göttingen 1964; James A. Zabel, *Nazism and the Pastors. A Study of the Ideas of Three Deutsche Christen Groups*, Missoula, Montana 1976.
- 12 Zit. in: Bracher, *Stufen der Machtergreifung*, S. 448.
- 13 Gailus, *Protestantismus*, 139-195.
- 14 *Deutsche Allgemeine Zeitung*, 19. Juli 1933 (Nr. 300/301), zit. in: Bracher, *Stufen der Machtergreifung*, S. 451.
- 15 Ebd., S. 451f. Eine massgebliche und ausführliche Schilderung der Ereignisse in Klaus Scholder, *Die Kirchen und das Dritte Reich*, Bd. 1, *Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934*, Frankfurt a.M. 1977, Kap. 4-7, 10 und 12.
- 16 Gailus, *Protestantismus*, S. 640-646; Bergen, *Twisted Cross*, S. 61-81.
- 17 Gailus, *Protestantismus*, S. 103, 145, 166; Scholder, *Die Kirchen*, S. 702-705.
- 18 Eberhard Bethge, *Dietrich Bonhoeffer. Theologe, Christ, Zeitgenosse*, München

- 1967; Jürgen Schmidt, *Martin Niemöller im Kirchenkampf*, Hamburg 1971; allgemeiner zum Protestantismus und Antisemitismus während dieser Zeit: Jochen-Christoph Kaiser, «Protestantismus, Diakonie und ‚Judenfrage‘ 1933-41», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 37 (1989), S. 673-714.
- 19 Gailus, *Protestantismus*, S. 647-653.
- 20 Eberhard Busch, *Karl Barths Lebenslauf. Nach seinen Briefen und autobiographischen Texten*, München 1975. *Karl Barth zum Kirchenkampf. Beteiligung – Mahnung – Zuspruch*, München 1956, enthält seine Schriften über die Bekennende Kirche.
- 21 Bracher, *Stufen der Machtergreifung*, S. 441-462; John S. Conway, *Die nationalsozialistische Kirchenpolitik 1933-1945. Ihre Ziele, Widersprüche und Fehlschläge*, München 1969, (191); Bergen, *Twisted Cross*, S. 17f.
- 22 Ribbe (Hg.), *Die Lageberichte*, Bd. 1, Potsdam, S. 385; Helmut Witetschek (Hg.), *Die kirchliche Lage in Bayern nach den Regierungspräsidentenberichten 1933-1945*, Bd. 2, *Regierungsbezirk Ober- und Mittelfranken*, Mainz 1967, S. 66 (Regierungsbericht 9. Dez. 1935, Nr. 54).
- 23 Ribbe, *Die Lageberichte*, S. 231; zu Niemöller s. Gailus, *Protestantismus*, S. 327-331, und Martin Niemöller, *Dahierner Predigten 1936/37*, München 1981.
- 24 Klein, *Die Lageberichte*, S. 365 (Lagebericht vom Dezember 1935).
- 25 Zu einer ausführlichen Darstellung dieser Ereignisse im Herbst 1934 s. Klaus Scholder, *Die Kirchen und das Dritte Reich*, Bd. 2, *Das Jahr der Ernüchterung 1934. Barmen und Rom*, Berlin 1985, S. 11-118, 159-220 und 269-356.
- 26 Zu Meiser s. Witetschek, *Die kirchliche Lage*, Bd. 2, S. 34-59.
- 27 Bonhoeffer an Sutz, 18. April 1934, in: Dietrich Bonhoeffer, *Gesammelte Schriften* (Hg. Eberherd Bethge), München 1958, Bd. 1, S. 40, zit. in: Bergen, *Twisted Cross*, S. 140.
- 28 Gailus, *Protestantismus*, S. 654-656 und 661 f.
- 29 Bentley, *Martin Niemöller*, S. 85-87; Gailus, *Protestantismus*, S. 656-658; Wolfgang Gerlach, *Als die Zeugen schwiegen. Bekennende Kirche und die Juden*, Berlin 1993.
- 30 Gailus, *Protestantismus*, S. 658.
- 31 Klepper, *Unter dem Schatten deiner Flügel*, S. 41 (8. März 1933, 11. März 1933), S. 46f. (30. März 1933).
- 32 Robert P. Erickson, «A Radical Minority. Resistance in the German Protestant Church», in: Francis R. Nicosia (Hg.), *Germans Against Nazism. Nonconformity, Opposition and Resistance in the Third Reich. Essays in Honour of Peter Hoffmann*, New York 1990, S. 115-136; Shelley Baranowski, *The Confessing Church, Conservative Elites, and the Nazi State*, New York 1986; Scholder, *Die Kirchen*, S. 701-744; Steigmann-Gall, *The Holy Reich*, S. 184-185; Ruth Zerner, «German Protestant Responses to Nazi Persecution of the Jews», in: Randolph Braham (Hg.), *Perspectives on the Holocaust*, Boston 1983, S. 57-68, Niemöllers Predigt, mit dem Zitat auf 63; Victoria Barnett, *For the Soul of the People. Protestant Protest against Hitler*, Oxford 1992; zum Antisemitismus in der Bekennenden Kirche s. Wolfgang Gerlach, *Als die Zeugen schwiegen. Bekennende Kirche und die Juden*, Berlin 1993; zum «Arierparagrafen» s. Bergen, *Twisted Cross*, S. 57; zur Bekennenden Kirche

- und ihrem Antisemitismus s. Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, Bd. 1, *Die Jahre der Verfolgung 1933-1939*, München 1998, S. 72f.; zu einem schlagenden Beispiel für eine Konfrontation zwischen Pastoren der Deutschen Christen und der Bekennenden Kirche um den «Arierparagrafen» s. Broszat und Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 1, S. 110f. (Aus dem Monatsbericht der Gendarmerie-Station Heiligenstadt, 25.11.1937).
- 33 Ribbe, *Die Lageberichte*, S. 231.
- 34 Ebd., S. 230.
- 35 Bracher, *Stufen der Machtergreifung*, S. 458-462.
- 36 Bergen, *Twisted Cross*, S. 189f.
- 37 Conway, *Die nationalsozialistische Kirchenpolitik*, S. 136-159.
- 38 Ebd., S. 224-228; Ribbe, *Die Lageberichte*, S. 243f.; Bentley, *Martin Niemöller*, S. 136-159.
- 39 Steigmann-Gall, *The Holy Reich*, S. 185-187 (eine wenig einfühlsame Darstellung, in der jegliche Details der Behandlung Niemöllers fehlen); Conway, *Die nationalsozialistische Kirchenpolitik*, S. 227f. und Anmerkung 25; Bentley, *Martin Niemöller*, S. 175-177. Niemöller war gemeinsam mit Otto Dibelius angeklagt, eine weitere bedeutende, wenngleich weniger bekannte Persönlichkeit der Bekennenden Kirche; auch er wurde freigesprochen.
- 40 Leo Stein, *I was in Hell with Niemoeller*, S. 147-151.
- 41 Bentley, *Martin Niemöller*, S. 181-189.
- 42 Gailus, *Protestantismus*, S. 329-331.
- 43 Zit. in Peter Novick, *The Holocaust and Collective Memory*, London 2000, S. 221. Vollständiger, von Niemöllers Witwe Sibylle Niemöller autorisierter Text in: Ruth Zerner, «Martin Niemöller, Activist as Bystander. The Oft-Quoted Reflection», in: Marvin Perry und Frederick M. Schweitzer (Hg.), *Jewish-Christian Encounters over the Centuries*, New York 1994, S. 327-340, Zitat S. 336, Anm. 7.
- 44 Nachträgliche Eingriffe in Niemöllers Gedicht, in der *Encyclopedia of the Holocaust* und anderswo, fügten nicht nur eine Zeile mit den Katholiken ein, sondern verschoben die Zeile mit den Juden ganz nach vorn; andere wie etwa das U.S. Holocaust Memorial Museum in Washington, D.C. strichen einfach die Zeile mit den Kommunisten. S. Lionel Kochan, «Martin Niemöller», in: Israel Gutman (Hg.), *Encyclopedia of the Holocaust*, New York 1990, Bd. 3, S. 1061; Jeshajahu Weinberg und Rina Elieli, *The Holocaust Museum in Washington*, New York 1995, S. 163. Niemöller äusserte 1946 in einer Predigt, wenn er 1933 erkannt hätte, dass in Gestalt der Kommunisten, die in die Konzentrationslager geworfen wurden, «der Herr Jesus Christus selbst gefangenlag und auf unsere Liebe und Hilfe wartete... ich weiss nicht, ob... nicht die ganze Sache zwangsläufig einen anderen Verlauf genommen hätte». Bentley, *Martin Niemöller*, S. 201.
- 45 Hitler, *Mein Kampf*, S. 481; allgemeiner hierzu s. Steigmann-Gall, *The Holy Reich*, S. 29-46 und 51-84.
- 46 Ebd., S. 133 f.
- 47 Zu einigen Einschränkungen s. Oded Heilbronner, *Die Achillesferse des deutschen Katholizismus*, Gerlingen 1998. Zur katholischen Kritik am Nationalsozialismus s. Guenter Lewy, *Die katholische Kirche und das Dritte Reich*, München 1965, S. 15-38

- 48 Alfons Kupper (Hg.), *Staatliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen 1933*, Mainz 1969.
- 49 Scholder, *Die Kirchen*, Bd. 1, S. 627-662, Zita S. 630; Lewy, *Die katholische Kirche*, S. 73-112. Zu den unterschiedlichen Positionen innerhalb der katholischen Kirche zu dieser Taktik s. Ludwig Volk, *Bayerns Episkopat und Klerus in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus 1930-1934*, Mainz 1965), und Saul Friedländer, *Pius XII und das Deutsche Reich*, Reinbek 1963.
- 50 Conway, *Die nationalsozialistische Kirchenpolitik*, S. 82-87.
- 51 Ebd., S. 101.
- 52 Ebd., S. 112-115; Lewy, *Die katholische Kirche*, S. 142 f.
- 53 Alfred Rosenberg, *Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit*, München 1935, insbes. S. 607-636. Robert Cecil, *The Myth of the Master Race. Alfred Rosenberg and Nazi Ideology*, London 1972, vor allem S. 82-104, ist noch immer die beste Darstellung der Ideen Rosenbergs.
- 54 Klein, *Die Lageberichte*, Bd. 1, S. 270; Lewy, *Die katholische Kirche*, S. 171-175.
- 55 Bernhard Stasiewski (Hg.), *Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933-1945*, Bd. 2, *1934-1935*, Mainz 1976, S. 230-241 (Hirtenbrief des deutschen Episkopats, 20. August 1935).
- 56 Peter Löffler (Hg.), *Bischof Clemens August Graf von Galen. Akten, Briefe und Predigten 1933-1946*, Bd. 1, *1933-1939*, Mainz 1988, S. LXIV-LXVII und 168-184.
- 57 Ebd., S. 188f. (Galen an Hitler, 7. April 1935).
- 58 Conway, *Die nationalsozialistische Kirchenpolitik*, S. 130-135; Klein, *Die Lageberichte*, Bd. 1, S. 193, 207-208, 222f., 235, 246-248, 270 und 282.
- 59 Klein, *Die Lageberichte*, Bd. 1, S. 319; Conway, *Die nationalsozialistische Kirchenpolitik*, S. 176-178.
- 60 Klein, *Die Lageberichte*, Bd. 1, S. 364.
- 61 Ebd., S. 208 und 222f.
- 62 Helmut Witetschek, *Die kirchliche Lage in Bayern nach den Regierungspräsidentenberichten 1933-1943*. Bd. 1, *Regierungsbezirk Oberbayern*, S. 145, 150 und 153 (Berichte vom 7.-10. Juli 1936).
- 63 Ebd., S. 251; Gareis, München, Monatsbericht der Regierung Oberbayern, 10. Juli 1937.
- 64 Fröhlich (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Bd. 1.3, S. 29 (31. Januar 1937); allgemeiner hierzu: Hans Günter Hockerts, «Die Goebbels-Tagebücher 1932-1941. Eine neue Hauptquelle zur Erforschung der nationalsozialistischen Kirchenpolitik», in: Dieter Albrecht et al. (Hg.), *Politik und Konfession. Festschrift für Konrad Repgen zum 60. Geburtstag*, Berlin 1983, S. 359-392.
- 65 Jeremy Noakes, «The Oldenburg Crucifix Struggle of November 1936. A Case Study of Opposition in the Third Reich», in: Peter D. Stachura (Hg.), *The Shaping of the Nazi State*, London 1978, S. 210-233. Zu einem ähnlichen Zwischenfall in Cham in Bayern s. Walter Ziegler (Hg.), *Die kirchliche Lage in Bayern nach den*

- Regierungspräsidentenberichten 1933-1938*, Bd. 4, *Regierungsbezirk. Niederbayern und Oberpfalz 1933-1945*, Mainz 1973, S. 229 (Monatsbericht der Regierung Regensburg, 8. Mai 1939); zu Dokumenten zur Lage der Kirche in Aachen s. Bernhard Vollmer (Hg.), *Volksopposition im Polizeistaat. Gestapo und Regierungspräsidentenberichte 1934 bis 1936*, Stuttgart 1957; zu Baden s. Jörg Schadt (Hg.), *Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden*, Stuttgart 1975.
- 66 Heinz Boberach (Hg.), *Berichte des SD und der Gestapo über Kirchen und Kirchenvolk in Deutschland 1934-1944*, Mainz 1971): «Lageberichte des Chefs des Sicherheitsamtes des Reichsführers SS, Mai/Juni 1934», S. 3-63, hier S. 25-31; ebd.: «Das katholische Vereinswesen: Die Organisation der katholischen Jugendvereine. Sonderbericht des Chefs des Sicherheitshauptamtes des Reichsführers SS, September 1935», S. 118-151 (Zitat S. 125); ebd.: «Lagebericht der Zentralabteilung II/1 des Sicherheitshauptamtes des Reichsführers SS für Januar 1938», S. 274-278.
- 67 Steinweis, *Art*, S. 137.
- 68 Dieter Albrecht (Hg.), *Der Notenwechsel zwischen dem Heiligen Stuhl und der deutschen Reichsregierung*, Bd. 1, *Von der Ratifizierung des Reichskonkordats bis zur Enzyklika «Mit brennender Sorge»*, Mainz 1965, insbes. S. 6 (Denkschrift des erzbischöflichen Ordinariats München-Freising vom 2. Okt. 1933), 3-8, und die Erwiderung der deutschen Regierung vom 15. Januar 1934, S. 37-44; Promemoria des Heiligen Stuhls an die deutsche Reichsregierung vom 31. Januar 1934, S. 47-71, etc.
- 69 Ebd., S. 61.
- 70 Witetschek, *Die kirchliche Lage*, Bd. 3, *Regierungsbezirk Schwaben*, Mainz 1971, vermittelt einen besonders guten Eindruck von den zahllosen lokalen Kämpfen; s.a. Ziegler, *Die kirchliche Lage*, Bd. 4, S. XXXV, zu einer kurzen Analyse.
- 71 Beide Entwürfe der Enzyklika abgedruckt in: Albrecht, *Der Notenwechsel*, Bd. 1, S. 404-443.
- 72 Ebd., S. 410. S.a. Ernst C. Helmreich, *The German Churches under Hitler. Background, Struggle and Epilogue*, Detroit 1979, S. 279-283; Conway, *Die nationalsozialistische Kirchenpolitik*, S. 183 f.
- 73 Albrecht, *Der Notenwechsel*, S. 421.
- 74 Albrecht, *Der Notenwechsel*, Antwort des deutschen Botschafters an Pacelli, 12. April 1937, S. 1-5 und die anschließende Korrespondenz; s.a. Witetschek, *Die kirchliche Lage*, Bd. 2, *Regierungsbezirk Ober- und Mittelfranken*, Mainz 1967, S. 166-171.
- 75 Boberach, *Berichte*: «Lagebericht der Zentralabteilung II/1 des Sicherheitshauptamtes des Reichsführers SS für Januar 1938», S. 274-278.
- 76 Edward D. R. Harrison, «The Nazi Dissolution of the Monasteries. A Case-Study», *English Historical Review*. 99 (1994), S. 323-352; Boberach, *Berichte*, S. 299: Regierung Oberbayern, Bericht für Oktober 1938 (10. November 1938).
- 77 Ulrich von Hehl, *Priester unter Hitlers Terror. Eine biographische und statistische Erhebung*, 2 Bde., Mainz 1984.
- 78 *Völkischer Beobachter*, 31. Juli 1935, S. 2; Ausgabe A/Norddeutsche Ausgabe, Ber-

- lin, 3. Dezember 1935, Titelseite.
- 79 Ebd., 11. Dezember 1935, S. 2; *Nachtausgabe*, 26. Mai 1936.
- 80 *Berliner Morgenpost*, 29 April 1937, Titelseite; zu Gerichtsverfahren gegen Priester und Ordensgeistliche wegen sittlicher Vergehen an minderjährigen Mädchen s. Ziegler, *Die kirchliche Lage*, Bd. 4, S. 173-175, Monatsbericht der Regierung Regensburg, 8 Dezember 1937.
- 81 *12-Uhr-Blatt, Berlin*, 29. April 1937, Titelseite.
- 82 *12-Uhr Blatt, Berlin*, 29. Mai 1937, Titelseite.
- 83 Hans Günter Hockerts, *Die Sittlichkeitsprozesse gegen katholische Ordensangehörige und Priester 1936/37. Eine Studie zur nationalsozialistischen Herrschaftstechnik und zum Kirchenkampf*, Mainz 1971, S. 78-112; Zitat S. 91 (*Völkischer Beobachter*, 12. Juni 1936).
- 84 Zit. in: Ralf-Georg Reuth, *Goebbels. Eine Biographie*, München 1990, S. 361.
- 85 *12-Uhr-Blatt, Berlin*, 29. Mai 1937, S. 1-2; *Nachtausgabe*, 29. Mai 1937, S. 3; *Völkischer Beobachter*, 30. Mai 1937, S. 3-4; Hockerts, *Die Sittlichkeitsprozesse*, S. 113-118.
- 86 Conway, *Die nationalsozialistische Kirchenpolitik*, S. 194-207, Zitat Bertram S. 197; Hockerts, *Die Sittlichkeitsprozesse*, S. 132-146; Broszat und Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 1, S. 107.
- 87 *Völkischer Beobachter*, 25. Mai 1937, S. 3.
- 88 Conway, *Die nationalsozialistische Kirchenpolitik*, S. 187-217, Zitat S. 197f.; Broszat und Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 1, S. 107 (Exkurs über die sich aus der Kampagne zur Einführung der Gemeinschaftsschule ergebenden Konflikte); Witetschek, *Die kirchliche Lage*, Bd. 2, S. 300, Anm. 2; George L. Mosse (Hg.), *Nazi Culture. Intellectual, Cultural and Social Life in the Third Reich*, London 1966, S. 250-255, wo eine Liste der Beschwerden von Bischof Theophil Wurm von der Bekenntniskirche in Württemberg vom 19. Juni 1939 angeführt ist; ursprüngl. Abdr. in: Joachim Beckmann (Hg.), *Kirchliches Jahrbuch für die evangelische Kirche in Deutschland 1933-1944*, Gütersloh 1948, S. 343-347; Rolf Eilers, *Die nationalsozialistische Schulpolitik. Eine Studie zur Funktion der Erziehung im totalitären Staat*, Köln 1963, S. 22-28 und 85-92; zu einer guten Regionalstudie s. Franz Sonnenberger, «Der neue ‚Kulturkampf‘. Die Gemeinschaftsschule und ihre historischen Voraussetzungen», in: Broszat und Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 3, S. 237-327.
- 89 Witetschek, *Die kirchliche Lage*, Bd. 1, S. 283 (Nr. 110: Monatsbericht der Regierung Oberbayern, 9. Dez. 1937).
- 90 Helmut Prantl (Hg.), *Die kirchliche Lage in Bayern nach den Regierungspräsidentenberichten 1933-1945*, Bd. 5, *Regierungsbezirk Pfalz 1933-1940*, Mainz 1978, S. LV.
- 91 Ziegler, *Die kirchliche Lage*, Bd. 4, S. 201; Monatsbericht der Regierung Regensburg, 8. Juni 1938.
- 92 Albrecht, *Der Notenwechsel*, Bd. 2, passim.
- 93 Conway, *Die nationalsozialistische Kirchenpolitik*, S. 232 f.
- 94 Ebd., S. 231; Kershaw, *Der Hitler-Mythos*, S. 131-150. Zum Dorfschullehrer als die führende Kraft im Kampf gegen die Kirche unter der Führung des Gemeindepfarrers s. die aufschlussreichen zeitgenössischen Berichte des Na-

- tionalsozialistischen Lehrerbundes in: Broszat und Fröhlich, *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 1, S. 549–551.
- 95 Evans, *Aufstieg*, S. 56/57; Denis Mack Smith, *Modern Italy. A Political History*, London 1997 (1959), S. 83–85, 91–92 und 200 f.; Theodore Zeldin (Hg.), *Conflicts in French Society. Anticlericalism, Education and Morals in the 19th Century*, London 1970.
- 96 Steigmann-Gall, *The Holy Reich*, S. 91–101.
- 97 Zu übertriebenen Behauptungen vom Einfluß Rosenbergs s. z. B. Robert Pois, *National Socialism and the Religion of Nature*, London 1986, insbes. S. 42.
- 98 Henry Picker, *Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–42*, Bonn 1951, S. 275 (11. April 1942); Joachim Fest, *Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft*, München 1963, S. 232.
- 99 Reinhard Bollmus, »Alfred Rosenberg – ›Chefideologe‹ des Nationalsozialismus?«, in: Ronald Smelser, *Die braune Elite*, S. 228; allgemeiner hierzu: Harald Iber, *Christlicher Glaube oder rassischer Mythos. Die Auseinandersetzung der Bekennenden Kirche mit Alfred Rosenbergs »Der Mythos des 20. Jahrhunderts«*, Bern 1987, und Raimund Baumgartner, *Weltanschauungskampf im Dritten Reich. Die Auseinandersetzung der Kirchen mit Alfred Rosenberg*, Mainz 1977.
- 100 Promemoria des Heiligen Stuhles an die Deutsche Reichsregierung, 13. Mai 1934, zit. in: Conway, *Die nationalsozialistische Kirchenpolitik*, S. 129.
- 101 Johann Neuhäusler, *Kreuz und Hakenkreuz. Der Kampf des Nationalsozialismus gegen die katholische Kirche und der kirchliche Widerstand*, München 1946, S. 251, zit. in: Mosse, *Nazi Culture*, S. 241.
- 102 Nürnberger Dokument PS-3751, in: Wulf, *Literatur im Dritten Reich*, S. 299 f. Weitere Beispiele in: Gilmer W. Blackburn, *Education in the Third Reich. A Study of Race and History in Nazi Textbooks*, Albany, N.Y. 1985, S. 85.
- 103 Friedrich P. Reck-Malleczewen, *Tagebuch eines Verzweifelten*, Lorch und Stuttgart 1947, S. 22, zit. in: Richard Overly, *Die Diktatoren. Hitlers Deutschland, Stalins Rußland*, München 2005, S. 378.
- 104 Steigmann-Gall, *The Holy Reich*, S. 126–129; Albrecht, *Der Notenwechsel*, Bd. 1, S. 134–137.
- 105 Steigmann-Gall, *The Holy Reich*, S. 101–104.
- 106 Heinz Höhne, *Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS*, Gütersloh 1967, S. 141–146; Hans-Jochen Gamm, *Der braune Kult. Das Dritte Reich und seine Ersatzreligion. Ein Beitrag zur politischen Bildung*, Hamburg 1962; Manfred Ach und Clemens Pentrop (Hg.), *Hitlers »Religion«*, *Pseudoreligiöse Elemente im nationalsozialistischen Sprachgebrauch*, München 1991 (1979).
- 107 Klein, *Die Lageberichte*, Bd. 1, S. 195 (Übersicht der Staatspolizeistelle Kassel über die politische Lage im November 1934); Steigmann-Gall, *The Holy Reich*, S. 222..
- 108 Bergen, *Twisted Cross*, 1S. 4.
- 109 Steigmann-Gall, *The Holy Reich*, S. 219–228.
- 110 Ebd., S. 230–240.
- 111 Conway, *Die nationalsozialistische Kirchenpolitik*, S. 228–231; Heike Kreut-

- zer, *Das Reichskirchenministerium im Gefüge der nationalsozialistischen Herrschaft*, Düsseldorf 2000.
- 112 Gailus, *Protestantismus*, S. 664-666.
- 113 Detlef Garbe, *Zwischen Widerstand und Martyrium. Die Zeugen Jehovas im «Dritten Reich»*, München 1993; Michael H. Kater, «Die ersten Bibelforscher im Dritten Reich», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 17 (1969), S. 181-218; Zeidler, *Das Sondergericht Freiberg*, S. 49-55; Gerhard Hetzer, «Ernste Bibelforscher in Augsburg», in: Broszat und Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 4, S. 621-644. Zu einer guten Lokalstudie s. Walter Struve, *Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus in einer industriellen Kleinstadt. Osterode am Harz 1918-1945*, Essen 1992, S. 242-274.
- 114 Wachsmann, *Hitlers Gefängnisse*, München 2006, (125-128); Ludewig und Kuessner, «*Es sei also jeder gewarnt*», S. 89 f.
- 115 Hans-Eckhard Niermann, *Die Durchsetzung politischer und politisierter Straffjustiz im Dritten Reich*, Düsseldorf 1995, S. 295-305; Schmidt, «*Beabsichtige ich, die Todesstrafe zu beantragen*», 105-107; Wachsmann, *Gefangen unter Hitler*, S.119-123 und 184f.
- 116 Höss, *Kommandant in Auschwitz*, München 1963, S. 75-78.
- 117 Ribbe, *Die Lageberichte*, (Lagebericht der Staatspolizeistelle Potsdam für den Monat Februar 1935), S. 230.
- 118 Heinz Höhne, *Der Orden unter dem Totenkopf*, S. 142; Ackermann, *Heinrich Himmler*, S. 247-253, zit. in: Noakes und Pridham, *Nazism*, Bd. 2, S. 296-304.; Steigmann-Gall, *The Holy Reich*, S. 120, 122, 132 und 149-153. Zu Hitlers Ansichten über Himmlers religiöse Ideen s. Albert Speer, *Erinnerungen*, S. 108 f. Zur öffentlichen Unruhe über die «angebliche Feindschaft der SS gegenüber dem Christentum», s. Ribbe, *Die Lageberichte*, S. 429 (Lagebericht der Staatspolizeistelle Potsdam für den Monat Februar 1936). S.a. Wolfgang Dierker, «Niema's Jesuiten, niema's Sektierer'. Die Religionspolitik des SD 1933-1941», in: Michael Wildt (Hg.), *Nachrichtendienst, politische Elite, Mordeinheit. Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS*, Hamburg 2003, S. 86-117.
- 119 Max Domarus (Hg.), *Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945*, Bd. 1, *Triumph (1932-1938)*, S. 893 f.
- 120 Klaus Vondung, *Magie und Manipulation. Ideologischer Kult und politische Religion des Nationalsozialismus*, Göttingen 1971; Eric Voegelin, *The New Science of Politics*, Chicago 1952; James M. Rhodes, *The Hitler Movement. A Modern Millenarian Revolution*, Palo Alto 1980; Uriel Tal, *Structures of German «Political Theology» in the Nazi Era*, Tel Aviv 1979; Clauds-Ekkehard Bärsch, *Die politische Religion des Nationalsozialismus. Die religiöse Dimension der NS-Ideologien in den Schriften von Dietrich Eckart, Joseph Goebbels, Alfred Rosenberg und Adolf Hitler*, München 1998; Michael Ley und Julius H. Schoeps (Hg.), *Der Nationalsozialismus als politische Religion*, Bodenheim 1997; Hans Maier, *Politische Religionen. Die totalitären Regime und das Christentum*, Freiburg 1995; und viele andere.
- 121 Zahlreiche Beispiele in Blackburn, *Education*, 4. Kapitel («The Secular Religious Character of National Socialist History»), S. 75-92; zu einem zeitgenössischen Kommentar zum Gebrauch einer religiösen Sprache in Bezug auf Hitler s. Victor

- Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen*, S. 39 (11. November 1933).
- 122 Domarus, *Hitler*, S. 641.
- 123 Gailus, *Protestantismus*, S. 664 f.
- 124 Philippe Burrin, «Political Religion. The Relevance of a Concept», *History and Memory*, 9 (1997), S. 321-349, präsentiert weitere Beispiele einer religiösen Sprache in der Rhetorik des Nationalsozialismus, übergeht jedoch zu rasch Hitlers Ablehnung einer Wiedererweckung eines pseudogermanischen Heidentums: s. Richard Steigmann-Gall, «Was National Socialism a Political Religion or a Religious Politics?», in: Michael Geyer und Hartmut Lehmann (Hg.), *Religion und Nation. Nation und Religion. Beiträge zu einer unbewältigten Geschichte*, Göttingen 2004, S. 386-408, wo sich weitere Beispiele für die Ablehnung vieler NS-Führer gegenüber einer heidnischen Pseudoreligion finden.
- 125 S. hierzu: George L. Mosse, *Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegungen von den Befreiungskriegen bis zum Dritten Reich*, Frankfurt a.M. 1993.
- 126 Blackburn, *Education*, S. 87.
- 127 Detlev Peukert, «The Genesis of the ‚Final Solution‘ from the Spirit of Science», in: Thomas Childers und Jane Caplan (Hg.), *Reevaluating the Third Reich*, New York 1993, S. 234-242.
- 128 «Aus dem Jahresbericht des Direktors der Grossen Stadtschule (Gymnasium und Oberrealschule) zu Wismar über das Schuljahr 1933/34», Nr. 105, in: Joachim S. Hohmann und Hermann Langer (Hg.), «*Stolz, ein Deutscher zu sein...*». *Nationales Selbstverständnis in Schulaufsätzen 1914-1945*, Frankfurt a.M. 1995, S. 208.
- 129 «Ebd., S. 226, Nr. 118, «Adolf Hitler als Knabe. Aus dem Schreibheft von A. Sch., Weingarten, o. J.
- 130 Ebd., S. 257, Nr. 142: «Waren unsere germanischen Vorfahren Barbaren? Aufsatz des Schülers M. K., Volksschule Tiefensee, 22. September 1937».
- 131 Ebd., S. 276 f., Nr. 156: «Totengedenken. Aufsatzentwurf des 14jährigen Schülers M.K., Volksschule Tiefensee, vom November 1938».
- 132 *Deutschland-Berichte der Sopade*, 2 (1935), S. 203.
- 133 Hohmann und Langer (Hg.), «*Stolz*», S. 270f. (Nr. 153: «Die Judenfrage ist eine Rassenfrage. Aufsatzentwurf von M. K., Schüler der 8. Klasse an der Volksschule in Tiefensee, Kreis Eilenburg, 1938»); weitere Beispiele für Schulaufsätze aus jener Zeit in *Deutschland-Berichte* 2 (1935), S. 688-692, und in Dieter Rossmeissl, «*Ganz Deutschland wird zum Führer halten...*» *Zur politischen Erziehung in den Schulen des Dritten Reiches*, Frankfurt a.M. 1985, S. 110-166.
- 134 Blackburn, *Education*, S. 34-74; *The Times* (London), 29. Januar 1935, zit. in: Mosse, *Nazi Culture*, S. 283 f. S.a. Kurt-Ingo Flessau, *Schule der Diktatur. Lehrpläne und Schulbücher des Nationalsozialismus*, München 1977, S. 59-62 und 76-82.
- 135 Hohmann und Langer, «*Stolz, ein Deutscher zu sein...*», S. 209; Eilers, *Die nationalsozialistische Schulpolitik*, S. 13-15.
- 136 Abbildung (mit Gedicht) in Lisa Pine, *Nazi Family Policy, 1933-1945*, Oxford

- 1997, S. 59; allgemeiner hierzu: Rossmeissl, «Ganz Deutschland», S. 171-180.
- 137 *Deutsches Lesebuch für Volksschulen. Fünftes und sechstes Schuljahr VII* (Braunschweig o. J.), S. 365 f., zit. in: Mosse, *Nazi Culture*, S. 291-293.
- 138 Franz Pöggeler, «Politische Inhalte in Fibeln und Lesebüchern des «Dritten Reiches'», in: Joachim S. Hohmann (Hg.), *Erster Weltkrieg und Nationalsozialistische «Bewegung» im Deutschen Lesebuch 1933-1945*, Frankfurt a.M. 1988, S. 75-104.
- 139 Zu einem Beispiel für solche Abbildungen s. Hohmann und Langer, «*Stolz*», S. 234; s.a. Lisa Pine, «The Dissemination of Nazi Ideology and Family Values through School Textbooks», *History of Education*, 25 (1996), S. 91-110; weitere Abbildung in: dies., *Nazi Family Policy 1933-1945*, London 1997, S. 59 und 61-63.
- 140 Sylvelin Wissmann, *Es war eben unsere Schulzeit. Das Bremer Volksschulwesen unter dem Nationalsozialismus*, Bremen 1993, S. 52; allgemeiner hierzu: Eilers, *Die nationalsozialistische Schulpolitik*, S. 28-30 und Flessau, *Schule der Diktatur*, S. 66-73.
- 141 *Deutschland-Berichte*, 3 (1936), S. 196-200. Zu den amtlichen Richtlinien s. Margarete Götz, *Die Grundschule in der Zeit des Nationalsozialismus. Eine Untersuchung der inneren Ausgestaltung der vier unteren Jahrgänge der Volksschule auf der Grundlage amtlicher Massnahmen*, Bad Heilbrunn 1997. Zum Gebrauch nicht-amtlicher nationalsozialistischer Broschüren und Lehrmaterialien, die vor den amtlich zugelassenen Schulbüchern benutzt wurden, s. Benjamin Ortmeier, *Schulzeit unterm Hitlerbild. Analysen, Berichte, Dokumente*, Frankfurt a.M. 1996, S. 50-54; allgemeiner hierzu s. Joachim Trapp, *Kölner Schulen in der NS-Zeit*, Köln 1994, S. 1-112.
- 142 Kurt-Ingo Flessau, «Schulen der Partei(lichkeit)? Notizen zum allgemeinbildenden Schulwesen des Dritten Reichs», in: ders. et al. (Hg.), *Erziehung im Nationalsozialismus. «... und sie werden nicht mehr frei ihr ganzes Leben!»*, Köln 1987, S. 65-82; ders., *Schule der Diktatur*, S. 13-20; Wissmann, *Es war eben unsere Schulzeit*, S. 162; Eilers, *Die nationalsozialistische Schulpolitik*, S. 31-37: Die Vorführung von Filmen in den Schulen wurde zum Zankapfel in einem typischen Machtkampf zwischen dem Reichspropaganda- und dem Reichsministerium für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung; ebd., S. 32). Rundfunkübertragungen in der Schule hatten anfangs nur eine geringe Bedeutung; ebd., S. 33. Zu den NS-Feiern s. Rossmeissl, «Ganz Deutschland», S. 60-76.
- 143 Wolfgang Keim, *Erziehung unter der Nazi-Diktatur*, Bd. 2, *Kriegsvorbereitung, Krieg und Holocaust*, Darmstadt 1997, S. 34-56; Reinhard Dithmar, «Literaturunterricht und Kriegserlebnis im Spiegel der nationalsozialistischen Programmatik», in: Hohmann, *Erster Weltkrieg*, S. 54-74; Roland Schopf, «Von Nibelungentreue, Märtyrertod und verschwörerischer Verschwiegenheit», ebd., S. 194-214; Eilers, *Die nationalsozialistische Schulpolitik*, S. 85-98.
- 144 Norbert Hopster und Ulrich Nassen, *Literatur und Erziehung im Nationalsozialismus*, Paderborn 1983, S. 31-40; Flessau, *Schule der Diktatur*, S. 58 f.
- 145 Flessau, *Schule der Diktatur*, 140-143.
- 146 Ortmeier, *Schulzeit*, S. 55-78, zur Umorientierung der verschiedenen Fächer; s.a.

- Geert Platner (Hg.), *Schule im Dritten Reich. Erziehung zum Tod? Eine Dokumentation*, München 1983, S. 42-54 und 246-255, zum Rassismus, und S. 55-62 und 203-245, zum Militarismus.
- 147 Flessau, *Schule*, S. 82-84.
- 148 *Deutschland-Berichte*, 6 (1939), S. 329; weitere Beispiele in: Wissmann, *Es war eben unsere Schulzeit*, S. 59-69 und *Schulbücher des Nationalsozialismus*, München 1977, S. 65 und 150-154.
- 149 Franz Schnass, *Nationalpolitische Heimat- und Erdkunde*, Berlin 1938, insbes. S. 54 f.; Bruno Plache, *Das Raumgefüge der Welt. Erdkundebuch für Schulen mit höheren Lehrzielen*, Bd. 1, *Deutschland*, Göttingen 1939, insbes. S. 2. Hans-Günther Bracht, *Das höhere Schulwesen im Spannungsfeld von Demokratie und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Kontinuitätsdebatte am Beispiel der preussischen Aufbauschule*, Frankfurt a.M. 1998, S. 603-617, übertreibt die Resistenz dieses Fachs gegenüber einer Umorientierung im Sinn der NS-Weltanschauung.
- 150 Flessau, *Schule der Diktatur*, S. 82 f.
- 151 Henning Heske, «...und morgen die ganze Welt...» *Erdkundeunterricht im Nationalsozialismus*, Giessen 1988, S. 188-250; Beispiele in: Ekkerhart Staritz, *Deutsches Volk und deutscher Raum. Vom alten Germanien zum Dritten Reich*, Berlin 1938, und Friedrich W. Schaafhausen, *Das Auslandsdeutschum*, Köln 1934. Eine gute Zusammenfassung des Unterrichts an höheren Schulen im Dritten Reich in: Margret Kraul, *Das deutsche Gymnasium 1780-1980*, Frankfurt a.M. 1984, S. 157-165.
- 152 Kraul, *Das deutsche Gymnasium*, S. 99 und 138 f.
- 153 Karl Eckhardt, *Die Grundschulausbildung*, Dortmund 1938, S. 90.
- 154 Platner, *Schule im Dritten Reich*, S. 121-123. Doch die vielen prominenten Deutschen, deren Erinnerungen in diesem Buch zusammengestellt sind, unter anderem des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl, unterschätzen im Rückblick das Ausmass, in dem die Schulen in jener Zeit von Rassismus und Militarismus durchdrungen wurden; die im Anhang abgedruckten Auszüge aus damaligen Schulbüchern bilden ein unausgesprochenes Korrektiv.
- 155 Trapp, *Kölner Schulen*, S. 39f. und 51-55.
- 156 «Six Years' Education in Nazi Germany», von einer anonymen Autorin, verfasst 1945 oder 1946; Typoskript im Nachlass Leonard, Karton 12, Ordner «Englische Untersuchungen über die Deutschen zu verschiedenen Fragen der Schulpolitik», Georg-Eckert-Institut für Schulbuchforschung, Braunschweig. Ich danke Ricarda Torriani, die mir eine Kopie dieses Dokuments zur Verfügung gestellt hat.
- 157 S. Bracht, *Das höhere Schulwesen*, zu einer guten Darstellung der Balance zwischen Freiheit und Zwang in der Unterrichtssituation an einer grösseren Schule. Hermann Schnorbach (Hg.), *Lehrer und Schule unterm Hakenkreuz. Dokumente des Widerstands von 1930 bis 1945*, Königstein im Taunus 1983, ist bemerkenswert, weil es kein einziges Dokument des Widerstands von Lehrern und ihren Schülern im Dritten Reich enthält. S. a. Michael Kater, *Hitler Youth*, Cambridge 2004, S. 42-44 über eine wachsende Politisierung/Willfähigkeit der Lehrer.
- 158 Eilers, *Die nationalsozialistische Schulpolitik*, S. 98 f.

- 159 Wolfgang Wippermann, «Das Berliner Schulwesen in der NS-Zeit. Fragen, Thesen und methodische Bemerkungen», in: Benno Schmoldt (Hg.), *Schule in Berlin. Gestern und heute*, Berlin 1989, S. 57-73, hier S. 61-63; und Michael Burleigh und Wolfgang Wippermann, *The Racial State. Germany 1933-1945*, Cambridge 1991, S. 208.
- 160 Eilers, *Die nationalsozialistische Schulpolitik*, S. 98 f.
- 161 Ebd., S. 3-6 und 69-75.
- 162 Ebd., S. 6 und 71-85; Willi Feiten, *Der nationalsozialistische Lehrerbund*, Weinheim 1981, S. 43f., 177; Wolfgang Keim, *Erziehung unter der Nazi-Diktatur*, Bd. 1, *Antidemokratische Potentiale, Machtantritt und Machtdurchsetzung*, Darmstadt 1995, S. 97-112 (Zahlen S. 118). Schemm starb 1935, und sein Nachfolger änderte das Gründungsjahr nachträglich von 1927 um in 1929, weil er erst in diesem Jahr dem Bund beigetreten war. S. Schorbach, *Lehrer und Schule*, S. 26 f.; *Deutschland-Berichte der Sopade*, 4 (1937), S. 874f.; Trapp, *Kölner Schulen*, S. 28-55.
- 163 *Deutschland-Berichte der Sopade*, 2 (1935), S. 203.
- 164 Wilfried Breyvogel und Thomas Lohmann, «Schulalltag im Nationalsozialismus», in: Peukert und Reulecke (Hg.), *Die Reihen fast geschlossen*, S. 199-221; Beispiele für Prügelstrafen in *Deutschland-Berichte*, 2 (1935), S. 208 f.
- 165 Broszat und Fröhlich, *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 1, S. 543; Bericht NSLB, Kreis Garmisch-Partenkirchen (Gau München-Oberbayern), 2.6.1938; Trapp, *Kölner Schulen*, S. 39.
- 166 Broszat und Fröhlich, *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 2, S. 531 f.
- 167 Noakes und Pridham, *Nazism*, Bd. 2, S. 237; *Deutschland-Berichte*, 2 (1935); S. 205-212; 3 (1936), S. 205-207, wo vermutlich das Ausmass einer prinzipiellen Lehreropposition gegenüber dem Regime überschätzt wird. Weitere Zahlen zu den Neuzugängen von Junglehrern in 6 (1939), S. 324.
- 168 Amtliche Zahlen ausgewählt und kommentiert ebd., 6 (1939), S. 319f.
- 169 Ebd., 1 (1934), S. 580.
- 170 Ebd., 3 (1936), S. 190-192.
- 171 Ebd., 6(1939), S. 321.
- 172 Ebd., 1 (1934), S. 568.
- 173 Ebd., 2 (1935), S. 202; Wissmann, *Es war eben unsere Schulzeit*, S. 173.
- 174 Ebd., 4 (1937), S. 1048f.; Rossmeißl, «Ganz Deutschland», S. 47-50.
- 175 Eilers, *Die nationalsozialistische Schulpolitik*, S. 50-66.
- 176 *Deutschland-Berichte*, 1 (1934), S. 567-574.
- 177 Ebd., 3 (1936), S. 192.
- 178 Arno Klönne, *Jugend im Dritten Reich. Die Hitlerjugend und ihre Gegner*, Köln 1999 (1982), S. 15-34. Zu einem Beispiel für einen Aufsatz zum Thema «Warum bin ich nicht in der Hitler-Jugend?» vom 25. April 1934 s. Hohmann und Langer, «Stolz», S. 222f., Nr. 113: Aufsatz von M. S.; der Schüler versprach, demnächst in die HJ einzutreten.
- 179 Klönne, *Jugend im Dritten Reich*, S. 15-42; Tabelle mit der Mitgliederentwicklung S. 34 (die Zahlen für 1939 schliessen Österreich und das Sudetenland mit ein). Zum Staatsjugendtag, an dem das Jungvolk und die HJ vom Unterricht befreit waren, s.

- Deutschland-Berichte, 1 (1934), S. 552, und Trapp, *Kölner Schulen*, S. 67-72 (auch zur Verweigerung eines Schulabgangszeugnisses). Zur Hitler-Jugend s.a. Kater, *Hitler Youth*.
- 180 Hubert Steinhaus, *Hitlers pädagogische Maximen. «Mein Kampf» und die Destruktion der Erziehung im Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M. 1981, S. 65-75; Flessau, *Schule der Diktatur*, S. 22-31.
- 181 Hitler, *Mein Kampf*, München 1935, S.451 f., 464 und 475 f.
- 182 Karl Christoph Lingelbach, *Erziehung und Erziehungstheorien im nationalsozialistischen Deutschland. Ursprünge und Wandlungen der 1933-1945 in Deutschland vorherrschenden erziehungstheoretischen Strömungen; ihre politischen Funktionen und ihr Verhältnis zur ausserschulischen Erziehungspraxis des «Dritten Reiches»*, Frankfurt a.M. 1987 (1970), S. 25-33, 65-79 und 162-87; Ernst Hojer, *Nationalsozialismus und Pädagogik. Umfeld und Entwicklung der Pädagogik Ernst Kriecks*, Würzburg 1996, S. 5-33 (über Hitler); Kriek hatte bereits 1910 erklärt: «Es ist an der Zeit, die Lüge von der Gerechtigkeit und Menschlichkeit in den Staub zu treten»; ebd., S. V.
- 183 Zit. in: *Deutschland-Berichte*, 3 (1936), S. 1316.
- 184 Ebd.
- 185 Klönne, *Jugend im Dritten Reich*, S. 57-62.
- 186 *Deutschland-Berichte*, 5 (1938), S. 1361.
- 187 Ebd., S. 1362f.
- 188 Ebd., 1 (1934), S. 554.
- 189 Klönne, *Jugend im Dritten Reich*, S.133f.; zu einem guten Beispiel s. Hermann Graml, «Integration und Entfremdung. Inanspruchnahme durch Staatsjugend und Dienstpflicht», in: Ute und Wolfgang Benz (Hg.), *Sozialisation und Traumatisierung. Kinder in der Zeit des Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M. 1992, S. 74-79.
- 190 Melita Maschmann, *Fazit. Kein Rechtfertigungsversuch*, S. 26.
- 191 Ebd., S. 34. Allgemeiner hierzu: s. Dagmar Reese, «Bund Deutscher Mädel – Zur Geschichte der weiblichen deutschen Jugend im Dritten Reich», in: Frauengruppe Faschismusforschung (Hg.), *Mutter kreuz und Arbeitsbuch. Zur Geschichte der Frauen in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M. 1981, S. 163-187.
- 192 *Deutschland-Berichte*, 1 (1934), S. 554. Allgemeiner hierzu: Klönne, *Jugend im Dritten Reich*, S. 121-127.
- 193 *Deutschland-Berichte*, 1 (1934), S. 555
- 194 *Deutschland-Berichte*, 3 (1936), S. 1313 f. Persönliche Erinnerungen, die in dieselbe Richtung gehen, in: Hans Siemsen, *Die Geschichte des Hitlerjungen Adolf Goer*, Düsseldorf 1947, S. 49.
- 195 *Deutschland-Berichte*, 4 (1937), S. 842-844; Zitat S. 844.
- 196 Klönne, *Jugend im Dritten Reich*, S. 57; Rossmeißl, «Ganz Deutschland», S. 77-89 (zu den Spendensammlungen).
- 197 *Deutschland-Berichte*, 1 (1934), S. 557.
- 198 S. z.B. Reichsjugendführung (Hg.), *HJ im Dienst. Ausbildungsvorschrift für die Erziehung der deutschen Jugend*, Berlin 1935.
- 199 Baldur von Schirach, *Die Hitler-Jugend. Idee und Gestalt*, Leipzig 1938 (1934), S. 57-65.
- 200 *Deutschland-Berichte*, 1 (1934), S. 559f; 2 (1935), S. 219f.; 3 (1936), S. 1314-1316

- und 1323; weitere Beispiele in: 4 (1937), S. 839-842; weitere Beispiele für Brutalität in: Kater, *Hitler Youth*, S. 30-33.
- 201 *Deutschland-Berichte*, 5 (1938), S. 136.
- 202 Ebd., S. 1376 und 1391 f.
- 203 Ebd.; 3 (1936), S. 1324-1326; «Six Years Education in Nazi Germany», S. 4 (s. Anm. 156).
- 204 *Deutschland-Berichte*, 5 (1938), S. 1379.
- 205 Kurt Hass (Hg.), *Jugend unterm Schicksal – Lebensberichte junger Deutscher*, Hamburg 1950, S. 61 f., zit. in: Klönne, *Jugend im Dritten Reich*, S. 136f.
- 206 Karl-Heinz Janssen, «Eine Welt brach zusammen», in: Hermann Glaser und Axel Silenius (Hg.), *Jugend im Dritten Reich*, Frankfurt a.M. 1975, S.88-90.
- 207 *Deutschland-Berichte*, 5 (1938), S. 1391.
- 208 Ebd., S. 1403.
- 209 Ebd., 3 (1936), S. 1321. Zu einem Beispiel für einen Hitlerjungen, der seinen Vater denunzierte, weil dieser Hitler kritisiert hatte, s. Kater, *Hitler Youth*, S. 38.
- 210 Schirach, *Die Hitler-Jugend*, S. 104.
- 211 *Deutschland-Berichte*, 5 (1938), S. 1403-1405.
- 212 Ebd., 3 (1936), S. 1322f.
- 213 *Deutschland-Berichte*, 1 (1934), S. 564-566.
- 214 Ebd., 5 (1938), S. 1398, 1397, 1395f., 1399 und 1392; weitere Beispiele in: 2 (1935), S. 692-694 und 708 f.
- 215 Ebd., 5 (1938) 1396, 1403; 3 (1936), S. 1317-1319, zu weiteren Sittlichkeitsskandalen; s.a. Siemsen, *Die Geschichte*, 172f.
- 216 Kater, *Hitler Youth*, S. 61f. und 151 f.
- 217 *Deutschland-Berichte*, 4 (1937), S. 845.
- 218 Ebd., 4 (1937), S. 836 und 876f.; allgemeiner hierzu: Daniel B. Horn, «The Hitler Youth and Educational Decline in the Third Reich», *History of Education Quarterly*, 16 (1976), S. 425-447.
- 219 Wissmann, *Es war eben unsere Schulzeit*, S. 52 und 193.
- 220 Zimmermann, «Ausbruchshoffnungen: Junge Bergleute in den dreissiger Jahren», in: Niethammer, «*Die Jahre weiss man nicht*», S. 97-132, hier S. 99 f. S. 99 f.
- 221 Heinz Boberach (Hg.), *Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945*, 17 Bde., Herrsching 1984, Bd. 2, S. 286 (Vierteljahreslagebericht 1939 des Sicherheitshauptamtes Band 2).
- 222 *Deutschland-Berichte*, 1 (1934); S. 575; Eilers, *Die nationalsozialistische Schulpolitik*, S. 121-126. Allgemeiner hierzu: Ortmeier, *Schulzeit*, S. 61-64; Rossmeissl, «*Ganz Deutschland*», S. 54-57.
- 223 Trapp, *Kölner Schulen*, S. 39.
- 224 Eilers, *Die nationalsozialistische Schulpolitik*, S. 50-56 und 111-114; *Deutschland-Berichte*, 6 (1939), S. 332.
- 225 *Deutschland-Berichte*, 6 (1939), S. 313f.; Trapp, *Kölner Schulen*, S. 113-123.
- 226 Harald Scholtz, *Nationalsozialistische Ausleseschulen. Internatsschulen als Herr-*

- schaftsmittel des Führerstaates, Göttingen 1975, S. 29-49 und 57-69; Eilers, *Die nationalsozialistische Schulpolitik*, S. 41 f.
- 227 Elke Fröhlich, «Die drei Typen der nationalsozialistischen Ausleseschulen», in: Johannes Leeb (Hg.), «*Wir waren Hitlers Eliteschüler*». *Ehemalige Zöglinge der NS-Ausleseschulen brechen ihr Schweigen*, Hamburg 1998, S. 192-210, hier S. 194-196 und 200.
- 228 Ebd., S. 201; *Deutschland-Berichte*, 5 (1938), S. 1386.
- 229 Fröhlich, «Die drei Typen», S. 196f.
- 230 Scholtz, *Nationalsozialistische Ausleseschulen*, S. 85-92; Eilers, *Die nationalsozialistische Schulpolitik*, S. 41-46; Horst Ueberhorst, *Elite für die Diktatur. Die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten 1933-1945*, Düsseldorf 1969; s. a. die Erinnerungen in: Leeb (Hg.), «*Wir waren Hitlers Eliteschüler*», S. 19-21 und 76f.
- 231 Ebd., S. 202 f.; Kraul, *Das deutsche Gymnasium*, S. 173-176, verweist auf die ambivalente Situation der Napolas zwischen einer Eliteschule und einer Anstalt zur Indoktrination. S.a. Stefan Baumeister, *NS-Führungskader. Rekrutierung und Ausbildung bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs 1933-1939*, Konstanz 1997, S. 22-47. Kater, *Hitler Youth*, S. 52, schätzt ihre Effektivität etwas zu hoch ein; s.a. hierzu: Christian Schneider et al., *Das Erbe der NAPOLA. Versuch einer Generationengeschichte des Nationalsozialismus*, Hamburg 1996.
- 232 Eilers, *Die nationalsozialistische Schulpolitik*, S. 112.
- 233 Scholtz, *Nationalsozialistische Ausleseschulen*, S. 162-180; Kraul, *Das deutsche Gymnasium*, S. 176-178.
- 234 *Deutschland-Berichte*, 5 (1938), S. 1387; Eilers, *Die nationalsozialistische Schulpolitik*, S. 46 f.
- 235 Scholtz, *Nationalsozialistische Ausleseschulen*, S. 245.
- 236 Eilers, *Die nationalsozialistische Schulpolitik*, S. 47; Fröhlich, «Die drei Typen», S. 203-207; Baumeister, *NS-Führungskader*, S. 48-66; s.a. Kater, *Hitler Youth*, S.48-51.
- 237 *Deutschland-Berichte* 5, (1938), S. 1388
- 238 Eilers, *Die nationalsozialistische Schulpolitik*, S. 48 f.; Baumeister, *NS-Führungskader*, S. 67-76.
- 239 Hans-Dieter Arntz, *Ordensburg Vogelsang 1934-1945. Erziehung zur politischen Führung im Dritten Reich*, Euskirchen 1986, S. 104 und 180-182.
- 240 Hardy Krüger, «Von der Ordensburg nach Babelsberg» in: Leeb, «*Wir waren Hitlers Eliteschüler*», S. 49-55.
- 241 Fröhlich, «Die drei Typen», S. 208-210; Baumeister, *NS-Führungskader*, S.81-85; Scholtz, *NS-Ausleseschulen*, S. 299-324.
- 242 Baumeister, *NS-Führungskader*, S. 88-90; Scholtz, *NS-Ausleseschulen*, S. 288.
- 243 Eilers, *Die nationalsozialistische Schulpolitik*, S. 21 f.
- 244 *Deutschland-Berichte*, 6 (1939), S. 317, mit weiteren Beispielen.
- 245 Hans Schemm, *Hans Schemm spricht. Seine Reden und sein Werk*, München 1935, S. 178, zit. in: Mosse, *Nazi Culture*, S. 282f.; *Deutschland-Berichte*, 4 (1937), S. 868 f.; ebd., S. 1051-1054 mit einer Auflistung der Schulbücher seit den ersten Monaten des neuen Regimes.
- 246 *Deutschland-Berichte*, 1 (1934), S. 575.

- 247 Trapp, *Kölner Schulen*, S. 67 und 120-123.
- 248 *Deutschland-Berichte*, 4 (1937); S. 866.
- 249 Ebd., S. 878.
- 250 Broszat und Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 1, S. 542: «Aus Tätigkeitsbericht des NSLB, Gau Mainfranken, Fachschaft II (Höhere Schulen), für das 2. und 3. Vierteljahr 1937».
- 251 *Deutschland-Berichte*, 4 (1937), S. 834. S.a. Georg Schwingl, *Die Pervertierung der Schule im Nationalsozialismus. Ein Beitrag zum Begriff der «totalitären Erziehung»*, Regensburg 1993, S. 159-164 («Schule als vormilitärische Institution»).
- 252 Michael Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, Paderborn 1995, S. 87-92; Hans Seier, «Der Rektor als Führer. Zur Hochschulpolitik des Reichserziehungsministeriums 1934-1945», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 12 (1964), S. 105-146. Zur Rede Hitlers s. Domarus, *Hitler*, S. 568 f. (25. Januar 1936). Traditionell war das Rektorat mehr ein repräsentatives als ein Leitungsamt; s. z. B. Frank Golczewski, *Kölner Universitätslehrer und der Nationalsozialismus. Personengeschichtliche Ansätze*, Köln 1988, S. 248-260.
- 253 Zit. in: Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, S. 93.
- 254 Ebd., S. 94-100.
- 255 Ebd., S. 101 f.; allgemeiner hierzu s. Michael S. Steinberg, *Sabers and Brown Shirts. The German Students' Path to National Socialism, 1918-1935*, Chicago 1977, S. 72-103.
- 256 Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, S. 245-259, Zitat S. 254; s.a. Geoffrey J. Giles, *Students and National Socialism in Germany*, Princeton 1985, S. 136-150.
- 257 Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, S. 259 f. und 324.
- 258 Ebd., S. 287-316; Helma Brunck, *Die Deutsche Burschenschaft in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus*, München 1999; Friedhelm Golücke (Hg.), *Korporationen und Nationalsozialismus 1933-1945*, Schemmelfeld 1989; Michael Grüttner, «Die Korporationen und der Nationalsozialismus», in: Harm-Hinrich Brandt und Matthias Stickler (Hg.), *«Der Burschen Herrlichkeit». Geschichte und Gegenwart des studentischen Korporationswesens*, Würzburg 1998, S. 125-143; Steinberg, *Sabers*, S. 154-172; Giles, *Students*, S. 175-186; Rosco G. S. Weber, *The German Student Corps in the Third Reich*, London 1986, S. 102-169 (informativ, übertreibt allerdings etwas den Widerstand der deutschen Studentenverbindungen gegen den Nationalsozialismus). Zu den aufgelösten Verbindungen gehörten auch nichtschlagende katholische Verbände: s. hierzu: Gerhard Neuenhoff, *Die Auflösung der katholischen Studentenverbände im Dritten Reich*, Bochum 1995.
- 259 Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, S. 101 f. und 487. Die Zahlen für 1939 beziehen sich auf das «Altreich», d. h. ohne Österreich und den annektierten Teil der Tschechoslowakei.
- 260 Ebd., S. 126.-135 und 490.
- 261 Eilers, *Nationalsozialistische Schulpolitik*, S. 18-21.
- 262 Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, S. 491 und 109-126; Irmgard Weyrather, «Numerus Clausus für Frauen – Studentinnen im Nationalsozialismus», in: Frauengruppe Faschismusforschung (Hg.), *Mutterkreuz*, S. 131.162; Stephenson, *Women*, S. 130-146.

- 263 Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, S. 102f.; Norbert Wenning, «Das Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen vom 25. April 1933 – ein erfolgreicher Versuch der Bildungsbegrenzung?», *Die deutsche Schule*, 78 (1986), S. 141-160.
- 264 Domarus, *Hitler*, S. 973f.; s.a. Wilhelm Treue, «Rede Hitlers vor der deutschen Presse (10. November 1938)», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 6 (1958), S. 175-191; *Völkischer Beobachter*, 10 November 1938 («Adolf Hitlers Rede an Grossdeutschland»).
- 265 Zu einem guten Beispiel s. Peter Chroust, *Giessener Universität und Faschismus. Studenten und Hochschullehrer 1918-1945*, Münster 1994, Bd. 1, S. 187.
- 266 Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, S. 104-109.
- 267 Ebd., S. 227-229, Zitat S. 227f.
- 268 Gerhard Szvezesny, *Als die Vergangenheit Gegenwart war. Lebenslauf eines Ostpreussen*, Berlin 1990, S. 90, zitiert mit weiteren, ähnlichen Reminiszenzen in: Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, S. 230 f.
- 269 Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, S. 229-237.
- 270 Ebd., S. 260-271 und 341-348.
- 271 Ebd., S. 317-331, Zitate S. 331 bzw. 329; ähnliche Aussagen in: Konrad H. Jarausch, *Deutsche Studenten 1800-1970*, Frankfurt a.M. 1984, S. 197f., und Geoffrey J. Giles, «The Rise of the National Socialist Students. Association and the Failure of Political Education in the Third Reich», in: Stachura, *The Shaping*, S. 160-185, hier S. 180f.; s.a. Steinberg, *Sabers*, S. 141-153, und Giles, *Students*, S. 186-201.
- 272 *Der Student in Mecklenburg-Lübeck*, 5. Dezember 1936, zit. in: Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, S. 156.
- 273 Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, S. 155-167.
- 274 Ebd., S. 16 8-178, Zitat S. 174, Fn. 99.
- 275 Ebd., S.331-340.
- 276 Ebd., S. 168-178.
- 277 Zu der Ansicht, dass die Gleichschaltung der deutschen Universitäten in weiten Teilen und sehr tiefgreifend gelungen sei, s. Steven P. Remy, *The Heidelberg Myth. The Nazification and Denazification of a German University*, Cambridge 2002, S. 56-84; doch seine Behauptung stützt sich auf eine selektive Stichprobe der besonders überzeugten nationalsozialistischen Professoren und ihrer Forschung, eine Darstellung von Aspekten des Hochschullebens wie die Ernennungen für einen Ehrendoktorhut, die Gründung neuer Forschungsinstitute, die Herausgabe von wissenschaftlichen Zeitschriften und dergleichen, letzten Endes sekundärer Fragen, und geht fast überhaupt nicht auf die Lehre ein. Das Buch behandelt zudem verbreitete konservative Ideen, die es bereits vor den Nationalsozialisten gab, als wären sie von den Nationalsozialisten in die Universitäten importiert worden. Zu Kriecks Vorlesungen s. ebd., S. 66f. S.a. Christoph Jansen, *Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer 1914-1935*, Göttingen 1992, insbes. S. 230-236, wo gezeigt wird, dass die Heidelberger Professoren in jener Zeit zwar als Gegner der Weimarer Republik zur Rechten neigten, aber nicht

- als Nationalsozialisten.
- 278 Léon Poliakov und Josef Wulf, *Das Dritte Reich und seine Denker*, Berlin 1959, S. 73; Wilhelm Ribhegge, *Geschichte der Universität Münster. Europa in Westfalen*, Münster 1985, S. 194.
- 279 Golczewski, *Kölner Universitätslehrer*, 338-349.
- 280 Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, S. 198-205, Zitat S. 204; Giles, *Students*, S. 151-162; s.a. Uwe Dietrich Adam, *Hochschule und Nationalsozialismus. Die Universität Tübingen im Dritten Reich*, Tübingen 1977, S. 168 und 193. Zu einem Versuch einer ausgewogenen Darstellung s. Hellmut Seier, «Nationalsozialistisches Wissenschaftsverständnis und Hochschulpolitik», in: Leonore Siegele-Wenschkewitz und Gerda Stuchlik (Hg.), *Hochschule und Nationalsozialismus. Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftsbetrieb als Thema der Zeitgeschichte*, Frankfurt a.M. 1900, S. 5-21.
- 281 Hans-Paul Höpfner, *Die Universität Bonn im Dritten Reich. Akademische Biographien unter nationalsozialistischer Herrschaft*, Bonn 1999, S. 540-544.
- 282 Heinz Boberach, *Meldungen aus dem Reich 1938-1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS*, 17 Bde., Herrching 1984, Bd. 2, S. 83.
- 283 Alan D. Beyerchen, *Scientists under Hitler. Politics and the Physics Community in the Third Reich*, New Haven 1977, S. 79-85.
- 284 Ebd., S. 85-102; Zitat (S. 93) aus Lenards unveröffentlichten Erinnerungen in Charlotte Schmidt-Schönbeck, *100 Jahre Physik und Astronomie an der Kieler Universität*, Kiel 1965, S. 119.
- 285 Beyerchen, *Scientists under Hitler*, S. 103-116.
- 286 Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, S. 194-198; Beyerchen, *Scientists*, S. 103-140 und 163 f.; Werner Heisenberg, *Der Teil und das Ganze. Gespräche im Umkreis der Atomphysik*, München 1969, S. 206-212; s.a. Paul Forman, «Physics and Beyond by W. Heisenberg», *Science*, 172 (14. Mai 1941), S. 687-688. Steffen Richter, «Die ‚Deutsche Physik‘», in: Mehrtens und Richter, *Naturwissenschaft*, S. 116-141, betont die politische Natur der «Deutschen Physik» und ihren fehlgeschlagenen Versuch, einen substantiellen Beitrag zur theoretischen oder zur experimentellen Physik zu leisten.
- 287 Beyerchen, *Scientists*, S. 141-167.
- 288 Helmut Lindner, «‚Deutsche‘ und ‚gegentyische‘ Mathematik. Zur Begründung einer ‚arteigenen‘ Mathematik im ‚Dritten Reich‘ durch Ludwig Bieberbach», in: Mehrtens und Richter, *Naturwissenschaft*, S. 88-115, insbes. S. 105-108.
- 289 Martin Bechstedt, «Gestaltthafte Atomlehre – Zur ‚Deutschen Chemie im NS-Staat‘», in: Mehrtens und Richter, *Naturwissenschaft*, S. 142-165; s.a. Horst Remane, «Conrad Weygand und die ‚Deutsche Chemie‘», in: Christoph Meinel und Peter Voswinckel (Hg.), *Medizin, Naturwissenschaft, Technik und Nationalsozialismus. Kontinuitäten und Diskontinuitäten*, Stuttgart 1994, S. 183-191.
- 290 Herbert Mehrtens, «Entartete Wissenschaft? Naturwissenschaften und Nationalsozialismus», in: Siegele-Wenschkewitz und Stuchlik, *Hochschule und Nationalsozialismus*, S. 113-128.
- 291 Beyerchen, S. 71-78; Remy, *The Heidelberg Myth*, S. 55 f.; Klaus Hentschel (Hg.),

- Physics and National Socialism: An Anthology of Primary Sources*, Basel 1996, S. 118; allgemeiner hierzu: Horst Möller, «Nationalsozialistische Wissenschaftsideologie», in: Jörg Tröger (Hg.), *Hochschule und Wissenschaft im Dritten Reich*, Frankfurt a.M. 1984, S. 65-76, insbes. S. 74f.
- 292 Helmut Maier (Hg.), *Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften*, Göttingen 2002; besonders ausführlich zur Forschung und Entwicklung von Unternehmen; ders., *Forschung als Waffe. Rüstungsforschung in der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft und das KWI für Metallforschung 1900 bis 1947*, Göttingen 2005; Susanne Heim, *Kalorien, Kautschuk, Karrieren. Pflanzenzüchtung und landwirtschaftliche Forschung in Kaiser Wilhelm-Instituten vor und nach 1933*, Göttingen 2004; Herbert Mehrrens, «Kollaborationsverhältnisse. Natur- und Technikwissenschaften im NS-Staat und ihre Historie», in: Meinel und Voswinckel, *Medizin*, 13-32.
- 293 Kristie Macrakis, *Surviving the Swastika. Scientific Research in Nazi Germany*, New York 1993; John Gimbel, *Science, Technology and Reparations. Exploitation and Plunder in Postwar Germany*, Palo Alto 1990, S. 22.
- 294 Allgemein hierzu s. Hartmut Legmann und Otto Gerhard Oexle (Hg.), *Nationalsozialismus in den Kulturwissenschaften*, 2 Bde., Göttingen 2004/05.
- 295 Karen Schönwälder, *Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M. 1992, S. 75-88; Helmut Heiber, *Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands*, Stuttgart 1966; Winfried Schulze, «German Historiography from the 1930s to the 1950s», in: Hartmut Lehmann und James van Horn Melton (Hg.), *Paths of Continuity. Central European Historiography from the 1930s to the 1950s*, New York 1994, S. 19-42, hier S. 24 f.; eingehender hierzu: ders., *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 1989; s.a. Bernd Faulenbach, «Tendenzen der Geschichtswissenschaft im „Dritten Reich“», in: Renate Knigge-Tesche (Hg.), *Berater der braunen Macht. Wissenschaft und Wissenschaftler im NS-Staat*, Frankfurt a.M. 1999, S. 26-52, insbes. S. 36f. und 45; Peter Lambert, «From antifascist to Volkshistoriker. Demos and Ethnos in the political thought of Fritz Rörig, 1921-45», in: Stefan Berger et al. (Hg.), *Writing National Histories. Western Europe Since 1800*, London 1999, S.137-149.
- 296 Schönwälder, *Historiker*, S. 87; s.a. die nützliche ostdeutsche Untersuchung (mit den üblichen Vorbehalten zu lesen) von Hans Schleier, «Die Historische Zeitschrift 1918-1943», in: Joachim Streisand (Hg.), *Studien über die deutsche Geschichtswissenschaft von 1871 bis 1945*, 2 Bde., Berlin 1965/1969, Bd. 2, S. 251-302; ders., «German historiography under National Socialism, dreams of a powerful nation-state and German Volkstum come true», in: Berger et al., *Writing*, S. 176-188.
- 297 Schönwälder, *Historiker*, S. 85f.; Gerhard Ritter, «Die deutschen Historikertage», *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 4 (1953), S. 513-521.
- 298 Boberach, *Meldungen aus dem Reich*, Bd. 2, S. 86.
- 299 Allgemein hierzu: Ingo Haar, *Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der «Volkstumskampf» im Osten*, Göttingen 2000; Michael Burleigh, *Germany Turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third*

- Reich*, Cambridge 1988; Christoph Kiessmann, «Osteuropaforschung und Lebensraumpolitik im Dritten Reich», in: Peter Lundgreen (Hg.), *Wissenschaft im Dritten Reich*, Frankfurt a.M. 1985, S. 350-383; Karl Ferdinand Werner, *Das NS-Geschichtsbild und die deutsche Geschichtswissenschaft*, Stuttgart 1967.
- 300 James Van Horn Melton, «Continuities in German Historical Scholarship, 1933-1960», in: Lehmann und Melton, *Paths*, S. 1-18, hier S. 5; Georg G. Iggers, «Introduction», in: ders. (Hg.), *The Social History of Politics. Critical Perspectives in West German Historical Writing since 1945*, Leamington Spa 1985) S. 1-48, hier S. 17. Einer der ganz wenigen, der aus Prinzip 1933 zurücktrat, war Franz Schnabel, ein liberaler katholischer Historiker und Verfasser einer grossen mehrbändigen Geschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert; s. Lothar Gall, «Franz Schnabel (1887-1966)», in: Lehmann und Melton, *Paths*, S. 155-165.
- 301 Schönwälder, *Historiker*, S. 78 f. und 91-104.
- 302 Ebd., S. 87-80. s.a. Peter Schöttler (Hg.), *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918-1945*, Frankfurt a.M. 1997; Willi Oberkrone, *Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918-1945*, Göttingen 1992; und Reinhard Kühnl, «Reichsdeutsche Geschichtswissenschaft», in: Tröger, *Hochschule*, S. 92-104.
- 303 Christoph Cornelissen, *Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert*, Düsseldorf 2001, S. 230-246 (Zitat S. 245, aus: Gerhard Ritter, *Friedrich der Grosse. Ein historisches Profil*, Leipzig 1936, S. 252f.); s.a. Klaus Schwabe, «Change and Continuity in German Historiography from 1933 into the Early 1950s. Gerhard Ritter (1888-1967)», in: Lehmann und Melton, *Paths*, S. 82-108.
- 304 Carsten Klingemann, *Soziologie im Dritten Reich*, Baden-Baden 1996 zu Fallstudien verschiedener deutscher Institute und Hochschulen; s.a. ders., «Sociology and Social Research in the Third Reich», in: Stephen Turner und Dirk Käsler (Hg.), *Sociology Responds to Fascism*, London 1992, 127-154; Otthein Rammstedt, «Theorie und Empirie des Volksfeindes. Zur Entwicklung einer ‚deutschen Soziologie‘», in: Lundgreen, *Wissenschaft*, S. 253-313; s.a. Klaus Brintzinger, *Die Nationalökonomie an den Universitäten Freiburg, Heidelberg und Tübingen. Eine institutionshistorische, vergleichende Studie der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten und Abteilungen südwestdeutscher Universitäten*, Frankfurt a.M. 1996.
- 305 Wilhelm Vosskamp, «Kontinuität und Diskontinuität. Zur deutschen Literaturwissenschaft im Dritten Reich», in: Lundgreen, *Wissenschaft*, S. 140-162.
- 306 Hans-Paul Höpfner, *Die Universität Bonn im Dritten Reich. Akademische Biographien unter nationalsozialistischer Herrschaft*, Bonn 1999, S. 34-38 und 146-217. Allgemeiner hierzu die Aufsätze in: Hartmut Lehmann und Otto Gerhard Oexle (Hg.), *Nationalsozialismus in den Kulturwissenschaften*, 2 Bde., Göttingen 2004.
- 307 Michael H. Kater, *Ärzte als Hitlers Helfer*, Hamburg/Wien 2000, S. 189 ff.
- 308 Ebd., S. 52-66 und 203-206.
- 309 Ebd., S.203-215. Höpfner, *Die Universität Bonn*, S. 271-330. Nach Kater waren

- 1933 17 Prozent der Ärzte in Deutschland deutsche Juden, und ihr Anteil an den Ordinarien der medizinischen Fakultäten dürfte noch höher gewesen sein; Kater, *Ärzte als Hitlers Helfer*, S. 139.
- 310 Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen*, Bd. 1, S. 60f. (9. Oktober 1933).
- 311 Kater, *Ärzte als Hitlers Helfer*, S. 366.
- 312 Robert N. Proctor, *The Nazi War on Cancer*, Princeton 1999, S. 4 und 198 f.
- 313 Ebd., S. 6f.
- 314 Kater, *Ärzte als Hitlers Helfer*, S. 366-372.

Kapitel 4 Wohlstand und Korruption

- 1 Frederic Spotts, *Hitler and the Power of Aesthetics*, London 2002, S. 386-389; Martin Kornrumpf, *HAFRABA e.V. – Der Kampf um die Autobahnen*, Berlin 1955; Domarus, *Hitler*, S. 209.
- 2 Franz W. Seidler, «Fritz Todt – Vom Autobahnbauer zum Reichsminister», in: Ronald Smelser und Rainer Zitelmann (Hg.), *Die braune Elite 1. 22 biographische Skizzen*, Darmstadt 1999 (1989), S. 299-312, hier S. 299-303; ders., *Fritz Todt. Baumeister des Dritten Reiches*, Berlin 1987 (1986).
- 3 Fritz Todt, «Der Strassenbau im nationalsozialistischen Staat», in: Hans Heinrich Lammers und Hans Pfänder (Hg.), *Grundlagen, Aufbau und Wirtschaftsordnung des nationalsozialistischen Staates*, Berlin 1937, S. 26, zit. in: Seidler, «Fritz Todt», 302f.; s.a. James Shand, «The Reichsautobahn. Symbol for the Third Reich», *Journal of Contemporary History*, 19 (1984), S. 189-200; Erhard Schütz und Eckard Gruber, *Mythos Reichsautobahn. Bau und Inszenierung der «Strassen des Führers» 1933-1941*, Berlin 1996.
- 4 Spotts, *Hitler*, S. 391-393; das Zitat in: Rainer Stommer (Hg.), *Reichsautobahn. Pyramiden des Dritten Reiches*, Marburg 1982, S. 107; Thomas Zeller, «The Landscape's Crown'. Landscape, Perception, and the Modernizing Effect of the German Autobahn System, 1933-1941», in: David Nye (Hg.), *Technologies of Landscape. From Reaping to Recycling*, Amherst, MA 1999, S. 218-240.
- 5 Spotts, *Hitler*, S. 393 f.; Ludolf Herbst, *Das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Die Entfesselung der Gewalt. Rassismus und Krieg*, Frankfurt a.M. 1996, S. 97f.; Hans-Joachim Winkler, *Legenden um Hitler*, Berlin 1963, S. 7-14; Dan P. Silverman, *Hitler's Economy. Nazi Work Creation Programs 1933-1936*, Cambridge 1998, S. 147-157.
- 6 Richard Overy, «Cars, Roads, and Economic Recovery in Germany, 1932-1938», *Economic History Review* 2nd series, 28 (1975), S. 466-483, Neuabdr. in: ders., *War and Economy in the Third Reich*, Oxford 1994, S. 68-89.
- 7 Max Domarus (Hg.), *Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945*, 1. Bd., *Triumph (1932-1938)*, München 1962, S. 208 f.
- 8 Overy, «Cars, Roads, and Economic Recovery»; *Weekly Report of the German Institute for Business Research* (Institut für Konjunkturforschung, Berlin), 7. März 1934, S. 53-55.
- 9 Gerhard Kroll, *Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur*, Berlin

- 1958, S. 462 und 505; s. a. Harry Niemann und Armin Hermann (Hg.), *Die Entwicklung der Motorisierung im Deutschen Reich und den Nachfolgestaaten*, Stuttgart 1995.
- 10 Victor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen*, S. 255f. (Eintrag vom 12. April 1936).
- 11 Ebd., S. 310f.
- 12 Geoffrey Spencely, »R. J. Overy and the Motorisierung. A Comment«, *Economic History Review*, 32 (1979), S. 100–106; Richard J. Overy, »The German Motorisierung and Rearmament. A Reply«, *Economic History Review*, 32 (1978), S. 207–213.
- 13 Heinz Wehner, »Die Rolle des faschistischen Verkehrswesens in der ersten Periode des Zweiten Weltkrieges«, *Bulletin des Arbeitskreises Zweiter Weltkrieg*, 2 (1966), S. 37–61, hier S. 41f., zit. in: Hans-Erich Volkmann, »The National Socialist Economy in Preparation for War«, in: Wilhelm Deist et al. (Hg.), *Germany and the Second World War*, Bd. 1, *The Build-up of German Aggression*, Oxford 2003 (1990), S. 157–372, hier S. 228f.
- 14 Klaus Hildebrand, »Die Deutsche Reichsbahn in der nationalsozialistischen Diktatur 1933–1945«, in: Lothar Gall und Manfred Pohl (Hg.), *Die Eisenbahn in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 163–243, hier S. 176f.; s. a. Stefan Arold, *Die technische Entwicklung und rüstungswirtschaftliche Bedeutung des Lokomotivbaus der Deutschen Reichsbahn im Dritten Reich (1933–1945)*, Stuttgart 1997. Hitlers typische Gigantomanie machte sich auch hier mit seinem Vorschlag bemerkbar, neue, größere Eisenbahnen mit einer breiteren Spurweite zu bauen; ebd., S. 97.
- 15 Fritz Blaich, *Wirtschaft und Rüstung im »Dritten Reich«*, Düsseldorf 1987, S. 15–20; Simon Reich, *The Fruits of Fascism. Postwar Prosperity in Historical Perspective*, Ithaca 1990, S. 151.
- 16 Hans Mommsen und Manfred Grieger, *Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich*, Düsseldorf 1997, S. 52–113.
- 17 *Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, 6 (1939), S. 488.
- 18 Shelley Baranowski, *Strength Through Joy. Consumerism and Mass Tourism in the Third Reich*, New York 2004, S.154f. und 240f.; Reich, *The Fruits*, S. 147–201; 1938 produzierten Ford und Opel 52 Prozent aller in Deutschland hergestellten und verkauften Kraftfahrzeuge; ebd., S. 159.
- 19 Karl Lärmer, *Autobahnbau in Deutschland 1933 bis 1945. Zu den Hintergründen*, Berlin 1975, S. 54–57; Dan P. Silverman, *Hitler's Economy. Nazi Work Creation Programs, 1933–1936*, London 1998, S. 261.
- 20 Richard J. Overy, »Unemployment in the Third Reich«, in: Ders. (Hg.) *War and Economy in the Third Reich*, S. 37–67, hier S. 37–42 (ursprüngl. in *Business History*, 29 (1987)); Dietmar Petzina, »The Extent and Causes of Unemployment in the Weimar Republic«, in: Peter D. Stachura (Hg.), *Unemployment and the Great Depression in Weimar Germany*, London 1986, S. 29–48.
- 21 Domarus, *Hitler*, S. 192f.
- 22 Willi A. Boelcke, *Die deutsche Wirtschaft 1930–1945. Interna des Reichs-*

- ministeriums*, Düsseldorf 1983, S. 13-29.
- 23 Avraham Barkai, *Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933-1945*, Frankfurt a.M. 1988 (1977), S. 43-41. Boelcke, *Die deutsche Wirtschaft*, S. 29-38; Wolfram Fischer, *Deutsche Wirtschaftspolitik 1918-1945*, Opladen 1968, S. 52-55.
- 24 Michael Schneider, «The Development of State Work Creation Policy in Germany, 1930-1933», in: Stachura, *Unemployment*, S. 163-186; Helmut Marcon, *Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierungen Papen und Schleicher. Grundsteinlegung für die Beschäftigungspolitik im Dritten Reich*, Bern 1974.
- 25 Michael Schneider, «Unterm Hakenkreuz». *Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939*, Bonn 1999, S. 256-262.
- 26 Overy, «Unemployment», S. 63-65; *Weekly Report of the German Institute for Business Research* (Institut für Konjunkturforschung, Berlin), Nr. 17 (3. Mai 1934), S. 77-82.
- 27 Zit. in: Lisa Pine, *Nazi Family Policy 1933-1945*, Oxford 1997, S. 17.
- 28 Helen L. Boak, «The State as an Employer of Women in the Weimar Republic», in: William Robert Lee und Eve Rosenhaft (Hg.), *State, Social Policy and Social Change in Germany, 1880-1994*, Oxford 1990, S. 64-101; allgemeiner hierzu: Renate Bridenthai und Claudia Koonz, «Beyond Kinder, Küche, Kirche. Weimar Women in Politics and Work», in: Renate Bridenthai et al.(Hg.), *When Biology Became Destiny. Women in Weimar and Nazi Germany*, New York 1984, S. 33-65.
- 29 Julia Sneeringer, *Winning Women's Votes. Propaganda and Politics in Weimar Germany*, Chapel Hill, N. C. 2002.
- 30 Domarus, *Hitler*, S. 450f.
- 31 Josef Goebbels, *Michael. Ein Schicksal in Tagebuchblättern*, München 1935, S.41.
- 32 Engelbert Huber, *Das ist Nationalsozialismus*, Stuttgart 1933, S. 122, zit. in: Mosse, *Nazi Culture*, S. 47.
- 33 Clifford Kirkpatrick, *Women in Nazi Germany*, New York 1939, S. 121.
- 34 Helgard Kramer, „Frankfurt's Working Women. Scapegoats or Winners of the Great Depression?», in: Richard J. Evans und Dick Geary (Hg.), *The German Unemployed. Experiences and Consequences of Mass Unemployment from the Weimar Republic to the Third Reich*, London 1987, S. 108-141.
- 35 Herbst, *Das nationalsozialistische Deutschland*, S. 89-91; Kershaw, *Der Hitler-Mythos*, S. 59-64.
- 36 Werner Abeishauser, «Kriegswirtschaft und Wirtschaftswunder. Deutschlands wirtschaftliche Mobilisierung für den Zweiten Weltkrieg und die Folgen für die Nachkriegszeit», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 47 (1999), S. 503-538; eine ausführlichere englische Fassung in: ders., «Germany. Guns, Butter, and Economic Miracles», in: Mark Harrison (Hg.), *The Economics of World War II. Six Great Powers in International Comparison*, Cambridge 1998, S. 122-176.
- 37 Harold James, «Innovation and Conservatism in Economic Recovery. The Alleged ‚Nazi Recovery‘ of the 1930s», in: Thomas Childers und Jane Caplan (Hg.), *Reevaluating the Third Reich*, New York 1993, S. 114-138; Peter Marschalck, *Bevölke-*

- runsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1984, S. 67-71 und 148.
- 38 Silverman, *Hitler's Economy*, S. 244 und 359, Anm. 6 8, kritisiert die von Overy, «Unemployment», S. 65 vorgelegten statistischen Zahlen; doch die Zahlen aus der Weimarer Republik waren auch nicht imponierender: s. z. B. Dan P. Silverman, «A Pledge Unredeemed. The Housing Crisis in Weimar Germany», *Central European History*, 3 (März 1970), S. 112-139, hier S. 119f. S.a. Blauch, *Wirtschaft und Rüstung*, S. 15-21.
- 39 «Germany's Economic Recovery», *The Economist*, 10. August 1935, S. 271 f.
- 40 Willi Hemmer, *Die «unsichtbaren» Arbeitslosen. Statistische Methoden – Soziale Tatsachen*, Zeulenroda 1935, S. 189; s.a. Christoph Buchheim, «Zur Natur des Wirtschaftsaufschwungs in der NS-Zeit», in: ders. et al. (Hg.), *Zerrissene Zwischenkriegszeit. Wirtschaftshistorische Beiträge. Knut Borchardt zum 65. Geburtstag*, Baden-Baden 1994, S. 97-119, hier S. 105-107.
- 41 Birgit Wulff, «The Third Reich and the Unemployed. National Socialist Work-creation Schemes in Hamburg, 1933-4», in: Evans und Geary (Hg.), *The German Unemployed*, S. 281-302; Tim Mason, *Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft*, Opladen 1977, S. 124-147; Fritz Petrick, «Eine Untersuchung zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit unter der deutschen Jugend in den Jahren von 1933 bis 1955», *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* (1967), S. 287-300; Claudia Brunner, *Arbeitslosigkeit im NS-Staat. Das Beispiel München*, Pfaffenweiler 1997, S. 337-340.
- 42 Birgit Wulff, *Arbeitslosigkeit und Arbeitsbeschaffungsmassnahmen in Hamburg 1933-1939. Eine Untersuchung zur nationalsozialistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik*, Frankfurt a.M. 1987, insbes. S.269-282; zu den Verhältnissen in anderen Regionen s. *Deutschland-Berichte*, 1 (1934), S. 123-129 und 214-225.
- 43 *Deutschland-Berichte*, 2 (1935), S. 786f.; Silverman, *Hitler's Economy*, S. 10-27 und 164-174; Bernhard Vollmer, *Volksopposition im Polizeistaat*, Stuttgart 1957, S. 96 f.
- 44 Christoph Buchheim, «Die Wirtschaftsentwicklung im Dritten Reich. Mehr Desaster als Wunder. Eine Erwiderung auf Werner Abeishäuser», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 49 (2001), S. 653 f.; ausführlicher in: ders., «Zur Natur».
- 45 «Germany's Economic Recovery», *The Economist*, 10. August, 1935, S. 271 f., und 17. August 1935, S. 316f.; *Weekly Report of the German Institute for Business Research* (Institut für Konjunkturforschung, Berlin), 8. Juni 1935, S. 45-47; ebd., 22. August 1935, S. 64-66; «Unemployment in Germany», *The Economist*, 31. August 1935, S. 421.
- 46 Karl-Heinz Minuth (Hg.), *Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler Teil I, 1933/34*, Bd. 1, Boppard 1983, S. 49-51; auch in: Blauch, *Wirtschaft und Rüstung*, S. 55-58 (Ministerbesprechung vom 8. 2. 1933).
- 47 Volkmann, «The National Socialist Economy», S. 221 f.; Dietmar Petzina, «Hauptprobleme der deutschen Wirtschaftspolitik 1932/33», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 15 (1967), S. 18-55, hier S. 40; Günter Gereke, *Ich war königlich-preussischer Landrat*, Berlin 1970, S. 157f.
- 48 Spotts, *Hitler*, S. 393 f.
- 49 Domarus, *Hitler*, S. 208.

- 50 Blaich, *Wirtschaft und Rüstung*, S. 15-26.
- 51 Neil Gregor, *Daimler-Benz in the Third Reich*, London 1998, S. 54; Fritz Blaich, «Why did the pioneer fall behind? Motorization in Germany between the wars», in: Theo Barker (Hg.), *The Economic and Social Effects of the Spread of Motor Vehicles*, London 1988, S. 149-155; *Deutschland-Berichte*, 6 (1939), S. 480-485; Mommsen und Grieger, *Das Volkswagenwerk*, S. 179-202 (Zahlen S. 197).
- 52 Volkmann, «The National Socialist Economy», S. 228 f.
- 53 Robert J. O'Neill, *The German Army and the Nazi Party, 1933-1939*, London 1968 (1966), S. 65 f., nach den unveröffentlichten Erinnerungen von Feldmarschall von Weichs.
- 54 Sitzung des Ausschusses der Reichsregierung für Arbeitsbeschaffung vom 9. 2. 1933, in: Minuth, *Akten*, Bd. 1, S. 58-69, und Blaich, *Wirtschaft und Rüstung*, S. 58-60. Die Tarnung blieb den Beobachtern aus dem Ausland nicht lange verborgen. 1935 schrieb ein englischer Korrespondent über einen vom Reichsbüro für Statistik herausgegebenen Bericht: «In den Ausgaben für ‚Arbeitsbeschaffung‘ sind nach den Angaben des Berichts Rüstungsausgaben ausdrücklich mit eingeschlossen.» *The Economist*, 10. August 1935, S. 280; Hervorh. im Original.
- 55 Volkmann, «The National Socialist Economy», S. 223 f.; Michael Geyer, *Deutsche Rüstungspolitik 1860-1980*, Frankfurt a.M. 1984, S. 139f.; ders., «Das Zweite Rüstungsprogramm (1930-1934). Eine Dokumentation», *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, 17 (1975), S. 125-172, hier S. 134 und 158; s.a. Boelcke, *Die deutsche Wirtschaft*, S. 29-33.
- 56 Volkmann, «The National Socialist Economy», S. 228-234; s. a. Peter Kirchberg, «Typisierung in der Kraftfahrzeugindustrie und der Generalbevollmächtigte für das Kraftfahrwesen», *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* (1969), S. 117-142; s.a. Edward L. Homze, *Arming the Luftwaffe. The Reich Air Ministry and the German Aircraft Industry, 1919-1939*, Lincoln, Nebraska 1976. Einige Veröffentlichungen zu diesem Thema unterschätzen das Ausmass der Aufrüstung vom Anfang des Dritten Reichs an und die Rolle des Staates als ihre treibende Kraft und lassen das militärische Ziel hinter vielen scheinbar zivilen Massnahmen der Arbeitsbeschaffung ausser acht: s. z. B. Overy, «Cars»; ders., «Hitler's War Plans and the German Economy, 1933-1939», in: ders., *War*, S. 177-204; Michael Wolffsohn, «Arbeitsbeschaffung und Rüstung im nationalsozialistischen Deutschland 1933», *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, 22 (1977), S. 9-19; Burton H. Klein, *Germany's Economic Preparations for War*, Cambridge 1959; zu einer kritischen Einschätzung s. Avraham Barkai, *Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus*, S. 204-210, und Berenice A. Carroll, *Design for Total War. Arms and Economics in the Third Reich*, Den Haag 1968. Der Primat der Wiederaufrüstung wurde frühzeitig betont von Wolfgang Sauer, *Die Mobilmachung der Gewalt*; Bd. 3 von Bracher, Schulz und Sauer, *Die nationalsozialistische Machtergreifung*, Frankfurt a.M. 1964 (1960), S. 140-164.
- 57 Wilhelm Deist, «The Rearmament of the Wehrmacht», in: ders. et al., *Germany and the Second World War*, Bd. 1, S. 373-540, hier S. 487.
- 58 Ebd., S. 456 f.; O'Neill, *The German Army*, S. 134f.

- 59 Boelcke, *Die deutsche Wirtschaft*, S. 171.
- 60 Volkmann, «The National Socialist Economy», S. 234-238; Hans Luther, *Vor dem Abgrund 1930-1933. Reichsbankpräsident in Krisenzeiten*, Frankfurt a.M. 1964, insbes. das Schlusskapitel.
- 61 Hjalmar Schacht, *76 Jahre meines Lebens*, Bad Wörishofen 1953, S. 19-188.
- 62 Ebd., S. 350-387.
- 63 Volkmann, «The National Socialist Economy», S. 234-241; s.a. Willi A. Boelcke, *Die Kosten von Hitlers Krieg. Kriegsfinanzierung und finanzielles Kriegserbe in Deutschland 1933-1948*, Paderborn 1985; Fischer, *Deutsche Wirtschaftspolitik*, S. 66-71; Dietmar Petzina, *Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit*, Wiesbaden 1977, S. 117-124.
- 64 Volkmann, «The National Socialist Economy», S. 173-200; Blaich, *Wirtschaft und Rüstung*, S. 28.
- 65 Gustavo Corni und Horst Gies, *Brot, Butter, Kanonen. Die Ernährungswirtschaft in Deutschland unter der Diktatur Hitlers*, Berlin 1997, S. 75-250; gegenwärtig die gründlichste Darstellung des Reichsnährstandes, s.a. Horst Gies, «Der Reichsnährstand. Organ berufsständischer Selbstverwaltung oder Instrument staatlicher Wirtschaftslenkung?», *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie*, 21 (1973), S. 216-233; ders., «Die Rolle des Reichsnährstandes im nationalsozialistischen Herrschaftssystem», in: Kettenacker, *The Führer State*, S. 270-313.
- 66 Horst Gies, «Aufgaben und Probleme der nationalsozialistischen Ernährungswirtschaft», *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, 22 (1979), S. 466-499.
- 67 Blaich, *Wirtschaft und Rüstung*, S. 30-33; Volkmann, «The National Socialist Economy», S. 245-272.
- 68 Blaich, *Wirtschaft und Rüstung*, S. 23-27; Volkmann, «The National Socialist Economy», S. 258-262; Michael Krüger-Charlé, «Carl Goerdelers Versuche der Durchsetzung einer alternativen Politik 1933 bis 1937», in: Jürgen Schmädke und Peter Steinbach (Hg.), *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler*, München 1986, S. 383-404.
- 69 Gies, «Die Rolle»; s.a. ders., «Der Reichsnährstand, S. 216-233; ders., «Revolution oder Kontinuität? Die personelle Struktur des Reichsnährstandes», in: Günther Franz (Hg.), *Bauernschaft und Bauernstand (1500-1970)*, Limburg 1975, S. 323-330; Faquharson, *The Plough*, S. 161-182.
- 70 Gies, «Die Rolle»; Jürgen von Krüdener, «Zielkonflikte in der nationalsozialistischen Agrarpolitik. Ein Beitrag zur Diskussion des Leistungsproblems in zentral-gelenkten Wirtschaftssystemen», *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, 94 (1974), S. 335-361; *Deutschland-Berichte*, 5 (1938), S. 488-498; Corni, *Hitler and the Peasants. Agrarian Policy of the Third Reich, 1930-1939*, Princeton, N. J. 1990 (1989), S. 245-268; Beatrix Herlemann, «Der Bauer klebt am Hergebrachten». *Bäuerliche Verhaltensweisen unterm Nationalsozialismus auf dem Gebiet des heutigen Landes Niedersachsen*, Hannover 1993, S. 74-77 und 145-153; Farquharson, *The Plough and the Swastika*, S. 71-106.
- 71 Corni, *Hitler and the Peasants*, S. 220-244; Farquharson, *The Plough and*

- the Swastika*, S. 183–202; Herlemann, »Der Bauer«, S. 156–171.
- 72 Volkmann, »The National Socialist Economy«, S. 293–300 und 350–354.
- 73 Farquharson, *The Plough and the Swastika*, S. 169f.; zu einem guten Beispiel für einen erfolgreichen Übergang zur Autarkie in einem speziellen Bereich s. John Perkins, »Nazi Autarchic Aspirations and the Beet-Sugar Industry, 1933–39«, *European History Quarterly*, 29 (1990), S. 497–518; allgemeiner hierzu: Corni, *Hitler and the Peasants*, S. 156–183.
- 74 *Deutschland-Berichte*, 6 (1939), S. 624–642; zu einer ausführlichen Darstellung der Regulierung der Lebensmittelerzeugung und -vermarktung s. Corni und Gies, *Brot, Butter, Kanonen*, S. 251–395.
- 75 Die Auffassung von Peter Temin, *Lessons from the Great Depression*, Cambridge, 1989, S. 109–111, das Wirtschaftssystem im Dritten Reich sei eine sozialistische Wirtschaft gewesen, weil sie vom Staat gelenkt wurde, der fortwährend eingriff und beträchtliche Ressourcen auf Wohlfahrtsprojekte verwendete, vermag nicht zu überzeugen; nach diesen Kriterien könnte man fast alle modernen Wirtschaften als sozialistisch kategorisieren; Buchheim, »Zur Natur des Wirtschaftsaufschwungs«, S. 99f.
- 76 Zum Hintergrund dieses Abkommen s. Peter Hayes, *Industry and Ideology. IG Farben in the Nazi Era*, New York 1987, S. 36–47 und 114–120.
- 77 Homze, *Arming the Luftwaffe*, S. 192f.
- 78 Dieter Swatek, *Unternehmenskonzentration als Ergebnis und Mittel nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik*, Berlin 1972; Ingeborg Esenwein-Rothe, *Die Wirtschaftsverbände von 1933 bis 1945*, Berlin 1965.
- 79 Zu Hugenbergs Amtszeit s. Boelcke, *Die deutsche Wirtschaft*, S. 47–65.
- 80 Gerald Feldman, *Die Allianz und die deutsche Versicherungswirtschaft 1933–1945*, München 2001, S. 1–49.
- 81 Ebd., S. 50–88.
- 82 Ebd., S. 89–138; Boelcke, *Die deutsche Wirtschaft*, S. 65–76.
- 83 Volkmann, »The National Socialist Economy«, S. 204–215; Noakes und Pridham, *Nazism*, Bd. 2, S. 72–78.
- 84 Volkmann, »The National Socialist Economy«, S. 242–244; Institut für Konjunkturforschung, »The Balance of Trade in Germany«, Beilage zum *Weekly Report of the German Institute for Business Research*, Berlin, 11. April 1934.
- 85 Institut für Konjunkturforschung, »The Transfer Problem and Germany's Foreign Exchange Reserves«, *Weekly Report of the German Institute for Business Research*, Berlin, 6. Juni 1934; »German Foreign Exchange Control and Foreign Trade«, Beilage zum *Weekly Report of the German Institute for Business Research*, Berlin, 31. Oktober 1934; Herbst, *Das nationalsozialistische Deutschland*, S. 160–162.
- 86 Institut für Konjunkturforschung, »A Review of the First Year of German Foreign Trade Under the »New Plan««, *Weekly Report of the German Institute for Business Research*, Berlin, 2. Oktober 1935.
- 87 The German Moratorium«, *The Economist*, 23. Juni 1934, S. 1378 f.; allgemeiner zu Schachts erster Amtsperiode: Boelcke, *Die deutsche Wirtschaft*, S. 77–82.
- 88 Volkmann, »The National Socialist Economy«, S. 245–247.

- 89 Noakes und Pridham, *Nazism*, Bd. 2, S. 78-82; Blaich, *Wirtschaft und Rüstung*, S. 27; Boelcke, *Die deutsche Wirtschaft*, S. 100-117.
- 90 Volkmann, «The National Socialist Economy», S. 262-272; Noakes und Pridham, *Nazism*, Bd. 2, S. 83-86; Fischer, *Deutsche Wirtschaftspolitik*, S. 71-76.
- 91 Abdruck der Denkschrift in: Blaich, *Wirtschaft und Rüstung*, S. 60-67; auch in: Wilhelm Treue, «Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 3 (1955), S. 184-203. s.a. Arthur Schweitzer, «Der ursprüngliche Vierjahresplan», *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 160 (1956) S. 348-396, und Dietmar Petzina, *Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan (1936-42)*, Stuttgart 1968.
- 92 Schacht, *76 Jahre meines Lebens*, S. 471-473 (mit der üblichen Vorsicht zu behandeln).
- 93 Friedrich Hossbach, *Zwischen Wehrmacht und Hitler 1934-1938*, Göttingen 1967 (1949), S.181-189; Hermann Gackenholtz, «Reichskanzlei 5. November 1937. Bemerkungen über ‚Politik und Kriegführung‘ im Dritten Reich», in: Richard Dietrich und Gerhard Oestreich (Hg.), *Forschungen zu Staat und Verfassung. Festgabe für Fritz Hartung*, Berlin 1958, S. 459-484.
- 94 Hossbach, *Zwischen Wehrmacht und Hitler*, S. 186; Walter Bussmann, «Zur Entstehung und Überlieferung der ‚Hossbach-Niederschrift‘», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 16 (1968), S. 373-378; Bradley F. Smith, «Die Überlieferung der Hossbach-Niederschrift im Lichte neuer Quellen», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 38 (1990), S. 329-336; Jonathan Wright und Paul Stafford, «Hitler, Britain and the Hossbach memorandum», *Militär geschichtliche Mitteilungen*, 42 (1987), S. 77-123. Diese Untersuchungen stellen klar, dass die Zweifel an der Echtheit des Dokuments, wie sie von Alan J. P. Taylor, *The Origins of the Second World War*, London 1964 (1961), S. 21 f., geäußert wurden, ungerechtfertigt sind.
- 95 Schacht, *76 Jahre meines Lebens*, S. 461-477 (mit der üblichen Vorsicht zu behandeln); Noakes und Pridham, *Nazism*, Bd. 1, S. 95-98 und 357f.
- 96 Text der Denkschrift in: Blaich, *Wirtschaft und Rüstung*, S. 91-94; Schacht, *76 Jahre meines Lebens*, S. 492-497, Zitat S. 495. Bilanzen des Budgets in: Albrecht Ritschl, *Deutschlands Krise und Konjunktur 1924-1934. Binnenkonjunktur, Auslandsverschuldung und Reparationsproblem zwischen Dawes-Plan und Transfersperre*, Berlin 2002, Tabelle A9; Zahlen zum Nationaleinkommen ebd., Tabelle A12.
- 97 O'Neill, *The German Army and the Nazi Party*, S. 65 f., nach den unveröffentlichten Erinnerungen von Feldmarschall von Weichs. Schacht, *76 Jahre meines Lebens*, S. 487-497; allgemeiner hierzu: Volkmann, «The National Socialist Economy», S. 273-286.
- 98 Volkmann, «The National Socialist Economy», S. 300-309, S. 356; Fischer, *Deutsche Wirtschaftspolitik*, S. 77-82; Petzina, *Die deutsche Wirtschaft*, S. 124-139. Zum «Organisationsdschungel» s. Hans Kehrl, *Krisenmanager im Dritten Reich. 6 Jahre Frieden – 6 Jahre Krieg. Erinnerungen*, Düsseldorf 1973, S. 74-86 und 98-117. Zu den Fehlschlägen der Planung und der Unfähigkeit des Regimes, brauchbare statistische Zahlen zu erheben und zu verarbeiten, s. J. Adam Tooze, *Statistics*

- and the German State, 1900-1945. *The Making of Modern Economic Knowledge*, Cambridge 2001, S. 215-245.
- 99 Volkmann, «The National Socialist Economy», S. 309-315.
- 100 Ebd., S. 354-372.
- 101 Wilhelm Deist, «The Rearmament of the Wehrmacht», S. 456-504; Homze, *Arming the Luftwaffe*, Michael Salewski, *Die deutsche Seekriegsleitung 1935-1945*, 3 Bde., Frankfurt a.M. 1970-75; Jost Dülffer, *Weimar, Hitler und die Marine. Reichspolitik und Flottenbau 1920-1939*, Düsseldorf 1973; Lutz Budrass, *Flugzeugindustrie und Luftrüstung in Deutschland 1918-1945*, Düsseldorf 1998.
- 102 Volkmann, «The National Socialist Economy», S. 300-309.
- 103 Richard Overy, «The German Pre-war Production Plans. November 1936 – April 1939», *English Historical Review*, 90 (1975), S. 778-797.
- 104 *Deutschland-Berichte*, 6 (1939), S. 614-624.
- 105 «Schreiben des Stellvertreters des Führers, Entscheidung, dass Frauen weder Richter noch Anwalt werden sollen, 24. August 1936», abgedruckt als Dokument 108 in: Ursula von Gersdorff, *Frauen im Kriegsdienst*, Stuttgart 1969, S. 282.
- 106 Matthew Stibbe, *Women in the Third Reich*, London 2003, S. 84-91; Tim Mason, «Women in Germany, 1925-1940. Family, Welfare and Work», in: Ders. und Jane Caplan (Hg.), *Nazism, Fascism and the Working Class*, Cambridge 1995, S. 131-211 (zuerst in: *History Workshop Journal*, 1 (1976), S. 74-133, und 2 (1976), S. 5-32; Dörte Winkler, *Frauenarbeit im «Dritten Reich»*, Hamburg 1977; Annemarie Tröger, «The Creation of a Female Assembly-Line Proletariat», in: Renate Bridenthal et al., *When Biology Became Destiny*, S. 237-270; Carola Sachse, *Industrial Housewives. Women's Social Work in the Factories of Nazi Germany*, London 1987; Jill Stephenson, *Women in Nazi Society*, London 1975, S. 75-115.
- 107 Lore Kleiber, «„Wo ihr seid, da soll die Sonne scheinen!“ – Der Frauenarbeitsdienst am Ende der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus», in: Frauengruppe Faschismusforschung (Hg.), *Mutterkreuz und Arbeitsbuch*, S. 188-214; Jill Stephenson, «Women's Labor Service in Nazi Germany», *Central European History*, 15 (1982), S. 241-265; Stefan Bajohr, «Weiblicher Arbeitsdienst im ‚Dritten Reich‘. Ein Konflikt zwischen Ideologie und Ökonomie», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 28 (1980), S. 331-357.
- 108 Maschmann, *Fazit*, S. 37-41, Zitat S. 41.
- 109 Elizabeth Heinemann, *What Difference Does a Husband Make? Women and Marital Status in Nazi and Postwar Germany*, London 1999, S. 40 f., auch zu den folgenden Einzelheiten.
- 110 Stibbe, *Women*, S. 88; Annemarie Tröger, «Die Frau im wesensgemässen Einsatz», in: Frauengruppe Faschismusforschung, *Mutterkreuz und Arbeitsbuch*, S. 246-272.
- 111 Tim Mason, «The Legacy of 1918 for National Socialism», in: Anthony Nicholls und Erich Matthias (Hg.), *German Democracy and the Triumph of Hitler. Essays in recent German History*, London 1971, S. 215-240.
- 112 Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des «Ausländer-Einsatzes» in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Bonn 1985, S. 36-66.
- 113 Herbst, *Das nationalsozialistische Deutschland*, S. 160-177.

- 114 Hossbach, *Zwischen Wehrmacht und Hitler*, S. 188.
- 115 Josiah DuBois, *The Devil's Chemists*, Boston 1952; Joseph Borkin, *Die unheilige Allianz der IG Farben*, Frankfurt a.M. 1986; Richard Sasuly, *IG Farben*, New York 1947; Dietrich Eichholtz, «Zum Anteil des IG-Farben-Konzerns an der Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges», *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, 10 (1969), S. 83-105; Ferdinand Grocek, «Ein Staat im Staate – der IG-Farben Konzern», *Marxistische Blätter*, 4 (1966), S. 41-48; Willi Kling, *Kleine Geschichte der IG Farben – der Grossfabrikant des Todes*, Berlin 1957; allgemeiner hierzu: Arthur Schweitzer, *Big Business in the Third Reich*, Bloomington, Indiana 1964.
- 116 Zu guten Darstellungen dieser Literatur s. Pierre Ayçoberry, *The Nazi Question. An Essay on the Interpretation of National Socialism*, New York 1981; A. James Gregor, *Fascism. The Classic Interpretations of the Interwar Period*, Morristown, N. J. 1983; Wolfgang Wippermann, *Zur Analyse des Faschismus. Die sozialistischen und kommunistischen Faschismustheorien, 1921-1945*, Frankfurt a.M. 1981; Anson G. Rabinbach, «Toward a Marxist Theory of Fascism and National Socialism», *New German Critique*, 1 (1974), S. 127-153.
- 117 Tim Mason, «The Primacy of Politics – Politics and Economics in National Socialist Germany», in: Stuart J. Woolf (Hg.), *The Nature of Fascism*, London 1968, S. 165-195.
- 118 Alan S. Milward, «Fascism and the Economy», in: Walter Laqueur (Hg.), *Fascism. A Reader's Guide. Analyses, Interpretations, Bibliography*, New York 1976, S. 409-453.
- 119 Fritz Thyssens von einem Ghostwriter verfassten Erinnerungen, *I Paid Hitler*, London 1941, ist keine verlässliche Quelle; s. Henry Ashby Turner, Jr., «Fritz Thyssen and ‚I Paid Hitler‘», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 19 (1971), S. 225-244; s.a. Horst A. Wessel, *Thyssen & Co., Mülheim a. d. Ruhr. Die Geschichte einer Familie und ihrer Unternehmung*, Stuttgart 1991, S. 48 und 171.
- 120 Richard Overy, «Heavy Industry in the Third Reich. The Reichswerke Crisis», in: *War and Economy in the Third Reich*, S. 93-118. Ursprünglich in: *European History Quarterly*, 15 (1985), S. 313-339.
- 121 Richard Overy, «Primacy Always Belongs to Politics». Gustav Krupp and the Third Reich», in: *War and Economy in the Third Reich*, S. 119-143, hier S. 119-125.
- 122 Felix Somary, *The Raven of Zürich. The Memoirs of Felix Somary, London 1986 [1960]*, S. 175; allgemeiner S. 126-134; Henry Ashby Turner, *Die Grossunternehmer und der Aufstieg Hitlers zur Macht*, Berlin 1985, S. 403.
- 123 Overy, «Primacy Always Belongs to Politics», S. 135-143; Lothar Gall et al., *Krupp. Der Aufstieg eines Industrieimperiums*, Berlin 2000; William Manchester, *The Arms of Krupp 1587-1968*, Boston 1968, S. 499-511, 645-647 und 743.
- 124 Hayes, *Industry and Ideology*, S. 125-211.
- 125 Ebd., S. 158 f. und 180-183; Raymond G. Stokes, «Von der I.G. Farbenindustrie bis zur Neugründung der BASF (1925-1952)», in: Werner Abelshauser (Hg.), *Die BASF. Eine Unternehmensgeschichte*, München 2002, S. 221-358, hier S. 297f. und 288-296. Gottfried Plümpe, *Die I.G. Farben-*

- industrie AG. Wirtschaft, Technik und Politik 1914–1945*, Berlin 1990, folgt weitgehend Hayes, ist jedoch in manchen Punkten weniger kritisch; s. Peter Hayes, »Zur umstrittenen Geschichte der I. G. Farbenindustrie AG«, *Geschichte und Gesellschaft*, 18 (1992), S. 405–417; Plumpes Erwiderng überzeugt nicht: s. Gottfried Plumpe, »Antwort auf Peter Hayes«, *Geschichte und Gesellschaft*, 18 (1991), S. 526–532.
- 126 Harold James, »Die Deutsche Bank und die Diktatur«, in: Lothar Gall et al., *Die Deutsche Bank 1870–1995*, München 1993, S. 315–408; s. a. ders., *Die Deutsche Bank im Dritten Reich*, München 2003.
- 127 Einzelheiten in: *Deutschland-Berichte*, 6 (1939), S. 511–516.
- 128 Ebd., S. 611–613.
- 129 Simone Ladwig-Winters, »The Attack on Berlin Department Stores (Warenhäuser) after 1933«, in: David Bankier (Hg.), *Probing the Depths of German Antisemitism. German Society and the Persecution of the Jews, 1933–1941*, Jerusalem 2000, S. 246–267, hier S. 246–250; dies., *Wertheim – Ein Warenhausunternehmen und seine Eigentümer. Ein Beispiel der Entwicklung der Berliner Warenhäuser bis zur »Arisierung«*, Münster 1997; Klaus Strohmeier, *Warenhäuser*, Berlin 1980; Heidrun Homburg, »Warenhausunternehmen und ihre Gründer in Frankreich und Deutschland oder: eine diskrete Elite und mancherlei Mythen«, *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, (1992), S. 183–219; Rudolf Lenz, *Karstadt. Ein deutscher Warenhauskonzern 1920–1950*, Stuttgart 1995; Werner E. Mosse, *The German-Jewish Economic Elite 1820–1935. A Socio-Cultural Profile*, Oxford 1989, S. 18–20, 29–31, 70–73, 103–105, 111–113 und 140–142; s. a. Konrad Fuchs, *Ein Konzern aus Sachsen. Das Kaufhaus Schocken als Spiegelbild deutscher Wirtschaft und Politik, 1901 bis 1953*, Stuttgart 1991.
- 130 Ladwig-Winters, »The Attack«, S. 251.
- 131 Robert J. Gellately, *The Politics of Economic Despair. Shopkeepers and German Politics, 1890–1914*, London 1974, S. 41–45.
- 132 Albrecht Tyrell (Hg.), *Führer befiehl... Selbstzeugnisse aus der »Kampfzeit« der NSDAP. Dokumentation und Analyse*, Düsseldorf 1969, S. 24.
- 133 Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. Des. 310 I A Nr. 17, zit. in: Noakes und Pridham, *Nazism*, Bd. 1, S. 76.
- 134 Heinrich Uhlig, *Die Warenhäuser im Dritten Reich*, Köln 1956, S. 78f. und 88–127.
- 135 Ebd., S. 115–119; Ladwig-Winters, »The Attack«, S. 255f.; Johannes Ludwig, *Boycott – Enteignung – Mord. Die »Entjudung« der deutschen Wirtschaft*, Hamburg 1989, S. 104–127.
- 136 Interview Schachts mit Albrecht Wertheim, zit. in: Ladwig-Winters, »The Attack«, S. 256–262, Zitat S. 262; Zu den NSBO s. u.
- 137 Ladwig-Winters, »The Attack«, 263–267; zu einem bezeichnenden Beispiel für die Kampagne gegen die Warenhäuser s. Franz Fichtl et al., »*Bamberg Wirtschaft judenfrei*«. Die Verdrängung der jüdischen Geschäftsleute in den Jahren 1933 bis 1939, Bamberg, 1998, S. 66–72. Ein vor kurzem ergangenes Gerichtsurteil eröffnet die Möglichkeit einer Entschädigung an die Erben der Familie Wertheim.
- 138 Peter Longerich, *Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der natio-*

- nalsozialistischen Judenverfolgung, München 1998, S. 46-54 und 604-606; Helmut Genschei, *Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich*, Göttingen/Berlin/Frankfurt/Zürich 1966, 78-87; Gerhard Kratzsch, *Der Gauwirtschaftsapparat der NSDAP. Menschenführung – «Arisierung» – Wehrwirtschaft im Gau Westfalen-Süd*, Münster 1989, S. 117; Fichtl et al., «*Bamberg's Wirtschaft judenfrei*», S. 101-110; den besten allgemeinen Überblick bietet noch immer Avraham Barkai, *Vom Boykott zur «Entjudung». Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943*, Frankfurt a.M. 1988.
- 139 Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen*, Bd. 1, S. 110 (13. Juni 1934).
- 140 «Otto Bernheimer, ‚Kunde Göring‘», in: Hans Lamm (Hg.), *Von Juden in München*, München 1959, S. 351; Auszug aus dem Bericht des SD in Michael Wildt, *Die Judenpolitik des SD 1935-1938*, München 1995, S. 165, beides zit. in: Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, Bd. 1, *Die Jahre der Verfolgung*, München 1998, S. 254 und 256.
- 141 Joachim Meynert, *Was vor der «Endlösung» geschah. Antisemitische Ausgrenzung und Verfolgung in Minden-Ravensburg*, Münster 1988, S. 82-99.
- 142 Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 55.
- 143 Ebd.
- 144 Ebd., S. 78-88.
- 145 Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 89; Zitate ebd., S. 97f. Zu Schachts Behauptung, er habe sich gegen den Antisemitismus gewandt, s. ders., *76 Jahre meines Lebens*, S. 590; diese Behauptung wurde von seinem ersten seriösen Biographen akzeptiert: Heinz Pentzlin, *Hjalmar Schacht. Leben und Wirken einer umstrittenen Persönlichkeit*, Berlin 1980. Boelcke, *Die deutsche Wirtschaft*, S. 117-128 und 210-217, bietet eine nützliche Einführung in die «Arisierung», steht Schacht jedoch zu unkritisch gegenüber.
- 146 Schacht, *76 Jahre meines Lebens*, S. 450.
- 147 Albert Fischer, «The Minister of Economics and the Expulsion of the Jews from the German Economy», in: Bankier, *Probing the Depths of German Antisemitism*, S. 213-225; s.a. ders., *Hjalmar Schacht und Deutschlands «Judenfrage». Der «Wirtschaftsdiktator» und die Vertreibung der Juden aus der deutschen Wirtschaft*, Köln 1995.
- 148 Petra Bräutigam, *Mittelständische Unternehmer im Nationalsozialismus. Wirtschaftliche Entwicklungen und soziale Verhaltensweisen in der Schuh- und Lederindustrie Badens und Württembergs*, München 1997, S. 167-173 und 297-337.
- 149 Frank Bajohr, «The ‚Aryanization‘ of Jewish Companies and German Society. The Example of Hamburg», in: Bankier, *Probing the Depths of German Antisemitism*, S. 226-245, hier S. 227-234; ders., «Arisierung» in Hamburg. *Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933-1945*, Hamburg 1997, S. 173-216. Zu den traditionellen Einstellungen Hamburger Kaufleute s. Richard J. Evans, *Tod in Hamburg. Stadt, Gesellschaft und Politik in den Cholera-Jahren 1830-1910*, Reinbek 1990, insbes. S. 35-41; Niall Ferguson, *Paper and Iron. Hamburg Business and German Politics in the Era of Inflation 1897-1927*, Cambridge 1995, S. 60-64.
- 150 Frank Bajohr, «The ‚Aryanization‘», S. 235-238; weitere Einzelheiten in: ders.,

- «Arisierung» in Hamburg, Kap. IV.
- 151 Bajohr, «The ‚Aryanization‘», S. 234-241; ders., «Arisierung» in Hamburg, S. 174-186 und 339-343; im Gau Westfalen-Süd setzte sich das Personal des Gauwirtschaftsapparats dagegen aus «gutsituierten Unternehmern und Kauffleuten, Geschäftsführern der Industrie- und Handelskammern, Werksdirektoren, Betriebs- und Sparkassenleitern» zusammen: s. Gerhard Kratzsch, «Die ‚Entjudung‘ der mittelständischen Wirtschaft im Regierungsbezirk Arnsberg», in: Arno Herzig et al. (Hg.), *Verdrängung und Vernichtung der Juden in Westfalen*, Münster 1994, S. 91-114, hier S. 97. In anderen Regionen konnten sich dagegen die staatlichen Behörden gegen die Gauwirtschaftsberater behaupten; s. z. B. Hans-Joachim Fliedner, *Die Judenverfolgung in Mannheim*, Stuttgart 1971, S. 114, und Kratzsch, *Der Gauwirtschaftsapparat*, S. 151 und 180; Dirk Laak, «Die Mitwirkenden bei der ‚Arisierung‘. Dargestellt am Beispiel der rheinisch-westfälischen Industrieregion, 1933-1940», in: Ursula Büttner (Hg.), *Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich*, Hamburg 1992, S. 231-257.
- 152 Zum *Doppelstaat* Fraenkels (s. o.) s. Bajohr, «Arisierung» in Hamburg, S. 208, und Uwe Dietrich Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972, S. 359.
- 153 Fischer, *Hjalmar Schacht*, S. 187; Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 124 (dort das Zitat); Stefan Mehl, *Das Reichsfinanzministerium und die Verfolgung der deutschen Juden, 1933-1943*, Berlin 1990; *Deutschland-Berichte*, 5 (1938), S. 1291.
- 154 Fichtl et al., «*Bambergers Wirtschaft judenfrei*», S. 63-97 und 111-132.
- 155 Treue, «Hitlers Denkschrift», S. 204 und 210.
- 156 Longerich, *Politik der Vernichtung*, 124-126; Bajohr, «Arisierung» in Hamburg, S. 189-221; Dorothee Mussgnug, *Die Reichsfluchtsteuer 1931-1933*, Berlin 1993.
- 157 Hans Notnagel und Ewald Dähn, *Juden in Suhl. Ein geschichtlicher Überblick*, Konstanz 1995, S. 129-131; Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 126.
- 158 Albert Fischer, «Jüdische Privatbanken im ‚Dritten Reich‘», *Scripta Mercaturae. Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, 28 (1994), S. 1-54; Christopher Köpper, «Die ‚Arisierung‘ jüdischer Privatbanken im Nationalsozialismus», *Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium*, 20(1991), S. 11-16.
- 159 Christopher Köpper, «Privates Bankwesen im Nationalsozialismus. Das Bankhaus M. M. Warburg & Co.», in: Werner Plumpe und Christian Kleinschmidt (Hg.), *Unternehmen zwischen Markt und Macht. Aspekte deutscher Unternehmens- und Industriegeschichte im 20. Jahrhundert*, Essen 1992, S. 61-73; s.a. A. Joshua Sherman, «A Jewish Bank during the Schacht Era. M. M. Warburg & Co., 1933-1938», in: Arnold Paucker (Hg.), *The Jews in Nazi Germany 1933-1943*, Tübingen 1986, S. 16-76.
- 160 Barkai, *Vom Boykott zur ‚Entjudung‘*, S. 80.
- 161 Longerich, *Politik der Vernichtung*, 126f.; Avraham Barkai, «„Schicksalsjahr 1938“. Kontinuität und Verschärfung der wirtschaftlichen Ausplünderung der deutschen Juden», in: Walter Pehle (Hg.), *Der Judenpogrom 1938. Von der ‚Reichskristallnacht‘ zum Völkermord*, Frankfurt a.M. 1988, S.94-117, hier S. 96f. Die

- Zahlen beziehen sich auf das «Altreich».
- 162 Genschei, *Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft*, S. 126; allgemeiner hierzu: Günter Plum, «Wirtschaft und Erwerbsleben», in: Wolfgang Benz (Hg.), *Die Juden in Deutschland 1933-1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft*, München 1988, S. 268-313, hier S. 292-304; zu einer Lokaluntersuchung s. Meynert, *Was vor der «Endlösung» geschah*, S. 156-177.
- 163 Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 128; Barbara Händler-Lachmann und Thomas Werther, *Vergessene Geschäfte, verlorene Geschichte. Jüdisches Wirtschaftsleben in Marburg und seine Vernichtung im Nationalsozialismus*, Marburg 1992; Axel Bruns-Wüstefeld, *Lohnende Geschäfte. Die «Entjudung» der Wirtschaft am Beispiel Göttingens*, Hannover 1997; s.a. Benigna Schönhagen, *Tübingen unterm Hakenkreuz. Eine Universitätsstadt in der Zeit des Nationalsozialismus*, Tübingen 1991.
- 164 Barkai, «„Schicksalsjahr 1938“», S. 98-109; Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 126-130 und 159-161. Soweit nicht anders vermerkt, beziehen sich diese Zahlen auf das «Altreich»; bei den Zahlen der «Arisierungen» 1938 ist Österreich eingeschlossen. Weitere Einzelheiten in: Plum, «Wirtschaft», S. 304-313. Allgemeiner hierzu: Peter Hayes und Irmtrud Wojak (Hg.), «Arisierung» im Nationalsozialismus. *Volks-gemeinschaft, Raub und Gedächtnis*, Frankfurt a.M. 2000. Unter vielen nützlichen Lokal- und Regionaluntersuchungen s. vor allem: Dirk van Laak, «„Wenn einer ein Herz im Leibe hat, der lässt sich von einem deutschen Arzt behandeln“ – Die ‚Entjudung‘ der Essener Wirtschaft von 1933 bis 1941», in: Michael Zimmermann (Hg.), *Entrechtung und Selbsthilfe. Zur Geschichte der Juden in Essen unter dem Nationalsozialismus*, Essen 1994, S. 12-30; Ingo Köhler, *Die «Arisierung» der Privatbanken im Dritten Reich. Verdrängung, Ausschaltung und die Frage der Wiedergutmachung*, München 2005.
- 165 Peter Hanke, *Zur Geschichte der Juden in München zwischen 1933 und 1945*, München 1967, S. 154f., zit. in: Barkai, «„Schicksalsjahr 1938“», S. 107.
- 166 Avraham Barkai, «Die deutschen Unternehmer und die Judenpolitik im ‚Dritten Reich‘», *Geschichte und Gesellschaft*, 15 (1989), S. 227-247; Bajohr, «Arisierung» in Hamburg, S. 242-249; zu einer Lokalstudie, aus der die Vielfalt der Typen und Größen der einzelnen Unternehmen hervorgehen, s. Angelika Baumann und Andreas Heusler (Hg.), *München arisiert. Entrechtung und Enteignung der Juden in der NS-Zeit*, München 2004.
- 167 *Deutschland-Berichte*, 5 (1938), S. 750.
- 168 Ebd., 6 (1939), S. 599; s.a. Genschei, *Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft*, S. 213.
- 169 Harold James, *The Deutsche Bank and the Nazi Economic War Against the Jews; the Expropriation of Jewish-Owned Property*, Cambridge 2001, S. 36-48.
- 170 Dieter Ziegler, «Die Verdrängung der Juden aus der Dresdner Bank 1933-1938», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 47 (1999), S. 187-216; Stokes, «From the Fusion», S. 291 f. Zu den Banken allgemeiner s. Christopher Köpper, *Zwischen Marktwirtschaft und Dirigismus. Bankenpolitik im «Dritten Reich» 1933-1939*, Bonn 1995.
- 171 Paul Erker, *Industrieeliten in der NS-Zeit. Anpassungsbereitschaft und Eigeninte-*

- resse von Unternehmern in der Rüstungs- und Kriegswirtschaft 1936-1945, Passau 1993, S. 7-14.
- 172 Feldman, *Die Allianz und die deutsche Versicherungswirtschaft 1933-1945*, S. 160-187.
- 173 Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, S. 255.
- 174 Kratzsch, *Der Gauwirtschaftsapparat*, S. 217f. und 506.
- 175 James, *Die Deutsche Bank, und die «Arisierung»*, München 2001, S. 44-67.
- 176 Barkai, *Vom Boykott zur «Entjudung»*, S. 83.
- 177 *Deutschland-Berichte*, 5 (1938), S. 178.
- 178 Bräutigam, *Mittelständische Unternehmer*, S. 332-336; zum Schuhhaus Tack s. Ludwig, *Boykott – Enteignung – Mord*, S. 128-153.
- 179 Feldman, *Allianz*, S. 197-200.
- 180 James, *Die Deutsche Bank*, S. 50; Peter Hayes, «Big Business and ‚Aryanization‘ in Germany 1933-1939», *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*, 3 (1994), S. 254-281, hier S. 267. Die I.G. Farben beteiligte sich offenbar nicht an diesen Erwerbungen; s. Stokes, «From the IG Farben Fusion», S. 291.
- 181 Bernhard Lorentz, «Die Commerzbank und die ‚Arisierung‘ im Altreich. Ein Vergleich der Netzwerkstrukturen und Handlungsspielräume von Grossbanken in der NS-Zeit», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 50 (2002), S. 237-268; Ludolf Herbst und Thomas Weihe (Hg.), *Die Commerzbank und die Juden 1933-1945*, München 2004.
- 182 Ludwig, *Boykott – Enteignung – Mord*, S. 154-174.
- 183 Bajohr, «The ‚Aryanization‘», S. 242-247; Peter Hayes, «Fritz Roessler and Nazism: The Observations of a German Industrialist, 1930-37», *Central European History*, 20 (1987), S. 58-83; ausführlicher inzwischen: Peter Hayes, *From Cooperation to Complicity. Degussa in the Third Reich*, Cambridge 2004.
- 184 Frank Bajohr und Joachim Szodrzynski, «„Keine jüdische Hautcreme mehr benutzen.“ Die antisemitische Kampagne gegen die Hamburger Firma Beiersdorf», in: Arno Herzog (Hg.), *Die Juden in Hamburg 1590-1990*, Hamburg 1991, S. 15-26, Zitate und Abb. S. 519 f.
- 185 Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 127; Bajohr, «The ‚Aryanization‘», S. 242-247.
- 186 Rainer Karisch und Raymond G. Stokes, *Faktor Öl. Die Geschichte der deutschen Mineralölindustrie 1859-1974*, München 2003, S. 161 f.; Lukas Straumann und Daniel Wildmann, *Schweizer Chemieunternehmen im «Dritten Reich»*, Zürich 2001, S. 68 f.
- 187 Reinhold Billstein et al., *Working for the Enemy. Ford, General Motors and Forced Labour in Germany during the Second World War*, Oxford 2000. Zu einer Illustration der Probleme, vor denen ausländische Unternehmen standen, nachdem sie keine Möglichkeit mehr hatten, ihre Gewinne an ihre Muttergesellschaft zu überweisen, s. o. die Erörterung zur Disney Corporation, S. 161 f.
- 188 Frank Bajohr, *Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit*, Frankfurt a.M. 2001, S. 99-103.
- 189 Bajohr, *Parvenüs und Profiteure*, S. 104-118, hier S. 115; ders., «Gauleiter in Ham-

- burg. Zur Person und Tätigkeit Karl Kaufmanns», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 43 (1995), S. 27-95.
- 190 Bajohr, *Parvenüs und Profiteure*, S. 115f.; Saul K. Padover, *Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45*, Frankfurt a.M. 1999, S. 44.
- 191 Gerd R. Ueberschär und Winfried Vogel, *Dienen und Verdienen. Hitlers Geschenke an seine Eliten*, Frankfurt a.M. 1999, S. 35-55; Frank Bajohr, *Parvenüs und Profiteure*, S. 17-21.
- 192 Ueberschär und Vogel, *Dienen und Verdienen*, S. 50-69. Hindenburg erhielt 1933 eine weitere, noch grosszügigere Dotation. Franz von Papen erreichte es, dass die Witwe seines Sekretärs Herbert von Bose, der in der «Nacht der langen Messer» ermordet worden war, zu ihrer jährlichen Versorgung von 3758 Reichsmark ein Zuschuss von 2'400 Reichsmark gewährt wurde. Ebd., S. 49.
- 193 Ebd., S. 77f.
- 194 Ebd., S. 90-93. Bajohr, *Parvenüs und Profiteure*, S. 34-36; s.a. Wulf C. Schwarzwaller, *Hitlers Geld. Vom armen Kunstmaler zum millionenschweren Führer*, Wien 1998 (1986), und «Der Nazi-Diktator zahlte nicht mal Steuern», *Die Welt*, 17. Dezember 2004.
- 195 Bajohr, *Parvenüs und Profiteure*, S. 21-26. Solche Leute wurden damals im Volkstum als «Pöstchenjäger» bezeichnet.
- 196 Ebd., S. 27-33.
- 197 Herbert, «Die guten und die schlechten Zeiten», Interview mit Willi Erbach.
- 198 Steinberg, Michael Stephen, *Sabers and Brownshirts. The German Students' Path to National Socialism 1918-1935*, Chicago 1977, S. 143.
- 199 Bajohr, *Parvenüs und Profiteure*, S. 49-55.
- 200 Ebd., S. 63-68.
- 201 Ebd., S. 67-70.
- 202 Ebd., S. 71-74.
- 203 Ebd., S. 75-94; *Deutschland-Berichte*, 4 (1937), S. 549-553.
- 204 Ebd., S. 514-518.
- 205 Klempner, *Ich will Zeugnis ablegen*, Bd. 1, S. 146 (27. September 1934).
- 206 Grunberger, *Das zwölfjährige Reich. Der deutsche Alltag unter Hitler*, Wien/München/Zürich 1972, S. 384f.; Hans-Jochen Gamm, *Der Flüsterwitz im Dritten Reich*, S. 88 und 90; Kershaw, *Der Hitler-Mythos*, S. 121-130. Finck wurde später wieder freigelassen, jedoch aus der Reichskulturkammer ausgeschlossen und durfte einen Beruf nicht mehr ausüben, wirkte aber während des Kriegs bei den Programmen zur Unterhaltung der Truppe mit; Grunberger, S. 385.
- 207 Richard Overy, «Germany, 'Domestic Crisis', and War in 1939», in: *War and Economy*, S. 205-232, hier S. 214 f.
- 208 Peter Hayes, «Polycracy and Policy in the Third Reich. The Case of the Economy», in: Thomas Childers und Jane Caplan (Hg.), *Reevaluating the Third Reich*, New York 1993, S. 190-210. Zum verbleibenden Spielraum für Unternehmer und Industrielle 1939 s. Fritz Bläich, «Die bayerische Industrie 1933-1939. Elemente von Gleichschaltung, Konformismus und Selbstbehauptung», in: Broszat und Fröhlich

(Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, S. 237-280.

209 Tim Mason, «The Domestic Dynamics of Nazi Conquests. A Response to Critics», in: Childers und Caplan (Hg.), *Reevaluating the Third Reich*, S. 161-189.

210 *Deutschland-Berichte*, 6 (1939), S. 643-649; Overy, «Germany, ‚Domestic Crisis‘, and War», S. 216, Tab. 7.1.

Kapitel 5 Aufbau der Volksgemeinschaft

1 Friedrich Reck-Malleczewen, *Tagebuch eines Verzweifelten*, Lorch/Stuttgart 1947, S. 22, 50, 25, 50 und 74.

2 Ebd., S. 53

3 Ebd., S. 68.

4 Ebd., S. 42.

5 Ebd., S. 72f.

6 Ebd., S. 74 und 83 f.

7 Christine Zeile, «Ein biographischer Essay», in: Friedrich Reck, *Tagebuch eines Verzweifelten*, Frankfurt a.M. 1994, S. 251-298. Norman Stone zieht in seiner Einleitung zur englischen Ausgabe Recks adlige Herkunft ebensowenig in Zweifel wie sein Übersetzer im «Translator's Preface»; Friedrich Reck-Malleczewen, *Diary of a Man in Despair*, London 1995 (1966), S. 12 und 18. Auch Michael Burleigh, *Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Gesamtdarstellung*, Frankfurt a.M. 2000, S. 17f., bezeichnet ihn als einen «Aristokraten»; Robert Gellately in *Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft*, Paderborn/Wien/München/Zürich 1993, nennt ihn einen «Adligen aus Süddeutschland». Zu einer ausführlichen Analyse seiner Phantasien s. Alphons Kappeler, *Ein Fall von «Pseudologia phantastica» in der deutschen Literatur. Fritz Reck-Malleczewen*, 2 Bde., Göppingen 1975, Bd. 1, S. 5-17.

8 Kappeler, *Ein Fall*, Bd. 2, S. 482-492.

9 Heinz Reif, *Adel im 19. und 20. Jahrhundert*, (München 1999), S. 54, 112 und 117; Georg H. Kleine, «Adelsgenossenschaft und Nationalsozialismus», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 26 (1978), S. 100-143; Shelley Baranowski, «East Elbian Landed Elites and Germany's Turn to Fascism. The *Sonderweg* Controversy Revisited», *European History Quarterly*, 26 (1996), S. 209-240; Willibald Gutsche und Joachim Petzold, «Das Verhältnis der Hohenzollern zum Faschismus», *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 29 (1981), S. 917-939; Wolfgang Zollitsch, «Adel und adlige Machteliten in der Endphase der Weimarer Republik. Standespolitik und agrarische Interessen», in: Heinrich August Winkler (Hg.), *Die deutsche Staatskrise 1930-1933. Handlungsspielräume und Alternativen*, München 1992, S. 239-256; Karl Otmar von Aretin, «Der bayerische Adel von der Monarchie zum Dritten Reich», in: Broszat und Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, S. 513-568, insbes. S. 525, 542 und 554-556. Stephan Malinowski, *Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat*, Berlin 2003, S. 321-475, bietet einen umfassenden und gut lesbaren Überblick über adlige Klubs und

- Interessengruppen.
- 10 Heinz Höhne, *Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS*, Gütersloh 1967; Gutsche und Petzold, «Das Verhältnis der Hohenzollern zum Faschismus»; Reif, *Adel im 19. und 20. Jahrhundert*, S. 54; Allgemeiner hierzu: Martin Broszat und Klaus Schwabe (Hg.), *Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg*, München 1989.
 - 11 Malinowski, *Vom König*, S. 560-578. S.a. die Untersuchungen in: Heinz Reif (Hg.), *Adel und Bürgertum in Deutschland II: Entwicklungslinien und Wendepunkte im 20. Jahrhundert*, Berlin 2001, und die ausführlichen Beispiele in: Friedrich Keinemann, *Vom Krummstab zur Republik. Westfälischer Adel unter preussischer Herrschaft 1802-1945*, Bochum 1997, und Eckart Conze, *Von deutschem Adel. Die Grafen von Bernstorff im zwanzigsten Jahrhundert*, Stuttgart 2000.
 - 12 Tyrell, *Führer befiehl...*, S. 24; Abdr. auch in: Bärbel Duisk (Hg.), *Hitler. Reden Schriften Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933*, Bd. II, *Vom Weimarer Parteitag bis zur Reichstagswahl Juli 1926 – Mai 1928*, Teil 2, *August 1927 – Mai 1928*, München/London/New York/Paris 1992, S. 771 f.
 - 13 Evans, *Aufstieg*, S. 482-490; Corni, *Hitler and the Peasant*, S. 39-65; Dietmar Petzina, *Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit*, Wiesbaden 1977, S. 115f.
 - 14 Matthias Eidenbenz, «Blut und Boden». *Zu Funktion und Genese der Metaphern des Agrarismus und Biologismus in der nationalsozialistischen Bauernpropaganda R. W. Darrés*, Bern 1993; Oswald Spengler hat als erster die beiden Begriffe in denselben Kontext gestellt, sie allerdings als ein Gegensatzpaar behandelt; ebd., S. 2f.
 - 15 Evans, *Aufstieg*, S. 321 und 502; Gustavo Corni, «Richard Walther Darré – Der ‚Blut- und-Boden‘ Ideologe», in: Ronald Smelser et al. (Hg.), *Die braune Elite* 1, Darmstadt 1999, S. 15-27; Horst Gies, *R. Walther Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik 1930 bis 1933*, Frankfurt a.M. 1966; ders., «Die nationalsozialistische Machtergreifung auf dem agrarpolitischen Sektor», *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie*, 16 (1968), S. 210-232; John Perkins, «The German Beet-Sugar Industry and the Nazi Machtergreifung of 1933», in: William Albert and Adrian Graves (Hg.), *The International Sugar Economy in War and Depression 1914-1940*, London 1988, S. 26-35; Horst Gies, «NSDAP und landwirtschaftliche Organisationen in der Endphase der Weimarer Republik», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 15 (1967), S. 341-367; Farquharson, *The Plough*, S. 13-73; Herlemann, «Der Bauer klebt am Hergebrachten», S. 53-73.
 - 16 Horst Gies, «Die nationalsozialistische Machtergreifung»; ders., «Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Der Weg in den Reichsnährstand», *Zeitgeschichte*, 13 (1986), S. 123-141.
 - 17 Farquharson, *The Plough*, S. 107-140.
 - 18 Corni, *Hitler and the Peasants*, S. 121; Karl-Heinz Minuth (Hg.), *Die Regierung Hitler. Teil I, 1933/34* (Akten der Reichskanzlei, Regierung Hitler 1933-1938), Bd. 1, 30. Januar bis 31. August 1933, Boppard am Rhein 1983, S. 399-401.
 - 19 Corni, *Hitler and the Peasants*, S. 116-142; Farquharson, *The Plough*,

- S. 141-160.
- 20 *Deutschland-Berichte*, 1(1934), S. 52.
- 21 Ebd.
- 22 Ebd., S. 741 (November/Dezember, Bericht aus Südbayern); allgemeiner hierzu: Friedrich Grundmann, *Agrarpolitik im Dritten Reich. Anspruch und Wirklichkeit des Reichserbhofgesetzes*, Hamburg 1979; Herlemann, «*Der Bauer klebt am Hergebrachten*», S. 127-145.
- 23 *Deutschland-Berichte*, 1(1934), S. 74 ff.
- 24 Ebd., S. 232; allgemeiner hierzu s. Corni, *Hitler and the Peasants*, S. 143-155.
- 25 *Deutschland-Berichte*, 1 (1934), S. 232f.; s.a. Michael Schwartz, «Bauern vor dem Sondergericht. Resistenz und Verfolgung im bäuerlichen Milieu Westfalens», in: Anselm Faust (Hg.), *Verfolgung und Widerstand im Rheinland und in Westfalen 1933-1945*, Köln 1992, S. 113-123.
- 26 S. z. B. Herlemann, «*Der Bauer klebt am Hergebrachten*», S. 226-229.
- 27 *Deutschland-Berichte*, 4 (1937), S. 1098-1140; Beispiele S. 1100 und 1103.
- 28 Wolfram Pyta, *Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918-1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in der protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1996, S. 470-473.
- 29 Zdenek Zofka, *Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande. Eine regionale Fallstudie zur politischen Einstellung der Landbevölkerung in der Zeit des Auftrags und der Machtergreifung der NSDAP 1928-1936*, München 1979; Herlemann, «*Der Bauer klebt am Hergebrachten*», S. 77-88.
- 30 Zdenek Zofka, «Dorfeliten und NSDAP. Fallbeispiele der Gleichschaltung aus dem Kreis Günzburg», in: Broszat und Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 4, S. 383-434, hier S. 429 (Aus dem Schreiben des Landrats von Bad Aibling an die zuständige Behörde der US-Militärregierung vom 12. Dezember 1945).
- 31 Ebd., S. 431 (aus einem Schreiben des Bezirksamts Erding an die Kreisleitung Erding vom 5. März 1937).
- 32 Ebd., S. 432 (aus der Stellungnahme des Bezirksamtes München vom 27. September 1938).
- 33 Caroline Wagner, *Die NSDAP auf dem Dorf. Eine Sozialgeschichte der NS-Machtergreifung in Lippe*, Münster 1998.
- 34 Gerhard Wilke, «Village Life in Nazi Germany», in: Richard Bessel (Hg.), *Life in the Third Reich*, Oxford 1987, S. 17-24. Vgl. a. die eingehende Untersuchung von Kurt Wagner, *Leben auf dem Lande im Wandel der Industrialisierung. «Das Dorf war früher auch keine heile Welt.» Veränderung der dörflichen Lebensweise und der politischen Kultur vor dem Hintergrund der Industrialisierung am Beispiel des nordhessischen Dorfes Körle (1800-1970)*, Frankfurt a.M. 1986.
- 35 Gerhard Wilke und Kurt Wagner, «Family and Household. Social Structures in a German Village Between the Two World Wars», in: Richard J. Evans und W. R. Lee (Hg.), *The German Family. Essays on the Social History of the Family in Nineteenth- and Twentieth-century Germany*, London 1981, S. 120-147; zur Anzahl der Rundfunkgeräte s. Hans Müller, *Deutsches Bauerntum zwischen gestern und morgen*, Witzburg

- 1940, S. 28, zit. in: Richard Grunberger, *Das zwölfjährige Reich. Der deutsche Alltag unter Hitler*, Wien/München/Zürich 1972, S. 162f.
- 36 Gerhard Wilke, «The Sins of the Fathers. Village Society and Social Control in the Weimar Republic», in: Richard J. Evans and W. R. Lee (Hg.), *The German Peasantry. Conflict and Community in Rural Society from the Eighteenth to the Twentieth Century*, London 1986, S. 174-204.
- 37 Zu ähnlichen Befunden für Lippe s. Wagner, *Die NSDAP*.
- 38 Kurt Wagner und Gerhard Wilke, «Dorfleben im Dritten Reich. Körle in Hessen», in: Peukert und Reulecke (Hg.), *Die Reihen fast geschlossen*, S. 85-106. Zu einer weiteren, vergleichbaren Untersuchung s. Wolfgang Kaschuba und Carola Lipp, «Kein Volk steht auf, kein Sturm bricht los. Stationen dörflichen Lebens auf dem Weg in den Faschismus», in: Johannes Beck et al. (Hg.), *Terror und Hoffnung in Deutschland 1933-1945. Leben im Faschismus*, Reinbek 1980, S. 111-155, dies., *Dörfliches Überleben. Zur Geschichte materieller und sozialer Reproduktion ländlicher Gesellschaft im 19. und frühen 20. Jahrhundert*, Tübingen 1982, S. 232-259. Zu einer allgemeineren Einschätzung s. Wolfgang Kaschuba, *Lebenswelt und Kultur der unterbürgerlichen Schichten im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1990, S. 47-49.
- 39 Daniela Munkel, *Nationalsozialistische Agrarpolitik und Bauernalltag*, Frankfurt a.M. 1996, S. 192-320; s.a. dies., *Bauern und Nationalsozialismus. Der Landkreis Celle im Dritten Reich*, Bielefeld 1991; dies., «„Hakenkreuz und ‚Blut und Boden‘. Bäuerliches Leben im Landkreis Celle 1933-1939», *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie*, 40 (1992), S. 206-247.
- 40 S.a. die Diskussion in: Herlemann, «*Der Bauer klebt am Hergebrachten*», S. 88-119.
- 41 Munkel, *Nationalsozialistische Agrarpolitik*, S. 278-280, 319f. und 466-481; Wagner, *Die NSDAP*, betont dagegen die relativ zahlreichen Denunziationen in einigen Dörfern in Lippe. Zum Fehlschlag der Modernisierung in der Landwirtschaft s. Peter Exner, *Ländliche Gesellschaft und Landwirtschaft in Westfalen, 1919-1969*, Paderborn 1997; Joachim Lehmann, «Mecklenburgische Landwirtschaft und ‚Modernisierung‘ in den dreissiger Jahren», in: Frank Bajohr (Hg.), *Norddeutschland im Nationalsozialismus*, Marburg 1993, S. 335-346, und Daniela Munkel (Hg.), *Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn*, Göttingen 2000. Zu einer kurzen Einschätzung des Erntedankfests s. Herlemann, «*Der Bauer klebt am Hergebrachten*», S. 223.
- 42 Aus einer Fülle von Literatur s. insbesondere Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), *Die radikale Mitte. Lebensweisen und Politik von Kleinhändlern und Handwerkern in Deutschland seit 1848*, München 1985; David Blackbourn, «Between Resignation and Volatility. The German Petty Bourgeoisie in the Nineteenth Century», in: *Populists and Patricians. Essays in Modern German History*, London 1987, S. 84-113; Heinrich August Winkler, *Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik*, Köln 1972; Adelheid von Saldern, *Mittelstand im «Dritten Reich». Handwerker – Einzelhändler – Bauern*, Frankfurt a.M. 1978.

- 43 David Schoenbaum, *Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches*, Köln/Berlin 1968, S. 170f.; Saldern, *Mittelstand*, passim; *Deutschland-Berichte*, 6 (1939), S. 228-232.
- 44 Friedrich Lenger, *Sozialgeschichte der deutschen Handwerker seit 1800*, Frankfurt a.M. 1988, S. 195-203.
- 45 Fritz Blaich, *Wirtschaft und Rüstung im «Dritten Reich»*, Düsseldorf 1987, S. 19 f.; Petzina, *Die deutsche Wirtschaft*, S. 142.
- 46 Lenger, *Sozialgeschichte*, S. 135-137; Bernhard Keller, *Das Handwerk im faschistischen Deutschland. Zum Problem der Massenbasis*, Köln 1980, S. 68-84.
- 47 Schoenbaum, *Die braune Revolution*, S.185. Zu den Zwangsinnungen der Handwerker s. *Deutschland-Berichte*, 6 (1939), S. 251-254.
- 48 Lenger, *Sozialgeschichte*, S. 195-203; Schoenbaum, *Die braune Revolution*, S. 182-185; *Deutschland-Berichte*, 6 (1939), S. 876. Die von Adelheid von Saldern vertretene Ansicht, Handwerker und andere Gewerbetreibende hätten im Dritten Reich ihre Forderungen weitgehend erfüllt bekommen, ist selbst für die Zeit 1933-1936 wenig und für die Zeit danach überhaupt nicht überzeugend; s. Heinrich August Winkler, «Der entbehrliche Stand. Zur Mittelstandspolitik im ‚Dritten Reich‘», *Archiv für Sozialgeschichte*, 17 (1977), S. 1-4; Saldern, *Mittelstand*; dies., «„Alter Mittelstand“ im «Dritten Reich». Anmerkungen zu einer Kontroverse», *Geschichte und Gesellschaft*, 12 (1986), S. 235-243; Heinrich August Winkler, «Ein neuer Mythos vom alten Mittelstand. Antwort auf eine Antikritik», *Geschichte und Gesellschaft*, 12 (1986), S. 548-557.
- 49 Gerald Schröder, «Die «Wiedergeburt» der Pharmazie – 1933 bis 1934», in: Herbert Mehrtens und Steffen Richter (Hg.), *Naturwissenschaft, Technik und NS-Ideologie. Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte des Dritten Reichs*, Frankfurt a.M. 1980, S. 166-188; Franz Leimkugel, «Antisemitische Gesetzgebung in der Pharmazie, 1933-1939», in: Meinel und Voswinckel (Hg.), *Medizin*, S. 230-235.
- 50 Martin F. Brumme, «Prachtvoll fegt der eiserne Besen durch die deutschen Lande.» Die Tierärzte und das Jahr 1933», in: Meinel und Voswinckel, *Medizin*, S. 173-182.
- 51 Schoenbaum, *Die braune Revolution*, S. 179-182. Die «NS-Hago» war die Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation.
- 52 *Deutschland-Berichte*, 1 (1934), S. 49 f.
- 53 Ebd., S. Ulf.
- 54 Ebd., 2 (1935), S. 453-465, hier S. 455.
- 55 Ebd., S. 1334-1354.
- 56 Ebd., 6 (1939), S. 885.
- 57 Günther Schulz, *Die Angestellten seit dem 19. Jahrhundert*, München 2000, S. 36 f.; Michael Prinz, *Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen. Die Entwicklung des sozialen Status der Angestellten von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Zeit*, München 1986, S. 92-143 und 229.
- 58 Prinz, *Vom neuen Mittelstand*, S. 334 f.
- 59 *Deutschland-Berichte*, 3 (1936), S. 732 f.

- 60 Konrad H. Jarausch, *The Un free Professions. German Lawyers, Teachers, and Engineers, 1900-1950*, New York 1990, S. 142-161.
- 61 Kater, *Ärzte als Hitlers Helfer*, S. 75-77.
- 62 S. o., Kapitel 3 / «Kampf gegen den Intellekt».
- 63 Kater, *Ärzte als Hitlers Helfer*, S. 75-80.
- 64 Ebd., S. 60-74; 117-131; s.a. ders., «Medizin und Mediziner im Dritten Reich», *Historische Zeitschrift*, 244 (1987), S. 299-352.
- 65 Domarus, *Hitler*, S. 525.
- 66 Heinz Boberach (Hg.), *Meldungen aus dem Reich 1938-1945. Die geheimen Lageberichte der Sicherheitsdienste der SS*, 17 Bde., Herrsching 1984, Bd. 2, S. 281 (Vierteljahrslagebericht 1939 des Sicherheitshauptamtes Band 2).
- 67 Jane Caplan, *Government without Administration. State and Civil Service in Weimar and Nazi Germany*, Oxford 1988, S. 215-259.
- 68 Hans Mommsen, *Beamtenum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik*, Stuttgart 1976, S. 146-148.
- 69 Caplan, *Government*, S. 321-335.
- 70 Jane Caplan, «The Imaginary Unity of Particular Interests'. The 'Tradition' of the Civil Service in German History», *Social History*, 4 (1978), S. 299-317; dies., «Bureaucracy, Politics and the National Socialist State», in: Peter D. Stachura (Hg.), *The Shaping of the Nazi State*, London 1978, S. 234-256.
- 71 Hedda Kaishoven, *Ich denk so viel an Euch. Ein deutsch-holländischer Briefwechsel 1920-1949*, München 1995 (1991), S. 151 f.
- 72 Ebd., S. 152.
- 73 Ebd., S. 161 (3. Februar 1933).
- 74 Ebd., S. 169f. (10. März 1933).
- 75 Ebd., S. 177f. (14. März 1933).
- 76 Ebd., S. 182-184 (22. März 1933).
- 77 Ebd., S. 187 (30. März 1933).
- 78 Ebd., S. 189(6. April 1933).
- 79 Ebd., S. 199(17. Mai 1933).
- 80 Ebd., auch S. 198(12. Mai 1933).
- 81 Ebd.
- 82 Ebd., S. 202f. (25. Mai 1933).
- 83 Ebd., S. 175f. (14. März 1933).
- 84 Ebd., S. 180(14. März 1933).
- 85 Ebd., S. 189(6. April 1933).
- 86 Ebd., S. 189f. (6. April 1933).
- 87 Ebd., S. 216(18. Oktober 1933).
- 88 Ebd., S. 212f. (*Braunschweigische Landeszeitung*, 19. Oktober 1933).
- 89 Ebd., S. 236 (14. Juli 1934); hier auch der Brief ihrer Tochter vom 7. Juli.
- 90 Evans, *Aufstieg*, S. 548.
- 91 Kaishoven, *Ich denk so viel an Euch*, S. 17-31.
- 92 Hanna Haack, «Arbeitslose in Deutschland. Ergebnisse und Analyse der Berufszählung vom 16. Juni 1933», *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1986, H. 1, S. 39-69; eine brauchbare knappe Zusammenfassung in: Heinrich August Winkler, *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933*,

- Berlin 1987, S. 93-99; s. a. die klassische Untersuchung von Theodor Geiger, *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes*, Stuttgart 1932. Zur Kategorie der Erwerbspersonen gehörten ebenso die bei den Arbeitsämtern als arbeitslos Gemeldeten wie diejenigen, die eine Arbeit hatten (Erwerbstätige).
- 93 Evans, *Aufstieg*, S. 444-462 und 468-476.
- 94 Willi A. Boelcke, *Die deutsche Wirtschaft 1930-1945. Interna des Reichswirtschaftsministeriums*, Düsseldorf 1983, S. 68; Hans-Gerd Schumann, *Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der «Deutschen Arbeitsfront»*, Hannover 1958, S. 63; Ronald Smelser, *Hitlers Mann an der «Arbeitsfront»*. Robert Ley. Eine Biographie, Paderborn 1989, S. 126-135; Tim Mason, *Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft*, Opladen 1977, S. 76-98.
- 95 Smelser, *Hitlers Mann an der «Arbeitsfront»*, S. 136-144.
- 96 Schumann, *Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung*, S. 63-65.
- 97 Ronald Smelser, «Robert Ley – Der braune Kollektivist», in: ders. und Zitelmann (Hg.), *Die braune Elite 1*, S. 173-188, hier S. 174f.; ausführlicher Smelser, *Hitlers Mann an der «Arbeitsfront»*, S. 17-26.
- 98 Smelser, *Hitlers Mann an der «Arbeitsfront»*, S. 27-76.
- 99 Ebd., S. 136-149.
- 100 Ebd., S. 137-141.
- 101 Timothy W. Mason, «The Workers' Opposition in Nazi Germany», *History Workshop Journal*, 11 (1987), S. 120-137.
- 102 Smelser, *Hitlers Mann an der «Arbeitsfront»*, S. 174-177; Noakes und Pridham, *Nazism*, Bd. 2, S. 149.
- 103 *Arbeitertum*, 1. 11. 1933, zit. in: Martin Broszat, *Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung*, München 1969, S. 190 (Anm.); Schoenbaum, *Die braune Revolution*, S. 117-128.
- 104 Heidrun Homburg, *Rationalisierung und Industriearbeit. Arbeitsmarkt – Management – Arbeiterschaft im Siemens-Konzern Berlin 1900-1939*, Berlin 1991, S. 681 f.
- 105 Smelser, *Hitlers Mann an der «Arbeitsfront»*, S. 112-120; Speer, *Erinnerungen*, S. 230 f.; Hans-Peter Bleuel, *Das saubere Reich*, München/Wien 1972, S. 9.
- 106 Bajohr, *Parvenüs*, S. 55-62
- 107 *Deutschland-Berichte*, 4 (1937), S. 538-540.
- 108 Baranowski, *Strength Through Joy*, S. 11-51; s.a. Hermann Weiss, «Ideologie der Freizeit im Dritten Reich. Die NS-Gemeinschaft ‚Kraft durch Freude‘», *Archiv für Sozialgeschichte*, 33 (1993), S. 289-303.
- 109 *Deutschland-Berichte*, 6 (1939), S. 463.
- 110 Baranowski, *Strength Through Joy*, S. 51-66; s.a. Adelheid von Saldern, «Art for the People». From Cultural Conservatism to Nazi Cultural Policies», in: *The Challenge of Modernity. German Social and Cultural Studies, 1890-1960*, Ann Arbor 2002, S. 322-329; Michael Schneider, *Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933-1945*, Bonn 1999, S. 228 f.
- 111 *Deutschland-Berichte*, 5 (1938), S. 158.
- 112 Baranowski, *Strength Through Joy*, S. 118-142; Schneider, *Unterm Hakenkreuz*,

- S. 230 f.
- 113 Baranowski, *Strength Through Joy*, S. 142-154.
- 114 *Deutschland-Berichte*, 2 (1935), S. 176; ähnliche Berichte ebd., S. 846.
- 115 Ebd., 6(1939), S. 468.
- 116 Baranowski, *Strength Through Joy*, S. 165-167; *Deutschland-Berichte*, 6 (1939), S. 472.
- 117 Jürgen Rostock und Franz Zadniecek, *Paradiesruinen. Das KdF-Seebad der Zwanzigtausend auf Rügen*, Berlin 1995; Baranowski, *Strength Through Joy*, S. 155-161 und 231; Hasso Spode, «Ein Seebad für zwanzigtausend Volksgenossen: Zur Grammatik und Geschichte des Fordistischen Urlaubs», in: Peter J. Brenner (Hg.), *Reisekultur in Deutschland. Von der Weimarer Republik zum «Dritten Reich»*, Tübingen 1997, S. 7-47; zu einem Vergleich mit England s. John K. Walton, *The British Seaside. Holidays and Resorts in the Twentieth Century*, Manchester 2000. Das KdF-Seebad Rügen hatte eine Alltagsparallele für Arbeiter in der «KdF-Stadt», in der die Arbeiter des neuen Volkswagenwerks wohnen sollten; Mommsen und Grieger, *Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich*, S. 250-282.
- 118 Baranowski, *Strength Through Joy*, S. 66-74; *Deutschland-Berichte*, 2 (1935), S. 175; weitere Berichte zu den KdF-Ferienreisen ebd., 5 (1938), S. 165-275, und 6 (1939), S. 468-485 und 879-887.
- 119 Baranowski, *Strength Through Joy*, S. 166-175.
- 120 Ebd., S. 162-175; Mason, *Sozialpolitik im Dritten Reich*, S. 185, Anm. 20. William D. Bayles, *Caesars in Goosestep*, New York 1940; *Deutschland-Berichte*, 1 (1934), 524; ebd. 6 (1939), S. 479.
- 121 *Deutschland-Berichte*, 3 (1936), S. 884.
- 122 Hasso Spode, «„Der deutsche Arbeiter reist“. Massentourismus im Dritten Reich», in: Gerhard Huck (Hg.), *Sozialgeschichte der Freizeit. Untersuchungen zum Wandel der Alltagskultur in Deutschland*, Wuppertal 1980, S. 281-306; Schneider, *Unterm Hakenkreuz*, S. 670-678; *Deutschland-Berichte*, 1 (1934), S. 523-527.
- 123 *Siemens-Mitteilungen*, Februar und Juni 1934, zit. in: Mason, *Sozialpolitik im Dritten Reich*, S. 183f.; *Deutschland-Berichte* 1 (1934), S. 523.
- 124 *Deutschland-Berichte*, 6 (1939), S. 474.
- 125 Ebd., 5(1938), S. 172.
- 126 Mason, *Sozialpolitik im Dritten Reich*, S. 182-185.
- 127 *Deutschland-Berichte*, 6 (1939), S. 468.
- 128 Ulrich Herbert, «„Die guten und die schlechten Zeiten“. Überlegungen zu einer diachronen Analyse lebensgeschichtlicher Interviews», in: Niethammer (Hg.), *«Die Jahre weiss man nicht, wo man die heute hinsetzen soll»*, S. 67-96.
- 129 Schneider, *Unterm Hakenkreuz*, S. 676; *Deutschland-Berichte*, 6 (1939), S. 474.
- 130 Ebd., 2 (1935), S. 1455f.
- 131 Ebd., S. 849.
- 132 Zu einer wichtigen Untersuchung dieses Prozesses s. Lynn Abrams, *Workers' Culture in Imperial Germany. Leisure and Recreation in the Rhineland and Westphalia*, London 1992; zu den kulturellen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung s.

- u.a. Vernon L. Lidtke, *The Alternative Culture. Socialist Labor in Imperial Germany*, New York 1985, und W. L. Guttsman, *Workers' Culture in Weimar Germany. Between Tradition and Commitment*, Oxford 1990.
- 133 Baranowski, *Strength Through Joy*, S. 165.
- 134 Schneider, *Unterm Hakenkreuz*, S. 672; Christine Keitz, «Die Anfänge des modernen Massentourismus in der Weimarer Republik», *Archiv für Sozialgeschichte*, 33 (1993), S. 179-209, hier S. 192.
- 135 S. Kristin A. Semmens, *Seeing Hitler's Germany. Domestic Tourism in the Third Reich*, London 2005.
- 136 Baranowski, *Strength Through Joy*, S. 75-117; Chup Friemert, *Schönheit der Arbeit. Produktionsästhetik im Faschismus*, München 1980; und Anson G. Rabinbach, «The Aesthetics of Production in the Third Reich», in: George L. Mosse (Hg.), *International Fascism. New Thoughts and New Approaches*, London 1979, S. 189-222. Zu einem Beispiel s. Matthias Frese, *Betriebspolitik im «Dritten Reich». Deutsche Arbeitsfront, Unternehmer und Staatsbürokratie in der westdeutschen Grossindustrie, 1933-1939*, Paderborn 1991, S. 383-395; weitere Beispiele in: *Deutschland-Berichte*, 3 (1936), S. 886f. und 5 (1938), S. 173-175.
- 137 Ebd., 6 (1939), S. 463.
- 138 Ebd., 2 (1935), S. 846.
- 139 Schneider, *Unterm Hakenkreuz*, S. 678.
- 140 Blaich, *Wirtschaft und Rüstung im «Dritten Reich»*, S. 19f.
- 141 «Upswing Without Prosperity? Some Notes on the Development in the Lower Income Classes in Germany», Beilage zum *Weekly Report of the German Institute for Business Research*, Berlin, 24. Februar 1937.
- 142 Rüdiger Hachtmann, *Industriearbeit im «Dritten Reich». Untersuchungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland 1933-1945*, Göttingen 1989, S. 156-159; Dietmar Petzina et al. (Hg.), *Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III: Materialien zur Statistik des Reiches 1914-1945*, München 1978, S. 98; Mason, *Sozialpolitik im Dritten Reich*, S. 148-156.
- 143 Schneider, *Unterm Hakenkreuz*, S. 546-552.
- 144 Petzina et al., *Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III*, S. 103.
- 145 Klaus Wisotzky, *Der Ruhrbergbau im Dritten Reich. Studien zur Sozialpolitik im Ruhrbergbau und zum sozialen Verhalten der Bergleute in den Jahren 1933 bis 1939*, Düsseldorf 1983, S. 81-87; *Deutschland-Berichte*, 5 (1938), S. 311f.
- 146 S. z.B. Michael Stahlmann, *Die erste Revolution in der Autoindustrie. Management und Arbeitspolitik von 1900-1940*, Frankfurt a.M. 1993, S. 85-88 (über Opel); Magnus Tessner, *Die deutsche Automobilindustrie im Strukturwandel von 1919 bis 1938*, Köln 1994, S. 205f.; s.a. Homburg, *Rationalisierung*, passim.
- 147 *Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936-1939*, Opladen 1975, S. 669f.; *Deutschland-Berichte*, 6 (1939), S. 163-167; zur Disziplinierung der Arbeiterschaft in der Automobilindustrie s. Ernst Kaiser und Michael Knorn, «Wir lebten und schliefen zwischen den Toten. «Rüstungsproduktion, Zwangsarbeit und Vernichtung in den Frankfurter Adlerwerken», Frankfurt a.M. 1994, S. 39-48

- 148 *Deutschland-Berichte*, 6 (1939), S. 160.
- 149 Mason, *Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft*, S. 198-203.
- 150 Bernard P. Bellon, *Mercedes in Peace and War. German Automobile Workers, 1903-1945*, New York 1990, S. 227.
- 151 Mason, *Sozialpolitik im Dritten Reich*, S. 214 ff.; ders., *Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft*, S. 463f.
- 152 *Deutschland-Berichte*, 6 (1939), S. 167f. und 338-346.
- 153 Mason, *Sozialpolitik im Dritten Reich*, S.320-322; *Deutschland-Berichte*, 5 (1938), S. 1086-1094; 6 (1939), S. 353-358; zu einem ausführlichen Beispiel s. Andreas Meyhoff, *Blohm und Voss im «Dritten Reich». Eine Hamburger Grosswerft zwischen Geschäft und Politik*, Hamburg 2001.
- 154 Herbert, «„Die guten und die schlechten Zeiten“», S. 93; zu der These, dass Klassenkonflikte dieser Art zu einer Vorkriegskrise beigetragen hätten, s. Timothy W. Mason, «Arbeiteropposition im nationalsozialistischen Deutschland», in: Peukert und Reulecke (Hg.), *Die Reihen fast geschlossen*, S. 293-314; zu seiner späteren Position s., *Social Policy*, S. 275-331; eine ausgewogene Einschätzung in: Schneider, *Unterm Hakenkreuz*, S. 752-765; zu einer ausführlichen Detailstudie s. Klaus Tenfelde, «Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900 bis 1945», in: Broszat und Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 4, S. 1-382, hier S. 320-337.
- 155 Adolf Hitler, *Mein Kampf*, München 1935.
- 156 Evans, *Aufstieg*, S. 221-227 und 495-498; David F. Crew, *Germans on Welfare. From Weimar to Hitler*, New York 1998, S. 6 und 212-215.
- 157 Florian Tennstedt, «Wohltat und Interesse. Das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes. Die Weimarer Vorgeschichte und ihre Instrumentalisierung durch das NS-Regime», *Geschichte und Gesellschaft*, 13 (1987), S. 157-180; Herwart Vorländer, *Die NSV. Darstellung und Dokumentation einer nationalsozialistischen Organisation*, Boppard am Rhein 1988, S. 228f.
- 158 Thomas E. de Witt, «„The Struggle Against Hunger and Cold’. Winter Relief in Nazi Germany, 1933-1939», *Canadian Journal of History*, 12 (1978), S. 361-381.
- 159 Vorländer, *Die NSV*, S. 4f. und 44-62
- 160 Ebd., S. 230; *Deutschland-Berichte*, 2 (1935), S. 1430, und 5 (1938), S. 77-115; De Witt, «„The Struggle Against Hunger’».
- 161 De Witt, «„The Struggle Against Hunger»; s.a. Herwart Vorländer, «NS-Volkswohlfahrt und Winterhilfswerk des deutschen Volkes», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 34 (1986), S. 341-380; ders., *Die NSV*, S. 53f.
- 162 De Witt, «„The Struggle Against Hungen»; Speer, *Erinnerungen*, S. 134; Vorländer, *Die NSV*, S. 33 f.
- 163 Ebd., S. 6-37.
- 164 Ebd., S. 214 und 10.
- 165 Zit. in: Adelheid Gräfin zu Castell Rüderhausen, «„Nicht mitzuleiden, mitzukämpfen sind wir da! Nationalsozialistische Volkswohlfahrt im Gau Westfalen-Nord», in: Peukert und Reulecke (Hg.), *Die Reihen fast geschlossen*, S. 223-244, hier S. 224 f.
- 166 *Deutschland-Berichte*, 2 (1935), S. 1421-1447; Castell Rüderhausen, «„Nicht mit-

- zuleiden'»; Hans-Jochen Gamm, *Der Flüsterwitz im Dritten Reich. Mündliche Dokumente zur Lage der Deutschen während des Nationalsozialismus*, München 1990 (1963), S. 88-90. S.a. Peter Zolling, *Zwischen Integration und Segregation. Sozialpolitik im «Dritten Reich» am Beispiel der «Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt» (NSV) in Hamburg*, Frankfurt a.M. 1986.
- 167 *Deutschland-Berichte*, 2 (1935), S. 1447-1455; s.a. ebd., 1 (1934), S. 42-48.
- 168 Maschmann, *Fazit*.
- 169 Ebd.
- 170 Kershaw, *Der Hitler-Mythos*. S. 86 f. und 97-99.
- 171 William Sheridan Allen, *The Nazi Seizure of Power. The Experience of a Single German Town 1922-1945*, 2. Aufl., New York 1984, S. 266-73.
- 172 Ebd.
- 173 Ebd.
- 174 Ebd., S. 274-291. S.a. die überaus detailreiche, wenngleich stärker politisch orientierte Lokalstudie von Walter Struve, *Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus in einer industriellen Kleinstadt. Osterode am Harz 1918-1945*, Essen 1992, und die von Lawrence D. Stokes herausgegebene dokumentarische Sammlung *Kleinstadt und Nationalsozialismus. Ausgewählte Dokumente zur Geschichte von Eutin 1918-1945*, Neumünster 1984.
- 175 Bernd Stöver, *Volksgemeinschaft im Dritten Reich. Die Konsensbereitschaft der Deutschen aus der Sicht sozialistischer Exilberichte*, Düsseldorf 1993, S. 115-203, und 421.
- 176 Domarus, *Hitler*, S. 349-351.
- 177 Ebd., S. 690.
- 178 *Völkischer Beobachter*, 29. September 1935, zit. in: Schoenbaum, *Die braune Revolution*, S. 98.
- 179 Zu Recks Ansichten s. *Tagebuch eines Verzweifelten*.
- 180 Staatsarchiv Hamburg 622-1: Familie Solmitz: Luise Solmitz geb. Stephan, 1889-1973, Tagebuch: Bd. 28 und 29 (Eintragungen vom 28. April 1933).
- 181 Zu einem selektiven Vergleich s. Richard Overy, *Die Diktatoren. Hitlers Deutschland, Stalins Russland*, München 2005, S. 297-354; zu der Behauptung, das Dritte Reich habe die deutsche Gesellschaft mittels einer keynesianischen Wirtschaftspolitik und der Zerschlagung traditioneller sozialer Institutionen wie die Gewerkschaften modernisiert, s. Werner Abeishauer und Anselm Faust, *Wirtschafts- und Sozialpolitik. Eine nationalsozialistische Revolution*, Tübingen 1983.
- 182 Henry Ashby Turner, Jr., «Fascism and Modernization», in: ders. (Hg.), *Reappraisals of Fascism*, New York 1975, S. 117-139.
- 183 S. die nützliche Diskussion in Ian Kershaw, *Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick*, Reinbek 2002, S. 239-266; Horst Matzerath und Heinrich Volkmann, «Modernisierungstheorie und Nationalsozialismus», in: Jürgen Kocka (Hg.), *Theorien in der Praxis des Historikers*, Göttingen 1977, S. 86-116; Jeremy Noakes, «Nazism and Revolution», in: Noel O'Sullivan (Hg.), *Revolutionary Theory and Political Reality*, London 1983, S. 73-100. Zu der Ansicht, der Nationalsozialismus habe bewusst danach gestrebt, die deutsche Gesellschaft

zu modernisieren, s. Rainer Zitelmann, *Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs*, Stuttgart 1991. Diese Auffassung wird nicht von vielen akzeptiert, zumindest nicht in der Form, wie Zitelmann sie vertreten hat.

Kapitel 6 Auf der Suche nach der rassistischen Utopie

- 1 Paul Weindling, *Health, Race and German Politics between National Unification and Nazism, 1870-194*, Cambridge 1989, S. 60-84; Evans, *Aufstieg*, S. 83-88; Robert N. Proctor, *Racial Hygiene. Medicine under the Nazis*, London 1988, S. 47.
- 2 Evans, *Aufstieg*, S. 83-88 und 494 ff.; Hans-Walter Schmuhl, *Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung «lebensunwerten Lebens»*, 1890-1945, Göttingen 1987, S. 49-105.
- 3 Weindling, *Health, Race and German Politics*, S. 489-503.
- 4 Zit. nach: Schmuhl, *Rassenhygiene*, S. 154, vgl. auch Peter Longerich, *Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung*, München 1998, S. 59 ff.
- 5 Evans, *Aufstieg*, S. 86, 227 und 494-498; Proctor, *Racial Hygiene*, S. 10-104 (S. 95 zu Fricks Kommission); Schmuhl, *Rassenhygiene*, S. 154-168; Ganssmüller, *Die Erbgesundheitspolitik*, 42-72; Jeremy Noakes, «Nazism and Eugenics. The Background to the Nazi Sterilization Law of 14 July 1933», in: Roger Bullen et al. (Hg.), *Ideas into Politics*, London 1984, S. 75-94.
- 6 Gisela Bock, *Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Frauenpolitik und Rassenpolitik*, Opladen 1986, S. 230-233; Ganssmüller, *Die Erbgesundheitspolitik*, S. 45 f.
- 7 Ganssmüller, *Die Erbgesundheitspolitik*, S. 53-60.
- 8 Michael Burleigh, *Tod und Erlösung. Euthanasie in Deutschland 1900-1945*, Zürich 2002.
- 9 Zit. in: Andrea Brücks, «Zwangssterilisation gegen ‚Ballastexistenzen‘», in: Klaus Frahm et al. (Hg.), *Verachtet-verfolgt-vernichtet. Zu den «vergessenen» Opfern des NS-Regimes*, Hamburg 1986, S. 103-108.
- 10 Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 61f.
- 11 Joachim Müller, *Sterilisation und Gesetzgebung bis 1933*, Husum 1985; Wachsmann, *Gefangen unter Hitler*, S. 151 (Vierstein-Zitat).
- 12 Michael Schwartz, *Sozialistische Eugenik. Eugenische Sozialtechnologien in Debatten und Politik der Deutschen Sozialdemokratie 1890-1933*, Bonn 1995.
- 13 Wachsmann, *Gefangen unter Hitler*, S. 151-156.
- 14 Wilhelm Frick, «Bevölkerungs- und Rassepolitik», in: Elsbeth Unverricht (Hg.) *Unsere Zeit und Wir*, Gauting 1933, S. 97-109, hier S. 103, zit. in: Klaus-Dieter Thomann, «„Krüppel sind nicht minderwertige Körperbehinderte im Nationalsozialismus“», in: Meinel und Voswinkel (Hg.), *Medizin*, S. 208-220, hier S. 208-212.
- 15 Thomann, «„Krüppel sind nicht minderwertige“», S. 213-216.
- 16 Dieter Rossmeissl, «Ganz Deutschland wird zum Führer halten...» *Zur politischen*

- Erziehung in den Schulen des Dritten Reiches*, Frankfurt a.M. 1985, S. 134.
- 17 Proctor, *Racial Hygiene*, S. 95-101; Stefan Kühl, *The Nazi Connection. Eugenies, American Racism and German National Socialism*, New York 1994.
- 18 Alberto Spektorowski und Elisabeth Mizrahi, «Eugenies and the Welfare State in Sweden. The Politics of Social Margins and the Idea of a Productive Society», *Journal of Contemporary History*, 39 (2004), S. 333-352; Alex Duval Smith und Maciej Zeremba, «Outcasts from Nordic Super-Race», *The Observer*, 24. August 1997, S. 6.
- 19 Proctor, *Racial Hygiene*, S. 171.
- 20 Ebd., S. 123.
- 21 James Woycke, *Birth Control in Germany 1871-1933*, London 1988, S. 154; Evans, *Aufstieg*, S. 492-495; Matthew Stibbe, *Women in the Third Reich*, London 2003, S. 43; Henry P. David et al., «Abortion and Eugenies in Nazi Germany», *Population and Development Review*, 14 (1988), S. 81-112.
- 22 Proctor, *Racial Hygiene*, S. 124.
- 23 Richard J. Evans, *The Feminist Movement in Germany 1894-1933*, London 1976, S. 255-260; ders., *Aufstieg*, S. 274 f.
- 24 Stibbe, *Women*, S. 34-7; Jill Stephenson, *The Nazi Organization of Women*, London 1981, S. 97-125; dies., «The Nazi Organisation of Women, 1933-1939», in: Peter D. Stachura (Hg.), *The Shaping of the Nazi State*, London 1978, S. 186-209.
- 25 Irmgard Weyrather, *Muttertag und Mutterkreuz. Die Kult um die «deutsche Mutter» im Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M. 1993, bes. S. 55-84; Susanna Dammer, «Kinder, Küche, Kriegsarbeit – Die Schulung der Frauen durch die NS-Frauenschaft», in: Frauengruppe Faschismusforschung (Hg.), *Mutterkreuz*, S. 215-245; Karin Hausen, «Mother's Day in the Weimar Republic», in: Renate Bridenthai et al. (Hg.), *When Biology Became Destiny. Women in Weimar and Nazi Germany*, New York 1984, S. 131-152; dies., «The 'German Mother's Day' 1923-1933», in: Hans Medick und David Sabean (Hg.), *Interest and Emotion. Essays in the Study of Family and Kinship*, Cambridge 1984, S. 371-413.
- 26 Irmgard Reichenau (Hg.), *Deutsche Frauen an Adolf Hitler*, Leipzig 1933, zit. nach: Stibbe, *Women*, S. 34-40; Claudia Koonz, *Mütter im Vaterland. Frauen im Dritten Reich*, Freiburg 1991, S. 209-266; Stephenson, *The Nazi Organization*, S. 130-177; Lisa Pine, *Nazi Family Policy 1933-1945*, Oxford 1997, S. 47-81; Michael Kater, «Die deutsche Elternschaft im nationalsozialistischen Erziehungssystem. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Familie», *Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, 67 (1980), S. 484-512; Susanna Dammer, «Kinder, Küche, Kriegsarbeit – Die Schulung der Frauen durch die NS-Frauenschaft», in: Frauengruppe Faschismusforschung, *Mutterkreuz*, S. 215-245.
- 27 Pine, *Nazi Family Policy*, S. 88-116; Dorothee Klinksiel, *Die Frau im NS-Staat*, Stuttgart 1982, S. 93; Jill Stephenson, «Reichsbund der Kinderreichen. The League of Large Families in the Population Policy of Nazi Germany», *European Studies Review*, 9 (1979), S. 50-375.
- 28 Peter Marschalck, *Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhun-*

- dert, Frankfurt a.M. 1984, S. 158.
- 29 Gisela Bock, «Antinatalism, Maternity and Paternity» in: Crew, *Nazism*, S. 110-140, hier S. 124.
- 30 Marschalck, *Bevölkerungsgeschichte*, S. 159.
- 31 Proctor, *Racial Hygiene*, S. 126.
- 32 Stübbe, *Women*, S. 57f.; Bock, *Zwangssterilisation*, S. 166f.
- 33 Klinksiek, *Die Frau im NS-Staat*, S. 80-82; Pine, *Nazi Family Policy*, S. 16-18; Gabrielle Czarnowski, «The Value of Marriage for the *Volksgemeinschaft*. Policies towards Women and Marriage under National Socialism», in: Richard Bessel (Hg.), *Fascist Italy and Nazi Germany. Comparisons and Contrasts*, Cambridge 1996, S. 94-112, hier S. 107f.; Stephenson, *Women*, S. 41-43.
- 34 Ganssmüller, *Die Erbgesundheitspolitik*, S. 133-147.
- 35 Höhne, *Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS*, Gütersloh 1967, S.; Lisa Pine, *Nazi Family Policy, 1933-1945*, Oxford 1997, S. 38-46; C. Clay und M. Leapman, *Master Race. The Lebensborn Experiment in Nazi Germany*, London 1996.
- 36 Irene Guenther, *Nazi chic? Fashioning women in the Third Reich*, Oxford 2004, S. 91-142.
- 37 Ebd., S. 91-142 und 167-201.
- 38 Das war die hauptsächliche Debatte der achtziger Jahre zwischen Claudia Koonz, *Mütter im Vaterland*, und Gisela Bock, «Anti-Natalism, Maternity and Paternity». Koonz betonte die Schaffung einer geschützten häuslichen Sphäre und damit das Einverständnis der Frauen mit der Gewalttätigkeit und dem Hass der Männer in der öffentlichen Sphäre, sofern sie diese nicht sogar darin bestärkt hatten; Bock dagegen stellt die Unterdrückung der Frauen durch die zunehmend interventionistischen, gewaltsamen und negativen Massnahmen des Regimes gegenüber Frauen als Mütter in den Vordergrund. Diese Debatte beruht weitgehend auf einem Missverständnis; vgl. Adelheid von Saldern, «Victims or Perpetrators? Controversies about the Role of Women in the Nazi State», in: Crew, *Nazism*, S. 141-165, und Dagmar Reese und Carola Sachse, «Frauenforschung zum Nationalsozialismus. Eine Bilanz», in: Lerke Gravenhorst und Carmen Tatschmurat (Hg.), *Töchter-Fragen. NS-Fraugeschichte*, Freiburg 1990.
- 39 Maria S. Quine, *Population Politics in Twentieth Century Europe. Fascist Dictatorships and Liberal Democracies*, London 1996. Richard Stites, *The Womens' Liberation Movement in Russia. Feminism, Nihilism, and Bolshevism, 1860-1930*, Princeton, N. J. 1978.
- 40 Sybil H. Milton veranschlagt ihre Zahl mit 35'000 wesentlich höher; vgl. dies., «Gypsies' as Social Outsiders in Nazi Germany», in: Gellately und Stoltzfus, *Social Outsiders*, S. 212-232, hier S. 212. Wie Guenter Lewy, «Rückkehr nicht erwünscht». *Die Verfolgung der Zigeuner im Dritten Reich*, Berlin 2002, S. 7-11, feststellt, hat man sich in Deutschland im späten 20. Jahrhundert darauf geeinigt, Zigeuner mit ihren Stammesnamen zu bezeichnen (Sinti und Roma, während die kleinste Gruppe, die Lalleri, aus unerfindlichen Gründen in der Regel ungenannt

- bleiben), weil die Nationalsozialisten den Sammelbegriff «Zigeuner» gebraucht hatten. Die Argumente hierfür werden noch einmal zusammengefasst in: Michael Burleigh und Wolfgang Wippermann, *The Racial State. Germany 1933-1945*, Cambridge 1991, S. 113. Doch die Tatsache, dass die Nationalsozialisten diesen Begriff gebraucht haben, macht ihn noch nicht zu einer Schmähung, und wie Lewy in seinem Vorwort feststellt, haben «mehrere Zigeunerautoren gefordert, [den Begriff] weiter zu gebrauchen, um die historische Kontinuität zu erhalten und sich mit denen solidarisch zu erklären, die unter diesem Namen verfolgt worden sind». Im Anschluss an Lewy wird im Folgenden die Bezeichnung «Zigeuner» gebraucht.
- 41 Evans, «Social Outsiders»; Michael Zimmermann, *Verfolgt, vertrieben, vernichtet. Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik, gegen Sinti und Roma*, Essen 1989, S. 14-42; ders., *Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische «Lösung der Zigeunerfrage»*, Hamburg 1996; Rainer Hehemann, *Die «Bekämpfung des Zigeunerunwesens» im Wilhelminischen Deutschland und in der Weimarer Republik, 1871-1933*, Frankfurt a.M. 1987; Joachim S. Hohmann, *Geschichte der Zigeuner-Verfolgung in Deutschland*, Frankfurt a.M. 1981; Leo Lucassen, *Zigeuner. Die Geschichte eines polizeilichen Ordnungsbegriffes in Deutschland 1700-1945*, Köln 1996; Joachim S. Hohmann, *Verfolgte ohne Heimat. Die Geschichte der Zigeuner in Deutschland*, Frankfurt a.M. 1990. Das bayerische Gesetz ist in Auszügen abgedruckt in: Burleigh und Wippermann, *The Racial State*, S. 114f. nach *Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Bayern 1926*, S. 359ff.
- 42 Wolfgang Wippermann und Ute Brucker-Boroujerdi, «Nationalsozialistische Zwangslager in Berlin III: Das ‚Zigeunerlager Marzahn‘», *Berliner Forschungen*, 2 (1987), S. 189-194; Eva von Hase-Mihalik und Doris Kreuzkamp, «*Du kriegst auch einen schönen Wohnwagen*». *Zwangslager für Sinti und Roma während des Nationalsozialismus in Frankfurt a.M.*, Frankfurt a.M. 1990; Karola Fings und Frank Sparing, «*z.Zt. Zigeunerlager*». *Die Verfolgung der Düsseldorfer Sinti und Roma im Nationalsozialismus*, Köln 1992; Frank Sparing, «The Gypsy Camps», in: Karola Fings et al., *From «Race Science» to the Camps. The Gypsies during the Second World War*, 2 Bde., Hatfield 1997, S. 40-70.
- 43 Lewy, «*Rückkehr unerwünscht*», S. 35-68; Joachim S. Hohmann, *Robert Ritter und die Erben der Kriminalbiologie. «Zigeunerforschung» im Nationalsozialismus und in Westdeutschland im Zeichen des Rassismus*, Frankfurt a.M. 1991. Runderlass des Reichsführers SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Inneren vom 8. 12. 1938 «*Bekämpfung der Zigeunerplage*», in: Ministerialblatt des Reichs- und Preussischen Ministeriums des Inneren, Nr. 51, S. 2105.
- 44 Lewy, «*Rückkehr nicht erwünscht*», S. 69-79; Proctor, *Racial Hygiene*, S. 214f.; Herbert Heuss, «German Policies of Gypsy Persecution», in: Fings et al., *From «Race Science» to the Camps*, S. 15-37; Karola Fings, «Romanies and Sinti in the Concentration Camps», ebd., S. 77-109; s.a. Ulrich König, *Sinti und Roma unter dem Nationalsozialismus. Verfolgung und Widerstand*, Bochum, 1989, S. 75-82,

- und Wolfgang Wippermann, *Das Leben in Frankfurt a.M. zur NS-Zeit*, Bd. 2, *Die nationalsozialistische Zigeunerverfolgung*, Frankfurt a.M. 1986, S. 20-31.
- 45 Evans, *Aufstieg*, S. 275 f.
- 46 Reiner Pommerin, «Sterilisierung der Rheinlandbastarde». *Das Schicksal einer farbigen deutschen Minderheit 1918-1937*, Düsseldorf 1979, S. 56-77; Proctor, *Racial Hygiene*, S. 112-114.
- 47 Pommerin, «Sterilisierung», S. 77-84.
- 48 Evans, *Aufstieg*, S. 207-209.
- 49 Burkhard Jellonek, *Homosexuelle unter dem Hakenkreuz. Die Verfolgung von Homosexuellen im Dritten Reich*, Paderborn 1990, S. 19-50; Richard Plant, *The Pink Triangle. The Nazi War Against Homosexuals*, Edinburgh 1987 (1986), S. 72-104; Bradley F. Smith und Agnes F. Peterson (Hg.), *Heinrich Himmler. Geheimreden 1933-1945*, Frankfurt a.M. 1974, S. 90 f. und 93-104; Geoffrey J. Giles, «The Institutionalization of Homosexual Panic in the Third Reich», in: Gellately und Stoltzfus, *Social Outsiders*, S. 233-255.
- 50 Claudia Schoppmann, *Days of Masquerade. Life Stories of Lesbians During the Third Reich*, New York 1996 (1993).
- 51 Jellonek, *Homosexuelle*, S. 51-94; Proctor, *Racial Hygiene*, S. 212-214.
- 52 Jellonek, *Homosexuelle*, S. 95-110; Hans-Georg Stümke, «Vom ‚unausgeglichenen Geschlechtshaushalt‘. Zur Verfolgung Homosexueller», in: Klaus Frahm et al. (Hg.), *Verachtet, verfolgt, vernichtet. Zu den vergessenen Opfern des NS-Regimes*, Hamburg 1986, S. 46-63.
- 53 Hans-Georg Stümke, *Homosexuelle in Deutschland. Eine politische Geschichte*, München 1989, S. 109; Himmler, *Geheimreden*, S. 97. Zum geänderten Paragraphen 175 s. ausführlicher Hans-Georg Stümke und Rudi Finkler, *Rosa Winkel, rosa Listen. Homosexuelle und «Gesundes Volksempfinden» von Auschwitz bis heute*, Reinbek 1981, S. 217-221.
- 54 Jürgen Baumann, *Paragraph 175. Über die Möglichkeit, die einfache, nichtjugendgefährdende und nichtöffentliche Homosexualität unter Erwachsenen straffrei zu lassen (zugleich ein Beitrag zur Säkularisierung des Strafrechts)*, Berlin 1968, S. 66.
- 55 Jellonek, *Homosexuelle*, S. 12 f.
- 56 Jeffrey Weeks, *Sex, Politics and Society. The Regulation of Sexuality since 1800*, London 1981, S. 239f.; Joachim S. Hohmann (Hg.), *Keine Zeit für gute Freunde. Homosexuelle in Deutschland 1933-1969 – Ein Lese- und Bilderbuch*, Berlin 1982.
- 57 Rüdiger Lautmann, et al, «Der rosa Winkel in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern», in: Rüdiger Lautmann, *Seminar. Gesellschaft und Homosexualität*, Frankfurt a.M. 1977, S. 332 f.
- 58 Rüdiger Lautmann, «Gay Prisoners in Concentration Camps as Compared with Jehovah's Witnesses and Political Prisoners», in: Michael Berenbaum (Hg.), *A Mosaic of Victims. Non-Jews Persecuted and Murdered by the Nazis*, London 1990, S. 200-206.
- 59 Albrecht Langelüddecke, *Die Entmannung von Sittlichkeitsverbrechern*, Berlin 1963; Wachsmann, *Gefangen unter Hülser*, S. 146f.; Geoffrey Giles, «The Most Unkindest Cut of All'. Castration, Homosexuality and Nazi Justice», *Journal of*

- Contemporary History*, 27 (1992), S. 41-61; Jellonek, *Homosexuelle*, S. 140-171.
- 60 Wachsmann, *Gefangen unter Hitler*, S. 137-149, 412. Bis 1945 stieg die Zahl auf 2'300; Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 62.
- 61 Nikolaus Wachsmann, *Hitler's Prisons. Legal Terror in Nazi Germany*, New Haven 2004, S. 400f. Frank Sparing, «Zwangskastration im Nationalsozialismus. Das Beispiel der Kriminalbiologischen Sammelstelle Köln», in: Peter Busse und Klaus Schreiber (Hg.), *Kriminalbiologie (Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen)*, Düsseldorf 1997, S. 169-212.
- 62 Burkhard Jellonek, «Staatspolizeiliche Fahndungs- und Ermittlungsmethoden gegen Homosexuelle. Regionale Differenzen und Gemeinsamkeiten», in: Gerhard Paul und Klaus-Michael Mallmann (Hg.), *Die Gestapo. Mythos und Realität*, Darmstadt 1995, S. 343-356.
- 63 Zu einer guten Einführung in die Lage der deutschen Juden 1933-1945 s. Michael A. Meyer (Hg.), *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit*, Bd. 4; Avraham Barkai und Paul Mendes-Flohr, *Aufbruch und Zerstörung 1918-1945*, München 1998, S. 193-371.
- 64 Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 59
- 65 Zu den wirtschaftlichen Judenboykotts s. o., S. 465 ff.
- 66 Hermann Froschauer, «Streicher und ‚Der Stürmer‘», in: Ogan und Weiss, *Faszination und Gewalt*, S. 41-48; Hahn (Hg.), *Lieber Stürmer!*
- 67 David Bankier, *Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die «Endlösung» und die Deutschen; eine Berichtigung*, Berlin 1996, S. 56 ff.
- 68 Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 70-74; Bankier, *Die öffentliche Meinung*, S. 35-41.
- 69 Bankier, *Die öffentliche Meinung*, S. 56f.; Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 74-78 und 94 f.; Longerich argumentiert überzeugend gegen die Auffassung vieler Historiker, die antisemitischen Ausschreitungen von 1935 seien spontane Versuche der Parteibasis gewesen, die Führung zu gesetzgeberischen Massnahmen zu drängen (z. B. Uwe Dietrich Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972, S. 114-116; Herbst, *Deutschland*, S. 153-155; Ian Kershaw, «The Persecution of the Jews and German Popular Opinion in the Third Reich», *Leo Baeck Institute Yearbook*, 26 (1981), S. 261-289, hier S. 265; Hermann Graml, *Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich*, München 1988, S. 143). Zu dem Argument, diese Aktionen seien hauptsächlich instrumentell gewesen, s. Hans Mommsen und Dieter Obst, «Die Reaktion der deutschen Bevölkerung auf die Verfolgung der Juden 1933-1943», in: Hans Mommsen und Susanne Willems, (Hg.), *Herrschaftsalltag im Dritten Reich. Studien und Texte*, Düsseldorf 1988, S. 374-426, hier S. 385.
- 70 Beispiele in Ian Kershaw, «Antisemitismus und Volksmeinung. Reaktionen auf die Judenverfolgung», in: Broszat und Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 2, S. 280-348, hier S. 302-308.
- 71 Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 86-90; *Deutschland-Berichte*, 2 (1935), S. 920-933, Zitate S. 921.
- 72 *Deutschland-Berichte*, 2 (1935), S. 933-937; Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 86-90 und 100; Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfol-*

- gung 1933-1939, München 1998, S. 154-156.
- 73 Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 85-93; *Deutschland-Berichte*, 2 (1935), S. 923 (August 1935).
- 74 *Deutschland-Berichte*, 2 (1935), S. 922 (August 1935), zit. in: Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 93..
- 75 Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 94-101; Lothar Gruchmann, «'Blutschutzgesetz' und Justiz: Entstehung und Anwendung des Nürnberger Gesetzes von 15. September 1935», in: Bernd Ogan und Wolfgang W. Weiss, *Faszination und Gewalt. Zur politischen Ästhetik des Nationalsozialismus*, Nürnberg 1992, S. 49-59. Zu Einzelheiten über weitere gewalttätige antisemitische Ausschreitungen in den letzten Augustwochen s. *Deutschland-Berichte*, 2 (1935), S. 1026-1045, und Anfang September, Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 107. Zu den Diskussionen seit 1933, die schliesslich in die Nürnberger Gesetze mündeten, s. Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, S. 134-140.
- 76 «Die Reichstagsrede des Führers», *Berliner Tageblatt* 438, 16 September 1935, S. 2. Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 102-105, und Bankier, *Die öffentliche Meinung*, S. 78-92, machen deutlich, dass die Nürnberger Gesetze nicht in letzter Minute improvisiert wurden; dieser Mythos wurde im eigenen Interesse von Bernhard Lösener, dem Verantwortlichen im Reichsinnenministerium, bei seinem Verhör in den Nürnberger Prozessen in die Welt gesetzt; vgl. hierzu Werner Strauss, «Das Reichsministerium des Innern und die Judengesetzgebung'. Aufzeichnungen von Dr. Bernhard Lösener», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 9 (1961), S. 264-313. S.a. Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, S. 163-166, und Hermann Graml, *Reichskristallnacht, Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich*, München 1988, S. 133-156.
- 77 «Göring begründet das Gesetz», *Berliner Tageblatt* 438, 16. September 1935, S. 2.
- 78 Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 105f.
- 79 Beate Meyer, «The Mixed Marriage. A Guarantee of Survival or a Reflection of German Society during the Nazi Regime?», in: Bankier, *Probing the Depths of German Antisemitism. German Society and the Persecution of the Jews 1933-1941*, Jerusalem 2000, S. 54-77; Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, S. 168, zu den statistischen Zahlen; s.a. die grundlegende Untersuchung von Beate Meyer, «Jüdische Mischlinge». *Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933-1945*, Hamburg 1999, S. 25 und 162-165. Die erste Zählung von Juden auf der Rassengrundlage der Nürnberger Gesetze erfolgte bei der Volkszählung von 1939; *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich* 59, Berlin 1941/42, S. 27: «Die Juden und jüdische Mischlinge in den Reichsteilen und nach Gemeindegrössenklassen 1939».
- 80 Jeremy Noakes, «The Development of Nazi Policy towards the German-Jewish 'Mischlinge', 1933-1945», *Leo Baeck Institute Yearbook*, 34 (1989), S. 291-354; ders., «Wohin gehören die 'Judenmischlinge'? Die Entstehung der ersten Durchführungsverordnungen zu den Nürnberger Gesetzen», in: Ursula Büttner (Hg.), *Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus. Fest-*

- schrift für Werner Jochmann zum 65. Geburtstag, 2 Bde., Hamburg 1986, Bd. 2, S. 69-89; Longerich, *Politik, der Vernichtung*, S. 112-115; Friedländer, *Die Juden und das Dritte Reich*, S. 162-173; Joachim Meynert, *Was vor der «Endlösung» geschah. Antisemitische Ausgrenzung und Verfolgung in Minden-Ravensberg, 1933-1945*, Münster 1988, S. 247-251; Meyer, «Jüdische Mischlinge», S. 29-31 und 96-104.
- 81 Gabriele Toepser-Ziegert (Hg.), *NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation*, 4 Bde. 1933-1936, Bd. 3, S. 586 (16. September 1935).
- 82 Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 114f.; Meyer, «Jüdische Mischlinge», S. 230-237.
- 83 Bryan M. Rigg, *Hitler's Jewish Soldiers. The Untold Story of Nazi Racial Laws and Men of Jewish Descent in the German Military*, Lawrence, Kansas 2002, S. 51-109. Der Titel ist irreführend: Es gab fast keine «jüdischen» Soldaten; die Tatsache, dass sie «Halb- oder Viertelsjuden» waren, machte sie für die Wehrmacht eher zu Deutschen als zu Juden. Riggs Schätzungen von 150'000 männlichen «jüdischen Mischlingen», die zwischen 1933 und 1945 in der deutschen Wehrmacht gedient hatten, müssen grob übertrieben erscheinen angesichts des Umstands, dass der Zensus von 1939 die Gesamtzahl der Personen beiderlei Geschlechts und sämtlicher Altersgruppen, die nach den Nürnberger Gesetzen von 1935 als «jüdische Mischlinge» galten, in Deutschland und Österreich zusammen auf höchstens 114'000 veranschlagte. Seine Behauptung, dass diese Volkszählung die Zahl der «Mischlinge» um ein Mehrfaches unterschätzte, vermag nicht zu überzeugen.
- 84 Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 106-111; *Deutschland-Berichte*, 2 (1935), S. 1026-10445; 3 (1936), S. 20-55.
- 85 *Deutschland-Berichte*, 3 (1936), S. 26f.
- 86 Maschmann, *Fazit*, S.45f.
- 87 Ebd., S.36.
- 88 Ebd., S. 36, 45f., 51 und 61.
- 89 Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 108 f., argumentiert überzeugend gegen die Position von Bankier, *Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat*, S. 111, «dass die Mehrheit der Bevölkerung den Nürnberger Gesetzen zustimmte, denn sie identifizierte sich mit der Rassenpolitik», und dass «in den meisten Fällen... die Opposition klar auf das Eigeninteresse» zurückgegangen sei.
- 90 Wachsmann, *Gefangen unter Hitler*, S. 157f.; Ernst Noam und Wolf-Arno Kropat, *Justiz und Judenverfolgung*, 2 Bde., Wiesbaden, 1975, Bd. 1, S. 109-168; Inge Marssolek, «,Die Zeichen an der Wand'. Denunziation aus der Perspektive des jüdischen Alltags im «Dritten Reich'», *Historical Social Research*, 26 (2001), S. 204-218.
- 91 Gruchmann, «,Blutschutzgesetz'», S. 53 f.
- 92 Wachsmann, *Gefangen unter Hitler*, S. 163.
- 93 Walter Poller, *Arztstreiber in Buchenwald. Bericht des Häftlings 996 aus Block 39*, Hamburg 1946, S. 107-115.
- 94 *Deutschland-Berichte*, 3 (1936), S. 36 und 40f.
- 95 Gellately, *Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft*, S. 224f.; s.a. Christl Wickert,

- «Populär Attitudes to National Socialist Antisemitism. Denunciations for ‚Insidious Offenses’ and ‚Racial Ignominy’», in: Bankier, *Probing the Depths of German Antisemitism*, S. 282-295, und Wolfgang Wippermann, *Das Leben in Frankfurt zur NS-Zeit*, Bd. 1, S. 68-83.
- 96 Gellately, *Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft*, S. 188f., weist überzeugend die These von Sarah Gordon zurück, die diese in ihrem Buch *Hitler, Germans and the «Jewish Question»*, Princeton 1984, vertreten hatte, dass ein solches Verhalten einen Widerstand gegen die Nürnberger Gesetze gewesen sei. S. a. die ausführliche neue Untersuchung von Alexandra Przyrembel, *«Rassenschande». Reinheitsmythos und Vernichtungslegitimation im Nationalsozialismus*, Göttingen 2003.
- 97 Oliver Pretzel, «Nachwort» in: Sebastian Haffner, *Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914-1933*, Stuttgart/München 2002.
- 98 Werner Rosenstock, «Exodus 1933-1939. A Survey of Jewish Emigration from Germany», *Leo Baeck Institute Yearbook*, 1 (1956), S. 373-390; Herbert A. Strauss, «Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses», *Leo Baeck Institute Yearbook*, 25 (1980), S. 313-361, und 26 (1981), S. 343-409; Avraham Barkai, «German Interests in the Haavara-Transfer Agreement 1933-1939», *Leo Baeck Institute Yearbook*, 35 (1990), S. 205-266; Friedländer, *Die Juden und das Dritte Reich*, S.75-79; «Jüdische Bevölkerungsstatistik», in: Wolfgang Benz (Hg.), *Die Juden in Deutschland 1933-1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft*, München 1988, S. 733. Nach dieser Statistik lebten 1933 in Deutschland 100'000 nichtdeutsche Juden ausser den 437'000 Deutschen jüdischen Glaubens in der amtlichen Statistik. Im Mai 1939 lebten noch über 25'000 nichtdeutsche Juden in Deutschland. Ab 1939 beziehen sich die Zahlen auf das «Grossdeutsche Reich», also Deutschland und Österreich zusammen. Zu einer Lokalstudie s. Meynert, *Was vor der «Endlösung» geschah*, S. 178-207.
- 99 Francis R. Nicosia, *The Third Reich and the Palestine Question*, London 1985, S. 29-46; s.a. ders., «Ein nützlicher Feind. Zionismus im nationalsozialistischen Deutschland 1933-1939», *Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte*, 37 (1989), S. 367-400; Graml, *Reichskristallnacht*, S. 131f.; Juliane Wetzel, «Auswanderung aus Deutschland», in: Wolfgang Benz (Hg.), *Die Juden in Deutschland 1933-1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft*, München 1988, S. 413-498; das Haavara-Abkommen ist zusammen mit anderen wichtigen Dokumenten abgedruckt in: Rolf Vogel, *Ein Stempel hat gefehlt. Dokumente zur Emigration deutscher Juden*, Münster 1977, S. 107-153. Zu den beträchtlichen Schwierigkeiten, denen sich die Ankömmlinge in Palästina gegenübersehen, s. Wolfgang Benz, *Flucht aus Deutschland. Zum Exil im 20. Jahrhundert*, München 2001, S. 120-150, und Werner Feilchenfeld et al., *Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933-1939*, Tübingen 1972.
- 100 Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, S. 73 ff.; Jacob Boas, «German-Jewish Internal Politics under Hitler 1933-1939», *Leo Baeck Institute Yearbook* 29 (1984), S. 2-25; Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 56-58.
- 101 Yehuda Bauer, *My Brother's Keeper. A History of the American Jewish Joint Distribution Committee 1929-1939*, Philadelphia 1974; Louise London, «Jewish Refu-

- gees, Anglo-Jewry and British Government Policy», in: David Cesarani (Hg.), *The Making of Modern Anglo-Jewry*, Oxford 1990, S. 163-190; Bernard Wasserstein, «Patterns of Jewish Leadership in Great Britain during the Nazi Era», in: Randolph L. Braham (Hg.), *Jewish Leadership during the Nazi Era. Patterns of Behavior in the Free World*, New York 1985, S. 29-43. Richard Bolchover, *British Jewry and the Holocaust*, Cambridge 1993, ist eine leidenschaftliche, aber einseitige Verurteilung.
- 102 Louise London, *Whitehall and the Jews 1933-1948. British Immigration Policy and the Holocaust*, Cambridge 2000, S. 16-57; A. Joshua Sherman, *Island Refuge. Britain and Refugees from the Third Reich, 1933-1939*, London 1973; Bernard Wasserstein, *Britain and the Jews of Europe, 1939-1945*, Oxford 1979; Vicki Caron, *Uneasy Asylum. France and the Jewish Refugee Crisis, 1933-1942*, Palo Alto, CA. 1999; Fritz Kieffer, *Judenverfolgung in Deutschland – eine innere Angelegenheit. Internationale Reaktionen auf die Flüchtlingsproblematik 1933-1939*, Stuttgart 2002.
- 103 Zit. in: Wetzel, «Auswanderung aus Deutschland», S. 428.
- 104 Paul Sauer, *Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit 1933-1945*, Stuttgart 1969, S. 138 f.; s. allgemeiner hierzu: Solomon Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933-1939 im Spiegel der Berichte der Reichvertretung der Juden in Deutschland*, Tübingen 1974, S. 72-120.
- 105 David Kramer, «Jewish Welfare Work under the Impact of Pauperization», in: Arnold Paucker (Hg.), *Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland. The Jews in Nazi Germany 1933-1943*, Tübingen 1986, S. 173-188; Beate Gohl, *Jüdische Wohlfahrtspflege im Nationalsozialismus. Frankfurt a.M. 1933-1943*, Frankfurt a.M. 1997; Avraham Barkai, «Jüdisches Leben unter der Verfolgung», in: Barkai und Mendes-Flohr, *Aufbruch und Zerstörung 1918-1945*, S. 225-248; ders., «Organisationen und Zusammenschluss», ebd., S. 249-271.
- 106 Clemens Vollnhals, «Jüdische Selbsthilfe bis 1938», in: Benz, *Die Juden in Deutschland 1933-1945*, S. 314-411, hier S. 330-341.
- 107 Ebd., S. 341-363; s.a. Wolf Gruner, «Public Welfare and the German Jews under National Socialism», in: Bankier, *Probing the Depths of German Antisemitism*, S. 78-105; und Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe*, S. 19-46 und 121-182.
- 108 Vollnhals, «Jüdische Selbsthilfe», S. 360-363; Volker Dahm, «Kulturelles und geistiges Leben», in: Benz, *Die Juden in Deutschland*, S. 75-267, insbes. S. 83-124; Esriel Hildesheimer, *Jüdische Selbstverwaltung unter dem NS-Regime. Der Existenzkampf der Reichsvertretung und Reichsvereinigung der Juden in Deutschland*, Tübingen 1994; Longeric, *Politik der Vernichtung*, S. 10-14; Dorothea Bessen, «Der Jüdische Kulturbund Rhein-Ruhr 1933-1938», in: Zimmermann, *Entrechtung*, S. 43-65; und Paul Mendes-Flohr, «Jüdisches Kulturleben unter dem Nationalsozialismus», in: Barkai und Mendes-Flohr, *Aufbruch und Zerstörung 1918-1945*, S. 272-300.
- 109 Henryk M. Broder und Heike Geisel, *Premiere und Pogrom. Der Jüdische Kulturbund 1933-1941. Texte und Bilder*, Berlin 1992; Hajo Bernett, *Der jüdische Sport im nationalsozialistischen Deutschland 1933-1938*, Schorndorf 1978; Kurt Duwell,

- «Jewish Cultural Centers in Nazi Germany. Expectations and Accomplishments», in: Jehuda Reinharz und Walter Schatzberg (Hg.), *The Jewish Response to German Culture. From the Enlightenment to the Second World War*, Hanover, N.H. 1985, S. 294-316; Wetzel, «Auswanderung aus Deutschland», S. 438-441; zu einer guten Zusammenfassung s. Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, S. 79-81.
- 110 Michael Meyer, 1941, zit. in: Wetzel, «Auswanderung aus Deutschland», S. 418, nach seiner illegalen Emigration nach Palästina ein Jahr zuvor.
- 111 Wetzel, «Auswanderung aus Deutschland», S. 413-498, sowie die «Jüdische Bevölkerungsstatistik», S. 733. Alle Zahlen beziehen sich auf das «Altreich», d.h. ohne Einschluss Österreichs und des Sudetenlands.
- 112 Zit. in: Monika Richarz (Hg.), *Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918-1945*, Bd. 2, Stuttgart 1982, S. 339.
- 113 Meyer, «The Mixed Marriage», S. 54-61; dies., «Jüdische Mischlinge», S. 68-75; Nathan Stoltzfus, *Widerstand des Herzens. Der Aufstand der Berliner Frauen in der Rosenstrasse – 1943*, München 1999, S. 91-108.
- 114 Meyer, «The Mixed Marriage».
- 115 Stoltzfus, *Widerstand des Herzens*, S. 151-154.
- 116 Klemperec, *Ich will Zeugnis ablegen*, S. 38f.
- 117 Ebd., S. 57f. (9. Oktober 1933), S. 102, (5. April 1934), S. 108f. (13. Juni 1934), S. 119f. (14. Juli 1934).
- 118 Ebd., S. 190 (23. März 1935).
- 119 Ebd., S. 195 (30. April 1935), S. 195-198 (2. Mai 1935), S. 200 (7. Mai 1935), S. 201 f. (30. Mai 1935), S. 212 (11. August 1935), S. 218 (16. September 1935), S. 219 (17. September 1935), S. 219f. (5. Oktober 1935); ausserdem S. 300 (29. August 1936) und S. 321 (24. November 1936).
- 120 Ebd., S. 430.
- 121 Staatsarchiv Hamburg 622-1: Familie Solmitz: Luise Solmitz geb. Stephan, 1889-1973, Tagebuch: Bd. 29, S. 120f. Abschriften von Auszügen befinden sich in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg. Der Brief des Major a. D. Friedrich Solmitz befindet sich nun in der Manuskriptversion zwischen den Seiten 120 und 121 des Tagebuchs für das Jahr 1934.
- 122 Ebd., 25. März 1933.
- 123 Ebd., 31. März und 1. April 1933.
- 124 Ebd., 8. März 1934.
- 125 Ebd., 5. und 19. September 1935.
- 126 Ebd., 8. und 9. März, 17. September 1936.
- 127 Ebd., 9. und 12. Februar 1937.
- 128 Heinz Höhne, *Die Zeit der Illusionen. Hitler und die Anfänge des Dritten Reiches 1933-1936*, Düsseldorf 1991, S. 333-351.
- 129 *New York Times*, 6. Juli 1936.
- 130 Richard D. Mandell, *The Nazi Olympics*, London 1972 (1971), S. 122-158. 131 Speer, *Erinnerungen*, S. 83, 86; Mandell, *The Nazi Olympics*, S. 227-229.
- 132 William L. Shirer, *Berliner Tagebuch 1934-1941*, Berlin 1991, S.68 und 49 f.
- 133 Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, S. 133 und 199 f.; Mandell, *The Nazi Olympics*, S. 142.
- 134 Kershaw, *Der Hitler-Mythos*, S. 288.

- 135 Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen*, S. 293 (13. August 1936).
- 136 Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 116.
- 137 Wetzel, «Auswanderung aus Deutschland», S. 498.
- 138 Ebd., S. 420.
- 139 Falk Wiesemann, «Juden auf dem Lande. Die wirtschaftliche Ausgrenzung der jüdischen Viehhändler in Bayern», in: Peukert und Reulecke (Hg.), *Die Reihen fast geschlossen*, S. 381-396; Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 122 f.
- 140 Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 155-159; Domarus, *Hitler*, S. 729; Longerich, *Der ungeschriebene Befehl. Hitler und der Weg zur «Endlösung»*, München 2001, S. 53-56.
- 141 Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 159f. und 186f. Tagebuch Luise Solmitz, 14. September 1938.
- 142 Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 170-180; s.a. Wolf Gruner, «Die Reichshauptstadt und die Verfolgung der Berliner Juden 1933-1945», in: Reinhard Rürup (Hg.), *Jüdische Geschichte in Berlin*, Berlin 1995, S. 229-266, hier S. 229-242; Fröhlich (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, 1/5, S. 451f. (11. Juni 1938).
- 143 S.u., S. 789ff.
- 144 Longerich, *Der ungeschriebene Befehl*, S. 59.
- 145 Michael Wildt, «Violence against Jews in Germany, 1933-1939», in: Bankier, *Probing the Depths of German Antisemitism*, S. 181-212, hier S. 191-194.
- 146 Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 181-195; Wolf-Arno Kropat, «Reichskristallnacht». *Der Judenpogrom vom 7. bis 10. November 1938 – Urheber, Täter, Hintergründe*, Wiesbaden 1997, S. 36-49.
- 147 Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 161 f.
- 148 Ebd., S. 116, und 195-197; Trude Maurer, «Abschiebung und Attentat. Die Ausweisung der polnischen Juden und der Vorwand für die ‚Kristallnacht‘», in: Walter H. Pehle, *Der Judenpogrom 1938. Von der «Reichskristallnacht zum Völkermord»*, Frankfurt a.M. 1988, S. 52-73; Sybil Milton, «The Expulsion of Polish Jews from Germany October 1938 to July 1939. A Documentation», *Leo Baeck Institute Yearbook*, 29 (1984), S. 169-199; zeitgenössische Schilderungen in: *Deutschland-Berichte*, 5 (1938), S. 1181-1186.
- 149 Helmut Heiber, «Der Fall Grünspan», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 5 (1957), S. 134-172; Hermann Graml, *Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich*, München 1988, S. 9-16; Kropat, «Reichskristallnacht», S. 50-15; Hans-Jürgen Döscher, «Reichskristallnacht». *Die November-Pogrome 1938*, Frankfurt a.M. 1988, S. 57-76, mit Dokumenten und Fotografien. Zur Pressekampagne s. Wolfgang Benz, «Der Rückfall in die Barbarei. Bericht über den Pogrom», in: Pehle, *Der Judenpogrom 1938*, S. 13-51, hier S. 14-20; Hagemann, *Die Presselenkung*, S. 148, und Karen Peter, *NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit*, Bd. 6, 1938, München 1999, S. 1047 und 1050-1054. Zu den Ereignissen in Hessen s. Kropat, «Reichskristallnacht», S. 56-78; ders., *Kristallnacht in Hessen. Der Judenpogrom vom November 1938. Eine Dokumentation*, Wiesbaden 1988, S. 19-50. Zum allgemeinen Argument s. Longerich, *Der ungeschriebene Befehl*,

- S. 60 f. Es gibt keine Belege zur Stützung der oftmals wiederholten Behauptung, Goebbels habe den Pogrom inszeniert, um sich bei Hitler wieder beliebt zu machen, den seine Affäre mit der Schauspielerin Lida Baarova gestört habe. Es gibt keinen Grund für die Annahme, dass er jemals das Wohlwollen Hitlers verscherzt gehabt hätte (Reuth, *Goebbels*, S. 388-396).
- 150 Zu brauchbaren Zusammenfassungen der Ereignisse s. Wolfgang Benz, «Der Rückfall in die Barbarei», in: Pehle, *Der Judenpogrom 1938*, S. 15-20; ders., «Der Novemberpogrom 1938», in: ders., *Die Juden in Deutschland 1933-1945*, S. 499-544; Hitlers Rolle in: Longerich, *Der ungeschriebene Befehl*, S. 61-64; die Belege für die Ursprünge des Pogroms werden sorgfältig erörtert in: Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 198-202 samt den Anmerkungen; s.a. Kropat, «Reichskristallnacht», S. 79-89 und 172-181. Die zahlreichen Darstellungen, in denen der Pogrom als in letzter Minute improvisiert erscheint oder Goebbels allein zugeschrieben wird, lassen sich weder durch die Quellen belegen, noch passen sie in den Kontext der Ereignisse der vorangegangenen Monate und Wochen; vgl. hierzu etwa Dieter Obst, «Reichskristallnacht». *Ursachen und Verlauf des antisemitischen Pogroms vom November 1938*, Frankfurt a.M. 1991; Uwe Dietrich Adam, «Wie spontan war der Pogrom?», in: Pehle, *Der Judenpogrom 1938*, S. 74-93; Döscher, «Reichskristallnacht», S. 77-80. S.a. mit unterschiedlicher Akzentsetzung Hermann Graml, *Reichskristallnacht*, S. 17-19; Ulrich Herbert, «Von der ‚Reichskristallnacht‘ zum ‚Holocaust‘. Der 9. November und das Ende des ‚Radau-Antisemitismus‘», in: ders., *Arbeit, Volkstum, Weltanschauung. Über Fremde und Deutsche im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a.M. 1995, S. 59-78; Barkai, *Vom Boykott zur ‚Entjudung‘*, S. 146-152; Kurt Pätzold und Irene Runge, *Pogromnacht 1938*, Berlin 1988; und Kropat, «Reichskristallnacht», zu einer Auswahl wesentlicher Dokumente.
- 151 IMT, XXXII, S. 20-29; Dokument 3063-PS (Bericht des Obersten Parteigerichtes, 13. Februar 1939.
- 152 Müller an alle Stapostellen und Stapoleitstellen, 9. November 1939, in: IMT, XXV, S. 377f. (Dokument 374-PS). Hermann Graml, *Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich*, S. 20 f. Zur Begegnung Hitlers mit Himmler s. Kershaw, *Hitler*, Bd. 2, S. 197.
- 153 Eine eingehende Erörterung der einzelnen Dokumente in: Richard J. Evans, *Der Geschichtsfälscher. Holocaust und historische Wahrheit im David-Irving-Prozess*, Frankfurt a.M. 2001, S. 75-85; s.a. Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 198-202; Graml, *Reichskristallnacht*, S. 20-22; Kropat, «Reichskristallnacht», S. 89-108.
- 154 Zit. in: Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 199f.
- 155 Saskia Lorenz, «Die Zerstörung der Synagogen unter dem Nationalsozialismus», in: Herzig, *Verdrängung und Vernichtung der Juden unter dem Nationalsozialismus*, S. 153-172; *Deutschland-Berichte*, 5 (1938), S. 1187.
- 156 Zu überzeugenden Belegen für die uneingeschränkte Mitwirkung der SS s. Michael Zimmermann, «Die ‚Reichskristallnacht‘ 1938 in Essen», in: *Alte Synagoge, Entrechtung und Selbsthilfe*, S. 66-97.
- 157 *Deutschland-Berichte*, 5 (1938), S. 1187f.
- 158 Paul Sauer, *Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während*

- der nationalsozialistischen Verfolgungszeit 1933-1945, Stuttgart 1969, S. 420.
- 159 Avraham Barkai, «Schicksalsjahr 1938'. Kontinuität und Verschärfung der wirtschaftlichen Ausplünderung der deutschen Juden», in: Pehle, *Der Judenpogrom 1938*, S. 94-117; Longerich, *Politik, der Vernichtung*, S. 203. Zu weiteren Einzelheiten s. z. B. Karl H. Debus, «Die Reichskristallnacht in der Pfalz», *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins*, 129 (1981), S. 445-515; Meynert, *Was vor der »Endlösung« geschah*, S. 208-222; Graml, *Reichskristallnacht*, S. 22-49; Fichtl et al., «Bamberg's Wirtschaft judenfrei», S.135-183; Kropat, «Reichskristallnacht», S. 109-118; ders., *Kristallnacht in Hessen*, S. 51-136; Wippermann, *Das Leben in Frankfurt*, Bd. 1, S. 97-107. Herbert Schultheis, *Die Reichskristallnacht in Deutschland nach Augenzeugenberichten*, Bad Neustadt an der Saale 1986, enthält eine Sammlung damaliger Augenzeugenberichte.
- 160 Wildt, «Violence», S. 191-200.
- 161 Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 203-205 und 642 f., Anm. 231; Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, S. 291-302.
- 162 Tagebuch Luise Solmitz, 10. November 1938.
- 163 *Deutschland-Berichte*, 5 (1938), S. 1190.
- 164 Ebd.
- 165 Ebd., S. 1, 208
- 166 Reck-Malleczewen, *Tagebuch eines Verzweifelten*, S. 69.
- 167 *Deutschland-Berichte*, 5 (1938), S. 1204-1207.
- 168 Klepper, *Unter dem Schatten deiner Flügel*, S. 675.
- 169 Maschmann, *Fazit*, S. 61f. Weitere, unterschiedliche Reaktionen «arischer» Deutscher auf den Pogrom werden erörtert in Benz, «Der Novemberpogrom», S. 525-528; Bankier, *Die öffentliche Meinung*, S. 118-122; Kropat, «Reichskristallnacht», S. 153-169; ders., *Kristallnacht in Hessen*, S. 241-246; und Helmut Gatzert, *Novemberpogrom 1938 in Gütersloh. Nachts Orgie der Gewalt – tags organisierte Vernichtung*, Gütersloh 1993, S. 63-67. Jörg Wollenberg (Hg.), *The German Public and the Persecution of the Jews 1933-1945. »No One Participated, No One Knew«*, Atlantic Highlands, N. J. 1996 (1989). Enthält Dokumente und Aufsätze unterschiedlicher Qualität.
- 170 Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, S. 319.
- 171 Helmut Witetschek (Hg.), *Die kirchliche Lage in Bayern nach den Regierungspräsidentenberichten 1933-1943*, Mainz 1966, Bd. 1, S. 300 (Nr. 122, Regierung Oberbayern, 10. Dezember 1938).
- 172 Zitat Lichtenberg in: Guenter Lewy, *Die katholische Kirche und das Dritte Reich*, München 1965. Michael Faulhaber, *Judentum, Christentum, Germanentum. Adventspredigten gehalten in St. Michael zu München 1933*, München 1934, passim. Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, S. 320; Walter Zwi Bacharach, «The Catholic Anti-Jewish Prejudice, Hitler and the Jews», in: Bankier, *Probing the Depths of German Antisemitism*, S. 415-430.
- 173 Horst Matzerath (Hg.), «...vergessen kann man die Zeit nicht, das ist nicht möglich...» *Kölner erinnern sich an die Jahre 1929-1945*, Köln 1985, S. 172; s.a. Ursula Büttner, «The Jewish Problem becomes a Christian Problem'. German Protestants

- and the Persecution of the Jews in the Third Reich», in: Bankier, *Probing the Depths of German Antisemitism*, S. 431-459
- 174 Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 206.
- 175 Fröhlich, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, 1/6, S. 180f.
- 176 IMT, XXXII, S. 29 (Dokument 3063-PS).
- 177 Fröhlich (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, 1/6, S. 181.
- 178 Ebd., S. 181 u. 182; zu der Aufforderung, den Pogrom zu beenden, s. «Keine weiteren Aktionen mehr», *Berliner Volks-Zeitung* 534, 11. November 1938, Titelseite; «Keine Einzel-Aktionen gegen das Judentum», *Berliner Morgenpost* 270, 11. November 1938, Titelseite.
- 179 Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 204. Zu den Selbstmorden s. Konrad Kwiet und Helmut Eschwege (Hg.), *Selbstbehauptung und Widerstand deutscher Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933-1945*, Hamburg 1984, S. 202.
- 180 Obst, *Reichskristallnacht*, S. 284f. und 297-307; Wildt, «Violence», S. 201 f.; Zimmermann, «Die ‚Reichskristallnacht‘ in Essen», S. 77.
- 181 Wildt, «Violence», S. 204; Falk Pingel, *Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager*, Hamburg 1978, S. 94; Anthony Read und David Fisher, *Kristallnacht. Unleashing the Holocaust*, London 1989, S. 121-135; Kropat, «Reichskristallnacht», S. 138-141; ders., *Kristallnacht in Hessen*, S. 167-179.
- 182 Zit. in: Benz, «Der Rückfall in die Barbarei», S. 27.
- 183 Ebd., S. 28f.
- 184 Peter, *NS-Presseanweisungen*, Bd. 6 (1938), S. 1060f.
- 185 Wiederabdr. in *Berliner Morgenpost*, 12. November 1938, Titelseite. Zu einer ausführlicheren Analyse s. Herbert Obenaus, «The Germans. ‚An Antisemitic People‘. The Press Campaign after 9 November 1938», in: Bankier, *Probing the Depths of German Antisemitism*, S. 147-180.
- 186 Read und Fisher, *Kristallnacht*, S. 166-179.
- 187 Wilhelm Treue, «Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 3 (1955), S. 184-210, hier S. 210.
- 188 Fröhlich (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Bd. 1/6, S. 182.
- 189 Barkai, «„Schicksalsjahr 1938‘», S. 114f.; längere Auszüge aus dem Protokoll in: Wilfried Mairgünther, *Reichskristallnacht*, Kiel 1987, S. 90-130.
- 190 IMT, XXVIII, S. 499 f.
- 191 Bruno Blau (Hg.), *Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland, 1933-1945*, Düsseldorf 1954 (1952), S. 54-62; «Dr. Goebbels: Theater, Kinos, Konzerte für Juden verboten», *Berliner illustrierte Nachtausgabe* 266, 12. November 1938, Titelseite; Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 208 f.; Kropat, «Reichskristallnacht», S. 127-134. Zu einer überzeugenden Kritik an der Legende, Göring und Himmler hätten den Pogrom missbilligt, s. Graml, *Reichskristallnacht*, S. 177, und Kropat, «Reichskristallnacht», S. 119-127.
- 192 Jonny Moser, «Die Entrechtung der Juden im Dritten Reich». Diskriminierung und Terror durch Gesetze, Verordnungen und Erlasse, in: Pehle, *Der Judenpogrom 1938*, S. 118-131.
- 193 Barkai, «„Schicksalsjahr 1938‘», S. 114f.; «Beratung über die Massnahmen gegen

- Juden. Die Aufbringung der Sühne von 1 Milliarde», *Berliner illustrierte Nachtausgabe* 267, 14. November 1938.
- 194 Helmut Genschei, *Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich*, Göttingen 1966, S. 206; Einzelbeispiele in: Fichtl et al., «Bamberg's Wirtschaft judenfrei», S. 183-197.
- 195 «Dr. Goebbels über die Lösung der Judenfrage», *Berliner illustrierte Nachtausgabe* 267, 14. November 1938, S. 2; zu einer vollständigen Liste der Massnahmen s. Longerich, *Politik, der Vernichtung*, S. 209-219; Blau, *Das Ausnahmerecht*, S. 54-62.
- 196 Kwiet, «Nach dem Pogrom: Stufen der Machtergreifung», in: Benz, *Die Juden in Deutschland*, S. 545-659 (Zitate S. 574f.); Moser, «Depriving Jews», S. 123-138, hier S. 126-134; Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 218f.; Wolf Gruner, *Der geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung, 1938-1943*, Berlin 1997; Einzelbeispiele in: Uwe Lohalm, «Local Administration and Nazi Anti-Jewish Policy», in: Bankier, *Probing the Depths of German Antisemitism*, S. 109-114, und Meynert, *Was vor der «Endlösung» geschah*, S. 230-233. Zur Reichsvereinigung der Juden in Deutschland s. Otto Dov Kulka (Hg.), *Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus*, Bd. 1, *Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung der deutschen Juden 1933-1939*, Tübingen 1997, S. 410-428.
- 197 Wildt, «Violence», S. 204-206.
- 198 Heinz Boberach (Hg.), *Meldungen aus dem Reich 1938-1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS*, 17 Bde., Herrsching 1984, Bd. 2, S. 21-26 und 221 f.
- 199 Wetzel, «Auswanderung», S. 420.
- 200 *Nazi Conspiracy and Aggression*, Office of the U. S. Chief of Counsel for the Prosecution of Axis Criminality, U. S. Government, Washington 1946, zit. in: Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft*, Frankfurt a.M. 1955, S. 406, Anm. 2. Barkai, «Selbsthilfe im Dilemma ‚Gehen oder Bleiben?‘», in: ders. und Mendes-Flohr, *Aufbruch und Zerstörung 1918-1945*, S. 305-318.
- 201 Ohne Österreich und das Sudetenland; unter deren Einrechnung waren es 330 539; *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 59* (941/42), S. 27: «Die Juden und jüdischen Mischlinge in den Reichsteilen und nach Gemeindegrößenklassen 1939».
- 202 «Jüdische Bevölkerungsstatistik», in: Benz, *Die Juden in Deutschland*, S. 733. Diese Zahlen ergeben sich, wenn man die rund 26'000 ausländischen Juden von den Zahlen abzieht, die Wetzel für die einzelnen Jahre angibt. Weitere Zahlen in: Kwiet, «Gehen oder bleiben? Die deutschen Juden am Wendepunkt», in: Pehle, *Der Judenpogrom 1938*, S. 132-145.
- 203 Wetzel, «Auswanderung», S. 423; Arthur D. Morse, *While Six Million Died. A Chronicle of American Apathy*, New York 1967; David Wyman, *Paper Walls. America and the Refugee Crisis, 1938-1941*, Amherst 1968; Richard Breitman und Alan Kraut, *American Refugee Policy and European Jewry, 1933-1945*, Bloomington 1987; s.a. Irving Abella und Harold Troper, *None is too Many. Canada and the Jews of Europe, 1933-1948*, Toronto 1983.
- 204 Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen*, Bd. 1, S. 399 (20. März 1938), 408 f. (23.

- Mai), 415 (12. Juli), 417f. (10. August), 435–437 (27. November) und 438f. (3. Dezember 1938).
- 205 Ebd., S. 441–443 (6. Dezember 1938), 443–447 (15. Dezember), 456–458 (10. Januar 1939). S. a. Susanne Heim, »The German-Jewish Relationship in the Diaries of Victor Klemperer«, in: Bankier, *Probing the Depths of German Antisemitism*, S. 312–325; allgemeiner hierzu: Meynert, *Was vor der »Endlösung« geschah*, S. 223–229.
- 206 Tagebuch Luise Solmitz, Eintragungen vom 12. November 1938, 13., 15., 22. November, 1. Dezember 1938, 14. März 1939, 29. August 1939.
- 207 IMT, XXVIII, S. 534 (Dokument 1816–PS). Zur Konferenz vom 6. Dezember s. Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 210–212.
- 208 Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 206; Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, S. 311–315 und 321f. (zu den Reaktionen der Auslandspresse).
- 209 Kershaw, *Der Hitler-Mythos*, S. 288–291.
- 210 Longerich, *Der ungeschriebene Befehl*, 55–57.
- 211 James Marshall-Cornwell et al. (Hg.), *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945*, Reihe A bis E, Baden-Baden 1951–1995, Reihe D, IV, S. 291 ff.
- 212 Ebd., S. 170.
- 213 Domarus, *Hitler*, Bd. 2, S. 1058.
- 214 Herbert A. Strauss, »The Drive for War and the Pogroms of November 1938. Testing Explanatory Models«, *Leo Baeck Institute Yearbook*, 35 (1990), S. 267–278.
- 215 Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 220f.; Philippe Burrin, *Hitler und die Juden. Die Entscheidung für den Völkermord*, Frankfurt am Main 1993 (1989), S. 65–67. Zu der Auffassung, Hitlers Androhung sei nicht wörtlich gemeint gewesen, s. Graml, *Reichskristallnacht*, S. 205f.
- 216 Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, S. 236–240; William W. Hagen, »Before the »Final Solution«. Toward a Comparative Analysis of Political Anti-Semitism in Interwar Germany and Poland«, *Journal of Modern History*, 68 (1996), S. 351–381; Joseph Marcus, *Social and Political History of the Jews in Poland, 1919–1939*, Berlin 1983 – nicht immer sehr genau im Detail; Celia S. Heller, *On the Edge of Destruction. Jews of Poland between the two World Wars*, New York 1977; Yisrael Gutman, *The Jews of Poland between two World Wars*, Hanover, N.H. 1989; Edward D. Wynot, Jr., »A Necessary Cruelty«. The Emergence of Official Anti-Semitism in Poland, 1935–39«, *American Historical Review*, 76 (1971), S. 1035–1058.
- 217 Emanuel Melzer, »The Polish Authorities and the Jewish Question, 1930–1939«, in: Avraham Greenbaum (Hg.), *Minority Problems in Eastern Europe between the World Wars, with Emphasis on the Jewish Minority*, Hebrew University Jerusalem, Institute for Advanced Studies, Typoskript, Jerusalem 1988, S. 77–81; Jerzy Tomaszewski, »Economic and Social Situation of Jews in Poland, 1918–1939«, ebd., S. 101–106; Ezra Mendelsohn, *The Jews of East Central Europe between the World Wars*, Bloomington, Indiana 1983, S. 11–83.
- 218 Magnus Brechtken, »Madagaskar für die Juden«. *Antisemitische Idee und*

- politische Praxis 1885-1945*, München 1997, S. 81-164.
- 219 Ezra Mendelsohn, *The Jews of East Central Europe between the World Wars*, Bloomington, Indiana 1983; Bela Vago, *The Shadow of the Swastika. The Rise of Fascism and Anti-Semitism in the Danube Basin, 1936-1939*, London 1975.
- 220 Mendelsohn, *The Jews*, S. 171-211; David Schaary, «The Romanian Authorities and the Jewish Communities in Romania between the two World Wars», in: Greenbaum, *Minority Problems*, S. 89-95; Paul A. Shapiro, «Prelude to Dictatorship in Romania. The National Christian Party in Power, December 1937-February 1938», *Canadian-American Slavic Studies*, 8 (1974), S. 45-88.
- 221 Mendelsohn, *The Jews*, S. 85-128; s.a. die einführenden Kapitel in Randolph H. Braham, *The Politics of Genocide. The Holocaust in Hungary*, 2 Bde., New York 1981.

Kapitel 7 Der Weg in den Krieg

- 1 Kershaw, *Hitler 1889-1936*, S. 613-615 und 670-675.
- 2 Anton Joachimsthaler, *Hitlers Liste. Ein Dokument persönlicher Beziehungen*, München 2003; Kristin A. Semmens, *Seeing Hitler's Germany. Tourism in the Third Reich*, London 2005, S. 56.
- 3 Kershaw, *Hitler 1889-1936*, S. 675.
- 4 Speer, *Erinnerungen*, S. 146.
- 5 Evans, *Aufstieg*, S. 559; S. o., Kapitel 2 / «Kunst und Architektur» und Kapitel 61» ‚Die Juden müssen aus ganz Europa heraus‘.
- 6 *Völkischer Beobachter*, 25. Mai 1928, zit. in: Gerhard L. Weinberg, *The Foreign Policy of Hitler's Germany*, Bd. 1, *Diplomatic Revolution in Europe 1933-1936*, London 1970, S. 22; Abdr. in: Bärbel Dusik (Hg.), *Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen Februar 1925 bis Januar 1933*, 5 Bde., München 1992-98, Bd. 2, S. 848-859, Zitat S. 856 (Hervorh. im Original).
- 7 Zit. in: Weinberg, *The Foreign Policy*, Bd. 1, S. 163; zum Kontext s. Anthony Komjathy und Rebecca Stockwell, *German Minorities and the Third Reich. Ethnic Germans of East Central Europe between the Wars*, New York 1980.
- 8 Zum allgemeinen Argument s. Jochen Thies, *Architekt der Weltherrschaft. Die «Endziele» Hitlers*, Königstein im Taunus 1980; direkter zum Thema die Diskussion in: Milan Hauner, «Did Hitler Want a World Dominion?», *Journal of Contemporary History*, 13 (1978), S. 126-136; und Günter Moltmann, «Weltherrschaftsideen Hitlers», in: Otto Brunner und Dietrich Gerhard (Hg.), *Europa und Übersee. Festschrift für Egmont Zechlin*, Hamburg 1961, S. 197-240, und Geoffrey Stoakes, *Hitler and the Quest for World Dominion*, Leamington Spa 1986.
- 9 Zu nützlichen einführenden Darstellungen s. Hermann Graml, «Grundzüge nationalsozialistische Aussenpolitik», in: Broszat und Möller (Hg.), *Das Dritte Reich*, S. 104-126; ders., «Wer bestimmte die Aussenpolitik des Dritten Reiches? Ein Beitrag zur Kontroverse um Polykratie und Monokratie im NS-Herrschaftssystem», in: Manfred

- Funke et al. (Hg.), *Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa. Festschrift für Karl Dietrich Bracher*, Düsseldorf 1987, S. 223-236; Wolfgang Michalka, «Conflicts within the German Leadership on the Objectives and Tactics of German foreign Policy 1933-1939», in: Wolfgang J. Mommsen und Lothar Kettenacker (Hg.), *The Fascist challenge and the Policy of Appeasement*, London 1983, S. 48-60; und Andreas Hillgruber, «Grundzüge der nationalsozialistischen Aussenpolitik 1933-1945», *Saeculum*, 24(1973), S. 328-345.
- 10 Zu verschiedenen Beurteilungen der britischen und französischen Aussenpolitik in den dreissiger Jahren s. David Dilks, «We must hope for the best and prepare for the worst'. The Prime Minister, the Cabinet and Hitler's Germany 1937-1939», in: Patrick Finney (Hg.), *The Origins of the Second World War*, London 1997, insbes. Kap. 1-3, 9, 10, und 13.
- 11 Günter Wollstein, «Eine Denkschrift des Staatssekretärs Bernhard von Bülow vom März 1933», *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, 1 (1973), S. 77-94; zum Kontext s. Peter Krüger, *Die Aussenpolitik der Republik von Weimar*, Darmstadt 1985; Hans-Adolf Jacobsen, *Nationalsozialistische Aussenpolitik 1933-1939*, Frankfurt a.M. 1968, S. 20-89 und 319-347; Jost Dülffer, «Grundbedingungen der nationalsozialistischen Aussenpolitik», in: Leo Haupt und Georg Mölich (Hg.), *Strukturelemente des Nationalsozialismus. Rassenideologie, Unterdrückungsmaschinerie, Aussenpolitik*, Köln 1981, S. 61-88; ders., «Zum ‚decision-making process‘ in der deutschen Aussenpolitik 1933-1939», in: Manfred Funke (Hg.), *Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Aussenpolitik des Dritten Reiches*, Düsseldorf 1976, S. 186-204.
- 12 Kershaw, *Hitler 1889-1936*, S. 620-625; Weinberg, *The Foreign Policy*, Bd. 1, S. 159-179; zu den Kontinuitäten und Brüchen in den frühen dreissiger Jahren s. Günter Wollstein, *Vom Weimarer Revisionismus zu Hitler. Das Deutsche Reich und die Grossmächte in der Anfangsphase der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland*, Bonn 1973.
- 13 Domarus, *Hitler*, Bd. 1, S. 306 und 308-314.
- 14 Herbert S. Levine, *Hitler's Free City. A History of the Nazi Party in Danzig, 1925-39*, Chicago 1973; Weinberg, *The Foreign Policy*, Bd. 1, S. 184-194; Klaus Hildebrand, *Deutsche Aussenpolitik 1933-1945. Kalkül oder Dogma?*, Stuttgart 1970, S. 30-42, wo die Kohärenz von Hitlers langfristiger schrittweise Strategie betont wird; Manfred Messerschmidt, «Foreign Policy and Preparation for War», in: Wilhelm Deist et al., *Germany and the Second World War*, Bd.1, *The Build-up of German Aggression*, Oxford 2003, S. 541-717, hier S. 590-593; Klaus Hildebrand, *Das vergangene Reich. Deutsche Aussenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871-1945*, Stuttgart 1995, S. 586-592.
- 15 Martin Kitchen, *The Coming of Austrian Fascism*, London 1980, S. 36-110; Bruce F. Pauley, *Der Weg in den Nationalsozialismus*, Wien 19188 (1981), (3-15); George E.R. Gedye, *Fallen Bastions*, London 1939, S. 9-126, enthält anschauliche Schilderungen des damaligen Mitteleuropakorrespondenten der Londoner *Times*; Charles A. Gulick, *Austria, from Habsburg to Hitler*, 2 Bde., Berkeley, CA 1948, ist eine sehr

- detaillierte narrative Darstellung, heute allerdings weitgehend überholt.
- 16 Francis L. Carsten, *Faschismus in Österreich, Von Schönerer zu Hitler*, München 1978, S. 267-286, nach wie vor ein Standardwerk; Kitchen, *The Coming of Austrian Fascism*, S. 173-262; Pauley, *Der Weg in den Nationalsozialismus*, unterstreicht die innere Uneinigkeit der Partei; zu Schönerer s. Evans, *Aufstieg*, S. 52-54 und 247-249; allgemeiner hierzu: Bruce E. Pauley, *Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus*, Wien 1993.
- 17 Carsten, *Faschismus in Österreich*, S. 211-248, Zitat S. 235; Gedye, *Fallen Bastions*, S. 101-143; Pauley, *Der Weg in den Nationalsozialismus*; Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 593-599.
- 18 Kershaw, *Hitler 1889-1936*, S. 657-659; unter älteren Darstellungen s. u. a. Dieter Ross, *Hitler und Dollfuß. Die deutsche Österreich-Politik 1933-1934*, Hamburg 1966.
- 19 Domarus, *Hitler*, S. 426-428.
- 20 Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 578-586.
- 21 Patrik von zur Mühlen, «Schlagt Hitler an der Saar!» *Abstimmungskampf, Emigration und Widerstand im Saargebiet, 1933-1945*, Bonn 1979, S. 230-232; Gerhard Paul, «Deutsche Mutter – heim zu Dir!» *Warum es misslang, Hitler an der Saar zu schlagen. Der Saarkampf 1933 bis 1935*, Köln 1984, S. 376-401.
- 22 Mühlen, «Schlagt Hitler», S. 73 f., 195 und 229; Paul, «Deutsche Mutter», S. 102-132; Markus Gestier, *Die christlichen Parteien an der Saar und ihr Verhältnis zum deutschen Nationalstaat in den Abstimmungskämpfen 1935 und 1955*, St. Ingbert 1991, S. 48-69; Ludwig Linsmayer, *Politische Kultur im Saargebiet 1920-1932. Symbolische Politik, verhinderte Demokratisierung, nationalisiertes Kulturleben in einer abgetrennten Region*, St. Ingbert 1992, S. 447; Klaus-Michael Mallmann und Gerhard Paul, *Milieus und Widerstand. Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus*, Bonn 1995, S. 203-223; Dieter Muskalla, *NS-Politik an der Saar unter Josef Bürckel. Gleichschaltung – Neuordnung – Verwaltung*, Saarbrücken 1995, S. 71.
- 23 Mühlen, «Schlagt Hitler», S. 205f. und 230f.; Paul, «Deutsche Mutter», S. 214-232; Linsmayer, *Politische Kultur*, S. 447.
- 24 *Deutschland-Berichte*, 2 (1935), S. 9-15, Zitat S. 10.
- 25 Mallmann und Paul, *Herrschaft und Alltag*, S. 26-32.
- 26 Klaus-Michael Mallmann und Gerhard Paul, *Das zersplitterte Nein. Saarländer gegen Hitler*, Bonn 1989, S. VI f.; dies., *Herrschaft und Alltag*, S. 39-54; dies., *Milieus und Widerstand*, S. 532; Muskalla, *NS-Politik an der Saar*, S. 187, 551-596 und 600f.
- 27 Mallmann und Paul, *Herrschaft und Alltag*, S. 55-64 und 114-134.
- 28 Domarus, *Hitler*, S. 484-488. Zitat S. 485; *Deutschland-Berichte*, 2 (1935), S. 117-120 und 154-157.
- 29 Staatsarchiv Hamburg 622-1: Familie Solmitz: Luise Solmitz geb. Stephan, 1889-1973, Tagebuch: Bd. 28 und 29 (Eintragungen vom 1. März 1935).
- 30 Bernd Stöver (Hg.), *Berichte über die Lage in Deutschland. Die Meldungen*

der Gruppe »Neu Beginnen« aus dem Dritten Reich 1933–1936, Bonn 1996, S. 336.

- 31 Weinberg, *The Foreign Policy*, Bd. 1, S. 203–206.
- 32 Tagebuch Luise Solmitz, 16. März 1935.
- 33 Ebd.
- 34 *Deutschland-Berichte*, 2 (1935), S. 409–414; Zitat S. 10. William Shirers Bericht *Berliner Tagebuch*, S. 34–37, in dem von einer allgemeinen und uneingeschränkten Begeisterung die Rede ist, war stark von seiner innersten Überzeugung gefärbt, die er auch in seinem Buch *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches* zum Ausdruck brachte, daß alle Deutschen im Grunde ihres Herzen »Militaristen« seien.
- 35 Kershaw, *Hitler 1889–1936*, S. 699–701; Jost Dülffer, *Weimar, Hitler und die Marine. Reichspolitik und Flottenbau 1920–1939*, Düsseldorf 1973, S. 256–267 und 325–354; Geoffrey T. Waddington, »Hitler, Ribbentrop, die NSDAP und der Niedergang des Britischen Empire 1935–1938«, *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 40 (1992), S. 273–306; Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 600–604.
- 36 Fest, *Das Gesicht des Dritten Reiches*, S. 241–256, hier S. 246; Wolfgang Michalka, »Joachim von Ribbentrop – Vom Spirituosenhändler zum Außenminister«, in: Smelser und Zitelmann, *Die braune Elite I*, S. 201–211.
- 37 Hans-Adolf Jacobsen, *Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938*, Frankfurt am Main/Berlin 1968, S. 298–318.
- 38 Fest, *Das Gesicht des Dritten Reiches*, S. 246–251; Michalka, »Joachim von Ribbentrop«, S. 201–211; Jacobsen, *Nationalsozialistische Außenpolitik*, S. 252–318; ausführlicher Wolfgang Michalka, *Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik 1933–1940. Außenpolitische Konzeptionen und Entscheidungsprozesse im Dritten Reich*, München 1980; eine neuere Einschätzung in Stefan Kley, *Hitler, Ribbentrop und die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges*, Paderborn 1996.
- 39 Zum Äthiopienkrieg s. George Steer, *Caesar in Abyssinia*, London 1936; Alberto Sbacchi, *Legacy of Bitterness. Ethiopia and Fascist Italy, 1935–1941*, London 1997, und Anthony Mockler, *Haile Selassie's War*, London 1997; der historische und politische Hintergrund in: Denis Mack Smith, *Mussolini's Roman Empire*, London 1976.
- 40 Evans, *Aufstieg*, S. 273f.
- 41 »Memorandum des Botschafters in Italien (20. Januar 1936)«, in: *Documents on German Foreign Policy 1918–1945*, Series C, IV, *The Third Reich. First Phase*, London 1962, S. 1013–1016.
- 42 Weinberg, *The Foreign Policy*, Bd. 1, S. 207–238.
- 43 Ebd., S. 239–263.
- 44 Shirer, *Berliner Tagebuch*, S. 56f.
- 45 Ebd., S. 62f.; Domarus, *Hitler*, S. 603–606.
- 46 Tagebuch Luise Solmitz, 7. März 1936.
- 47 *Deutschland-Berichte*, 3 (1936), S. 303.
- 48 Ebd., S. 468.
- 49 Ebd., S. 300–320 und 460–478 (»Rheinlandbesetzung und Kriegsangst«).
- 50 Stöver, *Volksgemeinschaft*, S. 418f.

- 51 *Deutschland-Berichte*, 3 (1936), S. 302; s.a. Kershaw, *Der Hitler-Mythos*, S. 155-160.
- 52 Weinberg, *The Foreign Policy*, Bd. 1, S. 239-263; Donald Cameron Watt, «German Plans for the Reoccupation of the Rhineland. A Note», *Journal of Contemporary History*, 1 (1966), S. 193-199; Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 604-617; James T. Emmerson, *The Rhineland Crisis, 7 March 1936. A Critical Study in Multilateral Diplomacy*, London 1977.
- 53 Domarus, *Hitler*, S. 606.
- 54 Weinberg, *The Foreign Policy*, Bd. 1, S. 264-284. Die unter Historikern stark umstrittene Frage, wann der richtige Augenblick gewesen wäre, um Hitler in den Arm zu fallen, ist irrelevant, da praktisch keine europäische Regierung vor 1939 den Wunsch dazu verspürt hatte. Es ist allein dieses hypothetische Szenario, das die Schlussfolgerung von Stephen A. Schuker stützt, «France and the Remilitarisation of the Rhineland, 1936», *French Historical Studies*, 14 (1986), S. 299-338, dass 1936 kein Wendepunkt gewesen sei. Abdr. auch in: Patrick Finney (Hg.), *The Origins of the Second World War*, London 1997, S. 222-244.
- 55 Weinberg, *The Foreign Policy*., Bd. 1, S. 284-293, mit einer etwas übertriebenen Betonung wirtschaftlicher Überlegungen; weitere Einzelheiten in: ders., *The Foreign Policy of Nazi Germany*, Bd. 2, *Stating World War II, 1937-1939*, Chicago 1980, S. 142-166; s.a. Paul Preston, *The Spanish Civil War 1936-69*, London 1986, S. 80f.
- 56 Paul Preston, *Franco. A Biography*, London 1993, S. 158-161; Hugh Thomas, *Der Spanische Bürgerkrieg*, Frankfurt a.M./Berlin 1964, S. 516; Christian Leitz, «Nazi Germany's Intervention in the Spanish Civil War and the Foundation of HIS-MA/ROWAK», in: Paul Preston und Ann L. Mackenzie (Hg.), *The Republic Besieged. Civil War in Spain, 1936-1939*, Edinburgh 1996, S. 53-85; Hans-Henning Abendroth, «Deutschlands Rolle im Spanischen Bürgerkrieg», in: Manfred Funke (Hg.), *Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Aussenpolitik des Dritten Reiches*, Düsseldorf 1978, S. 471-488.
- 57 Preston, *Franco*, S. 203-209; allgemeiner: Hans-Henning Abendroth, *Hitler in der spanischen Arena. Die deutsch-spanischen Beziehungen im Spannungsfeld der europäischen Interessenpolitik vom Ausbruch des Bürgerkrieges bis zum Ausbruch des Weltkrieges (1936-1939)*, Paderborn 1973, und Robert H. Whealey, *Hitler and Spain. The Nazi Role in the Spanish Civil War, 1936-1939*, Lexington, Ky. 1989.
- 58 Preston, *Franco*, S. 243 f.
- 59 Thomas, *Der Spanische Bürgerkrieg*, S. 326-329.
- 60 Herbert R. Southworth, *Guernica! Guernica! A Study of Journalism, Propaganda and History*, Berkeley, Ca. 1977.
- 61 Preston, *Franco*, S. 246.
- 62 Ebd., S. 303 und 329 f.
- 63 Willard C. Frank, «The Spanish Civil War and the Coming of the Second World War», *International History Review*, 9 (1987), S. 368-409.
- 64 Hildebrand, *Deutsche Aussenpolitik*, S. 49 f.; Herbst, *Das nationalsozialistische Deutschland*, S. 177-183; Elizabeth Wiskemann, *The Rome-Berlin Axis. A History*

- of the Relations between Hitler and Mussolini, London 1949; John P. Fox, *Germany and the Far Eastern Crisis, 1931-1938. A Study in Diplomacy and Ideology*, Oxford 1982; Theo Sommer, *Deutschland und Japan zwischen den Mächten 1935-1940. Vom Antikominternpakt zum Dreimächtepakt*, Tübingen 1962; Weinberg, *The Foreign Policy*, Bd. 2, S. 167-190. 65 Hildebrand, *Die Aussenpolitik*, S. 43-54; Josef Henke, *England in Hitlers politischem Kalkül, 1935-1939*, Boppard 1973; Klaus Hildebrand, *Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919-1945*, München 1969, S. 491-548; allgemeiner hierzu: Michalka, *Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik*.
- 66 S. o.
- 67 O'Neill, *The German Army*, S. 178-195; Kershaw, *Hitler 1936-1945*, S. 87-92; Klaus-Jürgen Müller, *Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933-1940*, Stuttgart 1988 (1969), S. 244.
- 68 Das Standardwerk zu diesen Ereignissen ist Karl-Heinz Janssen und Fritz Tobias, *Der Sturz der Generäle. Hitler und die Blomberg-Fritsch-Krise 1938*, München 1938. Zu einer anschaulichen Darstellung dieser und der folgenden Ereignisse s. Kershaw, *Hitler 1936-1945*, S. 93-102. Zitat Goebbels in: Fröhlich (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, 1/3, S. 419 (29. Januar 1938).
- 69 Janssen und Tobias, *Der Sturz*, S. 140.
- 70 Ebd., zum Prozess gegen Fritsch S. 173-184, zu seinem Tod S. 245-251 und zum Schicksal Blombergs nach dem Krieg S. 253-258. S.a. O'Neill, *The German Army*, S. 196-204.
- 71 Janssen und Tobias, *Der Sturz*, S. 197-233, hier S. 197-199.
- 72 Domarus, *Hitler*, S. 793-805, Zitat S. 797.
- 73 David G. Marwell, «Ernst Hanfstaengl. Des ‚Führers‘ Klavierspieler», in: Ronald Smelser, Enrico Syring und Rainer Zitelmann (Hg.), *Die braune Elite II. 21 weitere biographische Skizzen*, Darmstadt 1993, S. 137-149, ein Extrakt aus der Ph. D. Dissertation des Autors, «Unwanted Exile. A Biography of Dr. Ernst ‚Putzi‘ Hanfstaengl» (SUNY, Binghamton 1988). S.a. die populäre Darstellung von Peter Conradi, *Hitler's Piano Player*, New York 2004. Das Goebbelszitat in: Fröhlich, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, 1.3, S. 49 (Eintragung vom 19.2.1937).
- 74 Kershaw, *Hitler 1936-1945*, S. 112-115; Gerhard L. Weinberg, «Hitler's Private Testament of May 2, 1938», *Journal of Modern History*, 27 (1955), S. 415-419; Gerhard Botz, *Der 13. März und die Anschluss-Bewegung. Selbstaufgabe, Okkupation und Selbstfindung Österreichs 1918-1945*, Wien 1978, S. 5-14; Carsten, *Faschismus in Österreich*, S. 279-281.
- 75 Carsten, *Faschismus in Österreich*, S. 281-285; Gedye, *Fallen Bastions*, S. 144-216.
- 76 Kube, *Pour le mérite und Hakenkreuz*, S. 233-240; Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 618-651, auch zum Folgenden; Stefan Martens, «Die Rolle Hermann Görings in der deutschen Aussenpolitik 1937/38», in: Franz Knipping und Klaus-Jürgen Müller (Hg.), *Machtbewusstsein in Deutschland am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*, Paderborn 1984, S. 75-82, zur Rolle Görings; Kley, *Hitler, Ribbentrop*

- und die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, S. 35-49, zur Rolle Ribbentrops.
- 77 Kershaw, *Hitler 1936-1945*, S. 114f.; Weinberg, *The Foreign Policy*, Bd. 2, S. 261-312; ders., «Hitler's Private Testament».
- 78 Carsten, *Faschismus in Österreich*, S. 249-266, Zitat S. 263; Barbara Jelavich, *Modern Austria. Empire and Republic 1800-1986*, Cambridge 1987, S. 192-216; *Deutschland-Berichte*, 5 (1938), S. 236-249.
- 79 Domarus, *Hitler*, S. 788; Kurt von Schuschnigg, *Ein Requiem in Rot-Weiss-Rot. «Aufzeichnungen des Häftlings Dr. Auster»*, Zürich 1946, S. 37-52; Jelavich, *Modern Austria*, S. 217f. Zu Papen, s. Franz Müller, *Ein «Rechtskatholik» zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Franz von Papen also Sonderbeauftragter Hitlers in Wien 1934-1938*, Frankfurt a.M. 1990; und Joachim Petzold, *Franz von Papen. Ein deutsches Verhängnis*, München 1995, S. 239-251.
- 80 Kershaw, *Hitler 1936-1945*, S. 116-118; Gedye, *Fallen Bastions*, S. 217-235; Erwin A. Schmidt, *März 38. Der deutsche Einmarsch in Österreich*, Wien 1987, S. 31-42, zu den Vorbereitungen der deutschen Wehrmacht.
- 81 Carsten, *Faschismus in Österreich*, S. 286-294; Schmidl, *März 38*, S. 1-29 und 43-68.
- 82 IMT, XXXI, S. 360-362; s.a. Jelavich, *Modern Austria*, S. 218-221; Gedye, *Fallen Bastions*, S. 236-277; und Fröhlich (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels* 1.5, S. 197-201 (10.-11. März 1938); Schmidl, *März 38*, S. 69-109; Pauley, *Der Weg in den Nationalsozialismus*, S. 155-192.
- 83 Kershaw, *Hitler 1936-1945*, S. 123f.; Carsten, *Faschismus in Österreich*, S. 294; Shirer, *Berliner Tagebuch*, S. 94-102, Zitate S. 96-98; Gedye, *Fallen Bastions*, S. 278-299; Fröhlich (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Bd. 1.5, S. 202-206 (12.-13. März 1938); Schmidl, *März 38*, S. 111-134, zur Machtergreifung in den österreichischen Ländern; Pauley, *Der Weg in den Nationalsozialismus*, (193-215).
- 84 Shirer, *Berliner Tagebuch*, S. 100, zu einem Beispiel.
- 85 Domarus, *Hitler*, S. 817f.; Kershaw, *Hitler 1936-1945*, S. 127f.
- 86 Domarus, *Hitler*, S. 818; Kershaw, *Hitler 1936-1945*, S. 128; Schmidl, *März 38*, S. 211-238; Gerhard Botz, *Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich. Planung und Verwirklichung des politisch-administrativen Anschlusses (1938-1940)*, Linz 1972, S. 22-39, zu frühen Ideen und Vorschlägen. Zu den Gründen für Hitlers verspätetes Eintreffen in Wien, das damals fälschlich liegendebliebenen Panzern und Militärlastwagen zugeschrieben wurde, s. Kershaw, *Hitler 1936-1945*, S. 1112, Anm. 115.
- 87 Domarus, *Hitler*, S. 819-822; Botz, *Die Eingliederung*, S. 61-72, zum Gesetz vom 13. Februar 1938; S. 73-115 zu den weiteren Entwicklungen.
- 88 Domarus, *Hitler*, S. 822-825; Pauley, *Der Weg in den Nationalsozialismus*, (216-222).
- 89 Domarus, *Hitler*, S. 825; Gerhard Botz, *Wien vom «Anschluss» zum Krieg. Nationalsozialistische Machtübernahme und politisch-soziale Umgestaltung am Beispiel der Stadt Wien 1938/39*, Wien 1978, S. 117-146.
- 90 Botz, *Wien*, S. 175-183. In einigen Wahlbezirken war die Anzahl der Ja-Stimmen höher als die Zahl der Wähler. Vgl. a. Evan B. Burkey, «Populär Opinion in Vienna after the Anschluss», in: Fred Parkinson (Hg.), *Conquering the Past. Austrian Na-*

- zism Yesterday and Today*, Detroit 1989, S. 151-164.
- 91 Volkmann, «The National Socialist Economy», S. 323-327; Norbert Schausberger, «Wirtschaftliche Aspekte des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich (Dokumentation)», *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, 8 (1970), S. 133-164; ders., *Der Griff nach Österreich. Der Anschluss*, Wien 1978.
- 92 Gordon Brook-Shepherd, *The Austrians. A Thousand-Year Odyssey*, London 1996, S. 341-343; Botz, *Wien*, S. 55-58 und 255-259; Schmidl, *März* 38, S. 232-237; Florian Freund, «Mauthausen – Zu Strukturen von Haupt- und Aussenlagern», in: Wolfgang Benz (Hg.), *KZ-Aussenlager – Geschichte und Erinnerung*, Dachau 1999, S. 254-272.
- 93 Robert Körber, *Rassesieg in Wien, der Grenzfesten des Reiches*, Wien 1939, S. 271 und 281.
- 94 Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 162-165. S.a. Herbert Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung der Juden in Österreich, 1938-1945*, Wien 1978.
- 95 Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, 3 Bde., Frankfurt a.M. 1990 (1961), Bd. 1, S. 99 f. Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933-1939*, München 1997, S. 264.
- 96 Gedye, *Fallen Bastions*, S. 308 f.
- 97 Ebd.; Botz, *Wien*, S. 93-105.
- 98 Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 163 f.; Wolfgang Neugebauer (Hg.), *Widerstand und Verfolgung im Burgenland. Eine Dokumentation*, Wien 1979; Gerhard Botz, *Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938 bis 1945. Zur Funktion des Antisemitismus als Ersatz nationalsozialistischer Sozialpolitik*, Wien 1975; Gedye, *Fallen Bastions*, S. 300-306 und 360-362.
- 99 David Cesarani, *Adolf Eichmann. Bürokrat und Massenmörder*. Biographie, Berlin 2004, S. 54-89; s.a. Peter Black, «Ernst Kaltenbrunner – Chef des Reichssicherheitshauptamtes», in: Smelser et al., *Die braune Elite II*, S. 159-172; ders., *Ernst Kaltenbrunner. Vasall Himmlers. Eine SS-Karriere*, Paderborn 1991.
- 100 Cesarani, *Adolf Eichmann*, S. 89-131; Doron Rabinovici, *Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938-1945. Der Weg zum Judenrat*, Frankfurt a.M. 2000; Hans Safrian, *Die Eichmann-Männer*, Wien 1993; ders., «Expediting Expropriation and Expulsion. The Impact of the ‚Vienna Model‘ on Anti-Jewish Policies in Nazi Germany, 1938», *Holocaust and Genocide Studies*, 14 (2000), S. 390-414; Gabriele Anderl und Dirk Rupnow, *Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung als Beraubungsinstitution*, Wien 2002; Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, S. 262-267; Deborah Dwork und Robert Jan Van Pelt, *Holocaust. A History*, London 2002, S. 95-98 und 121-125; Botz, *Wien*, S. 243-254.
- 101 *Deutschland-Berichte*, 6 (1939), S. 381.
- 102 Cesarani, *Adolf Eichmann*, S. 103 f.; Botz, *Wien*, S. 397-411.
- 103 Nicholas, *The Rape*, S. 37-46; Petropoulos, *The Faustian Bargain*, S. 170-185.
- 104 *Deutschland-Berichte*, 5 (1938), S. 260.
- 105 Ebd., S. 264.
- 106 Kershaw, *Der Hitler-Mythos*, S. 161-164.
- 107 Tagebuch Luise Solmitz, 11., 12. und 13. März 1938.

- 108 Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen*, S. 399 (20. März 1938).
- 109 Kershaw, *Hitler 1936-1945*, S. 138 f.
- 110 Domarus, *Hitler*, S. 831 und 838.
- 111 Beide Zitate in Kershaw, *Hitler 1936-1945*, S. 153.
- 112 Jürgen Tampke, *Czech-German Relations and the Politics of Central Europe. From Bohemia to the EU*, London 2003, S. 25-44; Rudolf Jaworski, *Vorposten oder Minderheit? Der Sudetendeutsche Volkstumskampf in den Beziehungen zwischen der Weimarer Republik und der CSR*, Stuttgart 1977; Jaroslav Kucera, *Minderheit im Nationalstaat. Die Sprachenfrage in den tschechisch-deutschen Beziehungen 1918-1938*, München 1999.
- 113 Tampke, *Czech-German Relations*, S. 45-53; Hugh Seton-Watson, *Eastern Europe between the Wars 1918-1941*, New York 1967 (1945), S. 277-283; Carlile A. Macartney und Alan W. Palmer, *Independent Eastern Europe. A History*, London 1966, S. 156-159, 190-198 und 363-366; Christoph Boyer, *Nationale Kontrahenten oder Partner. Studien zu den Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen in der Wirtschaft der CSR*, München 1999; Ronald M. Smelser, *The Sudeten Problem 1933-1938. The Formulation of Nazi Foreign Policy*, Folkestone 1975; Gedye, *Fallen Bastions*, S. 363-450; Jörg Kracik, *Die Politik des deutschen Aktivismus in der Tschechoslowakei 1920-1938*, Frankfurt a.M. 1999.
- 114 Nancy M. Wingfield, *Minority Politics in a Multinational State. The German Social Democratic Party 1918-1938*, New York 1938, S. 16 9; s. dagegen Reinhard Schmutzer, «Der Wahlsieg der Sudetendeutschen Partei. Die Legende von der faschistischen Bekenntniswahl», *Zeitschrift für Ostforschung*, 41 (1992), S. 345-384.
- 115 Tampke, *Czech-German Relations*, S. 53 f.
- 116 Kershaw, *Hitler 1936-1945*, S. 136-162; Klaus-Jürgen Müller (Hg.), *General Ludwig Beck. Studien und Dokumente zur politisch-militärischen Vorstellungswelt und Tätigkeit des Generalstabschefs des deutschen Heeres 1933-1938*, Boppard 1980; kritisiert von Peter Hoffmann, «Generaloberst Ludwig Beck's militärpolitisches Denken», *Historische Zeitschrift*, 234 (1982), S. 101-121; überzeugende Antwort in: Klaus-Jürgen Müller, «Militärpolitik nicht Militäropposition!», *Historische Zeitschrift*, 235 (1982), S. 355-371.
- 117 O'Neill, *The German Army*, S. 211-222; Müller, *Das Heer*, S. 300-344.
- 118 Müller, *Beck*, S. 287.
- 119 Joachim Fest, *Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli*, Berlin 1994, S. 76-104, bietet eine spannende Erzählung der Verschwörung; Klemens von Klemperer, *Die verlassenen Verschwörer. Der deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten 1938-1945*, München 1994, S. 77-98, und Patricia Meehan, *The Unnecessary War. Whitehall and the German Resistance to Hitler*, London 1992, thematisieren die Versuche, sich der Unterstützung des Auslands zu versichern. Unter zahlreichen älteren Darstellungen s. Harold C. Deutsch, *The Conspiracy against Hitler in the Twilight War*, Minneapolis 1968, und Peter Hoffmann, *Widerstand – Staatsstreich – Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler*, München 1985 (1969).
- 120 Versuche, zu behaupten, die Opposition in diesem Stadium sei von fundamentaleren

- Prinzipien geleitet worden, haben unter Historikern nur wenig Zustimmung gefunden. Zur Kontroverse über die Motive Becks s. Müller, «Militärpolitik»; zu Weizsäcker s. Rainer A. Blasius, *Für Grossdeutschland – gegen den grossen Krieg. Staatssekretär Ernst Freiherr von Weizsäcker in den Krisen um die Tschechoslowakei und Polen 1938/39*, Köln 1981; zu Halder s. O'Neill, *The German Army*, S. 224-231.
- 121 Aus den Erinnerungen des Generals Weichs, zit. in: O'Neill, *The German Army*, S. 226.
- 122 Zum Folgenden s. Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 651-666, und Weinberg, *The Foreign Policy*, Bd. 2, S. 313-464.
- 123 *Deutschland-Berichte*, 5 (1938), S. 559 und 823-825; Shirer, *Berliner Tagebuch*, S. 131; Fröhlich (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Bd. 1.6, S. 81 (10. September 1938), 95 (17. September 1938) und passim.
- 124 *The Times*, 28. September 1938. Chamberlains Beschwichtigungspolitik war das Thema zahlreicher umstrittener historischer Untersuchungen. Martin Gilbert, *The Roots of Appeasement*, London 1966, ist ein früher Versuch eines ausgewogenen Zugangs; Robert Alastair C. Parker, *Chamberlain and Appeasement. British Policy and the Coming of the Second World War*, London 1993, bietet einen guten, detailreichen Überblick; Keith Robbins, *Munich 1938*, London 1968, ist bis heute die beste Gesamtdarstellung der Krise.
- 125 Parker, *Churchill and Appeasement*, S. 167-189; David Reynolds, *In Command of History. Churchill Fighting and Writing the Second World War*, London 2004, S. 91-110.
- 126 Kershaw, *Hitler 1936-1945*, S. 164-166; Robbins, *München 1938*, S. 268-280.
- 127 Domarus, *Hitler*, S. 924-932; Shirer, *Berliner Tagebuch*, S. 137f.; Robbins, *München 1938*, S. 288-302; Fröhlich (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Bd. 1.6, S. 94-116 (17.-27. September 1938).
- 128 Fröhlich (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Bd. 1.6, S. 119 (29. September 1938).
- 129 Robbins, *München 1938*, S. 303-319; *The Times*, 1. Oktober 1938; Kershaw, *Hitler 1936-1945*, S. 172-181; s.a. Kley, *Hitler, Ribbentrop und die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs*, S. 49-146.
- 130 Heinz Boberach (Hg.), *Meldungen aus dem Reich 1938-1945. Die geheimen Eageberichte des Sicherheitsdienstes der SS*, Herrsching 1984, Bd. 2, S. 72 f.
- 131 *Deutschland-Berichte*, 5 (1938), S. 367-390.
- 132 Ebd., S. 684-699.
- 133 Ebd., S. 809-822.
- 134 Fröhlich (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Bd. 1.6, S. 65 (31. August 1938).
- 135 *Deutschland-Berichte*, 5 (1938), S. 917f.
- 136 Ebd., S. 913-939.
- 137 Tagebuch Luise Solmitz, 13. und 14. September 1938.
- 138 Ebd., 16. September 1938.
- 139 Kershaw, *Der Hitler-Mythos*, S. 164-172.
- 140 Tagebuch Luise Solmitz, 30. September 1939.

- 141 *Deutschland-Berichte*, 5 (1938), S. 946.
- 142 Ebd., S. 947.
- 143 Shirer, *Berliner Tagebuch*, S. 138 f.
- 144 Domarus, *Hitler*, S. 974.
- 145 Ebd.
- 146 Kershaw, *Der Hitler-Mythos*, S. 153 f.
- 147 Tampke, *Czech-German Relations*, S. 57; Volker Zimmermann, *Die Sudetendeutschen im NS-Staat. Politik und Stimmung der Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland*, Essen 1999, S. 79-82; Peter Heumos, *Die Emigration aus der Tschechoslowakei nach Westeuropa und dem Nahen Osten 1938-1945*, München 1989, S. 15-27; Detlef Brandes et al. (Hg.), *Erzwungene Trennung. Vertreibung und Aussiedlung in und aus der Tschechoslowakei 1938-1947 im Vergleich mit Polen, Ungarn und Jugoslawien*, Essen 1999. Viele Flüchtlinge emigrierten anschliessend nach England und anderen Ländern ausserhalb der Region.
- 148 Tampke, *Czech-German Relations*, S. 57-59; Zimmermann, *Die Sudetendeutschen*, S. 183-209; Hayes, *Industry and Ideology*, S. 232-243; Gerald D. Feldman, *Die Allianz und die deutsche Versicherungswirtschaft 1933-1945*, München 2001, S. 361 f.; Alice Teichova, «The Protectorate of Bohemia and Moravia (1939-1945). The economic dimension», in: Mikulas Teich (Hg.), *Bohemia in History*, Cambridge 1998, S. 267-305, hier S. 267-269.
- 149 Hans Roos, *A History of Modern Poland from the Foundation of the State in the First World War to the Present Day*, London 1966 (1961), S. 154-156; Macartney und Palmer, *Independent Eastern Europe*, S. 387f.
- 150 Macartney und Palmer, *Independent Eastern Europe*, S. 388f.; Jörg K. Hoensch, *Geschichte Ungarns 1867-1986*, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1984, S. 131-142.
- 151 Macartney und Palmer, *Independent Eastern Europe*, S. 388-397.
- 152 Kershaw, *Hitler 1936-1945*, S. 224-230.
- 153 Ebd., S. 231-234, Zitat Hitler S. 234; Macartney und Palmer, *Independent Eastern Europe*, S. 398 f.; Donald Cameron Watt, *How War Came. The Immediate Origins of the Second World War, 1938-1939*, London 1989, S. 141-154; Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 666-678; Weinberg, *The Foreign Policy*, Bd. 2, S. 465-534; Fröhlich, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Bd. 1.6, S. 286f. (15. März 1939).
- 154 Vojtech Mastny, *The Czechs under Nazi Rule. The Failure of National Resistance 1939-1942*, London 1971; Kershaw, *Hitler 1936-1945*, S. 234; Fröhlich (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Bd. 1.6, S. 289 (17. März 1939).
- 155 Teichova, «The Protectorate», S. 274f.
- 156 Fröhlich (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Bd. 1.6, S. 125 (2. Oktober 1938); Mastny, *The Czechs*, S. 56; Detlef Brandes, *Die Tschechen unter deutschem Protektorat*, Bd. 1, *Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren bis Heydrichs Tod*, München 1968; ders., «Die Politik des Dritten Reiches gegenüber der Tschechoslowakei», in: Manfred Funke (Hg.), *Hit-*

- ler, *Deutschland und die Mächte. Materialien zur Aussenpolitik des Dritten Reiches*, Düsseldorf 1978, S. SOSSZS; ders., «Nationalsozialistische Tschechenpolitik im Protektorat Böhmen und Mähren», in: ders. und Vaclav Kural (Hg.), *Der Weg in die Katastrophe. Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1938-1947*, Essen 1993, S. 39-56.
- 157 Brandes, *Die Tschechen*, S. 154f.; Mastny, *The Czechs*, S. 65-84; Teichova, «The Protectorate», S. 277-280; David Blazier, «Finance and the End of Appeasement. The Bank of England, the National Government and the Czech Gold», *Journal of Contemporary History*, 40 (2005), S. 25-40.
- 158 Nicholas, *The Rape of Europa*, S. 43 f.; Mastny, *The Czechs*, S. 80-82.
- 159 Einzelheiten, auch das Zitat Görings, in Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des «Ausländereinsatzes» in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Berlin/Bonn 1985, S. 63; s. «Sitzungsbericht zur 2. Sitzung des Reichsverteidigungsrates», in: IMT, XXXIII, S. 153f.
- 160 Hoensch, *Geschichte Ungarns*, S. 140 f.; Macartney und Palmer, *Independent Eastern Europe*, S. 400 f.
- 161 Watt, *How War Came*, S. 156f.; Kershaw, *Hitler 1936-1945*, S. 238-240; s.a. Martin Broszat, «Die memeldeutschen Organisationen und der Nationalsozialismus», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 5 (1957), S. 273-278.
- 162 *Deutschland-Berichte*, 6 (1939), S. 275-293; Zitate S. 283; Kershaw, *Der Hitler-Mythos*, S. 172-174.
- 163 Neville Chamberlain, *The Search for Peace*, London 1939, S. 418. Fröhlich (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Bd. 1.6, S. 291 f. (19. März 1939).
- 164 Anna M. Cienciala, «Poland in British and French Policy in 1939. Determination to Fight – or Avoid War?», *Polish Review*, 34 (1989), S. 199-226; Watt, *How War Came*, S. 162-187; Parker, *Chamberlain and Appeasement*, S. 204-206; Simon Newman, *March 1939. The British Guarantee to Poland. A Study in the Continuity of British Foreign Policy*, Oxford 1976; Peter M. H. Bell, *The Origins of the Second World War in Europe*, London 1986, S. 250-255.
- 165 Allgemein hierzu: Andreas Hillgruber, *Deutsche Grossmacht- und Weltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert*, Düsseldorf 1979 (1977), S. 180-197.
- 166 Kershaw, *Hitler 1936-1945*, S. 247-280; Christian Hartmann und Sergej Slutsch, «Franz Halder und die Kriegsvorbereitungen im Frühjahr 1939. Eine Ansprache des Generalstabschefs des Heeres», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 45 (1997), S. 467-495; Fröhlich (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Bd. 1.3, S. 599; s.a. 1.6, S. 323 (21. April 1939); Watt, *How War Came*, S. 188-198; Domarus, *Hitler*, S. 1148-1179.
- 167 Domarus, *Hitler*, S. 1196-1201.
- 168 Weinberg, *The Foreign Policy*, Bd. 2, S. 192-248.
- 169 Domarus, *Hitler*, S. 1209-1211.
- 170 Watt, *How War Came*, S. 232-234; Joachim von Ribbentrop, *Zwischen London und Moskau. Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen*, Hg. Annelies von Ribbentrop, Leoni am Starnberger See 1953, S. 171-174.
- 171 David M. Glantz, *Stumbling Colossus. The Red Army on the Eve of World War*, Lawrence, Kansas 1998; John Erickson, *The Soviet High Command. A Military-Po-*

- litical History, 1918-1941*, London 2001 (1984).
- 172 Dmitri Wolkogonov, *Stalin. Triumph und Tragödie*, Düsseldorf 1989, S. 478.
- 173 Watt, *How War Came*, S. 447-461; Kershaw, *Hitler 1936-1945*, S. 284-291; Weinberg, *The Foreign Policy*, S. 601-611; Fröhlich (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Bd. L6, S. 73 (23. August 1939); ausführlicher hierzu: Anthony Read und David Fisher, *The Deadly Embrace. Hitler, Stalin, and the Nazi-Soviet Pact, 1939-1941*, London 1988; Geoffrey Roberts, *The Unholy Alliance. Stalin's Pact with Hitler*, London 1988, S. 221-226.
- 174 Vgl. Hans-Erich Volkmann (Hg.), *Das Russlandbild im Dritten Reich*, Köln 1994.
- 175 Robert Service, *Stalin. A Biography*, London 2004, S. 395-403; Roberts, *The Unholy Alliance*, S. 267f., zu den geheimen Zusatzprotokollen.
- 176 Hermann Weber, «Weisse Flecken» in der Geschichte. *Die KPD-Opfer der Stalinischen Säuberungen und ihre Rehabilitierung*, Frankfurt a.M. 1990, S. 36f.; Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung (Hg.), *In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR*, Berlin 1991; Margarete Buber-Neumann, *Als Gefangene bei Stalin und Hitler. Eine Welt im Dunkel*, München 1949, S. 152-167. Einige Exilanten waren bereits ebenso wie Neumann den Säuberungen Stalins zum Opfer gefallen, darunter 13 ehemalige Reichstagsabgeordnete der KPD; Weber, «Weisse Flecken», S. 21.
- 177 Detlev Peukert, *Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945*, Wuppertal 1980.
- 178 Kershaw, *Hitler 1936-1945*, S. 291 f.; Fröhlich (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Bd. 1.6, S. 73 (23. August 1939).
- 179 Kley, *Hitler, Ribbentrop und die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges*, S. 201-224.
- 180 *Deutschland-Berichte*, 6 (1939), S. 546-560; Kershaw, *Hitler 1936-1945*, S. 280-287; Levine, *Hitler's Free City*; Rüdiger Ruhnau, *Die Freie Stadt Danzig, 1919-1939*, Berg am See 1979; Weinberg, *The Foreign Policy*, S. 525-627, bietet eine ausführliche Darstellung der Krise; Albert S. Kotowski, *Polens Politik gegenüber seiner deutschen Minderheit 1919-1939*, Wiesbaden 1998, und Martin Broszat, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, Frankfurt a.M. 1972 (1963), S. 173-233, eine sachliche Beurteilung der Lage der Volksdeutschen im unabhängigen Polen; Christian Raitz von Frentz, *A Lesson Forgotten. Minority Protection under the League of Nations. The Case of the German Minority in Poland, 1920-1934*, Münster 2000, zu den internationalen Aspekten.
- 181 *Deutschland-Berichte*, 6 (1939), S. 561.
- 182 Maschmann, *Fazit*, S. 62.
- 183 Ilse McKee, *Tomorrow the World*, London 1960, S. 27; allgemeiner hierzu: Ian Kershaw, «Der Überfall auf Polen und die öffentliche Meinung in Deutschland», in: Ernst W Hansen et al. (Hg.), *Politischer Wandel, organisierte Gewalt und nationale Sicherheit. Beiträge zur neueren Geschichte Deutschlands und Frankreichs. Festschrift für Klaus-Jürgen Müller*, München 1995, S. 237-250.
- 184 Broszat und Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 1, S. 131 (Aus dem Monats-

- bericht des Bezirksamts, 30. 6. 1939); s.a. Kershaw, *Der Hitler-Mythos*, S. 174-176.
- 185 Carl Jacob Burckhardt, *Meine Danziger Mission 1937-1939*, München 1962, S. 261-270; Watt, *How War Came*, S. 322-327 und 433-440; Herbert S. Levine, «The Mediator. Carl J. Burckhardt's Efforts to Avert a Second World War», *Journal of Modern History*, 45 (1973), S. 439-453; und Paul Stauffer, *Zwischen Hofmannsthal und Hitler. Carl J. Burckhardt. Facetten einer aussergewöhnlichen Existenz*, Zürich 1991.
- 186 Watt, *How War Came*, S. 462-478; Kershaw, *Hitler 1936-1945*, S. 299-301; zu Henderson s. Peter Neville, *Appeasing Hitler. The Diplomacy of Sir Neville Henderson*, Basingstoke 1999.
- 187 Domarus, *Hitler*, S. 1234-1237; zu Hitlers ungebrochenen Hoffnungen auf eine Neutralität Englands s. etwa Fröhlich (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Bd. 1.6, S. 75 (24. August 1939).
- 188 Domarus, *Hitler*, S. 1237f. Kershaw, *Hitler 1936-1945*, S. 293-296; s.a. Winfried Baumgart, «Zur Ansprache Hitlers vor den Führern der Wehrmacht am 22. August 1939. Eine quellenkritische Untersuchung», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 16 (1968), S. 120-149; Hermann Böhm, «Zur Ansprache Hitlers vor den Führern der Wehrmacht am 22. August 1939», ebd., 19 (1971), S.294-300; Winfried Baumgart, «Zur Ansprache Hitlers vor den Führern der Wehrmacht am 22. August 1939. Eine Erwiderung», ebd., 19(1971), S. 301-304.
- 189 Gerwin Strobl, *The Germanic Isle. Nazi Perceptions of Britain*, Cambridge 2000, S. 202-216.
- 190 Watt, *How War Came*, S. 479-528. Zitat Hitler in: Kershaw, *Hitler 1936-1945*, S. 303.
- 191 Kershaw, *Hitler 1936-1945*, S. 306-310; Domarus, *Hitler*, S. 1280-1300; Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 678-704.
- 192 Heinz Höhne, *Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS*, Gütersloh 1966, (238-244); Jürgen Runzheimer, «Der Überfall auf den Sender Gleiwitz im Jahre 1939», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 10 (1962), S. 408-426; Watt, *How War Came*, S. 530-534; Alfred Spiess und Heiner Lichtenstein, *Das Unternehmen Tannenberg*, Wiesbaden 1979, S. 74-84 und 132-135.
- 193 Domarus, *Hitler*, S. 1312-1318, Zitate S. 1315 und 1316; eine militärischpolitische Darstellung in Horst Rohde, «Hitler's First Blitzkrieg and its Consequences for North-eastern Europe», in: Klaus A. Maier et al., *Germany and the Second World War*, Bd. 2, *Germany's Initial Conquests in Europe*, Oxford 2003 (1991), S.67-150; eine Darstellung unter polnischer Perspektive bietet Janusz Piekakiewicz, *Polenfeldzug. Hitler und Stalin zerschlagen die polnische Republik*, Bergisch-Gladbach 1982; ausführliche Darstellungen der letzten Tage vor der Invasion in Weinberg, *The Foreign Policy*, Bd. 2, S. 628-665, und Kley, *Hitler, Ribbentrop und die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges*, S. 225-320.
- 194 Watt, *How War Came*, S. 535-589; Fröhlich, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Bd. 1.6, S. 82-88 (29. August-1. September 1939).
- 195 Robert A. C. Parker, *Chamberlain and Appeasement*, S. 253-257.

978 ANMERKUNGEN

- 196 Watt, *How War Came*, S. 590-604.
- 197 Ebd.; Domarus, *Hitler*, S. 1307-1343, Zitate S. 1342; Fröhlich (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, 1.6, S. 90-92 (3.-4. September 1939).
- 198 Klemperer, *Die verlassenen Verschwörer*, S. 110-132.
- 199 Leonidas Hill (Hg.), *Die Weizsäcker-Papiere 1939-1950*, Frankfurt a.M. 1974, S. 162, zit. in: Kershaw, *Hitler 1936-1945*, S. 322.
- 200 Broszat und Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 1, S. 1133f. (Monatsbericht des Gendarmerie-Kreisführers, 29. 8. 1939; *Monatsbericht des Bezirksamts*, 30.9.1939).
- 201 *Deutschland-Berichte*, 6 (1939), S. 980.
- 202 Jutta Sywottek, *Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg*, Opladen 1976, S. 238-241; Shirer, *Berliner Tagebuch*, S. 191f.
- 203 Tagebuch Luise Solmitz, 29. August 1939.
- 204 Ebd., 31. August 1939.
- 205 Ebd., 1. September 1939.
- 206 S. allgemein hierzu: Peter Fritsche, «Nazi Modern», *Modernism/Modernity*, 3(1996), S. 1-21.
- 207 Richard Bessel, *Nazism and War*, London 2004, insbes. S. 32-77.
- 208 Domarus, *Hitler*, S. 1238.

Literaturverzeichnis

- Abel, Karl-Dietrich, *Presselenkung im NS-Staat. Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit*, Berlin 1990 (1968).
- Abella, Irving M., et al., *None is Too Many. Canada and the Jews of Europe 1933-1948*, New York 1983.
- Abelshausen, Werner, «Germany. Guns, Butter, and Economic Miracles», in: Harrison (Hg.), *The Economics of World War II*, S. 122-176.
- , Kriegswirtschaft und Wirtschaftswunder. Deutschlands wirtschaftliche Mobilisierung für den Zweiten Weltkrieg und die Folgen für die Nachkriegszeit», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 47 (1999), S. 503-538.
- , *The Dynamics of German Industry. The German Road Towards the New Economy and the American Challenge*, New York 2005.
- (Hg.), *Wirtschafts- und Sozialpolitik. Eine nationalsozialistische Revolution*, Tübingen 1983.
- , et al., *German Industry and Global Enterprise. BASF – The History of a Company*, Cambridge 2004.
- Abendroth, Hans-Henning, «Deutschlands Rolle im Spanischen Bürgerkrieg», in: Funke (Hg.), *Hitler, Deutschland und die Mächte*, S. 471-488.
- , *Hitler in der spanischen Arena. Die deutsch-spanischen Beziehungen im Spannungsfeld der europäischen Interessenpolitik vom Ausbruch des Bürgerkrieges bis zum Ausbruch des Weltkrieges 1936-1939*, Paderborn 1973.
- Abrams, Lynn, *Workers' Culture in Imperial Germany. Leisure and Recreation in the Rhineland and Westphalia*, London 1992.
- Ach, Manfred und Pentrop, Clemens (Hg.), *Hitlers «Religion». Pseudoreligiöse Elemente im nationalsozialistischen Sprachgebrauch*, München 1991 (1979).
- Ackermann, Josef, *Heinrich Himmler als Ideologe*, Göttingen 1970.
- Adam, Peter, *Art of the Third Reich*, London 1992.
- Adam, Uwe Dietrich, *Hochschule und Nationalsozialismus. Die Universität Tübingen im Dritten Reich*, Tübingen 1977.
- , *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972.
- Adler-Rudel, Salomon, *Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933-1939, im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in Deutschland*, Tübingen 1974.
- Akademie der Künste, Berlin (Hg.), *Zwischen Anpassung und Widerstand. Kunst in Deutschland 1933-1945*, Berlin 1978.
- Albrecht, Dieter, et al., *Der Notenwechsel zwischen dem Heiligen Stuhl und der Deutschen Reichsregierung*, Mainz 1965.
- , et al., *Politik und Konfession. Festschrift für Konrad Repgen zum 60. Geburtstag*, Berlin 1983.

- Albrecht, Gerd, *Nationalsozialistische Filmpolitik. Eine soziologische Untersuchung über die Spielfilme des Dritten Reichs*, Stuttgart 1969.
- , *Der Film im Dritten Reich. Eine Dokumentation*, Karlsruhe 1979.
- Allen, William Sheridan, «Social Democratic Resistance Against Hitler and the European Tradition of Underground Movements», in: Nicosia und Stokes (Hg.), *Germans Against Nazism*, S. 191-204.
- , «Das haben wir nicht gewollt!» *Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt 1930-1935*, Gütersloh 1966.
- Alter, Reinhard, *Gottfried Benn. The Artist and Politics (1910-1934)*, Frankfurt a.M. 1976.
- Alte Synagoge (Hg.), *Entrechtung und Selbsthilfe. Zur Geschichte der Juden in Essen unter dem Nationalsozialismus*, Essen 1994.
- Altgeld, Wolfgang, *Katholizismus, Protestantismus, Judentum. Über religiös begründete Gegensätze und nationalreligiöse Ideen in der Geschichte des deutschen Nationalismus*, Mainz 1992.
- , «Religion, Denomination and Nationalism in Nineteenth-Century Germany», in: Smith (Hg.), *Protestants, Catholics and Jews in Germany, 1800-1913*, S. 49-65.
- Anderl, Gabriele, *Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung als Beraubungsinstitution*, Wien 2002.
- Angermund, Ralph, *Deutsche Richterschaft 1919-1945. Krisenerfahrung, Illusion, politische Rechtsprechung*, Frankfurt a.M. 1990.
- Applebaum, Anne, *Gulag. A History of the Soviet Camps*, London 2003.
- Applegate, Celia, «The Past and Present of Hausmusik in the Third Reich», in: Kater und Riethmüller (Hg.), *Music and Nazism*, S. 136-149.
- Arendt, Hannah, *Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft*, Frankfurt a.M. 1955.
- Aretin, Karl Otmar von, «Der bayerische Adel von der Monarchie zum Dritten Reich», in: Broszat und Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 3, S. 513-568.
- , und Karl Buchheim (Hg.), *Krone und Ketten. Erinnerungen eines bayerischen Edelmannes*, München 1955.
- Arndt, Karl, «Das ‚Haus der deutschen Kunst‘ – ein Symbol der neuen Machtverhältnisse», in: Schuster, *Die «Kunststadt» München*, S. 61-82.
- , «Die Münchener Architekturszene 1933/34 als ästhetisch-politisches Konfliktfeld», in: Broszat und Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 3, S. 443-512.
- , «Paul Ludwig Troost als Leitfigur der nationalsozialistischen Repräsentationsarchitektur», in: Lauterbach (Hg.), *Bürokratie und Kult*, S. 147-156.
- , *Nationalsozialismus und «entartete Kunst». Die «Kunststadt» München 1937*, München 1988.
- Arntz, H. Dieter, *Ordensburg Vogelsang 1934-1945. Erziehung zur politischen Führung im Dritten Reich*, Euskirchen 1986.
- Arold, Stefan, *Die technische Entwicklung und rüstungswirtschaftliche Bedeutung des Lokomotivbaus der Deutschen Reichsbahn im Dritten Reich. 1933-1945*, Stuttgart 1997.
- Aronson, Shlomo, *Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SD*, Stuttgart 1997.

- Aster, Sidney, «'Guilty Men'. The Case of Neville Chamberlain», in: Finney (Hg.), *The Origins of the Second World War*, S. 62-77.
- Ayass, Wolfgang, «Asoziale» im Nationalsozialismus, Stuttgart 1995.
- Ayoçoberry, Pierre, *The Nazi Question. An Essay on the Interpretations of National Socialism (1922-1975)*, New York 1981.
- Backes, Klaus, *Hitler und die bildenden Künste. Kulturverständnis und Kunstpolitik im Dritten Reich*, Köln 1988.
- Bahr, Ehrhard, «Nazi Cultural Politics. Intentionalism v. Functionalism», in: Cuomo, *National Socialist Cultural Policy*, S. 5-22.
- Baird, Jay W, «From Berlin to Neubabelsberg. Nazi Film Propaganda and Hitler Youth Quex», *Journal of Contemporary History*, 18 (1983), S. 495-515.
- , *To Die for Germany. Heroes in the Nazi Pantheon*, Bloomington, Ind. 1990.
- Bajohr, Frank, «Arisierung» in Hamburg. *Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933-1945*, Hamburg 1997.
- (Hg.), *Norddeutschland im Nationalsozialismus*, Hamburg 1993.
- , *Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit*, Frankfurt a.M. 2001.
- , «The ‚Aryanization‘ of Jewish Companies and German Society. The Example of Hamburg», in: Bankier, *Probing the Depths of German Antisemitism*, S. 226-245.
- , und Szodrzynski, Joachim, «'Keine jüdische Hautcreme mehr benutzen'. Die antisemitische Kampagne gegen die Hamburger Firma Beiersdorf», in: Herzig und Rohde (Hg.), *Die Juden in Hamburg 1590-1990*, S. 15-26.
- Bajohr, Stefan, «Weiblicher Arbeitsdienst im ‚Dritten Reich‘. Ein Konflikt zwischen Ideologie und Ökonomie», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 28 (1980), S. 331-357.
- Bankier, David, *Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die «Endlösung» und die Deutschen. Eine Berichtigung*, Berlin 1996.
- (Hg.), *Probing the Depths of German Antisemitism. German Society and the Persecution of the Jews 1933-1941*, Jerusalem 2000.
- Baranowski, Shelley, *The Confessing Church, Conservative Elites, and the Nazi State*, New York 1986.
- , «East Elbian Landed Elites and Germany's Turn to Fascism. The Sonderweg Controversy Revisited», *European History Quarterly*, 26 (1996), S. 209-240.
- , *Strength through Joy. Consumerism and Mass Tourism in the Third Reich*, New York 2004.
- Barbian, Jan-Pieter, *Literaturpolitik im Dritten Reich. Institutionen, Kompetenzen, Betätigungsfelder*, Frankfurt a.M. 1993
- Barbian, Peter, «Literary Policy in the Third Reich», in: Cuomo, *National Socialist Cultural Policy*, S. 155-196.
- Barkai, Avraham, «Die deutschen Unternehmer und die Judenpolitik im ‚Dritten Reich‘», *Geschichte und Gesellschaft*, 15 (1989), S. 235-237.
- , *Nazi Economics. Ideology, Theory, and Policy*, Oxford 1990 (1988).
- , *Vom Boykott zur «Entjudung». Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943*, Frankfurt a.M. 1988.
- , «'Schicksalsjahr 1938'. Kontinuität und Verschärfung der wirtschaftlichen Ausplünderung der deutschen Juden», in: Pehle (Hg.), *Der Judenpogrom 1938*, S. 94-117.

- , und Paul Mendes-Flohr, *Deutsch-jüdische Geschichte der Neuzeit*, Bd. 4, *Aufbruch und Zerstörung 1918-1945*, München 1997.
- Barker, Theo, *The Economic and Social Effects of the Spread of Motor Vehicles. An International Centenary Tribute*, London 1988.
- Ernst Barlach, *Die Briefe*, 2 Bde., Hg. Friedrich Dross, München 1968/69.
- Barnett, Victoria, *For the Soul of the People. Protestant Protest against Hitler*, New York 1992.
- Barron, Stephanie (Hg.), *«Entartete Kunst». Das Schicksal der Avantgarde im Nazi-Deutschland*, München 1992.
- , «Die Auktion in der Galerie Fischer», in: dies., *«Entartete Kunst»*, S. 135-169.
- Bärsch, Claus-Ekkehard, *Die politische Religion des Nationalsozialismus*, München 1998.
- Bartzko, Dieter, *Zwischen Zucht und Ekstase. Zur Theatralik von NS-Architektur*, Berlin 1985.
- Barth, Karl, *Karl Barth zum Kirchenkampf. Beteiligung, Mahnung, Zuspruch*, München 1956.
- Bästlein, Klaus, «Sondergerichte in Norddeutschland als Verfolgungsinstanz», in: Bajohr, *Norddeutschland im Nationalsozialismus*, S. 218-238.
- Bateson, Gregory, «An Analysis of the Nazi Film *Hitlerjunge Quex*», in: Mead und Métraux (Hg.), *The Study of Culture at a Distance*, S. 302-314.
- Bauer, Gerhard, *Sprache und Sprachlosigkeit im «Dritten Reich»*, Köln 1990 (1988).
- Bauer, Yehuda, *My brother's Keeper. A History of the American Jewish Joint Distribution Committee 1929-1939*, Philadelphia 1974.
- Baumann, Angelika, et al., *München «arisiert». Entrechtung und Enteignung der Juden in der NS-Zeit*, München 2004.
- Baumann, Jürgen, *Paragraph 175. Über die Möglichkeit, die einfache, nicht-jugendgefährdende und nichtöffentliche Homosexualität unter Erwachsenen straffrei zu lassen*, Berlin 1968.
- Baumeister, Stefan, *NS-Führungskader. Rekrutierung und Ausbildung bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs 1933-1939*, Konstanz 1997.
- Baumgart, Winfried, «Zur Ansprache Hitlers vor den Führern der Wehrmacht am 22. August 1939. Eine quellenkritische Untersuchung», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 16 (1968), S. 120-149.
- , «Zur Ansprache Hitlers vor den Führern der Wehrmacht am 22. August 1939. Eine Erwiderung», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 19 (1971), S. 301-304.
- Baumgärtner, Raimund, *Weltanschauungskampf im Dritten Reich. Die Auseinandersetzung der Kirchen mit Alfred Rosenberg*, Mainz 1977.
- Bayles, William D., *Caesars in Goosestep*, New York 1940.
- Bechstedt, Martin, «„Gestalthafte Atomlehre“ – Zur ‚Deutschen Chemie‘ im NS-Staat», in: Mehrtens und Richter, *Naturwissenschaft*, S. 142-165.
- Beck, Johannes, et al. (Hg.), *Terror und Hoffnung in Deutschland 1933-1945. Leben im Faschismus*, Reinbek 1980.
- Becker, Wolfgang, *Film und Herrschaft. Organisationsprinzipien und Organisationsstrukturen der nationalsozialistischen Filmpropaganda*, Berlin 1973.
- Beer, Helmut, *Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Nürnberg 1933-1945*, Nürnberg 1976.

- Behnken, Klaus (Hg.), *Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934-1940*, 7 Bde., Frankfurt a.M. 1980.
- , et al., *Inszenierung der Macht. Ästhetische Faszination im Faschismus*, Berlin 1987.
- Behrenbeck, Sabine, *Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole 1923 bis 1945*, Vierow bei Greifswald 1996.
- Bell, Peter M. H., *The Origins of the Second World War in Europe*, London 1986.
- Bellon, Bernard P., *Mercedes in Peace and War. German Automobile Workers 1903-1945*, New York 1990.
- Benn, Gottfried, *Gesammelte Werke*, 4 Bde., Hg. Dieter Wellershoff, Wiesbaden 1961.
- Bennecke, Heinrich, *Die Reichswehr und der «Röhm-Putsch»*, München 1964.
- Bennhold, Martin (Hg.), *Spuren des Unrechts. Recht und Nationalsozialismus. Beiträge zur historischen Kontinuität*, Köln 1898.
- Bentley, James, *Martin Niemöller. Eine Biographie*, München 1985.
- Benz, Ute, et al., *Sozialisation und Traumatisierung. Kinder in der Zeit des Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M. 1992.
- Benz, Wolfgang, *Flucht aus Deutschland. Zum Exil im 20. Jahrhundert*, München 2001.
- , «The Ritual and Stage Management of National Socialism. Techniques of Domination and the Public Sphere», in: Milfull (Hg.), *The Attractions of Fascism*, S. 273-288.
- , «Der Rückfall in die Barbarei. Bericht über den Pogrom», in: Pehle (Hg.), *Der Judenpogrom 1938*, S. 13-51.
- (Hg.), *Die Juden in Deutschland 1933-1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft*, München 1988.
- (Hg.), *KZ Aussenlager – Geschichte und Erinnerung*, Dachau 1999.
- , et al. (Hg.), *Enzyklopädie des Nationalsozialismus*, München 2007.
- Beradt, Charlotte, *Das Dritte Reich des Traums*, Frankfurt a.M. 1981 (1966).
- Berenbaum, Michael, *A Mosaic of Victims. Non-Jews Persecuted and Murdered by the Nazis*, New York 1990.
- Bergen, Doris L., *Twisted Cross. The German Christian Movement in the Third Reich*, Chapel Hill 1996.
- Berger, Stefan (Hg.), *Writing National Histories. Western Europe since 1800*, London 1999.
- Berghoff, Hartmut, *Zwischen Kleinstadt und Weltmarkt. Höhner und die Harmonika 1857-1961. Unternehmensgeschichte als Gesellschaftsgeschichte*, Paderborn 1997.
- Bergsdorf, Wolfgang, «Sprachlenkung im Nationalsozialismus», in: Greiffenhagen (Hg.), *Kampf um Wörter*, S. 65-74.
- Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), *Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte. Zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte*, Münster 1994.
- Berliner Illustrierte Nachtausgabe 1933-1939*.
- Bernett, Hajo, *Der jüdische Sport im nationalsozialistischen Deutschland 1933-1938*, Schorndorf 1978.
- Bernhard, Hans Joachim, et al., *Der Reichstagsbrandprozess und Georgi Dimitroff. Dokumente*, 2 Bde., Berlin 1981/89.

- Bessel, Richard (Hg.), *Life in the Third Reich*, Oxford 1987.
- , *Nazism and War*, London 2004.
- , *Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925-1934*, London 1984.
- (Hg.), *Fascist Italy and Nazi Germany. Comparisons and Contrasts*, Cambridge 1996.
- Bethge, Eberhard, *Dietrich Bonhoeffer. Theologe, Christ, Zeitgenosse*, München 1967.
- Beyerchen, Alan D., *Scientists under Hitler. Politics and the physics community in the Third Reich*, New Haven 1977.
- Billstein, Reinhold, *Working for the Enemy. Ford, General Motors, and Forced Labor in Germany during the Second World War*, Oxford 2000.
- Black, Peter, «Ernst Kaltenbrunner – Chef des Reichssicherheitshauptamtes», in: Smelser und Zitelmann (Hg.), *Die braune Elite I*, S. 159-172.
- , *Ernst Kaltenbrunner. Vasall Himmlers. Eine Karriere*, Paderborn 1991.
- Blackbourn, David, *Populists and Patricians. Essays in Modern German History*, London 1987.
- Blackburn, Gilmer W., *Education in the Third Reich. A Study of Race and History in Nazi Textbooks*, Albany, N.Y. 1985.
- Blaich, Fritz, *Wirtschaft und Rüstung im «Dritten Reich»*, Düsseldorf 1987.
- , «Why did the pioneer fall behind? Motorization in Germany between the wars», in: Barker, *The Economic and Social Effects of the Spread of Motor Vehicles*, S. 149-155.
- , *Wirtschaft und Rüstung im «Dritten Reich»*, Düsseldorf 1987.
- Blaschke, Olaf (Hg.), *Konfessionen im Konflikt. Deutschland zwischen 1800 und 1970. Ein zweites konfessionelles Zeitalter*, Göttingen 2002.
- Blasius, Dirk, «Die Ausstellung ‚Entartete Musik‘ von 1938. Ein Beitrag zum Kontinuitätsproblem der deutschen Geschichte», in: Häberl und Korenke (Hg.), *Politische Deutungskulturen*, S. 199-211.
- Blasius, Rainer A., *Für Grossdeutschland, gegen den grossen Krieg. Staatssekretär Ernst Frhr. von Weizsäcker in den Krisen um die Tschechoslowakei und Polen 1938/39*, Köln 1981.
- Blau, Bruno, *Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland 1933-1945*, Düsseldorf 1954 (1952).
- Blazier, David, «Finance and the End of Appeasement. The Bank of England, the National Government and the Czech Gold», *Journal of Contemporary History*, 40 (2005), S. 25-40.
- Bleuel, Hans Peter, *Das saubere Reich*, München/Wien 1972.
- Blumenberg, Werner, *Kämpfer für die Freiheit*, Berlin 1959.
- Boak, Helen L., «The State as an Employer of Women in the Weimar Republic», in: Lee und Rosenhaft, *State, Social Policy and Social Change*, S. 64-101.
- Boberach, Heinz (Hg.), *Berichte des SD und der Gestapo über Kirchen und Kirchenvolk in Deutschland 1934-1944*, Mainz 1979.
- , *Meldungen aus dem Reich 1938-1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS*, 17 Bde., Herrsching 1984.
- Bock, Gisela, *Zwangsterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik*, Opladen 1986.

- , «Antinatalism, Maternity and Paternity in National Socialist Realism», in: Crew, *Nazism*, S. 110-140.
- , et al., *Maternity and Gender Policies. Women and the Rise of the European Welfare States, 1880-1950s*, London 1994.
- Bock, Helmut, et al., *Sturz ins Dritte Reich. Historische Miniaturen und Porträts 1933/35*, Leipzig 1983.
- Boelcke, Willi A., *Die deutsche Wirtschaft 1930-1945. Interna des Reichswirtschaftsministeriums*, Düsseldorf 1983.
- , *Die Kosten von Hitlers Krieg. Kriegsfinanzierung und finanzielles Kriegserbe in Deutschland 1933-1948*, Paderborn 1985.
- Boese, Engelbrecht, *Das öffentliche Bibliothekswesen im Dritten Reich*, Bad Honnef 1987.
- Bohleber, Werner, und Jörg Drews, «Gift, das du unbewusst eintrinkst». *Der Nationalsozialismus und die deutsche Sprache*, Bielefeld 1994 (1991).
- Böhm, Hermann, «Zur Ansprache Hitlers vor den Führern der Wehrmacht am 22. August 1939», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 19 (1971), S. 294-300.
- Bohn, Robert und Uwe Danker, «Standgericht der inneren Front». *Das Sondergericht Altona/Kiel 1932-1945*, Hamburg 1998.
- Böhnert, Gunnar C., «An Analysis of the Age and Education of the SS Führerkorps 1925-1939», *Historical Social Research*, 12 (1979), S. 4-17.
- Bolchover, Richard, *British Jewry and the Holocaust*, Cambridge 1993.
- Bollmus, Reinhard, *Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem*, Stuttgart 1970.
- Bonhoeffer, Dietrich, *Gesammelte Schriften*, München 1958.
- Borkin, Joseph, *Die unheilige Allianz der IG Farben*, Frankfurt a.M. 1986.
- Bormann, Alexander von, «Das nationalsozialistische Gemeinschaftslied», in: Denkler und Prümmler, *Die deutsche Literatur*, S. 256-280.
- Bornscheuer, Karl-Dieter (Hg.), *Justiz im Dritten Reich. NS-Sondergerichtsverfahren in Rheinland-Pfalz. Eine Dokumentation*, 3 Bde., Frankfurt a.M. 1994.
- Borrmann, Norbert, *Paul Schultze-Naumburg, 1869-1949. Maler, Publizist, Architekt. Vom Kultur reformer der Jahrhundertwende zum Kulturpolitiker im Dritten Reich*, Essen 1989.
- Böttcher, Robert, *Kunst und Kunsterziehung im neuen Reich*, Breslau 1933.
- Botz, Gerhard, *Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich. Planung und Verwirklichung des politisch-administrativen Anschlusses (1938-1940)*, Linz 1972.
- , *Der 13. März 38 und die Anschlussbewegung. Selbstaufgabe, Okkupation und Selbstfindung Österreichs 1908-1945*, Wien 1978.
- , *Wien, vom «Anschluss» zum Krieg. Nationalsozialistische Machtübernahme und politisch-soziale Umgestaltung am Beispiel der Stadt Wien 1938/39*, Wien 1978.
- , *Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938 bis 1945. Zur Funktion des Antisemitismus als Ersatz nationalsozialistischer Sozialpolitik*, Wien 1975.
- Boveri, Margret, *Wir lügen alle. Eine Hauptstadtzeitung unter Hitler*, Olten 1965.
- Boyer, Christoph, *Nationale Kontrahenten oder Partner? Studien zu den Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen in der Wirtschaft der CSR*, München 1999.

- Bracher, Karl Dietrich, et al., *Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34*, 3 Bde., Frankfurt a.M. 1974 (1960).
- (Hg.), *Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft*, Bonn 1993 (1992).
- Bracht, Hans-Günther, *Das höhere Schulwesen im Spannungsfeld von Demokratie und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Kontinuitätsdebatte am Beispiel der preussischen Aufbauschule*, Frankfurt a.M. 1998.
- Brackmann, Karl-Heinz, und Renate Birkenhauer, *NS-Deutsch. Selbstverständliche Begriffe und Schlagwörter aus der Zeit des Nationalsozialismus*, Straelen 1988.
- Braham, Randolph L., *The Politics of Genocide. The Holocaust in Hungary*, 2 Bde., New York 1981.
- , *Perspectives on the Holocaust*, Boston 1983.
- (Hg.), *Jewish Leadership during the Nazi Era. Patterns of Behavior in the Free World*, New York 1985.
- Brakeimann, Günter, «Hoffnungen und Illusionen evangelischer Prediger zu Beginn des Dritten Reiches, gottesdienstliche Feiern aus politischen Anlässen», in: Peukert und Reulecke (Hg.), *Die Reihen fast geschlossen*, S. 129-148.
- , «Nationalprotestantismus und Nationalsozialismus», in: Jansen et al. (Hg.), *Von der Aufgabe der Freiheit*, S. 337-350.
- Bramsted, Ernest Kohn, *Goebbels und die nationalsozialistische Propaganda 1925-1945*, Frankfurt a.M. 1971.
- Brand-Claussen, Bettina (Hg.), *Todesursache Euthanasie. Verdeckte Morde in der NS-Zeit*, Heidelberg 2002.
- Brandes, Detlef, *Der Weg in die Katastrophe. Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1938-1947*, Essen 1994.
- , «Die Politik des Dritten Reiches gegenüber der Tschechoslowakei», in: Funke (Hg.), *Hitler, Deutschland und die Mächte*, S. 508-523.
- , *Die Tschechen unter deutschem Protektorat*, München 1968.
- , et al., *Erzwungene Trennung. Vertreibungen und Aussiedlungen in und aus der Tschechoslowakei 1938-1947 im Vergleich mit Polen, Ungarn und Jugoslawien*, Essen 1999.
- Brandt, Harm-Hinrich, und Matthias Stickler, «*Der Burschen Herrlichkeit*». *Geschichte und Gegenwart des studentischen Korporationswesens*, Würzburg 1998.
- Bräutigam, Petra, *Mittelständische Unternehmer im Nationalsozialismus. Wirtschaftliche Entwicklungen und soziale Verhaltensweisen in der Schuh- und Lederindustrie Badens und Württembergs*, München 1997.
- Brechtken, Magnus, «*Madagaskar für die Juden*». *Antisemitische Idee und politische Praxis 1885-1945*, München 1997.
- Breker, Arno, *Im Strahlungsfeld der Ereignisse 1925-1965*, Preussisch Oldendorf 1972.
- , *Arno Breker. Skulpturen, Handzeichnungen, Druckgraphiken. (Ausstellung), 16. September – 4. November 1978, Altstadtgalerie Weiden*, Weiden 1978.
- Brenner, Hildegard, *Die Kunstpolitik des Nationalsozialismus*, Reinbek 1963.
- Brenner, Peter J., *Reisekultur in Deutschland. Von der Weimarer Republik zum «Dritten Reich»*, Tübingen 1997.

- Breyvogel, Wilfried, und Thomas Lohmann, «Schulalltag im Nationalsozialismus», in: Peukert und Reulecke (Hg.), *Die Reihen fast geschlossen*, S. 199-221. Bridenthai, Renate, und Claudia Koonz, «Beyond Kinder, Küche, Kirche. Weimar Women in Politics and Work», in: Bridenthai et al. (Hg.), *When Biology Became Destiny*, S. 33-65.
- , et al. (Hg.), *When Biology Became Destiny. Women in Weimar and Nazi Germany*, New York 1984.
- Brinkmann, Reinhold, «The Distorted Sublime. Music and National Socialist Ideology – A Sketch», in: Kater und Riethmüller, *Music and Nazism*, S. 42-63.
- Brintzinger, Klaus-Rainer, *Die Nationalökonomie an den Universitäten Freiburg, Heidelberg und Tübingen 1918-1945. Eine institutionenhistorische, vergleichende Studie der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten und Abteilungen südwestdeutscher Universitäten*, Frankfurt a.M. 1996.
- Broder, Henryk M., und Eike Geisel (Hg.), *Premiere und Pogrom. Der jüdische Kulturbund 1933-1941. Texte und Bilder*, Berlin 1992.
- Brook-Shepherd, Gordon, *The Austrians. A Thousand-year Odyssey*, London 1996. Broszat, Martin, *Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung*, München 1969.
- , «Die memeldeutschen Organisationen und der Nationalsozialismus», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 5 (1957), S. 273-278.
- , «Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933-1945», in: Buchheim et al., *Anatomie des SS-Staates*, Bd. 2, S. 11-133.
- , «Politische Denunziationen in der NS-Zeit. Aus Forschungserfahrungen im Staatsarchiv München», *Archivalische Zeitschrift*, 73 (1977), S. 221-238.
- , *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, Frankfurt a.M. 1972 (1963).
- , und Horst Möller (Hg.), *Das Dritte Reich. Herrschaftsstruktur und Geschichte*, München 1986 (1983).
- , und Klaus Schwabe (Hg.), *Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg*, München 1989.
- , und Elke Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, 6 Bde., München 1977-1983.
- Browder, George C., *Foundations of the Nazi Police State. The Formation of Sipo and SD*, Lexington, Kentucky 1990.
- , *Hitler's Enforcers. The Gestapo and the SS Security Service in the Nazi Revolution*, Oxford 1996.
- Brücks, Andrea, «Zwangsterilisation gegen ‚Ballastexistenzen‘», in: Frahm et al. (Hg.), *Verachtet – verfolgt – vernichtet*, S. 103-108.
- Brumme, Martin E, «Prachtvoll fegt der eiserne Besen durch die deutschen Landen» «Die Tierärzte und das Jahr 1933», in: Meinel und Voswinckel, *Medizin, Naturwissenschaft, Technik*, S. 173-182.
- Brunck, Helma, *Die Deutsche Burschenschaft in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus*, München 1999.
- Brunner, Claudia, *Arbeitslosigkeit im NS-Staat. Das Beispiel München*, Pfaffenweiler 1997.
- Brunner, Otto, und Dietrich Gerhard, *Europa und Übersee. Festschrift für Egmont Zechlin*, Hamburg 1961.
- Bruns-Wüstefeld, Alex, *Lohnende Geschäfte. Die «Entjudung» der Wirtschaft am Beispiel Göttingens*, Hannover 1997.

- Buber-Neumann, Margarete, *Als Gefangene bei Stalin und Hitler. Eine Welt im Dunkel*, Stuttgart 1968.
- Buchheim, Christoph, «Die Wirtschaftsentwicklung im Dritten Reich. Mehr Desaster als Wunder. Eine Erwiderung auf Werner Abeishäuser.», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 49 (2001), S. 653 f.
- Buchheim, Hans, «Befehl und Gehorsam», in: ders. et al., *Anatomie des SS-Staates*, Bd. 1, München 1979, S. 215-318.
- , «Die SS – das Herrschaftsinstrument», in: ders. et al., *Anatomie des SS-Staates*, Bd. 1, S. 15-212.
- Buchheit, Gert, *Ludwig Beck, ein preussischer General*, München 1964.
- Buchwitz, Otto, *50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung*, Berlin 1949.
- Budrass, Lutz, *Flugzeugindustrie und Luftrüstung in Deutschland 1918-1945*, Düsseldorf 1998.
- Bullen, R. J., et al. (Hg.), *Ideas into Politics. Aspects of European History 1880-1950*, London 1984.
- Burckhardt, Carl Jacob, *Meine Danziger Mission 1937-1939*, München 1962.
- Burleigh, Michael, *Germany Turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich*, Cambridge 1988.
- , *Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Gesamtdarstellung*, Frankfurt a.M. 2000.
- , *Tod und Erlösung. Euthanasie in Deutschland 1900-1945*, Zürich 2002.
- , und Wolfgang Wippermann, *The Racial State. Germany 1933-1945*, Cambridge 1991.
- Burrin, Philippe, *Hitler und die Juden. Die Entscheidung für den Völkermord*, Frankfurt a.M. 1993 (1989).
- , «Political Religion. The Relevance of a Concept», *History and Memory*, 9 (1997), S. 321-349.
- Busch, Eberhard, *Karl Barths Lebenslauf. Nach seinen Briefen und autobiographischen Texten*, München 1975.
- Bussmann, Georg, *German Art of the Twentieth Century*, München 1985.
- Bussmann, Walter, «Zur Entstehung und Überlieferung der ‚Hossbach-Niederschrift‘», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 16 (1968), S. 373-378.
- Büttner, Ursula, *Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich*, Hamburg 1992.
- , et al (Hg.), *Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus*, 2 Bde., Hamburg 1986.
- Caplan, Jane, «Bureaucracy, Politics and the National Socialist State», in: Stachura, *The Shaping of the Nazi State*, S. 234-256.
- , *Government Without Administration. State and Civil Service in Weimar and Nazi Germany*, Oxford 1988.
- , «The Imaginary Unity of Particular Interests». The ‚Tradition‘ of the Civil Service in German History», *Social History*, 4 (1978), S. 299-317.
- Caron, Vicki, *Uneasy Asylum. France and the Jewish Refugee Crisis 1933-1942*, Palo Alto 1999.
- Carr, Edward Hallett, *The Twilight of Comintern 1930-1935*, London 1982.
- Carroll, Berenice A., *Design for Total War. Arms and Economics in the Third Reich*, Den Haag 1968.

- Carsten, E L., *Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler*, München 1977.
- , *The German Workers and the Nazis*, London 1995.
- Castellan, Georges, *L'Allemagne de Weimar 1918-1933*, Paris 1969.
- Cebulla, Florian, *Rundfunk und ländliche Gesellschaft 1924-1945*, Göttingen 2004.
- Cesarani, David, *Adolf Eichmann. Bürokrat und Massenmörder*, Augsburg 2005.
- , *The Making of Modern Anglo-Jewry*, Oxford 1990.
- Chamberlain, Neville, *In Search of Peace*, London 1939.
- Childers, Thomas, und Jane Caplan (Hg.), *Reevaluating the Third Reich*, New York 1993.
- Chroust, Peter, *Giessener Universität und Faschismus. Studenten und Hochschullehrer 1918-1945*, Münster 1994.
- Cienciala, Anna M., «Poland in British and French Policy in 1939. Determination to Fight – or Avoid War?» *Polish Review*, 34 (1989), S. 199-226.
- Clay, Catrine, *Master Race. The Lebensborn Experiment in Nazi Germany*, London 1995.
- Cohn, Norman, *Das Ringen um das Tausendjährige Reich. Revolutionärer Messianismus im Mittelalter und sein Fortleben in den modernen revolutionären Bewegungen*, Bern/München 1961.
- Conquest, Robert, *Der grosse Terror. Sowjetunion 1934-1938*, München 1992.
- Conradi, Peter, *Hitler's Piano Player. The Rise and Fall of Ernst Hanfstaengl, Confidant of Hitler, Ally of FDR*, New York 2004.
- Conway, John S., *Die nationalsozialistische Kirchenpolitik 1933-1945*, München 1969.
- Conze, Eckart, *Von deutschem Adel. Die Grafen von Bernstorff im zwanzigsten Jahrhundert*, Stuttgart 2000.
- Cornelissen, Christoph, *Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert*, Düsseldorf 2001.
- Corni, Gustavo, et al., *Brot, Butter, Kanonen. Die Ernährungswirtschaft in Deutschland unter der Diktatur Hitlers*, Berlin 1997.
- , *Hitler and the Peasants. Agrarian Policy of the Third Reich 1930-1939*, Princeton, N.J. 1990 (1989).
- Corni, Gustavo, «Richard Walther Darré – Der Blut-und-Boden-Ideologe», in: Smelser und Zitellmann, *Die braune Elite I*, S. 15-27.
- Crew, David E, *Germans on Welfare. From Weimar to Hitler*, New York 1998.
- (Hg.), *Nazism and German Society 1933-1945*, London 1994.
- Cuomo, Glenn R., *National Socialist Cultural Policy*, New York 1995.
- , «Purging an ‚Art-Bolshevist‘. The Persecution of Gottfried Benn in the Years 1933-1938», *German Studies Review*, 9 (1986), S. 85-105.
- Czamowski, Gabriele, «The Value of Marriage for the ‚Volksgemeinschaft‘. Policies towards Women and Marriage under National Socialism», in: Bessel, *Fascist Italy*, S. 94-112.
- Dahm, Volker, «Kulturelles und geistiges Leben», in: Benz, *Die Juden*, S. 75-267.
- , «Nationale Einheit und partikulare Vielfalt. Zur Frage der kulturpolitischen Gleichschaltung im Dritten Reich», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 43 (1995), S. 221-265.
- Dammer, Susanna, «Kinder, Küche, Kriegsarbeit – Die Schulung der Frauen durch die

- NS-Frauenschaft», in: Frauengruppe Faschismusforschung, *Mutterkreuz*, S. 215-245.
- David, Henry P., et al., «Abortion and Eugenies in Nazi Germany», *Population and Development Review*, 14 (1988), S. 81-112.
- Debus, Karl H., «Die Reichskristallnacht in der Pfalz», *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins*, 129 (1981), S. 445-515.
- Deichmann, Hans, *Objects. A Chronicle of Subversion in Nazi Germany*, New York 1995.
- Deist, Wilhelm, «The Rearmament of the Wehrmacht», in: ders. et al. (Hg.), *Germany and the Second World War*, Bd. 1, *The Build-up of German Aggression*, S. 373-540 [dt.: «Die Aufrüstung der Wehrmacht», in: ders. et al., *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd 1, *Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik*, S. 369-532].
- , et al. (Hg.), *Germany and the Second World War*, Bd 1, *The Build-up of German Aggression*, Oxford 2003 [dt.: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 1, *Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik*, Stuttgart 1979].
- Denkler, Horst, und Karl Prümm (Hg.), *Die deutsche Literatur im Dritten Reich. Themen, Traditionen, Wirkungen*, Stuttgart 1976.
- Deschner, Günther, «Reinhard Heydrich – Technokrat der Sicherheit», in: Smelser und Zitelmann, *Die braune Elite I*, S. 98-114.
- Deutsch, Harold C., *The Conspiracy Against Hitler in the Twilight War*, Minneapolis 1968.
- Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade)*, 7 Bde., 1934-1939, Hg. Klaus Behnken, Nördlingen 1980.
- De Witt, Thomas E., «,The Struggle Against Hunger und Cold'. Winter Relief in Nazi Germany 1933-1939», *Canadian Journal of History*, 12 (1978), S. 361-381.
- Diels, Rudolf, *Lucifer ante Portas. Es spricht der erste Chef der Gestapo*, Stuttgart 1950.
- Dierker, Wolfgang, «,Niemand Jesuiten, niemals Sektierer'. Die Religionspolitik des SD 1933-1941», in: Wildt, *Nachrichtendienst*, S. 86-117.
- Dietrich, Richard, und Gerhard Oestreich (Hg.), *Forschungen zu Staat und Verfassung. Festgabe für Fritz Hartung*, Berlin 1958.
- Diewald-Kerkmann, Gisela, *Politische Denunziation im NS-Regime oder die kleine Macht der «Volksgenossen»*, Bonn 1995.
- , «Denunziantentum und Gestapo. Die freiwilligen ‚Helfer‘ aus der Bevölkerung», in: Paul und Mallmann, *Die Gestapo*, S. 288-305.
- , et al., *Vor braunen Richtern. Die Verfolgung von Widerstandshandlungen, Resistenz und sogenannter Heimtücke durch die Justiz in Bielefeld 1933-1945*, Bielefeld 1992.
- Dilks, David, «,We Must Hope for the Best and Prepare for the Worst'». The Prime Minister, the Cabinet and Hitler's Germany 1937-1939», in: Finney, *The Origins of the Second World War*, S. 43-61.
- Diller, Ansgar, *Rundfunkpolitik im Dritten Reich*, München 1980.
- Dimitroff, Georgi, *Reichstagsbrandprozess. Dokumente, Briefe und Aufzeichnungen*, Berlin 1946.

- Dithmar, Reinhard, «Literaturunterricht und Kriegserlebnis im Spiegel der nationalsozialistischen Programmatik», in: Hohmann, *Erster Weltkrieg*, S. 54-74.
- Ditt, Karl, *Sozialdemokraten im Widerstand. Hamburg in der Anfangsphase des Dritten Reiches*, Hamburg 1984.
- Dohms, Peter, et al., *Flugschriften in Gestapo-Akten. Nachweis und Analyse der Flugschriften in den Gestapo-Akten des Hauptstaatsarchivs*, Siegburg 1977.
- Domarus, Max (Hg.), *Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945*, 2 Bde., München 1962/63.
- Dörner, Bernward, «Heimtücke». *Das Gesetz als Waffe. Kontrolle, Abschreckung und Verfolgung in Deutschland 1933-1945*, Paderborn 1998.
- , «NS-Herrschaft und Denunziation. Anmerkungen zu Defiziten in der Denunziationsforschung», *Historical Social Research*, 26 (2001), S. 55-69.
 - , «Alltagsterror und Denunziation. Zur Bedeutung von Anzeigen aus der Bevölkerung für die Verfolgungswirkung des nationalsozialistischen ‚Heimtücke-Gesetzes‘ in Krefeld», in: Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), *Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte*, S. 254-271.
 - , «Gestapo und ‚Heimtücke‘. Zur Praxis der Geheimen Staatspolizei bei der Verfolgung von Verstößen gegen das ‚Heimtücke-Gesetz‘», in: Paul und Mallmann, *Die Gestapo*, S. 325-343.
- Döscher, Hans-Jürgen, «Reichskristallnacht». *Die Novemberpogrome 1938*, Frankfurt a.M./Berlin 1988.
- Drechsler, Nanny, *Die Funktion der Musik im deutschen Rundfunk 1933-1945*, Pfaffenweiler 1988.
- Drewniak, Boguslaw, *Das Theater im NS-Staat. Szenarium deutscher Zeitgeschichte 1933-1945*, Düsseldorf 1983.
- , *Der deutsche Film 1938-1945. Ein Gesamtüberblick*, Düsseldorf 1987.
 - , «The Foundations of Theater Policy in Nazi Germany», in: Cuomo, *Nazi Cultural Policy*, S. 67-94.
- Drobisch, Klaus, «Alltag im Zuchthaus Luckau 1933 bis 1939», in: Eichholtz (Hg.), *Brandenburg in der NS-Zeit*, S. 242-272.
- , «Frühe Konzentrationslager», in: Giebeler et al. (Hg.), *Die frühen Konzentrationslager in Deutschland*, S. 41-60.
 - , «Theodor Eicke. Verkörperung des KZ-Systems», in: Bock et al., *Sturz ins Dritte Reich*, S. 283-289.
 - , und Günther Wieland, *System der NS-Konzentrationslager 1933-1939*, Berlin 1993.
- Du Bois, Josiah Ellis, Jr. *The Devil's Chemists. 24 Conspirators of the International Farben Cartel who Manufacture Wars*, Boston 1952.
- Duhnke, Horst, *Die KPD von 1933 bis 1945*, Köln 1972.
- Düllffer, Jost, *Weimar, Hitler und die Marine. Reichspolitik und Flottenbau 1920-1939*, Düsseldorf 1973.
- , «Albert Speer – Management für Kultur und Wirtschaft», in: Smelser und Zitelmann, *Die braune Elite I*, S. 258-272.
 - , «Grundbedingungen der nationalsozialistischen Aussenpolitik», in: Haupts und Mölich (Hg.), *Strukturelemente des Nationalsozialismus*, S. 61-88.
 - , et al., *Hitlers Städte. Baupolitik im Dritten Reich*, Köln 1978.

- , «Zum ‚decision-making process« in der deutschen Aussenpolitik 1933-1939», in: Funke (Hg.), *Hitler, Deutschland und die Mächte*, S. 186-204.
- Dümling, Albrecht, «The Target of Racial Purity. The ‚Degenerate Music« Exhibition in Düsseldorf 1938», in: Etlin, *Art, Culture, and Media*, S. 43-72.
- , et al., *Entartete Musik. Eine kommentierte Rekonstruktion zur Düsseldorfer Ausstellung von 1938*, Düsseldorf 1988.
- (Hg.), *Banned by the Nazis. Entartete Musik. The Exhibition of Düsseldorf 1938 in Texts and Documents*, London 1995 (1988).
- Düsing, Bernhard, *Die Geschichte der Abschaffung der Todesstrafe in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung ihres parlamentarischen Zustandekommens*, Schweningen/Neckar 1952
- Düwell, Kurt, «Jewish Cultural Centers in Nazi Germany. Expectations and Accomplishments», in: Reinharz und Schatzberg, *The Jewish Response*, S. 294-316.
- Dwork, Deborah, und Robert Jan Van Pelt, *Holocaust. A History*, New York 2002.
- Eckert, Rainer, «Gestapo-Berichte. Abbildungen der Realität oder reine Spekulation?», in: Paul und Mallmann, *Die Gestapo*, S. 200-218.
- Eckhardt, Karl August, *Die Grundschulbildung*, Dortmund 1938.
- Edinger, Lewis Joachim, *German Exile Politics. The Social Democratic Executive Committee in the Nazi Era*, Berkeley 1956.
- Eggers, Kurt, *Deutsche Gedichte*, München 1938.
- Ehrke-Rotermund, Heidrun, und Erwin Rotermund, *Zwischenreiche und Gegenwelten. Texte und Vorstudien zur «Verdeckten Schreibweise» im «Dritten Reich»*, München 1999.
- Eicher, Thomas, et al., *Theater im «Dritten Reich». Theaterpolitik, Spielplanstruktur, NS-Dramatik*, Hg. Henning Rischbieter, Seelze-Velber 2000.
- Eichholtz, Dietrich, «Zum Anteil des IG-Farben-Konzerns an der Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges», *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, 10 (1969), S. 83-105.
- Eichholtz, Dietrich, et al., *Brandenburg in der NS-Zeit. Studien und Dokumente*, Berlin 1993.
- , *Verfolgung, Alltag, Widerstand. Brandenburg in der NS-Zeit. Studien und Dokumente*, Berlin 1993.
- Eichhorn, Ernst, et al., *Kulissen der Gewalt. Das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg*, München 1992.
- Eichler, Volker, «Die Frankfurter Gestapo-Kartei. Entstehung, Struktur, Funktion, Überlieferungsgeschichte und Quellenwert», in: Paul und Mallmann, *Die Gestapo*, S.178-199.
- Eidenbenz, Mathias, «Blut und Boden». *Zu Funktion und Genese der Metaphern des Agrarismus und Biologismus in der nationalsozialistischen Bauernpropaganda R.W. Darrés*, Bern 1993.
- Eilers, Rolf, *Die nationalsozialistische Schulpolitik. Eine Studie zur Funktion der Erziehung im totalitären Staat*, Köln 1963.
- Eksteins, Modris, *The Limits of Reason. The German Democratic Press and the Collapse of Weimar Democracy*, Oxford 1975.
- Emmerich, Wolfgang, «Die Literatur des antifaschistischen Widerstandes in Deutschland», in: Denkler und Prümm, *Die Deutsche Literatur*, S. 427-458.

- Emmerson, James Thomas, *The Rhineland Crisis, 7 March 1936. A Study in Multilateral Diplomacy*, London 1977.
- Ericksen, Robert P., *Theologians under Hitler. Gerhard Kittel, Paul Althaus, and Emanuel Hirsch*, New Haven 1985.
- , «A Radical Minority. Resistance in the German Protestant Church», in: Nicosia und Stokes, *Germans Against Nazism*, S. 115-136.
- Erickson, John, *The Soviet High Command. A Military-Political History 1918-1941*, London 2001 (1984).
- Erker, Paul, *Industrielleiten in der NS-Zeit. Anpassungsbereitschaft und Eigeninteresse von Unternehmen in der Rüstungs- und Kriegswirtschaft 1936-1945*, Passau 1993.
- Eschenburg, Theodor, «Streiflichter zur Geschichte der Wahlen im Dritten Reich», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 3 (1955), S. 311-316.
- Esenwein-Rothe, Ingeborg, *Die Wirtschaftsverbände von 1933 bis 1945*, Berlin 1965.
- Etlin, Richard A. (Hg.), *Art, Culture, and Media under the Third Reich*, Chicago 2002.
- Euler, Friederike, «Theater zwischen Anpassung und Widerstand. Die Münchner Kammer-spiele im Dritten Reich», in: Broszat und Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd.2, S. 91-173.
- Evans, Richard J., *Tod in Hamburg. Stadt, Gesellschaft und Politik, in den Cholera-Jahren 1830-1910*, Reinbek 1990 (1987).
- (Hg.), *Kneipengespräche im Kaiserreich. Die Stimmungsberichte der Hamburger Politischen Polizei 1892-1914*, Reinbek 1989.
- , *Der Geschichtsfälscher. Holocaust und historische Wahrheit im David-Irving-Prozess*, Frankfurt a.M. 2001.
- , *Rituale der Vergeltung. Die Todesstrafe in der deutschen Geschichte 1532-1987*, Berlin und Hamburg 2001.
- , *Das Dritte Reich*, Bd. 1, *Aufstieg*, München 2004.
- , *The Feminist Movement in Germany, 1894-1933*, London 1976.
- , und Dick Geary (Hg.), *The German Unemployed. Experiences and Consequences of Mass Unemployment from the Weimar Republic to the Third Reich*, London 1987.
- , und William R. Lee (Hg.), *The German Family. Essays on the Social History of the Family in Nineteenth- and Twentieth-Century Germany*, London 1981.
- , und William R. Lee (Hg.), *The German Peasantry. Conflict and Community in Rural Society from the Eighteenth to the Twentieth Centuries*, London 1986.
- Exner, Peter, *Ländliche Gesellschaft und Landwirtschaft in Westfalen 1919-1969*, Paderborn 1997.
- Fackler, Guido, «Des Lagers Stimme» – *Musik im KZ. Alltag und Häftlingskultur in den Konzentrationslagern 1933 bis 1936*, Bremen 2000.
- Fallada, Hans, *Altes Herz geht auf die Reise*, München 1981 (1936).
- , *Der eiserne Gustav*, Berlin 1984 (1938).
- , *Der Trinker*, Berlin 1987 (1950).
- , *Kleiner Mann was nun?*, Berlin 1932.
- , *Wer einmal aus dem Blechnapf frisst*, Berlin 1934.

- , *Wir hatten mal ein Kind. Eine Geschichte und Geschichten*, Reinbek 1980 (1934).
- , *Wolf unter Wölfen*, Reinbek 1991 (1937).
- Fallois, Immo von, *Kalkül und Illusion. Der Machtkampf zwischen Reichswehr und SA während der Röhm-Krise 1934*, Berlin 1994.
- Farquharson, John E., *The Plough and the Swastika. The NSDAP and Agriculture in Germany 1928-45*, London 1976.
- Faulenbach, Bernd, «Tendenzen der Geschichtswissenschaft im «Dritten Reich»», in: Knigge-Tesche (Hg.), *Berater der braunen Macht*, S. 26-52.
- Faulhaber, Michael von, *Judentum, Christentum, Germanentum. Adventspredigten gehalten in St. Michael zu München 1933*, München 1934.
- Faust, Anselm (Hg.), *Verfolgung und Widerstand im Rheinland und in Westfalen 1933-1945*, Köln 1992.
- Feilchenfeld, Werner, et al., *Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933-1939*, Tübingen 1972.
- Feiten, Willi, *Der Nationalsozialistische Lehrerbund. Entwicklung und Organisation. Ein Beitrag zum Aufbau und zur Organisationsstruktur des nationalsozialistischen Herrschaftssystems*, Weinheim 1981.
- Feldman, Gerald D., *Die Allianz und die deutsche Versicherungswirtschaft 1933-1945*, München 2001.
- Ferguson, Niall, *Paper and Iron. Hamburg Business and German Politics in the Era of Inflation, 1897-1927*, Cambridge 1995.
- Fest, Joachim C., *Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli*, Berlin 1994.
- , *Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft*, München 1963.
- Fichtl, Franz, «Bamberg's Wirtschaft judenfrei». *Die Verdrängung der jüdischen Geschäftsleute in den Jahren 1933 bis 1939*, Bamberg 1998.
- Fieberg, Gerhard (Hg.), *Im Namen des deutschen Volkes. Justiz und Nationalsozialismus. Katalog zur Ausstellung des Bundesministers der Justiz*, Köln 1989.
- Figes, Orlando, et al., *Interpreting the Russian Revolution. The Language and Symbols of 1917*, London 1999.
- Fings, Karola, et al., z. Zt. *Zigeunerlager. Die Verfolgung der Düsseldorfer Sinti und Roma im Nationalsozialismus*, Köln 1992.
- , und Frank Sparing, *From «Race Science» to the Camps. The Gypsies during the Second World War*, 2 Bde., Hatfield 1997.
- Finney, Patrick (Hg.), *The Origins of the Second World War*, London 1997.
- Fischer, Albert, «Jüdische Privatbanken im «Dritten Reich»», *Scripta Mercaturae. Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, 28 (1994), S. 1-54.
- , *Hjalmar Schacht und Deutschlands «Judenfrage». Der «Wirtschaftsdiktator» und die Vertreibung der Juden aus der deutschen Wirtschaft*, Köln 1995.
- , «The Minister of Economics and the Expulsion of the Jews from the German Economy», in: Bankier, *Probing the Depths of German Antisemitism*, S. 213-225.
- Fischer, Wolfram, *Deutsche Wirtschaftspolitik 1918-1945*, Opladen 1968.
- Fiss, Karen A., «In Hitler's Salon. The German Pavilion at the 1937 Paris Exposition Internationale», in: Etilin, *Art, Culture, and Media*, S. 316-342.

- Flessau, Kurt-Ingo, *Schule der Diktatur. Lehrpläne und Schulbücher des Nationalsozialismus*, München 1977.
- , et al., *Erziehung im Nationalsozialismus, «und sie werden nicht mehr frei ihr ganzes Leben!»,* Köln 1987.
- Fliedner, Hans-Joachim, *Die Judenverfolgung in Mannheim 1933-1945*, Stuttgart 1971.
- Foertsch, Hermann, *Schuld und Verhängnis. Die Fritsch-Krise im Frühjahr 1938 als Wendepunkt in der Geschichte der nationalsozialistischen Zeit*, Stuttgart 1951.
- Foitzik, Jan, *Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40*, Bonn 1986.
- Forman, Paul, «Physics and Beyond. Historiographie Doubts. Encounters and Conversations with W. Heisenberg», *Science*, 172 (14. Mai 1941), S. 687-688.
- Forschbach, Edmund, *Edgar J. Jung. Ein konservativer Revolutionär. 30. Juni 1934*, Pfullingen 1984.
- Fox, John P., *Germany and the Far Eastern Crisis 1931-1938. A Study in Diplomacy and Ideology*, Oxford 1982.
- Fraenkel, Ernst, *Der Doppelstaat*, Frankfurt 1974 (1941).
- Frahm, Klaus, et al. (Hg.), *Verachtet, verfolgt, vernichtet. Zu den vergessenen Opfern des NS-Regimes*, Hamburg 1986.
- Frank, Hartmut, et al., *Faschistische Architekturen. Planen und Bauen in Europa 1930 bis 1945*, Hamburg 1985.
- Frank, Willard C., «The Spanish Civil War and the Coming of the Second World War», *International History Review*, 9 (1987), S. 368-409.
- Franz, Günther (Hg.), *Bauernschaft und Bauernstand 1500-1970*, Limburg 1975.
- Frauengruppe Faschismusforschung (Hg.), *Mutterkreuz und Arbeitsbuch. Zur Geschichte der Frauen in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M. 1981.
- Frecot, Janos, et al., *Zwischen Widerstand und Anpassung. Kunst in Deutschland 1933-1945*, Berlin 1978.
- Frei, Norbert, *Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern*, Stuttgart 1980.
- , *Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945*, München 1987.
- , und Johannes Schmitz, *Journalismus im Dritten Reich*, München 1989.
- Frese, Matthias, *Betriebspolitik im «Dritten Reich». Deutsche Arbeitsfront, Unternehmer und Staatsbürokratie in der westdeutschen Groindustrie 1933-1939*, Paderborn 1991.
- Friedländer, Saul, *Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933-1939*, München 1998 (1997).
- , *Pius XII. und das Dritte Reich*, Reinbek 1965.
- Friemert, Chup, *Schönheit der Arbeit. Produktionsästhetik im Faschismus*, München 1980.
- Fritzsche, Peter, «Nazi Modern», *Modernism/Modernity*, 3 (1996), S. 1-21.
- Fröhlich, Elke, (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels, I: Aufzeichnungen 1923-1941* (9 Bde.); II: *Diktate 1941-1945* (15 Bde.), München 1993-2000.

- , «Die drei Typen der nationalsozialistischen Ausleseschulen», in: Leeb, *Wir waren Hitlers Eliteschüler*, S. 192-210.
- Frommann, Eberhard, *Die Lieder der NS-Zeit. Untersuchungen zur nationalsozialistischen Liedpropaganda von den Anfängen bis zum Zweiten Weltkrieg*, Köln 1999.
- Froschauer, Hermann, «Streicher und ‚Der Stürmer‘», in: Ogan und Weiss, *Faszination und Gewalt*, S. 41-48.
- , *Quellen des Hasses. Aus dem Archiv des ‚Stürmer‘ 1933-1945*, Nürnberg 1988.
- Fuchs, Konrad, *Ein Konzern aus Sachsen. Das Kaufhaus Schocken als Spiegelbild deutscher Wirtschaft und Politik 1901-1953*, Stuttgart 1991.
- Funke, Manfred (Hg.), *Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Aussenpolitik des Dritten Reiches*, Düsseldorf 1976.
- , «Nationalsozialistische Tschechenpolitik im Protektorat Böhmen und Mähren», in: ders. und Vaclav Kural (Hg.), *Der Weg in die Katastrophe. Deutschtschechoslowakische Beziehungen 1938-1947*, Essen 1994.
- , et al. (Hg.), *Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa. Festschrift für Karl Dietrich Bracher*, Düsseldorf 1987.
- Gackenholtz, Hermann, «Reichskanzlei 5. November 1937. Bemerkungen über ‚Politik und Kriegführung‘ im Dritten Reich», in: Dietrich und Oestreich, *Forschungen zu Staat und Verfassung*, S. 459-484.
- Gadberry, Glen W., *Theatre in the Third Reich, The Prewar Years. Essays on Theatre in Nazi Germany*, Westport, C.T. 1995.
- Gailus, Manfred, *Protestantismus und Nationalsozialismus. Studien zur nationalsozialistischen Durchdringung des protestantischen Sozialmilieus in Berlin*, Köln 2001.
- Gall, Lothar, «Franz Schnabel (1887-1966)», in: Lehmann und Melton, *Paths*, S. 155-165.
- , *Krupp. Der Aufstieg eines Industrieimperiums*, Berlin 2000.
- , und Manfred Pohl, *Die Eisenbahn in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München 1999.
- , «Richard Strauss und das ‚Dritte Reich‘ oder: Wie der Künstler Strauss sich missbrauchen liess», in: Krellmann (Hg.), *Wer war Richard Strauss?*, S. 123-136.
- Gamm, Hans-Jochen, *Der braune Kult. Das Dritte Reich und seine Ersatzreligion. Ein Beitrag zur politischen Bildung*, Hamburg 1962.
- , *Der Flüsterwitz im Dritten Reich. Mündliche Dokumente zur Lage der Deutschen während des Nationalsozialismus*, München 1966.
- Ganssmüller, Christian, *Die Erbgesundheitspolitik des Dritten Reiches. Planung, Durchführung und Durchsetzung*, Köln 1987.
- Garbe, Detlef, *Zwischen Widerstand und Martyrium. Die Zeugen Jehovas im «Dritten Reich»*, München 1993.
- Garzen, Helmut, *Novemberpogrom 1938 in Gütersloh. Nachts Orgie der Gewalt, tagsorganisierte Vernichtung*, Gütersloh 1993.
- Gedye, George E. R., *Fallen Bastions*, London 1939.
- Geiger, Theodor Julius, *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes*, Stuttgart 1967(1932).

- Geisel, Eike, et al., *Premiere und Pogrom. Der Jüdische Kulturbund 1933-1941. Texte und Bilder*, Berlin 1992.
- Gellately, Robert, *Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Die Durchsetzung der Rassenpolitik 1933-1945*, Paderborn 1993 (1990).
- , «The Gestapo and German Society. Political Denunciation in the Gestapo Case Biles», *Journal of Modern History*, 6 (1988), S. 654-694.
- , *The Politics of Economic Despair. Shopkeepers and German Politics 1890-1914*, London 1974.
- , «Allwissend und allgegenwärtig? Entstehung, Funktion und Wandel des Gestapo-Mythos», in: Paul und Mallmann, *Die Gestapo*, S. 47-72.
- , «Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Zur Entstehungsgeschichte einer selbstüberwachenden Gesellschaft», in: Schmiechen-Ackermann (Hg.), *Anpassung, Verweigerung, Widerstand*, S. 109-121.
- , *Hingeschaut und weggesehen. Hitler und sein Volk*, Stuttgart 2002.
- , und Nathan Stoltzfus (Hg.), *Social Outsiders in Nazi Germany*, Princeton 2001.
- Genschei, Helmut, *Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich*, Göttingen 1966.
- Gereke, Günther, *Ich war königlich-preussischer Landrat*, Berlin 1970.
- Gerlach, Wolfgang, et al., *Als die Zeugen schwiegen. Bekennende Kirche und die Juden*, Berlin 1993.
- «Germany's Economic Recovery», *The Economist*, 10. August 1935, S. 271 f. Gersdorff, Ursula von, *Frauen im Kriegsdienst 1914-1945*, Stuttgart 1969.
- Gestier, Markus, *Die christlichen Parteien an der Saar und ihr Verhältnis zum deutschen Nationalstaat in den Abstimmungskämpfen 1935 und 1955*, St. Ingbert 1991.
- Geyer, Michael, «Das Zweite Rüstungsprogramm (1930-1934). Eine Dokumentation», *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, 17 (1975), S. 125-172.
- , *Deutsche Rüstungspolitik 1860-1980*, Frankfurt a.M. 1984.
- , und Hartmut Lehmann, *Religion und Nation. Nation und Religion. Beiträge zu einer unbewältigten Geschichte*, Göttingen 2004.
- Giebeler, Karl, et al. (Hg.), *Die frühen Konzentrationslager in Deutschland. Austausch zum Forschungsstand und zur pädagogischen Praxis in Gedenkstätten*, Bad Boll 1996.
- Gies, Horst, «Aufgaben und Probleme der nationalsozialistischen Ernährungswirtschaft», *Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, 22 (1979), S. 466-499.
- , «Der Reichsnährstand. Organ berufsständischer Selbstverwaltung oder Instrument staatlicher Wirtschaftslenkung?», *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie*, 21 (1973), S. 216-233.
- , «Die nationalsozialistische Machtergreifung auf dem agrarpolitischen Sektor», *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie*, 16 (1968), S. 210-232.
- , «Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Der Weg in den Reichsnährstand», *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie*, 13 (1986), S. 123-141.
- , «NSDAP und landwirtschaftliche Organisationen in der Endphase der Weimarer Republik», *Vierteljahrsschrift für Zeitgeschichte*, 15 (1967), S. 341-367.

- , *R. Walther Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930 bis 1933*, Frankfurt a.M. 1966.
- , «Die Rolle des Reichsnährstandes im nationalsozialistischen Herrschaftssystem», in: Hirschfeld und Kettenacker, *The Führer State*, S. 270-313.
- , «Revolution oder Kontinuität? Die personelle Struktur des Reichsnährstandes», in: Franz (Hg.), *Bauernschaft und Bauernstand*, S. 323-330.
- Gilbert, Martin, *The Roots of Appeasement*, London 1966.
- Giles, Geoffrey J., *Students and National Socialism in Germany*, Princeton 1985.
- , «The Rise of the National Socialist Students' Association and the Failure of Political Education in the Third Reich», in: Stachura, *The Shaping*, S. 160-185.
- Gillessen, Günther, *Auf verlorenem Posten. Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich*, Berlin 1986.
- Gimbel, John, *Science, Technology, and Reparations. Exploitation and Plunder in Postwar Germany*, Palo Alto 1990.
- Gisevius, Hans Bernd, *Bis zum bitteren Ende*, Zürich 1954.
- Glanz, David M., *Stumbling Colossus. The Red Army on the Eve of World War*, Lawrence, Kansas 1998.
- Glaser, Hermann, und Axel Silenius, *Jugend im Dritten Reich*, Frankfurt a.M. 1975.
- Godau, Marion, «Anti-Moderne?», in: Weissler (Hg.), *Design in Deutschland 1933-1945*, S. 74-87.
- Gohl, Beate, *Jüdische Wohlfahrtspflege im Nationalsozialismus. Frankfurt a.M. 1933-1943*, Frankfurt a.M. 1997.
- Golczewski, Frank, *Kölner Universitätslehrer und der Nationalsozialismus. Personengeschichtliche Ansätze*, Köln 1988.
- Golücke, Friedhelm, *Korporationen und Nationalsozialismus 1933-1945*, Schernfeld 1989.
- Gordon, Sarah Ann, *Hitler, Germans, and the «Jewish Question»*, Princeton 1984.
- Götz, Margarete, *Die Grundschule in der Zeit des Nationalsozialismus. Eine Untersuchung der inneren Ausgestaltung der vier unteren Jahrgänge der Volksschule auf der Grundlage amtlicher Massnahmen*, Bad Heilbrunn 1997.
- Grab-Könneker, Sebastian, *Autochthone Modernität. Eine Untersuchung der vom Nationalsozialismus geförderten Literatur*, Opladen 1996.
- Graf, Christoph, «Kontinuitäten und Brüche. Von der Politischen Polizei der Weimarer Republik zur Geheimen Staatspolizei», in: Paul und Mallmann, *Die Gestapo*, S. 73-83.
- Graml, Hermann, *Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich*, München 1988.
- , «Grundzüge nationalsozialistischer Aussenpolitik», in: Broszat und Möller, *Das Dritte Reich*, S. 104-126.
- , «Integration und Entfremdung. Inanspruchnahme durch Staatsjugend und Dienstpflicht», in: Benz et al., *Sozialisation und Traumatisierung*, S. 74-79.
- , «Wer bestimmte die Aussenpolitik des Dritten Reiches? Ein Beitrag zur Kontroverse um Polykratie und Monokratie im NS-Herrschaftssystem», in: Funke et al. (Hg.), *Demokratie und Diktatur*, S. 223-236.
- Grasberger, Franz (Hg.), *Der Strom der Töne trug mich fort. Die Welt um Richard Strauss in Briefen*, Tutzing 1967.

- Gravenhorst, Lerke, und Carmen Tatschmurat, *Töchter-Fragen. NS-Frauengeschichte*, Freiburg 1990.
- Greenbaum, Alfred Abraham, *Minority Problems in Eastern Europe Between the World Wars with Emphasis on the Jewish Minority*, Jerusalem 1988.
- Gregor, A. James, *Fascism. The Classic Interpretations of the Interwar Period*, Morristown, N.J. 1983.
- Gregor, Neil, *Daimler-Benz in the Third Reich*, London 1998.
- Greiffenhagen, Martin, *Kampf um Wörter? Politische Begriffe im Meinungsstreit*, München 1980.
- Grüttner, Michael, *Studenten im Dritten Reich*, Paderborn 1995.
- Gritschneder, Otto, «Der Führer hat Sie zum Tode verurteilt». *Hitlers «Röhm-Putsch»-Morde vor Gericht*, München 1993.
- Groceck, Ferdinand, «Ein Staat im Staate – der IG-Farben-Konzern», *Marxistische Blätter*, 4 (1966), S. 41-48.
- Grossmann, Kurt Richard, *Ossietzky, ein deutscher Patriot*, Frankfurt a.M. 1973.
- Gruchmann, Lothar, *Justiz im Dritten Reich 1933-1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner*, München 1988.
- , «Die bayerische Justiz im politischen Machtkampf 1933/34. Ihr Scheitern bei der Strafverfolgung von Mordfällen in Dachau», in: Broszat und Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 2, S. 415-428.
- , «Blutschutzgesetz’ und Justiz. Entstehung und Anwendung des Nürnberger Gesetzes vom 15. September 1935», in: Ogan und Weiss, *Faszination und Gewalt*, S. 49-60.
- Grunberger, Richard, *Das zwölfjährige Reich. Der deutsche Alltag unter Hitler*, Wien/ München/Zürich 1972.
- Grundmann, Friedrich, *Agrarpolitik im «Dritten Reich». Anspruch und Wirklichkeit des Reichserbhofgesetzes*, Hamburg 1979.
- Gruner, Wolf, *Der geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938-1943*, Berlin 1997.
- , «Public Welfare and the German Jews under National Socialism», in: Bankier, *Probing the depths of German Antisemitism*, S. 78-105.
- , «Die Reichshauptstadt und die Verfolgung der Berliner Juden 1933-1945», in: Rürup, *Jüdische Geschichte in Berlin*, S. 229-266.
- Guenther, Irene, *Nazi chic? Fashioning Women in the Third Reich*, Oxford 2004. Guenther, Peter, «Drei Tage in München: Juli 1937», in: Barron, «*Entartete Kunst*», S. 33-43.
- Gulick, Charles Adams, *Austria from Habsburg to Hitler*, Berkeley 1948.
- Gun, Nerin E., *Eva Braun-Hitler. Leben und Schicksal*, Velbert, Kettwig 1968.
- Gutman, Ysrael, et al. (Hg.), *Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden*, 4 Bde., München/Zürich 1994.
- , *The Jews of Poland between Two World Wars*, Hanover, NH 1989.
- Gutsche, Willibald, und Joachim Petzold, «Das Verhältnis der Hohenzollern zum Faschismus», *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 29 (1981), S. 917-939.
- Guttsman, W. L., *Workers’ Culture in Weimar Germany. Between Tradition and Commitment*, New York 1990.

1000 LITERATURVERZEICHNIS

- Haack, Hanna, «Arbeitslose in Deutschland. Ergebnisse und Analyse der Berufszählung vom 16. Juni 1933», *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, 27 (1986), S. 36-69.
- Haar, Ingo, *Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der «Volkstumskampf» im Osten*, Göttingen 2002.
- Haarmann, Hermann, et al., «Das war ein Vorspiel nur». *Bücherverbrennung in Deutschland 1933. Voraussetzungen und Folgen. Ausstellung der Akademie der Künste vom 8. Mai bis 3. Juli 1983*, Berlin 1983.
- Häberl, Othmar N., und Tobias Korenke (Hg.), *Politische Deutungskulturen. Festschrift für Karl Rohe*, Baden-Baden 1999.
- Hachtmann, Rüdiger, *Industriearbeit im «Dritten Reich». Untersuchungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland 1933-1945*, Göttingen 1989.
- , «Bürgertum, Revolution, Diktatur – zum vierten Band von Hans-Ulrich Wehlers ‚Gesellschaftsgeschichte‘», *Sozial-Geschichte* 19 (2004), S. 60-87.
- Haerdter, Michael, et al., *Wohnsitz: Nirgendwo. Vom Leben und vom Überleben auf der Strasse*, Berlin 1982.
- Haffner, Sebastian, *Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914-1933*, Stuttgart 2000.
- Haftmann, Werner, *Verfemte Kunst. Bildende Künstler der inneren und äusseren Emigration in der Zeit des Nationalsozialismus*, Köln 1986.
- Hagemann, Jürgen, *Die Presselenkung im Dritten Reich*, Bonn 1970.
- Hahn, Fred (Hg.), *Lieber Stürmer! Leserbriefe an das NS-Kampfbblatt 1924-1945*, Stuttgart 1978.
- Hale, Oron J., *Presse in der Zwangsjacke 1933-1945*, Düsseldorf 1965.
- Hamann, Brigitte, *Winifred Wagner, oder Hitlers Bayreuth*, München 2003.
- Händler-Lachmann, Barbara, und Thomas Werther, *Vergessene Geschäfte, verlorene Geschichte. Jüdisches Wirtschaftsleben in Marburg und seine Vernichtung im Nationalsozialismus*, Marburg 1992.
- Hanke, Peter, *Zur Geschichte der Juden in München zwischen 1933 und 1945*, München 1967.
- Hardy, Alexander G., *Hitler's Secret Weapon. The «Managed» Press and Propaganda Machine of Nazi Germany*, New York 1968.
- Harrison, Edward D. R., «The Nazi Dissolution of the Monasteries. A Case-Study», *English Historical Review*, 99 (1994), S. 323-353.
- Harrison, Mark, *The Economics of World War II. Six Great Powers in International Comparison*, Cambridge 1998.
- Hartmann, Christian, und Sergej Slutsch, «Franz Halder und die Kriegsvorbereitungen im Frühjahr 1939. Eine Ansprache des Generalstabschefs des Heers», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 45 (1997), S.467-495.
- Hase-Mihalik, Eva von, und Doris Kreuzkamp, *Du kriegst auch einen schönen Wohnwagen. Zwangslager für Sinti und Roma während des Nationalsozialismus in Frankfurt a.M.*, Frankfurt a.M. 1990.
- Hass, Kurt, *Jugend unterm Schicksal. Lebensberichte junger Deutscher*, Hamburg 1950.
- Hauner, Milan, «Did Hitler Want a World Dominion?», *Journal of Contemporary History*, 13 (1978), S. 126-136.

- Haupt, Heinz-Gerhard (Hg.), *Die radikale Mitte. Lebensweisen und Politik von Kleinhändlern und Handwerkern in Deutschland seit 1848*, München 1985.
- Haupts, Leo, und Georg Möhlich (Hg.), *Strukturelemente des Nationalsozialismus. Rassenideologie, Unterdrückungsmaschinerie, Aussenpolitik*, Köln 1981.
- Hausen, Karin, «Mother's Day in the Weimar Republic», in: Bridenthai et al. (Hg.), *When Biology Becomes Destiny*, S. 131-152.
- , «The German «Mother's Day' 1923-1933», in: Medick und Sabeau, *Interest and Emotion*, S. 371-413.
- Hay, Gerhard, «Rundfunk und Hörspiel als «Führungsmittel» des Nationalsozialismus», in: Denkler und Prümm (Hg.), *Die deutsche Literatur*, S. 366-381.
- Hayes, Peter, «Big Business and ‚Aryanization‘ in Germany 1933-1939», *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*, 3 (1994), S. 254-281.
- , «Fritz Roessler and Nazism. The Observations of a German Industrialist 1930-37», *Central European History*, 20 (1987), S. 58-83.
- , *From Cooperation to Complicity. Degussa in the Third Reich*, New York 2005.
- , *Industry and Ideology. IG Farben in the Nazi Era*, New York 1987.
- , «Zur umstrittenen Geschichte der I.G. Farbenindustrie AG», *Geschichte und Gesellschaft* 18 (1992), 405-17.
- , «Polycracy and Policy in the Third Reich. The Case of the Economy», in: Childers und Caplan, *Reevaluating the Third Reich*, S. 190-210.
- Heer, Hannes, *Ernst Thälmann in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten*, Reinbek 1975.
- Hehemann, Rainer, *Die «Bekämpfung des Zigeunerunwesens» im Wilhelminischen Deutschland und in der Weimarer Republik, 1871-1933*, Frankfurt a.M. 1987.
- Hehl, Ulrich von, et al., *Priester unter Hitlers Terror. Eine biographische und statistische Erhebung*, Mainz 1984.
- Heiber, Helmut, «Der Fall Grünspan», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 5 (1957), S. 134-172.
- , *Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands*, Stuttgart 1966.
- (Hg.), *Goebbels-Reden*, 2 Bde, Düsseldorf 1972.
- Heilbronner, Oded, *Die Achillesferse des deutschen Katholizismus*, Gerlingen 1998.
- Heim, Susanne, *Kalorien, Kautschuk, Karrieren. Pflanzenzüchtung und landwirtschaftliche Forschung in Kaiser-Wilhelm-Instituten vor und nach 1933*, Göttingen 2004.
- , «The German-Jewish Relationship in the Diaries of Victor Klemperer», in: Bankier, *Probing the Depths of German Antisemitism*, S. 312-325.
- Heinemann, Elizabeth D., *What Difference Does a Husband Make? Women and Marital Status in Nazi and Postwar Germany*, London 1999.
- Heinonen, Reijo E., *Anpassung und Identität. Theologie und Kirchenpolitik der Bremer Deutschen Christen 1933-1945*, Göttingen 1964.
- Heinrich-Hampf, Vroni, «Über Gartenidylle und Gartenarchitektur im Dritten Reich», in: Frank, *Faschistische Architekturen*, S. 271-281.
- Heinzelmann, Herbert, «Die Heilige Messe der Reichsparteitage. Zur Zeichensprache von Leni Riefenstahls «Triumph des Willens»», in: Ogan und Weiss (Hg.), *Faszination und Gewalt*, S. 163-168.

- Heisenberg, Werner, *Der Teil und das Ganze. Gespräche im Umkreis der Atomphysik*, München 1969.
- Heller, Celia Stopnicka, *On the Edge of Destruction. Jews of Poland between the Two World Wars*, New York 1977.
- Helmreich, Ernst C., *The German Churches under Hitler. Background, Struggle, and Epilogue*, Detroit 1979.
- Hemmer, Willi, *Die «unsichtbaren» Arbeitslosen; statistische Methoden, soziale Tatsachen*, Zeulenroda 1935.
- Henke, Josef, *England in Hitlers politischem Kalkül 1935-1939*, Boppard 1973.
- Hentschel, Klaus, *Physics and National Socialism. An Anthology of Primary Sources*, Basel 1996.
- Herbert, Ulrich, *Arbeit, Volkstum, Weltanschauung. Über Fremde und Deutsche im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a.M. 1995.
- , *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des «Ausländer-Einsatzes» in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Bonn 1999 (1985),
- , «„Die guten und die schlechten Zeiten». Überlegungen zur diakronen Analyse lebensgeschichtlicher Interviews», in: Niethammer (Hg.), *«Die Jahre weiss man nicht, wo man die heute hinsetzen soll»*, S. 67-96.-
- , et al. (Hg.), *Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur*, Göttingen 1998.
- , «Von der Gegenebekämpfung zur «rassischen Generalprävention». «Schutzhaft» und Konzentrationslager in der Konzeption der Gestapo-Führung 1933-1939», in: ders. et al. (Hg.), *Die nationalsozialistischen Konzentrationslager*, S. 60-81.
- Herbst, Ludolf, *Das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Die Entfesselung der Gewalt. Rassismus und Krieg*, Frankfurt a.M. 1996.
- , und Thomas Weihe, *Die Commerzbank und die Juden 1933-1945*, München 2004.
- Herlemann, Beatrix, *«Der Bauer klebt am Hergebrachten». Bäuerliche Verhaltensweisen unterm Nationalsozialismus auf dem Gebiet des heutigen Landes Niedersachsen*, Hannover 1993.
- , *Die Emigration als Kampffposten. Die Anleitung des kommunistischen Widerstandes in Deutschland aus Frankreich, Belgien und den Niederlanden*, Königstein im Taunus 1982.
- Herzig, Arno, *Verdrängung und Vernichtung der Juden unter dem Nationalsozialismus*, Hamburg 1992.
- (Hg.), *Die Juden in Hamburg 1590 bis 1990. Wissenschaftliche Beiträge der Universität Hamburg zur Ausstellung « Vierhundert Jahre Juden in Hamburg »*, Hamburg 1991.
- , *Verdrängung und Vernichtung der Juden in Westfalen*, Münster 1994.
- Herzstein, Robert Edwin, *The War that Hitler Won. The Most Infamous Propaganda Campaign in History*, London 1979.
- Heske, Henning, *«...und morgen die ganze Welt». Erdkundeunterricht im Nationalsozialismus*, Giessen 1988.
- Heskett, John, «Modernism and -Archaism in Design in the Third Reich», in: Taylor und van der Will (Hg.), *The Nazification of Art*, S. 110-127.
- Hetzer, Gerhard, «Die Industriestadt Augsburg. Eine Sozialgeschichte der Arbeiteropposition», in: Broszat et al., *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 3, S. 1-234.

- , «Ernste Bibelforscher in Augsburg», in: Broszat und Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 4, S. 621-644.
- Heumos, Peter, *Die Emigration aus der Tschechoslowakei nach Westeuropa und dem Nahen Osten 1938*, München 1989.
- Hildebrand, Klaus, *Das vergangene Reich. Deutsche Aussenpolitik von Bismarck bis Hitler, 1871-1945*, Stuttgart 1995.
- , *Deutsche Aussenpolitik 1933-1945. Kalkül oder Dogma?*, Stuttgart 1973 (1970).
- , *Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919-1945*, München 1969.
- , «Die Deutsche Reichsbahn in der nationalsozialistischen Diktatur 1933-1945», in: Gall und Pohl, *Die Eisenbahn in Deutschland*, S. 163-243.
- Hildesheimer, Esriel, *Jüdische Selbstverwaltung unter dem NS-Regime. Der Existenzkampf der Reichsvertretung und Reichsvereinigung der Juden in Deutschland*, Tübingen 1994.
- Hill, Leonidas E. (Hg.), *Die Weizsäcker-Papiere 1939-1950*, Frankfurt a.M. 1974.
- Hillgruber, Andreas, *Deutsche Grossmacht- und Weltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert*, Düsseldorf 1979.
- , «Grundzüge der nationalsozialistischen Aussenpolitik 1933-1945», *Saeculum*, 24(1973), S. 328-345.
- Hirsch, Martin, et al. (Hg.), *Recht, Verwaltung und Justiz im Nationalsozialismus. Ausgewählte Schriften, Gesetze und Gerichtsentscheidungen von 1933 bis 1945*, Köln 1984.
- Hirschfeld, Gerhard, und Lothar Kettenacker (Hg.), *Der «Führerstaat». Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches*, Stuttgart 1981.
- Hitler, Adolf, *Mein Kampf*, 2 Bde, München 1925.
- Hitschke, Peter, «Polizei und Gestapo. Vorauseilender Gehorsam oder polykratischer Konflikt?», in: Paul und Mallmann, *Die Gestapo*, S. 306-322,
- Hockerts, Hans Günter, *Die Sittlichkeitsprozesse gegen katholische Ordensangehörige und Priester 1936/1937. Eine Studie zur nationalsozialistischen Herrschaftstechnik und zum Kirchenkampf*, Mainz 1971.
- , «Die Goebbels-Tagebücher 1932-1941. Eine neue Hauptquelle zur Erforschung der nationalsozialistischen Kirchenpolitik», in: Albrecht et al., *Politik und Konfession*, S. 359-392.
- Hoensch, Jörg K., *A History of Modern Hungary, 1867-1986*, London 1988 (1984).
- Hoffmann, Hilmar, (Hg.), *The Triumph of Propaganda. Film and National Socialism 1933-1945*, Providence 1996.
- Hoffmann, Peter, *Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Brüder*, Stuttgart 1992.
- , «Generaloberst Ludwig Beck's militärpolitisches Denken». *Historische Zeitschrift*, 234 (1982), S. 101-121.
- , *Widerstand – Staatsstreich – Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler*, München 1985.
- Hohmann, Joachim S. (Hg.), *Keine Zeit für gute Freunde. Homosexuelle in Deutschland 1933-1969 – Ein Lese- und Bilderbuch*, Berlin 1982.

- , *Erster Weltkrieg und nationalsozialistische «Bewegung» im deutschen Lesebuch 1933-1945*, Frankfurt a.M. 1988.
- , *Geschichte der Zigeunerverfolgung in Deutschland*, Frankfurt a.M. 1981.
- , *Robert Ritter und die Erben der Kriminalbiologie. «Zigeunerforschung» im Nationalsozialismus und in Westdeutschland im Zeichen des Rassismus*, Frankfurt a.M. 1991.
- , *Verfolgte ohne Heimat. Die Geschichte der Zigeuner in Deutschland*, Frankfurt a.M. 1990.
- , und Hermann Larger, «*Stolz, ein Deutscher zu sein...*». *Nationales Selbstverständnis in Schulaufsätzen 1914-1945*, Frankfurt a.M. 1995.
- Höhne, Heinz, *Die Zeit der Illusionen. Hitler und die Anfänge des Dritten Reiches 1933-1936*, Düsseldorf 1991.
- , *Mordsache Röhm. Hitlers Durchbruch zur Alleinherrschaft 1933-1934*, Reinbek 1984.
- , *Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS*, Gütersloh 1966.
- Hojer, Ernst, *Nationalsozialismus und Pädagogik. Umfeld und Entwicklung der Pädagogik Ernst Kriecks*, Würzburg 1996.
- Homburg, Heidrun, *Rationalisierung und Industriearbeit. Arbeitsmarkt, Management, Arbeiterschaft im Siemens-Konzern Berlin 1900-1939*, Berlin 1991.
- , «Warenhausunternehmen und ihre Gründer in Frankreich und Deutschland oder: eine diskrete Elite und mancherlei Mythen», *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, 33 (1992), S. 183-219.
- Homze, Edward L., *Arming the Luftwaffe. The Reich Air Ministry and the German Aircraft Industry 1919-39*, Lincoln, Nebraska 1976.
- Hopster, Norbert, und Ulrich Nassen, *Literatur und Erziehung im Nationalsozialismus. Deutschunterricht als Körperkultur*, Paderborn 1983.
- Horn, Daniel B., «The Hitler Youth and Educational Decline in the Third Reich», *History of Education Quarterly*, 16 (1976), S. 425-447.
- Horn, Gerd-Rainer, «Radicalism and Moderation within German Social Democracy in Underground and Exile 1933-1936», *German History* 15 (1997), S. 200-220.
- Horne, John N., und Alan Kramer, *Deutsche Kriegsgreuel 1914. Die umstrittene Wahrheit*, Hamburg 2004 (2001).
- Höpfner, Hans-Paul, *Die Universität Bonn im Dritten Reich. Akademische Biographien unter nationalsozialistischer Herrschaft*, Bonn 1999.
- Höss, Rudolf, *Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen des Rudolf Höss*, Hg. Martin Broszat, München 1963 (1951).
- Hossbach, Friedrich, *Zwischen Wehrmacht und Hitler 1934-1938*, Wolfenbüttel 1949.
- Huber, Ernst Rudolf, *Verfassungsrecht des Grossdeutschen Reiches*, Hamburg 1939.
- Huck, Gerhard, *Sozialgeschichte der Freizeit. Untersuchungen zum Wandel der Alltagskultur in Deutschland*, Wuppertal 1980.
- Hull, David Stewart, *Film in the Third Reich. A Study of the German Cinema 1933-1945*, Berkeley 1969.
- Hüneke, Andreas «Spurensuche – Moderne Kunst aus deutschem Museumsbesitz», in: Barron, «*Entartete Kunst*», S. 121-133.

- Hüttenberger, Peter, «Heimtückefälle vor dem Sondergericht München 1933-1939», in: Broszat und Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 4, S. 435-526.
- Iber, Harald, *Christlicher Glaube oder rassischer Mythos. Die Auseinandersetzung der Bekennenden Kirche mit Alfred Rosenbergs «Der Mythos des 20. Jahrhunderts»*, Bern 1987.
- Iggers, Georg G. (Hg.), *The Social History of Politics. Critical Perspectives in West German Historical Writing since 1945*, Leamington Spa 1985.
- IMT, *Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg 14. November 1945 – 1. Oktober 1946*, 42 Bde., Nürnberg 1947.
- Infield, Glenn B., *Leni Riefenstahl. The Fallen Film Goddess*, New York 1976.
- Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung, *In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR*, Berlin 1991.
- Institut für Konjunkturforschung, *Weekly Reports of the German Institute for Business Research, 1933-1939*.
- Jacobsen, Hans Adolf, *Nationalsozialistische Aussenpolitik 1933-1938*, Frankfurt a.M. 1968.
- , et al. (Hg.), *Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus 1933-1945*, 3 Bde., Bielefeld 1961.
- Jädi, Inge et al. (Hg.), *Beyond Reason. Art and Psychosis. Works from the Prinzhorn Collection*, London 1996.
- James, Harold, *Die Deutsche Bank im Dritten Reich*, München 2003.
- , «Die Deutsche Bank und die Diktatur», in: Lothar Gall et al., *Die Deutsche Bank 1870-1995*, München 1993, S. 315-408.
- , «Innovation and Conservatism in Economic Recovery. The Alleged ‚Nazi Recovery‘ of the 1930s», in: Childers und Caplan (Hg.), *Reevaluating the Third Reich*, S. 114-138.
- Janda, Annegret, et al., *Das Schicksal einer Sammlung. Aufbau und Zerstörung der Neuen Abteilung der Nationalgalerie im ehemaligen Kronprinzinnen-Palais. Unter den Linden 1918-1945*, Berlin 1986.
- , «Die Berliner Nationalgalerie im Kampf um die moderne Kunst seit 1933», in: Barron, «*Entartete Kunst*», S. 107-119..
- Jansen, Christian, *Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer 1914-1935*, Göttingen 1992.
- , et al. (Hg.), *Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995*, Berlin 1995.
- Janssen, Karl-Heinz, «Eine Welt brach zusammen», in: Glaser und Silenius, *Jugend im Dritten Reich*, S. 88-90.
- , und Fritz Tobias, *Der Sturz der Generäle. Hitler und die Blomberg-Fritsch-Krise 1938*, München 1994.
- Jarusch, Konrad H., *Deutsche Studenten 1800-1970*, Frankfurt a.M. 1984.
- , *The Unfree Professions. German Lawyers, Teachers, and Engineers 1900-1950*, New York 1990.
- Jaskot, Paul B., *The Architecture of Oppression. The SS, Forced Labor and the Nazi Monumental Building Economy*, London 2000.

- Jaworski, Rudolf, *Vorposten oder Minderheit? Der sudetendeutsche Volkstumskampf in den Beziehungen zwischen der Weimarer Republik und der CSR*, Stuttgart 1977.
- Jelavich, Barbara, *Modern Austria. Empire and Republic, 1815-1986*, Cambridge 1987.
- Jellonek, Burkhard, *Homosexuelle unter dem Hakenkreuz. Die Verfolgung von Homosexuellen im Dritten Reich*, Paderborn 1990.
- , «Staatspolizeiliche Fahndungs- und Ermittlungsmethoden gegen Homosexuelle. Regionale Differenzen und Gemeinsamkeiten», in: Paul und Mallmann, *Die Gestapo*, S. 343-356.
- Joachimsthaler, Anton, *Hitlers Liste. Ein Dokument persönlicher Beziehungen*, München 2003.
- John, Eckhard, *Musikbolschewismus. Die Politisierung der Musik in Deutschland 1918-1938*, Stuttgart 1993.
- Johnson, Eric A., *Der nationalsozialistische Terror. Gestapo, Juden und gewöhnliche Deutsche*, Berlin 2001.
- Jung, Otmar, *Plebiszit und Diktatur. Die Volksabstimmungen der Nationalsozialisten. Die Fälle «Austritt aus dem Völkerbund» (1933), «Staatsoberhaupt» (1934) und «Anschluss Österreichs» (1938)*, Tübingen 1995.
- Jupper, Alfons (Hg.), *Staatliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen 1933*, Mainz 1969.
- Kaftan, Kurt Gustav, *Der Kampf um die Autobahnen*, Berlin 1955.
- Kaienburg, Hermann, «Funktionswandel des KZ-Kosmos? Das Konzentrationslager Neuengamme 1938-1945», in: Herbert, *Konzentrationslager*, S. 259-284.
- , *Konzentrationslager Neuengamme 1938-1945*, Hamburg 1981.
- Kaiser, Ernst, und Michael Knorn, «*Wir lebten und schliefen zwischen den Toten*». *Rüstungsproduktion, Zwangsarbeit und Vernichtung in den Frankfurter Adlerwerken*, Frankfurt a.M. 1994.
- Kaiser, Fritz, *Führer durch die Ausstellung Entartete Kunst*, Berlin 1937.
- Kaiser, Jochen-Christoph, «Protestantismus, Diakonie und ‚Judenfrage‘ 1933-41», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 37 (1989), S. 673-714.
- Kaishoven, Hedda (Hg.), *Ich denk so viel an Euch. Ein deutsch-holländischer Briefwechsel 1920-1949*, München 1991.
- Kappeler, Alphons, *Ein Fall von «Pseudologia phantastica» in der deutschen Literatur. Fritz Reck-Malleczewen*, Göppingen 1975.
- Karisch, Rainer, und Raymond G. Stokes, *Faktor Öl. die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859-1974*, München 2003.
- Karow, Yvonne, *Deutsches Opfer. Kultische Selbstausslöschung auf den Reichsparteitag der NSDAP*, Berlin 1997.
- Kaschuba, Wolfgang, *Lebenswelt und Kultur der unter bürgerlich en Schichten im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1990.
- , und Carola Lipp, «Kein Volk steht auf, kein Sturm bricht los. Stationen dörflichen Lebens auf dem Weg in den Faschismus», in: Beck et al. (Hg.), *Terror und Hoffnung in Deutschland 1933-1945*, S. 111-155.
- , *Dörfliches Überleben. Zur Geschichte materieller und sozialer Reproduktion ländlicher Gesellschaft im 19. und frühen 20. Jahrhundert*, Tübingen 1982.

- Kater, Michael H., *Komponisten im Nationalsozialismus. Acht Porträts*, Berlin 2004.
- , «Die ersten Bibelforscher im Dritten Reich», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 17 (1969), S. 181-218.
 - , *Gesagtes Spiel. Jazz im Nationalsozialismus*, München 1998 (1992).
 - , *Ärzte als Hitlers Helfer*, Hamburg 2000 (1989).
 - , *Hitler-Jugend*, Darmstadt 2005 (2004).
 - , «Medizin und Mediziner im Dritten Reich», *Historische Zeitschrift*, 244 (1987), S. 299-352.
 - , *Die missbrauchte Muse. Musiker und ihre Musik im Dritten Reich*, München/ Wien 1998.
 - , und Albrecht Riethmüller (Hg.), *Music and Nazism. Art under Tyranny 1933-1945*, Laaber 2003.
- Kehrl, Hans, *Krisenmanager im Dritten Reich. 6 Jahre Frieden, 6 Jahre Krieg. Erinnerungen*, Düsseldorf 1973.
- Keim, Wolfgang, *Erziehung unter der Nazi-Diktatur*, Darmstadt 1995.
- Keinemann, Friedrich, *Vom Krummstab zur Republik. Westfälischer Adel unter preussischer Herrschaft 1802-1945*, Bochum 1997.
- Keitz, Christine, «Die Anfänge des modernen Massentourismus in der Weimarer Republik», *Archiv für Sozialgeschichte*, 33 (1993), S. 179-209.
- Keller, Bernhard, *Das Handwerk im faschistischen Deutschland. Zum Problem der Massenbasis*, Köln 1980.
- Kershaw, Ian, *Der Hitler-Mythos. Führerkult und Volksmeinung*, Stuttgart 1999 (1987).
- , *Hitler, 1889-1936*, Stuttgart 1998.
 - , *Hitler 1936-1945*, Stuttgart 2000.
 - , *Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick*, Reinbek 2002 (1985).
 - , «Der Überfall auf Polen und die öffentliche Meinung in Deutschland», in: Hansen et al. (Hg.), *Politischer Wandel, organisierte Gewalt und nationale Sicherheit. Beiträge zur neueren Geschichte Deutschlands und Frankreichs*, S. 237-250.
 - , «How effective was Nazi propaganda?», in: Welch (Hg.), *Propaganda*, S. 180-205.
- Kessler, Harry Graf, *Tagebücher 1918-1937*, Frankfurt a.M. 1961.
- Ketelsen, Uwe-Karsten, *Literatur und Drittes Reich*, Schernfeld 1992.
- Kiaulehn, Walther, *Mein Freund der Verleger. Ernst Rowohlt und seine Zeit*, Reinbek 1967.
- Kieffer, Fritz, *Judenverfolgung in Deutschland – eine innere Angelegenheit? Internationale Reaktionen auf die Flüchtlingsproblematik 1933-1939*, Stuttgart 2002.
- Kimmel, Günther, «Das Konzentrationslager Dachau. Eine Studie zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen», in: Broszat und Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 2, S. 349-413.
- Kirchberg, Peter, «Typisierung in der Kraftfahrzeugindustrie und der Generalbevollmächtigte für das Kraftfahrwesen», *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, 10 (1969), S. 117-142.

- Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1933-1944*, Gütersloh 1948.
- Kirkpatrick, Clifford, *Women in Nazi Germany*, New York 1939.
- Kitchen, Martin, *The Coming of Austrian Fascism*, London 1980.
- Kittel, Manfred, «Konfessioneller Konflikt und politische Kultur in der Weimarer Republik», in: Blaschke, *Konfessionen im Konflikt*, S. 243-298.
- Klee, Ernst, *Die SA Jesu Christi. Die Kirchen im Banne Hitlers*, Frankfurt a.M. 1989.
- Kleiber, Lore, «Wo ihr seid, da soll die Sonne scheinen!» – Der Frauenarbeitsdienst am Ende der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus», in: Frauengruppe Faschismusforschung, *Mutterkreuz*, S. 188-214.
- Klein, Burton H., *Germany's Economic Preparations for War*, Cambridge 1959.
- Klein, Thomas (Hg.), *Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Hessen-Nassau 1933-1936*, Köln 1986.
- Kleine, George H., «Adelsgenossenschaft und Nationalsozialismus», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 26 (1978), S. 100-143.
- Klemperer, Klemens von, *German Resistance Against Hitler. The Search for Allies Abroad, 1938-1945*, Oxford 1992.
- Klemperer, Victor, *LTI. Notizbuch eines Philologen*, Leipzig 1975 (1947).
- , *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933/34*, Berlin 1999 (1995).
- Klönne, Arno, *Jugend im Dritten Reich. Die Hitler-Jugend und ihre Gegner*, Düsseldorf 1982.
- Klepper, Jochen, *Unter dem Schatten deiner Flügel. Aus den Tagebüchern der Jahre 1932-1942*, Stuttgart 1956.
- Kiessmann, Christoph, «Osteuropaforschung und Lebensraumpolitik im Dritten Reich», in: Lundgreen (Hg.), *Wissenschaft im Dritten Reich*, S. 350-383.
- Kley, Stefan, *Hitler, Ribbentrop und die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs*, Paderborn 1996.
- Kling, Willi, *Kleine Geschichte der IG Farben – der Gross fabrikant des Todes*, Berlin 1957.
- Klingemann, Carsten, *Soziologie im Dritten Reich*, Baden-Baden 1996.
- , «Social-Scientific Experts – No Ideologues. Sociology and Social Research in the Third Reich», in: Turner und Käsler, *Sociology Responds to Fascism*, S. 127-154.
- Klinksiek, Dorothee, *Die Frau im NS-Staat*, Stuttgart 1982.
- Klöss, Erhard (Hg.), *Reden des Führers. Politik und Propaganda Adolf Hitlers 1922-1945*, München 1967.
- Klotzbach, Kurt, *Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930-1945*, Hannover 1969.
- Knauer, Wilfried (Red.), *Nationalsozialistische Justiz und Todesstrafe. Eine Dokumentation zur Gedenkstätte in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel*, Braunschweig 1991.
- Knigge-Tesche, Renate (Hg.), *Berater der braunen Macht. Wissenschaft und Wissenschaftler im NS-Staat*, Frankfurt a.M. 1999.
- Knipping, Franz, und Klaus-Jürgen Müller, *Machtbewusstsein in Deutschland am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*, Paderborn 1984.

- Koch, Hans-Jörg, *Das Wunschkonzert im NS-Rundfunk*, Köln 2003.
- Kochan, Lionel, «Martin Niemöller», in: Gutmann et al. (Hg.), *Enzyklopädie des Holocaust*, Bd. 2, S. 1010 f.
- Kocka, Jürgen (Hg.), *Theorien in der Praxis des Historikers*, Göttingen 1977.
- Köhler, Ingo, *Die «Arisierung» der Privatbanken im Dritten Reich. Verdrängung, Ausschaltung und die Frage der Wiedergutmachung*, München 2005.
- Kohlrausch, Eduard (Hg.), *Deutsche Strafgesetze vom 19. Dezember 1932 bis 12. Juni 1934*, Berlin 1934.
- Komjathy, Anthony T., und Rebecca Stockwell, *German Minorities and the Third Reich. Ethnie Germans of East Central Europe between the Wars*, New York 1980.
- König, Ulrich, *Sinti und Roma unter dem Nationalsozialismus. Verfolgung und Widerstand*, Bochum 1989.
- Koonz, Claudia, *Mütter im Vaterland. Frauen im Dritten Reich*, Freiburg 1991 (1987).
- Kopf, Paul, und Max Miller, *Die Vertreibung von Bischof Joannes Baptista Sproll von Rottenburg 1938-1945. Dokumente zur Geschichte des kirchlichen Widerstands*, Mainz 1971.
- Körper, Christopher, «Die ‚Arisierung‘ jüdischer Privatbanken im Nationalsozialismus», *Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium*, 20 (1991), S. 11-16.
- , *Zwischen Marktwirtschaft und Dirigismus. Bankenpolitik im «Dritten Reich» 1933-1939*, Bonn 1995.
- , «Privates Bankwesen im Nationalsozialismus. Das Bankhaus M.M. Warburg & Co.», in: Plumpe und Kleinschmidt, *Unternehmen zwischen Markt und Macht*, S. 61-73.
- Körber, Robert, *Rassensieg in Wien, der Grenzfeste des Reiches*, Wien 1939.
- Kornrumpf, Martin, *HAFRABA e.V. Deutsche Autobahn-Planung 1926-1934*, Bonn 1990.
- Kosthorst, Erich, und Bernd Walter, *Konzentrations- und Strafgefangenenlager im Dritten Reich. Beispiel Emsland*, 3 Bde., Düsseldorf 1983.
- Kotowski, Albert S., *Polens Politik gegenüber seiner deutschen Minderheit 1919-1939*, Wiesbaden 1998.
- Kracauer, Siegfried, *Von Caligari zu Hitler. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Films*, Hamburg 1958.
- Kracik, Jörg, *Die Politik des deutschen Aktivismus in der Tschechoslowakei 1920-1938*, Frankfurt a.M. 1999.
- Kramer, David, «Jewish Welfare Work under the Impact of Pauperisation», in: Paucker, *The Jews in Nazi Germany*, S. 173-188.
- Kramer, Helgard, «Frankfurt's Working Women. Scapegoats or Winners of the Great Depression?», in: Evans und Geary, *The German Unemployed*, S. 108-141.
- Kratzsch, Gerhard, *Der Gauwirtschaftsapparat der NSDAP. Menschenführung, «Arisierung», Wehrwirtschaft im Gau Westfalen-Süd. Eine Studie zur Herrschaftspraxis im totalitären Staat*, Münster 1989.
- , «Die ‚Entjudung‘ der mittelständischen Wirtschaft im Regierungsbezirk Arnsberg», in: Herzog, *Verdrängung und Vernichtung der Juden in Westfalen*, S. 91-114.

- Kraul, Margret, *Das deutsche Gymnasium 1780-1980*, Frankfurt a.M. 1984.
- Krausnick, Helmut, et al., *Anatomie des SS-Staats*, 2 Bde., Olten/Freiburg 1965.
- Kreimeier, Klaus, *Die Ufa-Story. Geschichte eines Filmkonzerns*, München 1992.
- Krellmann, Hanspeter (Hg.), *Wer war Richard Strauss? Neunzehn Antworten*, Frankfurt a.M. 1999.
- Kreutzer, Heike, *Das Reichskirchenministerium im Gefüge der nationalsozialistischen Herrschaft*, Düsseldorf 2000.
- Kroll, Gerhard, *Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur*, Berlin 1958.
- Kropat, Wolf-Arno, *Kristallnacht in Hessen. Der Judenpogrom vom November 1938. Eine Dokumentation*, Wiesbaden 1997 (1988).
- , *«Reichskristallnacht». Der Judenpogrom vom 7. bis 10. November 1938 – Urheber, Täter, Hintergründe*, Wiesbaden 1997.
- (Hg.), *Justiz und Judenverfolgung*, 2 Bde., Wiesbaden 1975.
- Krüdener, Jürgen von, «Zielkonflikte in der nationalsozialistischen Agrarpolitik», *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, 94 (1974), Ein Beitrag zur Diskussion des Leistungsproblems in zentral gelenkten Wirtschaftssystemen, S. 335-361.
- Krüger, Hardy, «Von der Ordensburg nach Babelsberg» in: Leeb, *«Wir waren Hitlers Eliteschüler»*, S. 49-55.
- Krüger, Peter, *Die Aussenpolitik der Republik von Weimar*, Darmstadt 1985.
- Krüger-Charlé, Michael, «Carl Goerdelers Versuche der Durchsetzung einer alternativen Politik 1933 bis 1937», in: Schmäddecke und Steinbach, *Der Widerstand*, S. 383-404.
- Kucera, Jaroslav, *Minderheit im Nationalstaat. Die Sprachenfrage in den tschechisch-deutschen Beziehungen 1918-1938*, München 1999.
- Kube, Alfred, *Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich*, München 1986.
- Kube, Alfred, «Hermann Göring – Zweiter Mann im ‚Dritten Reich‘, in: Smelser und Zitelmann, *Die braune Elite I*, S. 69-83.
- Kühl, Stefan, *The Nazi Connection. Eugenies, American Racism, and German National Socialism*, New York 1994.
- Kühnl, Reinhard, «Reichsdeutsche Geschichtswissenschaft», in: Tröger, *Hochschule und Wissenschaft im Dritten Reich*, S. 92-104.
- Kulka, Otto Dov (Hg.), *Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus*, Tübingen 1997.
- , «Die Nürnberger Rassegesetze und die deutsche Bevölkerung im Lichte geheimer NS-Lage- und Stimmungsberichte», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 32 (1984), S. 582-624.
- Kupper, Alfons (Hg.), *Staatliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen 1933*, Mainz 1969.
- Kwiet, Konrad, und Helmut Eschwege (Hg.), *Selbstbehauptung und Widerstand deutscher Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933-1945*, Hamburg 1984.
- Laak, Dirk van, «Die Mitwirkenden bei der ‚Arisierung‘. Dargestellt am Beispiel der rheinisch-westfälischen Industrieregion 1933-1940», in: Büttner, *Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich*, S. 231-257.

- , «,Wenn einer ein Herz im Leibe hat, der lässt sich von einem deutschen Arzt behandeln’ – Die ‚Entjudung’ der Essener Wirtschaft von 1933 bis 1941», in: Zimmermann (Hg.), *Entrechtung und Selbsthilfe*, S. 12-30.
- Lächele, Rainer, *Ein Volk, ein Reich, ein Glaube. Die Deutschen Christen in Württemberg 1925-1960*, Stuttgart 1993.
- Ladwig-Winters, Simone, *Wertheim, ein Warenhausunternehmen und seine Eigentümer. Ein Beispiel der Entwicklung der Berliner Warenhäuser bis zur «Arisierung»*, Münster 1997.
- , «The Attack on Berlin Department Stores (*Warenhäuser*) After 1933», in: Bankier, *Probing the Depths of German Antisemitism*, S. 246-267.
- Lambert, Peter, «From antifascist to Volkshistoriker. Demos and Ethos in the political thought of Fritz Rörig 1921-45», in: Berger (Hg.), *Writing National Histories. Western Europe Since 1800*, S. 137-149.
- Lammers, Britta, *Werbung im Nationalsozialismus. Die Kataloge der «Grossen Deutschen Kunstausstellung» 1937-1944*, Weimar 1999.
- Lane, Barbara Miller, *Architecture and Politics in Germany 1918-1945*, Cambridge, 1968.
- Lange, Sabine, «...wir haben nicht nur das Chaos, sondern wir stehen an einem Beginn...» *Hans Fallada 1945-1946*, Neubrandenburg 1988
- Langelüddeke, Albert, *Die Entmannung von Sittlichkeitsverbrechern*, Berlin 1963.
- Laqua, Carsten, *Wie Micky unter die Nazis fiel. Walt Disney und Deutschland*, Reinbek 1992.
- Laqueur, Walter, *Fascism. A Reader's Guide. Analyses, Interpretations, Bibliography*, New York 1976.
- Large, David Clay, *Contending with Hitler. Varieties of German Resistance in the Third Reich*, Washington, D.C 1991.
- Lärmer, Karl, *Autobahnbau in Deutschland 1933 bis 1945. Zu den Hintergründen*, Berlin 1975.
- Larsen, Stein Ugelvik, *Who were the Fascists? Social Roots of European Fascism*, Bergen 1980.
- Lauterbach, Iris (Hg.), *Bürokratie und Kult. Das Parteizentrum der NSDAP am Königsplatz in München. Geschichte und Rezeption*, München 1995.
- Lautmann, Rüdiger, *Seminar. Gesellschaft und Homosexualität*, Frankfurt a.M. 1977.
- , «Gay Prisoners in Concentration Camps as Compared with Jehova's Witnesses and Political Prisoners», in: Berenbaum, *A Mosaic of Victims*, S. 200-206.
- Lee, W. Robert und Eve Rosenhaft (Hg.), *State, Social Policy and Social Change in Germany 1880-1980*, Oxford 1997 (1996).
- Leeb, Johannes, «Wir waren Hitlers Eliteschüler». *Ehemalige Zöglinge der NS-Ausleseschulen brechen ihr Schweigen*, Hamburg 1998.
- Lehmann, Hartmut, und James van Horn Melten (Hg.), *Paths of Continuity. Central European Historiography from the 1930s to the 1950s*, Cambridge 1994.
- Lehmann, Hartmut, und Otto Gerhard Oexle (Hg.), *Nationalsozialismus in den Kulturwissenschaften*, 2 Bde., Göttingen 2004/05.
- Lehmann, Joachim, «Mecklenburgische Landwirtschaft und ‚Modernisierung’ in den dreissiger Jahren», in: Bajohr, *Norddeutschland im Nationalsozialismus*, S. 335-346.

- Lehmbruch, Hans, «Acropolis Germaniae. Der Königsplatz – Forum der NSDAP», in: Lauterbach, *Bürokratie und Kult*, S. 17-46.
- Lehnert, Detlef, *Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei, 1848 bis 1983*, Frankfurt a.M. 1983.
- Leimkugel, Franz, «Antisemitische Gesetzgebung in der Pharmazie 1933-1939», in: Meinel und Voswinkel, *Medizin, Naturwissenschaft, Technik*, S. 230-235.
- Leiser, Erwin, *Nazi Cinema*, London 1974 (1968).
- Leitz, Christian, «Nazi Germany's Intervention in the Spanish Civil War and the Foundation of HISMA/ROWAK», in: Preston und Mackenzie (Hg.), *The Republic Besieged*, S. 53-85.
- Lenger, Friedrich, *Sozialgeschichte der deutschen Handwerker seit 1800*, Frankfurt a.M. 1988.
- Lenz, Rudolf, *Karstadt. Ein deutscher Warenhauskonzern 1920-1950*, Stuttgart 1995.
- Levi, Erik, *Music in the Third Reich*, New York 1994.
- Levine, Herbert S., *Hitler's Free City. A History of the Nazi Party in Danzig 1925-39*, London 1973.
- , «The Mediator. Carl J. Burckhardt's Efforts to Avert a Second World War», *Journal of Modern History*, 45 (1973), S. 439-453.
- Lewy, Guenter, *Die katholische Kirche und das Dritte Reich*, München 1965.
- , «Rückkehr nicht erwünscht». *Die Verfolgung der Zigeuner im Dritten Reich*, Berlin 2001.
- Ley, Michael, und Julian H. Schoeps, *Der Nationalsozialismus als politische Religion*, Bodenheim 1997.
- Lidtke, Vernon L., *The Alternative Culture. Socialist Labor in Imperial Germany*, New York 1985.
- Lindner, Helmut, «„Deutsche“ und „gegentypische“ Mathematik. Zur Begründung einer „arteigenen“ Mathematik im „Dritten Reich“ durch Ludwig Bieberbach», in: Mehrtens und Richter, *Naturwissenschaft*, S. 88-115.
- Lingelbach, Karl Christoph, *Erziehung und Erziehungstheorien im nationalsozialistischen Deutschland. Ursprünge und Wandlungen der 1933-1945 in Deutschland vorherrschenden erziehungstheoretischen Strömungen. Ihre politischen Funktionen und ihr Verhältnis zur außerschulischen Erziehungspraxis des „Dritten Reiches“*, Frankfurt a.M. 1987.
- Linsmayer, Ludwig, *Politische Kultur im Saargebiet 1920-1932. Symbolische Politik, verhinderte Demokratisierung, nationalisiertes Kulturleben in einer abgetrennten Region*, St. Ingbert 1992.
- Löffler, Peter (Hg.), *Bischof Clemens August Graf von Galen. Akten, Briefe und Predigten 1933-1946*, Bd. 1, 1933-1939, Mainz 1988.
- London, John, *Theatre under the Nazis*, Manchester 2000.
- London, Louise, *Whitehall and the Jews 1933-1948. British Immigration Policy, Jewish Refugees, and the Holocaust*, Cambridge, 2000.
- , «Jewish Refugees, Anglo-Jewry and British Government Policy», in: Cesarani, *The Making of Modern Anti-Jewry*, S. 163-190.
- Longerich, Peter, *Der ungeschriebene Befehl. Hitler und der Weg zur „Endlösung“*, München 2001.
- , *Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung*, München 1998.

- , *Die braunen Bataillone. Geschichte der SA*, München 1989.
- Lorentz, Bernhard, «Die Commerzbank und die ‚Arisierung‘ im Altreich. Ein Vergleich der Netzwerkstrukturen und Handlungsspielräume von Grossbanken in der NS-Zeit», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 50 (2002), S. 237-268.
- Lorenz, Saskia, «Die Zerstörung der Synagogen unter dem Nationalsozialismus», in: Herzog, *Verdrängung und Vernichtung*, S. 153-172.
- Löwenthal, Richard, *Die Widerstandsgruppe «Neu Beginnen»*, Berlin 1982.
- , und Patrick von zur Mühlen, *Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945*, Berlin 1982.
- Lowry, Stephen, *Pathos und Politik. Ideologie in Spielfilmen des Nationalsozialismus*, Tübingen 1991.
- Lucassen, Leo, *Zigeuner. Die Geschichte eines polizeilichen Ordnungsbegriffes in Deutschland, 1700-1945*, Köln 1996.
- Ludewig, Hans-Ulrich, und David Kuessner, «Es sei also jeder gewarnt». *Das Sondergericht Braunschweig 1933-1945*, Braunschweig 2000.
- Ludwig, Johannes, *Boykott, Enteignung, Mord. Die «Entjudung» der deutschen Wirtschaft*, Hamburg 1989.
- Lundgreen, Peter (Hg.), *Wissenschaft im Dritten Reich*, Frankfurt a.M. 1985. Luther, Hans, *Vor dem Abgrund 1930-1933. Reichsbankpräsident in Krisenzeiten*, Berlin 1964.
- Lüttichau, Mario-Andreas von, «„Deutsche Kunst‘ und ‚Entartete Kunst‘. Die Münchner Ausstellungen 1937», in: Schuster, *Die «Kunststadt» München*, S. 12-36.
- , «„Entartete Kunst‘, München 1937. Eine Rekonstruktion», in: Barron, «*Entartete Kunst*», S. 45-81.
- Macartney, Carlile A., und Alan Palmer, *Independent Eastern Europe, a History*, London 1966.
- Mack Smith, Denis, *Modern Italy. A Political History*, London 1997 (1959).
- , *Mussolini's Roman Empire*, London 1976.
- Macrakis, Kristie, *Surviving the Swastika. Scientific Research in Nazi Germany*, New York 1993.
- Maier, Hans, *Politische Religionen. Die totalitären Regime und das Christentum*, Freiburg 1995.
- Maier, Helmut (Hg.), *Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften*, Göttingen 2002.
- Maier, Klaus (Hg.), *Germany and the Second World War*, Bd. 2, *Germany's Initial Conquests in Europe*, Oxford 2000 (1991) [dt.: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd 2, *Die Errichtung der Hegemonie auf dem europäischen Kontinent*, Stuttgart 1979].
- Mairgünther, Wilfred, *Reichskristallnacht*, Kiel 1987.
- Maiwald, Klaus-Jürgen, *Filmzensur im NS-Staat*, Dortmund 1983.
- Malinowski, Stephan, *Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat*, Berlin 2003.
- Mallmann, Klaus-Michael, und Gerhard Paul, *Das zersplitterte Nein: Saarländer gegen Hitler*, Bonn 1989.
- , *Herrschaft und Alltag. Ein Industrierviertel im Dritten Reich*, Bonn 1991.

- , «Allwissend, allmächtig, allgegenwärtig? Gestapo, Gesellschaft und Widerstand», *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 41 (1993), S. 984-999.
- , *Militeus und Widerstand. Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus*, Bonn 1995.
- Manchester, William Raymond, *The Arms of Krupp, 1587-1968*, Boston 1968.
- Mandell, Richard D., *The Nazi Olympics*, London 1972 (1971).
- Mann, Reinhard, *Protest und Kontrolle im Dritten Reich. Nationalsozialistische Herrschaft im Alltag einer rheinischen Grossstadt*, Frankfurt a.M. 1987.
- Marcon, Helmut, *Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierungen Papen und Schleicher. Grundsteinlegung für die Beschäftigungspolitik im Dritten Reich*, Bern 1974.
- Marcus, Joseph, *Social and Political History of the Jews in Poland 1919-1939*, Berlin 1983.
- Marschalck, Peter, *Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt a.M. 1984.
- Marssolek, Inge, «Radio in Deutschland 1923-1960. Zur Sozialgeschichte eines Mediums», *Geschichte und Gesellschaft*, 27 (2001), S. 207-239.
- , «Die Zeichen aus der Wand'. Denunziation aus der Perspektive des jüdischen Ailtaas im ‚Dritten Reich‘», *Historical Social Research*, 26 (2001), S. 209-218.
- , und Adelheid von Saldern (Hg.), *Radiozeiten. Herrschaft, Alltag, Gesellschaft (1924-1960)*, Potsdam 1999.
- , (Hg.), *Zuhören und Gehörtwerden*, Bd. 1, *Radio im Nationalsozialismus. Zwischen Lenkung und Ablenkung*, Tübingen 1998.
- Martens, Stefan, *Hermann Göring. «Erster Paladin des Führers» und «Zweiter Mann im Reich»*, Paderborn 1985.
- , «Die Rolle Hermann Görings in der deutschen Aussenpolitik 1937/38», in: Knipping und Müller, *Machtbewusstsein in Deutschland am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*, S.75-82.
- Marxen, Klaus, *Das Volk und sein Gerichtshof. Eine Studie zum nationalsozialistischen Volksgerichtshof*, Frankfurt a.M. 1994.
- Maschmann, Melita, *Fazit. Kein Rechtfertigungsversuch*, Stuttgart 1963.
- Mason, Timothy, «The Legacy of 1918 for National Socialism», in: Nicholls und Matthias (Hg.), *German Democracy and the Triumph of Hitler*, S. 215-240.
- , «The Domestic Dynamics of Nazi Conquests. A Response to Critics», in: Childers und Caplan (Hg.), *Reevaluating the Third Reich*, S. 161-189.
- , «The Primacy of Politics – Politics and Economics in National Socialist Germany», in: Woolf (Hg.), *The Nature of Fascism*, S. 165-195.
- , «Women in Germany 1925-1940. Family, Welfare and Work», in: ders., *Nazism, Fascism and the Working Class*, S. 131-211.
- , *Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936-1939*, Opladen 1975.
- , «Arbeiteropposition im nationalsozialistischen Deutschland», in: Peukert und Reulecke (Hg.), *Die Reihen fast geschlossen*, S. 293-314.
- , *Nazism, Fascism and the Working Class*, Cambridge 1995.
- , *Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft*, Opladen 1977.
- Mastny, Vojtech, *The Czechs under Nazi Rule. The Failure of National Resistance 1939-1942*, London 1971.

- Matthias, Erich, *Mit dem Gesicht nach Deutschland*, Düsseldorf 1968.
- Matzerath, Horst (Hg.), «Vergessen kann man die Zeit nicht, das ist nicht möglich». *Kölner erinnern sich an die Jahre 1929-1945*, Köln 1985.
- , und Heinrich Volkmann, «Modernisierungstheorie und Nationalsozialismus», in: Kocka, *Theorien in der Praxis des Historikers*, S. 86-116.
- Maurer, Trude, «Abschiebung und Attentat. Die Ausweisung der polnischen Juden und der Vorwand für die ‚Kristallnacht‘», in: Pehle (Hg.), *Der Judenpogrom 1938*, S. 52-73.
- Marwell, David G., «Ernst Hanfstaengl. Des ‚Führers‘ Klavierspieler», in: Smelser, Syring und Zitelmann (Hg.), *Die braune Elite II*, S. 137-149.
- Mayer, Paul (Hg.), *Ernst Rowohlt in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten*, Reinbek 1968.
- McKee, Ilse, *Tomorrow the World*, London 1960.
- McLeod, Hugh, *Piety and Poverty. Working-Class Religion in Berlin, London, and New York, 1870-1914*, New York 1996.
- , *Religion and the People of Western Europe, 1789-1989*, Oxford 1997.
- Mead, Margaret, und Rhoda Métraux, *The Study of Culture at a Distance*, Chicago 1953.
- Medick, Hans, und David Sabean (Hg.), *Interest and Emotion. Essays on the Study of Family and Kinship*, Cambridge 1984.
- Meehan, Patricia, *The Unnecessary War. Whitehall and the German Resistance to Hitler*, London 1992.
- Mehl, Stefan, *Das Reichsfinanzministerium und die Verfolgung der deutschen Juden 1933-1943*, Berlin 1990.
- Mehrtens, Herbert, «Entartete Wissenschaft? Naturwissenschaften und Nationalsozialismus», in: Siegele-Wenschkewitz und Stuchlik (Hg.), *Hochschule und Nationalsozialismus*, S. 113-128.
- , «Kollaborationsverhältnisse. Natur- und Technikwissenschaften im NS-Staat und ihre Historie», in: Meinel und Voswinkel, *Medizin, Naturwissenschaft, Technik*, S. 13-32.
- , und Steffen Richter, *Naturwissenschaft, Technik und NS-Ideologie. Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte des Dritten Reichs*, Frankfurt a.M. 1980.
- Meier, Kurt, *Die Deutschen Christen. Das Bild einer Bewegung im Kirchenkampf des Dritten Reiches*, Göttingen 1964.
- Meinel, Christoph, und Peter Voswinkel (Hg.), *Medizin, Naturwissenschaft, Technik und Nationalsozialismus. Kontinuitäten und Diskontinuitäten*, Stuttgart 1994.
- Melton, James Van Horn, «Continuities in German Historical Scholarship 1933-1960», in: Lehmann und Melton, *Paths of Continuity*, S. 1-18.
- Mendelsohn, Ezra, *The Jews of East Central Europe Between the World Wars*, Bloomington 1983.
- Mendes-Flohr, Paul, «Jüdisches Kulturleben unter dem Nationalsozialismus», in: Barkai und Mendes-Flohr, *Aufbruch und Zerstörung 1918-1945*, S. 272-300.
- Mensing, Björn, *Pfarrer und Nationalsozialismus. Geschichte einer Verstrickung am Beispiel der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern*, Göttingen 1998.
- Menz, Egon, «Sprechchor und Aufmarsch. Zur Entstehung des Thingspiels», in: Denkler und Prümm, *Die deutsche Literatur*, S. 330-346.

- Merker, Reinhard, *Die bildenden Künste im Nationalsozialismus. Kulturideologie, Kulturpolitik, Kulturproduktion*, Köln 1983.
- Merkel, Peter H., *Political Violence under the Swastika. 581 Early Nazis*, Princeton 1975.
- Merson, Allan, *Communist Resistance in Nazi Germany*, London 1985.
- Messerschmidt, Manfred, «Foreign Policy and Preparation for War», in: Deist et al. (Hg.), *Germany and the Second World War*, Bd 1, S. 533-701.
- Meyer, Beate, «Jüdische Mischlinge». *Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933-1945*, Hamburg 1999.
- Meyer, Michael, *The Politics of Music in the Third Reich*, New York 1991.
- Meyer, Michael A. (Hg.), *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit*, 4 Bde., München 1997(1996).
- Meyhoff, Andreas, *Blohm und Voss im «Dritten Reich». Eine Hamburger Grosswerft zwischen Geschäft und Politik*, Hamburg 2001.
- Meynert, Joachim, *Was vor der «Endlösung» geschah. Antisemitische Ausgrenzung und Verfolgung in Minden-Ravensberg 1933-1945*, Münster 1988.
- Mezger, Edmund, *Kriminalpolitik auf kriminologischer Grundlage*, Stuttgart 1934.
- Michaelis, Herbert, und Ernst Schraepfer (Hg.), *Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart*, Bd. 10, *Das Dritte Reich. Die Errichtung des Führerstaates, die Abwendung von dem System der kollektiven Sicherheit*, Berlin 1965.
- Michalka, Wolfgang, *Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik 1933-1940. Aussenpolitische Konzeptionen und Entscheidungsprozesse im Dritten Reich*, München 1989 (1980).
- , «Conflicts within the German Leadership on the Objectives and Tactics of German Foreign Policy 1933-1939», in: Mommsen und Kettenacker, *The Fascist Challenge and the Policy of Appeasement*, S. 48-60.
- , «Joachim von Ribbentrop – Vom Spirituosenhändler zum Aussenminister», in: Smelser und Zitelmann, *Die braune Elite I*, S. 201-211.
- Milfull, John (Hg.), *The Attractions of Fascism. Social Psychology and Aesthetics of the «Triumph of the Right»*, New York 1990.
- Miller, Susanne, und Heinrich Potthoff, *Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848-1990*, Bonn 1991.
- Milton, Sybil, «Die Konzentrationslager der dreissiger Jahre im Bild der in- und ausländischen Presse», in: Herbert et al. (Hg.), *Die nationalsozialistischen Konzentrationslager*, S. 135-147.
- Milward, Alan S., «Fascism and the Economy», in: Laqueur, *Fascism. A Reader's Guide*, S. 409-453.
- Minuth, Karl-Heinz (Hg.), *Die Regierung Hitler 1933-1934 (Akten der Reichskanzlei)*, 2 Bde., Boppard am Rhein 1983.
- Mockler, Anthony, *Haile Selassie's War*, London 1997.
- Moeller, Felix, *Der Filmminister. Goebbels und der Film im Dritten Reich*, Berlin 1998.
- Möller, Horst, «Nationalsozialistische Wissenschaftsideologie», in: Tröger (Hg.), *Hochschule und Wissenschaft im Dritten Reich*, S. 65-76.

- Moltmann, Günter, «Weltherrschaftsideen Hitlers», in: Brunner und Gerhard, *Europa und Übersee*, S. 197-240.
- Mommsen, Hans, *Beamtenum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik*, Stuttgart 1976.
- , und Susanne Willems, *Herrschaftsalltag im Dritten Reich. Studien und Texte*, Düsseldorf 1988.
- , und Manfred Krieger, *Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich*, Düsseldorf 1997.
- Mommsen, Wolfgang J., und Lothar Kettenacker, *The Fascist Challenge and the Policy of Appeasement*, London 1983.
- Montefiore, Simon Sebag, *Stalin. Am Hof des roten Zaren*, Frankfurt a.M. 2005 (2003).
- Morsch, Günter, «Oranienburg-Sachsenhausen, Sachsenhausen-Oranienburg», in: Herbert et al. (Hg.), *Die nationalsozialistischen Konzentrationslager*, S. 111-134.
- Morse, Arthur D., *While Six Million Died. A Chronicle of American Apathy*, New York 1967.
- Mosse, George L., *International Fascism. New Thoughts and New Approaches*, London 1979.
- , *Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegungen in Deutschland von den Napoleonischen Kriegen bis zum Dritten Reich*, Frankfurt a.M. 1976 (1975).
- , *Der nationalsozialistische Alltag. So lebte man unter Hitler*, Königstein 1978 (1966).
- Mosse, Werner E., *The German-Jewish Economic Elite, 1820-1935. A Socio-Cultural Profile*, Oxford 1989.
- Mühlen, Patrik von zur, «Schlagt Hitler an der Saar 324». *Abstimmungskampf, Emigration und Widerstand im Saargebiet 1933-1935*, Bonn 1979.
- Müller, Christian, «„Modernes“ Strafrecht im Nationalsozialismus. Das Gewohnheitsverbrechergesetz vom 24. 11. 1933», in: Franz-Josef Düwell und Thomas Bornbaum (Hg.), *Themen juristischer Zeitgeschichte*, Bd. 3, Baden-Baden 1999, S. 46-70.
- , *Das Gewohnheitsverbrechergesetz vom 24. November 1933. Kriminalpolitik als Rassenpolitik*, Baden-Baden 1997.
- Müller, Franz, *Ein «Rechtskatholik» zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Franz von Papen als Sonderbevollmächtigter Hitlers in Wien 1934-1938*, Frankfurt a.M. 1990.
- Müller, Hans, *Deutsches Bauernum zwischen Gestern und Morgen*, Witzburg 1940.
- Müller, Ingo, «Nationalsozialistische Sondergerichte. Ihre Stellung im System des deutschen Strafverfahrens», in: Bennhold, *Spuren des Unrechts*, S. 17-34.
- Müller, Joachim, *Sterilisation und Gesetzgebung bis 1933*, Husum 1985.
- Müller, Klaus-Jürgen, *Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933-1940*, Stuttgart 1969.
- , *General Ludwig Beck. Studien und Dokumente zur politisch-militärischen Vorstellungswelt und Tätigkeit des Generalstabschefs des deutschen Heeres 1933-1938*, Boppard am Rhein 1980.

- , «Militärpolitik nicht Militäropposition!», *Historische Zeitschrift*, 235 (1982), S. 355-371.
- Müller-Waldeck, Gunnar, und Ulrich Roland, *Hans Fallada. Sein Leben in Bildern und Briefen*, Berlin 1997.
- Münkel, Daniela, *Bauern und Nationalsozialismus. Der Landkreis Celle im Dritten Reich*, Bielefeld 1991.
- , *Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn*, Göttingen 2000.
- , «Hakenkreuz und ‚Blut und Boden‘. Bäuerliches Leben im Landkreis Celle 1933-1939», *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie*, 40 (1992), S. 206-247.
- , *Nationalsozialistische Agrarpolitik und Bauernalltag*, Frankfurt a.M. 1996.
- Muskalla, Dieter, *NS-Politik an der Saar unter Josef Bürckel. Gleichschaltung, Neuordnung, Verwaltung*, Saarbrücken 1995.
- Mussnug, Dorothee, *Die Reichsfluchtsteuer 1931-1933*, Berlin 1993.
- Nelles, Dieter, «Jan Valtins ‚Tagebuch der Hölle‘ – Legende und Wirklichkeit eines Schlüsselromans der Totalitarismustheorie», 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, 9 (1994), S. 11-45.
- , «Die Rehabilitation eines Gestapo-Agenten. Richard Krebs/Jan Valtin», *Sozial Geschichte*, 18 (2003), S. 148-158.
- , «Organisation des Terrors im Nationalsozialismus», *Sozialwissenschaftliche Literatur-Rundschau*, 25 (2.002), S. 5-28.
- Neuenhoff, Gerhard, *Die Auflösung der katholischen Studentenverbände im Dritten Reich*, Bochum 1995.
- Neugebauer, Wolfgang (Hg.), *Widerstand und Verfolgung im Burgenland. Eine Dokumentation*, Wien 1979.
- Neuhäusler, Johann, *Kreuz und Hakenkreuz. Der Kampf des Nationalsozialismus gegen die katholische Kirche und der kirchliche Widerstand*, München 1946.
- Neurath, Paul Martin, *Die Gesellschaft des Terrors. Innenansichten der Konzentrationslager Dachau und Buchenwald*, Frankfurt a.M. 2004.
- Neville, Peter, *Appeasing Hitler. The Diplomacy of Sir Neville Henderson 1937-39*, Basingstoke 1999.
- Newman, Simon, *March 1939. The British Guarantee to Poland. A Study in the Continuity of British Foreign Policy*, Oxford 1976.
- Nicholas, Lynn H., *The Rape of Europa. The Fate of Europe's Treasures in the Third Reich and the Second World War*, New York 1994.
- Nicholls, Anthony J., und Erich Matthias (Hg.), *German Democracy and The Triumph of Hitler. Essays in Recent German History*, London 1971.
- Nicosia, Francis R., *Hitler und der Zionismus. Das 3. Reich und die Palästinafrage*, Leoni am Starnberger See 1989 (1985).
- , «Ein nützlicher Feind. Zionismus im nationalsozialistischen Deutschland 1933-1939», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 37 (1989), S. 367-400.
- , und Lawrence D. Stokes (Hg.), *Germans Against Nazism. Nonconformity, Opposition and Resistance in the Third Reich. Essays in Honour of Peter Hoffmann*, Oxford 1990.
- Niedhart, Gottfried, und George Broderick, *Lieder in Politik und Alltag des Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M. 1999.

- Niemann, Harry, und Armin Hermann (Hg.), *Die Entwicklung der Motorisierung im Deutschen Reich und den Nachfolgestaaten*, Stuttgart 1995.
- Niemöller, Martin, *Vom U-Boot zur Kanzel*, Berlin 1934.
- , *Dahierner Predigten 1936/37*, München 1981.
- Niemann, Hans-Eckhard, *Die Durchsetzung politischer und politisierter Straffjustiz im Dritten Reich*, Düsseldorf 1995.
- Niethammer, Lutz (Hg.), «Die Jahre weiss man nicht, wo man die heute hinsetzen soll». *Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960*, Berlin 1983.
- Nipperdey, Thomas, *Deutsche Geschichte 1866-1918*, 2 Bde., München 1990.
- Nitschke, Peter, «Polizei und Gestapo. Vorauseilender Gehorsam oder polykratischer Konflikt?», in: Paul und Mallmann, *Die Gestapo*, S. 306-322.
- Niven, William, «The Birth of Nazi Drama? *Thing Plays*», in: London, *Theatre under the Nazis*, S. 54-95.
- Noakes, Jeremy, «Nazism and Revolution», in: Noel O'Sullivan (Hg.), *Revolutionary Theory and Political Reality*, London 1983, S. 73-100.
- , «Social Outcasts in the Third Reich», in: Bessel, *Life in the Third Reich*, S. 183- 196.
- , «The Oldenburg Crucifix Struggle of November 1936. A Case Study of Opposition in the Third Reich», in: Stachura, *The Shaping of the Nazi State*, S. 210-233.
- , «The Origins, Structure and Function of Nazi Terror», in: O'Sullivan (Hg.), *Terrorism, Ideology and Revolution*, S. 67-87.
- , und Geoffrey Pridham (Hg.), *Nazism 1919-1945*, 4 Bde., Exeter 1983/98 (1974).
- Noam, Ernst, und Wolf-Arno Kropat, *Justiz und Judenverfolgung*, 2 Bde., Wiesbaden 1975.
- Nothnagel, Hans, und Eivald Dähn, *Juden in Suhl. Ein geschichtlicher Überblick*, Konstanz 1995.
- Novick, Peter, *Nach dem Holocaust. Der Umgang mit dem Massenmord*, München 2003 (2000).
- Nye, David E., *Technologies of Landscape. From Reaping to Recycling*, Amherst, M.A. 1999.
- Obenaus, Herbert, «The Germans. „An Antisemitic People». The Press Campaign after 9 November 1938», in: Bankier, *Probing the Depths of Antisemitism*, S. 147-180.
- Oberkrome, Willi, *Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918-1945*, Göttingen 1992.
- Obst, Dieter, *Reichskristallnacht. Ursachen und Verlauf des antisemitischen Pogroms vom November 1938*, Frankfurt a.M. 1991.
- Ogan, Bernd, und Wolfgang W. Weiss, *Faszination und Gewalt. Zur politischen Ästhetik des Nationalsozialismus*, Nürnberg 1992.
- O'Neill, Robert J., *The German Army and the Nazi Party 1933-1939*, London 1966.
- Orth, Karin, *Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Eine politische Organisationsgeschichte*, Hamburg 1999.
- Ortmeyer, Benjamin, *Schulzeit unterm Hitlerbild. Analysen, Berichte, Dokumente*, Frankfurt a.M. 1996.

- Osterroth, Franz, und Dieter Schuster, *Chronik der deutschen Sozialdemokratie*, Hannover 1963.
- O'Sullivan, Noel (Hg.), *Terrorism, Ideology and Revolution*, Brighton 1986.
- Overy, Richard J., «Cars, Roads, and Economic Recovery in Germany 1932-1938», *Economic History Review 2nd Series*, 28 (1975), S. 466-483.
- , *Die Diktatoren. Hitlers Deutschland, Stalins Russland*, München 2005.
- , «The German Pre-war Production Plans. November 1936 – April 1939», *English Historical Review*, 90 (1975), S. 778-797.
- , *War and Economy in the Third Reich*, Oxford 1994.
- Padover, Saul K., *Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/ 45*, Frankfurt a.M. 1999.
- Pahl-Weber, Elke und Dirk Schubert, «Myth and Reality in National Socialist Town Planning and Architecture. Housing and Urban Development in Hamburg 1933-45», *Planning Perspectives*, 6 (1991), S. 161-188.
- Papen, Franz von, *Der Wahrheit eine Gasse*, München 1952.
- Paret, Peter, *An Artist Against the Third Reich. Ernst Barlach, 1933-1938*, Cambridge 2003.
- Parker, Robert A. C., *Chamberlain and Appeasement. British Policy and the Coming of the Second World War*, London 1993.
- , *Churchill and Appeasement*, London 2000.
- Pätzold, Kurt und Irene Ringe, *Pogromnacht 1938*, Berlin 1988.
- Paucker, Arnold (Hg.), *Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland. The Jews in Nazi Germany 1933-1943*, Tübingen 1986.
- Paul, Gerhard, *Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933*, Bonn 1990.
- , «Deutsche Mutter – heim zu Dir!». *Warum es misslang, Hitler an der Saar zu schlagen. Der Saarkampf 1933-1935*, Köln 1984.
- Paul, Gerhard, und Klaus-Michael Mallmann, «Auf dem Wege zu einer Sozialgeschichte des Terrors. Eine Zwischenbilanz», in: dies. (Hg.), *Die Gestapo*, S. 3-18.
- , *Milieus und Widerstand. Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus*, Bonn 1995.
- (Hg.), *Die Gestapo. Mythos und Realität*, Darmstadt 1995.
- Pauley, Bruce E, *From Prejudice to Persecution. A History of Austrian Anti-Semitism*, Chapel Hill 1992.
- , *Hitler and the Forgotten Nazis. A History of Austrian National Socialism*, Chapel Hill 1981.
- Pehle, Walter H. (Hg.), *Der Judenpogrom 1938. Von der «Reichskristallnacht» zum Völkermord*, Frankfurt a.M. 1988.
- Pentzlin, Heinz, *Hjalmar Schacht. Leben und Wirken einer umstrittenen Persönlichkeit*, Berlin 1980.
- Perkins, John, «Nazi Autarchic Aspirations and the Beet-Sugar Industry 1933-39», *European History Quarterly*, 29 (1990), S. 497-518.
- Perry, Marvin, und Frederick M. Schweitzer, *Jewish-Christian Encounters over the Centuries. Symbiosis, Prejudice, Holocaust, Dialogue*, New York 1994.
- Petach, Joachim, «Architektur als Weltanschauung. Die Staats- und Parteiarchitektur im Nationalsozialismus», in: Ogan und Weiss, *Faszination und Gewalt*, S. 197-204.

- Peter, Karen (Hg.), *NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation*, Bd. 5 und 6, 1937 und 1938, München 1998/99.
- Peterson, Agnes E et al., *Himmler. Geheimreden 1933 bis 1945*, Frankfurt a.M. 1974.
- Peterson, Edward N., *The Limits of Hitler's Power*, Princeton, N. J. 1969.
- Petrick, Fritz, «Eine Untersuchung zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit unter der deutschen Jugend in den Jahren von 1933 bis 1935», *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, 8 (1967), S. 287-300.
- Petropoulos, Jonathan, «From Seduction to Denial. Arno Breker's Engagement with National Socialism», in: Etlin, *Art, Culture, and Media*, S. 205-229.
- , *Art as Politics in the Third Reich*, Chapel Hill 1996.
 - , *The Faustian Bargain. The Art World in Nazi Germany*, New York 2000.
 - , «A Guide through the Visual Arts Administration of the Third Reich», in: Cuomo, *National Socialist Cultural Policy*, S. 121-153.
- Petsch, Joachim, «Architektur und Städtebau im Dritten Reich – Anspruch und Wirklichkeit», in: Peukert und Reulecke (Hg.), *Die Reihen fast geschlossen*, S. 175-198.
- Petzina, Dietmar, *Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan*, Stuttgart 1968.
- , *Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit*, Wiesbaden 1977.
 - , «Hauptprobleme der deutschen Wirtschaftspolitik 1932/33», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 15 (1967), S. 18-55.
 - , *Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch*, Bd. 3, *Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945*, München 1978.
 - , «The Extent and Causes of Unemployment in the Weimar Republic», in: Stachura, *Unemployment and the Great Depression*, S. 29-48.
- Petzold, Joachim, *Franz von Papen. Ein deutsches Verhängnis*, München 1995.
- Peukert, Detlev, *Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945*, Wuppertal 1980.
- , «The Genesis of the ‚Final Solution‘ from the Spirit of Science», in: Childers und Caplan, *Reevaluating the Third Reich*, S. 234-242.
 - , «Working-Class Resistance. Problems and Options», in: Large (Hg.), *Contending with Hitler*, S. 35-48.
 - , und Jürgen Reulecke (Hg.), *Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus*, Wuppertal 1981.
- Peuschel, Harald, *Die Männer um Hitler. Braune Biographien, Martin Bormann, Joseph Goebbels, Hermann Göring, Reinhard Heydrich, Heinrich Himmler und andere*, Düsseldorf 1982.
- Phillips, Marcus, «The Nazi Control of the German Film Industry», *Journal of European Studies*, 1 (1971), S. 37-68.
- Picker, Henry (Hg.), *Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-42*, Bonn 1951.
- Piekakiewicz, Janusz, *Polenfeldzug. Hitler und Stalin zerschlagen die Polnische Republik*, Bergisch Gladbach 1982.
- Pikarski, Margot, und Günter Übel (Hg.), *Die KPD lebt! Flugblätter aus dem antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1933-1945*, Berlin 1980.

- , *Gestapo-Berichte über den antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1933 bis 1945*, Berlin 1989.
- Pine, Lisa, «The Dissemination of Nazi Ideology and Family Virtues through School Textbooks», *History of Education*, 25 (1996), S. 91-110.
- , *Nazi Family Policy 1933-1945*, Oxford 1997.
- Pingel, Falk, *Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager*, Hamburg 1978.
- , «Konzeption und Praxis der nationalsozialistischen Konzentrationslager 1933 bis 1938. Kommentierende Bemerkungen», in: Herbert et al. (Hg.), *Die nationalsozialistische Konzentrationslager*, S. 148-166.
- Plache, Bruno, *Das Raumgefüge der Welt. Erdkundebuch für Schulen mit höheren Lehrzielen*, Bd. 1, *Deutschland*, Göttingen 1939.
- Plant, Richard, *The Pink Triangle. The Nazi War against Homosexuals*, Edinburgh 1987 (1986).
- Platner, Geert (Hg.), *Schule im Dritten Reich, Erziehung zum Tod? Eine Dokumentation*, München 1983.
- Plum, Günter, «Wirtschaft und Erwerbsleben», in: Benz (Hg.), *Die Juden in Deutschland 1933-1945*, S. 268-313.
- Plumpe, Gottfried, «Antwort auf Peter Hayes», *Geschichte und Gesellschaft*, 18 (1991), S. 526-532.
- , *Die I.G. Farbenindustrie AG. Wirtschaft, Technik und Politik 1904-1945*, Berlin 1990.
- , und Christian Kleinschmidt, *Unternehmen zwischen Markt und Macht. Aspekte deutscher Unternehmens- und Industriegeschichte im 20. Jahrhundert*, Essen 1992.
- Pöggeler, Franz, «Politische Inhalte in Fibeln und Lesebüchern des ‚Dritten Reiches‘», in: Hohmann, *Erster Weltkrieg*, S. 75-104.
- Pohle, Heinz, *Der Rundfunk als Instrument der Politik. Zur Geschichte des Rundfunks von 1923 bis 1928*, Hamburg 1955.
- Pois, Robert A., *National Socialism and the Religion of Nature*, London 1986.
- Poliakov, Léon, und Josef Wulf, *Das Dritte Reich und seine Denker. Dokumente*, Berlin 1959.
- Poller, Walter, *Arztsschreiber in Buchenwald. Bericht des Häftlings 996 aus Block 39*, Hamburg 1946.
- Polster, Bernd, *Swing Heil. Jazz im Nationalsozialismus*, Berlin 1989.
- Pommerin, Reiner, «Sterilisierung der Rheinlandbastarde». *Das Schicksal einer farbigen deutschen Minderheit 1918-1937*, Düsseldorf 1979.
- Potter, Pamela M., «The Nazi ‚Seizure‘ of the Berlin Philharmonie, or the Decline of a Bourgeois Musical Institution», in: Cuomo, *Nazi Cultural Policy*, S. 39-65.
- , *Most German of the Arts. Musicology and Society From the Weimar Republic to the End of Hitler's Reich*, London 1998.
- Preston, Paul, *The Spanish Civil War 1936-39*, London 1986.
- , *Franco. A Biography*, London 1993.
- , und Anne Mackenzie (Hg.), *The Republic Besieged. Civil War in Spain 1936-1939*, Edinburgh 1996.
- Prieberg, Fred K., *Musik im NS-Staat*, Frankfurt a.M. 1982.
- , *Kraftprobe. Furtwängler im Dritten Reich*, Wiesbaden 1986.

- Prinz, Michael, *Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen. Die Entwicklung des sozialen Status der Angestellten von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Zeit*, München 1986.
- Prinzhorn, Hans, *Bildnerlei der Geisteskranken. Ein Beitrag zur Psychologie und Psychopathologie der Gestaltung*, Berlin 1922.
- Probst, Volker, *Der Bildhauer Arnold Breker*, Bonn 1978.
- Proctor, Robert, *Blitzkrieg gegen den Krebs. Gesundheit und Propaganda im Dritten Reich*, Stuttgart 2002 (1999).
- , *Racial Hygiene. Medicine under the Nazis*, London 1988.
- Prümm, Karl, «Das Erbe der Front. Der antidemokratische Kriegsroman der Weimarer Republik und seine nationalsozialistische Fortsetzung», in: Denkler und Prümm, *Die Deutsche Literatur*, S. 138-164.
- Przyrembel, Alexandra, *Rassenschande. Reinheitsmythos und Vernichtungslegitimation im Nationalsozialismus*, Göttingen, 2003.
- Pyta, Wolfram, *Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918-1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1996.
- Quine, Maria S., *Population Politics in Twentieth Century Europe. Fascist Dictatorships and Liberal Democracies*, London 1996.
- Rabinbach, Anson G., «Toward a Marxist Theory of Fascism and National Socialism», *New German Critique*, 1 (1974), S. 127-153.
- , «The Aesthetics of Production in the Third Reich», in: Mosse, *International Fascism*, S. 189-222.
- Rabinovici, Doron, «Expediting Expropriation and Expulsion. The Impact of the 'Vienna Model' on Anti-Jewish Policies in Nazi Germany 1938», *Holocaust and Genocide Studies*, 14 (2000), S. 390-414.
- , *Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938-1945. Der Weg zum Judenrat*, Frankfurt a.M. 2000.
- Rainbird, Sean (Hg.), *Max Beckmann*, New York 2003.
- Raitz von Frenzt, Christian, *A Lesson Forgotten. Minority Protection under the League of Nations. The Case of the German Minority in Poland 1920-1934*, Münster 2000.
- Rammstedt, Otthein, «Theorie und Empirie des Volksfeindes. Zur Entwicklung einer ‚deutschen Soziologie‘», in: Lundgreen (Hg.), *Wissenschaft im Dritten Reich*, S. 253-313.
- Rave, Paul Ortwin, *Kunst-Diktatur im Dritten Reich*, Hamburg 1949.
- Read, Anthony, und David Fisher, *The Deadly Embrace. Hitler, Stalin, and the Nazi-Soviet Pact 1939-1941*, London 1988.
- , *Kristallnacht. Unleashing the Holocaust*, London 1989.
- Rebentisch, Dieter, «Die ‚politische Beurteilung‘ als Herrschaftsinstrument der NSDAP», in: Peukert und Reulecke (Hg.), *Die Reihen fast geschlossen*, S. 107-128.
- Reck-Malleczewen, Friedrich, *Tagebuch eines Verzweifelten*, Lorch/Stuttgart 1947.
- , *Bockelson. Geschichte eines Massenwahns*, Stuttgart 1968 (1937).
- Reese, Dagmar, und Carola Sachse, «Frauenforschung zum Nationalsozialismus. Eine Bilanz», in: Gravenhorst und Taschmurat, *Töchter-Fragen*, S. 73-106.

- Regge, Jürgen, und Werner Schubert (Hg.), *Quellen zur Reform des Straf- und Strafprozessrechts. 2. Abteilung, NS-Zeit (1933-1939) – Strafgesetzbuch, I. Entwürfe eines Strafgesetzbuchs, II. Protokolle der Strafrechtskommission des Reichsjustizministeriums*, 2 Bde., Berlin 1988/89.
- Reich, Simon, *The Fruits of Fascism. Postwar Prosperity in Historical Perspective*, Ithaca 1990.
- Reichel, Peter, *Der schöne Schein des Dritten Reiches. Faszination und Gewalt des Faschismus*, München 1992.
- , «'Volksgemeinschaft' und Führer-Mythos», in: Ogan und Weiss, *Faszination und Gewalt*, S. 137-150.
- Reichl, Johannes M., *Das Thingspiel. Über den Versuch eines nationalsozialistischen Lehrstück-Theaters (Euringer – Heyninck – Möller)*, Frankfurt 1998.
- Reichsjugendführung, *HJ im Dienst. Ausbildungsvorschrift für die Ertüchtigung der deutschen Jugend*, Berlin 1935.
- Reif, Heinz, *Adel im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1999.
- (Hg.), *Adel und Bürgertum in Deutschland*, Berlin 2000.
- Reinharz, Jehuda, und Walter Schatzberg, *The Jewish Response to German Culture. From the Enlightenment to the Second World War*, Hanover, NH 1985.
- Remane, Horst, «Conrad Weygand und die ‚Deutsche Chemie‘», in: Meinel und Voswinkel, *Medizin, Naturwissenschaft, Technik*, S. 183-191.
- Remy, Steven P., *The Heidelberg Myth. The Nazification and Denazification of a German University*, Cambridge 2002.
- Rentschler, Eric, *The Ministry of Illusion. Nazi Cinema and its Afterlife*, Cambridge 1996.
- Resse, Dagmar, «Bund Deutscher Mädel. Zur Geschichte der weiblichen deutschen Jugend im Dritten Reich», in: Frauengruppe Faschismusforschung, *Mutterkreuz*, S. 163-187.
- Reuband, Karl-Heinz, «Denunziation im Dritten Reich. Die Bedeutung von Systemunterstützung und Gelegenheitsstrukturen», *Historical Social Research*, 26 (2001), S. 219-234.
- Reuth, Ralf Georg, *Goebbels. Eine Biographie*, München 1990.
- Reynolds, David, *In Command of History. Churchill Fighting and Writing The Second World War*, London 2004.
- Rheinland-Pfalz, Ministerium der Justiz (Hg.), *Justiz im Dritten Reich. NS-Sondergerichtsverfahren in Rheinland-Pfalz. Eine Dokumentation*, 3 Bde., Frankfurt a.M. 1994.
- Rhodes, James M., *The Hitler Movement. A Modern Millenarian Revolution*, Palo Alto 1980.
- Ribbe, Wolfgang (Hg.), *Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Brandenburg und die Reichshauptstadt Berlin 1933 bis 1936*, Köln 1998.
- Ribbentrop, Joachim von, *Zwischen London und Moskau. Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen*, Hg. Annelies von Ribbentrop, Leoni am Stamberger See 1953.
- Ribhegge, Wilhelm, *Geschichte der Universität Münster. Europa in Westfalen*, Münster 1985.
- Richardi, Hans-Günter, *Schule der Gewalt. Das Konzentrationslager Dachau 1933-1934*, München 1983.

- Richards, Donald Ray, *The German Bestseller in the 20th Century. A Complete Bibliography and Analysis 1915-1940*, Bern 1968.
- Richarz, Monika, *Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte*, Stuttgart 1982.
- Richter, Steffen, «Die ‚Deutsche Physik‘», in: Mehrrens und Richter (Hg.), *Naturwissenschaft im Dritten Reich*, S. 116-141.
- Riefenstahl, Leni, *Memoiren 1902-1945*, Berlin 1990 (1987).
- Riethmüller, Albrecht, «Stefan Zweig and the Fall of the Reich Music Chamber President Richard Strauss», in: Kater und Riethmüller, *Music and Nazism*, S. 269-291.
- Rigg, Bryan Mark, *Hitler's Jewish Soldiers. The Untold Story of Nazi Racial Laws and Men of Jewish Descent in the German Military*, Lawrence, Kansas 2002.
- Rinser, Luise, *Saturn auf der Sonne*, Frankfurt a.M. 1994.
- Ritchie, J. M., *German Literature under National Socialism*, London 1983.
- , *Gottfried Benn. The Unreconstructed Expressionist*, London 1972.
- Ritschl, Albrecht, *Deutschlands Krise und Konjunktur 1924-1934. Binnenkonjunktur, Auslandsverschuldung und Reparationsproblem zwischen Dawes-Plan und Transfer sperre*, Berlin 2002.
- Ritter, Gerhard, «Die deutschen Historikertage», *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 4 (1953), S. 513-521.
- Robbins, Keith, *München 1938*, London 1968.
- Roberts, Geoffrey K., *The Unholy Alliance. Stalin's Pact with Hitler*, London 1989.
- Rohde, Horst, «Hitler's First Blitzkrieg and its Consequences for North-eastern Europe», in: Maier (Hg.), *Germany and the Second World War*, Bd. 2, S. 67-150
- Röhr, Werner, «Über die Initiative zur terroristischen Gewalt der Gestapo – Fragen und Einwände zu Gerhard Paul», in: Werner Röhe und Brigitte Berlekamp (Hg.), *Terror, Herrschaft und Alltag im Nationalsozialismus. Probleme der Sozialgeschichte des deutschen Faschismus*, Münster 1995, S. 211-224.
- Roos, Hans, *A History of Modern Poland. From the Foundation of the State in the First World War to the Present Day*, London 1966 (1961).
- Rosenberg, Alfred, *Blut und Ehre. Ein Kampf für deutsche Wiedergeburt. Reden und Aufsätze von 1919-1933*, München 1934.
- , *Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit*, München 1934.
- Rosenkranz, Herbert, *Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938-1945*, Wien 1978.
- Rosenstock, Werner, «Exodus 1933-1939. A Survey of Jewish Emigration from Germany», *Leo Baeck Institute Yearbook*, 1 (1956), S. 373-390.
- Rösgen, Hans-Jürgen, *Die Auflösung der katholischen Studentenverbände im Dritten Reich*, Bochum 1995.
- Ross, Dieter, *Hitler und Dollfuß. Die deutsche Österreich-Politik 1933-1934*, Hamburg 1966.
- Rossmeißl, Dieter, «Ganz Deutschland wird zum Führer halten...» *Zur politischen Erziehung in den Schulen des Dritten Reiches*, Frankfurt a.M. 1985.
- Rostock, Jürgen, und Franz Zadniecek, *Paradiesruinen. Das KdF-Seebad der Zwanzigtausend auf Rügen*, Berlin 1992.

- Rüger, Maria, *Kunst und Kunstkritik der dreissiger Jahre. 29 Standpunkte zu künstlerischen und ästhetischen Prozessen und Kontroversen*, Dresden 1990.
- Ruhnau, Rüdiger, *Die Freie Stadt Danzig 1919-1939*, Berg am See 1979.
- Runzheimer, Jürgen, «Der Überfall auf den Sender Gleiwitz im Jahre 1939», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 10 (1962), S. 408-426.
- Rürup, Reinhard (Hg.), *Jüdische Geschichte in Berlin*, Berlin 1995.
- Sachse, Carola, *Industrial Housewives. Women's Social Work in the Factories in Nazi Germany*, London 1987.
- Safrian, Hans, *Die Eichmann-Männer*, Wien 1992.
- , «Expediting Expropriation and Expulsion. The Impact of the 'Vienna Model' on the Anti-Jewish Policies in Nazi Germany, 1938», *Holocaust and Genocide Studies*, 14 (2000), S. 390-414.
- Saldern, Adelheid von, «„Alter Mittelstand“ im „Dritten Reich“. Anmerkungen zu einer Kontroverse», *Geschichte und Gesellschaft*, 12 (1986), S. 235-243.
- , «Kunst fürs Volk». Vom Kulturkonservatismus zur nationalsozialistischen Kulturpolitik», in: Welzer (Hg.), *Das Gedächtnis der Bilder*, S. 45-104.
- , *Mittelstand im «Dritten Reich». Handwerker, Einzelhändler, Bauern*, Frankfurt a.M. 1985 (1979).
- , *The Challenge of Modernity. German Social and Cultural Studies, 1890-1960*, Ann Arbor 2002.
- (Hg.), *Zuhören und Gehörtwerden*, Bd. 1, *Radio zwischen Lenkung und Ablenkung im Dritten Reich*, Tübingen 1988.
- Salewski, Michael, *Die deutsche Seekriegsleitung 1935-1945*, 3 Bde., Frankfurt a.M. 1970/75.
- Sänger, Fritz, *Politik der Täuschungen. Missbrauch der Presse im Dritten Reich. Weisungen, Informationen, Notizen, 1933-1939*, Wien 1975.
- Sasuly, Richard, *IG Farben*, New York 1947.
- Sauer, Paul (Hg.), *Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit 1933-1945. Statistische Ergebnisse der Erhebungen der Dokumentationsstelle bei der Archivdirektion Stuttgart und zusammenfassende Darstellung*, Stuttgart 1969.
- Sauerbruch, Ferdinand, *Das war mein Leben*, Bad Wörishofen 1951.
- Sbacchi, Alberto, *Legacy of Bitterness. Ethiopia and Fascist Italy 1935-1941*, Lawrenceville, N.J. 1997.
- Schaafhausen, Frederick W., *Das Auslandsdeutschtum*, Köln 1934.
- Schaary, David, «The Romanian Authorities and the Jewish Communities in Romania between the Two World Wars», in: Greenbaum, *Minority Problems*, S. 89-95.
- Schacht, Hjalmar H. G., *76 Jahre meines Lebens*, Bad Wörishofen 1953.
- Schadt, Jörg (Bearb.), *Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwalts Karlsruhe 1933-1940*, Stuttgart 1976.
- Schäfer, Hans Dieter, *Das gesplittene Bewusstsein. Über deutsche Kultur und Lebenswirklichkeit 1933-1945*, München 1982.
- Schausberger, Norbert, *Der Griff nach Österreich. Der Anschluss*, Wien 1978.
- , «Wirtschaftliche Aspekte des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich (Dokumentation)», *Militär-geschichtliche Mitteilungen*, 8 (1970), S. 133-164.

- Schemm, Hans, *Hans Schemm spricht. Seine Reden und sein Werk*, München 1935.
- Schenkendorf, Leopold von, und Heinrich Hoffmann, *Kampf um's dritte Reich. Eine historische Bilderfolge*, Altona-Bahrenfeld 1933.
- Scherer, Klaus, «Asoziale» im Dritten Reich. *Die vergessenen Verfolgten*, Münster 1990.
- Schirach, Baldur von, *Die Hitler-Jugend. Idee und Gestalt*, Leipzig 1934.
- Schleier, Hans, «Die Historische Zeitschrift 1918-1943» in: Streisand (Hg.), *Studien über die deutsche Geschichtswissenschaft von 1871 bis 1945*, 2 Bde., Bd. 2, S. 51-302.
- , «German historiography under National Socialism. Dreams of a powerful nation-state and German Volkstum come true», in: Berger (Hg.), *Writing National Histories*, S. 176-188.
- Schleiermacher, Sabine, *Sozialethik im Spannungsfeld von Sozial- und Rassenhygiene. Der Mediziner Hans Hormsen im Centralausschuss für die Innere Mission*, Husum 1998.
- Schliebs, Siegfried, «Verboten, verbrannt, verfolgt... Wolfgang Herrmann und seine ‚schwarze Liste, Schöne Literatur‘ vom Mai 1933. Der Fall des Volksbibliothekars Dr. Wolfgang Herrmann», in: Haarmann et al., «*Das war ein Vorspiel nur...*», S. 442-254.
- Schlotterbeck, Friedrich, *Je dunkler die Nacht, desto heller die Sterne*, Berlin 1948.
- Schlüter, Holger, *Die Urteilspraxis des nationalsozialistischen Volksgerichtshofs*, Berlin 1995.
- Schmädeke, Jürgen, und Peter Steinbach (Hg.), *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler*, München 1986.
- Schmeer, Karlheinz, *Die Regie des öffentlichen Lebens im Dritten Reich*, München 1956.
- Schmid, Hans-Dieter, «„Anständige Beamte“ und „üble Schläger“. Die Staatspolizeileitstelle Hannover», in: Paul und Mallmann, *Die Gestapo*, S. 133-160.
- Schmid, Erwin A., *März 38. Der deutsche Einmarsch in Österreich*, Wien 1987.
- Schmidt, Herbert, «*Beabsichtige ich die Todesstrafe zu beantragen*». *Die nationalsozialistische Sondergerichtsbarkeit im Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf 1933-1945*, Essen 1998.
- Schmidt, Jürgen, *Martin Niemöller im Kirchenkampf*, Hamburg 1971.
- Schmidt, Uta C., «Der Volksempfänger. Tabernakel moderner Massenkultur», in: Marssolek und von Saldern, *Radiozeiten*, S. 136-159.
- Schmidt-Schönbeck, Charlotte, *100 Jahre Physik und Astronomie an der Kieler Universität*, Kiel 1965.
- Schmiechen-Ackermann, Detlef, *Anpassung, Verweigerung, Widerstand. Soziale Milieus, politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland im regionalen Vergleich*, Berlin 1997.
- , «Der ‚Blockwart‘. Die unteren Parteifunktionäre im nationalsozialistischen Terror- und Überwachungsapparat», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 48 (2000), S. 575-602.
- , *Kooperation und Abgrenzung. Bürgerliche Gruppen, evangelische Kirchengemein-*

- den und katholisches Sozialmilieu in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Hannover*, Hannover 1999.
- Schmoldt, Benno (Hg.), *Schule in Berlin. Gestern und heute*, Berlin 1989.
- Schmuhl, Hans-Walter, *Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung «lebensunwerten Lebens», 1890-1945*, Göttingen 1987.
- Schmutzer, Reinhard, «Der Wahlsieg der Sudetendeutschen Partei. Die Legende von der faschistischen Bekenntniswahl», *Zeitschrift für Ostforschung*, 41 (1992), S. 345-384.
- Schnass, Franz, *Nationalpolitische Heimat- und Erdkunde, eine lebensnahe Methodik*, Osterwieck am Harz 1938.
- Schneider, Christian, et al., *Das Erbe der Napola. Versuch einer Generationengeschichte des Nationalsozialismus*, Hamburg 1996.
- Schneider, Michael, *Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939*, Bonn 1999.
- , «The Development of State Work Creation Policy in Germany 1930-1933», in: Stachura, *Unemployment*, S. 163-186.
- Schneider, Thomas Martin, *Reichsbischof Ludwig Müller. Eine Untersuchung zu Leben, Werk und Persönlichkeit*, Göttingen 1993.
- Schneider, Tobias, «Bestseller im Dritten Reich. Ermittlung und Analyse der meistverkauften Romane in Deutschland 1933-1944», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 52 (2004), S. 77-97.
- Schnell, Ralf, *Literarische innere Emigration 1933-1945*, Stuttgart 1976.
- Schnorbach, Hermann, *Lehrer und Schule unterm Hakenkreuz. Dokumente des Widerstands von 1930 bis 1945*, Königstein im Taunus 1983.
- Schoenbaum, David, *Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches*, Köln/Berlin 1968.
- Scholder, Klaus, *Die Kirchen und das Dritte Reich*, 2 Bde., Frankfurt a.M. 1977.
- Scholtz, Harald, *NS-Auslaseschulen. Internatsschulen als Herrschaftsmittel des Führerstaates*, Göttingen 1973.
- Schönberger, Angela, *Die neue Reichskanzlei von Albert Speer. Zum Zusammenhang von nationalsozialistischer Ideologie und Architektur*, Berlin 1981.
- Schönhagen, Benigna, *Tübingen unterm Hakenkreuz. Eine Universitätsstadt in der Zeit des Nationalsozialismus*, Tübingen 1991.
- Schönwälder, Karen, *Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M. 1992.
- Schopf, Roland, «Von Nibelungentreue, Märtyrertod und verschwörerischer Verschwiegenheit», in: Hohmann, *Erster Weltkrieg*, S. 194-214.
- Schoppmann, Claudia, *Zeit der Maskierung. Lebensgeschichten lesbischer Frauen im «Dritten Reich»*, Berlin 1993.
- Schorn, Hubert, *Der Richter im Dritten Reich. Geschichte und Dokumente*, Frankfurt a.M. 1959.
- Schöttler Peter, *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918-1945*, Frankfurt a.M. 1997.
- Schröder, Gerald, «Die ‚Wiedergeburt‘ der Pharmazie – 1933 bis 1934», in: Mehrtens und Richter, *Naturwissenschaft*, S. 166-188.

- Schubert, Dirk, «...Ein neues Hamburg entsteht...’ Planungen in der ‚Führerstadt‘ Hamburg zwischen 1933-1945», in: Frank, *Faschistische Architekturen*, S. 299-318.
- Schubert, Giseller, «The Aesthetic Premises of a Nazi Conception of Music», in: Kater und Riethmüller, *Music and Nazism*, S. 64-74.
- Schubert, Werner, *Quellen zur Reform des Straf- und Strafprozessrechts*, Berlin 1988.
- Schuker, Stephen A., «France and the Remilitarization of the Rhineland 1936», *French Historical Studies*, 14 (1986), S. 299-338.
- Schulte-Sasse, Linda, *Entertaining the Third Reich. Illusions of Wholeness in Nazi Cinema*, Durham 1996.
- Schultheis, Herbert, *Die Reichskristallnacht in Deutschland nach Augenzeugenberichten*, Bad Neustadt an der Saale 1986.
- Schulz, Günther, *Die Angestellten seit dem 19. Jahrhundert*, München 2000.
- Schulze, Winfried, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 1989.
- , «German Historiography from the 1930s to the 1950s», in: Lehmann und Van Horn Melton, *Paths of Continuity*, S. 19-42.
- Schumann, Hans Gerd, *Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der Deutschen Arbeitsfront*, Hannover 1958.
- Schuschnigg, Kurt, *Ein Requiem in rot-weiss-rot. «Aufzeichnungen des Häftlings Dr. Auster»*, Zürich 1946.
- Schuster, Peter-Klaus (Hg.), *Die «Kunststadt» München 1937. Nationalsozialismus und «entartete Kunst»*, München 1988.
- Schütz, Erhard H., und Eckhard Gruber, *Mythos Reichsautobahn. Bau und Inszenierung der «Strassen des Führers» 1933-1941*, Berlin 1996.
- Schwabe, Klaus, «Change and Continuity in German Historiography from 1933 into the Early 1950s. Gerhard Ritter (1888-1967)», in: Lehmann und Melton, *Paths of Continuity*, S. 82-108.
- Schwartz, Michael, *Sozialistische Eugenik. Eugenische Sozialtechnologien in Debatten und Politik der deutschen Sozialdemokratie 1890-1933*, Bonn 1995.
- , «Bauern vor dem Sondergericht. Resistenz und Verfolgung im bäuerlichen Milieu Westfalens», in: Faust, *Verfolgung und Widerstand*, S. 113-123.
- Schwarzwäller, Wulf, *Hitlers Geld. Vom armen Kunstmaler zum millionenschweren Führer*, Wien 1998 (1986).
- Schweitzer, Arthur, *Big Business in the Third Reich*, Bloomington, Indiana 1964.
- , «Der ursprüngliche Vierjahresplan», *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 160 (1956), S. 348-396.
- Schwingl, Georg, *Die Pervertierung der Schule im Nationalsozialismus. Ein Beitrag zum Begriff «totalitäre Erziehung»*, Regensburg 1993.
- Scobie, Alex, *Hitlers State Architecture. The Impact of Classical Antiquity*, Philadelphia 1990.
- Seeger, Andreas, «Vom bayerischen ‚Systembeamten‘ zum Chef der Gestapo. Zur Person und Tätigkeit Heinrich Müllers (1900-1945)», in: Paul und Mallmann, *Die Gestapo*, S. 255-267.
- Seidler, Franz Wilhelm, «Fritz Todt – Vom Autobahnbauer zum Reichsminister», in: Smelser und Zitelmann, *Die braune Elite I*, S. 299-312.
- , *Fritz Todt. Baumeister des Dritten Reiches*, München 1986.

- Seier, Hellmut, «Der Rektor als Führer. Zur Hochschulpolitik des Reichserziehungsmi-
nisteriums 1934-1945», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 12 (1964), S. 105-146.
- , «Nationalsozialistisches Wissenschaftsverständnis und Hochschulpolitik», in:
Siegele-Wenschkewitz und Stuchlik, *Hochschule*, S. 5-21.
- Semmens, Kristin A., *Seeing Hitler's Germany. Tourism in The Third Reich*,
London 2005.
- Sereny, Gitta, *Das Ringen mit der Wahrheit. Albert Speer und das deutsche Trauma*,
München 1995.
- Service, Robert, *Stalin: A Biography*, London 2004.
- Seton-Watson, Hugh, *Eastern Europe between the Wars 1918-1941*,
New York 1967(1945).
- Shand, James, «The Reichsautobahn. Symbol for the Third Reich», *Journal of Contem-
porary History*, 19 (1984), S. 189-200.
- Shapiro, Paul A., «Prelude to Dictatorship in Romania. The National Christian Party in
Power, December 1937-February 1938», *Canadian-American Slavic Studies*, 8
(1974), S. 45-88.
- Sherman, A. J., *Island Refuge. Britain and Refugees from the Third Reich 1933-1939*,
London 1973.
- , «A Jewish Bank during the Schacht Era. M. M. Warburg 6c Co. 1933-1938», in:
Paucker, *The Jews in Nazi Germany 1933-1943*, S. 16-76.
- Shirer, William L., *Berliner Tagebuch. Aufzeichnungen 1934-1941*, Hg. Jürgen
Schebera, Leipzig/Weimar 1991.
- Siegele-Wenschkewitz, Leonore, und Gerda Studilik, *Hochschule und Nationalsozialis-
mus. Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftsbetrieb als Thema der Zeit-
geschichte*, Frankfurt a.M. 1990.
- Siegert, Toni, «Das Konzentrationslager Flossenbürg, gegründet für sogenannte Asozi-
ale und Kriminelle», in Broszat und Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 2,
S. 429-493.
- Siemsen, Hans, *Die Geschichte des Hitlerjungen Adolf Goers*, Düsseldorf 1947.
- Silverman, Dan P., *Hitler's Economy. Nazi Work Creation Programs 1933-1936*,
London 1998.
- , «A Pledge Unredeemed. The Housing Crisis in Weimar Germany», *Central Euro-
pean History*, 3 (1970), S. 119 f.
- Skrentny, Werner, *Hamburg zu Fuss. 20 Stadtteilrundgänge durch Geschichte und
Gegenwart*, Hamburg 1986.
- Smelser, Ronald M., *Hitlers Mann an der «Arbeitsfront». Robert Ley. Eine Biographie*,
Paderborn 1989.
- , *The Sudeten Problem 1933-1938. Volkstumspolitik and the Formulation of Nazi For-
eign Policy*, Folkestone 1975.
- , «Robert Ley – Der braune Kollektivist», in: ders. und Zitelmann, *Die braune Elite I*,
S. 173-187.
- , Enrico Syring und Rainer Zitelmann (Hg.), *Die braune Elite II, 21 weitere biogra-
phische Skizzen*, Darmstadt 1993.
- , und Rainer Zitelmann (Hg.), *Die braune Elite I*, Darmstadt 1999 (1989).
- Smith, Bradley E., «Die Überlieferung der Hossbach-Niederschrift im Lichte neuer Quel-

- len», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 38 (1990), S. 329-336.
- Smith, Helmut Walser, *German Nationalism and Religious Conflict. Culture, Ideology, Politics, 1870-1914*, Princeton, NJ. 1995.
- , *Protestants, Catholics, and Jews in Germany, 1800-1914*, Oxford 2001.
- Sneeringer, Julia, *Winning Women's Votes. Propaganda and Politics in Weimar Germany*, Chapel Hill, N.C. 2002.
- Sofsky, Wolfgang, *Die Ordnung des Terrors. Das Konzentrationslager*, Frankfurt a.M. 1993.
- Somary, Felix, *Erinnerungen aus meinem Leben*, Zürich 1959.
- Somary, Felix, *The Raven of Zürich. The Memoirs of Felix Somary*, London 1986.
- Sommer, Theo, *Deutschland und Japan zwischen den Mächten 1935-1940. Vom Antikominternpakt zum Dreimächtepakt. Eine Studie zur diplomatischen Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs*, Tübingen 1962.
- Sontag, Susan, «Faszinierender Faschismus», in: Dies., *Im Zeichen des Saturn*, München/Wien 1981.
- Southworth, Herbert Rutledge, *Guernica! Guernica! A Study of Journalism, Diplomacy, Propaganda, and History*, Berkeley CA 1977.
- Sowade, Hanno, «Otto Ohlendorf – Nonkonformist, SS-Führer und Wirtschaftsfunktionär», in: Smelser und Zitelmann, *Die braune Elite I*, S. 188-200.
- Sparing, Frank, «Zwangskastration im Nationalsozialismus. Das Beispiel der Kriminalbiologischen Sammelstelle Köln», in: Peter Busse und Klaus Schreiber (Hg.), *Kriminalbiologie (Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen)*, Düsseldorf 1997, S. 169-212.
- Speer, Albert, *Erinnerungen*, Berlin 1969.
- Spieß, Alfred, und Heiner Lichtenstein, *Das Unternehmen Tannenberg*, Wiesbaden 1979.
- Spiker, Jürgen, *Film und Kapital. Der Weg der deutschen Filmwirtschaft zum nationalsozialistischen Einheitskonzern*, Berlin 1975.
- Splitt, Gerhard, *Richard Strauss 1933-1935. Ästhetik und Musikpolitik zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft*, Pfaffenweiler 1987.
- Spode, Hasso, «„Der deutsche Arbeiter reist“. Massentourismus im Dritten Reich», in: Huck, *Sozialgeschichte der Freizeit*, S. 281-306.
- , «Ein Seebad für zwanzigtausend Volksgenossen. Zur Grammatik und Geschichte des Fordistischen Urlaubs», in: Brenner, *Reisekultur in Deutschland*, S. 7-47.
- Sponheuer, Bernd, «The National Socialist Discussion on the ‚German Quality‘ in Music», in: Kater und Riethmüller, *Music and Nazism*, S. 32-42.
- Spotts, Frederic, *Bayreuth. A History of the Wagner Festival*, New Haven 1994.
- , *Hitler and the Power of Aesthetics*, London 2002.
- Stachura, Peter D. (Hg.), *The Shaping of the Nazi State*, London 1978.
- (Hg.), *Unemployment and the Great Depression in Weimar Germany*, London 1986.
- Stahlmann, Michael, *Die Erste Revolution in der Autoindustrie. Management und Arbeitspolitik von 1900-1940*, Frankfurt a.M. 1993.
- Stampfer, Friedrich, et al., *Mit dem Gesicht nach Deutschland*, Düsseldorf 1968.
- Staritz, Ekkehart, *Deutsches Volk und deutscher Raum. Vom alten Germanien zum Dritten Reich*, Berlin 1938.

- Stasiewski, Bernhard (Hg.), *Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933-1945*, Mainz 1976 (1968).
- Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich*, 59, Berlin 1941/42.
- Stauffer, Paul, *Zwischen Hofmannsthal und Hitler. Carl J. Burckhardt. Facetten einer aussergewöhnlichen Existenz*, Zürich 1991.
- Steer, G. L., *Caesar in Abyssinia*, Boston 1937.
- Steigmann-Gall, Richard, *The Holy Reich. Nazi Conceptions of Christianity 1919-1945*, Cambridge 2003.
- , «Was National Socialism a Political Religion or a Religious Politics?», in: Geyer und Lehmann, *Religion and Nation. Nation und Religion*, S. 386-408.
- Stein, Leo, *I was in Hell with Niemoeller*, London 1942.
- Steinberg, Hans-Josef, *Widerstand und Verfolgung in Essen 1933-1945*, Hannover 1969.
- Steinberg, Michael Stephen, *Sabers and Brown Shirts. The German Students' Path to National Socialism 1918-1935*, Chicago 1977.
- Steinberg, Rolf, *Nazi-Kitsch*, Darmstadt 1975.
- Steinhaus, Hubert, *Hitlers pädagogische Maximen. «Mein Kampf» und die Destruktion der Erziehung im Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M. 1981.
- Steinweis, Alan E., *Art, Ideology and Economics in Nazi Germany. The Reich Chambers of Music, Theater, and the Visual Arts*, Chapel Hill 1993.
- , «Weimar Culture and the Rise of National Socialism. The Kampfbund für deutsche Kultur», *Central European History* 24 (1991), S. 402-423.
- , «Cultural Eugenics. Social Policy, Economic Reform, and the Purge of Jews from German Cultural Life», in: Cuomo, *National Socialist Cultural Policy*, S. 23-37.
- Stephenson, Jill, *Women in Nazi Society*, London 1975.
- , «The Nazi Organisation of Women, 1933-1939», in: Stachura (Hg.), *The Shaping of the Nazi State*, S. 186-209.
- , «Reichsbund der Kinderreichen. The League of Large Families in the Population Policy of Nazi Germany», *European Studies Review*, 9 (1979), S. 350-375.
- , *The Nazi Organisation of Women*, London 1981.
- , «Women's Labor Service in Nazi Germany», *Central European History*, 15 (1982), S. 241-265.
- Stemberger, Dolf, *Aus dem Wörterbuch des Unmenschen*, Hamburg 1968.
- Stibbe, Matthew, *Women in the Third Reich*, London 2003.
- Stieg, Margaret E., *Public Libraries in Nazi Germany*, Tuscaloosa, Ala. 1992.
- Stites, Richard, *Russian Popular Culture. Entertainment and Society since 1900*, Cambridge 1992.
- , *The Womens' Liberation Movement in Russia. Feminism, Nihilism, and Bolshevism 1860-1930*, Princeton, N. J. 1978.
- Stoakes, Geoffrey, *Hitler and the Quest for World Dominion*, Leamington Spa 1986.
- Stokes, Lawrence D., *Kleinstadt und Nationalsozialismus. Ausgewählte Dokumente zur Geschichte von Eutin 1918-1945*, Neumünster 1984.
- Stokes, Raymond G., «From the IG Farben Fusion to the Establishment of BASF AG (1925-1952)», in: Abeishäuser, *German Industry and Global Enterprise*, S. 206-361.

- Stollmann, Rainer, «Faschistische Politik als Gesamtkunstwerk. Tendenzen der Ästhetisierung des politischen Lebens im Nationalsozialismus», in: Denkler und Prümm, *Die deutsche Literatur*, S. 83-101.
- Stoltzfus, Nathan, *Widerstand des Herzens. Der Auf stand der Berliner Frauen in der Rosenstrasse – 1943*, München 1999.
- Stommer, Rainer, «„Da oben versinkt einem der Alltag...“ Thingstätten im Dritten Reich als Demonstration der Volksgemeinschaftsideologie», in: Peukert und Reulecke (Hg.), *Die Reihen fast geschlossen*, S. 149-173.
- , *Reichsautobahn. Pyramiden des Dritten Reichs. Analysen zur Ästhetik, eines unbewältigten Mythos*, Marburg 1982.
- , *Die inszenierte Volksgemeinschaft. Die «Thing-Bewegung» im Dritten Reich*, Marburg 1985.
- Stone, Marla, *The Patron State. Culture and Politics in Fascist Italy*, Princeton, NJ. 1998.
- Storek, Henning, *Dirigierte Öffentlichkeit. Die Zeitung als Herrschaftsmittel in den Anfangsjahren der nationalsozialistischen Regierung*, Opladen 1972.
- Stöver, Bernd, *Volksgemeinschaft im Dritten Reich. Die Konsensbereitschaft der Deutschen aus der Sicht sozialistischer Exilberichte*, Düsseldorf 1993
- (Hg.), *Berichte über die Lage in Deutschland. Die Meldungen der Gruppe «Neu Beginnen» aus dem Dritten Reich 1933-1936*, Bonn 1996.
- Straumann, Lukas, et al., *Schweizer Chemieunternehmen im «Dritten Reich»*, Zürich 2001.
- Strauss, Herbert A., «Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses», *Leo Baeck Institute Yearbook*, 25 (1980), S. 313-361, und 26 (1981), S. 343-409.
- , «The Drive for War and the Pogroms of November 1938. Testing Explanatory Models», *Leo Baeck Institute Yearbook*, 35 (1990), S. 267-278.
- Strauss, Werner, «„Das Reichsministerium des Inneren und die Judengesetzgebung“. Aufzeichnungen von Dr. Bernhard Lösener», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 9 (1961), S. 264-313.
- Streisand, Joachim, *Studien über die deutsche Geschichtswissenschaft von 1871 bis 1945*, 2 Bde, Berlin 1965/69.
- Strobl, Gerwin, *The Germanic Isle. Nazi Perceptions of Britain*, Cambridge 2000.
- Strohmeyer, Klaus, *Warenhäuser. Geschichte, Blüte und Untergang im Warenmeer*, Berlin 1980.
- Strothmann, Dietrich, *Nationalsozialistische Literaturpolitik. Ein Beitrag zur Publizistik im Dritten Reich*, Bonn 1960.
- Struve, Walter, *Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus in einer industriellen Kleinstadt. Osterode am Harz 1918-1945*, Essen 1992.
- Studnitz, Cecilia von, *Es war wie ein Rausch. Fallada und sein Leben*, Düsseldorf 1997.
- Stümke, Hans-Georg, «Vom ‚unausgeglichenen Geschlechtshaushalt‘. Zur Verfolgung Homosexueller», in: Frahm et al., *Verachtet, verfolgt, vernichtet*, S. 46-63.
- , und Rudi Finkles, *Rosa Winkel, rosa Listen. Homosexuelle und «Gesundes Volksempfinden» von Auschwitz bis heute*, Reinbek 1981.
- Suhling, Lothar, «Deutsche Baukunst. Technologie und Ideologie im Industriebau des ‚Dritten Reiches‘», in: Mehrtens und Richter (Hg.), *Naturwissenschaft, Technik und NS-Ideologie*, S. 243-281.

- Suhr, Elke, *Die Emslandlager. Die politische und wirtschaftliche Bedeutung der emsländischen Konzentrations- und Strafgefängnisse 1933-1945*, Bremen 1985.
- Swatek, Dieter, *Unternehmenskonzentration als Ergebnis und Mittel nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik*, Berlin 1972.
- Sydnor, Charles W, *Soldiers of Destruction. The SS Death's Head Division 1933-1945*, Princeton, N.J. 1990 (1977).
- Sywottek, Jutta, *Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg*, Opladen 1976.
- Szczesny, Gerhard, *Als die Vergangenheit Gegenwart war. Lebensanlauf eines Ostpreussen*, Berlin/Frankfurt a.M. 1990.
- Tal, Uriel, *Structures of German «Political Theology» in the Nazi Era*, Tel Aviv 1979.
- Tampke, Jürgen, *Czech-German Relations and the Politics of Central Europe. From Bohemia to the EU*, London 2003.
- Tannenbaum, Edward R., *The Fascist Experience. Italian Society and Culture 1922-1945*, New York 1972.
- Tarnowski, Wolfgang, *Ernst Barlach und der Nationalsozialismus. Ein Abendvortrag, gehalten am 20. Oktober 1988 in der Katholischen Akademie Hamburg*, Hamburg 1989.
- Taylor, Alan J. P., *Die Ursprünge des zweiten Weltkrieges*, Gütersloh 1962.
- Taylor, Brandon, und Wilfried van der Will (Hg.), *The Nazification of Art. Art, Design, Music, Architecture, and Film in the Third Reich*, Winchester 1990.
- Taylor, Robert R., *The Word in Stone. The Role of Architecture in the National Socialist Ideology*, Berkeley 1975.
- Teich, Mikuláš (Hg.), *Bohemia in History*, Cambridge 1998.
- Teichova, Alice, «The Protectorate of Bohemia and Moravia (1939-1945). The Economic Dimension», in: Teich, *Bohemia in History*, S. 267-305.
- Temin, Peter, *Lessons from the Great Depression*, Cambridge 1989.
- Tenfelde, Klaus, «Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900 bis 1945», in Broszat und Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 4, S. 320-337.
- Tennstedt, Florian, «Wohltat und Interesse. Das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes. Die Weimarer Vorgeschichte und ihre Instrumentalisierung durch das NS-Regime», *Geschichte und Gesellschaft*, 13 (1987), S. 157-180.
- Tessner, Magnus, *Die deutsche Automobilindustrie im Strukturwandel von 1919 bis 1938*, Köln 1994.
- Teut, Anna, *Architektur im Dritten Reich 1933-1945*, Berlin 1967.
- Thamer, Hans-Ulrich, «Von der ‚Ästhetisierung der Politik‘. Die Nürnberger Parteitage der NSDAP», in: Ogan und Weiss, *Faszination und Gewalt*, S. 95-103.
- Thies, Jochen, *Architekt der Weltherrschaft. Die «Endziele» Hitlers*, Königstein im Taunus 1980 (1976).
- , «Nazi Architecture – A Blueprint for World Domination. The Last Aims of Adolf Hitler», in: Welch, *Propaganda*, S. 45-64.
- Thomae, Otto, *Die Propaganda-Maschinerie. Bildende Kunst und Öffentlichkeitsarbeit im Dritten Reich*, Berlin 1978.

- Thomann, Klaus-Dieter, «„Krüppel sind nicht minderwertige Körperbehinderte im Nationalsozialismus“», in: Meinel und Voswinkel, *Medizin, Naturwissenschaft, Technik*, S. 208-220.
- Thomas, Hugh, *Der Spanische Bürgerkrieg*, Frankfurt a.M./Berlin 1964 (1961).
- Thomas, Walter, *Bis der Vorhang fiel*, Dortmund 1947.
- , *Richard Strauss und seine Zeitgenossen*, München 1964.
- Thyssen, Fritz, *I Paid Hitler*, London 1941.
- Todt, Fritz, *Grundlagen, Aufbau und Wirtschaftsordnung des nationalsozialistischen Staates*, Bd. 3, *Die Wirtschaftsordnung des nationalsozialistischen Staates*, Berlin 1937.
- Toepser-Ziegert, Gabriele (Hg.), *NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation*, 19 Bde., München 1985.
- Tomaszewski, Jerzy, «Economic and Social Situation of Jews in Poland, 1918-1939», in: Greenbaum, *Minority Problems*, S. 101-106.
- Tooze, J. Adam, *Statistics and the German State 1900-1945. The Making of Modern Economic Knowledge*, Cambridge 2001.
- Townshend, Charles, *Terrorism. A Very Short Introduction*, Oxford 2002.
- Trapp, Joachim, *Kölner Schulen in der NS-Zeit*, Köln 1994.
- Treue, Wilhelm, «Rede Hitlers vor der deutschen Presse (10. November 1938)», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 6 (1958), S. 175-191.
- (Hg.), «Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 3 (1955), S. 184-203.
- Trevor-Roper, Hugh (Hg.), *Hitler's Table Talk 1941-1944*, London 1953.
- Tröger, Annemarie, «Die Frau im wesensgemässen Einsatz», in: Frauengruppe Faschismusforschung, *Mutterkreuz*, S. 246-272.
- , «The Creation of a Female Assembly-Line Proletariat», in: Bridenthal et al. (Hg.), *When Biology Became Destiny*, S. 237-270.
- Tröger, Jörg, *Forschung als Waffe. Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und das KWI für Metallforschung 1900 bis 1947*, Göttingen 2005.
- (Hg.), *Hochschule und Wissenschaft im Dritten Reich*, Frankfurt a.M. 1984.
- Tuchel, Johannes, *Konzentrationslager. Organisationsgeschichte und Funktion der «Inspektion der Konzentrationslager» 1934-1938*, Boppard am Rhein 1991.
- , «Gestapo und Reichssicherheitshauptamt. Die Berliner Zentralinstitutionen der Gestapo», in: Paul und Mallmann, *Die Gestapo*, S. 84-100.
- , «Planung und Realität des Systems der Konzentrationslager 1934-1938», in: Herbert et al. (Hg.), *Die nationalsozialistischen Konzentrationslager*, S. 43-59.
- Turner, Henry Ashby, «Fritz Thyssen and 'I Paid Hitler'», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 19 (1971), S. 225-244.
- , *Die Grossunternehmer und der Aufstieg Hitlers zur Macht*, Berlin 1985.
- , *Reappraisals of Fascism*, New York 1975.
- , «Fallada for Historians», *German Studies Review*, 36 (2003), S. 477-492.
- , «Fascism and Modernization», in: ders., *Reappraisals of Fascism*, S. 117-139.
- Turner, Stephen P., und Dirk Käsler (Hg.), *Sociology Responds to Fascism*, London 1992.
- Tyrell, Albrecht (Hg.), *Führer befiehlt. Selbstzeugnisse aus der Kampfzeit des NSDAP. Dokumentation und Analyse*, Düsseldorf 1969.

- Ueberhorst, Horst, *Elite für die Diktatur. Die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten 1933-1945*, Düsseldorf 1969.
- , «Feste, Fahnen, Feiern. Die Bedeutung politischer Symbole und Rituale im Nationalsozialismus», in: Voigt, *Symbole der Politik*, S. 157-178.
- Ueberschär, Gerd R., und Winifried Vogel, *Dienen und Verdienen. Hitlers Geschenke an seine Eliten*, Frankfurt 1999.
- Uhlig, Heinrich, *Die Warenhäuser im Dritten Reich*, Köln 1956.
- Unverricht, Elsbeth, *Unsere Zeit und Wir. Das Buch der deutschen Frau*, Gauting 1932.
- Vaget, Hans Rudolf, «Hitler's Wagner. Musical Discourse as Cultural Space», in: Kater und Riethmüller, *Music and Nazism*, S. 15-31.
- Vago, Bela, *The Shadow of the Swastika. The Rise of Fascism and Anti-Semitism in the Danube Basin 1936-1939*, London 1975.
- Valtin, Jan (i. e. Richard Krebs), *Tagebuch der Hölle*, Köln 1957.
- Vogel, Rolf, *Ein Stempel hat gefehlt. Dokumente zur Emigration deutscher Juden*, München 1977.
- Voigt, Rüdiger, *Symbole der Politik. Politik der Symbole*, Opladen 1989.
- Volk, Ludwig, *Bayerns Episkopat und Klerus in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus 1930-1934*, Mainz 1965.
- Volkmann, Hans Erich, *Das Russlandbild im Dritten Reich*, Köln 1994.
- Volkmann, Hans Erich, «The National Socialist Economy in Preparation for War», in: Deist et al. (Hg.), *Germany and the Second World War*, Bd. 1, S. 157-372.
- Vollmer, Bernhard (Hg.), *Volksopposition im Polizeistaat. Gestapo- und Regierungspräsidentenberichte 1934-1936*, Stuttgart 1957.
- Vollnhals, Clemens, «Jüdische Selbsthilfe bis 1938», in: Benz, *Die Juden in Deutschland*, S. 314-411.
- Vondung, Klaus, *Magie und Manipulation. Ideologischer Kult und politische Religion des Nationalsozialismus*, Göttingen 1971
- , «Der literarische Nationalsozialismus. Ideologische, politische und sozialhistorische Wirkungszusammenhänge», in: Denkler und Prümm, *Die deutsche Literatur*, S. 44-65.
- Vorländer, Herwart, «NS-Volkswohlfahrt und Winterhilfswerk des deutschen Volkes», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 34 (1986), S. 341-380.
- , *Die NSV. Darstellung und Dokumentation einer nationalsozialistischen Organisation*, Boppard am Rhein 1988.
- Voskamp, Wilhelm, «Kontinuität und Diskontinuität. Zur deutschen Literaturwissenschaft im Dritten Reich», in: Lundgreen (Hg.), *Wissenschaft*, S. 140-162.
- Wachsmann, Nikolaus, *Hitlers Gefängnisse*, München 2006.
- , «From Indefinite Confinement to Extermination. ‚Habitual Criminals‘ in the Third Reich», in: Gellately und Stoltzfus, *Social Outsiders in Nazi Germany*, S. 165-191.
- Waddington, Geoffrey T., «Hitler, Ribbentrop, die NSDAP und der Niedergang des Britischen Empire 1935-1938», *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 40 (1992), S. 273-306.
- Wagner, Caroline, *Die NSDAP auf dem Dorf. Eine Sozialgeschichte der NS-Macht-ergreifung in Lippe*, Münster 1998.
- Wagner, Kurt, *Leben auf dem Lande im Wandel der Industrialisierung. «Das Dorf war*

- früher auch keine heile Welt». *Die Veränderung der dörflichen Lebensweise und der politischen Kultur vor dem Hintergrund der Industrialisierung, am Beispiel des nordhessischen Dorfes Körle*, Frankfurt a.M. 1986.
- , und Gerhard Wilke, «Dorfleben im Dritten Reich. Körle in Hessen», in Peukert und Reulecke (Hg.), *Die Reihen fast geschlossen*, S. 85-106.
- Wagner, Patrick, «Vernichtung der Berufsverbrecher'. Die vorbeugende Verbrechensbekämpfung der Kriminalpolizei bis 1937», in: Herbert et al. (Hg.), *Die national-sozialistischen Konzentrationslager*, S. 87-110.
- , *Volksgemeinschaft ohne Verbrecher. Konzeptionen und Praxis der Kriminalpolizei in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus*, Hamburg 1996.
- Wagner, Walter E., *Der Volksgerichtshof im nationalsozialistischen Staat*, Stuttgart 1974.
- Waldenfels, Ernst von, *Der Spion, der aus Deutschland kam. Das geheime Leben des Seemanns Richard Krebs*, Berlin 2003.
- Walter, Michael, *Hitler in der Oper. Deutsches Musikleben 1919-1945*, Stuttgart 1995.
- Walton, John K., *The British Seaside. Holidays and Resorts in the Twentieth Century*, Manchester 2000.
- Wasserstein, Bernard, *Britain and the Jews of Europe 1939-1945*, Oxford 1979.
- , «Patterns of Jewish Leadership in Great Britain During the Nazi Era», in: Braham, *Jewish Leadership*, S. 29-43.
- Watt, Donald Cameron, «German Plans for the Reoccupation of the Rhineland. A Note», *Journal of Contemporary History*, 1 (1966), S. 193-199.
- , *How War Came. The Immediate Origins of the Second World War 1938-1939*, London 1989.
- Weber, Hermann, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, Frankfurt a.M. 1969.
- , «Weisse Flecken» in der Geschichte. *Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung*, Frankfurt a.M. 1990.
 - , «Die KPD in der Illegalität», in: Löwenthal und von zur Mühlen, *Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945*, S. 83-101.
- Weber, Rosco G. S., *The German Student Corps in the Third Reich*, New York 1986.
- Weckbecker, Gerd, *Zwischen Freispruch und Todesstrafe. Die Rechtsprechung der nationalsozialistischen Sondergerichte, Frankfurt a.M. und Bromberg, Baden-Baden 1998*.
- Weekly Report of the German Institute for Business Research* (mit Beilagen), Hg. Institut für Konjunkturforschung, Berlin 1933-39.
- Weeks, Jeffrey, *Sex, Politics, and Society. The Regulation of Sexuality since 1800*, London 1981.
- Wehner, Heinz, «Die Rolle des faschistischen Verkehrswesens in der ersten Periode des Zweiten Weltkrieges», *Bulletin des Arbeitskreises Zweiter Weltkrieg*, 2 (1966), S. 37-61.
- Wehler, Hans-Ulrich, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4, *Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949*, München 2003.

- Weinberg, Gerhard L., «Hitler's Private Testament of May 2 1938», *Journal of Modern History*, 27 (1955), S. 415-419.
- , *The Foreign Policy of Hitler's Germany*, Bd. 1, *Diplomatic Revolution in Europe 1933-36*, London 1970.
- , *The Foreign Policy of Hitler's Germany*, Bd. 2, *Starting World War II 1937-1939*, Chicago 1980.
- Weinberg, Jeshajahu, et al., *The Holocaust Museum in Washington*, New York 1995.
- Weindling, Paul, *Health, Race and German Politics Between National Unification and Nazism, 1870-1945*, Cambridge 1989.
- Weiss, Hermann, «Ideologie der Freizeit im Dritten Reich. Die NS-Gemeinschaft ‚Kraft durch Freude‘», *Archiv für Sozialgeschichte*, 33 (1993), S. 289-303.
- Weissler, Sabine (Hg.), *Design in Deutschland 1933-45. Ästhetik und Organisation des Deutschen Werkbundes im «Dritten Reich»*, Giessen 1990.
- Weitz, Eric D., *Creating German Communism, 1890-1990. From Popular Protests to Socialist State*, Princeton 1997.
- Welch, David (Hg.), *Nazi Propaganda. The Power and the Limitations*, London 1983.
- , *Propaganda and the German Cinema 1933-1945*, Oxford 1983.
- , *The Third Reich. Politics and Propaganda*, London 2002.
- Welzer, Harald (Hg.), *Das Gedächtnis der Bilder. Ästhetik und Nationalsozialismus*, Tübingen 1995.
- Wenning, Norbert, «Das Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen vom 25. April 1933 – ein erfolgreicher Versuch der Bildungsbegrenzung?», *Die Deutsche Schule*, 78 (1986), S. 141-160.
- Werner, Karl Ferdinand, *Das NS-Geschichtsbild und die deutsche Geschichtswissenschaft*, Stuttgart 1967.
- Werner, Kurt, und Karlheinz Biernat, *Die Köpenicker Blutwoche, Juni 1933*, Berlin 1958.
- Wessel, Horst A., *Thyssen & Co., Mülheim an der Ruhr. Die Geschichte einer Familie und ihrer Unternehmung*, Stuttgart 1991.
- Wessling, Berndt Wilhelm, *Wieland Wagner, der Enkel. Eine Biographie*, Köln 1997.
- West, Shearer, *The Visual Arts in Germany 1890-1937. Utopia and Despair*, Manchester 2000.
- Westheim, Paul, «Karton mit Säulen», in: ders., *Paul Westheim*.
- Westphal, Uwe, *Werbung im Dritten Reich*, Berlin 1989.
- Wetzel, Juliane, «Auswanderung aus Deutschland», in: Benz, *Die Juden in Deutschland 1933-1945*, S. 413-498.
- Wetzel, Kraft, und Peter N. Hagemann, *Zensur. Verbotene deutsche Filme 1933-1945*, Berlin 1978.
- Wetzell, Richard E, *Inventing the Criminal. A History of German Criminology, 1880-1945*, Chapel Hill 2000.
- Weyrather, Irmgard, *Muttertag und Mutterkreuz. Der Kult um die «deutsche Mutter» im Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M. 1993.
- , «Numerus Clausus für Frauen – Studentinnen im Nationalsozialismus», in: Frauen-
gruppe Faschismusforschung, *Mutterkreuz*, S. 131-162.

- Whealey, Robert H., *Hitler and Spain. The Nazi Role in the Spanish Civil War 1936-1939*, Lexington, Kentucky 1989.
- Wheeler-Bennett, John W., *The Nemesis of Power. The German Army in Politics 1918-1945*, London/New York 1953.
- Wickert, Christl, «Popular Attitudes to National Socialist Antisemitism. Denunciations for ‚Insidious Offences‘ and ‚Racial Ignominy‘», in: Bankier, *Probing the Depths of Antisemitism*, S. 282-295.
- Wieland, Günther, «*Das war der Volksgerichtshof*». *Ermittlungen, Fakten, Dokumente*, Pfaffenweiler 1989.
- Wildt, Michael, «Violence against Jews in Germany, 1933-1939», in: Bankier, *Probing the Depths of Antisemitism*, S. 181-212.
- , *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002.
 - (Hg.), *Nachrichtendienst, politische Elite, Mordeinheit. Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS*, Hamburg 2003.
- Wilke, Gerhard, «The Sins of the Fathers. Village Society and Social Control in the Weimar Republic», in: Evans und Lee, *The German Peasantry*, S. 174-204.
- , «Village Life in Nazi Germany», in: Bessel, *Life in the Third Reich*, S. 17-24.
 - und Kurt Wagner, «Family and Household. Social Structures in a German Village Between the Two World Wars», in: Evans und Lee, *The German Family*, S. 120-147.
- Williams, Jenny, *More Lives Than One. A Biography of Hans Fallada*, London 1998.
- Willrich, Wolfgang, *Säuberung des Kunsttempels. Eine kunstpolitische Kampfschrift zur Gesundung deutscher Kunst im Geiste nordischer Art*, München 1937.
- Wingfield, Nancy M., *Minority Politics in a Multinational State. The German Social Democratic Party 1918-1938*, New York 1938.
- Winkler, Dörte, *Frauenarbeit im «Dritten Reich»*, Hamburg 1977.
- Winkler, Hans Joachim, *Legenden um Hitler. Schöpfer der Autobahnen*, Berlin 1963.
- Winkler, Heinrich August, «Der entbehrliche Stand. Zur Mittelstandspolitik im ‚Dritten Reich‘», *Archiv für Sozialgeschichte*, 17 (1977), S. 1-40.
- , *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933*, Berlin 1987.
 - , «Ein neuer Mythos vom alten Mittelstand. Antwort auf eine Antikritik». *Geschichte und Gesellschaft*, 12 (1986), S. 548-557.
 - , *Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik*, Köln 1972.
 - (Hg.), *Die Deutsche Staatskrise 1930-1933. Handlungsspielräume und Alternativen*, München 1992.
- Winkler, Klaus, *Fernsehen unterm Hakenkreuz. Organisation – Programm – Personal*, Köln 1994.
- Winkler, Kurt, «Inszenierung der Macht. Weltausstellung 1937. Das ‚Deutsche Haus‘ als Standarte», in: Behnken und Wagner, *Inszenierung*, S. 217-225.
- Winkler-Mayerhöfer, Andrea, *Starkult als Propagandamittel? Studien zum Unterhaltungsfilm im Dritten Reich*, München 1992.

- Wippermann, Wolfgang, *Zur Analyse des Faschismus. Die sozialistischen und kommunistischen Faschismustheorien 1921-1945*, Frankfurt a.M. 1981.
- , *Das Leben in Frankfurt zur NS-Zeit*, Frankfurt a.M. 1986.
- , «Das Berliner Schulwesen in der NS-Zeit. Fragen, Thesen und methodische Bemerkungen», in: Schmoldt, *Schule in Berlin. Gestern und Heute*, S. 57-73.
- Wiskemann, Elizabeth, *The Rome-Berlin Axis. A History of the Relations Between Hitler and Mussolini*, London 1949.
- Wisotzky, Klaus, *Der Ruhrbergbau im Dritten Reich. Studien zur Sozialpolitik im Ruhrbergbau und zum sozialen Verhalten der Bergleute in den Jahren 1933 bis 1939*, Düsseldorf 1983.
- Wissmann, Sylvelin, *Es war eben unsere Schulzeit. Das Bremer Volksschulwesen unter dem Nationalsozialismus*, Bremen 1993.
- Witetschek, Helmut (Hg.), *Die kirchliche Lage in Bayern nach den Regierungspräsidentenberichten 1933-1943*, Mainz 1966.
- Witte, Karsten, «Die Filmkomödie im Dritten Reich», in: Denkler und Prümm, *Die deutsche Literatur im Dritten Reich*, S. 347-365.
- , *Lachende Erben, toller Tag. Filmkomödie im Dritten Reich*, Berlin 1995.
- Wohlert, Meike, *Der politische Witz in der NS-Zeit am Beispiel ausgesuchter SD-Berichte und Gestapo-Akten*, Frankfurt a.M. 1997.
- Wojak, Irmtrud, et al., «*Arisierung*» im Nationalsozialismus. *Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis*, Frankfurt 2000.
- Wolbert, Klaus, *Die Nackten und die Toten des «Dritten Reiches». Folgen einer politischen Geschichte des Körpers in der Plastik des deutschen Faschismus*, Giessen 1982.
- Wolf, Norbert, *Ernst Ludwig Kirchner 1880-1938. On the Edge of the Abyss of Time*, Köln 2003.
- Wolffsohn, Michael, «Arbeitsbeschaffung und Rüstung im nationalsozialistischen Deutschland 1933», *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, 22 (1977), S. 9-19.
- Wolkogonov, Dmitri, *Stalin. Triumph und Tragödie. Ein politisches Porträt*, Düsseldorf 1989.
- Wollenberg, Jörg (Hg.), *The German Public and the Persecution of Jews 1933-1945. «No one participated, no one knew»*, Atlantic Highlands, N.J. 1996 (1989).
- Wollstein, Günter, «Eine Denkschrift des Staatssekretärs Bernhard von Bülow vom März 1933», *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, 1 (1973), S. 77-94.
- , *Vom Weimarer Revisionismus zu Hitler. Das Deutsche Reich und die Grossmächte in der Anfangsphase der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland*, Bonn 1973.
- Wolschke-Bulmahn, Joachim, und Gert Gröning, «The National Socialist Garden and Landscape Ideal. Bodenständigkeit (Rootedness in the Soil)», in: Etlin, *Art*, S. 73-97.
- Woolf, Stewart J. (Hg.), *The Nature of Fascism*, London 1968.
- Woycke, James, *Birth Control in Germany, 1871-1933*, London 1988.
- Wright, Jonathan, und Paul Stafford, «Hitler, Britain and the Hossbach Memorandum», *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, 42 (1987), S. 77-123.
- Wulf, Josef, *Die Bildenden Künste im Dritten Reich. Eine Dokumentation*, Gütersloh 1963.
- , *Literatur und Dichtung im Dritten Reich. Eine Dokumentation*, Gütersloh 1963.

- , *Musik im Dritten Reich. Eine Dokumentation*, Gütersloh 1963.
- , *Presse und Funk im Dritten Reich. Eine Dokumentation*, Gütersloh 1963.
- , *Theater und Film im Dritten Reich. Eine Dokumentation*, Gütersloh 1963.
- Wulff, Birgit, *Arbeitslosigkeit und Arbeitsbeschaffungsmassnahmen in Hamburg 1933-1939. Eine Untersuchung zur nationalsozialistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik*, Frankfurt a.M. 1987.
- , «The Third Reich and the Unemployed. National Socialist Work-creation Schemes in Hamburg 1933-4», in: Evans und Geary, *The German Unemployed*, S. 281-302.
- Wüllenweber, Hans, *Sondergerichte im Dritten Reich. Vergessene Verbrechen der Justiz*, Frankfurt a.M. 1990.
- Wyman, David S., *Paper Walls. America and the Refugee Crisis 1938-1941*, Amherst, MA 1968.
- Wynot, James D., Jr., «'A Necessary Cruelty'. The Emergence of Official Antisemitism in Poland, 1935-39», *American Historical Review*, 76 (1971), S. 1035-1058.
- Zabel, James A., *Nazism and the Pastors. A Study of the Ideas of Three Deutsche Christian Groups*, Missoula, Montana 1976.
- Zeidler, Manfred, *Das Sondergericht Freiberg. Zu Justiz und Repression in Sachsen 1933-1940*, Dresden 1998.
- Zeile, Christine, «Ein biographischer Essay», in: Reck-Malleczenen, *Tagebuch eines Verzweifelten*, S. 251-298.
- Zeldin, Theodore (Hg.), *Conflicts in French Society. Anticlericalism, Education and Morals in the Nineteenth Century. Essays*, London 1970.
- Zeller, Thomas, «,The Landscape's Crown'. Landscape, Perception, and the Modernizing Effect of the German Autobahn System 1933-1941», in: Nye, *Technologies of Landscape*, S. 218-240.
- Zelnhefer, Siegfried, *Die Reichsparteitage der NSDAP. Geschichte, Struktur und Bedeutung der grössten Propagandafeste im nationalsozialistischen Feiertag*, Nürnberg 1991.
- , «Die Reichsparteitage der NSDAP», in: Ogan und Weiss, *Faszination und Gewalt*, S. 79-94.
- Zeman, Zbynek A. B., *Nazi Propaganda*, Oxford 1973.
- Zerner, Ruth, «German Protestant Responses to Nazi Persecution of the Jews», in: Braham, *Perspectives on the Holocaust*, S. 57-68.
- , «Martin Niemöller, Activist as Bystander. The Oft-Quoted Reflection», in: Perry und Schweitzer, *Jewish-Christian Encounters over the Centuries*, S. 327-340.
- Ziegler, Dieter, «Die Verdrängung der Juden aus der Dresdner Bank 1933-1938», *Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte*, 47 (1999), S. 187-216.
- Ziegler, Hans Severus, *Entartete Musik. Eine Abrechnung*, Düsseldorf 1938.
- Ziegler, Walter (Hg.), *Die kirchliche Lage in Bayern nach den Regierungspräsidentenberichten 1933-1943*, Bd. 4, *Regierungsbezirk Niederbayern und Oberpfalz 1933-1945*, Mainz 1973.
- Zimmermann, Michael, *Verfolgt, vertrieben, vernichtet. Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik gegen Sinti und Roma*, Essen 1989.
- (Hg.), *Entrechtung und Selbsthilfe. Zur Geschichte der Juden in Essen unter dem Nationalsozialismus*, Essen 1994.

- , *Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische «Lösung der Zigeunerfrage»*, Hamburg 1996.
- Zimmermann, Peter, «Die Bildsprache des Nationalsozialismus im Plakat», in: Rüger, *Kunst und Kunstkritik der dreissiger Jahre*, S. 223-236.
- Zimmermann, Volker, *Die Sudetendeutschen im NS-Staat. Politik und Stimmung der Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland (1938-1945)*, Essen 1999.
- Zipfel, Friedrich, «Gestapo and SD. A Sociographic Profile of the Organisers of the Terror», in: Larsen, *Who Were the Fascists?*, S. 301-311.
- Zitelmann, Rainer, *Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs*, Stuttgart 1991 (1987).
- Zofka, Zdenek, *Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande. Eine regionale Fallstudie zur politischen Einstellung der Landbevölkerung in der Zeit des Aufstiegs und der Machtergreifung der NSDAP 1928-1936*, München 1979.
- , «Dorfeliten und NSDAP. Fallbeispiele der Gleichschaltung aus dem Kreis Günzburg», in: Broszat und Fröhlich (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 4, S. 383-434.
- Zolling, Peter, *Zwischen Integration und Segregation. Sozialpolitik im «Dritten Reich» am Beispiel der «(NSV) in Hamburg*, Frankfurt a.M. 1986.
- Zollitsch, Wolfgang, «Adel und adlige Machteliten in der Endphase der Weimarer Republik. Standespolitik und agrarische Interessen», in: Winkler, *Die deutsche Staatskrise*, S. 239-256.
- Zuschlag, Christoph, «Entartete Kunst». *Ausstellungsstrategien in Nazi-Deutschland*, Worms 1995.
- , «Es handelt sich um eine Schulungsausstellung. Die Vorläufer und die Stationen der Ausstellung «Entartete Kunst'», in: Barron, «Entartete Kunst», S. 83-98.

Landkartenverzeichnis

Seite

- 58 Gebietseinheiten (Gau) der NSDAP 1935
- 106 Konzentrationslager im August 1939
- 122 Das Plebiszit vom 12. November 1933
- 166 Besitz eines Rundfunkgeräts im Juli 1938
- 224 Ausstellung «Entartete Kunst»
- 290 Religionszugehörigkeit 1936 in den deutschen Ländern
- 346 Eliteschulen der NSDAP
- 360 Der Niedergang deutscher Universitäten 1930-1939
- 398 Das Autobahnnetz
- 416 Rückgang der Arbeitslosigkeit 1930-1938
- 432 Hauptsächliche Exportländer ins Dritte Reich
- 514 Reichserbhöfe
- 674 Jüdische Emigration nach Übersee 1933-1938
- 676 Jüdische Emigration innerhalb Europas 1933-1938
- 710 Zerstörte Synagogen am 9./10. November 1938
- 724 Juden nach der nach «Rassen» getrennten nationalsozialistischen Volkszählung von 1939
- 746 Volksdeutsche in Mittel- und Osteuropa 1937
- 768 Die Saarabstimmung und die Besetzung des Rheinlands 1935/36
- 792 Der «Anschluss» Österreichs 1938
- 806 Ethnische Gruppen in der Tschechoslowakei 1920-1937
- 828 Die Zerstückelung der Tschechoslowakei 1938/39
- 858 Deutsche Annexionen vor dem Krieg

Abbildungsverzeichnis

1. Hitler spricht während der Feiern zum 1. Mai auf dem Tempelhofer Feld in Berlin.
2. SA-Führer Ernst Röhm am Schreibtisch in seiner Privatwohnung.
3. Heinrich Himmler am Schiessstand der Polizei in Berlin-Wannsee.
© AKG, London
4. Hitler während des Reichsparteitags im September 1937 in Nürnberg: die Parade der Ordnungspolizei.
© AKG, London
5. Reinhard Heydrich, Chef des Sicherheitsdienstes der SS.
© Corbis
6. Häftlinge des Konzentrationslagers Flossenbürg.
7. Leni Riefenstahl auf dem Reichsparteitag 1934 während Arbeiten zu dem Film *Triumph des Willens*.
© Corbis
8. Werbung für billige Volksempfänger.
© Bundesarchiv Koblenz
9. Der Schauspieler Emil Jannings und Reichspropagandaminister Joseph Goebbels bei den Salzburger Festspielen 1938.
© AKG, London
10. Ernst Barlachs Magdeburger Mahnmahl 1929.
© Kunstverlag Peda
11. Arno Brekers «Bereitschaft», ausgestellt auf der Grossen Deutschen Kunstausstellung 1938.
© Arno Breker durch Marco-VG (Museum Arno Breker, Bonn)
12. Albert Speers deutscher Pavillon auf der Pariser Weltausstellung 1937.
13. «Entartete Musik»: Vorderer Umschlagseite der Begleitbroschüre zu dieser Ausstellung.
© Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz
14. Monsignore Camillo Caccia Dominioni, päpstlicher «maestro di camera», kurz vor einer Audienz Hermann Görings bei Papst Pius XI. am 12. April 1933.
©AKG, London
15. Plakat, mit dem Eltern aufgefordert werden, ihre Kinder aus Konfessionsschulen herauszunehmen.
© Bundesarchiv Koblenz
16. Kinder in einer Volksschulklasse 1939.
© The Weimar Library, London
17. Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Bernhard Rust am 3. August 1935.
© Corbis
18. Plakat von 1936 im Rahmen einer Kampagne der Partei, alle Jugendlichen in der Hitler-Jugend zu erfassen.
© Bundesarchiv Koblenz
19. Lager der Hitler-Jugend in Nürnberg, 8. August 1934.
© Corbis
20. Eine Autobahnbrücke in den dreissiger Jahren.
21. Fritz Todt belohnt Arbeiter auf den Befestigungsanlagen des Westwalls.
© Corbis
22. Werbeplakat der Daimler-Benz AG 1936.
23. Ein junges deutsches Paar in einem «Käfer», dem «KdF-Wagen».
© Bundesarchiv Koblenz

24. Karikatur im *Simplicissimus* vom 11. März 1934.
25. Eine Familie mit dem «Sonntageintopf» auf dem Tisch; Abbildung in einer Schulfibel von 1939.
26. Empfangshalle in Hermann Görings Jagdhaus «Carinhall».
© Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz
27. «Ernte» von Karl Alexander Flügel, ausgestellt auf der Grossen Deutschen Kunstausstellung 1938.
28. Bergleute im bayerischen Penzberg, die es ablehnen, den Hitlergruss zu zeigen.
© Staatsarchiv München
29. Plakat aus dem Jahr 1935 mit einem «erbgesunden» Deutschen, der zur Unterhaltung der Einrichtungen für Geisteskranke beitragen muss.
30. Abbildung aus einer Propagandabroschüre aus dem Jahr 1933 mit der Aufforderung, mehr Kinder zu bekommen.
31. Ein Paar, das sich der «Rassenschande» schuldig gemacht hatte, wird an den Pranger gestellt.
32. Rassenforschung in einem Zigeunerlager 1933.
© Bundesarchiv Koblenz
33. «Juden betreten den Ort auf eigene Gefahr!» Transparent am Ortseingang von Rottach-Egern am Tegernsee in Bayern 1935.
34. Der Morgen nach dem Judenpogrom in der Nacht des 9./10. November 1938.
© Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz
35. Hitlers Stellvertreter Rudolf Hess mit Martin Bormann in Berlin 1935.
© AKG, London
36. Nach der Saarabstimmung 1935: Kinder heben den Arm zum Deutschen Gruss.
© Corbis
37. Die Bevölkerung des Rheinlands grüsst die deutsche Wehrmacht bei deren Einmarsch in die entmilitarisierte Zone am 7. März 1936.
© AKG, London
38. Angehörige der Legion Condor in der Hafenstadt Gijon verlassen Spanien am 3. Juni 1939 und kehren nach Deutschland zurück.
© Corbis
39. Ein deutscher Soldat wird am 21. März 1938 in Wien von österreichischen Mädchen und Frauen jubelnd begrüsst.
© Corbis
40. Wiener Juden werden gezwungen, Parolen auf den Strassen zu entfernen (März 1938).
© Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz
41. Stalin und Ribbentrop vereinbaren am 24. August 1939 die Teilung des Landes.
© Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz

Es war leider nicht in allen Fällen möglich, die Inhaber des Copyrights an einzelnen Bildern zu ermitteln. Im Fall einer Benachrichtigung wird der Verlag sich bemühen, bei nächster Gelegenheit die Auslassungen zu korrigieren.

Sachregister

A

- Abgeordnetenkommission, Preussische 506
 Abtreibung 624-630, 646
 Abtreibungskliniken 625
 Adel 6, 503-510, 606
 Adolf-Hitler-Schulen 347-351, 361
 «Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft» 455, 489
 Adua, Schlacht von (1896) 764
 Afrodeutsche 639-640, 650
 Ahaus, Westfalen 466
 Ahnennachweis 662
 Akademie der Künste, Preussische 185, 202, 205, 215
 akademische Berufe 537-542, 604, 608-609
 Alkoholismus, Alkoholiker 65, 185, 187, 539, 555, 563, 592, 614-616, 620
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung 322
 allgemeine Wehrpflicht 32, 34, 51, 363, 414, 531, 594, 748, 759, 760
 Allianz Versicherungs-AG 428-429, 479-481
 Altes Testament 237, 277, 281, 307
 «Altonaer Blutsonntag» 88
 Aluminium 440-441
 Amsterdam 215, 482-483
 Angestellte und Beamte s. bürgerliche Schicht / Mittelschicht
Angriff, Der (Zeitung) 350, 655, 691
 Anthropologen 640-641
 Antikominternpakt 775-776, 824-825
 Antiintellektualismus 23, 186, 362-363, 370, 380, 537
 Antisemitismus 324-325, 379, 547-548, 650-737
- Bekennende Pastoren 281
 - Cosima Wagners Kreis 245-246
 - Deutsche Christen 277, 281-282
 - Goebbels⁴ 549-550, 655, 659, 696-698
 - Görings 549-550, 659, 682, 684-685, 717-719
 - Hitlers 12, 21, 199, 245, 659
 - im Film 162
 - in der Weimarer Republik 266
 - katholischer 315
 - Lenard, Philipp 372
 - nationalsozialistischer 3, 12, 258, 460, 638, 670-671, 695
 - Pfützner 247
 - protestantischer 315
 - Radikalisierung des 731-732
 - Strassenschilder 654
 - Strauss und Furtwängler 232
 - vor 1914 7
 - Zöberlein 199-200
 - s. a. Österreich; Ungarn; Juden;
- Novemberpogrom («Reichskristallnacht»); Polen; Rumänien
 Apotheker 532-533
Appeasement (Beschwichtigungspolitik) 776, 783, 834-835, 849
 Arbeiterbewegung 19, 73-74, 78, 142, 318, 406, 553, 574-575, 609, 757-758, 854
 Arbeiterklasse 14, 76-77, 126, 132, 144, 451, 552-577
- Parteimitglieder 14,
 - KPD-Führer Fritz Heckert über deren Feind 75
 - und Denunziationen 126, 132
 - Einschüchterung der 144
 - s. a. KPD

Arbeitsämter 408, 721
 Arbeitsbeschaffungsmassnahmen 400-402, 409-410, 412,415
 Arbeitskräfteangebot 448
 Arbeitslosigkeit 9, 12-13, 400-404, 406-409, 416, 553, 586
 - Rückgang der, 1930-1938, 401, 406-407, 414-415, 594, 859
 «Arbeitsscheue» 110, 140, 587, 592, 636-637, 592, 636-637
 «Arbeitsschlacht» 393-426, 462, 498, 564,598-599
 Architektur 172, 190, 202-229, 256, 258-259, 856
 Argentinien 674, 725
 «Arisierung» 237, 460, 462, 469-473, 475-476, 477-478, 480-487, 499, 677, 695, 700, 720, 722, 796, 822
 s. a. «Entjudung»
 - «Arier» 206-207, 258-259, 306, 323, 387-389, 403, 592, 597-599, 623, 642-643, 650, 653, 683-687, 855
 Arierparagraph 32-33, 279, 282, 663, 689, 795
 Armee, österreichische 752, 785, 787, 794
 Arnswalde, Brandenburg 468
 Aronwerke Elektrizitäts AG, Berlin 481-482
 Artamanenbewegung 104
 Ärzte 361, 445, 537, 539-542
 «Asoziale» 110-112, 403, 592, 595, 636, 650-651
 Äthiopienkrieg 764-766, 813
 atonale Musik 9, 230-231, 234-235, 237-238, 241,248
 Auerbach, Sachsen 466
 Aufrüstung 3, 175, 362, 410-417, 419, 421, 430-431, 433-434,437-441, 443, 445, 447, 449, 452-453, 458, 468, 499, 530, 537-538, 545, 560, 576, 578, 580, 607, 747, 749, 758-761, 766, 770, 807, 854
 Aufschwung der deutschen Industrie 1934 406
 Augsburg, Bayern 71, 130, 140

Augusterlebnis 7-8
 Auslandsreisen 567-568
 Auslandsschulden 431, 441, 498
 Ausstellung «Entartete Kunst» 210-215, 219, 221, 224, 235, 257-258, 855
 Ausstellung «Entartete Musik» 235, 238, 242
 Australien 674, 725, 813
 Autarkie 419-420, 421, 423-424, 437, 440-441, 443, 451, 453, 455-457, 499, 634
 Automobile 393, 396-399, 410-411, 458-459
 Auto Union GmbH 413
 AWAG (Allgemeine Warenhaus-Aktiengesellschaft) 464

B

Bad Dürkheim 669
 Bad Godesberg 40, 496, 814
 Bad Wiessee 35, 40-42
 Baden 291
 - Ministerpräsident von 562
 Baden-Baden 466-467
 Bank of England 830
 Basel 393-394, 396
 Bata, Schuhfabrik 830
 Bauern 510-519, 695
 - Darré und seine Vision 420-421
 - Erbrecht 512-517
 - Parteimitglieder 280-281, 510
 - Preiskontrollen 422
 - Reichserbhöfe 514
 - s. a. Landwirtschaft; Reichsnährstand
 Bauernführer 309, 420, 491
 Bauhaus 208,260, 395
 Bauindustrie 582
 Bautzen 86
 Bayern
 - Bayerische Staatsgemäldesammlung 208
 - Bayerische Volkspartei 289, 291, 520
 - Beiträge zur Winterhilfe 588
 - Bildungswesen 302-303, 344

- Innenministerium 41, 640
- Kürzung staatlicher Subventionen für die katholische Kirche 299
- politischer Konservatismus 12
- Polizei 68, 205, 289, 694-695
- protestantische Kirche 275
- Reichserbhofgesetz 517
- Staatsanwalt 101-102
- Volksgerichte 87
- Zentralbüro zur Bekämpfung der Zigeunergefahr 636
- Bayer AG, Chemieunternehmen 556
- Bayreuth 245
 - Festspiele 230, 245-246, 841
- BBC 813
- Beiersdorf AG 483
- Bekennende Kirche
 - Ablehnung des «Arierparagraphen» 279
 - Ablehnung einer Zusammenarbeit mit Kerri 311
 - Anhänger aus Dahlem vertrieben 286
 - Barmer Theologische Erklärung 278-279
 - Errichtung einer «Vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche» 279
 - Überwachung ihrer Führer 283
 - Unterdrückung durch das Regime 283-284
 - und die Deutschen Christen 278-283
 - und der Novemberpogrom 1938 712
 - und theologische Fakultäten 383
- Belgien 836
- Berchtesgaden 227, 742, 787
- Berghof 61, 206, 227, 742, 785, 841
 - s. a. Obersalzberg
- Berlin 11-12, 32, 310, 637
 - Ausstellung «Entartete Kunst» 219
 - Ausstellung italienischer Futuristen (1934)256
 - die Künste in 9
 - Geheimes Staatspolizeiamt (Gestapa) 645
 - Gestapozentrale 124
 - Hochburg der SPD und KPD 80, 327
 - Homosexualität 642
 - Internationale Automobil- und Motorrad-Ausstellung 1933 393, 396, 399
 - Lustgarten 603
 - Märkte 425
 - Misshandlung von Juden nach den Märzahlen 1933 21
 - neue Gebäude 223-225, 853
 - Novemberpogrom 1938 715
 - Olympische Spiele 233, 691-93
 - Philharmoniker 171, 230, 236, 239-241
 - revolutionäre Aufstände in (1918/19) 10
 - Scala 252
 - Staatsoper 240
 - Studentenschaft 492
 - Tempelhofer Feld 226
 - Theater 198
 - Tiergarten 777
 - Universität 364, 545
 - Verfolgung der Konservativen während der «Röhmaffäre» 45
- Berlin-Charlottenburg 137, 692
- Berlin-Dahlem 273, 279, 286
- Berlin-Friedrichshain 151
- Berlin-Kreuzberg 460
- Berlin-Marzahn 637
- Berlin-Moabit, Gefängnis 86
- Berlin-Wilmersdorf 137
- Berliner Sportpalast 277, 815
- Berliner Tageblatt* 177
- Bernau 307
- Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst 1886 231
- Bernheimer, Teppichhaus in München 466
- Berufszählung Juni 1933 552
- Berufungsgerichte 615
- Bestechung 489-490, 563,
- Bettler 109-110, 618, 698
- Bevölkerungspolitik 628, 635

- s. a. Geburtenziffer; Eheschliessungen; Sterilisierung
 - Bildhauer im Dritten Reich (Barlach und Breker) 202-207
 - Bildung 267-268, 271, 320-353
 - Adolf-Hitler-Schulen 347-348
 - Antisemitismus 321-322
 - Gleichschaltung der 305-306, 339-340, 758-759
 - höhere 354-358, 360, 361-389
 - Klassengrößen 329-330
 - körperliche Ertüchtigung 329
 - Lehrer 325-331
 - für Mädchen 361-362
 - medizinische 383-389
 - NS-Eliteschulen 346
 - Ordensburgen 348-359
 - politische 328, 344
 - religiöse 302-303, 606
 - Schulbücher 320, 322-325
 - Sport 352
 - s. a. Hochschulen und Universitäten
 - Biologie 322, 324, 375, 377
 - Blindheit 614
 - Blitzkrieg 450
 - Blomberg-Fritsch-Affäre 776-780, 803, 809
 - «Blutfahne» 154, 156
 - Bochum 198
 - Bochumer Verein, Rüstungsunternehmen in Hannover 413
 - Bodenreform 510
 - Bogensee 493
 - Böhmen 822
 - s. a. Tschechoslowakei
 - Bolivien 674
 - Bolschewismus 37, 65, 213, 314, 434, 546, 767, 837
 - s. a. Kommunistische Internationale Bonn 279
 - Universität 370-371, 383, 385
 - Borsigwerke, Berlin 64, 413, 453
 - Bottina Schuh GmbH 478
 - Boxheimaffäre (1931) 56
 - Brandenburg 581
 - Zuchthaus 95
 - Bratislava (Pressburg) 372, 824, 826
 - Brasilien 186, 432, 725
 - Braunau am Inn 789
 - Braunschweig 344, 461, 545, 547, 550
 - Bremen 119, 330-331
 - Brennerpass 754
 - Breslau 43, 45, 290, 323, 360, 398, 416, 463, 465, 485, 588, 632, 657, 710, 858
 - Britisches Empire 436-437, 761, 813
 - British Petroleum 484
 - Buchenwald, Konzentrationslager 107, 109-112, 114, 116-117, 496, 668-670, 714
 - Bücherverbrennung (10. Mai 1933) 23, 185, 195-195,219
 - Budapest 832
 - Büdingen 467
 - Bulgarien 432, 567, 746
 - Buna (Synthesekautschuk) 440-441, 457
 - Bund Deutscher Mädel (BDM) 121, 204, 294-295, 335-336, 338-339, 341, 446, 643, 690
 - Bund zur Förderung der Selbsthilfe der körperlich Behinderten 621-622
 - Bürgermeister 61, 520, 521, 598
 - Bürgertum s. Mittelschichten
 - Burgenland 797-798
 - Büro des Stellvertreters des Führers 60, 310, 351, 354-355, 357, 660, 705
 - s. a. Rudolf Hess «Bürokratisierung» 543
- C**
- Carinhall, Jagdhaus Görings 217, 494
 - Carl Zeiss Jena 822-823
 - chemische Industrie 6, 376-377, 450-451, 457, 486, 522
 - s. a. I.G. Farben
 - Christentum 237, 276, 278, 281-282, 306-311,319, 661,673
 - Commerzbank 482
 - Costa Rica 432

D

- Dachau (Konzentrationslager) 43, 46,
101-105, 107, 109, 112, 116, 118, 409,
714-715, 753, 795, 799-800
- Dadaismus 9, 211, 213
- Daily Telegraph* 796-797
- Daimler-Benz 582
- Danatbank 478
- Dänemark 72, 623, 744, 837
- Danzig (Gdansk) 696, 749, 818, 825, 835-
836, 841, 842-844, 846-848, 860
- Darmstadt 394
- Degussa AG 483
- Denunziationen 125-131, 140-142, 330-
331, 521, 667, 670-671
- «Deutschblütigkeitserklärung» 662
- Deutsche Adelsgenossenschaft 506-508
- Deutsche Arbeitsfront (DAF) 134, 251-
252, 458, 552-577, 579, 743
- Ernennung Leys zum Führer der 555
- interner Aufbau 557, 560
 - Korruption 561-564
 - Löhne 578, 582
 - Übernahme der Gewerkschaften 172,
446, 536, 554-555, 561-562, 564
 - und Apotheker 533
 - und Arbeiterinnen 446-447
 - und Block warte 135
 - und Denunziationen 141
 - und kleine Handwerksbetriebe 529-
530
 - und Österreich 794
 - und der Reichsnährstand 423
 - und *Der Stürmer* 652
 - und die Übernahme der Frauenorgani-
sationen 627
 - und das Vorbild der italienischen
Faschisten 557, 565
 - und die deutschen Wohlfahrtsorganisa-
tionen 591
 - s. a. Kraft durch Freude
- Deutsche Bank 64, 418, 478, 482, 796
- «Deutsche Chemie» 375-376
- Deutsche Christen
- Antisemitismus 277, 281-283
 - ihr Scheitern 280, 283, 306
 - überwältigender Sieg bei Kirchenwahlen
(23. Juli 1933) 275
 - und die Bekennende Kirche 278-281
 - und die theologischen Fakultäten 383
 - und Wohlfahrtseinrichtungen 591
- Deutsche Demokratische Republik (DDR)
280, 570, 605
- Deutsch-englisches Flottenabkommen
(1935) 761, 763, 836
- Deutsche Erd- und Stein-Werke GmbH
111
- Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)
373, 377
- Deutsche Glaubensbewegung 310
- Deutsche Golddiskontbank 474
- «Deutsche Mathematik» 375
- deutsche Sprache 262, 324, 383, 805
- Deutsche Studentenschaft
23, 357-358, 364-365, 492
- Deutsche Verlags-Anstalt 167, 186
- Deutsche Volkskunde 367
- Deutsche Volkspartei (DVP) 136
- «Deutscher Gruss» 59, 151-152
- s. a. Hitlergruss
- Deutscher Nationalpreis für Kunst
und Wissenschaft 189, 538
- Deutscher Naturheilkund 540
- Deutsches Frauenwerk 626-627
- Deutsches Institut für Konjunkturforschung
578
- Deutsches Modeinstitut 632-633
- Deutsches Nachrichtenbüro (DNB) 180
- deutsches Strafgesetzbuch 84, 195, 642-
643, 646-647
- Deutschnationale Volkspartei (DNVP)
17-19, 35, 49, 66, 176, 455, 510-511,
723, 755
- aufgelöst 19
 - stark protestantisch geprägte Anhängerschaft
274
 - und der neue Mittelstand 536

- Deutsch-polnischer Nichtangriffspakt (1934) 749, 836
 Deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt (1939) 838-839, 843-845
 Devisenreserven 431, 435, 441, 793
 Dichtung 192-194
Doktor Mabuse (Film) 160
 Donop, Lippe 521
Dopolavoro (Nach der Arbeit) 565
 Dominikanische Republik 674
 Dorfgemeinden 519-527
Drei kleine Schweinchen (Zeichentrickfilm von Walt Disney) 161
 Dreissigjähriger Krieg 853
 Dresden 210, 385, 687-688
 Dresdner Bank 478-479
 Dritte Republik (Frankreich) 305
 Düsseldorf 78, 79, 272
 - Ausstellung «Entartete Kunst» 219
 - Gestapostelle 119, 129
 - Novemberpogrom 1938 707
 - Reichsmusikfest (1938) 234
 - Sondergericht 328
 - Theater 197
 Duisburg 581
 Durango 774
- E**
- Ecuador 432
 Ebermannstadt 843, 852
 Eglfing-Haar, Anstalt 617
 Eher Verlag, München 177, 183, 493, 652
 Eherecht (1938) 630-631, 685-686
 Eheschliessungen 630-631, 653, 663
 - aufgeschobene 629-630
 - Massenhochzeiten von SA-Männern 274
 - Mischehen 271, 650-651, 658, 661, 684-687, 729
 - «rassisch unerwünscht» 616, 653, 667
 - Zigeuner 639
 Ehestandsdarlehen 402-405, 445, 447, 462, 594, 619, 630-631
 Ehrengerichte 559
 Eichberg, Anstalt 617
 «Eintopfsonntag» 590-591
 Einzelhandel, Gesetz zum Schutze des 529
 Eisen 411, 413, 421, 434-436, 443-444, 453, 457-458, 481, 783, 793
 Eisenach, Gefängnis 313
 Eiserne Garde 734-735
 Elberfeld 425
 Elsass-Lothringen 744, 755
 Emsland 96
 Emigration
 - von Juden 22, 69, 455, 473-474, 479, 482-483, 673-674, 676-679, 682, 684, 697-698, 722-726
 - von Künstlern 23, 159, 173
 - von Universitätslehrern 23, 376
 Endecks 732-733
 England 647, 776
 - Aufrüstung 813, 845
 - Aussenpolitik 776, 783-784
 - globale Strategie 813
 - jüdische Einwanderer 725-727
 - Kriegserklärung 850-851, 862
 - Ultimatum an Deutschland 850
 - s. a. Chamberlain, Neville
 Entartung 613-618, 648, 855
 Enteignungen 411, 460, 473, 485, 487, 510, 703, 717, 719, 732, 801, 831, 855
 «Entjudung» 697, 796
 Epilepsie, erbliche 614
 Erbgesundheitsgerichte 615-616
 Erbhöfe 517-519, 525
 Erblichkeit von Krankheiten, Theorie der 613-615
 Erdkundeunterricht 325
 Erfurt 632
 Ermächtigungsgesetz (1933) 18, 20, 35
 Erntedankfest 526, 627
 Erster Weltkrieg 7-9, 225, 744-745
 - alliierte Blockade Deutschlands 419-420
 - Deutschlands Niederlage 596-597, 696-697

- Deutschlands protestantische Geistlichkeit 271
- «Dolchstoss-Legende» 695-696
- «Geist von 1914» 7-8, 150, 852
- Juden als «der Feind» dargestellt 695
- kämpferische Einheit und kämpferischer Geist der Front 609-610
- Kriegsromane von Remarque und Ettighofer 199
- Propagandabeauptungen 833
- Essen 40, 58, 78, 208, 454, 456, 481, 492, 714
- Esslingen 707
- Esterwegen (Emsland), Konzentrationslager 107
- Estland 432, 837, 839
- Eugenik, Eugeniker 7, 194, 384, 614, 619, 623, 855-856
- Evangelische Kirche
 - Anwesenheit uniformierter SA-Männer im Gottesdienst 275
 - Dominierung durch Deutsche Christen in Norddeutschland 281
 - Furcht vor Bolschewismus und Revolution 314
 - Gleichschaltung 275-276, 317
 - Innere Mission 273, 591-592
 - Konflikt zwischen Deutschen Christen und der Bekennenden Kirche 278-280
 - Neubesetzung von Kirchenämtern mit Deutschen Christen 276
 - politisch konservativ 271, 314
 - Prozess der Gleichschaltung 276
 - Übernahme des «Arierparagraphen» 279, 282
 - und die DDR 280
 - und Wohlfahrtseinrichtungen 591
 - Verlust an Macht und Einfluss 1939
 - s. a. Bekennende Kirche; Deutsche Christen
- Evian, Konferenz von (1938) 678, 726, 734
- Exporte 420, 431, 441, 453, 456, 801
- Expressionismus 6-7, 22, 193-194, 198, 202-203, 208-209, 215, 219
- Falkenstein 466
- Familie 323, 628
- Farmsen, Anstalt 618
- Faschismus, italienischer 66, 255, 256, 634-635, 751, 765
- Fiedlers Strumpfläden 478
- Film s. Kino
- Filmkreditbank 162
- Film-Kurier* 164
- Finnland 432, 567, 648
- Fischereiwesen 420-421
- Flossenbürg, Konzentrationslager 111-112
- Flugzeugproduktion 442-443, 582
- Folkwangmuseum, Essen 208
- Ford Motor Co. 399
- Forstwirtschaft 552
- «Fox tönende Wochenschau» 164
- Franken 280, 353, 556, 588, 652, 654, 709-710
- Frankfurt a.M. 119, 127, 219, 393-394, 396, 467, 637, 699, 714
- Frankfurter Zeitung* 174-177, 181
- Frankreich
 - Antisemitismus 736
 - Behandlung katholischer Priester durch deutsche Truppen (1870/71) 271
 - Besetzung des Rheinlands 556
 - Einschränkungen der Beschäftigung ausländischer Arbeiter 694
 - entzieht der Geistlichkeit die Kontrolle über das Schulwesen 305
 - Hitler behauptet Komplott der französischen Regierung mit Röhm 47
 - Impressionisten 209
 - Kommunistische Partei 755
 - pronatalistische Propaganda 634
 - Ultimatum an Deutschland 850
 - Volksdeutsche in 746
 - Widerstreben, sich auf einen Krieg vorzubereiten 747
 - Zwangsabtretung von deutschem Territorium an 8
- Franziskaner 300

- französisch-sowjetisches Abkommen
760, 767
- Frauen
- als Arbeitssuchende 445-448
 - als Heimchen am Herd 404
 - Bildung 361-362
 - Mütter für das Reich 632, 634
 - Wahlrecht 403-404, 626
 - und die NS-Gemeinschaft KdF 571
- Frauenbewegung 626, 628
- Frauen in der Arbeitswelt 445-448, 531
- Freiberg, Sachsen 312
- Freikorps 10, 45, 64, 67, 75, 272, 384, 508-509
- Freimaurertum 46, 180, 280, 799
- Freiwilliger Arbeitsdienst 408-409
- Freusberg (Sieg) 307
- Friedrichstadt 80, 706
- Führerprinzip 264, 267, 276, 282, 331, 334, 358, 379, 420, 507, 531, 547, 559
- Führerschule deutscher Ärzte 541-542
- Fuhlsbüttel, Gefängnis 123
- Fuhlsbüttel, Konzentrationslager 107, 491
- Fürstenwalde 483
- G**
- Galerie Fischer, Luzern 218
- Garmisch-Partenkirchen (Olympische Winterspiele) 691-692
- Geburtenziffer 363, 407, 624-625, 628-631, 634
- gefährliche Gewohnheitsverbrecher,
Gesetz gegen (1933) 94, 619, 648-649
- Gefängnisse 94-98, 106-107 «Gemeinschaftsfremde» 100, 108-109
– s. a. «Asoziale»
- Geigy AG, Schweizer Pharmaziekonzern 484
- geistig Behinderte 650
- Gemeinde- und Stadträte 61-62, 521
- General Motors Corporation 484
- Genf 748, 765
- Gera 38, 461
- Geschichte
- im Unterricht 320-322, 333, 378-382
 - und Liberalismus 322
- Geschlechtskrankheiten 539
- Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen (1933) 362, 680
- Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des Deutschen Volkes («Erbgesundheitsgesetz») 631
- Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre («Blutschutzgesetz») 241, 667-669
- Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit 558-559
- Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat (1933) 59-60
- Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses 614, 650-651
- Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit (Reinhardt-Programm) 402
2. Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit (2. Reinhardt-Programm) 402
- Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (1933) 326, 469, 478, 651, 673, 677
- Gestapo 119-134
- Durchsuchungen von Bibliotheken und Buchhandlungen 195
 - erneute Festnahme von Gefängnisinsassen nach Verbüßung ihrer Strafe 91-92, 668-670
 - Frühgeschichte 68
 - unter Heinrich Müller 120
 - Verhöre durch die 93, 123-124, 142
 - und Afrodeutsche 640-641
 - und die Bespitzelung von Fabrikarbeitern 135, 583-584
 - und Denunziationen 125-126, 129, 141-142, 667-668
 - und Homosexualität 646-647
 - und die Katholiken 291, 294, 304
 - und die KdF 570, 572
 - und die KPD 77-81, 85-86, 190

- und «Mischehen» 664, 668, 685-687
 - und Musik 250-252
 - und Österreich 794-795, 798
 - und die Presse 181-182
 - und die SPD 73-74, 79
 - und Thyssen 452
 - und die Tschechoslowakei 821-822
 - und die Weigerung von Studenten, sich am Ernteeinsatz zu beteiligen 365
 - und die Zeugen Jehovas 312-313
 - Gewerkschaften 454, 533, 553-554, 564
 - altgediente Mitglieder 71
 - ihre Büros von der SA verwüstet 16-17, 19
 - sozialdemokratisch orientiert 72-73
 - Übernahme durch die DAF 173, 446, 536, 554-555, 562, 564-565, 579
 - Verhaftungen 16-17, 19, 69
 - und Ley 561-562
 - « Gewohnheitsverbrechergesetz » (1933)94
 - Giessen, Universität 384 Gleichschaltung
 - des Bildungswesens 304, 328, 340, 758-759
 - der Evangelischen Kirche 274-275
 - der Fortbildungsprogramme für Häftlinge 95-96
 - von Musikinstitutionen 248
 - der Studentenvereinigungen 365-366
 - von Vereinen und Verbänden 20
 - Gleiwitz, Oberschlesien 584, 847
 - Glogau 46
 - Goldstandard 400
 - Görlitz 534
 - Gotha 461
 - Göttingen 475
 - Göttinger Tageblatt* 715
 - Griechenland 432
 - Grossbritannien 725-726
 - Grossdeutschland 772, 790, 795, 801, 817
 - Grosse Deutsche Kunstausstellung 220-221, 495
 - Guatemala 432
 - Guernica 774-775, 813
 - Gunzenhausen, Mittelfranken 466
- H**
- Haavara-Abkommen (1933) 675
 - Habsburger Monarchie 750, 785, 787-788, 805, 827
 - Hakenkreuzsymbol 33, 658-659, 787, 788
 - Halle-Merseburg 67, 81
 - Hamburg 38, 50, 58, 73, 89, 122-124, 137, 151, 215, 310, 393-394, 396, 689
 - Aktion gegen jüdische Unternehmen 470-472
 - Allgemeine Ortskrankenkasse 491
 - Arbeitsamt 408
 - «Arisierungsabteilung» 471
 - Devisenfahndungsamt 471, 717
 - geplante Hängebrücke 112, 223
 - Gestapo (im Polizeipräsidium) 123
 - Hamburger Elektrizitätswerke AG 491
 - Handelskammer 470, 472
 - Hitlerjugend 337-338
 - Kameradschaftshäuser 366
 - Landgericht 668
 - Oberfinanzdirektion 471
 - Polizei 110
 - Schaffung von Gross-Hamburg 495
 - Schliessung jüdischer Geschäfte 477-478
 - und der Novemberpogrom 1938 709
 - Hamburg-Amerika-Linie 64 Handel 433
 - Handelsvertragsverein 418
 - Handwerker 528-532, 535-536 – s. a. Mittelschicht
 - Handwerksinnungen 529-531, 535, Hannover 71, 86, 119, 326, 344, 582, 702
 - Hans Westmar: einer von vielen* (Film) 159, 324

- Haus der Deutschen Kunst, München 220-222, 438
 Haus Wahnfried, Bayreuth 241
 Heidelberg, Universität 356, 358, 367, 371, 382-383, 545, 550, 623
 Heidentum 293, 308, 310,
 Heiliges Römisches Reich 5, 801
 Heimtückegesetz 126-128, 130, 132, 141-142, 144
 Heimwehren (Österreich) 752, 785, 794
 Henkel AG 480
 Herrenclub, Berlin 762
Der Herrscher (Film) 159-160
 Hertie-Kaufhäuser 425, 462-463
 Hessen 467, 655, 702, 704
 Hirschberg 46
Historische Zeitschrift 379
 Hitlergruss 133, 152-153, 179, 251, 297, 299, 312, 326, 328, 497, 521, 599, 763, 769, 787, 821
 Hitlerjugend (HJ) 123, 145, 195, 244, 252-254, 278, 291-292, 294-295, 297, 305, 307-308, 320, 331-343, 347-348, 352-353, 355, 366, 524, 541, 593, 604-605, 618, 622, 626-627, 709, 711, 758-759, 981, 859-860
Hitler junge Quex (Film) 199, 320, 324
 Hitlerputsch (1923) 11-12, 46, 57, 151, 154, 170, 222, 280, 370, 372, 394, 556, 703, 706, 713
 Hlinka-Garde 824
 Hochschulkommission der NSDAP 370
 Höhner AG 253-254
 Holland 432, 549, 676, 726, 746, 836
 Homosexualität 51, 65, 112, 140, 300-301, 342, 347, 366, 592, 642-651, 778
 Horst-Wessel-Lied 50, 153, 159, 260, 692
 Hotel Blum, Oberhof 486
 Hotel Dreesen, Bad Godesberg 814
 Hotel Hanselbauer, Bad Wiessee 41
 Hotel Kaiserhof, Berlin 32
 Hradschin, Prag 827
 Hyperinflation 225, 415, 418
- I**
 I.G. Farben 64, 67, 102, 174-177, 427, 450-452, 456-457, 478-479, 584, 796, 822-823
 Importe 419-423, 425, 427, 431, 433, 440-441, 443, 553
 Industrie
 - Änderung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern 558-559
 - finanziert die Wahlkämpfe der NSDAP 17
 - Investitionen 413, 498
 - und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter 6
 - und Verlust des Arbeitsplatzes 9
 - s. a. einzelne Unternehmen
 Inflation 8-9, 37, 95, 187, 214, 273, 415, 417, 422, 431, 438, 498
 Innenministerium, preussisches 44, 110
 Intelligenztest 616-617, 620
 Internationale Brigade 773-774
 Internationaler Sozialistischer Kampfbund (ISK) 72, 74
 Investitionen 367, 397, 406, 413, 458
 Istanbul 567
 Italien
 - Exporteur in das Dritte Reich 432
 - Familienpolitik 634-635
 - Hitler plant Annexion deutschsprachiger Gebiete in 744
 - Imperialismus 766
 - italienische Saisonarbeiter in Deutschland 449
 - Kampf zwischen Kirche und Staat 305-306, 635
 - korporativer Staat 421, 557, 751
 - Tourismus 567, 572
- J**
 Jagd 494-495
 Japan 761
 Jazz 9, 231, 243, 248, 250-253, 257

- Jehovas Zeugen (Ernste Bibelforscher) 112, 312-314, 648
- Jena, Universität 370
- Jesuiten 309
- Journalismus 22, 174-183
- Juden
- Aberkennung der Staatsbürgerschaft 650-651
 - Anschläge auf jüdische Firmen 460-476, 478-479, 532, 788
 - Architekten 223
 - Ärzte 361, 613-614, 696
 - Ausgrenzung 667, 680, 683, 855-856
 - Ausschluss aus dem Theater 196-197
 - Beamte 21, 322, 472, 660, 855
 - Bevölkerung 7, 673, 679
 - Boykott jüdischer Geschäfte 21-22, 462, 465-467, 469-470, 476, 478, 529, 549, 651-652, 654-655, 657, 666,
 - Druck auf die Kirchen, jüdische Angestellte zu entlassen 276
 - Emigration 22, 69, 455, 473-474, 479, 482-483, 673-679, 682, 684, 698-699, 722-724, 726-727
 - Enteignung von 460, 473-474, 485, 717, 719
 - in der deutschen Gesellschaft und Kultur 7
 - konvertierte 281-282, 314, 661, 725
 - Kriegsveteranen 21, 33, 684, 726-727
 - Künstler 22, 173, 202, 208-209, 683,
 - Legalisierung der Abtreibung für jüdische Frauen 625
 - Mischehen 658
 - Modemacher 633
 - Morde an (während der «Röhmmaffäre») 46
 - Musiker 22, 248, 173, 234-238, 240, 248, 683
 - Niemöllers Einstellung zu den 273, 281
 - Novemberpogrom 1938 702-716, 800-801
 - polnische 733-734
 - «rassische» Definition 660
 - Reichsvereinigung der Juden in Deutschland 721
 - Reichsvertretung der deutschen Juden 677
 - Reichszentrale für jüdische Auswanderung 723, 798-800
 - rumänische 432, 734-735
 - russische 700
 - Schriftsteller 176, 185-186, 195-196, 683
 - als Sündenböcke 528-529
 - Synagogen 22, 466, 684, 699, 702-706, 710, 712-713, 801 673, 677, 689, 695-696, 732, 744
 - ungarische 735-736
 - Wissenschaftler 22, 374-378, 385
 - Wohlfahrtseinrichtungen 679-680
 - Zwangsarbeit 721-722
 - und das deutsche Bildungswesen 321-323, 326-327, 357-358, 362, 385, 651, 679-682
 - und der Bolschewismus 22, 434
 - und die Hitlerjugend 333
 - und die Winterhilfe 590
 - s. a. Antisemitismus; «Arisierung»
- Jüdisches Musik-ABC* 234
- Jugoslawien 745, 797, 837
- Junker 503, 506, 509, 515
- s. a. Adel
- Justizministerium, preussisches 28
- Justizwesen 313, 445, 549, 646, 651, 735
- K**
- Kabarett 9
- KaDeWe (Kaufhaus des Westens) 461
- Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 377
- Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik und Technik 373, 377
- Kalvinisten 271
- Kameradschaftshäuser 365-366

- Kamerun 640
- Kampfbund für deutsche Kultur 169-172, 372
- Kanada 674, 761
- Kapos 114
- Kapp-Putsch (1920) 10, 45, 272, 384
- Karl Marx-Schule, Berlin-Neukölln 327
- Karlsbad 74
- Karlsruhe 224, 394, 710, 768-769
- Karpato-Ukraine 824, 832-833
- Kassel 181, 703, 710, 768
- Kastration 648-649 «Katakombe», Berlin 497
- Katholische Aktion 44, 299
- Katholische Kirche 276, 293-294
- angebliche Veruntreuungen 294, 297
 - Beschuldigungen der Homosexualität und Pädophilie 300-302
 - Bismarck und die 6, 271, 288, 293-294, 304-305, 314
 - Ermordung prominenter Katholiken 292
 - Furcht vor Revolution und Bolschewismus 314
 - Goebbels und die 288, 294
 - Heydrich und die 44, 288, 299
 - Himmler und die 289, 291, 294, 299
 - Hitler und die 288, 291, 295, 299, 304, 627, 766
 - ihre Macht in Italien 305, 634-635
 - Index verbotener Bücher 293, 307
 - in Österreich 304, 782, 791-793
 - Konkordat (1933) 18, 289, 291, 296-297, 304, 755
 - Konservatismus 314-315
 - Macht und Einfluss 1939 stark eingeschränkt 304
 - *Mit brennender Sorge* (päpstliche Enzyklika) 298-300
 - und die Saarländer 755
 - und Empfängnisverhütung 625
 - und Zwangssterilisierung 624
- katholische Gemeinschaft
- Beamte 19-20
 - Caritasverband 591-592
 - Gewerkschaften 289
 - Jugendorganisationen 291, 297, 307-308, 331-332
 - Laienorganisationen 19-20
 - Lehrerbund 327
 - Mitgefühl mit den Juden 656-657
 - Opposition gegenüber dem Nationalsozialismus 318
 - Treue gegenüber dem Papsttum 271
 - Verfolgung und Inhaftierung 127
 - Versuch, sich in das gesellschaftliche und politische System zu integrieren 6
 - und die Ermordung Klauseners 44, 292
 - und die Gestapo 291, 294
 - und der Pogrom 1938 712
 - und die Presse 183
- Kaufbeuren-Irsee, Anstalt 617
- Kaufhof AG 463
- Kautschuk 450, 856
- s. a. Buna
- KdF-Wagen (später «Volkswagen») 398-399, 411
- Kernspaltung 378
- Kiel 272
- Universität 356-357, 370
- Kinder 320-353
- Kino und Film 22, 155-165, 171-173, 184, 187, 199, 231, 249, 256-259, 261, 264, 324, 523, 569, 641, 683, 727, 741
- Kladno 829
- Klumpfuß 621
- Koblenz 58, 138, 224, 300, 346, 768
- Kohle 427, 440, 444
- Köln 182-183, 307, 343, 583, 595, 641, 712
- Universität 369
- «Kolonisierung» des Ostens 513, 515
- Kolumbien 432
- Kommunalbeamte und die NSDAP 60, 465, 472, 491, 545,

- Kommunistische Internationale (Komin-
tern) 78, 85, 123, 125, 658-659
- Kommunistische Partei Deutschlands
(KPD) 13, 17-18, 69-70, 75-80, 84-85,
619, 840
- Unterdrückung 17, 79
 - Widerstand und Unterdrückung 69-70,
75-81, 129, 133-134, 140, 190, 574-
575, 584, 591
 - und die Reichstagswahlen vom No-
vember 1932 13, 17-18
 - und die SA 13, 48-49
 - und die SPD 18, 74-79
 - s. a. Konzentrationslager
- Konkordat (1933) 18, 20, 289, 291, 296-
297, 304, 311, 755
- Königsberg 370, 468
- Konstanz 563
- Konzentrationslager 101-118, 648, 714,
856
- als Instrument einer rassistischen und so-
zialen Säuberung 108-109, 595
 - Brutalität des Lagerlebens 113-116
 - Diebstahl von persönlichen Besitztü-
mern und Geld 495-496
 - Eröffnung neuer Lager 107, 111
 - Freilassung jüdischer Häftlinge mit
Auswanderungspapieren 723
 - Gewerkschafter in KZs 19, 101, 105,
108, 113
 - Häftlingskleidung 112-113
 - Karte der Lager 106
 - Kommunisten als KZ-Häftlinge 17,
102, 105-106, 108, 113
 - «marxistische» Funktionäre als Häft-
linge 118
 - Sozialdemokraten in KZs 19, 101,
107-108, 114
 - Überstellung von Gefangenen in KZs
91-93, 647-648, 668-669
 - Zeugen Jehovas 313-314
 - Zunahme der Todesfälle 108-109, 715
 - Zwangsarbeit 112
 - und die «Zentralstaatsanwaltschaft» 28
- s. a. Buchenwald; Dachau; Esterwe-
gen (Emslandlager); Flossenbürg;
Fuhlsbüttel; Lichtenburg; Mauthau-
sen; Neuengamme; Sachsenhausen
112
 - Köpenicker Blutwoche (Juni 1933) 28
 - Körle, Hessen 522-524
 - Körperbehinderte 614, 620-622, 650
 - Korruption 393-500, 594, 653, 594
 - Kowno (Kaunas) 832-833
 - Kreditanstalt 796
 - Krefeld 480
 - Kreisleiter 61-62
 - Kriegsrecht 39
 - Krössinsee bei Falkenburg, Pommern,
Ordensburg 348-349
 - Krupp-Werke, Essen 135, 413, 454, 455-
456, 492
 - Kruzifix 295-296, 308, 599
 - Kuba 674
 - Kubismus 210, 213
 - «Kulturbolschewismus» 173, 205, 207,
209, 213, 235
 - Kulturbund, Jüdischer 682-684
 - Kunst 6-7, 22-23, 149, 172, 173, 202-229,
495, 566, 855
 - abstrakte 7, 9, 22, 202-203, 207-208,
210, 855
- L**
- Ladeninhaber s. Mittelschicht
- Lalleri s. Zigeuner
- Landsberg 12, 397
- «Landstreicher» 108-109, 698
- Landwirtschaft; s. a. Bauern 13, 510-513,
515-516, 518, 526
- Landwirtschaft und Ernährung, Reichs-
ministerium für 512
- Langenpreising 521
- Lebensborn 631
- Lebensraum 12, 325, 383, 412, 420, 434,
436-437, 499, 507, 515, 607, 697, 804,
826, 836
- Legion Condor 773-775, 785

- Lehrer 20, 126, 179, 305, 320, 323-332,
 334, 340, 343-345, 348, 351-353, 359,
 519, 537, 680-681, 735, 756, 860
 - s. a. Bildungswesen
 Leipzig 236, 374, 548, 629, 781
 Leoding 790
 Lesbierinnen 643-644
 Lettland 432, 837, 839
 Leverkusen 556
 Libyen 567
 Lichtenburg, Konzentrationslager 107,
 112, 495
 Liechtenstein 746, 768, 792
 Linz 788-789, 791, 793, 795, 798, 801
 Lippe 141, 521
 Literatur 9, 184-196, 199-201, 205, 257,
 264
 Litauen 432, 746, 825, 832-833, 847
 Locarnopakt 749, 767
 Löhne 578-583
 London 217-218, 761-764, 776, 813, 838,
 844, 850
 London Philharmonie Orchestra 236
 Lübeck 198, 398, 706
 Luzern 218, 312
 Luckau, Gefängnis 91
 Lufthansa 442
 Luftwaffe 412
 - Aufrüstung 412-413, 414, 436, 438,
 440, 443
 - beauftragt Hindemith mit der Kompo-
 sition eines Stücks 242
 - Bekanntgabe ihrer Existenz durch die
 deutsche Regierung 414-415, 759
 - Rauchverbot in ihren Räumen 387
 - Schaffung der 412-413, 442
 - Zerstörung nach dem Ersten Welt-
 krieg 8
 Lüneburg 625
 Lutheraner 271, 599
 Luxemburg 746
- M**
M (Film von Fritz Lang) 164
Der verrückte Professor (Zeichentrick-
 film von Walt Disney) 161
 Madagaskar 734
 Madeira 567
 Madrid 775
 Magdeburg 203, 654, 699, 704
 Mähren 360, 514, 724, 822, 827, 832, 858
 Mannesmann 478, 481
 Marburg 38, 280, 360, 366, 467, 475
 Marienburg 349
 Marine 8, 67, 272, 413, 415, 436, 438,
 440, 442-443, 761
 Marxismus/Marxisten 70, 73, 118, 143-
 144, 195, 265-266, 273, 296, 314, 317,
 335, 337, 451, 596-597, 603, 760
 Mathematik 375
 Mauser, Rüstungsunternehmen 413
 Mauthausen, Konzentrationslager 111-
 112, 795
 Mayer und Sohn, Offenbach 481
 Mecklenburg 186, 203-204, 290, 513, 541
 Medizin 359, 361, 377, 384-387, 543,
 616-617
 Mefo-Wechsel 419, 438
 Memelgebiet 825, 832-833, 860
 Menschewiki 75
 Meppen 714
 Metallindustrie 481, 582
 Metallurgische Forschungsgesellschaft
 419
 metallverarbeitende Industrie 582
Metropolis (Film von Fritz Lang) 160,
 164
 Metzingen 486
 Mexiko 306, 674
 Micky Maus 161-162
 Mietraching, Bayern 520
 Mitteleuropäisches Reisebüro 575
 Mittelfranken 708
 Mittelschicht/bürgerliche Schicht 6, 14,
 126, 263-264, 528-551, 604-610

- Angestellte und Beamte (der «neue Mittelstand») 536-537
 - Angst vor Kommunismus 14, 265-266
 - Ansichten über Kunst 213-214
 - Mittelstand (Handwerker und kleine Ladeninhaber) 528-536
 - Nationalismus 759-760
 - Reaktion auf die Morde der «Röhm-affäre» 49-50
 - religiöse Einstellungen 276
 - Wählerverhalten 9-14, 263
 - s. a. Wirtschaft; Beamte
 - Moderne 2, 5-6, 7, 9, 202, 207, 209-210, 219, 223, 231, 235, 243, 249, 256, 318, 552, 609, 856
 - Modernität des Nationalsozialismus 376-377, 388-389, 609-610, 624, 856-857
 - Motorenindustrie 410-411, 457
 - München 128, 302, 425, 476, 699, 709, 711
 - Ausstellung «Entartete Kunst» (1937) 211-215
 - Boykott jüdischer Firmen 467
 - Chamberlains erste Begegnung mit Hitler 814
 - Demonstrationen der SA 40
 - Frauenkirche 223
 - Industrie- und Handelskammer 477
 - Königsplatz 222-223
 - Michaeliskirche 299
 - Rathaus 703-704
 - revolutionärer Aufstand von Kommunisten und Linksextremen 10
 - SA als Hauptziel der Säuberungen (30. Juni 1934) 41-42, 45-48
 - Sondergericht 127
 - sozialdemokratische Gruppen in 71
 - Theater 197
 - Universität 357, 374-375, 383-384
 - Münchener Abkommen 815-816, 818, 823, 825-826, 844
 - Münster 272, 293, 657
 - Musik
 - jüdische Musiker 22, 234-239, 248
 - klassische 139-140, 230-250, 256
 - Kontrolle musikalischer Aufführungen und Institutionen 247-248
 - Jazz 9, 243, 248, 250-253, 257
 - Rundfunk 168
 - Swing 250, 252-253
 - Volksmusik 254
 - und die NS-Gemeinschaft KdF 568-569
 - Mütterdienst 626
 - Mütterheime 631
 - Mutterkreuz 627
 - Muttertag 626-627
- N**
- «Nacht der langen Messer» («Röhm-affäre») 27-53, 57, 59, 63, 68, 80, 90, 105, 140, 142, 144, 149, 153, 266, 292, 357, 485, 488, 560, 602, 778
 - Nahrungsmittelversorgung 424, 426, 499-500, 515
 - Nationalgalerie, Berlin 209
 - Nationalpolitische Erziehungsanstalten («Napolas») 344-348, 350-351, 361
 - Nationalsozialismus; NSDAP
 - Antiintellektualismus 23, 386, 537
 - Antisemitismus 14, 23-24, 258, 460, 638, 670, 696
 - Auswärtiges Amt 747-748
 - Blockwarte 134-135, 142, 247, 600-601, 671
 - schafft den Einparteiensstaat 5, 16-20
 - Feier der «Martyrer der Bewegung» 154, 222, 321
 - politische Führer 134-135
 - Gaue im Dritten Reich 58
 - Gauwirtschaftsberater 471, 480, 485
 - Gründung (1919) 11
 - Korruption 490-491
 - Kritik am 36-37
 - Mehrheit im Kabinett 35
 - Mitgliederzahlen 21
 - Programm (1920) 401, 510, 653-654

- als politische Religion gedeutet 316-319
- Putschversuch (1923) 11-12
- Rassenpolitisches Amt 368, 614
- Reichstagswahlen Juli 1932 14
- Reichstagswahlen November 1932 16
- Verachtung für Staat und Recht 57
- Weltanschauung 12, 14, 32-33, 143, 168, 198, 238-239, 248, 255, 236, 238, 314, 324-325, 340, 367-370, 404, 460, 539, 541, 586, 592, 605-606, 650, 666-668, 841, 859
- Zentralisierung 60, 62
- Zugang neuer Mitglieder gestoppt (Mai 1933) 29
- Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) 463, 553-554, 557-558, 560
- Nationalsozialistische Deutsche Oberschule am Starnberger See 351
- Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung (NSKOV) 689-690
- Nationalsozialistischer Deutscher Ärztebund 385, 540, 614-615
- Nationalsozialistischer Deutscher Dozentenbund 369-370, 374-375
- Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund (NSDStB) 195, 202-203, 307, 331, 354-359, 364, 366-368, 680
- Nationalsozialistischer Lehrerbund (NSLB) 303, 320, 323-328, 351-353
- Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps (NSKK) 226
- Nature* (englische Zeitschrift) 376
- Nervenheilstätten 211, 617-618
- Neudeck, Ostpreussen 37, 39, 54, 510
 - Neue Deutsche Heilkunde 385, 387, 540
- Neue Sachlichkeit 202
- Neuengamme, Hamburg, Aussenlager des KZ Sachsenhausen 112
- Neuer Plan (Schacht) 431-434, 439
- Neuer Vorwärts* 71
- Neues Beginnen 74
- Neues Testament 277, 307
- New York Herald Tribune* 417
- New York Philharmonie Orchestra 241
- Nicaragua 432
- Nigeria 432
- Nöltlingstiftung 320
- Norddeutsche Hefeindustrie 480
- Northeim, Niedersachsen 597-601
- Norwegen 432, 571, 623, 676, 837
- Nothilfeprogramme 587
- Novemberpogrom («Reichskristallnacht») 1938 702-731, 800-801, 820, 860
 - Attentat Grynspan auf vom Rath 702
 - Ausdruck der Radikalisierung des Regimes bei den Kriegsvorbereitungen 731
 - Enteignung der Juden 717, 719, 736-737
 - Gewalttaten während der ganzen Nacht 706-709
 - Hitlers Befehle zu dem 703-704
 - Kommentare des Reichspropagandaministeriums 715-716
 - 30'000 jüdische Männer in Konzentrationslager verbracht 714, 729
- Nachwehen 709-716, 726
 - und das Bestreben der Nationalsozialisten, die Juden zur Auswanderung zu zwingen 722-726, 800
- Novemberrevolution (1918/19) 9
- NSDAP, österreichische 751-754, 782, 784-786, 788-789, 791, 795-796, 798-799
- NS-Frauenschaft 404, 626-627
- NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude (KdF) 172, 565-578, 794, 859
- NS-Volkswohlfahrt (NSV) 135, 307, 591-593, 596, 599, 622, 627, 859
- Nürnberg 451, 584, 699, 856
 - Reichsparteitage 153-157, 207, 226-227, 241, 246, 264, 307-308, 317, 334, 345, 538, 659, 696, 730, 801, 814, 841-842, 846

Nürnberger Gesetze (1935) 650-651, 664, 666-667, 671, 684-685, 688, 689-690, 711-712, 729, 734, 758, 795, 830, 855
 Nutzfahrzeuge 397

O

öffentlicher Dienst 542-551, 553
 - Arbeitsplatzverlust 8-9
 - Einbussen an Einfluss und Prestige 359-361
 - Entlassung von «Doppelverdienern» 403
 - Juden als Beamte 21, 322, 472, 660, 855
 - Katholiken 19
 - Machtbefugnisse von Rudolf Hess 60
 - Säuberungen 21
 - Treueid auf Hitler 56
 - und Hitlers Missbrauch der «Verfügungsmittel des Reichspräsidenten» 487
 Oberkommando der Wehrmacht (OKW) 780, 810
 Oberprüfstelle für Schund- und Schmutz-literatur 195
 Obersalzberg, Bayern 61, 494, 742, 841, 843-844-845
 Öl 427, 440-443, 837
 Österreich
 - Annexion («Anschluss») 138, 789-800
 - Antisemitismus in 785, 795-800
 - Bezug von Lebensmitteln aus 437, 449-450
 - Exporteur nach Deutschland 432
 - Geburtsland Hitlers 11, 841
 - Volksdeutsche in 746
 Oldenburg 295-296, 518
 Olympische Spiele (Berlin 1936) 233, 378, 691-694, 703
 Opel 399, 484
 Oper 232-234, 237-241, 243-244, 566
 Operetten 252-253, 566, 569
 Oranienburg, Konzentrationslager 107

Ordensburgen 348-350, 361, 562, 609, 856

Organisation Escherich 272
 Osteria, Restaurant in München 503, 713, 716

Ostfriesland 518
 Ostmitteleuropa 325, 403, 433, 436, 808, 824-825
 - Volksdeutsche in 746
 - s. a. Mitteleuropa
 Othmarschen 223
 Ostpreussen 396, 446, 494, 507, 655, 825

P

Pädophilie 300, 649
 Palästina 673-675, 677, 679, 722, 725, 800
Panzerkreuzer Potemkin (Film) 157
 Papsttum 271
 - Angst vor dem Kommunismus 19-20
 - Konkordat (1933) 18, 289, 291, 296-297, 304
 - *Mit brennender Sorge* (Enzyklika) 298-300
 - Unfehlbarkeitsdogma (1871) 305-306
 - s. a. Pius IX.; Pius XI.
 Paraguay 432
 Paris 77, 703
 Pariser Filmfestival 157
 Pariser Weltausstellung (1937) 206, 227-228, 774
 Pazifismus 164, 189, 257-258, 355, 372-373, 626
 Peru 432
 Pfalz 137, 517, 664
 Pfarrernotbund 277-278
 - s. a. Bekennende Kirche
 Pfeilkreuzler (Ungarn) 734-735
 pharmazeutische Grossunternehmen 533
 Philippinen 674
 Philosophie 368
 Physik 324, 371-375
 Plebiszite 150, 749

- 12. November 1933
- 19. August 1934 72-73, 77, 137-138, 153
- 29. März 1936 771
- Saarabstimmung 754-759, 771, 788, 860
- Polen
 - territoriale Ansprüche gegenüber der Tschechoslowakei 823
 - Antisemitismus 732-734
 - Argwohn gegenüber der Sowjetunion 843-844
 - deutsche Vorstellungen von den Polen 842-843
 - Englands Garantie 834-835
 - Exporteur nach Deutschland 432
 - Gewinn von deutschem Territorium 8
 - Hitler erörtert eine Invasion mit Mussolini 845-846
 - Hitlers Grund für einen Angriff auf 836
 - Invasion deutscher Truppen in 848
 - Juden in 679, 700-701, 736-737
 - Katholizismus 276
 - Nationalismus 747
 - Nichtangriffspakt mit Deutschland 749
 - polnische Saisonarbeiter in Deutschland 365, 449
 - «Überfall» auf den Sender Gleiwitz 847 politische Witze 128, 131-132, 144, 497-498
 - und Hitlers Idee eines «Lebensraums» im Osten 381, 515
- politische Gefangene 69, 86-92, 97, 105-109, 112-114, 120-130, 648
- Polizei
 - bayerische 68
 - Befugnis zur Festnahme und Inhaftierung 100
 - Hilfspolizei 16, 28
 - Kriminalpolizei 69, 110
 - Politische 37, 39, 68
 - preussische 17, 28, 88
 - Verhöre durch die 93
 - Vereinigung mit der SS 69
- und Homosexualität 646
- s. a. Gestapo
- polnischer Korridor 744, 749, 825, 835-836, 842, 846
- Pommern 161, 467, 507, 516, 655
- Potsdam 263-264, 280, 282, 284, 344
- Prag 27, 71, 77, 137, 238, 251, 264, 335, 399, 812, 814, 824, 826-827, 830
- «Prager Manifest» (1934) 72
- Präventivmedizin 387
- Preise 422-426, 578
 - s. a. Inflation
- Prenzlau, Kreis 488
- Preussen 15, 37, 61-62, 68, 172, 271, 327, 490, 507, 516, 544-545, 681
- Propaganda 146, 262-268, 430, 548-549
 - antichristliche 296, 308-309
 - antisemitische 158, 652, 666
 - Bayreuther Festspiele 246
 - unablässige Bombardierung mit 859
 - Finanzierung der 17
 - Hitlerkult 151-155
 - Kampagnen der frühen dreissiger Jahre 255
 - Kritik der SPD am Propagandaapparat der NSDAP 71-72, 264-265
 - gegen die Körperbehinderten 620-621
 - Kultur- 255
 - hochverräterische Mundpropaganda 126-127
 - «Nacht der langen Messer» 46-47, 151-152
 - Panikmache in der 76
 - und Plebiszite 153
 - pronatalistische 626-627
 - propagandistische Behauptungen im Ersten Weltkrieg 833
 - Rundfunk- 165-169
 - *Triumph des Willens* 155-157, 256-257, 692
 - nationalsozialistische, in den Schulen 325

- Überzeugung der Nationalsozialisten von der positiven Macht der 150
 - Verbreitung erfundener Meldungen über die Misshandlung von Sudetendeutschen durch Tschechen 809
 - und Kunst 259
 - und die deutsche Sprache 262-263, 812, 833
 - s. a. Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda
 - Prora, KdF-Seebad auf Rügen 569
 - Prostitution 99, 238, 592, 616, 618, 670, 777-778
 - Protestantische Kirche s. Evangelische Kirche
 - Punch* (englische satirische Zeitschrift) 763-764
- Q**
- Quantenmechanik 373-374
- R**
- Radio Luxemburg 252
- Rassenbiologie und Rassenhygiene, neue Institute für 367, 384-385
- «Rassenschande» 653-655, 667-669, 685
- «Rassenhygiene «/-hygieniker 12, 194, 322, 361, 367, 384-388, 539, 541-542, 586, 608, 613-615, 624-625, 629, 640
- Rätedeutschland als Ziel deutscher Kommunisten 13-14
- Rauchen 387-388, 632-633
- Ravensbrück, Konzentrationslager 112, 840
- Recht, Rechtsanwälte 537-538
- Reformation 294
- Regensburg 71, 224
- Reich, Das* (Zeitschrift) 493
- Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung 490, 721
- Reichsarbeitsdienst 364-365, 598
- Reichsarbeitsministerium 448-449, 538, 558, 577, 582
- Reichsarchitektenkammer 223
- Reichsärztekammer 385
- Reichsaussenministerium («Auswärtiges Amt») 304, 703, 723, 747, 763, 765, 775, 804, 811, 838, 850
- s. a. Neurath; Ribbentrop
- Reichsausschuss zum Schutze des deutschen Blutes 663
- Reichsautobahn 393-398, 400, 408-410, 422, 430, 538, 570, 856
- Reichsbahn 397
- Reichsbank 218, 417-418, 431, 438-439, 469, 473
- Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 69, 118, 144, 492
- Reichsbund der Kinderreichen Deutschlands 628
- Reichsbund der Körperbehinderten 622
- Reichsbürgergesetz (1936) 659-662
- Reichsgesundheitsamt 638
- Reichsgericht, Leipzig 85
- Reichsjustizministerium 27-28, 84, 89, 92-93, 96, 301, 313, 445, 559, 658, 668
- Reichskanzlei 35, 50, 53, 57, 59, 61, 206, 225, 228, 233, 358, 436, 464, 575, 741, 846, 856
- Reichskriegsministerium 395-396, 490
- «Reichskristallnacht» s. November pogrom
- Reichskulturkammer 170-171, 173, 186, 202-203, 217, 717
- Reichslichtspielgesetz 163
- Reichsluftfahrtministerium 442
- Reichsluftschutzbund 689
- Reichsministerium des Innern 361-362, 475, 659, 663, 697, 718, 721, 723, 790, 822
- Reichsministerium für die kirchlichen Angelegenheiten 283-284, 344
- Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda 23, 150-151, 162, 220, 249-250, 261, 300-301, 588, 702-703, 715-716

- Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 169, 173, 303, 344, 354-355, 361-362, 370, 373, 380
- Reichsmusikfest (Düsseldorf 1938) 234
- Reichsmusikkammer 171, 230-233, 235-237, 239-240, 248, 250-251, 254
- Reichsmusikprüfstelle 236
- Reichsnährstand 420-424, 427, 512, 518-519, 525-526, 627
- Reichspost 489
- Reichspressekammer 177-178, 182
- Reichsrat 136
- Reichsrundfunkkammer 165
- Reichsschrifttumskammer 187, 190, 194-195, 200
- Reichsschule der NSDAP Feldafing 351
- Reichssicherheitshauptamt (RSHA) 69, 371
- Reichsstelle für Sippenforschung 664
- Reichstag
- faktische Ausschaltung des 487
 - Eröffnung in Potsdam (21. März 1933) 151
 - akzeptiert Hitlers Rechtfertigung für die Morde an Röhm und anderen 49
 - Hitlers Reden über die Besetzung des Rheinlands 767-769
 - Hitlers Reden über die Wehrmacht 780
 - Hitlers Rede über die Tschechoslowakei (18. März 1938) 803
 - Hitler verkündet die Annullierung der Abkommen mit England und Polen 836
 - Hitler verkündet den Einmarsch in Polen 848
 - Reichstagsbrand 17, 75, 79, 84, 123, 266
- Reichstagsbrandverordnung (28. Februar 1933) 18, 20, 84-85, 132-133, 138, 195
- Reichstagswahlen s. Wahlen Reichstheatergesetz 196
- Reichstheaterkammer 171, 197, 297
- Reichsverband der deutschen Automobilindustrie 494
- Reichsverband der Deutschen Industrie 455
- Reichsverband der Deutschen Presse 22, 178, 183, 238
- Reichsverband der deutschen Tierärzte 533
- Reichsverband der Privatversicherungen 428
- Reichsverband der deutschen Zeitungsverleger 22
- Reichsverband des deutschen Gastwirts-gewerbes 496
- Reichsverband deutscher Bahnhofsbuchhändler 182
- Reichsverteidigungsrat 414 Reichswehr
- Beschränkungen durch den Versailler Vertrag 8, 10-11, 29-30, 412-413
 - und Hitlers Putschversuch 1923 12
 - und die Weimarer Republik 14-15
 - unterstützt die Regierung Hitler 1933 18
 - s. a. Wehrmacht
- Reichswerke «Hermann Göring», Salzgitter 453, 456, 458
- Reichswirtschaftsministerium 427, 431, 435, 455, 462, 464, 529, 551, 578, 582, 675, 780
- Reichszentrale für jüdische Auswanderung 723, 798-800
- Reichszentrale zur Bekämpfung der Homosexualität und Abtreibung 646
- Reiterverbände 508-509
- Relativitätstheorie 372-373
- Religion s. Christentum
- Reparationen 8-9, 745, 748-749
- Revolutionäre Sozialisten Deutschlands 72
- Revuefilme 163, 231
- Rheinland 137, 139, 281, 496, 556-557, 572, 639-640, 655, 748, 766-767, 770-771, 772, 808, 818
- Afrodeutsche 639-640

- Wiederbesetzung des 766-771, 802, 835, 860
 - Rheinland-Westfalen 760
 - Rheinmetall GmbH 413, 453
 - rheumatische Arthritis 622
 - Rheydt 581
 - Robert Ley* (Schiff) 568
 - «Röhmaffäre» s. «Nacht der langen Messer»
 - Rohstoffe 420, 423, 431, 433-437, 443, 445, 449-450, 452-453, 473, 499, 530, 535, 578-580, 783, 809
 - Rom 20, 288, 298, 304, 801
 - «Achse Berlin-Rom» 775-776
 - Roma s. Zigeuner
 - Rosenheim 295
 - Rostock 584
 - Rote Armee 272, 838
 - Rote Fahne* 77
 - Rote Hilfe 81
 - Rotes Kreuz 189, 591
 - Rotfrontkämpferbund 69, 88, 144
 - Ruhrgebiet 272, 328, 601, 817, 818
 - Afrodeutsche im 640
 - bewaffneter Aufstand von links (1920) 10
 - französisch-belgische Besetzung (1923) 9, 454, 760
 - Katholiken im 818
 - Kommunisten im 80
 - Lebensmittelknappheit 425
 - Schlageter erschossen 272
 - Rumänien 432, 678, 734-735, 745, 824, 837
 - Rummelsburg 34
 - Rundfunk 22, 165-169, 183, 231, 252, 258, 264, 301, 358, 400, 523, 752, 827, 846
 - Russland s. Sowjetunion
- S**
- SA s. Sturmabteilung
 - SA-Mann, Der* (Zeitschrift) 180
 - SA-Mann Brand* (Film) 158
 - Saarabstimmung 709, 754-759, 768, 788, 793, 860
 - Saarbrücken 125-126, 352, 714, 759
 - Saarland 514, 591, 709, 754-759, 768
 - Sachsen 338, 425, 554, 581, 688
 - Sachsenburg, Konzentrationslager 107
 - Sachsenhausen, Konzentrationslager 107, 110, 112, 115, 189, 284-285, 313-314, 714
 - Sager und Woerner, Tiefbauunternehmen 394
 - Salamander Schuhfabrik 469-470, 481
 - Salzgitter 453
 - Säuglingssterblichkeit 631-632
 - Scapa Flow 488
 - Schatzanweisungen 402, 500
 - Schauprozesse 81-82, 85-86
 - Scheidung 630-631, 685-686, 855
 - Schizophrenie 614, 617
 - Schlesien 518, 572, 745, 842-844
 - Schleswig-Holstein 58, 344, 417, 514, 517, 847
 - Schleswig-Holstein* (Schlachtschiff) 847
 - Schönheit der Arbeit 586, 593
 - Schriftleitergesetz 178
 - Schuhindustrie 469-470
 - Schulen s. Bildungswesen
 - «Schutzhaft» 17, 28-29, 84, 86, 92-93, 138, 484-485, 794, 831
 - s. a. Konzentrationslager
 - Schwachsinn 614, 616-617, 620
 - Schwanenwerder 493
 - Schwarzmarkt 425, 444, 518
 - Schweden 432, 623, 837
 - Schweinitzer Kreisblatt* 181
 - Schweiz 131, 182, 239, 432, 439, 623, 745, 762, 781
 - Seeker and Warburg (Verlag in London) 672
 - Sein letzter Befehl* (Film) 159
 - Sexualität 539, 628
 - Sexualstraftäter 109, 300-301, 648-649
 - Shanghai 725
 - Sibirien 82
 - Sicherheitsdienst des Reichsführers SS (SD) 698

- Aufforderungen, nicht in jüdischen Geschäften zu kaufen 466
- Besetzung von Posten der Politischen Polizei mit eigenen Leuten 68
- Heydrich als Chef 40, 66-67, 69, 105
- von Himmler eingerichtet 66
- «Judenreferat» 675, 677, 799
- Ohlendorf als Leiter der Wirtschaftsabteilung 66
- Unterabschnitt Koblenz 138
- über das Beamtentum 542-543
- über Historiker 380
- über eine «Kriegspsychose» 816
- über den deutschen Rundfunk 169
- über Universitäten 371
- und Heisenberg 374-375
- und die Hitlerjugend 343
- und polnische Juden mit Wohnsitz in Deutschland 700
- und «entartete Kunst» 219-220
- und die Tschechoslowakei 821-822
- Siegerland 350
- Siegfried Kroch GmbH 486
- Siegfriedlinie s. Westwall
- Siemens-Schuckert AG 64, 481-482, 538, 560, 573
- Simson (Waffenfabrik) 474
- Sinti s. Zigeuner
- Skodawerke 808, 830
- Solingen-Ohligs 77
- Sondergerichte 87-88, 126-128, 130, 312, 328, 818
- Sonthofen, Ordensburg 348-350
- Sowjetunion
 - Arbeitslager 82
 - in den Augen der Nationalsozialisten eine wachsende Bedrohung im «Lebenskampf der Völker» 434
 - rastlose Bekämpfung des Individualismus 255
 - Bürgerkrieg (1918-1921) 606
 - Einschränkungen der Geburtenkontrolle 634
 - polnische Einstellung zur 842-843
 - Fünfjahresplan 451
 - deutsche Invasion in die (1941) 795
 - Juden 700
 - Kollektivierung der Landwirtschaft 81, 607
 - Kulturpropaganda 255
 - sozialistischer Realismus 255
 - Staatseigentum an der Industrie 607
 - Revolution 1917 («Oktoberrevolution») 10
 - Russisch-Orthodoxe 271, 276
 - Säuberungen 81-83, 606-607, 838
 - Schauprozesse 82
 - Tote unter Stalin 82
 - deutsche Überzeugung von der Rückständigkeit der Slawen 266
 - Unvermeidlichkeit einer Konfrontation mit der 435
 - Verfolgung der christlichen Kirche 306
 - Volksdeutsche in der 746
 - Sozialdarwinismus 7, 319, 498-499, 586, 608, 625, 857
 - s. a. «Rassenhygiene»
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
 - Bericht über Handwerker und kleine Ladenbesitzer 533-536
 - soziale Einrichtungen vor dem Frühsommer 1933 591
 - ihre Führer im Prager Exil 37, 72, 335, 657, 829
 - Grundsätze 6, 74
 - unterstützt Hindenburg 15
 - marxistische Ideologie 70, 265-266
 - ausgedehnter Kulturapparat 574-575
 - Massenverhaftungen von Führern 19, 72, 78
 - Mitgliedschaft 6, 75-76
 - Neubeginnen und andere Gruppen 74
 - Opposition zum Nationalsozialismus 69-71, 564-565
 - Propaganda 255
 - Reichstagswahlen November 1932 18
 - Terror gegen 12, 17, 19, 87, 140, 584

- Unterdrückung 17, 20, 538
- Verlust der Fähigkeit zu selbständigem Handeln 553
- und Denunziationen 129-130
- und die Hitlerjugend 335-336, 338, 340-343, 352-353
- und Journalismus 178
- und grosse Koalition 12
- und die Kommunisten 18, 74-79
- und der Novemberpogrom 1938 706, 711
- und die NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude 573-575, 577
- und das Plebiszit von 1934 71-74
- und die «Röhmaffäre» 41, 49
- s. a. Konzentrationslager
- soziale Abweichung 615-616, 624
- Sozialarbeiter 616, 638
- Sozialistengesetze (1878-1890) 70
- Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands 74
- Sozialistische Blätter* 71
- «sozialistische Front» 71
- sozialistischer Realismus 255
- Soziologie 382-383
- Spanien 79, 255, 314, 772-775
- Spanischer Bürgerkrieg 312, 314, 772-775, 839
- Spartakistenaufruf (Berlin, Januar 1919) 78
- SS (Schutzstaffel) 63-69
 - Adelige in der 504-509
 - richtet Angriffe gegen Joachim Haupt 347
 - Ärzte 541
 - Aufbau durch Himmler 63
 - Behandlung von Juden in Österreich 796-797
 - Bildungsniveau 65
 - Boykott jüdischer Unternehmen 467, 654
 - konfisziert die Bücher verbotener Autoren 195
 - Eichmanns Eintritt in die 798-799
 - Ermordung Schleichers 43-44, 143, 488
 - Finanzierung durch Sponsoren 64
 - Fragen der Eheschliessung 65
 - von der Gestapo bei brutalen Verhören eingesetzt 121-123
 - Hierarchie 64
 - Himmlers Pläne 309
 - Hitlers Leibwache 40, 63
 - im KZ Sachsenhausen 285-286
 - auf dem Nürnberger Reichsparteitag 153,156-157
 - «Putsch»-Warnung 39
 - «Nacht der langen Messer» 41, 57-59, 63
 - bedroht die Redakteure der *Frankfurter Zeitung* 174-175
 - Säuberungen 65
 - nominell Teil der SA 37-38
 - «Totenkopfverbände» 104, 117
 - Uniformen 64
 - Verfolgungen 30
 - Vergleich mit der SA 63-64, 65
 - erste Zusammenlegungen mit der Polizei 68-69
 - und Herrenrasse 632
 - und Homosexualität 347, 643, 645-647
 - und Katholiken 292, 295
 - und Konzentrationslager 103-105, 108, 112-118
 - und die NS-Gemeinschaft KdF 570
 - und «Rassenhygiene» 614
 - und Religion 292, 295, 313-314
 - und Bernhard Rust 354
 - und Johannes Stark 375, 377
 - und die Tschechoslowakei 822
 - und das Winterhilfswerk 588-589
- staatsbürgerliche Freiheiten 6, 16-17, 144
- Stade, Norddeutschland 526
- Stadelheim, Gefängnis in München 41-42, 46
- Stahl 411, 413, 421,436, 441, 443-444, 453-454, 457-458, 825
- Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten 10, 29-30, 48, 203, 280, 284, 490, 507, 537, 591, 689
- Stahlpakt 837, 845

- Statistisches Reichsamt 543
 Steiermark 783
 Sterilisierung 388, 540, 614-624, 640, 855
 Stern A.G., Schrott- und Eisenhandelsfirma, Essen 481
 Stettin 101, 119, 122, 166, 224, 290, 398, 416, 858
 Steuern 9, 397, 472-474, 493-494, 605-606, 628-629, 696, 719
 Strafgesetzbuch (1871) 90
 Stralsund 203, 460, 655
 Straubing 620
 Stresa 760, 765
 Stresafront 761
 Studenten s. Universitäten und Hochschulen
Stürmer, Der 127, 179-180, 252, 321, 324, 556, 652, 665-667, 693
 Sturmabteilung (SA)
 - Aktion gegen jüdische Geschäfte 461, 481, 652, 657
 - gewalttätiger Aktivismus 21, 31, 51-53, 119, 149, 267-268, 546-547, 698-690
 - Antisemitismus 652
 - Arbeitslosigkeit 13
 - Bedrohung für die Reichswehr 29, 32-34, 51
 - ärztliche Dienstleistungen 541
 - Eingliederung des Stahlhelms in die 29
 - Forderungen von Spenden 455
 - von Göring als Hilfspolizei verpflichtet 16-17, 28
 - Hindernis für Himmlers Ambitionen 38
 - Kandidaten für Arbeitsplätze 490-491
 - Köpenicker Blutwoche (Juni 1933) 28
 - Mitgliederzahlen 18, 21, 29
 - auf dem Nürnberger Reichsparteitag 1934 153, 156
 - uniformierte Präsenz bei Gottesdiensten 275, 310
 - Prinz August Wilhelm in der 507
 - Raub von Geld und Gegenständen aus jüdischen Wohnungen und Häusern 484-485, 495
 - Röhm denkt an eine nationale Miliz 32-33
 - Rolle im Bildungswesen 321, 345, 351, 356-357
 - wird ihrer Rolle beraubt 28-29
 - Rückgang der Mitgliederzahlen 51
 - «Säuberung» während der «Röhm-affäre» 43-46, 51, 652, 750
 - eigenes System der Gerichtsbarkeit 31
 - Überfälle auf kleine Geschäfte 461-462
 - Vergleich mit der SS 63, 65-66
 - Verfolgungen 30
 - Vergleich mit der SS 63, 65-66
 - Zwischenfall beim Radsportverein in Körle 524
 - Zwischenfall im Hotel Kaiserhof (Berlin) 32, 508
 - und die Hitlerjugend 337-338
 - und Homosexualität 644-645
 - und Jazz 251
 - und die Katholiken 295
 - und die Knappheit an Rohstoffen 444
 - und die Kommunistische Partei 13, 48
 - und der Novemberpogrom 1938 706-707, 709
 - und Sammlungen für soziale Zwecke 591
 - und die Sozialdemokraten 13, 19, 28
 - und Volksabstimmungen 135-137
 Stuttgart 707
 Sudetenkrise 700, 829, 842, 851
 Sudetenland 745, 805, 807, 816, 818, 821-822, 855
 Südafrika 725
 Swing, «Swingjugend» 252-253
 Syllabus Errorum 305-306

T

- Tack (Schuhhaus) 481
- Tag der nationalen Arbeit 19, 151, 168, 246, 602
- Tag der nationalen Solidarität 590
- Tag von Potsdam (21. März 1933) 18, 50, 151, 274, 547, 602
- Tanganjika (später Tansania) 640
- Tannenbergbund 308, 310
- Taubheit, erbliche 614
- Technik und Technologie 23, 392-395, 538, 607-608
- Telegraphen-Union 180
- Teschen, Tschechoslowakei 823
- Textilien 440
- Theater 169-171, 196-198, 297, 566, 568-569, 571, 575, 577, 626-637, 681-683, 728
- Theologie 383-384
- Thingspiele 198
- Thüringen 384, 485
- Tierärzte 533
- Tobis, Filmgesellschaft 163
- Todesstrafe 84, 87-90, 94, 98-99, - 105, 473, 643
- Tourismus, kommerzieller 575
 - s. a. NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude
- Transport 218, 424, 531, 558, 711
 - s. a. Reichsautobahn
- Treuchtlingen 708, 714
- Treuhänder der Arbeit 558-559, 579, 582
 - Gesetz über Treuhänder der Arbeit 558
- Trier 581
- Triumph des Willens* (Film) 155-157, 261
- Trossingen 253-254
- Tschechoslowakei
 - Bezug von Nahrungsmitteln aus der 437, 449-450
 - deutsches Protektorat 826-827
 - Exporteur nach Deutschland 356
 - Hachas Abkommen mit Hitler 826-827

- Hitler will Abtretung der deutschsprachigen Gebiete 744-745, 777, 803-804
- Münchener Abkommen 815-819, 821-822
- polnische und ungarische Gebietsforderungen 823-824
- slowakische Unabhängigkeit 823-824, 826
- verglichen mit Österreich 807-808, 812
- Volkgruppen in der (1920-1937) 746, 806
- Zerschlagung der (1938-1939) 828, 851
- s. a. Sudetenland; Sudetenkrise
- Tubenligatur 616, 620, 641
- Türkei 837

U

- Ufa (Universum Film Aktiengesellschaft) 161-162
- Ukraine 81, 515
- Ullstein Verlag 167, 174, 177, 186
- uneheliche Geburt 631
- Ungarn 58, 238, 290, 346, 360, 372, 432, 676, 724, 734-736, 745, 797, 806, 814, 823-824, 826, 828, 832, 837, 854
- Universal Filmgesellschaft 161
- Universitäten und Hochschulen 20, 354-389
 - ihr Niedergang in Deutschland 360, 363-366, 376, 539, 604-605
- Unterhaus (England) 834, 849-850
- Untermassfeld, Gefängnis 92
- Uruguay 432, 674

V

- Vasektomie 616, 620, 641
- Vatikan 296-297, 301, 304, 631
 - s. a. Papsttum
- Veitstanz (Huntington-Chorea) 614
- Veldenstein, Burg 494
- Venedig 750
 - Filmfestival 157
- Venezuela 674

Verbrecher
 Vereinigte Staaten
 - Hindemith emigriert in die 242
 - Hitler prophezeit gigantischen Zusammenstoss mit den 442
 - Juden als Geiseln, um die USA von einem Eintritt in den Krieg abzuschrecken 731
 - jüdische Einwanderer 673, 725
 - Richard Krebs emigriert in die 125
 -Zeugen Jehovas 312
 - Zwangskastration in den 648
 - Zwangsterilisierung in den 622-623
 Vereinigte Stahlwerke 453
 Vergewaltiger 649
 Vermögensabgabestelle (Wien) 795-796
 Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens (1938)
 Versailles, Vertrag von 344, 748-749, 762, 766-767, 804, 813, 823, 833, 850
 - seine Ablehnung 14-15, 265, 762
 - Ablehnung durch Niemöller 8, 272
 - Abrüstungsbestimmungen 414
 - Beschränkungen für Deutschland durch den 8, 10-11, 29, 412-413, 549, 745, 760, 850
 - nationalistische Ressentiments gegen den 265, 860
 - deutscher Stolz auf die Annullierung des 860-861
 - internationales Verständnis für eine Revision 745
 Versicherungen 479-480, 822-823 – s. a. Allianz Versicherung AG
 Versicherungs-Reichsaufsicht
 Veruntreuung 294, 492-493, 496, 564
 Vertrauensräte 73, 559
 Vierjahresplan 434-435, 439-440, 446, 449-453, 456-458, 473, 481, 484, 498, 526, 531-532, 543, 580, 695, 700, 716-717, 776, 783, 793, 830
 Vogelsang, Burg 349-350

Völkerbund 122, 748-750, 754, 760-761, 765-766, 771, 825, 843, 844, 847, 860
Völkischer Beobachter 85, 170, 178-179, 203-204, 301-302, 698, 715-716
 Volksgemeinschaft 7-8, 14, 99-100, 149-153, 200, 550-551, 567-568, 570-574, 588, 596-610, 855
 Volksgericht 108
 Volksgerichtshof 85-87
 Volksempfänger 165, 258, 523, 756
 Volksfront 78-79
 Volksmusik 254
 Volkswagen (ursprünglich KdF-Wagen) 399,411
Vossische Zeitung 177
 Vulkanwerft, Stettin 101

W

Wahlen 263-265
 - hohe Beteiligung 5-6
 - Kirche (November 1932) 274
 - Kirche (Juli 1933) 275
 - kommunale 61
 - Reichstag (1928) 12
 - Reichstag (1930) 14
 - Reichstag (Juli1932) 14-15
 - Reichstag (November 1932) 13, 16, 18
 - Reichstag (März 1933) 17-18, 273
 - Reichstag (November 1933) 136
 - Reichstag (März 1936) 771
 - Verluste der liberalen Mitte und der gemässigten Linken (Mitte der zwanziger Jahre) 10-11
 - s. a. Plebiszite
 Währung 9, 418, 431, 438, 783, 793
 Wanderarbeiter 110,
 Wandervogel 332, 334, 337, 798
 Wanne-Eickel 583
 Wannsee 226
 Warenhäuser 460-465, 478, 482, 529
 Warnemünde 584
 Warner Brothers 161
 Washington, D.C. 229
Der gerade Weg 292

- Wehrgesetz (1935) 658
- Wehrmacht
 - allgemeine Wehrpflicht 32, 34, 363, 414, 759
 - Antisemitismus 32-33, 663-664
 - Beteiligung am Spanischen Bürgerkrieg 772-775
 - Einmarsch in das Rheinland 1935 767-768
 - Einmarsch in die Tschechoslowakei 821,827-829
 - Einmarsch in Österreich 785-789
 - Einmarsch in Polen 835-837, 847
 - Erweiterung der 412-417, 438-439
 - Korruption 488
 - Opposition gegen Hitler 776-783, 804-812, 851-852
 - persönlicher Treueid auf Hitler 55, 809
 - und die «Röhmaffäre» 27-52
- Weimarer Republik 394, 485, 496, 506, 509, 515, 601-602, 609-610
 - Antisemitismus 266
 - Arbeitspolitik 559
 - Bildungswesen 344-345, 278-279
 - Deutschlands erster Versuch einer Demokratie 1, 9-11
 - Expressionismus 193,202-203
 - neue Gefängnisordnung 95-96
 - Inflation und Arbeitslosigkeit 498
 - Juden in der 21, 273
 - Klassengegensätze und -feindseligkeiten 500
 - Kino und Film 164
 - Konflikte 271
 - nationalsozialistische Lieder und Gedichte in der 192
 - von Niemöller abgelehnt 272
 - Politische Polizei 120
 - Reichspräsident 10
 - Rundfunk 165, 168
 - Schaffung der 9-10
 - Johannes Stark und die 373
 - von Richard Strauss verurteilt 231
 - Theaterbewegung der Arbeiter 198
 - unpolitische Unterhaltungskultur 574
 - Verfassung 10, 15, 174
 - und Versailles 11
 - Wohlfahrtssystem 586
 - Wohnverhältnisse 407
 - und die Geschichtsschreibung 379
 - und Homosexualität 642-643
- Weissrussland 515
- Weltbühne, *Die* 189
- Weltwirtschaftskrise (1929-1933) 12-13, 70, 94, 162, 177, 197, 261, 327, 389, 393, 401, 405-406, 413, 454, 462, 498, 510, 528, 535, 555, 578, 586-587, 597, 620, 629, 678, 694, 747-748, 784, 799, 807
- Wertheim-Kaufhäuser 460-461, 463-464, 480
- Westdeutscher Beobachter* 556
- Westerplatte (Danzig) 835, 847
- Westfalen 272, 281, 480, 572, 655
- Westwall 422, 538, 580, 582-583, 810
- Wien 222, 586, 698, 751, 754, 786, 788, 790-791
- Winterhilfswerk des Deutschen Volkes 109, 587-593, 600-601
- Wirtschaft 9, 401, 412-415, 427, 450-472, 474-487, 489, 793-794, 822-823
 - s. a. «Arisierung»; «Entjudung»;
- Vierjahresplan
- Wismar 320
- Wissenschaft 318-319
- Woche des deutschen Buches 200
- Wochenschau 152, 164
- Wohlfahrtssystem 134, 271, 407-409, 446, 586-595, 599, 615-616, 721-722, 859
- Wohnungsbau 223, 401, 407, 629
- Wolf, Netter & Jacobi-Werke 481
- Wolfen 584
- Wolfenbüttel, Gefängnis 313
- Wolffs Telegraphisches Büro (WTB) 180
- Wool worth 461
- Württemberg 280, 303, 680, 699
- Württemberg-Hohenzollern 486
- Würzburg102, 119, 366

Y

Young-Plan 418

Z

Zahlungsbilanz 441

Zehn Gebote 316

Zeitungen 174-183

Zeitungswerbung 260, 462, 465

Zensur

- Einschränkung der Vielfalt des kulturellen Lebens 264

- Film 163-164

- Literatur 191, 195-196, 205, 311

- Theater 196-198

Zentralausschuss für Hilfe und Aufbau
679

Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe
679

Zentrum (Partei) 7, 14, 18-20, 288-289,
291, 299, 520, 619, 755, 619

- Antisemitismus 7

- Auflösung 19-20, 289, 755

- Beschränkung von Wählerverlusten 14

Zigeuner 110, 623, 635-639, 650-651

Zionismus 673-674, 677, 687, 728, 799,
801

Zürich 218

Zuhälter 110

Zwangsarbeit 96, 408, 698, 721-722,

Zwangssterilisierung 388, 614, 617, 619,
622-624, 640, 855-856

Zwangsverpflichtung von Arbeitern 794-

Zwickau 619

Personenregister

A

Abrahamson, Ludwig 669-670
 Albers, Hans 160
 Alvensleben, Ludolf von 509
 Amann, Max 177-179
 Amery, Leo 850
 Anheisser, Siegfried 237
 Arden, Elizabeth 633
 Aristoteles 368
 Augspurg, Anita 626
 August Wilhelm, Prinz von Preussen 507

B

Bach, Johann Sebastian 230, 248
 Bach-Zelewski, Erich von dem 46, 509
 Backe, Herbert 423
 Backhaus, Wilhelm 172
 Baeck, Rabbi Leo 677
 Ballerstedt, Otto 46
 Barlach, Ernst 202-205, 208, 218
 Barth, Karl 278-279, 383
 Bartök, Béla 238
 Baudissin, Klaus Graf von 208
 Bauer, Otto 751
 Baum, Hermann 669
 Bäumer, Gertrud 626
 Beck, General Ludwig 33-34, 55, 441, 777, 809-810, 855
 Beckmann, Max 6, 22, 209, 214-215, 218
 Beecham, Sir Thomas 236
 Beethoven, Ludwig van 230, 257
 Benn, Gottfried 194-195
 Beradt, Charlotte 133-134
 Berg, Alban 238
 Bergengruen, Werner 190
 Berlin, Irving 236, 251

Bertram, Kardinal Adolf 289, 298, 302
 Best, Werner 56, 65, 143
 Beuys, Joseph 326
 Bismarck, Fürst Otto von 5-6, 8, 70, 73, 152, 266, 271, 288, 293-294, 304-305, 314, 380, 503, 617
 Bizet, Georges 247
 Blaskowitz, General Johannes 829
 Blöcker, Otto 151
 Blomberg, General Werner von 32-34, 38-40, 47, 52, 55-56, 265, 436, 455, 748, 759, 766, 773, 776-780, 855
 Blum, Léon 736
 Blumenberg, Werner 71
 Bockelson, Jan 191
 Bodelschwingh, Fritz von 275
 Boeters, Gerhard 619, 623
 Böhme, Ernst 546-547
 Bohr, Niels 374, 376
 Bonhoeffer, Dietrich 277, 280-281
 Bonsack, Heinrich 583
 Bormann, Martin 60-61, 95, 310, 351, 354, 445, 657, 694, 721, 801
 Born, Max 23, 374
 Bosch, Carl 175
 Bose, Herbert von 37, 43, 143
 Bouhler, Philipp 311
 Brackmann, Albert 379
 Brahms, Johannes 230
 Brandt, Karl 703
 Brandt, Willy 74
 Brauchitsch, General Walther von 779, 810, 835
 Braun, Eva 399, 633, 742
 Brecht, Bertolt 22, 188, 190, 235, 242
 Bredel, Willi 190

Bredow, Generalmajor Kurt von 44, 143
 Breker, Arno 205-207, 220, 256, 857
 Brentano, Lujo 417
 Bruckner, Anton 256
 Brückner, Helmut 645-646
 Brückner, Wilhelm 563
 Brüning, Heinrich 13, 15, 32, 44, 292,
 401, 428-429, 474, 543, 587, 747
 Buber-Neumann, Margarete 840
 Buchner, Ernst 208, 211
 Buchwitz, Otto 72
 Bülow, Bernhard Wilhelm von 747-748
 Bünger, Wilhelm 85
 Bürckel, Josef 102, 137, 790, 793, 801
 Burckhardt, Carl Jakob 843, 847
 Burg, Hansi 160
 Busch, Fritz 230, 548
 Bütefisch, Heinrich 64

C

Canaris, Admiral Wilhelm 810, 851
 Carsten, Francis 74
 Cézanne, Paul 215, 217
 Chagall, Marc 218
 Chamberlain, Houston Stewart 336
 Chamberlain, Neville 812-816, 818-819,
 834-835, 844, 849-851, 862
 Churchill, Winston 849
 Chvalkovský, Frantisek 826
 Ciano, Galeazzo, Conte di Cortellazzo
 765-766, 775, 845

D

Dahlerus, Birger 844
 Daluge, Kurt 69
 Dannecker, Theodor 677
 Darré, Richard Walther 35, 309, 420-424,
 430, 435, 511-518, 608, 741
 David, Hans Walter 840
 Debussy, Claude 247
 Degenhardt, Karl 554
 Delbrück, Hans 418
 Dettmer, Johnny 89

Dickens, Charles 196
 Diels, Rudolf 68
 Dietrich, Marlene 159
 Dietrich, Otto 178, 323
 Dietrich, Sepp 40, 563
 Dimitroff, Georgi 85
 Dirks, Walter 176
 Disney, Roy 161-162
 Disney, Walt 161-162
 Ditzen, Rudolf (Hans Fallada)
 184-188, 190, 195
 Dix, Otto 209, 218
 Dmowski, Roman 732
 Dollfuss, Engelbert 751-753, 765,
 784-785, 791, 795
 Domagk, Gerhard 387
 Donat, Wolfgang 357
 Dschingis Khan 176
 Duncker, Herbert 491

E

Eberlein, Hugo 82
 Eberstein, Karl Baron von 67, 509
 Ebert, Friedrich 10
 Eckart, Meister 306
 Eckell, Johannes 451
 Eden, Anthony 34, 765, 783
 Eggers, Kurt 192
 Egk, Werner 243, 249, 256
 Ehrhardt, Hermann 45
 Eichenauer, Richard 234
 Eichmann, Adolf 677, 798-801
 Eicke, Theodor 42, 102-105, 117, 715
 Einstein, Albert 23, 50, 372-374
 Eisenstein, Sergej 157
 Ellerhusen, Paul 491
 Eltz-Rübenach, Paul Freiherr von 295
 Engels, Friedrich 317
 Erbach, Willi 492
 Ettighofer, Paul Coelestin 199

F

Fallada, Hans
 - s. Ditzen, Rudolf
 Faulhaber, Kardinal Michael 289, 298,
 307, 712
 Feder, Gottfried 394, 430-431, 576

Feuchtwanger, Lion 188
 Fey, Major Emil 794
 Fiehler, Gerhard 486
 Finck, Werner 497
 Flechtheim, Alfred 213
 Flick, Friedrich 64
 Forester, Cecil Scott 196
 Forster, Albert 847
 Fraenkel, Ernst 57, 472
 Franco, General Francisco 255, 772-773,
 775
 Frank, Hans 91, 367, 619, 775
 Frank, Karl Hermann 829
 Frank, Walter 379-380
 Frankfurter, David 703
 Franz Ferdinand, Erzherzog von
 Österreich 818
 Freudenberg, Richard 481
 Frick, Wilhelm 36, 61, 68, 294, 322, 327,
 361, 373, 543, 592, 614, 660, 827
 Frie, Karl 471
 Friedrich der Grosse, König von
 Preussen 50, 382
 Fritsch, General Werner von 33, 53, 436,
 455, 776-780, 855
 Funk, Walther 439, 717, 741, 780
 Furtwängler, Wilhelm 171-172, 232, 236,
 239-241, 249

G

Galen, Clemens August Graf von, Bi-
 schof von Münster 293-294, 296, 298
 Garbo, Greta 181
 Gather, Wilhelm 80
 Gauguin, Paul 217-218
 Gebensleben, Eberhard 545, 550-551
 Gebensleben, Elisabeth 545-551
 Gebensleben, Friedrich Karl 545-551
 Gebensleben, Irmgard 545-549
 Gedye, George 796-797
 Georg VI., König von Grossbritannien
 und Nordirland 763
 Gereke, Günter 401
 Gerlich, Fritz 292
 Gershwin, George 252

Girmann, Ernst 598-600
 Gisevius, Hans Bernd 811
 Glass, Fridolin 752
 Globke, Hans 660
 Globocnik, Odilo 782
 Goebbels, Magda 497-498, 591, 633
 Goebbels, Paul Joseph 12, 17, 19, 21, 23,
 35-42, 47, 86, 133, 149-153, 155, 157-
 160, 162-163, 167-172, 175, 178, 180,
 183, 187, 189, 191, 196-200, 202, 205-
 206, 210-211, 216-218, 226, 230-235,
 239-241, 246, 249, 252, 256-259, 261-
 265, 279, 288, 294-295, 297, 300-302,
 306, 311, 316, 404, 430, 493-494, 497-
 498, 523, 554, 576, 587-588, 591, 602,
 605, 621, 626-627, 655, 659, 691, 696-
 698, 702-706, 713, 716-719, 741, 764,
 778-779, 781, 787, 815-816, 836, 841-
 842, 861
 Gogh, Vincent Willem van 208, 217-218
 Goerdeler, Carl 236, 422, 435, 578, 811
 Göring, Hermann 12, 16-17, 28, 36-37,
 40, 43, 51, 62-63, 68, 84-85, 88, 144,
 172, 197, 206, 217, 230-231, 240-241,
 266, 294, 315-316, 418, 423, 429, 434-
 436, 438-439, 442-443, 450, 452-453,
 463, 466, 473, 475, 484, 494, 497, 504,
 545, 562, 580, 582, 605, 640, 657-659,
 682-683, 685, 700, 717-719, 721, 723,
 729, 741, 764, 776-780, 783, 787-789,
 794, 801, 809, 811-812, 815, 819, 826,
 832, 836, 844, 852, 861-862
 Goethe, Johann Wolfgang von 196, 683
 Gräner, Paul 247
 Grashof, Otto 313
 Greenwood, Arthur 849-850
 Gregor, Joseph 234
 Gröber, Erzbischof Konrad 291
 Gross, Walter 368, 640
 Grosz, George 209, 218
 Gruhn, Margarethe 777-778

Gründgens, Gustaf 197
 Grünebaum, Hans 480
 Grünewald, Mathias 239
 Grynspan, Herschel 702, 716
 Gulbrandsen, Trygve 201
 Gumbel, Emil Julius 355
 Günther, Peter 214-215, 221
 Görtner, Franz, Reichsjustizminister
 47, 59, 90, 93, 265, 279, 619, 779
 Gustloff, Wilhelm 703

H

Haberstock, Karl 217
 Habicht, Theo 753-754
 Habsburg, Erzherzog Otto von 785
 Hacha, Emil 826-827
 Haeften, Hans-Bernd von 811
 Haffner, Sebastian, s. Pretzel, Raimund
 Hahn, Otto 378
 Haile Selassie, Kaiser von Äthiopien
 764-765
 Halder, General Franz 810, 812, 836
 Halifax, Edward Frederick Lindley
 Wood, I. Earl of 783, 849-850
 Haller, Johannes 379
 Hammerstein, General Kurt von 33
 Hamsun, Knut 196
 Händel, Georg Friedrich 237
 Hanfstaengl, Eberhard 209, 211
 Hanfstaengl, Ernst «Putzi» 159, 763,
 780-781
 Harbou, Thea von 160
 Harlan, Veit 160
 Hartmann, Karl Amadeus 251
 Hassell, Ulrich von 765, 780
 Haupt, Joachim 347
 Hauptmann, Gerhart 160
 Heckel, Erich 214
 Heckert, Fritz 75
 Heidegger, Martin 23, 370
 Heine, Heinrich 196, 236-237
 Heines, Edmund 41-43, 645
 Heinkel, Ernst 538
 Heisenberg, Werner 374-377
 Heissmeyer, August 347
 Heildorf, Wolf Heinrich Graf von
 697-699

Henderson, Sir Nevile 844, 846, 849-850
 Henkell, Annelies 762
 Henlein, Konrad 804, 805-808, 814, 821
 Hertz, Gustav 23, 371
 Hertz, Heinrich 35
 Herz, Charlotte 493
 Hess, Rudolf 12, 39, 41, 60, 95, 154, 156,
 310, 351, 354, 357-358, 385, 462, 484,
 490, 534, 554, 582, 657, 660, 694
 Heydebreck, Max 34
 Heydrich, Reinhard 39, 43-45, 66-69, 90,
 105, 110, 120, 126, 143, 288, 309, 471,
 700, 705, 717, 722-723, 728-729, 778,
 794, 797, 847-848
 Heymann, Lida Gustava 626
 Hilgenfeldt, Erich 591
 Himmeler, Heinrich 37, 39, 43, 45-46, 62-
 69, 101-102, 104-105, 108-109, 119,
 156, 262, 291, 299, 309, 311, 314-315,
 342, 365, 375, 381, 423, 484, 508-509,
 512, 541, 614, 631-632, 637-639, 642-
 645, 644, 704-705, 741, 789, 794, 819
 Hindemith, Paul 239-242, 244, 249,
 743
 Hindenburg, Paul von 8, 10, 13-17, 21,
 33-37, 39-40, 47, 49, 54, 63, 84, 136-
 137, 153, 204, 260, 292, 345, 487, 507-
 508, 510, 651, 748
 Hinkel, Hans 683
 Hinterstocker (Gemeindekämmerer) 520
 Hitler, Adolf 1-3, 11-13, 15-19, 21-22,
 24, 27, 32-42, 45-50, 54-57, 60-62, 70,
 84, 88, 95, 98, 108, 120, 126, 133, 135,
 137-138, 144, 150-157, 159, 162, 167,
 169, 175-177, 188-189, 191, 194, 199,
 201, 203-204, 206-207, 209-212, 218-
 219, 221-223, 226-228, 233, 242-247,
 252, 254, 256, 258, 260, 266, 273-277,
 283-285, 288, 293-295, 299, 302, 304-
 307, 311, 315-319, 322-323, 329, 333-

- 334, 347, 358, 362-363, 366, 381, 393-397, 399-401, 404, 406, 409-410, 412, 414-415, 417-420, 428-430, 434-440, 445, 448, 450, 458, 460, 462-465, 473-474, 487-489, 496-498, 503, 507-508, 512, 515, 523, 537, 540, 542, 545, 547, 555-556, 559, 561, 587, 590-591, 597, 602-604, 609, 613-614, 619, 644-645, 652-654, 657, 659, 663, 685, 691-93, 695-696, 699, 703-705, 713, 716-717, 719, 721, 729-731, 741-745, 747-751, 753-754, 761-773, 775-791, 801-804, 808-821, 824-829, 834-839, 841-849, 851-857, 860-862
 Hoegner, Wilhelm 619
 Hoffmann, Heinrich 217, 221, 563, 741-742
 Hofmannsthal, Hugo von 231-232
 Hohberg und Buchwald, Baron Anton von 46
 Hohenzollern, Familie 507
 Höhner, Ernst 253-254
 Honiok, Franz 847
 Horten, Helmut 482
 Horthy, Mikios 735-736, 823, 832
 Höss, Rudolf 102, 104-105, 107, 313-314
 Hossbach, Oberst Friedrich 436-437, 450, 663, 776-778, 803
 Huber, Ernst Rudolf 56
 Hugenberg, Alfred 19, 136, 174, 428-429, 454, 511, 516
- I**
 Ibsen, Henrik 243
 Ildinger, Ignaz 486
 Innitzer, Kardinal Theodor 791-793
 Isherwood, Christopher 642
- J**
 Jäger, August 276, 280
 Jannings, Emil 159-160, 187
 Jawlensky, Alexej von 210
 Jellinek, Walter 550
 Johst, Hanns 193, 602
 Jung, Edgar 36, 38, 43-44, 143
 Jünger, Ernst 191, 272
 Junkers, Hugo 427
 Justi, Ludwig 209
- K**
 Kaas, Prälat Ludwig 299
 Kahr, Gustav Ritter von 46, 143, 428
 Kaltenbrunner, Ernst 782, 794, 798-799
 Kandinsky, Wassily 22, 210, 215
 Karl der Grosse 5, 379
 Karl IL, König von Rumänien 735, 824
 Karl, Anton 563
 Kaufmann, Karl 470, 486, 495
 Kayser, Albert 89
 Keitel, General Wilhelm 780, 786, 789
 Kempka, Erich 41
 Keppler, Wilhelm 450, 788
 Kerri, Hans 283, 311, 344
 Kessler, Harry Graf 231
 Ketteier, Wilhelm von 794
 Keynes, John Maynard 406, 409
 Kirchner, Ernst Ludwig 6, 22, 209-210, 215-216, 218
 Kirow, Sergej 81
 Klausener, Erich 44, 143, 292
 Klee, Paul 22-23, 209, 215, 218
 Kleiber, Erich 238
 Klemperer, Eva 396-397, 687
 Klemperer, Georg 688
 Klemperer, Otto 22
 Klemperer, Victor 130, 132-133, 136, 138, 260, 262, 386, 396-397, 466, 496-497, 687-689, 693-694, 727-728, 803
 Klepper, Jochen 51, 132, 167, 282, 711
 Klinke, Hans Peter 228
 Klotz, Clemens 562, 569
 Klug, Ulrich 486
 Knauss, Robert 442
 Koch, Karl 496
 Köhler, Walter 450
 Kohrt, Wilhelmina 670
 Kokoschka, Oskar 208, 215

Kranz, Heinrich Wilhelm 384-385
 Krauch, Carl 451
 Krause, Reinhold 277, 279
 Krebs, Richard 123-125
 Krenek, Ernst 235
 KriECK, Ernst 334, 367, 370
 Krieger, Hannelore 670
 Kröger, Theodor 199
 Krüger, Hardy 350
 Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav
 454-456
 Krupp, Familie 160, 454
 Kun, Béla 735
 Kurzweil, Moses 708

L

Lammers, Hans Heinrich 59, 61, 358,
 741
 Lang, Fritz 159-160
 Laughlin, Harry 623
 Leander, Zarah 160
 Lenard, Philipp 371-374
 Lenin, Wladimir Iljitsch 82, 317
 Lenz, Fritz 384, 613-615, 625, 640
 Leoncavallo, Ruggiero 247
 Lessing, Gotthold Ephraim 196
 Levi, Hermann 237
 Ley, Robert 134, 139, 172, 308, 347-
 348, 423, 430, 494, 497, 555-558, 560-
 565, 572-573, 591, 604-605, 743
 Lichtenberg, Propst Bernhard 712
 Liebermann, Max 206, 208, 218
 Liebknecht, Karl 75, 78
 Lindgens, Arthur 464
 Litwinow, Maksim Maksimowitsch 837-
 838
 Lochner, Louis P. 37
 Loos, Theodor 160
 Loewenheim, Walter 74
 Löwenherz, Josef 799-800
 Lubbe, Marinus van der 17, 84-85, 266
 Ludendorff, General Erich 8, 46, 180,
 308, 310
 Ludwig, Alfred 493-494
 Luther, Hans 415-416

Luther, Martin 274, 276, 306, 547, 617
 Lutze, Viktor 42, 156
 Luxemburg, Rosa 75, 78, 82

M

Macke, August 210
 Mackensen, August von 488
 Mahler, Gustav 234, 247
 Maillol, Aristide 205-206
 Manderbach, Richard 350
 Mann, Heinrich 188
 Mann, Klaus 188
 Mann, Thomas 6, 22, 188, 232
 Marc, Franz 208-210, 217
 Marx, Karl 317
 Maschmann, Melita 121-122, 204-205,
 335-336, 446-447, 596, 665-666, 671,
 843
 Matisse, Henri 215, 218
 May, Karl 201
 Mayer, Albert 722
 Mayer, Helene 691
 Mayer, Moritz 708-709, 714-715, 722
 Mayer, Paul 185
 Mayer, Pater Rupert, SJ 299
 Mayer-Quade, Joachim 705-706
 Meier, Julius 668-669
 Meinecke, Friedrich 379
 Meiser, Bischof Hans 280
 Meissner, Otto 49, 741
 Meitner, Lise 378
 Mendelssohn-Bartholdy, Felix 234, 236,
 247-248
 Messerschmidt, Wilhelm 538
 Mezger, Edmund 90, 99
 Metternich, Klemens Wenzel Fürst von 70
 Michelangelo 205-206
 Mies van der Rohe, Ludwig 223, 395
 Miklas, Wilhelm 788-789
 Milch, Erhard 442
 Mirre, Ludwig 489
 Mitchell, Margaret 201
 Modigliani, Amadeo 218
 Molotow, Wjatscheslaw Michajlowitsch
 838

- Mosse, Familie 174
 Mozart, Wolfgang Amadeus 133, 237, 248
 Muchow, Reinhold 554, 557-558, 560
 Müller, Ernst 45
 Müller, Heinrich 120, 705
 Müller, Karl Alexander von 379
 Müller, Reichsbischof Ludwig von 275-279
 Müller, Wilhelm 375
 Munch, Edvard 217
 Mussolini, Benito 11-12, 38, 634-635, 750-751, 754, 764-766, 772-773, 775-776, 783-784, 788, 815-816, 845-846
 Mutschmann, Martin 342, 554, 688
- N**
- Napoleon Bonaparte 50, 802
 Neumann, Heinz 75, 82, 840
 Neurath, Konstantin von 436, 468, 747-748, 765, 776-777, 780, 829, 855
 Niemöller, Martin 272-273, 277, 279-287
 Nolde, Emil 208-210
 Noske, Gustav 75
 Nyrt, Bürgermeister 521
- O**
- Ohlendorf, Otto 65-66
 Oncken, Hermann 379
 Orff, Carl 244-245
 Ossietzky, Carl von 189-180
 Osten, Lina von 67
 Oster, Hans 810, 851
 Otte, Carlo 471
 Owens, Jesse 692-693
- P**
- Pacelli, Kardinal Eugenio 291, 296-299, 304
 Papen, Franz von 15-16, 20, 36-38, 40, 43, 90, 136, 144, 265, 401-402, 429, 454-455, 754, 762, 784, 791, 794
- Paul, Hugo 79-80
 Perl, Otto 621
 Petersen, Jan 190
 Pfeiffer, Hans 78
 Pfnenningsdorf, Emil 383
 Pfitzner, Hans 247-248
 Philipp, Prinz von Hessen 788
 Picasso, Pablo 215, 218, 774
 Pieck, Wilhelm 78
 Pilsudski, Jozef Klemens 733
 Pirow, Oswald 730
 Pius IX., Papst 305-306
 Pius XI., Papst 289, 291, 298-299
 Planck, Erwin 53
 Plato 368
 Ploetz, Alfred 614-615
 Pollack, Isidor 796
 Poller, Walter 113-115, 117
 Ponte, Lorenzo da 237
 Porsche, Ferdinand 397, 538
 Posse, Hans 801
 Pretzel, Raimund (Sebastian Haffner) 671-672
 Price, G. Ward 790
 Probst, Adalbert 292
 Prokofjew, Sergej Sergejewitsch 255-256
 Puccini, Giacomo 247
- R**
- Raeder, Admiral Erich 67, 436, 761, 776, 836
 Ranke, Leopold von 381
 Rath, Ernst vom 702-703, 716, 719-720
 Rathenau, Walther 185, 372
 Raubal, Angela 742
 Reck-Malleczewen, Friedrich 130-131, 191, 308, 503-506, 509, 711
 Reichenau, General Walther von 33, 39, 52, 54
 Reinhardt, Fritz 402
 Remarque, Erich Maria (i.e. Erich Paul Remark) 188, 199
 Remmele, Hermann 75, 82
 Renner, Karl 791

- Respighi, Ottorino 247
 Reuter, Vizeadmiral Ludwig von 488
 Ribbentrop, Joachim von 180, 761-764,
 780, 803, 815, 826-827, 832-833,
 837-838, 841, 844-845, 846, 861-862
 Richthofen, Wolfram Freiherr von 775
 Riefenstahl, Leni 155-157, 256-257,
 261, 692
 Ritter, Gerhard 381-382
 Ritter, Robert 638-639
 Robespierre, Maximilien de 175
 Röhm, Ernst 28-29, 31-35, 38-44, 47,
 50, 52, 80, 144, 149, 292, 351, 550,
 602, 644-645, 653, 748
 Röntgen, Wilhelm 371
 Rosenberg, Alfred 95, 139, 169-172, 187,
 195, 200, 203-204, 210, 232, 237, 240,
 242-244, 246, 249-250, 279, 292-293,
 295, 304-311, 369, 373, 378, 381, 605,
 747, 763, 841
 Rosenheim, Julius 670
 Roth, Carola 214
 Rothacker, Gottfried 199
 Rothenberg, Franz 796
 Rothfels, Hans 381
 Rothschild, Familie 801
 Rowohlt, Ernst 184-186
 Rüdin, Ernst 619, 640
 Rust, Bernhard 35, 169, 172, 208-210,
 295-296, 315-316, 326, 344, 347, 354,
 364, 367, 369, 680
- S**
- Salazar, Antonio 567
 Salomon, Ernst von 185
 Sauber, Georg 708
 Sauckel, Fritz 474
 Sauerbruch, Ferdinand 386
 Schacht, Hjalmar 417-419, 421, 424,
 429-439, 441, 450, 453, 455, 458,
 463, 458, 468-469, 472-473, 479, 530,
 743, 780, 811, 851, 855
 Schardt, Alois 209
 Schaub, Julius 563, 713
 Scheel, Gustav Adolf 355-356
 Schell, Oberst Adolf von 459
 Schellenberg, Walter 65
 Schemm, Hans 152, 327, 352, 373
 Schenzinger, Karl Aloys 199-201
 Schiller, Friedrich von 196, 683
 Schinkel, Karl Friedrich 226
 Schirach, Baldur von 253, 278,
 291-292, 294, 307-308, 329,
 333-334, 338, 341-342, 347-348,
 358, 591, 605
 Schlageter, Albert Leo 272
 Schleicher, General Kurt von 16,
 43-44, 47, 50-52, 90, 143, 401,
 412, 488
 Schlemmer, Oskar 208, 220
 Schlösser, Rainer 197
 Schlotterbeck, Friedrich 97
 Schlotterer, Gustav 471
 Schmeling, Max 254
 Schmid, Wilhelm Eduard 46
 Schmidt, Otto 778-779
 Schmidt, Waldemar 80
 Schmidt-Rottluff, Karl 202, 210
 Schmitt, Kurt 428-430, 462, 479
 Schmitt, Ludwig 46
 Schmöller, Gustav 418
 Scholtz-Klink, Gertrud 626-628
 Schönau, Peter 689
 Schönberg, Arnold 23, 230, 234-235,
 238, 248, 251
 Schönerer, Georg Ritter von 751
 Schöpwinkel, Robert 496
 Schostakowitsch, Dmitrij Dmitrije
 witsch 255-256
 Schreck, Julius 41
 Schrödinger, Erwin 23
 Schulenburg, Fritz-Dietlof Graf von
 der 543-544
 Schultze, Walter «Bubi» 370
 Schultze-Naumburg, Paul 223
 Schulz, Paul 45
 Schuschnigg, Kurt von 753, 781-782,
 784-789, 794-795, 826
 Schwarz, Franz Xaver 351
 Schwerin von Krosigk, Johann Ludwig
 (Lutz) Graf 265, 717

- Scott, Walter 196
 Seldte, Franz 401-402, 435
 Sembach, Emil 46
 Sethe, Paul 176
 Seyss-Inquart, Arthur 782, 785-790
 Shakespeare, William 198
 Shirer, William L. 154-155, 693-694,
 767-769, 788, 815, 819, 852
 Sibelius, Jean 247
 Siemens, Georg von 418
 Signac, Paul 217
 Silverberg, Paul 455
 Simon, John 763
 Singer, Kurt 682
 Six, Franz 65
 Solmitz, Friedrich 689-690, 697, 728, 818
 Solmitz, Luise 3, 50, 54, 138-139, 143,
 152, 260, 606, 689-690, 697, 709, 728,
 759-760, 769, 802-803, 817-818, 852-
 853
 Sonnemann, Leopold 175
 Sotke, Fritz 192-193
 Spahn, Martin 369
 Speer, Albert 111, 225-229, 256, 489,
 494, 569, 591, 693, 741-742, 795, 853
 Sperrle, General Hugo 774, 785
 Spilker, Inge 562-563
 Spoerl, Heinrich 200
 Sproll, Bischof Johannes 139
 Stäbel, Friedrich Oskar 492
 Stalin, Josef 81-83, 255, 317, 451, 634-
 635, 837-841, 845
 Stark, Johannes 372-375
 Stauffenberg, Claus Schenk Graf von 53
 Stauss, Emil Georg von 463-464
 Steed, Henry Wickham 176
 Steinbeck, John 196
 Steinhäusl, Otto 794
 Stemberger, Dolf 175
 Stoeckel, Walter 386
 Stoecker, Helene 626
 Strasser, Gregor 16, 44-47, 60, 67, 401,
 556
 Strasser, Otto 46, 203
 Strauss, Richard 171, 230-234, 247-248,
 250, 692
 Strawinsky, Igor 237, 243-244
 Streicher, Julius 652, 654-657, 659
 Stresemann, Gustav 747, 749
 Stuckart, Wilhelm 660, 827
 Stuckenschmidt, Hans Heinz 238
 Suhr, Otto 175
- T**
- Thälmann, Ernst 75, 86, 107
 Tessenow, Heinrich 225
 Thieme, Emma 89
 Thierack, Otto Georg 85-86
 Thomson, Joseph John 371-372
 Thyssen, Fritz 452, 455
 Tietz, Hermann 461-462
 Tietz, Leonhard 463
 Tietz, Oskar 461
 Todt, Fritz 393-395, 400, 410, 444,
 538, 810
 Torgler, Ernst 85
 Toscanini, Arturo 230
 Trapp, Max 247
 Tremel-Eggert, Kuni 199
 Troost, Paul Ludwig 221, 225, 227,
 256
 Trott zu Solz, Adam von 811
 Trunk, Hans 620
 Tschirschky-Bögendorf, Günther 754
- U**
- Ulbricht, Walter 78-79
 Ungewitter, Richard 487
- V**
- Valtin, Jan s. Krebs, Richard
 Verdi, Giuseppe 247
 Viernstein, Theodor 619-620
 Vlaminck, Maurice 218
- W**
- Wäckerle, Hilmar, Lagerkommandant
 101-102
 Wagner, Adolf 40, 373, 450, 542
 Wagner, Cosima 245
 Wagner, Gerhard 385, 387, 540, 624

Wagner, Richard 171-172, 206, 230,
240, 241, 244, 245-247, 256, 781
Wagner, Robert 484
Wagner, Robert E 726
Wagner, Siegfried 245
Wagner, Winifred 245-246, 633
Walter, Bruno 22, 230
Warburg, Frederic 672
Webern, Anton von 238, 251
Wedekind, Frank 6
Weill, Kurt (*Dreigroschenoper*) 235
Weiss, Wilhelm 179
Weizsäcker, Ernst von 811, 815, 836,
838
Wenger, Alois 563-564
Werner, Paul 100
Wertheim, Abraham 460
Wertheim, Georg 463-464
Wertheim, Ida 460
Wertheim, Ursula 463-464
Wessel, Horst 158, 192, 308, 321
Westheim, Paul 228
Wildenstein, Daniel 218
Wilhelm II., Kaiser 7, 9, 32, 54, 454,
488, 508

Wilhelm, Kronprinz 158, 507
Wilhelm, Prinz von Hessen 508
Wilson, Sir Horace 815
Wilson, Präsident Woodrow 736
Windsor, Herzog und Herzogin von
562
Wisliceny, Dieter 677
Witzleben, General Erwin von 53, 810
Wöhrmeier, Bürgermeister 521
Wolff, Otto 471
Wollheim, Gert Heinrich 213
Woyrsch, Udo von 46
Wurm, Bischof Theophil 273, 280

Y

Yorck von Wartenburg, Peter Graf 811

Z

Ziegler, Adolf 211, 215, 217-219, 221
Ziegler, Hans Severus 235
Ziegler, Wilhelm 444
Zillig, Winfried 238
Zöberlein, Hans 199
Zweig, Arnold 188
Zweig, Stefan 232-233

Bücher gegen das Vergessen

Anatol Chari
«**Udermensch**»
Mein Überleben durch Glück
und Privilegien
Mit Timothy Braatz Übers, v.
Franka Reinhart
ISBN 978-3-423-24770-2

Patricia Clough
**In langer Reihe über das
Haff**
Die Flucht der Trakehner aus
Ostpreussen
Übers, v. Maja Ueberle-Pfaff
ISBN 978-3-423-34349-7

Inge Deutschkron
Ich trug den gelben Stern
ISBN 978-3-423-30000-1

**Mein Leben nach dem
Überleben**
ISBN 978-3-423-30789-5
**Ich trug den gelben Stern,
und was kam danach?**
Neuausgabe der beiden Bü-
cher, von der Autorin aktuali-
siert
ISBN 978-3-423-34563-7

Martin Doerry
«**Mein verwundetes Herz**»
Das Leben der Lilly Jahn
1900-1944
ISBN 978-3-423-34146-2

Feldpostbriefe aus Stalingrad
November 1942 bis Januar
1943 Hg. v. J. Ebert
ISBN 978-3-423-34269-8

**Das Dritte Reich im Über-
blick**
Chronik, Ereignisse, Zusam-
menhänge Hg. v. M. Broszat
und N. Frei
ISBN 978-3-423-34402-9

**Enzyklopädie des Nationalso-
zialismus**
Hg. v. W. Benz, H. Graml und
H. Weiss
Aktualisierte und erweiterte
Neuausgabe
ISBN 978-3-423-34408-1

Eric Fiedler, Barbara Siebert,
Andreas Kilian
Zeugen aus der Todeszone
Das jüdische Sonderkom-
mando in Auschwitz
ISBN 978-3-423-34158-5

Lina Haag
Eine Hand voll Staub
Widerstand einer Frau
1933 bis 1945
ISBN 978-3-423-34258-2

Ruth Klüger **weiter leben** Eine
Jugend
ISBN 978-3-423-11950-4

Bücher gegen das Vergessen

Masha Gessen
Wie meine Grossmütter Hitlers Krieg und Stalins Frieden überlebten
Übers. v. K. Binder und
B. Leineweber
ISBN 978-3-423-34496-8

Vivien J. Kaplan
Von Wien nach Shanghai
Die Flucht einer jüdischen Familie
Übers. v. S. Hunzinger u.
K. Neff
ISBN 978-3-423-24550-0

Kommandant in Auschwitz
Hg. v. M. Broszat Autobiographische Aufzeichnungen des
Rudolf Höss
ISBN 978-3-423-30127-5

Christopher Köpper
Bankiers unterm Hakenkreuz
ISBN 978-3-423-34465-4

Jacques Lusseyran
Das wiedergefundene Licht
Die Lebensgeschichte eines
Blinden im französischen Widerstand
Übers. v. U. Schmalz-Medt
ISBN 978-3-423-30009-4

Verena Moritz
Hannes Leidinger
Die Nacht des Kirpitschnikow
Eine andere Geschichte des
Ersten Weltkrieges
ISBN 978-3-423-34513-2

Ferdinand Schlingensiepen
Dietrich Bonhoeffer 1906 – 1945
Eine Biografie
ISBN 978-3-423-34609-2

Fritz Stern
Fünf Deutschland und ein Leben
Erinnerungen
Übers. v. F. Griese
ISBN 978-3-423-34561-3

Überleben im Dritten Reich
Juden im Untergrund und ihre Helfer
Hg. v. Wolfgang Benz
ISBN 978-3-423-34336-7

Edda Ziegler
Verboten – verfemt – vertrieben
Schriftstellerinnen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus
ISBN 978-3-423-34611-5

Bitte besuchen Sie uns im Internet: www.dtv.de

Inge Deutschkron im dtv

Das Lebensschicksal einer engagierten Journalistin – ihre Kindheit als jüdisches Mädchen in der Nazizeit und ihr Leben nach dem Überleben.

Ich trug den gelben Stern

ISBN 978-3-423-30000-1

Ein unpräntiöser Bericht über das verzweifelte Leben und Überlebenwollen eines jüdischen Mädchens in Berlin. Entrechtet und verfolgt, befürchtet die Familie jeden Moment Deportation und Tod. Ein Leben in der Illegalität beginnt, unter fremder Identität, lebensbedrohend auch für die Freunde, die ihnen Beistand gewähren. Nach Jahren quälender Angst vor der Entdeckung haben Inge Deutschkron und ihre Mutter den bürokratisierten Sadismus des nationalsozialistischen Systems überlebt: zwei unter den 1200 Juden in Berlin, die dem tödlichen Automatismus entronnen sind.

Mein Leben nach dem Überleben

Die Fortsetzung von ‚Ich trug den gelben Stern‘

ISBN 978-3-423-30789-5

Wie richtet sich Inge Deutschkron ihr Leben nach 1945 ein? Wie geht ihre Geschichte weiter? „Ich malte mir ein Idealbild vom neuen Deutschland aus – ein Deutschland, in dem es einen neuen Geist geben würde. Erfahrung hatte ich zwar im Kampf ums Überleben, aber, wie sich bald zeigen sollte, war ich sehr naiv, was des Lebens Wirklichkeit betraf.« Die streitbare Journalistin gibt in diesen Aufzeichnungen ein spannendes Zeitzeugnis der fünf Jahrzehnte vom Kriegsende bis in die Gegenwart, die gerade auch in ihren persönlichen Erlebnissen und durch ihre unbestechliche, ungewöhnliche Sichtweise begreifbar werden.

Ich trug den gelben Stern, und was kam danach?

Neuausgabe der beiden Bücher in einem Band.

Von der Autorin aktualisiert und zu einer Gesamtbiografie umgestaltet.

ISBN 978-3-423-34563-7

Bitte besuchen Sie uns im Internet: www.dtv.de

Geschichte des 20. Jahrhunderts

Wolfgang Benz **Geschichte des Dritten Reiches**

ISBN 978-3-423-30882-3

Chasia Bornstein-Bielicka

Mein Weg als Widerstandskämpferin

Über. v. O. Keren-Carmel

ISBN 978-3-423-34497-5

Hans Buchheim, Martin Broszat, Hans-Adolf Jacobsen, Helmut Krausnick

Anatomie des NS-Staates

ISBN 978-3-423-30145-9

Patricia Clough

In langer Reihe über das Haff Die Flucht der Trakehner aus Ostpreussen

Übers, v. M. Ueberle-Pfaff

ISBN 978-3-423-34349-7

Das Dritte Reich im Überblick

Chronik, Ereignisse, Zusammenhänge

Hg. v. W. Benz und N. Frei

ISBN 978-3-423-34402-9

Enzyklopädie des Nationalsozialismus

Hg. v. Wolfgang Benz, Hermann Graml und Hermann Weiss Aktualisierte und erweiterte Neuausgabe

ISBN 978-3-423-34408-1

Der Erste Weltkrieg

Die Ur-Katastrophe des 20. Jahrhunderts Ein SPIEGEL-Buch

ISBN 978-3-423-34512-5

Richard J. Evans

Das Dritte Reich

Band 1: Aufstieg

Übers, v. H. Fliessbach und U. Rennert

ISBN 978-3-423-34191-2

Band 2: Diktatur Übers, v. U. Rennert

ISBN 978-3-423-34606-1

Band 3: Krieg

Übers, v. U. Rennert und M. Pfeiffer

ISBN 978-3-423-34607-8

Norberto Fuentes

Die Autobiographie des Fidel Castro Übers, v. T. Schultz

ISBN 978-3-423-34495-1

Saul Friedländer

Das Dritte Reich und die Juden Gesamtausgabe

Übers, v. M. Pfeiffer

ISBN 978-3-423-34519-4

Sebastian Haffner

Geschichte eines Deutschen

Die Erinnerungen 1914-1933

ISBN 978-3-423-30848-9

Bitte besuchen Sie uns im Internet: www.dtv.de

Geschichte des 20. Jahrhunderts

Norbert Frei

1968

Jugendrevolte und globaler Protest

ISBN 978-3-423-24653-8

Vergangenheitspolitik

Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit

ISBN 978-3-423-30720-X

Der Führerstaat

Nationalsozialistische Herrschaft von 1933 bis 1945

ISBN 978-3-423-30785-4

Hitlers Eliten nach 1945

Hg. v. Norbert Frei

ISBN 978-3-423-34045-2

1945 und wir

Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen

ISBN 978-3-423-34536-1

Masha Gessen

Wie meine Grossmütter Hitlers Krieg und Stalins Frieden überlebten

Übers. v. K. Binder und

B. Leineweber

ISBN 978-3-423-34496-8

Hermann Graml

Reichskristallnacht

Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich

ISBN 978-3-423-04519-3

Peter Hartl

**Belogen, betrogen und um-
erzogen**

Kinderschicksale aus dem
20. Jahrhundert

ISBN 978-3-423-24618-7

Harold James

**Geschichte Europas im
20. Jahrhundert**

Fall und Aufstieg Übers. v.
U. Rennert, M. Richter und
T. Schmidt

ISBN 978-3-423-34605-4

Ian Kershaw

Hitler

Gesamtausgabe in drei
Bänden

Band 1: 1889-1936

Übers. v. J. P. Krause und
J. W. Rademacher

ISBN 978-3-423-30841-0

Band 2: 1936-1945

Übers. v. K. Kochmann

ISBN 978-3-423-30842-7

Band 3: 1889-1945.

Registerband

ISBN 978-3-423-30843-4

Christopher Köpper

Hjalmar Schacht

Aufstieg und Fall von Hitlers
mächtigstem Bankier

ISBN 978-3-423-34608-5

Bitte besuchen Sie uns im Internet: www.dtv.de

Geschichte des 20. Jahrhunderts

Hannelore Krollpfeiffer
Wir lebten in Berlin
Eine Geschichte vom Ende des
Krieges
ISBN 978-3-423-34415-9

Horst Möller
Die Weimarer Republik
Eine unvollendete Demokratie
ISBN 978-3-423-34059-5

**Revolution und Vereinigung
1989/90**
Als in Deutschland die Realität
die Phantasie überholte Hg. v.
Klaus-Dietmar Henke ISBN
978-3-423-24736-8

Monika Siedentopf
Absprung über Feindesland
Agentinnen im Zweiten Welt-
krieg
ISBN 978-3-423-24582-1

Kurt Sontheimer
Die Adenauer-Ära Grundle-
gung der Bundesrepublik
ISBN 978-3-423-34024-3

Fritz Stern
**Fünf Deutschland und ein
Leben**
Erinnerungen
Übers, v. F. Griese
ISBN 978-3-423-34561-3

Eckart D. Stratenschulte
Kleine Geschichte Berlins
ISBN 978-3-423-30167-1

Das Urteil von Nürnberg
Mit einem Vorwort von
Jörg Friedrich
ISBN 978-3-423-34203-2

Jürgen Weber
**Kleine Geschichte Deutsch-
lands seit 1945**
ISBN 978-3-423-30830-4

Stefan Wolle
Der Traum von der Revolte
Macht und Utopie in der
DDR
ISBN 978-3-423-34604-7

Aktuelle Themen im dtv

Olaf Baale

Abbau Ost

Lügen, Vorurteile und sozialistische Schulden

ISBN 978-3-423-34468-5

Alexander Bahar

Folter im 21. Jahrhundert

Auf dem Weg in ein neues Mittelalter?

ISBN 978-3-423-24713-9

Christian Berg

Manuel J. Hartung

Welt retten für Einsteiger 30

Gründe für ein gutes Gewissen

ISBN 978-3-423-24649-1

Gerhard Berz

Wie aus heiterem Himmel?

Naturkatastrophen und Klimawandel

Was uns erwartet und wie wir uns darauf einstellen sollten

ISBN 978-3-423-24766-5

Wolfgang Blau

Alysa Selene

German Dream

Visionen für Deutschland

ISBN 978-3-423-24646-0

Heinz Bude

Die Ausgeschlossenen

Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft

ISBN 978-3-423-34599-6

Vincent Bugliosi

Anklage wegen Mordes gegen George W. Bush

Übers., v. H. Dierlamm, N. Juraschitz, W. Roller

ISBN 978-3-423-24714-6

Ian Buruma

Chinas Rebellen

Die Dissidenten und der Aufbruch in eine neue Gesellschaft

Übers., v. H. G. Holl

ISBN 978-3-423-34572-9

Colin J. Campbell Ölwechsel!

Das Ende des Erdölzeitalters und die Weichenstellung für die Zukunft

Übers., v. H. Roth

ISBN 978-3-423-34389-3

Jim Collins

Der Weg zu den Besten

Die sieben Management-Prinzipien für dauerhaften Unternehmenserfolg

Übers., v. M. Balthes und E. Böhler

ISBN 978-3-423-34039-7

Joseph Croitoru **Die Hamas**

Der islamische Kampf um Palästina

Aktualisierte Ausgabe

ISBN 978-3-423-34600-9

Bitte besuchen Sie uns im Internet: www.dtv.de

Aktuelle Themen im dtv

Die demografische Lage der Nation

Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? Daten, Fakten, Analysen Von Nienke van Ölst und Reiner Klingholz

ISBN 978-3-423-34296-4

Die demografische Zukunft von Europa

Wie sich die Regionen verändern

Hg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

ISBN 978-3-423-34509-5

Cordelia Edvardson

Wenn keiner weiterweiss

Berichte von der Grenze
Übers, v. S. Engeler

ISBN 978-3-423-34574-3

Adrian Geiges, Marc Goergen,
Bettina Sengling

China

Die Geschichte der neuen Weltmacht

Vom ersten Kaiser bis zur Gegenwart

Das Buch zur erfolgreichen Stern-Serie

ISBN 978-3-423-24741-2

Patrick Gensing

Angriff von rechts

Die Strategien der Neonazis – und was man dagegen tun kann

ISBN 978-3-423-34551-4

Robert Greene

Power

Die 48 Gesetze der Macht

Übers, v. H. Schickert und B. Brandau

ISBN 978-3-423-36248-1

Die 24 Gesetze der Verführung

Ein Joost-Elffers-Buch

Übers, v. H. Schickert

ISBN 978-3-423-34081-6

Rainer Hermann

Wohin geht die türkische Gesellschaft?

Kulturkampf in der Türkei

ISBN 978-3-423-24682-8

Gudrun Krämer

Geschichte des Islam

ISBN 978-3-423-34467-8

Gerd Langguth

Kohl, Schröder, Merkel Machtmenschen

ISBN 978-3-423-24731-3

Bitte besuchen Sie uns im Internet: www.dtv.de

Aktuelle Themen im dtv

Mark Leonard
Warum Europa die Zukunft gehört
Übers, v. K. Neff
ISBN 978-3-423-24526-5

Was denkt China?
Übers, v. H. Dierlamm
ISBN 978-3-423-24738-2

Ursula Ott
Total besteuert
Wie ich einmal ganz alleine
den Staatshaushalt retten sollte
ISBN 978-3-423-34597-2

Katrin Rohnstock
Ralf Pasch
**Mein Leben im Schatten
der Blutrache**
Die Geschichte der
Gülnoz Bey az
ISBN 978-3-423-34480-7

Roberto Saviano
Gomorrha
Reise in das Reich der
Camorra
Übers, v. E. Hausmann und
R. Seuss
ISBN 978-3-423-34529-3

Kurt Seinitz
Vorsicht China!
Wie das Reich der Mitte unser
Leben verändert
ISBN 978-3-423-34466-1

Volker Seitz
**Afrika wird armregiert oder
Wie man Afrika wirklich
helfen kann**
Mit einem Vorwort von
Rupert Neudeck
ISBN 978-3-423-24735-1

Daniel Friedrich Sturm
Wohin geht die SPD?
ISBN 978-3-423-24709-2

Ilija Trojanow, Juli Zeh
Angriff auf die Freiheit
Sicherheitswahn, Überwa-
chungsstaat und der Abbau
bürgerlicher Rechte
ISBN 978-3-423-34602-3

Frederic Vester
Phänomen Stress
Wo liegt sein Ursprung, wa-
rum ist er lebenswichtig,
wodurch ist er entartet?
ISBN 978-3-423-33044-2

Bitte besuchen Sie uns im Internet: www.dtv.de